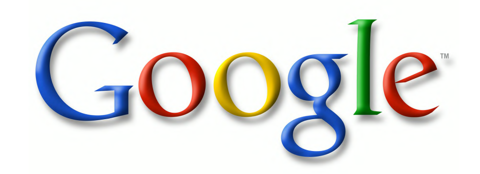
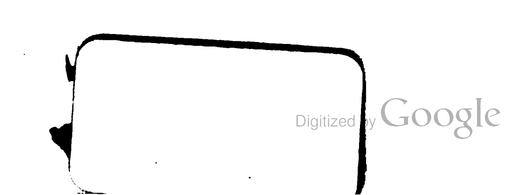







SIGILLVM ACADEMIAE HARVARDIANAE IN NOV ANG
VE RI TAS
CHRISTO ET ECCLESIAE



Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff.

Sechster Band.

Geldmarkt. Kreditbanken.

Mit Beiträgen von F. Hecht, K. Helfferich, Ernst Loeb, Adolf Weber, Arnold, E. Heinemann, Levinger und R. Esser.

Vom Verein für Socialpolitik herausgegeben.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1903.

Schriften

des

Vereins für Socialpolitik.

CX.

Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff.

Sechster Band.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1903.

Die

Störungen im deutschen Wirtschaftsleben

während der Jahre 1900 ff.

Sechster Band.

Geldmarkt. Kreditbanken.

Mit Beiträgen von F. Hecht, K. Helfferich, Ernst Loeb, Adolf Weber, Arnold, E. Heinemann, Lewinger und R. Esser.

Vom Verein für Socialpolitik herausgegeben.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1903.

Piererſche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

Einleitung.

Die meiner Leitung unterstellten Bände 110, 111 der Druckschriften des Vereins für Socialpolitik enthalten eine Reihe von Abhandlungen, durch welche die jüngsten Störungen im deutschen Wirtschaftsleben auf dem Gebiet der Zirkulation (Geldmarkt und Bankwesen) des Näheren beleuchtet werden sollen.

Für die Vorgänge auf dem Geldmarkt und für alle Fragen des kurzfristigen Kredits war in Helfferich der geeignetste Mitarbeiter gegeben. Im übrigen war die Disposition des Bandes 110 mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft.

Von einer monographischen Behandlung der hervorragendsten Kreditbanken, etwa geordnet nach Staaten oder Städten, konnte selbstverständlich keine Rede sein. Bei genauer Erwägung ergab sich, daß es sich darum handelte, die typische Entwicklung des Provinzialbankwesens in Deutschland zu veranschaulichen. Diesem Zwecke diente meine Schrift über die Mannheimer Banken 1870—1900, Beiträge zur praktischen Bankpolitik, die in Schmollers Staats- und socialwissenschaftlichen Forschungen Band 20, Heft 6, erschienen ist. Sie möge als ein integrierender Teil des Bandes 110 betrachtet werden, dessen separate Veröffentlichung schon wegen seines Umfanges geboten war.

Diese Darlegung der typischen Entwicklung des deutschen Provinzialbankwesens bedurfte einer Ergänzung vorzugsweise für Rheinland und Westfalen, und sie ist von Dr. Adolf Weber in Bonn in dankenswerter Weise geliefert worden.

Sodann waren selbstverständlich die Entwicklungstendenzen der Berliner Großbanken zu schildern. In der Skizze eines Arbeitsprogramms wurden von mir die Gesichtspunkte festgestellt, nach denen diese monographische Arbeit ausgeführt werden sollte: Die leitenden

Prinzipien der Zentralisation und Dezentralisation, das Verhältnis der Berliner Banken zur Provinz. Seit dem Jahre 1870 besteht ein Zug der Provinz nach Berlin. Dann aber wurden die Beziehungen von Berlin zur Provinz durch Initiative der Berliner Banken selbständig gestaltet, namentlich wurden die Emissionskanäle geschaffen und damit die Operationsfähigkeit der Berliner Banken auf dem Gebiete der Emissionstätigkeit gesteigert. Das Verhältnis der Banken zu dem privaten Bankgeschäft, die überseeische Bankpolitik, die Begründung der Weltstellung des deutschen Bankwesens, die Tätigkeit der Berliner Banken im Dienst des auswärtigen Handels, sowie im Dienst der deutschen Valuta (Devisen- und Arbitragegeschäft), die Banken im Dienst des Staats- und Kommunalkredits, die Banken im Verhältnis zur Industrie (Hauptformen der Kreditgewährung, langfristiger Kredit an Stelle von kurzfristigem), Heranziehung fremder Gelder (Wechselstuben, Arten der Verwendung fremder Gelder, insbesondere der Depositengelder), Kontokorrent-, Accept-, Lombardkredit, Waren-Lombardierungen, Remburskredit, Wechselportefeuille (Wechseldiskontverkehr), die Liquidität der Banken, die Tätigkeit der Berliner Großbanken bei der allmählich sich immer mehr steigernden Haussebewegung und bei dem offensichtlichen Herannahen der Krisis, die Leistungen der Großbanken während der Krisis und die Sanierungstätigkeit: das waren die hauptsächlichsten Gesichtspunkte, deren Berücksichtigung bei einer monographischen Darstellung der Berliner Großbanken erbeten wurde.

Die Bearbeitung dieses Themas mußte von einem Mann erfolgen, der in der Praxis des Bankwesens steht und die unentbehrliche wissenschaftliche Qualifikation besitzt, um nach größeren Gesichtspunkten den umfangreichen Stoff zu gruppieren. Es gelang eine solche Kraft zu finden. Überaus erwünscht würde es gewesen sein, wenn auch für Hamburg und Frankfurt a. M. eine Darstellung des Bankwesens hätte gegeben werden können. Zum mindesten wäre es angenehm gewesen, die Beziehungen der Frankfurter Börse zur Berliner Börse und zu Süd- und Mitteldeutschland von einem genauen Kenner des Frankfurter Bankwesens dargestellt zu wissen, und ein guter Kenner des Hamburger Bankwesens würde über manche Fragen, namentlich auch der überseeischen Bankpolitik, über die Funktion der deutschen Banken im Dienste des auswärtigen Handels und im Dienste der deutschen Valuta wohl wertvolle Aufschlüsse gegeben haben. Aber die Bemühungen, geeignete Mitarbeiter in diesen beiden Städten zu finden, waren vergeblich. Sie sind gewiß vorhanden, waren aber

für mich nicht auffindbar. Die nachträgliche Fertigstellung solcher Arbeiten wird vielleicht durch diese Zeilen angeregt.

Die statistische Darstellung der Entwicklung der Banken und ihrer geschäftlichen Ergebnisse, soweit dies für unsere Zwecke erforderlich war, ist von kompetenter Seite gegeben worden.

Es entstand die Frage, in welchem Umfang monographische Darstellungen etwa über die einzelnen Banken zu geben seien, die notleidend geworden oder ganz zusammengebrochen oder durch den Übergang in andere Banken vor dem Zusammenbruch bewahrt worden sind. Es hat sich ergeben, daß in der Tat eine sorgfältige Untersuchung aller der Ursachen, durch die Institute notleidend geworden sind, und die Verfolgung aller einzelnen Stadien bis zur Sanierung oder bis zur Auflösung überaus lehrreich und für das Krisenthema von höchstem Interesse ist. Indessen mußte in dieser Hinsicht aus mannigfachen Gründen eine außerordentliche Beschränkung der Beiträge eintreten. Es bleibt aber nicht ausgeschlossen, daß in nachträglichen Publikationen eine Ergänzung der hier vorliegenden Abhandlungen erfolgt. Aufgenommen wurde in diesen Band: die Katastrophe der Leipziger Bank und eine Darstellung der Sanierungsmethoden bei Aktiengesellschaften. Die Katastrophe des Rheinaukonzerns findet sich in Band 111.

Auch erschien es zweckmäßig, auf die Wirksamkeit des Schuldverschreibungsgesetzes hinzuweisen. Dies ist insbesondere am Schluß des Bandes 110 vor der bankstatistischen Arbeit von Arnold, aber gelegentlich des öfteren auch in Band 111 geschehen.

Dem Band 111 ist eine besondere Einleitung vorausgeschickt, auf die hiermit verwiesen sei.

Als man in Erwägung zog, ob der Verein für Socialpolitik dem Krisenthema schon jetzt näher treten soll, obwohl die Krisis noch nicht abgeschlossen war und auch heute noch nicht ist, wurde insbesondere auch geltend gemacht, daß die Materialien, die hier zu berücksichtigen sind, immer schwerer zugänglich werden, daß sie sich überaus rasch verflüchtigen und schon nach einer überraschend kurzen Zeit ein zuverlässiger Einblick in die Ursache einer Katastrophe nicht mehr gewonnen werden kann. Es sind beispielsweise schon derzeit nur mit Mühe die Berichte des Konkursverwalters der Leipziger Bank zu beschaffen, die tatsächlich für die Darstellung der Katastrophe der Leipziger Bank nicht vermißt werden können, und wer heute die Katastrophe einzelner Elektrizitätsgesellschaften schildern und den Ursachen nachgehen will, die zu den Katastrophen geführt haben, hat

mit Schwierigkeiten zu kämpfen, die kaum überwunden werden können.

Auch die Materialien, deren Einsicht nötig ist, um die Katastrophe der Dresdener Kreditanstalt für Handel und Industrie aktenmäßig zu schildern, dürften nur wenigen noch zugänglich sein. Notleidende Institute haben eben schließlich geringe Veranlassung, die bezüglichen Materialien dauernd aufzubewahren, Bibliotheken, selbst die Bibliotheken der Handelskammern, aber wissen derzeit die Wichtigkeit solcher Materialien für die Wirtschaftsgeschichte noch nicht zu schätzen. Es darf daher gewiß nur dankbar anerkannt werden, daß der Verein für Socialpolitik rechtzeitig an das Krisenthema herangetreten ist, und man darf annehmen, daß auch derzeit schon eine Fülle von Resultaten aus der umfassenden Prüfung der Störungen im deutschen Wirtschaftsleben sich gewinnen läßt. Das Material ist ausreichend, um die Diagnose für diese Störungen anzugeben und um die Richtung anzudeuten, in der die Praxis und die Gesetzgebung sich bewegen muß, um denselben Störungen aus denselben Ursachen einigermaßen vorzubeugen.

Dr. Felix Hecht.

Inhaltsverzeichnis.

Erster Abschnitt.

*

Erster Abschnitt.

Der deutsche Geldmarkt 1895 bis 1902 und der kurzfristige Kredit. Die Kreditbanken und die Krisis.

Der deutsche Geldmarkt 1895 bis 1902.

Von

Karl Helfferich, Berlin.

Aufgabe der folgenden Seiten ist die Darstellung der Erscheinungen auf dem Gebiete des Geldumlaufs und des Geldverkehrs in Deutschland während der Jahre 1895 bis 1902, und zwar in ihrem Zusammenhang mit der allgemeinen wirtschaftlichen Konjunktur jener Jahre. Der deutsche Geldmarkt hat in dem in Rede stehenden Zeitraum eine Entwicklung durchgemacht, die nicht weniger auffallend und ungewöhnlich war wie die gleichzeitige Gesamtentwicklung der deutschen Volkswirtschaft. Der Zinsfuß, der zu Beginn der unserer Untersuchung zu Grunde liegenden Periode einen bis dahin unerhörten Tiefstand eingenommen hatte, stieg bis zum Ende des Jahres 1899 auf eine Höhe, die seit dem Jahre 1870 nicht mehr erreicht worden war, um in den folgenden Jahren wieder rasch und sehr erheblich herabzugehen. Die schwierige Gestaltung der Geldverhältnisse, die gegen Ende der 90er Jahre sich immer mehr verschärfte, hat damals die allgemeine Aufmerksamkeit in hohem Maße auf sich gelenkt, und über die Beziehung zwischen den Geldmarktsverhältnissen und der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung, über die Frage, was hier Ursache, was Wirkung sei, sind die Meinungen stark auseinandergegangen. Heute, nachdem die damals noch im Flusse befindliche Gestaltung der Dinge zu einem gewissen Abschluß gekommen ist, lassen sich diese Beziehungen mit größerer Zuverlässigkeit übersehen und beurteilen.

Unsere Untersuchung hat sich zunächst zu erstrecken auf die Verschiebungen, welche in dem in Frage stehenden Zeitraum auf dem Gebiete der Geldzirkulation etwa vorgegangen sind, ferner auf die Ver-

änderungen, welche der Geldbedarf in Deutschland erfahren hat. Im Anschluß daran ist die Entwicklung des Geldmarktes, insbesondere die Gestaltung des Zinsfußes für kurzfristigen Kredit, einer Betrachtung zu unterziehen, und es ist zu prüfen, wie weit die Entwicklung des Geldmarktes auf die Veränderungen der Geldzirkulation oder auf die Veränderungen des Geldbedarfs zurückzuführen ist. Damit werden die Grundlagen geliefert für die Beurteilung der zwischen den Verhältnissen des Geldmarktes und der allgemeinen wirtschaftlichen Konjunktur bestehenden Wechselwirkung. Eine besondere Betrachtung erfordert das Funktionieren derjenigen Einrichtungen auf dem Gebiet des Bankwesens, die dazu bestimmt sind, dem Geldwesen gegenüber den Veränderungen im Geldumlauf und Geldbedarf eine erhöhte Anpassungsfähigkeit zu verleihen und den Geldverkehr sowohl in seinen nach außen gerichteten Beziehungen als auch in seinen inneren Verhältnissen zu überwachen und zu regulieren; hierher gehört vor allem die Wirksamkeit der Notenbanken, die Gestaltung ihrer Notenemission, des Giroverkehrs und anderer Bargeld ersparender Einrichtungen, sowie die Handhabung der Diskontpolitik.

I. Die Gestaltung der metallischen Geldzirkulation.

Wenn man von der auffallenden Tatsache der außerordentlichen Steigerung des Zinsfußes für kurzfristigen Kredit in der zweiten Hälfte der 90er Jahre ausgeht und zur Aufklärung der Gründe dieser Entwicklung die Blicke zunächst auf die Gestaltung der metallischen Geldzirkulation richtet, dann springt sofort die Tatsache in die Augen, daß die gewaltige Anspannung des Geldmarktes, die keineswegs auf Deutschland beschränkt geblieben ist, sich vollzogen hat, während gleichzeitig die Gewinnung des Goldes, das heute allein als Geldmetall für die Staaten der europäischen Kultur in Betracht kommt, eine niemals auch nur entfernt erreichte Steigerung aufzuweisen hatte. Über die Ursachen der enormen Vermehrung der Goldproduktion kann hier ausführlicher nicht berichtet werden; es genüge der Hinweis auf die Entdeckung ausgedehnter Fundstätten in Südafrika, Australien und dem nordwestlichen Amerika (Alaska) und auf die Fortschritte der metallurgischen Technik, welche die Ausbeutung auch relativ armer, ja selbst aufgegebener Lagerstätten und die Aufbereitung von Rückständen aus früheren Produktionsperioden gestatteten. Unter der Ein-

wirkung dieser Verhältnisse ist der gegen Ende der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts infolge der Erschöpfung der kalifornischen und australischen Alluvien eingetretene Rückgang der Goldproduktion um die Mitte der 80er Jahre zum Stillstand gekommen, und vom Beginn der 90er Jahre an ist die Goldgewinnung derartig gestiegen, daß sie im Jahre 1899 dreimal so groß war als im Jahre 1883. Erst der südafrikanische Krieg, der die Minen am Rand außer Betrieb setzte, brachte einen gewissen Rückschlag, der jedoch teilweise durch neue Produktionssteigerungen in anderen Gebieten, namentlich in den Vereinigten Staaten, ausgeglichen wurde, so daß die Goldgewinnung der Erde in den Jahren 1900 und 1901 sich immer noch auf auf einem höheren Stand erhielt als in irgend einem Jahr vor 1898.

Die folgenden Zahlen geben ein Bild von der Gestaltung der Goldgewinnung in dem uns interessierenden Zeitraum:

Jahre	Goldproduktion der Erde	
	kg	1000 Mk.
Durchschn. 1851—1870	195 300	547 000
" 1871—1880	173 000	483 000
" 1881—1885	154 960	432 300
" 1886—1890	169 870	473 930
" 1891	196 574	548 441
" 1892	220 648	615 608
" 1893	236 978	661 169
" 1894	272 591	760 529
" 1895	299 060	834 377
" 1896	304 317	849 044
" 1897	355 202	991 014
" 1898	431 219	1 203 101
" 1899	461 296	1 287 016
" 1900	387 456	1 081 002
" 1901	396 288	1 105 644
" 1902	ca. 450 000	ca. 1 255 000

Die Goldversorgung der Erde hat mithin zweifellos gerade in den Jahren, in welchen die ungewöhnliche Anspannung des Geldmarktes in Deutschland, England und andern Ländern eingetreten ist, einen gewaltigen Zuwachs zu verzeichnen gehabt. Die gesamte Goldproduktion des Jahrzehnts 1891—1900 hat 8830 Millionen Mk. betragen; rechnet man davon jährlich 250 Millionen Mk. auf die industrielle Verwendung, so würden mehr als 6300 Millionen Mk.

für die monetäre Verwendung verfügbar geblieben sein, und diese Summe würde bei einem monetären Weltvorrat an Gold von 15 Milliarden Mk., wie er im Jahre 1890 veranschlagt wurde, einen Zuwachs von mehr als zwei Fünfteln bedeutet haben.

Eine solche außerordentliche Vermehrung des monetären Goldvorrates hat jedoch nur hinsichtlich der Gesamtheit der Weltwirtschaft Platz gegriffen; auf die einzelnen nationalen Wirtschaftsgebiete dagegen hat sich das neue Gold sehr ungleichmäßig verteilt. Der größere Teil des neugewonnenen gelben Metalls hat Verwendung gefunden in einer Ausdehnung des monetären Goldgebrauchs über neue Gebiete oder zur Befestigung der Valuta in Ländern, die bisher dem Silber oder Papier einen weiten Spielraum gewährt hatten. Österreich-Ungarn, Rußland, Indien, Japan und nicht zum wenigsten die Vereinigten Staaten von Amerika haben die Hauptmasse des neuen Goldes absorbiert, während den alten Goldwährungsländern nur ein kleinerer Teil der so gewaltig gesteigerten Goldgewinnung zugeflossen ist. Soweit es sich aus den Ziffern der Goldgewinnung und des Goldhandels der einzelnen Länder beurteilen läßt, haben die erstgenannten Länder von den 8830 Millionen Mk. des im Jahrzehnt 1891 bis 1900 neu produzierten Goldes etwa 5340 Millionen Mk. absorbiert, so daß für die übrigen Länder etwa 3½ Milliarden Mk. verfügbar blieben, die hauptsächlich den alten europäischen Goldwährungsländern zu gute gekommen sind. Der Zuwachs hat sich nicht nur auf die einzelnen Länder, sondern auch auf die einzelnen Jahre sehr ungleichmäßig verteilt. So haben die Vereinigten Staaten von Amerika in den Jahren 1891 bis 1895 sehr erhebliche Beträge an Gold abgegeben, während sie im Jahre 1898 eine außerordentlich starke Zufuhr an Gold neben ihrer großen eigenen Produktion aufzuweisen hatten. Die stärksten indischen Goldbezüge fallen auf die Jahre 1897 bis 1899. Japan hat sein zur Einführung der Goldwährung benötigtes Gold in der Hauptsache im Jahre 1897 beschafft. Rußlands Goldbezüge verteilen sich auf die Jahre 1891 bis 1898; sie waren am stärksten im Jahre 1892; von 1899 an überwiegt die Goldausfuhr. Die Goldbeschaffung der österreichisch-ungarischen Monarchie erreichte ihren Höhepunkt bereits im Jahre 1893; von 1898 an überwiegt die Goldausfuhr.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Goldbewegung der genannten Länder seit 1890.

Jahre	Mehreinfuhr von Gold in				
	den Vereinigten Staaten Mill. Mk.	Indien Mill. Mk.	Japan Mill. Mk.	Rußland Mill. Mk.	Österreich-Ungarn Mill. Mk.
1890	— 23,8	+ 112,1	— 5,5	— 4,3	+ 72,4
1891	— 142,4	+ 47,9	+ 0,2	+ 254,8	+ 53,1
1892	— 245,5	— 55,9	— 34,2	+ 374,9	+ 112,8
1893	— 28,2	+ 8,8	— 7,7	+ 46,9	+ 266,9
1894	— 338,6	— 67,8	— 12,6	+ 257,0	+ 15,5
1895	— 296,4	+ 33,4	— 7,4	+ 81,1	+ 52,7
1896	+ 195,2	+ 31,1	+ 34,4	+ 310,4	+ 52,3
1897	— 1,1	+ 65,8	+ 116,3	+ 303,6	+ 91,2
1898	+ 596,3	+ 88,6	— 19,3	+ 224,9	— 73,4
1899	+ 25,0	+ 128,5	+ 22,5	— 9,4	— 21,1
1900	+ 53,0	+ 11,3	— 89,5		— 18,4
1901	— 12,7		— 1,7		

Die mittel- und westeuropäischen Staaten hatten im großen ganzen in den Jahren 1890 bis 1894 einen sehr erheblichen Zufluß von Gold zu verzeichnen, der in den Jahren 1895 bis 1897/98 sich abschwächte, um dann wieder eine nicht unerhebliche Zunahme zu erfahren. Die folgende Übersicht gibt ein Bild der Mehreinfuhr von Gold in den drei wichtigsten dieser Länder von 1890 bis 1902.

Jahre	Mehreinfuhr von Gold in		
	England Mill. Mk.	Frankreich Mill. Mk.	Deutschland Mill. Mk.
1890	+ 188,9	— 106,7	+ 60,2
1891	+ 124,6	+ 102,9	+ 99,4
1892	+ 137,7	+ 223,6	+ 28,6
1893	+ 108,7	+ 153,1	+ 38,5
1894	+ 243,3	+ 286,7	+ 251,1
1895	+ 298,7	+ 7,3	+ 15,1
1896	— 127,4	— 8,1	+ 29,4
1897	± 0,0	+ 128,8	+ 35,9
1898	+ 145,5	— 92,3	+ 104,4
1899	+ 224,3	+ 127,2	+ 135,5
1900	+ 159,0	+ 270,2	+ 127,4
1901	+ 137,7	+ 229,9	+ 205,2
1902	+ 126,9	+ 253,9	+ 34,1

Die beträchtliche Goldzufuhr der drei europäischen Staaten in den Jahren 1890 bis 1894 erklärt sich in der Hauptsache aus dem in jener Zeit durch die verfehlte amerikanische Silbergesetzgebung herbei-

geführten starken Goldabfluß aus den Vereinigten Staaten. Die um die Mitte der 90er Jahre eingetretene Stockung in der Goldzufuhr hat ihren Grund in den starken Goldbeschaffungen der mit der Regulierung ihrer Valuta beschäftigten Länder. Von 1898 an kommt die gewaltige Zunahme der Goldproduktion in der Goldbilanz der europäischen Staaten deutlich in Erscheinung. Auffallend könnte es scheinen, daß sich der gegen Ende des Jahres 1899 infolge des Transvaalkrieges beginnende Rückgang der Goldgewinnung für die Goldbilanz der europäischen Staaten kaum irgendwie bemerkbar gemacht hat; der Grund dieser Erscheinung ist darin zu sehen, daß um jene Zeit die neu zur Goldvaluta übergegangenen Länder ihren großen einmaligen Goldbedarf in der Hauptsache gedeckt hatten. Das zeigt sich vor allem in der Goldbilanz Englands, dem bisher das südafrikanische Gold in der Hauptsache zugeflossen war. Wenn wir den Zeitraum von 1897 bis 1902 ins Auge fassen, so erhalten wir für Englands Goldhandel mit den wichtigsten der in Betracht kommenden Länder folgendes Bild:

		1000 Pfund Sterling					
		1897	1898	1899	1900	1901	1902
Südafrika	Einfuhr aus	13 621	16 769	15 015	379	1962	7947
	Ausfuhr nach	—	—	4 226	1780	300	1283
	Mehreinfuhr	+ 13 621	+ 16 769	+ 10 789	— 1401	+ 1662	+ 6664
Ver. Staaten	Einfuhr aus	68	48	2 379	5871	264	51
	Ausfuhr nach	1 208	10 942	1 324	1083	52	386
	Mehreinfuhr	— 1 140	— 10 894	+ 1 055	+ 4788	+ 212	— 335
Australien	Einfuhr aus	10 604	7 566	5 056	6459	5567	5462
	Ausfuhr nach	—	—	—	—	—	—
	Mehreinfuhr	+ 10 604	+ 7 566	+ 5 056	+ 6459	+ 5567	+ 5462
Deutschland	Einfuhr aus	278	3 909	2 397	2544	366	81
	Ausfuhr nach	11 949	12 377	4 421	4904	3317	686
	Mehreinfuhr	— 11 671	— 8 468	— 2 024	— 2360	— 2951	— 605
Frankreich	Einfuhr aus	622	4 431	1 841	2156	1175	342
	Ausfuhr nach	1 139	1 444	1 379	2360	1698	2206
	Mehreinfuhr	— 517	+ 3 013	+ 468	— 204	— 523	— 1864

		1000 Pfund Sterling					
		1897	1898	1899	1900	1901	1902
Niederlande	Einfuhr aus	15	1506	1404	1371	118	1033
	Ausfuhr nach	833	1117	331	1	238	20
	Mehreinfuhr	— 818	+ 389	+ 1073	+ 1370	— 120	+ 1013
Indien	Einfuhr aus	1497	1656	1726	3778	6946	3213
	Ausfuhr nach	2513	2650	1933	2638	2448	2023
	Mehreinfuhr	— 1016	— 994	— 207	+ 1140	+ 4498	+ 1190

Diese Statistik zeigt, daß in den Jahren des Transvaalkriegs eine nicht unerhebliche Goldzufuhr aus den Vereinigten Staaten stattfand, die namentlich im Jahre 1898 eine starke Mehreinfuhr von Gold aus England zu verzeichnen hatten; daß die überwiegende Goldausfuhr nach Indien einer Goldzufuhr von dort Platz machte; daß ferner die Goldausfuhr nach Deutschland, das in großem Umfang als Durchgangsland für Rußland in Betracht kommt, infolge des Aufhörens der russischen Goldbeschaffungen eine sehr beträchtliche Abnahme erfuhr, ohne daß dadurch, wie die oben auf Seite 7 gegebene Übersicht zeigt, die deutsche Goldversorgung in ihrer Totalität beeinträchtigt worden wäre.

Nach dieser allgemeinen Übersicht über die Edelmetallgewinnung und -Verteilung im letzten Jahrzehnt sei eine eingehendere Darstellung der Goldbilanz und der Zirkulationsverhältnisse Deutschlands gegeben.

Deutschland hatte, nachdem die Durchführung der Münzreform und des Übergangs zur Goldwährung mit der Einstellung der Silberverkäufe im Jahre 1879 zu einem vorläufigen Abschluß gekommen war, während einiger Jahre keine Vermehrung, sondern eher eine Verminderung seines monetären Goldbestandes zu verzeichnen. Nach den Zahlen der Reichsstatistik überwog in den Jahren 1880 bis 1884 die Goldausfuhr die Goldeinfuhr. Von 1885 an bis zum heutigen Tag hat Jahr für Jahr eine Mehreinfuhr von Gold stattgefunden. Die Einfuhr und Ausfuhr von Gold, einschließlich der in Gold bestehenden Einfuhr von „Pagament", sowie die Goldproduktion innerhalb Deutschlands selbst haben sich seit 1885 in den einzelnen Jahren folgendermaßen gestaltet:

Jahre	Goldeinfuhr			Gold-ausfuhr	Mehr-einfuhr von Gold	Goldproduktion in Deutschland	Deutschlands Gesamtzuwachs an Gold
	gemünzt und in Barren ꝛc.	als Pagament	zusammen				
	Werte in 1000 Mk.						
1885	42 551	5 065	47 616	24 528	23 088	3 855	26 943
1886	46 858	8 226	55 084	20 541	34 543	4 112	38 655
1887	55 433	9 959	65 392	14 601	50 791	4 894	55 685
1888	134 217	11 838	146 055	99 104	46 951	5 003	51 954
1889	66 163	18 431	84 594	52 412	32 182	4 794	36 976
1890	101 852	13 605	115 457	41 631	73 826	6 335	80 161
1891	220 971	12 571	233 542	121 556	111 986	6 760	118 746
1892	178 467	13 393	191 860	149 827	42 033	7 094	49 127
1893	140 041	15 876	155 917	101 576	54 341	7 086	61 427
1894	304 473	18 080	322 553	53 319	269 234	8 916	278 150
1895	97 451	12 912	110 363	82 319	28 044	9 878	37 922
1896	227 138	11 571	238 609	197 481	41 128	6 916	47 044
1897	154 717	9 600	164 317	118 653	45 664	7 737	53 401
1898	326 208	14 141	340 349	221 769	118 580	7 913	126 493
1899	271 275	11 631	282 906	135 745	147 161	7 259	154 420
1900	241 243	12 346	253 589	113 860	139 729	8 523	148 452
1901	256 833	8 353	265 186	51 591	213 563	7 688	221 283
1902	140 128	7 935	148 063	106 020	42 043	ca. 7 500	ca. 50 000

Obwohl die einzelnen Jahre in sich eine ununterbrochene Mehreinfuhr von Gold aufweisen, die namentlich in den Jahren 1898 bis 1901 sehr beträchtlich war, so haben doch innerhalb der einzelnen Jahre selbst gewisse Schwankungen im Zufluß und Abfluß von Gold stattgefunden, die nicht vernachlässigt werden dürfen, wenn man den zwischen den Veränderungen des Geldumlaufs und der gesamten Entwicklung des Geldmarktes bestehenden Zusammenhang richtig beurteilen will. Von erheblichem Interesse ist ferner die Frage, aus welchen Ländern Deutschland in den einzelnen Jahren Gold in größeren Quantitäten erhalten und an welche Länder es Gold abgegeben hat. Die beiden folgenden Tabellen geben einen Überblick über diese Verhältnisse. Für die Übersicht nach Monaten genügt eine Betrachtung des Zeitraumes von 1898 an, da erst mit diesem Jahr — zunächst unter der Einwirkung des spanisch-amerikanischen Krieges — eine interessantere Komplikation der Goldbewegungen begonnen hat.

Deutschlands Goldbilanz nach Monaten
(in 1000 Mk.)

Monat	1898			1899			1900			1901			1902		
	Einfuhr	Ausfuhr	Mehr-einfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Mehr-einfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Mehr-einfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Mehr-einfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Mehr-einfuhr
Januar . .	19 034	1 045	+ 17 989	22 933	1 410	+ 21 523	2 311	25 160	— 22 849	4 104	5 258	— 1 154	21 712	4 709	+ 17 003
Februar . .	16 612	3 295	+ 13 317	13 838	17 213	— 3 375	6 248	31 271	— 25 023	3 818	2 263	+ 1 555	5 177	2 607	+ 2 570
März	38 641	3 346	+ 35 095	28 905	28 032	+ 873	2 495	11 449	— 8 954	4 316	2 657	+ 1 659	3 552	4 719	— 1 167
April	17 534	14 127	+ 3 407	16 648	1 968	— 14 680	17 538	5 623	+ 11 915	15 839	3 294	+ 12 545	1 431	3 993	— 2 562
Mai	16 543	61 724	— 45 181	9 341	6 060	+ 3 281	7 273	6 412	+ 861	21 521	5 956	+ 15 565	4 044	3 340	+ 704
Juni	13 508	17 855	— 4 347	20 171	5 939	+ 14 232	9 380	2 994	+ 6 386	6 517	2 666	+ 3 851	6 441	3 523	+ 2 918
Juli	39 228	15 124	+ 24 104	14 210	17 894	— 3 684	28 456	3 997	+ 24 459	27 106	2 530	+ 24 576	19 176	8 806	+ 10 370
August . . .	25 412	3 776	+ 21 645	18 831	18 094	+ 737	43 339	3 775	+ 39 584	20 526	3 324	+ 17 202	23 549	14 463	+ 9 086
September.	19 777	2 505	+ 17 272	8 031	3 240	+ 4 791	18 073	3 317	+ 14 756	45 637	3 550	+ 42 687	10 309	8 417	+ 1 892
Oktober . .	30 443	56 755	— 26 312	11 151	19 456	— 8 305	45 837	3 834	+ 42 003	19 480	12 787	+ 6 693	13 121	9 702	+ 3 419
November .	29 570	19 280	+ 10 290	8 771	10 664	— 1 893	35 689	4 919	+ 30 770	27 426	3 232	+ 24 194	16 894	6 635	+ 10 259
Dezember .	59 906	22 746	+ 37 160	98 445	5 775	+ 92 670	24 604	11 129	+ 13 475	60 543	4 074	+ 56 469	14 722	35 106	+ 20 384
Jahr	326 208	221 769	+ 104 439	271 275	135 745	+ 135 530	241 243	113 860	+ 127 383	256 833	51 591	+ 205 242	140 128	106 020	+ 34 108

Deutschlands Goldhandel nach Herkunfts- und Bestimmungsländern
(in 1000 ℳ).

1. Ausfuhr von Gold nach den wichtigsten Bestimmungsländern.

Jahre	England	Frankreich	Österreich	Rußland	Niederlande	Ver. Staaten
1890	6 783	330	9 599	3 578	75	—
1891	5 126	92	6 772	100 476	86	—
1892	1 675	2 072	41 507	94 922	48	—
1893	765	1 874	69 260	16 831	262	—
1894	465	399	39 665	2 533	140	—
1895	1 396	268	53 612	1 699	68	—
1896	835	135	68 216	118 430	83	—
1897	467	48	22 906	87 855	—	—
1898	58 417	88	24 831	120 995	1 508	1587
1899	44 848	190	13 665	60 317	6 460	—
1900	42 833	612	22 201	2 540	30 657	—
1901	3 662	777	24 250	3 509	6 429	1001
1902	998	393	43 803	36 969	1 198	—

2. Einfuhr aus den wichtigsten Herkunftsländern.

Jahre	England	Frankreich	Österreich	Rußland	Niederlande	Ver. Staaten
1890	37 073	8 468	13 191	19 019	2 149	8 289
1891	106 025	10 651	26 681	374	11 484	53 499
1892	69 270	7 259	9 416	365	3 232	76 569
1893	86 508	5 465	6 425	234	1 736	30 111
1894	82 701	2 707	5 112	104 004	10 983	81 824
1895	36 596	6 410	7 281	93	2 968	28 466
1896	95 105	3 586	26 374	5 276	2 618	56 017
1897	85 294	2 904	14 998	244	3 291	4 663
1898	253 697	3 308	28 837	513	2 298	311
1899	98 769	4 187	8 348	79 594	5 726	11 864
1900	112 112	2 637	13 403	45 004	4 807	16 326
1901	91 024	9 277	10 331	46 752	10 315	55 739
1902	34 944	2 241	22 093	340	9 352	16 553

8. Mehreinfuhr (+) bzw. Mehrausfuhr (—) von Gold im Verkehr mit den wichtigsten Ländern.

Jahre	England	Frankreich	Österreich	Rußland	Niederlande	Ver. Staaten
1890	+ 30 290	+ 8 138	+ 3 592	+ 15 441	+ 2 074	+ 8 289
1801	+ 100 899	+ 10 559	+ 19 909	— 100 102	+ 11 378	+ 53 499
1892	+ 68 195	+ 5 187	— 32 091	— 94 557	+ 3 184	+ 76 569
1893	+ 85 743	+ 3 591	— 62 835	— 16 597	+ 1 474	+ 30 111
1894	+ 82 246	+ 2 308	— 34 553	+ 101 471	+ 10 843	+ 81 824
1895	+ 35 200	+ 6 142	— 46 331	+ 1 603	+ 2 900	+ 28 466
1896	+ 94 270	+ 3 451	— 41 942	— 113 154	+ 2 535	+ 56 017
1897	+ 84 827	+ 2 856	— 7 908	— 87 611	+ 3 291	+ 4 663
1898	+ 195 280	+ 3 220	+ 4 006	— 120 482	+ 1 790	— 1 276
1899	+ 53 921	+ 3 997	— 5 317	+ 19 277	— 734	+ 11 864
1900	+ 69 279	+ 2 025	— 8 798	+ 42 482	— 25 850	+ 16 330
1901	+ 87 362	+ 8 500	— 13 919	+ 43 243	+ 3 886	+ 54 738
1902	+ 33 946	+ 1 848	— 21 710	— 36 629	+ 8 154	+ 16 553

Die monatlichen Nachweisungen der deutschen Goldbilanz zeigen, daß die Stärke des Goldzuflusses in den einzelnen Monaten zwar eine sehr verschiedene war, daß jedoch Unterbrechungen des Goldzuflusses durch einen Goldabfluß verhältnismäßig selten eingetreten sind; von den 60 Monaten der Jahre 1898 bis 1902 haben nur 14 eine überwiegende Goldausfuhr aufzuweisen. Die meisten dieser Unterbrechungen lassen sich auf bestimmte Ursachen zurückführen. Der Goldabfluß im Mai und Juni 1898 hatte seinen Grund darin, daß damals — unmittelbar nach dem Ausbruch des spanisch-amerikanischen Kriegs — die Vereinigten Staaten durch Zurückziehung ihrer Guthaben und Bewilligung hoher Zinsen Gold herbeizuziehen suchten. England und namentlich Frankreich haben damals in weit größeren Beträgen als Deutschland Gold an die Vereinigten Staaten abgegeben[1]. Die von der Mitte des Jahres 1899 an eingetretene Stockung in der Goldzufuhr, die — mit einer starken Unterbrechung im Dezember 1899 — bis zum Ende des ersten Quartals 1900 anhielt, war dadurch verursacht, daß die Verwicklungen in Transvaal, die schon einige Monate vor dem Ausbruch des südafrikanischen Krieges in England ein Gefühl der Unsicherheit hervorriefen, die englische Bankwelt veranlaßten, auf

[1] Das Fiskaljahr 1. Juli 1897 bis 30. Juni 1898 verzeichnet eine Goldeinfuhr

aus Deutschland	im Betrag von	8,4 Mill. $
„ England	„ „ „	43,1 „ „
„ Frankreich	„ „ „	22,8 „ „

eine Stärkung ihrer Goldreserven Bedacht zu nehmen und die bisher dem deutschen Markt zur Verfügung gestellten Mittel zu einem großen Teil zurückzuziehen. Die starke Goldzufuhr, die Deutschland im Dezember 1899 zu verzeichnen hatte, kam in der Hauptsache aus Rußland; in den ersten Monaten des Jahres 1900 ist ein großer Teil dieses Goldes nach England und Frankreich weitergegeben worden.

Die Übersicht über die deutsche Goldbilanz nach den wichtigsten Ländern zeigt uns auf der einen Seite einen — man kann sagen — ununterbrochenen, wenn auch in seiner Stärke schwankenden Goldzufluß aus England und, in zweiter Linie, aus den Vereinigten Staaten, auf der anderen Seite einen vorwiegenden, aber heftigen Fluktuationen unterliegenden Goldabfluß nach Rußland, in zweiter Linie nach Österreich-Ungarn. Alle übrigen Staaten kommen für das Endresultat nur wenig in Betracht. Für den russischen und österreichischen Goldverkehr ist Deutschland im wesentlichen eine Zwischeninstanz; als solche wurde es in erster Linie von den ruckweise erfolgenden Goldbeschaffungen jener Länder während der 90er Jahre betroffen, während ihm anderseits in erster Linie die Goldausfuhr aus jenen Ländern zu gute kam. So ist die relativ geringe Mehreinfuhr von Gold in Deutschland während der Jahre 1892 und 1893 in starken russischen und österreichischen Goldbezügen begründet gewesen. Die ungewöhnlich starke Goldzufuhr des Jahres 1894 hatte ihren Grund in einem starken Goldimport aus Rußland bei einer gleichzeitigen erheblichen Goldeinfuhr aus England und namentlich aus den Vereinigten Staaten. Die Einschränkung der deutschen Goldversorgung in den Jahren 1895 bis 1897 beruhte im Jahre 1895 auf einem starken Nachlassen der Goldzufuhr aus England und Amerika, auf einer neutralen Goldbilanz mit Rußland und einer Zunahme des Goldexports nach Österreich, in den Jahren 1896 und 1897 bei starker Goldzufuhr aus England auf einem erneuten Anwachsen der russischen Goldbezüge. Im Jahre 1898, dem einzigen der hier in Betracht kommenden Jahre, das einen, wenn auch nur geringfügigen Mehrexport an Gold nach den Vereinigten Staaten aufweist und das gleichzeitig die stärkste Goldausfuhr nach Rußland verzeichnet, gab ein enormer Goldimport aus England die Entscheidung für eine stark überwiegende Goldeinfuhr. In den drei folgenden Jahren hat bei einem Nachlassen der Goldzufuhr aus England die günstige Gestaltung der Goldbilanz mit Rußland wesentlich zu der erheblichen Mehreinfuhr von Gold in Deutschland beigetragen.

Eine gewisse Bestätigung erfahren die Ziffern der Goldeinfuhr und -Ausfuhr durch die Bewegung der auswärtigen Wechselkurse. Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht der wichtigsten Berliner Notierungen.

(Tabelle siehe S. 16.)

Bei der Beurteilung der Wechselkurse darf nicht übersehen werden, daß die Reichsbank durch gewisse Erleichterungen, die sie für die Goldeinfuhr gewährt hat, namentlich durch die Gewährung zinsfreier Vorschüsse auf Goldlieferungen, die Einfuhr von Gold in großem Umfang auch bei einem Stand der Wechselkurse, der an sich noch keinen Goldbezug gestatten würde, ermöglicht hat.

Die für monetäre Zwecke bestimmte Goldzufuhr Deutschlands vollzieht sich ganz vorwiegend durch die Vermittlung der Reichsbank. Auf Grund der gesetzlichen Bestimmung (Art. 14 des Bankgesetzes), nach welcher die Reichsbank Barrengold zum festen Satz von 1392 Mk. pro Pfund fein gegen ihre Noten eintauschen muß, wird das importierte Gold vorzugsweise bei der Reichsbank eingeliefert. Die Goldankäufe der Reichsbank bilden mithin eine wesentliche Ergänzung des bisher gegebenen Bildes der deutschen Zirkulationsverhältnisse in den letzten Jahren.

Goldankäufe der Reichsbank

1890	87 969 000	Mk.
1891	176 472 000	=
1892	61 540 000	=
1893	137 009 000	=
1894	241 131 000	=
1895	55 276 000	=
1896	62 032 000	=
1897	123 954 000	=
1898	101 414 000	=
1899	98 425 000	=
1900	124 505 000	=
1901	139 029 000	=
1902	29 233 000	=

Im großen ganzen zeigen diese Ziffern eine gewisse Übereinstimmung mit den Veränderungen der Zahlen der Goldbilanz.

Von Interesse für die Beurteilung der deutschen Zirkulationsverhältnisse ist ferner die Statistik der deutschen Goldprägungen.

Jahr	Berliner Wechselkurse auf														
	London (1 £ acht Tage)			Paris (100 Fr. acht Tage)			Newyork (100 $ vista)			Rußland (100 Rubel-Noten)			Österreich (100 fl.-Noten)[1]		
	Durchschnitt	höchster	niedrigster	Durchschnitt	höchster	niedrigster	Durchschnitt	höchster	niedrigster	Durchschnitt	höchster	niedrigster	Durchschnitt	höchster	niedrigster
1890	20.38	20.475	20.30	80.75	81.05	80.25	418.16	421.50	415.20	235.40	265.—	219.75	175.21	184.70	169.80
1891	20.35	20.48	20.305	80.61	80.95	80.25	417.93	420.50	416.—	224.56	245.10	191.50	174.50	179.30	171.85
1892	20.38	20.43	20.325	80.97	81.20	80.70	817.84	419.25	415.75	204.92	216.40	197.—	170.98	173.30	168.80
1893	20.39	20.49	20.31	80.94	81.30	80.50	418.67	422.75	416.25	213.—	217.70	203.25	164.85	169.05	159.25
1894	20.40	20.465	20.335	81.03	81.30	80.75	818.08	420.50	417.—	219.95	234.—	216.80	163.63	164.70	162.40
1895	20.44	20.485	20.39	81.02	81.25	80.75	417.46	419.75	416.—	219.72	222.30	217.20	167.73	170.—	163.90
1896	20.40	20.47	20.335	80.98	81.30	80.55	418.12	420.75	416.50	216.95	218.60	216.05	169.86	170.70	168.10
1897	20.37	20.42	20.33	80.96	81.20	80.65	418.56	419.75	417.—	216.70	218.—	216.—	170.19	170.70	168.50
1898	20.43	20.535	20.37	80.83	81.10	80.60	420.90	424.—	419.—	216.48	217.80	216.—	169.87	170.30	169.20
1899	20.44	20.565	20.39	81.02	81.30	80.80	419.62	421.—	417.75	216.37	217.15	216.—	169.59	170.10	168.95
1900	20.45	20.50	20.39	81.34	81.50	81.10	420.12	422.25	418.25	216.28	216.90	216.—	84.59	85.20	84.15
1901	20.41	20.47	20.36	81.12	81.45	80.80	418.53	420.75	417.—	216.22	216.90	216.—	85.20	85.50	84.90
1902	20.45	20.475	20.385	81.28	81.40	81.15	419.37	421.—	418.25	216.31	217.10	216.—	85.35	85.65	85.05

[1] Von 1901 an 100 Kronen-Noten.

Prägungen von Reichsgoldmünzen.

Jahre	Nettoprägungen in den einzelnen Jahren ℳ	Es waren netto ausgeprägt am Schluß der einzelnen Jahre ℳ
1890	99 770 460	2 527 528 445
1891	59 639 660	2 587 168 105
1892	37 050 560	2 624 218 665
1893	110 244 035	2 734 462 700
1894	156 990 230	2 891 452 930
1895	106 992 415	2 998 445 345
1896	104 452 810	3 102 898 155
1897	125 728 175	3 228 626 330
1898	156 063 460	3 384 689 790
1899	137 527 865	3 522 217 655
1900	139 754 980	3 661 972 635
1901	112 354 765	3 774 327 400
1902	81 102 790	3 855 430 190

Diese Zahlen bedeuten selbstverständlich nicht unmittelbar den Zuwachs, welchen der deutsche Goldgeldbestand in den in Rede stehenden Jahren erfahren hat. Es sind vielmehr zunächst abzusetzen die Beträge an Reichsgoldmünzen, die exportiert und die im Inland für industrielle Zwecke eingeschmolzen worden sind. Die Summen der exportierten Reichsgoldmünzen, die teils in die Bestände fremder Banken übergegangen, teils auf ausländischen Münzstätten umgeprägt worden sind, entziehen sich der statistischen Erfassung. Der Jahresbetrag der im Inlande für industrielle Zwecke eingeschmolzenen Reichsgoldmünzen ist durch eine in den Jahren 1896 und 1897 vorgenommene Enquete mit ungefähr 17 Millionen Mk. ermittelt worden. Ferner ist zu beachten, daß in den letzten Jahren die Reichsbank, um ihre Schlagfertigkeit gegenüber den starken, an sie herantretenden Anforderungen möglichst zu erhöhen, einen großen Teil ihres als Notendeckung dienenden Bestandes an Goldbarren und fremden Goldmünzen hat ausprägen lassen. Der durchschnittliche Bestand der Reichsbank an Gold in Barren und fremden Münzen war am höchsten im Jahre 1895 mit 385 Millionen Mk.; er verminderte sich bis auf 132 Millionen Mk. im Jahre 1900 und hat in den beiden folgenden Jahren 179 bezw. 173 Millionen Mk. betragen. Von den Neuprägungen, die seit 1895 stattgefunden haben, stellen mithin etwa 200 Millionen Mk. nicht einen neuen Zuwachs dar, sondern nur eine

Veränderung der Form eines Teiles des in Deutschland bereits vorhandenen Goldbestandes.

Aber auch wenn man alle diese Umstände mit in Rechnung zieht, so sprechen immerhin auch die Prägeziffern dafür, daß im verflossenen Jahrzehnt eine nicht unerhebliche Vermehrung des deutschen Goldgeldbestandes und damit — da das Silbergeld nur durch Umprägungen geringfügige Veränderungen erfahren hat — eine entsprechende Vermehrung des gesamten deutschen Metallgeldbestandes eingetreten ist.

II. Die Gestaltung des Geldbedarfs in Deutschland.

Die Geldversorgung eines Landes mit metallischer Währung ist in sehr erheblichem Umfang abhängig von Faktoren, die mit dem Gang des Wirtschaftslebens in dem betreffenden Lande in keinem Zusammenhang stehen. Dagegen sind die Bewegungen des Geldbedarfs durchaus durch die allgemeine Entwicklung des Wirtschaftslebens bedingt.

Die Ausbreitung der Geldwirtschaft, die Zunahme der Bevölkerung und ihres Wohlstandes, die Steigerung der Gütererzeugung und des Verkehrs, ferner die Entwicklung des Kreditwesens, die Ausbildung verbesserter Zahlungsmethoden und Zahlungseinrichtungen, der Gebrauch von Geldsurrogaten, — das sind die großen Faktoren, welche — teils sich verstärkend, teils sich entgegenwirkend — den Geldbedarf in seiner Gesamtgestaltung während längerer Perioden maßgebend beeinflussen.

Innerhalb der einzelnen kürzeren Zeiträume ist die wechselnde Richtung der wirtschaftlichen Konjunkturen von ausschlaggebendem Einfluß auf die Gestaltung des Geldbedarfs.

Wenn in Zeiten einer aufsteigenden Konjunktur in den meisten Zweigen der Volkswirtschaft die Gütererzeugung mit der aus irgend welchen Gründen sich steigernden Nachfrage augenscheinlich nicht Schritt zu halten vermag, wenn infolgedessen die Preise wichtiger Waren eine allgemeine Erhöhung und die umgesetzten Quantitäten eine Steigerung erfahren, wenn die erhöhten Gewinnaussichten zu Betriebsausdehnungen führen und mit der Nachfrage nach Arbeitskräften auch die Arbeitslöhne steigen, wenn ferner die günstigen Erträgnisse der Unternehmungen das Publikum zur Kapitalanlage und Spekulation in den Aktien solcher Unternehmungen veranlassen und die Kurse solcher Papiere in die Höhe treiben, — dann ist die Steigerung des Geldbedarfs der Volkswirtschaft die unausbleibliche Folge. Eine solche

Steigerung des Geldbedarfs wird nicht nur durch die Vermehrung der umzusetzenden Mengen von Waren und Wertpapieren bewirkt, sondern in verdoppelter Stärke dadurch, daß infolge der Preis- und Kurssteigerungen auch der Umsatz gleicher Warenmengen und gleicher Nominalbeträge von Wertpapieren einen höheren Geldbetrag erfordert.

Umgekehrt wirkt die Reaktion auf die Übertreibungen einer Hochkonjunktur. Wenn die übermäßig gesteigerte Produktion zu Absatzstockungen nnd Preisrückgängen, zu einer Einschränkung der Kapitalinvestierungen, zu einer Stockung des Effektenhandels und einem Rückgang der Kurse der Dividendenpapiere führt, dann ist eine Abnahme des Geldbedarfs die notwendige Begleiterscheinung.

Häufig wird der Übergang von einer steigenden zu einer sinkenden Konjunktur eingeleitet durch eine akute Erschütterung des Vertrauens, durch die vor allem die auf Kredit irgend welcher Art beruhenden Beziehungen getroffen werden. Der Bedarf an Umlaufsmitteln wird durch solche Vertrauenserschütterungen stark in Mitleidenschaft gezogen; denn auf dem Kredit beruhen alle Zahlungseinrichtungen und Geldsurrogate, die in normalen Zeiten gestatten, auf Grundlage einer schmalen Basis von Barmitteln enorme Umsätze zu bewältigen. Je stärker die Vertrauenserschütterung, desto größer die Störung in der Intensität der Ausnutzung der vorhandenen Umlaufsmittel, desto größer mithin das Emporschnellen des Bedarfs an barem Geld, das keinem Mißtrauen und keinen Zweifeln begegnet.

Mit diesen Ausführungen allgemein-theoretischer Natur ist gleichzeitig die Gestaltung des deutschen Geldbedarfs in dem uns hier interessierenden Zeitraum in den großen Zügen skizziert. Wir hatten nach der in der ersten Hälfte der 90er Jahre herrschenden Depression des Wirtschaftslebens vom Ende des Jahres 1895 an unverkennbare Zeichen einer neuen Belebung des Unternehmungsgeistes und dann in der Gesamtentwicklung bis zum Jahre 1900 einen Aufschwung der Industrie und des Handels, wie er in ähnlicher Stärke und Dauer in der deutschen Wirtschaftsgeschichte seit der Begründung des Reichs nicht zu verzeichnen gewesen war. Wir hatten dann von Frühjahr 1900 an heftige Störungen und Vertrauenserschütterungen, welche eine weitgehende Absatzstockung und eine bis zum gegenwärtigen Augenblick noch nicht wieder völlig überwundene Lähmung des Unternehmungsgeistes einleiteten. Die Darstellung der Einzelheiten dieser Entwicklung ist Aufgabe der übrigen Teile dieses Sammelwerkes.

Hier seien nur die für den Geldmarkt wichtigsten Momente kurz zusammengefaßt.

In Anbetracht des Umstandes, daß die im Jahre 1895 beginnende Aufwärtsbewegung der deutschen Volkswirtschaft ihren Anstoß erhalten hat durch die glänzende Entwicklung der Elektrotechnik, durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes, durch die Vermehrung der Kriegsflotte u. s. w., tritt die Steigerung der Nachfrage und mit ihr der Produktion und der Preise am stärksten auf dem Gebiet der Montanindustrie hervor. Es seien deshalb hier die einschlägigen Ziffern für die beiden wichtigsten Montanprodukte gegeben.

Roheisen.

Jahre	Produktion im Zollgebiet Tonnen	Überschuß der Einfuhr Tonnen	Verbrauch im Zollgebiet Tonnen	Preis pro Tonne (Gießerei-Roheisen, Breslau, ab Werk) Mk.
Durchschn. 1891—1895	5 071 964	+ 26 440	5 098 404	51,9
1896	6 362 545	+ 144 265	6 506 810	57,5
1897	6 870 123	+ 332 096	7 202 219	61,7
1898	7 300 735	+ 135 418	7 436 153	61,6
1899	8 130 656	+ 440 599	8 571 255	75,5
1900	8 506 590	+ 636 570	9 143 180	90,7
1901	7 867 326	— 9 981	7 857 345	66,5
1902	—	—	—	61,3

Kohle (Stein- und Braunkohle).

Jahre	Produktion im Zollgebiet Tonnen	Überschuß der Einfuhr Tonnen	Verbrauch im Zollgebiet Tonnen	Preis pro Tonne (niederschles. Gas-, Stück- und Kleinkohle, Grubenpreis) Mk.
Durchschn. 1891—1895	96 997 164	+ 1 987 295	98 984 459	12,7
1896	112 471 106	+ 1 499 796	113 970 902	12,6
1897	120 474 485	+ 1 774 086	122 248 571	12,8
1898	127 958 550	+ 259 105	128 217 655	13,1
1899	135 844 419	+ 873 141	136 717 560	13,7
1900	149 788 256	+ 15 762	149 804 018	17,1
1901	153 019 414	— 881 653	152 137 761	17,8
1902	—	—	—	16,5

Bei beiden Artikeln geht von 1895 bis 1900 eine außerordentliche Steigerung der Produktion und des inländischen Verbrauchs

Hand in Hand mit einer ebenso außerordentlichen Steigerung der Preise. Wie sehr sich diese beiden Umstände in ihrer Wirkung auf den Geldbedarf gegenseitig vervielfältigten, wird klar, sobald man aus den verbrauchten Mengen und dem Preis den Wert des Verbrauchs berechnet. Wenn wir die oben gegebenen Preise zu Grunde legen, ergibt sich von 1891/95 bis 1900 eine Steigerung des Wertes des im Zollgebiet verbrauchten Roheisens von etwa 260 Millionen auf etwa 830 Millionen Mk., bei der Kohle eine Steigerung von 1,150 auf 2,560 Millionen Mk. Der Umsatz der so gewaltig anwachsenden Werte mußte unbedingt eine erhebliche Steigerung des Bedarfs an Umsatzmitteln zur Folge haben.

Leider lassen sich die im Inland umgesetzten Werte nur an den Beispielen einzelner wichtiger Artikel, nicht aber in ihrer Summe statistisch nachweisen. Ein solcher Nachweis ist lediglich für die in der Handelsstatistik in Erscheinung tretenden Umsätze zwischen Inland und Ausland möglich. Wie die folgende Übersicht zeigt, läßt auch der Verkehr mit dem Ausland seit 1895 eine ungewöhnliche Steigerung der umgesetzten Werte erkennen.

Spezialhandel des deutschen Zollgebiets.

Jahre	Einfuhr	Ausfuhr	Zusammen
	Millionen Mk.		
1891	4403,4	3339,8	7 743,2
1892	4227,0	3150,1	7 377,1
1893	4134,1	3244,6	7 378,7
1894	4285,5	3051,5	7 337,0
1895	4246,1	3424,1	7 670,2
1896	4558,0	3753,8	8 311,8
1897	4864,6	3786,2	8 650,8
1898	5439,7	4010,6	9 450,3
1899	5783,6	4368,4	10 152,0
1900	6043,0	4752,6	10 795,6
1901	5710,3	4512,6	10 222,9
1900	5805,8	4812,8	10 618,6

Nach der gleichen Richtung wie der Warenumsatz haben die Gestaltung des Kapitalmarktes, die Emission neuer Wertpapiere, insbesondere die Neugründung von Aktiengesellschaften, die Umsätze von Wertpapieren und die Gestaltung der Kurse der Dividendenpapiere, auf die Entwicklung des Geldbedarfs eingewirkt.

Die Emission neuer Werte in Deutschland zeigt seit 1894 folgendes Bild[1]:

Jahre	Millionen Mk.					
	Inländische Werte		Ausländische Werte		Zusammen	
	Nennbetrag	Kurswert	Nennbetrag	Kurswert	Nennbetrag	Kurswert
1894	1032	1035	396	385	1420	1429
1895	962	1057	319	318	1281	1375
1896	1169	1328	649	568	1818	1896
1897	1088	1312	718	633	1806	1945
1898	1390	1697	732	710	2122	2407
1899	2001	2378	232	234	2233	2612
1900	1316	1502	280	275	1596	1777
1901	1413	1421	226	210	1639	1631
1902	1587	1596	482	454	2069	2050

Die Tabelle zeigt eine gewaltige Zunahme der emittierten Werte, die im Jahre 1899 ihren Höhepunkt erreicht; die folgenden Jahre zeigen niedrigere Ziffern. Eine Zergliederung der Gesamtziffern in ihre einzelnen Bestandteile gestattet lehrreiche Einblicke in die Natur dieser ungewöhnlichen Inanspruchnahme des Kapitalmarktes. Es sei deshalb in der folgenden Tabelle ein Überblick über die Emission der wichtigsten Kategorien von Wertpapieren gegeben (nach ihrem Kurswert).

Jahre	Millionen Mark							
	Staats- und Kommunalanleihen		Eisenbahnaktien und -Obligationen		Pfandbriefe		Industrie- und Bankaktien und -Obligationen	
	inländische	ausländische	inländische	ausländische	inländische	ausländische	inländische	ausländische
1894	295	195	10	174	560	—	166	15
1895	139	98	8	161	500	47	406	12
1896	160	264	86	184	450	67	590	53
1897	167	233	20	262	483	43	642	25
1898	261	278	34	370	365	43	1037	19
1899	660	102	58	70	447	31	1210	30
1900	420	171	141	74	126	6	755	24
1901	799	42	18	149	210	7	394	12
1902	733	400	57	36	350	6	357	11

[1] Nach der Statistik des „Deutschen Ökonomist".

Speziell die Emission von Industrie- und Bankaktien hat sich folgendermaßen entwickelt:

Jahre	Millionen Mark					
	Bankaktien		Industrieaktien		Zusammen	
	Nennbetrag	Kurswert	Nennbetrag	Kurswert	Nennbetrag	Kurswert
1894	32	36	60	79	92	115
1895	113	143	161	223	336	366
1896	158	213	245	334	403	547
1897	173	266	191	318	364	584
1898	273	372	310	521	583	893
1899	212	276	516	861	728	1137
1900	138	155	298	461	436	626
1901	31	36	116	164	67	200
1902	81	114	160	185	241	299

Über die Gründung von Aktiengesellschaften in Deutschland seit 1894 gibt die nachstehende Tabelle Auskunft:

Jahre	Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital (1000 Mk.)
1894	92	88 260
1895	161	250 680
1896	182	268 580
1897	254	380 470
1898	329	463 620
1899	364	544 390
1900	261	340 460
1901	158	158 250
1902	87	118 430

Diese Zahlen tun dar, daß die auf der Begründung neuer und der Erweiterung bereits bestehender Unternehmungen beruhenden Emissionen bis zum Jahre 1899 in noch viel stärkerer Proportion zugenommen haben und vom Jahre 1900 ab in beträchtlich stärkerem Maße zurückgegangen sind, als die Gesamtheit der emittierten Werte. Das Geldbedürfnis der Staaten und Kommunen ist in den Jahren 1901 und 1902 ein ganz besonders starkes gewesen; vor allem hat der Ausbruch der chinesischen Wirren das Reich genötigt, mit sehr erheblichen Ansprüchen an den Geldmarkt heranzutreten. Am deutlichsten wird die verschiedenartige Natur der Entwicklung in den zwei Perioden

1894 bis 1899 und 1900 bis 1902, wenn man die Emission festverzinslicher Werte und dividendentragender Papiere gegenüberstellt. Man erhält dann folgendes Bild:

Jahre	Millionen Mark			
	Festverzinsliche Werte		Dividendenpapiere	
	Nennbetrag	Kurswert	Nennbetrag	Kurswert
1894	1297	1251	123	178
1895	991	975	290	399
1896	1210	1190	570	668
1897	1414	1326	393	619
1898	1393	1352	614	940
1899	1483	1434	750	1177
1900	1035	996	562	781
1901	1480	1417	158	214
1902	1771	1688	298	361

Die vom Kapitalmarkt ausgehende Beeinflussung des Geldbedarfs ist jedoch nicht nur abhängig von der Vermehrung der Anlagewerte, wie sie durch neue Emissionen bewirkt wird, sondern auch von der Lebhaftigkeit der Umsätze und der Gestaltung der Kurse des vorhandenen Materials. Für die Bewegung der Kurse haben wir ein umfassendes Material in den täglichen Notierungen unserer Börsen. Dagegen fehlt ein unmittelbarer Anhaltspunkt für die Größe der Umsätze von Wertpapieren; immerhin gibt die Umsatzsteuer einen gewissen Maßstab zur Beurteilung auch des letzteren Punktes.

Die Kursbewegung war eine verschiedene bei den festverzinslichen Papieren und den dividendentragenden Werten. Erstere haben in der Periode des Aufschwungs im großen ganzen einen nicht unerheblichen Rückgang erfahren. Das Publikum hat, je günstiger die Aussichten der industriellen Unternehmungen zc. erschienen, desto weniger Neigung zur Aufnahme relativ niedrig verzinslicher, wenn auch sicherer Anleihen gezeigt; es hat sich im Gegenteil vielfach seines Besitzes an solchen Papieren zu entledigen gesucht, um an deren Stelle Dividenden-Papiere zu erwerben. So ist z. B. die 3%ige deutsche Reichsanleihe, die im Jahre 1895 mit 100,30 ihren höchsten Kurs verzeichnete, im Jahre 1900 zeitweise bis auf 84,90 herabgegangen, eine Entwicklung, die im folgenden Abschnitt bei der Besprechung der Gestaltung des

Zinsfußes noch näher zu betrachten sein wird. Die folgenden Jahre haben dann wieder eine Steigerung zeitweise bis auf 93,50 gebracht. Diese Bewegungen der Kurse der Anleihen ꝛc. halten sich jedoch in verhältnismäßig engen Grenzen gegenüber den gewaltigen Schwankungen der Dividendenpapiere, die sich gerade in der umgekehrten Richtung vollzogen und in ihrem Einfluß auf die Gestaltung des Geldbedarfs die Wirkung der Kursveränderungen der erstgenannten Papiere beträchtlich überboten haben. Die folgende Übersicht gibt ein Bild der Kursentwicklung einiger wichtiger Aktien aus verschiedenen Zweigen der Industrie und des Handels.

	Niedrigster Kurs 1895	Höchster Kurs 1899 bezw. 1900	Niedrigster Kurs 1901 bezw. 1902
Gelsenkirchener Bergwerk-Aktien	154,30	229,80	153,00
Bochumer Gußstahl-Aktien	134,50	287,50	155,10
Königs- und Laurahütte-Aktien	120,00	284,00	172,60
Allgemeine Elektrizitätsgesellschafts-Aktien	206,00	305,00	163,30
Siemens & Halske-Aktien	—	199,25	108,75
Hamburg-Amerika-Paketfahrt-Aktien . .	81,50	131,80 [1]	96,50
Norddeutscher Lloyd-Aktien	84,75	133,00	94,10
Deutsche Bank-Aktien	170,25	216,50	187,25 [2]
Diskonto-Kommandit-Anteile	195,60	203,75	168,50 [3]

Gewisse ausgesprochene Spekulationspapiere haben noch beträchtlich größere Schwankungen als die hier angeführten Werte durchgemacht.

Einen Beitrag zur Entwicklung des Kapitalmarktes gibt die Statistik der Erträgnisse der Stempelsteuer für Wertpapiere (Effektenstempel) und für Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte (Umsatzsteuer).

---

[1] 1901 wurde ein Kurs von 132,40 erreicht.
[2] Der niedrigste Kurs wurde im Jahre 1900 mit 180,80 notiert.
[3] 1900 wurde zeitweise ein Kurs von nur 165,75 notiert.

Jahre	1000 Mark	
	Effektenstempel	Umsatzsteuer
1894	8 283	13 493
1895	13 912	21 121
1896	15 244	13 708
1897	14 614	13 738
1898	18 249	12 802
1899	18 259	15 392
1900	20 915	14 443
1901	14 703	12 742
1902	20 811	13 561

Bei der Betrachtung dieser Übersicht muß man sich vor Augen halten, daß das Gesetz vom 14. Juni 1900, das am 1. Juli 1900 in Kraft getreten ist, die Steuersätze zum Teil recht erheblich er=erhöht und die Stempelpflicht für gewisse, derselben vorher nicht unterworfene Objekte neu eingeführt hat. So ist der Emissionsstempel für inländische Aktien von 1 % auf 2 %, von ausländischen Aktien von 1½ % auf 2½ % erhöht worden; desgleichen wurde der Emissionsstempel für inländische Renten- und Schuldverschreibungen von 4 ‰ auf 6 ‰, für inländische Obligationen (außer denjenigen von Staaten und Eisenbahngesellschaften) von 6 ‰ auf 10 ‰ erhöht. Die Umsatzsteuer wurde für in- und ausländische Aktien und gewisse ausländische Obligationen von ²/₁₀ ‰ auf ³/₁₀ ‰ erhöht. Neu in die Stempelpflicht einbezogen wurden Kuxe, Konnossemente und Schiffsfahrkarten. Infolge dieser und einiger anderer minder wichtiger Änderungen weisen die Stempelsteuer-Erträgnisse von 1900 nicht unbeträchtlich höhere Ziffern auf, als sie dem mit jenem Jahr beginnenden Rückgang der Geschäfte entsprechen würden. Zweifellos haben die Steuererhöhungen selbst zu dem Rückgang der Geschäfte auf dem deutschen Kapitalmarkt beigetragen.

Ein weiteres Moment war für die Gestaltung des deutschen Geldbedarfs von gewisser Bedeutung. Der Geldbedarf ist nicht nur von der Menge der Umsätze auf dem Waren- und Kapitalmarkt und von den Preisen der Waren und Kursen der Wertpapiere abhängig, sondern auch von dem Stand der Organisation des Zahlungsverkehrs, der eine mehr oder minder weitgehende Ersparung von Bargeld-Übertragungen ermöglicht. In dieser Beziehung nun hat das Börsengesetz vom 22. Juni 1896 durch das Verbot oder die Erschwerung des Zeit-

geschäftes in Waren und Wertpapieren einen nicht zu ignorierenden Einfluß ausgeübt; es hat für die Bewerkstelligung der gleichen Umsätze eine größere Kassahaltung erforderlich gemacht und damit den Gesamtbedarf der deutschen Volkswirtschaft an Geld gerade in der Zeit der außerordentlichen Zunahme der Umsätze noch weiter gesteigert.

Gegenüber allen diesen einzelnen Momenten gibt die Gestaltung des Wechselumlaufs in Deutschland wenigstens einigermaßen einen Gesamtüberblick über die Gestaltung des deutschen Geldbedarfs. Der Wechsel ist das vornehmste Instrument des kaufmännischen Kreditverkehrs; er ist das Mittel, durch welches sich die einzelnen Unternehmungen die für ihre Umsätze benötigten Mittel zu beschaffen suchen. Wenn der Händler seine Waren, der Fabrikant die benötigten Roh- und Hilfsstoffe beschafft, indem er sich dafür beziehen läßt oder indem er einen auf seinen Bankier gezogenen Wechsel in Zahlung gibt, dann muß der Umfang der Wechselausstellung sich mit den umgesetzten Mengen und den den Umsätzen zu Grunde liegenden Preisen verändern. In den Erträgnissen der Wechselstempelsteuer haben wir nun einen ziemlich zuverlässigen Anhalt für die Beurteilung der Beträge der Monat für Monat in Deutschland in Umlauf gebrachten Wechsel. Die Wechselstempelsteuer, die von allen in Deutschland ausgestellten, sowie von allen im Ausland ausgestellten, in Deutschland in Umlauf gelangten Wechseln erhoben wird, ist derartig abgestuft, daß sie mindestens ½ Promille der Wechselsumme beträgt[1]. Zur Ermittelung des Betrages der während eines Jahres in Umlauf gebrachten Wechsel hat man mithin den Ertrag des Wechselstempels mit ½ Promille zu kapitalisieren und von dem auf diese Weise errechneten Betrag einen Abzug zu machen, der nur schätzungsweise ermittelt werden kann. Den Berechnungen in der Jubiläums-Denkschrift der Reichsbank liegt ein Abzug von 10 % zu Grunde. Nach dieser Methode erhält man folgendes Bild des deutschen Wechselumlaufs während des letzten Jahrzehnts:

(Tabelle siehe S. 28.)

Diese Zahlen zeigen eine sehr beträchtliche Steigerung des deutschen Wechselumlaufs; von 1894 bis 1900 haben wir eine Zunahme von etwa 60 %. Das Jahr 1900, dessen zweites Quartal bereits den

[1] Der Stempel beträgt bei einer Wechselsumme bis zu 200 Mk. 10 Pf., steigt dann für je 200 Mk. um 10 Pf. bis zu einer Wechselsumme von 1000 Mk., dann für jede weiteren 1000 Mk. um 50 Pf., und zwar in der Weise, daß jede angefangene Stufe für voll gerechnet wird.



Jahre	Ertrag der Wechselstempelsteuer 1000 Mark	Betrag der in Deutschland in Umlauf gelangten Wechsel Millionen Mark	Durchschnittlicher Wechselumlauf Deutschlands[1] Millionen Mark
1892	7 936	14 284	3 571
1893	8 103	14 585	3 646
1894	8 193	14 748	3 687
1895	8 467	15 241	3 810
1896	9 103	16 386	4 096
1897	9 738	17 529	4 382
1898	10 763	19 374	4 843
1899	11 631	20 937	5 234
1900	12 946	23 304	5 826
1901	12 759	22 966	5 741
1902	11 947	21 505	5 376

Zusammenbruch der Spekulationswerte auf den deutschen Börsen brachte und dessen weiterer Verlauf auch den Umschlag der industriellen Konjunktur bereits deutlich erkennen ließ, brachte die erheblichste Steigerung, und auch die beiden folgenden Jahre hielten sich, wenn sie auch gegenüber dem Jahre 1900 einen Rückgang aufweisen, auf einer ungewöhnlichen Höhe. Die Erklärung für die an sich auffallende Erscheinung, daß mit der im Jahre 1900 eingetretenen Wendung der Konjunktur nicht sofort ein entsprechender Rückgang der Wechselausstellungen eingetreten ist, beruht einmal darauf, daß der eigentliche Börsenhandel sich die benötigten Mittel in der Hauptsache auf andern Wegen (Reportierung und Lombardierung von Wertpapieren) zu beschaffen pflegt; ferner darauf, daß die deutsche Industrie sich gerade infolge der beginnenden Absatzstockung genötigt sah, sich durch eine verstärkte Inanspruchnahme des Kredits über Wasser zu halten. Dazu kommt, daß die akuten Vertrauenserschütterungen, die infolge der Zusammenbrüche von Banken und industriellen Unternehmungen in den Jahren 1900 und 1901 eintraten, die einzelnen Betriebe vor die Notwendigkeit stellten, größere bereite Barbestände als in gewöhnlichen Zeiten zu halten. —

Innerhalb der großen Gesamtbewegung des Geldbedarfs haben wir schließlich die Jahr für Jahr mit großer Regelmäßigkeit wiederkehrenden Schwingungen zu beobachten: eine beträchtliche Steigerung des Geldbedarfs im letzten Drittel des Jahres und ein gewisses Nachlassen in den ersten Jahresmonaten; ferner eine starke Zusammen-

[1] Unter Voraussetzung einer durchschnittlichen Laufzeit von drei Monaten.

drängung der Ansprüche an den Geldmarkt auf gewisse Zahlungstermine, namentlich auf die Quartals- und Jahreswenden. Die Ursachen dieser teils auf der Bedingtheit des Geschäftsganges durch den Wechsel der Jahreszeiten, teils auf der Organisation unsres Zahlungsverkehrs beruhenden Schwingungen sind oft genug erörtert worden. Die Wirkung dieser Schwingungen trat in dem uns hier beschäftigenden Zeitraum vor allem darin zu Tage, daß zur Zeit des Hochstandes der Konjunktur und später zur Zeit der Zusammenbrüche und Vertrauenserschütterungen der Geldbedarf der deutschen Volkswirtschaft an einzelnen Zahlungsterminen geradezu unerhörte Dimensionen annahm und daß seine Bewältigung an die Spannkraft des deutschen Geld- und Bankwesens die höchsten Anforderungen stellte. Ihre volle Beleuchtung werden diese Verhältnisse bei der Betrachtung der an die Reichsbank herangetretenen Ansprüche erfahren.

III. Die Gestaltung des Zinsfußes.

Es wurde bereits in der Einleitung erwähnt, daß die Gestaltung des Zinsfußes während der letzten großen Aufschwungsperiode zu denjenigen Erscheinungen gehörte, welche am stärksten die Aufmerksamkeit auf sich lenkten.

Seit mehr als zwei Jahrzehnten hatte man sich daran gewöhnt, mit dem Rückgang des Zinsfußes als mit einer dauernden Erscheinung von geradezu universeller Bedeutung zu rechnen. Während der 50er und 60er Jahre des 19. Jahrhunderts war das Niveau der Zinssätze in den Ländern der europäischen Kultur ein verhältnismäßig hohes. Nach der Überwindung des deutsch-französischen Krieges und des „großen Krachs" von 1873 begann ein Rückgang des Zinsniveaus, der sich über die ganze Kulturwelt und über die verschiedenen Arten des Zinsfußes — auf den Zinssatz für kurzfristigen und für langfristigen Kredit — erstreckte. Während die Preußische Bank mit ihrem offiziellen Zinssatz niemals unter 4 % herabgegangen war, ging die Reichsbank im ersten Jahr ihres Bestehens (1876) mit ihrem Diskontsatz auf 3 ½ %, im Jahre 1879 zum erstenmal bis auf 3 % herunter. Die Bank von England und die Bank von Frankreich hielten in der ersten Hälfte der 90er Jahre während längerer Perioden einen Zinsfuß von nur 2 % aufrecht. Auch die Reichsbank ging von 1886 an mit ihrem Privatdiskont häufig bis auf 2 % herab. Die Diskontsätze des offenen Marktes waren zeitweise noch beträchtlich niedriger;

in Berlin wurde Anfang 1895 zeitweise ein Satz von 1 1/8 % notiert, in London notierte der Marktdiskont um jene Zeit häufig niedriger als 1 %, zeitweise sogar nur 1/2 %.

Ebenso wie der Diskontsatz, der typische Zinssatz für kurzfristigen Kredit, zeigte auch der sogenannte landesübliche Zinsfuß einen beträchtlichen Rückgang. In Deutschland sank der Zinssatz für erstklassige Hypotheken, der zu Beginn der 70er Jahre reichlich 5 % betrug, auf 3 1/4 bis 3 1/2 Prozent um die Mitte der 90er Jahre. Die Kurse der festverzinslichen Papiere, namentlich der Staats- und Kommunalanleihen, der Pfandbriefe u. s. w. erfuhren eine entsprechende Steigerung. Die neu aufzunehmenden Anleihen wurden mit einer niedrigeren Verzinsung ausgestattet, alte Anleihen wurden in großem Umfang auf einen niedrigeren Zinssatz konvertiert. So standen die englischen 3 %igen Konsols Anfang 1875 auf 91 3/4 %; im Jahre 1888 hatte sich ihr Kurs so wesentlich gesteigert, daß sie auf 2 3/4 % konvertiert werden konnten, und der Kurs dieser 2 3/4 %igen Papiere erreichte im Jahre 1896 die Höhe von 113 11/16 %. Die französische 5 %ige Rente stand Anfang des Jahres 1875 auf etwa 99 3/4 %; im Jahre 1895 dagegen erreichte die 3 %ige französische Rente einen Kurs von 105,20 %. Die 4 %igen preußischen Konsols notierten im Durchschnitt des Jahres 1876 96,92 %, während die 3 %igen preußischen Konsols im Jahre 1895 bis auf 100,40 stiegen.

Allerdings hatte sich dieser Rückgang der Zinssätze nicht ununterbrochen vollzogen; aber die zu gewissen Perioden eingetretenen entgegengesetzten Bewegungen waren zu unbedeutend gewesen, als daß sie das Gesamtbild der Entwicklung nachhaltig beeinflußt hätten. Um so mehr mußte es auffallen, als vom Jahre 1895 an eine von Jahr zu Jahr sich verschärfende Steigerung der Zinssätze eintrat, die speziell in Deutschland auf dem Gebiet des kurzfristigen Kredits schließlich zu höheren Sätzen führte, als sie seit der Zeit des Ausbruchs des Krieges mit Frankreich jemals verzeichnet worden waren.

Wie die Senkung des Zinsniveaus von 1873 bis 1895, so hatte auch die erhebliche Steigerung während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen universellen Charakter, wenn auch die Entwicklung in den einzelnen Ländern zu verschiedenen Zeitpunkten einsetzte und eine verschiedene Stärke aufwies.

Über die Gestaltung des Zinssatzes für kurzfristigen Kredit in Deutschland, England und Frankreich gibt folgende Tabelle eine allgemeine Übersicht.

Jahre	Durchschnittliche Diskontsätze in					
	Berlin		London		Paris	
	Bankdiskont %	Marktdiskont %	Bankdiskont %	Marktdiskont %	Bankdiskont %	Marktdiskont %
1894	3,12	1,74	2,11	1,69	2,50	1,63
1895	3,14	2,01	2,00	0,81	2,10	1,63
1896	3,66	3,04	2,48	1,52	2,00	1,83
1897	3,81	3,09	2,64	1,87	2,00	1,96
1898	4,27	3,55	3,25	2,65	2,20	2,12
1899	5,04	4,45	3,75	3,29	3,06	2,96
1900	5,33	4,41	3,96	3,70	3,25	3,17
1901	4,10	3,06	3,72	3,20	3,00	2,48
1902	3,32	2,19	3,33	2,99	3,00	2,43

Die Steigerung der Diskontsätze trat am frühesten in Deutschland ein; hier machte sich bereits in den letzten Monaten des Jahres 1895 eine beträchtliche Versteifung des Geldmarktes bemerkbar, der die Reichsbank nötigte, im November den seit nahezu zwei Jahren unverändert festgehaltenen Diskontsatz von 3 % aufzugeben und eine Erhöhung auf 4 % vorzunehmen. In den Jahren 1896 und 1897 sah sich die Reichsbank in der Zeit des starken Herbstbedarfs genötigt, mit ihrem Satz auf 5 % zu gehen; das Jahr 1898 brachte einen offiziellen Diskontsatz von 6 %, und im Dezember 1899 kam es sogar zu einer Erhöhung auf 7 %.

Etwas später als in Deutschland begann in England die Aufwärtsbewegung des Diskontsatzes. Während des ganzen Jahres 1895 und eines großen Teils des Jahres 1896 hatte die Bank von England mit einem Satz von 2 % auskommen können. Gegen Ende des Jahres 1896 zeigte sich jedoch auch hier eine wachsende Anspannung. Ende November 1899 wurde von der Bank von England ein Diskontsatz von 6 % proklamiert, aber auch zu diesem Satze wurden damals von der Bank von England nur Wechsel mit ganz kurzer Verfallzeit diskontiert, so daß der Privatdiskont für Dreimonatswechsel zeitweise bis auf 7 % stieg.

Während fast alle übrigen Länder in die Kreise dieser Entwicklung hineingezogen wurden, blieb der Geldmarkt in Frankreich auffallend lange überaus flüssig; die Bank von Frankreich vermochte bis zum Oktober 1898 einen Diskontsatz von 2 % aufrecht zu erhalten und dann bis Anfang Dezember 1899 auf 3 % zu bleiben; jetzt aber mußte auch sie ihren Diskont innerhalb zweier Wochen bis auf 4½ % erhöhen.

Den Veränderungen der Diskontsätze entsprechen die Bewegungen des Zinsfußes für langfristige Kapitalanlagen. Zur Illustration sind in der folgenden Übersicht die durchschnittlichen Kurse der typischen Staatsanleihen in Deutschland, England und Frankreich und die sich aus den Kursen ergebende effektive Verzinsung des in diesen Papieren angelegten Kapitals zusammengestellt:

Jahre	Durchschnittliche Kurse von Staatsanleihen.					
	3%ige deutsche Reichsanleihe (Berlin)		2¾%ige englische Konsols (London)		3%ige französische Rente (Paris)	
	Kurs %	effekt. Verzinsung %	Kurs %	effekt. Verzinsung %	Kurs %	effekt. Verzinsung %
1895	98,91	3,03	106,20	2,59	102,03	2,94
1896	99,22	3,02	110,89	2,48	102,16	2,94
1897	97,66	3,07	112,40	2,45	103,33	2,90
1898	95,52	3,14	110,96	2,48	102,85	2,92
1899	90,71	3,31	107,18	2,57	101,24	2,96
1900	86,74	3,46	99,63	2,76	100,60	2,98
1901	89,27	3,36	94,29	2,92	101,22	2,96
1902	92,18	3,25	94,35	2,91	100,60	2,98

In Deutschland, wo die Kurse der 3%igen Reichsanleihe und ebenso der 3%igen preußischen Konsols in den Jahren 1895 und 1896 zeitweise über pari gestanden hatten, trat der Kursrückgang der festverzinslichen Werte, in gleicher Weise wie die Steigung des Zinssatzes für kurzfristigen Kredit, am frühesten ein; der Rückgang der durchschnittlichen Jahreskurse setzte sich — bei allen Schwankungen innerhalb der einzelnen Jahre — bis zum Jahre 1900 fort. Im Oktober 1900 verzeichneten die 3%igen Reichsanleihen mit 84,90 % und die preußischen 3%igen Konsols mit 84,80 % ihren tiefsten Stand. Es trat dann eine nicht unbeträchtliche Erholung ein; im Juli 1902 notierten die 3%ige Reichsanleihe 93,50 %, die 3%igen preußischen Konsols 93 %. Wenn man die Höhen- und Tiefpunkte des Kurses der 3%igen Reichsanleihe von 1895, 1900 und 1902 zu Grunde legt, so erhält man eine Schwankung der effektiven Verzinsung der Kapitalanlage in diesem Papier von 2,99 auf 3,53 und 3,21 %. Eine entsprechende Schwankung weist der Hypothekenzinsfuß auf; der Zinssatz für erstklassige Hypotheken ist in Berlin von 3⅜ bis 3½ %

im Jahre 1895 allmählich bis auf 4¼ und 4½ % in den Jahren 1899 und 1900 gestiegen, um dann im Jahre 1902 zeitweise bis auf 3¾ und selbst 3⅝ % herunterzugehen. Kommunen und Pfandbriefinstitute kehrten von 1898 an in großem Umfang zur 4%igen Verzinsung ihrer Schuldverschreibungen zurück, während wenige Jahre zuvor noch umfangreiche Konversionen landwirtschaftlicher Pfandbriefe auf 3 % stattgefunden hatten. Selbst einzelne Bundesstaaten, wie das Großherzogtum Hessen und die freie Stadt Hamburg, statteten ihre neuen Anleihen wieder mit 4%iger Verzinsung aus.

In England begann die Steigerung des landesüblichen Zinsfußes und der entsprechende Kursrückgang der festverzinslichen Papiere erst mit dem Jahre 1898. Von der höchsten Notierung mit 113¹¹/₁₆ im Jahre 1897 sank der Kurs der 2¾%igen Konsols zunächst allmählich bis auf 107,34 %, dem niedrigsten Kurs des Jahres 1898; im Jahre 1899 folgte dann ein starker Kurssturz bis auf 98,01 %; der Tiefpunkt wurde erst im Jahre 1901 mit 91,30 % erreicht; der durchschnittliche Kurs des Jahres 1902 war nur unwesentlich höher als derjenige des Jahres 1901 (94,35 gegen 94,29 %).

Frankreich weist, ebenso wie beim Diskontsatz, so auch beim landesüblichen Zinsfuß, zwar der Richtung nach ähnliche, dem Umfang nach dagegen wesentlich geringere Schwankungen auf als England und Deutschland. Die 3%ige französische Rente erreichte ihren höchsten Kurs mit 105,20 % im Jahre 1895 und sank dann im Jahre 1899 auf einen vorläufigen Tiefpunkt von 98,83 %; das Jahr 1901 zeigte im allgemeinen etwas höhere Kurse als das Jahr 1900, aber der Durchschnittskurs des Jahres 1902 stimmte mit dem des Jahres 1900 vollständig überein, und der niedrigste Kurs dieses Jahres blieb mit 98,55 noch um eine Kleinigkeit hinter dem niedrigsten Kurs des Jahres 1899 zurück.

Diese Daten mögen genügen, um zu zeigen, daß einmal die Steigerung des Zinsniveaus in der zweiten Hälfte der 90er Jahre und der Umschlag dieser Entwicklung in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts eine keineswegs auf Deutschland beschränkte Erscheinung, sondern eine Erscheinung universellen Charakters war; daß ferner die von den Zinssätzen beschriebene Bewegung sowohl im Aufsteigen als auch im Absteigen bei dem Zinsfuß für kurzfristigen Kredit früher einsetzte und sich wesentlich stärker ausprägte als bei dem landesüblichen Zinsfuß; daß schließlich Dentschland an dieser ganzen Entwicklung in besonders hohem Grade beteiligt war.

Für diese Arbeit ist die Gestaltung des Zinssatzes für kurzfristigen Kredit in Deutschland von besonderer Wichtigkeit und erfordert deshalb eine eingehendere Betrachtung.

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die monatlichen Durchschnitte des an der Berliner Börse notierten Marktdiskontsatzes für die Jahre von 1894 an (in Prozenten).

Monat	1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903
Januar	2,71	1,38	2,90	3,27	3,18	4,33	4,42	3,57	2,11	2,26
Februar	1,67	1,26	2,28	2.58	2,59	3,78	4,21	3,22	1,86	1,90
März	1,84	1,63	2,09	2,90	2,71	4,28	5,21	3,79	1,79	2,69
April	1,55	1,55	2,21	2,48	3,07	3,73	4,43	3,37	1,65	2,62
Mai	1,75	1,74	2,68	2,36	3,23	3,63	4,56	3,19	1,98	3,09
Juni	1,73	2,10	2,74	2,67	3,57	3,95	4,86	3,20	2,17	3,29
Juli	1,50	1,64	2,38	2,39	3,20	3,75	4,06	2,81	1,59	—
August	1,49	1,57	2,52	2,58	3,21	4,42	4,03	2,26	1,73	—
September . . .	1,88	2,50	3,41	3,32	3,63	4,85	4,41	2,68	2,14	—
Oktober	1,65	2,54	4,09	3,88	4,02	5,06	4,03	2,83	2,73	—
November . . .	1,50	2,93	4,52	4,14	4,90	5,65	4,16	2,84	3,20	—
Dezember . . .	1,65	3,33	4,67	4,46	5,26	5,97	4,49	2,96	3,38	—
Jahresdurchschnitt:	1,74	2,01	3,04	3,09	3,55	4,45	4,41	3,06	2,19	—

Der Diskontsatz der Reichsbank hat in derselben Zeit folgende Veränderungen erfahren:

Geltungsdauer vom	Geltungsdauer bis	Diskontsatz %
5. Februar 1894	10. November 1895	3
11. November 1895	11. Februar 1896	4
12. Februar 1896	6. September 1896	3
7. September 1896	9. Oktober 1896	4
10. Oktober 1896	18. Januar 1897	5
19. Januar 1897	25. Februar 1897	4
26. Februar 1897	9. April 1897	3½
10. April 1897	5. September 1897	3
6. September 1897	10. Oktober 1897	4
11. Oktober 1897	19. Januar 1898	5
20. Januar 1898	17. Februar 1898	4
18. Februar 1898	8. April 1898	3
9. April 1898	9. Oktober 1898	4
10. Oktober 1898	8. November 1898	5
9. November 1898	18. November 1898	5½
19. November 1898	16. Januar 1899	6

Geltungsdauer		Diskontsatz
vom	bis	%
17. Januar 1899	20. Februar 1899	5
21. Februar 1899	8. Mai 1899	4½
9. Mai 1899	18. Juni 1899	4
19. Juni 1899	6. August 1899	4½
7. August 1899	2. Oktober 1899	5
3. Oktober 1899	18. Dezember 1899	6
19. Dezember	11. Januar 1900	7
12. Januar 1900	26. Januar 1900	6
27. Jannar 1900	12. Juli 1900	5½
13. Juli 1900	25. Februar 1901	5
28. Februar 1901	21. April 1901	4½
22. April 1901	17. Juni 1901	4
18. Juni 1901	22. September 1901	3½
23. September 1901	17. Januar 1902	4
18. Januar 1902	10. Februar 1902	3½
11. Februar 1902	3. Oktober 1902	3
4. Oktober 1902	10. Februar 1903	4
11. Februar 1029		3½

Diese Aufstellung sei durch folgende Angaben über den Privatdiskontsatz der Reichsbank ergänzt.

1894: 15. Januar 3¼%; 16. Januar 3%; 20. Januar 2¾%; 30. Januar 2¼%; 6. Februar 2%; 17. März 2¼%; 21. März 2⅜%; 3. April 2%; 15. Mai 2⅛%; 17. Mai 2%; 19. September 2⅛%; 25. September 2¼%: 28. September 2⅛%; 2. Oktober 2%; 28. Dezember 2⅛%; 31. Dezember bis 22. März 1895 2%.

1895: 23. März 2¼%; 27. März 2%; 11. Juni 2⅛%; 14. Juni 2¼%; 17. Juni 2½%; 27. Juni 2¾%; 28. Juni 2½%; 1. Juli 2¼%; 2. Juli 2%; 6. September 2¼%; 11. September 2½%; 13. September 2¾%; 18. September sistiert; 2. Oktober 2¾%; 3. Oktober 2⅜%; 9. Oktober 2⅝%; 10. Oktober 2¾%; 11. Oktober sistiert.

1896: 1. Februar 2¾%; 13. Februar 2⅝%; 17. Februar 2½%; 19. Februar 2⅜%; 24. Februar 2½%; 3. März 2¼%; 19. März 2⅜%; 28. März 2½%; 2. April sistiert (bis heute).

Die Zinssätze für tägliches Geld und für Ultimogeld zeigen im ganzen dasselbe Bild wie die Diskontsätze, nur daß die Schwankungen etwas stärker waren. Der Satz für tägliches Geld, der sich im Durchschnitt etwas unterhalb des Diskontsatzes hält, stieg am Ende des Jahres 1899 bis auf 9%; der Satz für Ultimogeld, der im allgemeinen etwas höher ist als der Diskontsatz, wurde um dieselbe Zeit mit 9¼—9½% notiert.

Innerhalb der großen Züge der Bewegung des Zinssatzes für kurzsichtigen Kredit, wie sie soeben gezeichnet wurden, beobachten wir gewisse von Jahr zu Jahr mit beachtenswerter Regelmäßigkeit sich wiederholende Schwankungen: der Januar weist ausnahmslos einen erheblich niedrigeren Satz auf als der Dezember des vorhergegangenen Jahres; der Februar weist gleichfalls ausnahmslos niedrigere Notierungen auf als der Januar, in einer Anzahl von Jahren sogar die niedrigsten Durchschnittssätze; die folgenden Monate, bis in den August hinein, zeigen keine allzu großen Veränderungen, abgesehen von dem einen Jahr 1898, das schon vom April an eine wesentliche Erhöhung der Zinssätze aufweist; mit dem September beginnt regelmäßig eine sehr erhebliche Steigerung, die im Dezember ihren Höhepunkt erreicht und die bewirkt, daß im allgemeinen die Zinssätze des letzten Quartals beträchtlich höher sind als diejenigen der vorhergegangenen drei Quartale. Von der letzteren Erscheinung gibt es in der uns interessierenden Zeit allerdings Ausnahmen: im Jahre 1894 und ebenso in den Jahren 1900 und 1901 blieben die Zinssätze des letzten Quartals unter dem Jahresdurchschnitt.

Diese Regelmäßigkeit und fast mehr noch ihre Ausnahmen gestatten interessante Rückschlüsse auf die ausschlaggebenden Ursachen der Bewegung der Diskontsätze. Die ausnahmslos wiederkehrende Ermäßigung des Diskonts nach Überwindung des Jahreswechsels und die regelmäßig sich wiederholende erhebliche Steigerung des Diskontsatzes in den letzten Jahresmonaten entspricht durchaus der oben geschilderten Jahreskurve des Geldbedarfs, die auf der Organisation unseres Zahlungsverkehrs und den durch den Wechsel der Jahreszeiten bedingten Schwingungen des Geschäftsgangs beruht. Dieser Parallelismus wird noch beträchtlich verstärkt, wenn man die Bewegungen des Diskontsatzes nicht nur Monat für Monat, sondern Tag für Tag verfolgt; dann zeigt sich, daß die schärfste Zuspitzung des Geldbedarfs an den großen Zahlungsterminen, namentlich an den Quartalswenden, ihr durchaus entsprechendes Gegenstück darin hat, daß auch die Diskontsätze in der Zeit unmittelbar vor diesen Terminen die stärksten Erhöhungen aufweisen. Ein ähnlicher Parallelismus findet zwischen den Bewegungen der Zinssätze und der Gestaltung der Geldversorgung, wie sie im Zufluß und Abfluß von Gold in Erscheinung tritt, in keiner Weise statt. Eine Vergleichung der monatlichen Durchschnitte der Diskontsätze mit der oben (S. 11) gegebenen Monatsübersicht der deutschen Goldbilanz zeigt, daß Mehreinfuhr von

Gold und steigender Zinsfuß, ebenso Mehrausfuhr von Gold und sinkender Zinsfuß mindestens ebenso oft zusammentreffen wie die umgekehrten Vorgänge. Man wird deshalb die Schwankungen des Geldbedarfs, nicht die Schwankungen der Geldversorgung als ausschlaggebend für die Bewegung der Diskontsätze innerhalb der einzelnen Jahre ansehen müssen.

Freilich deuten gewisse Unterbrechungen der geschilderten Regelmäßigkeiten darauf hin, daß mitunter andere Einflüsse eine modifizierende Wirkung ausgeübt haben. Die im Jahre 1898 gegen die Regel frühzeitig eingetretene Steigerung der Diskontsätze steht in augenscheinlichem Zusammenhang mit dem im zweiten Quartal durch den spanisch-amerikanischen Krieg verursachten Goldabfluß nach den Vereinigten Staaten. Der knappe Goldzufluß oder gar die Goldausfuhr in den Monaten Juli bis November 1899, veranlaßt durch die Vorwehen und den Ausbruch des Transvaalkriegs, hat zweifellos dazu beigetragen, die Zinssätze in Deutschland auf die ungewöhnliche Höhe zu steigern, die sie gegen Ende des Jahres 1899 erreicht haben; freilich ist die stärkste Erhöhung erst in den letzten zwei Wochen des Dezember erfolgt, der eine Mehreinfuhr von Gold im Betrag von mehr als 90 Millionen Mk. aufwies. Andererseits ist das niedrige Zinsniveau in den letzten Monaten des Jahres 1894 zweifellos mit verursacht worden durch den in jenem Jahre ganz besonders starken Goldzufluß. Sicherlich aber hat bei der zuletzt erwähnten Tatsache der Umstand mitgewirkt, daß die Gestaltung der allgemeinen wirtschaftlichen Konjunktur die regelmäßige Jahreskurve des Geldbedarfs stark beeinflußt hat; der gerade in jenem Jahr besonders drückende Stillstand der Geschäftstätigkeit hat in seiner Wirkung auf den Geldbedarf die regelmäßige Einwirkung des Herbstgeschäftes paralysiert. Dieselbe Erscheinung haben wir später in den Jahren 1900 und 1901. Der Zusammenbruch der Überspekulation und der Eintritt der Absatzstockung hat in diesen Jahren augenscheinlich die Gesamtentwicklung des Geldbedarfs so stark beeinflußt, daß die übliche Wirkung des Herbstgeschäftes nicht oder nur sehr schwach in Erscheinung trat.

Der überwiegende Einfluß der Gestaltung des Geldbedarfs auf den Zinsfuß gegenüber der Einwirkung der Geldversorgung tritt fast noch deutlicher hervor, wenn man die Ergebnisse der einzelnen Jahre gegenüberstellt. Nimmt man als ungefähren Maßstab des Geldbedarfs den Betrag der in Umlauf gesetzten Wechsel, so erhält man folgende Übersicht:

Jahre	Mehreinfuhr von Gold Mill. Mk.	In Umlauf gesetzte Wechsel Mill Mk.	Durchschnittlicher	
			Bankdiskont %	Marktdiskont %
1894	251,1	14 748	3,12	1,74
1895	15,1	15 241	3,14	2,01
1896	29,4	16 386	3,66	3,04
1897	35,9	17 529	3,81	3,09
1898	104,4	19 374	4,27	3,55
1899	135,5	20 937	5,04	4,45
1900	127,4	23 304	5,33	4,41
1901	205,2	22 966	4,10	3,06
1902	34,1	21 505	3,32	2,19

In diesen Zahlen tritt die durchschlagende Wirkung des auf der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Konjunktur beruhenden Geldbedarfs mit aller Deutlichkeit in Erscheinung. Die beträchtliche Steigerung der Zinssätze in den Jahren 1897 bis 1900 hat sich im Zusammenhang mit der in der Zunahme des Wechselumlaufs zu Tage tretenden gewaltigen Steigerung des Geldbedarfs vollzogen, obwohl die Goldzufuhr gerade in jenen Jahren eine ungewöhnliche Steigerung erfuhr. Im Jahre 1901 fiel zufällig einmal eine weitere Steigerung der Goldzufuhr mit einer Abnahme des Geldbedarfs und infolgedessen auch mit einem Rückgang des Diskontsatzes zusammen. Im Jahre 1902 jedoch machte der Rückgang des Zinsfußes einen weiteren erheblichen Fortschritt trotz der starken Abnahme der Goldzufuhr von 205 auf 34 Millionen Mk., weil eben die rückläufige Konjunktur den Geldbedarf der deutschen Volkswirtschaft beträchtlich einschränkte. Trotz der starken Abnahme der Goldzufuhr hat Deutschland im Jahre 1902 zum erstenmal wieder einen niedrigeren Marktdiskontsatz gehabt als England und Frankreich.

Der Zusammenhang zwischen dem Gang der Konjunktur und dem Zinssatz läßt sich bis ins einzelne verfolgen, wenn man bei einer Betrachtung der Monatsdurchschnitte des Diskontsatzes die Wirkung der von der Konjunktur unabhängigen Jahreskurve des Geldbedarfs dadurch ausschaltet, daß man jeweils das Mehr oder Weniger des Monatsdurchschnitts gegenüber dem Durchschnitt des gleichen Monats des Vorjahres berechnet. Man erhält dann folgende Übersicht:

Differenz der Monatsdurchschnitte des Berliner Marktdiskonts gegenüber den Durchschnitten des gleichen Monats des jeweiligen Vorjahres.

Monat	1895 gegen 1894	1896 gegen 1895	1897 gegen 1896	1898 gegen 1897	1899 gegen 1898	1900 gegen 1899	1901 gegen 1900	1902 gegen 1901	1903 gegen 1902
Januar . . .	— 1,33	+ 1,52	+ 0,37	— 0,09	+ 1,15	+ 0,09	— 0,85	— 1,46	+ 0,15
Februar . . .	— 0,41	+ 1,02	+ 0,30	+ 0,01	+ 1,19	+ 0,43	— 0,94	— 1,36	+ 0,04
März	— 0,21	+ 0,46	+ 0,81	— 0,19	+ 1,57	+ 0,93	— 1,42	— 2,00	+ 0,90
April	± 0,00	+ 0,66	+ 0,27	+ 0,59	+ 0,57	+ 0,30	— 1,06	— 1,06	+ 0,97
Mai	— 0,01	+ 0,94	— 0,32	+ 0,87	+ 0,40	+ 0,93	— 1,37	— 1,21	+ 1,61
Juni	+ 0,37	+ 0,64	— 0,07	+ 0,90	+ 0,38	+ 0,91	— 1,66	— 1,03	+ 1,11
Juli	+ 0,14	+ 0,74	+ 0,01	+ 0,81	+ 0,55	+ 0,31	— 1,25	— 1,22	—
August . . .	+ 0,08	+ 0,95	+ 0,06	+ 0,63	+ 1,21	— 0,39	— 1,77	— 0,53	—
September . .	+ 0,62	+ 0,91	— 0,09	+ 0,31	+ 1,21	— 0,44	— 1,73	— 0,54	—
Oktober . . .	+ 0,89	+ 1,55	— 0,21	+ 0,14	+ 1,04	— 1,03	— 1,20	— 0,10	—
November . .	+ 1,43	+ 1,59	— 0,38	+ 0,76	— 0,75	— 1,49	— 1,32	+ 0,36	—
Dezember . .	+ 1,68	+ 1,34	— 0,21	+ 0,80	— 0,71	— 1,62	— 1,53	+ 0,42	—
Jahresdurchschnitt	+ 0,27	+ 1,03	+ 0,05	+ 0,46	+ 0,90	— 0,04	— 1,35	— 0,87	—

Von der Mitte des Jahres 1895 bis zur Mitte des Jahres 1900 — also genau für die Zeit der aufsteigenden Konjunktur — haben wir hier nahezu ununterbrochen die Erscheinung, daß die monatlichen Durchschnitte des Diskontsatzes höher waren als diejenigen des gleichen Monats im Vorjahr. Von August 1901 bis gegen Ende des Jahres 1902 — also genau für die Zeit des geschäftlichen Niedergangs — sind die einzelnen Monatsdurchschnitte des Diskontsatzes ausnahmslos niedriger als die entsprechenden des Vorjahres. Mit der Wiederbelebung des Unternehmungsgeistes sehen wir von den letzten Monaten des Jahres 1902 an eine relative Steigerung des Zinssatzes. Bis in alle Einzelheiten läßt sich die Übereinstimmung verfolgen. Die stärksten Erhöhungen gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres traten zu Tage in der Zeit vom November 1895 bis Januar 1896, im letzten Quartal des Jahres 1896 sowie im Jahre 1899, während das Jahr 1897 in der Hälfte der Monate einen Rückgang gegenüber dem Vorjahre aufwies. Die erhebliche Steigerung Ende 1895 und Anfang 1896 hängt offenbar mit dem starken Gegensatz zusammen, der zwischen der absoluten Stagnation, die zu Ende des Jahres 1894 herrschte, und dem gegen Ende 1895 fühlbar werdenden geschäftlichen Aufschwung, verbunden mit einer sehr starken, aber bald zusammenbrechenden Spekulation in Goldshares,

bestand. Die Emissionsstatistik, welche eine Zunahme des Kurswertes der emitierten Dividendenpapiere von 399 Millionen Mk. im Jahre 1895, auf 668 Millionen Mk. im Jahre 1896 aufweist, gibt Zeugnis von dem Fortschritt des geschäftlichen Aufschwungs, der die starke Erhöhung der Diskontsätze, die gegen Ende des Jahres 1896 eintrat, rechtfertigt. Umgekehrt läßt sich die Erscheinung, daß im Jahre 1897 einzelne Monate einen niedrigeren Diskontsatz aufweisen und daß die Erhöhung des Jahresdurchschnitts nur geringfügig war, damit in Zusammenhang bringen, daß in jenem Jahr ein gewisser Stillstand in der Aufwärtsbewegung der Konjunktur eintrat, wie schon daraus hervorgeht, daß die Emission von Dividendenpapieren einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr aufwies (619 gegen 668 Millionen Mk.). Die wesentliche Steigerung der Diskontsätze im Jahre 1899 steht in offensichtlichem Zusammenhang mit der in jenem Jahr bis aufs äußerste gesteigerten Geschäftstätigkeit; wenn auch in den letzten Monaten der Ausbruch des Transvaalkriegs mitgewirkt haben mag, so ist doch eine solche Einwirkung für das erste Quartal des Jahres 1899, das gegenüber dem Vorjahr beträchtlich stärkere Unterschiede in der Höhe des Zinssatzes aufwies, als das letzte Quartal, vollständig ausgeschlossen.

Die viel diskutierte Frage nach der entscheidenden Ursache der ungewöhnlichen Steigerung des Zinsfußes in den letzten Jahren des abgelaufenen Jahrhunderts ist mithin durch den gesamten Verlauf der Entwicklung von 1895 bis 1902 entschieden.

Die vielfach vertretene Behauptung, daß die durch den Transvaalkrieg verursachte Stockung der Goldproduktion jene außerordentliche Steigerung des Zinssatzes für kurzfristigen Kredit hervorgerufen habe, ist gänzlich haltlos, und zwar aus folgenden Gründen:

Wir haben erstens die Steigerung des Zinssatzes bereits zu einer Zeit, in welcher von dem Krieg in Südafrika noch keine Rede war und die eine beispiellose Steigerung der Goldgewinnung aufzuweisen hatte. Wir haben die stärkste Zuspitzung der Knappheit des Geldmarktes allerdings zu einer Zeit, in der die Feindseligkeiten in Südafrika bereits ausgebrochen waren und eine der allerwichtigsten Produktionsstätten für Gold lahmgelegt hatten, nämlich um den Jahreswechsel 1899/1900. Aber es ist hier zu bedenken, daß das Jahr 1899 im ganzen eine wesentlich höhere Goldgewinnung aufzuweisen hatte als irgend ein Jahr zuvor, und daß die im letzten Quartal des Jahres 1899 eingetretene Stockung der südafrikanischen Goldproduktion infolge der

geographischen Entfernungen sich für Europa nicht sofort in einer Schmälerung der Goldzufuhr äußern konnte. Wir haben ferner im Laufe des Jahres 1900 nicht nur in Deutschland, sondern auch in den übrigen wichtigen europäischen Ländern zum ersten Male wieder entschiedene Anzeichen eines Umschwungs der Zinsentwicklung. Speziell in Deutschland hat die Reichsbank zum erstenmal seit langer Zeit zu Beginn der zweiten Jahreshälfte eine Herabsetzung ihres Diskontsatzes vorgenommen (von 5½ auf 5% im Juli) und ihren Satz im Herbste nicht erhöht; der Marktdiskont hielt sich im Durchschnitt der zweiten Jahreshälfte unter demjenigen des ersten Semesters. Und diese ungewöhnliche Entwicklung vollzog sich, obwohl die Wirkungen des Transvaalkriegs auf die Goldproduktion während des ganzen Jahres 1900 in vollem Umfang fortbestanden, und obwohl das Jahr 1900 zum ersten Male wieder einen wirklichen Rückgang der Goldproduktion aufwies (von 1,287 Millionen Mk. im Jahre 1899 auf 1,081 Millionen Mk. im Jahre 1900). Die Senkung des Zinsniveaus setzte sich auch im Jahre 1901 fort, obwohl erst in den letzten Monaten dieses Jahres die Goldproduktion in Transvaal in nennenswertem Umfang wieder aufgenommen werden konnte, und obwohl die Gesamtproduktion des Jahres 1901 (1,106 Millionen Mk.) nur unwesentlich diejenige des Jahres 1900 überstieg und noch um mehr als 180 Millionen Mk. hinter derjenigen des Jahres 1899 zurückblieb. Fügt man hinzu, daß sich seit dem Ende des Jahres 1902 wieder eine gewisse Steigerung der Zinssätze fühlbar macht, trotzdem die Goldgewinnung der Welt nunmehr wieder annähernd ihren höchsten jemals dagewesenen Umfang erreicht hat, so ist das Bild des absoluten Mangels irgendwelcher Übereinstimmung zwischen Goldproduktion und Diskontsätzen ein vollständiges.

Dagegen hat allerdings der Transvaalkrieg insofern eine gewisse Wirkung auf die Gestaltung der Zinssätze ausgeübt, als er den Geldbedarf und damit die Zinssätze Englands beträchtlich steigerte. Diese Knappheit des englischen Geldmarktes mußte auch die übrigen Länder in Mitleidenschaft ziehen, indem die hohen Zinssätze in England die englischen Geldgeber veranlaßten, Beträge, welche sie unter anderen Umständen im Ausland angelegt hätten, auf dem englischen Markte selbst unterzubringen und Beträge, die sie im Ausland mit kurzen Kündigungsfristen ausgeliehen hatten, zur Verwendung in England selbst zurückzuziehen. Ihrer Art nach unterscheidet sich jedoch diese Einwirkung des Transvaalkriegs auf die Zinssätze nicht von der Ein-

wirkung des spanisch-amerikanischen Kriegs im Jahre 1898 oder der chinesischen Wirren in den Jahren 1900 und 1901; auch diese Ereignisse stellten große Ansprüche an den internationalen Geldmarkt, und von den chinesischen Wirren wurde der deutsche Geldmarkt infolge der starken Geldbedürfnisse der Reichsregierung, die sowohl durch die Aufnahme langfristiger Anleihen erheblichen Umfangs als auch durch die Ausgaben starker Beträge von Schatzanweisungen befriedigt wurden, unmittelbar getroffen. Auch der durch den Transvaalkrieg hervorgerufene Geldbedarf dauerte in den Jahren 1900 und 1901 ungeschmälert fort. Im ersten Semester des Jahres 1901 nahm die englische Regierung nicht weniger als 71,3 Millionen £ im Wege des Kredites auf, 60 Millionen £ durch die Ausgabe 2¾%iger Konsols, den Rest durch die Begebung von Schatzanweisungen; die 60 Millionenanleihe (1225 Millionen Mk.) war die weitaus umfangreichste Anleihe, die seit der französischen Kontributionsanleihe von 1871 aufgenommen worden ist. Aber auch in Verbindung mit dem chinesischen Krieg vermochten diese gewaltigen Geldbedürfnisse den Rückgang der Zinssätze von der zweiten Hälfte des Jahres 1900 an nicht zu verhindern. Der durch die verschiedenen Kriege veranlaßten Inanspruchnahme des internationalen Geldmarktes kommt mithin nicht ein entscheidender, sondern lediglich ein modifizierender Einfluß auf die Gestaltung der Zinssätze zu.

Dasselbe gilt von den Ansprüchen, welche die mit der Regulierung ihrer Valuta beschäftigten Länder in der uns hier beschäftigenden Periode an den internationalen Geldmarkt stellten. Die Goldbeschaffungen dieser Länder haben bereits mit dem Jahre 1891 begonnen; sie haben gleichwohl nicht verhindert, daß die erste Hälfte der 90er Jahre eine bisher niemals dagewesene Geldflüssigkeit und einen bisher unerhörten Tiefstand des Zinsfußes auf den europäischen Geldmärkten zeigte; erst als zu diesen Goldbeschaffungen die gewaltige wirtschaftliche Aufwärtsbewegung hinzutrat, ist auch eine Steigerung der Zinssätze eingetreten; und zwar ist die Steigerung bemerkenswerterweise zuerst und am stärksten in Deutschland eingetreten, von wo die aufsteigende Konjunktur ihren Ausgang nahm und wo die Aufwärtsbewegung größere Dimensionen angenommen hat als in irgend einem andern europäischen Lande, während sie umgekehrt am spätesten und am wenigsten intensiv sich in Frankreich fühlbar gemacht hat, das notorisch am wenigsten von allen großen europäischen Wirtschaftsgebieten an der großen Konjunktur der Jahre 1895 bis 1900 teilgenommen hat.

Der auf der allgemeinen Gestaltung des Geschäftsgangs beruhende inländische Geldbedarf erscheint mithin auch bei einer ins einzelne gehenden Prüfung als das für die Entwicklung des Zinssatzes entscheidende Moment, während den übrigen Faktoren, der Goldproduktion und den auf dem Geldbedarf anderer Länder beruhenden internationalen Goldbewegungen, eine nur sekundäre und modifizierende Wirkung zukommt.

Dieses Ergebnis steht in Übereinstimmung mit den in früheren Perioden gemachten Erfahrungen. Wenn man für die Zeit von der Mitte des 18. Jahrhunderts an die Entwicklung der Edelmetallproduktion, die Gestaltung der wirtschaftlichen Konjunkturen und die Bewegung der Zinssätze gegenüberstellt, so tritt ein regelmäßiges Zusammentreffen steigender Konjunktur und steigender Zinssätze, sinkender Konjunktur und sinkender Zinssätze hervor. Dagegen stehen die in jener Zeit eingetretenen großen Verschiebungen in der Versorgung der Kulturwelt mit Metallgeld weder mit dem Wechsel der Konjunkturen noch mit der Gestaltung der Zinssätze in irgend einem Parallelismus, sie haben vielmehr, wie seit 1895, so auch früher, lediglich einen modifizierenden Einfluß ausgeübt.

Die Ursache dieses Zusammenhangs ist darin zu erblicken, daß der in langen Jahren angesammelte monetäre Edelmetallbestand eines großen Wirtschaftsgebiets durch die Schwankungen der Edelmetallproduktion und durch die internationalen Edelmetallbewegungen — so lange nicht ganz außerordentliche Verhältnisse vorliegen — jeweilig nur geringfügige Veränderungen erfährt, während sowohl die Jahreskurven des Geldbedarfs als auch die auf dem Wechsel der Konjunkturen beruhenden Veränderungen des Geldbedarfs erheblich größere Dimensionen aufweisen. Eine Goldeinfuhr oder Goldausfuhr von 100 Millionen oder 200 Millionen Mark im Jahr will wenig bedeuten gegenüber der Tatsache, daß mitunter die an die Reichsbank herangetretenen und von ihr durch Ausgabe von Metallgeld oder Noten befriedigten Ansprüche in einer einzigen Woche eine Steigerung von 300 und 400 Millionen Mark erfahren haben.

IV. Der Notenumlauf und die Bargeld ersparenden Zahlungseinrichtungen.

Der Umstand, daß der metallische Geldumlauf nur verhältnismäßig geringen Veränderungen zugänglich ist, während der Geldbedarf

sehr erheblichen Schwankungen unterliegt, daß ferner die Versorgung der Volkswirtschaft mit metallischen Umlaufsmitteln in keinem unmittelbaren Abhängigkeitsverhältnis zu den Bewegungen des Geldbedarfs steht, — müßte zu gewaltigen Störungen Anlaß geben, wenn nicht die Entwicklung des Kredits und der auf Kredit beruhenden Umlaufsmittel und Zahlungseinrichtungen eine weitgehende Anpassung der beiden den Geldmarkt beherrschenden Faktoren ermöglichen würde. Denjenigen Banken, die gleichzeitig Organe des Zahlungsverkehrs und des Kreditverkehrs sind, fällt in der modernen Volkswirtschaft die wichtige Aufgabe zu, dem Geldwesen eine Elastizität zu verleihen, welche auch große Verschiebungen des Geldbedarfs ohne heftige Erschütterungen des ganzen Wirtschaftslebens ertragen läßt. Der Weg, auf welchem eine annähernde Anpassung von Geldbedarf und Geldvorrat jeweils erzielt werden kann, ist ein doppelter; einmal findet der metallische Geldumlauf eine elastische Ergänzung an gewissen auf Kredit beruhenden Umlaufsmitteln, vor allem an den Banknoten; ferner kann eine Steigerung des Geldbedarfs ausgeglichen werden durch eine Steigerung der Intensität der Ausnutzung der vorhandenen Umlaufsmittel, und eine solche Steigerung ist vor allem möglich bei den sich zwar auf Grund eines Bargeldvorrats, aber ohne Bargeldübertragungen vollziehenden Einrichtungen des bankmäßig organisierten Zahlungsverkehrs (Giro-, Check- und Abrechnungsverkehr).

Die weitaus wichtigsten Träger der Elastizität des Geldwesens sind die Notenbanken. Auf Grund ihrer Berechtigung zur Ausgabe von Noten, die im Umlauf dieselben Dienste wie das Metallgeld leisten, sind diese Banken in der Lage, innerhalb gewisser Grenzen den Umfang des Geldumlaufs zu regulieren; an sie treten in letzter Instanz diejenigen Geldbedürfnisse heran, die auf Grund der vorhandenen Umlaufsmittel und Zahlungseinrichtungen von anderen Instanzen nicht befriedigt werden können. Das primäre Mittel, mit dem sich der kaufmännische Verkehr gegenüber der Steigerung des Geldbedarfs hilft, ist die vermehrte Ausstellung von Wechseln; denn der Wechsel ist dasjenige Instrument, dessen sich der kaufmännische Verkehr auch in normalen Zeiten zur Beschaffung der vorübergehend benötigten Kapitalien bedient. Der Fabrikant, der seine Rohstoffe gegen Wechsel kauft, wird auf größere Beträge ziehen, wenn die Quantität der benötigten Rohstoffe steigt und wenn außerdem die Preise der Rohstoffe in die Höhe gehen. Aber das Verwendungsgebiet des Wechsels ist auf enge Kreise beschränkt, und deshalb drängen die

Wechsel meist vor ihrer Verfallzeit zur Umwandlung in bares Geld, d. h. zur Diskontierung. Diejenigen diskontierenden Personen oder Institute, welche ihre Betriebsmittel nicht durch die Ausgabe eines zirkulationsfähigen Kreditinstruments, wie es die Banknote ist, jederzeit verstärken können, sehen sich genötigt, die diskontierten Wechsel zur Beschaffung neuer Mittel weiter zu begeben, bis schließlich ein zentrales Noteninstitut den Austausch des weniger umlaufsfähigen Wechsels gegen die nahezu unbedingt umlaufsfähige Banknote bewirkt. Ähnlich wie mit dem Wechsel steht es mit den anderen Arten der sich im Wege des Kredits vollziehenden Geldbeschaffung.

Von denjenigen Einrichtungen, welche eine besonders intensive Ausnutzung der vorhandenen Geldbestände ermöglichen, und welche vor allem auch eine weitgehende Anpassung dieser Intensität an die Schwankungen des Geldbedarfs gestatten, spielt in Deutschland der von der Reichsbank geschaffene Giroverkehr eine besonders wichtige Rolle; der Giroverkehr der Reichsbank ist ferner in weit höherem Grad als alle übrigen mit dem Grad der Ausnutzung der vorhandenen Umlaufsmittel in Zusammenhang stehenden Faktoren einer statistischen Erfassung zugänglich.

Gewiß kann der Ausnutzungsgrad der Umlaufsmittel gesteigert und vermindert werden durch die Zu- und Abnahme der sogenannten „Zirkulationsgeschwindigkeit des Geldes"; je öfter ein Geldstück in einem gegebenen Zeitraum von Hand zu Hand geht, desto größer der Betrag der Zahlungen, die es in diesem Zeitraum vermittelt. Wir dürfen auch annehmen, daß der gesteigerte Geldbedarf einen gewissen Einfluß auf die „Zirkulationsgeschwindigkeit des Geldes" ausübt; denn für diese Zirkulationsgeschwindigkeit ist nicht etwa nur die mehr oder weniger rasche Aufeinanderfolge von Zahlungseingängen und Zahlungsleistungen, deren Tempo zweifellos einer Beeinflussung durch den Grad der Lebhaftigkeit des Geschäftsgangs unterliegt, von erheblicher Bedeutung; es wird vielmehr auch die sich im Wege des Kredits vollziehende Übertragung von Bargeld von den Stellen, an welchen es nicht benötigt wird, zu denjenigen, an denen ein Bedarf an Bargeld besteht, durch den Grad des Geldbedarfs sehr wesentlich beeinflußt.

Wir müssen uns jedoch mit der Konstatierung dieses allgemeinen Verhältnisses begnügen; eine statistische Feststellung der Zirkulationsgeschwindigkeit des Geldes und ihrer Veränderungen ist nicht erreichbar.

In höherem Grade steigerungsfähig als die Zirkulationsgeschwindigkeit des Geldes sind die Umsätze, welche sich auf Grund

von Guthaben im Wege des Anweisungsverkehrs und von Buchübertragungen vollziehen, ohne daß dabei bares Geld selbst in Bewegung gesetzt wird; schon die Ersparung des durch den Transport und das Zählen baren Geldes bewirkten Zeitverlustes gibt die Möglichkeit, diese Art des Zahlungsverkehrs intensiver zu gestalten. Dazu kommt noch ein anderes Moment von großer Erheblichkeit. Die Guthaben, auf Grund deren sich der Zahlungsverkehr durch Anweisungen (Schecks) und Buchübertragungen (Giroverkehr) vollzieht, brauchen keineswegs in vollem Umfang in barem Gelde vorhanden zu sein. Die zur Schaffung eines Guthabens eingezahlten baren Beträge können vielmehr zu einem erheblichen Teil dem freien Verkehr im Wege der Kreditgewährung wieder zur Verfügung gestellt werden, oder sie können von vornherein im Wege der Kreditgewährung geschaffen werden, etwa indem die betreffende Bank einen Wechsel diskontiert und die Valuta dem Einreicher des Wechsels auf Girokonto gutschreibt. Der Umfang, bis zu welchem die dem Depositenverkehr in allen seinen Schattierungen zu Grunde liegenden Guthaben wirklich in Bargeld vorhanden sind und in welchem sie lediglich auf Kredit beruhen, ist je nach den Schwankungen des Geldbedarfs ähnlich großen Wandlungen zugänglich wie die Ausgabe von Noten über den Umfang der vorhandenen metallischen Deckung hinaus.

Nun ist der Depositenverkehr keineswegs in ähnlicher Weise wie die Notenausgabe das Privilegium bestimmter Bankinstitute; seine Pflege steht vielmehr einem jeden Unternehmen frei, und eine Anzahl bedeutender Privatbanken haben in der Entwicklung ihres Depositengeschäfts ganz Bedeutendes geleistet. Ein großer Teil des Depositengeschäftes der Privatbanken hat jedoch weniger mit dem eigentlichen Zahlungsverkehr zu tun als mit der zinsbringenden Anlage von Kapitalien auf kurze Kündigungsfristen. Ein anderer Teil, der sich wirklich auf den Zahlungsverkehr bezieht, der Scheckverkehr, ist in Deutschland noch nicht allzusehr entwickelt und entzieht sich außerdem der statistischen Erfassung. Der Schwerpunkt der sich auf der Grundlage von Bankguthaben aufbauenden Zahlungseinrichtungen ist in Deutschland der Giroverkehr, und dieser ist von dem zentralen Noteninstitut, der Reichsbank, mit einer ganz besonderen Fürsorge organisiert und auf Grund eines über das ganze Reich ausgedehnten Netzes zahlreicher Filialen in großem Stile ausgebaut worden. Der Umstand, daß Banknoten und Giroguthaben in gleicher Weise für die Bank täglich fällige Verbindlichkeiten darstellen und daß sie deshalb eine

ähnliche bankpolitische Behandlung erfordern, hat — in Verbindung mit gewissen oft besprochenen Eigentümlichkeiten des deutschen Bankgesetzes (Notensteuer) — die Reichsbank förmlich genötigt, neben der Notenausgabe der Entwicklung des Giroverkehrs eine ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Im Anschluß an das Girogeschäft hat die Reichsbank an den wichtigsten deutschen Bankplätzen in Verbindung mit den bedeutendsten Privatbanken einen Abrechnungsverkehr ins Leben gerufen, der die gegenseitige Kompensation der aus dem Anweisungsverkehr der einzelnen Banken hervorgehenden Forderungen und zahlreicher Forderungen anderer Art (wie z. B. fälliger Wechsel) ermöglicht hat. In der Entwicklung des Giro- und Abrechnungsverkehrs der Reichsbank haben wir mithin einen sehr wertvollen Anhalt für die Beurteilung der Veränderungen, die unter dem Einfluß des Auf- und Absteigens der Konjunktur während des letzten Jahrzehnts in der Intensität der Ausnutzung des vorhandenen Geldvorrates vorgegangen sind. Ebenso wie vermittelst der Notenausgabe muß die Reichsbank als Zentralinstanz des deutschen Geldverkehrs auch durch gesteigerte Leistungen ihrer, Barumsätze ersparenden, Zahlungseinrichtungen demjenigen Geldbedarf gerecht werden, welchen die übrigen, den Zahlungsverkehr vermittelnden Institute aus eignen Kräften nicht zu befriedigen vermögen.

Wenn wir nun die Gestaltung des deutschen Notenumlaufs und die Entwicklung der Bargeld ersparenden Einrichtungen in dem hier in Betracht kommenden Zeitraum näher untersuchen wollen, so haben wir uns zunächst ein Bild zu machen von den Anforderungen, welche an die deutschen Notenbanken herangetreten sind.

Durch die Natur der Passiva der Notenbanken und durch ausdrückliche gesetzliche Vorschriften sind die Wege gegeben, auf welchen sich der Verkehr bei den Notenbanken die benötigten Umlaufsmittel oder die gewünschten Grundlagen für einen Anweisungsverkehr beschaffen kann. Die Notenbanken können — sei es im Wege der Hingabe von Bargeld oder Banknoten, sei es im Wege der Gutschrift auf Girokonto — Kredit nur gegen unzweifelhafte Sicherheiten und auf kurze Fristen gewähren. Diesen Bedingungen genügt nur die Diskontierung von Wechseln mit mehreren guten Unterschriften und kurzer Verfallzeit, in zweiter Reihe die Gewährung von Lombarddarlehen auf sichere Werte und auf Waren; gegenüber der staatlichen Finanzverwaltung kommt außerdem noch die Diskontierung von Schatzanweisungen hinzu, deren

Betrag bei der Reichsbank unter der Rubrik „Effekten“ nachgewiesen wird.

Die durchschnittliche Anlage der deutschen Notenbanken in Wechseln, Lombarddarlehen und Effekten hat sich seit 1894 folgendermaßen gestaltet:

Jahre	Millionen Mark											
	Sämtliche deutsche Notenbanken				Reichsbank				Privatnotenbanken			
	Wechsel	Lombard	Effekten	Zusammen	Wechsel	Lombard	Effekten	Zusammen	Wechsel	Lombard	Effekten	Zusammen
1894	756,2	102,3	18,4	876,9	547,5	81,1	6,3	634,9	208,7	21,2	12,1	242,0
1895	790,7	105,4	20,4	916,5	573,9	83,2	7,9	665,0	216,8	22,2	12,5	251,5
1896	862,5	129,6	19,7	1011,8	646,3	106,0	7,0	759,3	216,2	23,6	12,7	252,5
1897	865,7	130,0	18,6	1014,3	644,8	108,3	6,7	759,8	220,9	21,7	11,9	254,5
1898	938,0	117,0	24,8	1079,8	713,9	96,4	13,1	823,4	224,1	20,6	11,7	256,4
1899	1049,4	100,4	21,5	1171,3	817,1	80,7	11,4	909,2	232,3	19,7	10,1	262,1
1900	1037,0	99,9	28,8	1165,7	800,2	80,0	20,1	900,3	236,8	19,9	8,7	265,4
1901	991,0	122,6	60,3	1173,9	845,4	72,8	53,7	971,9	145,6	48,9	6,6	202,0
1902	901,4	130,8	87,4	1119,6	775,5	74,1	72,2	921,8	125,9	56,7	15,2	197,8

Die Ziffern der Wechselanlage zeigen, wie es nach den Ausführungen in den vorigen Abschnitten nicht anders zu erwarten ist, eine Bewegung, welche durchaus von dem Gang der Konjunktur beherrscht erscheint, und die der Gestaltung des deutschen Wechselumlaufs und des Diskontsatzes durchaus entspricht. Die Wechselanlage der Reichsbank zeigt von 1894 bis 1899 eine Steigerung um 50 %. Hinsichtlich der Lombardanlage ist von 1897 an ein Rückgang bemerkbar, der jedoch auf besondere Maßregeln der Reichsbank zur Einschränkung des Lombardverkehrs, von denen später noch zu sprechen ist, beruht. Die Anlage der Effekten ist, da sie in der Hauptsache aus diskontierten Schatzanweisungen besteht, nicht von dem Geldbedarf der Volkswirtschaft, sondern von dem Geldbedarf der staatlichen Finanzverwaltung abhängig. Der Einfluß des Chinakrieges und der ungünstigen Gestaltung des Reichshaushaltes treten in der außerordentlichen Zunahme der Anlage in Effekten vom Jahre 1900 an deutlich in Erscheinung. Die Zunahme dieses Anlagepostens hat die Wirkung gehabt, daß trotz des entschiedenen Rückgangs der Wechselanlage die Gesamtanlage der deutschen Notenbanken im Jahre 1901 sogar größer war als in den Jahren 1899 und 1900.

Die zweite bemerkenswerte Erscheinung in der oben gegebenen Tabelle ist die Tatsache, daß nahezu die ganzen Schwankungen des an die deutschen Notenbanken herangetretenen und von ihnen befriedigten Geldbedarfs von der Reichsbank getragen worden sind. Während die durchschnittliche Wechselanlage der Reichsbank sich von 1894 bis 1899 um etwa die Hälfte erhöht hat, ist das Wechselportefeuille der Privatnotenbanken nur ganz unerheblich größer geworden; dasselbe gilt von der Gesamtanlage. Die Ursache ist darin zu erblicken, daß die Privatnotenbanken in ihrem ganzen Geschäftsgebaren darauf verzichtet haben, die volkswirtschaftlich wesentliche Funktion der Notenbanken, dem Geldumlauf eine gewisse Elastizität gegenüber den Schwankungen des Geldbedarfs zu verleihen, zu erfüllen; sie gehen bereits in ruhigen Zeiten durch das Ausbieten billigen Kredits bis nahe an die Grenze der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel und lehnen sich bei einer Steigerung der an sie herantretenden Ansprüche durch Weiterbegebung der von ihnen diskontierten Wechsel an die Reichsbank an. Die Reichsbank allein hat noch niemals Wechsel rediskontiert; sie hat vielmehr stets die an sie herantretenden Ansprüche aus eigenen Mitteln befriedigt.

Von 1901 an zeigen sich allerdings auch bei den Privatnotenbanken sehr erhebliche Verschiebungen; die Wechselanlage schrumpfte rapid zusammen, während andererseits die Lombardanlage eine erhebliche Steigerung erfuhr. Die Ursache lag jedoch ausschließlich in dem Inkrafttreten der Banknovelle von 1899. Indem diese den Privatnotenbanken untersagte, zu einem niedrigeren Satz als dem Reichsbankdiskont zu diskontieren, so lange dieser mindestens 4 % beträgt, machte sie den Privatnotenbanken die bisherige Praxis unmöglich, ihre Mittel durch Unterbieten des Zinssatzes der Reichsbank stets voll zu beschäftigen. Die Privatnotenbanken suchten Ersatz in der Pflege des Lombardgeschäfts, für welches der Zinssatz nicht gebunden worden war; sie gingen teilweise sogar dazu über, Wechsel zu einem niedrigeren Satz als dem Reichsbankdiskont zu lombardieren und sie erst kurz vor Verfall zu diskontieren. Die Abnahme der Gesamtanlage der Privatnotenbanken seit 1901 erklärt sich in der Hauptsache daraus, daß im Jahre 1901 die Frankfurter Bank, im Jahre 1902 die Bank für Süddeutschland (Darmstadt) durch Verzicht auf das Notenprivileg aus der Reihe der Notenbanken ausgeschieden sind.

Noch weit stärker als in den Jahresdurchschnitten der Anlage treten die großen Ansprüche, welche die Schwankungen des Geldbedarfs

an die Notenbanken stellen, hervor, wenn man innerhalb der einzelnen Jahre die Veränderungen der Anlage von einem Ausweistag zum anderen verfolgt. Die Zeit des Nachlassens und des Tiefstandes des Geldbedarfs prägt sich darin aus, daß die Monate Januar bis August in der Regel eine wesentlich geringere Anlage in Wechseln und Lombarddarlehen zeigen als die vier letzten Monate des Jahres. Stets zeigen die Ausweise am Monatsschluß eine gewisse Steigerung gegenüber den vorhergegangenen Ausweisen. Wie außerordentlich groß die Unterschiede sind, und wie sehr dieselben mit der Aufwärtsbewegung der Volkswirtschaft zugenommen haben, mag folgende Übersicht über den Höchst- und Mindestbetrag der Anlage der Reichsbank in den einzelnen Jahren seit 1894 dartun:

Jahre	Höchstbetrag der Anlage		Mindestbetrag der Anlage		Spannung
	Datum	1000 Mk.	Datum	1000 Mk.	1000 Mk.
1894	30. VI.	737 520	23. I.	556 348	175 254
1895	31. XII.	1 000 190	15. III.	525 548	474 642
1896	31. XII.	994 577	15. II.	583 342	411 235
1897	30. IX.	1 020 381	23. II.	605 114	415 267
1898	30. IX.	1 124 017	15. II.	597 743	526 274
1899	31. XII.	1 251 386	15. II.	634 721	616 665
1900	31. XII.	1 319 346	23. II.	761 586	557 760
1901	31. XII.	1 282 965	7. III.	807 891	475 074
1902	31. XII.	1 402 782	7. VI.	781 370	621 412

Zu einzelnen kritischen Zeitpunkten war die Steigerung der an die Reichsbank herantretenden Ansprüche geradezu enorm; so im letzten Quartal des Jahres 1899, als die Anspannung des deutschen Geldmarktes unter der vereinten Einwirkung der bis zur äußersten Grenze gesteigerten Hochkonjunktur und der durch den Transvaalkrieg veranlaßten Zurückziehung englischer Guthaben förmlich beängstigende Dimensionen annahm; so am Ende des Jahres 1900, als die durch die Katastrophe der Spielhagenbanken verursachte Beunruhigung des Hypothekenmarktes ungewöhnlich große Geldmittel zur Zurückzahlung gekündigter Hypotheken erforderte; so schließlich vor allem Ende Juni 1901, als der Zusammenbruch der Leipziger Bank ein panikartiges Mißtrauen erregte und das Publikum in großem Umfang zur Kündigung und Zurückziehung seiner Bankguthaben veranlaßte, und als die Banken sich um jeden Preis die Mittel zur Zurückzahlung

der gekündigten Beträge verschaffen mußten; in einer einzigen Woche ist damals die Anlage der Reichsbank um 328 Millionen Mk. gestiegen.

Wenn wir untersuchen, wie die Reichsbank diesen gewaltigen Verschiebungen des Geldbedarfs gerecht geworden ist, so haben wir zunächst unser Augenmerk auf die Entwicklung ihres Barbestandes und ihres Notenumlaufs zu richten. Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Gestaltung dieser Bilanzposten sowohl für die Gesamtheit der deutschen Notenbanken als auch getrennt nach Reichsbank und Privatnotenbanken. Entsprechend der Wahrnehmung, die wir schon bei der Betrachtung der von den deutschen Notenbanken befriedigten Kreditansprüche gemacht haben, zeigt sich auch hier, daß die Aufgabe der möglichsten Anpassung des freien Geldumlaufs an die Veränderungen des Geldbedarfs so gut wie ausschließlich von der Reichsbank erfüllt worden ist.

Jahre	Millionen Mark								
	Gesamtheit der deutschen Notenbanken			Reichsbank			Privatnotenbanken		
	Barbestand	Notenumlauf	Nicht durch Bargeld gedeckte Noten	Barbestand	Notenumlauf	Nicht durch Bargeld gedeckte Noten	Barbestand	Notenumlauf	Nicht durch Bargeld gedeckte Noten
1894	1066,2	1173,7	107,5	969,7	1000,4	30,7	96,5	173,3	76,8
1895	1149,1	1273,8	124,7	1045,4	1095,6	50,2	103,7	178,2	74,5
1896	1021,6	1261,6	240,0	925,3	1083,5	158,2	96,3	178,1	81,8
1897	1002,2	1266,4	264,2	905,3	1085,7	180,4	96,9	180,7	83,8
1898	987,0	1306,8	319,8	885,9	1124,6	238,7	101,1	182,2	81,1
1899	962,3	1322,2	359,9	860,6	1141,8	281,1	101,7	180,5	78,8
1900	951,5	1313,9	362,3	853,8	1138,6	284,7	97,7	177,3	77,6
1901	1051,0	1345,4	294,4	947,2	1190,3	253,1	103,8	145,1	41,3
1902	1106,8	1373,5	266,7	1018,2	1229,6	211,4	88,6	143,9	55,3

Die Zahlen ergeben von 1894 an eine nicht unerhebliche Zunahme des Notenumlaufs, die mit dem Wendepunkt der Konjunktur noch nicht zum Stillstand gekommen ist; auf der anderen Seite ist eine beträchtliche Abnahme der Barbestände von 1895 bis 1900, dann aber eine sehr erhebliche Steigerung bis auf das Niveau von 1894/95 zu beobachten. In den Ziffern des durchschnittlichen ungedeckten Notenumlaufs kommen beide Bewegungen summiert zum Ausdruck; dieser ist von 107,5 Millionen Mk. im Jahre 1894 auf 362,3 Millonen Mk. im Jahre 1900 gestiegen, um dann wieder bis

auf 266,7 Millionen Mk. im Jahre 1902 herabzugehen. Im ungedeckten Notenumlauf haben wir eine nahezu exakte Parallelbewegung zu den Zahlen des deutschen Wechselumlaufs und zu der Bewegung der Zinssätze für kurzfristigen Kredit.

Die Veränderungen von Notenumlauf und Barbestand innerhalb der einzelnen Jahre waren erheblich größer als die Veränderungen der Jahresdurchschnitte; erst die Zahlen der einzelnen Wochenausweise geben — in Übereinstimmung mit den Ziffern der Kapitalanlage — ein volles Bild von der Elastizität, welche dem deutschen Geldumlauf durch die Notenbanken, d. h. so gut wie ausschließlich durch die Reichsbank, in einer so bewegten Zeit wie den hinter uns liegenden Jahren verliehen worden ist.

Bei der Reichsbank stellten sich die Bewegungen innerhalb der einzelnen Jahre seit 1894 folgendermaßen:

Jahre	Höchstbetrag		Mindestbetrag		Spannung
	Datum	1000 Mk.	Datum	1000 Mk.	1000 Mk.
		Barvorrat			
1894	30. XI.	1 110 840	7. I.	839 541	271 299
1895	15. II.	1 147 723	31. XII.	878 406	269 317
1896	22. II.	997 167	31. XII.	830 378	166 789
1897	23. VI.	976 682	7. X.	777 670	199 012
1898	23. II.	1 018 065	7. X.	758 413	259 652
1899	15. VI.	971 762	30. IX.	718 098	253 664
1900	23. VIII.	927 149	6. X.	751 014	176 135
1901	23. VI.	1 042 174	7. I.	795 201	248 973
1902	23. VI.	1 148 484	31. XII.	814 830	333 654
		Notenumlauf			
1894	31. XII.	1 211 232	23. II.	892 870	318 362
1895	31. XII.	1 320 089	23. II.	988 210	351 879
1896	31. XII.	1 257 925	23. II.	973 484	284 441
1897	31. XII.	1 319 972	23. II.	948 443	371 529
1898	31. XII.	1 357 392	23. II.	989 962	367 430
1899	30. IX.	1 382 731	23. II.	1 013 068	369 663
1900	31. XII.	1 409 945	23. II.	1 006 052	403 893
1901	31. XII.	1 465 787	15. III.	1 044 827	420 960
1902	31. XII.	1 516 469	23. II.	1 075 973	440 496

Jahre	Höchstbetrag		Mindestbetrag		Spannung
	Datum	1000 Mk.	Datum	1000 Mk.	1000 Mk.
Durch Barvorrat nicht gedeckter Notenumlauf					
1894	7. I.	233 114	23. XI.	— 73 395	306 509
1895	31. XII.	441 683	23. II.	— 177 764	619 447
1896	31. XII.	427 547	23. II.	— 23 683	451 230
1897	30. IX.	199 234	23. II.	— 23 899	523 133
1898	31. XII.	576 355	23. II.	— 28 103	604 458
1899	30. IX.	664 633	23. II.	70 527	594 106
1900	31. XII.	649 317	23. II.	111 590	537 727
1901	30. IX.	568 608	15. VI.	— 43 574	525 034
1902	31. XII.	701 639	23. II.	— 41 388	743 027

Im großen ganzen zeigen nach dieser Übersicht Barbestand und Notenumlauf die entgegengesetzte Bewegung: dieselbe Steigerung des Geldbedarfs, welche Noten aus der Bank entnimmt, zieht auch Metallgeld aus deren Kassen in den freien Verkehr. Unter dieser doppelten Einwirkung weist der ungedeckte Notenumlauf innerhalb der einzelnen Jahre eine gewaltige Spannung zwischen seinen Höhe- und Tiefpunkten auf. Ähnlich wie bei der Kapitalanlage haben sich auch hier oft genug innerhalb einer einzigen Berichtswoche ganz enorme Verschiebungen vollzogen; so hat der ungedeckte Notenumlauf in der letzten Septemberwoche 1899 von 294 auf 665 Millionen Mk., also um mehr als 370 Millionen Mk. zugenommen; in der letzten Märzwoche 1900 hat die Zunahme gar 392 Millionen Mk. betragen; denselben Betrag hat die Zunahme des ungedeckten Notenumlaufs in der letzten Juniwoche 1901, unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Leipziger Bank, erreicht. Mehrmals hat die Reichsbank in einer Woche einen höheren Betrag als 100 Millionen Mk. in Metallgeld und nahezu 300 Millionen Mk. in Noten hinausgegeben.

Die Beziehungen dieser gewaltigen Verschiebungen im Status der Reichsbank zu der Bewegung des Geldbedarfs ist unverkennbar. Die Jahreskurve des Geldbedarfs prägt sich in den Ziffern des Barbestandes und der Notenausgabe ebenso deutlich aus, wie die auf dem Wechsel der Konjunktur beruhende Gestaltung des Geldbedarfs. Gleichwohl ist während der Periode 1895 bis 1900 von gewisser Seite immer wieder die Behauptung aufgestellt worden, die Abnahme des Barbestandes, insbesondere des Goldvorrates der Reichsbank und die daraus für die Reichsbank hervorgegangene Nötigung, einen un-

gewöhnlich hohen Diskontsatz zu halten, sei nicht auf den inländischen Geldbedarf zurückzuführen, sondern auf einen Goldabfluß nach dem Ausland. Die Statistik, welche Jahr für Jahr im ganzen einen nicht unerheblichen Zufluß von Gold aufzuweisen hatte, wollte man nicht gelten lassen. Aber auch wenn man ganz von diesen Zweifeln an der Exaktheit der Handelsstatistik absieht, so läßt es doch folgende Erwägung als sicher erscheinen, daß im ganzen genommen die ungünstige Veränderung, die von 1895 bis 1900 im Status der Reichsbank eingetreten ist, lediglich durch die Gestaltung des inländischen Geldbedarfs verursacht war.

Zunächst kommt in Betracht, daß die bis zum Jahre 1900 bemerkbare Verminderung des Metallbestandes der Reichsbank keineswegs ausschließlich das Gold betroffen hat, das ja für den Export nach dem Ausland allein in Betracht kommt. Vielmehr hat sich der Metallbestand folgendermaßen entwickelt:

Jahre	Durchschnittlicher Goldbestand	Durchschnittlicher Bestand an Talern und Scheidemünzen	Durchschnittliche Summe des Metallbestandes
1894	619,6	314,7	934,3
1895	704,6	307,2	1011,8
1896	602,0	290,0	892,0
1897	591,6	279,8	871,4
1898	583,3	267,6	850,9
1899	572,8	252,7	825,5
1900	570,7	246,4	817,1
1901	664,1	247,3	911,4
1902	725,5	256,7	982,2

Der Taler- und Scheidemünzbestand der Reichsbank hat mithin, obgleich für ihn ein Abfluß nach dem Ausland nicht zu berücksichtigen ist, bis zum Jahre 1900 gleichfalls abgenommen, und zwar, wenn man das Jahr 1895 zum Ausgangspunkt nimmt, um 20 %, während der Goldbestand um etwas über 18 % zurückgegangen ist. Wenn man bedenkt, daß vor allem durch die Steigerung der Löhne in der hier in Betracht kommenden Zeit die Sphäre des Goldes im freien Verkehr auf Kosten des Silbers eine gewisse Erweiterung erfahren haben muß, so bestätigen diese Zahlen den sich aus den Ziffern der Goldbilanz ergebenden Eindruck, daß die Abnahme des Gold-

bestandes der Reichsbank trotz einer gleichzeitigen Goldzufuhr erfolgt und im ganzen genommen dem freien Geldumlauf zu gute gekommen ist.

Zu dem gleichen Resultat leitet die Beobachtung, daß nach dem Beginn des Umschlags der Konjunktur und nach der Überwindung der ersten krisenartigen Erschütterungen die Kassen der Reichsbank sich sofort wieder mit Gold angefüllt haben. Der Goldvorrat der Reichsbank war Ende des Jahres 1901 mit 632 Mill. Mk. bereits wieder um 162 Mill. Mk. größer als Ende 1899, und er hat im Durchschnitt des Jahres 1902, obwohl dieses eine verhältnismäßig geringe Mehreinfuhr von Gold aufzuweisen hatte, einen um 20 Mill. Mk. höheren Stand erreicht als in dem bisher günstigsten Jahre 1895. In zwei Jahren geschäftlicher Depression hat mithin der Goldbestand der Reichsbank alles wiedergewonnen, was er im Laufe der fünf Jahre einer aufsteigenden Konjunktur abgegeben hatte, und sogar noch einiges dazu. Wenn man bedenkt, daß der Stand der Preise wichtiger Güter, der Umfang des Außenhandels, die Höhe des Wechselumlaufs und der Kapitalanlage der Reichsbank, der Stand des Zinsfußes und andere Anzeichen dafür sprechen, daß der innere Geldbedarf noch nicht entfernt wieder auf den Tiefstand der Jahre 1894/95 zurückgegangen ist, so ist die Folgerung unabweisbar, daß auch während der Abnahme des Goldbestandes der Reichsbank in den Jahren 1895 bis 1900 eine nicht unbeträchtliche Vermehrung des gesamten deutschen Goldgeldbestandes eingetreten sein muß. Ebenso wie bei der Entwicklung des Zinsfußes für kurzfristigen Kredit, so stellt auch hinsichtlich der Gestaltung des Goldvorrates der Reichsbank der Gang der Dinge von der Mitte des Jahres 1900 an geradezu die Probe auf das Exempel dar: trotz der Fortdauer der widrigen Verhältnisse, welchen vor dem Umschlag der Konjunktur vielfach die Schuld an der Steigerung des Zinssatzes und der Abnahme der Goldbestände der Reichsbank zugeschrieben worden ist, trotz der Fortdauer des Transvaalkrieges und der Stockung der Goldproduktion am Rand und trotz der weiteren Inanspruchnahme des internationalen Geldmarktes, ist mit dem Umschlag der Konjunktur auch eine Wendung in der Entwicklung des Zinssatzes und des Goldbestandes der Reichsbank eingetreten. Die Frage nach dem ausschlaggebenden Grund der fortschreitenden Anspannung des deutschen Geldmarktes und der ungewöhnlichen Inanspruchnahme der Reichsbank in den Jahren 1895 bis 1900 ist mithin durch die Entwicklung der

letztverflossenen Jahre förmlich nach Art eines Experimentes entschieden.

Die oben geschilderten Dienste, welche die Reichsbank der deutschen Volkswirtschaft dadurch geleistet hat, daß sie dem freien Verkehr je nach der Bewegung des Bedarfs an Umlaufsmitteln Metallgeld und Noten in gewaltigen Beträgen zur Verfügung stellte, findet ihre Ergänzung in der Wirksamkeit der Reichsbank auf dem Gebiete des Giro- und Abrechnungsverkehrs.

Der sich auf Grund ruhender Bankguthaben vollziehende Zahlungsverkehr ist — wie oben dargelegt wurde — in ganz besonders hohem Grade einer Anpassung an die Bedürfnisse der Volkswirtschaft zugänglich; einmal kann der Betrag der Umsätze, welche sich auf Grund desselben Guthabens vollziehen, in leichterer Weise und in ausgiebigerem Maße gesteigert werden als die Umsätze, welche ein bestimmtes Quantum zirkulierendes Geld verrichtet; ferner ist der Betrag baren Geldes, welcher den Bankguthaben als Deckung dient, innerhalb ziemlich weiter Grenzen regulierbar.

Bei einem Überblick über die Gesamtentwicklung des Giroverkehrs der Reichsbank zeigt sich zunächst eine gewaltige Vergrößerung aller Dimensionen, welche die Einzelbewegungen stark in den Hintergrund drängt. Die große Entwicklungsfähigkeit des von der Reichsbank gleich nach ihrer Begründung organisierten Giroverkehrs tritt zu Tage in der sehr erheblichen Zunahme der Anzahl der Konten, der Guthaben und der Umsätze, die sich nahezu ohne Rückschlag vollzogen hat; die Einflüsse des Wechsels der wirtschaftlichen Konjunkturen und damit der an den Geldumlauf und die Zahlungseinrichtungen herantretenden Ansprüche kommen in der Statistik des Reichsbank-Giroverkehrs gegenüber der Gesamtentwicklung der Institution nur schwach zum Ausdruck; aber bei näherem Zusehen sind sie gleichwohl erkennbar.

Am wenigsten sind die zuletzt erwähnten Einflüsse sichtbar bei der Zahl der Konten; diese hat eine sich auf die ganze Periode ziemlich gleichmäßige verteilende Zunahme von 3245 am Ende des Jahres 1876 auf 18 030 am Ende des Jahres 1902 erfahren.

Der Bestand der Guthaben ist gleichfalls gewaltig angewachsen, aber die Zunahme ist in den einzelnen Jahren eine weniger gleichmäßige gewesen. Im Durchschnitt des Jahres 1876 betrug der Bestand des Giroguthabens 70,6 Millionen Mk.; im Jahre 1902 stellte sich der Betrag der privaten Guthaben auf 372,5 Millionen Mk.,

der Betrag der privaten und öffentlichen Guthaben[1] auf 575,9 Millionen Mk. Die Zunahme der Guthaben ist charakteristischerweise stets am stärksten gewesen in den Jahren einer geschäftlichen Depression, am schwächsten in Jahren eines starken Geldbedarfs.

Die Umsätze im Giroverkehr, die sich im Jahre 1876 auf 16,7 Milliarden Mk. belaufen haben, betrugen im Jahre 1902 im Giroverkehr der Privaten 135,5 Milliarden Mk., im Giroverkehr der privaten und öffentlichen Kassen 169,2 Milliarden Mk. Im geraden Gegensatz zu der Bewegung der Guthaben war die Zunahme der Umsätze am stärksten in den Jahren eines wirtschaftlichen Aufschwungs, am wenigsten ausgeprägt in den Jahren wirtschaftlichen Stillstandes.

Wir sehen mithin, daß die Konteninhaber in Zeiten eines starken Geldbedarfs ihr bei der Reichsbank stehendes Guthaben möglichst sparsam bedenken, während sie ihm in Zeiten großer Geldflüssigkeit erhebliche Beträge, für die ihnen die augenblickliche Verwendung fehlt, zuwachsen lassen; daß sie anderseits in Zeiten eines lebhaften Geschäftsverkehrs das verminderte Guthaben durch vermehrte Umsätze in erheblich stärkerem Maße ausnützen wollen und können, als das größere Guthaben in Zeiten einer geschäftlichen Stagnation. Das Resultat der entgegengesetzten Entwicklung der Giroguthaben und der Giroumsätze ist, daß der gleiche Betrag des Guthabens, je nach dem Wechsel der Konjunkturen, einen innerhalb sehr weiter Grenzen schwankenden Jahresumsatz vermittelt oder — anders ausgedrückt — daß die Zeit, während welcher die vereinnahmten Beträge durchschnittlich auf den Konten stehen bleiben, je nach dem Geschäftsgang großen Schwankungen unterliegt. Zwar ist mit der Entwicklung des Giroverkehrs im ganzen auch die Ausnutzung der Giroguthaben eine wesentlich intensivere geworden. Auf je eine Mark des durchschnittlichen Bestandes des (privaten) Giroguthaben kam im Jahre 1876 ein Umsatz von 237 Mk., im Jahre 1902 dagegen ein Umsatz von 364 Mk.; die vereinnahmten Beträge verbleiben durchschnittlich auf den Konten im Jahre 1876 3,03 Tage, im Jahre 1902 1,51 Tage. Aber innerhalb dieser Ausgangs- und Endpunkte vollzog sich die Bewegung in starken Wellenlinien. So ist der durchschnittliche Umsatz pro Mark des Giroguthabens von 237 Mk. im Jahre 1876 auf 206 Mk. im Jahre 1879 gesunken; in der folgenden Aufschwungsperiode ist eine Erhöhung bis auf 287 Mk.

---

[1] Der Zahlungsverkehr der Reichs- und Staatskassen ist vom Jahre 1896 an in den allgemeinen Giroverkehr einbezogen worden.



im Jahre 1884 eingetreten; nach einem erneuten Rückgang während der bis 1888 dauernden Depression ist in der folgenden, allerdings nur kurzen Aufschwungszeit eine Steigerung bis auf 321 Mk. im Jahre 1890 eingetreten. Die wirtschaftliche Stagnation der ersten Hälfte der 90er Jahre brachte abermals einen Rückschlag (ungünstigstes Jahr 1892 mit einem Umsatz von 256 Mk. pro 1 Mk. des Guthabens); schließlich hat die günstige Konjunktur des folgenden Jahrfünfts die Umsatzzahl auf 405 Mk. im Jahre 1900 gesteigert. Die Entwicklung der Umsatzgeschwindigkeit war natürlich eine genau parallele.

Die in der Wirtschaftsgeschichte des Deutschen Reichs bisher unerreichte Intensität und Dauer des im Jahre 1895 beginnenden Aufschwungs hat die Elastizität des Giroverkehrs der Reichsbank auf eine ungewöhnliche Probe gestellt; wie weit der Giroverkehr den Anforderungen der deutschen Volkswirtschaft gerecht geworden ist, geht aus der nachfolgenden Zusammenstellung hervor.

Jahre	Zahl der Konten am Jahresschluß	Durchschnittliche Höhe d. Guthaben (einschl. der „schwebenden Übertragungen") 1000 Mk.	Gesamt-Umsätze Mill. Mk.	Umsatz pro 1 Mk. des durchschnittl. Guthabens Mk.	Durchschnittl. Zeit des Verbleibens der eingezahlten Beträge auf den Konten Tage
a) Giroverkehr der Privaten.					
1890	9 074	248 633	79 750	321	2,24
1891	9 509	278 820	81 013	291	2,48
1892	10 037	205 684	78 215	256	2,81
1893	10 441	291 277	82 363	283	2,55
1894	10 794	308 667	84 450	274	2,63
1895	11 498	342 324	93 698	274	2,63
1896	11 787	320 248	98 249	307	2,35
1897	12 327	297 798	103 903	349	2,06
1898	12 918	319 320	120 828	378	1,90
1899	13 506	330 042	131 501	399	1,81
1900	14 085	333 676	135 160	405	1,47
1901	15 019	359 605	136 289	379	1,44
1902	15 794	372 498	135 468	364	1,51
b) Giroverkehr der Privaten und öffentlichen Kassen.					
1896	12 292	404 084	105 603	261	2,72
1897	13 205	402 588	115 308	286	2,51
1898	13 967	456 384	137 784	302	2,38
1899	14 987	524 058	155 987	298	2,41
1900	15 847	512 209	163 632	319	2,25
1901	17 134	595 743	167 837	282	2,56
1902	18 030	575 882	169 227	294	2,45

Diese Zahlen zeigen neben der ununterbrochenen Zunahme der Anzahl der Girokonten zunächst eine beträchtliche Zunahme des Guthabenbestandes während der Depressionszeit 1890/95 (von 249 auf 342 Millionen Mk.). Die Umsätze dagegen erfuhren von 1890 bis 1894 kaum eine nennenswerte Vermehrung (80 auf 84 Milliarden Mk.). Dementsprechend ist der Umsatz pro 1 Mk. des durchschnittlichen Guthabens von 321 Mk. auf 274 Mk. zurückgegangen. Umgekehrt war die Entwicklung der folgenden fünf Jahre. Der Guthabenbestand (Privatguthaben) zeigt bis 1897 eine Abnahme, dann allerdings wieder eine Zunahme, die jedoch im Jahre 1900 noch nicht wieder den Stand von 1895 erreichte; dagegen sind die Umsätze von 84,5 Milliarden Mk. im Jahre 1894 und 98,7 Milliarden Mk. im Jahre 1895 in großem Sprunge auf 131,5 Milliarden Mk. im Jahre 1899 und 136,3 Milliarden Mk. im Jahre 1901 gestiegen. Der Umsatz pro 1 Mk. des durchschnittlichen Guthabens ist von 274 Mk. in den Jahren 1894 und 1895 auf 405 Mk. im Jahre 1900 in die Höhe gegangen. Die letzten beiden Jahre (1901 und 1902) haben abermals eine beträchtliche Steigerung des Bestandes an Guthaben gebracht (bis auf 372,5 Milliarden Mk.), gleichzeitig mit einer in der Geschichte der Reichsbank bisher unerreichten Zunahme der Zahl der Girokonten. Die Ursache ist — neben dem Rückschlag der Konjunktur — darin zu erblicken, daß nach dem Zusammenbruch der Leipziger Bank die panikartige Beunruhigung über das Schicksal anderer Bankinstitute, welche damals die Geschäftswelt ergriff, die Depositengläubiger von Privatbanken vielfach veranlaßte, ihre Guthaben zurückzuziehen und sie bei der Reichsbank unter Errichtung eines Girokontos einzuzahlen. Vom Juli bis in den Oktober des Jahres 1901 hielten sich die Giroguthaben bei der Reichsbank fast andauernd um etwa 150 Millionen Mk. über ihren vorjährigen Stand. Trotz der ungewöhnlichen Zunahme der Giroguthaben erfuhren jedoch die Giroumsätze keine weitere Steigerung, sondern hielten sich ungefähr auf dem im Jahre 1900 erreichten Niveau. Der durchschnittliche Umsatz pro 1 Mk. der Guthaben hat im Jahre 1902 nur 364 Mk. betragen gegen 405 Mk. im Jahre 1900.

Die Steigerung des Umsatzes pro 1 Mk. des durchschnittlichen Guthabens von 274 Mk. in den Jahren 1894/95 auf 405 Mk. im Jahre 1900 bedeutet eine um 50 % erhöhte Intensität der Ausnutzung der Giroguthaben für den Zahlungsverkehr. Da aber die Guthaben selbst nicht zu ihrem vollen Betrag in Bargeld gedeckt sind, geben die bisher angeführten Zahlen allein weder ein zutreffendes Bild von

dem Intensitätsgrade der im Wege des Giroverkehrs bewirkten Ausnutzung des baren Geldes noch auch — da das Deckungsverhältnis starken Veränderungen unterliegt — von den unter dem Einflusse der Bewegungen des Geldbedarfs sich vollziehenden Veränderungen dieses Intensitätsgrades.

Der exakten Feststellung der im Wege des Giroverkehrs der Reichsbank bewirkten Ausnutzung des Bargeldes steht das Hindernis im Wege, daß die Reichsbank keinen separaten Barvorrat zum Zwecke der Deckung ihrer Giroverbindlichkeiten hält. Der Barvorrat der Reichsbank bildet vielmehr eine einheitliche Masse, die gleichzeitig als Deckungsmittel für die sämtlichen täglichen Verbindlichkeiten der Reichsbank, insbesondere auch für die Banknoten, dienen soll. Der einzige Weg, der unter diesen Verhältnissen bleibt, ist die proportionale Repartierung des Barbestandes auf die einzelnen Kategorien von Verbindlichkeiten. Wenn wir die Bardeckung der sämtlichen täglich fälligen Verbindlichkeit der Reichsbank kennen und dieses Deckungsverhältnis auch für die Giroguthaben als zutreffend ansehen, dann wissen wir, wieviel Pfennige in Bargeld für je 1 Mk. des durchschnittlichen Bestandes von Giroguthaben tatsächlich in der Bank vorhanden sind, und wir können demnach berechnen, welche Umsätze auf Grund je 1 Mk. der durchschnittlichen Bardeckung der Guthaben, also auf Grund des effektiv dem ganzen Giroverkehr als Unterlage dienenden Bargeldbestandes, in den einzelnen Jahren bewirkt worden sind. Nach diesem Prinzip ist die folgende Tabelle aufgestellt.

Jahre	Durchschnittliche Bardeckung der Verbindlichkeiten der Reichsbank Pfennige pro 1 Mk.	Umsatz pro 1 Mk. des durchschnittlichen Giroguthabens Mk.	Umsatz pro 1 Mk. der durchschnittlichen Bardeckung der Giroguthaben Mk.
1890	61,8	321	519
1891	64,5	291	451
1892	65,2	256	393
1893	60,9	283	465
1894	65,0	274	422
1895	65,5	574	419
1896	59,0	307	520
1897	58,1	349	601
1898	55,4	378	682
1899	51,6	379	734
1900	51,7	405	783
1901	53,0	379	715
1902	56,3	364	644

Die letzte Spalte dieser Tabelle gibt ein volles Bild von der Elastizität des Giroverkehrs. Die jährlichen Umsätze pro 1 Mk. der durchschnittlichen Bardeckung der Giroguthaben sind von 419 Mk. im Jahre 1895 bis auf 783 Mk. im Jahre 1900 gesteigert worden, d. h. 1 Mk. Bargeld hat im Giroverkehr der Reichsbank im Jahre 1900 eine um 90 % größere Leistung im Zahlungsprozeß der deutschen Volkswirtschaft bewirkt als im Jahre 1895. Es bedarf keiner weiteren Ausführungen darüber, was diese Leistung des Giroverkehrs für die deutsche Volkswirtschaft bedeutet, und in welchem Maße durch sie während der Aufschwungsperiode die Einwirkung der gewaltigen Steigerung der Umsätze auf den Geldmarkt und den Zinsfuß abgeschwächt worden ist.

Zum Schlusse dieses Abschnitts sei der Entwicklung des Abrechnungsverkehrs der Reichsbank in der hier in Betracht kommenden Periode noch mit einigen Worten gedacht.

Bekanntlich hat die Reichsbank seit 1883 in Berlin und an zehn anderen deutschen Bankplätzen Abrechnungsstellen errichtet. An diesen Abrechnungsstellen tauschen die beteiligten Banken ihre gegenseitigen Forderungen täglich zu bestimmten Zeiten untereinander aus, indem sie die Beträge verrechnen. Auch die verbleibenden Salden, die durch Kompensation der gegenseitigen Forderungen nicht beglichen werden können, gelangen nicht in barem Geld zur Auszahlung, sondern werden durch Übertragungen auf den Girokonten der Reichsbank ausgeglichen; die gesamten Umsätze vollziehen sich mithin, ohne daß ein Pfennig Bargeld in Bewegung gesetzt wird.

Der Abrechnungsverkehr der Reichsbank hat sich seit 1890 folgendermaßen entwickelt:

(Tabelle siehe S. 62.)

Auch hier läßt sich nach Überwindung der von 1890 bis 1894 andauernden Stagnation eine überaus lebhafte Zunahme der Umsätze erkennen; von 18,2 Milliarden Mk. im Jahre 1894 steigerte sich die Summe der Einlieferungen ununterbrochen bis auf 30,2 Milliarden Mk. im Jahre 1899, eine Zunahme um 60 %. Die folgenden Jahre haben auch auf diesem Gebiet einen erneuten Stillstand der Entwicklung gebracht.

Da die Umsätze der Abrechnungsstellen auf dem Zahlungsverkehr privater Bankinstitute, insbesondere auch auf dem Scheckverkehr, beruhen, so gibt ihre Entwicklung einen ungefähren Anhalt zur Beurteilung

Jahre	Zahl der Abrechnungsstellen	Zahl der Teilnehmer	Stückzahl der eingelieferten Papiere 1000 Stück	Summe der Einlieferungen Millionen Mk.
1890	9	116	2825	17 991
1891	9	117	2895	17 663
1892	9	118	2990	16 763
1893	9	117	3164	18 123
1894	9	115	3331	18 233
1895	9	115	3633	21 121
1896	9	115	3890	22 720
1897	9	116	4074	24 017
1898	10	124	4490	27 975
1899	10	128	4897	30 238
1900	10	126	5186	29 473
1901	10	128	5410	28 922
1902	11	135	5792	29 969

der Frage, in welchem Maße auch die Leistungen der Zahlungseinrichtungen der Privatbanken sich im letzten Jahrzehnt dem Wechsel der Konjunktur und des Geldbedarfs angepaßt haben.

V. Die Diskontpolitik der Reichsbank.

Das Gesamtresultat der Untersuchung des letzten Abschnitts war, daß die bankmäßigen Einrichtungen während der Dauer des großen Aufschwungs der zweiten Hälfte der 90er Jahre in einem sehr weitgehenden Maße die Bewältigung der enorm anschwellenden Umsätze und Zahlungen haben ermöglichen helfen. Zu der im ganzen während jener Zeit eingetretenen Vermehrung des deutschen Metallgeldbestandes ist hinzugekommen, daß der freie Verkehr große Summen metallischer Umlaufsmittel aus den Beständen der Zentralbank entnommen hat, und daß ihm von der Zentralbank erhebliche Beträge von Banknoten zur Verfügung gestellt worden sind; daß ferner die sich auf Grund ruhender Geldvorräte aufbauenden Zahlungseinrichtungen unter dem Druck des erhöhten Geldbedarfs eine gewaltige Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit für den Zahlungsverkehr erfahren haben.

Wenn aber auch durch die bankmäßigen Einrichtungen den gesteigerten Bedürfnissen des Zahlungsverkehrs in weitem Umfang Genüge geschehen ist, so konnte doch diese gesteigerte Ausnutzung des vorhandenen Metallgeldvorrates nicht ohne eine wesentliche Erhöhung des Zinsfußes für kurzfristigen Kredit bewirkt werden. Denn die

Leistungsfähigkeit der geschilderten bankmäßigen Einrichtungen ist keine unbegrenzte. Vor allem ist kein Bankinstitut in der Lage, den im Wege der Nachfrage nach kurzfristigem Kredit herantretenden Begehr nach Umlaufsmitteln, sei es nach Metallgeld, sei es nach Banknoten, unbeschränkt zu befriedigen oder im Wege der Kreditgewährung die bei ihm stehenden Giroguthaben u. s. w. beliebig zu vergrößern. Denn das ordnungsmäßige Funktionieren der Banknoten und der auf Bankguthaben aufgebauten Zahlungseinrichtungen hängt ganz und gar davon ab, daß die Bank jederzeit in der Lage ist, ihren Verbindlichkeiten nachzukommen, d. h. die von ihr ausgegebenen Noten auf Präsentation in Metallgeld einzulösen und auf Verlangen Auszahlungen aus den bei ihr stehenden Guthaben zu leisten. Eine Bank muß deshalb sowohl in Rücksicht auf die eigene Zahlungsfähigkeit als auch in Rücksicht auf das Funktionieren ihrer Einrichtungen und schließlich auch in Rücksicht auf die Erhaltung der metallischen Währung dafür Sorge tragen, daß ihre Barreserven in einem befriedigenden Verhältnis zu dem Gesamtbetrag ihrer Verbindlichkeiten erhalten werden. Diese Nötigung besteht aus der Natur der Dinge heraus, um die es sich hier handelt, und unabhängig von der positiven Gesetzgebung über die Notenausgabe u. s. w., welche etwa zu der inneren Notwendigkeit noch den äußeren Zwang des Gesetzes hinzufügt. Wenn das deutsche Bankgesetz die Vorschrift enthält, daß der Notenumlauf der Reichsbank und derjenigen Privatnotenbanken, die sich freiwillig den beschränkenden Bestimmungen des Bankgesetzes unterworfen haben, stets zu einem Drittel durch Metall und Reichskassenscheine gedeckt sein muß, so ist dieses Deckungsverhältnis — namentlich in Anbetracht der zu den Noten hinzukommenden anderen täglich fälligen Verbindlichkeiten — so niedrig gegriffen, daß eine gewissenhaft geleitete Notenbank nur unter dem Druck ungewöhnlicher Katastrophen, die jedes Auskunftsmittel erlaubt machen, ihre Deckung bis auf dieses Verhältnis herabsinken lassen dürfte. Oder wenn anderseits das deutsche Bankgesetz eine bei Strafe der Notensteuer überschreitbare Grenze für den ungedeckten Notenumlauf geschaffen hat, welche den Notenumlauf weit mehr einzuschränken bestimmt war, als es schließlich bei der Vergrößerung aller Verhältnisse im Interesse der Sicherheit des Notenumlaufs erforderlich und mit dem Interesse der deutschen Volkswirtschaft erträglich erschien, — so war die Wirkung, daß sich bei der Reichsbank die Praxis herausbildete, Kontingentsüberschreitungen solange nicht zu beachten, als nicht das Deckungsverhältnis der Noten und der sonstigen Verbindlich-

keiten oder ein Goldabfluß nach dem Ausland oder andere Begleitumstände eine Beachtung erforderlich machten.

Das einzige durchschlagende Mittel, das einer Bank zur Regulierung des Verhältnisses zwischen ihren Barmitteln und ihren Verbindlichkeiten zur Verfügung steht, ist die Regelung ihrer Kreditgewährung. Denn eine Bank gibt Barmittel nur hinaus entweder zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten (Noteneinlösung, Auszahlung aus Guthaben), und dieser kann sie sich nicht entziehen; oder indem sie im Wege der Wechseldiskontierung, der Gewährung von Lombarddarlehen u. s. w. Kredit gewährt; eine Bank dehnt ferner ihre Verbindlichkeiten nur aus, entweder indem sie gegen Einzahlung von Metallgeld Noten hinaus gibt und Gutschrift auf Girokonto u. s. w. leistet, wobei die Barreserve um denselben Betrag wie die Verbindlichkeiten wächst; oder indem sie vermittelst der Ausgabe von Noten und der Gutschrift auf Girokonto Kredit gewährt.

Die Regulierung der Kreditgewährung kann seitens einer Zentralbank, an welche in letzter Instanz alle anderwärts nicht zu befriedigenden Ansprüche herantreten, nur auf indirektem Wege erfolgen. Der direkte Weg, von einem bestimmten Punkt an die weitere Kreditgewährung überhaupt zu verweigern, würde die größten Katastrophen heraufbeschwören; denn die Unmöglichkeit, gegen die besten Sicherheiten und zu irgend einem Zinssatz Geld zu bekommen, müßte sofort eine unabsehbare Reihe von Zahlungseinstellungen und eine völlige Stockung des geschäftlichen Verkehrs zur Folge haben. Eine indirekte Regulierung der Kreditansprüche ist gegeben in der Normierung des Zinsfußes, zu welchem Kredit gewährt wird; denn ein hoher Zinssatz wirkt reprimierend, ein niedriger Zinssatz wirkt stimulierend auf den Umfang des Kreditbegehrs.

Eine Steigerung des sich in der Nachfrage nach kurzfristigem Kredit äußernden Geldbedarfs muß an sich schon eine Erhöhung des Zinssatzes für kurzfristigen Kredit als natürliche Gegenwirkung hervorrufen; in der Beschränktheit der gegebenen Umlaufsmittel stößt in Zeiten einer aufsteigenden Konjunktur der Geldverkehr als ein Teil des gesamten Wirtschaftsprozesses ebenso auf eine bestimmte Schranke wie die Ausdehnung der Unternehmungen in der Beschränktheit der gegebenen Kapitalien, wie die Ausdehnung der Produktion in der Beschränktheit der gegebenen Roh- und Hilfsstoffe und in den Grenzen der Absatzfähigkeit der Produkte. Das Dazwischentreten bankmäßiger Einrichtungen kann die Reaktion auf dem Gebiete des Geldwesens

abschwächen, indem diese sowohl dem Betrag der Umlaufsmittel als auch der Intensität der Ausnutzung der Umlaufsmittel eine weitgehende Elastizität verleihen; aber auch durch die beste und leistungsfähigste bankmäßige Organisation kann die angedeutete Reaktion nicht völlig ausgeschaltet werden und sie darf im Interesse der Volkswirtschaft selbst nicht ausgeschaltet werden. Die Schwingungen des Zinsfußes lassen sich in ihrer Wirkung auf die Bewegungen des gesamten Wirtschaftslebens mit einem Kompensationspendel vergleichen. Die bei steigender Konjunktur sich aus dem Anwachsen des Geldbedarfs ergebende Erhöhung des Zinssatzes wirkt der mit jedem Aufschwung verbundenen Gefahr einer Übertreibung der Produktionsausdehnung und der Spekulation entgegen, indem sie die Beschaffung der Mittel erschwert; in Zeiten, in welchen Unternehmer und Spekulanten meist das Augenmaß für das Mögliche verlieren, in welchen sie die Aufnahmefähigkeit des Warenmarktes und des Anlagenmarktes meist ebenso überschätzen, wie sie die Schwierigkeit der Beschaffung von Roh- und Hilfsstoffen und Arbeitskräften sowie von Kapitalien unterschätzen, — in solchen Zeiten wirkt die Erhöhung des Zinssatzes als ein sichtbares Zeichen, das zur Vorsicht mahnt, und als ein fühlbarer Zaum, der zur Mäßigung zwingt. Daß gerade der Zinssatz für kurzfristigen Kredit in solchen Zeiten eine besondere Steigerung zu erfahren pflegt, hat die heilsame Wirkung, die in Zeiten großer Betriebsausdehnungen besonders naheliegende Versuchung, daß die Mittel für dauernde Investierungen durch die Inanspruchnahme kurzfristigen Bankkredits beschafft werden, wenigstens einigermaßen zu paralysieren; dieser Umstand ist von besonderer Wichtigkeit, denn stets geht unter der Wirkung eines Umschlags der Konjunktur eine erhebliche Anzahl von Unternehmungen an der unsachgemäßen Verwendung kurzfristigen Kredits zu Grunde.

Wenn nun einerseits die natürliche Steigerung des Zinsfußes den Übertreibungen und Verfehlungen einer günstigen Konjunktur entgegenzuwirken und dadurch die Stärke des mit Unvermeidlichkeit eintretenden Rückschlags zu mildern geeignet ist, so ist andererseits die mit dem Nachlassen der Umsätze und der Stockung der Unternehmungslust eintretende Senkung des Zinssatzes dazu angetan, nach Überwindung der notwendig gewordenen Abwickelungen und Liquidationen den Gesundungsprozeß der Volkswirtschaft zu erleichtern und das Wiedererwachen der Unternehmungslust zu befördern.

Es kann mithin unter keinen Umständen die Aufgabe eines Bankinstituts sein, durch seine Wirksamkeit die auf den Schwingungen

des Wirtschaftslebens beruhenden Veränderungen des Zinssatzes für kurzfristigen Kredit völlig zu beseitigen; eine gut geleitete und leistungsfähige Zentralbank wird unter Umständen durch ihr Verhalten die natürliche Reaktion des Zinsfußes sogar verstärken oder beschleunigen müssen, um einer gefährlichen Entwicklung des Wirtschaftslebens rechtzeitig entgegenzuwirken. Jedenfalls aber darf bei der Betrachtung der Diskontpolitik einer Notenbank niemals außer acht gelassen werden, daß es sich bei der Zinsfestsetzung eines solchen Instituts nicht um eine willkürliche Dekretierung des Zinssatzes, sondern um eine nur innerhalb enger Grenzen mögliche Regulierung des Zinssatzes handelt.

Dieser Satz gilt auch für den Fall, daß eine diskontpolitische Maßregel weniger durch die Rücksicht auf die inländische Entwicklung als durch die Rücksicht auf die internationale Goldbewegung veranlaßt ist. Bekanntlich gilt die Erhöhung des Diskontsatzes als Mittel zur Einschränkung oder Verhinderung eines Goldabflusses nach dem Ausland und zur Herbeiziehung von Gold aus dem Ausland. Der erhöhte Zinsfuß des inländischen Geldmarktes hat die doppelte Wirkung, einmal die ausländischen Gläubiger, die bei einem niedrigeren Satz ihre Guthaben einziehen würden, zu bestimmen, daß sie ihre Guthaben noch stehen lassen; ferner die internationalen Geldgeber zu veranlassen, ihre Gelder vorzugsweise in dem Land mit erhöhtem Zinssatz anzulegen. Es ist klar, daß die Diskonterhöhung einer Notenbank diese Wirkung nur haben kann, wenn ihr der offene Geldmarkt folgt, wenn also nicht etwa eine solche Geldflüssigkeit besteht, daß die Kreditansprüche auf dem offenen Markte zu niedrigeren Zinssätzen befriedigt werden können und nicht gezwungen sind, an die Bank zu rekurrieren. Ist aber der Geldmarkt an Mitteln knapp, dann muß ein Goldabfluß ohnedies eine gewisse weitere Steigerung der Zinssätze zur Folge haben. Eine Zentralbank hat es in diesem Falle in der Hand, durch rechtzeitige Erhöhung ihres Zinssatzes auf die Gefahren aufmerksam zu machen und ein Gegengewicht gegen die ein Abströmen von Gold befördernden Verhältnisse zu schaffen. —

Wenn wir uns nach diesen Erörterungen grundsätzlicher Natur zur Betrachtung der von der Reichsbank in den letzten Jahren befolgten Diskontpolitik wenden, so ist uns die Aufgabe wesentlich dadurch erleichtert, daß die Diskontpolitik der Reichsbank — wenigstens bis zum Jahre 1900 — eine authentische Beleuchtung und eingehende Darstellung erfahren hat in der von dem Reichsbankdirektorium herausgegebenen Denkschrift „Die Reichsbank 1876—1900“, auf die

bereits hingewiesen wurde. Gerade die bankpolitischen Maßnahmen der Reichsbank während der letzten großen Aufwärtsbewegung der deutschen Volkswirtschaft haben dort eine sehr eingehende Darstellung erfahren, so daß wir uns hier mit der Hervorhebung der wesentlichsten Züge begnügen können.

Die Auffassung der Reichsbankleitung hinsichtlich der ihr durch die im Jahr 1895 beginnende Gestaltung des deutschen Wirtschaftslebens zufallenden Aufgaben sind in folgenden Sätzen niedergelegt.

„Die ungewöhnliche Entwicklung aller Verhältnisse stellte die Reichsbank vor die schwierigsten Aufgaben. Niemals seit ihrer Begründung hat die Sorge für die Aufrechterhaltung einer hinreichenden Deckung für ihre Verbindlichkeiten sich in einem so starken Konflikt befunden zu den an die Bank herantretenden Kreditansprüchen. Mit der Sorge um die unbedingte Erhaltung der eigenen Zahlungsfähigkeit und um die Sicherheit der deutschen Valuta ergab sich für die Bank die Aufgabe, der mit jeder günstigen Konjunktur verbundenen Gefahr einer Übertreibung entgegenzuwirken; es galt dabei ebensosehr eine allzustarke Produktionsausdehnung und eine Überspekulation wie eine Überspannung des Kredits nach Möglichkeit zu verhindern. Die Produktionsausdehnung, die Bewertung der Waren und der Industriepapiere und die Inanspruchnahme des Kredits mußten innerhalb vernünftiger Grenzen gehalten werden, wenn nicht die glänzende Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte — wie früher oft genug ein geringerer Aufschwung — mit einem verhängnisvollen Zusammenbruch enden sollte.

„In Zeiten einer starken Betriebsausdehnung und Nachfrage nach Geld und Kapital erzeugt die Volkswirtschaft aus sich selbst heraus eine gewisse Gegenwirkung gegen Ausschreitungen in dem Steigen des Zinsfußes. Jede Verteuerung des Kredits bedeutet eine Beschränkung der Kreditnachfrage, eine Erschwerung allzustarker Produktionsausdehnung und ein Hemmnis für die Übertreibungen der Spekulation. Eine Zentralbank würde ihre Aufgaben völlig verkennen, wenn sie dieser für das Ganze heilsamen Tendenz einer Erhöhung des Zinsfußes entgegenwirken wollte. Für den Einzelnen ist billiger Kredit vom Standpunkt seiner besonderen Interessen aus erwünscht und vorteilhaft, aber das Gemeinwohl erfordert eine Diskontpolitik nach anderen Gesichtspunkten. Jede künstliche Niederhaltung der Diskontsätze würde die Gefahren der Hochkonjunktur steigern und den Zusammenbruch herbeiführen helfen; nnr eine vorsichtige Zurückhaltung gegenüber den wachsenden Kreditansprüchen, nur eine zielbewußte Leitung der den Gefahren der Lage entgegenwirkenden Tendenzen des Kapital- und Geldmarktes vermögen in solchen Zeiten die wirtschaftliche Entwicklung in sicheren Bahnen zu halten und gleichzeitig die Zahlungsfähigkeit der Bank und die Solidität des Geldwesens zu gewährleisten."

Nach diesen Prinzipien hat die Reichsbank während der Jahre des Aufschwungs gehandelt. Bei aller Berücksichtigung der Interessen an einem niedrigen Zinssatz hat sie nicht gezögert, diejenigen Diskont-

erhöhungen vorzunehmen, die im Hinblick auf ihren eignen Stand und auf die allgemeine wirtschaftliche Lage angezeigt werden.

Die oben wiedergegebenen Übersichten über den offiziellen und den Privatdiskontsatz der Reichsbank (S. 34 u. 35) zeigen die beträchtlichen Diskonterhöhungen, welche die Reichsbank von 1895 bis 1899 vorgenommen hat. Nachdem der offizielle Satz der Reichsbank vom 5. Februar 1894 an unverändert auf 3 % gestanden hatte, erfolgte im November 1895 unter dem Eindruck des mit Lebhaftigkeit einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwungs, verbunden mit der damals sich rapid entwickelnden und ebenso rasch zusammenbrechenden Überspekulation in südafrikanischen Goldshares und einem Goldabfluß nach Österreich zum ersten Male wieder eine Diskonterhöhung auf 4 %. Ihre Diskontierungen zum Privatsatz hatte die Reichsbank vorher schon suspendiert. Im April 1896 wurden die Diskontierungen zum Privatsatz gänzlich eingestellt; mit ihrem offiziellen Diskontsatz ging die Bank, unter dem Druck der fortgesetzten Steigerung ihrer Anlage und der Verschlechterung des Verhältnisses zwischen ihrem Barbestand und ihren Verbindlichkeiten, im Oktober 1896 bis auf 5 % in die Höhe. Ferner nahm die Bank Veranlassung, durch Aufhebung des Vorzugslombardsatzes für Reichs- und Staatsanleihen (1. Juli 1897) ihre allmählich stark angewachsene Lombardanlage einzuschränken.

Das Jahr 1897 zeigt in den Zahlen der Emission, des Wechselumlaufs, des Standes der Reichsbank und des Marktzinsfußes keine allzugroßen Verschiebungen gegenüber dem Jahre 1896. Infolgedessen konnte sich auch die Diskontpolitik der Reichsbank in beiden Jahren gleichmäßig entwickeln; der übliche Rückfluß in den Monaten Januar und Februar ermöglichte es der Bank in beiden Jahren, ihren Diskontsatz bis auf 3 % zu ermäßigen, während sie im September und Oktober sich genötigt sah, auf 4 % und 5 % in die Höhe zu gehen. Auch das Jahr 1898 zeigte in seinen ersten Monaten eine ähnliche Entwicklung, bis zunächst der Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges eine Änderung brachte. Die ungünstige Gestaltung der Wechselkurse auf London und New York und ein allerdings nicht sehr erheblicher Goldabfluß veranlaßten die Bank, Anfang April ihren Diskontsatz von 3 auf 4 % zu erhöhen. Dasselbe Jahr brachte nach dem verhältnismäßigen Stillstand im Jahre 1897 den Beginn der zweiten Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs in Deutschland; auf fast allen Gebieten der Produktion und Spekulation zeigte sich eine sich rapid steigernde Tätigkeit, die Entwicklung trat allmählich in ein

geradezu fieberhaftes Stadium ein, das erst im Jahre 1900 ein Ende fand. Der Status der Reichsbank zeigte in allen seinen wichtigen Positionen in den letzten Monaten des Jahres 1898 eine bisher unerhörte Anspannung; ihre Anlage betrug am 30. September 1124 Millionen Mk. und war damit um mehr als 100 Millionen Mk. höher als die größte Anlage des Vorjahres, die gleichfalls schon einzig dagestanden hatte. Die im Oktober erfolgende Diskonterhöhung auf 5 % erwies sich weder als ausreichend zur Herbeiführung einer Erleichterung des Status der Reichsbank noch zur wirksamen Einschränkung des geradezu gefährliche Dimensionen annehmenden Spekulations- und Unternehmungsgeistes. Auch die im November erfolgenden weiteren Erhöhungen auf 5½ und 6 % erreichten diesen Zweck nur unvollkommen. Die Verhältnisse erfuhren vielmehr im Jahre 1899 eine weitere Zuspitzung. Der Rückfluß von Barmitteln zur Bank trat nach der Jahreswende nur in beschränktem Umfang ein, so daß die Bankausweise eine um diese Jahreszeit gänzlich ungewöhnliche Anspannung aufwiesen. Die Bank ging mit ihrem Diskont nur zögernd herunter und kam erst im Mai auf 4 % an. Bald darauf begannen in England Beunruhigungen über das Schicksal, welches dem englischen Geld- und Kreditwesen in Anbetracht der schmalen Goldreserve der Bank von England im Falle einer wirtschaftlichen oder politischen Krisis widerfahren könnte. Der Transvaalkrieg warf seine Schatten voraus. Die englischen Geldgeber suchten ihre im Ausland stehenden Guthaben zurückzuziehen, und davon wurde in erster Reihe Deutschland getroffen, das infolge seiner ungewöhnlich hohen Zinssätze dem französischen und englischen Kapital bisher eine willkommene Anlagegelegenheit für gewaltige Summen, die zeitweise auf ca. 800 Millionen Fr. geschätzt wurden, geboten hatte. Dazu begann die Spekulation in Wertpapieren und die Preissteigerung der wichtigsten Roh- und Hilfsstoffe der industriellen Produktion sich förmlich zu überstürzen. Die Reichsbank sah sich durch diese Entwicklung zur Anwendung der schärfsten Mittel genötigt. Obwohl sie schon im Juni ihren Diskont auf 4½ und im August auf 5 % erhöhte, erreichte ihre Anlage am 30. September 1899 den Betrag von 1250 Millionen Mk. und übertraf damit die höchste bisherige Anlage um 125 Millionen Mk. Die Metalldeckung der Noten blieb an jenem Tag zum erstenmal seit dem Bestehen der Reichsbank hinter 50 % zurück; die Metalldeckung der sämtlichen täglich fälligen Verbindlichkeiten betrug nur 35,8 %. Unter dem Eindruck dieser Entwicklung, die mit dem

Ausbruch des Transvaalkriegs ungefähr zusammenfiel, erhöhte die Reichsbank Anfang Oktober ihren Diskontsatz auf 6 %. Die Wirkung war jedoch nur vorübergehend. Von Anfang November an trat aufs neue ein geradezu beängstigender Andrang an die Schalter der Reichsbank und eine enorme Verschlechterung ihres Standes ein. Der Mehrbetrag ihrer Anlage gegenüber den gleichen Ausweistagen des Vorjahrs vergrößerte sich fortgesetzt und erreichte am 15. Dezember den Betrag von 213 Millionen, am 23. Dezember den Betrag von 249 Millionen Mk. Am 19. Dezember beschloß die Reichsbank die Erhöhung ihres Diskontsatzes auf 7 %.

Damit war, soweit die absoluten Zahlen in Betracht kommen, der Höhepunkt der Entwicklung jener Jahre erreicht. Wenn man jedoch die Ziffern der einzelnen Ausweistage mit den entsprechenden Ziffern des Vorjahres vergleicht, so ergibt sich, daß die ungewöhnliche Anspannung noch bis ungefähr zur Mitte des Jahres 1900 andauerte. Erst der Zusammenbruch der Börsenspekulation im April 1900 und die allmählich eintretende Stockung in der industriellen Tätigkeit führten zu einer Wendung. Die Reichsbank ermäßigte zwar noch im Januar 1900 ihren Diskontsatz von 7 % bis auf 5 ½ %; aber bei dem letztgenannten, für die erste Jahreshälfte unerhört hohen Satze blieb sie bis zum 13. Juli, an welchem Tag sie endlich eine Ermäßigung auf 5 % eintreten ließ.

Die soeben in kurzen Zügen dargestellte Diskontpolitik der Reichsbank während der letzten Aufschwungsperiode ist Gegenstand heftiger Angriffe gewesen. So klar und deutlich das Ungewöhnliche der allgemein-wirtschaftlichen Entwicklung zu Tage lag, so gab es doch Personen und Parteien, welche diese Verhältnisse nicht als eine ausreichende Begründung für die ungewöhnlich hohen Zinssätze der Reichsbank gelten lassen wollten, sondern die Behauptung aufstellten, daß die hohen Diskontsätze durch die Notwendigkeit der Verteidigung der Goldbestände der Reichsbank gegenüber den Goldabflüssen nach dem Ausland veranlaßt worden seien.

Nach den in den früheren Abschnitten gemachten Ausführungen brauchen wir uns auf diese Streitfrage kaum mehr einzulassen. Was wir in dieser Beziehung für die Entwicklung des deutschen Geldmarktes im allgemeinen konstatiert haben, das gilt auch für die an die Reichsbank herangetretenen Ansprüche; es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die große Anspannung der Reichsbank in den hier in Betracht kommenden Jahren ganz vorwiegend durch die Entwick-

lung des deutschen Wirtschaftslebens und der darauf beruhenden Gestaltung des inländischen Geldbedarfs hervorgerufen worden ist und daß der Geldbedarf für das Ausland die ganze Entwicklung lediglich modifizierend beeinflußt hat.

Wenn dem so ist, dann ist gleichzeitig die damals vielbesprochene Frage entschieden, ob die Reichsbank durch die Anwendung der von der Bank von Frankreich zeitweise gehandhabten Gold-Prämien-Politik die ungewöhnlichen Erhöhungen ihres Diskontsatzes hätte vermeiden können. Selbst wenn man zugeben würde, daß die Erhebung einer Prämie auf Gold ein wirksames Mittel zur Bekämpfung eines Goldabflusses sei, so würde dieses Mittel doch niemals Anwendung finden können zur Einschränkung des inländischen Geldbegehrs, der während der Jahre 1895 bis 1900 die treibende Kraft in der Gestaltung der deutschen Geldmarktsverhältnisse war. Soweit die internationalen Goldbewegungen in Betracht kommen, hat die Reichsbank keineswegs darauf verzichtet, neben ihrer Diskontpolitik noch andere Mittel anzuwenden, welche geeignet waren, die deutsche Goldbilanz günstig zu beeinflussen. Vor allem hat sie sich bemüht, in den kritischen Zeiten durch weitgehende Gewährung zinsfreier Vorschüsse auf Goldlieferungen Gold aus dem Auslande herbeizuziehen. Aber zu einer Verweigerung der Goldzahlung oder zur Verabfolgung von Gold gegen Berechnung einer Prämie hat sich die Reichsbank mit Recht niemals entschließen können. Ihre Leitung war stets durchdrungen von der Auffassung, daß jede Beeinträchtigung des Vertrauens in die Sicherheit der deutschen Goldwährung, wie sie durch die Verweigerung der Goldzahlung hervorgerufen werden könnte, eine schwere Schädigung der deutschen wirtschaftlichen Interessen bedeuten würde und daß eine solche Politik ihren eigentlichen Zweck, die Aufrechterhaltung möglichst niedriger Zinssätze, vereiteln müßte. Deutschland ist noch nicht reich genug an Kapitalien, als daß es in Zeiten eines ungewöhnlichen Aufschwungs auf die Mitwirkung fremden Geldes verzichten könnte; je leichter fremdes Geld bei uns Zutritt hat, desto größer das Gegengewicht gegen ein allzustarkes Steigen des Zinssatzes. Wenn man aber durch Erhebung einer Goldprämie den fremden Geldgebern die Sicherheit nimmt, daß sie ihre Gelder jederzeit ohne Abzug in vollwertigem Gold zurückbekommen können, so errichtet man damit ein Hindernis für die Geldzufuhr aus dem Ausland; zum mindesten werden die fremden Geldgeber einen dem größeren Valuta-Risiko entsprechenden höheren Zinssatz verlangen. Auf diese Weise könnte die

Goldprämie in einem Lande wie Deutschland leicht die entgegengesetzte Wirkung haben, die man von ihr erwartet.

Die Geschichte der letzten Jahre hat dafür einen interessanten Beleg geliefert. Als die Anspannung auf dem deutschen Geldmarkt im Dezember 1899 ihren Höhepunkt erreichte, während gleichzeitig England unter der Einwirkung des Burenkrieges einen noch höheren Marktdiskontsatz verzeichnete als Deutschland und Geld von allen Seiten an sich zu ziehen suchte, lag die Gefahr einer weiteren Verschärfung der deutschen Geldmarkts-Verhältnisse durch einen beträchtlichen Goldabfluß nach England sehr nahe. In dieser kritischen Lage haben die großen deutschen Banken, welche sich am internationalen Goldhandel zu beteiligen pflegen, gewissermaßen eine freiwillige Goldprämienpolitik getrieben, und sie haben trotz der enormen Steigerung der Wechselkurse kein Gold nach England versendet, um nicht die Schwierigkeiten auf dem deutschen Markt noch zu vergrößern. Die Folge war, daß die deutschen Wechselkurse auf England in einer seit 1875 nicht mehr dagewesenen Weise über den Goldpunkt hinausstiegen; der Scheckkurs auf London wurde in Berlin zeitweise mit 20,60 Mk. pro £ notiert. An dieser zeitweiligen Entwertung der deutschen Valuta haben zahlreiche englische Geldgeber unvorhergesehene Einbußen erlitten, und es ist dem Verfasser dieser Skizze mehrfach von kompetenter Seite versichert worden, daß infolge dieser Verluste die englischen Geldgeber sich Deutschland gegenüber längere Zeit hindurch äußerst schwierig zeigten und durch die Zurückziehung ihrer in Deutschland noch stehenden Guthaben sowie durch die Zurückhaltung bei Gewährung neuer Kredite die Lage des deutschen Geldmarktes in den ersten Monaten des Jahres 1900 wesentlich verschlimmern halfen.

Wie man jedoch zu diesen nicht ganz einfachen banktechnischen Fragen stehen mag, soviel ist durch die Entwicklung seit der Mitte des Jahres 1900 bewiesen worden, daß die gegen die Reichsbank gerichteten Vorwürfe, sie beschränke durch ihre hohen Diskontsätze in ungebührlicher Weise die deutsche Unternehmungslust, durchaus unbegründet waren. Trotz der in dem erhöhten Zinssatze liegenden Gegenwirkung gegen Überproduktion und Überspekulation hat es sich im Jahre 1900 herausgestellt, daß der Spekulations- und Unternehmungsgeist in Deutschland sich viel zu weit vorgewagt hatte. Es ist ein heftiger Zusammenbruch der spekulativen Werte und eine beträchtliche Absatzstockung auf industriellem Gebiet eingetreten. Der Rückschlag hätte ein beträchtlich stärkerer sein müssen, wenn die Reichsbank nicht

rechtzeitig und nicht energisch genug durch ihre Diskonterhöhungen den Gefahren einer Übertreibung der ungewöhnlich günstigen Konjunktur entgegengetreten wäre. Wenn der Rückschlag auf die Hochkonjunktur trotz aller einzelnen Zusammenbrüche und Katastrophen kein derartig heftiger war, wie man es nach der Dauer und Intensität des vorhergegangenen Aufschwungs hätte befürchten können, so darf sich die Reichsbank, die sich durch keine Angriffe an ihrer Diskontpolitik hat irre machen lassen, einen wesentlichen Teil des Verdienstes zuschreiben.

Der mit dem Zusammenbruch der Börsenspekulation im April 1900 beginnende Rückschlag auf die Übertreibungen der Aufschwungsperiode stellte die Diskontpolitik der Reichsbank vor neue Aufgaben. Wenn es während der Hochkonjunktur notwendig gewesen war, durch strenge Maßnahmen die sich überstürzende Entwicklung in einigermaßen gesunden Bahnen zu halten, so galt es jetzt durch weites Entgegenkommen die großen Gefahren, welche sich aus dem Zusammenbruch einzelner Unternehmungen für die gesamte Volkswirtschaft ergaben, überwinden zu helfen und den Gesundungsprozeß zu erleichtern.

Der gewaltige Kurssturz namentlich der Montan-Werte, der sich von Ende März bis Anfang Juli 1900 vollzog, und die damit in Verbindung stehende Geschäftsstockung auf den Börsen hatten die Wirkung, daß zunächst eine gewisse Erleichterung des Geldmarktes eintrat. Große Beträge, die bisher in der Börsenspekulation festgelegt waren, wurden frei und fanden Verwendung in der Diskontierung von Wechseln, die aus dem Warengeschäft hervorgegangen waren. Es wurde bereits an anderer Stelle erwähnt, daß der Geldbedarf der Industrie und des Warenhandels, wie er sich in der Ausstellung von Wechseln äußert, auch nach dem Beginn der Absatzstockung zunächst noch keine Einschränkung erfuhr, sondern eher noch eine weitere Ausdehnung, da sich die Unternehmungen, deren Lagerbestände sich häuften, zunächst durch eine verstärkte Anspannung ihres Kredits zu halten suchten. Aber diesem verstärkten Geldbedarf des Warengeschäftes stellte nunmehr der freie Verkehr größere Mittel, die vorher im Effektengeschäft Verwendung gefunden hatten, zur Verfügung; auf diese Weise erfuhr die Wechselanlage der Reichsbank, trotz der weiteren Steigerung des Wechselumlaufs, in der zweiten Hälfte des Jahres 1900 eine gewisse Erleichterung gegenüber dem Vorjahr; am 13. Juli 1900 ermäßigte die Bank ihren Diskontsatz auf 5 %, und sie ließ zum erstenmal seit 1894 gegen Jahresschluß keine Erhöhung folgen; und auch die Zins-

sätze des offenen Marktes blieben von der Mitte des Jahres 1900 an hinter denjenigen des Vorjahres zurück.

Die Lösung der gewaltigen Anspannung des Geldmarktes vollzog sich, obwohl der Ausbruch der chinesischen Wirren nicht unbeträchtliche Ansprüche an den Geldmarkt stellten. Die Reichsfinanzverwaltung diskontierte bei der Reichsbank erhebliche Beträge von Schatzanweisungen. Da die Lage der deutschen Volkswirtschaft keineswegs dazu angetan war, eine starke Belastung des deutschen Geldmarktes durch staatliche Kreditansprüche als unbedenklich erscheinen zu lassen, hat sich die Reichsfinanzverwaltung im Oktober 1900 entschlossen, 80 Millionen Mk. 4 %iger, in den Jahren 1904 und 1905 rückzahlbarer Schatzanweisungen durch ein amerikanisches Bankkonsortium zu begeben, ein Schritt, der damals stark kritisiert worden ist, der aber unzweifelhaft dazu beigetragen hat, dem deutschen Geldmarkt eine größere Widerstandskraft und der Reichsbank eine größere Bewegungsfreiheit angesichts der unmittelbar bevorstehenden Katastrophen zu geben.

Noch im Oktober 1900 kam es zum Zusammenbruch der sogen. Spielhagen-Banken (der Preußischen Hypotheken-Aktienbank und der Deutschen Grundschuldbank). Die Aufdeckung der Mißwirtschaft in der Verwaltung dieser Bodenkreditinstitute und die harten Verluste, welche die Besitzer der Aktien und Pfandbriefe dieser Institute erlitten, führte zu einer Erschütterung des Bodenkreditmarktes und zu einem starken Rückfluß von Pfandbriefen zu den Banken, welche sie ausgegeben hatten. Diese Institute sahen sich genötigt, ihre Barbestände für alle Fälle zu verstärken. Außerdem führte die Schwierigkeit der Geldbeschaffung im Wege des Hypothekenkredits dazu, daß diese Geldbedürfnisse sich auf die Inanspruchnahme kurzfristigen Kredits verwiesen sahen. Namentlich gegen Jahresschluß häuften sich diese Schwierigkeiten dermaßen, daß am 31. Dezember 1900 die Anlage der Reichsbank mit 1319 Millionen Mk. einen höheren Stand erreichte, als selbst am 30. September 1899.

Die Überwindung dieser schwierigen Situation ist wesentlich dadurch erleichtert worden, daß die Reichsbank nicht zu einer Diskonterhöhung zu greifen brauchte, sondern bei ihrem Satz von 5 % beharren konnte. Sie war zu diesem Verhalten in der Lage infolge der relativ günstigen Gestaltung ihrer Metallreserven, und auf deren Stand war die Unterbringung der 80 Millionen Mk. Reichsschatzanweisungen in Amerika nicht ohne Einfluß gewesen.

Das Jahr 1901 brachte eine Häufung der Krisen und Kata-

strophen. Anfangs freilich schien es, als ob die Verhältnisse sich konsolidieren und als ob die Entwicklung wieder in ruhigere und ungefährdete Bahnen einlenken wollte. Der offene Markt stand in den ersten Wochen des Jahres 1901 offenbar unter diesem Eindruck; der Privatdiskont in Berlin ging noch im Januar bis auf 3 % zurück, und in Anbetracht der höheren Zinssätze im Ausland, namentlich in England, wurde deutsches Geld damals nach auswärts ausgeliehen. Die Reichsbank dagegen zeigte immer noch eine große Vorsicht. Um den offenen Markt gleichfalls zu größerer Zurückhaltung zu zwingen und um gleichzeitig ihre eigene Anlage zu erleichtern, nahm sie in der zweiten Februarhälfte umfangreiche Diskontierungen von Reichsschatzanweisungen aus ihren Beständen am offenen Markte vor, ein bei der Reichsbank durchaus ungewöhnliches Verfahren. Um die Fühlung mit dem Geldmarkt völlig wiederherzustellen, ermäßigte die Reichsbank nach Entlastung ihrer Anlage am 20. Februar ihren seit dem 13. Juli 1900 festgehaltenen Diskontsatz von 5 % auf 4 1/2 %. Der fortgesetzte Rückgang der an sie herantretenden Ansprüche und die beträchtliche Zunahme ihres Metallbestandes setzten sie instand, ihren Diskontsatz am 22. April auf 4 % zu ermäßigen.

Im Monat Mai traten neue Katastrophen ein. Zunächst brach die Pommernbank-Gruppe (Pommersche Hypotheken-Aktienbank in Berlin und die Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank in Neustrelitz) infolge ähnlicher Mißwirtschaft, wie sie bei den Spielhagen-Banken bestanden hatte, zusammen. Die Katastrophe dieser längst mit Mißtrauen beobachteten Banken machte auf den Geldmarkt keinen allzustarken Eindruck. Dagegen rief im Juni der Zusammenbruch der Dresdener Kreditanstalt und der Leipziger Bank eine panikartige Erschütterung hervor. Insbesondere die Katastrophe der Leipziger Bank, eines der ältesten Bankinstitute Deutschlands, verursachte eine gewaltige Beunruhigung des Publikums und erschütterte das Vertrauen auch in die angesehensten Banken, Sparkassen und Vorschußvereine. In großem Umfang wurden die bei den Banken etc. stehenden Guthaben zurückgefordert. Die Banken hatten gegenüber dem Andrang der Depositengläubiger einen ungemein schwierigen Stand. Eine einzige große Berliner Bank soll damals in wenigen Tagen etwa 60 Millionen Mk. an Depositengeldern ausgezahlt haben.

In jener kritischen Zeit, in der die Banken, welche sonst der Volkswirtschaft Kredit zur Verfügung stellen, zum großen Teil selbst darauf angewiesen waren, im Wege des Kredits die zur Befriedigung

ihrer ängstlich gewordenen Depositengläubiger notwendigen Gelder zu beschaffen, hatte das deutsche Kreditwesen eine starke Probe durchzumachen. Es fragte sich, woher die Unternehmungen, die infolge der den Banken durch die Zurückziehung der Depositen aufgezwungenen Kreditbeschränkungen ihre bisherigen Kreditquellen verschlossen sahen, die für die Fortführung ihrer Betriebe erforderlichen Barmittel beschaffen sollten; es fragte sich ferner, woher die Banken selbst die zur Auszahlung der gewaltigen Beträge gekündigter Depositen erforderlichen Gelder würden erhalten können.

Bei der nahezu vollständigen Zurückhaltung aller andern Geldgeber mußte sich in jenen Tagen der größten Gefahr die volle Wucht des Kreditbegehrs an die Zentralbank wenden.

Die Aufgabe der Reichsbank war durch die Lage der Dinge vorgezeichnet. Soweit es irgend möglich war, mußte verhindert werden, daß Unternehmungen und insbesondere Banken, die nicht durch schlechte Wirtschaft nach Art der Leipziger Bank die Existenzberechtigung und Existenzmöglichkeit verloren hatten, lediglich durch die entstandene Panik und Kreditnot, die es ihnen unmöglich machte, gegen an sich gute Sicherheiten Geld zu bekommen, in den Zusammenbruch hineingezogen würden. Vor allem mußte die Gefahr überwunden werden, daß die eine oder andere große Bank, die vielleicht in der Zeit des Aufschwungs nicht mit der ganzen erforderlichen Vorsicht auf ihre Liquidität bedacht gewesen war, deren Aktiva jedoch an sich gute waren, an der Unmöglichkeit der Geldbeschaffung scheitern und einen erheblichen Teil des von ihr abhängigen Kundenkreises in ihr Verhängnis hineinziehen könnte. Daraus ergab sich für die Reichsbank die Pflicht, den bedrängten Instituten und Unternehmungen in der liberalsten Weise mit ihrer Kreditgewährung zu Hilfe zu kommen. Solange Produktion und Spekulation in einer Aufwärtsbewegung begriffen waren, welche die durch die vorhandenen Mittel und die gegebenen Absatzmöglichkeiten gezogenen Grenzen zu überschreiten drohte, war es die Pflicht der Reichsbank, zu warnen und durch Krediterschwerungen im Wege der Erhöhung ihres Diskontsatzes dem allzukühnen Unternehmungsgeist Zügel anzulegen. Jetzt aber, wo der Aufschwung zum Stillstand gekommen war und wo das ganze überlastete Gebäude des deutschen Kreditwesens zusammenzubrechen drohte, konnte das, was noch zu retten war, nur dadurch gerettet werden, daß die Zentralbank frei von Ängstlichkeit und Kleinlichkeit unter möglichst leichten Bedingungen und in möglichst weitem Umfange überall Kredit gab, wo ihr irgend an-

nehmbare Sicherheiten geboten werden konnten. Hätte die Reichsbank damals sich von dem allgemeinen Mißtrauen beeinflussen lassen, hätte sie die Werte, welche ihr von den in Not befindlichen Banken massenhaft zur Lombardierung und die Wechsel, welche ihr gleichfalls von solchen Banken oder von privaten Unternehmungen direkt zur Diskontierung gebracht wurden, einer peinlichen Prüfung auf ihre unbedingte Sicherheit unterzogen — zu einer Zeit, wo es kaum mehr eine unbedingte Sicherheit gab! —, so wären Zahlungsstockungen großen Umfangs die unausbleibliche Folge gewesen. Und man male sich nur die Folgen aus, welche beispielsweise die Zahlungseinstellung der einen oder andern der großen deutschen Banken gehabt hätte!

In welchem Maße die Reichsbank ihrer eben skizzierten Aufgabe gerecht geworden ist, zeigen die Veränderungen, die ihr Status in der letzten Juniwoche des Jahres 1901, also unmittelbar nach dem Eintritt der Katastrophe der sächsischen Banken erfuhr; sie hat in dieser einen Woche dem Verkehr an Noten und Metall zusammengenommen den enormen Betrag von 392 Millionen Mk. zur Verfügung gestellt. Ihr Wechselportefeuille und ihre sonstigen Anlagen sind entsprechend gestiegen. Zum Vergleich sei erwähnt, daß in derselben Woche die gleichfalls mit dem Recht der Notenausgabe ausgestattete Sächsische Bank zu Dresden, in deren eigenstem Territorium die Kreditnot am größten war, an Noten und Metall nur einen Betrag von 15,6 Millionen Mk. hat hinausgeben können. Dabei war die Reichsbank am 18. Juni, unmittelbar vor dem Zusammenbruch der Leipziger Bank, mit ihrem Diskontsatz auf 3½% herabgegangen, und sie hat diesen niedrigen Satz bis gegen Ende September aufrecht erhalten, trotzdem infolge des Nachzitterns der Katastrophen des Juni und einer Reihe weiterer Zahlungseinstellungen und Bankerotte der Rückfluß auf die enorme Anspannung des 30. Juni nur ein geringfügiger und unbefriedigender war. Auch durch die Aufrechterhaltung ihres niedrigen Zinsfußes hat die Reichsbank wesentlich zur Überwindung der gefährlichen Krise beigetragen.

Die Erfüllung ihrer schweren Aufgabe und die Befriedigung der gewaltig anschwellenden Kreditansprüche wurde der Reichsbank dadurch erleichtert, daß sie von der Mitte des Jahres 1900 an ihre Metallreserven erheblich verstärkt hatte; zum größeren Teile war ihr der Zuwachs infolge des Rückgangs der Geschäftstätigkeit aus dem freien Verkehr Deutschlands zugeflossen; nicht zum wenigsten infolge der Vorsicht, mit welcher die Reichsbank in der ersten Hälfte des Jahres

1901 sich in ihrer Kreditgewährung zurückgehalten hatte; zum andern Teil war das Gold aus dem Auslande herbeigezogen worden, indem die Reichsbank mit Erfolg ihre Versuche, durch Gewährung zinsfreier Vorschüsse auf Goldlieferungen die Goldbilanz günstig zu gestalten, fortgesetzt hatte. Sie trat mithin wohlgerüstet den großen Anforderungen der Junikrisis gegenüber. Ferner ist der Reichsbank während der Dauer der panikartigen Beunruhigung eine nicht gering anzuschlagende Unterstützung dadurch zuteil geworden, daß ein großer Teil der bei Privatbanken abgehobenen Depositen — wie oben bereits erwähnt wurde — bei der Reichsbank, die sich das uneingeschränkte Vertrauen bewahrt hatte, zur Einzahlung gelangten; Ende Juli 1901 betrug ihr Bestand an fremden Geldern 665 Millionen Mk. gegen 486 Millionen Mk. Ende Juli 1900.

Auch die bedrängten Privatbanken selbst, denen die Reichsbank zu Hilfe kam, können einen sehr erheblichen Teil des Verdienstes um die glückliche Überwindung der großen Gefahr beanspruchen. Trotz allen Versuchungen der Hochkonjunktur waren die großen deutschen Banken in ihrer fast ausnahmslosen Gesamtheit im Besitz eines hinreichend großen Materials unbedingt bankfähiger Sicherheiten, um auf deren Grundlage sich seitens der Reichsbank die Mittel zur Bewältigung der großen an sie herantretenden Ansprüche beschaffen zu können. Die schweren Anschuldigungen, welche gegen die das Effekten- und Depositengeschäft verbindenden Institute erhoben werden, haben sich erfreulicherweise in jener kritischen Zeit in der Hauptsache als unbegründet erwiesen.

Wenn es auch infolge der weitherzigen und von jeder Kleinlichkeit freien Hilfeleistung der Reichsbank gelang, die schlimmsten Gefahren zu verhüten, so hat sich doch der Reinigungsprozeß der deutschen Volkswirtschaft bis in die zweite Hälfte des Jahres 1902 hinein in einer größern Anzahl von Zusammenbrüchen von Kreditinstituten und sonstigen Unternehmungen fortgesetzt. Gleichwohl schien es, als ob mit der Jahreswende 1901/02 eine gewisse Beruhigung eingetreten sei. Der Zinsfuß auf dem offenen Markt ging erheblich zurück und hielt sich während eines großen Teiles des Jahres 1902 unter demjenigen in London, Paris und auf andern Märkten des Auslandes. Der Status der Reichsbank erfuhr, obwohl die Anlage nach wie vor relativ hoch blieb, eine wesentliche Stärkung; insbesondere der Metallvorrat erfuhr bis zur Mitte des Jahres 1902 eine so wesentliche Kräftigung, daß er am 23. Juni mit 1107,3 Millionen Mk. den höchsten bisher dagewesenen Bestand (1112,1 Millionen Mk. am

23. Februar 1895) nahezu erreichte; speziell der Goldbestand der Reichsbank war um jene Zeit zweifellos höher als zu irgend einem früheren Zeitpunkte.

Unter diesen Verhältnissen konnte die Reichsbank mit ihrem Diskontsatz am 11. Februar 1902, zum ersten Male wieder seit 1898, auf 3 % herabgehen.

So sprachen in der ersten Hälfte des Jahres 1902 alle Anzeichen dafür, daß der deutsche Geldmarkt die heftigen Erschütterungen, die ihn seit dem Frühjahr 1900 heimgesucht hatten, endgültig überwunden habe. Die Beendigung des südafrikanischen Kriegs, der während dreier Jahre schwer auf den internationalen wirtschaftlichen Verhältnissen gelastet hatte, sowie der Abschluß der chinesischen Wirren schienen diese Zuversicht zu bekräftigen.

Die seitherige Entwicklung gibt jedoch in dieser Hinsicht zu beträchtlichen Zweifeln Anlaß. Die Gestaltung des deutschen Geldmarktes in der zweiten Hälfte des Jahres 1902 läßt erkennen, daß eine völlige Gesundung und durchaus normale Verhältnisse noch nicht wieder eingetreten sind. Die verhältnismäßig niedrigen Zinssätze des ersten Semesters 1902 scheinen dazu geführt zu haben, daß der deutsche Markt durch Ausleihen von Geldern an England und Amerika in seinen Mitteln aufs neue beschränkt worden ist. Das machte sich fühlbar, als in der zweiten Hälfte des Jahres 1902 gewisse Zeichen einer Besserung der industriellen Konjunktur hervortraten und den üblichen Herbstbedarf an Barmitteln steigerten. Die gewaltige Anspannung jedoch, welche die Reichsbank in den letzten Wochen des September und Dezember 1902 und neuerdings noch Ende Mai und Juni 1903 erfahren hat, läßt sich aus den eben angedeuteten Verhältnissen allein nicht erklären. In der letzten Woche des September 1902 hat die Reichsbank stärkere Kreditansprüche zu befriedigen gehabt als jemals zuvor, stärkere Ansprüche als selbst in der Woche nach dem Zusammenbruch der Leipziger Bank; sie hat damals an Noten und Bargeld einen Betrag von 424 Millionen Mk. hinausgegeben. Der Ausweis der Bank vom 31. Dezember 1902 zeigte Ziffern, die bisher ohnegleichen sind; die Kapitalanlage überschritt 1400 Millionen Mk., der Notenumlauf betrug 1516,5 Millionen Mk., und der ungedeckte Notenumlauf stellte sich auf 701,6 Millionen Mk., während im Februar eine Überdeckung im Betrag von 41,4 Millionen Mk. vorhanden gewesen war. Die Spannung zwischen Maximum und Minimum des ungedeckten Notenumlaufs erreichte mithin im Jahre 1902 den enormen Betrag von 743 Millionen Mk. In Anbetracht des Standes der Geschäfts-

tätigkeit und der Goldbilanz, die im Jahre 1902 immerhin noch eine überwiegende Goldeinfuhr — wenn auch in bescheideneren Grenzen als in den Vorjahren — gebracht hat, lassen sich diese Anspannungen nur daraus erklären, daß der deutsche Geldmarkt noch keineswegs seine alte Widerstandsfähigkeit erlangt hat.

Die Reichsbank hat trotz der eben geschilderten Entwicklung bisher an der Politik festgehalten, welche sie während der kritischen Zeit des Jahres 1901 verfolgte; sie hat ihren Zinssatz nicht in dem Maße erhöht, wie es in Anbetracht der enormen Inanspruchnahme ihres Kredits als gerechtfertigt erscheinen könnte, und zwar offenbar zu dem Zweck, um den Markt zunächst einmal wieder zur Ruhe kommen zu lassen und um den noch nicht ganz abgeschlossenen Gesundungsprozeß nicht durch teueren Kredit zu erschweren. Sie hat nach der starken Anspannung am 30. September 1902 ihren Diskontsatz am 4. Oktober auf 4% erhöht, und sie ist bei diesem Satze bis über den Jahresschluß hinaus geblieben, trotz der außerordentlich ungünstigen Gestaltung ihres Standes am 31. Dezember. Dagegen ist sie im neuen Jahre mit ihrem Diskontsatze nur zögernd und nur bis auf 3½% herabgegangen, und in der allerletzten Zeit hat sie — nach dem ungünstigen Ausweis des 31. Mai — zu der im Juni ungewöhnlichen Maßnahme einer Diskonterhöhung gegriffen.

Die neueste Entwicklung — etwa — seit der Mitte des Jahres 1902, zeigt mithin, daß die Verhältnisse des deutschen Geldmarktes noch keineswegs geklärt sind. Es sind zwar im unmittelbaren Gefolge des Rückschlags auf die Übertreibungen in Produktion und Spekulation Gefahren überwunden worden, wie sie seit der Reichsgründung das deutsche Geld- und Kreditwesen bisher noch niemals bedroht hatten. Die früher oft aufgestellte Behauptung, daß die deutsche Geld- und Bankverfassung noch keine wirkliche Probe auf ihre Leistungsfähigkeit in kritischen Zeiten durchgemacht habe, kann heute nicht mehr vorgebracht werden; das deutsche Geld- und Bankwesen hat vielmehr eine harte Feuerprobe glücklich bestanden. Völlig normale Verhältnisse sind aber auf dem deutschen Geldmarkt durchaus noch nicht wieder eingekehrt, die Wirkungen der Hochkonjunktur und ihre Reaktion können noch keineswegs als überwunden gelten. Deshalb erscheint eine völlig abschließende Beurteilung des Verhaltens des deutschen Geldmarktes während der letzten Periode des Auf- und Absteigens der deutschen Volkwirtschaft im gegenwärtigen Augenblick noch nicht möglich. Ich kann deshalb diese Skizze nur mit einem „non liquet“ schließen.

Die Berliner Großbanken in den Jahren 1895 bis 1902 und die Krisis der Jahre 1900 und 1901.

Von

Dr. Ernst Loeb, Berlin.

Einleitung.

Nachstehende Untersuchung will sich im wesentlichen mit zwei Fragen beschäftigen: einmal mit der Frage, wie die letzte Krisis in Deutschland auf die Entwicklung der Berliner Großbanken eingewirkt hat, sodann aber mit der Frage, wie die Berliner Großbanken die Entstehung, den Verlauf und die Beseitigung der Krisis beeinflußt haben. Die Behandlung beider Fragen erfordert zunächst eine Darstellung des Entwicklungszustandes der Berliner Banken am Beginn der letzten Aufschwungsperiode; auf ihr ist eine Betrachtung ihrer Tätigkeit während des wirtschaftlichen Aufschwungs aufzubauen, der sich alsdann eine Analyse ihres Wirkens in der Krisis und nach der Krisis anzuschließen hat.

Erster Abschnitt.

Die Berliner Großbanken im Jahre 1895 (zu Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs)[1].

§ 1.

Das Jahr 1895 ist nicht nur deshalb der geeignetste Ausgangspunkt für die Betrachtung der neuesten Entwicklung der Berliner Großbanken, weil in diesem Jahre die Ansätze zu einer Besserung der

[1] Über die Entwicklung der großen Berliner Effektenbanken bis zum Jahre 1895 vgl. Model-Loeb: „Die großen Berliner Effektenbanken" (Jena 1896, Fischer).

wirtschaftlichen Lage in Deutschland zahlreicher und klarer in die Erscheinung treten und von den Banken erkannt werden, sondern vornehmlich deshalb, weil die im folgenden Jahre in Kraft tretende neue Börsengesetzgebung ihre Schatten voraus warf und die Dispositionen der Berliner Banken in erheblichem Maße beeinflußte. Die Berliner Großbanken sahen frühzeitig eine doppelte Wirkung des Börsengesetzes voraus: einmal die Verdrängung der Geschäftes von den deutschen Börsen nach dem Auslande und ferner die Notwendigkeit der Bereitstellung größerer Kapitalien für die Vermittlung des Effektenverkehrs an den deutschen Börsen[1]. So schreibt die Deutsche Bank in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1895: „Zwar wird keine der Wirkungen eintreten, welche viele Befürworter der Börsengesetznovelle von ihr erwarten: international verbreitete Zustände lassen sich nicht durch nationale, auf ein verhältnismäßig kleines Gebiet beschränkte Gesetze regeln. Weder wird die Spekulationslust des Publikums dadurch vermindert, daß man die Zahl der Spekulationsobjekte beschränkt oder die Form ändert, in welcher die Spekulationslust sich betätigt, noch wird durch die mit dem Verbot des Termingeschäftes verbundene Verringerung der Händlerzahl ein gleichmäßigeres Preisniveau für die Produkte gesichert, noch wird die Qualität der zum Angebote gelangenden Schuldverschreibungen oder Aktien dadurch verändert, daß man deren Emission auf deutschem Gebiete erschwert oder gar verhindert. Durch derartige Maßregeln würde höchstens die Bewegungsfreiheit der Industrie und des Handels im Innern sowie der politische Einfluß Deutschlands im Auslande geschwächt werden. Aber unausbleiblich wird eine Einwirkung auf die innere Gestaltung der Börse eintreten, nämlich die, daß nur sehr kapitalkräftige Häuser den neu herantretenden Ansprüchen gewachsen sein werden, die schwächeren Häuser aber allmählich zurücktreten.“ Die Dresdner Bank hebt schon in ihrem Geschäftsbericht für 1894 hervor, daß die geplante Börsenreform einen Teil der Umsätze nach dem Ausland abgelenkt habe. Im Bericht der Direktion der Diskontogesellschaft für das Jahr 1894 heißt es: „Die Besorgnis, daß Berlin nach Einführung des neuen Börsensteuergesetzes seine bisherige Stellung als einen der ersten Plätze im internationalen

---

[1] Über die Gründe hierfür vgl. meine Abhandlung in Conrads Jahrbüchern 1897 III. Folge Bd. 13 Heft 5: „Die Wirkungen des Börsengesetzes auf das Bank- und Börsengeschäft“.

Börsenverkehr nicht aufrecht erhalten könne, ist noch nicht gehoben, und als Tatsache ist hervorzuheben, daß durch das Gesetz nicht allein der Arbitrageverkehr beeinträchtigt worden ist, sondern auch die internationale Emission von soliden Staatsanleihen, für welche Deutschland bisher der Mittelpunkt war, sich infolge der durch das Gesetz bereiteten Hindernisse mehr oder weniger nach anderen Märkten gewandt hat." Die Berliner Handelsgesellschaft wiederum macht in ihrem Berichte für 1895 geltend, daß die neuere Börsengesetzgebung unvermeidlich die Inanspruchnahme größerer Mittel zur Folge haben wird.

Diese letztere Wirkung des Börsengesetzes wurde wohl von fast allen Berliner Großbanken vorausgesehen, und die meisten von ihnen wurden ihr dadurch gerecht, daß sie zu einer Erhöhung ihrer Kapitalien schritten. Die Diskonto-Gesellschaft erhöhte ihr Aktienkapital im Jahre 1895 von 75 auf 115, die Deutsche Bank von 75 auf 100, die Dresdner Bank von 70 auf 85 und die Nationalbank von 36 auf 45 Millionen Mark. Es wäre jedoch falsch, wollte man diese Kapitalsvermehrungen lediglich mit einer Eskomptierung der voraussichtlichen Wirkungen des Börsengesetzes erklären; teilweise sind sie sicherlich zurückzuführen auf die Erwägung, daß der deutlicher in die Erscheinung tretende Aufschwung in der Industrie Gelegenheit zur nutzbringenden Verwendung größerer Kapitalien geben würde, sodann aber auch auf die Tatsache, daß der überaus flüssige Geldstand, der besonders in der ersten Hälfte des Jahres 1895 bestand, die Unterbringung von Neuemissionen in Bankaktien sehr erleichterte.

Die andere Wirkung des Börsengesetzes, die Begünstigung des Geschäftes an den ausländischen Börsen, wurde nur von einem kleinen Teil der Berliner Großbanken dadurch richtig gewürdigt, daß sie im Auslande Filialen errichteten. Bevor diese Frage jedoch behandelt werden kann, muß die Verschiedenheit der Organisation der Berliner Banken dargestellt werden, weil sie entscheidend war für die Stellung, welche die einzelnen Banken gegenüber der Errichtung von ausländischen Filialen einnahmen.

§ 2.

Von den sechs großen Berliner Banken, die bei unserer Betrachtung in erster Linie zu berücksichtigen sind, huldigten im Jahre 1895 drei dem Prinzip der Zentralisation, drei dem der Dezentralisation. Dem ersteren die Diskonto-Gesellschaft, die Berliner

Handelsgesellschaft und die Nationalbank für Deutschland, dem letzteren die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Bank für Handel und Industrie. Das Prinzip der Zentralisation eines Bankinstituts kommt darin zum Ausdruck, daß es keine Niederlassungen außer der Hauptniederlassung hat, die es unbedingt und unumschränkt verpflichten können. Die unumschränkte Haftpflicht des Bankinstituts ist also auf einen Ort, auf den Ort, wo es seinen Sitz hat, konzentriert und begrenzt; das schließt natürlich keineswegs eine gewisse Dezentralisation aus, die mit beschränkter Haftpflicht auch zu erreichen ist. Das Kriterium für das Vorhandensein des Zentralisations- oder des Dezentralisationsprinzips in diesem Sinne ist also ein juristisches, nämlich der Umfang der Haftpflicht, aber dieses Kriterium ist auch wirtschaftlich von weittragender Bedeutung. Eine Bank kann ihren Betrieb auch ohne Errichtung von eigenen Filialen dezentralisieren dadurch, daß sie sich an Privatbankgeschäften als Kommanditistin beteiligt oder an Aktienbanken durch Übernahme von Aktien; doch ist in diesem Fall das wirtschaftliche Band, das die Bank mit den Instituten, an denen sie finanziell beteiligt ist, verbindet, bei weitem nicht so eng wie das Band, das sie mit ihren Filialen verbindet. Die Filialen sind von der Hauptbank fast vollständig abhängig, sowohl in der Höhe der ihnen zur Verfügung gestellten Mittel als in der Art der Geschäfte, die sie betreiben, — denn hierfür gelten für sie die Normen, welche die Hauptbank aufstellt. Die Kommanditen und auch die Aktienbanken, an denen eine Großbank beteiligt ist, sind in ihrem Geschäftsbetrieb freier und unabhängiger. Aus diesem Grunde erscheint es berechtigt, das juristische Kriterium der Zentralisation oder Dezentralisation auch der wirtschaftlichen Betrachtung der Bankorganisationen zu Grunde zu legen.

Wir behandeln zunächst die drei Banken, welche im Jahre 1895 nach dem Zentralisationsprinzip organisiert sind. Von ihnen sind die Direktion der Diskonto-Gesellschaft und die Berliner Handelsgesellschaft Kommanditgesellschaften auf Aktien, die Nationalbank hingegen Aktiengesellschaft. Bei den ersteren beiden ist schon die Form der Kommanditgesellschaft auf Aktien wegen der unbeschränkten Haftung der Geschäftsinhaber ein die Dezentralisation erschwerendes Moment. Beide Banken sind in hervorragendem Maße Emissionsbanken, die Diskonto-Gesellschaft auf dem Gebiete der Emission von Staatspapieren, die Berliner Handelsgesellschaft auf dem Gebiete der Emission von industriellen Werten. Die Nationalbank für Deutschland hat sich auf

beiden Gebieten betätigt, ohne aber auf einem eine führende Stellung erlangt zu haben.

Die Diskonto-Gesellschaft hat bis Ende des Jahres 1894 — wir wählen dieses Jahr, weil die Diskonto-Gesellschaft im Jahre 1895 ihr Zentralisationsprinzip aufgibt, — weder in Deutschland noch im Auslande eine Filiale, sie ist auch in Deutschland bei keiner Bankfirma kommanditarisch beteiligt. Zur Pflege des ausländischen Geschäfts ist sie in Antwerpen bei H. Albert de Bary & Co. und in Buenos Ayres bei Ernesto Tornquist & Co. mit zusammen 2 187 000 Mk. als Kommanditistin und bei der Brasilianischen Bank für Deutschland und der Deutsch-Asiatischen Bank durch einen Aktienbesitz, der zusammen mit 4 011 665 Mk. zu Buche steht, beteiligt, im ganzen also mit 6 198 665 Mk. oder circa 8 % des Aktienkapitals.

Die Berliner Handelsgesellschaft hat gleichfalls keine Filialen und ist kommanditarisch nur an der Firma Breest & Gelpcke in Berlin, die vornehmlich das Börsenkommissionsgeschäft kultivierte, mit 15 000 000 Mk. beteiligt. Wie groß ihr Besitz an Bankaktien, namentlich an Aktien der Deutsch-Asiatischen Bank, war, ist aus ihrer Bilanz pro 1895 nicht ersichtlich. Ihre Kommanditbeteiligung bei Breest & Gelpcke, die circa 25 % ihres Kapitals beträgt, diente nicht den Zwecken der Dezentralisation, sondern wohl der Anlage flüssiger Kapitalien und der Beschaffung einer Vertriebsstelle für die von der Berliner Handelsgesellschaft emittierten Papiere.

Die Nationalbank für Deutschland ist 1895 kommanditarisch beteiligt bei der Bankfirma Wenzel & Co. in Dresden und Litten & Co. in Königsberg i./Pr.; die Höhe ihrer Kommanditeinlagen ist in den Bilanzen nicht angegeben.

Nach dem Dezentralisationsprinzip organisiert sind im Jahre 1895 die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Bank für Handel und Industrie.

Die Deutsche Bank hat 1895 bereits fünf eigene Filialen: in Frankfurt a./M., München, Bremen, Hamburg und London; sie ist ferner kommanditarisch beteiligt bei den Bankfirmen Guillermo Vogel & Co. in Madrid und Rosenfeld & Co. in Wien.

Die Dresdner Bank hat 1894 eigene Niederlassungen in Berlin, Dresden und Hamburg; 1895 errichtete sie Filialen in London und Bremen. Die Errichtung der Filiale in Bremen erfolgte durch Übernahme der Bremer Bank; sie bedarf einer etwas ausführlicheren Besprechung, weil die Form, in der sich diese Übernahme vollzog,

geradezu vorbildlich wurde für die Bankenfusionen und Bankkartelle, die in den späteren Jahren immer zahlreicher und von großer Bedeutung für die Entwicklung des deutschen Bankwesens geworden sind. Für die Bremer Bank, die ein Aktienkapital von 20 Millionen Mk. und ult. 1894 einen Reservefonds von 1 608 723 Mk. hatte, gab die Dresdner Bank 15 Millionen Mk. Dresdner Bankaktien, also für vier Aktien der Bremer Bank drei Aktien der Dresdner Bank. Durch diese Transaktion erzielte die Dresdner Bank einen Buchgewinn von 6 608 723 Mk.; denn sie vermehrte ihre Passiven nur um 15 Millionen Mk. (ihr Aktienkapital stieg von 70 auf 85 Millionen Mk.), ihre Aktiven dagegen um 21 608 723 Mk. Von dem erzielten Buchgewinn stellte sie jedoch nur 4 1/2 Millionen Mk. in den Reservefonds ein, während sie die restlichen 2 108 723 Mk. zu Abschreibungen auf die Aktiva der Bremer Bank verwandte. Die Möglichkeit, das bei einer Kapitalserhöhung mit gleichzeitiger Fusionierung erzielte Agio resp. den erzielten Buchgewinn nicht in den Reservefonds einzustellen, sondern zu Abschreibungen zu verwenden, — während ohne Fusion nach § 262 Abs. 2 des alten H.-G.-B. das bei der Kapitalserhöhung erzielte Aufgeld für die jungen Aktien dem Reservefonds zufließen muß, — hat die Großbanken veranlaßt, weiterhin Vermehrungen des Aktienkapitals fast regelmäßig mit einer gleichzeitigen Fusion vorzunehmen. Eine besonders große Rolle spielte dieses Moment, wie wir weiter unten sehen werden, bei der Fusion der Diskonto-Gesellschaft mit der Norddeutschen Bank in Hamburg.

Die Bank für Handel und Industrie hat 1895 eigene Niederlassungen in Berlin, Frankfurt und Darmstadt. Bei Kommanditen ist sie mit einem Kapital von 8 450 332 Mk., also mehr als 10 % ihres Aktienkapitals, beteiligt, doch ist im Geschäftsbericht weder Name und Ort der Kommandite noch die Höhe der einzelnen kommanditarischen Beteiligung angegeben. Die Darmstädter Bank hatte sehr früh mit der Errichtung von Kommanditen begonnen und bis zum Jahre 1873 ihrer bereits 14 begründet; traurige Erfahrungen[1] bei einigen Kommanditen veranlaßten die Bank später zu größerer Zurückhaltung und zur Errichtung von Aktienbanken an Stelle von Kommanditen.

Die Gruppierung der Berliner Großbanken unter dem Gesichtspunkt der Zentralisation oder Dezentralisation ist durch die Beantwortung der Frage, ob sie Filialen haben oder nicht, noch nicht vollständig; zu berück-

[1] Darüber Model l. c.

sichtigen ist vielmehr auch, ob sie Wechselstuben und Depositenkassen unterhalten. Von den Banken mit zentralisiertem Betrieb unterhalten 1895 die Diskonto-Gesellschaft und die Berliner Handelsgesellschaft keine Depositenstuben, wohl aber die Nationalbank; die oben genannten Banken mit dezentralisiertem Betrieb haben sämtlich Wechselstuben. Eine vollständige Durchführung des Prinzips der Zentralisation besteht demnach 1895 nur bei der Diskonto-Gesellschaft und der Berliner Handelsgesellschaft; die Nationalbank hat für Berlin eine Dezentralisation des Betriebs eingeführt, die Deutsche Bank, Dresdner Bank und Darmstädter Bank für Berlin, für die Provinz und teilweise auch für das ausländische Geschäft.

§ 3.

Ob eine Bank dem Zentralisationsprinzip oder dem Dezentralisationsprinzip huldigen soll, hängt in erster Linie von den Aufgaben ab, die sie sich gestellt hat. Eine Bank, deren Ziel vornehmlich darauf gerichtet ist, das reguläre Bankgeschäft zu pflegen, also das Depositen-, Kontokorrent-, Wechsel-, Lombard- und Kommissionsgeschäft zu betreiben, wird dezentralisiert, eine Bank dagegen, die den Hauptwert auf das Emissionsgeschäft legt, zentralisiert sein müssen. Fremde Gelder, die für die Pflege des regulären Bankgeschäfts notwendig sind, können durch Filialen und Wechselstuben, die auf die Bedürfnisse des Publikums zugeschnitten sind und ihm alle mögliche Bequemlichkeit gewähren, am ehesten herangezogen werden; ihre Entziehung ist, wenn sie nicht plötzlich und von allen Einlegern oder der Mehrzahl gleichzeitig erfolgt, für die Geschäftstätigkeit der Bank unbedenklich. Eine Spekulations- resp. Emissionsbank soll ihre großen Finanztransaktionen möglichst ohne fremde Gelder durchführen, in ihrem eigensten Interesse; denn eine mißglückte Emission, die den Emissionskredit einer Bank untergräbt, kann leicht zu einer plötzlichen Entziehung der fremden Gelder führen[1].

Betrachtet man die obengenannten Berliner Banken unter diesem Gesichtspunkt, so ergibt sich folgendes Bild: da in verschiedenen Bilanzen die Depositen nicht besonders angegeben, sondern mit unter den Kreditoren aufgeführt sind, so läßt sich die Geschäftstätigkeit der Bank nur beurteilen nach der Höhe der Debitoren und Kreditoren, nach den Beständen in Wechseln einerseits und Effekten- und Konsortialbeteiligungen anderseits und nach der Zahl der bei ihr geführten Konten. Es betrugen nun:

[1] Vgl. Hecht: Die Mannheimer Banken 1870—1900 (1902) S. 13—21.

I. a) Bei der Diskonto-Gesellschaft 1894:

Aktienkapital und Reserven	144	Mill. Mk.	
Gesamtkreditoren	217	„ „	= ca. 150 % d. Aktienkap. u. d. Ref.
Debitoren	159	„ „	= „ 110 % „ „ „ „ „
Kassa, Coupons, Sorten u. Wechsel	86	„ „	= „ 60 % „ „ „ „ „
Reports und Lombards . .	36	„ „	= „ 25 % „ „ „ „ „
Eigene Effekten und Konsortialbeteiligungen . . .	33	„ „	= „ 23 % „ „ „ „ „

b) Bei der Berliner Handelsgesellschaft 1895:

Aktienkapital und Reserven	83	Mill. Mk.	
Gesamtkreditoren	110	„ „	= ca. 133 % d. Aktienkap. u. d. Ref.
Debitoren	87	„ „	= „ 105 % „ „ „ „ „
Kassa, Coupons, Sorten u. Wechsel	47	„ „	= „ 45 % „ „ „ „ „
Reports und Lombards . .	25	„ „	= „ 30 % „ „ „ „ „
Eigene Effekten und Konsortialbeteiligungen . .	22	„ „	= „ 27 % „ „ „ „ „

II. Bei der Nationalbank für Deutschland 1895:

Aktienkapital und Reserven	53	Mill. Mk.	
Gesamtkreditoren	99	„ „	= ca. 185 % d. Aktienkap. u. d. Ref.
Debitoren	60,4	„ „	= „ 120 % „ „ „ „ „
Kassa, Coupons, Sorten u. Wechsel	42,6	„ „	= „ 80 % „ „ „ „ „
Reports und Lombards . .	38	„ „	= „ 75 % „ „ „ „ „
Eigene Effekten und Konsortialbeteiligungen . .	15	„ „	= „ 30 % „ „ „ „ „

III. a) Bei der Deutschen Bank 1895:

Aktienkapital und Reserven	138	Mill. Mk.	
Gesamtkreditoren	424	„ „	= ca. 300 % d. Aktienkap. u. d. Ref.
Debitoren	214	„ „	= „ 150 % „ „ „ „ „
Kassa, Coupons, Sorten u. Wechsel	182	„ „	= „ 130 % „ „ „ „ „
Reports und Lombards . .	61	„ „	= „ 45 % „ „ „ „ „
Eigene Effekten und Konsortialbeteiligungen . .	80	„ „	= „ 60 % „ „ „ „ „

b) Bei der Dresdner Bank 1895:

Aktienkapital und Reserven	100	Mill. Mk.	
Gesamtkreditoren	212	„ „	= ca. 212 % d. Aktienkap. u. d. Ref.
Debitoren	148	„ „	= „ 148 % „ „ „ „ „
Kassa, Coupons, Sorten u. Wechsel	76	„ „	= „ 76 % „ „ „ „ „
Reports und Lombards . .	50	„ „	= „ 50 % „ „ „ „ „
Eigene Effekten und Konsortialbeteiligungen . .	38	„ „	= „ 38 % „ „ „ „ „

c) Bei der Darmstädter Bank 1895:

Aktienkapital und Reserven	98 Mill. Mk.		
Gesamtkreditoren	106 „ „	= ca. 108 %	d. Aktienkap. u. d. Ref.
Debitoren	92 „ „	= „ 95 %	„ „ „ „
Kassa, Coupons, Sorten u. Wechsel	33 „ „	= „ 33 %	„ „ „ „
Reports und Lombards . .	31 „ „	= „ 30 %	„ „ „ „
Eigene Effekten und Konsortialbeteiligungen . . .	36 „ „	= „ 35 %	„ „ „ „

Ich habe diese Tabellen zusammengestellt, nicht weil sie beweisen, wie sich die Aktivgeschäfte der Banken nach ihren Passivgeschäften richten, sondern weil sie in beredter Weise die Wirkungen des Zentralisations- und des Dezentralisationsprinzips bei den einzelnen Banken zum Ausdruck bringen. Bei den Banken, die, wie die Deutsche und Dresdner Bank, nicht nur ein ausgedehntes Filialnetz besitzen, sondern auch durch eigene Niederlassungen in Hamburg, Bremen und London das Export- und überseeische Geschäft in besonderem Maße pflegen, sind die Verbindlichkeiten bei weitem am größten; die Filialen führen ihnen große Summen fremder Gelder zu, und durch ihre Geschäftstätigkeit in den großen, dem überseeischen Verkehr dienenden Seestädten wird ihr Acceptkredit stark in Anspruch genommen. Die Darmstädter Bank hat keine eigenen Filialen außer ihren Niederlassungen in Berlin und Frankfurt, ihre kommanditarischen Beteiligungen bringen ihr keine fremden Gelder, das überseeische Geschäft hat sie gar nicht oder wenig gepflegt, daher die Geringfügigkeit ihrer Verpflichtungen. Der Nationalbank für Deutschland, die zentralisiert ist, sind dagegen aus den zahlreichen in Berlin bestehenden Depositenkassen erhebliche fremde Gelder zugeflossen, ihre Verbindlichkeiten im Verhältnis zu ihren eigenen Mitteln (Kapital und Reserven) halten ungefähr die Mitte zwischen denen der Deutschen und Dresdner Bank einerseits und der Diskonto-Gesellschaft und der Berliner Handelsgesellschaft anderseits.

§ 4.

Um ein richtiges Urteil über die Machtstellung der Berliner Effektenbanken im Jahre 1895 zu gewinnen, darf man aber nicht nur ihr Verhältnis zur Provinz und zum Auslande in Berücksichtigung ziehen, sondern auch ihr Verhältnis zum privaten Bankgeschäft bedarf einer Analyse, und zwar insbesondere deshalb, weil, wie wir weiter unten sehen werden, sich ihr späteres immer schnelleres

Wachstum zu einem nicht unerheblichen Teil auf Kosten des privaten Bankierstandes vollzogen hat. Eine Zusammenstellung, die ich nach dem von der Berliner Börsenzeitung herausgegebenen deutschen Bankierbuche gemacht habe, ergibt für das Jahr 1895 folgende Daten:

In Berlin betrug in diesem Jahre die Zahl der Privatbankiers 480 gegen 538 in 1892, die Zahl der Aktienbanken und der Kommanditgesellschaften auf Aktien 45 gegen 48 in 1892, außerdem wurden 24 Bankgeschäfte in Form der G. m. b. H. und der Genossenschaft betrieben. Diese Ziffern beweisen, daß die Zahl der Privatbankiers schon seit dem Jahre 1892 in Berlin zurückgegangen ist, wohl nicht nur infolge des 1891 eingetretenen wirtschaftlichen Niederganges, sondern auch des Mißtrauens und der Verstimmung, die infolge der mannigfachen Zahlungseinstellungen zu Anfang der 1890 er Jahre gegen die Privatbankiers herrschten und durch die Verhandlungen der Börsenenquetekommission verschärft wurden. Die Verschiebungen, welche seit dem Jahre 1895 in dem Verhältnis zwischen den Privatbankiers und den Aktienbanken eingetreten sind, werden im dritten Abschnitt unserer Arbeit ausführlich behandelt werden.

§ 5.

In der Darstellung der Organisation der sechs Berliner Großbanken war darauf hingewiesen worden, daß die Berliner Banken durch Errichtung von Filialen und Kommanditen das Provinzgeschäft an sich zu ziehen versuchten; hier muß jedoch anderseits auch hervorgehoben werden, daß die Provinzbanken auch frühzeitig einen starken Zug nach Berlin verspüren.

Als mächtigste der Provinzbanken, die im Jahre 1895 eine eigene Niederlassung in Berlin besitzt, kommt hier zunächst der A. Schaaffhausensche Bankverein aus Köln in Betracht, der zu dieser Zeit über ein Aktienkapital von 60 Millionen Mk. verfügt. Er ist im Jahre 1895 noch im wesentlichen zentralisiert, er unterhält zwar eigene Niederlassungen in Köln und Berlin, außerdem aber keine Filialen und keine Bankkommanditen. Merkwürdigerweise ist er bei einem industriellen Unternehmen kommanditarisch mit 690 000 Mk. beteiligt, nämlich dem Façoneisen-Walzwerk L. Mannstaedt & Co. in Kalk, eine Beteiligung, die uns weiter unten noch beschäftigen wird.

Weit dezentralisierter ist die Mitteldeutsche Kreditbank, die Niederlassungen in Frankfurt a./M. und Berlin unterhält, außerdem eine Zweigniederlassung in Meiningen, vier Depositenkassen in

Berlin und zahlreiche kommanditarische Beteiligungen bei Bankgeschäften, die jedoch in den Geschäftsberichten nicht mit den einzelnen Beträgen, sondern nur mit der Gesamtsumme, im Jahre 1895 mit 2 136 400 Mk., angegeben sind. Hervorgehoben werden nur die Beteiligungen bei der Metallhandlung Beer, Sondheimer & Co. in Frankfurt a./M. und der **German-Bank of London limited.**

Von kleineren Banken ist hier noch die Berliner Bank zu erwähnen, die im Jahre 1895 mit einem Kapital von 7 1/2 Millionen Mk. arbeitet, in den folgenden Jahren jedoch ihr Kapital sprunghaft erhöht. Im Jahre 1895 hat sie im wesentlichen zentralisierten Betrieb.

Eine besondere Stellung unter den Berliner Banken nimmt die Deutsche Genossenschaftsbank ein; von Hause aus dazu bestimmt, die Kreditbedürfnisse der Genossenschaften zu befriedigen, hat sie sich im Laufe der Jahre mehr und mehr zu einer Effekten- und Emissionsbank entwickelt; erst die Krisis der Jahre 1901/1902 hat sie ihrem ursprünglichen Wirkungskreis wieder zugeführt. Im Jahre 1895 verfügt sie über ein Kapital von 21 Millionen Mk., wovon 15 Millionen Mk. der Berliner, 6 Millionen Mk. der Frankfurter Niederlassung zugewiesen sind. Warum und mit welchem Recht die Niederlassung in Frankfurt a./M. in den Geschäftsberichten der Bank als Kommandite bezeichnet wird, ist mir unerfindlich. Kommanditarisch ist die Bank an der Wechselstube Boſe, Keil & Co., Berlin, beteiligt; mit welchem Betrag, wird in den Geschäftsberichten nicht gesagt.

§ 6.

Die bisher genannten zehn Banken kommen im Jahre 1895 für den bankgeschäftlichen Verkehr, soweit er sich in Berlin vollzieht, in erster Linie in Betracht; daneben wirken, konkurrierend mit ihnen, ca. 480 Privatbankgeschäfte, konkurrierend generell im Börsenkommissionsgeschäft, teilweise auch im Diskont-, Lombard- und Emissionsgeschäft. Gleichwertig und gleich leistungsfähig stehen neben den Banken nur eine kleinere Anzahl von Privatfirmen, namentlich die Firmen Mendelssohn & Co., S. Bleichroeder, Robert Warschauer & Co., Delbrück, Leo & Co., Hardy & Co., G. m. b. H., Born & Busse, die von der Berliner Handelsgesellschaft kommanditierte Bankfirma Breest & Gelpcke, die später in die Kommerz- und Diskontobank übergehende Firma J. Dreyfus & Co., ferner die namentlich als Arbitragefirma bedeutende Firma J. Löwenherz, H. C. Plaut, und eine große Anzahl anderer Bankgeschäfte, die zwar mit den Banken nicht auf

dem Gebiete der großen staatlichen und kommunalen Emissionen konkurrieren, wohl aber in Emissionen von industriellen Werten.

Speziell der Vermittlung des Kommissions- und Spekulationsgeschäftes an der Börse selbst dienen neben einer Anzahl von mehr oder weniger großen Maklerfirmen, wie Josef Stern, Lewenz & Co., Alexander Löwenherz Nachfolger, u. s. w., drei als Aktiengesellschaften konstituierte Maklerbanken, nämlich der Börsenhandels-Verein, der Berliner Makler-Verein und die Maklerbank, die den Vermittlungsverkehr an der Börse und das börsenmäßige Kreditgeschäft in Form der Reportierung von Termineffekten pflegen, jedoch für den allgemeinen Kreditverkehr außerhalb der Börse kaum in Betracht kommen und deshalb in unserer Darstellung nicht berücksichtigt zu werden brauchen. Wohl aber müssen wir, wollen wir die Bedeutung der oben genannten zehn Berliner Banken richtig einschätzen, in Vergleich ziehen den Umfang und die Organisation der außerhalb Berlins tätigen Bankinstitute.

Der deutsche Ökonomist zählt für das Jahr 1895 im ganzen 94 deutsche Kreditbanken mit einem Gesamtaktienkapital von 1134 Millionen Mk. Um zu beurteilen, wie dem Umfange nach das Geschäft der Berliner Banken sich zu dem der deutschen Provinzbanken stellt, vergleicht man am besten die Ziffern ihrer Gesamtaktiven, weil darin am deutlichsten der Geschäftsumfang, — der nicht nur abhängig ist von der Höhe der eigenen Mittel (Aktienkapital und Reserven), sondern auch von den den Banken zur Verfügung stehenden fremden Geldern (Kreditoren und Depositen) und schließlich von den im Wege der Inanspruchnahme von Kredit durch Accepte beschafften Geldmitteln, — zum Ausdruck kommt.

Die Gesamtaktiva dieser 94 Banken stellten sich ultimo 1895 auf ca. 3900 Millionen Mk.; hiervon entfallen auf die obengenannten zehn Berliner Banken Gesamtaktiven in folgender Höhe:

Deutsche Bank	579,3	Mill.	Mk.
Diskonto-Gesellschaft	372,2	"	"
Dresdner Bank	337,5	"	"
Bank für Handel und Industrie .	208,4	"	"
Berliner Handelsgesellschaft . .	200,2	"	"
Nationalbank für Deutschland . .	157,7	"	"
A. Schaaffhausenscher Bankverein	186,6	"	"
Mitteldeutsche Kreditbank . . .	93,5	"	"

Deutsche Genossenschaftsbank . .	45,3	Mill. Mk.
Berliner Bank	14,6	„ „
Sa.	2195,3	Mill. Mk.

Insgesamt betragen also die Gesamtaktiven der zehn Berliner Banken 2195,3 Millionen Mk. von den insgesamt 3900 Millionen Mk. Gesamtaktiven aller deutschen Kreditbanken, das heißt mit anderen Worten: schon im Jahre 1895 vollzog sich mehr als die Hälfte des gesamten deutschen Bankverkehrs durch die Vermittlung der Berliner Großbanken.

In dieser Aufstellung ist naturgemäß der Verkehr der Filialen der Berliner Banken mit inbegriffen. Beim A. Schaaffhausenschen Bankverein ist der Verkehr des Kölner Geschäfts, bei der Deutschen Genossenschaftsbank dagegen, welche das Berliner und das Frankfurter Geschäft in ihren Bilanzen gewissermaßen als zwei selbständige Unternehmungen behandelt, sind nur die Gesamtaktiven des Berliner Geschäfts eingestellt. Jedenfalls ergibt diese Zusammenstellung die interessante Tatsache, daß schon im Jahre 1895 die Berliner Banken gegenüber sämtlichen Provinzbanken dem Geschäftsumfange nach die präponderierende Stellung einnehmen.

Betrachtet man die Berliner Banken den Provinzbanken gegenüber allein nach den Gesichtspunkten ihrer eigenen Kapitalskraft, also des Aktienkapitals und der Reserven, so ergibt sich folgendes Bild:

Die gesamten 94 Banken verfügen 1895 über ein Aktienkapital

von	1134	Mill. Mk.
und über Reserven von	210	„ „
insgesamt also über ein eigenes Kapital von	1344	Mill. Mk.

Bei den Berliner Banken allein stellen sich Aktienkapital und Reserven wie folgt:

	Aktienkapital	Reserven	Zusammen
Deutsche Bank	100,0	39,0	139,0
Diskonto-Gesellschaft	115,0	28,7	143,7
Dresdner Bank	85,0	19,5	104,5
Bank für Handel und Industrie .	80,0	18,4	98,4
Berliner Handelsgesellschaft . . .	65,0	18,3	83,3
Nationalbank für Deutschland . .	45,0	9,0	54,0
A. Schaaffhausenscher Bankverein .	60,0	6,3	66,3
Mitteldeutsche Kreditbank . . .	30,0	2,6	32,6
Deutsche Genossenschaftsbank . .	15,0	2,4	17,4
Berliner Bank	7,5	0,6	8,1
Mill. Mk.	602,5	144,8	747,3

Die Berliner Banken verfügen demnach 1895 über ein eigenes Kapital von 747,3 Millionen Mk. gegenüber einem Kapital der Provinzbanken von 600,7 Millionen Mk.; besonders bemerkenswert ist, daß bei den Berliner Banken die Reserven wesentlich höher sind als bei den Provinzbanken; sie betragen bei den Berliner Banken mit 144,8 Millionen Mk. über 20 % des Aktienkapitals, während sie bei den Provinzbanken mit 65,2 Millionen Mk. nur ca. 10 % des Aktienkapitals ausmachen. Jedenfalls zeigen also schon 1895 die Berliner Banken ein größeres Eigenkapital als die Provinzbanken.

Als besonders charakteristisch für den Umfang des Geschäfts und insbesondere für den Umfang des sogenannten regulären Bankgeschäfts soll hier das Wechselgeschäft etwas eingehender beleuchtet werden.

Die Anlage in Wechseln betrug bei den 94 Banken zusammen ultimo 1895 ca. 764 Millionen Mk.; für die Berliner Banken allein stellte sich die Anlage in Wechseln wie folgt:

Deutsche Bank	133,2
Diskonto-Gesellschaft	66,0
Dresdner Bank	59,5
Bank für Handel und Industrie	19,5
Berliner Handelsgesellschaft	33,9
Nationalbank für Deutschland	33,2
A. Schaaffhausenscher Bankverein (inkl. Kasse, Reichsbankguthaben, Coupons und Sorten)	30,0
Mitteldeutsche Kreditbank	10,5
Genossenschaftsbank	6,8
Berliner Bank	2,1
Mill. Mk.	394,7

Eine Prüfung des Geschäftsumfanges nach der Anlage in Wechseln ergibt also gleichfalls dasselbe Resultat von der Übermacht der Berliner Banken.

Die Tatsache, daß die Banken im allgemeinen bestrebt sind, ihre liquiden Mittel und damit auch die Anlagen in Wechseln zum Jahresschluß möglichst hoch zu bemessen, kommt hier als Fehlerquelle nicht in Betracht, da ja für alle Banken, auch für die Provinzbanken, der Status per Ende Dezember die Grundlage der Vergleichung bildet; auch der Fehler, den die Statistik dadurch erfährt, daß beim Schaaffhausenschen Bankverein die Anlage in Wechseln nicht gesondert, sondern

zusammen mit dem Kassebestand, Reichsbankguthaben und Bestand an Coupons und Sorten angegeben wird, ist so klein, daß er das Resultat nicht verändert.

Der Umfang des Wechselgeschäfts der Berliner Banken erfährt eine interessantere Illustration, wenn man ihn vergleicht mit dem Wechselgeschäft der Reichsbank, die ja im Diskontverkehr mit den Kreditbanken in Konkurrenz tritt. Nach dem Jubiläumsbericht der Reichsbank, Tabelle 4, betrug der durchschnittliche Betrag der Wechselanlage bei der Reichsbank 1895 574 Millionen Mk., er war also fast so hoch wie die Gesamt-Wechselanlage aller deutschen Kreditbanken; ob und wie sich dies mit der zunehmenden Größe der Berliner Banken geändert hat, wird weiter unten zu prüfen sein. Die durchschnittliche Größe der bei der Reichsbank diskontierten Wechsel betrug 1895 1624 Mk. Die Berichte der Berliner Banken geben hierüber leider nur teilweise Aufschluß, obgleich gerade diese Daten allgemeines Interesse beanspruchen. Bei der Deutschen Bank war der Durchschnittsbetrag des Wechsels 1895 5384 Mk.

Für die Beurteilung des regulären Geschäftes der Berliner Banken können dann noch die Debitoren und die Accepte herangezogen werden. Es mag aber genügen, eine Vergleichung zwischen dem Acceptumlauf der Berliner Banken und der Provinzbanken zu geben, weil gerade in der Höhe der Acceptverbindlichkeiten einer Bank ihre Geschäftstätigkeit sich deutlich wiederspiegelt.

Ihre Acceptkredite können die Banken der Kundschaft zu den verschiedensten Zwecken zur Verfügung stellen: der ökonomisch berechtigtste Zweck ist der dem überseeischen Verkehr dienende, doch hat auch der Handel und Industrie gewährte Acceptkredit seine gewisse Berechtigung. Bedenklicher dagegen ist die Gewährung des Acceptkredites zu Zwecken der Börsenspekulation, der in der Regel in der Form benutzt wird, daß der Kunde auf die Bank drei Monate Sicht trassiert gegen Effekten, die er bei der Bank auf Kredit gekauft hat; die Bank acceptiert die Tratte, der Kunde diskontiert das Accept bei der Bank selbst oder bei einer anderen Bankfirma und erhält den Betrag des Wechsels abzüglich Diskont Valuta dato zugeschrieben und wird für den Betrag des Acceptes erst Valuta Verfall belastet. Durch diese Transaktionen wird sein scheinbares Guthaben auf seine Schuld auf Effekten verrechnet und ihm dadurch ein Zinsverlust erspart.

Die Acceptverbindlichkeiten der 94 deutschen Kreditbanken be-

trugen 1895 706 Millionen Mk.; hiervon entfallen auf die Berliner Banken:

Deutsche Bank	122,5
Diskonto-Gesellschaft	48,7
Dresdner Bank	77,2
Bank für Handel und Industrie .	41,1
Berliner Handelsgesellschaft . . .	41,0
Nationalbank für Deutschland . .	25,3
A. Schaaffhausenscher Bankverein .	32,7
Mitteldeutsche Kreditbank . . .	29,8
Deutsche Genossenschaftsbank . .	5,6
Berliner Bank	0,2
	424,1 Mill. Mk.

Die Acceptverbindlichkeiten der Berliner Banken betrugen demnach 1895 424,1 Millionen Mk. gegen nur 281,9 Millionen Mk. bei den Provinzbanken.

In die Augen fällt namentlich der sehr große Acceptumlauf der Deutschen Bank und der Dresdner Bank, der bei der ersteren über die Höhe des Aktienkapitals um 22,5 Millionen Mk. hinausgeht, bei der letzteren nur um 7,8 Millionen Mk. hinter dem Aktienkapital zurückbleibt. Bei beiden hängt der große Acceptumlauf mit dem überseeischen Geschäft und dem großen Filialnetz zusammen. Das Verhältnis der Acceptverbindlichkeiten zwischen Zentralen und Filialen ist jedoch bei beiden Instituten sehr verschieden. Bei der Dresdner Bank entfiel fast die Hälfte der Acceptverbindlichkeiten auf die Zentrale, diente also anscheinend in sehr erheblichem Maße Zwecken der Börsenspekulation; bei der Deutschen Bank dagegen entfiel nur 1/6 auf die Zentrale, 5/6 dagegen auf die Filialen. Es betrug ultimo 1895 bei der Deutschen Bank der

Acceptumlauf der Zentrale	20 681 900 Mk.,
bei den Filialen dagegen	101 814 606 Mk.,

bei der Dresdner Bank dagegen verteilten sich die Accepte wie folgt:

Auf Berlin	37 712 481	Mk.
„ Dresden	7 621 062	„
„ Hamburg	9 188 673	„
„ Bremen	6 274 571	„
„ London	16 407 889	„

Um eine Übersicht darüber zu gewinnen, wie sich das Gründungsgeschäft und das Emissionsgeschäft auf die Berliner Banken und die Provinzbanken verteilt, müßte man die Konsortialbeteiligungen der beiden Gruppen von Banken einander gegenüberstellen. Es ist dies jedoch deshalb nicht möglich, weil in den Bilanzen der Banken die Konsortialbeteiligungen nicht durchweg gesondert angegeben sind, sondern vielfach mit den Effektenbeständen zusammen in einem Posten in der Bilanz verbucht sind. Diese Form der Buchung ist schon deshalb unrichtig, weil die Konsortialbeteiligungen der Banken keine reinen Aktivposten darstellen, sondern auch eventuelle Verpflichtungen in sich bergen. Was in den Bilanzen der Banken unter den Aktiven als Konsortialbeteiligungen angegeben wird, stellt nur die Einzahlungen dar, die von ihnen auf die Konsortialbeteiligungen gemacht worden sind, nicht dagegen die auf ihnen eventuell noch ruhenden weiteren Einzahlungsverpflichtungen. Die als Effekten gebuchten Aktiven stellen dagegen jedenfalls nur einen Aktivposten dar, der zwar seiner Höhe nach durch spätere Ereignisse eine Verschiebung erfahren kann, — er kann sich in seinem Werte vermindern oder vermehren, — jedenfalls aber kein eventuell eintretendes Passivum; denn selbst wenn unter den Effekten sich Aktien befinden von einer Gesellschaft, die später saniert werden muß durch Zusammenlegung der Aktien oder Zuzahlungen auf dieselben, so bildet doch die Zuzahlung keinen eventuell eintretenden Passivposten, da ein absoluter Zwang zur Zuzahlung nicht existiert und die Bank jederzeit in der Lage ist, wenn sie nicht zuzahlen will, den Aktienbesitz zu veräußern oder nur zusammenzulegen, ohne zuzuzahlen.

Die Frage der Bilanzierung des Effekten- und Konsortialkontos, die weiter unten ausführlich behandelt werden wird, haben wir hier nur berührt, weil die Form der Bilanzierung dieser beiden Posten den ziffernmäßigen Vergleich des Emissionsgeschäftes der Banken erschwert. Wir müssen daher uns damit behelfen, daß wir nicht nur die Engagements auf Konsortialkonto, sondern die auf Effekten- und Konsortialkonto zusammen bei den deutschen Kreditbanken im allgemeinen und den Berlinern im besonderen einander gegenüberstellen. Bei den 94 deutschen Kreditbanken betrug die Anlage in Effekten und Konsortialbeteiligungen ultimo 1895 ca. 434 Millionen Mk.; hiervon entfielen auf

	Effekten	Konsortialbeteiligungen	Zusammen
Deutsche Bank	49,4	30,9	80,3
Diskonto-Gesellschaft	—	—	33,0
Dresdner Bank	17,7	20,7	38,4
Bank für Handel und Industrie	13,9	23,9	37,8
Berliner Handelsgesellschaft	8,9	13,5	22,4
Nationalbank für Deutschland	6,0	9,0	15,0
Schaaffhausenscher Bankverein	10,7	9,3	20,0
Mitteldeutsche Kreditbank	2,1	3,8	5,9
Genossenschaftsbank	0,1	3,5	3,6
Berliner Bank	1,4	0,3	1,7
Mill. Mk.	—	—	258,1

Diese Ziffern zeigen schon ihrer absoluten Höhe nach das Übergewicht der Berliner Banken; in Wahrheit ist dieses jedoch noch viel größer, da in den Konsortialbeteiligungen der Provinzbanken vielfach Unterbeteiligungen enthalten sind, die ihnen von den Berliner Banken bei ihren Emissionsgeschäften gegeben wurden.

Aus diesen Daten kann die Stellung der Berliner Banken im Rahmen der dem deutschen Kreditverkehr dienenden Institute einigermaßen erkannt werden. Wie sich diese ihre Stellung in den folgenden Jahren der aufsteigenden Konjunktur geändert hat, wollen wir im zweiten Abschnitt unserer Arbeit prüfen.

Es mag jedoch hier schon bemerkt werden, daß die Frage, welchen Anteil die Banken an der Entstehung der Krisis haben, im einzelnen sehr schwer zu beantworten ist; faßt man die letzte Krisis in Deutschland als Kreditkrisis auf, so müßte unsere Arbeit vor allem untersuchen, inwiefern die Banken an der ungesunden Kreditwirtschaft und der Kreditüberspannung schuld waren. Diese Untersuchung ist deshalb nur in beschränktem Umfange möglich, weil die Banken ihre Debitoren natürlich nur in einer Ziffer angeben, nicht aber verteilt auf die einzelnen Schuldner, und auch die Deckungsverhältnisse der Debitoren, sofern sie sie überhaupt mitteilen, nur nach Gesamtziffern oder nach Prozentverhältnissen bekannt geben. Die Berichte der industriellen Aktiengesellschaften können deshalb für unsere Zwecke kaum berücksichtigt werden, weil sie meist bei ihren Kreditoren nicht angeben, welcher Teil derselben auf Guthaben von Banken und welcher Teil auf Guthaben von Lieferanten entfällt. Infolgedessen wird man, soweit nicht

notleidende Banken und notleidende Industriegesellschaften, die über ihre Verhältnisse genauen Aufschluß haben geben müssen, in Betracht kommen, sich damit begnügen müssen, aus dem Anwachsen der Aktienkapitalien, der Debitoren und des Acceptumlaufes der Banken Rückschlüsse auf ihr Wirken als Kreditgeber zu ziehen.

Zweiter Abschnitt.

Die Entwicklung der Berliner Großbanken seit dem Jahre 1896.

§ 1.

Die Deutsche Bank.

a) Die Organisation der Deutschen Bank.

Ende 1895 hatte die Deutsche Bank neben ihrer Niederlassung in Berlin für den inländischen Verkehr eigene Filialen in Frankfurt a. M. und München, zur Pflege namentlich des überseeischen Geschäfts eigene Filialen in Hamburg, Bremen und London, zur Pflege der Beziehungen mit Österreich-Ungarn war sie kommanditarisch beteiligt an dem Bankhause Rosenthal & Co., Wien, und zur Kultivierung des spanischen Geschäfts an dem Bankhause Guilermo Vogel & Co. in Madrid.

Wir betrachten nun zunächst, wie sich vom Jahre 1896 ab das inländische Geschäft der Deutschen Bank weiter gestaltet hat. Im Jahre 1896 traten erstmalig die Wirkungen des Börsengesetzes deutlich in die Erscheinung. Sie zeigten sich namentlich in einer Verminderung der Umsätze an der Börse, die sowohl das Effektengeschäft wie das Reportgeschäft beeinträchtigte. Auf diesen beiden Konten verminderten sich die Umsätze der Deutschen Bank erheblich. Sie beeinträchtigten jedoch ihr Gesamtresultat deshalb nur im geringem Maße, weil die Filialen, die weniger das Börsengeschäft als den kommerziellen Verkehr pflegten, ihre Tätigkeit weiter ausdehnen konnten. Im Jahre 1896 war zum erstenmal der Gesamtumsatz der Filialen der Deutschen Bank größer als der der Zentrale. Während er bei der Zentrale von 19,2 Milliarden Mk. im Jahre 1895 auf 16,6 Milliarden Mk. zurückging, stieg er bei den Filialen von 18,6 auf 18,9 Milliarden Mk. Der Geschäftsbericht der Deutschen Bank von 1896 schließt daraus, daß der Kreis der Freunde und Klienten der

Deutschen Bank sich immer mehr erweitere und dadurch eine weitere Bürgschaft dafür gegeben sei, daß bei der Deutschen Bank lokale Nachteile in Zukunft noch leichter ausgeglichen werden könnten, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Diese Wahrnehmung, daß das Geschäft der Filialen an Umfang verhältnismäßig unabhängig von dem Börsenverkehr sei, veranlaßte die Deutsche Bank, ihr Filialnetz weiter auszudehnen. Mitbestimmend dabei war für sie die Tatsache, daß große Provinzbanken mehr und mehr bestrebt waren, in Berlin eigene Niederlassungen zu errichten, und für sie die Befürchtung bestand, daß sie in diesem Falle Provinzkunden verlieren würde, sofern es ihr nicht gelang, die Bande mit der Provinz enger zu knüpfen. Bei der Ausdehnung ihrer Beziehungen zur Provinz folgte sie nunmehr dem Beispiel, das die Diskonto-Gesellschaft bei der Fusion mit der Norddeutschen Bank in Hamburg ihr gegeben hatte. Sie errichtete zunächst keine weiteren neuen Filialen, sondern suchte durch Aktienaustausch bestehende große Provinzbanken sich anzugliedern. Der Aufschwung, der seit dem Jahre 1896 namentlich in der deutschen Montanindustrie in die Erscheinung trat, lenkte naturgemäß ihre Aufmerksamkeit zunächst auf die großen deutschen Montanbezirke, also auf Rheinland-Westfalen und Schlesien. Unter den Banken in Rheinland-Westfalen hatten neben dem Schaaffhausenschen Bankverein, der bereits seit dem Jahre 1891 eine eigene Niederlassung in Berlin besaß, namentlich die Bergisch-Märkische Bank eine hervorragende Stellung und besonders intime Beziehungen zur rheinisch-westfälischen Montanindustrie. In Schlesien spielte ungefähr dieselbe Rolle der Schlesische Bankverein.

Diese beiden Banken und ihre Kundschaft sich anzugliedern, erschien der Deutschen Bank vornehmlich deshalb sehr erwünscht, weil sie dasselbe Programm verfolgten wie die Deutsche Bank selbst, nämlich Unterstützung und Förderung von Handel und Industrie durch regulären Kontokorrentverkehr.

Die Bergisch-Märkische Bank, mit dem Sitze in Elberfeld und Zweigniederlassungen in Düsseldorf, Aachen, München-Gladbach, Köln, Ruhrort, Hagen und Duisburg, verfügte ultimo 1896 über ein Aktienkapital von 30 Millionen Mk. und Reserven von 6,6 Millionen Mk. Anfang 1897 war das Kapital auf 40 Millionen Mk. erhöht worden, und die Reservon waren auf 10,6 Millionen Mk. angewachsen.

Der Schlesische Bankverein, der Kommanditgesellschaft auf

Aktien war, unterhielt Filialen in Glogau, Beuthen, Görlitz, Neiße, Glatz, Leobschütz und war kommanditarisch beteiligt bei der Bankfirma Georg Fromberg & Co. in Berlin und Richard Vogt & Co. in Frankenstein. Der Schlesische Bankverein hatte ultimo 1896 ein Aktienkapital von 27 Millionen Mk. und Reserven von 4,9 Millionen Mk.

Insgesamt betrug also das Aktienkapital beider Institute 1897 67 Millionen Mk. und ihre Reserven zusammen 15,5 Millionen Mk. Eine Übernahme dieser Institute in der Form eines vollständigen Aufgehens in die Deutsche Bank erschien ausgeschlossen, weil beide eine so angesehene und gefestigte Position einnahmen, daß sie auf ihre Selbständigkeit und ihre eigene Firma nicht verzichten konnten. Dazu kam als hemmendes Moment der Umstand, daß der Schlesische Bankverein Kommanditgesellschaft auf Aktien war. Infolgedessen schien der geeignete Weg ihrer Angliederung der der Übernahme eines größeren Postens der Aktien der beiden Institute durch die Deutsche Bank und die Herstellung und Sicherung dieser durch gegenseitigen Aktienbesitz herbeigeführten Interessengemeinschaft durch Vertretung der Deutschen Bank in den Aufsichtsräten der beiden anderen Banken.

Die Form, in der die Deutsche Bank diese Interessengemeinschaft vollzog, war folgende: Sie erhöhte ihr eigenes Aktienkapital um 50 Millionen Mk., also von 100 auf 150 Millionen Mk., und bot den Aktionären der Bergisch-Märkischen Bank und des Schlesischen Bankvereins an, ihre Aktien in neue Aktien der Deutschen Bank umzutauschen in der Zeit vom 28. August bis 18. September 1897, und zwar die Aktien der Bergisch-Märkischen Bank im Verhältnis von 5 zu 4, die Aktien des Schlesischen Bankvereins im Verhältnis von 3 zu 2. Die Aktionäre der Bergisch-Märkischen Bank erhielten für 6000 Mk. Bergisch-Märkische Bank-Aktien 4800 Mk. junge Aktien der Deutschen Bank mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1898 und bekamen die Dividendenscheine der Bergisch-Märkischen Bank-Aktien für das Jahr 1897 sofort mit 7½% eingelöst. Die Aktionäre des Schlesischen Bankvereins erhielten für 1800 Mk. Aktien des Schlesischen Bankvereins 1200 Mk. neue Aktien der Deutschen Bank mit Dividendenberechtigung von 1898 ab, die 1897er Dividende des Schlesischen Bankvereins mit 7% sofort bezahlt und außerdem eine Barabfindung von 5% auf 1800 Mk. = 90 Mk.

Wären sämtliche Aktionäre beider Banken auf diesen Umtausch eingegangen, so hätten insgesamt die Aktionäre der Bergisch-Märkischen Bank für 40 Millionen Mk. Bergisch-Märkische Bank-Aktien

32 Millionen Mk. Aktien der Deutschen Bank und die Aktionäre des Schlesischen Bankvereins für 27 Millionen Mk. Aktien des Schlesischen Bankvereins 18 Millionen Mk. Deutsche Bank-Aktien erhalten, zusammen also 50 Millionen Mk.

Nach dem Geschäftsbericht der Deutschen Bank von 1897 wurde der Umtausch von mehr als 3/4 aller Aktionäre vollzogen. Die genaue Zahl der Aktionäre, die den Umtausch vollzogen haben, wird nicht angegeben; sie läßt sich jedoch ungefähr aus dem Geschäftsbericht der Deutschen Bank ermitteln. Es heißt darin nämlich, daß die nicht von Aktionären der Bergisch-Märkischen Bank und des Schlesischen Bankvereins bezogenen Aktien mit einem Nettonutzen von 4,6 Millionen Mk. an der Börse verkauft worden seien und die in den Besitz der Deutschen Bank gelangten Aktien der Bergisch-Märkischen Bank und des Schlesischen Bankvereins zu Erwerbspreisen in die Bilanz der Deutschen Bank in der Rubrik „Dauernde Beteiligungen bei fremden Unternehmungen" aufgenommen seien. Das Konto „Dauernde Beteiligungen bei fremden Unternehmungen" steht nun ultimo 1897 mit 47 286 310 Mk. zu Buch gegen 4 993 431 Mk. ultimo 1896. Es erscheint also vermehrt um 42 292 879 Mk. Außer den Aktien des Schlesischen Bankvereins und der Bergisch-Märkischen Bank sind in diesem Posten enthalten der Besitz der Deutschen Bank an Aktien der Deutschen Treuhand-Gesellschaft und der Deutsch-Überseeischen Bank. In der Bilanz von 1896 war der Bestand an Aktien der Deutschen Treuhand-Gesellschaft verbucht mit 496 000 Mk., der Deutsch-Überseeischen Bank mit 4 497 431 Mk., zusammen also mit 4 993 431 Mk. Nimmt man an, daß diese Posten im Jahr 1897 sich nicht verändert haben, so würden die Aktien der Bergisch-Märkischen Bank und des Schlesischen Bankvereins mit 42 292 879 Mk. zu Buch stehen. Da nun gesagt ist, daß diese Aktien zu Erwerbspreisen in die Bilanz aufgenommen seien, und hierunter sinngemäß nur verstanden werden kann der Betrag, um den sich die Passiva der Deutschen Bank bilanzmäßig vermehrt haben, d. h. der erhöhte Betrag ihres Aktienkapitals, so kann man schließen, daß ca. 42 1/2 Millionen Mk. Aktien der Deutschen Bank im Umtausch gegen Aktien der Bergisch-Märkischen Bank und des Schlesischen Bankvereins bezogen wurden und 7 1/2 Millionen Mk. junge Aktien der Deutschen Bank mit einem Nettonutzen von 4,6 Millionen Mk. an der Börse verkauft wurden. Nur dieser Betrag von 4,6 Millionen Mk. ist dem Reservefonds der Deutschen Bank zugeflossen gemäß den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches.

Setzen wir jetzt den Fall, daß diese 42½ Millionen Mk. Aktien der Deutschen Bank im gleichen Verhältnis von den Aktionären beider Banken bezogen wurden, so hätte die Deutsche Bank als Gegenwert für diese 42½ Millionen neue Deutsche Bank-Aktien rund 34 Millionen Mk. Aktien der Bergisch-Märkischen Bank und ca. 23 Millionen Mk. Aktien des Schlesischen Bankvereins erhalten. Da diese 57 Millionen Mk. Aktien mit 42½ Millionen Mk. zu Buch stehen, so enthält dieser Posten eine stille Reserve von ca. 15 Millionen Mk. Diese Erwägung zeigt treffend, welche Vorteile für eine Aktienbank, deren Aktien einen so hohen Kursstand einnehmen wie die der Deutschen Bank, der Umtausch von ihren Aktien gegen Aktien anderer Banken hat.

Den offenen Reserven (gesetzlichen Reservefonds) braucht nur der Teil des Agios zugeführt zu werden, der durch den Verkauf der nicht bezogenen Aktien entsteht. Der Buchgewin dagegen, der im übrigen erzielt wird, bildet eine stille Reserve, die nach dem Belieben der Bank auch zu Abschreibungen verwandt werden kann.

In dem Bericht der Bergisch-Märkischen Bank wird der Abschluß der Interessengemeinschaft mit der Deutschen Bank mit folgenden Worten begründet: „Die Gründe des Abschlusses der Interessengemeinschaft mit der Deutschen Bank gipfeln in der Erkenntnis, daß wir durch diese Kombination in voller Wahrung unserer Selbständigkeit unsere Organisation im In- und Auslande erweitern, ohne uns durch eine Niederlassung in der Reichshauptstadt von unserem eigentlichen Gebiete ablenken zu lassen. Diese Interessengemeinschaft mit der Deutschen Bank, welcher auch der Schlesische Bankverein beigetreten ist, stellt heute die größte Kapitalsvereinigung dar und erscheint dadurch berufen, neben der Sicherung und Erhöhung der eigenen Erwerbstätigkeit auch die Grundlage des nationalen Gewerbebetriebes zu verbreitern und denselben nach einem einheitlichen Programm zu führen."

Nimmt man hierzu die Ausführungen in dem Geschäftsbericht der Deutschen Bank von 1898 bei Gelegenheit des Abschlusses der Interessengemeinschaft mit der Hannoverschen und Oberrheinischen Bank, daß durch die Interessengemeinschaft der Kundschaft jedes Institutes Vorteil erwachse durch Verbesserung der Informationen und die große Kombinierungsfähigkeit ihrer Geschäfte infolge der Mitwirkung mehrerer Bankdirektionen, so hat man die wichtigsten Gesichtspunkte beieinander, die für die Be-

urteilung der wirtschaftlichen Bedeutung dieser Bankkartelle in Betracht kommen.

Der Abschluß der Interessengemeinschaft mit der Bergisch-Märkischen Bank und dem Schlesischen Bankverein erwies sich für alle Beteiligten als so zweckmäßig, daß die Deutsche Bank im Jahre 1898 zum Abschluß von weiteren Interessengemeinschaften mit Aktienbanken schritt: zunächst mit der Hannoverschen Bank in Hannover.

Die Hannoversche Bank hatte ultimo 1897 ein Aktienkapital von 12 Millionen Mk. und Reserven von 1,2 Millionen Mk. Sie unterhielt eine Filiale in Hildesheim, die sich jedoch nicht bewährte und 1897 liquidiert wurde. Sie beschloß 1897 eine Vermehrung ihres Aktienkapitals um 6 Millionen Mk. Diese Aktien übernahm die Deutsche Bank fest und offerierte hiervon 4500000 Mk. zum Kurse von 115 % den Aktionären der Hannoverschen Bank derart, daß drei alte Aktien zum Bezuge einer neuen berechtigten; sie scheint also 1999500 Mk. Aktien zu dauerndem Besitz übernommen zu haben. Die Hannoversche Bank ihrerseits trat in intime Beziehungen zur Osnabrücker Bank in Osnabrück und zur Hildesheimer Bank in Hildesheim. Kommanditarisch beteiligt war sie bei Menz, Blochmann & Co. in Dresden, bei David Daniel in Celle, H. J. Kledwig & Reibstein in Göttingen und Reibstein & Co. in Münden.

In ähnlicher Form schloß die Deutsche Bank im Jahre 1898 eine Interessengemeinschaft mit der Oberrheinischen Bank in Mannheim, die Zweigniederlassungen in Heidelberg, Straßburg im Elsaß, Freiburg im Breisgau und in Karlsruhe, eine Depositenkasse in Ludwigshafen am Rhein und Kommanditen in Baden-Baden und Rastatt hatte.

Die Beziehungen der Deutschen Bank zur Oberrheinischen Bank datieren zurück bis zum Jahre 1894. In diesem Jahre nämlich erhöhte die Oberrheinische Bank ihr Aktienkapital von 3 auf 5 Millionen Mk. Die Aktien wurden in Berlin und Frankfurt von der Deutschen Bank eingeführt und die Emission von der Deutschen Bank garantiert (confer. Hecht: Die Mannheimer Banken, S. 60). Wie groß die Aktienübernahme von Aktien der Oberrheinischen Bank durch die Deutsche Bank im Jahre 1898 war, ist aus der Bilanz der Deutschen Bank nicht ersichtlich. Das Konto: „Dauernde Beteiligungen an fremden Unternehmungen" erscheint nur mit ca. 2 Millionen gegen das Vorjahr vermehrt; doch scheint die Deutsche Bank im Jahre 1898 ihren Besitz an Aktien der Deutsch-Überseeischen Bank sehr erheblich

vermindert zu haben; denn sie rechnet im Jahre 1898 den Gewinn aus dem Verkauf der Aktien der Deutsch-Überseeischen Bank mit Mk. 2 883 779 ab.

Die Kombination mit der Oberrheinischen Bank war bestimmt, das Geschäftsgebiet der Deutschen Bank namentlich in Süddeutschland zu erweitern. Die Interessengemeinschaft mit der Hannoverschen Bank sollte dazu dienen, in der Provinz Hannover und in der Kaliindustrie festen Fuß zu fassen.

Mit der Angliederung dieser beiden Institute war die Organisation der Deutschen Bank zunächst beendet, wenigstens soweit das inländische Geschäft in Betracht kam. Die Deutsche Bank war in den wichtigsten deutschen Handelszentren und den größten Industriebezirken durch eigene Filialen oder engliierte Banken vertreten. In Süddeutschland durch die Frankfurter Filiale, die Oberrheinische Bank und die Münchner Filiale, in Schlesien durch den Schlesischen Bankverein; in den Seeplätzen durch ihre Filialen in Hamburg und Bremen, in Rheinland-Westfalen durch die Bergisch-Märkische Bank. Ein Industriebezirk, in dem sie festen Fuß zu fassen noch entschlossen war, war Sachsen. Die Gelegenheit, hier das Feld ihrer Tätigkeit auszudehnen, bot ihr der Zusammenbruch der Leipziger Bank und der Dresdner Kreditanstalt im Juni 1901, der sie zur Errichtung einer Filiale in Leipzig veranlaßte. Zu gleicher Zeit erschienen am 25. Juni 1901 in den Mittagsdepeschen des Wolffschen Telegraphenbureaus folgende beiden denkwürdigen Telegramme.

Leipzig, 25. Juni, 11 Uhr 15 Min.

„Die Leipziger Bank hat vorläufig ihre Zahlungen eingestellt. Sie begründet diese Maßregel mit den Dresdner Bankzusammenbrüchen und verspricht, daß die Einleger ihre Gelder voraussichtlich zurückempfangen werden und sogar die Aktionäre nicht alles verlieren würden. Die Depositen sind unberührt und werden nach wie vor ausgeliefert."

Leipzig. „Der Aufsichtsrat der Leipziger Bank veröffentlicht folgende Erklärung: Nachdem durch den jüngst erfolgten Zusammenbruch der Kreditanstalt für Industrie und Handel in Dresden sich die Verhältnisse des Diskontmarktes überaus schwierig gestaltet haben und die Großdiskonteure die Hereinnahme unserer Wechsel in seitherigem Umfange verweigert haben, wir aber zur Erhaltung unseres ausgedehnten Geschäftsbetriebes auf weitere Diskontierung unserer Wechsel angewiesen sind, so sehen wir uns zu unserem

größten Leidwesen in die Notwendigkeit versetzt, im Interesse unserer Gläubiger zeitweilig unsere Zahlungen einzustellen. Wir richten das dringende Gesuch an alle Beteiligten, im eigenen Interesse und zur Vermeidung von Verlusten ruhig zu warten und uns bei Abwicklung aller Engagements zu unterstützen. Wir geben die Erklärung ab, daß wir bei sachgemäßer Abwicklung nicht nur jeden Verlust für unsere Gläubiger als ausgeschlossen ansehen, sondern auch ein günstiges Ergebnis für unsere Aktionäre glauben erwarten zu dürfen. Wenn auch temporär unsere Kassenauszahlungsschalter geschlossen gehalten werden müssen, so bleiben anderseits die Effektenschalter geöffnet, und es können daselbst während der Geschäftsstunden Aufbewahrungsdepositen abgehoben, Vorschußdepots Zug um Zug gegen Zahlung der darauf lastenden Vorschußbeträge nebst Zinsen und Spesen eingelöst werden."

Leipzig, 25. Juni 1901. Leipziger Bank. Aufsichtsrat. Georg Schröder, Stellvertretender Vorsitzender; Direktoren A. H. Exner, Dr. Gentsch."

Berlin, 25. Juni 1901. Wolffsches Bureau.

Die Deutsche Bank teilt mit:

„Infolge der an den Hauptplätzen Sachsens eingetretenen Stockung zweier bedeutender Bankinstitute beabsichtigt die Deutsche Bank den längst gehegten Plan, ihre Geschäftstätigkeit in Sachsen auszudehnen, durch die Errichtung einer Filiale in Leipzig zu verwirklichen. Leitend hierbei ist die Erwägung, daß für Industrie und Handel Sachsens ein derartiges Vorgehen in diesem Augenblicke ganz besonders wertvoll erscheinen muß."

Kurze Zeit darauf wurde die Firma Menz, Blochmann & Co. in Dresden, die in engen Beziehungen zur Deutschen Bank bereits stand, in die Dresdner Filiale der Deutschen Bank umgewandelt. Im Jahre 1902 knüpfte dann die Deutsche Bank aus der Erkenntnis heraus, daß die Montanindustrie in Deutschland den Tiefstand erreicht habe und langsam besseren Zeiten entgegengehe, neuerdings weitere Beziehungen zu Rheinland-Westfalen an durch Übernahme fast des gesamten Aktienkapitals der Duisburg-Ruhrorter Bank in Höhe von 12 Millionen Mk. Die Deutsche Bank vermehrte zu diesem Zweck ihr Aktienkapital um 10 Millionen Mk., also auf 160 Millionen.

Zur Pflege des überseeischen Geschäfts dienten der Deutschen Bank nicht nur ihre Filialen in Hamburg, Bremen und London,

sondern außerdem ein selbständiges, von ihr gegründetes Bankinstitut: die Deutsch-Überseeische Bank.

Die Deutsch-Überseeische Bank wurde von der Deutschen Bank im Jahre 1893 gegründet und übernahm die Geschäfte der in Liquidation getretenen Deutschen Übersee-Bank. Das Aktienkapital wurde festgesetzt auf 20 Millionen Mk. in fünf Aktienreihen. Zunächst wurden 40 %, = 8 Millionen Mk., eingezahlt. Die Bank widmete sich zuerst hauptsächlich dem argentinischen Geschäft durch ihre Niederlassung in Buenos Ayres. Später im Jahre 1896 wurde der Geschäftskreis auf Chile ausgedehnt, in Valparaiso eine Filiale errichtet und zu diesem Zweck durch Vollzahlung der beiden ersten Aktienserien das eingezahlte Aktienkapital um 4,8 auf 12,8 Millionen Mk. erhöht. Im Jahre 1899 wurde die Tätigkeit auch auf Mexiko erstreckt durch Errichtung des Banco Central Mexicano in Mexiko. Gegenwärtig hat die Bank Filialen außer in Buenos Ayres, Mexiko und Valparaiso in Santiago de Chile, Antofagasto, Concepcion, Iquique und Valdivia. Die Dividenden der Bank betrugen seit ihrer Errichtung im Jahre 1893 bis zum Jahre 1902: 6, 7, 9, 9, 8, 8, 8, 8, 8, 8 %. Ultimo 1895 besaß die Deutsche Bank fast das gesamte mit 8 Millionen Mk. eingezahlte Aktienkapital der Überseeischen Bank, nämlich nach der Bilanz 7 519 030 Mk. Im Jahre 1896 wurden nach der Erhöhung des eingezahlten Aktienkapitals auf 12,8 Millionen Mk. die Aktien zu 140 % imittiert, und Ende des Jahres 1896 stand der Besitz der Deutschen Bank an Aktien der Überseeischen Bank mit 4 497 431 Mk. zu Buch. Sie scheint in dem nächsten Jahre ihren Besitz an Aktien dieser Bank noch weiter vermindert zu haben. Sie rechnet den aus dem Verkauf der Aktien erzielten Gewinn in der Bilanz von 1898 mit 2 883 779 Mk. ab.

Überblicken wir die Organisation der Deutschen Bank, wie sie sich Ende 1902 darstellt, so erhalten wir folgendes Bild von der Deutschen Bank, ihren Filialen und den Niederlassungen der ihr angegliederten oder engbefreundeten Banken.

Brandenburg.

Berlin, Zentrale und 16 Depositenkassen.
Charlottenburg, 3 Depositenkassen.
Schöneberg, 1 Depositenkasse.
Rixdorf, 1 Depositenkasse.
Wilmersdorf, 1 Depositenkasse.

Rheinland Westfalen.

Elberfeld, Bergisch-Märkische Bank.
Barmen, Bergisch-Märkische Bank.
Essen, Essener Kreditanstalt.
Köln, Bergisch-Märkische Bank.
Bochum, Essener Kreditanstalt.
Duisburg, Bergisch-Märkische Bank, Duisburg-Ruhrorter Bank.
Ruhrort, Bergisch-Märkische Bank.
Mülheim a. Ruhr, Essener Kreditanstalt.
Hagen, Bergisch-Märkische Bank, Hagen.
Dortmund, Essener Kreditanstalt.
Düsseldorf, Bergisch-Märkische Bank, Niederrheinische Bank, Zweiganstalt der Duisburg-Ruhrorter Bank.
Gelsenkirchen, Essener Kreditanstalt.
Herne, Essener Kreditanstalt.
Schalke, Schalker Bank, Filiale der Essener Kreditanstalt.
Aachen, Bergisch-Märkische Bank, Aachen.
Krefeld, „ „ „ Krefeld.
Remscheid, Remscheider Bank, Filiale der Bergisch-Märkischen Bank.
Bonn, Bergisch-Märkische Bank, Bonn.
Velbert, Essener Kreditanstalt, Agentur Velbert.
Witten, „ „ „ Witten.
Recklinghausen, Kreditbank Recklinghausen, Filiale der Essener Kreditanstalt.

Hannover.

Hannover, Hannoversche Bank.
Hildesheim, Hildesheimer Bank.
Osnabrück, Osnabrücker Bank.
Linden vor Hannover, Hannoversche Bank, Depositenkassen, Linden vor Hannover.
Lüneburg, Hannoversche Bank, vorm. Simon Heinemann.
Celle, „ „ „ David Daniel.
Goslar, Hildesheimer Bank, Filiale Goslar.
Harburg, Filiale der Hannoverschen Bank.

Schlesien.

Breslau, Schlesischer Bankverein.
Liegnitz, Kommandite des Schlesischen Bankvereins.

Beuthen, Kommandite des Schlesischen Bankvereins
Glogau, = = = =
Görlitz, = = = =
Gleiwitz, = = = =
Leobschütz, = = = =
Glatz, = = = =
Neisse, = = = =

Mecklenburg.

Rostock, Agentur der Mecklenburger Hypotheken- und Wechselbank.
Schwerin, Mecklenburger Hypotheken- und Wechselbank.
Wismar, Agentur der Mecklenburger Hypotheken- u. Wechselbank.

Seestädte.

Hamburg, Hamburger Filiale der Deutschen Bank (8 Depositenkassen).
Bremen, Bremer Filiale der Deutschen Bank.
Bergedorf, Depositenkasse der Hamburger Filiale der Deutschen Bank.

Süddeutschland.

Frankfurt a. M., Frankfurter Filiale der Deutschen Bank.
Wiesbaden, Wiesbadener Depositenkasse der Deutschen Bank.
Mannheim, Oberrheinische Bank.
Baden-Baden, = = Filiale Baden-Baden.
Basel, = =
Bruchsal, = = Filiale Bruchsal.
Freiburg i. Br., = =
Heidelberg, = = Heidelberg.
Karlsruhe, = =
Rastatt, = =
Straßburg, = =
Mülhausen i. E., Oberrheinische Bank, Filiale Mülhausen i. E.
München, Filiale der Deutschen Bank, München.

Sachsen.

Leipzig (3 Depositenkassen).
Dresden (3 Depositenkassen).
Gotha (Privatbank zu Gotha).
Weimar, Privatbank zu Gotha, Filiale Weimar.
Erfurt, Privatbank zu Gotha, Filiale Erfurt,

Was das ausländische Geschäft betrifft, so ist die Organisation des überseeischen Geschäfts bereits vorher dargestellt. Abgesehen von dem überseeischen Geschäft hat die Deutsche Bank im Auslande den Verkehr nur in England einer eigenen Zweigniederlassung übertragen, nämlich der Deutschen Bank (Berlin) London agency, in Frankreich ist sie liiert mit dem Crédit Lyonnais, in Österreich-Ungarn namentlich mit dem Wiener Bankverein, in der Schweiz mit der Schweizerischen Kreditanstalt Zürich, in Italien mit der Banca Commerciale Italiana, in Rußland mit der Russischen Bank für Auswärtigen Handel, in der Türkei mit der Banque Ottomane in Konstantinopel, in Spanien mit der Bankfirma Guilermo Vogel & Co. in Madrid. Sehr frühzeitig hat die Deutsche Bank mit den Vereinigten Staaten von Amerika Beziehungen angeknüpft, vornehmlich mit den Firmen J. P. Morgan & Co. und Speyer und Co. in New York, mit ersterer durch die gemeinsam durchgeführte Reorganisation der Northern Pacificbahn, mit letzterer durch die Anfang der 1890 er Jahre erfolgte Übernahme der Berliner Firma Arthur Gwinner & Co., deren Inhaber in nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zu den Firmen Speyer & Co., New York, und L. Speyer Elissen in Frankfurt a./M. stand. Im geschäftlichen Verkehr mit Südafrika steht die Deutsche Bank durch die unter ihrer wesentlichen Mitwirkung gegründete große Minenfirma A. Görz & Co. Lt.

b) Der Geschäftsumfang der Deutschen Bank.

Um zunächst nach äußeren Merkmalen ein Bild zu entwerfen von dem Geschäftsverkehr der Deutschen Bank, sei hervorgehoben, daß sie Ende 1902 2694 Beamte beschäftigte gegen 1340 ultimo 1896. Die Zahl der Beamten betrug:

ultimo 1896	1340
1897	1441
1898	1625
1899	1862
1900	2063
1901	2398
1902	2694

Einen Begriff von dem Umfange der Geschäftsbeziehungen liefert die Zahl der Konten, welche bei ihrer Zentrale in Berlin geführt wurden. Darüber gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Konten bei der Zentrale.

Jahr	Kontokorrent-Verbindungen	Depositenkonten	Konten überhaupt
ultimo 1896	4712	24 734	40 209
1897	5087	28 878	45 860
1898	5385	34 662	53 800
1899	5791	42 605	64 612
1900	6585	51 622	76 932
1901	7192	?	89 824
1902	7526	?	97 592

Am besten illustriert wird die Stellung, welche die Deutsche Bank ihrem Geschäftsumfang nach unter den deutschen Bankinstituten einnimmt, durch ihren Anteil an den gesamten Stempelabgaben, die in Deutschland entrichtet wurden. Diesbezügliche Angaben sind leider nur in den Geschäftsberichten von 1896 und 1900 enthalten. Diese Angaben genügen aber, um zu zeigen, wie sehr einerseits seit dem Jahre 1896 bis zum Jahre 1900 der Anteil der Deutschen Bank an dem bankgeschäftlichen Verkehr in Deutschland (unberücksichtigt die ihr angegliederten Institute) gewachsen ist, und wie groß anderseits dieser Anteil gegenwärtig ist.

Die Deutsche Bank entrichtete im Jahre 1896 für Effektenstempel (Emissionsstempel) 1 415 992 Mk. oder 9,269 % des gesamten in Deutschland entrichteten Effektenstempels; 1900 dagegen 2 287 765 Mk. oder 10,96 % des gesamten Effektenstempels. An Schlußscheinstempel zahlte sie (Umsatzsteuer) 1896 654 324 Mk. oder 4,776 %; 1900 880 439 Mk. oder 6,07 % des gesamten Umsatzstempels, d. h. mit anderen Worten: Der Anteil der Deutschen Bank am deutschen Emissionsgeschäft betrug 1900 mehr als der zehnte Teil desselben und der Anteil am Umsatz in Effekten 6,07 % oder fast den fünfzehnten Teil. Wenn man auch die der Deutschen Bank angegliederten Banken in Berücksichtigung zieht, wird man ihren Anteil am deutschen Emissionsgeschäft mit 15 bis 20 % und am Umsatz in Effekten mit ca. 10 % nicht zu hoch gegriffen haben.

Wie sich das eigene und das fremde Kapital, das der Deutschen Bank zufloß, vermehrt hat, darüber gibt die von der Reichsbank angefertigte Statistik, auf die hier verwiesen wird, näheren Aufschluß. Es mag hier nur kurz erwähnt werden, daß ultimo 1902 das eigene Kapital der Deutschen Bank 215,3 Millionen Mk. betrug,

nämlich 160 Millionen Mk. Aktienkapital und 55,3 Millionen Mk. Reserven. Die gesamten der Bank zur Verfügung stehenden Mittel, die ihren Ausdruck finden in der Höhe der gesamten Aktiva, betrugen mehr als das Fünffache ihres eigenen Kapitals, nämlich 1140,9 Millionen Mk. Von den fremden Geldern betrugen allein die Depositen 213,5 Millionen Mk., also fast soviel wie das Aktienkapital und die Reserven zusammen, die Kontokorrentkreditoren 507 Millionen Mk. und die Accepte 145,3 Millionen Mk., letztere also beinahe so viel wie das Aktienkapital.

c) Der Geschäftsumfang der Zentrale und Filialen.

Nach den Bilanzen der Deutschen Bank stellt sich das Verhältnis der Deutschen Bank zu ihren Filialen buchmäßig dar wie ein reines Kontokorrentverhältnis. Die Filialen sind nicht, wie beispielsweise die Frankfurter Filiale der Deutschen Genossenschaftsbank, mit einem besonderen Betriebskapital ausgestattet, sondern ihr Betriebskapital ist schwankend und erscheint in den Bilanzen der Deutschen Bank auf der Aktivseite als separater Debitoren-Posten der Filialen.

Um ein Bild zu gewinnen, welcher Teil des Aktienkapitals der Deutschen Bank den Filialen zur Verfügung stand, nehmen wir die bilanzmäßigen Salden, welche die Filialen der Zentrale am Ende der Jahre schulden. Nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Höhe des Kapitals, das seitens der Deutschen Bank in den Filialen investiert war. Es betrug:

31. Dez. der Jahre	Aktienkapital der Deutschen Bank Mill. Mk.	Debetsaldo der Filialen ultimo Mill. Mk.	% des Aktienkapitals der Deutschen Bank	Depositen der Filialen Mill. Mk.
1896	100	28,5	28½	26,6
1897	150	29,7	20	26,0
1898	150	32,7	22	31,5
1899	150	26,2	17½	41,0
1900	150	42,2	28	52,6
1901	150	59,9	40	64,5
1902	160	63,5	40	55,6

Die Tabelle zeigt, daß in den Filialen ultimo 1902 40 % vom Aktienkapital der Deutschen Bank investiert waren. Sie zeigt ferner, wie sich, wenn wir das Guthaben der Deutschen Bank bei ihren Filialen

als Eigenkapital der Filialen betrachten, das Eigenkapital der Filialen zu den ihnen zugeflossenen Depositen stellt. Um festzustellen, was die Filialen der Deutschen Bank gebracht haben, geben wir nachfolgend eine Tabelle über die Reingewinne der Filialen, ihre Unkosten und das Verhältnis des Reingewinns im Verhältnis zu ihrem Betriebskapital.

Der Reingewinn der Filialen ist aus den Bilanzen der Deutschen Bank derart gewonnen, daß aus dem Gewinn- und Verlustkonto der Zentrale der Deutschen Bank in Berlin der Gewinn auf Filialen, Kommanditen und dauernden Beteiligungen bei fremden Unternehmungen herausgezogen und hiervon der in dem Gewinn- und Verlustkonto der Zentrale und der Filialen enthaltene Posten, Gewinn auf Kommanditen und dauernden Beteiligungen bei fremden Unternehmungen in Abzug gebracht wurde. Bis zum Jahre 1901 inklusive hat die Deutsche Bank den Gewinn der Filialen in der eben von uns angegebenen Art in der Bilanz in einem Posten aufgenommen, für das Jahr 1902 jedoch ist der Gewinn auf die einzelnen Konten (Wechsel, Zinsen, Sorten, Effekten u. s. w.) verteilt, und wir haben den gesamten Gewinn der Filialen durch Addition der einzelnen Posten herausgerechnet.

Deutsche Bank.

Jahre	Debetsaldo der Filialen Mill. Mk.	Reingewinn der Filialen Mill. Mk.	%	Unkosten Mill. Mk.
1896	28,5	2 954 908	10	2 039 200
1897	29,7	3 330 102	11,5	2 032 897
1898	32,7	3 532 594	11	2 357 807
1899	26,2	3 675 623	14	2 447 055
1900	42,2	3 676 795	9	2 862 545
1901	59,9	3 614 334	6	3 608 379
1902	63,5	3 840 197	6	4 167 310

Im einzelnen geht das Verhältnis der Umsätze der Filialen und der Zentrale aus folgenden Tabellen hervor:

(Tabellen siehe S. 114.)

d) Das Wechsel-, Diskont-, Lombard- und Kontokorrentgeschäft der Deutschen Bank.

Die Aktivgeschäfte der Deutschen Bank werden im allgemeinen genügend erläutert durch das separat abgedruckte Tabellenwerk, aus

Jahre	Bei der Zentrale Mk.	Bei den Filialen Mk.
	Gesamtumsatz:	
1896	16 600 000 000	18 900 000 000
1897	18 500 000 000	19 400 000 000
1898	21 700 000 000	22 700 000 000
1899	26 000 000 000	24 800 000 000
1900	24 700 000 000	25 100 000 000
1901	25 700 000 000	26 000 000 000
1902	28 400 000 000	28 400 000 000
	Kassakonto:	
1896	2 300 000 000	5 800 000 000
1897	2 800 000 000	6 000 000 000
1898	3 400 000 000	7 200 000 000
1899	4 100 000 000	7 900 000 000
1900	4 300 000 000	7 700 000 000
1901	4 700 000 000	8 100 000 000
1902	4 900 000 000	9 000 000 000
	Wechselkonto:	
1896	2 100 000 000	3 400 000 000
1897	2 300 000 000	3 500 000 000
1898	2 800 000 000	3 900 000 000
1899	3 600 000 000	4 000 000 000
1900	3 700 000 000	4 200 000 000
1901	4 100 000 000	4 600 000 000
1902	4 760 000 000	4 830 000 000
	Kontokorrente[1]:	
1896	6 900 000 000	7 100 000 000
1897	7 500 000 000	7 400 000 000
1898	8 900 000 000	8 500 000 000
1899	10 300 000 000	9 500 000 000
1900	9 900 000 000	9 800 000 000
1901	10 400 000 000	10 000 000 000
1902	11 300 000 000	10 800 000 000
	Depositengelder:	
1896	950 000 000	6 000 000
1897	1 100 000 000	6 000 000
1898	1 200 000 000	7 000 000
1899	1 400 000 000	9 000 000
1900	1 400 000 000	10 000 000
1901	1 400 000 000	10 000 000
1902	1 600 000 000	20 000 000

[1] Inkl. der laufenden Konten der Filialen bei der Zentrale.

Jahre	Bei der Zentrale Mk.	Bei den Filialen Mk.
	Acceptenkonto:	
1896	400 000 000	1 500 000 000
1897	400 000 000	1 500 000 000
1898	500 000 000	1 800 000 000
1899	600 000 000	2 000 000 000
1900	700 000 000	2 100 000 000
1901	900 000 000	2 100 000 000
1902	1 100 000 000	2 200 000 000

Depositenbestand:

Jahre	Mill. Mk.	Zentrale Mill. Mk.	Filialen Mill. Mk.
1896	92,6	66,0	26,6
1897	101,7	75,6	26,1
1898	121,7	90,2	31,5
1899	155,5	114,5	41,0
1900	190,9	138,2	52,7
1901	214,5	149,9	64,6
1902	213,5	157,8	55,7

dem die Größe der Wechselbestände, des Lombard-, Report- und Debitorenkontos der Deutschen Bank in den einzelnen Jahren ersichtlich ist.

Einen besonders deutlichen Maßstab für die Beurteilung des sogenannten regulären Geschäftes geben die Umsätze auf dem Wechselkonto, die aus nachfolgender Tabelle ersichtlich sind. Es ist besonders dankenswert, daß die Deutsche Bank nicht nur den Nominalbetrag der Wechsel angibt, sondern auch die Stückzahl und den Durchschnittsbetrag der Wechsel, die bei ihr ein und aus gehen.

Bei der Zentrale gingen Wechsel ein und aus:

Jahre	Stück	Gesamtbetrag Mk.	Durchschnitt Mk.
1896	854 975	4 342 869 898	5070
1897	926 228	4 662 225 668	5003
1898	988 951	5 735 776 631	5770
1899	1 101 692	7 246 285 126	6540
1900	1 324 915	7 582 226 902	5679
1901	1 562 452	8 405 660 918	5318
1902	1 785 996	9 490 115 885	5313

Interessant ist in dieser Tabelle die Wahrnehmung, daß der Durchschnittsbetrag der Wechsel vom Jahre 1896 bis zum

Jahre 1899, in welchem die wirtschaftliche Lage in Deutschland den Höhepunkt erreichte, fortgesetzt gestiegen ist, und zwar von 5070 Mk. im Jahre 1896 auf 6540 Mk. im Jahre 1899, während er vom Jahre 1900 an sich fortgesetzt vermindert, und zwar von 6540 Mk. im Jahre 1899 bis auf 5313 Mk. im Jahre 1902. Dagegen ist die Stückzahl der Wechsel, die bei der Deutschen Bank ein- und ausgingen, ununterbrochen gestiegen, ein Beweis dafür, daß die anfangs unfreiwillige, später freiwillige Beschränkung des Kreditbedürfnisses weniger in der Zahl der ausgestellten Wechsel als in deren Betrage zum Ausdruck kommt.

Neben der wechselmäßigen Kreditgewähr kommt für das laufende Geschäft namentlich die Kreditgewähr im Kontokorrent-Verkehr in Betracht. Die nachstehende Tabelle zeigt die Debitoren bei der Zentrale der Deutschen Bank einerseits und bei den Filialen anderseits:

Debitoren der Deutschen Bank, Berlin.

Jahre	Gedeckt durch Sicherheiten Mill. Mk.	Ungedeckt Mill. Mk.	Guthaben bei Bankiers Mill. Mk.	Summe Mill. Mk.	Zahl der Debitoren	Durchschnitt Mk.
1896	77,5	6,4	12,3	96,2	1703	57 000
1897	98,4	12,7	11,9	123,0	1856	66 000
1898	109,2	15,5	7,5	132,2	1960	67 000
1899	125,9	18,7	6,6	151,2	2023	74 000
1900	133,9	22,7	9,5	166,1	2263	73 000
1901	135,0	26,7	8,2	169,9	2296	74 000
1902	133,2	25,0	34,4	192,6	2462	78 000

Debitoren der Filialen.

Jahre	Gedeckt durch Sicherheit Mill. Mk.	Bürgschaftsdebitoren Mill. Mk.	Guthaben bei ersten Banken Mill. Mk.	Ungedeckt Mill. Mk.	Summe Mill. Mk.
1896	68,3	30,7	5,2	3,7	107,9
1897	74,2		3,9	35,0	113,1
1898	82,3		4,0	34,7	121,0
1899	97,5		11,2	40,1	148,8
1900	104,6		5,2	32,8	142,6
1901	104,8		6,0	31,5	142,3
1902	114,2		5,0	32,4	151,6

Bei den Debitoren der Zentrale der Deutschen Bank ist angegeben, auf wieviel Schuldner sich die Summe der Debitoren verteilt, eine Angabe, die bei den Filialen jedenfalls deshalb nicht gemacht ist, wei sich die Debitoren hier auf die verschiedenen Filialen verteilen und Spezialbilanzen der einzelnen Filialen fehlen. In die Augen fällt die Tatsache, daß bei den Filialen prozentual die ungedeckten Debitoren gegenüber den gedeckten Debitoren größer sind als bei der Zentrale, eine Erscheinung, die dadurch erklärlich ist, daß bei der Zentrale die durch Effektenunterlage gedeckten Debitoren wegen der Konzentration des Börsengeschäfts in Berlin eine größere Rolle spielen als bei den Filialen, bei letzteren dagegen kommerzielle Kredite, namentlich auch Blankokredite, in Betracht kommen. Bemerkenswert ist ferner die sehr starke Vermehrung der Debitoren dem Durchschnitts- und dem Gesamtbetrage nach im Jahre 1899 bei den Filialen sowie bei der Zentrale. Bei der Zentrale wuchsen die Debitoren von ultimo 1898 bis 1899 um 15 Millionen, bei den Filialen sogar um 27 Millionen, und die ungedeckten Debitoren stiegen bei den Filialen von 1898 bis 1899 von 34,7 auf 40,1 Millionen. Diese Zahlen werden uns weiter unten noch beschäftigen, wenn wir bei der zusammenhängenden Betrachtung der Tätigkeit der Banken in der aufsteigenden Konjunktur der Jahre 1896 bis 1900 auf ihre Einwirkung auf das Entstehen der Krisis zu sprechen kommen werden.

e) Das Unternehmergeschäft der Deutschen Bank.

1. Die dauernden Beteiligungen der Deutschen Bank bei fremden Unternehmungen.

Die in der Bilanz unter dem Konto „Dauernde Beteiligungen bei fremden Unternehmungen“ gebuchten Engagements betreffen namentlich dauernde Beteiligungen der Deutschen Bank bei Aktienbanken und zwar die oben erwähnten Beteiligungen bei der Bergisch-Märkischen Bank, dem Schlesischen Bankverein, der Hannoverschen Bank, Oberrheinischen Bank, Duisburg-Ruhrorter Bank und der Deutsch-Überseeischen Bank. Außerdem sind in diesem Konto enthalten die Beteiligung der Deutschen Bank bei der Deutschen Treuhand-Gesellschaft, die hier nur kurz erwähnt zu werden braucht, weil Dr. Felix Hecht hierüber einen ausführlichen Bericht liefert. Die Deutsche Treuhand-Gesellschaft, die im Jahre 1890 unter der Firma Deutsch-Amerikanische Treuhand-Gesellschaft gegründet wurde, hat zum Zweck: 1. Übernahme des Amts als Pfandhalter oder Treu-

händer; 2. Ausstellung von Zertifikaten oder Hinterlegungsscheinen an Stelle von Wertpapieren, welche bei der Gesellschaft hinterlegt werden; 3. Vertretung inländischer und ausländischer Gesellschaften zum Zwecke von Aktienregistrierung und Vornahme von Aktienumschreibungen; 4. Vertretung der Besitzer in- und ausländischer Wertpapiere; 5. Ausgabe verzinslicher Obligationen, für welche der Gegenwert in Wertpapieren sich im Besitz der Gesellschaft befindet; 6. Betrieb sonstiger Bankgeschäfte.

Im Jahre 1896 stand der Besitz der Deutschen Bank an Aktien der Treuhand-Gesellschaft mit 496 000 Mk. zu Buch. Seitdem ist die Höhe des Aktienbesitzes in den Bilanzen der Deutschen Bank nicht mehr besonders angegeben. Hervorgehoben werden soll noch, daß die Deutsche Treuhand-Gesellschaft in der Krisis der Deutschen Hypothekenbanken im Jahre 1900 bis 1902 eine hervorragende Rolle gespielt hat, und daß sie seit dem Jahre 1902 ihr Geschäftsgebiet durch die berufsmäßige Übernahme der Tätigkeit als Revisor erweitert hat. „Die Deutsche Treuhand-Gesellschaft wurde hierauf hingewiesen," wie es im Geschäftsbericht der Deutschen Bank für 1902 heißt, „durch die Vorkommnisse der letzten Jahre und durch vielfache, namentlich seitens der Mitglieder von Aufsichtsräten an sie herangetretene Wünsche. Die bestehende Gesetzgebung belastet das Mitglied des Aufsichtsrates einer deutschen Aktiengesellschaft mit Pflichten, welche in vielen Fällen nachgewiesenermaßen unerfüllbar sind, und mit einer Verantwortlichkeit und Haftung, welche häufig in gar keinem Verhältnis zu den mit der Stellung als Aufsichtsrat verknüpften Vorteilen stehen. Das Bedürfnis, die Gefahren einer solchen Verantwortlichkeit zu verringern, ist deshalb in weiten Kreisen vorhanden und die Einbürgerung der in Deutschland sehr ausgedehnten Einrichtung der Bücherrevision durch eine sich dieser besonderen Tätigkeit vermittelst geschulten Personals widmende Firma dürfte durchaus zweckmäßig sein." Die Aktien der Deutschen Treuhand-Gesellschaft sind bisher an der Börse nicht eingeführt.

Die Deutsche Bank hat bei ihren dauernden Beteiligungen ihren eigenen Weg beschritten, der sich wesentlich unterscheidet von dem der Diskonto-Gesellschaft einerseits und dem der Dresdner Bank andererseits. Die Dresdner Bank hat beispielsweise die Bremer Bank seinerzeit derart in sich aufgenommen, daß die Bremer Bank ganz in ihr aufging mit ihrer Firma und als Filiale der Dresdner Bank weitergeführt wurde. Die Bremer Bank verlor also ihre selbständige Existenz. Mehr Selbständigkeit schon ließ die Diskonto-Gesellschaft der Nord-

deutschen Bank, deren gesamtes Aktienkapital zwar in die Hände der Diskonto-Gesellschaft gelangte, deren Firma jedoch bestehen blieb, und damit wenigstens nach außen hin eine beschränkte Selbständigkeit. Die Deutsche Bank hat den Instituten, die sie sich angegliedert hat, ihre Selbständigkeit im vollen Umfange gelassen und nur durch Herstellung einer Personalunion im Aufsichtsrat und teilweise auch in der Direktion den Einfluß auf die Geschäftsleitung, den ihr großer Aktienbesitz ihr gewährte, gesichert und erhöht. Sie hat nie das ganze Kapital der angegliederten Institute erworben, sondern in der Regel nur eine starke 3/4 Majorität, manchmal auch weniger. Sie ermöglichte dadurch, daß die Aktien der angegliederten Institute ihren Markt an der Börse behielten und sie in der Lage war, ihren Bestand an diesen Aktien je nach ihrem Ermessen zu verringern oder zu erhöhen. Sie sicherte sich dadurch ferner einen offiziellen Maßstab für die Bewertung dieses ihres Effektenbestandes in der Notiz der Börse. Aus den Bilanzen der Deutschen Bank ist im einzelnen nicht ersichtlich, wie ihr Bestand an Aktien der von ihr angegliederten Bankinstitute sich im Laufe der Jahre verändert hat. Das Beispiel der Deutsch-Überseeischen Bank zeigt jedoch ungefähr den Richtungsweg, welchen die Deutsche Bank befolgt hat.

Im Jahre 1895 hatte die Deutsche Bank noch fast das gesamte mit 8 Millionen Mk. eingezahlte Aktienkapital der Deutsch-Überseeischen Bank im Portefeuille. Als sie dann aber im Jahre 1896 die Erhöhung des Kapitals auf 12,8 Millionen Mk. durchführte, reduzierte sie ihren Besitzstand durch Emission der Aktien an der Börse bereits auf ca. 4½ Millionen Mk.

Mit ihren dauernden Beteiligungen an deutschen Aktienbanken hat die Deutsche Bank durchweg bisher guten Erfolg gehabt, wenn wir von dem schlechten Erträgnis, das die Oberrheinische Bank im Jahre 1902 infolge der Verluste bei den Rheinau-Gesellschaften erzielte, absehen. Seit dem Jahre 1896 war dies der einzige Fall, daß eine der Banken, an denen die Deutsche Bank dauernd beteiligt war, dividendenlos blieb. Welche Erträgnisse die Deutsche Bank aus ihren Beteiligungen erzielt hat, geht aus folgender Tabelle hervor, welche die Dividenden dieser Banken zeigt:

Dividenden.

	1896 %	1897 %	1898 %	1899 %	1900 %	1901 %	1902 %
Bergisch-Märkische Bank . .	7½	7½	8	8½	8½	8½	8
Schlesischer Bankverein . . .	7	7	7	7½	7	6½	6½
Osnabrücker Bank	7	7	7	7½	7½	7½	7½
Oberrheinische Bank	6	6	6	6	6	6	0
Hannoversche Bank	5⅘	6	6	6	6	4	6
Hildesheimer Bank	7	7	7	7	7	7	7
Deutsch-Überseeische Bank . .	9	8	8	8	8	8	8

2. Das Gründungsgeschäft.

Außer an den in der Bilanz unter der Rubrik „Dauernde Beteiligungen bei fremden Unternehmungen“ enthaltenen Aktienbanken ist die Deutsche Bank auch an anderen Unternehmungen dauernd beteiligt, die jedoch in der Bilanz im Konsortialkonto enthalten sind. Diese Unternehmungen sind meist unter wesentlicher Mitwirkung der Deutschen Bank gegründet worden, doch nicht in der Absicht, dauernd ein überwiegendes Aktieninteresse an ihnen zu behalten, sondern ihre Entwicklung so lange zu überwachen und zu fördern, bis sie ertragsfähig und ihre Aktien emissionsreif werden. Hierhin gehören die Unternehmungen auf dem Gebiete des Eisenbahnbaues und der Industrie im In- und Auslande. Unter wesentlicher Beteiligung der Deutschen Bank auf dem Gebiete des Eisenbahnbaues und der Eisenbahnunternehmertätigkeit erfolgte namentlich die Reorganisation der Northern Pacific Railroad Co. und der Oregon Railway and Navigation Co., die Errichtung der Anatolischen Eisenbahn und der Eisenbahn Saloniki-Monastir, der Betriebsgesellschaft für orientalische Bahnen, ferner der unter Mitwirkung von Siemens & Halske im Jahre 1897 ins Leben gerufenen Gesellschaft für Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin, der Bau- und Betriebsgesellschaft für die städtischen Straßenbahnen in Wien, der Schweizerischen Zentralbahn und neuerdings der Bagdadbahn.

Von besonders bemerkenswerten Gründungen der Deutschen Bank auf industriellem Gebiete in neuerer Zeit sind hervorzuheben: Die Deutsch-Österreichischen Mannesmann-Röhren-Werke, die jahrelang mit großen Verlusten gearbeitet haben, deren Status sich jedoch in letzter Zeit gebessert hat, die Umwandlung der Firma Siemens & Halske in eine Aktiengesellschaft, die Deutsch-Über-

seeische Elektrizitätsgesellschaft in Buenos Ayres, die Studiengesellschaft für elektrische Schnellbahnen in Berlin und die Gesellschaft für elektrische Licht- und Kraftanlagen in Berlin.

Wie diese Beteiligungen der Deutschen Bank sich in jedem Jahre verändert haben, und wie groß sie gegenwärtig im einzelnen sind, läßt sich aus den Bilanzen nicht entnehmen. Einen ungefähren Überblick über die Zusammensetzungen der Konsortialbeteiligungen und die Verteilung des Risikos bei ihnen ergibt folgende Zusammenstellung des Konsortialkontos:

Konsortialkonto.

	1896		1897		1898		1899		1900		1901		1902	
Beteilig. an Grundstücksgeschäft, eingez.	**2**	0,2	**3**	0,6	**3**	0,5	**8**	0,6	**8**	0,7	**11**	1,60	**12**	1,7
Beteilig. an Staats-, Kommunal-Papier- u. Eisenbahngeschäft, eingez.	**35**	20,7	**34**	14,9	**34**	9,1	**37**	5,8	**35**	7,5	**25**	4,2	**23**	6,2
Beteilig. an Aktiengesellsch. (Aktien u. Obligationen), eingez.	**64**	10,9	**73**	15,2	**93**	24,8	**109**	23,9	**127**	24,5	**134**	29,60	**152**	24,3
Konto eigener Effekten.														
Staats- u. Kommunal-Papiere, Pfandbriefe und Eisenbahnobligationen	**54**	24,7	**62**	20,9	**88**	22,2	**90**	24,3	**74**	15,6	**138**	23,8	**146**	31,9
Eisenbahn-, Bank- u. Industrieaktien . .	**43**	6,9	**51**	3,7	**52**	4,0	**54**	7,0	**72**	15,6	**82**	9,1	**89**	8,2[1]
Obligationen in den Unternehmungen .	**3**	0,9	**4**	0,1	**6**	0,05	**6**	0,9	**13**	3,0	**36**	3,6	**23**	0,9
Diverse	—	0,1	—	0,04	—	0,02	—	0,06	—	0,1	—	0,1	—	0,1

Die fetten Ziffern geben an, auf wie viel verschiedene Geschäfte sich die eingezahlten Beträge verteilen. Die Beträge selbst sind in Millionen Mark angegeben.

Um einen Überblick darüber zu geben, an einer wie großen Anzahl von Aktiengesellschaften die Deutsche Bank beteiligt ist, nennen wir nachstehend (zusammengestellt nach dem Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte) diejenigen Gesellschaften, in deren

[1] Darunter 2,07 Mill. Mk. Aktien und Stammprioritäten deutscher Bahnen, für welche Verstaatlichungsgebot vorliegt.

Direktion oder Aufsichtsrat sich ein Direktor der Deutschen Bank befindet.

Arthur Gwinner, Mitglied des Aufsichtsrats:

1. der Deutsch-Überseeischen Bank in Berlin, Buenos Ayres und Valparaiso,
2. der Elektrischen, Licht- und Kraftanlagen, Aktien-Gesellschaft in Berlin,
3. der Aktien-Gesellschaft Siemens & Halske in Berlin,
4. A. Goerz & Co., Ltd., Johannesburg,
5. der Comp. Sevillano de Electricidad,
6. der Comp. Vizcaina de Electricidad,

C. Klönne:

1. des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahl-Fabrikation in Bochum,
2. der Mecklenburgischen Waggonfabrik, Aktien-Gesellschaft in Güstrow,
3. der Vereinigten Berlin-Frankfurter Gummiwarenfabriken,
4. der Preußischen Boden-Kredit-Aktien-Bank,
5. der Bergisch-Märkischen Bank,
6. des Essener Bank-Vereins,
7. der Essener Kredit-Anstalt,
8. Siemens & Halske, Aktien-Gesellschaft in Berlin,
9. der Schalker Herd- und Ofenfabrik F. Küpperbusch & Söhne, Aktien-Gesellschaft in Schalke,
10. der Kupfer- und Messing-Werke, Aktien-Gesellschaft, vormals Casp. Noell in Vogelberg bei Lüdenscheid,
11. der Maschinenfabrik und Eisengießerei, Aktien-Gesellschaft, vormals H. Koch & Co., Bielefeld,
12. der Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft in Dortmund,
13. des Essener Bergwerks-Vereins „König Wilhelm“ zu Essen a. d. Ruhr,
14. der „Königsborn“, Aktien-Gesellschaft für Bergbau, Salinen, Soolbad-Betrieb in Unna-Königsborn,
15. des Schalker Gruben- und Hütten-Vereins,
16. der Bergbau- und Schiffahrts-Aktien-Gesellschaft, vormals Gebr. Kannengießer zu Ruhrort,
17. der Waggonfabrik, Aktien-Gesellschaft, vormals P. Herbrand & Co., Köln-Ehrenfeld,

18. der Wasserwerke für das nördliche westfälische Kohlenrevier zu Gelsenkirchen.

R. Koch, Direktor der Deutschen und Deutsch-Überseeischen Bank, Mitglied des Zentralausschusses der Deutschen Reichsbank, Mitglied des Aufsichtsrats:

1. der Mecklenburgischen Hypotheken- und Wechsel-Bank in Schwerin i. M.,
2. der Huldschinskyschen Hüttenwerke,
3. der Bergisch-Märkischen Bank,
4. des Schlesischen Bankvereins,
5. der Hannoverschen Bank,
6. der Oberrheinischen Bank,
7. der Berliner Hotel-Gesellschaft,
8. des Georg-Marien-Bergwerks- und Hütten-Vereins,
9. der Allgemeinen Versicherungs-Anstalt für See-, Fluß- und Land-Transport in Dresden,
10. der Transatlantischen Güterversicherungs-Gesellschaft,
11. der Sächsischen Rückversicherungs-Gesellschaft.

Paul Mankiewitz:

des Börsen-Handelsvereins.

Max Steinthal:

1. der Deutsch-Österreichischen Mannesmann-Röhren-Werke,
2. der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen,
3. des Berliner Makler-Vereins,
4. A. Goerz & Co., Ltd., London.

Eugen Krug:

der Bremer Wollkämmerei.

Viktor Koch:

1. der Deutsch-Überseeischen Bank,
2. der Asbest- und Gummiwerke Alfred Calmon, Aktien-Gesellschaft.

Erich Breustedt:

1. der Terraingesellschaft Neu-Westend, Aktien-Gesellschaft,
2. der Algäuer Baumwollspinnerei und Weberei Bleichach, vormals Heinr. Gier,
3. der Deutsch-französischen Kognakbrennerei und Weinsprit-Raffinerie, vormals Gebr. Machol, Aktien-Gesellschaft,

4. der Vereinigten Fränkischen Schuhfabriken, vormals Max Brust, vormals B. Berneis,
5. der Teisnacher Papierfabrik, Aktien-Gesellschaft,
6. der Granitwerke Teisnach, Aktien-Gesellschaft.

3. Die Tätigkeit der Deutschen Bank auf dem Gebiete des Staats- und Kommunalkredits.

Die Tätigkeit der Deutschen Bank auf dem Gebiete des Staats- und Kommunalkredits kann hier nicht im einzelnen dargestellt werden. Wir begnügen uns damit zu erwähnen, daß die Deutsche Bank nicht nur Anleihen zahlreicher deutscher Städte übernommen und emittiert hat, sondern im Februar 1899 allein 75 Millionen Mk. 3 %ige Deutsche Reichsanleihe und 125 Millionen Mk. 3 %ige Preußische Konsols übernahm. Abgesehen von diesem Falle, wo die Deutsche Bank allein eine deutsche und eine preußische Anleihe übernahm, hat sie bei allen anderen deutschen Staatsanleihen in den letzten Jahren als Mitglied des sogenannten Preußenkonsortiums an allererster Stelle mitgewirkt. Von den ausländischen Staaten, bei deren Anleihe-Emissionen der Deutschen Bank die Führung zugefallen ist, sind in erster Linie zu nennen: die Türkei, Bulgarien, Bosnien, Argentinien, Chile, China, in neuerer Zeit auch Spanien und Mexiko.

Der Umfang des Emissionsgeschäfts der Deutschen Bank erhellt aus folgender Zusammenstellung, welche angibt, für welche Coupons und Dividenden die Deutsche Bank Zahlstelle ist.

Deutsche Staaten:	Deutsche Provinzanleihen:	Deutsche Stadtanleihen:
Baden.	Brandenburg.	Aachen.
Bremen.	Hannover.	Altona.
Hamburg.	Posen.	Anklam.
Lübeck.	Westpreußen.	Augsburg
Mecklenburg.	Pommern.	Bamberg.
Oldenburg.	Rheinprovinz.	Bochum.
Württemberg.		Barmen.
Bayern.		Berlin.
Fürstent. Rudolstadt.		Burg b./Magdeburg.
„ Schwarzburg.		Cassel.
Gotha.		Charlottenburg.
Hessen.		Deutsch-Wilmersdorf.
Sachsen.		Dortmund.

Deutsche Stadtanleihen:

Dresden.
Düsseldorf.
Duisburg.
Eberswalde.
Elberfeld.
Erfurt.
Essen.
Flensburg.
Freiburg i./Br.
Gothenburg.
Greiz.
Guben.
Halberstadt.
Hameln.

Deutsche Stadtanleihen:

Heidelberg.
Karlsruhe.
Kiel.
Kissingen.
Königsberg.
Krefeld.
Krotoschin.
Liegnitz.
Magdeburg.
Mannheim.
Mülheim a./Ruhr.
München.
Münster.
Nürnberg.

Deutsche Stadtanleihen:

Pirmasens.
Posen.
Pulsnitz.
Remscheid.
Rudolstadt.
Saalfeld.
Schwerin.
Staßfurt.
Stendal.
Stettin.
Thorn.
Tölz.
Weimar.

Ausländische Staaten:

Bulgarien.
Dänemark.
Finnland.
Galizien.
Italien.
Jütland.
Mazedonien.
Norwegen.
Österreich.
Rumänien.
Schweden.
Türkei.
Bosnien.
Herzegowina.
Schweiz.

Ausländische Städte:

Bukarest.
Neapel.
Rom.
Stockholm.
Wien.
Zürich.
Malmö.

Außereuropäische Staaten:

Argentinien.
Chile.
China.
Ägypten.
Mexiko.
Niederländisches Süd-afrika.

Außereuropäische Städte:

Buenos Ayres.

Eisenbahnaktien und -Obligationen.

Deutsche:	Ausländische:	Außereuropäische:
Halberstadt—Blankenb.	Albrechtsbahn.	Betriebsges. d. Orientb.
Lübeck-Büchen.	Anatolier.	Northern Pacific.
Farge—Vegesack.	Dux Bodenbach.	Oregon Railroad.
Stargard—Küstrin.	Italien Adriat.	Southern Pacific.
	Sizilian.	Kleinasiat. Bahnen.
	Italien. Mittelmer.	Argentine Railway.
	Iwangorod Dombrowo.	
	Kronprinz Rudolf.	
	Österr. Nordwest.	
	„ -Ungar. Staatsb.	
	Schweizer Bund.	
	„ Zentral.	
	„ Nordost.	
	Süditał. Meridional.	
	Vorarlberg.	
	Lemberg Czernowitz.	
	Prag Dux.	
	Wien Pottendorf.	
	Kaiser Franz Josef.	
	Kaiserin Elisabeth.	

Transport- und Schiffahrts-Gesellschaften.

Allgemeine Lokal und Straßenbahn.
Bau- und Betriebs-Gesellschaft für Straßenbahnen.
Bergbau- und Schiffahrts-Gesellschaft Kannengießer.
Deutsch-Australische Dampfschiffahrts-Gesellschaft.
Große Berliner Straßenbahn.
Hamburg-Amerika. Paketfahrt-Gesellschaft.
Hamburg-Südamerika-Dampfschiffahrts-Gesellschaft.
Hansa-Dampfschiffahrts-Gesellschaft.
Karlsruher Straßenbahn.
Leipziger Straßenbahn.
Mannheim-Rheinaner Transport-Gesellschaft.
Moskauer Straßenbahn.
Norddeutscher Lloyd.

Nürnberg-Fürther Straßenbahn.
Spree-Havel-Dampfschiffahrts-Gesellschaft Stern.
Stettiner Straßenbahn.
Rhederei Brema.
Badische Aktien-Gesellschaft für Rheinschiffahrt- und Seetransport.
Betriebs-Gesellschaft für den Rheinau-Hafen.
Straßburger Straßenbahn.
Kontinentale Rhederei.
Lokalbahn Wörrishofen.
Braunschweiger Straßenbahn.
Aktien-Gesellschaft Weser.
Bugsier-Gesellschaft Union.
Vereinigte Bugsier- und Frachtdampfschiffahrts-Gesellschaft.
Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen.

Banken, Hypothekenbanken und Versicherungs-Gesellschaften.

Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft für See-, Fluß und Landzungen.
Allianz Versicherungs-Gesellschaft.
Braunschweig-Hannoversche Hypotheken-Bank.
Anhalt-Dessauer Landesbank.
Banca commerciale Italiana.
Banca mercantil del Paraguay.
Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich.
Bank für orientalische Eisenbahnen.
Bank für Rheinland und Westfalen.
Banque Belge de chemins de fer.
Banque d'outremer Brüssel.
Bulgarische Nationalbank.
Zentral-Hypotheken-Bank ungarischer Sparkassen.
Chemnitzer Bankverein.
Chersoner Agrar-Bank.
Kommerzbank in Lübeck.
Danziger Privat-Aktien-Bank.
Deutsche Hypotheken-Bank in Meiningen.
Deutsche Rück- und Mitversicherungs-Gesellschaft.
Deutsche Treuhand-Gesellschaft.

Deutsch-Überseeische Bank.
Deutsche Vereinsbank.
Düsseldorfer Bankverein.
Galiz. Boden-Kredit-Verein.
Gothaer Landes-Kredit-Anstalt.
Grundrenten- und Hypotheken-Anstalt in Dresden.
Hamburger Hypothekenbank.
Hannoversche Bank.
Hannoversche Boden-Kredit-Bank.
Hildesheimer Bank.
Italienische Nationalbank.
Königsberger Vereinsbank.
Kur- und Neumärkische Rittersch. Darlehens-Kasse.
Leipziger Hypothekenbank.
Magdeburger Bankverein.
Magdeburger Privatbank.
Mecklenburger Hypotheken- und Wechselbank.
Mecklenburg-Strelitzer Hypothekenbank.
Mittelrheinische Bank.
Norddeutsche Kreditanstalt.
Oberrheinische Bank.
Österreichische Zentral-Boden-Kredit-Bank.
Österreichische Länderbank.
Osnabrücker Bank.
Pfälzische Hypothekenbank.
Privatbank in Gotha.
Preußische Hypotheken-Aktien-Bank.
Rheinische Hypothekenbank.
Rheinisch-Westfälischer Lloyd.
Rheinisch-Westfälische Rückversicherungs-Gesellschaft.
Rostocker Bank.
Russische Bank für auswärtigen Handel.
Sächsische Rückversicherungs-Gesellschaft.
Schlesischer Bankverein.
Schlesische Bodenkredit-Aktien-Bank.
Union Internationale d'Assurance.
Schwedische Reichs-Hypotheken-Bank.
Transatlantische Güterversicherung.
Westfälische Bank.

Union, Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft.
Vereinsbank Mühlhausen.
Vereinsbank Nürnberg.
Warschauer Diskonto-Bank.
Westdeutsche Boden-Kredit-Anstalt.
Westdeutsche Versicherungs-Bank.
Wiener Bankverein.
Württemberger Bankanstalt.
Württemberger Vereinsbank.
Zwickauer Bank.
Bank für Bauten in Dresden.
Coburg-Gothaer Kredit-Gesellschaft.
Löbauer Bank.
Mitteldeutsche Boden-Kredit-Anstalt.
Preußische Boden-Kredit-Aktien-Bank.
Sächsische Boden-Kredit-Anstalt.
Banque Centrale Anversoise.
Credit foncier Egyptienne.
Bayerische Hypotheken- und Wechselbank.
Böhmische Union-Bank.
Landwirtschaftlicher Kredit-Verein in Sachsen.
Vereinsbank zu Grimma.
Bayerischer Lloyd.
Süddeutsche Rückversicherungs-Gesellschaft.
Fortuna, Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft.
Braunschweiger Kreditanstalt.
Essener Bankverein.
Essener Kreditanstalt.
Nordische Aktien-Bank für Handel und Industrie.
Westfälische Bank.
Bergisch-Märkische Bank.
Aktien-Gesellschaft für Boden- und Kommunal-Kredit.
Harzer Bankverein.

Industrie.

α) Brauereien.

Bavaria-Brauerei.
Bergschloß-Brauerei.
Brauerei Paulshöhe.

Brauhaus Nürnberg.
Bürgerliches Brauhaus Hermes.
Dortmunder Union-Brauerei.
Klosterbrauerei Röderhof.
Linden-Brauerei Unna.
Schultheiß-Brauerei.
Versuchs- und Lehrbrauerei.
Viktoria-Brauerei.
Bayerische Bierbrauerei Lichtenfels.
Sozietäts-Brauerei Waldschlößchen.
Brauerei-Gesellschaft vormals J. Bercher.
Löwen-Brauerei.
Barmbecker Brauerei.
Elbschloß-Brauerei Nienstädten.
Bayerische Bierbrauerei-Gesellschaft vormals Carl Schwarz.
Erste Grazer Aktien-Brauerei.
Rostocker Brauerei.
Münchener Brauhaus.
Schlesische Aktien-Gesellschaft für Brauereien und Malzfabrikation.
Wicküler Küpper-Brauerei.
Leipziger Malzfabrik Schkeuditz.
Deutsch-Französische Kognak-Brennerei.

β) Eisen und Kohlen.

Aachener Hüttenaktien-Verein.
Aktien-Gesellschaft Bremerhütte.
" " für Bergbau, Blei und Zinkfabrikation.
" " Charlottenhütte.
" " Schalker Gruben- und Hüttenverein.
Altstadener Aktien-Gesellschaft für Bergbau.
Baroper Walzwerke.
Bergbau-Aktien-Gesellschaft Maaßen.
Bergbau-Aktien-Gesellschaft Pluto.
Bergwerks-Gesellschaft Zentrum.
Bochumer Gußstahlverein.
Luise, Bergbau.
Marienhütte, Eisen.
Konsolidiertes Nordfeld.
Eintracht, Steinkohlenbergwerk.
" " Graf Schwerin.

Eintracht, Steinkohlenbergwerk Langenbram.
" " Lothringen.
" " Konstantin der Große.
Gewerkschaft Dorstfeld.
" Zeche Ewald.
" General Blumenthal.
" Glückauf.
" Grillo Funke & Co.
" Hohenzollern.
" König Ludwig.
" Mont Cenis.
" Pörtingsiepen.
" Scharnhorst.
" Tremonia.
" Wilhelmshall.
Hagener Gußstahlwerke.
Harkortsche Bergwerke.
Harpener Bergwerk.
Hasper Eisenwerk.
Huldschinskysche Hüttenwerke.
Königsborn.
Lothringer Eisen.
Mathildenhütte.
Mechernicher Bergwerksverein.
Ölsnitzer Bergbau.
Österreichische Alpine Montan-Gesellschaft.
Rheinische Anthrazit-Kohlenwerke.
Rombacher Hüttenwerke.
Schlesische Kohlen- und Coakswerke.
Steinkohlenbergwerk „Herkules".
Tarnowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Eisenhütten.
Arenbergsche Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb.
Buderus-Eisenwerke.
Essener Bergwerksverein „König Wilhelm".
Deutsch-Österreichische Mannesmann-Röhrenwerke.
Georg-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein.
Siegen-Solinger Gußstahlverein.
Bergisch-Märkische Industriegesellschaft.

γ) Textil.

Baumwollspinnerei Gronau.
Bedburger Wollindustrie.
Braunschweiger Aktien-Gesellschaft für Jute- und Flachsindustrie.
Bremer Wollkämmerei.
Chemnitzer Wirkwaren.
Deutsche Jutespinnerei und -Weberei Meißen.
Eisenacher Kammgarnspinnerei.
Lüneburger Wachsbleiche.
Lugauer Kammgarnspinnerei.
Sächsische Kammgarnspinnerei.
„ Nähfadenfabrik.
Thüringer Nadel- und Stahlwaren.
Smyrna, Teppich.
Bremer Baumwollbörse.
„ Tauwerkfabrikation.
„ Wollwäscherei.
Geraer Jutespinnerei und -Weberei.
Großenhainer Webstuhlfabrik.
Westdeutsche Jutespinnerei und -Weberei.
Baumwollspinnerei und -Weberei Lampetzmühle.
Jutespinnerei und -Weberei Cassel.
Allgäuer Baumwollspinnerei und -Weberei Glaibach.
Erdmannsdorfer Aktien-Gesellschaft für Flachsgarn- und Maschinenspinnerei.
Mechanische Weberei Zittau.

δ) Chemische Gesellschaften und Raffinerien.

Aktien-Gesellschaft für Anilinfabrikation.
„ für chemische Industrie.
„Ascania", chemische Fabrik zu Leopoldshall.
Chemische Fabrik zu Heinrichshall.
Ceres, Zuckerfabrik.
Farbenfabrik vorm. Beyer & Co.
Farbwerke vorm. Meister, Lucius & Brünning.
Hoffmanns Stärkefabrik.
Deutsche Gelatinefabrik.
Vereinigte chemische Fabriken Mannheim.

Vereinigte Ultramarin-Fabriken.
Maggi.
Stärke-Zuckerfabrik Köhlmann.
Vereinigte Asbest- und Gummiwerke Alfr. Calmon.
" Gummiwaren-Fabrik Harburg-Wien.
" Berlin-Frankfurter Gummiwaren-Fabriken.
Frankfurter Asbestwerke.

ε) Elektrizitäts- und Gas-Gesellschaften.

Aktien-Gesellschaft für Gas und Elektrizität.
Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft.
Berliner Elektrizitätswerke.
Deutsche Kontinental-Gas-Gesellschaft.
Elektrizität-Lieferungs-Gesellschaft.
Elektrische Licht- und Kraftanlagen-Aktien-Gesellschaft.
Kraftübertragungs-Werke Rheinfelden.
Neue Gas-Aktien-Gesellschaft.
Schlesische Elektrizitäts- und Gas-Aktien-Gesellschaft.
Siemens & Halske, Aktien-Gesellschaft.
Elektrizitätswerke, Betriebs-Aktien-Gesellschaft.
Akkumulatorenfabrik, Aktien-Gesellschaft.
Deutsche Kabelwerke, Aktien-Gesellschaft.
Bergmann-Elektrizitätswerke, Aktien-Gesellschaft.

ζ) Maschinenfabriken und Metallindustrie.

Aktien-Gesellschaft für Eisenindustrie und Brückenbau.
" " " Federstahlindustrie.
" " vorm. Frister & Roßmann.
Aluminium-Industrie, Aktien-Gesellschaft in Neuhausen.
Berliner Aktien-Gesellschaft für Eisengießerei und Maschinenfabrikation.
Deutsche Bobrock- & Wilson-Aktien-Gesellschaft.
" Röhrenwerke.
Howaldswerke, Aktien-Gesellschaft.
Kronprinz, Aktien-Gesellschaft für Metallindustrie.
Friedrich Krupp, Essen.
F. Küpperbuch & Söhne, Aktien-Gesellschaft.
Ludwig Löwe & Co.
Maschinenfabrik Buckau, Aktien-Gesellschaft.

Nähmaschinenfabrik und Eisengießerei, Aktien-Gesellschaft.
Sangerhäuser Aktien-Maschinenfabrik und Eisengießerei.
Schiff- und Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft „Germania“.
Thyßen & Co.
Waggonfabrik, Aktien-Gesellschaft, vorm. P. Herbrand & Co.
Westfälische Kupfer- und Messingwerke, Aktien-Gesellschaft.
G. Seebeck, Aktien-Gesellschaft.
Blech- und Emaillierwaren-Fabrik Kirrweiler.
Maschinenfabrik „Germania“.
Johannes Haack, Maschinen- und Röhrenfabrik.
Kownoer Aktien-Gesellschaft für Metallfabrikation, vorm. Gebr. Schmidt.
Lokomotivfabrik Kraus & Co.
Aktien-Gesellschaft für Fabrikation von Bronzewaren und Zinkguß.
Sächsische Bronzewaren-Fabrik Wurzen.
L. A. Ridinger Maschinen- und Bronzewaren-Fabrik.
Chemnitzer Werkzeug- und Maschinenfabrik.
Hannoversche Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft, vorm. Egestorff.
Oderwerke, Maschinenfabrik und Schiffsbauwerft.
F. Dippe, Maschinenfabrik, Aktien-Gesellschaft.

η) Cement und Chamotte.

Rheinisch-Westfälische Kalkwerke.
Stettiner Chamottefabrik, Aktien-Gesellschaft.
Wikingsche Portland-Zement- und Wasser-Kalkwerke Recklinghausen.
Sächsische Ofen- und Chamottewaren-Fabrik.
Granitwerk Teisnach, Aktien-Gesellschaft.

ϑ) Bau- und Terrain-Gesellschaften.

Aktien-Gesellschaft für Bauausführungen.
Münchener Terrain-Gesellschaft Westend.
Terrain-Gesellschaft Neu-Westend.

ι) Diverse.

Admiralsgartenbad.
Berlin-Neuroder Kunstanstalten.
Berliner Hotelgesellschaft.
Europäischer Hof.

Freimaurer-Institut zu Dresden-Striesen.
Deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft.
Deutsch-Ostafrikanische Plantagen-Gesellschaft.
Hanseatische Plantagen-Gesellschaft.
Reis- und Handels-Aktien-Gesellschaft.
F. H. Hammersen, Aktien-Gesellschaft.
Scheidhauer & Gießing, Aktien-Gesellschaft.
J. Frerichs & Co., Aktien-Gesellschaft.
C. F. Lahusen.
Vereinigte Eschebachsche Werke.
Moritz Prescher Nachf.
Becker, Kunstmühle.
Mühlenwerke Stockau, Reichertshofen, Manching, vorm. Koch & Förster.
Lancaster Gold-Mining Co.
A. Goerz & Co.
Princesse Estate Goldmining Co.
Roodeport Central Deep limited.
Vereinigte Rottweiler Pulverfabriken.
Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-Gesellschaft.
The Nobel Dynamit Trust Co.
Wasserwerk für das nördliche westfälische Kohlenrevier.
Süddeutsche Wasserwerke, Aktien-Gesellschaft.
Deutsche Tiefbohr-Aktien-Gesellschaft.
Steinsalzbergwerk Inowrazlaw.
Deutsch-Französische Kognakbrennerei und Spritraffinerie.
Vereinigte fränkische Schuhfabriken, vorm. Max Brust, Aktien-Gesellschaft.
Aktien-Gesellschaft für Holzgewinnung und Dampfsägebetrieb.
Kirchner & Co., Aktien-Gesellschaft.
Deutsche Spiegelglas-Aktien-Gesellschaft.
Jüdische Gemeinde zu Berlin.
Maatschappij Tot Exploikatatie der Konenklijke Nederlandsche Hoeden Petten en Telterijenfabriken.
Societa generale immobiliare.
Heinrich Ernemann, Aktien-Gesellschaft für Kamerafabrikation.
Emil Wünsche, Aktiengesellschaft für photographische Industrie.
Trockenplattenfabrik von Dr. C. Schlößner, Aktien-Gesellschaft.
Speicherei- und Speditions-Aktien-Gesellschaft Riesa.

Aktien-Gesellschaft für Buntpapier- und Leimfabrikation.
„ „ „ Maschinenpapier-Fabrikation.
Teisnacher Papierfabrikation.
Kunstdruck- und Verlagsanstalt Wezel & Naumann, Aktien-Gesellschaft.
Kunstanstalt vorm. Etzold & Kießling, Aktien-Gesellschaft.

f) Die Erträgnisse der Deutschen Bank.

Bezüglich der Erträgnisse der Deutschen Bank kann im allgemeinen auf das separat abgedruckte Tabellenwerk verwiesen werden, nicht nur bezüglich der verteilten Dividenden, die sich für die Jahre 1896 und 1897 auf je 10 %, 1898 auf 10½ %, 1899 bis 1902 auf je 11 % stellten, sondern auch bezüglich der Brutto- und Nettogewinne auf den einzelnen Konten. Die große Stabilität und Höhe der Dividenden, die selbst in den schlechten Jahren 1900 und 1901 mit 11 % aufrecht erhalten werden konnten, erklärt sich im wesentlichen aus drei Faktoren. Zunächst daraus, daß die Deutsche Bank infolge der weiten Verzweigung ihres Geschäftskreises von ungünstigen lokalen Einflüssen verhältnismäßig unabhängig und durch die Mannigfaltigkeit ihrer Geschäfte sowohl der Art nach als nach ihrer verschiedenen geographischen Verteilung in der Lage ist, die Risikos nach Art einer Versicherungs-Gesellschaft sehr stark zu verteilen. Zweitens fällt ins Gewicht, daß die Deutsche Bank darauf gesehen hat, hohe Reserven anzusammeln und daß allein die offenen Reserven in den letzten Jahren durchschnittlich fast den dritten Teil des Aktienkapitals betrugen. Die Reserven stellen aber ein freiwerbendes Kapital dar, das ebenso wie das Aktienkapital Verwendung findet, aber an den Dividenden nicht partizipiert und somit für die Bank ein produktives aber nicht zinspflichtiges Kapital liefert. Die in den letzten Jahren von der Deutschen Bank gezahlten Dividenden von 11 % auf das Aktienkapital bedeuten also, auf das werbende Kapital gerechnet, nur ein Erträgnis von 9⅓ %. Neben diesen offenen Reserven hat die Deutsche Bank, wie oben ausgeführt wurde, noch sehr bedeutende stille Reserven angesammelt. Als dritter Punkt kommt in Betracht, daß der Deutschen Bank sehr bedeutende Summen fremder Gelder zu verhältnismäßig niedrigem Zinsfuße zur Verfügung stehen. Rechnet man auf die Depositen des Jahres 1902 von 213,5 Millionen Mk. nur einen Nettogewinn von 1 % Zinsen, so bedeutet das allein auf das Aktien-

kapital eine Dividende von über 1,3 %. Infolge dieser Momente ist es auch wahrscheinlich, daß die Rentabilität der Deutschen Bank nicht so leicht zurückgeht. Eine größere Gefahr für sie bestände nur in einer plötzlichen und allgemeinen Zurückziehung der Depositen, die jedoch bei normalen Verhältnissen ausgeschlossen erscheint. Überdies ist die Deutsche Bank stets bestrebt gewesen, für ihre Depositenverbindlichkeiten einen großen Barbestand in durchschnittlicher Höhe von 1/8 der Depositenverpflichtungen zu halten, ferner große Bestände an deutschen Staatsanleihen und Wechseln. Unter Berücksichtigung der Acceptverbindlichkeiten betrugen die Gesamtverpflichtungen der Deutschen Bank aus Kreditoren nach der letzten Bilanz:

Depositen	213,5	Millionen Mk.
Kreditoren	507,0	" "
Accepte	145,3	" "
	865,8	Millionen Mk.,

dagegen der Kassebestand	58,8	Millionen Mk.
Wechselbestand	333,7	" "
Staats- und Kommunalpapiere inkl. Pfandbriefe und Eisenbahn-Obligationen	24,7	" "
Summa	417,2	Millionen Mk.,

so daß also ungefähr die Hälfte der Verbindlichkeiten durch leicht greifbare Mittel gedeckt war und für die andere Hälfte auf die Debitoren zurückgegriffen werden mußte.

§ 2.

Direktion der Diskonto-Gesellschaft.

a) Organisation.

Die Diskonto-Gesellschaft hat im Jahre 1895 das von ihr bis dahin verfolgte Prinzip strenger Zentralisation aufgegeben durch die Fusion mit der Norddeutschen Bank in Hamburg[1]. Die Interessengemeinschaft der Diskonto-Gesellschaft mit der Norddeutschen Bank läßt sich zurückverfolgen bis zum Jahre 1871, in welchem die Banken gemeinschaftlich 20 Millionen Taler 4½ %iger Obligationen der Cöln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft übernahmen und dieselben in

[1] Siehe über die nachfolgenden Ausführungen Model-Loeb, „Die großen Berliner Effektenbanken“ S. 156 ff.

Prämienanteilscheine umwandelten. Ihren stärksten Ausdruck fand die Interessengemeinschaft beider Banken in den von ihnen gemeinsam ins Leben gerufenen Unternehmungen der Großen Venezuela Eisenbahn-Gesellschaft, der Internationalen Druckluft- und Elektrizitäts-Gesellschaft Popp in Paris und der Brasilianischen Bank für Deutschland, ferner bei ihren gemeinsamen kommanditarischen Beteiligungen bei H. Albert de Bary & Co. in Antwerpen und Ernesto Tornquist & Co. in Buenos Ayres. Von diesen gemeinsam durchgeführten Unternehmungen erwiesen sich die Große Venezuela-Eisenbahn-Gesellschaft und Popp als sehr verlustbringend für beide Banken, und sie scheinen den tieferen Grund für ihre Fusion gebildet zu haben. Besonders große Verluste scheint die Beteiligung bei der Großen Venezuela-Bahn den Banken gebracht zu haben, die um so empfindlicher waren, als fast das gesamte Aktienkapital von 60 Millionen Franks sich im Besitze der Diskonto-Gesellschaft und der Norddeutschen Bank befand und die Regierung von Venezuela die vertragsmäßig der Bahngesellschaft gegenüber eingegangenen Garantieverpflichtungen nicht einhielt. Die damals in der Presse vertretene Ansicht (siehe z. B. Frankfurter Aktionär, Jahrgang 1895, S. 112), daß die Fusion erfolgt sei, weil die Diskonto-Gesellschaft sich nicht von den anderen Banken an Höhe des Aktienkapitals überflügeln lassen wollte, scheint unzutreffend; denn es wäre der Diskonto-Gesellschaft zu der Zeit, als die Fusion durchgeführt wurde, eine einfache Erhöhung des Aktienkapitals kaum schwergefallen, und gerade der Umstand, daß die Diskonto-Gesellschaft diesen Weg nicht beschritten hat, deutet darauf hin, daß die Erhöhung des Aktienkapitals jedenfalls nicht der Hauptzweck der Fusion war. In Hamburger Börsenkreisen ist die Ansicht verbreitet, daß den Anstoß zur Fusion Meinungsverschiedenheiten in den Aufsichtsräten der Norddeutschen Bank und der Diskonto-Gesellschaft über die Bewertung des Venezuela-Engagements gegeben hätten. Die Norddeutsche Bank soll beabsichtigt haben, das Venezuela-Engagement fast ganz abzuschreiben und von einer Dividendenverteilung für das Jahr 1894 abzusehen, eine Bilanzpolitik, die von der Diskonto-Gesellschaft angeblich nicht gebilligt worden sein soll, weil auch diese alsdann keine Dividende hätte verteilen können und der Standard beider Banken dadurch sehr gelitten hätte. Die Richtigkeit dieser Ansicht scheint bestätigt zu werden durch die Art, wie der durch die Fusion entstandene Buchgewinn verwendet wurde. Er wurde nämlich hauptsächlich dazu verwendet, „die Bewertung der Konsortialbeteiligungen der Diskonto-Gesellschaft an

dem Unternehmen der Großen Venezuela-Eisenbahn-Gesellschaft und der Internationalen Druckluft- und Elektrizitäts-Gesellschaft so weit herabzusetzen, daß die außerordentliche Abschreibung auf diese Beteiligungen, zu welcher bis dahin der Gewinn aus Effekten in Anspruch genommen wurde, fortfallen konnte" (Bericht der Diskonto-Gesellschaft von 1895, S. 10). Hätte die Diskonto-Gesellschaft einfach ihr Kapital erhöht, so hätte sie den Agiogewinn in den Reservefonds einstellen müssen. (Altes H.G.B. § 185 b.) Den aus der Fusion erzielten Buchgewinn hat sie jedoch nicht in dieser, sondern in der oben geschilderten Weise verwenden können [1].

Die Fusionierung wurde derart vollzogen, daß den Aktionären der Norddeutschen Bank für je 3000 Mk. Norddeutsche Bank-Aktien 2000 Mk. Diskonto-Kommandit-Anteile gegeben wurden. Um diese Operation würdigen zu können, mögen hier einige Angaben über die Norddeutsche Bank Platz finden. Dieselbe wurde im Jahre 1856 mit einem Kapital von 30 Millionen Mk. (20 Millionen Mk. banko) gegründet. 1873 wurde das Kapital um 15, 1890 um weitere 15 Millionen Mk. erhöht. Ultimo 1894 betrug demnach das Aktienkapital 60 Millionen Mk., die Reserven stellten sich auf 14 500 000 Mk. Die Dividenden der Norddeutschen Bank betrugen seit ihrem Bestehen im Durchschnitt ca. 8 %, die der Diskonto-Gesellschaft dagegen 9½ %. Im Durchschnitt der letzten 10 Jahre jedoch, 1884—1893, betrug die Dividende der Norddeutschen Bank nur 7,1 %, die der Diskonto-Gesellschaft dagegen 9,9 %.

Der Gewinn, den die Diskonto-Gesellschaft aus der Fusion gezogen hat, ist leicht zu berechnen. Durch Ausgabe von 40 Millionen Mk. neuer Diskonto-Kommandit-Anteile belastete sie ihre Bilanz mit 40 Millionen Mk. Dagegen empfing sie das gesamte Aktienkapital der Norddeutschen Bank von 60 Millionen Mk., während der Reservefonds der Norddeutschen Bank in Höhe von 14½ Millionen Mk. dieser verblieb und von ihr zu Abschreibungen auf die Aktiva verwendet wurde. Es ergibt sich also ein Buchgewinn von 20 Millionen Mk. In der Bilanz der Diskonto-Gesellschaft steht der Besitz an Aktien der Norddeutschen Bank mit 40 Millionen Mk. zu Buch, und zwar unter dem Konto „Dauernde Beteiligungen und Kommanditen". 1894 betrug dasselbe 6,2 Millionen Mk., und zwar 4 011 666 Mk.

---

[1] Vergleiche hierüber auch Deutschen Ökonomist 1896 S. 148.

Aktien der Brasilianischen Bank für Deutschland und der Deutsch-Asiatischen Bank und 2 187 000 Mk. Kommanditbeteiligungen. Ultimo 1895 ist dieses Konto angewachsen auf 45,4 Millionen Mk. Hiervon entfallen 40 Millionen Mk. auf den Besitz an Aktien der Norddeutschen Bank, 2 187 000 Mk. auf Kommanditbeteiligungen, der Rest von 3,2 Millionen Mk. verteilt sich auf Aktien der Brasilianischen Bank für Deutschland, von denen ein großer Teil 1895 abgestoßen war, Aktien der Deutsch-Asiatischen Bank und Aktien der Bank für Chile und Deutschland. Von dem oben berechneten Buchgewinn von 20 Millionen Mk. kommt in der Bilanz der Diskonto-Gesellschaft nur ein ganz minimaler Teil zum Vorschein, nämlich nur 4,6 Millionen Mk., die in Reserve gestellt worden sind[1]. Unter Berücksichtigung der Kosten der Fusion mit 2 939 004 Mk. und der in Reserve gestellten 4,6 Millionen Mk. verblieb also der Diskonto-Gesellschaft ein Buchgewinn von 12,4 Millionen Mk. Nimmt man hierzu die von der Norddeutschen Bank zu Abschreibungen verwandten 14,5 Millionen Mk., so ergibt sich eine Summe von ca. 27 Millionen Mk. Dieser Betrag scheint mithin zur niederen Bewertung der Konsortialbeteiligungen an dem Unternehmen der Großen Venezuela-Eisenbahn-Gesellschaft und der Internationalen Druckluft- und Elektrizitäts-Gesellschaft verwendet worden zu sein. Ob daraus zu folgern ist, daß diese 27 Millionen Mk. schon 1894 in obigen beiden Unternehmungen verloren waren, mag dahin gestellt bleiben. Jedenfalls darf nicht außer acht gelassen werden, daß eine Abschreibung keineswegs mit einem definitiven Verlust zu identifizieren ist. Auffallend ist, daß trotz der bedeutenden Abschreibungen auf Venezuela und Popp sich das Effekten- und Konsortialkonto ultimo 1895 nicht nur bei der Diskonto-Gesellschaft nicht vermindert, sondern gegen 1894 um über 5 Millionen Mk. vermehrt hat. Dafür gibt es nur zwei Erklärungen: entweder hat die Diskonto-Gesellschaft ihren Effektenbestand im Jahre 1895 unverhältnismäßig vergrößert oder aber das Venezuela-Eisenbahn-Engagement stand entweder 1894 zu hoch zu Buch oder es war, wie mancherseits angenommen wird, unter den Debitoren statt unter den Konsortialbeteiligungen verbucht.

Die Norddeutsche Bank wurde bei Gelegenheit der Fusion mit der Diskonto-Gesellschaft in eine Kommandit-Gesellschaft auf Aktien umgewandelt, und die persönlich haftenden Gesellschafter der Diskonto-Gesellschaft: Adolf von Hansemann, Max Schinckel, Emil Russel,

[1] Vgl. auch Frankfurter Aktionär, Jahrgang 1896 S. 129 und Deutscher Ökonomist, Jahrgang 1896 S. 148.



Alfred Lent, Alexander Schoeller, traten mit der gesetzlich vorgeschriebenen Vareinlage von 1 200 000 Mk. als persönlich haftende Gesellschafter in die Kommandit-Gesellschaft ein, während andrerseits der bisherige leitende Direktor der Norddeutschen Bank, Max Schinckel, als persönlich haftender Gesellschafter in die Diskonto-Gesellschaft eintrat. Auf ihren Aktienbesitz an Aktien der Norddeutschen Bank erhielt die Diskonto-Gesellschaft 1895 und 1896 8 %, 1897 und 1898 8½ %, 1899 und 1900 9 %, 1901 8 %, 1902 8½ % Dividende.

Wenn auch die Fusion mit der Norddeutschen Bank neben dem besonderen Zweck, große Buchgewinne für notwendige Abschreibungen zu erzielen, hauptsächlich der Diskonto-Gesellschaft die Ausdehnung ihrer Tätigkeit auf den überseeischen Gebieten erleichtern sollte, so hat doch die Bank seit dieser Zeit, wenn auch sehr vorsichtig und zögernd, auch für das innere Geschäft mehr und mehr eine Dezentralisation geschaffen. Im Jahre 1898 trat sie zunächst in ein intimeres Verhältnis mit der Leipziger Bankfirma Becker & Co., die in eine Kommandit-Gesellschaft umgewandelt wurde. Eine erhebliche Dezentralisation nahm die Bank namentlich im Jahre 1901 vor; zunächst dadurch, daß sie entgegen dem von ihr verfolgten Grundsatz in Berlin Wechselstuben und Depositenkammern errichtete. Die durch den Tod des Barons Willy von Rothschild eingetretene Liquidation des Frankfurter Bankhauses M. A. von Rothschild & Söhne veranlaßte die Diskonto-Gesellschaft, in Frankfurt eine Zweigniederlassung zu errichten. Infolge der freundschaftlichen Beziehungen zu den Chefs der anderen Häuser Rothschild erhielt die Diskonto-Gesellschaft ohne Entgelt die Kundschaft und den Coupondienst des Hauses Rothschild. Die besonders in Sachsen im Jahre 1901 herrschende Bankkrisis benutzte die Bank dazu, in Sachsen festeren Fuß zu fassen. Nachdem die Kommandit-Gesellschaft auf Aktien Becker & Co. in Leipzig in die Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt in Leipzig aufgegangen war, übernahm die Diskonto-Gesellschaft auf ihren Besitz an Aktien von Becker & Co. eine dauernde Aktienbeteiligung bei der Allgemeinen Deutschen Kredit-Anstalt mit Nominal 5 546 100 Mk. Aktien, die mit 7 843 848 Mk. in der Bilanz zu Buch stehen. Im Jahre 1902 festigte die Diskonto-Gesellschaft ihre Beziehungen zu Rheinland-Westfalen durch Aktienaustausch mit der Aachener Diskonto-Gesellschaft, die die Firma Rheinische Diskonto-Gesellschaft annahm. Einen wie großen Posten an Aktien der Rheinischen Diskonto-Gesellschaft die Diskonto-Gesellschaft übernommen hat, läßt sich aus ihren Geschäftsberichten

nicht genau ersehen. Es scheint sich jedoch um einen Betrag von ca. 2 Millionen Mk. zu handeln; denn der unter dauernden Beteiligungen, abgesehen von der bei der Norddeutschen Bank in Hamburg und der Allgemeinen Kredit-Anstalt in Leipzig, verbuchte Aktivposten ist ultimo 1902 9 862 935 Mk. gegen 7 320 177 Mk. ultimo 1901.

Zur Pflege des überseeischen Geschäfts hat die Diskonto-Gesellschaft teilweise den Weg der Kommanditbeteiligung, teilweise den der Errichtung von Aktienbanken beschritten, den ersteren für argentinische Geschäfte durch die oben bereits erwähnten Kommanditbeteiligungen bei de Bary in Antwerpen und Ernesto Tornquist & Co. in Buenos Ayres. Diese kommanditarischen Beteiligungen betrugen zusammen 2 187 000 Mk. Sie sind in den Geschäftsberichten einzeln nicht angegeben, doch läßt sich aus den Mitteilungen des 1896 er Berichts ersehen, daß die Beteiligung bei Ernesto Tornquist & Co. 1 578 975 und bei de Bary 608 025 Mk. betrug. Diese krummen Ziffern erklären sich jedenfalls daraus, daß die Beteiligungen der Diskonto-Gesellschaft bei diesen beiden Firmen naturgemäß in Franks und Pesos erfolgten und dadurch in die Bilanz unter Berücksichtigung der Wechselkurse bei der Remittierung eingestellt werden mußten. Die Kommanditbeteiligung bei Ernesto Tornquist & Co. wurde am 31. Dezember 1896 aufgelöst. Den Geschäftsverkehr mit Brasilien pflegte die Diskonto-Gesellschaft durch die von ihr in Gemeinschaft mit der Norddeutschen Bank im Jahre 1888 errichtete Brasilianische Bank für Deutschland, den mit Chile durch die 1895 wiederum zusammen mit der Norddeutschen Bank begründete Bank für Chile und Deutschland, den mit Asien durch die 1889 gegründete Deutsch-Asiatische Bank. Von den drei zuletztgenannten Banken unterhielt die Brasilianische Bank für Deutschland Ende 1902 ihre Zentrale in Hamburg und Filialen in Rio de Janeiro, Sao Paulo und Santos. Die Bank für Chile und Deutschland hat ihren Sitz in Hamburg mit Niederlassungen in Valparaiso, Santiago und Concepcion, die Deutsch-Asiatische Bank Niederlassungen in Berlin und Schanghai.

Von großer Bedeutung war für das überseeische Geschäft der Diskonto-Gesellschaft die im Jahre 1899 errichtete Filiale in London, deren Begründung im Bericht von 1899 mit folgenden Worten gegeben wird: „Die maßgebende Bedeutung des Londoner Marktes für internationale Zahlungen und die wachsende Bedeutung unserer überseeischen Beziehungen hatten uns schon lange den Gedanken nahegelegt, in London eine Niederlassung zu errichten. Bisher hatten

wir daran festgehalten, an auswärtigen Plätzen uns nur kommanditarisch zu beteiligen. Wir mußten uns jedoch nach sorgfältiger und wiederholter Prüfung davon überzeugen, daß wir die von uns verfolgten Zwecke für London in dieser Form nicht — wenigstens nicht vollständig — erreichen würden. Mit Zustimmung des Aufsichtsrates unserer Gesellschaft haben wir uns deshalb entschlossen, in London eine Filiale zu errichten, für welche die Diskonto-Gesellschaft und deren Geschäftsinhaber die volle Verantwortlichkeit tragen."

Die intimen Beziehungen, welche die Diskonto-Gesellschaft zu Rumänien unterhielt, veranlaßten sie im Jahre 1897 zur Errichtung einer Bank in Bukarest, der **Banca Generala Romana** mit Zweigniederlassung in Braila.

Der Hauptgrund, weshalb die Diskonto-Gesellschaft erst so spät und mit größter Vorsicht und schrittweise zur Errichtung eigener Filialen im Inlande und Auslande geschritten ist, ist einmal in der rechtlichen Struktur der Diskonto-Gesellschaft als Kommanditgesellschaft auf Aktien zu suchen, ferner aber in der engen Verbindung der Diskonto-Gesellschaft mit dem Bankhause Rothschild und in ihrer leitenden Stellung in der Rothschildgruppe. Ihre Natur als Kommandit-Gesellschaft auf Aktien legte ihr Zurückhaltung in der Errichtung eigener Filialen auf wegen der unbeschränkten Haftpflicht der persönlich haftenden Gesellschafter. Die Freundschaft mit dem Hause Rothschild wirkte im gleichen Sinne überall dort, wo das Haus Rothschild eine eigene Niederlassung hatte, weil die Diskonto-Gesellschaft ihm keine Konkurrenz bereiten wollte. Wenn jedoch auch die Diskonto-Gesellschaft erst sehr spät zur Errichtung eigener Filialen übergegangen ist, so hat sich doch unzweifelhaft ihr laufendes Geschäft seit der Errichtung der Filialen in London und Frankfurt a./M. sehr erheblich gehoben, wie wir in den folgenden Kapiteln nachweisen werden.

Ende des Jahres 1902 stellt sich die Organisation der Diskonto-Gesellschaft nunmehr derart, daß sie zur Pflege des inländischen Geschäfts eigene Niederlassungen in Berlin und Frankfurt a./M. hat, ferner in Interessengemeinschaft steht zur Pflege des sächsischen Geschäfts mit der Allgemeinen Deutschen Kredit-Anstalt in Leipzig und zur Pflege des Geschäfts in Rheinland-Westfalen mit der Rheinischen Diskonto-Gesellschaft in Aachen und deren Filialen. Ferner ist sie eng befreundet mit zahlreichen großen deutschen Privatbankfirmen, namentlich mit Salomon Oppenheim jr. & Co. in Köln, S. Bleichröder in Berlin, W. H. Ladenburg & Söhne in Mannheim,

und von Aktienbanken neben den obengenannten mit der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank in München, der Württembergischen Vereinsbank in Stuttgart und einer großen Anzahl anderer Banken und Bankhäuser. Das ausländische Geschäft wird gepflegt durch die Norddeutsche Bank in Hamburg und die eigene Filiale in London, speziell das überseeische Geschäft durch die Brasilianische Bank für Deutschland, die Deutsch-Asiatische Bank und die Bank für Chile und Deutschland. In den außerdeutschen Staaten Europas ist die Diskonto-Gesellschaft eng liiert mit den Häusern Rothschild in Wien, Paris und London. Durch das Haus Rothschild hat sie wesentlichen Anteil an den österreichisch-ungarischen Staatsgeschäften. In Italien ist sie ebenso wie die Deutsche Bank beteiligt an der und vertreten durch die Banca commerciale italiana, in Rumänien, ihrer eigentlichen Domäne in Europa, durch die Banca generala romana, zur Pflege der südafrikanischen Geschäfte durch die von ihr in Gemeinschaft mit der Dresdner Bank unter Führung der letzteren ins Leben gerufene General mining and finance corporation.

b) Der Geschäftsumfang der Diskonto-Gesellschaft.

Der Geschäftsumfang der Diskonto-Gesellschaft bleibt, wenn man ihn nach der Höhe der Gesamtaktiva betrachtet, wesentlich hinter dem der Deutschen Bank zurück, und zwar repräsentiert er nach diesem Maßstabe nur ungefähr die Hälfte. Die Gesamtaktiva der Diskonto-Gesellschaft, die in ihrer Entwicklung im einzelnen aus dem Tabellenwerk ersichtlich sind, betragen Ende 1902 576,7 Millionen Mk., also ungefähr die Hälfte der der Deutschen Bank mit 1140,9 Millionen Mk. Es erklärt sich dies daraus, daß der Diskonto-Gesellschaft infolge des Mangels an Filialen, Depositenkassen und Wechselstuben fremde Gelder bei weitem nicht in dem Maße zuflossen wie der Deutschen Bank. Bis zur Eröffnung der Filiale in Frankfurt a./M., also ultimo 1899 betrugen bei der Diskonto-Gesellschaft die Depositen nur 52,1 Millionen Mk., während bei der Deutschen Bank zu gleicher Zeit die Depositen bereits das Dreifache, nämlich 155,5 Millionen Mk. betrugen. Durch die Eröffnung der Frankfurter Filiale und die Krisis des Jahres 1901 haben sich die Depositen bei der Bank in den letzten Jahren erheblich gesteigert, nämlich von 50,6 Millionen im Jahre 1900 auf 77,9 Millionen im Jahre 1901, und dann auf 81,9 Millionen im Jahre 1902. Während also bei der Deutschen Bank Ende 1902 die Depositen fast eben so hoch sind wie das Aktienkapital, betragen sie bei der Diskonto-Gesellschaft nur ungefähr $^{2}/_{5}$ desselben.

Der unverhältnismäßig geringere Umfang des Geschäftsverkehrs der Diskonto-Gesellschaft im Verhältnis zu dem der Deutschen Bank erklärt sich aber noch aus einem anderen Moment, nämlich der Tatsache, daß die Diskonto-Gesellschaft einen relativ größeren Teil ihres Aktienkapitals in Konsortialgeschäften und Effektenengagements festgelegt hat als die Deutsche Bank. Diesbezüglich kann auf das Tabellenwerk verwiesen werden.

Der größere Geschäftsumfang der Deutschen Bank dürfte aber in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß durch ihre Filialen und Wechselstuben sie in viel höherem Maße auch den Geschäftszwecken des mittleren und kleineren Kaufmanns und Kapitalisten zugänglich wurde als die Diskonto-Gesellschaft. Die Diskonto-Gesellschaft dient fast ausschließlich noch heute dem bankgeschäftlichen Verkehr der Großunternehmungen und Großkapitalisten. Es geht dies u. a. ziemlich deutlich hervor daraus, daß der Durchschnittsbetrag der bei ihr ein- und ausgegangenen Wechsel sehr erheblich höher war als bei der Deutschen Bank. Es ist dies aus folgender Tabelle ersichtlich:

Wechselverkehr.

Jahr	Betrag Mk.	Stückzahl der Wechsel	Durchschnitt Mk.
1896	1 071 392 937	165 007	6439
1897	1 220 446 727	175 697	6946
1898	1 328 634 051	184 660	7195
1899	1 289 315 408	184 883	6974
1900	2 060 267 677	216 470	9519
1901	2 082 304 605	262 017	7947
1902	2 404 656 314	336 664	7142

Auch die Zahl der von der Diskonto-Gesellschaft eröffneten Konten bleibt wesentlich hinter der der Deutschen Bank zurück. Sie betrug:

Neu eröffnete laufende Rechnungen.

1896	10 120
1897	10 360
1898	10 812
1899	11 165
1900	12 160
1901	13 424
1902	13 763

Die Tabelle zeigt, daß seit Eröffnung der Frankfurter Filiale im Jahre 1899 der Kundenkreis sich schnell und erheblich erweitert hat.

Die Qualität der Kunden, über die die Diskonto-Gesellschaft verfügt, scheint erstklassig zu sein, denn ihre Ausfälle auf Debitorenkonto waren minimal, wenn wir absehen von dem großen Ausfall im Jahre 1901, der durch den Betrug von Terlinden herbeigeführt war.

Sie betrugen:

Debitorenausfall.

1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902
36 670	22 474	[1]	33 394	27 155	525 681 [2]	73 545

Die Zunahme des Geschäftsverkehrs seit Errichtung der Filialen in Frankfurt a./M. und London, und durch die Krisis des Jahres 1901, die ja der Diskonto-Gesellschaft und der Deutschen Bank in besonders hohem Maße zu statten kam, geht auch aus der Zahl der ein- und ausgegangenen Briefe hervor.

Sie betrugen:

Ein- und ausgegangene Briefe.

1896	1 079 666
1897	1 073 897
1898	1 115 746
1899	1 148 409
1900	1 233 245
1901	1 353 790
1902	1 672 612

Wie sich bei der Diskonto-Gesellschaft das Geschäft auf Filialen und Zentrale verteilt, kann hier nicht wie bei der Deutschen Bank dargestellt werden, da im Geschäftsbericht der Diskonto-Gesellschaft hierüber jede Angabe fehlt und spezielle Bilanzen weder für die einzelnen Filialen noch für die Filialen zusammen gegeben werden.

c) Das Wechsel-, Lombard- und Kontokorrentgeschäft der Diskonto-Gesellschaft.

Die Art und der Umfang des sogenannten regulären Bankgeschäftes der Diskonto-Gesellschaft kann gleichfalls nicht so aus-

[1] Nach Abzug des Ausfalls gingen aus früher abgeschriebenen Forderungen 15 753 Mk. ein.

[2] Wesentlich durch den Betrug bei der Aktien-Gesellschaft Terlinden verursacht.

führlich dargestellt werden wie bei der Deutschen Bank, da es in den Geschäftsberichten an den hierfür erforderlichen Angaben fehlt. Festgestellt hatten wir schon, daß der Betrag der Wechsel bei der Diskonto-Gesellschaft infolge der Qualität ihrer Kundschaft erheblich größer ist als bei der Deutschen Bank, ferner, daß die Qualität ihrer Debitoren sehr gut ist. Über die Verteilung des Risikos bei den von der Diskonto-Gesellschaft gewährten Krediten lassen sich ziffernmäßige Angaben nicht machen, da weder gesagt wird, auf wie viele Kunden sich die Debitoren verteilen, noch wie die Deckungsverhältnisse derselben sind.

Bekannt ist, daß die Diskonto-Gesellschaft einzelnen Unternehmungen, z. B. der Dortmunder Union, außergewöhnlich große Kredite, wenn auch manchmal nur vorübergehend, eingeräumt hat, eine Praxis, die mit dem Prinzip der Risikoverteilung nicht im Einklang zu stehen scheint.

d) Das Unternehmergeschäft der Diskonto-Gesellschaft.

Auch für das Unternehmergeschäft der Diskonto-Gesellschaft war, wenigstens bis zu der im Jahre 1895 erfolgten Fusion mit der Norddeutschen Bank charakteristisch ein verhältnismäßig geringes Maß von Risikoverteilung. Die Diskonto-Gesellschaft war bei den von ihr ins Leben gerufenen Unternehmungen mit sehr hohen Beträgen engagiert, und erst die Erkenntnis der damit verbundenen Gefahr durch die Erfahrung bei der Großen Venezuela-Eisenbahn-Gesellschaft und bei Popp scheint sie veranlaßt zu haben, vom Jahre 1895 ab das Risiko mehr zu verteilen, einmal dadurch, daß sie befreundete Banken und Bankhäuser in höherem Maße als bisher in das Konsortium aufnahm, ferner aber durch größere Abgabe von Unterbeteiligungen. Im einzelnen läßt sich dies ziffernmäßig jedoch nicht nachweisen, da die Diskonto-Gesellschaft trotz aller Kritik in der Fachpresse ihre Effektenbestände und Konsortialbeteiligungen stets in einem Posten verbucht hat und über die Zusammensetzung derselben weder der Zahl noch der Gattung nach irgend welche Aufschlüsse gibt, mit Ausnahme der von ihr in der Bilanz unter dauernden Beteiligungen gebuchten Aktiven.

e) Die dauernden Beteiligungen der Diskonto-Gesellschaft.

Über ihre dauernden Beteiligungen gibt die Diskonto-Gesellschaft in ihren Geschäftsberichten Auskunft. Wenn wir von ihrem Besitz

des gesamten Aktienkapitals der Norddeutschen Bank absehen, der in ihrer Bilanz mit 40 Millionen Mk. zu Buch steht, so hat die Diskonto-Gesellschaft bei ihren dauernden Beteiligungen dieselbe Praxis ungefähr verfolgt wie die Deutsche Bank, nämlich sie hat die Aktien der von ihr ins Leben gerufenen Unternehmungen so lange im Portefeuille behalten bis dieselben aus dem Entwicklungsstadium heraus waren und emissionsreif wurden. Dies gilt namentlich von den durch die Diskonto-Gesellschaft ins Leben gerufenen Bankgründungen.

Um einen Überblick darüber zu gewinnen, welche Erträgnisse die Bank aus ihren dauernden Beteiligungen erzielt hat, kann die nachfolgende Zusammenstellung dienen

(die Beträge in Millionen Mark):

Jahre	Dauernde Beteiligungen	Ertrag	%
1895	45,4	3,8	ca. 8
1896	46,6	4,1	„ 9
1897	46,8	4,1	„ 9
1898	50,2	4,2	„ 8 1/4
1899	50,8	4,4	„ 8 3/4
1900	51,3	4,4	„ 8 3/4
1901	55,1	4,1	„ 7 1/2
1902	57,7	4,3	„ 7 1/2

Das Erträgnis wurde im Jahre 1898 durch die geringe Dividende der Bank für Chile und Deutschland von nur 5%, 1900 durch die geringe Dividende der Brasilianischen Bank für Deutschland von 9% (gegen 12% im Vorjahre) und der Deutsch-Asiatischen Bank von 6% (gegen 10% im Vorjahre), 1901 durch die geringere Dividende der Norddeutschen Bank von nur 8% und 1902 durch den Rückgang der Dividende der Brasilianischen Bank für Deutschland auf 6% ungünstig beeinflußt.

Wie sich die Erträgnisse im einzelnen stellen, ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich:

Es betrugen die Dividenden:

	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902
Norddeutsche Bank . .	8	8	8½	8½	9	9	8	8½
Brasilianische Bank für Deutschland . . .	12	12 [1]	12	12	9	8	6	?
Deutsch-Asiatische Bank	—	—	—	10	6	7	7	?
Bank für Chile und Deutschland . . .	—	—	5	2	7	7	7	?
Banca romana . . .	—	—	—	6	5	7	? [2]	?
Becker & Co., Akt.-Ges.	—	—	—	8	8	6	?	?
Leipziger Kredit-Anstalt	11	11	11	10	10	9	8	8

Abgesehen von den genannten Bankgründungen, die sich der Mehrzahl nach als gesund und lebensfähig herausgestellt haben, hat die Diskonto-Gesellschaft bei ihrer Unternehmertätigkeit sowohl auf dem Gebiete der Eisenbahn- wie der industriellen Unternehmungen das Ausland bevorzugt und das Inland vernachlässigt. Die großen Gründungsgeschäfte, welche die Diskonto-Gesellschaft in dem für uns in Betracht kommenden Zeitabschnitte im Inlande machte, waren allerdings zu einem nicht unerheblichen Teil wenig erfolgreich. Ihr altes Schmerzenskind, die Dortmunder Union, mußte wiederholt reorganisiert werden. Die im Jahre 1898 ins Leben gerufene Ascherslebener Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft vorm. W. Schmidt & Co., die Deutsche Niles-Werkzeugmaschinenfabrik (in demselben Jahre gegründet), ferner die Maschinenfabrik Luther in Braunschweig haben bisher sehr ungünstig gearbeitet. Von den großen ausländischen Geschäften ist die Gründung der Großen Venezuela-Eisenbahn-Gesellschaft und der Pariser Druckluft- und Elektrizitäts-Gesellschaft bereits oben erwähnt. Es seien hier von den ausländischen Gründungen der Diskonto-Gesellschaft noch genannt: die im Jahre 1899 unter der Firma Otavi-Minen- und Eisenbahn-Gesellschaft errichtete Kolonial-Gesellschaft, die zunächst nur bestimmt ist, das bedeutende

[1] 1896 wurde das Geschäftsjahr, das bisher Kalenderjahr war, auf Juli bis Juni verlegt.

[2] 1901. Der Geschäftsbericht der Diskonto-Gesellschaft enthält folgenden Passus: „So erfreulich der Aufschwung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse in Rumänien ist, so sehr haben die Beteiligten der **Banca generala romana** zu bedauern, daß die Bank durch Getreidegeschäfte in Verluste geraten ist; infolgedessen wird eine Reorganisation der Verwaltung erforderlich werden.“

Kupfervorkommen im Otavigebiete von Deutsch-Südwest-Afrika und den dabei in Frage kommenden Transportweg zu untersuchen und die sich erst nach dem Resultat dieser Untersuchung über die Übernahme der Konzession schlüssig machen wird, ferner die in Gemeinschaft mit dem deutschen Konsortium für asiatische Geschäfte ins Leben gerufene Shantung-Eisenbahn- und Bergbau-Gesellschaft.

Die Finanzgeschäfte der Diskonto-Gesellschaft sind hier nur kurz behandelt, weil die von der Bank im Jahre 1901 (Berlin, J. Guttentag) veröffentlichte Denkschrift darüber genaue Auskunft gibt. Nur eins mag hier betont werden — und das geht aus der Festschrift unzweifelhaft hervor —, mögen auch zahlreiche Geschäfte der Diskonto-Gesellschaft (Venezuela, Popp, Dortmunder Union) vom privatwirtschaftlichen Standpunkte aus wegen nicht genügender Verteilung nicht einwandfrei sein, so hat sich bei ihnen die Diskonto-Gesellschaft doch stets von großen, politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten lassen und nicht nur den deutschen nationalen Interessen gedient, sondern die Macht und die Einflußsphäre des Deutschen Reiches und des deutschen Kaufmanns in der Welt sehr gehoben, insbesondere auch durch ihre großartigen Unternehmungen im Dienste der deutschen Kolonialpolitik. Wer sich darüber vergewissern will, lese die eben zitierte Festschrift der Bank selbst.

Nachstehend gebe ich die Namen der Gesellschaften, in deren Aufsichtsrat die Diskonto-Gesellschaft durch einen Geschäftsinhaber oder Direktor vertreten ist:

Persönlich haftende Gesellschafter und Direktoren der Diskonto-Gesellschaft.

Geheimer Kommerzienrat Adolf von Hansemann:

Geschäftsinhaber der Norddeutschen Bank in Hamburg. Mitglied des Zentral-Ausschusses der Reichsbank. Aufsichtsrat der Union, Aktien-Gesellschaft für Eisen-, Bergbau- und Stahlindustrie in Dortmund, der Bochumer Bergwerks-Aktien-Gesellschaft in Bochum, der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft in Rhein-Elbe bei Gelsenkirchen, der Landbank in Berlin, Shantung-Eisenbahn-Gesellschaft in Berlin, der Otavi-Minen- und Eisenbahn-Gesellschaft in Berlin, der Shantung-Bergbau-Gesellschaft in Tsingtau, der Neu-Guinea-Company in Berlin, der Preußischen Zentral-Bodenkredit-Aktien-Gesellschaft, der Deutsch-Asiatischen Bank in Shanghai, der Compagnie Internationale d'Orient in Brüssel.

Geheimer Seehandlungsrat a. D. Alex. Schoeller:
Persönlich haftender Gesellschafter der Norddeutschen Bank, Aufsichtsrat der **Banca commerciale italiana** zu Mailand, der Warschau-Wiener Eisenbahn-Gesellschaft zu Warschau, der Berliner Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft vormals L. Schwarzkopff in Berlin, der Aktien-Gesellschaft Schalker Gruben- und Hüttenverein zu Gelsenkirchen. Mitglied des Ausschusses der Aktionäre der Bank des Berliner Kassenvereins.

Max Schinckel:
Persönlich haftender Gesellschafter der Norddeutschen Bank in Hamburg. Aufsichtsrat der Vereinigten Königs- und Laurahütten Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb in Berlin, der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktien-Gesellschaft (Hamburg-Amerika-Linie), der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft Rhein-Elbe bei Gelsenkirchen, der Anglo-Kontinentalen vormals Ohlendorffschen Guanowerke in Hamburg.

Dr. jur. Arthur Salomonsohn.
Aufsichtsrat der Aschersleben Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft vormals W. Schmidt & Co., der Deutschen Niles-Werkzeugmaschinenfabrik, der Osteuropäischen Telegraphen-Gesellschaft, der Zuckerraffinerie Danzig, der Freiherr von Tucherschen Brauerei, Aktien-Gesellschaft in Nürnberg.

Ministerialdirektor a. D. Wirkl. Geh. Oberregierungsrat Josef Hoeter:
Aufsichtsrat der Union, Aktien-Gesellschaft für Bergbau, Eisen- und Stahlfabrikation und der Dortmund—Gronau—Enscheder Eisenbahn-Gesellschaft in Dortmund.

Hermann Laurenz.
Aufsichtsrat der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft in Berlin und Dortmund-Gronau-Enscheder Eisenbahn-Gesellschaft.

Curt Erich:
Direktor der Deutsch-Asiatischen Bank. Aufsichtsrat der Gesellschaft für Elektrische Unternehmen in Berlin, der Internationalen Druckluft- und Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft, der Großen Leipziger Straßenbahn.

P. Böttger:
Aufsichtsrat der Brasilianischen Bank für Deutschland in Hamburg.

Dr. jur. Ernst Russel, Kgl. rumänischer Konsul:
Aufsichtsrat der Maschinenfabrik und Maschinenbau-Anstalt,

G. Luther, Aktien-Gesellschaft in Braunschweig.

f) Tätigkeit der Diskonto-Gesellschaft auf dem Gebiete des Staats- und Kommunalkredits.

Infolge ihrer führenden Stellung in der Rothschildgruppe hat die Diskonto-Gesellschaft es von jeher als ihre Hauptaufgabe betrachtet, durch Abschluß und Übernahme großer in- und ausländischer Staatsanleihen ihre Dienste dem internationalen Staatskredit zu widmen; infolgedessen spielen auch bei ihr die großen staatlichen Finanzgeschäfte eine größere Rolle als die Gründungsgeschäfte und lange Zeit hindurch wohl auch als das reguläre Bankgeschäft. Mit der Rothschildgruppe zusammen war sie an den großen österreichisch-ungarischen Finanz-Transaktionen in hervorragendem Maße beteiligt. Sie gehört ferner zu dem sogenannten Russenkonsortium für die Finanzgeschäfte des russischen Staates, und auch die großen italienischen Geschäfte erfolgen stets unter ihrer Mitwirkung. In europäischen Ländern bildet Rumänien ihre eigentliche Domäne.

Großes Interesse hat sie ferner durch die Norddeutsche Bank in Hamburg an den Staatsfinanzen und den Anleihen der skandinavischen Länder, in Südamerika an den brasilianischen und argentinischen Anleihen, ferner in Gemeinschaft mit der Deutsch-Asiatischen Bank an den chinesischen Anleihen.

g) Die Erträgnisse der Diskonto-Gesellschaft.

Die Erträgnisse der Diskonto-Gesellschaft vom Jahre 1895 an waren bis zum Jahre 1899 ziemlich stabil; sie lieferten eine Dividende von 10%; im Jahre 1900 sank die Dividende auf 9%, 1901 auf 8%, um sich 1902 wieder auf 8 1/2 % zu heben. Daß die Erträgnisse der Diskonto-Gesellschaft trotz ihres bedeutend längeren Bestehens und trotz der ausgezeichneten Qualität ihrer Kundschaft, ihrer Stellung in der Rothschildgruppe und ihrer glänzenden internationalen Beziehungen, die aus der anläßlich ihres 50jährigen Bestehens im Jahre 1901 veröffentlichten Denkschrift ersehen werden können, hinter den Erträgnissen der Deutschen Bank zurückbleiben, dürfte seinen Grund vornehmlich darin haben, daß ihr Kontokorrentgeschäft geringer ist als das der Deutschen Bank. Die Diskonto-Gesellschaft hat zwar schon Anfang der 1870er Jahre versucht, durch Errichtung eines selbständigen, von ihr abhängigen Instituts, der Provinzial-Diskonto-Gesellschaft,

ihren Betrieb dezentralistisch zu gestalten und das nur unter der Kontrolle eines dezentralisierten Betriebes mögliche Kontokorrentgeschäft in ausgedehntem Maße zu pflegen, die Krisis von 1873 jedoch und die in der nachfolgenden Depressionsperiode unter ihrer Einwirkung eingetretenen Verluste, namentlich bei der Bankfirma Frentzdorf in Hannover im Jahre 1878[1] veranlaßten sie im Jahre 1878 ihre Filialen und Kommanditen ganz aufzulösen und zu strengster Konzentration des Betriebes zurückzukehren. Infolgedessen war die Diskonto-Gesellschaft in der Ausdehnung ihres Geschäftsverkehrs in wesentlich höherem Maße als die Deutsche Bank beschränkt durch ihr eigenes Kapital, und die Zinsgewinne, die der Deutschen Bank aus ihren hohen Depositen zuflossen, blieben bei ihr aus. Seit dem Jahre 1899 hat die Diskonto-Gesellschaft angefangen, das Versäumte nachzuholen, und der Erfolg scheint nicht ausgeblieben zu sein, wenigstens hat sich das laufende Geschäft bei ihr in den letzten drei Jahren wesentlich gehoben.

§ 3.

Die Dresdner Bank.

a) Organisation.

Die mit der Übernahme der Norddeutschen Bank im Jahre 1895 verbundene Kapitalserhöhung der Diskonto-Gesellschaft veranlaßte auch die Dresdner Bank, die bis zu dieser Zeit mit einem Aktienkapital von 70 Millionen Mk. gearbeitet hatte, zu einer weiteren Vermehrung des Kapitals und zu einer Ausdehnung ihres Geschäftskreises durch Errichtung einer Filiale in London und einer solchen in Bremen durch Übernahme der Bremer Bank. Die Bremer Bank, gegründet im Jahre 1856, arbeitete mit einem Kapital von 20 Millionen Mk. und hatte ultimo 1894 einen Reservefonds von 1,608 Millionen Mk. (Siehe Model-Loeb Seite 160.) Die Dresdner Bank übernahm die Bremer Bank mit sämtlichen Aktiven und Passiven in der Form, daß sie den Aktionären der Bremer Bank 15 Millionen Mk. neue Aktien der Dresdner Bank gab. Sie belastete mithin ihre Bilanz mit 15 Millionen Mk., empfing dagegen 21,6 Millionen Mk., erzielte also

---

[1] Siehe darüber Model-Loeb S. 26.

einen Buchgewinn von 6,6 Millionen Mk. Hiervon stellte sie 4½ Millionen Mk. in den Reservefonds ein, ca. 2 Millionen Mk. schrieb sie auf Aktiven der Bremer Bank ab. Namentlich scheint die Abschreibung auf das Grundstückskonto der Bremer Bank erfolgt zu sein, denn dasselbe figuriert in der Bilanz der Bremer Bank ultimo 1894 mit 1,6 Millionen Mk., während das Grundstückskonto der Dresdner Bank ultimo 1895 nur eine Zunahme von etwa ½ Million Mk. aufweist.

Für die Organisation des inländischen Geschäftsverkehrs der Dresdner Bank ist das Jahr 1896 bedeutungsvoll, einmal dadurch, daß die Bank zur Errichtung von Depositenkassen in Berlin schritt, ferner aber dadurch, daß sie im Zentrum der bayrischen Industrie, in Nürnberg und Fürth, eigene Filialen errichtete unter Übernahme der Geschäfte der Fima J. E. Wertheimber.

Im Jahre 1898 gründete die Bank eine Filiale in Hannover unter Aufnahme des Bankhauses Alexander Simon und übernahm die Niedersächsische Bank in Bückeburg mit Filialen, wodurch namentlich der Geschäftskreis der Filialen in Bremen und Hannover sich bedeutend erweiterte. Vom Jahre 1900 ab sucht die Bank auch in Rheinland-Westfalen festeren Fuß zu fassen, zunächst dadurch, daß sie die Durchführung der Kapitalsvermehrung des Düsseldorfer Bankvereins übernahm und einen Teil dieser Aktien zu dauerndem Besitz erwarb. Diese Bestrebungen wurden im Jahre 1901 durch die Kreditkrisis und das Mißtrauen, welches sich in sehr starkem Maße auch der Dresdner Bank gegenüber geltend machte, unterbrochen, aber im Jahre 1902 erneut wieder aufgenommen durch Abschluß einer Interessengemeinschaft mit der Westdeutschen Bank und der Kölner Wechsler- und Kommissionsbank in Köln und der Rheinischen Bank in Mülheim. Die Bank soll beabsichtigen, behufs Erweiterung ihres Geschäfts in Süddeutschland auch in Frankfurt a./M. eine Filiale zu errichten.

Der Pflege des ausländischen Geschäfts dienten bei der Dresdner Bank die Filialen in Hamburg, Bremen und London, ferner war sie bei den von der Diskonto-Gesellschaft ins Leben gerufenen überseeischen Bankunternehmungen beteiligt. Von der Errichtung von Kommanditen im In- und Auslande hat die Dresdner Bank bisher ganz abgesehen.

Im ausländischen Geschäft nimmt sie eine hervorragende Stellung namentlich in Südafrika ein durch die von ihr gegründete Minen- und Finanz-Gesellschaft General-Mining- and Finance-Corporation.

b) Der Geschäftsumfang der Dresdner Bank.

Nach der Höhe der Gesamtaktiva stellt sich der Geschäftsumfang der Dresdner Bank als ungefähr ebenso groß wie der der Diskonto-Gesellschaft dar. Ende des Jahres 1900 scheint sogar der Geschäftsverkehr bei der Dresdner Bank den der Diskonto-Gesellschaft übertroffen zu haben. Im Jahre 1901 dagegen erfuhr er eine sehr erhebliche Verminderung. 1902 hat er sich aber ziemlich schnell wieder vermehrt. Die Gesamtaktiva stellen sich bei den beiden Banken in den letzten drei Jahren wie folgt in Millionen Mark:

Jahre	Dresdner Bank	Diskonto-Gesellschaft
1900	604,7	479,8
1901	516,7	515,5
1902	587,6	576,7

Die Dresdner Bank ist namentlich seit dem Jahre 1881, d. h. seit der Eröffnung der Berliner Niederlassung, bestrebt gewesen, fremde Gelder in größerem Umfange heranzuziehen, und für ihren Geschäftsverkehr haben seit langen Jahren die ihr anvertrauten Depositengelder eine ziemlich erhebliche Rolle gespielt. Bis zum Jahre 1900 zeigt sowohl die Zahl der von ihr eröffneten Depositenkonten, als auch die Höhe der bei ihr hinterlegten Depositen eine kontinuierliche Steigerung. In dem Jahre 1901 jedoch, in dem die Dresdner Bank hart mitgenommen wurde, verminderten sich die Depositen erheblich und auch die Zahl der Konten. Die einzelnen Ziffern gibt folgende Tabelle.

Jahr	Zahl der Depositenkonten	Jahr	Zahl der Konten überhaupt
1896	9 170	1896	18 589
1897	11 297	1897	21 573
1898	13 143	1898	25 498
1899	17 845	1899	31 704
1900	26 934	1900	42 524
1901	24 854	1901	40 412
1902	26 775	1902	43 409

c) Der Geschäftsumfang der Zentrale und Filialen.

Während die Deutsche Bank zwar für ihre einzelnen Filialen keine Bilanz gibt, wohl aber für alle Filialen zusammen, die Diskonto-Gesellschaft dagegen gesonderte Angaben über die Filialen voll-

ständig unterläßt, macht die Dresdner Bank nähere Mitteilungen über einzelne Konten der Filialen, ohne jedoch Bilanzaufstellungen für sie zu geben. Aus den Berichten ist nicht ersichtlich, mit wieviel Kapital ihre Filialen ausgestattet sind, da der Debetsaldo der Filialen unter den Debitoren verbucht ist. Detaillierte Angaben sind nur vorhanden über das Acceptkonto und das Kontokorrentkonto der Filialen, aber auch auffallenderweise nur bis zum Jahre 1898 einschließlich. Von 1899 an werden sowohl die Angaben über die Deckungsverhältnisse der Debitoren als über den Acceptumlauf der Filialen unterlassen. Die nachstehende Zusammenstellung gibt eine Übersicht über die Debitoren der Filialen und der Zentrale sowohl ihrer Summe als ihren Deckungsverhältnissen nach. Besonders auffallend in ihr sind die Debitoren in Dresden, von denen namentlich die ungedeckten Debitoren im Jahre 1899 stark angewachsen sind. Vom Jahre 1899 ab werden die Debitoren sowohl dem Betrage als den Deckungsverhältnissen nach nur für Berlin und Dresden gesondert angegeben, für die anderen Filialen dagegen zusammen. Besonders in die Augen fällt das starke Anwachsen der D e b i t o r e n in den Jahren 1899 und 1900 und die rapide Abnahme im Jahre 1901.

Auch das Acceptkonto ist detailliert nur geführt bis zum Jahre 1898 einschließlich; von 1899 an wiederum für Dresden und Berlin gesondert, für die anderen Filialen dagegen zusammen.

Das umstehende A c c e p t k o n t o zeigt, daß der Acceptumlauf der Bank am größten in Berlin und London war, daß er sich bis zum Jahre 1899 generell gesteigert und im Jahre 1899 speziell bei den Filialen weiter zugenommen hat. Im Jahre 1900 tritt allgemein ein erheblicher Rückgang ein, der besonders bei den Filialen und in Dresden in die Erscheinung tritt. Die tieferen Ursachen dieser Tatsache werden uns weiter unten beschäftigen.

d) Das Wechsel-, Lombard-, Diskont- und Kontokorrentgeschäft der Dresdner Bank.

Bei der Dresdner Bank fällt neben dem industriellen Kreditgeschäft in verhältnismäßig hohem Maße die Kreditgewähr für die Zwecke des Effektenspekulationsgeschäftes ins Gewicht, und daraus mag es sich erklären, daß zu Zeiten ungünstiger Börsenverhältnisse sie zu größeren Abschreibungen im Kontokorrentgeschäft gezwungen war. Die Abschreibungen auf dem Kontokorrentkonto betrugen bei ihr in Tausenden Mark: 1896: 12,4, 1897: 89, 1898: 18, 1899: 46,

Kontokorrentkonto.

Jahre	Dresden			Berlin			Hamburg			Bremen			London			Nürnberg			Hannover		
	Debitoren	gedeckte	ungedeckte	Debitoren	gedeckte	ungedeckte	Debitoren	gedeckte	ungedeckte	Debitoren	gedeckte	ungedeckte	Debitoren	gedeckte	ungedeckte	Debitoren	gedeckte	ungedeckte	Debitoren	gedeckte	ungedeckte
1896	31,7	20,0	11,7	64,1	58,7	5,4	20,9	8,4	12,5	12,0	6,2	5,8	15,7	4,8	10,9	9,7	6,4	3,3	—	—	—
1897	31,6	17,2	14,4	76,7	56,6	20,1	32,1	21,1	11,0	13,8	10,1	3,7	18,1	9,0	9,1	14,7	10,0	4,7	—	—	—
1898	35,1	17,4	17,7	86,5	69,1	17,4	37,4	25,1	12,3	16,0	12,6	3,4	23,5	10,3	13,2	17,5	11,9	5,6	6,8	3,6	3,2
1899	37,0	17,5	19,5	85,0	68,6	16,4							120,4	77,5	42,9						
1900	40,2	?	?	102,4	?	?							138,8	?	?						
1901	26,3	?	?	87,2	?	?							94,7	?	?						
1902	31,1	?	?	89,2	?	?							103,7	?	?						

Acceptkonto.

Jahre	Dresden	Berlin	Hamburg	Bremen	London	Nürnberg	Hannover	Filialen zusammen
1896	7,9	30,2	9,6	6,4	16,4	5,6	—	38
1897	8,4	40,8	13,9	9,0	20,0	8,4	—	51,3
1898	9,8	43,2	14,8	10,1	29,1	9,2	0,1	63,3
1899	12,3	38,5	→					71,5
1900	13,2	38,8	→					79,1
1901	8,5	34,8	→					59,3
1902	9,1	33,7	→					72,6

1900: 401, 1901: 352 und 1902: 300. Sie sind also durchschnittlich erheblich höher als bei der Diskonto-Gesellschaft. Ein Vergleich mit der Deutschen Bank ist nicht möglich, da die letztere diesbezügliche Angaben nicht macht.

Die Qualität ihrer Kundschaft scheint hinter der der Diskonto-Gesellschaft zurückzustehen und in schlechten Zeiten sich nicht als durchweg einwandfrei erwiesen zu haben. Die Kundschaft der Dresdner Bank scheint sich mehr aus den kleineren und mittleren Unternehmern und Kapitalisten zusammenzusetzen, was nicht nur daraus hervorgeht, daß der Durchschnittsbetrag der bei ihr ein- und ausgehenden Wechsel geringer ist als bei der Deutschen Bank und der Diskonto-Gesellschaft, sondern auch daraus, daß der Durchschnittsbetrag der Debitoren hinter dem bei der Deutschen Bank zurücksteht. Bei der Diskonto-Gesellschaft fehlen die diesbezüglichen Angaben. Es stellt sich nämlich der Wechselverkehr der Dresdner Bank in Ein- und Ausgang wie folgt:

Wechselverkehr im Ein- und Ausgang.

Jahr	Stückzahl	Betrag Mk.	Durchschnitt Mk.
1896	567 287	2 507 793 959	4426
1897	606 842	2 811 270 553	4632
1898	702 900	3 364 860 714	4787
1899	819 948	3 896 751 209	4752
1900	935 257	4 156 117 848	4444
1901	970 371	4 116 787 366	4242
1902	1 108 437	4 022 223 287	3601

Im Kontokorrentverkehr betrugen die Debitoren:

Jahr	Zahl der Konten	Summe in Millionen Mk.	Durchschnitt in Tausend Mk.
1896	3181	154,0	48,4
1897	3556	187,0	52,6
1898	4045	222,7	55,1
1899	4556	242,4	53,2
1900	6586	281,4	42,7
1901	6490	208,2	32,1
1902	7297	223,9	30,7

Der Wechselverkehr zeigt auch bei der Dresdner Bank die bereits von uns konstatierte Erscheinung eines Rückganges der Durchschnittsbeträge vom Jahre 1899 ab.

e) Das Unternehmergeschäft der Dresdner Bank.

1. Dauernde Beteiligungen bei fremden Unternehmungen.

Die Dresdner Bank hat es bisher grundsätzlich vermieden, sich kommanditarisch bei Bankunternehmungen zu beteiligen. Sie hat auch bis in die neueste Zeit hinein bei Übernahme von Bankinstituten nicht die Form der dauernden Beteiligung gewählt wie die Deutsche Bank, die den angegliederten Bankinstituten die Selbständigkeit ließ, sondern hat bei Übernahme von Aktienbanken stets das ganze Kapital derselben an sich gebracht und sie als Filialen weiter geführt. Erst im laufenden Jahre, im Jahre 1903, ist sie ähnliche Wege gegangen wie die Deutsche Bank, indem sie, um in Rheinland-Westfalen festen Fuß zu fassen, sich dort ansässige Bankinstitute durch Übernahme eines Teiles von deren Aktienkapital angliederte, so bei der Kölner Wechsler- und Kommissionsbank in Köln, der Westdeutschen Bank in Bonn und der Rheinischen Bank in Mülheim. Daraus erklärt es sich, daß in den Bilanzen der Dresdner Bank ein Konto „Dauernde Beteiligungen" nicht enthalten ist. Zur Pflege des überseeischen Geschäfts hat sie, abgesehen von ihrer Filiale in London und ihren Niederlassungen in Bremen und Hamburg, sich teilweise an den von der Deutschen Bank, teilweise an den von der Diskonto-Gesellschaft gegründeten Unternehmungen durch Aktienübernahme unterbeteiligt; doch ist aus den Bilanzen die Höhe dieser Unterbeteiligungen nicht ersichtlich.

2. Staats- und Kommunalkredit.

Die Stellung der Dresdner Bank auf dem Gebiete der staatlichen Finanzgeschäfte ist bei weitem nicht so prominent wie die der Deutschen Bank oder der Diskonto-Gesellschaft. In Deutschland hat sie eine führende Stellung bei den Finanzgeschäften des sächsischen Staates; sie ist ferner wie die meisten großen Banken bei den Anleihen des preußischen Staates und Deutschen Reiches als Mitglied des Preußenkonsortiums und bei den städtischen Anleihen namentlich in Bayern beteiligt. Bei den europäischen Staaten außer Deutschland ist sie für keinen die führende Bank bei Vermittlung von Finanzgeschäften, doch schließt sie sich häufig denen der Diskonto-Gesellschaft, teilweise auch denen der Deutschen Bank an. Von ausländischen Staaten hat sie sehr innige Beziehungen zu Mexiko, dessen 6%ige Eisenbahnanleihe sie in früheren Jahren übernommen und mit großem Erfolge im Jahre 1899 in eine 5%ige konvertiert hat.

3. Industrielle Unternehmungen der Dresdner Bank.

Auf dem Gebiete der industriellen Gründungen hat die Dresdner Bank eine sehr ausgedehnte Tätigkeit entwickelt. Besonders früh hat sie die Bedeutung der angewandten Elektrizität erkannt, und auf diesem Gebiete hat sie in Gemeinschaft mit dem ihr befreundeten Bankhause Born & Busse Beziehungen von großer Tragweite angeknüpft. Als Mitglied des sogenannten Loewe-Konsortiums hat sie wesentlichen Anteil an der Union Elektrizitätsgesellschaft, an der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Berlin, den Mexican Electric Works Ltd., der Aktiengesellschaft Ludwig Loewe & Co., den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken und der Dynamit Trust Cie.

Ein spezielles Gebiet, das die Dresdner Bank sehr gepflegt hat, war ferner die Gründung von Terraingesellschaften; hierhin gehören die Gründung der Berlinischen Bodengesellschaft und der im Jahre 1898 erfolgten Gründung der Bodengesellschaft Kurfürstendamm.

Ihre Beziehungen zur Maschinenfabrik Hartmann in Chemnitz veranlaßten sie im Jahre 1896 zur Errichtung der russischen Maschinenbaugesellschaft Hartmann in Lugansk in Südrußland. Von Maschinenfabriken, an denen die Dresdner Bank hervorragend beteiligt war, ist ferner zu nennen die Aktiengesellschaft für Feld- und Kleinbahnmaterial vorm. Orenstein & Koppel in Berlin, die 1897 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, und die Maschinenfabrik Gebr. Böhler & Co. Aktiengesellschaft, mit dem Sitz in Berlin.

Zur Förderung des Baues von Kleinbahnen gründete die Dresdner Bank 1898 die Kontinental-Eisenbahnbau- und Betriebsgesellschaft, deren Entwicklung bisher wenig befriedigend war. Beteiligt war sie früher auch in Gemeinschaft mit der Deutschen Bank an der Anatolischen Eisenbahn; doch ist sie seit Anfang 1900 in dem Verwaltungsrat derselben nicht mehr vertreten.

Schon aus dieser Zusammenstellung ist ersichtlich, daß die Dresdner Bank industrielle Gründungen vornehmlich im Inlande und nicht wie die Diskonto-Gesellschaft auch in großem Stile im Auslande gemacht hat; in großem Stile beteiligte sie sich nur an der unter ihrer Führung ins Leben gerufenen Minengesellschaft, der General Mining and Finance Corporation Ltd., die sich glänzend entwickelt hat und deren Aktien Anfang des Jahres 1902 mit großem Erfolge in London an den Markt gebracht wurden.

Zur Montanindustrie unterhielt die Dresdner Bank schon seit Anfang der siebziger Jahre, seit der Gründung der Harpener Bergbaugesellschaft, innige Beziehungen, und sie hat auf dem Gebiete der montanindustriellen Gründungen stets eine sehr rege Tätigkeit entfaltet. Aus neuerer Zeit verdient Hervorhebung der unter ihrer Führung erfolgte Erwerb der Saar- und Mosel-Bergwerksgesellschaft aus französischem Besitz.

Wie sich die Beteiligungen der Dresdner Bank seit dem Jahre 1896 im einzelnen entwickelt haben, geht aus folgenden Tabellen hervor:

Konsortialkonto.

Beteiligungen an	1896		1897		1898		1899		1900	
	Zahl	Betrag	Zahl	Betrag	Zahl	Betrag	Zahl	Betrag	Zahl	Betrag
1. Staatspapieren, Pfandbriefen und Prioritäten	12	8,7	14	6,9	9	4,9	9	6,9	6	1,3
2. Eisenbahn- u. Transportunternehmungen, Aktien und Obligationen . . .	10	3,8	5	0,9	10	4,9	13	6,2	12	4,8
3. Bankaktien	10	4,98	9	4,5	8	3,8	7	3,1	7	5,3
4. Terraingeschäften . . .	5	2,19	5	1,4	6	2,1	7	2,3	5	2,4
5. Industrie-, Versicherungsgesellschaften und überseeischen Unternehmungen	23	8,18	24	10,9	35	16,3	50	20,8	46	2,4

Konto eigener Effekten.

	1896 Zahl	1896 Betrag	1897 Zahl	1897 Betrag	1898 Zahl	1898 Betrag	1899 Zahl	1899 Betrag	1900 Zahl	1900 Betrag
Staatspapier-, Pfandbrief-, Eisenbahn- und Industrie-Obligationen	?	9,9	?	9,8	?	15,0	?	12,8	?	16,1
Aktien von Banken, Eisenbahn- und Transportunternehmungen und Versicherungsgesellschaften . . .	?	2,7	?	4,9	?	2,9	?	6,1	?	6,5
Industrieaktien	?	5,8	?	8,7	?	8,2	?	10,0	?	10,7

Es fällt in dieser Aufstellung sowohl im Effekten- wie im Konsortialkonto namentlich das starke Anwachsen der Industrieengagements in die Augen.

Die Anfeindungen, denen die Dresdner Bank im Jahre 1901 ausgesetzt war, haben sie veranlaßt, seit diesem Jahre eine größere Spezifikation ihres Effektenbestandes und ihrer Einzahlungen auf

Konsortialgeschäfte zu geben, die wir hier folgen lassen. In dem Effektenkonto tritt die starke Beteiligung an den elektrischen Unternehmungen, auf die wir schon oben aufmerksam gemacht haben, hervor.

Konsortialkonto.

Beteiligungen an	1901		1902	
	Zahl	Betrag	Zahl	Betrag
1. Festverzinslichen Werten	5	1,6	7	3,4
2. Eisenbahn- und Straßenbahnunternehmungen	8	3,5	7	2,4
3. Bankaktien	5	4,8	4	4,3
4. Versicherungsgesellschaften . . .	3	0,5	3	0,5
5. Terrains und Terraingesellschaften	6	3,9	6	3,9
6. Überseeischen Unternehmungen. .	4	7,8	4	6,8
7. Elektrischen und Kabelunterunternehmungen	9	5,4	11	6,7
8. Bergwerks- und Hüttenunternehmungen	8	4,3	3	3,5
9. Anderweitigen Unternehmungen .	18	8,2	18	8,1

Konto eigener Effekten.

	1901 Zahl	1901 Betrag	1902 Zahl	1902 Betrag
Festverzinslichen Werten	254	15,2	236	20,1
Aktien von Eisenbahn-, Straßenbahn- und Transportunternehmungen	22	5,6	27	6,1
Bankaktien	7	2,5	14	2,0
Terrainaktien	11	2,8	6	0,8
Industrieaktien	84	8,1	69	8,6

§ 4.

Die Bank für Handel und Industrie.

a) Organisation.

Die Bank für Handel und Industrie hat, obgleich sie wie die Diskonto-Gesellschaft eine der ältesten deutschen Banken ist, in ihrer Entwicklung mit der der bisher besprochenen Berliner Großbanken nicht gleichen Schritt gehalten, im wesentlichen wohl deshalb nicht, weil sie bis in die jüngste Zeit hinein außerordentlich konservativ geleitet wurde, und die neueren Formen des bankgeschäftlichen Verkehrs von ihr erst seit dem durchgreifenden Wechsel in ihrer Direktion Anfang 1900 eingeführt wurden. Charakteristisch für die Organisation der Darmstädter Bank war bis zu dieser Zeit eine wesentlich zentralistische

Verwaltung durch eigene Niederlassungen in Berlin und Darmstadt und eine Filiale in Frankfurt. Die für die Pflege des Kontokorrentgeschäftes erforderliche Dezentralisation wurde herbeigeführt durch ein ungewöhnlich ausgedehntes Netz von Kommanditen in Deutschland und im Auslande. Größer als bei einer andern Berliner Großbank ist schon der Betrag ihrer kommanditarischen Beteiligungen bei Bankfirmen. Die Tatsache, daß die Bank den Weg der kommanditarischen Beteiligung dem der Errichtung eigener Filialen vorgezogen hat, mag zu einem nicht unerheblichen Teile darauf zurückzuführen sein, daß in den 1850er Jahren, als die Grundlagen für die Organisation der Bank gelegt wurden, die Regierungen der Errichtung von Filialen Widerstand entgegensetzten. (Vergl.: Hecht, Bankwesen und Bankpolitik in den süddeutschen Staaten, S. 167.)

Die Erfahrungen, die die Bank mit der Errichtung von Kommanditen gemacht hat, waren auch im allgemeinen gut. Ob ihr jedoch durch ihre Kommanditen fremde Gelder in so hohem Maße zugeflossen sind, wie bei Vorhandensein einer größeren Anzahl eigener Filialen, das mag bezweifelt werden. Auch dürfte seitens der Kommanditen der Acceptkredit nicht in dem Maße ausgenutzt worden sein, wie dies voraussichtlich eigene Filialen der Bank getan hätten. Im Jahre 1896 war die Bank kommanditarisch beteiligt in Dresden bei Albert Kunze & Co., in Halle bei Hermann Arnold & Co., in Mainz bei Schmitz, Heidelberger & Co., in Mannheim bei Wingenrot, Socherr & Co., in Wien bei Dutschka & Co. und in Bukarest bei Marmorosch, Blank & Co. Im Jahre 1898 hat die Bank sich mit 20 Millionen Mk. bei dem Berliner Bankhause Robert Warschauer & Co. kommanditarisch beteiligt, anscheinend um in das russische und italienische Geschäft hineinzukommen. Seit dem 1. April 1900, mit dem Eintritt des Direktors Dernburg in den Vorstand der Bank, hat die Dezentralisation schnellere Fortschritte gemacht. Nicht nur in Berlin wurde die Zahl der Depositenkassen vermehrt, sondern auch in Güstrow, Stettin und Leipzig wurden Depositenkassen errichtet. Im Jahre 1901 wurden Filialen in Straßburg und Hannover eröffnet und die Bank für Süddeutschland in Mannheim ging in die Darmstädter Bank auf, ebenso die Berliner Niederlassung der Breslauer Diskontobank. Im Jahre 1902 wurden Depositenkassen in Offenbach und Gießen errichtet, und die Wiener Kommandite Dutschka & Co. wurde in die Wechselstuben-Aktiengesellschaft Merkur, die mit der Darmstädter Bank eine Interessengemeinschaft abgeschlossen hatte, übergeleitet. Die Beteiligung der Bank

bei der Aktiengesellschaft Bankers Trading Syndikate in London, die an der Bankfirma S. Japhet & Co. erheblich beteiligt ist, wurde erhöht. Die Übernahme der Berliner Niederlassung der Breslauer Diskontobank führte zu einer intimen Verbindung mit der Ostbank für Handel und Gewerbe in Posen und zur Übernahme eines Postens der Aktien dieser Bank durch die Darmstädter Bank zu dauerndem Besitz.

Die kommanditarische Beteiligung bei der Bankfirma Robert Warschauer & Co. wurde derart vollzogen, daß die Darmstädter Bank ihr Aktienkapital durch Beschluß der Generalversammlung am 25. Mai 1898 um 25 Millionen Mk. auf 105 Millionen Mk. erhöhte. Diese Aktien wurden zum Kurse von 120 % an Robert Warschauer & Co. begeben mit der Bedingung, 20 Millionen Mk. hiervon den Aktionären der Darmstädter Bank zum Preise von 146 % zum Bezuge anzubieten. 5 Millionen Mk. neue Aktien der Darmstädter Bank scheinen demnach von der Bankfirma Robert Warschauer & Co. zu dauerndem Besitz erworben worden zu sein.

Die Fusion mit der Bank für Süddeutschland wurde herbeigeführt dadurch, daß diese infolge der Reichsbanknovelle auf ihr Notenprivileg verzichtete.

Die wichtigsten Bestimmungen aus dem Fusionsvertrage der beiden Banken mögen hier wegen des allgemeinen Interesses, das sie verdienen, Platz finden. Sie lauten:

„Die Bank für Handel und Industrie in Darmstadt und die Bank für Süddeutschland in Darmstadt verschmelzen sich derart, daß das Vermögen der Bank für Süddeutschland als Ganzes mit allen Rechten und Verbindlichkeiten an die Bank für Handel und Industrie gegen Gewährung von 13 060 000 Mk. Aktien der letzteren Bank übertragen wird. Eine Liquidation des Vermögens der Bank von Süddeutschland findet nicht statt.

Zur Durchführung der Fusion erhöht die Bank für Handel und Industrie ihr Grundkapital um 13 060 000 Mk., eingeteilt in 13 060 Inhaberaktien über je 1000 Mk.

Die Aktionäre der Bank für Süddeutschland haben in einer durch die Gesellschaftsblätter beider Gesellschaften bekannt zu machenden, nicht später als 6 Monate nach Eintragung der auf die Verschmelzung bezüglichen Beschlüsse in das Handelsregister ablaufenden, unerstreckbaren Frist ihre Aktien nebst Talons und Dividendenscheinen vom 1. Januar 1902 ab an die Bank für Handel und Industrie einzuliefern und dagegen Zug um Zug

auf je vier Aktien der Bank von Süddeutschland über je 300 Mk., somit zusammen auf je 1200 Mk. Aktien, eine Aktie der Bank für Handel und Industrie über 1000 Mk. mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1902 ab zu empfangen.

Die Aushändigung der Aktien der Bank für Handel und Industrie erfolgt gegen bare Zahlung von 20 Mk. für den Reichsstempel auf jede Aktie, im übrigen kostenfrei bei den Niederlassungen der Bank für Handel und Industrie und den etwa weiter von der letzteren Bank hierfür zu bestimmenden Stellen.

Die Bank für Handel und Industrie stellt eine Aktie der Bank für Süddeutschland über 300 Mk. behufs Vernichtung und Kraftloserklärung zur Verfügung. Hiernach verbleiben 15 672 000 Mk. = 52 240 Stück Aktien der Bank für Süddeutschland umzutauschen, für welche die obigen 13 060 Stück Aktien der Bank für Handel und Industrie gewährt werden."

Behufs Fusion mit der Breslauer Diskontobank wurde in derselben Generalversammlung beschlossen:

„Unter Genehmigung des in notarieller Ausfertigung dem Protokoll beigefügten, von der Bank für Handel und Industrie mit der Breslauer Diskontobank abgeschlossenen Vertrags wird bestimmt:

1. Unabhängig von den Beschlüssen in Betreff der Verschmelzung der Bank für Süddeutschland mit der Bank für Handel und Industrie wird das Grundkapital der Gesellschaft um höchstens 16 667 000 Mk. erhöht, und zwar durch Ausgabe von höchstens 16 667 Inhaberaktien zum Nennbetrage von je 1000 Mk.

2. Der Ausgabekurs beträgt 100 %.

3. Die Aktien werden unter Ausschluß des Bezugsrechtes der Aktionäre einem Konsortium, bestehend aus der Berliner Handelsgesellschaft, der Direktion der Diskonto-Gesellschaft und dem Bankhause Robert Warschauer & Co., sämtlich zu Berlin, angeboten, welches bei der Zeichnung 25 % und den Rest binnen drei Wochen nach Eintragung der Erhöhung in das Handelsregister zu zahlen hat. Dem Konsortium ist die Verpflichtung aufzuerlegen, den Aktienstempel, sowie die gesamten Kosten der Erhöhung zu tragen und die Aktien den Aktionären der Breslauer Diskontobank anzubieten.

4. Die neuen Aktien nehmen vom 1. Januar 1902 ab an dem Gewinn teil. Die Zeichner haben als Vergütung für die Dividendenscheine des laufenden Jahres 5 % Zinsen für die Zeit vom 1. Januar 1902 bis zu dem Tage der Einzahlungen des Kapitals zu entrichten.

5. Die Erhöhung kann ganz oder teilweise ausgeführt werden."

Während demnach die Fusion mit der Bank für Süddeutschland derart vollzogen wurde, daß ihr gesamtes Aktienkapital in den Besitz der Darmstädter Bank überging, fand bei der Übernahme der Breslauer Diskontobank nur ein fakultativer Umtausch der Aktien statt. Nach dem Bericht der Darmstädter Bank von 1902 ging jedoch eine große Mehrheit von Aktionären der Breslauer Diskontobank auf den Umtausch in Aktien der Darmstädter Bank im Verhältnis von 3 : 2 ein. Es scheinen fast 25 Millionen Mk. Aktien der Breslauer Diskontobank in den Besitz der Darmstädter Bank übergegangen zu sein. Sie stehen in der Bilanz zusammen mit den Aktien der Ostbank für Handel und Gewerbe mit 20,25 Millionen Mk. zu Buch. Einen Gewinn hat die Darmstädter Bank auf die Transaktionen mit der Breslauer Diskontobank nicht verrechnet, sondern sie hat die erworbenen Breslauer Diskontobank-Aktien niedrig in die Bilanz eingestellt. Anders bei der Transaktion mit der Bank für Süddeutschland. Der Gewinn, den sie hierbei erzielt hat, erscheint bei ihr im Gewinn- und Verlustkonto mit 4 389 794 Mk., und er ergibt sich wie folgt:

Die Darmstädter Bank hat in ihrer Bilanz die Masse der Aktiven der früheren Bank für Süddeutschland in die Aktiva eingestellt mit 17 617 047 Mk., eine Ziffer, die genau ergibt die Summe des Aktienkapitals der Bank für Süddeutschland von 15 672 300 Mk. und ihrer Reserven von Ultimo 1901 mit 1 944 747 Mk. Diese Aktivmasse hat die Darmstädter Bank erworben durch Hingabe von 13 060 000 Mk. Darmstädter Bankaktien. Ihre Aktiva haben sich dadurch also gegenüber ihren Passivis um 4 557 047 Mk. vermehrt. Diese Vermehrung ist abzüglich der durch den Umtausch entstandenen Kosten von ca. 167 000 Mk. mit 4 389 794 Mk. in das Gewinn- und Verlustkonto eingestellt worden. Hiervon wurden 2 400 000 Mk. zur Abschreibung auf das Effekten- und Konsortialkonto verwendet und der Rest als Gewinn verteilt.

Das Programm, das sich die neue Direktion der Bank gestellt hat, ist enthalten in folgenden Ausführungen des Berichtes von 1901: „Das ungünstige Erträgnis des Jahres 1901 findet seine Erklärung im wesentlichen in der Verteilung der Einnahmequellen unserer Bank, welche, ihren früheren Traditionen folgend, bisher den Effekten- und Kommissionsgeschäften größere Aufmerksamkeit zugewandt und verhältnismäßig große Kapitalien zur Verfügung gestellt hatte, während das Kontokorrentgeschäft seine Pflege durch ein Netz von

Kommanditen fand, deren Zahl sich aus verschiedenen Gründen stark vermindert hat, wodurch jener Geschäftszweig an die zweite Stelle trat. Wir haben schon seit mehreren Jahren diesem Mangel durch die allmählich zur Ausführung gekommene Gründung verschiedener Filialen und Depositenkassen, sowie durch die Errichtung einer neuen Kommandite zu steuern gesucht und fahren in diesem Bestreben fort, der Bank neue Saugwurzeln zu schaffen. Es ist aber selbstredend, daß ein organisches System dieser Art sich nur in vorsichtiger Weise und Schritt für Schritt aufbauen läßt. Wir hoffen, hierdurch für die Zukunft die Erträgnisse unseres Provisions- und Zinsenkontos weiter zu erhöhen und die Dividende unserer Aktien von dem mehr oder minder zufälligen Erträgnis des Effekten- und Konsortialkontos unabhängig zu gestalten."

b) Der Geschäftsumfang der Bank für Handel und Industrie.

Der Geschäftsumfang der Darmstädter Bank ist bis zum Jahre 1899 ziemlich stabil geblieben und erst seit dieser Zeit mit der zunehmenden Dezentralisation der Bank stark gewachsen. Es geht dies deutlich schon aus der Zusammenstellung der gesamten Aktiva hervor, die Ultimo 1896 206,8 Millionen Mk., Ultimo 1899 235,4 Millionen Mk., Ultimo 1902 dagegen 355,6 Millionen Mk. betrugen. Seit dem Jahre 1900 zeigen namentlich auch die fremden Mittel der Bank eine schnelle Zunahme, während sie 1896 bis 1899 fast unverändert blieben. Es kann diesbezüglich auf das Tabellenwerk und in demselben auf die Rubrik „Kontokorrentkreditoren" verwiesen werden. Die Geschäftsberichte der Darmstädter Bank lassen leider Angaben vermissen, durch die ein näherer Einblick in ihren Geschäftsbetrieb möglich wäre. Sie gibt zunächst die Umsätze auf den einzelnen Konten nicht an, auch weder die Stückzahl der bei ihr ein- und ausgegangenen Wechsel noch ihren Durchschnittsbetrag; sie schweigt sich aus über die Zahl der bei ihr geführten Konten und gibt weder bei ihren Debitoren noch bei ihren Kreditoren an, auf wieviel Konten sich dieselben verteilen. Es erscheint jedoch zweifellos, daß die diesbezüglichen Ziffern hinter denen der bisher von uns behandelten Großbanken zurückbleiben werden.

c) Zentrale, Filialen und Kommmanditen.

Der Geschäftsumfang der Filialen wird in den Berichten der Darmstädter Bank nicht einzeln dargelegt. Bei den Kommanditen

dagegen wird wenigstens die Gesamtsumme der Kommanditbeteiligungen und ihr Erträgnis genannt. Die Erträgnisse der Kommanditen waren im allgemeinen nicht unbefriedigend mit Ausnahme des Jahres 1901. Es ergibt sich das aus folgender Aufstellung:

Beteiligungen bei Kommanditen in Millionen Mk.

	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902
Bei Kommanditen beteiligt mit	8,6	7,9	27,6	27,1	27,1	28,0	28,6
Ertrag:							
1. Vertragsmäßige Zinsen	0,3	0,3	0,7	1,1	1,1	1,1	1,1
2. Über die Zinsen hinaus	0,3	0,5	1,5	1,5	0,7	0,2	0,6
Gesamtertrag	0,6	0,8	2,2	2,6	1,8	1,3	1,7
Ertrag in Prozenten ca.	7½	10	8	10	7½	4	6

d) Wechsel-, Lombard-, Diskont- und Kontokorrentgeschäft der Bank für Handel und Industrie.

Auch über diesen Geschäftszweig fehlen nähere Angaben in den Berichten der Bank. Diejenigen Angaben, die darin enthalten sind, sind teilweise eigenartig. Beispielsweise hat die Bank bis zum Jahre 1901 für ihre Debitoren folgende Einteilung: 1. bedeckte Kredite, 2. teilweise bedeckte Kredite, 3. nicht bedeckte Kredite. Erst im Jahre 1902 ist diese Einteilung gefallen. Man hat mit Recht die Position „teilweise bedeckte Kredite" abgeschafft und nähere Angaben über die Art ihrer Deckung gemacht, und zwar nach dem Schema: 1. durch börsengängige Effekten gedeckte Kredite, 2. anderweitig gedeckte Kredite, 3. nicht bedeckte Kredite. Es entspricht dieses Schema ungefähr dem von mir vorgeschlagenen (siehe Bankarchiv Januar 1902[1]). Die nachstehende Zusammenstellung der Debitoren nach dem von der Bank gewählten Schema zeigt auch hier bis zum Jahre 1899 eine geringe Weiterentwicklung.

[1] Welche Lehren soll der deutsche Kaufmann aus der letzten Krisis ziehen?

Darlehen und Ausstände.

Es betrugen:	1896	1897	1898
1. Die bedeckten Kredite und Guthaben aus Konsortialgeschäften	69,5	66,3	65,8
2. Die teilweise bedeckten Kredite	4,4	4,5	4,8
3. Die nicht bedeckten Kredite	7,8	6,9	6,5
Summe	81,7	77,7	77,1

Darlehen und Ausstände.

Es betrugen:	1899	1900	1901
1. Die bedeckten Kredite	66,6	73,1	74,9
2. Die teilweise bedeckten Kredite	5,2	8,5	7,1
3. Die nicht bedeckten Kredite	3,9	8,2	15,1
4. Die Avalkredite	7,0	6,9	6,9
Summe	82,7	96,7	104,0

Darlehen und Ausstände.

Es betrugen:	1902
1. Die durch börsengängige Effekten bedeckten Kredite	68,2
2. Die durch anderweitige Sicherheiten, wie Bürgschaften, Hypotheken ꝛc., bedeckten Kredite	38,5
3. Die nicht bedeckten Kredite	21,9
Summe	128,6

Die Qualität der Kundschaft der Bank gilt im allgemeinen als sehr gut. Aus den Geschäftsberichten ist zu ersehen, daß zu Abschreibungen auf Debitoren verwendet wurden:

1896	1897	1898	1900	1901	1902
57 780	20 000	40 000	91 252	70 000	104 037 Mk.

Im Durchschnitt sind danach die Ausfälle im Kontokorrentgeschäft immerhin etwas höher als bei der Diskonto-Gesellschaft.

e) Staats- und Kommunalkredit.

Durch die Zugehörigkeit zur Rothschildgruppe war die Darmstädter Bank stets an den großen staatlichen Finanzgeschäften derselben beteiligt; ferner als Mitglied des sogenannten Preußenkonsortiums an den Anleiheemissionen des Deutschen Reiches. In beiden Konsortien

jedoch hat sie keine führende Stellung. Die Darmstädter Bank hat nur selten bei internationalen Staatsgeschäften die Führung gehabt oder eine leitende Rolle gespielt, mit Ausnahme der Staatsgeschäfte Portugals. Der große Mißerfolg, den die Begebung der portugiesischen Anleihen im Jahre 1889 hatte, ist durch die im Jahre 1902 von der Bank geschickt und erfolgreich durchgeführte Konversion der portugiesischen Anleihen teilweise wettgemacht worden.

f) Das Unternehmergeschäft der Bank für Handel und Industrie.

Die Trennung zwischen Effekten- und Konsortialkonto erfolgte bei der Darmstädter Bank nach andern Gesichtspunkten als bei den andern Banken. Die Darmstädter Bank unterscheidet nämlich hier wie folgt:

1. Börsengängige Effekten,
2. Industrielle Aktien und Beteiligungen,
3. Finanzoperationen.

Diese Einteilung ist beibehalten worden bis zum Jahre 1897. Seit dieser Zeit wurde die Position „Industrielle Aktien und Beteiligungen" mit der Position „Finanzoperationen" vereinigt. Unter dem Namen „Industrielle Aktien und Beteiligungen" hatte die Darmstädter Bank bis zu dieser Zeit die nicht an der Börse notierten Aktien derjenigen Aktiengesellschaften verbucht, an denen sie mit größerem Aktienkapital gewissermaßen dauernd beteiligt war.

In der Bilanz von 1896 figurieren als derartige Beteiligungen noch folgende:

Nom. 230 000 Tlr. Aktien der Dessauer Wollgarnspinnerei,
„ 121 200 Mk. „ „ Aktien-Zuckerfabrik Groß-Gerau,
„ 150 000 „ „ „ „ „ Wetterau,
„ 67 500 Pes. „ „ Compania Metalurgica de Mazarron,
„ 63 000 Mk. „ des Salzwerks „Heilbronn",
„ 100 000 „ „ der Aktien-Maschinenbauanstalt vorm. Wenuleth & Ellenberger.

Im Jahre 1897 wurde die Position „Industrielle Aktien und Beteiligungen" aufgelöst, weil die bisher unter dieser Rubrik geführten Beträge nicht mehr von Belang und seit Jahren auch größere Beträge industrieller Aktien und Beteiligungen ohnehin bereits unter dem Konto Finanzoperationen ausgewiesen worden waren (Bericht von 1897 Seite 10). Da dieser Position in den Bilanzen die Position

„Börsengängige Effekten“ gegenübersteht, so ist daraus zu folgern, daß die Darmstädter Bank die in ihrem Besitz befindlichen nicht börsengängigen Effekten unter Finanzoperationen verbucht hat, daß sie also als Kriterium für die Einstellung von Werten ins Effekten- oder Konsortialkonto die Börsengängigkeit der Papiere verwendet hat.

Ich halte dieses Kriteriun, wie ich weiter unten ausführen werde, nicht für stichhaltig. Man wird jedoch gegen die Einteilung der Darmstädter Bank deshalb nichts einwenden können, weil sie in ihren Bilanzen die Ausdrücke Effekten- und Konsortialkonto anscheinend absichtlich vermeidet. Anerkennenswert ist, daß die Bank über die Zusammensetzung ihres Effektenkontos eine eingehendere Spezifikation gibt als die andern Berliner Großbanken, indem sie die Effekten, die sie besitzt, zwar nicht einzeln dem Betrage nach angibt, wohl aber jedes einzelne Effekt namhaft macht. Die Zusammensetzung des Effektenkontos zeigt folgende Tabelle.

Effektenkonto.

	1896		1897		1898		1899		1900		1901		1902	
	Zahl	Betrag	Zahl	Betrag	Zahl	Betrag	Zahl	Betrag	Zahl	Betrag	Zahl	Betrag	Zahl	Betrag
1. Deutsche Staats- und Gemeindeschuldverschreibungen, Hypothekenbank-Pfandbriefe und Eisenbahnprioritäten . . .	13	1,8	12	1,3	9	1,1	13	5,9	16	1,2	69	4,0	91	4,4
2. Außerdeutsche Staats- und Kommunal-Anleihen und Eisenbahnprioritäten	10	1,4	6	0,9	10	4,8	15	3,2	21	3,1	28	2,3	60	3,3
3. Aktien deutscher und außerdeutscher Bahnen, Industrie- und Terrain-Gesellschaften	17	5,1	20	3,9	16	3,3	21	4,7	35	5,4	36	4,8	110	9,3
4. Bankaktien	7	2,6	9	1,9	8	1,9	9	1,7	11	1,7	13	1,6	25	2,9
5. Diverse kleinere Bestände	93	1,0	74	1,0	64	0,7	75	1,0	70	0,9	74	0,7	63	0,8

Unter den Gründungsgeschäften der Darmstädter Bank aus den letzten Jahren sind als hervorragend folgende namhaft zu machen. Auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens: die Süddeutsche Eisenbahngesellschaft in Darmstadt, die Stuttgarter Straßenbahngesellschaft, der Bau zahlreicher elektrischer Kleinbahnen in Baden und Rheinland-

Westfalen, die Böhmische Bezirksbahn nach Weißbach und Friedland-Hermersdorf, die Dessauer Straßenbahn, die Umwandlung der Metzer Straßenbahn; von Terraingründungen: das Darmstädter Immobiliengeschäft Blumenthal & Co., die Straßburger Terraingesellschaft und die im Jahre 1901/02 erfolgte Sanierung der Deutschen Grundschuldbank durch Gründung der Neuen Bodengesellschaft und der Westlichen Bodengesellschaft; auf dem Gebiet der Montanindustrie die Sanierung der Differdinger Dannenbaumgesellschaft durch Umwandlung in die Deutsch-Luxemburgische Bergwerksgesellschaft. Im übrigen hat die Darmstädter Bank während der Periode des Aufschwunges seit 1896 sich industriellen Neugründungen gegenüber sehr zurückhaltend gezeigt. Von großen Neugründungen ist erst wieder nach der Krisis die im Jahre 1902 erfolgte Umwandlung der Schokoladenfabrik Gebrüder Stollwerck in eine Aktiengesellschaft mit 15 Millionen Mk. Kapital zu erwähnen.

Betreffs der Erträgnisse der Bank sei auf das Tabellenwerk verwiesen.

§ 5.

Die Berliner Handelsgesellschaft.

a) Die Organisation.

Die Berliner Handelsgesellschaft hat von den Berliner Großbanken allein einen ausschließlich in Berlin konzentrierten Betrieb. Sie hat weder Filialen noch Wechselstuben und Depositenkassen, sondern lediglich eine Hauptniederlassung in Berlin. Dieser Grundsatz strengster Konzentration mag sich daraus erklären, daß die Berliner Handelsgesellschaft in höherem Maße als die andern deutschen Banken Gründungs- und Spekulationsbank ist und sie das laufende Bankgeschäft gewissermaßen nicht als selbständigen Geschäftszweig pflegt, sondern mehr als notwendigen Appendix ihrer Gründungsgeschäfte und der damit verbundenen geschäftlichen Beziehungen zur Großindustrie. Interessant ist die Tatsache, daß die Berliner Handelsgesellschaft trotz des Mangels eigener Filialen und Wechselstuben es verstanden hat, die Werte der von ihr gegründeten Gesellschaften im Publikum unterzubringen, wenn sie auch vielfach insofern bei der Placierung ihrer Emissionen eine eigenartige Politik betreibt, als sie dabei die von ihr abhängigen großindustriellen Werke sich als Großabnehmer von Aktien der von ihr gegründeten Industriegesellschaften sichert. Daß die Berliner Handels-

gesellschaft bisher darauf verzichtet hat, durch einen dezentralisierten Betrieb fremde Gelder in höherem Maße als bisher heranzuziehen, mag seinen Grund darin haben, daß das Institut nicht der Gefahr ausgesetzt sein wollte, im Falle einer Erschütterung seines Emissionskredites plötzlich fremde Gelder zurückzahlen zu müssen. Der Bank gebührt ein wesentliches Verdienst an dem Zustandekommen und der Erhaltung der großen industriellen Verbände in Deutschland, und sie scheint es auch in der nächsten Zeit als eine ihrer Hauptaufgaben zu betrachten, der deutschen Industrie die Wege zu weiterer Kartellierung zu ebnen. Besonders intime Beziehungen unterhält sie zur Eisen-, Kohlen- und Elektrizitätsindustrie.

Für die Organisation des auswärtigen Geschäfts hat die Berliner Handelsgesellschaft sich an den Gründungen der Deutschen Bank, Dresdner Bank und Diskonto-Gesellschaft beteiligt, so bei der Deutsch-Asiatischen Bank, der Banca commerciale italiana, Credito fondiario italiano und der Minenfirma A. Goerz & Co.

Längere Zeit war die Berliner Handelsgesellschaft kommanditarisch mit 15 Millionen Mk. bei der Bankfirma Breest & Gelpcke beteiligt, die namentlich das Bankkommissionsgeschäft pflegte. Ende 1900 ging dieses Geschäft jedoch ganz auf die Handelsgesellschaft über.

b) Der Geschäftsumfang der Berliner Handelsgesellschaft.

Die Berliner Handelsgesellschaft ist in der Aufschwungsperiode mit Kapitalserhöhungen weit zurückhaltender gewesen als die andern Berliner Banken. Sie hat ihr Kapital, das im Jahre 1896 von 65 auf 80 Millionen Mk. erhöht wurde, weiter nur auf 90 Millionen Mk. gesteigert. Der Geschäftsumfang der Bank zeigt denn auch keine plötzliche Expansion, sondern eine langsame aber stetige Entwicklung. Charakteristisch dafür ist einmal der verhältnismäßig geringe Betrag der fremden Gelder und die den andern Berliner Banken gegenüber recht niedrigen Acceptverbindlichkeiten, die ihre Erklärung in dem weniger ausgedehnten Kontokorrentgeschäft finden. Die Gesamtaktiva der Bank betrugen 1896: 229,1, 1899: 262, 1902: 295,1 Millionen Mk. Der Charakter der Bank als Emissionsbank kommt zum Ausdruck in der verhältnismäßig großen Höhe ihres Konsortialkontos und in der Abhängigkeit ihrer Erträgnisse von der Börsenlage. Über die Zusammensetzung ihres Konsortialkontos gibt die Bank keine ziffern-

mäßig detaillierte Darstellung; doch ist aus den Geschäftsberichten zu ersehen, daß sie sich ähnlich wie bis zum Jahre 1895 die Diskonto-Gesellschaft bei den von ihr ins Leben gerufenen Unternehmungen mit großen Beträgen beteiligt hat. Die Bewegung des Effektenkontos findet ihren Ausdruck in folgender Tabelle:

Effektenkonto.

Bestand an	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902
	Millionen Mk.						
1. Staatspapieren und Pfandbriefen	1,4	1,2	1,1	1,1	0,7	1,1	3,7
2. Eisenbahnaktien u. Stammprioritäten, Prioritätsobligationen von Eisenbahnen und industriellen Gesellschaften	2,3	2,4	2,8	2,8	4,5	4,1	2,1
3. Bank- und Industriewerten	4,8	5,5	3,1	2,8	3,7	4,2	4,3

Das Unternehmergeschäft der Berliner Handelsgesellschaft erstreckt sich auf alle Branchen des Handels, der Industrie und des öffentlichen Kredits. Besonders hat sie jedoch stets das industrielle Gründungsgeschäft gepflegt. Auf dem Gebiete des Staatskredits hat sie eine führende Stellung nur bei den Finanzgeschäften des serbischen Staates; teilweise hat sie auch bei einigen russischen Geschäften die Führung gehabt oder solche in Gemeinschaft mit der Diskonto-Gesellschaft und Mendelssohn & Co. durchgeführt. Von ihren Gründungsgeschäften auf dem Gebiete des Eisenbahnbaues ist in erster Linie zu erwähnen die Errichtung der Baufirma Lenz & Co., G. m. b. H., deren Betrieb Ende 1902 mehr als 2600 km gebaute Kleinbahnen umfaßte, ferner die Ausführung der die ägyptischen Staatsbahnen fortsetzenden Strecke Keneh—Assouan, ihre Beteiligung bei der Allgemeinen Lokal- und Straßenbahn-Gesellschaft und der Westdeutschen Eisenbahngesellschaft, der Niederländisch-Südafrikanischen Eisenbahngesellschaft (Transvaalbahn) und der Schantung-Eisenbahngesellschaft. Von größeren industriellen Gründungen aus den letzten Jahren seien hier genannt die der oberschlesischen Kokswerke und chemischen Fabriken, der Aktiengesellschaft Tiederhall, der Warsteiner Gruben- und Hüttenwerke, der Rombacher Hüttenwerke, der Deutschen Niles-Werkzeugmaschinenfabrik und die Umwandlung der Gewerkschaft „Zentrum" in eine Aktiengesellschaft (1899), ihren Verkauf an die Rheinischen

Stahlwerke (1900), der Nauheimer Fabrik für säure- und feuerfeste Produkte, des Emallierwerks und Metallwarenfabrik „Silesia", der Maschinenfabrik Örlicon, der Veitscher Magnesitwerke, der Stein- und Tonindustrie-Gesellschaft Bröhlthal. In der elektrischen Industrie nahm die Bank führenden Anteil an den Gründungsgeschäften der Gruppe der Allgemeinen Eletrizitätsgesellschaft und ihr gebührt ein besonderes Verdienst bei der im Jahre 1902/03 zustande gekommenen Fusion zwischen der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der Union, Elektrizitätsgesellschaft, und der Siemens-Schuckert-Werke, G. m. b. H. Einen weiten Blick hat die Bank auch bewiesen bei der Beurteilung der Entwicklung des Grundbesitzes in Berlin und Umgegend, und sie hat hier zahlreiche Terraingesellschaften mit Erfolg ins Leben gerufen, so die Terraingesellschaft am Kurfürstendamm, die im Jahre 1898 gegründete Handelsgesellschaft für Grundbesitz, welche große Grundstückkomplexe im Berlin-Schmargendorfer Grenzgebiet erwarb, die Terraingesellschaft „Stadtbahnhof Charlottenburg" und die Aktiengesellschaft „Neuhof", die im Jahre 1896 zum Zweck der Erschließung und Verwertung des in der Nähe des Hamburger Freihafengebietes gelegenen Rittergutes „Neuhof" errichtet wurde.

Von den Bankgründungen im Auslande, an denen die Bank beteiligt war, sind außer den obengenannten noch zu erwähnen: die 1898 errichtete Banque internationale de Bruxelles und die 1902 erfolgte Ummandlung der Bankfirma Labouchère, Oyens & Co. in Amsterdam in ein Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 6 Millionen Gulden.

§ 6.

Die Nationalbank für Deutschland.

a) Organisation.

Die Nationalbank für Deutschland hat mit der Berliner Handelsgesellschaft das gemein, daß sie keine Filialen, weder in Deutschland noch im Auslande, unterhält, dagegen hat sie in Berlin und Vororten zahlreiche Depositenkassen und war im Jahre 1896 auch an mehreren Bankfirmen in der Provinz kommanditarisch beteiligt, so bei Wenzel & Co. in Dresden, bei Erttel & Freiberg in Leipzig und Litten & Co. in Königsberg. Letztere Beteiligung wurde Ende 1896, die bei Wenzel & Co. Ultimo 1898 gelöst. Die Höhe der Kommanditbeteiligungen ist aus den Bilanzen der Nationalbank nicht zu ersehen, da die Bank die-

selbe nicht besonders angibt, sie vielmehr unter den ungedeckten Debitoren verbucht.

Die Tätigkeit der Nationalbank läßt ein festes Programm vermissen, was teilweise wohl dadurch erklärlich ist, daß sie lange Jahre in verhältnismäßig starker Abhängigkeit von dem einst sehr bedeutenden Bankhause Jakob Landau in Berlin gestanden hat, dessen einer Inhaber, Generalkonsul Eugen Landau, Vorsitzender ihres Aufsichtsrats war. Die Abhängigkeit der Nationalbank von dem Bankhause Jakob Landau hörte erst im Jahre 1898 auf. In diesem Jahre übernahm die Bank das Geschäft dieser Firma ohne Aktiva und Passiva, aber unter Überleitung von ihren Geschäftsverbindungen und Couponzahlstellen; auch erhielt die Nationalbank das Recht, in die zwischen der Firma Jakob Landau und Gesellschaften und Korporationen bestehenden Verträge insoweit einzutreten, als dies ihr wünschenswert erschien.

b) Der Geschäftsumfang der Nationalbank für Deutschland.

Der Geschäftsumfang der Nationalbank für Deutschland, nach der Höhe der Gesamtaktiva beurteilt, ist im Verhältnis zu den bisher von uns besprochenen Banken geringfügig. Die Nationalbank wurde durch die Börsengesetzgebung besonders hart mitgenommen, weil sie in sehr umfangreichem Maße das Effektenkommissionsgeschäft gepflegt hat. Ihr Kontokorrentgeschäft, soweit es der Förderung von Handel und Industrie diente, blieb dahinter zurück, weil sie eine führende Stellung wohl in keinem Industriezweige einnahm. Durch die Beziehungen zu Jakob Landau und der Gruppe der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft war sie jedoch an den großen Finanzgeschäften in der elektrischen Industrie beteiligt. Auch auf dem Gebiete der Brauereigründungen und Brauereifusionen hat sie sich öfters mit Erfolg betätigt, doch gelang es ihr im allgemeinen weder auf dem Gebiete der staatlichen noch der industriellen Finanzgeschäfte eine hervorragende Initiative zu entfalten. Seit der Emission der griechischen Staatsanleihe im Jahre 1889/1890 hat sie bei keiner Emission von Staatspapieren mehr die Führung innegehabt.

Was das laufende Geschäft betrifft, so dürfte die Bank speziell in Rußland gute Verbindungen haben. Im allgemeinen jedoch scheint ihre Kundschaft nicht allerersten Ranges zu sein. Die

Verluste der Bank wenigstens auf Kontokorrentkonto waren ziemlich erheblich. Sie betrugen:

Kontokorrentverluste.

1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902
?	107 818	80 337	108 091	90 376 [1]	[2]	?

Durch die Krisis des Jahres 1901 ist die Bank verhältnismäßig stark in Mitleidenschaft gezogen worden, nicht nur durch Zurückziehung fremder Gelder, sondern namentlich auch durch ihre Beteiligung bei der Allgemeinen Deutschen Kleinbahn-Gesellschaft. Ihr Geschäft erfuhr im Jahre 1901 eine erhebliche Einschränkung, was aus der Verminderung der Gesamtaktiva, der Debitoren, Kreditoren, Accepte und der ein- und ausgegangenen Wechsel deutlich hervorgeht. Der Wechselverkehr erfuhr nicht nur der Zahl nach, sondern auch den Beträgen nach eine erhebliche Verminderung. Ich verweise diesbezüglich auf nachstehende Tabelle:

Jahre	Zahl	Betrag im Eingang Mk.	Durchschnitt Mk.
1896	111 337	640 757 544	5 755
1897	122 881	849 530 240	6 913
1898	131 368	1 043 632 547	7 944
1899	135 481	1 035 255 861	7 641
1900	130 157	982 733 886	7 550
1901	118 050	790 400 953	6 795
1902	121 024	776 835 298	6 418

Daß die Bank im Jahre 1901 gezwungen war, zu Kreditrestriktionen zu schreiten, zeigt folgende Tabelle, die die erhebliche Herabminderung der gedeckten Debitoren deutlich erkennen läßt:

	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902
Guthaben bei Banken und Bankiers	2,9	4,6	7,0	3,8	7,0	5,7	7,0
Gedeckte Debitoren	46,0	50,3	52,0	63,0	63,4	40,2	50,3
Ungedeckte Debitoren . . .	8,9	7,9	9,8	10,7	10,8	10,2	7,3
Summe	57,8	62,8	68,8	77,5	81,2	56,1	64,6

[1] Außerdem Rückstellung 300000 Mk.

[2] Verlust bei der Leipziger Bank 700000 Mk., außerdem Abschreibung auf Kontokorrentkonto 462939 Mk.

Die Zusammenstellung des **Effekten-** und **Konsortialkontos** hat die Nationalbank seit dem Jahre 1896 wiederholt geändert. Sie unterschied 1896 bei dem Effektenkonto zwischen

1. inländischen und ausländischen Fonds,
2. Bank- und Eisenbahnaktien,
3. Eisenbahnobligationen,
4. Industrieaktien und -Obligationen,

seit dem Jahre 1898 jedoch zwischen

1. inländischen und ausländischen Fonds,
2. diversen Aktien,
3. diversen Obligationen.

Das Mißtrauen, das ihr im Jahre 1901 entgegengebracht wurde, veranlaßte sie zu weitergehender Spezifikation, die aus nachfolgenden Zusammenstellungen des Effektenkontos ersichtlich ist:

Effektenkonto.

	1901		1902	
	Zahl	Betrag	Zahl	Betrag
Deutsche Staats- und Stadtanleihen und preußische Eisenbahnaktien	—	4,3	—	4,6
Ausländische Fonds	16	1,3	27	0,7
Eisenbahnaktien	23	2,6	16	1,2
Bankaktien	10	1,3	9	0,8
Eisenbahnobligationen	4	1,0	6	0,8
Industrieobligationen	6	0,8	8	1,5
Industriewerte	34	4,2	33	2,6

Effektenkonto.

	1898	1899	1900
Inländische und ausländische Fonds	1,6	2,2	3,9
Diverse Aktien	3,1	1,8	1,1
Diverse Obligationen	1,9	1,9	1,4

Effektenkonto.

	1896	1897
Inländische und ausländische Fonds	2,0	1,8
Bankaktien und Eisenbahnaktien	0,6	0,7
Eisenbahnobligationen	1,2	0,3
Industrieaktien und -Obligationen	1,4	1,9

Im Jahre 1901 wurde außerdem eine weitergehende Spezifikation noch insofern gegeben, als bei den Effekten mitgeteilt wurde, ob sie börsengängig oder nicht notiert waren. Ähnlich hat die Bank die Zusammensetzung ihres Konsortialkontos im Jahre 1901 spezifizierter gegeben, wie nachstehende Tabellen zeigen:

Konsortialkonto.

	1896		1897		1898		1899		1900	
	Zahl	Betrag	Zahl	Betrag	Zahl	Betrag	Zahl	Betrag	Zahl	Betrag
In- und ausländische Fonds	?	1,0	?	1,1	?	2,2	?	1,7	?	2,1
In- und ausländische Bankaktien und Transportunternehmungen	?	1,8	?	2,3	?	} 2,0	?	2,9	?	} 4,7
In- und ausländische Eisenbahnen	?	3,5	?	2,4	?		?	—	?	
In- und ausländische Industrieunternehmungen .	?	2,5	?	2,8	?	5,6	?	7,0	?	8,1
Eisenbahnobligationen . . .	?	1,2	?	1,1	?	2,0	?	2,2	?	3,2
Grundstücksgeschäfte	?	1,7	?	1,6	?	2,1	?	2,2	?	2,2

Konsortialkonto.

	1901		1902	
	Zahl	Betrag	Zahl	Betrag
Staatsanleihen	2	1,2	2	0,7
Eisenbahnaktien und Transportunternehmungen . .	8	3,2	6	3,2
Eisenbahnobligationen . . .	7	2,0	6	4,0
Bankaktien	8	1,7	7	0,8
Grundstücksgeschäfte (Berlin und Vororte)	4	2,1	5	1,6
Bergwerksunternehmungen .	7	0,6	6	0,4
Elektrizitätswerte.	18	3,0	16	2,6
Industrieaktien und -Unternehmungen	26	3,0	27	3,1

Die starke Erschütterung, welche die Bank im Jahre 1901 erfuhr, scheint sie zu einem Wechsel in der Direktion bestimmt zu haben. Die Direktoren Peter und Magnus schieden aus und an deren Stelle trat der frühere Oberbürgermeister von Posen, Geh. Regierungsrat Witting. Er ist wohl zu dem Zwecke in den Vorstand der Bank berufen worden,

um ihr eine größere Beteiligung bei den Geschäften des preußischen Staates und der Kommunen Preußens, speziell in den östlichen Provinzen, zu sichern.

§ 7.

Der Schaaffhausensche Bankverein.

Der Schaaffhausensche Bankverein, der seinen Schwerpunkt im rheinisch-westfälischen Industriebezirk hat, hat nach der Errichtung der Niederlassung in Berlin im Jahre 1891 auch in Mitteldeutschland schnell festen Fuß zu fassen verstanden. Der Schaaffhausensche Bankverein hat von jeher die Förderung von Handel und Industrie durch rationelle Kreditgewähr als seine Hauptaufgabe betrachtet, in ähnlicher Weise wie die Bergisch-Märkische Bank, und er ist diesem Prinzip auch bis in die Neuzeit hinein im wesentlichen treu geblieben. Es ist bemerkenswert, daß die Bank das Kontokorrentgeschäft mit verhältnismäßig großem Erfolge betrieben hat, obgleich sie nicht dezentralisiert war und eigene Niederlassungen nur in Berlin und Köln unterhielt. Erst die wachsende Konkurrenz, welche ihr die Berliner Großbanken in ihrem eigensten Tätigkeitsfelde, in Rheinland-Westfalen, bereiteten, scheint sie in neuerer Zeit veranlaßt zu haben, ihren Betrieb durch Filialen, Kommanditen und durch dauernde Beteiligungen bei Aktienbanken mehr zu dezentralisieren. Bis zum Jahre 1896 hatte sie weder Filialen noch Kommanditbeteiligungen bei privaten Bankfirmen; dagegen war sie auffallenderweise bei einem industriellen Unternehmen, nämlich dem Façon-Walzwerk L. Mannstaedt & Co., mit 690 000 Mk. kommanditarisch beteiligt. Doch wurde diese Kommanditbeteiligung im Jahre 1897 bei Gelegenheit der Umwandlung der Firma in eine Aktiengesellschaft in eine Aktienbeteiligung umgewandelt. Kommanditarisch bei Bankfirmen beteiligte sich die Bank erst im Jahre 1898 bei der Bankfirma Philipp Elimeyer in Dresden mit 1 Million Mk. und 1900 bei Hamburger & Co. in Kattowitz mit 600 000 Mk. Letztere Beteiligung hat der Bank im Jahre 1901 größere Verluste gebracht, da die Firma Hamburger & Co. an der in Konkurs geratenen Reederei vereinigter Schiffer stark interessiert war. Im Jahre 1900 verschmolz der Schaaffhausensche Bankverein die Bankhäuser S. Katzenstein Söhne in Bielefeld, Gebr. Sieckmann in Herford und Salomon & Oppenheimer in Detmold unter der Firma Westfälisch-Lippische Vereinsbank in eine Aktiengesellschaft mit 5 Millionen Mk.

Aktienkapital, dem Hauptsitz in Detmold und Zweigniederlassungen in Herford und Lemgo. Der Anfang 1900 erfolgte Austritt des Direktors Carl Klönne aus dem Vorstand des Schaaffhausenschen Bankvereins, der intime persönliche Beziehungen zur rheinisch-westfälischen Industrie unterhielt und einen Teil seiner Kundschaft zur Deutschen Bank, in deren Vorstand er eintrat, brachte, ließ es der Bank notwendig erscheinen, um ihre Geschäftstätigkeit in Rheinland-Westfalen zu erhalten, dort weitere Filialen zu eröffnen. Im Jahre 1901 wurde eine Filiale in Essen, Mitte 1902 eine solche in Düsseldorf errichtet.

Die Organisation der Bank im Inlande erscheint noch keineswegs abgeschlossen. Sie ist auch in neuester Zeit weiter ausgedehnt worden, und zwar zunächst auf Süddeutschland durch Abschluß einer Interessengemeinschaft mit der Pfälzischen Bank, die vielleicht den ersten Schritt auf dem Wege einer späteren Fusion darstellt. Ferner beteiligte sich die Bank durch Übernahme von 3 Millionen Mk. Aktien bei der Mittelrheinischen Bank in Koblenz und trat auch mit der Mülheimer Bank in nähere Verbindung.

Seinem ganzen Charakter nach stellt der Schaaffhausensche Bankverein noch heute eine Industriebank dar, und zwar im wesentlichen eine Bank zur Pflege der Interessen und zur Befriedigung der Kreditbedürfnisse der Montanindustrie. Das eigentliche Börsengeschäft tritt bei ihm im Vergleich zu den bisher behandelten Berliner Großbanken in den Hintergrund, und er sticht an der Börse vor den übrigen Banken nicht unvorteilhaft durch die Enthaltsamkeit von eigenen Börsenspekulationen ab.

Das ausländische und speziell das überseeische Geschäft hat die Bank verhältnismäßig wenig gepflegt und sie scheint auch sich auf diesem Gebiete zunächst nicht stärker betätigen zu wollen, sondern ihr Hauptaugenmerk darauf zu richten, ihre Beziehungen in den deutschen Industriebezirken, namentlich in Oberschlesien, Sachsen und am Rhein, weiter auszubreiten.

Die Bank hat ihr Kapital seit dem Jahre 1894 von 48 Millionen Mk. auf 100 Millionen Mk. im Jahre 1899 erhöht, also dasselbe mehr als verdoppelt, um den Kreditbedürfnissen der Industrie genügen zu können. Wie sehr die Bank ihre Tätigkeit in den Dienst der Industrie gestellt hat, geht am besten aus den Angaben hervor, die sie in ihren Bilanzen und Geschäftsberichten nicht macht. Sie unterläßt es nämlich bis zum Jahre 1899 einschließlich, über die Deckungsverhältnisse der Debitoren und ihre Verteilung nach der Zahl

der Schuldner irgend welche Mitteilungen zu machen und gibt darüber erst seit 1900, in welchem Jahre dieses Konto sehr stark angeschwollen war, näheren Aufschluß. Seit dieser Zeit wird mitgeteilt, welcher Teil der Debitoren auf größere Aktiengesellschaften und Gewerkschaften entfällt und welcher Teil von den sonstigen Ausständen gedeckt und ungedeckt ist. Im Jahre 1900 steigerten sich die Debitoren von 146 Millionen Mk. ultimo 1899 auf 161,7 Millionen Mk., um sich im Jahre 1901 auf 136 Millionen Mk. und 1902 auf 132 Millionen Mk. zu ermäßigen. Hiervon entfielen auf größere Aktiengesellschaften und Gewerkschaften:

1900:	51,7	Millionen Mk.
1901:	50,9	" "
1902:	46,1	" "

Von den übrigen Ausständen waren

	gedeckt:		ungedeckt:	
1900:	77,9	Millionen Mk.	32,0	Millionen Mk.
1901:	60,9	" "	24,2	" "
1902:	63,5	" "	22,4	" "

In der Verminderung der Debitoren und besonders der ungedeckten kommt deutlich die Ermäßigung des Kreditbedürfnisses der Industrie zum Ausdruck, in der starken Reduktion der gedeckten Debitoren im Jahre 1901 die Herabminderung der börsenmäßigen Kreditgewähr durch Bevorschussung von Effekten.

Im übrigen läßt sich der Umfang und die Art des laufenden Geschäftes des Schaaffhausenschen Bankvereins ziffernmäßig nicht darstellen, da die hierfür erforderlichen Angaben in den Geschäftsberichten fehlen. Mitteilungen über die Umsätze auf den einzelnen Konten, namentlich auf Wechsel- uud Kontokorrentkonto, über die Zahl der ein- und ausgegangenen Wechsel und ihren Durchschnittsbetrag werden nicht gemacht, ja es wird nicht einmal der Bestand an Wechseln am 31. Dezember gesondert angegeben, sondern zusammen mit Kasse, Reichsbankguthaben, Coupons und Sorten in einem Posten verbucht; Reports und Lombards sind gleichfalls zu einer Position unter den Aktiven zusammengezogen, und sowohl das Effektenkonto wie das Konsortialkonto wird nicht spezifiziert. Nur im Jahre 1901 und 1902 wird für die letzteren beiden Posten eine detaillierte Darstellung gegeben, die sich wie folgt stellt:

Effektenkonto.

Bestand an:	1901	1902
1. Konsols, Reichsanleihen, Provinzial- und Kommunalanleihen Pfandbriefen und Industrieobligationen	7 125 000	9 713 000
2. börsengängigen Effekten	13 109 000	10 798 000
3. nicht börsengängigen Effekten . . .	8 280 000	13 305 000

Konsortialkonto.

Bestand an:	1901	1902
1. Aktien von Banken und Versicherungsgesellschaften	3 498 000	1 018 000
2. Aktien und Obligationen von Verkehrsunternehmungen	4 428 000	5 993 000
3. Aktien und Kuxen industrieller Gesellschaften	9 245 000	8 114 000
4. Obligationen industrieller Gesellschaften	2 215 000	2 374 000
5. Diversen	1 810 000	713 000

Außer diesen Angaben wird dem Namen, aber nicht dem Betrage nach angegeben, die Aktien welcher Gesellschaften in den einzelnen dieser Positionen erhalten sind. Erst seit dem Jahre 1902 wird infolge der ausgedehnteren Beteiligung an Bankunternehmungen ein separates Konto der dauernden Beteiligungen bei Banken geführt. Dasselbe erscheint in der Bilanz von 1902 mit dem Betrage von 6 080 658 Mk. und enthält den festen Besitz an Aktien der Pfälzischen Bank, der Niederrheinischen Kreditanstalt und der Westfälisch-Lippischen Vereinsbank.

In früheren Jahren hatte die Bank eine leitende Stellung in der elektrischen Industrie durch ihre intimen Beziehungen zu der Schuckert-Gesellschaft in Nürnberg und ihrer Tochtergesellschaft, der Kontinentalen-Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, in Gemeinschaft mit dem Bankhause W. H. Ladenburg & Söhne in Mannheim und der Kommerz- und Diskontobank. Die Beziehungen zu der Schuckert-Gruppe wurden jedoch im Jahre 1898 gelöst, und die Bank trat in die Finanzgruppe der Loewe-Gesellschaft ein. Diese Veränderung wird im Geschäftsbericht von 1898 wie folgt begründet:

„Wir waren dafür eingetreten, daß diese Unternehmungen sich mit der großen Gruppe der der Firma Ludwig Loewe & Co., Aktiengesellschaft in Berlin befreundeten Banken und ihren elektrischen Unternehmungen verbinden sollten, und hatten uns, nachdem maßgebende Faktoren der Nürnberger Gesellschaften diese Richtung gut-

geheißen hatten, in diesem Sinne der erwähnten Gruppe gegenüber engagiert. Nachträglich trat in unerwarteter Weise bei jenen Faktoren ein Stimmungswechsel ein in einer Form und mit einer Begründung, welche unsere Billigung nicht finden konnten, und sahen wir uns deshalb veranlaßt, uns von der Nürnberger Gruppe zu trennen und uns der erwähnten Berliner Gruppe anzuschließen, welcher wir seit November 1898 endgültig beigetreten sind.

Vom Standpunkte der finanziellen Interessen unseres Institutes haben wir diese Entwicklung nicht zu bedauern, wohl aber unter dem Gesichtspunkte, daß hier eine der aussichtsreichsten Gelegenheiten der Vereinigung technischer und finanzieller Kräfte auf einem Gebiete unbenutzt geblieben ist, in welchem Deutschland eine führende Stellung auf der ganzen Erde einnimmt und unter dem weiteren Gesichtspunkte, daß, je tüchtiger die Organisation der einzelnen Unternehmung und je ausgedehnter ihr Wirkungskreis ist, sich bei der eigenartigen Gestaltung dieser Industrie um so dringender das Bedürfnis einer finanziellen Unterstützung auf breitester Basis geltend machen muß."

Hierzu möchten wir noch bemerken, daß in der Tat das Verfahren der Schuckert-Gesellschaft mit der kaufmännischen Praxis so wenig in Einklang stand, daß der Schaaffhausensche Bankverein mit Recht seine Beziehungen zu ihr gelöst hat. Durch den Mandatar der Bank, Herrn Bankier Louis Hagen in Köln, war mit dem Aufsichtsrat und der Direktion der Schuckert-Gesellschaft der Fusionsvertrag mit der Loewe-Gesellschaft fest vereinbart und in seinen wesentlichen Bedingungen unterschrieben. Diese Unterschrift wurde jedoch einige Tage später telegraphisch von der Schuckert-Gesellschaft annulliert. Nach den Enthüllungen, die in späteren Jahren über die Schuckert-Gesellschaft veröffentlicht wurden, scheint die Annullierung des Vertrages deshalb erfolgt zu sein, weil sie es damals nicht für geraten hielt, einer andern Gesellschaft einen genauen Einblick in ihre Verhältnisse zu geben.

Aus der industriellen Gründungstätigkeit des Schaaffhausenschen Bankvereins auf dem Gebiete der Montanindustrie möge hier hervorgehoben werden: Die Gründung der Hüttengesellschaft vormals Karl von Born in Dortmund mit einem Kapital von 1 800 000 Mk. im Jahre 1896, welche Gesellschaft im Jahre 1898 an den Hörder-Verein verkauft wurde, die Umwandlung der Kommanditbeteiligung bei dem Façon-Eisenwalzwerk L. Mannstaedt & Co. in eine Aktiengesellschaft in 1897, die Gründung der Sieg-Rheinischen Hütten-Aktiengesellschaft Wilhelmshütte mit einem Kapital von 2 Millionen Mk. in 1897, die

Errichtung des „Syndikatskontors des A. Schaaffhausenschen Bankvereins, G. m. b. H., in Köln" mit einem Kapital von 1 Million Mk. zum Zwecke der Übernahme der Vertretung industrieller Verbände und Syndikate im Jahre 1899, die Umwandlung der Aktiengesellschaft Selbecker Bergwerksverein in eine Aktiengesellschaft in 1900, die Gründung des Lothringer Hüttenvereins Aumetz-Friede in 1901 und die Beteiligung bei der Internationalen Bohrgesellschaft in Erkelenz.

Aus der Gründungstätigkeit der Bank auf dem Gebiete der Textilindustrie sind zu erwähnen: die Errichtung der Aktiengesellschaft „Dülkener Baumwollspinnerei" und der Rheinischen Webstuhlfabrik in 1897, der Süddeutschen Juteindustrie in Mannheim mit 4 Millionen Mk. und der aus dem Konkurs der Kammgarnspinnerei Eitorf, Karl Schäfer & Co. hervorgegangenen Kammgarnspinnerei und -Weberei Eitorf in eine Aktiengesellschaft mit 2½ Millionen Mk. in 1901. Aus dem Bereich der übrigen Industrien ist besonders zu erwähnen die Gründung der Deutsch-Atlantischen Telegraphengesellschaft in Köln mit 20 Millionen Mk. Kapital in 1899. Außerdem beteiligte sich die Bank bei zahlreichen Gründungen der Berliner Handelsgesellschaft und der Dresdner Bank.

Die Geschäftstätigkeit des Schaaffhausenschen Bankvereins ist gerade für die Beurteilung des Einflusses der Banken auf die Entstehung und Ausdehnung der Krisis von besonderer Bedeutung.

§ 8.

Die Mitteldeutsche Kreditbank.

Die Mitteldeutsche Kreditbank ist eine Bank von verhältnismäßig konservativem Charakter, die nicht ihren Ehrgeiz darin gesucht hat, hohe Dividenden zu verteilen oder sich schnell zu einer Großbank auszuwachsen. Sie hat ihr Aktienkapital vorsichtig und langsam erhöht, im Jahre 1897 von 30 auf 36, 1899 von 36 auf 45 Millionen Mk. Ihre Dividenden waren nie recht hoch, aber ziemlich stabil. Sie betrugen seit 1896 regelmäßig 6%, im Jahre 1901/1902 5½%. In dieser konservativen Führung der Geschäfte kommen wohl die soliden Grundsätze des Frankfurter Platzes zum Ausdruck, die auch für die Berliner Niederlassung maßgebend waren und wohl jetzt noch maßgebend sind, wo ihr Geschäftskreis dem des Frankfurter Stammhauses mindestens gleich ist.

Die Mitteldeutsche Kreditbank pflegt vorzugsweise das Konto-

korrentgeschäft. Die hierfür erforderliche Dezentralisation hat sie sich vorsichtig und allmählich zu schaffen gesucht. Außer ihren eigenen Niederlassungen in Frankfurt, Berlin und Meiningen war sie 1896 kommanditarisch beteiligt an der Firma Pflaum & Co. in Fürth und der Bankkommandite Meyer & Dieß in Baden-Baden und durch Aktienbesitz an der German bank of London, welcher jedoch 1897 bereits abgestoßen wurde. Die kommanditarische Beteiligung bei Pflaum & Co. wurde 1897 auf 750 000 Mk. erhöht, 1899 wurde die Firma in eine Filiale der Mitteldeutschen Kreditbank umgewandelt. Ferner beteiligte sich die Bank kommanditarisch bei der Bankfirma Hoffmann & Goetze in Essen mit zunächst 100 000 Mk. um diese Beteiligung 1900 auf 300 000 Mk. zu erhöhen. Im Jahre 1898 wurde die Firma B. Berlé in Wiesbaden gleichfalls in eine Filiale umgewandelt. Speziell zur Pflege des Effektenkommissionsgeschäftes hat die Bank auch in Berlin zahlreiche Depositenkassen. Vorwiegend aus dem Effektenkommissionsgeschäft mag sich die Tatsache erklären, daß in Berlin die Debitoren der Bank höher sind als in Frankfurt a./M., während das Acceptkonto der Bank, das mehr der Pflege des industriellen und Handelskredites entspringt, in Frankfurt durchschnittlich höher ist als in Berlin. Die Höhe der Debitoren und Accepte ist aus folgenden Tabellen ersichtlich:

Diverse Debitoren.

	1896		1897		1898		1899		1900		1901		1902	
	Summe	davon ungedeckt	Summe	davon ungedeckt	Summe	davon ungedeckt	Summe	davon ungedeckt	Summe	davon ungedeckt	Summe	davon ungedeckt	Summe	davon ungedeckt
Frankfurt a. M.	21,9	3,9	27,1	4,2	25,4	4,2	28,4	5,2	28,0	4,7	25,4	?	24,1	?
Berlin . .	25,3	1,9	30,8	3,5	31,5	3,2	37,7	4,8	34,7	4,6	34,8	?	29,7	?
Meiningen	1,4	0,1	1,0	0,1	1,1	0,1	1,2	0,05	0,9	0,15	1,2	?	1,0	?
Wiesbaden	—	—	—	—	1,8	0,2	2,2	0,1	3,2	0,2	2,3	?	2,2	?
	—	—	—	—	—	—	5,9	0,9	6,9	1,1	7,9	?	9,9	?

Acceptkonto.

	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902
Frankfurt a. M.	14,5	15,9	16,0	17,6	17,8	15,2	14,3
Berlin	13,6	14,1	16,3	16,8	15,3	16,1	13,0
Meiningen . .	—	—	—	—	—	0,0004	0,002
Nürnberg-Fürth	—	—	—	1,9	2,2	2,9	3,4

Der Kundenkreis der Bank scheint sich aus den Kreisen der mittleren Kapitalisten und Gewerbetreibenden zusammenzusetzen, wenn man nach den Durchschnittsbeträgen der bei ihr ein- und ausgegangenen Wechsel urteilen darf. Es gingen bei der Bank an Wechseln ein:

Wechselverkehr.

Jahr	Zahl	Betrag	Durchschnitts-summe
1896	143 226	247 446 275	1727
1897	148 560	255 829 585	1722
1898	163 367	316 156 738	1935
1899	188 287	353 578 604	1877
1900	190 562	377 730 152	1982
1901	219 078	399 268 183	1822
1902	227 233	371 513 151	1635

Die Kommanditbeteiligungen der Mitteldeutschen Kreditbank blieben dauernd verhältnismäßig gering. Sie erbrachten jedoch im Durchschnitt eine gute Rente, wie aus nachstehender Tabelle ersichtlich ist:

Kommanditkonto.

Jahr	Betrag	Gewinn
1896	1,9	0,2
1897	0,95	0,2
1898	1,5	0,2
1899	0,8	0,2
1900	1,0	0,2
1901	2,0	0,1
1902	2,0	0,2

In den Kommanditbeteiligungen der Mitteldeutschen Kreditbank sind nicht nur die kommanditarischen Beteiligungen bei Banken enthalten, sondern auch die Kommanditbeteiligung bei der Metallfirma Beer, Sondheimer & Co. in Frankfurt a./M. und seit dem Jahre 1901 die stille Beteiligung bei der Firma Wehring & Wächter, Eisenbahnbau- und Betriebsgesellschaft mit 1 Million Mk.

§ 9.

Die Berliner Bank.

Im Gegensatz zur Mitteldeutschen Kreditbank zeigt die Berliner Bank eine sehr sprunghafte und hastige Entwicklung. Hervorgegangen

aus der Berliner Handelsbank, die hauptsächlich das Wechseldiskontgeschäft pflegte, verfügte die Berliner Bank im Jahre 1896 über ein Aktienkapital von nur 7½ Millionen Mk., das sie jedoch 1897 auf 20, 1898 auf 30 und 1899 auf 42 Millionen Mk. erhöhte. Das laufende Geschäft bot natürlich nicht hinreichende Verwendung für die schnell und stark vermehrten Kapitalien, und es ist daher kein Wunder, daß die Bank, um das Kapital zu beschäftigen, sich gezwungen sah, sich auf vielfach zweifelhafte Gründungs- und Finanzgeschäfte einzulassen. Ihre ursprüngliche Absicht war wohl die, nach dem Muster der Bergisch-Märkischen Bank das Kontokorrentgeschäft mit den mittleren und kleineren Gewerbetreibenden zu pflegen, insbesondere auch durch Gewährung von Blankokrediten. Die Pflege eines derartigen Geschäftszweiges läßt jedoch keine so sprunghafte Entwicklung zu, wie sie bei der Berliner Bank zu verzeichnen ist, sondern kann nur schrittweise gefördert und ausgedehnt werden, sofern bei der Eingehung neuer Geschäftsverbindungen die nötige Vorsicht gewahrt werden soll. Hätte die Berliner Bank den Weg langsamen Voranschreitens befolgt, so hätte sie ihr ursprüngliches Programm voraussichtlich auch durchführen können. Statt dessen hat sie jedoch das Gründungs- und Emissionsgeschäft besonders seit dem Jahre 1898 so stark in den Vordergrund treten lassen, daß sie in der Krisis des Jahres 1901 ihre Mittel festgelegt hatte und infolgedessen in größerem Umfange zu Kreditrestriktionen gezwungen wurde. Der Umfang ihres Geschäftes erfuhr dadurch naturgemäß im Jahre 1901 einen starken Rückgang, den wir im einzelnen in dem späteren Teile unserer Arbeit behandeln werden. Wie sprunghaft die Entwicklung der Bank war, zeigt am deutlichsten das Wechselkonto, das eine rapide Zunahme nicht nur in der Zahl der eingegangenen Wechsel, sondern namentlich im Durchschnittsbetrage aufweist. Es betrug der Wechseleingang:

Wechsel.

Jahr	Zahl	Bestand	Durchschnitt
1896	45 008	31 891 947 Mk.	708 Mk.
1897	50 280	80 535 163	1601
1898	71 815	399 462 872	5562
1899	115 385	777 266 359	6736
1900	137 492	804 289 748	5849
1901	146 795	646 281 168	4402
1902	127 788	618 030 268	4836

Ähnlich stellt sich das Debitorenkonto, das ich nachstehend folgen lasse.

Debitoren.

	1897	1898	1899	1900
Guthaben bei Banken und Bankfirmen	2,5	7,1	5,1	4,6
Gedeckte Debitoren	22,5	40,2	42,6	49,4
Ungedeckte Debitoren	2,8	7,5	12,4	19,1

Debitoren.

	1901	1902
Guthaben bei Banken und Bankfirmen	1,4	2,6
Vorschüsse auf Wertpapiere	20,0	21,2
„ auf Warenverschiffungen und Lagerscheine	1,9	1,7
„ gegen andere Sicherheiten	8,9	9,7
„ ohne Unterpfand	9,6	7,98

Bei der Betrachtung des Effektenkontos fällt namentlich das rapide Anwachsen der Industrieaktien auf. Wir geben die nachstehende Zusammenstellung für das Effektenkonto mit Ausnahme des Jahres 1901, weil das letztere in einem späteren Teile einer besonderen Betrachtung unterzogen werden wird.

Effektenkonto.

Bestand an:	1897	1898
Staatspapieren und Pfandbriefen	1,4	2,4
Eisenbahnaktien und Prioritätsobligationen und Obligationen industrieller Gesellschaften	1,4	2,1
Bank- und Versicherungsaktien	0,2	1,7
Industriewerten	1,9	1,9

Effektenkonto.

Bestand an:	1899	1900
deutschen Staatspapieren und Pfandbriefen	1,1	0,5
Eisenbahnaktien und Prioritätsobligationen	1,4	0,8
ausländischen Staatspapieren und andern festverzinslichen Werten	1,2	0,6
Bankaktien	0,1	1,4
Industriewerten	4,1	5,1

Effektenkonto.

Bestand an:	1902
deutschen Staats- und Stadtanleihen, Pfand- und Rentenbriefen und preußischen Eisenbahnaktien	2,5
ausländischen Staatsanleihen, Eisenbahnaktien und Oblig.	0,4
industriellen Obligationen	1,3
Bank- und Versicherungsaktien	2,1
Industrieaktien	5,1

Aus den Geschäftsberichten der Bank ist deutlich ersichtlich, daß die Gründungstätigkeit des Institutes im Jahre 1897 nach der Kapitalserhöhung von 7½ auf 20 Millionen Mk. plötzlich sehr großen Umfang annahm. Die Bank gründete in diesem Jahre die Maschinenfabrik Oskar Schimmel & Co. in Chemnitz, die Bank für Bergbau und Industrie in Düsseldorf, die Bank für elektrische Industrie in Berlin, die Versicherungsgesellschaft „Hamburg" in Hamburg, die Fahrradwerke „Weltrad" vormals Hoyer & Glahn in Schönebeck und den Badersteinschen Bankverein in Paderborn und beteiligte sich, um das vermehrte Kapital zu verwenden, mit 2 Millionen Mk. bei der Bankfirma S. Kaufmann & Co. in Berlin. Von den oben genannten Gründungen erwies sich namentlich die der Bank für Bergbau und Industrie als sehr ungesund und nicht lebensfähig.

Im Jahre 1899 hat die Bank ihre Konsortialbeteiligungen weiter ausgedehnt durch Gründung der Eisenbahnbau-Gesellschaft Becker & Co., der Deutschen Garvinmaschinenfabrik und der Eisengießerei und Werkzeugmaschinenfabrik Carl Schöning und der Terraingesellschaft München, G. m. b. H. Die Aktiven der Bank für elektrische Industrie gingen an die „Helios"-Elektrizitätsgesellschaft in Köln über, in deren Bankkonsortium die Berliner Bank eintrat. Aus dieser Beteiligung erwuchsen ihr später große Verluste. Die Tätigkeit und Entwicklung der Bank seit dem Jahre 1900 wird weiter unten ausführlicher besprochen werden. Hier mag nur noch erwähnt werden, daß der Kundenkreis der Bank seiner Qualität nach zu wünschen zu lassen scheint, denn auf Kontokorrentforderungen wurden 1897 nur 34 989 Mk., 1898 dagegen 120 453 Mk., 1899: 64 785 Mk., 1900: 85 912 Mk., 1901: 152 043 Mk., 1902: 88 084 Mk. abgeschrieben.

§ 10.

Deutsche Genossenschaftsbank von Soergel, Parrisius & Co.

Die Hauptaufgabe der Deutschen Genossenschaftsbank war statutgemäß die Befriedigung des Bedürfnisses der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften nach Bankkredit. Die Bank hat außerdem das reguläre Bankgeschäft von jeher gepflegt, seit dem Jahre 1895 sich jedoch immer mehr auch an Gründungs-, Finanzierungs- und Emissionsgeschäften beteiligt. Sie hat aber auf letzterem Gebiet recht schlechte Erfahrungen gemacht, und die Krisis des Jahres 1901/1902 zwang sie, sich wieder ausschließlich ihrem ursprünglichen Zwecke zuzuwenden. Auch bei der Deutschen Genossenschaftsbank scheinen die in den Jahren 1897 von 21 auf 28 Millionen Mk. und im Jahre 1899 von 28 auf 36 Millionen Mk. erfolgten Kapitalserhöhungen den Anlaß gegeben zu haben, sich in riskantere Geschäfte einzulassen, und sowohl bei Gründungsgeschäften als bei der Kreditgewähr im Kontokorrent nicht die nötige Vorsicht und Zurückhaltung zu beobachten.

Die Deutsche Genossenschaftsbank hat eine Niederlassung in Berlin und eine solche in Frankfurt. Letztere wird als Kommandite bezeichnet und ist von der Hauptniederlassung mit einem besonderen Kapital, durchschnittlich mit ¹/₈ des Gesamtkapitals, ausgestattet. Von unserer Betrachtung hier scheiden wir die Niederlassung in Frankfurt aus und berücksichtigen nur die Geschäfte der Berliner Hauptniederlassung. Die Bank war kommanditarisch beteiligt früher bei der Bankkommandite Heinemann, Hupfeld & Co. in Mannheim, die jedoch im Jahre 1896 in Liquidation trat. Sie ist heute noch beteiligt bei der Berliner Bankfirma Wechselstube Bosse, Keil & Co.

Daß die Bank seit dem Jahre 1897 sich ihrem ursprünglichen Wirkungskreise, wenn nicht entfremdet, so doch bei weitem nicht mehr ausschließlich zugewandt hat, sondern das Emissionsgeschäft und das spekulative Kommissionsgeschäft gepflegt hat, geht zur Genüge einmal aus der Entwicklung des Effekten- und Konsortialkontos, in noch höherem Maße aber aus der Entwicklung der Debitoren hervor. Während unter den Debitoren der Debetsaldo der Vereine (Genossenschaften) vom Jahre 1896 bis 1901 fast unverändert geblieben ist, sind die privaten Debitoren sehr bedeutend angewachsen, von 12 Millionen Mk. ultimo 1897 auf 20,6 Millionen Mk. ultimo 1900. Die Einzelheiten zeigt folgende Tabelle:

Debitoren.

	1896	1897	1898	1899	1900	1901
Vereine, laufende Rechnungen	6,9	7,5	8,3	7,7	8,9	6,2
Private, laufende Rechnungen	12,6	12,0	13,6	17,2	20,6	16,4
Konto pro diverse	7,3	7,5	6,6	9,5	8,7	7,6

Bemerkenswert ist, daß die Bank das Finanzierungsgeschäft fortgesetzt hat, obgleich sie immerwährend zu großen Abschreibungen hierauf genötigt war, weil ihre Beteiligungen sich fast durchweg auf minderwertige Unternehmungen erstreckten. Abgesehen davon aber, daß die Unternehmungen der Bank keineswegs erstklassig waren, scheint sie auch bei ihren Beteiligungen ihr Risiko nicht genügend verteilt zu haben, sowohl bei ihren Konsortialbeteiligungen als bei ihren Anlagen in Effekten. Der Effektenbestand ist zwar in den meisten Bilanzen nicht spezifiziert; jedoch heißt es im Geschäftsbericht von 1896, daß der Effektenbestand der Bank im Betrage von 527 140 Mk. sich nur aus 2 Posten zusammensetze, im Bericht von 1897 im Betrage von 998 224 Mk. nur aus 4 Posten und im Jahre 1898 im Betrage von 1 462 000 Mk. nur aus 8 Posten. Bemerkenswert ist dabei, daß die Bank in ihren Geschäftsberichten ihre ausgedehnte Finanzierungstätigkeit gewissermaßen geringfügig erscheinen läßt. So heißt es z. B. im Bericht von 1898: „Getreu seinen langjährigen Überlieferungen hat sich unser Institut fast ausschließlich der Pflege des laufenden Geschäfts und dem Verkehr mit den Genossenschaften gewidmet und dabei wiederum recht befriedigende Erfolge erzielt." Auch sonst fehlt es in den Berichten der Bank bei genauerer Prüfung nicht an gewissen Widersprüchen. So sagt der Bericht von 1899, daß auf dem Beteiligungskonto vollständig abgewickelt sind die Beteiligungen bei den neuen Aktien der Akkumulatoren- und Elektrizitätswerke, Aktiengesellschaft, vorm. W. A. Boese und des Dresdner Bankvereins, im Bericht von 1900 dagegen wird angegeben, daß auf 310 000 Mk. Boese-Aktien eine größere Abschreibung vorgenommen werden mußte und daß die 664 000 Mk. Aktien des Dresdner Bankvereins ebenso wie die genannten Boese-Aktien aus der Auflösung der betreffenden Konsortien dem Effektenkonto überwiesen worden seien. Wenn auch das Konsortium für die betreffenden Aktien aufgelöst war, so kann man doch sinngemäß von einer völligen Abwicklung der Beteiligungen bei den neuen Emissionen nicht sprechen, wenn so große Aktienbeträge nicht verkauft wurden und von der Bank übernommen werden mußten.

Daß es die Bank an der notwendigen kaufmännischen Vorsicht hat fehlen lassen, werden wir in einem späteren Kapitel bei Betrachtung des Jahres 1901 eingehend nachweisen. Hier soll nur schon hervorgehoben werden, daß fast alle Aktiengründungen, bei denen die Bank sich beteiligt hat, sich nicht bewährt haben. Es seien hier genannt: die Watt-Akkumulatorenwerke, die Allgemeine Deutsche Kleinbahngesellschaft, die Helios-Elektrizitätsgesellschaft, die Aktiengesellschaft für Elektrische Anlagen in Köln, der Dortmunder Bankverein, die Akkumulatorenwerke Boese und die Rheinische Bank.

§ 11.

Die Breslauer Diskontobank.

Die Breslauer Diskontobank gibt ein klassisches Beispiel dafür, wie eine Bank, die eine solide Basis hat, durch eine überhastete Entwicklung, durch eine zu schnelle Erhöhung des Aktienkapitals und die damit verbundene Verführung zu gewagten Geschäften leicht an den Rand des Abgrundes gebracht werden kann. Die Breslauer Diskontobank, die als altes und angesehenes Institut in Schlesien eine gute Kundschaft hatte, arbeitete bis zum Jahre 1896 mit einem Aktienkapital von 15 Millionen Mark. Im Jahre 1896 wurde behufs Errichtung einer Niederlassung in Berlin das Kapital auf 22 ½ Millionen Mk. erhöht, in Berlin wurde die alte Bankfirma H. C. Plaut übernommen und gleichzeitig auch in Oberschlesien der Wirkungskreis der Bank durch Errichtung einer Zweiganstalt erweitert. Für die Tätigkeit der Berliner Niederlassung war entscheidend die Anfang 1897 erfolgte Übernahme des Berliner Bankhauses Friedländer, Freymark & Co., dessen einer Inhaber in den Vorstand der Breslauer Diskontobank als leitender Direktor eintrat. Die frühere Firma Friedländer, Freymark & Co. verfügte über eine sehr große Kundschaft, namentlich im spekulativen Effektenkommissionsgeschäft.

Der Umfang des Berliner Geschäfts nahm schon im Jahre 1896 große Dimensionen an, der Umsatz der Bank stieg von 1791 Millionen Mk. im Jahre 1895 auf 3932 Millionen Mk. im Jahre 1896, und der Anteil der Berliner Niederlassung an diesem Umsatz betrug bereits mehr als die Hälfte; hiervon entfiel der größere Teil auf den Umsatz der Berliner Niederlassung im Effekten- und Konsortialgeschäft. Diese Ausdehnung des Geschäfts, speziell der Berliner Niederlassung, gab die Anregung zu schneller Weitererhöhung des Aktienkapitals:

1897 auf 30 Millionen Mk., 1898 auf 40 Millionen Mk., 1899 auf 50 Millionen Mk.

Die Folgen der schnellen Kapitalserhöhungen kommen in den Bilanzen der Bank in einer plötzlichen rapiden Erhöhung des Bestandes an Effekten und der Konsortialbeteiligungen, ferner aber in einem sehr starken Anwachsen der Debitoren zum Ausdruck, und zwar namentlich der gedeckten Debitoren. Die Tatsache, daß die gedeckten Debitoren weit mehr angewachsen sind als die ungedeckten, beweist, daß die Bank nicht so sehr ihre Kapitalien der Kreditgewähr an Handel und Industrie zur Verfügung stellte, als vielmehr der Börsenspekulation und der Gründungs- und Finanzierungstätigkeit. Wie stark die Debitoren angewachsen sind, zeigt nachfolgende Tabelle.

Debitoren.

	Millionen Mark					
	1896	1897	1898	1899	1900	1901
Saldo der Wechselstuben	—	—	—	—	7,4	1,7
Guthaben bei Banken und Bankiers	6,8	9,8	5,9	4,5	3,8	1,6
Gedeckte Debitoren	21,5	20,6	38,9	54,8	30,6	22,2
Avaldebitoren	—	3,7	5,0	5,1	5,5	4,9
Ungedeckte Debitoren	13,5	9,9	8,6	6,1	10,2	12,7
Summe:	41,8	44,0	58,4	70,5	57,5	43,1

Darnach hat sich nach Errichtung der Berliner Niederlassung in einem Jahre der Wechselverkehr der Bank fast verdreifacht, und im nächsten Jahre ist er sogar auf das Fünffache gestiegen. Daß hierbei Finanzwechsel in erheblichen Beträgen mitgewirkt haben, läßt sich schon daraus folgern, daß im Jahre 1899 und noch mehr im Jahre 1901 ein rapider Rückgang in den Wechseleingängen Platz griff; 1901 in so erheblichem Maße, daß der Wechseleingang in diesem Jahre um die Hälfte hinter dem des Jahres 1899 zurückbleibt.

Wechselverkehr.

Jahre	Anzahl	Betrag Mk.	Durchschnittssumme Mk.
1896	?	261 950 935	?
1897	?	776 051 886	?
1898	?	1 292 662 983	?
1899	?	1 179 300 988	?
1900	?	1 026 239 888	?
1901	?	608 517 524	?

Bereits im Jahre 1897 legte die Bank sowohl in ihren Konsortialbeteiligungen wie in wichtigen Kontokorrentverbindungen den Grund zu den empfindlichen Schlägen, die sie in der Folgezeit erlitt. Sie beteiligte sich nämlich im Jahre 1897 bei der Gründung der Rheinischen Bank vorm. Gustav Hanau in Mülheim a. d. Ruhr und bei der Bayrischen Bank in München, von denen die erstere im Jahre 1901 gestützt werden, während die letztere ihre Aktien zusammenlegen mußte. Die Verbindung mit der Rheinischen Bank wurde für die Bank verhängnisvoll namentlich durch die dadurch angebahnten intimen Beziehungen mit einem Großspekulanten.

Die Gründungstätigkeit der Bank erstreckte sich keineswegs nur auf Gründungen von Banken, sondern auch auf zahlreiche industrielle Unternehmungen; so wirkte die Bank mit im Jahre 1897 bei der Errichtung der Maschinenfabrik W. Blumve & Sohn in Bromberg, der Höcherl-Bräu-Aktiengesellschaft in Kulm und der Maschinenfabrik A. Bentzki in Graudenz, im Jahre 1898 bei der Deutschen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Frankfurt, 1899 namentlich bei der Errichtung von Terraingesellschaften, so der Borsigwalder Terraingesellschaft, der Zehlendorf-Grunewald-Aktiengesellschaft, der Terraingesellschaft Holm bei Danzig, der Flora-Terraingesellschaft in Charlottenburg, außerdem bei Kapitalserhöhungen vieler Industriegesellschaften. Von den Bankgründungen der Breslauer Diskontobank sei noch hervorgehoben die der Sächsischen Handelsbank in Dresden, die im Jahre 1901/02 in Liquidation treten mußte, ferner der Bank für Brauindustrie in Berlin, die an sich wohl gesund ist, aber bisher nur bescheidene Erträgnisse geliefert hat, und die Umwandlung der Provinzialaktienbank des Großherzogtums Posen in die Ostbank für Handel und Gewerbe unter Erhöhung des Aktienkapitals von 3 auf 8 Millionen Mk. Diese Bank hat sich zwar langsam aber stetig entwickelt.

Wie schnell die Entwicklung der Bank in Berlin vor sich ging, erhellt am besten daraus, daß sie bereits im Jahre 1898 nach einjähriger Tätigkeit in Berlin dort 5 Wechselstuben hatte und 1898 eine Warenabteilung errichtete.

Diese Wechselstuben waren anscheinend in erster Linie dazu bestimmt, weite Kreise des Publikums zur Spekulation heranzuziehen. Wie sehr das ganze Geschäft der Bank in Berlin auf die Börse zugeschnitten war, das Gründungsgeschäft sowohl wie das Effektenspekulationsgeschäft, zeigt namentlich auch die sehr bedeutende Höhe der Reports; dieselben stiegen von 8,9 Millionen Mk. ultimo 1896

auf 27,1 Millionen Mk. ultimo 1897 und auf 36,3 Millionen Mk. ultimo 1899. Es ist anzunehmen, daß unter diesen Reports, die auch als in Prolongation genommene Effekten bezeichnet werden, nicht nur die auf einen Monat hereingenommenen leitenden Spekulationswerte der Börse enthalten sind, sondern auch Werte, welche die Bank emittiert und an ihre Kunden verkauft hat, ohne jedoch von den letzteren den Gegenwert dafür zu erhalten. — Das Schicksal der Bank in der Krisis wird weiter unten behandelt werden.

§ 12.

Die Kommerz- und Diskontobank.

Die Kommerz- und Diskontobank, die lange Jahre nur in Hamburg ihren Sitz hatte, verdient hier Erwähnung, weil sie im Jahre 1898 in Berlin und Frankfurt a./M. durch Übernahme der Bankfirma J. Dreifuß & Co. eine eigene Niederlassung errichtet hat. Das Aktienkapital der Bank wurde zu diesem Zwecke von 35 auf 50 Millionen Mk. erhöht und ist seit der Zeit unverändert geblieben. Die Bank pflegt in Berlin und Hamburg, entsprechend den Traditionen der von ihr übernommenen Firma J. Dreifuß & Co., in hervorragendem Maße das Arbitragegeschäft namentlich mit der Schweiz, Italien, England und Amerika, daneben hat sie sich jedoch auch an Gründungs- und Emissionsgeschäften beteiligt. Zur Pflege des überseeischen Geschäfts ist sie an der London- und Hanseatic-Bank in London durch Besitz von ca. 19000 Stück Aktien beteiligt. Im Jahre 1898 erfuhr ihr Erträgnis starke Beeinträchtigung durch große Verluste bei der Außiger Zuckerraffinerie, die eine Abschreibung von ca. 3½ Millionen Mk. erforderten. Im übrigen hat sich die Bank gut weiter entwickelt, und ihre Bilanzen zeichnen sich namentlich durch eine sehr detaillierte Spezifikation des Effektenkontos aus, indem die Effekten, die die Bank in größeren Summen besitzt, sowohl dem Namen wie dem Nominalbetrage nach genau angegeben sind und gleichzeitig dem Betrage nach, mit welchem sie als Aktivum in die Bilanz eingestellt wurden. Auch die Konsortialbeteiligungen sind, sofern es sich um größere Beträge handelt, in gleicher Weise spezifiziert. In der Industrie hat die Bank eine führende Stellung noch nicht errungen mit Ausnahme der elektrischen Industrie, in der sie seit Austritt des Schaaffhausenschen Bankvereins bei der Schuckert-Gesellschaft eines der leitenden Glieder der Finanzgruppe ist. Von den Unternehmungen, an denen die Bank in größerem Maßstabe beteiligt ist, sind außer der

London- und Hanseatic-Bank zu nennen die Warenkommissionsbank in Hamburg, die Mecklenburgischen Kalisalzwerke Jessenitz, die Bremen-Beesigenheimer Ölfabriken, die Gewerkschaft Vereinigte Braunkohlenwerke in Frellstadt und die Braunschweigische Zuckersiederei, G. m. b. H. Große Verluste brachten ihr die Beteiligungen bei der Süddeutschen Waggonfabrik, Aktiengesellschaft in Kelsterbach, und bei der Motorfahrzeug- und Motorenfabrik Berlin, Aktiengesellschaft in Marienfelde. Der Besitz an Aktien der ersteren mit 400 000 Mk. und der letzteren mit 156 000 Mk. wurde im Jahre 1901 ganz abgeschrieben. Ebenso wie das Effektenkonto zeigt auch das Debitorenkonto der Bank eine weitgehende Spezifikation nicht nur nach den Deckungsverhältnissen, sondern auch nach der Art der Deckung. Ich verweise auf die nachstehende Tabelle:

Debitoren.

	Millionen Mark				
	1898	1899	1900	1901	1902
Guthaben bei Banken und Bankiers	6,5	6,4	7,0	9,7	12,0
Vorschüsse auf Effekten	23,8	32,3	32,4	28,5	37,2
" gegen Sicherheiten . .	25,5	21,4	28,3	27,4	27,7
" gegen Waren . . .	5,6	5,2	5,3	8,6	9,2
" ohne Unterpfand . .	28,4	31,0	22,2	18,7	21,3

Dritter Abschnitt.

Die Entwicklung des Privatbankierstandes seit 1896.

Schon aus der im vorigen Abschnitt unserer Arbeit gegebenen Darstellung der Entwicklung der Berliner Großbanken seit dem Jahre 1896 erhellt ohne weiteres, daß eine sehr große Anzahl von Privatbankfirmen in Abhängigkeit von den Großbanken geraten ist, entweder in der Form, daß sie von den Großbanken übernommen wurden und in sie aufgingen oder als Filialen derselben fortgeführt wurden oder aber als Kommanditen. Es erhellt aber nicht daraus, daß durch die zunehmende Macht der Berliner Großbanken eine sehr erhebliche Anzahl von Privatbankiers eingegangen ist. Um ziffernmäßige Nachweise dafür zu liefern, wie sehr der Privatbankierstand durch die zunehmende Macht der Großbanken geschwächt und geschädigt worden ist, ist umstehend nach dem Deutschen Bankierbuch (Verlag der Berliner Börsenzeitung, Berlin) eine Zusammenstellung gefertigt über die Zahl der Privatbankiers in den Jahren 1892, 1895, 1899 und 1902. Diese nachfolgende Zusammenstellung läßt auf die Entwicklung des Bankwesens in Deutschland außerordentlich interessante Streiflichter fallen.

Ort	Staatsbanken und Filialen				Reichs- oder Notenbank., Hauptstellen, Stellen und Nebenstellen				Reichs- oder Notenbank., Agenturen oder Warendepots				Aktienbanken und Kommandit-Ges. auf Aktien			
	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
Aachen	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	2	2	3	3
Aalen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Abensberg (Bayern)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Achern (Baden)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Adelebsen (Hannover)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ahaus (Westfalen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ahlden (Hannover)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ahlen (Westfalen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ahrensböck (Oldenburg)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
Ahrweiler (Koblenz)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Aibling (Bayern)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Aichach (Bayern)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Aken a. E.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Aldingen (Württemberg)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1
Alfeld a. Leine	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Allenburg (Ostpreußen)	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Allendorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Allenstein (Ostpreußen)	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Allstedt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Alsenz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Alsfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Alsleben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Altdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Altena (Westfalen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Altenburg	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	2	—	3
Altendorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Alteneſſen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Altensteig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Altkirch	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Altoetting	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Altona	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	2	2	2	3
Alzey	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Amberg (Bayern)	1	1	1	1	1	—	1	—	—	1	—	1	—	—	—	—
Andernach	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	2
Angerburg	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Anklam	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ankum (Hannover)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
Annaberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Annweiler	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ansbach	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Apenrade	—	—	1	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Apolda	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Arnsberg (Westfalen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Arnstadt (Thüringen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Arnstorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Arnswalde	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Arolsen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Artern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Aschaffenburg	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	—	—	—	—
Aschersleben	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	1	1

Filialen von Aktienbanken unter Ausschluß der Filialen Berliner Banken				Filialen der Berliner Aktienbanken				G. m. b. H.				Genossenschaften				Privatbankiers			
1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	4	7	7
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	2	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1	—	2	—	3	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	1	2	1	4	5
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	3	—	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	3	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	—
1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	1	—	3	3	3	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	1

Ort	Staatsbanken und Filialen				Reichs- oder Notenbank., Hauptstellen, Stellen und Nebenstellen				Reichs- oder Notenbank., Agenturen oder Warendepots				Aktienbanken und Kommandit-Ges. auf Aktien			
	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
Atens	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Aub (Bayern)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Aue (Erzgebirge)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Auerbach (Sachsen)	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Augsburg	1	1	1	1	1	1	2	2	1	1	—	—	—	—	—	1
Aurich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1
Augustenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Backnang	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Baden-Baden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Ballenstedt a. H.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bad Kösen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bärenstein	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Balingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bamberg	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	—	—	—	—
Banteln (Hannover)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Barmen	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	4	3	4
Barn (Elsaß)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Barsinghausen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bartenstein	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Barth	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—
Bautzen	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	1	—	1
Bayreuth	1	1	1	1	—	1	1	1	1	1	1	1	—	—	—	—
Bederkesa	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Belgard a. Persante	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Belzig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bendorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1
Benfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bensheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Berchtesgaden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Berge	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bergedorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bergisch-Gladbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bergzabern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Berleburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Berlichingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Berlin	2	2	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	48	45	41	56
Berlinchen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bernburg	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	2	—	1
Bernkastel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Bernstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Besigheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Beuthen	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	2	2
Beverstedt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Biberach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Biebrich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bielefeld	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	—	2
Bietigheim (Württemberg)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bingen	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Birkenfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bischofsburg	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—

Filialen von Aktienbanken unter Ausschluß der Filialen Berliner Banken				Filialen der Berliner Aktienbanken				G. m. b. H.				Genossenschaften				Privatbankiers			
1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
—	—	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	19	24	22
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	8	8	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
—	—	—	2	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	—	2	7	6	7
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	3	5	5
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	1	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	3	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	5	5	5
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	1	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
7	—	9	—	—	—	—	—	—	13	5	16	5	11	8	6	538	480	370	460
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	3	5	5
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3	3	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	1	—	—	—	—	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1	—	1	—	5	5	4	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	2	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—

Ort	Staatsbanken und Filialen				Reichs- oder Notenbank., Hauptstellen, Stellen und Nebenstellen				Reichs- oder Notenbank., Agenturen oder Warendepots				Aktienbanken und Kommandit-Ges. auf Aktien			
	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
Bischofswerda	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Bischofswerder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bismark	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bitburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bitterfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Blankenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
Blankenburg (Harz)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Blankenbg. (Schwarzatal)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Blankenese	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bleicherode	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Blieskastel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Blumenthal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Böblingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Bocholt	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Bochum	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	1	3
Bockenem	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bolchen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bolkenhain	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bonn	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	1	2	3	4
Borbeck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Borken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Borna	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bosagergaard	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Brake	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Brand (Sachsen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1
Brandenburg	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	1	2
Braunsberg	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Braunschweig	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	6	7	6	7
Bredstedt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Breisach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bremen	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	6	5	6	4
Bremerhaven	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3	3	5
Bremervörde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Breslau	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	6	5	6	6
Bretten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Brieg	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Bromberg	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—	1	1	1
Bruchsal	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Brückenau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Brunndöbra	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Buchau a. F.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Buchholz i. S.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bückeburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—
Büdingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Buer	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bühl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bünde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Bunzlau	—	—	—	—	1	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Büren	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Burg (Fehmarn)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1

Filialen von Aktienbanken unter Ausschluß der Filialen Berliner Banken				Filialen der Berliner Aktienbanken				G. m. b. H.				Genossenschaften				Privatbankiers			
1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	2	2	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
1	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	3	4	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	3	2	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
1	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	1	1	1	—	4	4	3	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14	14	15	17
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
—	—	1	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	9	14	11	13
1	1	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	8	—	—	1	—	36	33	30	34
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1	2	2	3	4
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3	3	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Ort	Staatsbanken und Filialen				Reichs- oder Notenbank., Hauptstellen, Stellen und Nebenstellen				Reichs- oder Notenbank., Agenturen oder Warendepots				Aktienbanken und Kommandit-Ges. auf Aktien			
	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
Burg (Magdeburg)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
Burgau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Burgdorf (Hannover)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Burghausen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Burgstädt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Busendorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bütow	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Buttstädt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Butzbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bützow	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Calbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Calw	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Cammin	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Cannstatt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Cassel	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Celle	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Cham	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Charlottenburg	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemnitz	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	4	4	4	5
Clausthal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Cleve	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	2
Clötze	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Coblenz	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	2	1	1	2
Coburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Cochem a. Mosel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1
Colberg	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Colditz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Cölleda	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Colmar	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	1	—	—	—	—
Corbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Cörlin	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Cosel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Cösfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Cöslin	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Coswig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Cöthen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Cottbus	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	2
Crefeld	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	3	2	3	5
Cremmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Creuznach	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Crimmitschau	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Crossen a. O.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Culm (Westpreußen)	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Culmsee	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
Cusel	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Cüstrin	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Cuxhaven	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dachau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dahlen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
Dahme	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Filialen von Aktienbanken unter Ausschluß der Filialen Berliner Banken				Filialen der Berliner Aktienbanken				G. m. b. H.				Genossenschaften				Privatbankiers			
1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	2	3	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	2	1	17	16	18	17
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	4	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	3	—	3
—	—	—	—	—	—	1	2	—	—	—	1	—	1	1	2	3	4	3	4
1	—	3	—	—	1	—	4	—	—	—	—	—	—	—	1	5	5	4	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	4	6	6	5
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3	3	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	3	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	—	—	—	—
—	1	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	1	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	2	3	6	6	6
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1	5	6	6	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	2	4	3	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	3	3	3	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	3	1
—	—	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1

Ort	Staatsbanken und Filialen				Reichs- oder Notenbank., Hauptstellen, Stellen und Nebenstellen				Reichs- oder Notenbank., Agenturen oder Warendepots				Aktienbanken und Kommandit-Ges. auf Aktien			
	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
Damme (Oldenburg)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dannenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Danzig	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	2	3	3	6
Darmstadt	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	3	3	2	3
Dassow	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Deggendorf	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Delitzsch	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Delmenhorst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Demmin	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	1	1	1	2
Dessau	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Detmold	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Dettelbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	1
Deuben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Deutschenbora	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Deutsch-Eylau	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—	—
Deutsch-Krone	—	—	—	—	1	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Diessen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dillenburg	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Dillingen a. D.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dingolfing	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dippoldiswalde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dirschau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dissen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Doberan	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Döbeln	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	1	1
Dömitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dörphof	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Donaueschingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Donauwörth	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
Dorsten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dorstfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dortmund	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	2	1	5
Dramburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dresden	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	8	7	11	14
Driesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Duderstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dülken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Dülmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Düren	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	—	1	2
Dürkheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—
Düsseldorf	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	3	3	4	3
Duisburg	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	2	2	4	4
Ebersbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1
Ebersberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eberswalde	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Eckernförde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—
Edenkoben	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Egeln	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ehingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eibenstock	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1

Filialen von Aktienbanken unter Ausschluß der Filialen Berliner Banken				Filialen der Berliner Aktienbanken				G. m. b. H.				Genossenschaften				Privatbankiers			
1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	4	4	6	7
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	10	8	9	12
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	2	—	—
—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	5	6	6
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	1	—	2	2	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	2	3	3	7
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
4	2	3	2	1	1	1	1	—	1	1	2	—	—	1	—	30	26	24	26
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	2	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
1	1	2	2	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	9	9	7	8
—	—	1	2	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	1	4	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	2	1	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	2	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1

Ort	Staatsbanken und Filialen				Reichs- oder Notenbank., Hauptstellen, Stellen und Nebenstellen				Reichs- oder Notenbank., Agenturen oder Warendepots				Aktienbanken und Kommandit-Ges. auf Aktien			
	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
Eichstädt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
Eilenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Einbeck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eisenach	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	1	1	1
Eisenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eisfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eisleben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2
Elberfeld	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	2	2	2	2
Elbing	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Eldagsen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ellrich a. H.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ellwangen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
Elmshorn	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Elsfleth	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	2	2
Elsterberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Elsterwerda	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eltmann	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eltville	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Elze	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Emden	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Emmendingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Emmerich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
Ems	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erding	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erfde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Erfurt	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	2	2	2	2
Erkelenz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erlangen	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Eschwege	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Eschweiler	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Esens	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Essen	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	2	2
Eßlingen	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Eupen	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	1	1	1
Euskirchen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Eutin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Eydtkuhnen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Falkenstein i. V.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Fehrbellin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Festenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Feuchtwangen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Filehne	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Finsterwalde (N.-L.)	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Fischhausen	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Flatow	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Flensburg	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	2	2	2
Forbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Forchheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Forst	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—

Filialen von Aktienbanken unter Ausschluß der Filialen Berliner Banken				Filialen der Berliner Aktienbanken				G. m. b. H.				Genossenschaften				Privatbankiers			
1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3	4	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	5	4	4	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	2	2	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	7	5	5	5
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—
—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	2	3	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2	6	7	7	6
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	4	4	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	8	11	10
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	1	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	1	1	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	2	1	1

Ort	Staatsbanken und Filialen				Reichs- oder Notenbank., Hauptstellen, Stellen und Nebenstellen				Reichs- oder Notenbank., Agenturen oder Warendepots				Aktienbanken und Kommandit-Ges. auf Aktien			
	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
Frankenberg (Hessen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Frankenberg (Sachsen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	2	1
Frankenhausen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Frankenstein	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Frankenthal	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Frankfurt a. M.	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	17	13	11	14
Frankfurt a. O.	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	—	—	—
Fraustadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Freehen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Freiberg	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	3	2	3	3
Freiburg i. Br.	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Freiburg a. d. Elbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Freiburg (Schlesien)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Freienwalde a. O.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Freising	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Freudenstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
Freyburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Friedberg (Hessen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Friedberg (Oberbayern)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Friedenau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Friedland (Ostpreußen)	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—
Friedland bei Breslau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Friedland in Mecklenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Friedrichshafen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Friedrichstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		—	1	—	1	1
Friesack	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Fritzlar	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Fürstenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—
Fürstenwalde	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	2	2
Fürth	—	—	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	—	—	—	—
Fulda	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Furtwangen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—
Friedeberg (N.-M.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gaarden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gadebusch	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gahlenz i. S.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Gailingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gandersheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gardelegen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Garding	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Gartz a. O.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gedern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Geestemünde	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	2	2	2	2
Geilenkirchen-Himhofen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Geisenheim a. Rhein	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Geislingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Geldern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gelnhausen	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Gelsenkirchen	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	1	1
Gemünden a. M.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Filialen von Aktienbanken unter Ausschluß der Filialen Berliner Banken				Filialen der Berliner Aktienbanken				G. m. b. H.				Genossenschaften				Privatbankiers			
1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3	3	3
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3	3	3
1	1	3	3	1	1	1	1	—	—	1	3	4	4	3	1	149	148	122	115
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	3	4	4	5
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	3	3	3
1	1	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	7	7	5	7
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	2	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	—
—	—	1	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	11	9	7
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	2	4	4
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	4	4	4	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2
1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1

Ort	Staatsbanken und Filialen				Reichs- oder Notenbank., Hauptstellen, Stellen und Nebenstellen				Reichs- oder Notenbank., Agenturen oder Warendepots				Aktienbanken und Kommandit-Ges. auf Aktien			
	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
Genthin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gera	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—
Gerbstedt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerdauen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	1
Geringswalde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Germersheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	1	1
Gernsbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gersweiler a. Saale	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Gevelsberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gießen	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	—	—	—
Gifhorn	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München-Gladbach	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	2	2	1
Gladbeck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
Glatz	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Glauchau	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Gleiwitz	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	1	—
Glogau	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Gloeser	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Glückstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwäbisch-Gmünd	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gnadenfrei	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gnesen	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Gnoien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Goch	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Godesberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Göppingen	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Görlitz	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Göttingen	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	1	1	1
Goldap	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Goldberg (Schlesien)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Goldberg (Strehlenburg)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gollub	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gommern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Goslar	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gotha	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	2	2	2	2
Grabow	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gräfenhainichen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Grätz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gransee	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Graudenz	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Gravenstein	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Greifenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Greiffenberg (Schlesien)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Greifenhagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Greifswald	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Greiz	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	1	1	1
Greußen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Grevenbroich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Grevesmühlen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Grimma	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1

Filialen von Aktienbanken unter Ausschluß der Filialen Berliner Banken				Filialen der Berliner Aktienbanken				G. m. b. H.				Genossenschaften				Privatbankiers			
1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	2	3	2	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	1	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	3	4	5	5
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	1	1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	3	3	4	3
2	2	2	3	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1	—	—	—	1	1
—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3	3	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3	3	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	2	3	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	2	3	4	5
2	2	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	9	7	6
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	6	6	6
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	3
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	3	3	3	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	1	1	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	1	1
—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	2	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Ort	Staatsbanken und Filialen				Reichs- oder Notenbank., Hauptstellen, Stellen und Nebenstellen				Reichs- oder Notenbank., Agenturen oder Warendepots				Aktienbanken und Kommandit-Ges. auf Aktien			
	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
Grimmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Grohnde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Groitzsch	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Gronau (Westfalen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—
Gronau a. d. Leine	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Großenhain	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Großenlinden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Großfreden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Großhartmannsdorf a. S.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Großmechlingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Großneuendorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Großröhrsdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Grünberg (Hessen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Grünberg (Schlesien)	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Grünstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Guben	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Günsburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Güstrow	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
Gütersloh	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Gurauh	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gumbinnen	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Gummerbach	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Gunzenhausen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—
Haag (Ober-Bayern)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Habelschwerdt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hadersleben	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Hagen	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	1	—	—
Hagenau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hainichen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—
Halberstadt	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Halle	—	—	—	—	1	1	—	1	—	—	—	—	3	3	—	4
Haltern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	10	6	10	12
Hameln	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1
Hamm	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	—	1	—
Hanau	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	3	2	3	3
Harburg	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Hardheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hartha i. S.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Harzburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Harzgerode	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Haseldorf in Holstein	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Haselünne	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Haspe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hatten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Havelberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Haynau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hechingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Heckelberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Filialen von Aktienbanken unter Ausschluß der Filialen Berliner Banken				Filialen der Berliner Aktienbanken				G. m. b. H.				Genossenschaften				Privatbankiers			
1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	1	1	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	2	3	3
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	2	2	3	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	2	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	3	3	3
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	1	2
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	5	6	8	7
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	10	10	13	13
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
1	1	2	3	1	1	1	1	—	—	—	—	1	—	2	2	66	67	62	199
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	3	5	5	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	4	3	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	5	4	5	5
1	1	1	3	—	—	—	—	—	—	—	1	1	4	3	4	46	43	42	53
1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	3	3	3	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—
—	1	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	1	1
—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—

Ort	Staatsbanken und Filialen				Reichs- oder Notenbank., Hauptstellen, Stellen und Nebenstellen				Reichs- oder Notenbank., Agenturen oder Warendepots				Aktienbanken und Kommandit-Ges. auf Aktien			
	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
Heide (Holstein)	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	1	1
Heidelberg	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Heidenheim a. d. Brenz	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	1
Heilbronn	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	2	2
Heiligenstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Heinsberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Heldrungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Helmstedt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Heppenheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Herford	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	1	2
Hermsdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Herne	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	2
Herrnhut	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hersfeld	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Hettstedt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Heydekrug	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Hildburghausen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hilden	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Hildesheim	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	3	3
Hirschberg (Schlesien)	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Höchstädt a. d. Donau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hörde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Höxter	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hof	1	1	—	—	1	1	1	1	1	1	—	1	—	—	—	1
Hohenkirchen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hohenlimburg	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Hohenmölsen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hohenstein-Ernstthal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Holzminden	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Homberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Homburg v. d. H.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Horb a. N.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hornberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
Horneburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Horrem	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Hoya a. d. Weser	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hoyaswerda	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hultschin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Husum	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	1	—
Ibbenbüren a. d. Plaue	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Ilmenau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Illertissen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Immenstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
St. Ingbert	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Ingolstadt	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Ingweiler	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Inowrazlaw	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Insterburg	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	1	—
Iserlohn	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Itzehoe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Filialen von Aktienbanken unter Ausschluß der Filialen Berliner Banken				Filialen der Berliner Aktienbanken				G. m. b. H.				Genossenschaften				Privatbankiers			
1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
1	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	1	1	2	2	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1
1	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	2	3	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	2	2	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	2	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	1	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	10	10	10	9
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	1	—	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	2	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	3	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3	4	4
—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	2

Ort	Staatsbanken und Filialen				Reichs- oder Notenbank., Hauptstellen, Stellen und Nebenstellen				Reichs- oder Notenbank., Agenturen oder Warendepots				Aktienbanken und Kommandit-Ges. auf Aktien			
	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
Ichenhausen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Jannsen	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Jauer	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Jena	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Jever	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Joachimsthal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
St. Johann	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Johanngeorgenstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
St. Johann-Saarbrücken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Jüchen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Jülich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Jüterbog	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kalk	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kaiserslautern	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	1	1	—	—	1	—
Kappeln	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Karlsruhe	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	1	4	2
Kattowitz	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	1	3	1	—
Kaufbeuren	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	1	1	—	—	—	—
Kehl a. Rh.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kellinghusen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kellmünz a. Iller	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kempen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—
Kempten	—	—	—	—	2	2	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—
Ketzin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kiel	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	3	3	3	3
Kirchberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kirchen a. d. Sieg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kirchheim u. Teck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Kirchheim-Bolanden	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Kirn a. Nahe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kissingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kitzingen (Bayern)	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	1	1	—	—	—	—
Klagenfurt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Klingenthal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Köln	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	7	7	9	9
Königsberg (Preußen)	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	3	5	7	6
Königsberg (Neumark)	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Kirchenlamitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kirtorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Königshütte	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Königsstein a. d. Elbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Königswinter	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Königswusterhausen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Könnern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Köpenick	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
Kolberg	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Kollmar (Holstein)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kolmar (Posen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Konitz	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Konstanz	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	1	—

Filialen von Aktienbanken unter Ausschluß der Filialen Berliner Banken				Filialen der Berliner Aktienbanken				G. m. b. H.				Genossenschaften				Privatbankiers			
1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2
1	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	2
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
2	2	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1	16	13	10	13
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	4	5
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3	2	2
—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	3	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	3	4	4
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3	4	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	3	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	1	1	29	25	25	33
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	4	15	10	9	10
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	4
—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	3	4	4	4

Ort	Staatsbanken und Filialen				Reichs- oder Notenbank., Hauptstellen, Stellen und Nebenstellen				Reichs- oder Notenbank., Agenturen oder Warendepots				Aktienbanken und Kommandit-Ges. auf Aktien			
	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
Krakow	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Krefeld	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	2	4
Krempe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kreuzburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kreuznach	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Krögis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Kronach i. Bayern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
Krotoschin	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Künzelsau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kulmbach	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	1	—	—	—	—
Kyritz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Laage	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Laar	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Laasphe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Labes	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Labiau	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Ladenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lage (Lippe)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lahr	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Laichingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Lamspringe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Landau	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Landeshut	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Landsberg a. Lech	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
Landsberg a. Warthe	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Landsberg (Ostpreußen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Landshut	—	—	—	1	—	—	—	1	1	1	1	1	—	—	—	—
Langenau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Langenberg	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Langenbrücken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Langensalza	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Langenzena	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Langewiesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1
Lauban	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Laucha a. M.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
Lauenburg i. Pomm.	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Lauenburg a. Elbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lauf b. Nürnberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
Laupheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lauterbach	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Lautenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lechenich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1
Leer	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Lehe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	2
Lehrte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Leimbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	9	8	11	12
Leisnig	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Lemgo	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Lengerich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Filialen von Aktienbanken unter Ausschluß der Filialen Berliner Banken				Filialen der Berliner Aktienbanken				G. m. b. H.				Genossenschaften				Privatbankiers			
1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	3
—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	3	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	3	3	5
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	3	2	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	3	3	3	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	3	3	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	3	3	2	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	1	1	1	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	3	2	3	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
3	3	2	2	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	2	28	26	26	27
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	3	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1

Ort	Staatsbanken und Filialen				Reichs- oder Notenbank., Hauptstellen, Stellen und Nebenstellen				Reichs- oder Notenbank., Agenturen oder Warendepots				Aktienbanken und Kommandit-Ges. auf Aktien			
	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
Lengefeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lennep	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Leobschütz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leopoldshall	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Letschin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leubsdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Leutkirch	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Lich a. d. Wetter	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Lichtenfels	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—
Lichtenstein-Callnberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Liegnitz	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Liebenwerda	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Limbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Limburg	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Lindau (Bayern)	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	1	1	—	1	1	—
Lindau (Harz)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lindenau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Linden	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Lindlar	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Lindenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Lindow	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lippstadt	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Lissa	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Lobenstein	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Loebau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Löbejün	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Löningen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Lörrach	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Lohr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—
Loitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Löwenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lollar	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Lommatsch	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Lublinitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Luckau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Luckenwalde	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Ludwigshafen	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2	3	3	2
Ludwigsburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ludwigslust	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—
Lübbecke	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lübeck	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	3	3	2	5
Lüben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lübz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lüchow	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	2
Lüdenscheid	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	1	2
Lünen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lüneburg	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1
Lüttringhausen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Lyck	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—

Filialen von Aktienbanken unter Ausschluß der Filialen Berliner Banken				Filialen der Berliner Aktienbanken				G. m. b. H.				Genossenschaften				Privatbankiers			
1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
2	2	3	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	3	3	3	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	1	2	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	3	3	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—
—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	3	2	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	—	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	2
—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3	3	9
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	5	4	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2	—	—	—	—

Ort	Staatsbanken und Filialen				Reichs- oder Notenbank., Hauptstellen, Stellen und Nebenstellen				Reichs- oder Notenbank., Agenturen oder Warendepots				Aktienbanken und Kommandit-Ges. auf Aktien			
	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	92
Lygumkloster	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1
Magdeburg	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	2	4	5	5
Mainz	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	1	—
Malchin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Malchow	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mannheim	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	6	7	8	8
Mansfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Marbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Marburg	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Marienburg	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1
Marienwerder	1	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—	—	1	1
Markirch	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Markneukirchen i. S.	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Marktbreit	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Marlow	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mayen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	2	2
Mazt-Redwitz	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—
Meerane	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	1	1	1
Mehlsack	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mehlis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Meiderich	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Meiningen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Meisenheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Meissen	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Meldorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Melle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Melbrichstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Memel	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Memmingen	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	1	—	—	—	—
Menden i. W.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Mergenthum	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Meppen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Merseburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Merzig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Meschede a. d. Ruhr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Meseritz	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Metz	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	2	1	—	1
Metzingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Meuselwitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mewe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Michelstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Miesbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Militsch	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Milkenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
Mindelheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Minden	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	2	2	1	1
Mittelwalde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mittweida	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	1	1
Möllm	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1

Filialen von Aktienbanken unter Ausschluß der Filialen Berliner Banken				Filialen der Berliner Aktienbanken				G. m. b. H.				Genossenschaften				Privatbankiers			
1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	25	25	27	30
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1	12	12	9	12
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	10	10	7	8
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	2	2	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	3	4	4	6
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	2	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	3	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	2
1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	2	2	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3	3	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	2	2	2	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	2	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	1	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	4	3	3	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
2	3	3	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	1	2	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	1	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—
—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—

Ort	Staatsbanken und Filialen				Reichs- oder Notenbank., Hauptstellen, Stellen und Nebenstellen				Reichs- oder Notenbank., Agenturen oder Warendepots				Aktienbanken und Kommandit-Ges. auf Aktien			
	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
Mörs	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Mogilno	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Montabaur	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mosbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mügeln	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mühlberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mühlburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mühldorf a. Inn	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mühlhausen i. Thür.	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Mühlhausen i. Pr.	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—
Mühlsen, St. Jakob	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mülhausen i. Els.	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	4	2	2	3
Mülheim a. Rhein	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—	1	1	1
Mülheim a. d. Ruhr	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	1	2
Münchberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
Müncheberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	1	1	1	1	1	1	1	1	—	—	—	1	7	4	6	5
Münden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Münder a. Deister	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Münster i. Els.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Münster i. Westf.	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	2	2	5	5
Münsterburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Münnerstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Muskau (O.-L.)	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Mutzschen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Mylau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Myslowitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nabburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nagold	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Namslau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nakel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nauen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Naugard	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
Nauheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Naumburg	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	—	—	—
Naunhof	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Neheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Neisse	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Neubrandenburg	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—
Neuburg a. D.	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Neugersdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neudamm	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neuenkirchen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Neuhaldensleben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neuhaus	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neumark	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neumarkt (Oberpfalz)	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Neumarkt (Schlesien)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neumünster	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	1	1

Filialen von Aktienbanken unter Ausschluß der Filialen Berliner Banken				Filialen der Berliner Aktienbanken				G. m. b. H.				Genossenschaften				Privatbankiers			
1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	3	3	3	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	2	2	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3	2	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	1	1	2	—	1	1	1	—	—	1	4	1	—	1	—	41	39	39	66
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	2	2	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	1	1	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	2	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	4	4	4	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	3	3	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	1	2	2	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	1	3	3	3	3
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	3	3	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	1	2	2

Ort	Staatsbanken und Filialen				Reichs- oder Notenbank., Hauptstellen, Stellen und Nebenstellen				Reichs- oder Notenbank., Agenturen oder Warendepots				Aktienbanken und Kommandit-Ges. auf Aktien			
	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
Neunkirchen (Bz. Arnsberg)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neunkirchen b. Saarbrücken	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Neurode	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neuötting a. Inn	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Neu-Ruppin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neusalz a. O.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neuß	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Neustadt a. d. Aisch	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neustadt a. d. Haardt	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	1	1	—	—	—	1
Neustadt a. d. S. (Bayern)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—
Neustadt a. d. Orla	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neustadt (Oberschlesien)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neustadt (Sachsen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Neustadt (Holstein)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neustadt a. d. Kober	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Neustettin	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Neustrelitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	2
Neu-Ulm	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Neuteich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neuwied	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	2	2
Neuwedell	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neviges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Nicolai	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nidecken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nidda	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Niebyll	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Niemegk	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nienburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nördlingen	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	—	—	—	—
Norden	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—
Nordenham	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nordhausen	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	2	2	2	1
Northeim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nosun	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Nürnberg	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	3	3
Nürtingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Oberlahnstein	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Oberehnheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Oberhausen	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—	1	1	—
Oberndorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Oberkirch	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Oberlungwitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Oberstein	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ochsenfurt	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Odenkirchen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Oderan	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	2	1
Öhringen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Öls	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ölsnitz (Erzgeb.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Filialen von Aktienbanken unter Ausschluß der Filialen Berliner Banken				Filialen der Berliner Aktienbanken				G. m. b. H.				Genossenschaften				Privatbankiers			
1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	5	5	6	5
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	—
—	—	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	2	2	2	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	2	1	2	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	4	3	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	—	2	6
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	—	—	—
—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3	3	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	2	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23	27	27	26
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—
—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	2	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1

Ort	Staatsbanken und Filialen				Reichs- oder Notenbank., Hauptstellen, Stellen und Nebenstellen				Reichs- oder Notenbank., Agenturen oder Warendepots				Aktienbanken und Kommandit-Ges. auf Aktien			
	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
Ölsnitz i. W.	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Östringen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Öttingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Öynhausen, Bad	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Offenbach	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Offenburg	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	—	—
Ohl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	1
Ohlau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ohligs	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Ohrdruf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Olbernhau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Olpe	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Oldenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	4	4	3
Oppeln	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Oppenau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Oppenheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Oranienbaum	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
Oranienburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Orb, Bad	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ortenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Oschatz	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Oschersleben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Osnabrück	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Osten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Osterburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Osterfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Osterode (Harz)	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Osterode (Ostpreußen)	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Osterwieck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Osthofen b. Worms	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ostrau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Ostrowo	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Ottensen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2
Otterndorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ottweiler	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Paderborn	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	2	3
Papenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Pappenheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Parchim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
Pasewalk	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Passau	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	—	—	—	—
Pegau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
Peine	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	1	—	—	—
Penisch	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Pensum	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Penzlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Perleberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Perlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Pfaffenhofen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Filialen von Aktienbanken unter Ausschluß der Filialen Berliner Banken				Filialen der Berliner Aktienbanken				G. m. b. H.				Genossenschaften				Privatbankiers			
1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	2	1
—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	2	2	2	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3	3	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	3	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	3	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	5	5	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	2	2	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	1	1	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	2	—
—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	3	3	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	1	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	3	3	3
—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	4	4	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2

Ort	Staatsbanken und Filialen				Reichs- oder Notenbank., Hauptstellen, Stellen und Nebenstellen				Reichs- oder Notenbank., Agenturen oder Warendepots				Aktienbanken und Kommandit-Ges. auf Aktien			
	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
Pforzheim	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	2	3	2	2
Pier	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Pillkallen	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Pinne	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Pinneberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Pirmasens	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	1	1	—	—	—	—
Pirna	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
Plathe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Plauen	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	2	2	2
Pleschen	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Pleß	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Plettenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Plön	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Pößneck	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Polzin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Posen	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	3	4	5	7
Potsdam	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Prenzlau	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Preuß.-Holland	—	—	—	—	—	1	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—
Preuß.-Stargard	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Pritzwalk	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Putbus	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Pyritz	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	—	—	—
Pyrmont	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Quakenbrück	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Quedlinburg	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Querfurt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Radeberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Radeburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Radevormwald	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
Radolfzell	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rastatt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rastede	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Rastenburg	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Rathenow	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ratibor	—	—	—	—	1	—	1	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Ratingen	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Ratzeburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ravensburg	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Rawitsch	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Regensburg	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	—	—	1	1
Recklinghausen	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	1	1	1
Rehau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichenau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichenbach (Schlesien)	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichenbach i. V.	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichenhall	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Remscheid	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Rendsburg	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	1	1	1	2

Filialen von Aktienbanken unter Ausschluß der Filialen Berliner Banken				Filialen der Berliner Aktienbanken				G. m. b. H.				Genossenschaften				Privatbankiers			
1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	3	2	5	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
—	—	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	2	1
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	1	—	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	4	4	5	5
—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	20	18	16	15
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3	4	6
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	2	2	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	4	1	1	1
—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	1	1	1
—	—	2	2	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	2	2	2	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	2	—	1	1	1	1	1	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	3	—	1	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	2	—	1	—	—	9	8	7	10
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	3	3	3
1	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1	1	1
—	—	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	1	1	1

Ort	Staatsbanken und Filialen				Reichs- oder Notenbank., Hauptstellen, Stellen und Nebenstellen				Reichs- oder Notenbank., Agenturen oder Warendepots				Aktienbanken und Kommandit-Ges. auf Aktien			
	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
Reppen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reutlingen	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Rheine	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rheinsberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rheydt	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—	1	1	1
Ribnitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Riedlingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Riesa	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	—
Riesenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rietberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rinteln	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rixdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rochlitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Röbel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ronsdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
Röhrsdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Röhnsahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Rosenheim	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	—	—	1	1
Roßla	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Roßlau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Roßwein	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rostock	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	2	2	2	2
Rotenburg a. d. Fulda	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rotenburg (Hannover)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Roth	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Rothenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—
Rottenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rottweil	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Rüdesheim	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—
Rudolstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rügenwalde	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Ruhla	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ruhrort	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—	—	1	1
Ruß	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Saalfeld a. d. Saale	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Saalfeld (Ostpreußen)	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Saarbrücken	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Saarburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
Saargmünd	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Saar-Union	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Saarlouis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sagau	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1
Sagan	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—
Sachsenhagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1
Säckingen	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1
Salzgitter	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Salzuflen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Salzungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Salzwedel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Filialen von Aktienbanken unter Ausschluß der Filialen Berliner Banken				Filialen der Berliner Aktienbanken				G. m. b. H.				Genossenschaften				Privatbankiers			
1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	1	1	—	1	—	—	1	1	1	1
—	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	2	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	2	—	1	1
—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—
—	1	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	5	6	5	5
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	2	2	2	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	2	1	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	4	4	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	2	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	1	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	2	2	3	4

Ort	Staatsbanken und Filialen				Reichs- oder Notenbank., Hauptstellen, Stellen und Nebenstellen				Reichs- oder Notenbank., Agenturen oder Warendepots				Aktienbanken und Kommandit-Ges. auf Aktien			
	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
Sangerhausen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Sarstedt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sarlhusen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Schafstedt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
Schalke	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schandau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Scharnbeck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schellenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
Schildberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schippenbeil	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Schirwindt	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Schkolen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	1
Schlawe	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Schenefeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Schlebusch	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Schleswig	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1
Schleiz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schlettstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schleusingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schlitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Schloßnippach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Schluchtern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schmalkalden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schmölln	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schneeberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schneidemühl	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Schönau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schönberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Schönebeck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schöneck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Schöneberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schöningen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schöppenstedt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Schopfheim a. W.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schorndorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schotten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
Schramberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schüttorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwaan	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwabach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
Schwäbisch-Gmünd	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwäbisch-Hall	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwetz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwedt a. d. Oder	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Schweidnitz	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Schweinfurt	1	1	1	1	—	—	—	1	1	1	1	1	—	—	—	—
Schwelm	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwerin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	4	4	4
Schwerte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Filialen von Aktienbanken unter Ausschluß der Filialen Berliner Banken				Filialen der Berliner Aktienbanken				G. m. b. H.				Genossenschaften				Privatbankiers			
1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	1	1	—	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	2	2	2	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3	3	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	1	2	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	3	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	4	4	5
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	2	3	2
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	1	1	3	4	5	3

Ort	Staatsbanken und Filialen				Reichs- oder Notenbank., Hauptstellen, Stellen und Nebenstellen				Reichs- oder Notenbank., Agenturen oder Warendepots				Aktienbanken und Kommandit-Ges. auf Aktien			
	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
Schwetzingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwiebus	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Sebnitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Seehausen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Seesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Selb	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Senftenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sensberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Siegburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Siegen	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Sigmaringen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
Simbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sindelfingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sinsheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sömmerda	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Soest	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	1	2	2
Solden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Solingen	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	2	2
Soltau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sommerfeld	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Sonderburg	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	1	—	—	—
Sondershausen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	2	2
Sonneberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sonthofen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sorau	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Spaichingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Spandau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Speyer	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Spremberg	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Sprottau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stade	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stadthagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stadtilm	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stadtoldendorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stallupönen	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—
Stargard	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Staßfurt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Steele	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Steglitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Steinau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Steinbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Stendal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sterkerade	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stettin	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	1	1	1
Stockach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stolberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Stolp	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Stolzenau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Strälen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Filialen von Aktienbanken unter Ausschluß der Filialen Berliner Banken				Filialen der Berliner Aktienbanken				G. m. b. H.				Genossenschaften				Privatbankiers			
1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	3	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2
—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	4	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	2	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	—	—	—	4	4	4	2
—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	2	4	3	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	5	2	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	2	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	1	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	2	3	2	2	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	2	2	2	1	9	10	12	9
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	2	4	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	1

Ort	Staatsbanken und Filialen				Reichs- oder Notenbank., Hauptstellen, Stellen und Nebenstellen				Reichs- oder Notenbank., Agenturen oder Warendepots				Aktienbanken und Kommandit-Ges. auf Aktien			
	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	92
Stralsund	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	—	1
Strasburg (Uckermark)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
Straßburg	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	5	5	5	7
Straubing	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Strehlen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Strelitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Striegau	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Stuttgart	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	3	3	4	6
Suhl	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Sulz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sulzbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Swinemünde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Tann	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Tangermünde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Tapiau	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Tarnowitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Tauberbischofsheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Tegernsee	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Templin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Tennstedt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1
Tesien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Teterow	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Tetschen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Tettnang	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Tharandt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Thorn	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	—	2	—
Tiegenhof	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
Tilsit	—	—	—	—	1	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1
Tirschenreuth	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Tönning	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	1
Tondern	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	1	—	1
Torgau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1
Traben	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1
Trarbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Traunstein	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	1	—	—	—	—
Treffurt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Treptow a. T.	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—
Treptow a. Rega	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Treuchtlingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Treuen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Treuenbriezen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Triberg	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	1	—	1
Trier	1	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	1	2	—	2
Triptis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Tübingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Tüchel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Tuttlingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Überlingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ülzen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Filialen von Aktienbanken unter Ausschluß der Filialen Berliner Banken				Filialen der Berliner Aktienbanken				G. m. b. H.				Genossenschaften				Privatbankiers			
1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1	3	4	5	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	1	2	2
1	1	2	3	—	—	—	—	1	1	1	2	—	—	—	—	3	3	4	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	3	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	3	3	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23	20	26	36
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	4	4	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	1	—	—	2	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—
—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	3	5	1	6
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	2	1	—	3	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	5	3	—	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	—	4

Ort	Staats-banken und Filialen				Reichs- oder Notenbank., Hauptstellen, Stellen und Nebenstellen				Reichs- oder Notenbank., Agenturen oder Waren-depots				Aktien-banken und Kommandit-Ges. auf Aktien			
	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
Ückermünde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ütersen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Uffenheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ulm	—	—	—	—	1	1	—	1	—	—	—	—	1	2	—	1
Unna	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Urach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Varel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
Vechta	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
Vegesack	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Velbert	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	—
Verden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Viechlach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Viersen	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1
Villingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Vilsbiburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Vlotho	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Volkach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Waiblingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wald	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Waldenburg	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	1	1	1	—
Waldheim	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Waldsassen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Waldsee	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Walsrode	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Waltershausen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
Wanne	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wandsbek	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Warburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Warm	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—
Warnemünde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Groß-Wartenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wattenscheid	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wasselnheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—
Wasserburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wener	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weferlingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wehlau	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Weida	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weiden	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
Weilburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weilheim a. d. Amper	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weilheim a. d. Teck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weimar	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	2	2	2
Weinheim	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Weißenburg i. Elsaß	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weißenburg a. d. Sand	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—

Filialen von Aktienbanken unter Ausschluß der Filialen Berliner Banken				Filialen der Berliner Aktienbanken				G. m. b. H.				Genossenschaften				Privatbankiers			
1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	4	—	3
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	2	2	—	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—
—	—	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	2	1	2
—	—	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	3	2
—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	1	1	1	1	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	1	—	—	—	1
1	2	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3
1	1	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	1	5	4	3	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	3

Ort	Staatsbanken und Filialen				Reichs- oder Notenbank., Hauptstellen, Stellen und Nebenstellen				Reichs- oder Notenbank., Agenturen oder Warendepots				Aktienbanken und Kommandit-Ges. auf Aktien			
	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
Weißenfels	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Weißenhorn	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Werdau	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Werden	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Wermelskirchen	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	1	1
Werl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wernigerode	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Wertheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Werther	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
Wesel	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	1	2
Wesenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Wesselburen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wetzlar	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Wiesbaden	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	2	1
Wildbad	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
Wildeshausen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	1
Wilhelmshaven	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Wilhermsdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1
Wilsdruff	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wilster	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Windsheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Wipperfürth	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Winnenden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Winsen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wismar	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Wissen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Witten	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Wittenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wittenberger	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wittenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wittstock	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Witzenhausen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wöhrden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wörishofen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wörlitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
Wohlen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Woldegk	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wolfach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—
Wolfenbüttel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wolfstein	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wolgast	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Wollin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wolmirstedt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wongrowitz	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—
Wormditt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—
Worms	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—

Filialen von Aktienbanken unter Ausschluß der Filialen Berliner Banken				Filialen der Berliner Aktienbanken				G. m. b. H.				Genossenschaften				Privatbankiers			
1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	4	4	4	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	1	1	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3	3	3
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	2	2	2	1	6	9	7	9
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	1	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	1
1	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2
2	2	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	—	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1	—	4	3	3	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	3	3
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	1	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	2	3	3
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	1	—	4	3	3	1

Ort	Staatsbanken und Filialen				Reichs- oder Notenbank., Hauptstellen, Stellen und Nebenstellen				Reichs- oder Notenbank., Agenturen, oder Warendepots				Aktienbanken und Kommandit-Ges. auf Aktien			
	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
Wriezen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wronke	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—
Wülfrath	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
Würzburg	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2	2
Wunsiedel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wurzen	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Wustrow i. Hann.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Wustrow i. Meckl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zabern	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	2
Zabrze	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zahna	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zoppot	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zehdenick	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zeitz	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	1	1	1
Zerbst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zell a. d. Mosel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
Zell i. Wiesenthal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Zellerfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zeulenroda	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zirke	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zittau	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	1	1
Znin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zöblitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zörbig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2
Zschopau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
Züllichau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zülpig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
Zülz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zweibrücken	—	—	—	—	1	1	1	1	1	1	1	1	—	—	1	1
Zwickau	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	2	2	2	2
Sa.	19	17	18	17	222	250	269	317	73	76	67	83	379	409	505	616

Filialen von ktienbanken ter Ausschluß der Filialen rliner Banken				Filialen der Berliner Aktienbanken				G. m. b. H.				Genossen-schaften				Privatbankiers			
92	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02	1892	95	99	02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11	10	13	14
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	2	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	5	5	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	6	5	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
1	1	2	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	2	2	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—
—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—
1	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	3	3	3
73	69	144	264	4	5	10	17	4	24	31	141	146	150	252	280	2180	2059	2125	2564

Vorstehende Tabelle zeigt einmal die Ausdehnung des gewaltigen Netzes der Zweiganstalten der Notenbanken, das Anwachsen der Aktienbanken und die rapide Zunahme ihrer Filialen, ferner eine erhebliche Zunahme der Zahl der dem Kreditverkehr dienenden Genossenschaften auf der einen Seite, auf der andern Seite dagegen einen Stillstand und speziell in Berlin einen sehr erheblichen Rückgang in der Zahl der Privatbankfirmen. Nach dieser Zusammenstellung haben die Haupt- und Nebenstellen der Reichsbank und der anderen Notenbanken sich von 222 im Jahre 1892 auf 317 im Jahre 1902 vermehrt; die Agenturen und Warendepots der Reichsbank und der anderen Notenbanken von 73 auf 83, die Zahl der Aktienbanken und der Bank-Kommanditgesellschaften auf Aktien von 379 auf 616, die Filialen von Aktienbanken unter Ausschluß der Filialen der Berliner Banken von 73 auf 264, die Filialen der Berliner Banken von 4 auf 17, die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, welche Bankgeschäfte betreiben, von 4 auf 141, die Genossenschaften von 146 auf 280, die Zahl der Privatbankiers dagegen von 2180 nur auf 2564; aber selbst diese Zahl stellt die Zunahme der Privatbankiers noch weitaus zu günstig dar, da von den im Bankierbuch als Bankfirmen bezeichneten Firmen ein nicht geringer Teil speziell an den Börsenplätzen Maklerfirmen und Vertreter auswärtiger Bankfirmen (Remissiers), ein anderer Teil dagegen Kolonialwarenhändler und sogenannte gemischte Warenhändler sind, die nebenbei auch Bankgeschäfte betreiben.

In Berlin allein stellt sich die Entwicklung für die Privatbankiers noch ungünstiger. Von 538 im Jahre 1892 hat sich die Zahl auf 370 im Jahre 1899 ermäßigt, und die Steigerung im Jahre 1902 auf 460 ist nicht etwa auf Gründung neuer Bankfirmen zurückzuführen, sondern nur darauf, daß eine größere Anzahl der an der Berliner Börse tätigen Remissiers (ca. 120) im Bankierbuch als Bankfirmen bezeichnet sind. Wenn man von den im Bankierbuch enthaltenen Berliner Firmen die Remissiers und die Makler abzieht, würde man auf eine noch geringere Zahl als 370 kommen, denn die Zahl der Mitglieder im Liquidationsverein betrug im Mai 1903 322, und hiervon sind noch 17 Aktienbanken und 63 entweder Kursmakler oder selbständige Maklerfirmen, so daß also im Mai 1903 die Zahl der in Berlin überhaupt noch in Betracht kommenden Privatbankiers auf insgesamt 242 zu schätzen ist. Ich lasse den Skontrobogen vom Liquidationsverein vom 28. Mai 1903 folgen und bemerke hierzu,

daß die mit einem Stern bezeichneten Firmen Aktiengesellschaften, die mit einer Null bezeichneten Maklerfirmen sind:

	Mark		Mark
	Von		An
1		Abel & Co.	
2		*Aktien-Gesellschaft für Montanindustrie.	
3		Anger & Friedländer	
4		Aron, Max, Bankgeschäft	
5		Arons, Gebrüder	
6		Arons & Walter	
7		Ascher, A.	
8		Bamberger, L. M.	
9		*Bank für Handel und Industrie	
10		Bankkommandite Simon, Katz & Co.	
11		Benda, Siegmund	
12		Bercht & Sohn	
13		Berg, Adolf	
14		Bergmann & Fraedrich Nachf.	
15		Berliner, I.	
16		*Berliner Bank	
17		Berl. Bank-Institut, Jos. Goldschmidt & Co.	
18		*Berliner Handelsgesellschaft	
19		*Berliner Makler-Verein	
20		Berliner Viehkommissions- u. Wechselbank	
21		Bermann & Co., Oscar	
22		Berndt Nachf., Louis	
23		Bernstein & Co.	
24		Bieber, M. & J. (Potsdam)	
25		Bleichröder, S.	
26		Böhm, Heinrich	
27		Boehm, Joseph	
28		*Börsen-Handels-Verein	
29		Bonte, Gebrüder	
30		Born & Busse	
31		°Bouché, François	
32		°Brach, Georg	
33		Brann, Siegfried	
34		Brauer, Hermann & Co.	
35		Braun & Co.	
36		Brederek, Wilhelm	
37		Brendel & Co	
38		°Brock, J.	
39		Burchardt & Brock	
40		*Busse & Co. Aktiengesellschaft, A.	
41		°Cahn, Paul	
42		Cahn, Hellmann & Co.	
43		Caro, J. J.	
44		Central-Viehmarkts-Wechselbank, Sponholz, Ehestaedt & Co.	
45		°Cohn, Ludwig	
46		Cohn, Meyer	
		Transport Transport	

	Mark Von		Mark An
		Transport Transport	
47		°Cohn, Paul	
48		°Cohn, Levy & Co.	
49		*Commerz- und Diskontobank	
50		Cunow & Co., Julius	
51		Czapski, S.	
52		Delbrück, Leo & Co.	
53		*Deutsche Bank	
54		*Deutsche Genossenschaftsbank	
55		Dienstbach & Moebius	
56		Dietz, Friedrich Wilhelm	
57		*Diskonto-Gesellschaft, Direktion der	
58		Dohme, Bruno	
59		*Dresdner Bank	
60		°Düsterwald, Nathan	
61		Eckelberg, Paul	
62		Ehrenbaum, F.	
63		Ehrenberg & Co.	
64		Eisenberg, Hermann	
65		°Elkan, Eugen	
66		Ellon & Co., Siegfr.	
67		Emden, Filiale Berlin, Heinrich	
68		°Engel, Paul G.	
69		Ephraim, A.	
70		Epstein, Max	
71		Everth & Mittelmann	
72		Falkenburger, A.	
73		Feig, J.	
74		Feig & Pinkuß	
75		Feist, Thalmessinger & Co.	
76		Fetschow & Sohn, H. F.	
77		°Fließ, Louis	
78		Fränkel, Jean	
79		°Franck, Gustav	
80		°Frank & Co., Emil	
81		Frege & Co.	
82		Frenkel, S.	
83		Friedlaender, Albert Eduard	
84		Friedländer & Gumpert	
85		Friedländer & Pollack	
86		Friedmann, Leopold	
87		Fromberg & Co., Georg	
88		Fuhrmann, Theodor	
89		Gaedicke, Franz	
90		°Gans, Iwan	
91		°Geisendorff, F.	
92		Genossenschaftsbank des Stralauer Stadtviertels E. G. m. b. H.	
93		°Gerschel, Max	
94		Glaserfeld & Wolffsohn	
		Transport Transport	

	Mark Von		Mark An
		Transport Transport	
95		Goldmann, Max	
96		Goldschmidt, B.	
97		Gottschalk, Moritz	
98		Gottschalk & Magnus	
99		Gumpert & Philipp	
100		Gumpert & Sohn, W.	
101		°Gundlach, J.	
102		Gutmann Bankgeschäft, Gebrüder	
103		Gutmann, Paul	
104		Guttentag, Gebrüder	
105		Guttentag & Goldschmidt	
106		Guttmann, Reißner & Co.	
107		°Haase, Paul	
108		Haberstolz, R.	
109		°Hahn, Julius	
110		Hansmann & v. Zimmermann	
111		Hardt & Co.	
112		Hardy & Co.	
113		Hartstein, Paul	
114		Heimann & Co., Hermann	
115		Heimann & Co., Oscar	
116		Heine & Picker	
117		Heintze, Carl	
118		Helfft & Co., N.	
119		Helfft & Friedländer	
120		°Henschel, Emil	
121		Herrig, Wilhelm	
122		Hertzer, Alexander	
123		Herz Bankgeschäft, Moritz	
124		von der Heydt & Co.	
125		Heyman, Gebrüder	
126		Heymann & Co., Max	
127		Hirschler, Gebrüder	
128		Hirte, A.	
129		Hölscher, Th.	
130		Hoffstaedt & Co., Louis	
131		°Holländer, Berthold	
132		Holländer & Lewy	
133		°Hoppe, Gustav	
134		Horrwitz, Hugo	
135		Hübner, M.	
136		Jacquier & Securius	
137		Jaffa & Lewin	
138		Jaffé jun., S.	
139		Japhet & Co., S.	
140		Jarislowsky & Co.	
141		de Jonge & Co.	
142		°Isaacsohn, Herman	
143		Katz & Wohlauer	
		Transport Transport	

	Mark Von		Mark An
		Transport Transport	
144		Kaufmann, E. G.	
145		Kaufmann & Co., S.	
146		Keibel, Heinrich	
147		Kempner & Co.	
148		°Keßler, Th.	
149		Kniehaſe & Co.	
150		Königsberger & Lichtenhein	
151		Kopetzky & Cie.	
152		Koppel & Co., Bankgeſchäft	
153		°Krämer, Bernhard	
154		°Krafft, Ernſt	
155		Krakau & Heſſe	
156		°Krauſe, Adolf	
157		Krauſe & Co., Bankgeſchäft, F. W.	
158		Krauſe & Co., Paul	
159		Kretzſchmar, C. H.	
160		Kronenberg & Co.	
161		°Kroner, Leonor	
162		°Krüger, Eugen	
163		°Krüger, Hans	
164		Kuczynski, Wilhelm	
165		°Kühl, Wilhelm	
166		Lagowitz & Co., Alfred	
167		Landauer, R.	
168		°Landsberg & Co., Curt	
169		Landsberger, Richard	
170		Landsberger, S. L.	
171		Lange, S.	
172		Langer & Falkenheim	
173		Lehmann, Hermann	
174		Lehmann & Düring	
175		Lehne, Gebrüder	
176		Leſſer, Nathan & Co.	
177		Leſſing & Heintze	
178		Levin & Sohn, M.	
179		Levy, Hartwig	
180		Levy, Jacques	
181		Levy, Moritz	
182		°Levy, Richard	
183		Levy & Co., Adolf	
184		Lichtenſtern & Co.	
185		Lilienthal, G.	
186		Lindau, Franz	
187		°Liſſauer, J.	
188		Loewenberg & Co., G.	
189		Loewenherz Nachfolger, Alexander	
190		Loewenherz, J.	
191		°Löwenſtein, Selmar	
192		Maaß Söhne, A.	
		Transport Transport	

	Mark Von		Mark An
		Transport Transport	
193		Macholz, Adolf	
194		Mamroth, Georg	
195		Mankiewicz & Co., Hugo	
196		°Mannaberg, Eugen	
197		Marcus & Volkmar	
198		Marcuse & Fraenkel	
199		Marcusy & Co., Ernst	
200		°Markwald, L.	
201		°Marschall, Adolf	
202		°Marsop, F.	
203		Meißner & Co. Nachf., F.	
204		Mendelssohn & Co.	
205		Merzbach, Gebrüder	
206		Meyer, E. J.	
207		Meyer, Ernst J.	
208		Meyer, Fritz	
209		Meyer, Gebrüder	
210		Meyer, Martin	
211		°Meyer, Max H.	
212		°Meyer, Oscar	
213		Meyer & Co.	
214		*Mitteldeutsche Kreditbank	
215		Moebius & Abraham, G.	
216		Möser & Co.	
217		Müller & Heilmann	
218		Mushack, Viktor	
219		*Nationalbank für Deutschland	
220		°Naumann, Georg	
221		Nelken & Sohn, Marcus	
222		Neuberg, Julius	
223		Neuburger, Carl	
224		Neufeld, Joseph	
225		Neufeld & Co., M.	
226		Neumann, Alfred	
227		Neumann jun., W.	
228		°Nitzschke, Otto	
229		Noffke, J. T.	
230		°Nolda, A.	
231		Oppenheim, Georg	
232		Oppenheimer & Rosenbaum	
233		Paasch, Herrmann	
234		Paderstein & Co.	
235		Pauly, Carl	
236		°Peiser, Leopold	
237		Perls, Carl	
238		Philipp, Richard	
239		Philippi jun., L.	
240		Philipsborn, F.	
241		Pick, Max	
		Transport Transport	

	Mark Von		Mark An
		Transport Transport	
242		Pilartz, Hermann	
243		Pincus, Siegmund	
244		Preußische Boden-Kredit-Aktien-Bank	
245		Preußische Pfandbrief-Bank	
246		Raehmel & Boellert	
247		Ramdohr & Co., Otto	
248		Reiwald, Albert	
249		Reiwald & Hirsch	
250		Rheinberg, Max	
251		Richter, Gebrüder	
252		°Rosbund, Otto	
253		Rosenfeld, Salo S.	
254		Rosenheim & Co., William	
255		Rosenstein, M.	
256		Rosenstock, Theodor	
257		Rothschild, Arthur	
258		Rothschild, L. S.	
259		Rott & Schünemann	
260		Sachs, Siegfried	
261		Sachs, B. & E.	
262		Salomon & Oppenheim	
263		Saß & Martini	
264		*Schaaffhausenscher Bankverein, A.	
265		Schappach & Co., Albert	
266		°Scherman, Leo	
267		°Schidkowski, M.	
268		Schiff, Bernhard	
269		Schindler & Co., Ernst	
270		Schindler, Gebrüder	
271		Schlesinger, Abraham	
272		°Schlesinger, Emil	
273		Schlesinger & Co. Nachf., M.	
274		Schlesinger-Trier & Cie., C.	
275		Schlieper & Co.	
276		°Schlochauer, Ernst	
277		Schlochauer, Paul	
278		°Schmidt, Hans	
279		Schmoock, Paul	
280		Schneider, Gebrüder	
281		Schön, S.	
282		°Schönitz, Gustav	
283		Schreib, Richard	
284		Schwabacher, Heinrich	
285		°Seckelsohn, Siegbert	
286		Securius, Haesner & Co.	
287		Seelig & Zellenka	
288		Seemann & Rothschild	
289		Simonson, S.	
290		°Simony, Emil	
		Transport Transport	

	Mark Von		Mark An
		Transport / Transport	
291		Sixtus & Co., Louis	
292		Sontag & Martini	
293		°Spitz, Emanuel	
294		Steinfeld & Co.	
295		Steinitz, B.	
296		°Stern, Joseph	
297		Sternheim, Siegmund	
298		Strauß & Co., M.	
299		Strobel & Co.	
300		Stucke, Rud.	
301		°Teichmann & Co., Adolf	
302		Tietz, Gustav	
303		Tietze & Tobien	
304		°Ulrich, Felix	
305		Gebrüder Veit & Co.	
306		Veit, Selberg & Co.	
307		*Vermögensverwaltungsstelle für Offiziere und Beamte, Komm.-Ges. auf Aktien	
308		Warschauer & Co., Robert	
309		Wassermann, A. E.	
310		Wechselstube Bosse, Keil & Co.	
311		°Weigert & Co., Karl	
312		°Weisbach, Max	
313		°Wernicke, R.	
314		Wiener sen., M.	
315		Wiener, Levy & Co.	
316		Wilscheck & Co., Paul	
317		Wolff, W. & J.	
318		Wollheim, Caesar	
319		Wulkow, Eduard	
320		Zehrmann, Emil	
321		°Zepler, N.	
322		Zielenziger, Samuel	

Die Gründe für das Verdrängen der Privatbankiers durch die Aktienbanken können hier nur kurz gestreift werden. Ich verweise diesbezüglich zunächst auf meine Arbeit: „Die Wirkungen des Börsengesetzes auf das Bank- und Börsengeschäft" in Conrads Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik 1897, 3. Folge, Bd. 13, S. 725 und folgende), ferner aber darauf, daß die Entwicklung des bankgeschäftlichen Verkehrs ebenso wie die aller anderen Gewerbe- und Handelszweige den Zug zur Konzentration und zum Großbetriebe hat, und daß dieser durch die Form der Aktiengesellschaft, die für die Vermehrung der Aktienkapitalien günstige Konjunktur in den Jahren 1896—99 und die Börsengesetzgebung gefördert wurde. Daß die Zahl der Privatbankiers in Berlin bedeutend stärker abgenommen hat als in den Provinzen, mag zunächst auf den konservativen Charakter, den das Geschäftsleben in kleineren Städten hat, zurückzuführen sein. In der Provinz ist das Band zwischen dem Bankier und seinem Kunden ein viel engeres als in einer Millionenstadt wie Berlin, und das persönliche Vertrauen spielt dort eine viel größere Rolle[1]; aber in Berlin selbst binden heute nur noch persönliche Beziehungen den Kunden an Privatbankiers, wenn wir von den wenigen Privatbankfirmen, die durch ihre Mittel mit den Großbanken konkurrieren können, wie Mendelssohn und Bleichroeder, absehen[1].

So ungünstig sich aber hier schon ziffernmäßig die Entwicklung des Privatbankierstandes darstellt, sie ist tatsächlich noch viel trostloser, als sie sich in den Zahlen wiederspiegelt. Von den in Berlin bestehenden Privatfirmen hat ein großer Teil die Geschäfte nur deshalb fortbestehen lassen, um nicht das Personal, das seit langen Jahren bei ihnen tätig ist, brotlos zu machen, obgleich es für die Ausführung der für das Geschäft erforderlichen Arbeiten häufig bereits überflüssig ist. Das Geschäft vieler dieser Firmen hat keinen nennenswerten Umfang mehr, sondern stellt fast ausschließlich eine Vermögensverwaltung dar[2].

Vierter Abschnitt.

Die Gruppenbildung der Berliner Großbanken.

Die Aufsaugung der Privatbankiers durch die Großbanken hatte notwendig zur Folge, daß die bisher durch die Mitwirkung der Privat-

[1] Vgl. hierzu Hecht, Die Mannheimer Banken S. 19.
[2] Ähnlich in Frankfurt S. Hecht l. c.

bankiers bei Syndikatsgeschäften, durch Original- oder Unterbeteiligungen erzielte **Verteilung des Risikos** nunmehr auf andere Weise erreicht werden mußte. Das geschah in der Form, daß die Banken sich untereinander bei Syndikatsgeschäften in höherem Maße als früher zusammenschlossen und für gewisse große Finanzgeschäfte in bestimmten Ländern feste Konsortien bildeten. Die Risikoverteilung, die hierdurch hergestellt wurde, war jedoch ihrem inneren Werte nach keineswegs ebenso groß als die unter Mitwirkung einer großen Anzahl von Privatbankiers erreichte. Denn da der Abschluß der Syndikatsgeschäfte meist in der Art erfolgt, daß der Direktor einer Großbank oder der Leiter eines unserer ersten Bankhäuser dieselben abschließt und den anderen Banken Beteiligungen bei ihnen anbietet, wird sehr selten der Fall eintreten, daß derartige Beteiligungen **abgelehnt** werden, weil man sich nicht der Gefahr aussetzen will, daß es einem selbst einmal gerade so ergeht. Der Privatbankier, der sein eigenes Vermögen aufs Spiel setzt, ist diesbezüglich kritischer und wählerischer als die Aktienbank, er ist bestrebt, die materiellen Unterlagen eines Geschäftes einer sehr eingehenden Prüfung zu unterziehen. Es ist daher entschieden zu bestreiten, daß die Risikoverteilung, die gerade im Bankwesen von eminentester Bedeutung ist, heute nach der Konzentration des Geschäfts in den Banken und dem Verschwinden der mittleren Privatbankfirmen in gleichem Maße gewährleistet wird wie früher.

Es kann hier nicht unsere Aufgabe sein, die bestehende Gruppenbildung im deutschen Bankgewerbe detailliert darzustellen, es würde das den Rahmen einer besonderen Monographie bilden, — nur die wichtigsten Gruppen, die heute bestehen, sollen hier kurz angeführt werden. Wir scheiden dabei aus die sich als Bankkartelle darstellenden Interessengemeinschaften durch Aktienbesitz und Personalunion im Aufsichtsrat[1], die bei den einzelnen Banken bereits erwähnt sind; ferner die ad hoc im einzelnen Fall gegründeten Syndikate für einzelne Gründungs- oder Finanzgeschäfte, und betrachten nur die Gruppen, die den Charakter eines festgefügten und für die Dauer bestimmten Konzerns haben. Hierher gehören in erster Linie das **Preußenkonsortium** einerseits und die **Rothschildgruppe** anderseits. Die Bedeutung und die Entwicklung dieser Gruppen gebe ich hier fast wörtlich nach meinem im Finanzherold (Frank-

[1] Darüber Hecht l. c. S. 17.

furt a. M.) am 17. Oktober 1902 erschienenen Artikel, dessen Angaben im wesentlichen der Festschrift der Diskonto-Gesellschaft zum 50jährigen Jubiläum (Berlin, September 1902) entnommen sind:

Das Preußenkonsortium ist bekannt wegen seiner führenden Stellung bei der Übernahme preußischer Staats- und deutscher Reichsanleihen, die Rothschildgruppe durch ihre maßgebende Tätigkeit bei den meisten internationalen Finanzgeschäften. Das Preußenkonsortium hat mehrere Stadien der Entwicklung durchgemacht. Die erste Anregung zur Bildung des später so genannten Preußenkonsortiums gab im Jahre 1859 die Begebung einer preußischen Anleihe von 30 Millionen Talern für die Mobilmachung des Heeres. Behufs Übernahme eines Teiles derselben bildete sich unter Führung der Diskonto-Gesellschaft ein Konsortium von großen Berliner Banken und Bankhäusern, das auch bei der weiteren Begebung der deutschen Kriegsanleihe in den sechziger und siebziger Jahren tätig war. Das Konsortium, das anfänglich nur einen verhältnismäßig losen, ad hoc geschlossenen Verband darstellte, gewann mit der Zeit eine festere Fügung, insbesondere durch seine maßgebende Mitwirkung bei Unterbringung der deutschen Kriegsanleihen anfangs der siebziger Jahre. Zu dieser Zeit gehörten ihm an, unter Führung der Seehandlungs-Sozietät, die Direktion der Diskonto-Gesellschaft, die Berliner Handelsgesellschaft, S. Bleichröder, Mendelssohn & Co., Robert Warschauer & Co., Gebrüder Schickler in Berlin, ferner die Norddeutsche Bank in Hamburg, M. A. von Rothschild & Söhne in Frankfurt und Sal. Oppenheim jr. & Co. in Cöln. Dieses Konsortium übernahm auch im Oktober 1870 20 Millionen Taler 5%ige Bundesrente, und zwar übernahm

die Direktion der Diskonto-Gesellschaft	4 300 000	Taler,
die Seehandlung und die Preußische Bank zusammen	2 800 000	„
M. A. von Rothschild & Söhne in Frankfurt . .	3 000 000	„
S. Bleichröder in Berlin	3 000 000	„

Die übrigen Konsortialmitglieder übernahmen kleinere Beträge. Das in diesen Zahlen angegebene Quotenverhältnis der einzelnen Mitglieder des Preußenkonsortiums blieb bis zum Jahre 1880 unverändert. Bemerkenswert ist, daß das Preußenkonsortium schon im November 1870 infolge der von Geheimrat v. Hansemann persönlich geführten Verhandlungen es verstanden hat, sich für die Übernahme der Bundesanleihen die Mitwirkung des englischen Marktes zu sichern (siehe Jubiläumsschrift der Diskonto-Gesellschaft Seite 37).

Seit dem Jahre 1880 sind in dem Preußenkonsortium Änderungen eingetreten, sowohl seiner Form als seiner Bedeutung nach. Einerseits dadurch, daß der preußische Staat und das Deutsche Reich vielfach die Mitwirkung eines Bankkonsortiums bei Begebung von Anleihen auszuschalten suchten und den sogenannten Schalterverkauf begünstigten, sodann aber dadurch, daß jüngere Banken und Bankinstitute mit dem Preußenkonsortium bei der Übernahme preußischer und deutscher Anleihen in lebhaften Wettbewerb traten. In frischer Erinnerung ist besonders noch die Begebung von 200 Millionen Mk. deutscher Reichsanleihen und preußischer Konsols an die Deutsche Bank im Mai 1900. In diesem Jahre war bei der Begebung der deutschen Anleihen wieder das Preußenkonsortium tätig, und zwar in erweiterter Form. Im Januar dieses Jahres setzte sich das Übernahmekonsortium für die deutschen Reichsanleihen unter Führung der Deutschen Reichsbank aus folgenden Firmen zusammen: Generaldirektion der Seehandlungs-Sozietät, Preußische Zentral-Genossenschaftskasse, Bank für Handel und Industrie, Berliner Bank, Berliner Handelsgesellschaft, S. Bleichröder, Breslauer Diskontobank, Kommerz- und Diskontobank, Delbrück, Leo & Co., Deutsche Bank, Deutsche Genossenschaftsbank von Soergel, Parisius & Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien, Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Dresdner Bank, F. W. Krause & Co., Bankgeschäft, Mendelssohn & Co., Mitteldeutsche Kreditbank, Nationalbank für Deutschland, A. Schaaffhausenscher Bankverein, Gebr. Schickler, Robert Warschauer & Co.

Während das Preußenkonsortium eine rein deutsche Bankengruppe darstellt, bildet die sogenannte Rothschildgruppe ein internationales Bankenkartell. Es verdankt seine Entstehung den großen österreichisch-ungarischen Finanzgeschäften aus dem Anfang der 1860er Jahre. Ihm gehörten ursprünglich an: die Diskonto-Gesellschaft in Berlin, die österreichische Kreditanstalt für Handel und Gewerbe, M. Wodianer und S. M. von Rothschild in Wien und M. A. von Rothschild & Söhne in Frankfurt, ferner S. G. Sina in Wien (welche Firma jedoch bald liquidierte), Ungarische allgemeine Kreditbank in Pest, S. Bleichröder in Berlin und die Darmstädter Bank in Darmstadt. Zu diesen regelmäßigen Konsorten der Rothschildgruppe gesellte sich ferner in der Regel das Haus de Rothschild Frères in Paris und bei besonderen Gelegenheiten N. M. Rothschild & Sons in London. Später trat zur Rothschildgruppe hinzu die Allgemeine österreichische Bodenkreditanstalt in Wien, die bis dahin

mit der Rothschildgruppe in Wettbewerb getreten war, auch wurde von der Diskonto-Gesellschaft regelmäßig das Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Co. in Cöln hinzugezogen. Ursprünglich stellte das Rothschildkonsortium keinen festen Verband dar, sondern wurde stets ad hoc gebildet. Es war also, technisch bezeichnet, kein Kartell, sondern ein Syndikat. Mit der Zeit hat es wohl aber durch bindende Vereinbarungen und eine feste Einteilung des Quotenverhältnisses ein engeres Band um die Konsortialmitglieder geschlungen. Im Jahre 1900 ist für die österreichisch-ungarischen Geschäfte dem Rothschildkonsortium das Bankhaus Mendelssohn & Co. und die österreichische Postsparkasse beigetreten. Und wenn auch gegenwärtig bei den österreichisch-ungarischen Geschäften die deutschen Konsorten noch beteiligt sind, so erscheinen doch jetzt in den Vertragsabschlüssen mit dem österreichischen Finanzminister als Kontrahenten nur noch das k. k. Postsparkassenamt, das Wiener Haus Rothschild, die Österreichische Bodenkreditanstalt und die Österreichische Kreditanstalt für Handel und Gewerbe.

Neben diesen Konsortien hat eine ganz hervorragende Bedeutung das Konsortium für russische Anleihegeschäfte, das abwechselnd unter Führung des Hauses Mendelssohn & Co. und der Diskonto-Gesellschaft steht, und den im wesentlichen folgende Firmen angehören:

Mendelssohn & Co.,
S. Bleichröder,
Direktion der Diskonto-Gesellschaft,
Berliner Handelsgesellschaft,
Robert Warschauer & Co.,
St. Peterburger Internationale Handelsbank,
Russische Bank für auswärtigen Handel,
St. Petersburger Diskontobank,
Wolga—Kama Kommerz-Bank,
Lippmann, Rosenthal & Co. (Amsterdam).

In neuerer Zeit hat das Syndikat für asiatische Geschäfte eine sehr große Bedeutung gewonnen, namentlich seit dem chinesisch-japanischen Kriege. Es wurde im Jahre 1890 gegründet, nachdem im Jahre 1889 die Deutsch-Asiatische Bank errichtet war. Dem Syndikat gehörten bei der Gründung an (Festschrift der Diskonto-Gesellschaft S. 84): Deutsch-Asiatische Bank, Diskonto-Gesellschaft, Deutsche Bank, S. Bleichröder, Berliner Handelsgesellschaft, Bank für Handel und Industrie in Berlin, M. A. von Rothschild & Söhne und Jakob S. H. Stern in Frankfurt a. M., Norddeutsche Bank in

Hamburg, Sal. Oppenheim jr. & Co. in Cöln und die Bayrische Hypotheken- und Wechselbank in München. Im Verlaufe der Entwicklung trat das Haus Rothschild aus dem Syndikat aus, während sich die Bayrische Hypotheken- und Wechselbank auf eine bedingte Teilnahme beschränkte, wie sie auch der Königlichen Seehandlungs-Sozietät eingeräumt wurde. Weiter traten dem Syndikat noch bei: die Dresdner Bank, der A. Schaaffhausensche Bankverein, Born & Busse und die Nationalbank für Deutschland in Berlin, sowie L. Behrens & Söhne in Hamburg.

Im Jahre 1896 wurde das Syndikat weiter ausgebaut durch eine Vereinigung mit der Honkong-Schanghai-Bank als Vertreterin des englischen Syndikats für chinesische Geschäfte. Sie und die Deutsch-Asiatische Bank übernahmen zusammen eine 5 %ige chinesische Anleihe im Betrage von 16 000 000 £ je zur Hälfte und einigten sich auch für die Zukunft über ein weiteres paritätisches Zusammengehen in chinesischen Geschäften. Im Jahre 1898 übernahmen sie in gleicher Weise zur Aufbringung des Restes der Kriegsentschädigung eine 4½ %ige chinesische Kriegsanleihe von 16 000 000 £. Um das durch diese Transaktionen geschaffene Zusammengehen auch in der Zukunft vor den Gefahren einer Störung durch Interessenkonflikte zu bewahren, hat dann noch Geheimrat v. Hansemann namens der Deutsch-Asiatischen Bank und der mit ihr verbundenen Banken und Bankhäuser 1898 in London mit hervorragenden Führern des englischen Geldmarktes ein Abkommen über Begrenzung der Einflußsphären auf englischer und deutscher Seite für Eisenbahnunternehmungen in China getroffen.

Neuerdings hat sich auch unter Beteiligung erster deutscher Banken und Bankhäuser ein Syndikat für türkische Geschäfte gebildet, das zunächst berufen zu sein scheint, die seit Jahren geplante Unifikation der türkischen Anleihen nunmehr endgültig durchzuführen.

Fünfter Abschnitt.

Die Berliner Großbanken und der Eintritt der Krisis.

§ 1.

Wir haben in diesem Kapitel zwei Fragen zu behandeln: zunächst die Frage, inwiefern die Berliner Großbanken durch ihre Tätigkeit in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs von 1896 bis 1899

zur Entstehung der Krisis beigetragen haben; ferner aber die Frage, inwiefern sie das Herannahen der Krisis erkannt und sich in ihren geschäftlichen Dispositionen darauf vorbereitet haben und bei Eintritt der Krisis gerüstet waren.

Die erste Frage ist aus verschiedenen Gründen sehr schwer zu beantworten, zunächst deshalb, weil zwischen Banktätigkeit und industrieller Entwicklung das Verhältnis einer intimen Wechselwirkung besteht, und es sich nicht nachweisen läßt, ob im einzelnen Falle die Banken bei ihrer Kreditgewähr an die Industrie die treibende Kraft oder sie selbst von der Industrie getrieben waren. Aus dem uns vorliegenden Material, das sich im wesentlichen auf die Geschäftsberichte der Banken beschränkt, ist im Einzelfalle nicht ersichtlich, ob die vermehrten Kapitalien, die den Banken aus den fortgesetzten Kapitalserhöhungen zuflossen, den Anstoß zu der großen Kreditgewähr an die Industrie gegeben haben, oder ob umgekehrt die großen Ansprüche der Industrie die Banken zu den Kapitalsvermehrungen veranlaßten; tatsächlich dürfte weder das eine noch das andere als das Richtige betrachtet werden, sondern beide Momente waren Ursache und Wirkung zugleich.

Eine weitere Schwierigkeit, die Frage, die wir uns vorgelegt haben, zu beantworten, besteht darin, daß aus den Berichten der Banken nicht feststellbar ist, welcher Teil des von ihnen gewährten Kredits der Industrie zu gute gekommen ist, und welcher dem Zwecke der Börsenspekulation gedient hat, da die Debitoren in einem Posten angegeben sind, und nur vom Schaaffhausenschen Bankverein Auskunft darüber gegeben wird, welcher Teil derselben den an industrielle Unternehmungen gewährten Kredit darstellt. Ferner kommt in Betracht, daß der dem einzelnen Unternehmen gewährte Kredit der breiten Öffentlichkeit aus den Bilanzen der Banken nicht ersichtlich ist, und selbst auch die Bilanzen der industriellen Unternehmungen hierüber keinen Aufschluß geben, weil in ihnen im allgemeinen nicht gesagt wird, welcher Teil der Kreditoren sich auf Bankschulden und welcher sich auf Lieferantenforderungen bezieht.

Wir müssen uns daher damit begnügen, festzustellen, wie sich die Kapitalien der Banken seit dem Jahre 1896 erhöht haben, und welche Anlage sie gefunden haben. Bezüglich der Detailziffern hierüber verweisen wir namentlich auf die von der Reichsbank angefertigte Zusammenstellung für die Jahre 1894, 1899, 1900 und 1902.

§ 2.

Das Anwachsen des Kapitals der Banken.

Ohne Berücksichtigung der Kommerz- und Diskonto-Bank und der Breslauer Diskonto-Bank ist das Aktienkapital der von uns besprochenen Berliner Großbanken von 499 Millionen Mk. Ultimo 1894 auf 871 Millionen Mk. ultimo 1899 angewachsen[1].

Im einzelnen erhöhte sich das Aktienkapital wie folgt:

(in Millionen Mark)

	1894			1899		
	Aktienkap.	Ref.	Sa.	Aktienkap.	Ref.	Sa.
Deutsche Bank . . .	75,0	26,6	101,6	150,0	48,0	198,0
Diskonto-Gesellschaft .	75,0	24,0	99,0	130,0	37,1	167,1
Dresdner Bank . . .	70,0	15,0	85,0	130,0	34,0	164,0
Bank für Handel und Industrie	80,0	18,5	98,5	105,0	23,0	128,0
Berl. Handelsgesellschaft	65,0	18,6	83,6	90,0	24,8	114,8
Nationalbank f. Deutschland	36,0	6,3	42,3	60,0	12,3	72,3
Schaaffhausenscher Bankverein	48,0	3,6	51,6	100,0	20,0	120,0
Mitteldeutsche Kreditbank	30,0	2,2	32,2	45,0	4,5	49,5
Deutsche Genossenschaftsbank	15,0	2,4	17,4	19,0	2,8	21,8
Berliner Bank . . .	5,0	0,5	5,5	42,0	3,1	45,1
Sa.	499,0	117,7	616,7	871,0	209,6	1080,6

Nehmen wir noch die Breslauer Diskontobank und die Kommerz- und Diskonto-Bank hinzu, so hat sich bei der Breslauer Diskonto-Bank das Aktienkapital von 10,5 Millionen Mk. Ultimo 1894 auf 50 Millionen Mk. Ultimo 1899, inkl. Reserven auf 56,4 Millionen Mk. erhöht; bei der Kommerz- und Diskonto-Bank von 30 Millionen Mk. Ultimo 1894 auf 50 Millionen Mk. Ultimo 1899, inkl. Reserven auf 57 Millionen Mk.

Insgesamt ergibt sich also inkl. dieser beiden Banken von 1894 bis 1899 eine Steigerung des Aktienkapitals von 539,5 Millionen

[1] Hierzu W. Christians, Die Entwicklung der deutschen Aktienbanken von 1890 bis 1901 im Bankarchiv Januar 1903.

auf 971 Millionen Mk. und inkl. Reserven auf 1194 Millionen. Es haben sich somit in einem Zeitraum von fünf Jahren die eigenen Kapitalien der Berliner Großbanken ungefähr verdoppelt. Im einzelnen ist die Kapitalsvermehrung sehr verschieden, am stärksten ist sie bei der Berliner Bank und der Breslauer Diskonto-Bank; bei der ersteren hat sich das Kapital seit 1894 fast verachtfacht, bei der letzteren verfünffacht. Nach diesen beiden Banken zeigen die stärksten Kapitalsvermehrungen der Schaaffhausensche Bankverein, die Deutsche Bank, Dresdner Bank und Nationalbank für Deutschland.

Die gesamten den Banken zur Verfügung stehenden Gelder, also die eigenen und die fremden, sind jedoch noch in weit stärkerem Maße angewachsen.

Die fremden Gelder zeigen folgende Bewegung:

(in Millionen Mark)

	1894			1899		
	Kredit., Depos.	Accepte	Sa.	Kredit., Depos.	Accepte	Sa.
Deutsche Bank	250,7	93,9	344,6	480,0	141,9	621,9
Diskonto-Gesellschaft	155,3	40,1	195,4	175,1	61,9	237,0
Dresdner Bank	116,2	54,4	170,6	265,1	122,2	387,3
Bank für Handel und Industrie	58,3	34,2	92,5	58,7	34,3	93,0
Berl. Handelsgesellschaft	55.7	27,0	82,7	81,6	55,5	137,1
Nationalbank f. Deutschland	85,3	21,0	106,3	110,2	27,8	138,0
Schaaffhausenscher Bankverein	62,6	28,6	91,2	93,0	40,8	133,8
Mitteldeutsche Kreditbank	26,3	28,4	54,7	33,9	36,3	70,2
Deutsche Genossenschaftsbank	17,3	6,8	24,1	16,5	6,9	23,4
Berliner Bank	2,4	0,1	2,5	50,6	21,9	72,5
Kommerz- u. Diskontobank	21,4	20,9	42,3	71,5	38,9	110,4
Breslauer Diskontobank	4,0	4,6	8,6	75,5	19,2	94,7
Sa.	855,5	360,0	1215,5	1511,7	607,6	2119,3

Die Summe der den Banken zur Verfügung stehenden fremden Gelder ist demnach von 1215,5 Millionen Mk. Ultimo 1894 auf 2119,3 Millionen Mk. Ultimo 1899 gestiegen. Die Vermehrung der

fremden Gelder hat also ungefähr gleichen Schritt gehalten mit der Vermehrung der eigenen Kapitalien, und es sind demnach die gesamten den Banken zur Verfügung stehenden Kapitalien von ca. 1½ Milliarden Mk. 1894 auf mehr als 3 Milliarden Mk. 1899 gestiegen.

§ 3.

Die Verwendung der Kapitalien.

Wie von den Banken die vermehrten Kapitalien verwendet wurden, ist im einzelnen bereits dargestellt worden; es handelt sich hier nur darum, einen Überblick über die Verwendung der Kapitalien der Berliner Großbanken in ihrer Gesamtheit zu gewinnen. Da wir die Krisis des Jahres 1901 im wesentlichen als Kreditkrisis auffassen, müssen wir besonders untersuchen, welches Bild sich ziffernmäßig über die seitens der Banken gewährten Kredite entwerfen läßt. Hierfür kommt zunächst die Entwicklung des Debitorenkontos in Betracht. Die materielle Unterlage, welche der Entstehung der Debitorenposten zu Grunde liegt, ob es sich um einen industriellen oder einen Spekulationskredit handelt, ist nur zu einem geringen Teil aus den Bilanzen der Banken zu ersehen, und zwar deshalb, weil die Buchungsmethoden bei den Banken außerordentlich verschieden und in ihren Details im einzelnen nicht erkennbar sind.

In den meisten Bankbilanzen wird unterschieden zwischen Reports, Lombards und gedeckten und ungedeckten Debitoren. Welches Kriterium jedoch die Banken für die Buchung eines Postens unter Reports oder unter Lombards oder unter gedeckten Debitoren anwenden, ist nicht festzustellen, da eine einheitliche Auffassung der Begriffsbestimmungen der Posten Reports und Lombards fehlt und gesetzliche Vorschriften hierüber nicht vorhanden sind. Im allgemeinen ist anzunehmen, daß die unter Reports gebuchten Posten Debitorenposten darstellen, die entstanden sind durch monatliche Prolongationen der leitenden Börsenspekulationspapiere, also ein monatlich gewährtes Darlehn gegen Unterlage börsengängiger Effekten, die im regelmäßigen Großverkehr in typischen Minimalbeträgen an der Börse stehen und leicht veräußerlich sind. Weniger klar in seiner Bedeutung ist der Begriff der Lombards. Auch sie stellen ein Darlehn gegen Unterlage dar; über die Natur der Unterlage fehlt es jedoch in den meisten Berichten an den nötigen Angaben, insbesondere darüber, ob Wertpapiere oder Waren die Unterlage

bilden. Bei den Warenlombardierungen handelt es sich in den Bankbilanzen wohl durchweg um börsengängige Waren, in den Lombarddarlehen gegen Wertpapiere können jedoch auch nicht börsengängige Papiere, insbesondere von der Bank kreierte, aber noch nicht an der Börse eingeführte Wertpapiere enthalten sein. Dem Lombarddarlehn fehlt nicht nur der einheitlich durch Börsenusance bestimmte Rückzahlungstermin des Reportdarlehns, sondern auch die leichte Veräußerlichkeit des Unterpfandes, welche die in Report gegebenen Effekten in sehr hohem Maße haben. Während beim Reportdarlehn alles typisch durch Börsenusance bestimmt ist, die Art der Unterlage nach Gattung und Höhe, der Rückzahlungstermin und in beschränktem Maße auch der Zinssatz, waltet beim Lombard vollständig freie Vereinbarung.

Rechnet man die Reports und Lombards ganz zu den der Börse und der Effektenspekulation gewährten Krediten und von den Debitoren einen immerhin nicht unerheblichen Teil namentlich der gedeckten Debitoren, so hat man die ungedeckten Debitoren und den verbleibenden Rest der gedeckten auf das Konto der dem Handel und der Industrie gewährten Kredite zu setzen. Da in den Bankbilanzen die Trennung zwischen den gedeckten und ungedeckten Debitoren nicht durchweg durchgeführt ist, so können wir für eine Vergleichung nur die Gesamtdebitoren heranziehen. Die Gesamtdebitoren der Banken haben sich von Ultimo 1894 bis Ultimo 1899 wie folgt vermehrt:

	(in Millionen Mark) 1894	1899
Deutsche Bank	137,7	295,7
Diskonto-Gesellschaft	118,2	169,7
Dresdner Bank	102,2	248,7
Bank für Handel und Industrie	79,9	86,3
Berliner Handelsgesellschaft	63,8	121,2
National-Bank	57,7	77,4
Schaaffhausen	59,0	126,1
Mitteldeutsche Kredit-Bank	44,2	71,7
Deutsche Genossenschafts-Bank	22,6	35,2
Berliner Bank	2,6	60,0
Kommerz- und Diskonto-Bank	43,3	53,1
Breslauer Diskonto-Bank	7,8	65,3
Sa.:	739,0	1410,4

Ein großer Teil des vou den Banken gewährten Kredits wird regelmäßig von der Kundschaft iu der Form des Acceptkredites der Bank in Anspruch genommen, weil diese Form es ihr ermöglicht, bei niedrigem Stande des Privatdiskonts sich auf billige Weise Geld zu verschaffen sowohl zu Zwecken der Effektenspekulation wie zu Zwecken des industriellen und Handelskredits. Der Kunde, der bei der Bank einen Blankokredit genießt, nutzt ihn in der Form aus, daß er drei Monate Sicht auf die Bank trassiert. Die Bank acceptiert den Wechsel, der Kunde verkauft ihn mit dem Giro einer anderen Bankfirma an der Börse zum Privatdiskont, zahlt den ausmachenden Betrag an die Bank ein und erhält hierdurch bei der Bank selbst ein Guthaben, während er für das Accept der Bank erst Valuta des Verfalltages belastet wird. Von dieser Form der Geldbeschaffung wird der Kunde besonders dann Gebrauch machen, wenn der Unterschied zwischen Privatdiskont und dem offiziellen Bankdiskont erheblich ist; denn je größer die Marge zwischen Privat- und Bankdiskont ist, um so lohnender ist es für ihn, das Accept der Bank zu diskontieren, anstatt bei ihr einen Kredit in Anspruch zu nehmen, für den er einen Zinsfuß von 1 % über dem Banksatz zu zahlen hat. Inwieweit der Acceptkredit der Banken in Anspruch genommen wurde, ergibt sich aus einer Gegenüberstellung der Debitoren und der Accepte:

	(in Millionen Mark)			
	1894		1899	
	Debitoren	Accepte	Debitoren	Accepte
Deutsche Bank	137,7	93,9	295,7	141,9
Diskonto-Gesellschaft	118,2	40,1	169,7	61,9
Dresdner Bank	102,2	54,4	248,7	122,2
Bank für Handel und Industrie	79,9	34,2	86,3	34,3
Berliner Handelsgesellschaft . .	63,8	27,0	121,2	55,5
Nationalbank	57,7	21,0	77,4	27,8
Schaaffhausenscher Bankverein .	59,0	28,6	126,1	40,8
Mitteldeutsche Kreditanstalt . .	44,2	28,4	71,7	36,3
Deutsche Genossenschaftsbank . .	22,6	6,8	35,2	6,0
Berliner Bank	2,6	0,1	60,0	21,9
Kommerz- und Diskontobank .	43,3	20,9	53,1	38,9
Breslauer Diskontobank . . .	7,8	4,6	65,3	19,2
Sa.	739,0	360,0	1410,4	606,7

Es wurden danach Ultimo 1894 ungefähr die Hälfte, Ultimo 1899 ca. $^3/_5$ des Debitorenbetrages in Form des Acceptkredites in Anspruch

genommen. Verhältnismäßig am stärksten wurde von dieser Form der Kreditgewähr Gebrauch gemacht bei der Deutschen und Dresdner Bank, bei welchen beiden ungefähr die Hälfte des Debitorenbetrages auf Acceptkredite entfällt.

Das starke Anwachsen, das sowohl in den den Banken zur Verfügung stehenden Kapitalien wie in ihrer Verwendung in die Erscheinung tritt, findet seinen Ausdruck auch in der bedeutenden Zunahme der Emissionstätigkeit. Angesichts der hervorragenden Stellung, welche die Berliner Großbanken als Emissionshäuser einnehmen, kann das Bild, das die Emissionsstatistik für die Gesamtemissionen in Deutschland aufweist, ohne weiteres auf die Berliner Banken übertragen werden. Die Emissionstätigkeit nahm in Deutschland seit dem Jahre 1895 rapid zu, wie sich aus folgender Zusammenstellung nach dem „Deutschen Ökonomist" (siehe „Deutscher Ökonomist", Emissionsstatistik in den einzelnen Jahren) ergibt. Die Gesamtemissionen in deutschen und ausländischen Papieren betrugen in Deutschland:

(in Millionen Mark)

1896		1897		1898		1899	
Nominalbetrag	Kurswert	Nominalbetrag	Kurswert	Nominalbetrag	Kurswert	Nominalbetrag	Kurswert
1817,92	1895,83	1806,85	1944,70	2007,08	2292,34	2233,56	2611,39

Das effektiv aufgebrachte Kapital stieg demnach von 1895 Millionen Mk. im Jahre 1896 auf 2611 Millionen Mk. im Jahre 1899. Von diesem Betrage wurde aufgebracht für

Aktien deutscher Banken.

	1896	1897	1898	1899	1900
nominal:	157,8	173,1	273,3	211,6	188,0
effektiv:	213,4	265,7	372,8	276,5	174,5

Aktien deutscher Industrie-Gesellschaften.

	1896	1897	1898	1899	1900
nominal:	245,3	190,9	310,2	515,9	297,4
effektiv:	333,9	318,2	520,6	861,4	461,0

Das Emissionsagio betrug für

(in Prozent)

	1896	1897	1898	1899	1900
Bankaktien	35,3	53,5	36,7	30,6	26,5
Industrieaktien	36,1	66,7	67,7	66,9	55,2

Die Emissionen von Bankaktien erreichten demnach den Höhepunkt im Jahre 1898, die von Industrieaktien im Jahre 1899. Soviel über den Umfang der Emissionstätigkeit der deutschen Banken, an der die Berliner Großbanken hervorragenden Anteil hatten.

Bezüglich der Form der Emissionen ist sowohl für die Bankaktien wie für die Industrieaktien charakteristisch die Tatsache, daß die Zahl der Neugründungen verhältnismäßig gering ist, dagegen sehr bedeutend die Zahl der Kapitalsvermehrungen. Es ist das eine der Folgen, welche die Bestimmung des § 39 des Börsengesetzes, wonach die Aktien eines zur Aktiengesellschaft umgewandelten Unternehmens erst ein Jahr nach der Eintragung ins Börsenregister zum Börsenhandel zugelassen werden dürfen, gezeitigt hat. (Siehe darüber auch meine Abhandlung: „Die Wirkungen des Börsengesetzes auf das Bank- und Börsengeschäft“ in Conrads Jahrb. 1897 S. 725 ff.) Um den Gefahren, die hierdurch mit der Umwandlung eines bestehenden Unternehmens in eine Aktiengesellschaft für die Banken verbunden waren, zu entgehen, schlugen sie meist den Weg ein, daß dieses Unternehmen an eine bestehende Aktiengesellschaft verkauft wurde und letztere zu diesem Zwecke ihr Kapital vermehrte. Infolgedessen bewirkte das Börsengesetz nicht nur eine zunehmende Konzentration im Bankwesen, sondern es beförderte auch durch die finanziellen Einflüsse der Banken auf die Industriegesellschaften die Konzentration in der Industrie selbst und die an sich schon durch die Form der Aktiengesellschaft gegebene Tendenz zur Erstarkung und Vermehrung der Großbetriebe. Diese Zunahme der Großbetriebe in der Industrie selbst wirkte ihrerseits auf das Bankwesen dadurch zurück, daß die großen industriellen Unternehmungen nicht mehr mit einer Bankverbindung auskommen konnten, sondern mit mehreren Banken gleichzeitig arbeiteten und dadurch der einzelnen Bank die finanzielle Kontrolle über das Unternehmen erschwerten. Es war jedoch dies keineswegs die einzige Folge des § 39 des Börsengesetzes. Soweit er nämlich die Umwandlung bestehender Unternehmen nicht in den eben besprochenen Formen sich vollziehen ließ, führte er zu einem Handel in sogenannten wilden Aktien, die zur Börse noch nicht zugelassen waren, aber unter den Bankiers gehandelt und im Publikum untergebracht wurden durch eine Art Zirkularnotierung in ähnlicher Form wie die der Kuxe.

Das Charakteristische für die Entwicklung der Emissionstätigkeit der deutschen Banken in den Jahren 1896 bis 1899 liegt also in drei Momenten, erstens in der starken Zunahme der Emissionen ihrem

Betrage nach, zweitens in der fortgesetzten rapiden Steigerung des Emissionsagios, das den Höhepunkt erreicht bei Bankaktien im Jahre 1897, bei Industrieaktien im Jahre 1899, und drittens in dem hervorragenden Anteil, den bei den Emissionen die Kapitalserhöhungen gegenüber den Neugründungen haben. Das Emissionsagio verliert allerdings durch die Tatsache, daß es sich bei den Emissionen vielfach um Kapitalserhöhungen handelte, etwas von seiner Höhe, da naturgemäß von ihm in Abzug zu bringen ist der Wert des bei Kapitalserhöhungen den alten Aktionären eingeräumten Bezugsrechtes, der jedoch in obigen Ziffern des „Deutschen Ökonomist“ nicht in Abzug gebracht worden ist.

Es mag an dieser Stelle kurz auf die Theorie eingegangen werden, die Eberstadt in seiner Schrift: „Der deutsche Kapitalmarkt“ (Duncker & Humblot 1901) entwickelt hat. Eberstadt versucht in dieser Arbeit nachzuweisen, daß die Ansprüche, welche die Industrie an den deutschen Geldmarkt gestellt hat, verhältnismäßig minimal gewesen seien gegenüber den Ansprüchen der Spekulation an den Geldmarkt. Er kommt zu diesem Resultat im wesentlichen durch eine Vergleichung des den industriellen Unternehmungen durch die Kapitalserhöhungen zugeflossenen Kapitalreinanspruchs mit dem Geldbetrage, der durch die Preissteigerungen der Börsenkurse für diese Werte von der Spekulation benötigt wurde. Bei der Ermittlung des letzteren Betrages jedoch begeht Eberstadt einen Fehler, der auch in der Presse und in weiten Kreisen des Publikums häufig begangen wird, indem er den Börsenkurswert, der sich natürlich stets nur auf den Umsatz eines ganz minimalen Teiles der Aktienkapitalien bezieht, als maßgebend für den Umsatz des gesamten Aktienkapitals betrachtet. Wenn beispielsweise die Aktien der Laurahütte im Jahre 1900 einen Höchstkurs von ca. 285 % erreichten, so nimmt Eberstadt an, daß infolge dieser börsenmäßigen Bewertung Ansprüche an den Geldmarkt in Höhe von 27 Millionen Mk. (Aktienkapital der Laurahütte) × 285 % gestellt wurden = 76 950 000 Mk. Das ist natürlich ganz falsch, denn der Kurs von 285 % sagt nichts weiter, als daß zu diesem Preise Umsätze stattgefunden haben, ein Besitzwechsel also für einen Teil des Aktienkapitals, und zwar für einen ganz minimalen Teil[1]. Eberstadt übersieht erstens, daß ein großer Teil der Aktien überhaupt

[1] Ähnlich äußert sich über Eberstadt: Adolf Weber in Depositenbanken und Spekulationsbanken S. 171/172.

die Hände nicht wechselt, sondern in festem Besitz ist, und zweitens, daß nur ein ganz geringer Teil des Aktienkapitals der Laurahütte zu dem Kurse von 285 % verkauft worden ist. Infolgedessen scheint uns seine Berechnung zunächst über die Ansprüche, welche die Spekulation an den Geldmarkt gestellt hat, nicht stichhaltig, sondern bedeutend zu hoch zu sein, anderseits sind die Ansprüche der Industrie an den Geldmarkt von Eberstadt nur teilweise berücksichtigt und infolgedessen weit unterschätzt worden; denn die Ansprüche der Industrie an den Geldmarkt kommen keineswegs ausschließlich oder auch nur in erster Linie zum Ausdruck in der Emission von Aktien und Obligationen, sondern vor allem in den Bilanzen der Banken auf dem Debitorenkonto. Ziffernmäßig sind hier, wie oben bereits erwähnt, diese Ansprüche nicht nachweisbar. Wie bedeutend sie aber sind, geht schon aus den Angaben, die der Schaaffhausensche Bankverein darüber macht, unzweideutig hervor. Danach entfielen von den Gesamtdebitoren von

1900	161,7	Millionen Mk.
1901	136,0	„ „
1902	132,0	„ „

Ultimo 1900 50,9, 1901 50,9, 1902 46,1 Millionen Mk., also durchschnittlich mehr als 30 % allein auf größere Aktiengesellschaften und Gewerkschaften. Rechnet man hinzu die Kreditgewähr an private Firmen und Gesellschaften, so darf man wohl annehmen, daß die Hälfte bis drei Viertel der unter Debitoren verbuchten Kredite Handel und Industrie zu gute gekommen sind.

§ 4.

Wenn wir aber auch die ziffernmäßige Berechnung von Eberstadt über die Höhe des Kapitalsbedürfnisses der Spekulation nicht für richtig anerkennen können, so ist ihm unbedingt doch darin recht zu geben, daß die Ansprüche der Spekulation an den Geldmarkt sehr erheblich waren, nicht nur die Ansprüche der Börsenspekulation, sondern auch die spekulativen Ansprüche von Handel und Industrie. Der Optimismus, der seit dem Jahre 1898 immer größere Dimensionen annahm, veranlaßte nicht nur die Händler zu großen spekulativen Abschlüssen, sondern auch die industriellen Unternehmungen zur Ein-

gehung langsichtiger und ausgedehnter Lieferungsverträge in Rohmaterial und die industriellen Werke selbst zu einer Vergrößerung ihrer Anlagen, die über das Maß des zunächst zu erwartenden dauernden Bedarfes hinausgingen und nur einer plötzlich auftretenden starken Nachfrage entsprangen. Speziell in der Industrie kamen die spekulativen Ansprüche darin zum Ausdruck, daß der Bankkredit in sehr hohem Maße zu Hilfe gezogen wurde, und vielfach nicht nur in der Form von schwebenden Schulden, also für Geldbedürfnisse, die sich nur vorübergehend fühlbar machten, sondern auch für dauernde Investitionen und Immobilisierungen von Kapital, die nicht rechtzeitig fundiert, sondern durch kündbaren Bankkredit befriedigt wurden. Ziffernmäßig diese Bedürfnisse der Spekulation im Handel, in der Industrie und an der Börse darzustellen, halten wir für unmöglich; daß sie groß waren, erhellt am besten aus der anormalen Entwicklung des Geldmarktes, die seit dem Jahre 1898 zusehends stärker in die Erscheinung trat.

Die anormale Lage des Geldmarktes kam nicht nur in dem wachsenden Notenumlauf der Zettelbanken zum Ausdruck und der Steigerung des Bank- und Privatdiskonts, sondern namentlich auch in der Bewegung der fremden Wechselkurse und der erheblichen Zunahme des Wechselumlaufs in Deutschland, in dem Rückgang der fest verzinslichen Werte und in der Anspannung der Bankbilanzen.

Die Bewegung des Reichsbankdiskonts, zunächst im Jahresdurchschnitt betrachtet, zeigt folgendes Bild:

Der Durchschnitt des Reichsbankdiskonts betrug:

1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900
3,116	3,139	3,655	3,806	4,267	4,992	5,263 [1]

Seit dem dritten Quartal des Jahres 1899 besonders war die Anspannung der Reichsbank außerordentlich groß, und der Diskont erfuhr eine rapide Steigerung. Anfang 1899 war zwar der Bankdiskont schon hoch, doch konnte er in den ersten beiden Quartalen bedeutend ermäßigt werden, zog aber dann noch stärker an. Er betrug:

vom 1. bis 16. Januar 1899 . . . . . . 6 %
„ 17. Januar bis 20. Februar 1899 . . . 5 %

[1] Siehe namentlich Basch, Wirtschaftliche Weltlage 1901 S. 60. Obige Zahlen sind den Tabellen von A. Berner, Dreißig Jahre Bankdiskont, entnommen.

vom 21. Februar bis 8. Mai 1899 . . . . $4^1/_2$ %
„ 9. Mai bis 18. Juni 1891 . . . . . . 4 %
„ 19. Juni bis 6. August 1899 . . . . $4^1/_2$ %
„ 7. August bis 2. Oktober 1899 . . . 5 %
„ 3. Oktober bis 18. Dezember 1899 . . 6 %
und wurde am 19. Dezember 1899 auf 7 % erhöht.

Schon diese seit Anfang der 70er Jahre nicht dagewesene Erhöhung des Diskonts der Reichsbank auf 7 % hätte die wirtschaftlichen Kreise Deutschlands nicht mehr im Zweifel darüber lassen dürfen, daß eine Krisis im Anzuge sei. Sie wurden jedoch dadurch vielfach getäuscht, daß man sie in erster Linie zurückführte, nicht, wie es den Tatsachen entsprach, auf die in Deutschland bestehende Kreditüberspannung und Überspekulation, sondern auf den durch Ausbruch des Transvaalkrieges vermehrten Geldbedarf Englands und das Aufhören des Goldzuflusses aus Südafrika.

Die auffallende Entwicklung des Bankdiskonts seit dem dritten Quartal 1899 tritt dann erst deutlich in die Erscheinung, wenn man die Durchschnittssätze der einzelnen Quartale des Jahres 1899 berechnet. Es betrug nämlich der Durchschnittsatz der Reichsbank im

1.	2.	3.	4. Quartal 1899
4,778	4,278	4,800	6,111

Ein ähnliches Bild zeigt die Entwicklung des Privatdiskonts an der Berliner Börse im Jahre 1899. Im Jahresdurchschnitt betrug er:

1894	1895	1896	1897	1898	1899
1,67	2,02	2,99	2,99	3,55	4,44

Im Vierteljahrsdurchschnitt:

	1.	2.	3.	4. Quartal
1894	2,08	1,67	1,63	1,60
1895	1,45	1,78	1,90	2,95
1896	2,37	2,53	2,76	4,34
1897	2,93	2,39	2,75	4,18
1898	2,83	3,31	3,34	4,75
1899	4,14	3,67	4,32	5,57

Mehr noch als in dieser rapiden Steigerung des Bankdiskonts und des Privatdiskonts kam die anormale Lage des deutschen Geldmarktes im 2. Halbjahr 1899 in der Bewegung der fremden

Wechselkurse zum Ausdruck, namentlich in der Bewegung des Wechselkurses auf Paris und auf London. Die Bewegung des Londoner Wechselkurses geht aus folgenden Ziffern hervor, welche den Durchschnittskurs für die einzelnen Monate aufweisen. Der Kurs auf London notierte im Durchschnitt 1899:

Juni	20,426
Juli	20,452
August	20,466
September	20,437
Oktober	20,450
November	20,420
Dezember	20,500

Besonders auffallend ist die Bewegung des Londoner Wechselkurses im Dezember 1899, in welcher Zeit er sich lange wesentlich über dem Goldpunkt hielt. Er betrug im Dezember im Durchschnitt 20,497, d. h. 0,002 Mk. über dem theoretischen Goldpunkt und stieg zeitweilig um die Weihnachtszeit bis auf 20,60. Dieser ganz anormale Stand des Londoner Wechselkurses fand seine Erklärung darin, daß die Reichsbank mit Rücksicht auf die sehr angespannte Lage des deutschen Geldmarktes und auf ihren sehr schwachen Edelmetallbestand die Goldausfuhr aus Deutschland zu verhindern suchte. Ein Mittel hierzu ist ihr besonders dadurch gegeben, daß sie mit einer Erhöhung der von ihr einseitig zu bestimmenden, als Garantie der Giro-Transaktionen zinslos zu deponierenden Mindestsumme der Giroeinlagen droht[1]. Die Höhe des Londoner Devisenkurses über dem Goldpunkt erklärt sich eben daraus, daß die deutschen Banken aus Furcht vor dem Transvaalkrieg ihre Guthaben aus London zurückgezogen hatten und im Dezember 1899 plötzlich eine um so größere Nachfrage nach Londoner Wechseln eintrat, als durch den Preissturz der südafrikanischen Minenwerte und der amerikanischen Eisenbahnwerte nach der englischen Niederlage am Tugelafluß von Deutschland aus große Rimessen nach London notwendig wurden, teils zu Deckung von Differenzen, teils aber zur Abnahme von Effekten, die bis zu dieser Zeit in London prolongiert worden waren, deren weitere Prolongation aber englische Firmen verweigerten.

---

[1] Siehe R. E. Weill, Die Solidarität der Geldmärkte S. 46. Frankfurt 1903.

Auch die Bewegung des Pariser Wechselkurses war namentlich in der zweiten Hälfte des Jahres 1899 ganz anormal. Der Wechselkurs auf Paris war lange Zeit über dem Goldpunkt, aber nicht, wie man in Deutschland vielfach glaubte, infolge der großen Bedürfnisse für die Pariser Weltausstellung, sondern infolge des Bestrebens der französischen Banken, alle während der Periode der Hochkonjunktur nach Deutschland ausgeliehenen Gelder möglichst schnell wieder in das Heimatland zurückzuziehen[1].

Neben diesen Momenten charakterisierten ferner die Ausweise der Reichsbank, die eine fortgesetzt sehr starke Belastung des Wechselportefeuilles aufwiesen, die ungesunde Lage des deutschen Geldmarktes. Nach den Beträgen der Wechselstempelsteuer berechnet, eine Berechnung, die natürlich nicht völlig genau sein kann, trotzdem jedoch sehr wertvolle Anhaltspunkte gibt, betrug der Wechselumlauf in Deutschland[2] in Millionen Mk.:

1896—1897	9 200
1898—1899	9 900
1899—1900	12 100

Deutlicher noch als aus diesen Zahlen geht aus den von uns im ersten Teil dieser Arbeit erwähnten Zahlen der Wechselumsätze bei den einzelnen Banken die rapide Steigerung des Wechselumlaufes in Deutschland namentlich im Jahre 1899 hervor, eine Steigerung, die, wie wir nachgewiesen haben, nicht so sehr auf eine Zunahme der Zahl der in Umlauf gesetzten Wechsel zurückzuführen ist, als vielmehr auf eine Zunahme der Beträge, über welche Wechsel ausgestellt wurden.

Um die Lage des deutschen Geldmarktes Ende des Jahres 1899 möglichst klar zu stellen, möge hier der Ausweis der Reichsbank vom 30. Dezember 1899 Platz finden. Ich folge hier der Darstellung, die ich im „Finanzherold“ (Frankfurt a./M.) vom 5. Januar 1900, Seite 3—4 gegeben habe.

---

[1] Siehe Weill l. c. S. 104 bis 105.
[2] Siehe Basch, Wirtschaftliche Weltlage im Jahre 1901 S. 55.

Deutsche Reichsbank. Ausweis vom 30. Dezember 1899.

Parallelwoche 1898 Diskont 6%	Kapital 120 Millionen Mk. Reserven 30 " " Diskont 7%	30. Dezember Mk.	Veränderung gegen Vorwoche 1899
757 293 000	Metallbestand	700 896 000	— 42 367 000
16 497 000	Reichskassenscheine	15 464 000	— 1 857 000
12 247 000	Noten anderer Banken	11 557 000	— 498 000
865 281 000	Wechselbestand	1 079 920 000	+ 51 202 000
186 074 000	Lombardforderungen	141 675 000	+ 48 473 000
41 850 000	Effekten	29 791 000	+ 20 907 000
101 015 000	Sonstige Aktiva	54 388 000	— 3 218 000
1 357 392 000	Notenumlauf	1 358 933 000	+ 156 818 000
—	davon als Notenreserve	—	—
282 955 000	" in Steuerpflicht	337 616 000	+ 201 540 000
430 923 000	Täglich fällige Verbindlichkeiten	475 621 000	— 87 133 000
36 942 000	Sonstige Passiva	49 137 000	+ 2 957 000

Der Ausweis der Reichsbank zeigt, daß trotz der anormalen Höhe des Bankdiskonts von 7% der Status der Bank noch schlechter war als zu der gleichen Zeit im Jahre 1898, obgleich damals bereits die Bank sehr stark in Anspruch genommen worden war. Nach dem obigen Ausweis hatte die Reichsbank für einen Notenumlauf von 337 1/2 Millionen Mk. die Notensteuer zu entrichten, während sie am Schluß des Jahres 1898 nur mit 288 Millionen und am Schluß des Jahres 1897 nur mit 172 278 000 Mk. in der Notensteuer war. Am 30. September 1899 hatte der steuerpflichtige Notenumlauf mit 371 233 000 Mk. die höchste bisher jemals dagewesene Ziffer erreicht; darauf folgt nunmehr der 30. Dezember mit 337 616 000 Mk. als der zweithöchsten Ziffer. Dementsprechend hatte die Reichsbank im Jahre 1899 2 858 000 Mk. Steuern zu entrichten gegen 1 927 401 im Jahre 1898 und 767 916 Mk. im Jahre 1897. Die gesamte Überschreitung der Notengrenze stellt sich für das Jahr 1899 auf nahezu 2 744 000 000 Mk. Der Metallschatz der Bank ist um etwa 51 000 000 Mk. kleiner und ihre Wechselanlage noch um rund 214 000 000 größer als am Schluß des Jahres 1898. Diese Ziffern sind um so ungünstiger, wenn man in Betracht zieht, daß die Inanspruchnahme der Bank in der letzten Dezemberwoche des Jahres 1899 geringer war als im Vorjahre, weil man mit der Geldversorgung zum Jahresschluß damals früher begonnen hatte als im Jahre 1898 und bereits in den ersten Wochen des Dezember große Beträge der Bank entzogen wurden, namentlich aber in der dritten Dezemberwoche, kurz vor der Erhöhung des Dis-

kontsatzes auf 7 %, zur Ausnutzung des Satzes von 6 % umfangreiche Wechseleinreichungen erfolgt waren.

Die Wechselkurse im Dezember stellten sich wie folgt:

	1899					1900
	30./11.	7./12.	14./12.	21./12.	28./12.	4./1.
kurz Paris	80,85	80,90	80,95	80,95	81,20	81,25
kurz London	20,41	20,45	20,49	20,52	20,55	20,49

Die kritische Lage des deutschen Geldmarktes spiegelt sich besonders deutlich in dem Rückgang der fest verzinslichen Werte wider. Um dies zu veranschaulichen, gebe ich hier eine kleine Tabelle, welche die Preisbewegung einiger der hauptsächlichsten Anlagewerte zeigt:

1./12. 1898		30./11.	7./12.	14./12.	21./12.
94,40	3 %ige Reichsanleihe	89,50	89,20	88,70	87,60
92,00	3 %ige Hessen	86,30	86,35	82,65	85,75
97,90	4 %ige Ungarn-Kronen	94,90	94,70	94,40	93,55

Alle diese Momente hätten im Zusammenhang mit der abnormen Steigerung der Preise der Industrieprodukte und anderen Symptomen die wirtschaftlich weitblickenden Kreise nicht darüber im Zweifel lassen dürfen, daß eine Krisis in Deutschland im Anzuge sei, doch wurde sie sowohl von zahlreichen Theoretikern wie von Praktikern bestritten, von Theoretikern namentlich von Lexis und Dietzel in der „Neuen Freien Presse“. Es fehlte allerdings auch nicht an Stimmen in der Presse, welche auf die gefahrvolle Zuspitzung der Verhältnisse rechtzeitig aufmerksam machten. Im Dezember 1899 schrieb bereits die ministerielle Korrespondenz[1]:

„Um einer solchen Erscheinung (ungewöhnliche Zunahme der Wechselanlage und der ungedeckten Noten) entgegenzuwirken, gibt es kein anderes Mittel als die Erhöhung des Diskonts, die einer ungesunden Überanspannung des Kredits vorbeugt, fremdes Geld heranzieht und die Lösung auswärtiger Guthaben zu verschieben geeignet ist“.

Ferner erhielt der Jahresbericht des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller folgendes Schlußwort:

„Es ist dringend zu wünschen, daß die Periode des stürmischen

[1] Siehe Eberstadt, Die gegenwärtige Krisis, ihre Ursachen und die Aufgaben der Gesetzgebung, S. 16.

Aufwärtsstrebens bald durch eine Zeit ruhigen und besonnenen Festhaltens des Gewonnenen abgelöst wird, soll nicht ein verhängnisvoller Umschlag die Folge sein".

An diese Ausführungen des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller schloß ich im „Finanzherold" vom 5. Januar 1900 folgende Betrachtung, die deshalb hier wiedergegeben sein mag, weil sie interessante Streiflichter wirft auf die industrielle Lage sowohl als auch auf die Lage des Geldmarktes.

Ich schrieb damals:

„Die kurzen, in ihrer Prägnanz aber besonders deutlichen Worte des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller decken sich vollständig mit dem Urteil, das der ‚Finanzherold' seit mehreren Monaten in ausführlicher Darstellung begründet und zu dem seinigen gemacht hat. Wir haben darauf hingewiesen, daß in unserer industriellen Entwicklung in letzterer Zeit einige Symptome hervorgetreten sind, die dafür zu sprechen scheinen, daß unsere industrielle Produktion in das Stadium einer ungesunden Überreizung einzutreten beginnt. Hierzu zählten wir die seit vergangenem Sommer sich plötzlich sprunghaft vollziehende Steigerung der Eisenpreise und die Verschmelzung der Roheisenabschlüsse für die Jahre 1900 und 1901, insbesondere scheint uns aber die seit Juni vorigen Jahres andauernd zunehmende Spannung auf dem internationalen Geldmarkte eine eindringliche Warnung dafür, daß das Tempo der wirtschaftlichen Tätigkeit verlangsamt werden muß. Wir wiesen oft darauf hin, daß der Grund der Verschlechterung der Geldverhältnisse in dem zu enormer Höhe angewachsenen Kapital- und Kreditbedürfnisse der Industrie zu suchen sei, nicht aber, wie dies vielfach geglaubt wurde, in den Bedürfnissen Englands für den Transvaalkrieg. Der Transvaalkrieg hat nur die Spannung am Geldmarkte verschärft und sie im Dezember zu einer monetären Krisis zugespitzt. Der Hoffnung, daß im Januar eine durchgreifende Besserung der Geldverhältnisse Platz greifen würde, haben wir uns nicht hingeben können, und wir sind auch heute noch der Ansicht, daß die Verbilligung des Geldes, die in den ersten Tagen dieses Monats eingetreten ist, nur als eine ganz vorübergehende Erscheinung zu betrachten ist. Diese Auffassung wird übrigens auch von anderen Seiten geteilt, insbesondere von dem bekannten französischen Finanzschriftsteller Edmond Théry. Denn keine Symptome deuten darauf hin, daß die Ansprüche der

Industrie sich verringern, im Gegenteil scheint zunächst noch ein weiteres Anwachsen ihres Kapitalsbedürfnisses bevorzustehen. Eine Verminderung des Kapitalsbedürfnisses könnte nur dann eintreten, wenn die Preise der Rohprodukte und Fabrikate einen Rückgang erfahren. Dieser Rückgang wird auch unseres Erachtens eintreten, jedoch nicht infolge einer Verminderung des Absatzes, sondern infolge der weiteren Verteuerung des Geldes."

Hierzu kam der Wink des Finanzministers von Miquel, den er am 17. Januar 1900 der deutschen Finanzwelt durch folgende Worte gegeben hat:

„Die Anleihen der deutschen Staaten wirken nicht so sehr auf den Geldmarkt ein wie die Anleihen auswärtiger Staaten. Man sollte sich zehnmal besinnen, ehe man sich jetzt entschließt, derartige Anleihen auf unseren deutschen Markt zu bringen. Wenn sie mit Rücksicht auf die allgemeinen Interessen unseres deutschen Geldmarktes möglichst zurückgehalten würden, so wäre dies im höchsten Grade erwünscht."

Auf die industriellen Kreise und auf die Spekulation verfehlten alle diese Warnungen allerdings ihre Wirkung; sie zeigten vielmehr gerade im ersten Quartal des Jahres 1900 den schrankenlosesten Optimismus. Die industriellen Kreise betätigten ihn durch weitere Preissteigerung und fortgesetzt größere Abschlüsse, die Spekulation durch geradezu wahnsinnige Kurstreibereien an der Börse und bedeutende Vergrößerung ihrer Engagements. Die Berliner Hautebanque allerdings nahm die Warnung ernster, und im Februar und März 1900 erließen die Berliner Großbanken an ihre Kundschaft ein Zirkularschreiben, in welchem sie sie aufforderten, die Engagements zu vermindern[1]. Aber auch dieses Rundschreiben vermochte ebensowenig wie die Warnungen in der Presse die geradezu fieberhafte Überhitzung der Spekulation zu dämpfen.

Um noch einige dieser Preßstimmen zu erwähnen, zitiere ich hier zur Charakterisierung des Standpunktes, den ich damals vertreten habe, einige Ausführungen, die ich im „Finanzherold" gemacht habe. Ich schrieb am 9. Februar 1900:

„In den Wellenbewegungen, in denen das wirtschaftliche Leben der Völker dahinfließt, kehren gewisse Erscheinungen regelmäßig wieder, in denen das ungeschulte Auge des Zuschauers nur Zu-

[1] Vgl. Eberstadt l. c. S. 16.

fälligkeiten erblickt, die jedoch der durch die Kenntnis der Vergangenheit geschärfte Blick des Nationalökonomen als typische, den wirtschaftlichen Gesetzen entsprechende Faktoren betrachtet. So ist es ein altes Erfahrungsgesetz, daß regelmäßig zu einer Zeit wirtschaftlichen Gedeihens, meist gegen Ende einer aufsteigenden Konjunktur, eine vermehrte Nachfrage nach den Waren hervortritt, die nicht der Befriedigung des Existenzbedürfnisses, sondern dem Komfort und dem Genusse dienen; jeder wirtschaftliche Aufschwung, der längere Zeit anhält, steigert die Genußsucht und den Luxus und infolgedessen die Nachfrage nach Luxusartikeln. Es kann daher nicht überraschen, wenn jetzt kein Tag vergeht, ohne daß man von Preiserhöhungen gerade der Waren liest, die, wenn auch nicht ausschließlich, so doch in hervorragender Weise zur Befriedigung des Luxus dienen. Daraus erklären sich leicht die jetzt in rascher Folge sich vollziehenden Preissteigerungen in der Textilbranche, in der Lederindustrie und ähnlichen Industriezweigen. In gewissem Zusammenhange damit dürfte auch die stark aufsteigende Bewegung des Zuckermarktes stehen, auf dem insbesondere sich fortgesetzt starke Käufe für amerikanische Rechnung geltend machen. Keineswegs sind jedoch diese Preiserhöhungen ausschließlich bedingt und bestimmt durch die vermehrte Nachfrage, vielmehr spielt bei ihnen auch eine wesentliche Rolle die Verteuerung der Produktion durch höhere Arbeitslöhne und Materialpreise. Es ist nicht nur psychologisch verständlich, sondern auch volkswirtschaftlich berechtigt, daß die Arbeiter in den Zeiten des Aufschwungs Lohnerhöhungen fordern. Psychologisch verständlich deshalb, weil der Arbeiter naturgemäß das Bestreben hat, für seinen bescheidenen Teil auch die Konjunktur auszunutzen, volkswirtschaftlich berechtigt schon aus dem Grunde, weil in der Zeit des Aufschwungs sich die Lebenshaltung verteuert, der Preis der Wohnungsmiete steigt, Licht und Heizung teurer werden und auch in den Preisen der Lebensmittel sich die allgemeine Aufwärtsbewegung geltend macht. Kein Wunder daher, wenn wir jetzt täglich von Lohnbewegungen lesen, bald in der einen Branche, bald in der anderen. Am schärfsten tritt regelmäßig diese Tendenz in der Montanindustrie hervor, nicht nur, weil diese Industrie aus einem wirtschaftlichen Aufschwung den größten Nutzen zieht, sondern auch deshalb, weil hier die Tätigkeit des Arbeiters eine besonders gefahrvolle ist. Man wird nun zwar ohne weiteres zugeben müssen, daß bei uns in Deutschland die Löhne in den letzten Jahren er-

hebliche Steigerungen erfahren haben und daher derart um sich greifende Ausstandsbewegungen wie in Österreich nicht zu befürchten sind. Im Wurmrevier, wo insbesondere unter den holländischen Arbeitern eine Gärung Platz gegriffen hatte, scheint diese bereits dem Erlöschen nahe, doch ist inzwischen schon ein neuer Herd der Unzufriedenheit entstanden. Im Zwickauer Kohlenbezirk verlangen die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 15—20 % und achtstündige Arbeitszeit. Die Arbeitgeber werden sich hier jedenfalls zu Lohnkonzessionen bequemen müssen, um ein weiteres Umsichgreifen der Bewegung zu verhindern. Wir führen diese Beispiele an, weil wir sie als symptomatisch erachten für die gegenwärtige Lage, und weil wir glauben, daß es gerade in einer Zeit, wo die Wogen der Spekulation überschäumen, angebracht ist, auch auf die Schattenseiten der Erscheinungen hinzuweisen, von denen die Spekulation jetzt nur die Lichtseiten sieht oder sehen will.

Wir haben frühzeitig darauf hingewiesen, daß die Zechen großen Nutzen aus den erhöhten Kohlenpreisen erzielen würden, doch halten wir eine derartige Bewegung, wie sie sich in letzter Zeit in Kohlenaktien vollzogen hat, nicht für unbedenklich. Einmal deshalb, weil die Ausgaben für Löhne einen nicht unerheblichen Teil der Mehrgewinne absorbieren werden, sodann aber auch aus dem Grunde, weil die Verteuerung der Kohlenpreise leicht eine ungünstige Rückwirkung auf andere Industrien ausüben kann. Insbesondere wird sich die Kohlenteuerung bei den Hüttenwerken geltend machen, die nicht aus eigenen Zechen ihren Koksbedarf entnehmen können. Der vor kurzem veröffentlichte Halbjahrsabschluß des Hörder Bergwerkvereins beweist deutlich, daß die höheren Verkaufspreise für die Vermehrung der Produktionskosten durch höhere Kohlenpreise und Zinsen kein entsprechendes Äquivalent geboten haben. Das ist sehr beachtenswert, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Vorjahre der große Preisaufschwung der Hüttenaktien gerade durch die sehr günstige Halbjahrsbilanz des Hörder Vereins hervorgerufen worden war. Die bisher veröffentlichten Abschlüsse der großen Banken zeigen die weitere Ausdehnung des laufenden Geschäfts in der Vermehrung der Gewinne an Zinsen, Wechseln und Provision. Die Steigerung der Gewinne auf den beiden ersteren Konten erklärt sich ohne weiteres aus dem hohen Zinsfuß des Vorjahres, der naturgemäß

diese Konten stark alimentieren mußte. Daß der hohe Zinsfuß dagegen den Nutzen des Effekten- und Konsortialkontos stark beeinträchtigt hat, geht aus dem Rückgang der Gewinne auf diesen Konten hervor. Diese Erscheinung ist immerhin bedeutsam; denn da es den Banken bei der glänzenden Konjunktur des Vorjahres nicht möglich war, ihre Effektengewinne zu steigern, darf man auch die Erwartungen an das laufende Jahr, in dem aller Wahrscheinlichkeit nach gleichfalls mit einem hohen Zinsfuß zu rechnen ist, nicht zu hoch spannen.

An wirklich dauernde billige Geldsätze können wir trotz der momentanen Geldabundanz noch immer nicht glauben. Die Ansprüche der Industrie sind nicht kleiner und die Aussichten auf eine baldige Beendignng des Transvaalkrieges nach den jüngsten Verhandlungen des englischen Parlamentes geringer als je. In London steht die Emission der großen Kriegsanleihe bevor, ob in Form von Konsols oder Schatzwechseln ist noch ungewiß, und auch in Deutschland und Frankreich wird sich bald größeres Anleihenbedürfnis herausstellen zur Geldbeschaffung für die neuen großen Flottenbauten. Hierbei handelt es sich ja um Riesensummen, die allerdings auf mehrere Jahre verteilt werden sollen; in Deutschland rechnet man mit 1600 Millionen Mk., in Frankreich vorläufig mit 900 Millionen Franks; England wird für den Krieg und seine späteren Heeresreorganisationen entsprechend größere Summen brauchen, und die anderen Großstaaten werden diesen Beispielen folgen. Das ist alles, wie es Paul Leroy Beaulieu, allerdings etwas übertrieben, bezeichnet: „Imposé au monde civile par les folies d'Imperalisme britannique und la sénile ambition d'un misérable politicien aussi dépourvu de véritable intelligence que de conscience.““

Am 13. Februar schrieb ich in demselben Blatt unter dem Titel: „Spekulative Überhitzung“:

„Zur Charakterisierung der Spekulation in Montanwerten erwähnen wir zunächst, daß heute von Berlin aus folgende hektographierte Karte versandt wurde:

„„Bei Königsborn & Maßen sind, wie die Erklärung der Direktion von Königsborn in der ‚Industrie‘ zeigt, Konsolidierungsverhandlungen im Gange. Wird die Konsolidierung perfekt, woran kaum zu zweifeln ist, so ergibt sich eine ganz bedeutende Wertsteigerung für beide Werke. Besondere Beachtung ver-

dient ferner Menden und Schwerte, sowie Harpener und König Wilhelm.

Glückauf.""

Daß die Bewegung auf dem Montanmarkt sehr bedenklichen Charakter anzunehmen beginnt, beweisen auch die riesigen Kurssprünge, die eine große Anzahl von Montanpapieren in der Vorwoche machten. So stiegen Baroper Walzwerk um 35 %, Mathildenhütte um 40 %, Düsseldorfer Eisenhütte um 37 %, Düsseldorfer Draht um 25 %. Man denke, Baroper Walzwerk verteilte seit 1890 keine Dividende, arbeitete regelmäßig mit Unterbilanz, aber die Aktien dieses Unternehmens werden jetzt mit 195 % bewertet. Das bedarf keines Kommentars."

Einen wie bedeutenden Umfang die Preistreibereien an der Börse annahmen, geht aus folgender kleinen Tabelle hervor, welche die Kursbewegung der leitenden Montanpapiere im ersten Vierteljahr des Jahres 1900 zeigt:

	1900				
	4. Januar	5. April	11. April	19. April	26. April
Laurahütte . . .	253,80	281,20	280,50	279,80	271,00
Bochumer . . .	260,30	279,00	277,20	274,30	265,00
Gelsenkirchen . .	190,70	220,40	221,90	222,00	220,30
Harpener . . .	201,60	237,60	241,20	242,50	233,90
Hibernia . . .	213,75	252,20	253,50	254,80	244,80
Dannenbaum . .	129,25	162,10	162,50	164,75	155,75
Dortmund. Union	134,25	139,25	140,00	137,60	130,00

In einzelnen industriellen Nebenwerten des Kassaindustriemarktes waren die Preissteigerungen jedoch noch viel bedeutender. Den Höhepunkt erreichten die Kurse auf dem Industriemarkt ungefähr um die Mitte April 1900. Erklärlich sind diese Steigerungen nur durch das psychologische Moment, daß infolge des vorherrschenden Optimismus die Besitzer von Industriewerten sich zu einem Verkauf nicht entschließen konnten, und infolgedessen selbst wenig umfangreiche Käufe genügten, um sehr erhebliche Preissteigerungen hervorzubringen. Daß der Wertpapiermarkt als solcher bereits längst gesättigt war, ging am besten daraus hervor, daß er namentlich für Elektrizitätswerte keine Aufnahmefähigkeit mehr zeigte, und zwar nicht nur für Aktien, sondern auch für Obligationen. Die Elektrizitätsgesellschaften schritten, nachdem sie 4 %ige Obligationen nicht mehr unterbringen konnten, zu

4½ %igen und zu Anfang 1900 zur Ausgabe von 5 %igen Obligationen.

In den Bankbilanzen, die im März veröffentlicht wurden, kam die auf dem Geldmarkt herrschende Anspannung und die mangelnde Aufnahmefähigkeit der Börse namentlich für fest verzinsliche Werte, wie in dem obenerwähnten Zitat aus dem „Finanzherold“ hervorgehoben wurde, deutlich zum Ausdruck. Die Bilanzen der Berliner Großbanken für 1899 zeigten eine bedeutende Verminderung der Liquidität. Der von der Reichsbank gegebenen Statistik folgend, stellten sich die greifbaren Aktiva erster Ordnung (Kasse, Coupons und Sorten, Bankierguthaben, Wechsel) und zweiter Ordnung (Reports, Lombards, Vorschüsse auf Warenverschiffungen) gegenüber den Verbindlichkeiten wie folgt:

(Millionen Mark)

Ultimo 1898

	Aktiva			
	I. Ordn.	II. Ordn.	Zusammen	Verbindlichk.
Deutsche Bank	279,6	140,5	420,1	615,3
Diskonto-Gesellschaft . . .	114,1	31,7	145,8	264,6
Dresdner Bank	110,4	57,6	168,0	349,6
Bank für Handel u. Industrie	33,3	32,3	65,6	104,9
Berliner Handelsgesellschaft .	60,2	22,7	82,9	136,1
Nationalbank	44,6	31,8	76,4	95,2
Schaaffhausenscher Bankverein	43,2	43,9	87,1	161,2
Mitteldeutsche Kreditbank .	18,9	11,4	30,3	64,7
Deutsche Genossenschaftsbank	10,5	1,3	11,8	25,2
Berliner Bank	15,0	9,3	24,3	65,6
Kommerz- und Diskontobank	20,1	46,2	66,3	94,1
Breslauer Diskontobank . .	33,6	34,0	67,6	96,6
Sa.	783,5	462,7	1246,2	2073,1

Ultimo 1899

	Aktiva			
	I. Ordn.	II. Ordn.	Zusammen	Verbindlichk.
Deutsche Bank	295,4	130,7	426,1	670,8
Diskonto-Gesellschaft . . .	98,8	40,6	139,4	267,1
Dresdner Bank	146,3	75,3	221,6	415,3
Bank für Handel u. Industrie	31,0	30,9	61,9	107,4
Berliner Handelsgesellschaft .	62,7	22,7	85,4	147,2
Nationalbank	46,1	31,8	77,9	106,4

Ultimo 1899

	Aktiva			
	I. Ordn.	II. Ordn.	Zusammen	Verbindlichk.
Schaaffhausenscher Bankverein	51,7	42,6	94,8	165,6
Mitteldeutsche Kreditbank .	20,6	15,6	36,2	75,1
Deutsche Genossenschaftsbank	16,5	2,4	18,9	31,8
Berliner Bank	24,3	15,3	39,6	78,1
Kommerz- und Diskontobank	22,5	68,0	90,5	19,3
Breslauer Diskontobank . .	32,7	36,3	69,0	104,5
Sa.	848,6	512,2	1360,8	2188,6

Demnach betrugen Ultimo 1898 die greifbaren Aktiven erster und zweiter Ordnung 1246,2 Millionen Mk. gegenüber 2073,1 Millionen Mk. Verbindlichkeiten, im Jahre 1899 1360,8 Millionen Mk. gegen 2188,6 Millionen Mk. Verbindlichkeiten. Es mußten daher die Banken zur Deckung ihrer Verbindlichkeiten im Jahre 1898 mit 826,9 Millionen Mk., im Jahre 1899 mit 828,2 Millionen Mk. auf die sonstigen Aktiva, also Effekten und Debitoren, zurückgreifen. Diese Ziffern sind besonders deshalb so ungünstig, weil bei einer größeren Anzahl von Banken im Jahre 1899 bedeutende Kapitalserhöhungen stattfanden und trotz derselben die Liquidität sich nicht verbesserte. Dies gilt zum Beispiel von der Dresdner Bank. Bei ihr hatte das Aktienkapital von 1898 auf 1899 eine Steigerung von 110 auf 130 Millionen Mk. erfahren. Trotzdem jedoch hatte sich die Flüssigkeit 1899 gemindert. Die Wechselbestände bei der Bank sind Ultimo 1899 um rund 29,5 Millionen Mk., die in Prolongation genommenen Wertpapiere um 12,2 Millionen Mk., die beliehenen Wertpapiere um 4 Millionen Mk. angewachsen, und die Ausstände in laufender Rechnung zeigen eine Zunahme von etwa 20 Millionen Mk. Insgesamt belaufen sich die sofort greifbaren Mittel Ultimo 1899 auf 255,6 Millionen Mk. gegen 200,5 Millionen Mk. im Vorjahr, die Verbindlichkeiten dagegen auf 387,3 Millionen Mk. gegen 327,8 Millionen Mk. im Vorjahr. Von den Verbindlichkeiten sind die Accepte von 116,2 Millionen Mk. auf 122,2 Millionen Mk. und die Schulden in laufender Rechnung von 156,4 Millionen Mk. auf 202,1 Millionen Mk. angewachsen. In gleicher Weise bringt der Abschluß der Berliner Handelsgesellschaft eine starke Anspannung trotz der im Jahre 1899 erfolgten Kapitalserhöhung von 80 Millionen Mk. auf 90 Millionen Mk. zum Ausdruck. Bei ihr haben sich die Acceptverbindlichkeiten von 46,7 Millionen

Mk. auf 55,4 Millionen Mk., die Debitoren von 80,3 Millionen Mk. auf 81,6 Millionen Mk. gesteigert. Insgesamt betrugen die Verbindlichkeiten ohne den Reingewinn bei ihr Ultimo 1899 137 Millionen Mk. gegen 127 Millionen Mk. Ultimo 1998. Die flüssigen Mittel dagegen an Kassa, Wechseln und Reports haben sich nur von 83 Millionen Mk. auf 85 Millionen Mk. erhöht. Anlaß zu Bedenken gibt jedoch namentlich die ganz ungewöhnliche Höhe der Konsortialbeteiligungen mit 30,3 Millionen Mk., die die vorjährigen von 18,6 Millionen Mk. fast um ²/₃ übersteigen. Diese Anspannung der Berliner Handelsgesellschaft, die gerade in intimer Beziehung zur Montanindustrie steht, ist charakteristisch für die Zuspitzung der Verhältnisse, welche in der Eisen- und Kohlenindustrie eingetreten war, und veranlaßte die Bank, bereits in der Generalversammlung zu erklären, daß sie sich in neuen Geschäften Reserve auferlege.

Zur Charakterisierung der fieberhaften Erregtheit, die damals in industriellen Kreisen, namentlich durch die Schwierigkeit, die nötigen Kohlen zu beschaffen, herrschte, mag hier eine Erzählung Platz finden, die Anfang des Jahres 1900 an der Börse kursierte: Anfang des Jahres 1900 besuchte der Direktor der Rheinischen Stahlwerke die Berliner Handelsgesellschaft und klagte derselben sein Leid darüber, daß er nicht wisse, wie er sich die nötigen Kohlen beschaffen solle, um seinen eingegangenen Lieferungsverpflichtungen in Hüttenerzeugnissen gerecht zu werden. Es soll ihm daraufhin von einem Geschäftsinhaber der Bank geantwortet worden sein: Es gäbe da nur einen Ausweg, nämlich den, daß die Rheinischen Stahlwerke die Aktiengesellschaft „Zentrum" in Wattenscheid ankauften. Der Direktor der Rheinischen Stahlwerke müsse sich hierüber aber sehr schnell entscheiden. Wenn er die Aktiengesellschaft „Zentrum" für die Rheinischen Stahlwerke erwerben wollte, so müßten die Rheinischen Stahlwerke ihr Kapital um 12 Millionen Mk. vermehren. Die Berliner Handelsgesellschaft werde die Transaktion übernehmen nnd die „Zentrum"-Aktien den Rheinischen Stahlwerken zu 167 % überlassen. Diese Offerte soll der Direktor der Rheinischen Stahlwerke innerhalb der ihm gesetzten kurzen Frist angenommen haben, und der Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft soll gerade durch die Annahme der Offerte die fieberhafte Erregtheit, die in industriellen Kreisen herrschte, erkannt und daraufhin einen Rückschlag in der Konjunktur für unvermeidlich erachtet haben. Es ist das verständlich, wenn man erwägt, um eine wie große Transaktion es sich für die

Rheinischen Stahlwerke handelte. Die Gewerkschaft „Centrum" war nämlich am 5. Januar 1899, nachdem im Dezember 1898 die Fusion derselben mit der Harpener Bergbaugesellschaft abgelehnt worden war, für den Preis von 22400000 Mk. an ein Bankkonsortium unter Führung der Berliner Handelsgesellschaft verkauft worden. Das Bankkonsortium verwandelte die Gewerkschaft am 10. Januar 1899 in eine Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von 15,2 Millionen Mk. und einer hypothekarisch sichergestellten Obligationsanleihe von 6 Millionen Mk. Am 2. Februar 1899 wurde die Aktiengesellschaft handelsgerichtlich eingetragen. Es handelte sich demnach für die Rheinischen Stahlwerke um den Erwerb einer Aktiengesellschaft mit 15,2 Millionen Mk. Aktienkapital zu einem Preise von 167 % für die Aktie.

Die Kreditüberspannung, die in Deutschland damals herrschte, erreichte ihren Höhepunkt Ende März 1900 und tritt in dem Ausweis der Reichsbank vom 30. März 1900 deutlich in die Erscheinung.

Deutsche Reichsbank. Ausweis vom 30. März 1900.

Parallelwoche 1899 Diskont 4½ %	Kapital 120 Millionen Mk. Reserven 30 " " Diskont 5½ %	30. März Mk.	Veränderung gegen Vorwoche 1900
859 927 000	Metallbestand	743 665 000	— 116 262 000
25 213 000	Reichskassenscheine	21 252 000	— 3 961 000
10 169 000	Noten anderer Banken	13 395 000	+ 3 226 000
759 880 000	Wechselbestand	972 963 000	+ 213 083 000
76 558 000	Lombardforderungen	145 717 000	+ 69 159 000
9 926 000	Effekten	20 590 000	+ 10 664 000
73 126 000	Sonstige Aktiva	61 166 000	—
1 034 593 000	Notenumlauf	1 309 970 000	+ 275 377 000
154 120 000	davon als Notenreserve	238 258 000	— 11 960 000
—	" in Steuerpflicht	—	—
600 688 000	Täglich fällige Verbindlichkeiten	487 797 000	— 112 891 000
29 518 000	Sonstige Passiva	30 981 000	+ 1 463 000

Dieser Ausweis der Reichsbank zeigt Ansprüche von ganz ungewöhnlicher Höhe. Der Metallbestand weist eine Verminderung von 116262000 Mk., das Portefeuille eine Zunahme von 213083000 Mk. und die Lombards eine solche von 69159000 Mk. auf. Dagegen sind an Girogeldern 112891000 Mk. zurückgezogen worden. Infolgedessen hat sich der Notenumlauf um 275377000 Mk. vermehrt und die steuerfreie Notenreserve um 392874000 Mk. vermindert. Die Bank ist daher mit 238258000 Mk. in der Steuerpflicht gegen

109 905 000 Mk. zu gleicher Zeit im Jahre 1899, 70 481 000 Mk. im Jahre 1898 und 12 190 000 Mk. im Jahre 1897. Trotz des um 1 % höheren Diskonts ist der Metallbestand um 84 166 000 Mk. uiedriger, die Anlagen dagegen um 133 869 000 Mk. höher als im Vorjahr. Infolge dieser kaum dagewesenen Anspannung der Reichsbank erklärte auch damals der Reichsbankpräsident, daß selbst im Mai an eine Ermäßigung des Bankdiskonts kaum zu denken sein dürfte, sofern nicht Rückflüsse von nicht gewöhnlicher Höhe stattfinden würden, und er knüpfte daran die Warnung an alle wirtschaftlichen Kreise, daß es sogar leicht noch zu einer Erhöhung kommen könnte.

An der Börse wurden diese Äußerung des Reichsbankpräsidenten und dieser Ausweis der Reichsbank als Symptom einer unmittelbar bevorstehenden Krisis aufgefaßt, und das Kursgebäude geriet bereits kurze Zeit nach der Veröffentlichung dieses Bankausweises vom 30. März ins Wanken, ausgehend von großen Verkäufen in den Aktien des Bochumer Gußstahlvereins, die bald den ganzen Industriemarkt in Mitleidenschaft zogen. Der innere Grund zu der rückläufigen Kursbewegung an der Börse und zu der erst bedeutend später eintretenden Verschlechterung der industriellen Lage in Deutschland ist somit zu suchen in der Kreditüberanspannung und der infolge davon sich geltend machenden Reserviertheit der Banken in der Aufrechterhaltung bestehender und der Gewährung neuer Kredite.

Sechster Abschnitt.

Die Berliner Großbanken in der Krisis.

§ 1.

Daß der Eintritt der Krisis in Deutschland nicht von allen Berliner Großbanken zu Anfang des Jahres 1900 erkannt wurde, geht unzweideutig aus ihren Geschäftsberichten für das Jahr 1899, die im Februar und März 1900 veröffentlicht wurden, hervor. Daß sie ihn nicht erkannten, ist in erster Linie wohl darauf zurückzuführen, daß sie die anormale Höhe des Reichsbankdiskonts und die gespannten Geldverhältnisse im wesentlichen dem Transvaalkrieg zuschoben, ferner aber darauf, daß sie die zu Anfang des Jahres 1900 eintretende Gelderleichterung, die in einer Ermäßigung des Reichsbankdiskonts von 7 % auf 6 % am 11. Januar und von 6 % auf 5½ % am 26. Januar 1900 zum Ausdruck kam, in ihrer Bedeutung über-

schätzten. Um zu zeigen, wie verschieden die Beurteilung der Lage seitens der Banken war, führe ich hier die betreffenden Stellen aus ihren Geschäftsberichten für das Jahr 1899 an. Sie alle beweisen, daß überwiegend die Beurteilung viel zu optimistisch war.

Die Deutsche Bank schreibt:

„Die heimische Industrie steigerte im Jahre 1899 ihre Anforderungen an das Nationalvermögen immer weiter, andrerseits stellten die Vorbereitungen für den südafrikanischen Krieg an England große Anforderungen. Aber die mit dem Kriege verbundenen Verschiebungen brachten den Schiffahrts- und Kohlengesellschaften, sowie den Hüttenwerken erneute Beschäftigung und verhinderten, daß das Steigen des Zinsfußes einen lähmenden Einfluß auf die Industrie ausübte. Wenngleich für Anleihen von unseren industriellen Gesellschaften eine Verzinsung von 4½ % statt 4 % und von unseren Kommunen von 4 % statt 3½ % bewilligt werden mußten, so hat sich doch zu diesen erhöhten Sätzen ein eigentlicher Geldmangel bisher nicht fühlbar gemacht; indes weist die Anspannung des Kapitalmarktes auf die Notwendigkeit gewisser Einschränkungen hin."

Die Bank für Handel und Industrie schreibt:

„Die allgemeinen Verhältnisse des Jahres 1899 sind im großen und ganzen die nämlichen geblieben, die wir in unserem vorjährigen Bericht geschildert haben; sie boten viel des Erfreulichen, aber auch mancherlei nicht zu übersehende Gefahren und verschärften sich nach beiden Richtungen noch mehr wie im Vorjahre. Der kräftige Aufschwung der Industrie hat einen alle Erwartungen übertreffenden weiteren Fortgang genommen, da einige Geschäftszweige, die bisher nur in bescheidenem Maße von der günstigen Gestaltung der allgemeinen Verhältnisse Nutzen ziehen konnten, in die Reihen der neuen prosperierenden Unternehmungen eingetreten sind. Die Landwirtschaft hatte wieder befriedigende Erträgnisse, die Lebenshaltung der industriellen und ländlichen Arbeiter konnte eine weitere Besserung erfahren. Dagegen hat die allmähliche Aufwendung bedeutender Kapitalien zum Zwecke der Vergrößerung und neuen Errichtung industrieller Anlagen in Verbindung mit weiterer Steigerung der Preise der wichtigsten Rohmaterialien und erhöhten Löhne eine seit Jahrzehnten nicht erlebte, durch die Einflüsse der im Berichtsjahr ausgebrochenen Transvaalkrise verstärkte Anspannung des Geldmarktes zur Folge gehabt, und machen diese Umstände be-

reits im Gange und den Reinerträgnissen mancher Kategorien von Unternehmungen, insbesondere im Baugeschäfte, sich merklich fühlbar."

Zu diesen sehr besonnenen Ausführungen des Geschäftsberichtes steht allerdings die Tätigkeit der Bank in einem gewissen Gegensatz namentlich dadurch, daß sie unmittelbar vor Ausbruch der Krisis in intime Beziehungen zu der als sehr spekulativ bekannten und stark engagierten Rheinischen Bank in Mülheim a. Rh. trat. In Bankkreisen sagte man damals: „Die Darmstädter Bank fällt von einem Extrem ins andere. Stadtrat Kämpf war fast zu ängstlich, auf preußische Konsols zu leihen, und jetzt tritt die Darmstädter Bank in die Gruppe ein, die zu den wagehalsigsten Führern der Spekulation gehört." [1]

Der Schaaffhausensche Bankverein schreibt:

„Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß das gegenwärtige hohe Niveau der gewerblichen Tätigkeit sich noch während einer weiteren Periode erhalten wird, soweit nicht äußere Einflüsse oder auch die Entwicklung des allgemeinen Geldmarktes eine Einschränkung hervorrufen. Die Steigerung des Zinsfußes ist nicht unwesentlich verschärft worden durch die Ansprüche, die der Krieg in Südafrika an die internationalen Geldmärkte stellt und durch die Unterbrechung der Goldausfuhr aus Transvaal, durch welche die regelmäßige Zunahme der Zirkulationsmittel gleichzeitig sehr wesentlich abgeschwächt wurde. Während die im allgemeinen auf günstiger Grundlage arbeitende Industrie sich im abgelaufenen Jahre mit diesen Diskontsätzen ohne erhebliche Nachteile abfinden konnte, mußten dieselben auf anderen Gebieten der produktiven Tätigkeit eine recht drückende und einschränkende Wirkung ausüben. Zu diesen Gebieten zählt auch das der Privatbauunternehmungen, in welchen sich bereits eine bemerkbare Verminderung geltend zu machen beginnt, die nicht ganz ohne Rückwirkung auf andere Zweige der gewerblichen Tätigkeit bleiben kann."

In den bisher erwähnten Bankberichten kommt jedenfalls eine gewisse Zurückhaltung, um nicht zu sagen Skepsis, zum Ausdruck, die ihrem Grade nach allerdings sehr verschieden ist. Sie alle stimmen auch darin überein, daß der Transvaalkrieg die Geldteurung zwar verschärft, aber nicht hervorgerufen hat. Auf ein Moment macht aber nur die Deutsche Bank aufmerksam, nämlich darauf, daß gerade

[1] Siehe „Finanzherold" 9. März 1900 S. 150.

der Transvaalkrieg den Ausbruch der Krisis in Deutschland nicht beschleunigt, sondern hinausgeschoben hat, ohne ihn wäre sie wahrscheinlich schon im Herbst 1899 eingetreten.

Weit optimistischer dagegen wurde die Lage in den Berichten folgender Banken beurteilt.

Die Diskonto-Gesellschaft schreibt:

„Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse im abgelaufenen Jahre zeigt eine Fortdauer derjenigen Faktoren, welche schon in den beiden Vorjahren 1897 und 1898 hervorgetreten waren und im Jahre 1899 noch deutlicher sich ausprägten. Der Aufschwung der Industrie, welcher durch die Fortschritte der Technik, insbesondere durch die gesteigerte Verwendung und Ausbildung elektrischer Kräfte, eingeleitet war, zeigte eine kaum erwartete Stetigkeit. Die Gefahren einer vorwiegend spekulativen Überstürzung wurden im großen und ganzen durch maßvoll geleitete Syndikate und Vereinigungen fern gehalten, so daß zwar durchweg bessere Preise erzielt wurden, daß aber der Hauptvorteil in einer regelmäßigen Beschäftigung und in guten Löhnen der Arbeiter zu Tage getreten ist. Die erhöhte Konsumtionsfähigkeit der Arbeiter kam anderen Erwerbszweigen wieder zu gute, so daß die wirtschaftliche Gesamtlage weiter Kreise entsprechend günstiger sich gestaltete. Auch die Lage der Landwirtschaft war in manchen Beziehungen eine bessere, wenngleich der Abfluß von Arbeitskräften nach den Industriegegenden den vielfach auf dem Lande sich zeigenden Arbeitermangel steigerte.

Der Fortschritt der Technik und die mit dem Wohlstande steigenden Ansprüche einer stetig wachsenden Bevölkerung auf bessere Lebenshaltung und Wohnung führten zu neuen Bedürfnissen und zu umfassenden Neuanlagen sowohl auf staatlichem und kommunalem Gebiete, wie in den verschiedenen Zweigen der gewerblichen Tätigkeit; der Verkehr zu Lande und zu Wasser, auf den Eisenbahnen und Dampfschifflinien, dehnte sich aus und steigerte seinerseits wiederum die Beschäftigung der in Herstellung von Verkehrsmitteln und Maschinen tätigen Industrie. Das Beschäftigungsgebiet einer gesteigerten industriellen Tätigkeit war hiernach ein nahezu allgemeines. Da die vielen Neuanlagen im großen und ganzen wirtschaftlich notwendig und deshalb direkt oder indirekt produktiv sind, so riefen sie eine erhebliche Nachfrage nach Kapital, nach Rohstoffen, Waren und Arbeitskräften für die Zwecke dauernder Investierung hervor. Damit steigerte

sich der Zinsfuß für Anlagewerte und der Diskontsatz für die stärker in Anspruch genommenen Umlaufsmittel.

Die Höhe des Diskonts und das Steigen des Zinsfußes im abgelaufenen Jahre sind hiernach von der durchweg günstigen Lage unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht zu trennen und in erster Linie eine Folge dieser letzteren.

Die wesentliche Besserung des nordamerikanischen Marktes konnte nur dazu beitragen, die gute Geschäftslage in Europa und speziell in Deutschland zu befestigen.

Demzufolge hat auch diesen allgemeinen Verhältnissen gegenüber der lange befürchtete und schließlich ausgebrochene Krieg zwischen England und den Burenrepubliken zwar ein spannendes Interesse, aber bis jetzt noch keine wirtschaftliche Bedeutung von solchem Umfange gewonnen, daß das Gesamtbild hierdurch ein wesentlich anderes geworden wäre. Die bereits erwähnte starke Anspannung des Kapital- und Diskontmarktes wurde und wird aber durch diesen Krieg wesentlich verschärft."

Noch optimistischer äußert sich die Dresdner Bank:

„Handel, Gewerbe und Industrie befanden sich, von wenigen Spezialbranchen abgesehen, während des Berichtjahres in unverändert günstiger Lage. Der Aufschwung, auf dessen gesunde, eine längere Dauer verbürgende Grundlagen wir in früheren Berichten wiederholt hingewiesen haben, hat sich auch auf bisher weniger berührte Industriezweige, z. B. die Textilbranche, erstreckt, in Kohle und Eisen, wie in fast allen Zweigen der Metallindustrie, reicht die gewaltig gesteigerte Produktion noch kaum für den dringendsten Bedarf aus, so daß zu der Befürchtung einer Überproduktion zur Zeit kein Anlaß vorliegt.

Die unzweifelhafte Zunahme des Nationalwohlstandes, an welcher alle Klassen der gewerbetreibenden Bevölkerung teilnehmen, hat auch einer Ausdehnung der überseeischen Interessen die Wege geebnet und der Betätigung des Unternehmungsgeistes weitere Ziele gesteckt. Die vom Reiche in Aussicht genommenen Maßregeln zum Schutze deutscher Arbeit und deutschen Kapitals in fernen Ländern werden wiederum der heimischen Industrie neue lohnende Aufgaben stellen.

Anderseits war das erhebliche Steigen der Zinssätze ein vielleicht heilsames, einschränkendes Moment in der geschäftlichen Entwicklung des Geschäftsjahres. Diese Steigerung ist zum Teil auf die Geldbedürfnisse der Industrie, die erhöhten Preise der meisten Rohmaterialien und die fortdauernd gestiegenen Arbeitslöhne, zum Teil auf die er-

heblichen Ansprüche zurückzuführen, welche Staaten und Kommunen, sowie die Hypothekenbanken mit ihren Pfandbrief-Emissionen an den Geldmarkt stellten, zum Teil auch darauf, daß das Publikum die zu gestiegenen Kursen erworbenen Wertpapiere in größerem Umfange bevorschußt haben wollte. In den letzten Monaten kam der Einfluß des südafrikanischen Krieges hinzu. Das starke Hinaufgehen der Diskontraten an den westlichen Plätzen, die scharfe Zuspitzung der Geldverhältnisse in Rußland und Rumänien, wo ungünstige Ernten mit anderen Schwierigkeiten zusammentrafen, und das dadurch hervorgerufene Mißtrauen brachte auch hier die Sätze auf eine seit langen Jahren nicht gekannte Höhe, zumal ausländische Gelder, welche vorher der besseren Verzinsung halber in Deutschland Anlage gesucht hatten, von hier zurückgezogen wurden . . Es verdient jedoch hervorgehoben zu werden, daß dieser Rückfluß sich ohne erhebliche Inanspruchnahme der Goldbestände der Reichsbank vollzog, wiewohl die gleichzeitige Steigerung einiger Devisenkurse über den Goldpunkt hinaus eine unerfreuliche Erscheinung bildete. Im übrigen scheinen uns die Besorgnisse, die von mancher Seite an diese Gestaltung der Geldverhältnisse am Jahresschlusse geknüpft wurden, über das Ziel hinauszugehen. Es darf nicht vergessen werden, daß das gesamte deutsche Geschäftsleben an Ausdehnung und Intensität seit Jahren enorm gewachsen ist, und daß man nunmehr auch seinen normalen Geldbedarf an Quartals- und Jahresabschlüssen mit einem anderen Maßstab als dem bisher gewohnten messen muß, ein Umstand, dem ja auch die mit dem nächsten Jahre in Kraft tretende Novelle zum Bankgesetz durch Erhöhung des ungedeckten Notenkontingents gebührend Rechnung trägt. Der scharfen Anspannung am Jahresschluß ist denn auch im neuen Jahre eine ziemliche rasche Erleichterung gefolgt.

Dem blühenden Stande der Industrie entsprechend war auch das Effektenkommissionsgeschäft teilweise ein recht lebhaftes. Das Publikum wandte teils in richtiger Würdigung der für die Rentabilität der Industrie vorliegenden Chancen, teils aus Mißstimmung über die früheren Zinsherabsetzungen und den fortgesetzten Kursrückgang der festverzinslichen Werte seine Ersparnisse in größerem Maße wie früher der Anlage in Dividendenpapieren zu. Wir haben es für unsere Pflicht gehalten, in Hinblick auf die Anspannung des Geldmarktes einem hier und da in die Erscheinung tretenden Übereifer des Publikums in Effektenkäufen, nament-

lich solchen unter Kreditinanspruchnahme, mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten, was uns freilich nur in beschränktem Maße gelungen ist. Die Gefahr, welche in der Lahmlegung des Börsenhandels, insbesondere in der Beseitigung des Termingeschäftes in Bergwerks- und Industriepapieren liegt, wird dem Publikum erst dann zu seinem Nachteile klar werden, wenn bei einem Wechsel der Konjunktur dem unausbleiblichen Verkaufsandrang keine kauffähige Spekulation gegenüberstehen wird. Die schädlichen Wirkungen des Börsengesetzes werden dann zu spät anerkannt werden."

Aus dem Bericht der Mitteldeutschen Kreditbank ist nur folgender Passus erwähnenswert, der zeigt, daß die Bank den tieferen Grund für die Geldversteifung in Deutschland nicht erkannt hat: „Im zweiten Halbjahr trat eine zunehmende Geldversteifung in Deutschland in die Erscheinung, welche einerseits in dem raschen Aufsaugen großer Kapitalien für industrielle Zwecke, anderseits — und wohl in der Hauptsache — durch die mit dem südafrikanischen Kriege in Verbindung stehenden Verhältnisse hervorgerufen wurde. Es machte sich eine Spannung geltend, wie sie seit Jahrzehnten in Deutschland nicht vorgekommen ist."

Die Berliner Bank schreibt:

„Handel und Industrie unseres Vaterlandes befanden sich im kräftigen Aufschwunge, und Hand in Hand mit dieser erfreulichen Entwicklung wuchsen naturgemäß die Ansprüche dieser Erwerbszweige an die Kapitalkraft der Banken.

Führte hiernach schon der einheimische Bedarf zu einer fühlbaren Verengerung unseres Geldmarktes, so brachte im Spätjahre der zwischen England und den südafrikanischen Republiken ausgebrochene Krieg, welcher die Goldproduktion stark verminderte und dem englischen Markte größere Summen für Kriegszwecke entzog, die Aussicht auf eine kritische Gestaltung der internationalen Geldverhältnisse, welche infolge des größeren eigenen Bedarfs doppelt auf den deutschen Geldmarkt zurückwirken mußten.

Dank einer vorausschauenden Diskontopolitik der Reichsbank und der vorsorglichen Zurückhaltung, welche sich auch die Privatbanken auferlegten, sind diese schwierigen Verhältnisse ohne die geringste Erschütterung unseres Marktes vorübergegangen, und ungeachtet des noch nicht beendeten Krieges hat sich im neuen Jahre die Geschäftslage zu bessern begonnen."

Es ist ganz naturgemäß, daß je nach den Folgerungen, welche

die Banken aus dieser ihrer Beurteilung der wirtschaftlichen Lage gezogen haben, ihre Verhältnisse in der folgenden Krisis sich sehr verschieden gestaltet haben. Dabei ist allerdings nicht zu übersehen, daß selbst die rechtzeitige Erkenntnis des Konjunkturumschwungs die Banken nicht mehr vor Verlusten schützen konnte, namentlich nicht vor Verlusten auf dem Konsortialkonto, weil die Konsortialeinzahlungen bereits geleistet und eine Realisiernng dieser Engagements erst nach Auflösung der Konsortien möglich war; wohl aber konnte die richtige Beurteilung der Lage die Banken vor größeren Verlusten auf dem Effekten- und Debitorenkonto bewahren, auf dem Effektenkonto durch Abstoßung industrieller Werte, auf dem Debitorenkonto durch Zurückhaltung in Eingehung neuer Kreditgeschäfte und genaue Prüfung der Qualität der bestehenden Debitoren. Es ist bereits oben betont worden, daß die Berliner Großbanken im Februar und März 1900 versucht haben, die Debitorenkonten herabzumindern, jedoch, wie die Dresdner Bank ausdrücklich hervorhebt, nur teilweise mit Erfolg. Die Banken, die hierin frühzeitig rigoros vorgegangen sind oder bei denen die Qualität der Debitoren sehr gut war, haben, wie wir weiter unten des näheren ausführen werden, unter der Krisis am wenigsten gelitten.

§ 2.

Der Verlauf der Krisis, als deren Beginn wir den Anfang April 1900 bezeichneten, ist dahin zu charakterisieren, daß zunächst im Jahre 1900 eine Börsenkrisis eintrat durch Beschränkung des börsenmäßigen Spekulationskredites. Die Industrie wurde erst später in Mitleidenschaft gezogen, einmal durch die pessimistische Beurteilung der Lage an der Börse, ferner aber durch die größere Abhängigkeit, in welche sie vom Auslande geriet. Immerhin war im Jahre 1900 von einer eigentlichen Kreditkrisis nicht zu reden; es handelte sich im Jahre 1900 nur um eine Kreditkrisis in Bezug auf den Spekulationskredit an der Börse, im Handel und in der Industrie. Zu einer eigentlichen und allgemeinen Kreditkrisis verschärfte sich die Lage erst im Jahre 1901 durch die Erschütterung des Vertrauens infolge der Enthüllungen über die Spielhagenbanken, des Zusammenbruchs der Elektrizitätswerke Kummer in Dresden und der Dresdner Kreditanstalt, und sie erreichte ihren Höhepunkt mit den Zusammenbruch der Leipziger Bank.

Den äußeren Anstoß zur rückläufigen Bewegung an der

Börse gab in der zweiten Hälfte des April die Nachricht, daß der Direktor eines großen Eisentrustunternehmens in Amerika, Mr. Gates, von der Steel and Wire Co., die Lage des amerikanischen Eisenmarktes so ungünstig beurteile, daß er die Werke seiner Gesellschaft geschlossen und viele Tausende von Arbeitern entlassen habe. Diese Nachricht veranlaßte zunächst an der Börse große Blankoverkäufe in Bochumer Gußstahlaktien, und der rückläufigen Bewegung dieses Papiers schlossen sich bald alle andern Hüttenwerte an. Infolge der hohen Eisenpreise in Deutschland fürchtete die Börse einen Export amerikanischen Eisens nach Europa und einen Rückgang der Preise und abnehmende Beschäftigung in der deutschen Industrie. In der Industrie selbst teilte man diese Auffassung nicht und bezeichnete die pessimistische Stimmung der Börse als unbegründet und die Furcht vor Amerika als ein Schreckgespenst, das nur die à la baisse operierende Börsenspekulation an die Wand gemalt hätte. In Wahrheit war es wohl weniger die Furcht vor Amerika, welche die Stimmung der Börse so ungünstig beeinflußte, als die kritische Lage des Geldmarktes, die vorhandene Überspekulation und das Mißverhältnis, daß sich infolge der Teurung der Rohmaterialien zwischen den Verkaufspreisen und den Gestehungskosten herausgebildet hatte.

Die rückläufige Bewegung an der Börse nahm ungefähr vom 20. April an größere Dimensionen an und beschränkte sich nicht mehr ausschließlich auf Hüttenwerte, sondern griff auch auf Kohlenaktien, die sich lange Zeit sehr widerstandsfähig gezeigt hatten, und auf alle anderen industriellen Werte über. Unter wiederholten Schwankungen, die teils durch die Deckungen der Baissiers, teils durch Interventionskäufe hervorgerufen worden waren, setzte sie sich bis Ende September fort, und sie erreichte ihren Tiefpunkt ungefähr in der dritten Septemberwoche. Wie rapide sich die Rückgänge vollzogen, geht aus nachstehender Tabelle hervor, welche die Liquidationskurse für die Monate März bis Dezember zeigt:

	1900				
	März	April	Mai	Juni	Juli
Laura	283¼	265,75	254½	237¼	213¼
Bochum	281,40	257,60	242¾	222,90	195½
Gelsenkirchen	220	219,20	210¾	193,10	193
Harpen	234,80	230½	221¼	198,70	185¾
Hibernia	251½	241	230½	212¼	206
Konsolidation	399¼	401	383¼	360¾	354
Dortmund	140,80	127½	117	104,10	100,10

	1900				
	August	September	Oktober	November	Dezember
Laura	205 1/2	190	196,40	206 1/2	194,30
Bochum	189	170 1/2	174,90	188 1/2	175,30
Gelsenkirchen	194,30	186 1/4	183,90	193,20	180,75
Harpen	181,70	175,10	175,60	182,10	168,40
Hibernia	204 1/4	193,20	192,10	205,20	193,20
Konsolidation	354	334 1/2	326 3/4	356 1/2	339 3/4
Dortmund	96,40	83	85 1/4	92,30	82,20

Die großen Liquidationsverkäufe an der Börse im Zusammenhang mit der in den Kreisen der Industrie und des Handels zunehmenden Zurückhaltung und dem Bestreben der Banken, ihre Außenstände herabzumindern, führten naturgemäß zu einer Erleichterung des Geldmarktes. Einen wie großen Anteil die Börsenspekulation an der Kreditüberanspannung gehabt hat, geht namentlich aus zwei Momenten hervor. Erstens daraus, daß die Reportsätze an der Börse sich Ende März auf 8 und 9 % gesteigert hatten, ferner aber daraus, daß in den Geldverhältnissen in Deutschland eine Besserung schon eintrat, nachdem die großen spekulativen Engagements für einen bekannten Mühlheimer Großspekulanten gelöst waren, der Geldbedarf der Industrie selbst jedoch noch unvermindert anhielt. Gerade die Bankengruppe, die diesem Großspekulanten nahe stand und schon im Herbst und Dezember des Jahres 1899 durch Heranziehung französischer und belgischer Gelder behufs Prolongation von Riesenengagements in Montanwerten und türkischen Papieren unliebsames Aufsehen erregt hatte, hatte auch Ende März wieder großen Acceptkredit in Berlin in Anspruch genommen, dessen weitere Prolongation jedoch späterhin Schwierigkeiten begegnete. Der Frankfurter Platz hatte sich dieser Bankengruppe gegenüber im Geldgeben schon seit längerer Zeit sehr zurückhaltend gezeigt, weil er eine so große Inanspruchnahme des Wechsel- und Trassierungskredits für die Zwecke der Prolongation von Börsenengagements nicht für berechtigt hielt. Aus dieser Politik des Frankfurter Platzes erklärt sich auch die Ruhe und Besonnenheit, die derselbe im Jahre 1900 gegenüber dem von Berlin aus eindringenden Verkaufsandrang behielt, und die Aufnahmefähigkeit, die sich an der Frankfurter Börse zeigte. In Berlin scheinen die Engagements für den oben genannten Mühlheimer Spekulanten im wesentlichen bis zum Ende Juni gelöst oder in feste Hände übergegangen zu sein, was deshalb notwendig wurde, weil anscheinend

die Prolongation der Ende Juni fälligen Accepte der ihm nahestehenden Bankengruppe Schwierigkeiten begegnete. Die Erleichterung auf dem Geldmarkte nahm mit dem Ausverkauf an der Börse derart zu, daß man die akute Kreditkrisis, die in dem Reichsbankausweis vom 30. März 1900 in die Erscheinung trat, Ende Juni als überwunden bezeichnen darf. Der Reichsbankausweis vom 23. Juni 1900 zeigte erstmalig ein erheblich geringeres Portefeuille. Die Wechselanlagen blieben hinter denen des Vorjahres um 107 Millionen zurück.

Deutsche Reichsbank. Ausweis vom 23. Juni 1900.

Parallelwoche 1899 Diskont $4^1/_2$%	Kapital 120 Millionen Mk. Reserven 30 „ „ Diskont $5^1/_2$%	23. Juni Mk.	Veränderung gegen Vorwoche 1900
926 642 000	Metallbestand	888 130 000	+ 20 591 000
25 393 000	Reichskassenscheine	25 846 000	— 486 000
10 297 000	Noten anderer Banken	11 120 000	— 4 042 000
861 453 000	Wechselbestand	754 013 000	+ 11 060 000
68 161 000	Lombardforderungen	68 096 000	— 8 208 000
13 082 000	Effekten	7 873 000	— 879 000
62 936 000	Sonstige Aktiva	113 204 000	+ 14 553 000
1 009 761 000	Notenumlauf	1 074 153 000	+ 28 377 000
155 971 000	davon als Notenreserve	144 352 000	— 12 314 000
—	„ in Steuerpflicht	—	—
695 687 000	Täglich fällige Verbindlichkeiten	615 968 000	+ 3 250 000
22 522 000	Sonstige Passiva	28 170 000	+ 6 962 000

Infolgedessen stellte der Reichsbankpräsident auf Grund dieses Ausweises eine Diskontermäßigung für Mitte Juli in Aussicht, die auch am 14. Juli erfolgte. An diesem Tag wurde der Bankdiskont, der seit dem 27. Januar $5^1/_2$% betragen hatte, auf 5% herabgesetzt.

Die eigentliche Börsenkrisis hätte wahrscheinlich bereits damals ihren vorläufigen Abschluß gefunden, wäre nicht die Börse durch politische Besorgnisse infolge des Ausbruches der chinesischen Wirren neuerdings ängstlich geworden. Ein durchgreifender Umschwung in der Beurteilung der Geldverhältnisse an der Börse ist jedoch unverkennbar, denn seit Mitte Juli tritt erstmalig eine lebhaftere Nachfrage nach deutschen Staatsfonds in die Erscheinung. Es notierten am

5. Juli	3% Deutsche Reichsanleihe	86,20%
	4% Ungarn Kronen	90,30%
19. Juli	3% Deutsche Reichsanleihe	$86^1/_4$%
	4% Ungarn Kronen	90,20%

Ultimo Juli	3 % Deutsche Reichsanleihe	85,70 %
	4 % Ungarn Kronen	90½ %
Ultimo August	3 % Deutsche Reichsanleihe	85¾ %
	4 % Ungarn Kronen	90¼ %
Ultimo September	3 % Deutsche Reichsanleihe	85,40 %
	4 % Ungarn Kronen	90,— %
Ultimo Oktober	3 % Deutsche Reichsanleihe	88,— %
	4 % Ungarn Kronen	90,80 %
Ultimo November	3 % Deutsche Reichsanleihe	87,20 %
	4 % Ungarn Kronen	90,80 %
Ultimo Dezember	3 % Deutsche Reichsanleihe	88,— %
	4 % Ungarn Kronen	93½ %

Die Kurse der deutschen Staatsfonds zeigen mithin bereits seit Ende Juni eine bemerkenswerte Stabilität, eine Erhöhung trat allerdings erst im Oktober ein. Wie wenig geklärt jedoch die Geldverhältnisse und die Börsenlage noch Ende September waren, geht daraus hervor, daß das Deutsche Reich in der zweiten Hälfte des September unter Mitwirkung der Reichsbank durch Vermittlung der Diskonto-Gesellschaft, der Norddeutschen Bank und M. M. Warburg & Co. in Hamburg 80 Millionen Mk., 4 %ige Schatzscheine an die Firma Kuhn, Loeb & Co. in New York und die National City Bank begaben.

Die rapiden Preisrückgänge, die sich an der Börse bis in den September hinein in Industrieaktien vollzogen hatten, veranlaßten selbst Provinzbankiers, sich über Treu und Glauben im Verkehr hinwegzusetzen und den Differenzeinwand den Berliner Banken gegenüber zu erheben. Infolgedessen faßte Ende September die Interessenvertretung der Berliner Haute-Banque, der Verein der Berliner Banken und Bankiers, die sog. Stempelvereinigung, den Beschluß, vom 15. Oktober an nur noch mit ins Börsenregister eingetragenen Firmen Zeitgeschäfte abzuschließen. Dieser Beschluß mußte jedoch bald wieder aufgehoben werden, da der Verein der bayrischen Bankfirmen und Bankiers, sowie die Bankiervereine von Dresden, Hannover, Braunschweig und Frankfurt a./M. die Eintragung ins Börsenregister entschieden ablehnten. Nachdem dieser letzte Versuch der Berliner Großbanken, die Provinz gewissermaßen zur Eintragung ins Börsenregister zu zwingen, gescheitert war, ist auch seitdem nicht wieder versucht worden, dem Börsenregister Existenz und Leben einzuflößen.

Eine durchgreifende Erholung an der Börse trat erst im November

ein auf die am 6. November erfolgte Wiederwahl Mac Kinleys zum Präsidenten der Vereinigten Staaten. Die Besserung, welche sich daraufhin im amerikanischen Wirtschaftsleben fühlbar machte, erweckte auch in Deutschland die Hoffnung auf eine Rückwirkung auf die deutsche Industrie; doch erwies sich diese Hoffnung sehr bald als trügerisch. Bei den Spielhagenbanken trat die Krisis ein, die den Pfandbrief-Absatz der Hypothekenbanken lahm legte und indirekt dadurch auch die Bautätigkeit.

§ 3.

Der große Liquidationsprozeß, der sich an der Börse im Jahre 1900 vollzog, kommt auch in den Bankbilanzen deutlich zum Ausdruck, vor allem fast generell in einer starken Abnahme der Reports und der gedeckten Debitoren infolge der großen Verkäufe der auf Bankkredit hin angeschafften Effekten, ferner in einem Rückgange des Gewinnes auf Effekten- und Konsortialkonto. Wenn auch diese beiden Erscheinungen das typische Moment in den Bankbilanzen des Jahres 1900 bilden und in fast allen Bilanzen der Berliner Großbanken wahrnehmbar sind, zeigen doch die Bilanzen im einzelnen sehr große Verschiedenheiten. So ist bei der Deutschen Bank der Gewinn auf Effektenkonto gegen das Vorjahr um 33⅓ %, dagegen bei der Dresdner Bank, der Diskonto-Gesellschaft und dem Schaaffhausenschen Bankverein um 50 % zurückgegangen, bei der Nationalbank auf ¼ und bei der Breslauer Diskontobank sogar auf $^1/_{10}$ der vorjährigen Erträgnisse auf Effektenkonto gesunken. Einen Mehrgewinn auf Effektenkonto erzielte nur die Berliner Handelsgesellschaft, die wohl als erste die kritische Lage der Börse erkannt und schon im März und April 1900 in sehr erheblichem Maße ihre Engagements in Effekten herabgemindert hat. Ob die Zunahme der Reports bei der Berliner Handelsgesellschaft auf eine stärkere Liquidität zurückzuführen ist, läßt sich aus der Bilanz nicht ersehen, da die gedeckten Debitoren abgenommen haben, was vielleicht auf Verschiebungen in der Buchung zurückgeführt werden kann. Im einzelnen sind die Wirkungen der Börsenderoute auf die Banken sehr verschieden gewesen. Ihre Erträgnisse wurden günstig beeinflußt dadurch, daß die Zinssätze besonders in der ersten Hälfte des Jahres 1900 anormal hoch waren und die Gewinne auf Zinsen- und Wechselkonto eine Steigerung erfuhren. Die Steigerung des Gewinnes auf Zinsenkonto glich wenigstens bei einem Teile der Banken den Minderertrag des Effektenkontos aus, und daraus erklärt

sich, daß ein Teil von ihnen dieselbe Dividende wie im Vorjahr verteilen konnte. Daß die Abschreibungen, die im Jahre 1900 auf die Konsortialbeteiligungen gemacht wurden, vielfach zu gering waren, hat sich im Jahre 1901 herausgestellt.

Im einzelnen ist über die Bilanzen der Berliner Banken für das Jahr 1900 folgendes zu bemerken: Bei der Deutschen Bank erfuhren zwar die Umsätze einen geringen Rückgang, das Erträgnis blieb jedoch hinter dem des Vorjahres nicht zurück. Das laufende Geschäft der Bank entwickelte sich weiter. Diese Entwicklung findet ihren Ausdruck namentlich in einer Zunahme der Debitoren und des Wechselbestandes. Die Herabminderung der Kreditgewähr gegen Effektenunterlage tritt in der Abnahme der Reports deutlich in die Erscheinung. Das Gesamterträgnis hielt sich auf der Höhe des Vorjahres. Bei der Diskonto-Gesellschaft nahmen die Gewinne auf Effekten- und Konsortialkonto so stark ab, daß trotz der Zunahme des regulären Geschäftes das Erträgnis gegen das Vorjahr zurückblieb und die Dividende von 10% auf 9% ermäßigt werden mußte. In der Bilanz der Dresdner Bank ist die Beeinträchtigung des Institutes durch die Börsenpanik sehr stark wahrnehmbar, da die Bank, wie wir schon an anderer Stelle hervorgehoben haben, das börsenmäßige Spekulationsgeschäft besonders stark kultiviert. Bei ihr sind die Anlagen in Reports auf 1/8 der vorhergehenden Höhe gesunken, wohingegen allerdings die gedeckten Debitoren eine starke Zunahme zeigen. Bei ihr nahmen nicht nur die Gewinne auf Effekten- und Konsortialkonto erheblich ab, sondern es erwiesen sich auch große Abschreibungen auf Kontokorrentkonto als erforderlich. Besonders ins Auge fällt die Verschlechterung der Liquidität und die Abnahme der Anlagen in Reports um ca. 40 Millionen Mk. und eine fast gleich hohe Zunahme der Debitoren. Es müssen hier Verschiebungen in der Buchung stattgefunden haben, deren Gründe im Geschäftsbericht nicht erläutert sind. Bei der Berliner Handelsgesellschaft ging der Gewinn noch über den des Vorjahres hinaus, doch nahm die Bank auf Effekten- und Konsortialkonto eine Extraabschreibung von 2200000 Mk. vor. Die Bilanz der Darmstädter Bank zeigt den typischen Rückgang der Gewinne auf Effektenkonto und eine bedeutende Herabminderung des Erträgnisses aus den Kommanditen. Beim Schaaffhausenschen Bankverein zeigt die Steigerung der Debitoren um etwa 35 Millionen Mk. und die damit im Zusammenhang stehende Steigerung des Acceptumlaufs um 20 Millionen Mk. die großen Kreditbedürfnisse der Industrie,

hervorgerufen durch die stark erhöhten Lagerbestände bei den Werken und den Händlern. Die Nationalbank für Deutschland erfuhr durch die kritischen Börsenverhältnisse nicht nur erhebliche Ausfälle an ihren Außenständen, sondern auch eine bedeutende Schmälerung ihrer Gewinne auf Provisionskonto. Besonders hart wurde sie aber dadurch betroffen, daß sie ihre Konsortialgeschäfte, in denen sie sich sehr stark engagiert hatte, nicht abwickeln konnte und infolgedessen ihre Einzahlungen auf Konsortialgeschäfte sich vermehrten und ihre Liquidität sich verschlechterte. Die Berliner Bank hat bereits für das Jahr 1900 auf Effekten- und Konsortialkonto einen Verlust zu verzeichnen, ihr Status ist am Jahresende sehr angespannt, bei einem Rückgang des Effekten-Reportkontos von 15,3 auf 4,8 Millionen Mk. sind die Debitoren von 54,9 auf 68,5 Millionen Mk. und die Acceptverbindlichkeiten von 21,8 auf 27,8 Millionen Mk. und die Kreditoren von 48,4 auf 50,4 Millionen Mk. angewachsen. In der Bilanz der Deutschen Genossenschaftsbank, auf deren Undurchsichtigkeit wir schon früher hingewiesen haben, spielen eine hervorragende Rolle die Beteiligungen bei den Akkumulatorenwerken „Watt" und der Bergwerksunternehmung „Kyffhäuser", auf welche die Bank eine Abschreibung von 300 000 Mk. vornahm. Sie glaubte, zu der Annahme berechtigt zu sein, daß nach Vornahme dieser Abschreibung beide Beteiligungen mit einem Betrage zu Buch stehen, der ihren tatsächlichen Werten entspricht. Hierin hat sich die Bank jedoch, wie wir später sehen werden, gründlich getäuscht.

§ 4.

Während im Jahre 1900 nur von einer Börsenkrisis und einer Verschlechterung der industriellen Lage in Deutschland durch größere Abhängigkeit vom Auslande gesprochen werden kann, verschärfte sich die Krisis im Jahre 1901 zu einer akuten Kreditkrisis. Hervorgerufen wurde sie durch den Zusammenbruch der Spielhagenbanken und der Pommerschen Hypothekenbank, namentlich aber durch den Zusammenbruch der Kreditanstalt für Handel und Gewerbe in Dresden infolge des Konkurses der Elektrizitätswerke Kummer in Dresden. Der akute Charakter der Kreditkrisis kommt deutlich darin zum Ausdruck, daß sie eintrat zu einer Zeit, als die Lage des deutschen Geldmarktes sich gegen das Jahr 1900 bereits erheblich gebessert hatte und einen fast normalen Charakter aufwies. Die Deutsche Reichsbank hatte schon am 26. Februar ihren Diskont auf $4^1/_2$, am 22. April

auf 4 und am 17. Juni, kurz nach dem Zusammenbruch der Dresdner Kreditanstalt (am 13. Juni) auf $3\frac{1}{2}$ % ermäßigt. Als jedoch dem Zusammenbruch der letzteren rasch die Zahlungseinstellung der Leipziger Bank folgte, wurde das Publikum sowohl wie die Haute-Finance mißtrauisch. Das Mißtrauen des Publikums äußerte sich darin, daß es den Banken, namentlich den jüngeren und den in intimen Beziehungen zu Sachsen stehenden, Depositengelder entzog, das der Haute-Finance darin, daß sie die Accepte dieser Banken entweder gar nicht mehr nahm oder nur nicht unwesentlich über dem Privatdiskont. Die Gestaltung des Privatdiskonts nahm infolgedessen, namentlich in Berlin, einen ganz anormalen Charakter an, er bedeutete nicht mehr den Zinssatz, zu dem die großen Banken und Privatbankfirmen ihre Accepte anbringen konnten, sondern den Satz, zu dem nur noch einige wenige Firmen, deren Bonität selbst in der Zeit des größten Mißtrauens über jeden Zweifel erhaben war, diskontieren konnten. Aus dieser Tatsache erklärt sich zweierlei: einmal der Rückgang des Privatdiskonts in der Zeit der akuten Kreditkrisis, ferner aber die Tatsache, daß entgegen dem normalen Zustand der Privatdiskont in Berlin erheblich niedriger als in Frankfurt war. Der Privatdiskont notierte in Berlin:

am 23. Mai	3,38 %
„ 6. Juni	3,25 %
„ 13. Juni	3,25 %
„ 20. Juni	2,88 %
„ 27. Juni	2,63 %
„ 3. Juli	3,00 %
„ 10. Juli	3,00 %
„ 17. Juli	2,75 %
„ 24. Juli	2,63 %
„ 1. August	2,25 %
„ 8. August	2,25 %[1]

Die Spannung zwischen dem Berliner und dem Frankfurter Privatdiskont erhellt aus folgender Tabelle. Es notierte der Privatdiskont:

1901	in Berlin	in Frankfurt	Differenz
am 16. Juli	$2\frac{7}{8}$ %	$3\frac{3}{16}$ %	$\frac{5}{16}$ %
„ 17. Juli	$2\frac{3}{4}$ %	$3\frac{1}{8}$ %	$\frac{3}{8}$ %

[1] Cfr. Weill l. c. S. 18/19.

1901	in Berlin	in Frankfurt	Differenz
am 23. Juli	$2^{5}/_{8}$ %	$2^{13}/_{16}$ %	$^{3}/_{16}$ %
„ 1. August	$2^{1}/_{4}$ %	$2^{13}/_{16}$ %	$^{9}/_{16}$ %
„ 5. August	$2^{1}/_{8}$ %	$2^{1}/_{2}$ %	$^{3}/_{8}$ % [1]

Infolge der Zurückhaltung, welche die großen Geldgeber in der Diskontierung von Bankaccepten übten, gerieten die Banken, welchen Depositen entzogen wurden, in eine doppelt schwierige Lage. Auf einer Seite stellte das Publikum große Anforderungen an ihre Kassen und nahm ihre flüssigen Mittel stark in Anspruch, auf der anderen Seite war ihnen die Beschaffung von Geldern durch Begebung von Accepten sehr erschwert. Als einziger Ausweg blieb ihnen die Versilberung ihres Wechselportefeuilles durch Diskontierung derselben bei der Reichsbank. Die letztere bewies ihnen darin ein Entgegenkommen, das nicht genug anerkannt werden kann. Sie faßte ihre Aufgabe richtig in dem Sinne auf, wie Marcel Godet („Das Problem der Zentralisation des schweizerischen Banknotenwesens" S. 78) die Aufgabe der Zentralnotenbanken heute aufgefaßt wissen will. „Die spezifische Rolle einer Zentralnotenbank ist nicht auf demselben Gebiet wie die anderen Banken zu arbeiten, als Vermittler zwischen dem kapitalbietenden und kapitalbegehrenden Publikum zu dienen, sondern als Vermittler zwischen den Banken selbst, als verbindendes und leitendes Organ im Bankwesen zu fungieren und nicht neben den übrigen Instituten als ihr Konkurrent aufzutreten, sondern mitten unter ihnen denselben als Rückhalt zu dienen . . . Die Tendenz einer Zentralnotenbank im Prozeß der Arbeitsteilung geht dahin, sich immer ausschließlicher zu einer Bank der Banken auszubilden."

Die akute Kreditkrisis dauerte in Berlin bis gegen Mitte Oktober, bis in diese Zeit hinein dauerten auch wohl die Geldentziehungen des Publikums, die namentlich die Berliner Bank, die Breslauer Diskontobank, die Nationalbank für Deutschland und die Dresdner Bank trafen. Die Krisis wurde wesentlich abgeschwächt und verkürzt dadurch, daß dank umfangreicher Interventionen der Großbanken, namentlich der Deutschen Bank, die Börse ruhige und besonnene Haltung bewahrte und selbst am Tage des Zusammenbruches der Leipziger Bank zwar größere Kursrückgänge von 5—10 % in den leitenden Werten eintraten, aber keineswegs eine panikartige Stimmung. Neben den Interventionen an der Börse trugen die Interventionen der Haute-

[1] Cfr. Weill l. c. S. 63/64.

Banque gegenüber den ihnen befreundeten Industrie- und Handelsfirmen wesentlich dazu bei, die Kreditkrisis verhältnismäßig rasch zu überwinden. Schwache Häuser wurden, soweit sie auf solider Grundlage beruhten, gestützt, durch Gewährung von Darlehen oder Krediten oder Zahlungsstundung.

Die jüngeren Banken, namentlich die Berliner Bank und die Breslauer Diskontobank, konnten naturgemäß infolge der Entziehung der fremden Gelder nicht eine so loyale Politik ihren Kunden gegenüber treiben wie die Deutsche Bank oder die Diskonto-Gesellschaft, denen die bei den Mittelbanken entnommenen Depositen zuflossen; sie waren vielmehr genötigt, in erster Linie auf ihre Liquidität bedacht zu sein und infolgedessen vielfach gezwungen, gewährte Kredite zu kündigen oder herabzumindern.

Infolgedessen zeigen die Bilanzen der Berliner Banken für das Jahr 1901 ein sehr uneinheitliches Gepräge: bei den ersteren Banken, namentlich bei der Deutschen Bank, in geringerem Maße auch bei der Diskonto-Gesellschaft, einen erheblichen Zuwachs des Geschäftsumfanges und eine Steigerung der Depositen und der fremden Gelder überhaupt, bei den jüngeren Banken dagegen eine sehr bedeutende Schmälerung der fremden Gelder und infolgedessen eine Abnahme des Wechselbestandes und des ganzen Geschäftsumfanges.

Bei der Deutschen Bank erhöhten sich im Jahre 1901 die Depositengelder von 190,8 Millionen Mk. Ultimo 1900 auf 214,5, die Kontokorrentkreditoren von 340,3 auf 415,7 Millionen Mk. und entsprechend der Steigerung der fremden Gelder der Wechselbestand von 299,6 auf 344,7 Millionen Mk., die Debitoren von 285 auf 295 Millionen Mk. Bei der Diskonto-Gesellschaft vermehrten sich die Depositen von 47,9 auf 75, die Kreditoren in laufenden Rechnungen von 132,8 auf 148,8 Millionen Mk., der Wechselbestand von 100 auf 104 und die Debitoren von 181 auf 196 Millionen Mk. Die Acceptverbindlichkeiten blieben bei beiden Banken fast unverändert.

Bei der Dresdner Bank dagegen erfuhren die Depositen eine Verminderung von 94,5 auf 77,5, die Kontokreditoren von 188 auf 152 und die Acceptverbindlichkeiten von 131 auf 102,7 Millionen Mk. Demgemäß ging der Wechselbestand von 150 auf 109 Millionen Mk. zurück, und die Debitoren erfuhren eine Einschränkung von 281 auf 208 Millionen Mk. Ähnlich ist die Bewegung dieser Konten bei der Nationalbank, der Berliner Bank und der Breslauer Diskontobank.

Eine Zunahme des Geschäftsumfanges im Jahre 1901 hat von den übrigen Banken namentlich noch die Berliner Handelsgesellschaft zu verzeichnen. Bei ihr haben die Kreditoren von 73,3 auf 92,2, die Accepte von 55,7 auf 61,9, der Wechselbestand von 52 auf 56,3 und die Debitoren von 102 auf 125,7 Millionen Mk. zugenommen. Auch die Darmstädter Bank und die Mitteldeutsche Kreditbank haben, allerdings in sehr geringem Maße, aus dem Mißtrauen, das den genannten Banken entgegengebracht wurde, Nutzen gezogen. Beim Schaaffhausenschen Bankverein sind wohl infolge der teilweise bereits etwas herabgeminderten Kreditbedürfnisse der Industrie die Kreditoren von 111 auf 92,6, die Accepte von 60 auf 57,5 und die Debitoren von 161 auf 136 Millionen Mk. zurückgegangen.

Die Kreditbedürfnisse der Industrie dürften Ende des Jahres im wesentlichen noch nicht geringer gewesen sein als Ultimo Dezember 1900, in der elektrischen Industrie waren sie niedriger, in der Eisenindustrie dagegen vielfach höher. Es betrugen die Kreditoren (in Millionen Mark) Ende Dezember bei folgenden Elektrizitätsgesellschaften:

	1899	1900	1901	1902
Schuckert (?) . . .	14,7	24,7	27,9	18,2
Siemens & Halske.	15,2	12,98	16,4	14,4
Helios	7,2	9,9	9,8	9,1

und bei folgenden Hüttenwerken:

	1899	1900	1901	1902
Hörder . .	3,8	6,3	8,5	7,9
Huldschinsky.	0,6	1,6	3,3	3,8
Phönix . .	9	11,5	14,9	12,5
Hasper . .	1,2	1,3	2,6	1,9
Rombacher .	4,4	6,6	7,7	5,5

Es ist naturgemäß, daß die Banken, denen in großem Umfang fremde Gelder entzogen und die dadurch gezwungen wurden, sich à tout prix Geld zu machen, hierdurch auch in ihren Erträgnissen stark beeinflußt wurden. Die Banken dagegen, denen fremde Gelder zuflossen, zogen hieraus nicht den Nutzen wie in normalen Zeiten, weil sie im Jahre 1901 großen Wert darauf legen mußten, diese Gelder möglichst liquid anzulegen, da leicht auch gegen sie Mißtrauen hätte gesät werden können. Neben dem letzteren Moment veranlaßte sie dazu

wohl aber auch die Sorge für ihre zukünftige Entwicklung, die von der Beurteilung ihrer Bilanz pro 1901 nicht unwesentlich abhängig war.

Die Bilanzen der Berliner Großbanken für das Jahr 1901 zeichnen sich außer durch die bereits hervorgehobenen Momente sämtlich durch eine über das sonst beliebte Maß weit hinausgehende Spezifikation und Ausführlichkeit aus. Die Kritik der Fachpresse mußte erst durch das Mißtrauen des Publikums unterstützt werden, um viele unserer Banken zu klaren und vollständigen Bilanzen zu veranlassen. In besonders hohem Maße gilt auch dies wieder von den jüngeren Banken, während bedauerlicherweise einige der Großbanken, namentlich die Diskonto-Gesellschaft, es sogar im Jahre 1901 in ihren Bilanzen an Vollständigkeit und Klarheit fehlen lassen. Sicherlich ist jedoch wohl allgemein im Jahre 1901 bei den Banken sehr vorsichtig bilanziert worden, nicht so sehr vielleicht aus freien Stücken als der Not gehorchend, um den Privatdiskonteuren ein Urteil über die wahre Lage der Bank zu ermöglichen und das Accept wieder börsengängig zu machen.

Die Bilanzen der Deutschen Bank und der Diskonto-Gesellschaft für das Jahr 1901 bedürfen keiner weiteren Besprechung; ihre Erträgnisse blieben stabil, das der Diskonto-Gesellschaft wurde durch einen Verlust von ca. 1/2 Million Mk. bei der Aktiengesellschaft Terlinden in Oberhausen beeinträchtigt.

Bei der Dresdner Bank ging infolge der Einengung des Geschäfts der Gewinn auf allen Konten zurück: auf Zinsenkonto von 6,9 auf 5,7, auf Wechselkonto von 5,8 auf 4,8 und auf Provisionskonto von 5,5 auf 5 Millionen Mk. Auf Effekten- und Konsortialkonto wurden 3 Millionen Mk. abgeschrieben, so daß dasselbe einen Verlust von 348 327 Mk. ergab, gegenüber einem Gewinn von 910 223 Mk. im Jahre 1900. Außerdem wurde aus dem Jahresgewinn auf Effektenkonto eine Extra-Abschreibung von 2 400 000 Mk. vorgenommen, und der Reingewinn ging infolgedessen von 14 auf 9,8 Millionen Mk. und die Dividende von 8 auf 4 % zurück. Aus dem Geschäftsbericht der Bank verdient folgender Passus der Erwähnung: „Der zufällige Umstand, daß die Krisis ihren Ausgang vom Königreich Sachsen genommen, ließ die teilweise auch geflissentlich genährte, aber durch nichts gerechtfertigte Auffassung entstehen, als ob gerade in diesem Teile des Deutschen Reiches die Industrie sich in besonders gefährlicher Lage befunden hätte. In diesem Zusammenhange wurde unser ursprünglich sächsisches, einen sächsischen Namen tragendes In-

stitut der Gegenstand unerhörter Anfeindungen und Angriffe, obwohl von unserem weitverzweigten Geschäftsbetriebe nur etwa der achte Teil auf unsere sächsischen Niederlassungen entfällt."

Die Nationalbank für Deutschland mußte auf ihre Forderung an die Leipziger Bank 700000 Mk. und auf sonstige Debitoren weitere 462939 Mk. abschreiben. Außerdem war sie zu großen Abschreibungen auf ihre Engagements bei der Allgemeinen Deutschen Kleinbahngesellschaft genötigt. Ihr Engagement bei dieser Gesellschaft und der mit ihr liierten Schlesischen Kleinbahngesellschaft muß sehr groß gewesen sein, denn es betrug Ende 1901 vor der Abschreibung von 1 Million Mk. noch über 5 Millionen Mk., also fast den zehnten Teil des Aktienkapitals der Bank. Auf ihre übrigen Konsortialbeteiligungen schrieb die Bank 1800000 Mk. ab, so daß ihre Abschreibungen insgesamt sich auf 3962939 Mk. beliefen. Da der Bruttogewinn der Bank nur 5322797 Mk. betrug und davon neben obigen Abschreibungen für Unkosten und Steuern noch 1793520 Mk. abgingen, so ergab sich in Wahrheit eine Unterbilanz. Die Bank zog jedoch zur Tilgung derselben ihre außerordentlichen Reserven im Betrage von 2500000 Mk. heran und verteilte daraus noch 3 % Dividende.

Der Schaaffhausensche Bankverein wurde durch einen größeren Verlust bei der Kammgarnspinnerei Eitorf, Karl Schäfer & Co. und seiner Kommandite, Hamburger & Co. in Kattowitz, betroffen. Infolgedessen und größerer Rückstellungen auf Effekten- und Konsortialkonto ging die Dividende von 7½ auf 5% zurück.

Die Berliner Handelsgesellschaft war mit den im Jahre 1901 in Zahlungsstockung geratenen Firmen nicht liiert, trotzdem wurde sie von dem Konkurs der Reederei vereinigter Schiffer in Breslau in Mitleidenschaft gezogen, da die von ihr beliehenen Verladungsdokumente sich als von der Direktion der Breslauer Reederei gefälscht herausstellten. Die vorsichtige Bilanzpolitik der Bank findet ihren Ausdruck in einer Abschreibung von 2 Millionen Mk. auf Effektenkonto, anscheinend namentlich auf das Engagement bei der von der Bank gegründeten Deutschen Niles-Werkzeugmaschinenfabrik.

Die Darmstädter Bank erlitt zwei größere Ausfälle im Kontokorrent, einmal durch die Wechselfälschungen von Gerhard Terlinden, dem ein Diskontkredit eingeräumt war, ferner aber durch ein der Firma Haas & Deutsch in Budapest gewährtes langfristiges Darlehen, dessen Unterlage sich als minderwertig erwies. Sie mußte daher auf Kontokorrentkonto etwa 800000 Mk. abschreiben.

Die Breslauer Diskontobank wurde durch die Krisis des Jahres 1901 so stark mitgenommen, daß sie den Beschluß faßte, die Berliner Niederlassung zu liquidiren. Dieselbe ging, wie früher erwähnt, an die Darmstädter Bank über. In dem Bericht der Breslauer Diskontobank für 1901 wird die Schuld an dem Verfall der Bank den seit Errichtung der Berliner Niederlassung in rascher Folge stattgehabten Kapitalserhöhungen und der Beteiligung der Berliner Filiale an industriellen Unternehmungen durch Aktienübernahme und Gewährung von Krediten zurückgeführt. Die Kreditoren der Bank gingen von 70,7 auf 23 Millionen Mk. zurück, die Accepte von 21,5 auf 14, der Bestand an Wechseln von 32 auf 15,4 Millionen Mk. Die Bank löste ihre Warenabteilung in Berlin mit einem Verlust von 561 000 Mk. und ihre Depositenstube in der Kommandantenstraße mit einem solchen von 91 000 Mk. auf und mußte auf Effekten- und Konsortialkonto 4 Mill. Mk. und auf Kontokorrent- und Wechselkonto 3 Millionen Mk. abschreiben. Hiervon entnahm sie 4 115 000 Mk. dem gesetzlichen, 900 000 Mk. dem allgemeinen Reservefonds und 400 000 Mk. der Baureserve.

Auch die Berliner Bank wurde, wenn auch bei weitem nicht so sehr wie die Breslauer Diskontobank, in ihrer Geschäftstätigkeit sehr beeinträchtigt. Ihre Kreditoren gingen von 27,8 auf 13, ihre Accepte von 48,4 auf 27,3, ihre Debitoren von 68,4 auf 40,3 Millionen Mk. zurück. Infolge notwendiger großer Abschreibungen auf Effekten- und Konsortialkonto erfuhr die Dividende eine Ermäßigung von 5 auf 2 %.

Die Deutsche Genossenschaftsbank hat eine von den anderen Berliner Großbanken abweichende Praxis befolgt, insofern als sie mit radikalen Abschreibungen nicht in ihrer Bilanz per 31. Dezember 1901, sondern erst in einer besonderen Semestralbilanz per 30. Juni 1902 vorgegangen ist. Der Grund dafür ist um so unerfindlicher, als die in der Bilanz per 31. Dezember 1901 namhaft gemachten Beteiligungen der Bank damals schon ihrem wahren Wert oder richtiger Unwert nach nicht unbekannt sein konnten. Sind es doch fast sämtlich Beteiligungen an Unternehmungen, deren Not und Verfall schon damals offenkundig war oder dem offenkundig sein mußte, der an den Kritiken der Fachpresse nicht ganz blind vorübergegangen war. Es werden nämlich in dem Bericht für 1901 aufgeführt:

396 000 Mk. 5 % und 4½ %ige Obligationen der Elektrizitätsgesellschaft Helios in Köln.

38 000 Mk. 5 % Obligationen der Aktiengesellschaft Elektrizitätswerke vorm. O. L. Kummer & Co. in Dresden.
210 000 Mk. Aktien der Aktiengesellschaft für Elektrizitätsanlagen in Köln.
51 000 Mk. Aktien der Schlesischen Kleinbahngesellschaft.
563 000 Mk. Aktien der Würzburger Straßenbahn.
110 000 Mk. Aktien der Elektrizitätsgesellschaft Helios in Köln.

Über die beiden Beteiligungen, auf die bereits im Jahre 1900 Abschreibungen gemacht werden mußten, bei der Gewerkschaft Kyffhäuser und den Watt-Akkumulatorenwerken, wird folgendes nur erwähnt: „Die Beteiligung bei Kyffhäuser ist mit 340 000 Mk. (?) bewertet. Wir hoffen, daß die Realisation dieser Beteiligung, die bisher nicht möglich war, sich beim Eintritt besserer Verhältnisse durchführen lassen wird. Den Betrag, mit welchem die Aktien der Watt-Akkumulatorenwerke zu Buch stehen, haben wir abgeschrieben. Bei dieser Gesellschaft ist eine Reorganisation beschlossen worden, die durch Zusammenlegung der Aktien und Zuzahlung seitens der Aktionäre herbeigeführt werden soll, und dadurch würde (?) die Gesellschaft unter Abstoßung der schwebenden Schulden die Grundlage zur Weiterentwicklung erhalten."

In der Semestralbilanz per 30. Juni 1902 werden über diese beiden Beteiligungen folgende Aufklärungen gegeben:

Die Beteiligung bei der Gewerkschaft Kyffhäuser setzt sich zusammen

1. aus einer Forderung an die Gewerkschaft im Betrage von . . . . 481 000 Mk.
2. aus einer Forderung an das Konsortium der Kuxbesitzer nach Abzug eines durch besondere Garantie gesicherten Betrages von . . . . 280 000 „
3. aus unserer Beteiligung an diesem Konsortium von 340 000 „

Es ist nicht zu verstehen, wie sich diese Angaben zusammenreimen mit der Angabe des Berichts pro 1901, wonach die Beteiligung an der Gewerkschaft Kyffhäuser mit 340 000 Mk. bewertet ist. Ist etwa eine Forderung an die Gewerkschaft und an das Konsortium der Kuxbesitzer im Jahre 1901 keine Beteiligung gewesen? In Wahrheit betrug also die Beteiligung Ultimo 1901 nicht 340 000 Mk., sondern mehr als 1 Million Mk. Charakteristisch für den Geschäftsbetrieb der Deutschen Genossenschaftsbank ist die Tatsache, daß sie nicht bevor sie

die großen Summen in die Gewerkschaft steckte, sondern erst nachher ein bergtechnisches Gutachten eingezogen hat.

Über die Beteiligung an den Watt-Akkumulatorenwerken wird gesagt, daß sie ursprünglich in einem Aktienbesitze von 461 000 Mk. bestand, der abgeschrieben ist. „Daneben war aber der Gesellschaft ein Kredit eingeräumt, welcher schließlich eine bedeutende Höhe erreichte, so daß die Forderung gegenwärtig mit ca. 1 500 000 Mk. zu Buche steht. Hiervon sind 500 000 Mk. durch eine Kautionshypothek gesichert." Auf diese Forderung mußte die Bank 1 Million Mk. abschreiben.

Ganz neu taucht in der Bilanz per 30. Juni 1902 die Spiritus-Glühlichtgesellschaft F. Schuchhardt & Co., G. m. b. H., auf. „Die Bank hatte bei dieser Gesellschaft nur eine Beteiligung von 10 000 Mk., ihr aber einen nicht unerheblichen Kredit eingeräumt. Eine jetzt vorgenommene Revision ergab, daß bei derselben unter den Augen des Vorsitzenden geradezu eine Mißwirtschaft geherrscht hat. Die Gesellschaft arbeitete seit Jahren mit einer Unterbilanz, welche das ganze Gesellschaftskapital absorbiert hat. Generalversammlungen und Aufsichtsratssitzungen sind in den letzten Jahren nicht gehalten werden, die Bilanzen für 1900 und 1901 nicht abgeschlossen und nicht genehmigt. . . . . . Es erscheint geraten, von der Forderung der Bank einen Betrag von 300 000 Mk. in Reserve zu stellen. Der verbleibende Rest von 90 000 Mk. kann als sicher gelten."

Daß die Bilanz dieser Gesellschaft pro 1900 nicht abgeschlossen und nicht genehmigt war, scheint also die Bank im Jahre 1902 gemerkt zu haben, bis zu diesem Zeitraum scheint sie es trotz des der Gesellschaft gewährten Blankokredits nicht für nötig befunden zu haben, ihre Bilanzen einzufordern und einzusehen.

Außer diesen Abschreibungen werden auf Debitoren solche in Höhe von 250 000 Mk. und auf Effekten von 920 000 Mk. für nötig erachtet.

Die genaue Spezifikation der Effektenbestände, die in der Semestralbilanz gegeben wird, beweist, was wir schon früher hervorgehoben haben, daß die Bank ihr Risiko bei weitem nicht genügend verteilt hat und in einzelnen Werten viel zu stark engagiert war.

Das Merkwürdigste in der Semestralbilanz der Genossenschaftsbank besteht aber darin, daß die Direktion resp. die Geschäftsinhaber versuchen, die Schuld für die gemachten Fehler von sich abzuwälzen und dafür nur einen Geschäftsinhaber verantwortlich zu machen. Aber

selbst hierin ist der Bericht nicht konsequent, denn die Direktion stellt sich selbst ein Zeugnis aus mit folgenden Worten: „Als wir die in Frage kommenden Geschäfte einer erneuten Prüfung unterzogen, stellte es sich heraus, daß wir bei der bisherigen Wertschätzung und bei Beurteilung mehrerer Konten großenteils von unrichtigen und unzutreffenden Voraussetzungen ausgegangen sind."

Die Bank entschloß sich infolge der großen Verluste, das Konsortial- und Beteiligungsgeschäft einzuschränken und ihr Aktienkapital von 36 auf 30 Millionen Mk. zu reduzieren.

§ 5.

Die Entwicklung der Berliner Großbanken im Jahre 1902 bedarf keiner eingehenderen Betrachtung. Die wichtigsten Momente ihrer Weiterentfaltung sind bereits im Zusammenhang dargestellt, und es braucht hier nur betont zu werden, daß die allerdings langsame, aber stetige Gesundung, die das deutsche Wirtschaftsleben im Jahre 1902 charakterisiert, auch auf unsere Banken sich erstreckte. Wie jede Krisis, so hat auch die letzte die Macht der Großbanken wieder gestärkt, während die kleineren und mittleren Banken sich nur langsam von den Schlägen, die sie getroffen, erholen konnten und der Konkurrenzkampf mit der Haute-Banque für sie noch viel schwerer geworden ist. Bezüglich der ziffernmäßigen Resultate der Banken im Jahre 1902 kann auf das Tabellenwerk verwiesen werden.

Siebenter Abschnitt.

Schlußbetrachtung.

Die Darstellung des Entwicklungsganges der Berliner Großbanken in der aufsteigenden Konjunktur, vor, in und nach der Krisis lehrt vor allem, daß man sich bei der Beurteilung der Tätigkeit unserer Banken vor Verallgemeinerungen hüten muß, daß es nicht angängig ist, von einer generell gleichen Einwirkung unserer Banken auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zu sprechen, sondern daß man bestrebt sein muß, diese Frage nicht für die Banken insgesamt, sondern für jede Bank einzeln zu betrachten und zu prüfen; denn jede Kreditbank stellt, mag sie auch mit den andern Kreditbanken noch so viel Wesensgleichheit haben, schließlich doch eine Individualität für sich dar, die als solche abhängig ist von der Persönlichkeit oder den Persönlichkeiten, welche sie leiten. Im allgemeinen läßt sich nur so viel feststellen, daß die

Tätigkeit der jüngeren Kreditbanken weniger günstig zu beurteilen ist als die der älteren, insbesondere deshalb, weil die ersteren in einem zu ungestümen Drange des Vorwärtsstrebens zu schnell von Mittelbanken zu Großbanken aufsteigen wollten und infolgedessen die Gefahren, welche brach liegende Kapitalien immer mit sich bringen, für sie in besonders hohem Maße heraufbeschworen wurden.

Will man von den Fehlern sprechen, die namentlich die jüngeren Banken gemacht haben, so kommt hier in erster Linie in Betracht die zu schnelle Vermehrung der Aktienkapitalien, die nicht durch die Erfordernisse des regulären Bankgeschäfts bedingt wurde, sondern durch die Gunst der Börsenverhältnisse, welche die Unterbringung neuer Aktien leicht zu machen schienen, hervorgerufen war, ohne daß die Banken vor Erhalt des neuen Kapitals bereits Verwendung dafür hatten. Es ist daher kein Wunder, daß die Banken, wie die Berliner Bank und die Breslauer Diskontobank, die in einem Zeitraum von 6 Jahren ihr Aktienkapital verfünft- und verzehnfacht haben, in besonders starkem Maße sich auf gewagte und privatwirtschaftlich wie volkswirtschaftlich ungesunde Geschäfte einließen, die lediglich dem Zwecke dienten, Verwendung für das so schnell vermehrte Kapital zu schaffen. Es ist aber auch nur natürlich, daß sie von der Krisis in besonders hohem Maße in Mitleidenschaft gezogen wurden, nicht nur in ihren Erträgnissen, sondern auch in ihrem ganzen geschäftlichen Wirkungskreise und besonders in dem Vertrauen des Publikums.

Neben der zu schnellen Vermehrung der Aktienkapitalien ist als zweiter Fehler zu nennen: die nicht genügende Verteilung des Risikos. Gerade im Bankgeschäft muß weitgehende Verteilung des Risikos eines der leitenden Geschäftsprinzipien sein, nicht nur im Interesse der Sicherheit, sondern auch im Interesse einer stabilen Rentabilität. Das Prinzip der Verteilung des Risikos muß sich erstrecken auf das persönliche Risiko sowohl wie auch auf das sachliche. Das persönliche Risiko muß zunächst dadurch geteilt werden, daß nicht ein Direktor allein die Geschäfte der Bank führen kann, sondern beschränkt ist durch eine kollegiale Vertretungsbefugnis anderer Direktoren. Neben dieser subjektiven Verteilung des persönlichen Risikos muß eine objektive Teilung einhergehen, die sich namentlich zu erstrecken hat auf die aktiven Kreditgeschäfte der Bank. Die Gewährung von Krediten seitens der Banken muß verteilt werden auf eine möglichst große Anzahl von kleinen Schuldnern. Kleine und große Schuldner in diesem Zusammenhang sind natürlich

nur relative Begriffe. Über das Maß von kleinen und großen Debitoren hat stets in erster Linie zu entscheiden die Höhe des eigenen Kapitals der Bank und die Qualität des Schuldners.

Die Verteilung des sachlichen Risikos muß in erster Linie zur Geltung kommen in der Auswahl der Werte und der Unternehmungen, in denen die Bank ihr Kapital anlegt, also in ihrer Anlage in Effekten und ihrer Beteiligung an Konsortialgeschäften. Die Verteilung des Risikos muß um so weitgehender sein, je unsicherer und riskanter das Geschäft oder das Effekt an sich ist und je mehr sich die Beurteilung des inneren Wertes der genauen Prüfung der Bank entzieht. Geschäfte, die außerhalb des normalen Wirkungskreises der Bank oder ihrer Filialen liegen, insbesondere Geschäfte in überseeischen Ländern, Geschäfte in Ländern, die erst der Kultur erschlossen werden sollen, sind anders zu beurteilen als Unternehmungen, die im örtlichen Machtbereich der Bank liegen und einer dauernden Kontrolle und Überwachung seitens der Bank zugänglich sind.

Die Verteilung des Risikos muß ihren Ausdruck darin finden, daß die Bank sich nicht ausschließlich in Geschäften eines einzigen oder einiger weniger Branchen engagiert, sondern ihre Geschäfte auf verschiedene Branchen verteilt. Nur dadurch kann die Bank sich gewissermaßen eine Selbstversicherung schaffen und so im höchsten Maße der Aufgabe, die der Handel und die Industrie überhaupt hat, der Versicherung für Konsumenten und Produzenten, gerecht werden.

Neben dieser persönlichen und sachlichen Verteilung des Risikos ist notwendig eine Verteilung des Risikos nach Raum und Zeit. Das Risiko muß örtlich verteilt werden, damit lokale Erschütterungen die Bank nicht gefährden und nicht lahm legen und lokale Verluste ausgeglichen werden können durch Verdienste an andern Stellen. Am schwierigsten, zugleich aber am unentbehrlichsten ist für die Bank die zeitliche Verteilung des Risikos, die ihren Ausdruck finden muß in einer weisen Mäßigung in der Kreditgewähr und der Eingehung von neuen Geschäften zu Zeiten des wirtschaftlichen Überschwangs und anderseits in einem Entgegenkommen in der Kreditgewähr und einer Hebung der Unternehmungslust zu Zeiten des Pessimismus und der Depression. Am schwierigsten ist diese Verteilung deshalb, weil Bankdirektoren auch nur Menschen sind und sich daher naturgemäß den allgemeinen Stimmungen und Strömungen nicht entziehen können. Nur zu häufig werden sie zu Zeiten der Blüte von den Wellen des Optimismus mit fortgerissen, und nur wenige

wissen sich in solchen Zeiten Ruhe und Mäßigung zu wahren. Der Satz, daß in schlechten Zeiten der Käufer doppelte Brillen aufsetzt, sollte für einen Bankdirektor gerade in umgekehrtem Sinne angewandt werden, in dem Sinne nämlich, daß er in guten Zeiten nicht nur das, was er kauft, durch doppelte Brillen prüft, sondern auch die Unterlagen, gegen die er Kredit gibt. Dagegen sollte er in schlechten Zeiten weniger skeptisch an neue Geschäfte herantreten und in der Gewährung von Krediten freigiebiger sein als in guten Zeiten.

Diese Aufgabe ist deshalb so schwer zu erfüllen, weil sie nicht nur abhängig ist von den ökonomischen Kenntnissen und dem Umfange der Erfahrung, sondern gleichzeitig auch in sehr hohem Maße vom Temperament. Sie ist aber um so wichtiger, weil in unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Ordnung die Stellungnahme der Banken fast ausschlaggebend ist für die mögliche Entfaltung von Handel und Industrie, weil von ihrer Aktionsfähigkeit und dem Umfange und der Art ihrer Kreditgewähr das Wohl- und Weheergehen aller wirtschaftlich Tätigen bis herab zum Arbeiter in hohem Maße abhängig ist.

Soll aber durch die persönliche und sachliche Verteilung des Risikos, durch die Verteilung des Risikos nach Raum und Zeit eine Gewähr geschaffen werden dafür, daß die Fehler, die in der letzten aufsteigenden Konjunktur von einzelnen Banken gemacht worden sind, in Zukunft vermieden werden, so muß diese Verteilung des Risikos der Öffentlichkeit erkennbar sein; sie muß ersichtlich gemacht werden in den Bilanzen und Geschäftsberichten unserer Banken, nicht nur, wie man schon früher geltend gemacht hat, deshalb, weil den Banken fremde Gelder anvertraut werden, sondern in ebenso hohem Maße deshalb, weil nur auf diesem Wege die für die Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens ausschlaggebende Tätigkeit der Banken auf ihren Wert oder Unwert, auf ihren Nutzen oder Schaden kontrolliert werden kann.

Daß die Bilanzen der Banken für die Öffentlichkeit ein größeres Interesse haben als die Bilanzen von andern gewerblichen Unternehmungen, hat der Gesetzgeber in Deutschland in einem neueren Gesetze auch zum Ausdruck gebracht, in dem Gesetze über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung vom 20. April 1892, in dem er bestimmt, daß Gesellschaften mit beschränkter Haftung, welche Bankgeschäfte betreiben, verpflichtet sind, jährlich ihre Bilanzen zu veröffentlichen. Leider steht diese Bestimmung bei uns in Deutschland vereinzelt da und bedeutet nur die erste gesetzgeberische Konsequenz

eines unzweifelhaft richtigen Gedankens. In unserem Aktienrechte, welches besondere Vorschriften für die Bilanzen von Aktiengesellschaften gibt, sind besondere Bestimmungen für die Bankbilanzen nicht enthalten, und doch erscheint gerade ein besonderes Bilanzierungsrecht für unsere Aktienbanken außerordentlich wünschenswert.

Das H.G.B. hat in den §§ 260—262 allgemeine Vorschriften für die Bilanzen der Aktiengesellschaften getroffen. Abgesehen von den Bestimmungen über die Bildung des Reservefonds gipfeln sie in einer Änderung der durch § 40 des H.G.B. vorgesehenen Art der Wertbemessung. § 40 des H.G.B. bestimmt:

„Bei der Aufstellung des Inventars und der Bilanz sind sämtliche Vermögensgegenstände und Schulden nach dem Werte anzusetzen, der ihnen in dem Zeitpunkte beizulegen ist, für welchen die Aufstellung stattfindet."

§ 261 des H.G.B. will diesen Wertmaßstab für die Aktiengesellschaften nicht gelten lassen, um den Gefahren vorzubeugen, die in dem Anreiz der Ausschüttung zu hoher Dividenden liegen. Sein Grundgedanke ist der, daß bei der Aktiengesellschaft die Bilanz lieber zu ungünstig als zu günstig aufgestellt werden soll und als Gewinn nur realisierte Gewinne in die Erscheinung treten sollen. Deshalb bestimmt § 261 in Absatz 1 und 2:

1. Wertpapiere und Waren, die einen Börsen- oder Marktpreis haben, dürfen höchstens zu dem Börsen- oder Marktpreise des Zeitpunktes, für welchen die Bilanz aufgestellt wird, sofern dieser Preis jedoch den Anschaffungs- oder Herstellungspreis übersteigt, höchstens zu dem letzteren angesetzt werden.

2. Andere Vermögensgegenstände sind höchstens zu dem Anschaffungs- oder Herstellungspreis anzusetzen.

Diese Bestimmungen haben sich, gleich wie die Bestimmung des § 260, wonach die Aktiengesellschaft der Generalversammlung einen den Vermögensbestand und die Verhältnisse der Gesellschaft entwickelnden Bericht des Aufsichtsrats vorzulegen hat, für unsere Aktienbanken als unzulänglich erwiesen. Es bedarf für sie besonderer Bilanzierungsvorschriften, ungefähr in folgender Weise[1]:

[1] Bezüglich des Folgenden verweise ich auf meine Arbeit im „Bankarchiv" Januar 1902: „Welche Lehren soll der deutsche Kaufmann aus der letztjährigen Krisis ziehen?" S. 65 und 66; ferner auf Adolf Weber l. c. S. 193 ff., S. 234 ff., S. 275/277 und S. 278 bis 280.

Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, welche Bankgeschäfte betreiben, haben ihre Bilanz nach folgendem Schema zu veröffentlichen:

I. Aktiva.

1. Kassa.
2. Guthaben bei der Reichsbank und beim Berliner Kassenverein (entsp. Frankfurter Bank).
3. Wechsel:
   a) Markwechsel:
      Stückzahl.
      Betrag;
   b) Wechsel in fremder Währung:
      Stückzahl,
      Betrag.
4. Reportierte Effekten, d. h. monatlich kündbare Darlehen an Bankfirmen oder Börsenkaufleute gegen Unterlage von börsengängigen Wertpapieren, die entweder zum Ultimohandel zugelassen sind oder im Großkassaverkehr an der Börse in typischen Minimalbeträgen gehandelt werden.
5. Lombardvorschüsse:
   a) gegen börsengängige Wertpapiere,
   b) gegen nicht börsengängige Wertpapiere,
   c) gegen Waren.
6. Eigene Effekten:
   a) börsengängige:
      α) deutsche Staats- und Komunalanleihen, Pfandbriefe und Eisenbahnobligationen,
      β) außerdeutsche Eisenbahnobligationen,
      γ) Obligationen industrieller Unternehmungen,
      δ) Aktien deutscher Eisenbahnen und Transportunternehmungen,
      ε) Aktien ausländischer Eisenbahnen und Transportunternehmungen,
      ζ) Bankaktien,
      η) Aktien industrieller Unternehmungen,
      ϑ) Bergwerkskuxe und Bohranteile,
      ι) sonstige Bestände.

Für jede dieser Abteilungen sind der gesamte Nominalbetrag, die Zahl der Gattungen und die Bilanzwerte einzeln anzugeben.

b) Nicht börsengängige (Einteilung wie bei a).

7. Konsortialbeteiligungen.

Hier sind alle Beteiligungen der Bank an Aktien und Obligationen von Aktiengesellschaften und Beteiligungen bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung zu buchen, auf denen noch eine eventuelle Nachzahlungsverpflichtung ruht oder über welche der Bank das Recht freier Veräußerung nicht zusteht.

Die Spezifikation des Konsortialkontos hat in gleicher Weise wie die des Effektenkontos zu erfolgen.

8. Kommanditbeteiligungen:
   a) bei Bankfirmen (Angabe des Namens der Firma und des Betrages der Kommanditbeteiligung),
   b) bei andern Unternehmungen (Angabe des Namens der Firma und des Betrages der Kommanditbeteiligung).
9. Dauernde Beteiligungen bei fremden Unternehmungen:
   a) bei Aktiengesellschaften,
   b) bei andern Gesellschaften.
10. Kontokorrentdebitoren:
   a) gedeckte
      α) durch börsengängige Wertpapiere,
      β) durch nicht börsengängige Wertpapiere,
      γ) durch Waren,
      δ) durch Wechsel,
      ε) durch Handelsverbindlichkeiten, Hypotheken, Bürgschaften oder andere Sicherheiten;
   b) nicht gedeckte.
11. Bürgschaftsdebitoren.

II. Passiva.

1. Aktienkapital.
2. Gesetzlicher Reservefonds.
3. Außerordentliche Reserven.
4. Depositen (Zahl der Depositäre):
   a) ohne Kündigung,
   b) mit Kündigung bis zu 8 Tagen,
   c) mit einmonatlicher Kündigung,
   d) mit mehrmonatlicher Kündigung.
5. Kontokorrentkreditoren (Zahl, Betrag).
6. Accepte.

7. Avale.
8. Reingewinn.

Die sehr wünschenswerte Übersicht über die durch Indossament eventuell entstehenden Verbindlichkeiten in der Bilanz zu geben, scheint mir nicht möglich, obgleich bei ordnungsmäßiger Buchführung eine Bank sich selbst darüber jederzeit muß Rechenschaft geben können[1]. Erforderlich scheint dagegen noch die Vorschrift, daß die Abschreibungen für die unter 3—11 bezeichneten Aktivposten für jeden dieser einzeln anzugeben sind.

Wenn ein gesetzlicher Zwang zur Bilanzierung nach vorstehendem Schema statuiert würde, wird die Öffentlichkeit sicherlich über die Verteilung des Risikos bei der Bank und über ihre Liquidität weit besser unterrichtet werden als es heute in den meisten Fällen geschieht. Namentlich wird sich die Liquidität der Bank, die für ihre Gläubiger von so großer Bedeutung ist, leicht herausrechnen lassen. Man wird unbedenklich zu den liquiden Mitteln die unter 1—4 genannten Aktivposten, ferner die Posten 5a und zum Teil auch 6a zählen können, ferner von den Debitoren den Posten 10aα (durch börsengängige Wertpapiere gedeckte). Andrerseits wird die Aufstellung der Passiva nach obigem Schema auch über die sofort oder kurz fälligen Verbindlichkeiten der Bank genügenden Aufschluß geben.

Daß ein derartiges Schema, wie das oben gegebene, in der Praxis durchführbar ist, beweisen die Bilanzen der russischen Banken, z. B. der Russischen Bank für auswärtigen Handel und der Petersburger Internationalen Handelsbank. Kriminelle Vergehungen, also Bilanzfälschungen und Verschleierungen, werden natürlich auch durch ein derartiges Sonderrecht für die Bilanzen der Aktienbanken nicht verhindert werden können.

[1] Vgl. hierüber Weber l. c. S. 202, „Bankarchiv“ 1903 S. 63, Dr. von Gordon in der „Deutschen Juristenzeitung“ Nr. 16 vom 15. August 1902 S. 383.

Die rheinisch-westfälischen Provinzialbanken und die Krisis.

Von

Dr. jur. et phil. Adolf Weber, Bonn.

Vorwort.

Es war nicht beabsichtigt, auf den folgenden Blättern eine eingehende Darstellung der inneren und äußeren Entwicklung des rheinisch-westfälischen Provinzialbankwesens zu geben, vielmehr glaubte ich, mein Referat von Anfang an lediglich als einen „Anhang" zu der Schrift von Geheimrat Hecht über die Mannheimer Banken auffassen zu dürfen. Das, was dort in vorzüglicher Weise über Organisation und Tätigkeit der Provinzialbanken ausgeführt wird, trifft im wesentlichen auch für Rheinland und Westfalen zu; es galt nur, die Darlegungen Hechts in einzelnen Punkten zu ergänzen und mit weiterem Material zu belegen.

Einleitung.

Es ist nicht nötig, hier die wirtschaftliche Bedeutung Rheinlands und Westfalens zu schildern, doch wird es gut sein, einige Zahlen ins Gedächtnis zurückzurufen.

Die Bevölkerung der beiden Schwesterprovinzen betrug 1871: 5 710 000, 1900: 8 948 000. Das waren im ersteren Jahre 20,93 %, im letzteren dagegen 25,95 % der Gesamtbevölkerung des Königreichs Preußen. Sieht man von den in häuslichen Diensten, freien Berufsarten, Militär, bürgerlichen und kirchlichen Diensten Beschäftigten ab, so belief sich die Zahl der Hauptberufstätigen:

	in Preußen		in Rheinland und Westfalen	
1882	auf	9 255 000	1882 auf	2 104 000
1895	„	10 899 000	1895 „	2 637 000
Zunahme:		+ 1 644 000		+ 533 000
in %:		+ 17,76 %		+ 25,33 %

Von diesen Hauptberufstätigen waren beschäftigt:

in der Landwirtschaft:

	in Preußen		in Rheinland und Westfalen
1882	50,70 %	1882	38,76 %
1895	43,90 %	1895	30,80 %
Abnahme:	— 6,80 %		— 7,96 %

in Bergbau, Industrie und Bauwesen:

1882	39,45 %	1882	52,08 %
1895	43,66 %	1895	57,47 %
Zunahme:	+ 4,21 %		+ 4,39 %

im Handel und Verkehr:

1882	9,85 %	9,16 %
1895	12,44 %	11,73 %
Zunahme:	+ 2,59 %	+ 2,57 %

Interessant ist auch ein Vergleich der Einkommens- und Vermögensverhältnisse der beiden Provinzen mit denjenigen des ganzen Königreichs.

Es belief sich das Gesamtbrutto-Einkommen der Zensiten mit Einkommen mit mehr als 3000 Mk.:

	in Preußen		in Rheinland und Westfalen	
	in Millionen Mark			
1892	auf	3223,83	1892 auf	747,28
1900	„	4444,68	1900 „	1142,31
Zunahme:		+ 1220,85		+ 395,03
in %:		+ 37,87 %		+ 52,88 %

Das Einkommen aus Kapitalvermögen speziell betrug:

1892	891,72	1892	213,72
1900	1141,41	1900	288,07
Zunahme:	+ 249,42		+ 74,35
in %:	+ 25,67 %		+ 34,78 %

Das Kapitalvermögen selbst bezifferte sich:

	in Preußen		in Rheinland und Westfalen
	in Millionen Mk.		
1892 auf	21 401	1892	5059
1900 „	25 570	1900	6334
Zunahme:	+ 4 179		+ 1275
in %:	+ 19'52 %		+ 23,34 %

In Prozenten des Kapitalvermögens betrug das Kapitaleinkommen:

1892	4,16 %	1892	4,25 %
1900	4,43 %	1900	4,54 %
Zunahme:	+ 0,27 %		+ 0,29 %

Auf 100 Köpfe der Bevölkerung kommen Einwohner mit einem Einkommen unter 900 Mk.:

in Preußen		in Rheinland und Westfalen	
1896	70,70	1896	60,92
1900	66,86	1900	53,84
Abnahme:	— 3,84		— 7,08

Auf 100 Köpfe der Bevölkerung kommen Einwohner mit mehr als 3000 Mk. Einkommen:

1896	3,63	1896	3,86
1900	4,19	1900	4,57
Zunahme:	+ 0,56		+ 0,71

Schließen möchte ich diese statistischen Gegenüberstellungen mit folgenden Angaben:

Von dem Gesamtsolleinkommen an Einkommensteuern pro 1900/01 in Preußen in Höhe von 187 Mill. Mk. hatte aufzubringen

Provinz Ostpreußen .	4 186 197 =	2,24 %	des Gesamtaufkommens
„ Westpreußen .	3 815 593 =	1,77 %	„
Zusammen:	7 491 790 =	4,01 %	des Gesamtaufkommens
Reg.-Bezirk Köln . .	9 045 584 =	4,84 %	„
„ Düsseldorf .	20 151 672 =	10,79 %	„
Zusammen:	29 197 256 =	15,63 %	des Gesamtaufkommens

Die obigen Zahlen sprechen, wie ich glaube, deutlich für sich selbst.

Es ist naturgemäß, daß die beiden westlichen Provinzen, ebenso wie sie aus dem Aufschwunge mehr Nutzen ziehen konnten als die anderen Provinzen, in gleicher Weise durch den Niedergang in erhöhtem Maße getroffen wurden, speziell gilt das für den nördlichen Teil der Rheinprovinz und die angrenzenden Teile Westfalens. Weil aus diesem geographisch kleinen Distrikte zahlreiche und bittere Klagen kamen, wurden selbst ruhiger Denkende dazu geführt, die Behauptung aufzustellen, daß wenigstens in Rheinland und Westfalen die letzte Krisis mindestens ebenso schwer gewesen sei wie diejenige in den 70er Jahren.

Um zu beweisen, daß dies eine außerordentlich starke Übertreibung ist, braucht man nur auf folgende drei Tatsachen hinzuweisen.

1. Die letzte Krisis war bei weitem nicht so allgemein wie diejenige der 70er Jahre. Die chemische Industrie z. B., die für Rheinland gewiß mindestens ebenso wichtig ist wie etwa die Elektrizitätsindustrie, wurde von der Krisis so gut wie gar nicht betroffen. Die Textilindustrie hatte bereits zu der Zeit, in der die jüngste Krisis dem Höhepunkt zustrebte, ihre ungünstigste Zeit hinter sich; seit Anfang 1901 zeigten sich in den meisten Zweigen der Textilindustrie erfreuliche Anzeichen einer entschiedenen Besserung, dies wurde namentlich in den rheinischen Bezirken Crefeld und Rheydt angenehm empfunden.

Die Baulust lag in einer großen Zahl rheinisch-westfälischer Städte, namentlich Mittelstädten, durchaus nicht so danieder, wie zuweilen behauptet wird, hier und da war sie sogar lebhafter als in den besten Jahren der Hochkonjunktur. Aber selbst in dem unzweifelhaft am härtesten mitgenommenen Teile der nationalen Arbeit, in der Eisenindustrie, war die Lage nicht überall gleichmäßig schlecht. So kamen aus Bielefeld selbst im Spätherbste 1901 noch Nachrichten über einen recht guten Geschäftsgang in mehreren der Maschinenindustrie zugehörigen Fabriken so daß dort Anstellung von neuen Leuten und Überschichten notwendig wurden.

2. Es darf in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden, daß vielfach Erzeugnisse, die im Inlande nicht zu veräußern waren, wenn auch zum Teil mit erheblichen Verlusten, an das Ausland abgesetzt werden konnten. Mit Recht heißt es darüber im Jahresbericht der Handelskammer Elberfeld pro 1901 (S. 3): „Wäre dies nicht möglich gewesen, so hätte die Krisis eine noch weit größere Verschärfung erfahren."

3. Es ist nicht richtig, wenn man sagt, die Industrie habe ganz

vergessen, daß auf die fetten Jahre magere folgen. Manche Privat- und Gesellschaftsbetriebe hatten aus der Vergangenheit so viel gelernt, daß sie in der Hochkonjunktur genügende „stille“ Rücklagen machten, so daß die Krisis sie nicht unvorbereitet fand.

Wäre die Krisis 1900/03 ebenso schwer gewesen wie diejenigen vor 30 Jahren, so kann man allerdings kaum daran zweifeln, daß dann der Chronist in zahlreichen Fällen da, wo er jetzt von Dividendenreduzierungen spricht, von viel fataleren Ereignissen zu berichten gezwungen sein würde. Das muß berücksichtigt werden, wenn man bei der Beurteilung der rheinisch-westfälischen Provinzialbanken nicht zu Resultaten gelangen will, die sich in der Zukunft als zu optimistisch herausstellen.

I. Die äußere Organisation der Banken während des letzten Jahrzehnts.

Wahrscheinlich würde es für den Leser eine interessantere Lektüre und für den Autor eine dankbarere Aufgabe gewesen sein, wenn das Thema dieses Referates gelautet hätte: „Die Krisis in Rheinland und Westfalen und die Banken“, und nicht umgekehrt: „Die rheinisch-westfälischen Banken und die Krisis“, schon deshalb, weil nur zu einem geringen Teile die Kreditbedürfnisse von Industrie und Handel in den beiden Schwesterprovinzen durch die selbständigen Provinzialbanken befriedigt werden. Namentlich die größten Gesellschaften werden durchweg von den Berliner Großbanken „kontrolliert“; so z. B. Gelsenkirchener Bergwerk und Bochumer Bergwerksverein durch die Diskonto-Gesellschaft, Konsolidation und Harpener Bergbau durch die Berliner Handelsgesellschaft, Hibernia durch Bleichröder, Westfälische Stahlwerke durch die Nationalbank. Auch weniger große auswärtige Banken, z. B. die Breslauer Diskontobank und die Pfälzische Bank, haben bezw. hatten in Rheinland und Westfalen gewichtige Interessen.

Aber es entbehrt doch nicht eines gewissen Reizes, die innere und äußere Entwicklung der Provinzialbanken vor und während des letzten wirtschaftlichen Niederganges in ihren Hauptzügen aufzuzeichnen, zumal es schon jetzt feststeht, daß man bei der nächsten Depression über selbständige Provinzialbanken Rheinlands und Westfalens wohl kaum mehr zu berichten haben wird, als, daß sie aufgehört haben zu existieren oder doch bedeutungslos geworden sind.

Gewaltig, wie der Aufschwung der gesamten Volkswirtschaft, vielleicht mit alleiniger Ausnahme der Textilindustrie, während der letzten Jahre des verflossenen Jahrhunderts in den beiden Provinzen sich gestaltete, war auch das Erstarken der Provinzialbanken; für viele schien es ein letzter energischer Versuch gewesen zu sein, sich aus eigener Kraft die breite Basis zu schaffen, welche für eine moderne Kreditbank, die mehr sein will als bloße Volksbank, conditio sine qua non ist.

Mit Staunen verfolgte man während der letzten Hausse-Periode die andauernden, starken Kapitalvermehrungen der großen Berliner Spekulationsbanken, gerne führte man sie als Beweis an für die stetig stärker werdende Konzentration des Bankgeschäfts in Berlin. Und doch haben die Provinzialbanken, wenigstens die rheinisch-westfälischen, in derselben Zeit ihr Grundkapital verhältnismäßig in noch größerem Maße vermehrt. Von Ultimo 1893 bis Ultimo 1900, also in sieben Jahren, vermehrte sich das Aktienkapital der rheinisch-westfälischen Banken mit mehr als 3½ Millionen Mk. Aktienkapital von 107 Mill. Mk. auf 350 Millionen Mk., d. h. um ca. 236%; lassen wir den Schaaffhausenschen Bankverein, den man ja vielfach zu den großen Berliner Instituten rechnet, unberücksichtigt, so ergibt sich sogar eine Steigerung von 59 Millionen Mk. auf 250 Millionen Mk. = ca. 324%. Zum Vergleiche sei mitgeteilt, daß in derselben Zeit das Grundkapital der 6 größten Berliner Banken (Deutsche Bank, Diskonto-Gesellschaft, Dresdner Bank, Darmstädter Bank, Schaaffhausenscher Bankverein und Berliner Handelsgesellschaft) nur von 428 auf 705 Millionen Mk., also um ca. 64% zunahm. Die nachfolgende Tabelle zeigt, wie sich die Kapitalzunahme auf die einzelnen Banken verteilt, sie macht ferner deutlich, wie mit dem Aufsteigen der Volkswirtschaft auch die Kapitalbedürfnisse immer stärker werden — der weitaus größte Teil der Kapitalerhöhungen wurde in den Jahren 1897—1899 ausgeführt —; interessant ist es auch, an der Hand der Tabelle die Bewegung des von den Banken erzielten Agios zu verfolgen[1].

[1] Übrigens kam von dem Agio immer nur ein Teil den Banken zu gute, durchschnittlich gingen wohl 20 bis 25% an Steuern, Unkosten und Garantieprovisionen verloren. Bekanntlich ist das erzielte Agio nach § 262 H.G.B. dem Reservefonds zu überweisen.



Tabelle I.

Name der Bank	Aktienkapital 1893 Mill. Mk.	Aktienkapital 1901 Mill. Mk.	Kapitalvermehrungen 1893—1901	Emissionskurs %
Aachener Diskonto-Gesellschaft .	5	25	1894: 1 500 000	111
			1894: 1 000 000	120
			1896: 5 000 000	122
			1897: 1 000 000	126
			1897: 1 600 000	130
			1898: 5 000 000	130
			1898: 5 000 000	126
Bank für Rheinland u. Westfalen	4,35	10	1896: 3 150 000	110
			1897: 2 500 000	115
Barmer Bankverein	4,09	28,29	1894: 1 693 200	112,5
			1896: 2 397 600	115
			1897: 4 000 000	120
			1898: 9 100 000	127
			1900: 5 020 000	123
Barmer Handelsbank . . . . (gegründet 1898)	—	6	1898: 6 000 000	132
			1901: 1 500 000	110
Bergisch-Märkische Bank . . .	20	50	1895: 5 000 000	135
			1896: 5 000 000	137,5
			1897: 10 000 000	139
			1898: 2 000 000	?
			1899: 8 000 000	145
Bochumer Bank . . . . . . (gegründet 1897)	—	5	1897: 3 000 000	116,5
			1899: 2 000 000	112
Westdeutsche Bank . . . . . (gegründet 1896)	—	9	1896: 5 000 000	—
			1897: 4 000 000	121,5
Dortmunder Bankverein . . .	3	10	1895: 1 000 000	114
			1897: 2 000 000	118
			1898: 2 000 000	118
			1900: 2 000 000	118
Duisburg-Ruhrorter Bank . .	2	12	1895: 1 000 000	?
			1897: 2 000 000	?
			1898: 3 000 000	120
			1899: 4 000 000	118
Düsseldorfer Bankverein . . .	1	9	1897: 1 000 000	105
			1898: 2 000 000	115
			1899: 2 000 000	124,5
			1900: 3 000 000	120
Essener Bankverein . . . . . (gegründet 1898)	—	7,5	1898: 5 000 000	122
			1899: 2 000 000	110
Essener Kreditanstalt	10,5	30	1894: 4 500 000	128
			1897: 6 000 000	130
			1898: 9 000 000	130

Tabelle I (Fortsetzung).

Name der Bank	Aktien-kapital 1893 Mill. Mk.	Aktien-kapital 1902 Mill. Mk.	Kapital-vermehrungen 1893—1901	Emissions-kurs %
Kölner Wechsler- u. Kommissions-bank	5,2	12	1895: 800 000	100
			1897: 1 500 000	100
			1898: 4 500 000	100
Märkische Bank (gegründet 1898)	—	4	1898: 1 500 000	?
			1899: 1 500 000	106
			1899: 1 000 000	106
Mülheimer Bank	1	3,75	1893: 500 000	?
			1898: 1 000 000	111,5
			1900: 1 000 000	105
Niederrheinische Kreditanstalt	2,1	21	1893: 900 000	—
			1894: 1 200 000	—
			1896: 1 800 000	125
			1897: 3 000 000	125
			1897: 1 000 000	126
			1899: 5 000 000	124,5
			1900: 6 000 000	123
Rheinische Bank (gegründet 1898)	—	10	1897: 5 000 000	126
			1898: 5 000 000	112,5
Schaaffhausenscher Bankverein	48	100	1895: 12 000 000	120
			1897: 15 000 000	130
			1899: 25 000 000	130

Angesichts der großen Zunahmen des rheinisch-westfälischen Bankkapitals wird man geneigt sein einzuwenden, daß die nominellen Kapitalvermehrungen zum großen Teile doch nur Kapitalverschiebungen seien, insofern als darin auch das Kapital der früher selbständigen Banken und Bankfirmen, die in die genannten Institute aufgingen, enthalten sei. Tatsächlich waren aber während der Zeit des Aufschwunges Konzentrationsbestrebungen nur in beschränktem Umfange zu konstatieren. Bei Gründung von neuen Banken benutzte man allerdings mit Vorliebe schon bestehende Bankhäuser und Banken als Stützpunkte, aber dies waren mit sehr wenigen Ausnahmen kleine und kleinste Firmen, deren Umwandlung dann meist Anlaß bot, zur Ausgabe von jungen Aktien, deren Betrag das in dem übernommenen Geschäfte angelegt gewesene Kapital sehr erheblich überstieg. So entstand die Bochumer Bank aus der Firma Hüttemann-Korte, die für 858 000 Mk. in Aktien der neuen Gesellschaft über-

nommen wurde; der Gesamtbetrag der Aktien betrug dagegen zunächst 3 Millionen Mk., wurde aber schon bald auf 5 Millionen Mk. erhöht. Die Barmer Handelsbank (Aktienkapital 7½ Millionen Mk.) entstand aus einer Kommanditgesellschaft, die mit nur 1,1 Millionen Mk. arbeitete u. s. w.

Von den Aktienbanken mit mehr als 2 Millionen Mk., die Anfang der neunziger Jahre in Rheinland und Westfalen bestanden, hatte bis Ende 1900, wenn man absieht von den eigenartigen Beziehungen, welche die Bergisch-Märkische Bank seit August 1897 mit der Deutschen Bank unterhält, wohl keine ihre äußere Selbständigkeit verloren, und auch von den Privatfirmen, die während dieser Zeit in Aktiengesellschaften aufgingen, dürfte wohl in keinem Falle der Mehrbetrag der eingebrachten Aktiva gegen die Passiva 2 Millionen Mk. betragen haben. Die altbekannten Bankfirmen Sal. Oppenheimer jun. & Co. in Cöln, von der Heydt-Kersten & Söhne in Düsseldorf, Deichmann & Co. in Cöln, J. H. Stein in Cöln, Gebr. Beer in Essen u. s. w. stehen, wie es den Anschein hat, noch in alter Festigkeit da. Von größeren Privatbankhäusern ertitten nur drei Schiffbruch und zwar alle bei Beginn der letzten Krisis, weil sie ihre Mittel zu sehr in großen Unternehmungen festgelegt hatten: Middendorf & Co. in Essen, von Beckerath-Heilmann in Crefeld, Rob. Suermondt & Co. in Aachen.

Sicher ist jedenfalls, daß die Höhe des Kapitals, welches durch Fusionen u. s. w. von den größeren Banken aufgenommen wurde und daher von der oben mitgeteilten Gesamtzunahme des Bankkapitals abzuziehen wäre, bei weitem nicht heranreicht an die Summe der Kapitalerhöhungen, welche in derselben Zeit von den zahlreichen — mehr als fünfzig — kleineren Lokalbanken, die in der obigen Tabelle nicht namhaft gemacht sind, vorgenommen wurden. Von diesen kleinen Banken dürften wohl nur sehr wenige die Jahre des wirtschaftlichen Aufschwunges ohne verhältnismäßig recht beträchtliche Kapitalerhöhungen haben vorübergehen lassen. So erhöhten, um nur einige Beispiele zu nennen, während des letzten Jahrzehnts ihr Kapital: die Dürener Volksbank von 240000 auf 1500000 Mk.; die Bonner Privatbank von 80000 auf 800000 Mk.; die Bonner Bank für Handel und Gewerbe von 360000 auf 1800000 Mk.; die Düsseldorfer Volksbank von 1200000 auf 4000000 Mk.; die Trierische Volksbank von 500000 auf 2000000 Mk.; die Siegener Bank von 1000000 auf 3000000 Mk.; der Elberfelder Bankverein von 550000 auf 3500000 Mk.; die West-

fälische Bankkommandite Ohm, Hernekamp & Co. von 500000 auf 3000000 Mk.; der Kreditverein Neviges von 420000 auf 1500000 Mk.; die Mühlheimer Bank von 1500000 auf 3750000 Mk.; die Solinger Bank von 300000 auf 2400000 Mk.; die Kreditbank zu Recklinghausen von 240000 auf 3000000 Mk. Die Versuchung zu solchen Kapitalerhöhungen lag ja auch zu nahe, man sah, daß in unmittelbarer Nachbarschaft Banken mit scheinbar glänzenden Erfolgen ihr Kapital innerhalb weniger Jahre um das sechs- bis siebenfache erhöhen konnten; auch wurden natürlich während der „fetten" Jahre seitens der Kundschaft erhöhte Ansprüche gestellt. Aber darin scheint mir doch nicht immer der Hauptgrund der Kapitalvermehrungen dieser Kleinbanken zu liegen. Gewisse persönliche Motive dürfen nicht ganz außer acht gelassen werden. Vielfach sind die Leiter der Lokalbanken Leute, die von untergeordneter Stellung durch ihre Fähigkeit zur Würde eines „Bankdirektors" emporgestiegen sind. Sie glaubten es nun sich und der Bank schuldig zu sein, es ihren Kollegen von den großen Banken gleich zu tun. „Großmannssucht" nannte man im Prozesse der Heilbronner Gewerbebank die eigentliche Ursache des Zusammenbruches, und dieselbe „Großmannssucht" dürfte sich auch anderswo finden. Wir werden an anderer Stelle noch etwas eingehender von der Tätigkeit auch der rheinisch-westfälischen Kleinbanken zu sprechen haben.

Noch vor einem Jahrzehnte wurde den kleineren Lokalbanken, den „Volksbanken", wie sie damals noch meistens hießen, von den Großbanken keine wesentliche Konkurrenz gemacht. Sie konnten infolge ihrer näheren persönlichen Beziehungen zu ihrer Kundschaft Vorteile genießen und bieten, die ihnen etwa die Filiale einer größeren Bank nicht streitig machen konnte. Je mehr sie aber aus ihrem engeren Tätigkeitsfelde heraustraten, desto mehr gingen ihnen die bisherigen besonderen Vorzüge verloren. Dabei darf freilich nicht übersehen werden, daß sie zum Teil ihre Geschäftsprinzipien änderten, „der Not gehorchend, nicht dem eignen Trieb"; die Konkurrenz der Stadt- und Kreissparkassen, ebenso wie diejenige der zahlreichen neugegründeten Kreditgenossenschaften nahm ihnen ein gutes Stück ihrer bisherigen Aktiv- und Passivgeschäfte weg [1].

---

[1] In Barmen wurden z. B. im Jahre 1897 4 Kreditgenossenschaften gegründet und eine weitere entstand in dem benachbarten Elberfeld im Laufe desselben Jahres. In Köln sollen 16 Kreditgenossenschaften bestehen. Leider



Nachdem aber die Lokalbanken, wenn auch zunächst noch keineswegs allgemein, ihre frühere Volkstümlichkeit verloren hatten, war für die größeren Provinzialbanken die Zeit zur Dezentralisation ihrer Tätigkeit, zur Gründung von Filialen gekommen. Während im Jahrzehnt 1880—1890 noch an 30 Kleinbanken in Rheinland und Westfalen gegründet wurden, entstanden solche im letzten Jahrzehnt nur sehr wenige, kaum mehr als ein halbes Dutzend. Die Zahl der Filialen stieg dagegen seit Anfang der neunziger Jahre ganz außerordentlich. Vor dieser Zeit gab es in Rheinland und Westfalen nur hier und da Zweigstellen von Banken. Heute kann man bereits von einem dichten Filialennetze sprechen. Selbst die Bergisch-Märkische Bank, die wohl zuerst ihr Geschäft dezentralisierte — bereits 1874 hatte sie eine Zweiganstalt in Düsseldorf eröffnet —, besaß 1890 außer der Düsseldorfer Filiale nur noch Zweigstellen in Aachen und M.-Gladbach. Seit 1893 gründete sie dann weitere Filialen in Cöln (durch Übernahme des seit 1798 dort bestehenden Bankgeschäftes J. H. Brink), in Ruhrort, in Hagen, in Duisburg, in Bonn, in Remscheid (durch Fusion mit der Remscheider Bank, Aktienkapital 2 Millionen Mk.), Krefeld; außerdem ist die Bergisch-Märkische Bank beteiligt bei Bankfirmen in Solingen, Düsseldorf und Hamm i./W. Endlich war sie seit der Gründung der Barmer Handelsbank, die 1898 unter den Auspizien der Bergisch-Märkischen Bank erfolgte, an dieser beteiligt. Eine große Anzahl Filialen, die alle erst im letzten Jahrzehnt errichtet wurden, unterhält auch die Niederrheinische Kreditanstalt Peters & Co. in Krefeld, in Duisburg, Ruhrort, Neuß, Emmerich, Mörs, Grevenbroich, Odenkirchen, Wesel, Viersen und Cleve. An dritter Stelle wäre die Essener Kreditanstalt zu nennen, die seit 1894 Filialen in Dortmund, Bochum, Schalke und Mühlheim a. d. Ruhr und Witten, sowie Agenturen in Herne i./W. und in Velbert schuf. Die Aachener Diskonto-Gesellschaft vermied es noch bis in die jüngste Gegenwart Zweigstellen zu gründen, dafür suchte sie sich aber Einfluß außerhalb ihres Sitzes zu sichern durch Aktienbeteiligungen bei der Bochumer Bank, der Dürener Bank, der Koblenzer Bank, der Eschweiler Bank und der Eupener Kreditbank. Für 1901 gab die Diskonto-Gesellschaft die Höhe ihrer Beteiligungen bei anderen Bankgeschäften mit 8,61 Millionen Mk. an, das war mehr als 1/8 des

---

fehlt eine brauchbare Statistik. Ein erster diesbezüglicher Versuch, allerdings vorläufig noch auf Grundlage sehr lückenhaften Materials, ist neuerdings im Statistischen Jahrbuch deutscher Städte X. Jahrgang 1902 S. 151 ff. gemacht.

Grundkapitals. Die mittleren Provinzialbanken scheinen mit Vorliebe kleinere Ortschaften für die Errichtung von Zweiganstalten auszusuchen. So besitzt die Bank für Rheinland und Westfalen Filialen in Godesberg, Andernach und Kalk, die Cölnische Wechsler- und Kommissionsbank in Traben, die Märkische Bank in Herne, Witten und Wanne, der Westfälische Bankverein in Bocholt, die Mindener Bank in Lübbeke.

Es mußte auffallen, daß bei dem überaus starken Trieb zur Dezentralisation, der sich seit Mitte der neunziger Jahre bei den rheinisch-westfälischen Banken geltend macht, die größte und einflußreichste Bank, der Schaaffhausensche Bankverein, trotzdem er gerade am Niederrhein, wo die Bankstellen wie Pilze aus dem Boden schossen, einen großen und wertvollen Kundenkreis besaß, sich nicht entschließen konnte, dem Beispiel der kleineren zu folgen. Zwar hatte er 1891 eine Zweigstelle in Berlin errichtet, hatte sich auch kommanditarisch an einem Bankhause in Dresden und einem solchen in Schlesien beteiligt, aber für Rheinland und Westfalen blieb er hartnäckig bei der strengsten Zentralisation. Das änderte sich erst im neuen Jahrhundert. Der Geschäftsbericht pro 1901 enthält folgende Stelle: „Die lebhaften Beziehungen, welche unser Institut speziell mit der rheinisch-westfälischen Großindustrie unterhält, haben es uns als einen Mangel empfinden lassen, daß wir nicht über eine eigene Vertretung im Zentrum dieses Industriereviers verfügten. Wir haben uns deshalb entschlossen, eine eigene Niederlassung in Essen zu errichten." Schon bald folgte dieser ersten Filiale eine zweite in Düsseldorf; auch hat sich der Bankverein an der im Jahre 1900 erfolgten Gründung der Westfälisch-Lippischen Vereinsbank in Bielefeld mit Filialen in Herford, Detmold und Lemgo beteiligt, an dieser Bank blieb er auch fernerhin interessiert. Hingewiesen sei auch darauf, daß der Schaaffhausensche Bankverein seit einiger Zeit an der Pfälzischen Bank beteiligt ist. Wir werden alsbald sehen, daß er diese Beteiligungspolitik auch in der Gegenwart fortzusetzen bemüht ist.

Bemerkenswert ist es, daß von den zahlreichen Filialen, die während der Hausse-Zeit errichtet wurden, in der nachfolgenden Baisse, soweit mir bekannt wurde, nur zwei eingingen: eine, welche von der Rheinischen Bank in Neuß errichtet worden war, und eine andere, welche die Westdeutsche Bank 1898 aus einer Cölner Bankfirma bildete; auf die außerordentlich großen Verluste der letztgenannten Filiale werde ich in anderem Zusammenhange zurückkommen. Auch von

Kapitalreduzieruugen infolge der Wirtschaftskrisis hört man wenig[1], um so mehr dagegen von Bankfusionen.

Vor dem Eintritte der wirtschaftlichen Depression hatten zwar schon verschiedene Berliner Großbanken versucht, mit rheinisch-westfälischen Instituten engere Beziehungen anzuknüpfen. Rechten Erfolg hatte dieses Bestreben aber wie schon angedeutet, nur in einem Falle, auf Grund eines Beschlusses der Generalversammlung offerierte die Bergisch-Märkische Bank im August 1897 ihren Aktionären den Umtausch der Aktien in solche der Deutschen Bank. Für je 6000 Mk. wurden 4800 Mk. Aktien der Deutschen Bank gewährt. Diese erwarb dadurch die Mehrzahl der Aktien der Bergisch-Märkischen Bank, so daß sie auf diese einen ähnlichen Einfluß ausüben kann wie auf eine Filiale. Ein Mitglied des Direktoriums der Bergisch-Märkischen Bank erhielt Sitz und Stimme im Aufsichtsrate der Deutschen Bank, während umgekehrt selbstverständlich das Direktorium der letzteren ebenfalls im Aufsichtsrate des Elberfelder Instituts vertreten ist. Im übrigen wird man in diesem Falle ebenso wie in ähnlichen sich über das juristische Verhältnis der beiden Banken zueinander kaum ein zutreffendes Urteil bilden können, ohne nähere Kenntnis der internen Verträge.

Alle anderen rheinisch-westfälischen Institute schienen während der Zeit des Aufschwunges ängstlich bemüht zu sein, ihre Selbständigkeit zu erhalten. Das änderte sich mit Eintritt der Krisis, in deren Verlauf fast alle bedeutenderen Banken Rheinlands und Westfalens auf einen mehr oder minder großen Teil ihrer früheren Selbständigkeit zu Gunsten einiger Großbanken verzichteten. Lassen wir die Änderungen, welche während der Krisis in der äußeren Organisation des rheinisch-westfälischen Bankwesens stattfanden, Revue passieren:

Die Duisburg-Ruhrorter Bank, die noch im Mai 1900 eine infolge der Zeitverhältnisse unausgeführt gebliebene Erhöhung ihres Aktienkapitals beschlossen und zu diesem Zwecke bereits einen Vertrag, betreffend Übernahme der jungen Aktien, mit dem Schaaffhausenschen Bankvereine vereinbart hatte, wird der Deutschen Bank angegliedert.

[1] Im Gegensatz zu der Krisis in den siebziger Jahren. Damals war Verminderung des Aktienkapitals zu Sanierungszwecken, namentlich bei den rheinisch-westfälischen Banken, an der Tagesordnung. Es setzten z. B. ihr Kapital herab die Bank für Rheinland und Westfalen von 15 Mill. Mk. auf 4 350 000 Mk., der Barmer Bankverein von 12 Mill. Mk. auf 4 090 000 Mk., die Bergisch-Märkische Bank von 13 500 000 Mk. auf 7 200 000 Mk. Die Essener Kreditanstalt von 18 Mill. Mk. auf 10½ Mill. Mk.



Die Annäherung erfolgt in derselben Weise wie früher diejenige der Bergisch-Märkischen Bank. Nach der Rheinisch-Westfälischen Zeitung wurde seitens der Verwaltung als Grund der Fusion angegeben, daß bei der Ausbreitung der Großbanken die kleineren Institute immer mehr beeinträchtigt würden, insofern die Gewinne kleiner, das Risiko aber unverhältnismäßig größer werde. Indirekt unter den Einfluß der Deutschen Bank kam ferner die Barmer Handelsbank, die in der Bergisch-Märkischen Bank aufging. Schon seit etwa 2 Jahren unterhält ebenfalls engere Beziehungen zur Deutschen Bank die Essener Kreditanstalt, die selbst im Mai 1902 die Kreditbank zu Recklinghausen (Aktien 3 Millionen Mk.) erwarb und zu diesem Zwecke ihr eigenes Kapital um einen entsprechenden Betrag vermehrte.

Die Aachener Diskonto-Gesellschaft schloß mit der Bank für Rheinland und Westfalen in Cöln, sowie mit der Koblenzer Bank in Koblenz Fusionsverträge, laut welche die Aktiva und Passiva der beiden Banken auf die Aachener Diskonto-Gesellschaft, die gleichzeitig den Namen Rheinische Diskonto-Gesellschaft annimmt, übergehen. Ungefähr gleichzeitig wurden auch die Geschäfte eines Viersener Bankhauses auf die Rheinische Diskonto-Gesellschaft übergeführt, die nunmehr anders wie die alte Aachener Diskonto-Gesellschaft ebenfalls mit Errichtung von Filialen vorzugehen beabsichtigt; bereits wurde eine solche Anfang 1903 in Bonn errichtet. Die Rheinische Diskonto-Gesellschaft erhöhte ihr Kapital um 10 Millionen Mk. Die Direktion der Diskonto-Gesellschaft in Berlin verbürgt in Gemeinschaft mit der Firma Dellbrück & Leo den Erfolg der für die in Rede stehenden Fusionen erforderlichen finanziellen Operationen und übernimmt die nicht zum Umtausch gelangenden neuen Aktien für feste Rechnung. Damit wird die Diskonto-Gesellschaft durch die neue Rheinische Diskonto-Gesellschaft in Rheinland und Westfalen in ähnlicher Weise wie die Deutsche Bank festen Fuß fassen. Sie ist übrigens auch interessiert am Barmer Bankverein, der am Schlusse vorigen Jahres den Düsseldorfer Bankverein aufnahm[1], sowie an der Dürener Bank, die Ende 1902 die Euskirchener Volksbank (1/2 Million Mk. Aktienkapital) mit sich vereinigte.

---

[1] Bemerkenswert ist, daß auf der letzten Generalversammlung des Düsseldorfer Bankvereins mitgeteilt wurde, außer der Vereinigung mit dem Barmer Bankverein hätten noch drei andere Sanierungsprojekte vorgelegen: Vermehrung des Aktienkapitals, Verbindung mit einer großen Bank, die Kredit gewähren wolle, und Fusion mit einer anderen Bank.



Zur Begründung der Übernahme wurde in der dazu berufenen Generalversammlung der Dürener Bank ausgeführt, daß diese durch Errichtung einer Filiale in dem für sie wichtigen Euskirchener Gebiete schon länger ihren Geschäftskreis zu festigen suchte, um zu verhindern, daß sich dort eine andere Bank niederlasse; da der Wettbewerb mit der Euskirchener Volksbank aber zu empfindlich geworden sei, habe eine Verschmelzung nahe gelegen.

Der Schaaffhausensche Bankverein blieb angesichts dieser Vorgänge, die sich in unmittelbarer Nachbarschaft seines Hauptsitzes innerhalb weniger Monate abspielten, nicht müßig. Er übernahm für 3 Millionen Mk. junger Aktien der Mittelrheinischen Bank in Coblenz. Dieses Institut, das seit 1901 eine Filiale in Duisburg unterhält, erhöhte sein erst im Januar 1901 von 2 400 000 Mk. auf 5 Millionen Mk. gesteigertes Aktienkapital um weitere 3 Millionen Mk. Zwischen der Mittelrheinischen Bank und der Mülheimer Bank mit Filiale in Oberhausen sollen ebenfalls nähere Beziehungen angestrebt werden. Wie in dem letzten Jahresberichte des Schaaffhausenschen Bankvereins zum ersten Male erwähnt wird, ist dieses Institut seit kurzem auch beteiligt durch größeren Aktienbesitz an der Niederrheinischen Kreditanstalt Peters & Co.

Auch die Dresdener Bank war bemüht, ihm als selbständige rheinisch-westfälische Banken sich anzugliedern. Bereits hat sie die Cölnische Kommissions- und Wechslerbank für sich gewonnen und auch mit der Westdeutschen Bank in Bonn sind engere Beziehungen angebahnt. Die meisten der genannten Fusionen sind zugleich Sanierungen, bei denen jedoch, wie es scheint, die Aktionäre der sanierten und nicht der sanierenden Bank das beste Geschäft machten. So standen die Aktien der Duisburg-Ruhrorter Bank vor dem Bekanntwerden der Umtauschofferte lange Zeit nur 94—98 %, der Umtausch erfolgte zu 111½ %. Bei der Barmer Bank, die erklären mußte, daß sie für 1901 wegen sehr erheblicher Verluste eine Dividende nicht verteilen könne, wurde der Umtausch zu etwa 104 % bewerkstelligt. Beim Düsseldorfer Bankverein wurden die Aktien beim Umtausch zu 111 % bewertet, die Börsennotiz war erheblich niedriger. Vielfach scheint die Befürchtung, die Konkurrenz könne zuvor kommen bei dem Angebote, das man den sanierungsbedürftigen Banken machte, von wesentlichem Einflusse gewesen zu sein; freilich darf nicht übersehen werden, daß der „Spekulationswert" der Banken, die vorübergehend schlechte Geschäfte gemacht haben, meist tiefer zu stehen pflegt als dem inneren Werte

entspricht, während anderseits Banken, die seit einer Reihe von Jahren hohe und ziemlich gleichmäßige Dividenden verteilt haben, mit Rücksicht darauf von der Börse vielleicht höher bewertet werden, als eine sorgfältige Prüfung der Aktiva und Passiva rechtfertigen würde. Auch muß der Vollständigkeit halber wenigstens angedeutet werden, daß die höchst persönlichen Interessen der Leiter von Banken, die mit anderen Instituten verschmolzen werden sollen, keineswegs immer eine quantité negligeable sind.

Jedenfalls haben die großen Berliner Banken das Ziel, welches sie offenbar auch in anderen deutschen Landesteilen anstreben, in Rheinland und Westfalen im großen und ganzen bereits erreicht: die Geschichte der Deutschen Bank, des Schaaffhausenschen Bankvereins, der Diskonto-Gesellschaft wird fortan gleichzeitig im wesentlichen die Geschichte des rheinisch-westfälischen Bankwesens enthalten.

II. Die Tätigkeit der Banken.

§ 1.

Prüft man die Tätigkeit der Banken mit Rücksicht auf die letzte Krisis, so wird sofort ein bemerkenswerter Unterschied zwischen der letzten Hausse und derjenigen, welcher der Krisis in den 70er Jahren voranging, auffallen. Die letztere bezeichnet man mit Recht als „Gründerjahre“, es wäre jedoch unrecht, wenn man die Jahre des Aufschwungs in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre mit demselben Namen kennzeichnen wollte. F. Eulenburg glaubt sein Bedauern darüber ausdrücken zu müssen, daß ich in meinem Buche „Depositenbanken und Spekulationsbanken“ die Gründertätigkeit etwas zu kurz „abgemacht“ habe. „Hier liege weit mehr die Ursache der Krisen als bei der ungeeigneten Kreditgewährung“.[1] Ungeeignete Kreditgewährung sei wohl in höherem Maße für die Krisis von 1857 und 1873 verantwortlich zu machen als für die letzte Krisis[2]. Die Tatsache, daß in dem Jahrfünft 1871—76 die Summe der Neu-Emissionen, wie Eulenburg selbst mitteilt, 2932 Millionen Mk., 1896—1900 dagegen, trotz des gewaltig gestiegenen Nationalreichtums, nur 1997 Millionen Mk. betrug, beweist schon das Gegenteil. Unterscheidet man aber ferner zwischen Erweiterung und Umwandlung schon bestehender

[1] Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik Jahrgang 1902 S. 349 Anm. 109.

[2] A. a. O. S. 385.

Unternehmen auf der einen, wirklichen Neugründungen auf der anderen Seite, so wird man erstaunt sein über die außerordentlich geringe Zahl der letzteren im letzten Jahrzehnt. Im Jahre 1901 wurden an der Berliner Börse die Aktien von 130 rheinisch-westfälischen Industriegesellschaften (inkl. Brauereien) mit einem Gesamt-Aktienkapital von etwa 845 Millionen Mk. notiert, von diesen waren 18 mit ca. 66 Millionen Mk. Aktienkapital in der letzten Hausse-Periode, 1896—1900, errichtet. Von diesen 18 stellten sich 16 lediglich als Umwandlungen bereits bestehender Geschäfte dar, die zum Teil früher in einer anderen Gesellschaftsform (Gewerkschaft, Gesellschaft m. b. H., Kommanditgesellschaft) existiert hatten, zum Teil Privatfirmen waren. Neu gegründet waren in der angegebenen Zeit nur zwei industrielle Aktiengesellschaften, deren Sitz sich in Rheinland-Westfalen befindet, nämlich die Cölner Elektrizitätsanlagen, als Finanzinstitut (Trust) für den seit 1882 bestehenden Helios, und die Deutsch-Atlantische Telegraphengesellschaft, die wegen ihrer Eigenart hier außer Betracht bleiben kann, deren Aktienkapital sich aber allein schon auf ungefähr 1/3 der oben angegebenen Gesamtsumme der Neugründungen belief. Bemerkenswert ist, daß bei den Umwandlungen in industrielle Aktiengesellschaften — anders wie bei den aus Privatfirmen entstandenen Banken und Bankfilialen (s. oben) — das Aktienkapital der neugegründeten Gesellschaft die Gesamtsumme des bisher im Geschäft angelegten Kapitals abzüglich Schulden in der Regel nicht überstieg[1].

Es sind nun allerdings in Rheinland und Westfalen selbstverständlich noch eine Reihe namentlich kleinerer Aktiengesellschaften im letzten Jahrzehnte entstanden, deren Aktien nicht an der Berliner Börse notiert werden. Es handelt sich dabei zum größten Teile um Familiengründungen oder sonstige Gründungen formeller und nicht spekulativer Art, man denke z. B. an Vereinigung mehrerer Betriebe bei Fortsetzung derselben für gemeinsame Rechnung.

Das Gesagte mag genügen als Beleg dafür, daß es an der Zeit ist, mit der alten Tradition, wonach der Schrecken der modernen Bank deren Gründungstätigkeit ist, zu brechen. Geheimrat Hartung hat

[1] Bei der Gladbacher Baumwollenmanufaktur war das Aktienkapital sogar niedriger als der Übernahmepreis. Der frühere Eigentümer erhielt 1½ Millionen Mk., davon wurde eine Million durch Ausgabe von Aktien, der Rest hingegen durch Ausgabe von Obligationen verschafft.

gewiß recht, wenn er von dem Gründungswesen, diesem „viel verlästerten Gebiete", behauptet, daß es „in Deutschland einen Ausbau erfahren habe, der an Solidität und gesunder Entwicklung schwerlich seinesgleichen hat."[1]

Ich gehe daher auf die Emissionstätigkeit auch hier nicht näher ein, zumal die rheinisch-westfälischen Provinzialbanken, wenn man vom Schaaffhausenschen Bankvereine absieht, nur ausnahmsweise bei Emissionen rheinisch-westfälischer Gesellschaften eine führende Rolle spielten; in vielen Fällen war eine Provinzialbank überhaupt nicht dabei beteiligt. In Tabelle II stelle ich die während des Jahres 1900 erfolgten Emissionen von Aktien und Obligationen rheinisch-westfälischer Aktiengesellschaften unter Angabe des Emissionskurses und des führenden Emissionshauses zusammen. Die Tabelle bestätigt das Gesagte, sie ist zugleich ein Beleg dafür, daß auch in der Gegenwart Privatfirmen bei der Gründungstätigkeit hervorragend beteiligt sind.

Nicht unerwähnt darf hier bleiben, daß auf einem Gebiete allerdings, speziell in Rheinland und Westfalen, die Gründertätigkeit eine derartig tolle war, wie sie sich selbst in den siebziger Jahren nur selten gestaltete; ich denke an den Kuxenmarkt. Viele Millionen gingen hier namentlich in dem nördlichen Teile der Rheinprovinz verloren, vielfach wurden besonders kleinere Kapitalisten erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Bei der Gründung der zahlreichen neuen Gewerkschaften, die das letzte Jahrzehnt des verflossenen Jahrhunderts brachte, waren aber Banken, soweit sie diesen Namen mit Recht führten, nur ausnahmsweise beteiligt. Teils waren es Privatspekulanten, welche die Gründung auf eigene Faust vornahmen, teils sogenannte Bankfirmen, die das Kuxengeschäft zu ihrer Spezialität gemacht hatten. Die Kreditbanken und zwar selbst sehr angesehene unter ihnen sind allerdings insofern zum Teil nicht ganz ohne Schuld an der traurigen Entwicklung der Dinge, weil sie Kunden, von denen sie wissen konnten, daß sie in Kuxen spekulierten, Kredite bewilligten, die über das berechtigte Maß hinausgingen. Auch darf man als feststehend bezeichnen, daß sie nicht immer so „treue und gute Berater" waren, wie dies auf

[1] Verhandlungen des ersten Allgemeinen Deutschen Bankiertages zu Frankfurt a. M., S. 96.



Tabelle II.

Nominal-Betrag	Name	Emissionskurs	Führendes Emissionshaus
3 000 000	Akt. d. A.-G. für Gas- und Elektrizität in Cöln	1½ Mill. 118½; 1½ Mill. 121½	Deutsche Bank
5 000 000	Akt. der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn	Bezugsrecht: 105	v. Koenen & Co., Berlin
800 000	Akt. d. Rheinisch-Westfäl. Sprengstoffgesellschaft	„ 140	Diskonto-Gesellsch., Berlin
3 000 000	Akt. d. Westfälisch. Kupfer- u. Messingwerke	128	Deutsche Bank
1 000 000	4%ige Oblig. der Westfäl. Kupfer- u. Messingwerke	100	„ „
6 200 000	4½%ige Oblig. Helios	100	Berlin. Bank, Schlesinger-Trier, D. Eff.- u. Wechselbank, D. Genoss.-Bank
4 050 000	Akt. d. Rheinischen Stahlwerke	Bezugsrecht: 160	Disk.-Ges., Deutsche Bank, Schaaffhausen, Bleichröder
300 000	Akt. d. Düsseld. Maschinenbaugesellschaft	„ 145	Berliner Bank
2 000 000	Akt. der Schlegelbrauerei Bochum	168½	Schaaffhausen
1 088 000	Akt. d. Gasmotorenfabrik Deutz	170	„
1 500 000	Akt. d. Concordia-Bergbau-Gesellschaft	Bezugsrecht: 235	D. Eff.- u. Wechs.-Bank, Arons & Walter, Berlin
1 700 000	Akt. d. Rhein. Anthracit-Kohlenwerke	„ 112½	Arons & Walter, Berlin
1 000 000	Akt. d. Gladbacher Baumwollen-Manufaktur	109½	A. Märker & Co., Berlin
800 000	Akt. d. Bergwerksverein Friedrich Wilhelm-Hütte	—	Schaaffhausen, Berlin
1 520 000	Akt. der „Friedrichshütte", Neunkirchen i. W.	Bezugsrecht: 140	Pfälzische Bank, Herz Clemm & Co.
1 500 000	Akt. d. Buderusschen Eisenwerke	„ 120	Mitteldeutsche Kreditbank
550 000	Akt. d. Tillmannschen Wellblechfabrik	Bezugsrecht: 140	Fischer & Co., Berlin
1 800 000	Akt. d. Hotel Disch in Cöln	101¾	Samuel Zielenziger, Berlin
500 000	Akt. d. Geisweil. Eisenwerke	Bezugsrecht: 255	Schaaffhausen
300 000	Akt. d. Gevelsberg. Aktienbrauerei	„ 115	Schlesinger Trier & Co. und C. G. Trinkaus
900 000	Akt. d. Westfälischen Stahlwerke	„ 190	Nationalbank, Berlin
5 040 000	Akt. d. Schalker Gruben- und Hüttenvereins	„ 100	Diskontgesellsch., Deutsche Bank und Schaaffhausen
3 100 000	Akt. d. Rhein. Spiegelglasfabrik	142	Breslauer Diskontobank
1 500 000	4½%ige Oblig. Ludwig Wessel, Poppelsdorf	101	Baß & Herz in Frankfurt, Westdeutsche Bank in Bonn
6 000 000	Akt. der Dortmund-Gronauer Eisenbahn	Bezugsrecht: 104	Diskonto-Gesellschaft
6 000 000	5%ige Oblig. d. Dortmunder Union	99¾	„
2 000 000	Akt. d. Lederwerke „Rote Erde" in Kreuznach	115	Deutsche Vereinsbank, Frankfurt
3 000 000	Akt. d. Arenbergschen Bergbaugesellschaft	Bezugsrecht: 100	Deutsche Bank

dem Bankiertage von dem Bankier verlangt wurde. Die Gerechtigkeit fordert aber gleichzeitig das Anerkenntnis, daß manche Banken schon frühzeitig eindringlich zur Vorsicht bei Ankauf von Kuxen warnten; dies tat beispielsweise die Essener Kreditanstalt, welche das reguläre Kuxengeschäft besonders pflegt, bereits in ihrem „Jahresbericht über den Handel in Kuxen“ pro 1898.

Es bleibt jedenfalls wahr, daß die moderne Depositen- und Spekulationsbank, vollends soweit es sich um Provinzialinstitute handelt, in der Gegenwart weit mehr aufmerksame Beachtung verdient in ihrer Eigenschaft als Kreditbank, denn als Effekten- und Emissionsbank.

In welchem Umfange rheinisch-westfälische Industriegesellschaften mit Kredit arbeiten, geht aus folgender Zusammenstellung hervor, deren Ziffern den letzten bezw. vorletzten Bilanzen der betreffenden Gesellschaften entnommen sind. (S. Tabelle III).

Es ist sicher, daß die Liste derjenigen rheinisch-westfälischen Industriegesellschaften, bei denen das fremde Kapital nicht im gehörigen Verhältnisse zum eigenen Kapital steht, noch wesentlich verlängert werden könnte. Ich glaube aber, daß die mitgeteilten Daten genügen [1].

Es sind besonders die kleineren Gesellschaften, die in so großem Umfange mit Kredit arbeiten. Der Grund liegt nahe genug: bei der schnell vorwärts schreitenden Technik sind bei den Fabriken, die konkurrenzfähig bleiben wollen, häufig Betriebsänderungen erforderlich. Diese sind jedoch für die kleine Fabrik verhältnismäßig schwieriger durchzuführen als für das große Unternehmen. Die erstere muß daher auch den Bankkredit in höherem Maße in Anspruch nehmen.

Die Obligationen (s. u.) wurden vielfach nur ausgegeben, um die allzu stark angewachsene Bankschuld abzutragen oder zu reduzieren. Kurze Zeit nach der Emission der Anleihen muß dann aber von neuem der Kredit der Banken benutzt werden, worauf man sich zur Abwechslung vielleicht einmal durch Erhöhung des Aktienkapitals hilft.

---

[1] Nebenbei bemerkt, ist es nicht nur in Rheinland und Westfalen mit dem Verhältnis zwischen eigenen Kapital und fremden Kapital so ungünstig bestellt. Die Mülhausener Baumwollspinnerei vorm. Naegley Frères wies z. B. nach der Bilanz pro 1902 bei einer Million Aktienkapital 1 200 000 Mk. Obligationen und 1 018 600 Mk. Kreditoren auf.



Tabelle III.

Name	Eigenes Kapital	Anleihen (Hypoth.-Oblig.)	Kreditoren
Friedrich Wilhelm-Hütte, Mühlheim (Ruhr)	4 000 000	1 500 000	2 301 000
Gewerkschaft König Ludwig	7 665 900	6 000 000	2 480 000
Maschinenfabrik Grevenbroich	2 000 000	—	2 536 000
Maschinenanstalt Humboldt	5 400 000	1 800 000	5 503 000
Westfälische Kupfer- u. Messingwerke	3 000 000	1 000 000	2 292 700
Weyersberg, Kirschberg & Co.	2 500 000	750 000	1 668 458
Waggonfabrik Uerdingen	1 600 000	646 800	1 456 800
Eisenwerk Rote Erde, Dortmund	1 200 000	188 000	722 500
Longscheider Walzwerke	1 300 000	273 000	1 000 460
Westdeutsche Bau-Aktiengesellschaft	1 000 000	92 500	638 000
Tuchfabrik Aachen	1 000 000	—	1 669 500
J. Pohlig, Cöln	1 800 000	—	1 223 000
J. P. Bemberg, Baumwollenindustrie	5 000 000	2 970 000	2 050 000
Rhein. Metallwaren- und Maschinenfabrik	9 000 000	5 890 000	2 944 000
Crefelder Seidenfärberei	2 000 000	950 000	1 137 000
Trierer Sohllederfabrik	1 350 000	290 000	480 000
Kammgarnspinnerei München-Gladbach	500 000	—	991 260
Baumwollspinnerei Gronau	1 500 000	2 840 000	
Lederwerke Rothe, Kreuznach	2 000 000	500 000	1 210 000
Façon-Eisenwalzwerk Mannstaedt & Co.	1 500 000	—	1 895 870

In den Geschäftsberichten der Banken ist gewöhnlich der größere Teil der Debitoren als „gedeckt“ bezeichnet; Fälle, in denen weniger als 50 % der bewilligten Kredite ungedeckt sind, wie dies beispielsweise bei der Duisburg-Ruhrorter Bank gemäß ihrer Bilanz pro Ultimo 1901 der Fall war (von 21 977 000 Mk. Debitoren waren nur 10 032 000 Mk. gedeckt), gehören zu den Seltenheiten. Aber was ist „gedeckt“? Ein als besonders tüchtig allgemein anerkannter rheinischer Bankdirektor versicherte mir allen Ernstes, daß im allgemeinen verhältnismäßig größere Verluste bei gedeckten als bei ungedeckten Krediten entständen; bei letzteren sehe man sich in der Regel nur die Deckung an, bei den ungedeckten Krediten halte man dagegen den Kunden und sein Geschäft stets im Auge. Dafür aber, daß man an die Qualität des als Sicherheit angebotenen Pfandes nicht zu hohe Anforderungen zu stellen wagt, sorgt schon die stets schärfer werdende Konkurrenz: Effekten werden zu Kursen angenommen, welche im Falle der zwangsweisen Veräußerung nicht realisierbar sind. Häufig begnügt man sich auch mit einer Sicherungshypothek (§ 1184 B.G.B.), die auf das Gesamtgrundeigentum des Schuldners eingetragen wird, nachdem dieses schon mit anderen Hypotheken fast bis zu seinem vollen Werte belastet ist. Damit ist die Möglichkeit, die Objekte früher oder später wenigstens zeitweise übernehmen zu müssen, sofort nahe gerückt, daß aber dadurch an Kraft und Kredit der Bank Anforderungen gestellt werden, denen diese entweder gar nicht oder doch nur mit schweren Opfern genügen kann, bedenkt man nicht. Mit Vorliebe werden ferner 1 oder 2 Bürgen, von denen „man sagt“, daß sie in guten Verhältnissen seien, als hinreichende Sicherheit für recht hohe Kredite betrachtet.

Während der jüngsten Krisis, in der es darauf ankam, die Mittel so flüssig wie möglich zu halten, zogen die Banken zum Teil auf ihre Kunden mit Blankokreditwechsel an eigene Ordre; ein Verfahren, das bislang in Ostdeutschland (ebenso wie in Frankreich und Elsaß-Lothringen, hier in Form des Solawechsels bezw. Billet à ordre) häufig war. Diese Art der Kreditgewährung bietet den Banken unzweifelhaft gewisse Vorteile. Sie besitzen im Accept des Schuldners eine Sicherheit, bei deren Realisierung ihnen das beschleunigte Verfahren des Wechselprozesses zur Seite steht. Sodann kann der Bankier im Bedarfsfalle durch Weiterbegebung des Wechsels sich Geld verschaffen. „Der an seine Ordre gestellte Wechsel bietet ihm gewisser-

maßen die Handhabe, den Kredit, welchen er gewährte, zu seinem eigenen Vorteile zu mobilisieren." [1]

Besonders bedenklich ist es, daß die Banken einen überwiegenden Teil des Kredits nicht in bar, sondern in Accepten zur Verfügung stellen, welche dann jahraus jahrein erneuert werden; das hob auch der Bericht der Handelskammer zu Düsseldorf pro 1901 hervor, um dann wie folgt fortzufahren: „Als der Zusammenbruch in Leipzig für mehrere Monate eine dumpfe Stimmung brachte, als der Diskontmarkt wochenlang versagte und in der Reichshauptstadt unter den anzukaufenden Wechseln außerordentlich stark gesichtet wurde, da trat plötzlich an viele Banken auch in unserem Bezirke die Notwendigkeit heran, die Accepte mit eigenen Mitteln einzulösen oder die Kundschaft zu veranlassen, durch Ausverkauf der angeschwollenen Lager selbst für den Ausgleich zu sorgen. Hierdurch erklärt sich indirekt der Rückgang mancher Waren." Über die Gefahren des Acceptkredits habe ich mich ausführlich an anderer Stelle geäußert, ich verweise auf das dort Gesagte [2].

Das, was Geheimrat Hecht in seiner Schrift über die Mannheimer Banken im allgemeinen sagt: daß die Grundsätze für die Gewährung industriellen Kredits, überhaupt für die Beziehungen zwischen Banken und Industrie sich noch nicht herausgebildet haben, das gilt speziell auch für die rheinisch-westfälischen Banken.

Mit Bankkredit wirtschaftet man, mit Bankkredit vergrößert man die Anlagen, aus dem Bankkredit bezahlt man die Dividenden. „Es ist unglaublich," so schrieb die Kölnische Zeitung mit besonderer Rücksicht auf die Verhältnisse in Rheinland und Westfalen, „welche falschen Begriffe vom berechtigten Kreditwesen heutzutage in Handel und Wandel gelten! Unglaublich auch, wie leichtfertig Kredit im Geschäftsleben gegeben wird! Während der Kredit, das Darlehen, von Rechts wegen und naturgemäß nur zeitweilig ergänzend eintreten sollte . . ., arbeiten zahllose Geschäftsleute jahraus jahrein mit Bankkredit in einem ihr eigenes Vermögen um ein vielfaches übersteigenden Umfang. Damit wird nicht allein die Grundlage jedes gesunden Geschäftsverkehrs gänzlich verschoben . . ., es wird auch durch eine solche Gepflogenheit die Geschäftsmoral aufs äußerste geschädigt." [3]

---

[1] K. von Lumm, Entwicklung des Bankwesens in Elsaß-Lothringen. Jena 1901. S. 165.

[2] Depositenbanken und Spekulationsbanken, S. 117 ff.

[3] Kölnische Zeitung 1. August, 1. Morgenausgabe.

Bei Gewährung von industriellen Krediten und Beteiligung an industriellen Unternehmungen wurde auch zuweilen insofern gefehlt, als nicht genügend Bedacht genommen wurde auf Verteilung des Risikos; nicht selten wurden von einer einzelnen Bank zu viel Kapital in einem Unternehmen oder in einer Branche angelegt.

Man sollte annehmen, daß die Banken wenigstens bemüht gewesen wären, die Finanzdispositionen des Kunden, dem sie einen Kredit eröffnet hatten, jederzeit kontrollieren zu können und zu verhindern gesucht hätten, daß dieser ohne ihr Mitwissen gleichzeitig mit anderen Banken arbeitete. Aber auch gegen diese Regel wurde außerordentlich häufig gesündigt; so erlitten z. B. beim Zusammenbruch der rheinischen Firma Gerh. Terlinden nicht weniger als 14 deutsche Banken und Bankiers Verluste: Rob. Warschauer & Co., Bank für Handel und Industrie, Diskonto-Gesellschaft, Norddeutsche Bank, Eph. Meyer & Söhne, Hannoversche Bank, Magdeburger Privatbank, von der Heydt, Kersten & Söhne, Barmer Bankverein, von Beckerath & Heilmann, Veit L. Homburger, Deutsche Effekten- und Wechselbank, Rob. Suermondt & Co., Dortmunder Bankverein. Wie man sieht, ein buntes Durcheinander von Provinzial- und Berliner Banken, großen und kleinen Instituten der verschiedensten Art. Das Terlindensche Unternehmen war eine sogenannte Familiengründung, die Aktien gelangten nicht zur Einführung an einer Börse und befanden sich noch in den Händen der ersten Gründer. Durch die „Gründung" als solche wurde also niemand geschädigt. Dagegen ist durch die zu reichliche Kreditgewährung ein außerordentlich großer volkswirtschaftlicher Schaden angerichtet worden. Terlinden war ein Betrüger, und, so wendet man ein, „gegen böswilligen Betrug ist kein Kraut gewachsen". Aber man wußte, daß das Unternehmen lediglich eine Familiengründung war, daß der Aufsichtsrat, in welchem ein Schwager Terlindens den Vorsitz führte, hier noch mehr als sonst bloß eine dekorative Bedeutung hatte, trotzdem ließ man es sich mit der Vorlegung der Bilanzen genug sein. Indem man die eigenen, bis kurz vor dem Zusammenbruche nirgendwo notierten Aktien der Firma Terlinden als Deckung hinnahm, konnte man freilich in den Bilanzen den Kredit als „gedeckt" bezeichnen, in der Tat war er jedoch ungedeckt. Um so mehr wäre es geboten gewesen, peinlichste Vorsicht walten zu lassen.

Schon aus der oben angeführten Tabelle III geht hervor, in welch großem Umfange rheinisch-westfälische Aktiengesellschaften Kapital durch Ausgabe von Obligationen herangezogen haben. In der Zeit

der Aufwärtsbewegung ist eine derartige Geldbeschaffung ja gewiß ganz angenehm. Man gibt 4—5 % und kann dann das Geld verwenden in einem Betriebe, der vielleicht einen doppelt so hohen Reingewinn abwirft. Ist dabei den Obligationen eine besondere dingliche Sicherheit gewährt, so läßt sich gegen das Verfahren kaum etwas einwenden. Es fragt sich nur, ob die gebotene „Sicherheit" eine wirkliche oder nur eine scheinbare ist. Gerät beispielsweise eine Gewerkschaft in Konkurs, etwa weil sie dort Schätze graben wollte, wo keine verborgen waren, so dürfte für die Obligationäre der nunmehr in ihren Besitz übergehende Grund und Boden in der Regel keinen oder doch nur geringen Wert haben[1]. Ist überhaupt keine dingliche Sicherheit gewährt, so ist der Obligationeninhaber tatsächlich bei weitem ungünstiger gestellt als der gewöhnliche Buchgläubiger, der sein Guthaben jederzeit zurückfordern kann; „ohne dingliche Sicherheit besteht die einzige Garantie, welche die Obligationäre haben, in der Verwaltung der betreffenden Gesellschaft, welche aber leider oft alles zu wünschen übrig läßt." [2] Dieser Satz hat sich voll bewahrheitet bei den Helios-Obligationen. Die Elektrizitätsgesellschaft Helios in Cöln hatte bei einem Aktienkapital von 20 Mk. Millionen ebenfalls für 20 Mk. Millionen Obligationen ausgegeben; hier war eine hypothekarische Sicherstellung von vornherein schon deshalb ausgeschlossen, weil die Fabrik selbst mit den Maschinen nur zu etwa 1/4 der Anleiheschuld zu Buche stand! Zu den Obligationen kamen übrigens noch Bankschulden in Höhe von etwa 10 Millionen Mk.

Die beteiligten Obligationäre würden unzweifelhaft noch größere Verluste erlitten haben, wenn nicht ihre Interessen durch eine dem Helios bis dahin fernstehende Bankgruppe unter Führung des Schaaffhausenschen Bankvereins in energischer Weise — nebenbei bemerkt unentgeltlich — wahrgenommen worden wären. Indem diese Bankgruppe sowohl die am Zusammenbruche des Helios beteiligten Banken als auch die Obligationäre bewog, auf ihr Recht in Gemäßheit der gesetzlichen Vorschriften zu verzichten, verhinderte sie gleichzeitig den Konkurs des Helios und ermöglichte dadurch dessen Sanierung.

---

[1] Manche sichergestellte 4½- und 5%ige Obligationen, namentlich von Gewerkschaften, werden zur Zeit schon, obwohl sie meist über Pari rückzahlbar sind, zu einem Drittel des Nennwertes und weniger angeboten.

[2] „Deutscher Ökonomist" 1902 S. 576.

Auf die einzelnen Sanierungen, die im übrigen von den rheinisch-westfälischen Banken oder unter ihrer Mitwirkung im letzten Jahre vorgenommen wurden, will ich hier nicht näher eingehen; es genügt zu betonen, daß sie vielfach bemüht waren, in anerkennenswerter Weise mit zu helfen, um die von der letzten Krisis verursachten Schäden wieder gut zu machen oder doch wenigstens zu lokalisieren.

§ 2.

„Jede Kreditbank will individuell beurteilt sein[1]. Das ist ein Satz, den sich namentlich jeder vor Augen halten muß, der sich ein richtiges Urteil über das rheinisch-westfälische Bankwesen bilden will. Es scheint mir daher unerläßlich, wenigstens in aller Kürze auf die speziellen Geschäfte der verschiedenen Banken einzugehen, ich beschränke mich dabei auf die Hervorhebung der Tatsachen, die mir für die Beurteilung des Anteils, den die Banken an der letzten wirtschaftlichen Depression hatten, wichtig zu sein scheinen, und die zugleich auch als Beleg dienen für die obigen allgemeinen Ausführungen.

Zunächst wäre der A. Schaaffhausensche Bankverein zu nennen, dessen umfassende Tätigkeit wohl in dem Referate über die Berliner Banken eingehendere Berücksichtigung finden dürfte. Hier nur wenige Bemerkungen. Man ist allgemein der Ansicht, daß der Schaaffhausensche Bankverein etwas zu einseitig an der rheinisch-westfälischen Montan- und Eisenindustrie, teils durch Kredit, teils durch Aktienbesitz beteiligt sei. Und doch trafen den Bankverein seine hauptsächlichsten Verluste während der jüngsten Krisis auf ganz anderen Gebieten; einmal durch den Zusammenbruch der Reederei vereinigter Schiffer, durch die Zahlungseinstellung der Aktiengesellschaft für chemische Industrie in Mannheim-Rheinau und endlich durch den Konkurs einer Kammgarnspinnerei in Eitorf (Kommanditgesellschaft Karl Schäfer & Co.) Die Vorgeschichte dieses zuletzt genannten Verlustes scheint mir besonders charakteristisch zu sein. Der Firma Schäfer & Co. wurde Mitte der neunziger Jahre „auf die Anregung von sehr zahlungsfähigen und ehrenwerten Personen" ein Kredit eröffnet. Während sich in den ersten Jahren die Rechnung der Gesellschaft im allgemeinen glatt abwickelte, kamen gegen Ende der Hochkonjunktur häufiger Kreditüberschreitungen vor. Nach Vor-

---

[1] Felix Hecht a. a. O. S. 23.

legung der, wie sich später herausstellte, gefälschten Bilanzen beruhigte sich die Bankleitung, doch wurde Einräumung einer erststelligen Hypothek auf die Fabrikanlagen verlangt. Gegen Ende 1900 wurde diese in Höhe von 1¼ Million Mk. eingetragen. Mitte Februar 1901 kam die Nachricht von dem Zusammenbruche, der hauptsächlich herbeigeführt worden sein soll, weil der persönlich haftende Teilhaber größere Privatspekulationen eingegangen war. Es ergab sich nach der Cöln. Zeitung, daß der Schaaffhausensche Bankverein außer mit seiner Hypothek noch mit 1 400 000 Mk. ungedeckten Krediten beteiligt war. Außer dem Bankverein befand sich unter anderen auch die Mitteldeutsche Kreditbank unter den Leidtragenden. Zur Fortsetzung des Unternehmens wurde eine Aktiengesellschaft mit 2 500 000 Mk. Kapital gegründet.

Angemerkt werden muß ferner, daß der Schaaffhausensche Bankverein auch am Kuxengeschäfte aktiv beteiligt war. Ende 1901 befanden sich noch größere Posten von Kuxen der Gewerkschaft Selbecker Bergwerksverein und der Zeche Blankenburg in seinem Besitz. Erstere war unter seiner Führung im Jahre 1900 aus einer Aktiengesellschaft gebildet worden. Die Umwandlung war notwendig geworden, wie in der beschließenden Generalversammlung der Aktiengesellschaft ausgeführt wurde, weil auf anderem Wege die für eine weitere Arbeit erforderlichen Mittel nicht beschafft werden konnten.

Wie sehr die Tätigkeit des Schaaffhausenschen Bankvereins sich von derjenigen der größeren rheinischen Provinzialbanken unterscheidet, lehrt am besten ein Blick auf die Gewinnquellen: Stellt man z. B. die Geschäftsergebnisse des Jahres 1899, also desjenigen Jahres, in welchem die Gründertätigkeit in Rheinland und Westfalen besonders lebhaft war, zusammen, so ergeben sich für die sechs kapitalstärksten rheinischen Banken folgende Resultate:

(Tabelle siehe S. 348.)

Unter den übrigen rheinisch-westfälischen Banken bilden wieder eine Gruppe für sich die Bergisch-Märkische Bank und die Essener Kreditanstalt, die beide, obwohl sie mitten im Industriegebiete liegen und hervorragend an dem Aufschwung der Volkswirtschaft in Rheinland und Westfalen beteiligt waren, doch während der Krisis nicht nur nicht rückwärts, sondern in bewundernswerter Weise vorwärts geschritten sind.

	Grundkapital	Rücklagen	Rohgewinn 1898	Rohgewinn 1899	Von dem Rohgewinn des Jahres 1899 erbrachten: Wechsel und Zinsen	Gebühren	Ausgaben-geschäfte u. Beteiligung
	in Millionen Mark						
1. Schaaffhausenscher Bankverein	100	19	9,3	11,6	5,5	2,1	3,3
2. Bergisch-Märkische Bank .	50	13	5,9	6,8	3,9	2,0	0,5
3. Essener Kreditanstalt . .	30	7	2,9	4,3	2,6	1,1	0,3
4. Barmer Kreditanstalt . .	25	4,5	2,2	3,0	2,1	0,8	—
5. Aachener Diskonto-Ges. .	25	5	1,8	2,3	1,6	0,5	0,2
6. Peters & Co., Crefeld . .	15	2,7	1,5	2,2	1,3	0,8	0,09
2—6 zusammen:	145	32,2	14,3	18,6	11,5	5,2	1,09

Wie in ihren Aktivgeschäften, so unterscheiden sich diese beiden Banken wesentlich von dem Schaaffhausenschen Bankvereine. Ultimo 1901 verfügte der letztere bei ca. 120 Millionen Mk. Eigenkapital (Aktienkapital und Reserve) über nur 2½ Millionen Mk. Depositen auf Kündigung und 9ſt0 000 Mk. Kreditoren im Scheckverkehr[1], während die Bergisch-Märkische Bank zu derselben Zeit bei 62 Millionen Mk. eignem Kapital ca. 40 Millionen Mk. Depositen (Kreditoren im Scheckverkehr sind nicht gesondert aufgeführt) und die Essener Kreditanstalt bei 37 Millionen Mk. eigenem Kapital 8 Millionen Mk. Depositen auf Kündigung und 11 635 000 Mk. Kreditoren im Scheckverkehr aufweisen konnte.

„Depositen auf Kündigung“ sind Spargelder; da den Kunden eine um so höhere Verzinsung geboten wird je längere Kündigungsfristen sie bewilligen, so ist die Rücknahme des bei weitem größten Teiles dieser Depositengelder an eine mehrmonatliche Kündigungsfrist gebunden. Trotzdem aber muß selbstverständlich eine Bank mit zahlreichen Spargeldern in ihren geschäftlichen Transaktionen weit vorsichtiger sein als eine solche ohne bedeutende Depositen. „Ein Run

[1] Ultimo 1902 hatte sich das Scheckkonto auf ca. 2 547 000, das Depositenkonto auf 4 969 000 Mk. erhöht. „Beide Erhöhungen,“ so heißt es im Bericht 1902, „hängen mit der Tätigkeit unserer neuen Stellen in Essen und Düsseldorf zusammen.“



kleiner Sparer ist bekanntlich das bedrohlichste für ein Bankhaus was es gibt." [1] Solange eine Bank sich ihres Charakters als Depositenbank bewußt bleibt, ist gegen ihre Bemühungen, möglichst viele Depositen an sich zu ziehen, nichts einzuwenden, aber selbst in diesen Fällen ist Anlocken kleiner Sparer durch Reklame, wie man sie zuweilen in Zeitungen finden kann — „Beträge von 5 Mk. an werden zu den höchsten Sätzen verzinst" und dergl. —, auf alle Fälle zu verurteilen.

Ein diesbezüglicher Vorwurf darf der Bergisch-Märkischen Bank und der Essener Kreditanstalt nicht gemacht werden. Ein durch jahrzehntelange Tätigkeit erworbenes Vertrauen ist es, das ihnen hauptsächlich die zahlreichen Depositengelder zuführt. Vielleicht darf man die beiden in Rede stehenden Banken Muster einer deutschen Depositenbank nennen, die aus Gründen, welche ich anderswo ausführlicher erörtert habe, verschieden sein muß von der englischen Depositenbank.

Nicht immer standen die Bergisch-Märkische Bank und die Essener Kreditanstalt auf der hohen Stufe, die sie jetzt einnehmen.

Die Ende 1871 gegründete Bergisch-Märkische Bank erlitt namentlich durch Effektenspekulationen und Beteiligungen während der Krisis in den siebziger Jahren sehr erhebliche Verluste, so daß sie, wie aus der beigegebenen Tabelle ersichtlich ist, 1874 überhaupt keine, 1875 nur eine sehr geringe Dividende verteilen konnte; und als sie 1878 wieder 6 % verteilen konnte, war das Mißtrauen noch so groß, daß der Kurs der Aktien Ultimo 1878 auf nur 78 % stand, dann ging es allmählich aufwärts, weniger als 6 % wurde in der Folgezeit überhaupt nicht mehr verteilt, seit 1889 sank die Dividende sogar nicht mehr unter 7 %. Nur zu einem geringen Teile trug das sogenannte irreguläre Bankgeschäft zu den günstigen Geschäftsergebnissen bei. In den Jahren 1898 bis 1901 betrug der Gewinn auf Effekten- und Konsortialkonto durchschnittlich rund 1/2 Million Mk., derjenige auf Zinsen- und Provisionskonto hingegen etwa 12 mal soviel, über 6 Millionen Mk. Dauernd beteiligt ist die Bergisch-Märkische Bank hauptsächlich an einer Brauerei in Elberfeld, an der elektrischen Straßenbahn daselbst, an der Bergisch-Märkischen Industriegesellschaft in Barmen und an der Westdeutschen Bodenkreditanstalt in Cöln. Ultimo 1901 belief sich der Betrag der noch nicht abgerechneten Ein-

[1] Geheimrat Hartung auf dem Bankiertage, Verhandlungen S. 92.

zahlungen auf Konsortialbeteiligungen auf 6 513 000 Mk., der Betrag der eigenen Wertpapiere auf ca. 7 161 000 Mk., darunter waren über 3 Millionen Mk. deutsche Staats- und Kommunalpapiere, sowie ca. 1 200 000 Mk. inländische Pfandbriefe und Obligationen.

Über das Verhalten der Bergisch-Märkischen Bank während der letzten Krisis stellt ihr der Jahresbericht der Handelskammer Elberfeld folgendes Zeugnis aus: „Wir dürfen mit Genugtuung feststellen, daß unser größtes Bankinstitut — die Bergisch-Märkische Bank — in den schlimmsten Monaten große Mittel in den Dienst gefährdeter auswärtiger rheinischer Bankfirmen außerhalb des Wuppertales stellte und dadurch weitere Katastrophen und Beunruhigungen verhinderte." Diese Bemerkung bezieht sich offenbar hauptsächlich auf das Eingreifen der Bergisch-Märkischen Bank nach dem bereits oben erwähnten Zusammenbruche der Firmen Beckerath & Heilmann in Crefeld und Rob. Suermondt & Co. in Aachen. Dadurch daß die Bank in dem einen Falle für vollständige Befriedigung der Gläubiger Gewähr leistete, in dem anderen die Auszahlung aller kleineren Forderungen übernahm und mit den großen Gläubigern eine Verständigung herbeiführte, wurde es ermöglicht, weitere Beunruhigung fern zu halten.

Der Bericht der Bank selbst äußert sich über die Folgen der Krisis für ihren Geschäftsbetrieb wie folgt:

„Durch die Zurückhaltung, welche wir uns seit den ersten Anzeichen rückgängiger Konjunktur auferlegt hatten, waren wir, allerdings auch auf Kosten des Zinserträgnisses, mit liquiden Mitteln reichlich ausgestattet und nicht nur in der Lage, die herausgelegten Kredite aufrecht zu erhalten und Restriktionen lediglich auf die Fälle verminderter Sicherheit zu beschränken, sondern auch imstande, solchen an sich gesunden Unternehmungen, welche ihre Mittel durch die Anhäufung von Vorräten festgelegt hatten, zu Hilfe zu kommen. Bei der Abschätzung unserer Aktiva haben wir alle verschlechterten Risiken mit Einschluß eines Verlustes, welcher durch die Zahlungseinstellung eines in Erzwerten stark engagierten Kunden entstehen wird, durch Minderbewertung, Rückstellung oder Abschreibung berücksichtigt und bereits früher im Delkrederefonds vorgesehene Verluste zu Lasten desselben beglichen."

Ganz ähnlich wie die Geschichte der Bergisch-Märkischen Bank verlief diejenige der Essener Kreditanstalt. Sie wurde im Jahre 1872 gegründet und konnte beim Abschlusse des ersten Geschäftsjahres schon gleich 20 % Dividende verteilen, hauptsächlich infolge von Spekulations-

geschäften. Die folgenden Jahre brachten die Strafe; erst in den achtziger Jahren hatte sich die Bank wieder vollständig erholt von den Mißerfolgen ihrer ersten Tätigkeit. In der Jubiläumsschrift, die sie aus Anlaß ihres 25 jährigen Bestehens im Jahre 1897 herausgab, heißt es, daß sie infolge der schlimmen Erfahrungen der Gründerjahre zu dem Grundsatze gelangt sei, sich aller Gründungen und Effektenspekulationen zu enthalten und ihre ganze Sorgfalt auf die Pflege des Kontokorrent- und Effektenkommissionsgeschäftes verwandt habe. Das war aber, wie weiter ausgeführt wird, für die Bank kein Hindernis, um im Verein mit befreundeten Firmen zahlreiche Anleihen heimischer Industriegesellschaften, die sich als solid fundiert bewährt hatten, zu emittieren, „den Kapitalisten zur sicheren und rentablen Anlage ihrer Mittel, den Werken zu ihrer fruchtbringenden Entfaltung". Dagegen ist ebensowenig etwas einzuwenden wie gegen die zuweilen notwendig werdende Umwandlung befreundeter Firmen, von deren Solidität die Bank sich während langjährigen Geschäftsverkehrs überzeugen konnte, in Aktiengesellschaften. In derartigen Gründungen liegt weder eine Gefahr für die Bank noch für die Allgemeinheit. Übrigens scheint sich die Essener Kreditanstalt erst seit 1898 regelmäßiger, wenn auch in sehr bescheidenem Umfange, an Aktienemissionen zu beteiligen. Der Bericht pro 1899 bemerkt dazu ausdrücklich: „Wir verfehlen nicht, hervorzuheben, daß wir auf dem Gebiete der Gründungstätigkeit nur insoweit tätig sind, als zur Erhaltung unserer Beziehungen zur rheinisch-westfälischen Industrie unbedingt nötig ist."

Interessant ist ein Vergleich des Effektenbestandes der Kreditanstalt vor und während der Krisis; es waren Ultimo Dezember vorhanden:

	1898	1899	1900	1901
An deutschen Reichsanleihen und preuß. Konsols	1 562 547	1 612 240	1 476 000	6 285 000
An anderen Effekten .	371 908	459 073	361 343	448 543

Die auffallend große Steigerung der fest verzinslichen Wertpapiere erklärt sich einigermaßen aus dem Berichte pro 1901, in welchem es heißt: „Alle Kreditfragen mußten mit größerer Vorsicht denn je behandelt werden und eine angemessene Verwertung der uns zur Verfügung stehenden Kapitalien gestaltete sich bei den niedrigen Zinssätzen immer beschwerlicher." An anderer Stelle desselben Berichtes

werden einige weitere Mitteilungen über die Folgen der Krisis gemacht:

„Daß die Krisis nicht schließlich doch noch größere Opfer gefordert hat, ist neben der Reichsbank auch denjenigen Banken zuzuschreiben, die vermöge ihrer vorsichtig konservierten Mittel nicht nur die alten Kredite voll aufrecht erhielten, sondern auch neue zu gewähren vermochten. Zu unserer Genugtuung waren auch wir hierzu ununterbrochen in der Lage, so daß wir den verstärkten Ansprüchen der kritischen Periode voll gerecht werden und häufig da, wo andere finanzielle Kräfte versagten, helfend eintreten konnten. Auch hatten wir in jener Zeit des allgemeinen Mißtrauens erheblichen neuen Zufluß fremder Kapitalien zu verzeichnen, die sichere Unterkunft bei uns suchten."

. . . „An den bekannten großen Katastrophen waren wir gänzlich unbeteiligt; ebenso sind wir im Effektenbeleihungsgeschäft trotz der heftigen Kurserschütterungen verlustfrei geblieben. Indes wurde in unserem lokalen Kreditgeschäfte mehrere Kreditnehmer von dem wirtschaftlichen Rückschlage zu heftig betroffen, so daß wir als Abschreibung für eingetretene und wahrscheinliche Verluste 160000 Mk. dem Jahresgewinn entnehmen müssen."

Die verhältnismäßig außerordentlich geringe Summe, die abgeschrieben werden mußte, spricht für sich selbst.

Beigefügt sind einige Tabellen, welche die Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Bergisch-Märkischen Bank nnd der Essener Kreditanstalt seit ihrer Gründung zahlenmäßig illustrieren.

(Tabellen siehe S. 353.)

Darf man die beiden zuletzt besprochenen Banken wegen der Größe ihres Kapitals, der Höhe ihrer Umsätze, des Ansehens, welches sie genießen, als Provinzialgroßbanken bezeichnen — zu ihnen tritt noch nach den Verschmelzungen des letzten Jahres die Rheinische (früher Aachener) Diskonto-Gesellschaft —, so möchte ich eine Gruppe weiterer Banken mit 4—25 Millionen Mk. Aktienkapital Provinzialmittelbanken nennen. Sie haben durchweg mehr oder weniger empfindlich unter der Krisis leiden müssen. Dafür sprechen schon die Veränderungen in den Passivgeschäften, insbesondere der Rückgang der Depositen auf Kündigung bei der Mehrzahl dieser Banken. Eine tabellarische Übersicht gibt darüber näheren Aufschluß.

Von den in den Tabellen genannten Banken war die Rheinische Bank eine Spekulationsbank im schlimmsten Sinne des Wortes; sie brach infolge der Krisis beinahe vollkommen zusammen.

Tabelle IV.

Bergisch-Märkische Bank.

Jahr	Kassaverkehr	Wechselverkehr	Effektenverkehr	Acceptenverkehr	Lebende Konten	Gesamtumsatz
	in Millionen Mark					
1872	26,5	58,4	18,4	13,5	123,6	292
1873	33,5	80,9	19,4	18	136,9	337
1874	59,1	100,7	8,4	26,7	166,1	382
1875	67,4	113,1	7	26,4	173,1	386
1876	79,9	120	3,7	26	181,9	415
1877	106,9	156,9	5,7	23,4	233,9	532
1878	101,6	129,6	4,4	25,4	204,7	480
1879	106,4	119,7	7,9	32,4	198,8	497
1880	126,5	141,4	8,3	37,5	243,9	592
1881	137,6	152,9	8,8	36,5	263	639
1882	147	149,6	10,6	38,7	254,4	644
1883	173,1	168,7	7,9	54,8	301	771
1884	191,3	209	11,9	76	379,3	952
1885	216,2	220,8	9,6	85,9	420,9	1060
1886	255,7	225,6	23,9	89	465,9	1155
1887	266,4	240,9	45,7	84,8	502	1192
1888	287,7	254,1	68,2	77,2	539,9	1241
1889	343	291,1	176,9	72,2	750	1665
1890	358,3	314,5	102,7	66,2	696,2	1585
1891	356,2	325,6	73,6	60,7	672	1564
1892	353,4	316,2	61,1	61,3	669,4	1543
1893	392,9	318,2	57,4	60,7	702,4	1611
1894	460	349,3	108,3	68,6	883	1960
1895	544,3	378,9	127,1	74,4	1095,6	2324
1896	596,3	403,2	163,8	80,7	1112,8	2471
1897	705,1	453,4	166,2	85,2	1366,3	2897
1898	876,4	555,9	211	105,7	1604,6	3472
1899	1006,1	627,5	282,9	121,4	1945,2	4128
1900	1152,4	781,1	233,3	157,3	2191,9	4677
1901	1240,4	823,6	116,1	167,8	2239,9	4749

Tabelle V.

Bergisch-Märkische Bank.

Jahr	Aktien-kapital Mk.	Effekten-gewinn Tsd. Mk.	Zins-gewinn Tsd. Mk.	Provi-sions-gewinn Tsd. Mk.	Verteilter Gewinn absolut Tsd. Mk.	Verteilter Gewinn %
1872	8 100 000	35	344	116	405	6
1873	8 100 000	12	448	151	324	4
1874	8 100 000	32	421	201	—	—
1875	8 100 000	123	384	225	113	1 7/18
1876	8 100 000	116	461	335	243	3
1877	7 200 000	16	483	239	288	4
1878	7 200 000	—	500	241	432	6
1879	7 200 000	56	503	264	480	6 2/3
1880	7 900 200	56	563	302	516	7
1881	9 000 000	44	666	338	600	6 2/3
1882	9 000 000	15	698	358	660	7 1/3
1883	10 800 000	14	732	409	704	7 1/3
1884	10 800 000	136	813	499	810	7 1/2
1885	15 000 000	—	939	541	732	6
1886	15 000 000	12	1023	561	900	6
1887	15 000 000	78	1040	640	900	6
1888	15 000 000	105	1077	660	975	6 1/2
1889	20 000 400	184	1373	813	1400	7
1890	20 000 400	92	1431	843	1400	7
1891	20 000 400	71	1399	834	1400	7
1892	20 000 400	62	1375	844	1400	7
1893	20 000 400	64	1453	848	1400	7
1894	20 000 400	100	1360	929	1400	7
1895	25 000 800	150	1549	1110	1688	7 1/2
1896	30 000 000	218	1906	1317	1875	7 1/2
1897	40 000 000	302	2275	1487	2250	7 1/2
1898	42 000 000	542	3142	1767	3360	8
1899	50 000 000	519	3940	1967	3570	8 1/2
1900	50 000 000	459	4687	2181	4250	8 1/2
1901	50 000 000	491	4394	2428	4250	8 1/2

Tabelle VI.

Essener Kredit-Anstalt

Jahr	Aktien-kapital Mk.	Rein-gewinn Tsd. Mk.	Zins-gewinn Tsd. Mk.	Provi-sions-gewinn Tsd. Mk.	Betrag der Dividende absolut Tsd. Mk.	%
1872	4 500 000	1501	161	108	900	20
1873	18 000 000	—	884	361	—	—
1874	17 964 000	728	966	330	719	4
1875	15 000 000	720	965	262	719	4
1876	15 000 000	304	792	251	300	2
1877	12 000 000	597	725	175	480	4
1878	12 000 000	593	664	190	473	4½
1879	10 500 000	609	537	200	525	5
1880	10 500 000	640	585	200	578	5½
1881	10 500 000	445	562	211	420	4
1882	10 500 000	581	567	187	525	5
1883	10 500 000	701	523	182	630	6
1884	10 500 000	706	483	179	630	6
1885	10 500 000	610	522	199	525	5
1886	10 500 000	644	493	188	525	5
1887	10 500 000	715	505	187	578	5½
1888	10 500 000	815	561	212	630	6
1889	10 500 000	952	336	259	683	6½
1890	10 500 000	1043	722	299	735	7
1891	10 500 000	1081	675	291	735	7
1892	10 500 000	913	635	278	735	7
1893	10 500 000	937	722	292	735	7
1894	13 312 500	939	715	335	735	7
1895	13 875 000	1383	791	441	938	7
1896	15 000 000	1427	1017	525	1050	7
1897	21 000 000	1729	1362	650	1350	7½
1898	30 000 000	2229	1759	829	1575	7½
1899	30 000 000	3484	2641	1053	2550	8½
1900	30 000 000	3504	2826	1129	2550	8½
1901	30 000 000	3200	2527	1119	2400	8

Tabelle VII.

Essener Kredit-Anstalt.

Jahr	Kassa-verkehr	Wechsel-verkehr	Effekten-verkehr	Accepten-verkehr	Lebende Konten	Gesamt-umsatz
	in Millionen Mark					
1872	32,6	24,9	13,2	19,9	107	202,8
1873	76,8	71,8	45,2	50,9	247,9	484,2
1874	54,5	73,8	15,8	34,9	156,6	338,4
1875	37,1	59,7	5,5	20,4	103,6	272,7
1876	41.7	60,2	2,9	25,3	99,6	270,3
1877	40,8	52,9	2,6	24,7	83,8	244,7
1878	38,1	46,5	1,7	21,4	77,9	227,5
1879	42,9	50,5	2,1	25,6	85,2	247
1880	49,2	57,1	2,9	24,5	94,4	262,9
1881	48,8	54,5	3,3	20,3	97,1	259,2
1882	55	55,7	3,8	21,4	98	268,7
1883	62,5	58,9	5,4	26,1	113,6	300,2
1884	64,1	55,1	4,9	24,4	117,1	300
1885	64,9	51,8	5	24,9	110,6	292,8
1886	66,5	50	4,1	25,2	116,4	297,2
1887	67,9	47,3	7,2	23	118,8	300,8
1888	80,3	50,4	9,7	19,2	141,6	340,1
1889	92,1	52,5	21,8	20,5	183,5	410,3
1890	108,7	59,9	20,3	20,9	218,1	472,4
1891	125,3	66,9	15,4	21,4	243,8	517,8
1892	121,1	64,9	11,4	20,3	215,1	475,8
1893	111,3	63,1	18	18,7	223,6	478,9
1894	148,6	72,7	27,4	20,1	280,3	600,8
1895	239,1	92	43,2	25,4	435,5	856,6
1896	299	115,9	46,8	26,8	495,9	1009,3
1897	345,7	166,3	63,7	33,1	694,2	1360,8
1898	389	182,9	59	38,2	804,1	1551,7
1899	435,3	238,6	97,6	39,4	986,7	1896 7
1900	517	298,1	69,6	43,7	1108	2063,7
1901	582,7	311,6	42,5	45,1	1247,5	2335,8

Tabelle VIII.

Name der Bank	Aktienkapital pro Ultimo	Reserve 1901	Depositen		Abnahme (—) oder Zunahme (+) der Depositen während des Jahres 1901
			Ultimo 1900	Ultimo 1901	
	Mill. Mk.	Mill. Mk.	Mill. Mk.	Mill. Mk.	Mill. Mk.
Barmer Bankverein . . .	28,3	4,37	7,08	6,53	— 0,55
Aachener Diskontobank . .	25	5,05	3	2,28	— 0,72
Niederrheinische Kreditanstalt Peters & Co.	21	3,75	11,78	10,51	— 1,27
Duisburg-Ruhrorter Bank	12	1,92	6,85	5,91	— 0,94
Kölnische Wechsler- u. Kommissionsbank	12	0,83	1,65	1,15	— 0,50
Westfälische Bank	10	1,40	3,17	3,73	+ 0,56
Dortmunder Bank	10	1,25	2,17	1,13	— 1,04
Bank für Rheinland u. Westfalen	10	—	2,37	1,54	— 0,83
Rheinische Bank	10	0,50	5,36	0,09	— 5,27
Westdeutsche Bank	9	0,48	?	1,57	?
Barmer Handelsbank. . .	7,5	0,70	2,77	1,46	— 1,31
Essener Bankverein . . .	7,5	0,36	0,77	1,38	+ 0,61
Westfäl. Bankverein . . .	6	1,54	5,43	5,76	— 0,33
Dürener Bank	5	0,02	3,10	2,80	— 0,30

Gegründet wurde sie 1897 von der Aktiengesellschaft für Montanindustrie in Berlin und den bekannten rheinischen Spekulanten Gustav und Leo Hanau und August Thyssen. Zweck war „Betrieb von Handelsgeschäften aller Art, von Bank-, Finanz-, Emissions-, Kredit-, Industrie- und Immobiliengeschäften, insbesondere die Übernahme und Fortführung des von der Firma G. Hanau zu Mülheim a. d. Ruhr seit 1833 betriebenen Bankgeschäftes“. Über die Gefährlichkeit des ganzen Unternehmeus bestand von Anfang an kein Zweifel; wohl die meisten unabhängigen Zeitungen und Zeitschriften, die dem Bank- und Börsenwesen besondere Aufmerksamkeit schenken, beurteilten das Institut wenig günstig. Der Zusammenbruch zeigte jedoch, daß alle Warnungen vergebens waren; viele kleinere Kapitalisten hatten sich mit der Bank eingelassen und wurden dadurch empfindlich geschädigt. Nur dem Umstande, daß ein Konsortium, an dessen Spitze die Reichsbank stand, tatkräftig eingriff und unter der Bedingung, daß die Liquidation der Bank beschlossen würde, 3 Millionen Mk. zur Verfügung stellte, ist es zu danken, daß der Zusammenbruch der Rheinischen Bank nicht ebenso schlimme Folgen zeitigte wie die bekannten anderen Katastrophen. Interessant ist ein Vergleich der Bilanzen der Rheinischen

Bank vom 31. Dezember 1900 mit derjenigen vom 8. Januar 1901, welch letztere der außerordentlichen Generalversammlung, die Mitte August einberufen wurde, um über die weiteren Maßregeln zur Sanierung und Reorganisation der Bank zu beraten, vorgelegt wurde:

	8. August 1901 Mk.	31. Dezember 1900 Mk.
Aktiva:		
Kassenbestand	208 124	804 416
Wechsel	1 293 542	3 698 811
Guthaben bei Banken	147 176	4 021 657
Vorschüsse auf Wertpapiere	1 792 988	
Debitoren	13 006 219	8 873 673
Avaldebitoren	1 220 885	1 795 437
Konsortialbeteiligungen	296 069	1 475 065
Effekten	1 747 014	2 671 046
Immobilien	1 177 114	1 253 676
Passiva.		
Accepte	4 747 153	2 965 874
Avalaccepte	1 220 885	1 795 437
Scheckkonto	24 989	1 058 454
Depositen	1 173 953	4 299 107
Kreditoren	2 426 575	2 486 220
Gewinn	333 487	884 721

Man sieht, wie außerordentlich „mobil" die Zahlen in einer Bilanz sein können! Unter den Effekten der Bank befand sich eine große Anzahl von Erzkuxen, die fast wertlos waren; auf die Außenstände mußten über 4 Millionen Mk. abgeschrieben werden; im August 1901 belief sich das Konto des Herrn Leo Hanau allein noch auf über 2 Millionen Mk. Zur Rettung einer größeren Buchforderung war das Institut genötigt, das Westfälische Kalkwerk zu übernehmen. Unverantwortlich war es auch, wie die Bank ihre Klienten zur Spekulation zu verleiten suchte.

Abgesehen von der Rheinischen Bank machte sich der wirtschaftliche Niedergang wohl kaum bei einer anderen rheinisch-westfälischen Bank so unangenehm bemerkbar wie bei der Bank für Rheinland und Westfalen. Sie wurde zwar schon im Jahre 1871 gegründet, hat sich aber doch wohl nie das allgemeine Vertrauen so recht zu erwerben verstanden. Ein Beweis dafür ist auch wohl die Tatsache, daß der Kurs der Aktien die Höhe nicht erreichte, die der Höhe der Dividenden in

den Jahren der Hochkonjunktur entsprochen hätte. Obschon von 1895 bis 1899 regelmäßig 6½—7% verteilt wurden, standen die Kurse doch nur ausnahmsweise über 120. In den fetten Jahren zeichnete sich die Bank durch außerordentliche Dürftigkeit ihrer Berichte aus, die nicht einmal die wenigen Angaben enthielten, welche man sonst in den Bankberichten zu finden gewohnt ist. Auch als sich pro 1901 ein Verlust von mehr als 2700000 Mk. ergab, fertigte man die Aktionäre im Geschäftsberichte im wesentlichen mit der Bemerkung ab, daß infolge des allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges auf Effekten und Konsortialbeteiligungen Kursverluste und Minderbewertungen zu berücksichtigen gewesen seien". Erst in der Generalversammlung ließ sich der Vorstand auf Drängen der Aktionäre herbei, einiges Nähere mitzuteilen. Man erfuhr nunmehr, daß die Bank mit erheblichen Summen beteiligt war unter anderem an der „Bank" für Bergbau und Industrie, bei der sich pro 1900—1901 eine Unterbilanz von rund 3600000 Mk. ergeben hatte, an der Union de Tramways in Brüssel, am Arienheller Sprudel, am Schwarzwälder Erzbergwerk, an der Gewerkschaft Palona in Ungarn, an der Gewerkschaft Ölberg in Westfalen, an der Gewerkschaft Wilhelmshall, an der Gewerkschaft Hedwigsburg, an der Bohrgesellschaft Lippermulde. Im ganzen besaß die Bank für ca. 1 Million Mk. Aktien, die im Börsenhandel nicht eingeführt waren, und für 478000 Mk. Kuxe; dabei war sie auch an Grundstücksspekulationen verhältnismäßig sehr stark beteiligt. Zur Zeit der Hochkonjunktur arbeitete das Institut laut der Bilanz pro 1899 bei 10 Millionen Mk. Aktienkapital und 1370000 Mk. Depositen mit nicht weniger als 4819000 Mk. Accepten.

Dieses Verhältnis ist freilich noch nicht so ungünstig, wie dasselbe pro Ultimo 1901 bei der Kölnischen Wechsler- und Kommissionsbank war; es standen 12 Millionen Mk. Aktienkapital 7 Millionen Mk. Accepte gegenüber. Schon das läßt ahnen, welches der Charakter dieser Bank war. Sie wurde ebenfalls im Jahre 1871 gegründet und konnte sich, ähnlich wie die Bank für Rheinland und Westfalen, nie ordentlich emporarbeiten; auch in guten Jahren arbeitete die Bank meist wenig befriedigend. Die Krisis brachte ihr erhebliche Verluste, so daß für 1901 nur eine Dividende von 1½% verteilt werden konnte. Auf Effektenkonto mußten 118000 Mk., auf Bankbeteiligungen 145900 Mk., auf Kontokorrentkonto 95000 Mk. abgeschrieben werden. Der Verlust, den das Unternehmen an seinen Bankbeteiligungen erlitt, ergab sich hauptsächlich dadurch, daß die Kommandite Gebrüder Hey-

mann in Berlin, an welcher die Bank mit 2½ Millionen Mk. Aktien beteiligt war, infolge der Depression einen sehr ungünstigen Abschluß machte. Lehrreich scheint mir ein Vergleich der Effektenumsätze zu sein, die die Wechslerbank in den Jahren 1899—1901 machte. Es ergeben sich dabei folgende Zahlen:

Zugang:			Abgang:		
1899	1900	1901	1899	1900	1901
39,46	**80,32**	29,51	38,70	**80,82**	29,14

Aus der Bilanz war von dem gewaltigen Anwachsen des Effektenverkehres im Jahre 1900 nichts zu ersehen; im Gegenteil hätte man aus der Tatsache, daß der Effektengewinn von 75 000 auf 30 000 Mk. sank und der Bestand an Effekten nur noch 630 000 Mk. gegen 750 000 Mk. im Vorjahre betrug, eher das Gegenteil schließen dürfen, ein Beleg dafür, wie notwendig es ist, bei der Beurteilung einer Bank nicht nur die Bilanzzahlen, sondern auch die Umsatzziffern zu berücksichtigen.

Als vierte rheinische Bank, die von der Krisis schwer betroffen wurde, ist die Westdeutsche Bank in Bonn zu nennen. Sie entstand 1896 aus dem angesehenen Privat-Bankhause Jonas Cahn. Die Verluste sind im wesentlichen nicht solche des Hauptinstituts, sondern der 1898 errichteten Filiale in Köln, die zunächst wenigstens in einer auffallend losen Verbindung mit der Bonner Mutteranstalt gestanden zu haben scheint. „Während unserem Kölner Hause," so berichtet der Vorstand, „in den ersten Jahren seines Bestehens die Befugnis zu völlig selbständigem Geschäftsverkehr eingeräumt worden war, haben wir die Oberleitung erst erhalten, nachdem bedauerliche Mißgriffe in der dortigen Geschäftsführung sich herausgestellt hatten." Die Kölner Niederlassung hat u. a. 380 000 Mk. Aktien der Grafschafter Kronenbrauerei in Altrop und 271 000 Mk. Aktien der Geestemünder Heringsfischerei lombardiert. Erstere Gesellschaft hat im Berichtjahre 90 000 Mk. Fehlbetrag bei 500 000 Mk. Aktienkapital zu verzeichnen. Letztere werde für 1902 voraussichtlich wieder 3 % Dividende verteilen. Auf beide Unternehmungen sollen 330 000 Mk. abgeschrieben werden. Ferner ist die Bank durch ihre Kölner Niederlassung Gläubigerin einer Schwemmsteinfabrik bei Neuwied, auf deren Schuld nicht weniger als 270 000 Mk. abgeschrieben werden müssen. Nach mittlerweile erfolgter Fertigstellung eines Bahnanschlusses wird die Fabrik als ertragsfähig angesehen. Weitere 63 000 Mk. wurden abgeschrieben

auf eine Forderung an ein in Konkurs geratenes Walzwerk in Oberhausen.

Im ganzen mußte die Bank für 1902 Abschreibungen in Höhe von 1 022 529 Mk. vornehmen. Eine Dividende konnte natürlich nicht verteilt werden, während im Vorjahre noch bei 307 000 Mk. Abschreibungen ein verteilbarer Gewinn von 180 000 Mk. gleich 2 % verblieb. Bemerkt werden möge hier, daß sich aus Aktionären der Bank ein Konsortium gebildet hatte, das sich die Aufgabe stellte, die Aktien der Bank nicht unter ein gewisses Minimum kommen zu lassen. Ähnliches soll bei anderen rheinisch-westfälischen Banken ebenfalls geschehen sein. Daß die Aktionäre der Westdeutschen Bank der Leitung des Hauptinstituts trotz der ungünstigen Ergebnisse der letzten Jahre ihr Vertrauen nicht entzogen haben, beweist wohl am besten die Tatsache, daß der Beschluß der Bank, ihr Aktienkapital um 1 500 000 Mk. zu reduzieren, deshalb nicht durchgeführt werden konnte, weil nur 380 000 Mk. Aktien seitens der Aktionäre zum Rückkauf angeboten wurden.

Auch die übrigen provinziellen Mittelbanken Rheinlands und Westfalens waren meistens gezwungen, recht hohe Abschreibungen vorzunehmen. So sah sich die Niederrheinische Kreditanstalt in Krefeld genötigt, pro 1900 700 000 Mk., pro 1902 250 000 Mk. für zweifelhafte Forderungen abzuschreibungen. Eine Stelle aus dem Geschäftsberichte pro 1901, die zur Aufklärung über die hohe Abschreibung dienen soll, mag hier Raum finden: „Wenngleich wir bei den traurigen Ereignissen des Jahres 1901 nicht beteiligt waren, und auch der in erster Linie unsere rheinischen Kreise treffende Fall Terlinden uns nicht berührte, so sind doch auch wir von größeren Verlusten leider nicht verschont geblieben. Wir erwähnen hier besonders eine Zahlungseinstellung in Düsseldorf im zweiten Halbjahr 1901, die uns um so empfindlicher traf, weil zwei uns als reiche Leute geschilderte Bürgen ihren Verpflichtungen aus der geleisteten Ausfallbürgschaft nicht nachkommen konnten. Das Konkursverfahren ist noch in der Schwebe, und wir beantragen, um allen Eventualitäten zu begegnen, die denkbar ungünstigste Abwicklung ins Auge zu fassen und für diesen großen Verlust und für verschiedene andere Ausfälle in laufender Rechnung 700 000 Mk. abzusetzen."

Die Duisburg-Ruhrorter Bank mußte schon 1899 zur Deckung von Veruntreuungen 323 000 Mk. zurückstellen; außerdem waren in den letzten Jahren insgesamt über 800 000 Mk. auf Debitorenkonto

abzuschreiben. Im Geschäftsberichte pro 1901 heißt es: „Die ungünstigen Folgen der wirtschaftlichen Krisis brachten verschiedene hiesige Geschäftszweige in bedrängte Lage, wodurch namentlich die Zweigniederlassung in Düsseldorf in Mitleidenschaft gezogen wurde. Daß diese Verhältnisse die Bilanz nicht stärker beeinflußten, ist dem Umstande zu verdanken, daß eine Gruppe von Aktionären für die Deckung von drohenden Ausfällen bei verschiedenen Aktivposten eingetreten ist." Der Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer & Co. stellte 1901 962 000 Mk. zurück. Dazu wurden aber auch noch „Eingänge auf früher minderbewertete Posten ebenfalls zu Abschreibungen verwandt." Die Barmer Handelsbank, die nunmehr mit der Bergisch-Märkischen Bank vereint ist, mußte sogar bei 7 Millionen Aktienkapital 1½ Millionen Mk. abschreiben bezw. dem Reservefonds entnehmen.

Der weitaus größte Teil der Verluste, die die Banken erlitten, war die Folge zu reichlicher Kreditgewährung; die Verluste an Effekten und bei Konsortialbeteiligung waren im ganzen nur gering. Daß die rheinisch-westfälischen Mittelbanken durchaus überwiegend — von wenigen Ausnahmen abgesehen — das „reguläre" Bankgeschäft pflegten, geht auch aus der beifolgenden Tabelle hervor, in welcher die Gewinne auf Zinsenkonto, Provisionskonto, Effekten- und Konsortialkonto zusammengestellt sind (Tabelle IX). Dabei waren die Gewinne auf Effektenkonto und bei Konsortialgeschäften wohl nicht einmal so groß, wie es nach den mitgeteilten Zahlen den Anschein hat, weil einige Banken, so z. B. die Westfälische Bank, auf das Effektenkonto die Erträgnisse der dauernden Beteiligungen bei anderen Banken eintragen. Überhaupt ist die Nomenklatur bei den Gewinnquellen so dehnbar, daß man, wenn man aus den betreffenden Zahlen Schlüsse ziehen will, die wissenschaftlichen Wert haben sollen, außerordentlich vorsichtig sein muß.

(Tabelle siehe S. 363.)

Nunmehr wende ich mich zu einer kurzen Besprechung der Tätigkeit der Kleinbanken; daß diese unsere besondere Beachtung verdient, ergibt sich schon aus dem im ersten Abschnitte Gesagten.

Charakteristisch ist es, daß manche dieser kleinen Institute, um sich auch äußerlich von den größeren Banken nicht zu unterscheiden, den Namen „Volksbank", welchen früher wohl die Mehrzahl der rheinisch-westfälischen Lokalbanken führte, glaubten ablegen zu müssen; sie hielten ihn offenbar nicht mehr für fein genug. So verwandelte die

Tabelle IX.

	Gewinne auf								
	Zinsenkonto			Provisionskonto			Effekten- und Konsortialkonto		
	in 1000 Mark								
	1899	1900	1901	1899	1900	1901	1899	1900	1901
Barmer Bankverein	2146	2122	1919	785	863	934	—	—	9
Aachener Diskonto-Gesellschaft	1578	1973	1726	515	623	548	151	5	70
Niederrheinische Kreditanstalt Peters & Co.	1307	1843	1486	823	883	1033	90	—	—
Duisburg-Ruhrorter Bank	1050	915	736	493	586	509	110	12	—
Kölnische Wechsler- u. Kommissionsbank	720	692	477	230	274	252	75	30	—
Westfälische Bank	515	436	313	257	312	336	126	174	120
Dortmunder Bankverein	732	879	744	225	255	230	51	62	78
Bank für Rheinland u. Westfalen	599	594	458	227	228	150	77	—	—
Rheinische Bank	873	856	447	668	674	253	347	—	—
Westdeutsche Bank	598	624	498	378	430	275	236	64	—
Düsseldorf. Bankverein	560	729	629	351	312	339	293	80	53
Barmer Handelsbank	441	475	429	207	216	154	77	67	—
Essener Bankverein	349	449	466	237	238	204	165	49	27
Westfäl. Bankverein	359	434	359	164	195	182	6	4	56
Dürener Bank	188	346	281	163	121	112	3	14	15

Barmer Volksbank ihre Firma in Barmer Kreditbank; die Solinger Volksbank, die Ronsdorfer Volksbank, die Düsseldorfer Volksbank und manche andere tilgten lediglich das Wort „Volk“ aus ihrer alten Firma. Die Mülheimer Volksbank verwandelte sich vor einigen Jahren in Mülheimer Handelsbank; als Gründe für diese Änderung führt der Geschäftsbericht pro 1900 folgendes an: „Wir glaubten unser Institut von einer beengenden Beurteilung befreien zu sollen, welchen die den genossenschaftlichen Ursprung kennzeichnenden Firmen in weiteren Geschäftskreisen, besonders aber im Auslande (das Institut hatte damals nur 1 Million Mk. Aktienkapital!) leider noch häufig unterworfen sind.“ Derartige Namensänderungen haben ja an sich nichts Bedenkliches, aber leider deuten sie genügend an, daß manche dieser Kleinbanken ihren ursprünglichen Zweck nicht mehr kennen und nicht mehr kennen wollen, daß sie für das „Volk“, für die kleinen Leute gegründet wurden; ihre Aktionäre sind ebenso wie ihre Depositengläubiger noch

heute durchweg Angehörige der unteren und mittleren Stände, die zum großen Teile den Lokalbanken zugeführt wurden, als sie noch wirkliche Volksbanken waren. Wenn irgendwo, so gilt bei den hier in Rede stehenden Banken der Satz, daß die Aktivgeschäfte den Passivgeschäften entsprechen müssen, und doch wird meiner Überzeugung nach gegen diesen Satz von den Kleinbanken häufiger gesündigt als von den Großbanken. Soweit die kleinen Kreditbanken ihrem ursprünglichen Programm: „Hebung des Standes der Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden durch Darlehen, Wechsel und Diskontogeschäft" — so formuliert die Rheinische Volksbank in Köln ihren Zweck — treu bleiben, soweit sie ihr Bestreben ausschließlich auf die Erfüllung solcher Aufgaben richten, können sie Leistungen vollbringen, die von der Filiale einer größeren Bank nie vollbracht werden können. Zum Glück gibt es doch auch in Rheinland und Westfalen immer noch eine Anzahl von Lokalbanken, die ihrem alten Programme treu geblieben sind.

Einige Lichtseiten der Kleinbanken möchte ich hervorheben. Vor allem kommt ihnen der Umstand zu gute, daß sie, wenn sie sich nicht auf Extravaganzen einlassen, die Kreditnehmer mit leichter Mühe kontrollieren können. Der Leiter einer rheinischen Lokalbank erzählte mir, daß jedem Mitgliede des Aufsichtsrates ein bestimmter Teil der Bankschuldner zur Beaufsichtigung überwiesen sei. Der Kontrollierte weiß, daß er mit dem geborgten Gelde vorsichtig operieren muß, weil ihm sonst der Kredit entzogen wird. Kennt nicht der Vorstand die Kreditbegehrenden persönlich, so sind diese doch den einzelnen Mitgliedern des Aufsichtsrates bekannt, der sich mit den Geschäften der Bank im allgemeinen viel mehr befaßt als der Aufsichtsrat einer größeren Bank. Bei einigen Kleinbanken tritt er sogar wöchentlich zusammen und hat die Genehmigung zu allen Kreditgesuchen zu erteilen; so ist es z. B. bei der Kreditbank in Duisburg. Auf der anderen Seite muß aber die Lokalbank mehr „Rücksicht" nehmen als etwa der Leiter einer Filiale, zumal nicht selten die Hauptaktionäre und Aufsichtsratsmitglieder auch die Hauptkunden der Lokalbanken sind. Jedenfalls kann die Lokalbank bei der Kreditgewährung einem Ortsangesessenen vielleicht ohne Gefahr Kredit gewähren, wenn er auch von jeder größeren Bank zurückgewiesen werden müßte. Die meist antiplutokratische Verfassung macht es ferner selbst dem kleinen Aktionär, der nur für einige hundert Mk. Aktien besitzt, möglich, einen gewissen Einfluß auf die Beschlüsse der Generalversammlung, die übrigens in der Regel von dem größten Teile der Aktionäre besucht wird, aus-

zuüben. Während bei den größeren Banken, soweit ich sehe ohne Ausnahme, je eine Aktie eine Stimme gewährt, schreiben die Statuten der Lokalbanken durchweg ein eigenartiges Proportionalwahlrecht vor, wie dies gewöhnlich auch in den „articles of association“ der englischen Depositenbanken geschieht. Einige Beispiele: bei der Trierischen Volksbank kann niemand mehr als zehn Stimmen für sich, sowie fernere zehn Stimmen für andere als deren Bevollmächtigter abgeben, während im übrigen jede Aktie zu einer Stimme berechtigt. Die Eschweiler Bank setzt die Maximalzahl der Stimmen, die von einem einzelnen abgegeben werden dürfen, sogar auf nur fünf fest. Bei der Gewerbebank in Krefeld gewährt der Besitz von 1—4 Aktien 1 Stimme, 5—8 Aktien 2 Stimmen, 9—12 Aktien 3 Stimmen u. s. w. bis zu 24 Aktien, die 6 Stimmen gewähren. Für jede weiteren 4 Aktien à 300 Mk. tritt 1 Stimme hinzu, in einer Person können jedoch nicht mehr als 25 Stimmen vereinigt sein.

Weil das lokale Publikum Aufsichtsrat und Bankvorstand der Kleinbank persönlich kennt und an ihrer Ehren- und Gewissenhaftigkeit nicht zweifelt, weil es weiß, daß an dem Unternehmen zahlreiche Mitbürger beteiligt sind, von denen man erwartet, daß sie ihr Veto einlegen, wenn sich die Bank in gefährliche Unternehmen einlassen will, hält man diese für ebenso sicher wie die Sparkasse, und da die kleine Aktienbank ½—1 % Zinsen mehr bietet als die Sparkassen, so hat man kein Bedenken, ihr die Spargroschen, die von manchen Instituten schon von 1 Mk. an entgegengenommen werden, anzuvertrauen. Daher kommt es, daß selbst die kleinsten Banken über Depositen auf Kündigung verfügen in einer Höhe, um die sie durch größere Banken mit vielleicht einem Aktienkapitale, das dasjenige der Kleinbanken um das Fünfzigfache übersteigen mag, beneidet werden[1]. Um dies durch einige Zahlen zu illustrieren, stelle ich die wichtigsten Bilanzposten von zehn ganz kleinen Banken zusammen, die zugleich zeigen, wie mangelhaft vielfach die Liquidität bei den Lokalbanken ist.

Wie bei den größeren Provinzialbanken so möchte ich auch die Verfehlungen der kleineren Institute durch einige Beispiele erläutern.

Wenn ich dabei an erster Stelle hinweise auf die Dortmunder

---

[1] Während beispielsweise Ultimo 1901 der Schaaffhausensche Bankverein bei ca. 120 Mill. Mk. Eigenkapital nur für etwa 2⅓ Mill. Mk. Depositen auf Kündigung besaß, verfügte die Paderborner Bank bei etwas mehr als ½ Mill. Mk. Eigenkapital über ca. 3,4 Mill. Mk. Depositen.



Tabelle X.

Die wichtigsten Bilanzziffern einiger Kleinbanken pro 1898 und 1901.

In 1000 Mark.

Name der Bank	Aktivkapital		Reserven		Depositen		Kreditoren		Accepte		Kassa		Wechsel		Wert-papiere		Debitoren	
	1901	1898	1901	1898	1901	1898	1901	1898	1901	1898	1901	1898	1901	1898	1901	1898	1901	1898
Bendorfer Volksbank	150	100	26	22	366	304	69	59	24	19	7	19	192	165	52	45	452	280
Bernkastler Volksbank	240	240	12	—	1476	573	52	29	205	—	43	9	18	10	9	28	1988	819
Bonner Privatbank .	800	800	197	116	2292	2132	185	336	29	13	63	39	800	812	274	289	2299	1906
Eschweiler Bank . .	500	300	65	23	692	677	172	241	99	24	70	25	238	239	192	15	1085	1022
Cochemer Volksbank .	300	300	120	115	2341	1882	249	567	—	51	37	60	24	55	813	947	2076	1817
Dürener Volksbank .	1500	1500	470	265	4747	2096	3152	3237	486	893	72	28	1502	573	1200	2734	7514	4007
Kreditbank Duisburg	300	300	188	143	1629	1300	851	363	2	4	228	147	652	653	415	384	1760	1091
Euskirchener Volks-bank	500	500	60	91	2032	1644	259	340	15	1	80	78	696	592	394	658	1628	1267
Heinsberger Bank . .	200	200	58	54	1523	1075	300	296	—	—	24	20	493	162	176	260	1318	1069
Paderborner Bank . .	600	600	40	20	3360	2790	398	117	—	—	185	70	1192	676	342	384	2509	2125

Handelsbank, so tue ich es nicht, weil ich annehme, daß ihre Tätigkeit besonders kennzeichnend sei für die rheinisch-westfälischen Kleinbanken überhaupt, aber ihr Schicksal zeigt jedoch, wie gefährlich Banken mit kleinem Aktienkapital sein können. Schon der statutarische Zweck der Dortmunder Handelsbank war eigentümlich formuliert: „Betrieb von Bankgeschäften, vornehmlich Erwerbung und Veräußerung von mobilen und immobilen Werten, Finanzierung von Unternehmungen, sowie Beteiligungen an solchen und Verwertung von Patenten". Die Bank, welche im Jahre 1898 ins Leben gerufen wurde, arbeitete zunächst nur mit 250 000 Mk. Aktienkapital, das später auf 1 Million Mk. erhöht wurde, wovon freilich nur ein Teil einbezahlt war. Nach einer Ende November 1902 aufgestellten Bilanz ergab sich unter anderem folgendes: Die Acceptverbindlichkeiten betrugen über ½ Million Mk.; 510 000 Mk. hatte die Bank zu fordern an einer in Sequestration befindlichen Schwemmsteinfabrik in Engers, weitere 300 000 Mk. bei einer Papierfabrik in Münster. In engster Beziehung stand die Bank mit einer Ein- und Verkaufsgenossenschaft, der sie ihre Accepte für Getreideeinkäufe gab; die Wechsel diskontierte sie aber nicht, sondern gab dafür Trassierungen auf ihre eigenen Vorstandsmitglieder. Daß für eine solche Bank jede ernstere wirtschaftliche Depression vollständigen Zusammenbruch bedeuten mußte, ist klar.

Man kann einwenden, daß die Dortmunder Handelsbank schon von ihrer Gründung an unter den rheinisch-westfälischen Kleinbanken eine gewisse Sonderstellung eingenommen habe; das läßt sich aber von der Paderborner Bank, die ebenfalls während der letzten Krisis dem Zusammenbruche nahe war, nicht behaupten. Sie wurde im Jahre 1890 von Bürgern der Stadt Paderborn gegründet. Spekulationsgeschäfte waren nach den Statuten ausgeschlossen. Das Aktienkapital betrug zunächst 300 000 Mk. Jede Aktie lautete auf 200 Mk. Von einem Aktionär konnten „für sich oder für andere oder durch andere" nicht mehr als 50 Stimmen abgegeben werden. Dem Aufsichtsrate gehörten meist kleinere und mittlere Gewerbetreibende und Handwerker an. Er hatte außer den üblichen Rechten und Pflichten unter anderem auch die Genehmigung zum Abschlusse von Kreditverträgen zu erteilen. In den ersten 7 Jahren ihres Bestehens verteilte die Bank durchschnittlich 7½ % Dividenden. Die Entwicklung des Geschäftsganges seit der Gründung wird durch umstehende tabellarische Übersicht veranschaulicht.

Tabelle XI.

Die Entwicklung des Paderborner Bankvereins nach den Bilanzen 1890—1901.

Jahr	Kassakonto	Wechselkonto	Effektenkonto	Immobilienkonto	Debitoren	Gewinn u. Verlustkonto	Aktienkonto	Avalkonto	Gewinn- u. Verlustkonto	Hypothekenkonto	Reservekonto	Spezialreservekonto	Kreditoren	Gesamtsumme auf einer Seite
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1890	791	76 072	55 089	—	91 318	—	75 000	—	3 062	—	—	—	145 077	223 271
1891	17 516	114 238	156 963	—	435 299	—	75 000	700	12 549	—	160	—	636 164	724 724
1892	43 284	436 022	85 749	—	937 949	—	150 000	700	10 978	—	3 000	—	1 338 738	1 503 847
1893	23 573	569 162	228 525	—	1 450 702	—	150 000	—	17 590	—	4 000	—	2 102 631	2 274 690
1894	47 496	701 540	38 747	—	2 121 988	—	300 000	10 000	26 932	—	5 000	1 500	2 567 734	2 911 486
1895	42 267	963 968	178 275	—	2 856 941	—	300 000	8 000	37 626	—	6 500	7 000	3 696 890	4 056 235
1896	44 121	1 003 167	272 949	—	3 445 118	—	300 000	16 350	47 104	—	8 000	11 000	4 384 868	4 767 505
1897	162 438	532 991	199 944	—	3 523 297	142 572	420 950	14 190	—	—	12 560	18 000	4 101 103	4 567 438
1898	70 432	675 644	341 630	215 299	2 124 898	81 840	600 000	5 000	—	117 125	—	—	2 790 655	3 513 370
1899	68 590	784 881	410 677	108 344	2 114 815	24 597	600 000	8 000	—	56 775	—	—	2 849 976	3 515 341
1900	93 723	1 559 933	432 473	110 400	2 262 325	—	600 000	16 770	—	51 446	20 000	12 955	3 748 674	4 474 435
1901	185 227	1 192 458	383 832	192 100	2 509 069	—	600 000	21 270	—	66 748	40 000	16 506	3 700 412	4 467 893

Bereits im Jahre 1897 erlitt die Bank bei Gewährung von industriellem Kredit einen Verlust von 196000 Mk.; das waren beinahe zwei Drittel des Aktienkapitals, die in der Hauptsache bei einem Kunden verloren gingen. Der Bericht des Vorstandes pro 1897 teilt darüber folgendes mit: „Der erhebliche Kapitalzufluß hatte die Grenzen, welche dem Betriebe anfangs gesteckt waren, ganz allmählich erweitert, so daß die Betriebsmittel nach und nach auch bedeutenden industriellen Unternehmungen in größerem Umfange dienstbar gemacht wurden. Unglücklicherweise befand sich unter diesen auch ein solches, an dessen Spitze ein allgemein angesehener Mann stand, der sich plötzlich als raffinierter Fälscher entpuppte, was den Zusammenbruch des Unternehmens herbeiführte. Der Bank erwuchs hierdurch der erste größere Verlust, dessen genaue Feststellung zur Zeit noch nicht erfolgen konnte." Vermutlich sollte die schon 1897 vorgenommene Kapitalerhöhung im Betrage von 300000 Mk. bereits zu Sanierungszwecken dienen. Im folgenden Jahre mußte ein Brauhaus und eine Papierfabrik übernommen und zeitweise für Rechnung der Bank weitergeführt werden. Man hatte den beiden Firmen jedes vernünftige Maß übersteigende Kredite bewilligt. Im Geschäftsberichte pro 1900 hieß es: „Da unsere Kreise unter den Schwierigkeiten der Eisen- und Kohlenindustrie nicht direkt zu leiden hatten, so sind die Fortschritte und die Ergebnisse unserer Bank stetig gewesen. Unser Institut hat sich mehr als man erwarten konnte weiter entwickelt. Es sind im Laufe des Jahres eine Menge Verbindungen mit kapitalkräftigen Firmen und Privatpersonen angeknüpft, wie der Umschlag von 31681604,57 Mk. gegen 22615194,60 Mk. (auf einer Seite des Hauptbuches) beweist."

Trotz dieses günstigen Berichtes mußten aber wiederum 33060 Mk. „dubiose Forderungen" abgeschrieben werden. Im Jahre 1901 waren weitere 58800 Mk. zurückzustellen. Weil jedoch der Geschäftsbericht betonte, das Schlimmste sei jetzt überstanden, und es könne nur besser werden, „die Morgenröte einer besseren Zukunft dämmere", wirkte die Nachricht überraschend, daß auf den 19. Juni 1902 eine außerordentliche Generalversammlung einberufen sei, in welcher über Sanierung, eventuell über Liquidation der Bank Beschluß gefaßt werden sollte. Man erfuhr nun — ich stütze mich im folgenden im wesentlichen auf die Berichte der Köln. Volkszeitung[1] — daß die

[1] Köln. Volksz. vom 20. Juni 1902, 2. Blatt, Abendausgabe, Handelsteil.

Armaturenfabrik in Neheim, nachdem ihr von mehreren anderen Banken, darunter auch von der Bergisch-Märkischen Bank, der Kredit gekündigt worden war, mit Genehmigung des Aufsichtsrates von der Paderborner Bank im August 1901 einen Kredit von 350 000 Mk. erhalten habe, nachdem zwei Mitglieder des Aufsichtsrates sich Werk und Bücher angesehen hatten. Später gelang es dem Direktor der Fabrik, den Vorstand der Paderborner Bank zu bewegen, weiteren Kredit bis zum Gesamtbetrage von 850 000 Mk. zu geben, dabei betrug das Aktienkapital der Bank, wie hier nochmals in Erinnerung gebracht werden muß, nur 600 000 Mk.! Es stellte sich heraus, daß bei der Neheimer Fabrik über 600 000 Mk. für das Paderborner Institut verloren waren. Als dies in weiteren Kreisen ruchbar wurde, verlangten die Depositengläubiger ihr Guthaben zurück. Doch gelang es der Bankleitung, nachdem der bisherige Direktor entlassen worden war, die Mehrzahl der Gläubiger wieder soweit zu beruhigen, daß sie ihre Kündigung zurückzogen. Infolgedessen konnte die Sanierung durchgeführt werden; zu dem Zwecke wurde das Aktienkapital durch Ausgabe von 300 000 Mk. Vorzugsaktien erhöht.

Ob nicht manche andere Kleinbanken ähnlich unvorsichtig mit den ihnen anvertrauten Geldern umgehen, wie die Paderborner Bank es jahrelang getan hat? Die Frage läßt sich bei der Dürftigkeit der Geschäftsberichte natürlich nicht mit Sicherheit beantworten, doch befürchte ich, daß man höchst erstaunt sein würde, wenn diese und jene Lokalbank etwas näheren Aufschluß geben müßte über die Art und Weise, wie sie ihre Gelder untergebracht hat. Auch die hohe und im ganzen gleichmäßige Dividende darf über die Bedenken nicht hinweg täuschen.

Außer den Verlusten der Dortmunder Handelsbank und der Paderborner Bank wurden mir noch folgende Verluste von rheinisch-westfälischen Lokalbanken bekannt: Die Herforder Diskontobank verlor im Jahre 1901 bei einem Reingewinne von 75 000 Mk. 178 000 Mk. hauptsächlich infolge Zusammenbruchs einer Firma; die Mülheimer Bank mußte ihre Beteiligung bei einer Mülheimer Gesellschaft in Höhe von 60 000 Mk. abschreiben. Die Westfälische Bankkommandite Ohm, Hernekamp & Co. war im Jahre 1900 bei 2½ Millionen Mk. Aktienkapital mit 200 000 Mk. beteiligt bei den Marmor- und Sandsteinwerken Ochs & Co. in Dortmund und bei der Rheinisch-Westfälischen Maschinenbauanstalt in Altenessen; bei letzterer mußte der erzielte Gewinn zu Abschreibungen verwandt werden. Auch die Be-

teiligung bei der Firma Ochs & Co. hatte eine Verzinsung nicht erbracht. Der Kreditverein Neviges (Aktienkapital 1½ Millionen Mk.) mußte Baugrundstücke in Mettmann und eine Eisengießerei in Heiligenhaus übernehmen. In dem Bericht pro 1902 wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß bei späterem Verkaufe dieser Besitzungen der „Buchwert" erreicht werde; wie hoch dieser ist, wird überhaupt nicht angegeben. Die Kreuznacher Volksbank mußte im Jahre 1902 eine in Konkurs geratene Kammfabrik übernehmen.

Ich hielt es umsomehr für meine Pflicht, den Verein für Sozialpolitik auf die Tätigkeit der Lokalbanken aufmerksam zu machen, einmal, weil ihnen fast ausschließlich Geld „kleiner Leute" anvertraut ist, dann aber auch deshalb, weil die Fachpresse mit Rücksicht auf das geringe Aktienkapital solchen Instituten naturgemäß nur oberflächliche Beachtung schenkt.

Verzeichnis der Kreditbanken, die Ende 1901 in Rheinland und Westfalen bestanden.

Firma	Ort	Jahr der Gründung	Aktienkapital in 1000 Mk.
1. Aachener Bank für Handel u. Gewerbe	Aachen	1874	2 500
2. Aachener Diskonto-Gesellschaft . . .	"	1872	25 000
3. Barmer Bankverein	Barmen	1867	28 288
4. " Kreditbank	"	1877	1 200
5. " Handelsbank	"	1898	7 500
6. Bendorfer Volksbank	Bendorf	1894	150
7. Bernkastler "	Bernkastel	1897	240
8. Westfälische Bank	Bielefeld	1868	10 000
9. Westfälisch-Lippische Vereinsbank . .	"	1900	5 000
10. Bochumer Bank	Bochum	1897	5 000
11. Märkische "	"	1898	4 000
12. Bonner Bank für Handel u. Gewerbe	Bonn	1875	1 800
13. " Privatbank	"	1885	800
14. Westdeutsche Bank	"	1896	9 000
15. Borbecker Kredit- und Spargesellschaft	Borbeck	1886	600
16. Clever Kreditbank	Cleve	1889	300
17. Coblenzer Bank	Coblenz	1898	2 000
18. Mittelrheinische Bank	"	1873	5 040
19. Cochemer Volksbank	Cochem	1882	120
20. Dortmunder Bankverein	Dortmund	1878	10 000
21. " Handelsbank	"	1898	1 333
22. Westfälische Bankkommandite (Ohm, Hernekamp & Co.	"	1898	3 000
23. Dürener Bank	Düren	1898	5 000
24. " Volksbank	"	1887	1 500

24*

Firma	Ort	Jahr der Gründung	Aktienkapital in 1000 Mk.
25. Düsseldorfer Bank	Düsseldorf	1879	4 000
26. " Bankverein	"	1889	9 000
27. Kreditbank	Duisburg	1883	300
28. Duisburg-Ruhrorter Bank	Duisburg	1859	12 000
29. Bergisch-Märkische Bank	Elberfeld	1871	50 000
30. Elberfelder Bankverein	"	1878	3 500
31. Emmericher Kreditbank	Emmerich	1876	500
32. Eschweiler Bank	Eschweiler	1890	500
33. Essener Bankverein	Essen	1898	7 500
34. " Kreditanstalt	"	1872	30 000
35. Eupener Kreditbank	Eupen	1895	500
36. Euskirchener Volksbank	Euskirchen	1877	500
37. Geilenkirchener Volksbank	Geilenkirchen	1885	315
38. Gummersbacher Volksbank	Gummersbach	1882	500
39. Herforder Diskontobank	Herford	1873	2 500
40. Iserlohner Volksbank	Iserlohn	1889	1 000
41. Bank für Rheinland und Westfalen	Cöln	1871	10 000
42. Kölnische Wechsel- u. Kommissionsbank	"	1871	12 000
43. Rheinische Volksbank	"	1875	3 000
44. A. Schaaffhausenscher Bankverein	"	1848	100 000
45. Gewerbebank	Krefeld	1877	2 000
46. Krefelder Bank	"	1901	3 000
47. Niederrheinische Kreditanstalt	"	1880	21 000
48. Lechennicher Kreditverein	Lechennich	1884	225
49. Lenneper Volksbank	Lennep	1889	250
50. Mayener "	Mayen	1880	200
51. Mindener Bankverein	Minden	1889	4 500
52. Mülheimer Bank	Mülheim	1889	3 750
53. " Handelsbank	"	1881	2 000
54. Rheinische Bank	"	1897	10 000
55. Westdeutsche Vereinsbank	Münster	1897	2 500
56. Westfälischer Bankverein	"	1889	6 000
57. Neuwieder Bankverein	Neuwied	1885	700
58. Kreditverein Neviges	Neviges	1878	1 500
59. Paderborner Bank	Paderborn	1890	600
60. Padersteinscher Bankverein	"	1897	1 500
61. Kreditbank	Recklinghausen	1894	3 000
62. Remscheider Kredit- und Sparbank	Remscheid	1889	500
63. Rheiner Bankverein	Rheine	1893	1 000
64. Ronsdorfer Bank	Ronsdorf	1875	500
65. Siegener Bank für Handel u. Gewerbe	Siegen	1893	3 000
66. Soester Spar- und Kreditbank	Soest	1892	1 000
67. Solinger Bank	Solingen	1877	2 400
68. Stolberger Bank	Stolberg	1878	164
69. Trierer Bank	Trier	1885	2 000
70. " Volksbank	"	1880	2 000
71. Wermelskirchener Bank	Wermelskirchen	1893	400
72. Weseler Bank	Wesel	1877	1 000

Die Katastrophe der Leipziger Bank[1].

Von

Dr. Felix Hecht.

Am 25. Juni 1901 hat die Leipziger Bank ihre Zahlungen eingestellt. Die Nachricht bedeutete den Höhepunkt der Krisis und steigerte das ohnehin schon weitgehende Mißtrauen ins Unglaubliche und zwar nicht nur in den Kreisen des Publikums, sondern selbst in den Bankkreisen. Nach der Kreditwürdigkeit solidester Institute, bei denen auch nicht die Spur einer Befürchtung berechtigt war, wurden vertrauliche Erkundigungen eingezogen, die Qualität bester Wechsel wurde angezweifelt. Der ohnehin schon eingeschränkte industrielle Kredit unterlag weiteren Restriktionen, und die Industriellen mißtrauten ihrerseits wiederum den Banken, bei denen sie erhebliche Summen in Kontokorrent laufen hatten.

Die Leipziger Bank bestand seit dem Jahre 1838. Sie war damals mit einem Kapital von 4 500 000 Mk. gegründet worden. Die Leipziger Diskontokasse, die im Jahre 1827 aus dem Leipziger Kassenverein (gegründet 1824) hervorgegangen war, ging in die neu entstandene Leipziger Bank bei ihrer Liquidation im Jahre 1838 auf. Die Leipziger Bank war die Bank der Leipziger Aristokratie. Im Jahre 1855 hatte sie ihr Kapital auf 9 000 000 Mk. erhöht, 1873 auf 18 000 000 Mk., 1890 auf 24 000 000 Mk., 1896 auf 32 000 000 Mk., 1898 auf 48 000 000 Mk. Sie hat bis zum Jahre 1876 unter der Oberaufsicht der Regierung gestanden. Seit dem Jahre 1839 hatte

---

[1] S. insbesondere Berichte des Konkursverwalters, Rechtsanwalt Freytag, vom 22. Juli 1901, sodann zweiter Bericht bis zum 15. Februar 1902, dritter Bericht bis 30. November 1902, ferner die Geschäftsberichte der Leipziger Bank und die Berichte über den Kriminalprozeß Exner und Genossen. Es ist bedauerlich, daß eine stenographische Aufnahme solcher Prozesse nicht stattfindet.

sie das Recht, Banknoten und Kassenscheine auszugeben. Mit dem 1. Januar 1876 hörte sie auf, Zettelbank zu sein. Sie wurde seitdem reine Kreditbank.

Am 12. April 1869 errichtete sie eine Filiale in Dresden, 1896 eine solche in Chemnitz, 1898 entstanden die Filialen in Plauen, Aue und Markneukirchen.

Die Dividenden betrugen:

1891	6½ %
1892—1894	6 %
1895	7½ %
1896	9 %
1897—1899	10 %
1900	9 %

Ende Dezember 1897 war der Aktienkurs 193¼, noch die letzte Notierung der Aktien stellte sich auf 141 %.

Ende Dezember 1901 weist die Bilanz einen Reservefonds von 14 073 200 Mk. aus, einen Spezialreservefonds von 1 000 000 Mk., wozu noch andere Reserven hinzutraten. Das Konto der Bardepositen und das Scheckkonto stellte sich auf 24 456 308 Mk. Die offenen (aus der Bilanz nicht ersichtlichen) Depots der Bank beliefen sich auf ca. 270 000 000 Mk. Die Aktien galten als eine mündelmäßige Anlage. Die Aktien sind inzwischen wertlos geworden, die Gläubiger der Bank aber werden wohl 65—70 % ihrer Forderungen erhalten.

Die Größe der Deroute bei Ausbruch des Konkurses ist leicht zu ermessen. Die Bank hatte rund 8000 Gläubiger, sie hatte aber vor allem vielen industriellen und Handelsfirmen in ausgedehntem Maße Acceptkredit gewährt. Bei Ausbruch des Konkurses belief sich die Summe der von der Leipziger Bank zu Gunsten anderer Firmen und Unternehmungen acceptierten Wechsel auf rund 28 000 000 Mk. Unmittelbar nach der Konkurseröffnung war eine Reihe dieser Wechsel fällig. Der finanzielle Zusammenbruch bedrohte eine ganze Anzahl von Unternehmungen, die Tausende von Arbeitern beschäftigten. In der überwiegenden Zahl der Fälle aber hat der Zusammenbruch vermieden werden können. Mit größter Energie wurde von tatkräftigen Instituten, insbesondere von der Reichsbank und von der Deutschen Bank eingegriffen. Den großen an sie gestellten Anforderungen wurden auch der Gläubigerausschuß und der Konkursverwalter gerecht. In einzelnen Fällen ist es allerdings nicht möglich gewesen, den Zusammenbruch von Firmen, die mit der Bank in Verbindung gestanden

hatten, zu verhüten. Vor allem ging die Aktiengesellschaft für Trebertrocknung in Kassel in Konkurs und mit ihr wiederum einige der mit dieser Gesellschaft in Beziehung stehenden Firmen.

Es darf heute als feststehend erachtet werden, daß die einzige Ursache der Katastrophe der Leipziger Bank in den Geschäftsbeziehungen zur Aktiengesellschaft für Trebertrocknung in Kassel und deren Tochterunternehmungen zu suchen ist. Diese Aktiengesellschaft wurde im November 1889 mit einem Aktienkapital von 350 000 Mk. zu dem Zweck gegründet, um Biertreber zu trocknen und daraus Futtermittel zu verfertigen.

Das Aktienkapital wurde 1891 und 1892 um je 150 000 Mk.
1894 „ 350 000 „
1895 „ 500 000 „
im Januar 1896 „ 1 500 000 „
im Dezember 1896 „ 3 000 000 „
1898 „ 6 000 000 „
erhöht.

Hand in Hand mit diesen Kapitalserhöhungen ist die Gründung zahlreicher Tochterunternehmungen im Inland und Ausland gegangen, insbesondere, nachdem der anfängliche Zweck des Unternehmens durch Erwerbung des Bergmannschen Holzverkohlungspatents eine wesentliche Erweiterung erfahren hatte.

Fachkreise erklärten das Bergmannsche Patent für wertlos. Die finanziellen Manipulationen der Gesellschaft erregten das größte Mißtrauen der geschäftlichen Kreise. Man beschloß, den gesamten Besitz an Aktien, Obligationen und sonstigen Werten der Tochtergesellschaften zu veräußern. Am 28. Februar 1901 wurde aber wiederum eine Erhöhung des Grundkapitals um 8 400 000 Mk. beschlossen, um diese neuen Aktien zum Eintausch von Aktien einer Anzahl Tochtergesellschaften und zum Erwerb des gesamten Vermögens einer Reihe von Tochterunternehmungen und neuen Etablissements zu verwenden. Die Durchführung der Fusionen ist infolge der Konkurseröffnung über das Vermögen der Aktiengesellschaft für Trebertrocknung unterblieben. Die Gesellschaft hat Dividenden bis zur Höhe von 50 % (1896) verteilt. Der Kurs der Aktien stieg bis auf 895. Aber das Mißtrauen nahm in solchem Umfang zu, daß es nicht gelang, die Zulassung der im Februar 1898 emittierten 6 000 000 Mk. Aktien an einer deutschen Börse zu bewirken, so daß man damit nach Brüssel gehen mußte.

Das gesamte Engagement der Leipziger Bank bei der Treber-

gesellschaft hat am Tag des Konkurses 93 296 637,56 Mk. betragen. Von dieser Summe ist der Kreditposten mit 2 184 057,58 Mk. nicht abzuziehen, weil in dem letztgenannten Betrag eine Schuld der Leipziger Bank an die Gesellschaft Hemesem mit 2 029 166,65 Mk. enthalten ist, die von der Leipziger Bank getrennt reguliert werden mußte. Das Engagement war auf 52 Konten verbucht. Zur Psychologie des Falles sei das Nachfolgende bemerkt:

Die Leipziger Bank hat bis zum Jahre 1897 mit der Trebergesellschaft eine Kreditverbindung gehabt, die nichts wesentlich Auffälliges an sich trug und für die Leipziger Bank lukrativ gewesen war. Die Leipziger Bank hatte bis dahin gesehen, daß die Trebergesellschaft durch die Form ihrer Gründungen von Tochtergesellschaften enorme Gewinne machte. Die Trebergesellschaft gründete bekanntlich in der Regel in der Weise, daß sie 50 % des Aktienkapitals für sich, für die Muttergesellschaft, als sogenannte Lizenz, als Entgelt für Überlassung der Patente beanspruchte. Dadurch machte die Trebergesellschaft buchmäßig riesige Gewinne. Der einzige Fehler war der, daß die Gewinne nicht zu realisieren waren, nach außen hin aber erschienen sie in der Bilanz und waren die Ursache der kolossalen Kurstreiberei in den Jahren 1895 bis 1897. An diesem Kursgewinne hatte die Leipziger Bank in den Jahren 1895, 1896 und 1897 in größerem Umfange teilgenommen. Insbesondere bei dem Verkauf von Tochterwerten sind hohe Gewinne erzielt worden. Die Beteiligung der Leipziger Bank an diesem Kursgewinne hatte die Gegenwirkung gehabt, daß die Leipziger Bank immer höhere Kredite der Trebergesellschaft gab. So war die Lage Ende 1897. Die Leipziger Bank wird sich bis dahin um die Rentabilität der Treberpatente nicht weiter viel gekümmert haben. Sie sah aber, daß die Treberwerte an der Börse einen enormen Kurs erreichten und daß dabei — gleichgültig, ob die Patente etwas wert waren oder nicht — für die Trebergesellschaft selbst, wie auch für die Leipziger Bank viel zu verdienen war.

Im Dezember 1897 nun hat die Direktion der Leipziger Bank das Konto der Trebergesellschaft in einer Aufsichtsratssitzung aufgewickelt. Dabei stellte sich heraus, daß die Trebergesellschaft etwa 9½ Millionen Mk. schuldete. Gleichzeitig hatten in jener Zeit verschiedene Aufsichtsratsmitglieder der Leipziger Bank sich einzelne Werke der Trebergesellschaft angesehen und dabei gefunden, daß zum großen Teil noch halbfertige Fabriken vorlagen und im übrigen nirgends von einer erprobten Rentabilität der Patente irgend etwas zu sehen war.

Diese Entdeckung eines Debet der Trebergesellschaft von etwa 9½ Millionen Mk. und gleichzeitig die schlechten Erfahrungen auf den Tochterwerken riefen bei der Leipziger Bank Beunruhigung hervor. Die Folge war ein Aufsichtsratsbeschluß vom Dezember 1897, keine weiteren Kredite nach Kassel zu geben. Allein dieser Beschluß wurde sehr bald wieder umgestoßen. Ob durch Zufall oder absichtlich, brachte die Trebergesellschaft Ende 1897 das neue Patent über das Kalcium-Karbid, und diese neue Entdeckung versetzte die Herren der Leipziger Bank in einen vollkommenen Taumel. Man sah zunächst wieder eine enorme Hausse der Treberaktien vor sich. Die Folge davon war, daß die Leipziger Bank Anfang 1898 den alten Beschluß über Beschränkung des Kredits umwarf, die neue Emission junger Treberaktien übernahm und beschloß, „in vorsichtiger Weise in größerem Umfange mit der Trebergesellschaft weiter zu arbeiten". Infolge dieser Beschlüsse stieg das Obligo der Trebergesellschaft bis Ultimo Dezember 1898 auf nahezu 28 Millionen Mk. Damit war die Leipziger Bank verfahren. Die Treberkurse waren im Jahre 1898 heruntergegangen, insbesondere war es nicht gelungen, die jungen Treberaktien an der Berliner Börse einzuführen. Anderseits hatte das Kalcium-Karbid sich als Täuschung erwiesen und von einer Ertragfähigkeit der Tochterwerke war noch immer nicht die Rede. Die Leipziger Bank sah daher, daß, wenn sie die Trebergesellschaft im Stiche ließ, ihr ganzes Guthaben bei der Trebergesellschaft so gut wie verloren sein würde und einen solchen Verlust konnte die Leipziger Bank, zumal im Jahre 1898, wo sie eben selbst junge Aktien ausgegeben hatte, nicht ohne eigene Gefahr überstehen. Deshalb kann man wohl sagen, daß von Ende 1898 an die Leipziger Bank gebunden in den Händen der Trebergesellschaft sich befand. Von Ende 1898 an hat die Leipziger Bank wohl keinen Kredit freiwillig mehr nach Kassel gegeben, sondern sie ist, wie man sagt, ihrem Gelde nachgelaufen. Anderseits hat die Trebergesellschaft von da ab die Situation der Leipziger Bank ausgenutzt, indem sie mit der größten Ungeniertheit Trassierungen auf die Leipziger Bank vor Acceptierung in Verkehr setzte und damit die Leipziger Bank in die Zwangslage brachte, diese Trassierungen anzunehmen oder die Trebergesellschaft zu desavouieren. Schmidt hat in jener Zeit der Leipziger Bank wiederholt ganz offen geschrieben, die Bank müsse ihm jeden Kredit geben, denn sonst sei nicht nur die Trebergesellschaft, sondern auch die Leipziger Bank verloren.

Als nun in dieser Weise von Anfang 1899 die Leipziger Bank

und die Trebergesellschaft bei einem Engagement von etwa 30 Millionen Mk. sozusagen auf Leben und Sterben verbunden waren, ergab sich eine neue Schwierigkeit für die Leipziger Bank. Die Bank mußte nach außen hin ihr Engagement verheimlichen. Das war aber schwierig, sobald Kassel Bilanzen herausgeben mußte. Daher zeigte sich im Frühjahr 1899, als der Kasseler Abschluß vom 31. März 1899 herankam, die erste große Schiebung. Kassel hätte in dieser Bilanz wahrheitsgemäß 15 bis 20 Millionen Mk. Kreditoren führen müssen. Das war ein Ding der Unmöglichkeit, nicht etwa nur für die Trebergesellschaft, sondern auch für die Leipziger Bank, denn es war damals schon bekannt, daß die einzige Bankverbindung der Trebergesellschaft die Leipziger Bank war. Es hätte also bei einem Kreditorenposten von 15 oder 20 Millionen Mk. in der Kasseler Bilanz jeder auf die Leipziger Bank hingewiesen.

Daher besprachen im Januar 1899 die leitenden Direktoren der beiden Gesellschaften die Situation und berieten, wie das Debet aus den Büchern zu beseitigen sei. Über diese Verhandlungen existiert in den Akten ein ausführlicher Bericht Exners an Gentzsch. Der Debetsaldo wurde dann auch bis zum 31. März, teils auch etwas später nach und nach beseitigt und zwar in der Hauptsache dergestalt, daß die Leipziger Bank Accepte von Tochtergesellschaften und Mitgliedern des Treberkonzern zur Gutschrift annahm, teils dadurch, daß sie den Tochtergesellschaften neue Kredite einräumte und diese Kredite der Trebergesellschaft gutbrachte. Auf diese Weise gelang es, das Debet so zu reduzieren, daß die Trebergesellschaft in der Bilanz nur 3½ Millionen Mk. Kreditoren aufzuführen brauchte. Dies war das Vorspiel der späteren großen Schiebungen. Es ist dies nicht als strafbare Handlung angesehen worden, weil das Engagement mit der Trebergesellschaft damals noch nicht so hoch war, daß die Leitung der Bank an eine Gefährdung der Gläubiger hätte denken können.

Eine weitere eigenartige Buchung wurde nötig im September 1899. In dieser Zeit kam der Chef eines Berliner Bankhauses, der die jungen Aktien an der Berliner Börse einführen wollte, nach Kassel und sah die Bücher der Trebergesellschaft ein. Zu diesem Zwecke buchte Schmidt, um den hohen Debetsaldo bei der Leipziger Bank nicht sehen zu lassen, auf ein „Geheimkonto" — so drückt Schmidt sich selbst aus — einen Betrag von 7 828 000 Mk. ab. Er berichtete dann hierüber an die Leipziger Bank, die schon ängstlich geworden war, daß der Berliner Delegierte etwa den Debetsaldo gesehen haben

könnte. Die Leipziger Bank buchte konform per 30. September 1899 dieselbe Summe auf ein neues Konto mit dem Namen Vorschußkonto. Dieses Vorschußkonto nahm die Leipziger Bank aus der laufenden Buchhaltung heraus und übertrug es in das Sekretariat. Durch diese Teilung des laufenden Kontos der Trebergesellschaft in der laufenden Buchhaltung und im Sekretariat erreichte die Leipziger Bank, daß den Angestellten der Überblick über das Konto der Trebergesellschaft entzogen wurde. Das Vorschußkonto wurde nun dasjenige Konto, auf dem in der Hauptsache die Schiebungen vorgenommen wurden, und der großen Mehrzahl der Angestellten wurde auch der weitere Einblick in die Geschäfte mit der Trebergesellschaft dadurch entzogen, daß die weiteren, mit der Trebergesellschaft zusammenhängenden Konten auch aus der laufenden Buchhaltung heraus, in das Sekretariat eingezogen wurden.

Auch hier hat man eine strafbare Handlung noch nicht angenommen, weil das Debet der Trebergesellschaft damals insgesamt etwa 50 Millionen Mk. betrug und deshalb die Direktoren an eine Gefährdung der Gläubiger noch nicht gedacht haben mögen.

Kritisch wurde die Lage im Frühjahr 1900, als der Abschluß der Trebergesellschaft per 31. März 1900 herankam. Dieses Mal wurde es nötig, 24 Millionen Mk. von den Konten der Trebergesellschaft verschwinden zu lassen, damit die Trebergesellschaft eine brauchbare Bilanz herausgeben konnte. Ohne Schiebung hätte die Trebergesellschaft, die per 31. März 1900 der Leipziger Bank 57 Millionen Mk. schuldete, etwa 27 Millionen Mk. Kreditoren zeigen müssen. Tatsächlich hat die Trebergesellschaft etwa 5 Millionen Mk. Kreditoren in der Bilanz gezeigt, 21 469 701 Mk. sind geschoben worden. Diese Abschiebung ist in verschiedener Weise geschehen. Es wurden für 9 572 404,20 Mk. Effekten an Konsortien verkauft, welche zum größten Teil niemals bestanden haben und erst gebildet werden sollten.

A. Etwa 7 Millionen Mk hiervon wurden beseitigt durch sogenannte Reportgeschäfte, d. h. die Leipziger Bank kaufte für zu bildende Konsortien die verschiedenartigsten Tochterwerte der Trebergesellschaft im Gesamtbetrage von etwa 7 Millionen Mk. auf, verpflichtete die Trebergesellschaft, für diese Tochterwerte nach 7 bezw. 7½, 14 und 20 Monaten einen Käufer zu benennen, brachte den Kaufpreis der Tochterwerte der Trebergesellschaft auf laufendem Konto gut und belastete den Kaufpreis den zu bildenden Konsortien. So

wurde unter der Form des Reportgeschäfts eine Schiebung schlimmster Art gemacht. Die zu bildenden Konsortien bestanden zum größten Teil überhaupt nicht. Nur zum kleinsten Teil waren Konsorten vorhanden. Die Konsorten waren meistens Exner, Sachsenröder und Börster zu meist unerheblichen Teilen. Die Leipziger Bank erreichte durch die Schiebung ein Doppeltes. Einmal erreichte sie die Gutschrift für die Trebergesellschaft, was für deren Bilanz notwendig war. Dann aber vermied sie es, trotz des Ankaufs der Tochterwerte als offizieller Besitzer der Aktien zu erscheinen, denn in den Büchern der Bank erschienen die Konsortien als selbständige Schuldner der Bank, während in Wirklichkeit die Bank allein der Besitzer der Report-Effekten geworden war. Der Leipziger Bank war aber damals schon mehrfach vorgeworfen worden, sie habe großen Besitz von Treberwerten und die Leipziger Bank mußte für ihre eigene Generalversammlung darauf vorbereitet sein, daß in dieser Beziehung Anfragen an sie gestellt würden.

B. Weiter wurden der Leipziger Bank wertlose Hypotheken auf einzelne Tochterwerke bestellt und diese Hypotheken brachte die Leipziger Bank, obwohl sie solche eigentlich nur als Sicherheit hätte annehmen dürfen, der Trebergesellschaft auf laufenden Konten gut. Das waren 1¹/₄ Millionen, die zum Teil der Leipziger Bank bereits als Sicherheit verpfändet waren.

C. Weiter kaufte die Leipziger Bank der Trebergesellschaft deren Forderung an die Berliner Finanz- und Handelszeitung ab. Es war dies die Forderung der Trebergesellschaft aus dem Effektengeschäft mit der Finanz- und Handelszeitung. Das waren 2 Millionen Mk.

D. Ferner wurde ein Lagerscheinvorschußkonto mit 1¹/₂ Millionen Mark eröffnet und auf laufende Konten gutgebracht. Dieses Konto war aber durch Lagerscheine nie ganz gedeckt.

E. Der Rest wurde in der Weise aufgebracht, daß die Leipziger Bank wieder Accepte der Tochtergesellschaften in großem Umfange hereinnahm und der Trebergesellschaft gutbrachte. Darunter waren auch Sekunda-Wechsel, für welche die Trebergesellschaft die Prima-Wechsel später niemals eingesendet hat. Es waren weiter dabei 3,6 Millionen Mk. Accepte der ersten galizischen Tochtergesellschaft, einer Gesellschaft, die ein Aktienkapital von 1,85 Millionen fl. hatte.

Nach Ansicht der Sachverständigen mußte die Direktion im Frühjahr 1900 bei einem Engagement von 57 Millionen Mk. sich dessen bewußt sein, daß im Falle des Zusammenbruchs der Trebergesellschaft

der Konkurs der Leipziger Bank unvermeidlich war. Hierbei kam in Betracht, daß damals im Frühjahr 1900 große Summen von Accepten der Trebergesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften, die ständig prolongiert wurden, mit dem Giro der Leipziger Bank im Umlaufe waren und daß die Leipziger Bank im Falle eines Zusammenbruchs der Trebergesellschaft gezwungen gewesen wäre, diese Wechsel einzulösen, was sie jedoch aus eigenen Mitteln nicht mehr konnte.

Im Herbst 1900, wohl aus Anlaß der Vorbereitung der Fusion der Kasseler Werke, kam das Millionen-Mk.-Geschäft zu stande. Dieses Geschäft war wohl die genialste Schiebung. Das Engagement belief sich per 30. September 1900 schon auf 70 Millionen Mk. Die laufenden Konten der Trebergesellschaft waren wiederum enorm angeschwollen. Die Leipziger Bank wurde von ihr nahe stehenden Personen, insbesondere von Gläubigern wiederholt gefragt, wieviel die Trebergesellschaft schuldete und sie konnte, da sie doch immerhin Indiskretion ihrer Angestellten fürchten mußte, nicht einen anderen Saldo angeben, als den, der aus den laufenden Konten ersichtlich war. Daher mußten die laufenden Konten heruntergebracht werden, damit die Leipziger Bank auf Anfrage Dritter das Engagement als gering angeben konnte, ohne mit dem tatsächlichen Saldo der laufenden Konten in Widerspruch zu treten. Die Schiebung geschah folgendermaßen:

Die Aufsichtsräte und der Direktor der Aktiengesellschaft für Trebertrocknung kauften der Trebergesellschaft die faulen Debitoren (Tochtergesellschaften) in Höhe von ca. 22½ Millionen Mk. ab. Das Geld hierzu und zwar 22400000 Mk., schoß die Leipziger Bank der Verwaltung der Aktiengesellschaft für Trebertrocknung vor, indem sie die Verwaltung der Trebertrocknung auf einem Separatvorschußkonto für diesen Betrag belastete und hierfür die Trebertrocknung erkannte. Schmidt erhielt dadurch, wie er sich ausdrückte, primasaubere Bücher, er wurde die faulen Debitoren los und beiderseits wurde die Verminderung des buchmäßigen Saldos erreicht. Die Aufsichtsräte schuldeten nunmehr ca. 22½ Millionen Mk. An eine Möglichkeit der Abtragung dieser Schulden der Aufsichtsräte war natürlich nicht zu denken, schon deshalb nicht, weil die Aufsichtsräte bereits vorher erhebliche Schulden bei der Leipziger Bank hatten. Es wurde auch mit den Aufsichtsräten vereinbart, daß sie nicht aus eigenen Mitteln, sondern aus den *späteren Gewinnen der Trebergesellschaft* in lange hinaus gesetzten Terminen bis zum Jahre

1910 oder gar 1915 die Schuld abtragen sollten[1]. Es war also diese Schiebung nichts anderes als eine Gutschrift der erhofften späteren Gewinne der Trebergesellschaft. Natürlich hat die Leipziger Bank hier eingewendet, daß sie bei dem Geschäft doch eine Sicherheit erhielt, insofern sie nun die Aufsichtsräte als Schuldner hatte für ein Debet, das bis dahin ungedeckt gewesen war. Allein der Einwand kommt nicht in Frage. Sicher wäre die Garantie der Aufsichtsräte, wenn auch nicht viel, doch etwas wert gewesen. Die Schiebung liegt darin, daß ein Geschäft, das in Wahrheit nur als Bürgschaft einen wirtschaftlichen Hintergrund hatte, lediglich zu Buchzwecken in eine Schuldübernahme umgewandelt wurde.

Außer dem Separatvorschußkonto, das für obige 22,4 Millionen Mk. belastet war, wurde ein Solidarvorschußkonto errichtet, bei welchem gleichfalls die Mitglieder der Verwaltung der Aktiengesellschaft für Trebertrocknung die Schuldner waren. Dieses Konto wurde im August 1900 mit 4 Millionen Mk. belastet. Diese Summe dürfte zum größten Teil zur Bezahlung der Dividenden und Tantièmen der Aktiengesellschaft für Trebertrocknung für das Geschäftsjahr 1899/1900 verwendet worden sein. Ferner übernahm dieses Solidarvorschußkonto die Effekten des im Frühjahr 1898 gebildeten Trustsyndikats für den Betrag von 2 676 986,55 Mk. Weiter erwarb es 845 600 Mk. bosnische Aktien von der Leipziger Bank für den Betrag von 934 711,70 Mark, sowie 574 000 Kr. ungarische Aktien und 83 000 Kr. Glückstadt-Aktien von der Leipziger Bank für zusammen 542 817,50 Mk. Außerdem kaufte das Solidarvorschußkonto von der Aktiengesellschaft für Trebertrocknung 690 000 Kr. bosnische Aktien für 731 875 Mk., sowie diverse galizische, bosnische, Glückstädter, Union-Aktien für 500 000 Mk. Schließlich übernahm es noch die Restschuld der Berliner Finanz- und Handels-Zeitung in Höhe von 1 340 000 Mk.

Außer obigen 4 Millionen, welche *tatsächlich* am 1. August 1900 verbucht wurden (*fälschlich* 30. Juni 1900) und dem oben erwähnten Betrag von 542 817,50 Mk., welcher am 23. Januar 1901 verbucht ist, sind sämtliche Geschäfte *tatsächlich* im Januar und Februar 1901 *fälschlich* unterm 31. Dezember 1900 gebucht worden.

Das Solidarvorschußkonto war nunmehr durch die obigen Buchungen mit 10 726 390,75 Mk. belastet.

---

[1] In den Abmachungen mit den Aufsichtsräten steht hiervon nichts. Es ergibt sich aus Privatbriefen.

Selbstverständlich war es schließlich noch, daß für den Leipziger Abschluß noch Wechsel in großer Zahl zur Aufbesserung des Wechsel-Portefeuille herbeigezogen werden mußten.

Diese ganzen Schiebungen ergaben das Gesamtbild, daß am Tage der Konkurseröffnung die Trebergesellschaft auf laufenden Konten 7,3 Millionen Mk. schuldete, während tatsächlich über 90 Millionen Mk. von Kassel geschuldet wurden. Es erschien also der größte Teil des Engagements auf Konten, die für den, der nur die Bücher sah, nicht ohne weiteres verständlich waren, und das war der Zweck von Anfang an gewesen. Einmal konnte die Leipziger Bank bei ihrer Buchungsform ihren Gläubigern ruhig erklären, das die Trebergesellschaft nur 7 Millionen Mk. schulde, denn wörtlich genommen, war dies nach den Büchern richtig. Dann aber machte die große Anzahl der äußerlich verschiedenartigen Konten für jeden, der die Bücher einsah, ohne den Korrespondenzen auf den Grund zu gehen, den Eindruck, daß das Treberengagement sich auf eine große Anzahl von Köpfen verteilte, also immerhin nicht so gefährlich war. Dieses letzte Argument hat auch die Leipziger Bank noch am Tage vor dem Zusammenbruch der Deutschen Bank gegenüber geltend gemacht.

Am besten zeigt der Gang der Voruntersuchung selbst, wie die Übersicht vereitelt war.

Die geschäftlichen Manipulationen des leitenden Direktors im ganzen Umfang darzulegen, ist weder möglich noch nötig. Doch einige Einzelheiten dienen zur Illustration und lassen tief blicken. Der leitende Direktor hatte drei Abnehmer für die Wechsel der Bank: die besseren Wechsel wurden nach auswärts gegeben und an die Reichsbank, die 2. Klasse von Wechseln an die Sächsische Bank, und die schlechtesten Wechsel (z. B. die Treberwechsel) an die Lotteriedarlehnskasse. (Die Lotteriedarlehnskasse hat auch die Aktien der Leipziger Bank zu 100 % lombardiert.)

Die Lotteriedarlehnskasse bezweckt die Verwertung der durch Verkauf der Landeslotterielose erzielten Gelder bis zu ihrer Ausschüttung für die Gewinne. Das Geld legt sie in Lombarddarlehen an. Veraltete geschäftliche Instruktionen bestanden noch zur Zeit der Katastrophe der Leipziger Bank. Lange Zeit hat die Lotteriedarlehnskasse nur einen Fonds von 6—10 Millionen Mk. in Leipzig placiert. Die Bankiers hatten dadurch billiges Geld und die Allgemeine Kreditanstalt und die Leipziger Bank waren bevorzugte Abnehmer des Geldes. Später bediente sich die Regierung der Lotteriedarlehnskasse

im großen Umfang. Die Kasse hatte bis zu 80 Millionen Mk. zeitweilig zur Verfügung und man lombardierte der Leipziger Bank ihre Wechsel mit großer Kulanz. Die ausgiebige Lombardierung durch die Lotteriedarlehnskasse hat wahrscheinlich die Katastrophe der Leipziger Bank verzögert. Ohne diese ausgiebige Lombardierung wäre sie vielleicht weniger stark gewesen. Man nahm auch die Wechsel auf die Tochtergesellschaften der Trebergesellschaft ins Portefeuille und die Aktien dieser Tochtergesellschaften.

Ende 1900 hatte die Leipziger Bank einen Wechselbestand von 37 798 570,67 Mk. ausweislich ihrer Bilanz. Aber nicht ersichtlich ist aus dieser Bilanz, daß von diesen Wechseln rund 12 Millionen Mk. bei der Lotteriedarlehnskasse verpfändet gewesen sind. Das richtige Bild des Vermögensbestandes wird dadurch zerstört.

Die Bank hatte nach der Bilanz Ende Dezember 1900:

95 488 884,52 Mk. Debitoren,
39 152 630,28 Mk. Kreditoren.

Die Kreditoren sind auf der Passivseite der Bilanz nicht ersichtlich, sondern auf der Aktivseite ist der Saldo dieser Posten mit 56 336 254,24 Mk. ausgeworfen, allerdings ist auf der Aktivseite ersichtlich, wie sich dieser Saldo ergibt. Es sind aber solche Saldi in der Bilanz verwerflich. In der Bilanz und im Geschäftsbericht wird bemerkt, daß von den rund 95 Millionen Mk. Debitoren ca. 83 Millionen Mk. „gedeckt“ seien. Wie aber diese „Deckung“ beschaffen war, ist nicht gesagt. Man hat den ganzen Inhalt des „Sekretariats“ als Deckung angenommen. Das Sekretariat umfaßte aber die „Werte“ der Trebergesellschaft.

Auf die prinzipielle Frage des Blankokredits und des gedeckten Kredits kann hier des näheren nicht eingegangen werden. Bekanntlich wird Blankokredit leicht zum gedeckten Kredit. Man gibt zuerst Blankokredit und erkennt später, daß er zu hoch sei, dann läßt man sich Bürgschaft stellen. Es besteht vielleicht eine Vorschrift, daß alle Blankokredite dem Aufsichtsrat mitzuteilen sind. Der betreffende Blankokredit war vom Aufsichtsrat genehmigt, dann kann eine Direktion sich für formell berechtigt halten, diese Umwandlung des von dem Aufsichtsrat genehmigten Blankokredits in gedeckten Kredit im Berichte an den Aufsichtsrat zu verschweigen, weil ja der Blankokredit genehmigt war, aber gerade ein solcher aus der Umwandlung eines Blankokredits entstandener „gedeckter“ Kredit kann sehr bedenklich sein. Ein Kredit wird überhaupt nicht damit qualifiziert, daß man zwischen

gedeckten und Blankokredit unterscheidet. Die besten Kredite sind bekanntlich vielfach die Blankokredite.

Die Bank hatte den Käufern von Obligationen der Tochtergesellschaften der Trebergesellschaft Garantie geleistet. Der Garantiekonto betrug Ende 1900 5 347 662.50 Mk. Davon findet sich in der Bilanz nichts. Eine solche Eventualverbindlichkeit aber mußte aus der Bilanz ersichtlich sein. Die prinzipielle Frage, in welchem Umfang überhaupt Eventualverbindlichkeiten in der Bilanz zu erscheinen haben, bedarf dringend der Klarstellung, aber eine derartige Verbindlichkeit, wie sie hier vorliegt, darf in der Bilanz und im Geschäftsbericht nicht verschwiegen werden. Die französischen Banken geben die indossablen Verbindlichkeiten an. Bei englischen Banken, die weiter diskontieren, in den überseeischen Banken in London werden die Wechselobligos in einer Fußnote angegeben.

In dem Kriminalverfahren sind zahlreiche Buchungsmanipulationen Gegenstand eingehender Erörterung und Würdigung geworden, so die Frage, ob und inwieweit Rückdatierungen zulässig sind, die unzulässige Errichtung eines Reportkonto und eines Konsortialkonto, die Übertragung solcher Konti auf den Debitorenkonto 2c. Über manche Punkte sind die Ansichten der Sachverständigen mehr oder weniger auseinandergegangen. Auch über die juristische Bedeutung der Buchungen scheinen unklare Vorstellungen zu bestehen. Kaufmännische Bücher sind nicht etwas rein Internes, die Bücher sind doch das einzige Auskunftsmittel über das Vermögen, neben den Korrespondenzen. Die Kaufmannsqualität legt in Bezug auf die Buchführung ganz bestimmte Verpflichtungen auf, die nicht willkürlich ignoriert werden können und die vielleicht schärfer, wie geschehen, zu präzisieren sind.

Das System der doppelten Buchführung als solches ist derart vollendet, daß es den weitestgehenden Anforderungen vollkommen gerecht wird, vorausgesetzt, daß es korrekt gehandhabt wird. Innerhalb dieses Systems ist es möglich „einerseits die Mithaft von Zweitschuldnern und anderseits die eigenen Regreßverbindlichkeiten, namentlich aus den kursierenden Wechseln, übersichtlich in den Büchern selbst zum Ausdruck zu bringen". Gleichwohl aber ist es möglich, selbst bei formell korrekter Handhabung dieses Systems eine Übersicht des Vermögenszustandes derart zu erschweren, daß die Erschwerung der Unmöglichkeit, diese zu gewinnen, gleichgeachtet werden kann oder gleichgeachtet werden sollte. Diese und andere Fragen sind gelegentlich

des Leipziger Prozesses entstanden und bedürfen einer weiteren Erörterung.

Interessant ist auch die Frage über das Verhältnis des § 314 zu 312 des H. G. B., sowie die Frage, ob zur Buchführung im Sinne des § 239 al. 4 der K.K.O. auch die Bewertung der Aktiva, also namentlich die Vornahme von Abschreibungen und ferner die Einstellung von Reservepostten gehören, ferner, ob es für den Tatbestand des betrügerischen Bankerotts genügt, daß die Gläubiger durch die unübersichtliche Buchführung überhaupt geschädigt werden sollen, oder ob eine Schädigung dadurch beabsichtigt sein muß, daß zur Zeit des Konkurses die Vermögensübersicht fehlt? Endlich wurde angeregt die Frage über das Verhältnis der Handelsbriefe zu den Handelsbüchern. S. v. Gordon, Deutsche Juristenzeitung, 1892 S. 379 f., Juristische Glossen zum Kasseler Treber- und zum Leipziger Bankprozeß, und Dr. Mittelstaedt, ibidem S. 520 f., auch Handelsblatt des Berliner Tagblatts vom 13. September 1902, Anregungen zum Ausbau der doppelten Buchführung, Bankarchiv 2. Jahrg., S. 63. In dem Kriminalverfahren sind zahlreiche Buchungsmanipulationen Gegenstand eingehender Erörterung und Würdigung gewesen. Es hat sich hierbei ergeben, daß über sehr wichtige Fragen selbst die Ansichten der Sachverständigen auseinandergehen, und es handelt sich hierbei nicht etwa um die Divergenz der Ansichten von Bücherrevisoren, sondern von sehr hervorragenden Männern der kaufmännischen Praxis. Es liegt darin ein gewichtiges Monitum, diese Fragen weiter zu verfolgen und ihnen von kaufmännischer und juristischer Seite die ihnen gebührende Aufmerksamkeit zu widmen, sie insbesondere nicht nur in Rücksicht auf die bestehende Gesetzgebung, sondern in Rücksicht auf die Reform der bestehenden Gesetzgebung zu prüfen.

In den kommerziellen Kriminalprozessen der letzten Jahre ist die juristische Bedeutung der Buchungsmethoden, nicht minder der Bilanzmethoden, immer schärfer hervorgetreten. Mehrfach haben Direktoren behauptet, daß sie sich um die Buchungen nicht gekümmert und diese der Buchhaltung überlassen haben, während anderseits die Buchhalter erklären, daß sie lediglich willenlose Instrumente in der Hand der Direktion seien und gewesen seien. Anscheinend hat auch vielfach die Institution der Bücherrevisoren recht mangelhaft funktioniert, selbst wenn man zugeben will, daß sie lediglich die formelle Richtigkeit der Bilanz, d. h. deren Übereinstimmung mit den Büchern zu prüfen haben.

Das letzte Ziel aller Buchhaltung und insbesondere der Bilanz-

methoden muß schließlich doch sein: Bilanzwahrheit zu schaffen. Der Zweck und der Geist der Buchführung muß in den Büchern berücksichtigt werden. Es fehlt in der zivilistischen und kriminalistischen Literatur an einer tief eindringenden Untersuchung über Scheingeschäfte und Scheinbuchungen. Sie könnte in Verbindung mit einer ebenfalls erforderlichen neuen Untersuchung über den Begriff der Bilanzverschleierung gegeben werden. Es wird sich hierbei ergeben, daß die Strafbarkeit der Bilanzverschleierung in Fällen eintreten muß, die bisher von Strafe nicht betroffen werden.

Bei den kommerziellen Kriminalprozessen der letzten Jahre hat sich meines Erachtens des ferneren ergeben, daß die höchste zulässige Strafe für Bilanzverschleierung zu milde ist. Es wäre dem richterlichen Ermessen anheimzugeben, die Strafe etwa von 1—3 Jahren zu erstrecken und die Geldstrafen über die jetzt gesteckte Grenze hinaus zu erhöhen.

Auch wird man bei der Revision des Strafgesetzbuchs gewiß schärfer und sorgsamer als bisher den erforderlichen Tatbestand, beispielsweise des betrüglichen Bankerotts vom kaufmännisch-technischen Standpunkt aus, zu prüfen veranlaßt sein. Der Kaufmann schafft für die Regel nicht Bücher bei Seite „in der Absicht, seine Gläubiger zu benachteiligen“, sondern seine Absicht ist darauf gerichtet, aus einer durch irgendwelche verschuldete oder unverschuldete Mißstände veranlaßten ungünstigen Vermögenskonstellation sich herauszuarbeiten. Er will für die Regel seine Gläubiger nicht benachteiligen, sondern im Gegenteil die Mittel und Wege zu ihrer Befriedigung finden. Das treibt manchen Schuldner auch zur Betretung verbotener Wege. Ihm ist alles daran gelegen, Zeit zu gewinnen, über eine ihm uugünstige Konjunktur hinwegzukommen. Bringt er das mit Erfolg fertig, so ist er nicht nur straffrei, sondern unter Umständen ein wohlhabender Mann, gelingt es ihm nicht, so verfällt er dem Strafgesetzbuch. Bei der Revision des Strafgesetzbuchs ist die Heranziehung kaufmännischer Sachverständiger durchaus unentbehrlich. Die Psychologie der kommerziellen Verbrechen bedarf mehr als bisher einer Erforschung. Die laxe Begriffsbestimmuung des Strafgesetzbuchs beruht in diesem Falle wie in anderen nicht auf mangelhafter juristischer Unterscheidungsgabe, sondern auf mangelhafter Sachkenntnis und ungenügender psychologischer Ergründung der maßgebenden Vorgänge.

Zahlreiche interessante und schwierige zivilrechtliche Fragen sind in Anknüpfung an die Katastrophe der Leipziger Bank zum Austrag

gekommen, dürfen aber an dieser Stelle nicht erörtert werden. Wenig beachtet hat man, daß die Leipziger Bank öfter die Funktion eines Pfandhalters hatte. Es entsteht die Frage, ob und inwieweit das Schuldverschreibungsgesetz sich in den konkreten Fällen bewährt hat? Als Lücke des Schuldverschreibungsgesetzes hat man den Mangel einer Bestimmung empfunden, wonach die Abberufung des Pfandhalters von Amts wegen erfolgen kann, sofern der Pfandhalter in Konkurs gerät. cf. § 16 Absatz 3 des Schuldverschreibungsgesetzes.

In einigen konkreten Fällen hat man folgenden Ausweg gewählt: Man hat die Versammlungen dem Gesetz entsprechend abhalten lassen. In diesen Versammlungen wurde ein Vertreter der Gläubiger gewählt und es wurde weiter beschlossen, die Leipziger Bank als Pfandhalterin abzuberufen, sodann wurde beschlossen, den Inhalt der Hypothek abzuändern und zwar vollständig den jetzt bestehenden Vorschriften gemäß: Die Hypothek wurde eine Sicherungshypothek. Sie blieb keine Hypothek mehr für eine Darlehensforderung der Leipziger Bank an den Schuldner, sondern sie wurde eine Hypothek für die Inhaber der näher bezeichneten Teilschuldverschreibungen. Es ereignete sich auch, daß gleichmäßig der Treuhänder (die Leipziger Bank) in Konkurs geriet und der Schuldner (eine Aktiengesellschaft), aber dieser Fall bot keine weitere Komplikation.

Es ist begreiflicherweise die Frage entstanden, von welchen Motiven in letzter Linie der Hauptdirektor der Leipziger Bank zu der Gewährung eines beispiellosen und maßlosen Kredits geleitet worden ist. Das ist oben zum Teil dargelegt. Es kann darüber kein Zweifel bestehen, daß die Sucht, rasch und viel Geld zu verdienen, für ihn bestimmend war. Ein verhängnisvoller Fehler ist die Beleihung von Aktien eines Instituts, dem man große Kredite bewilligt hat. Dann ist die Restriktion des Kredits überaus schwierig, weil man die Empfindung hat, nicht nur die kreditierte Summe zu verlieren, sondern auch den lombardierten Aktienbesitz zu entwerten. Dann tritt ein Moment ein, in dem man nicht mehr als selbständiger Gläubiger dem schuldnerischen Institut gegenübersteht, sondern den Drohungen dieses schuldnerischen Instituts ausgesetzt, unter Umständen willenlos ihm preisgegeben ist. Wenn hierzu ein starker Optimismus und einige Illusionen kommen, so fällt mit dem schuldnerischen Institut auch das kreditgewährende.

Die Bank hatte überdies den großen Fehler begangen, daß sie nahezu gänzlich isolirt operierte, vielleicht deshalb, weil sie die großen

Gewinne einer Hausse-Periode allein genießen wollte. Als sie bei beginnendem Niedergang nach Bundesgenossen sich umsah, war es zu spät.

Die Institution des Aufsichtsrats hat jedenfalls bei der Leipziger Bank gänzlich versagt. Der Aufsichtsrat konnte eine Tatsache doch nicht verkennen: Er sah, daß einerseits die Trebergesellschaft bis zu 50% Dividende gab, und doch anderseits immer tiefer der Leipziger Bank verschuldet war. Eine Gesellschaft, die reell verdiente 50% Dividende gibt (nicht etwa lediglich Buchdividenden verteilt), mußte doch flüssig sein. Wenn aber gleichwohl die Schuld immer steigt, so war eine genaue sachverständige Prüfung der Bücher des Schuldners unter umfassender Berücksichtigung der Korrespondenz unabweisbar.

Der Katastrophe der Leipziger Bank ist bekanntlich die Katastrophe der Dresdner Kreditanstalt für Handel und Industrie vorausgegangen. Unzweifelhaft hat der Fall der letzteren die Katastrophe der Leipziger Bank etwas beschleunigt. Angesichts dieser beiden großen Bankfallimente ist die Ansicht ausgesprochen worden, daß besondere Verhältnisse des Königreichs Sachsen wohl mit in Betracht zu ziehen seien. Aber für diese Ansicht fehlt es an berechtigten Argumenten. Beiden Katastrophen gemeinsam ist die Verknüpfung der Institute mit je einem industriellen Unternehmen derart, daß sie mit diesem industriellen Unternehmen stehen und fallen mußten. Beiden gemeinsam ist auch, daß sie nicht rechtzeitig sich befreundete Banken zur Unterstützung herangezogen haben.

(Im Frühjahr 1903 geschrieben.)

Buchungsmethoden in Banken.

Von

Ernst Heinemann, Schöneberg bei Berlin.

In so intensiver Weise auch die mit Beginn dieses Jahrhunderts eingetretene Krise auf das wirtschaftliche Leben in Deutschland eingewirkt hat, so wenig ist doch auch durch diese Krisis jener für die wirtschaftliche Entwicklung seit Jahren charakteristische Prozeß unterbrochen worden, der zu einer immer ausgeprägteren Konzentration wirtschaftlicher Faktoren geführt hat und dessen Wirkungen auch auf dem Gebiete des Bank- und Börsenwesens deutlich zu Tage getreten sind. Die Unerbittlichkeit dieses Prozesses, wie er sich speziell im Bankwesen betätigt hat, wird besonders scharf beleuchtet durch eine Parallele zwischen der letzten und der um etwa ein Jahrzehnt vorhergehenden Krisis; während damals, an der Wende der achtziger und neunziger Jahre, nach einer kaum zwei Jahre währenden Aufschwungsperiode eine Börsenkatastrophe eintrat, zu deren unerfreulichsten Begleiterscheinungen die unter erschwerenden Umständen vor sich gehenden Zusammenbrüche einer Anzahl von Privatfirmen gehörten, und während unter dem Eindrucke dieser Vorgänge eine Entwicklung einsetzte, die zu einer bis dahin ganz unbekannten Konzentration des Kapitals in den großen Banken auf Kosten der sogenannten „mittleren" Bankiers führte, zertrümmerte das ungleich stärkere Unwetter zu Anfang dieses Jahrhunderts gerade eine Anzahl größerer Kreditinstitute und industrieller Unternehmungen, ohne daß eine Rückbildung in der angedeuteten Entwicklung erfolgt wäre. Vielmehr setzte sich dieser Konzentrationsprozeß nach der letzten Krisis, in — man möchte sagen — noch brutalerer Form fort, indem nunmehr seine Wirkungen im Bereich der Berliner Großbanken selbst hervortraten, von denen die mächtigsten Institute abermals neugestärkt aus der Krisis hervorgingen,

während die „Kleinen“ unter den Großbanken den Wettlauf aufgegeben haben. Nach der letzten Krisis erscheinen von den großen Berliner Banken die Diskonto-Gesellschaft, die Deutsche Bank und die Darmstädter Bank mit erhöhten Kapitalien und erweitert durch Fusion mit andern Instituten. Dagegen sind die Deutsche Genossenschaftsbank und die Breslauer Diskontobank aus dem Kreise der Berliner Großbanken ausgeschieden; beide haben sich auf ihr Altenteil zurückgezogen: die erste dieser Banken ist wieder eine Breslauer Bank, die letztere eine Genossenschaftsbank geworden. Im Zentrum der Entwicklung also selbst sind bei der letzten Krisis die Wirkungen des erwähnten Prozesses besonders sichtbar geworden.

Es bedarf überhaupt nur eines flüchtigen Blickes in die fortlaufenden Jahresberichte der großen Banken, um zu erkennen, in welchem Grade der erwähnte Prozeß auf die Entwicklung der Banken eingewirkt hat, und welche Bedeutung die großen Banken allmählich für die große Allgemeinheit erlangt haben. Ende 1892, also vor einem Jahrzehnt, umfaßte das Grundkapital der Berliner Großbanken 470 Millionen Mk., Ende 1899 betrug es bei 11 Banken 938 Millionen Mk., also etwa das doppelte; Ende 1902 umfaßte es bei 9 Berliner Banken die Summe von 909 Millionen Mk., also 29 Millionen Mk. weniger als im Jahre 1899, obwohl die beiden, aus dem Bereiche der Berliner Banken inzwischen ausgeschiedenen Banken (Deutsche Genossenschaftsbank und Breslauer Diskontobank) Ende 1899 noch ein Gesamtgrundkapital von 86 Millionen Mk. aufzuweisen hatten, die in dem vorstehend erwähnten Betrage von 938 Millionen Mk. enthalten sind. Zu dem 909 Millionen Mk. betragenden Grundkapital traten Ende 1902 221,9 Millionen Mk. Reserven, so daß die 9 Berliner Großbanken Ende 1902 mit einem eigenen Kapital von rund 1131 Millionen Mk. arbeiteten. Die fremden Gelder dieser 9 Banken beliefen sich Ende 1902 auf 1726,6 Millionen Mk., die Acceptverbindlichkeiten auf 589,5 Millionen Mk. Unter solchen Umständen bedarf das Interesse, welches die Allgemeinheit an der Entwicklung und an der jeweiligen Situation der Banken nimmt, kaum einer Begründung. Es handelt sich hierbei gewiß nicht nur um die Aktionäre, obschon diese die eigentlichen Eigentümer der betreffenden Institute sind, auch das Interesse der Einleger erschöpft, trotz der enormen, vorstehend mitgeteilten Höhe der Einlagen, das Interesse an der jeweiligen Situation noch keineswegs. Die großen Bankinstitute sind durch tausende und abertausende von Fäden so sehr mit der

Allgemeinheit verknüpft, ihre Beziehungen umspannen den ganzen Erdball, daß die Gesamtheit selbst es sofort empfinden würde, wenn in diesem gewaltigen Organismus etwas nicht in Ordnung sein würde. Es liegt ein gewisser sozialistischer Zug in dieser Konstellation: je größer, je mächtiger etwas ist, desto mehr gehört es — in einem gewissen Sinne — der Allgemeinheit. Deshalb haben nicht nur die Aktionäre und die Einleger, sondern die Gesamtheit hat ein begründetes Anrecht darauf, über den Status der Banken unterrichtet zu sein. In welchem Umfange dieses tatsächlich geschieht, und welchem Umfange es geschehen könnte, soll in nachstehenden Ausführungen näher untersucht werden.

Um diese Frage einigermaßen beantworten zu können, wird man zunächst die Gesellschaftsform der Banken ins Auge zu fassen haben. Die Banken sind zumeist Aktiengesellschaften. Der aktiengesellschaftlichen Form haftet in gewisser Hinsicht ein innerer Widerspruch an: die ganze Organisation der Aktiengesellschaft läßt die Aktionäre im allgemeinen nicht zum Bewußtsein kommen, daß sie Eigentümer eines Unternehmens sind. Man hat die Vorstellung Eigentümer einer Aktie zu sein; weiter reicht bei dem Durchschnittsaktionär die Vorstellung nicht. Den Besitzern des Unternehmens wird alljährlich ein einziges Mal ein Einblick in den Status ihres Unternehmens gewährt, und dies oft in einer Weise, die alles andere als den informatorischen Charakter der Rechenschaftsablegung erkennen läßt. Die Einberufung außerordentlicher Generalversammlungen, die das Gesetz zuläßt, bietet für den Einzelaktionär zu große Schwierigkeiten, als daß er es im allgemeinen versuchen sollte, auf diesem Wege sich über die Verhältnisse seines Unternehmens zu orientieren. Seine einzige „Informationsquelle" bildet in vielen Fällen tatsächlich der Kurszettel. Ist hier alles „in Ordnung," dann ist der Durchschnittsaktionär über die Situation des Unternehmens beruhigt; erhält er dann noch außerdem alljährlich, wie der Ausdruck lautet, eine „angemessene" Dividende, so ist seine Neugierde vollständig befriedigt. Hiermit tritt ein psychologisches Moment, welches für die Behandlung der Frage von größter Bedeutung ist, in den Vordergrund: das geringe Interesse des Aktionärs an der Gesellschaft. Denn diesem Momente wurde — das muß man zugeben — seitens zahlreicher Verwaltungen im weitesten Umfange durch Jahresberichte nichtssagendster Art, gleichsam Rechnung getragen, bis dann eines Tages eine Katastrophe in dem betreffenden Institute die Aktionäre darüber belehrte, daß mit dem Begriffe der Aktien auch

noch eine andere Vorstellung: ein Miteigentumsrecht an einem Unternehmen verknüpft ist.

Das Handelsgesetzbuch verpflichtet im § 260 Abs. 2 den Vorstand, neben einer Bilanz, dem Gewinn- und Verlustkonto, auch einen den Vermögensstand und die Verhältnisse der Gesellschaft entwickelnden Bericht dem Aufsichtsrate und mit dessen Bemerkungen der Generalversammlung vorzulegen. Diese Bestimmung läßt den einzelnen Gesellschaften manchen Spielraum, aber man wird noch bei Durchsicht der Jahresberichte der Banken die Frage aufwerfen dürfen, ob bei aller Freiheit der Bewegung, die diese Bestimmung den Bankvorständen gibt, die Rechenschaftsablegung eine derartige ist, daß sie dem Geiste dieser Bestimmung Rechnung trägt. Denn wie wäre es, um ein drastisches Beispiel hervorzuheben, sonst möglich gewesen, daß am 25. Juni 1901 die Welt durch die Mitteilung überrascht worden wäre, daß ein Institut wie die Leipziger Bank genötigt war, die Kassenschalter zu schließen? Aus der etwa drei Monate vorher veröffentlichten Bilanz per 31. Dezember 1900 ergab sich auch nicht der geringste Anhaltspunkt für eine solche Notwendigkeit. Das ewige Weh' und Ach bei der Beurteilung der Bilanzen bilden die Ziffern des Konsortial- und des Debitorenkontos. Jährlich entsteht bei dem Erscheinen der Bilanzen die bange Frage nach dem wirklichen Befund dieser beiden Konten. Angesehenste Institute werfen seit Jahren die Effekten- und Konsortialbestände zusammen, ohne in den erläuternden Angaben die Substanz der angeführten Summen darzulegen. Es ist begreiflich, daß die Banken mit Rücksicht auf die Konkurrenz es vermeiden, jedes Detail in ihrem Status der Öffentlichkeit preiszugeben. Aber damit kann nicht begründet werden, daß die heterogensten Objekte, deren Betrag mitunter die Hälfte des Grundkapitals überschreitet, in einer Ziffer zusammengefaßt werden. Das entspricht nicht dem Geiste des § 260 des H.G.B., es entspricht nicht der Bezeichnung „eines die Verhältnisse entwickelnden Berichts". Ein Vergleich der Berichte und Bilanzen unserer Großbanken zeigt, daß die eine Großbank Detaillierungen für zulässig hält, welche von der andern für nicht zulässig erachtet werden, und daß selbst bei ein und demselben Institute gleiche Gegenstände in den verschiedenen Berichten nach verschiedenen Prinzipien behandelt werden. Erwünscht wird jedenfalls immer eine Trennung der Angabe der Konsortialwerte von der Angabe der eigenen Effekten sein, da hierdurch wenigstens die Vorstellung von dem ziffernmäßigen Gesamtumfange der verschiedenen Konten geboten wird.

Eine gewisse Spezifizierung der eigenen Effekten ist ebenfalls unzweifelhaft möglich. Wenn „außer deutschen Staats- und Kommunalanleihen, Eisenbahnprioritäten und Obligationen deutscher industrieller Unternehmungen", — wenn solche Objekte zu einem einzigen Posten zusammengefaßt werden, so dürfte dies wohl mit Recht als unzulässig zu bezeichnen sein. Eine andere Großbank teilt bei der Spezifizierung des Effektenkontos mit, daß dasselbe aus 13 Millionen Mk. nicht börsengängiger Effekten und 20 Millionen Mk. börsengängiger Effekten besteht. Aber unter börsengängigen Effekten sind Reichsanleihen, Konsols und Industrieobligationen ebenfalls in einer Summe von 9 Millionen Mk. zusammengefaßt. Nicht sehr „erläuternd" ist es auch, wenn z. B. Objekte im Betrag von 35 Millionen Mk. unter dem Namen „laufende Operationen" zusammengefaßt werden, namentlich, wenn in derselben Bilanz außerdem noch eine Position „Guthaben aus Konsortialgeschäften aufgeführt ist und diese Position in der Bilanz mit „Reports nnd Lombards" vereinigt wird. In dem Gewinn- und Verlustkonto, das zu dieser Bilanz gehört, ist eine „außerordentliche Abbuchung auf Effekten- und Operationskonto" eingestellt. Der Ausdruck „Operationskonto" ist gewiß wenig durchsichtig. Im Bankgeschäft ist schließlich jedes Geschäft eine „Operation". Die erläuternden Mitteilungen zu diesen Buchungen sind nicht ausreichend.

Mit Nachdruck wird in manchen Geschäftsberichten betont, daß große Summen von Debitoren durch börsengängige Effekten gedeckt seien. Über die Art dieser Deckungseffekten äußern sich die Berichte nicht. Einen mehr dekorativen Eindruck in den Geschäftsberichten machen die Mitteilungen der Finanzinstitute über die Konsortialgeschäfte, bei denen sie beteiligt sind. Hierbei beschränkt man sich in der Regel auf Angabe der Papiergattung, ohne Näheres darüber zu sagen, in welchem Umfang die Bank beteiligt war und mit welchem Erfolg die einzelnen Geschäfte abgewickelt worden sind. Eine Großbank gibt in ihrer Bilanz die Guthaben bei Bankiers und Vorschüsse auf Effekten in einem Posten an. Das erscheint schon mit Rücksicht auf den bedeutenden Umfang der betreffenden Beträge unzulässig. Nicht einwandfrei ist die von einer Großbank befolgte Methode, im Gewinn- und Verlustkonto einen bestimmten Betrag (im Jahre 1902: 3,17 Millionen Mk.) auf Konsortialkonto als Gewinn zu bezeichnen, während auf der Sollseite eine Abschreibung von 2 Millionen Mk. auf diesem Konto sich befindet. Im Geschäftsbericht des betreffenden Instituts für 1899

war als Gewinn auch nur diejenige Summe verzeichnet, die nach Vornahme der Abschreibungen tatsächlich auf diesem Konto verblieb.

So begreiflich es auch erscheint, daß die Bankinstitute, wo es sich um schwebende Geschäfte handelt, sich in ihrer Berichterstattung eine gewisse Reserve auferlegen, so wenig zulässig ist jede Undeutlichkeit auch in Ansehung solcher Transaktionen, die bereits vollständig abgewickelt sind. So hatte die Berliner Handelsgesellschaft, um auf frühere Zeiten zurückzukommen, im Jahre 1892 ihren Fusionsgewinn mit der Internationalen Bank mit 1 778 843,70 Mk. angegeben, obschon die Umstände, unter denen die Fusion zustande kam, eine erheblich höhere Ziffer erwarten ließen. Die gesamten Aktiven und Passiven der Internationalen Bank waren damals von der Handelsgesellschaft gegen Gewährung von 15 Millionen Mk. Berliner Handelsanteile, um die das Kapital dieser Bank erhöht wurde, und gegen 22,85 Millionen Mk. bar übernommen worden, gegen Objekte also im Nominalbetrage von 37,85 Millionen Mk. Das Vermögen der Internationalen Bank wurde in der Generalversammlung vom 6. November 1901 von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Internationalen Bank auf 45¼ Millionen Mk. beziffert, wovon im Falle einer Liquidation 3 bis 4% Spesen, das ist etwa 1½ Millionen Mk. in Abzug zu bringen seien. Für ein Objekt also, dessen Buchwert unter Berücksichtigung der Spesen sich auf 43¾ Millionen Mk. bezifferte, und von dem die Handelsgesellschaft im Geschäftsberichte vom Jahre 1891 selbst erklärte, daß die Hoffnungen, die sie an die Übernahme der Bank geknüpft habe, sich trotz des Rückganges der Schweizer Bahnwerte, in denen die übernommene Bank Engagements besaß, „sich in befriedigender Weise verwirklicht hätten"; — für ein solches Objekt im Buchwerte von 43¾ Millionen Mk. gewährte die Handelsgesellschaft Buchwerte in Höhe von 37,85 Millionen Mk., und doch war der Buchgewinn, wie oben mitgeteilt, nur mit 1,77 Millionen Mk. ausgewiesen. Die Dresdner Bank teilte im Geschäftsberichte vom Jahre 1892 mit, daß sie bei der Fusion mit der Anglo-Deutschen Bank, wodurch eine Kapitalsvermehrung des Institutes von 10 Millionen Mk. notwendig wurde, an einer Million Mk. Dresdner Aktien dieser Emission 430 000 Mk. und an neun Millionen Mk. dieser Aktien 1 570 000 Mk. verdient habe, was ohne nähere Erklärung nicht verständlich ist. Auch industrielle Unternehmungen, die stark unter dem Einfluß von großen Bankinstituten stehen, scheinen den Buchungsmethoden ihrer resp. Banken

unterworfen zu sein. So bezifferte, um ein Beispiel anzuführen, ein großes Hüttenunternehmen unter der Abteilung Kohlenbergbau im Jahresbericht pro 1890/91 das Betriebskapitalskonto mit dem Betrage von 426 835,35 Mk., einschließlich eines Gewinnes von 818 500,53 Mk. In den Zeitungen wurde auf diese Merkwürdigkeit hingewiesen; die Folge war, daß der Zusatz fortblieb, und den Aktionären es nunmehr überlassen wurde, sich über die Zusammensetzung des betreffenden Postens selbst ein Urteil zu bilden.

Eines der wirksamsten Mittel, um die Banken zum Sprechen zu zwingen, sind unzweifelhaft die Verhältnisse selber. Als vor zwei Jahren die Krisis über das Geschäftsleben hereinbrach, und das Publikum von starkem Mißtrauen ergriffen wurde, beeilten sich die Banken, zum großen Teile ausführlich detaillierte Semestralbilanzen der Öffentlichkeit vorzulegen, und man hat — dies ist wohl das wichtigste Moment hierbei — bis heute nicht gehört, daß hierdurch wichtige Geschäftsgeheimnisse preisgegeben waren, und die geschäftliche Prosperität der betreffenden Banken unter diesen Vorgängen gelitten hätte. Nacheinander erschienen die Nationalbank, der Schaaffhausensche Bankverein, die Breslauer Diskontobank, die Berliner Bank, die Deutsche Genossenschaftsbank und auch verschiedene Provinzbanken. Aber schon im nächsten Jahre verzichtete man auf genauere Mitteilungen über die Semestralbeträge.

Die vorstehenden Daten, die ausschließlich Berliner Bankinstituten entnommen sind, dürften wohl schon zur Genüge die Forderung begründet erscheinen lassen, daß die Grundsätze, nach denen gegenwärtig die Buchungen in Banken vorgenommen werden, der Änderung bedürftig sind. Bei noch so großer Rücksichtnahme auf die Interna des Bankverkehrs kann doch verlangt werden, daß eine eingehendere Detaillierung der einzelnen Bilanzposten vorgenommen werden muß. Es erscheint dieses notwendig, nicht nur der Aktionäre oder der Einleger wegen, sondern der großen Allgemeinheit halber, deren Interessen zu sehr mit den Geschicken der Banken, insbesondere der großen Berliner Banken, verknüpft sind. Man kann auch zweifeln, ob die jetzige Veröffentlichung des Status wohl den Bestimmungen entspricht, unter denen der Verkehr mit der Reichsbank zulässig ist. Diese Geschäftsbedingungen lauten unter Nr. 1 wörtlich:

„Jeder ordentliche Geschäftsmann kann nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen mit der Reichsbank in Geschäfts-

verkehr treten. Er hat zuvor der Bankanstalt, in deren Bezirk er seinen Wohnsitz hat, die erforderlichen Mitteilungen über seine Verhältnisse zu machen u. s. w."

Man wird nicht behaupten können, daß die Mitteilungen, die die Banken in ihren Jahresberichten über ihre Verhältnisse machen, stets der hier gestellten Forderung entsprechen, und die Reichsbank, die sich doch bei den Instituten in erster Linie auf die Bilanzen stützen muß, hat dieses selbst in der Zeit der Krisis zu ihrem Nachteil erfahren. Bei den kleineren und mittleren Instituten zeigt sich hie und da Geneigtheit, etwas ausführlicher zu werden, und noch vor kurzem erklärte der Direktor einer mittleren Bank in der Generalversammlung, er würde bereit sein, Semestralbilanzen zu veröffentlichen, wenn diese Gepflogenheit auch sonst adoptiert würde. Leider hat man es anderweit abgelehnt, mit dem guten Beispiel voranzugehen; gerade die größten unter den Großbanken haben hier jedes Zugeständnis verweigert; ihre Forderung an die Aktionäre und Allgemeinheit lautet kurzweg: Habt Vertrauen! Gewiß geht es nicht ohne Vertrauen; ein Institut, welches kein Vertrauen genießt, würde gar bald aktionsunfähig sein. Aber das beste Vertrauen ist immer dasjenige, welches sich, um es kurz zu sagen, auf die Personen und die Sache stützen kann. In dieser Beziehung können die großen Banken keine Ausnahmestellung beanspruchen; auch sie können kein blindes Vertrauen, sondern nur jenes Vertrauen fordern, welches in den Personen und in der Sache seine Grundlage findet. Diesem Gesichtspunkte müssen die großen Bankinstitute unter allen Umständen Rechnung tragen, denn auch für sie gilt das Wort des schwedischen Oberst Wrangel in Schillers Wallenstein: „Das Vertrauen wird kommen, hat jeder nur erst seine Sicherheit."

Die Art und Weise, wie die großen Berliner Bankinstitute ihren Jahresbericht abfassen, scheint leider auch für zahlreiche Provinzialbanken vorbildlich zu sein. In vielen Fällen kann man wahrnehmen, daß der eigentliche Bericht, also die erläuternden Bemerkungen, sich in ziemlich weitschweifiger Form über die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, sowie über die Spezialindustrien verbreitet, mitunter sogar auch die Politik ins Bereich der Erörterungen zieht, während die eigentlichen Daten, die zu der Aufklärung der finanziellen Situation des Institutes dienen sollen, als Nebensache behandelt werden. Es mag ja in mancher Beziehung erklärlich, ja wünschenswert erscheinen, wenn die Institute sich über die Einflüsse

des weiteren oder engeren Wirtschaftsgebietes, in dem sie arbeiten, auslassen, eben weil sie hiervon abhängig sind; hat aber diese Berichterstattung die Tendenz, die Aufmerksamkeit von dem eigentlichen Gegenstande abzulenken, dann kann sie nicht mehr auf Beifall rechnen. Nicht zu billigen ist vor allem auch die in manchen Instituten den großen Banken nachgeahmte Methode undeutlicher Darstellungsweise, die nicht selten mit Hinweisen auf zukünftige Eventualitäten verknüpft ist. Die ziffernmäßige Darstellung des eigentlichen Geschäftsganges ist oft nicht mehr als eine Zahlenspielerei; wenigstens gewährt es keinen allzutiefen Einblick in den inneren Geschäftsbetrieb, wenn z. B. ein Provinzialinstitut seinen Entwicklungsgang auf Effektenkonto in der Weise schildert, daß es den Bestand am 31. Dezember aufführt, zu dieser Summe den im letzten Jahre erfolgten Zugang in einer Ziffer hinzuaddiert, hiervon den Ausgang ebenfalls in einer Summe abzieht und dann aus der Differenz zwischen dieser Summe und dem Bestande des Effektenkontos den Gewinn herausrechnet. Das sind drei Ziffern, die dem Aktionär ein Bild von dem Jahreseffektenverkehr eines Institutes geben sollen. Ein wenig zu billigendes Verfahren ist ferner die von manchen Instituten geübte Methode, die Tätigkeit im Konsortialgeschäft in der Weise zur Kenntnis zu bringen, daß den Aktionären mitgeteilt wird, welche Summen von gewissen Anlagen im Verlaufe des Jahres im Verein mit anderen Firmen übernommen worden sind. Es kann dem Aktionär ebenso gleichgültig sein, wie groß die Summen sind, die das Bankinstitut in Gemeinschaft mit anderen Firmen übernimmt, so sehr es sein Interesse erregen würde, zu erfahren, wieviel sein Institut von den betreffenden Anleihen allein übernommen hat. Einige Institute befriedigen wenigstens die Neugierde ihrer Aktionäre insoweit, als sie die Summen nennen, die gemeinschaftlich mit anderen Firmen übernommen worden sind; ganz und gar überflüssig aber erscheint es, wenn, wie dies bei verschiedenen Instituten der Fall ist, überhaupt nichts weiter als die Papiere bezeichnet werden, in denen das betreffende Institut mit anderen Firmen konsortialiter engagiert war. Als recht bedauerlich muß ferner die Tatsache bezeichnet werden, daß auch Provinzialbanken bei der Verbuchung ihrer Effektenbestände sich die Methode großer Berliner Bankinstitute zum Vorbild genommen haben. Was soll man dazu sagen, wenn ein Leipziger Institut mitteilt, daß der Bestand an Wertpapieren sich „in der Hauptsache“ aus 16 verschiedenen Wertpapiergattungen zusammen-

setzt, zu denen unter anderem 3½%ige deutsche Reichsanleihe, Anteilscheine der dauernden Gewerbeausstellung (wo?) und Außig-Teplitzer Eisenbahnprioritäten gehören. Was soll man sich von dem Ausdruck „in der Hauptsache“ für eine Vorstellung machen? Oder wenn ein anderes Institut zur Kenntnis der Aktionäre bringt, daß der Effektenbesitz „fast ausschließlich aus fest verzinslichen Anlagewerten“ besteht? Wenn man noch mitteilen würde, ob die Papiere wenigstens börsengängig sind! Auch ein Institut wie die Preußische Zentralgenossenschaftskasse würde der Sache nur dienen, wenn es seinen Effektenbesitz spezifizieren würde anstatt sich auf die Wiedergabe der Papiergattungen zu beschränken, die zwar nur Reichs-, Staats-, Provinzial-, Kommunalanleihen und landschaftliche Pfandbriefe umfassen, deren genaue Wiedergabe aber schon des guten Vorbildes wegen wünschenswert wäre. Als eine sehr erfreuliche Ausnahme in dieser Beziehung muß das Verfahren eines Oldenburger Instituts, der Oldenburgischen Spar- und Leihbank, bezeichnet werden, die ihre sämtlichen Effekten in genau spezifizierter Weise auf Seite 5 ihres Geschäftsberichts aufgeführt hat. Da findet man den Nominalbetrag der betreffenden Papiere, die betreffenden Papiere selber und den Kurs, zu dem sie aufgenommen worden sind. Dieser Bericht kann nach dieser Richtung hin als vorbildlich bezeichnet werden. Indessen gewährt es auch schon einen gewissen Einblick, wenn ein anderes Institut die Spezifikation in der Weise vorgenommen hat, daß deutsche Staats- und Kommunalpapiere, ferner diverse Hypothekenpfandbriefe und die Gesamtprodukte ähnlicher einigermaßen gleichartiger Effektenkategorien ihrem ziffernmäßigen Werte nach mitgeteilt werden. Manche Institute halten es überhaupt nicht für nötig, sich über ihre Bestände weiter zu äußern. So führt ein Königsberger Institut einen Effektenposten von nahezu 2 Millionen Mk., das ist also 20% des Aktienkapitals auf, ohne sich über die Substanz dieses Postens auszulassen. Ein anderes Königsberger Institut gibt über einen Effektenbestand von rund 418000 Mk. nicht die geringsten Auskünfte. Auch die sonstigen Ergebnisse sind in den allgemeinen Erläuterungen mit wenigen Zahlen abgetan.

Die denkbar größte Uneinheitlichkeit bei den Buchungsmethoden der Banken besteht bei der Verteilung des Reingewinns. Man kennt in den Bankinstituten einen Gewinnüberschuß, einen Reingewinn, einen effektiven Reingewinn, einen Nettogewinn, und die Ermittelung dieser verschiedenen Gewinne und Überschüsse geschieht ohne jedes einheitliche Prinzip, ganz nach Gutdünken. Dabei findet die bei einem

Berliner Bankinstitute bereits getadelte Methode, die Tantiemen für den Vorstand in den Verwaltungskosten zu verrechnen, hier leider Nachahmung, u. a. von einem Barmer Institut, während ein Danziger Institut dasselbe Verfahren beobachtet, ohne jedoch der Tantiemen für die Direktion überhaupt in dem Bericht zu gedenken. Zur Erklärung des allgemeinen Wirrwarrs auf diesem Gebiete muß allerdings gesagt werden, daß der Gesetzgeber zum Teil hier selbst die Schuld trägt, da er, wie bei dieser Gelegenheit kurz gezeigt werden soll, durch seine Deduktionen über den Begriff des Reingewinns die große Verschiedenheit der Buchungsmethoden in den Bankbilanzen hervorgebracht hat.

Der Gesetzgeber hat den Begriff des Reingewinns fixiert im Zusammenhang mit denjenigen Bestimmungen des Handelgesetzbuches, die die Tantiemen des Vorstandes festsetzen (§ 237). In dieser Bestimmung wird die Höhe der Tantiemen von der jeweiligen Gestaltung des Reingewinns abhängig gemacht. Die Entstehung dieser Bestimmung findet sich in dem Berichte der 18. Kommission (Nr. 735 Druckschrift des R.T.) auf S. 73 und zwar als § 232a bereits in derselben Gestalt, in der sie Gesetz geworden ist. Die Bestimmung lautet wörtlich:

„Wird den Mitgliedern des Vorstandes ein Anteil am Jahresgewinn gewährt, so ist der Anteil von dem nach Vornahme sämtlicher Abschreibungen und Rücklagen verbleibenden Reingewinn zu berechnen."

Hierzu bemerkt der Kommissionsbericht u. a.:

„Abschreibungen vorzunehmen, gehöre zur ordnungsmäßigen vorsichtigen Verwaltung; ehe die Abschreibungen nicht gemacht sind, könne von einem Reingewinn nicht die Rede sein."

Dann heißt es weiter:

„Dabei kommen nicht nur Abschreibungen in Betracht, sondern auch Rücklagen, die gemacht werden bei sehr hohem Jahresgewinn, um darauf in künftigen mageren Jahren zu greifen."

Die Reichstagskommission war also der Meinung, daß, ehe Abschreibungen und Rücklagen nicht gemacht sind, von einem Reingewinn nicht die Rede sein könnte. Wie will man hiermit nun in Einklang bringen die Vorschrift des § 262 Absatz 1, wonach in den Reservefonds einzustellen ist:

„von dem Reingewinn mindestens der zwanzigste Teil, solange als der Reservefonds den zehnten oder den im Gesellschaftsvertrag bestimmten höheren Teil des Grundkapitals nicht überschreitet."

Wie soll es möglich sein, vom Reingewinn weitere Reserven zu stellen, wenn doch, wie die Motive des Gesetzgebers selber sagen, die Entstehung des Reingewinns die Berücksichtigung sämtlicher Abschreibungen und Rücklagen zur Voraussetzung hat? Wie sollen vom Reingewinn Reserven gestellt werden, wenn, solange noch Reserven gestellt werden, nach Ansicht der Reichstagskommission — die diese Bestimmung geschaffen — von einem Reingewinn überhaupt „nicht die Rede sein kann"? Man vergegenwärtige sich: die Vorschrift selbst spricht von „sämtlichen Abschreibungen und Rücklagen", und zur Erklärung wird bemerkt: Nicht nur Abschreibungen, sondern auch Rücklagen müssen berücksichtigt werden ehe man von einem Reingewinn sprechen könne. Offenbar ist dem Gesetzgeber dieser Widerspruch entgangen.

Die Sanierung notleidender Aktiengesellschaften.

Von

Rechtsanwalt **Adolf Levinger**, Köln.

Die schwere Zeit, welche über das deutsche Wirtschaftsleben hereingebrochen ist, hat sich am augenfälligsten bei den im vollen Lichte der Öffentlichkeit stehenden Aktiengesellschaften bemerkbar gemacht und hier in zahlreichen Fällen die Notwendigkeit von Sanierungen geschaffen. Dadurch haben die auf die Sanierungen bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen, welche in normalen Zeiten nur ein vorwiegend theoretisches Interesse beanspruchen können, eine erhebliche praktische Bedeutung erlangt und sind auch, dieser gesteigerten praktischen Bedeutung entsprechend, Gegenstand vielfacher Erörterungen geworden. Dabei wurde insbesondere auch die Frage behandelt, inwieweit durch das Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897 eine Veränderung gegenüber dem bisherigen Rechtszustande geschaffen worden ist.

Soweit freilich die erforderliche Sanierung sich darauf beschränken konnte, lediglich eine Verminderung des Aktienkapitals durch Vernichtung von Aktien oder durch Verminderung des Nennwertes von solchen herbeizuführen, haben sich jetzt so wenig wie früher irgend welche Schwierigkeiten ergeben. Die Rechtsgültigkeit in den Formen der Satzungsänderung zustande gekommener, auf Verminderung des Aktienkapitals gerichteter Beschlüsse ist nach jetzigem wie nach früherem Handelsrecht unbestritten, und auch praktisch begegnete weder die Beschlußfassung, noch die Durchführung der gefaßten Beschlüsse irgend welchen Widersprüchen der Aktionäre; eine erklärliche Erscheinung, da ja derartige Beschlüsse die Lage des einzelnen Aktionärs der Gesellschaft gegenüber vollkommen unverändert lassen. Der Aktionär bleibt nach wie vor zu der gleichen Quote an dem Gesamtvermögen der Aktiengesellschaft beteiligt. Wirtschaftlich aber gewinnt der Aktionär

sogar durch die Zusammenlegung, da die Veräußerung und die Beleihung einer vollwertigen, Dividenden bringenden Aktie im Nennwerte von 1000 Mk. wesentlich leichter ist als diejenige zweier notleidenden Aktien im Nennwerte von zusammen 2000 Mk.

Die Schwierigkeiten beginnen, wenn zu der Notwendigkeit einer Verminderung des Aktienkapitals auch noch diejenige der Beschaffung weiterer Geldmittel tritt. Da mit der Möglichkeit im allgemeinen nicht gerechnet werden kann, daß von Kreisen, welche der Aktiengesellschaft bisher ferngestanden haben, Gelder den notleidenden Unternehmern gewidmet werden, so muß die Befriedigung des Geldbedürfnisses durch die bisherigen Aktionäre geschehen; aber auch die bisherigen Aktionäre werden zur Leistung weiterer Beiträge in der Regel nur dann zu haben sein, wenn ihnen für ihre Geldzuschüsse besondere Vorteile gewährt werden oder wenn die Versagung der von ihnen geforderten Geldmittel wesentliche Nachteile für sie zur Folge hat. Besondere Vorteile kann eine Aktiengesellschaft ihren Aktionären aber lediglich aus dem von ihr zu erzielenden Gewinne versprechen oder dadurch, daß der Anteil an dem Stamme des Gesellschaftsvermögens ziffernmäßig oder dem Grade nach bevorzugt wird. Alle diese Bevorzugungen können nur auf Kosten der übrigen Aktionäre geschehen. Von der möglichst wirksamen Ausgestaltung der Bevorzugung der zuzahlenden Aktionäre einerseits und der Zurückdrängung der nichtzuzahlenden Aktionäre anderseits ist in der Regel das Gelingen einer Sanierung abhängig, so daß man geradezu sagen kann, daß nur diejenige Sanierung erfolgreich durchgeführt werden kann, bei welcher eine Besserstellung der zuzahlenden Aktionäre auf Kosten der nichtzuzahlenden erfolgt.

Bis auf die neueste Zeit hinein ist die Bevorzugung der zuzahlenden Aktionäre vor den übrigen in der einfachen Form verwirklicht worden, daß alle Aktien in einem bestimmten Verhältnis zusammengelegt werden sollen, daß aber diejenigen Aktien, auf welche ein gewisser Betrag zugezahlt werde, von der Zusammenlegung verschont bleiben oder von derselben nur in einem schwächeren Verhältnis betroffen werden sollten.

Diese Praxis, welche in ihrer theoretischen Berechtigung insbesondere von Staub (6. und 7. Aufl. Anm. 8 zu § 290 H.G.B.) bestritten war, hat durch die Entscheidung des Kammergerichts vom 25. Januar 1902 (Holdheims Monatsschrift für Handelsrecht 1902 Seite 75) einen erheblichen Stoß erlitten. In dieser Entscheidung ist

ausgeführt, daß Sanierungsbeschlüsse der bezeichneten Art unzulässig seien sowohl deswegen, weil sie auf den Aktionär einen unzulässigen Zwang zur Leistung von Zuzahlungen ausübten, als auch weil sie eine ungleichmäßige Behandlung der Aktionäre enthielten. Sie widersprächen daher sowohl den Bestimmungen des § 211 des Handelsgesetzbuches, wonach die Verpflichtung des Aktionärs durch den Nennbetrag der Aktie bezw. den etwaigen höheren Ausgabepreis begrenzt wird, wie auch insbesondere dem das ganze Aktienrecht beherrschenden Grundsatze der Gleichberechtigung der Aktionäre.

Allerdings ergingen unmittelbar darauf seitens des Oberlandesgerichts Dresden und des Oberlandesgerichts Hamm Entscheidungen (in derselben Zeitschrift Seite 110 ff.), in welchen der entgegengesetzte Standpunkt vertreten war; ein verschiedenartiges Maß der Zusammenlegung für die Zuzahlenden und Nichtzuzahlenden könne festgesetzt werden; der Grundsatz der Gleichheit sei gewahrt, wenn nur jedem Aktionär die gleiche Möglichkeit geboten werde.

Allein schon aus diesem Widerstreit der Meinungen ergab sich für die in der Sanierung begriffenen Gesellschaften die Notwendigkeit, andere Wege zu beschreiten. Denn wenn einmal die Wiederaufrichtung einer Gesellschaft die Öffentlichkeit beschäftigt, verlangt es meist das Interesse der Gesellschaft, daß die Durchführung der Sanierung sich möglichst rasch vollzieht. Man darf also nicht durch Nichtberücksichtigung der Entscheidungen angesehener Gerichtshöfe den Widerspruch geradezu herausfordern und übelwollenden, ihre Sonderinteressen verfolgenden Aktionären Gelegenheit geben, durch eine gegen die Sanierungsbeschlüsse erhobene Anfechtungsklage die Durchführung der Sanierung auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben und möglicherweise den Fortbestand der Gesellschaft zu gefährden.

Auf der Suche nach anderen Wegen trat die in das Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897 neuaufgenommene Vorschrift des § 262 Ziff. 3 in den Vordergrund. Dort ist bestimmt, daß in den Reservefonds einzustellen ist „der Betrag von Zuzahlungen, die ohne Erhöhung des Grundkapitals von Aktionären gegen Gewährung von Vorzugsrechten für ihre Aktien geleistet werden, soweit nicht eine Verwendung dieser Zahlungen zu außerordentlichen Abschreibungen oder zur Deckung außerordentlicher Verluste beschlossen wird".

Trotz dieser ausdrücklichen Bestimmung wurde insbesondere von Staub (Anm. 2 zu § 185 H.G.B.) daran festgehalten, daß auch nach dem geltenden Rechte Mehrheitsbeschlüsse unzulässig seien, durch welche

von den Aktionären Zuzahlungen gegen Einräumung von Vorzugsrechten eingefordert werden. Hierzu sei vielmehr Einstimmigkeit aller Aktionäre nötig. Im Einklange mit den Bemerkungen, welche in der Denkschrift zum neuen Handelsgesetzbuche gemacht sind, nahm die weitaus überwiegende Mehrheit der Schriftsteller (Pinner, Das deutsche Aktienrecht S. 24, und dort Zitierte) aber an, daß durch § 262 Ziff. 3 die Streitfrage der Zulässigkeit von Mehrheitsbeschlüssen im bejahenden Sinne[1] entschieden sei.

Die für diese Auslegung geltendgemachte Erwägung erscheint auch in der Tat überzeugend; wenn nämlich das Gesetz einen Tatbestand wie den im § 262 Ziff. 3 angenommenen regelt, setzt es gleichzeitig voraus, daß ein derartiger Tatbestand nach dem normalen Verlauf der Dinge eintreten kann. Die Fälle aber, in welchen Einstimmigkeit der Aktionäre erzielt wird, sind, mindestens bei ungünstiger Lage eines Unternehmens, derart selten, die Annahme der Notwendigkeit der Einstimmigkeit widerspricht zudem so sehr dem Grundgedanken der auf dem Mehrheitsprinzip beruhenden Aktiengesellschaften, daß nicht angenommen werden kann, es sei bei der hier fraglichen Bestimmung ein einstimmiger Beschluß der Aktionäre vorausgesetzt gewesen.

Solches war der Stand der Dinge, als der Plan der Sanierung der Helios Elektrizitätsaktiengesellschaft der Öffentlichkeit unterbreitet wurde. Der Verlauf dieser Sanierung soll im folgenden einer kurzen Besprechung unterzogen werden, weil an ihr der Einfluß der neueren Rechtsprechung deutlich erkennbar ist und nach mancherlei Richtung sich Bemerkungen über die Sanierungen im allgemeinen machen lassen.

Bei der genannten Gesellschaft war zunächst das Bedürfnis einer wesentlichen Verminderung des 20 Millionen Mk. betragenden Kapitals, sowie der Beschaffung neuer Geldmittel hervorgetreten. Weitere Verwicklungen ergaben sich aber noch daraus, daß von der Gesellschaft Schuldverschreibungen im Gesamtbetrage von etwa 16 Millionen Mk. ausgegeben worden waren, und zwar 4%-, 4½%- und 5%ige. Dieser Umstand war nach doppelter Richtung geeignet, Schwierigkeiten zu bereiten. Einerseits konnte an die erforderliche Kapitalverminderung nicht gedacht werden, wenn die Inhaber der Schuldverschreibungen nicht auf das ihnen nach § 289 H.G.B. zustehende Recht, wegen ihrer Forderungen Befriedigung oder Sicherstellung in mündelsicheren An-

[1] Daß wirklich während der Beratung des neuen Handelsgesetzbuches bei allen Beteiligten diese Meinung bestand, geht aus den Darlegungen Heinemanns, Das Grundprinzip der Aktienform S. 23 ff., zweifelsfrei hervor.



lagen zu erhalten, verzichteten; anderseits mußte bei Aufstellung des Sanierungsplanes darauf Bedacht genommen werden, eine Verminderung der Obligationsschuld herbeizuführen, um, wenn irgend möglich, auch nach der Sanierung die Obligationsschuld auf einer geringeren Höhe als das Aktienkapital zu halten.

Diese Erwägungen führten zur Aufstellung folgenden Planes: zunächst wurde eine Verminderung des Grundkapitals in der Weise herbeigeführt, daß eine Tochtergesellschaft, die Aktiengesellschaft für Elektrizitätsanlagen zu Köln, im Umtausch gegen ein Elektrizitätswerk 1250 Heliosaktien zum Zwecke der Vernichtung liefern sollte. Bezüglich der verbleibenden 18 750 Aktien wurde folgendes bestimmt: der Inhaber von je 5 Aktien hat das Recht, 2 seiner Aktien in Vorzugsaktien zum Nennwerte von je 1500 Mk. umwandeln zu lassen, wenn er auf diese beiden Aktien eine Zuzahlung von je 1025 Mk. macht. Dabei war vorgesehen, daß die Zuzahlung auf eine der beiden Aktien in bar zu erfolgen hatte, während die Zuzahlung auf die andere Aktie auch in Schuldverschreibungen der Gesellschaft geschehen konnte und zwar sollten die 4- und 4½ %igen Schuldverschreibungen mit 93 %, die 5 %igen zum Nennwerte berechnet werden. Da der Kurs der 4 und 4½ %igen Schuldverschreibungen damals annähernd 70, derjenige der 5 %igen etwa 77 war, ergab sich für alle Schuldverschreibungen die Möglichkeit ihres Einbringens zu einem den Tageskurs um 20 % übersteigenden Werte. Insgesamt sollten 7500 Vorzugsaktien zum Nennwerte von je 1500 Mk. geschaffen werden, wodurch der Gesellschaft unter der Annahme, daß die Zuzahlungen lediglich bezüglich der Hälfte in bar geleistet wurden, ein Betrag von etwa 3 750 000 Mk. zugeflossen wäre. (Außer Betracht gelassen sind dabei die Beträge, welche auf die nicht zum Nennwerte anzunehmenden 4- und 4½ %igen Schuldverschreibungen zugezahlt worden wären.) Diejenigen Aktien, auf welche die Zuzahlung nicht geleistet würde, sollten im Verhältnis von 4 : 1 zu Stammaktien zusammengelegt werden.

Die Vorzugsaktien waren als 6 %ige mit Nachzahlungsanspruch und mit dem Rechte der vorzugsweisen Befriedigung im Falle der Liquidation der Gesellschaft vorgeschlagen. Der über die Vorzugsdividende hinaus zu erzielende Gewinn sollte zunächst zu einer 4 %igen Dividende für die Stammaktien verwandt, der Rest nach Maßgabe des Nennwertes unter die Vorzugs- und Stammaktien gleichmäßig verteilt werden.

Da nicht darauf gerechnet werden konnte, daß alle Aktionäre die

von ihnen geforderten Zuzahlungen leisten würden, so war vorgesehen, daß das Bezugsrecht auf die innerhalb einer zu bestimmenden Frist nicht gezeichneten Vorzugsaktien denjenigen Aktionären zustehen sollte, welche innerhalb der Frist sich an der Schaffung der Vorzugsaktien beteiligt hatten.

Nach diesem Plane war die auf die Zuzahlung gesetzte Prämie, von deren Ausgestaltung nach der oben ausgesprochenen Ansicht der Erfolg jeder Sanierung abhängt, eine doppelte:

Zunächst war den zuzahlenden Aktionären ein vorzugsweiser Anteil am Gewinn und für den Fall der Liquidation der Gesellschaft auch an dem Stammvermögen der Gesellschaft zugesichert.

Weiter aber sah der zuzahlende Aktionär, der für seine alte Aktie plus 1025 Mk. eine Vorzugsaktie im Betrage von 1500 Mk. erhielt, seine Aktie mit 475 Mk. bewertet, während der nicht zuzahlende, welcher für 4 alte Aktien nur eine Stammaktie mit dem Nennwerte von 1000 Mk. erhielt, sich mit dem Betrage von 250 Mk. begnügen mußte. Diese Bevorzugung des Zahlenden steigerte sich noch mehr, je mehr er in der Lage war, Zuzahlungen deswegen zu leisten, weil ihm infolge Passivität anderer Aktionäre deren Bezugsrecht zuwuchs.

Geht man nämlich von dem damaligen Aktienkurse von etwa 25 aus, so kosteten . . . . 5 Aktien 1250 Mk.
Rechnet man hierzu die Zuzahlung von 1025 Mk. auf 2 Aktien mit . . . . 2050 „
so ergab sich eine Gesamtaufwendung von . . . . . 3300 Mk.

Dafür sollte der Aktionär 3000 Mk. Vorzugskapital und $^3/_4$ Stammaktien erhalten, welch letztere, wenn das Vorzugskapital al pari bewertet wird, ihm noch 300 Mk. kosten. Wird ihm aber die Möglichkeit gegeben, noch weitere zwei Vorzugsaktien zu beziehen, so treten den vorerwähnten 3300 Mk. noch 2050 Mk. hinzu. Für die Gesamtsumme von 5350 Mk. hat er alsdann 6000 Mk. Vorzugskapital, welches dann nicht einmal den Nennwert gekostet hat, und außerdem noch $^1/_4$ Stammaktie.

Der vorhin erwähnte Umstand, daß bei der Zuzahlung Schuldverschreibungen der Gesellschaft zu einem den Kursstand um 20 % übersteigenden Werte angenommen werden sollten, ließ mit Sicherheit erwarten, daß nur die Hälfte der Zuzahlung in bar geleistet werde, wodurch sich eine Verminderung der Obligationsschuld um mindestens 3 Millionen Mk. ergeben haben würde.

Wenige Tage nach der Veröffentlichung dieses Planes und kurz vor dem Termine der Generalversammlung, in welcher über diese Vorschläge entschieden werden sollte, erging die Entscheidung des Reichsgerichts (Band 52 Seite 288 ff.) auf die Revision, welche gegen die oben erwähnte Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamm eingelegt worden war. Das Reichsgericht sprach darin die Meinung aus, es sei zwar durch § 262 Ziff. 3 anerkannt, daß durch die nach Gesetz oder Statut erforderliche qualifizierte Mehrheit eine Einforderung von Zuschüssen gegen Gewährung von Vorrechten geschehen könne; wenn aber mit dieser Einforderung von Zuschüssen eine Herabsetzung des Grundkapitals durch Zusammenlegung von Aktien Hand in Hand gehe, dann müsse bei dem zuzahlenden wie bei dem nichtzuzahlenden Aktionär die Zusammenlegung in gleichem Maße geschehen. Es müßten also der Gesellschaft gegenüber die Aktien beider Gruppen von Aktionären dem Nennbetrage nach gleich bewertet werden.

Für eine in der Sanierung begriffene Gesellschaft versteht es sich von selbst, daß sie nicht Beschlüsse fassen darf, deren Zulässigkeit mit einiger Aussicht auf Erfolg angefochten werden kann. Wie lebhaft daher auch die später zu betrachtenden Bedenken gegen die Reichsgerichtsentscheidung sein mochten, so mußte doch die Notwendigkeit anerkannt werden, den vorerwähnten Plan fallen zu lassen und sich nach Möglichkeit auf den Boden der Entscheidung des höchsten Gerichts zu stellen.

Inzwischen hatte sich auch nach anderer Richtung die Notwendigkeit einer Modifizierung des ursprünglichen Planes durch die Rücksichten ergeben, welche auf die Inhaber der Schuldverschreibungen zu nehmen waren. Diese hatten sich zur Wahrung ihrer Interessen zu einer Schutzvereinigung zusammengeschlossen, welche in erster Linie gegen die ursprüngliche Absicht der Verwaltung Stellung nahm, den Bankengläubigern der Gesellschaft gegen das Zugeständnis einer fünfjährigen Bindung ihrer Kredite Sicherheiten zu gewähren, während die Schuldverschreibungsinhaber wie bisher ohne Sicherheit bleiben sollten. Die Schutzvereinigung erreichte in Verhandlungen mit den Gesellschaftsorganen eine völlige Gleichstellung mit den Bankengläubigern in der Art, daß beiden Gruppen von Gläubigern gemeinsam eine Sicherheit an dem ganzen Wertpapierbestande der Gesellschaft gegeben wurde. Zum größten Teile repräsentierten diese Wertpapiere solche Elektrizitätswerke und Bahnen, welche die Gesellschaft als Unternehmerin auf Grund erteilter Konzessionen errichtet hatte.

Demgemäß wurden zur Pfandmasse auch diejenigen Forderungen geschlagen, welche gegen die aus solchen Werken begründeten Gesellschaften deshalb noch bestanden, weil bei der Gründung nicht das ganze Baukapital in Aktienkapital umgewandelt, sondern ein Teil als schwebende Schuld bestehen gelassen worden war. Dagegen wurde von der Verpfändung freigelassen alles zum laufenden Fabrikations- und Verkaufsgeschäfte Gehörige, und auch bezüglich der Pfandmasse selbst wurden Bestimmungen getroffen, welche unter voller Wahrung der Interessen der Pfandgläubiger doch der Gesellschaft eine hinreichende Bewegungsfreiheit in bezug auf Verfügungen über einzelne Pfandgegenstände belassen sollten.

Über diese Sicherstellung hinaus bildete auch der Sanierungsplan selbst den Gegenstand der Prüfung der Schutzvereinigung, und es wurde von dieser verlangt, daß der Zusammenlegungsmaßstab nicht 4 : 1, sondern 5 : 1 sein sollte, und daß bei der Einlieferung von Schuldverschreibungen zum Zwecke des Aktienerwerbes alle drei Gruppen von Schuldverschreibungen zu gleichem Kurse angenommen werden sollten. Da diese Zusammenlegung im Verhältnis 5 : 1 von der Gesellschaft acceptiert wurde, so verbot es sich durch den vom Reichsgericht aufgestellten Satz, die Aktien des zuzahlenden Aktionärs der Gesellschaft gegenüber höher zu bewerten als auf 200 Mk. Der eine derjenigen Vorteile, durch welche die Aktionäre zur Zuzahlung bestimmt werden sollten, mußte also wegfallen, und damit war auch zugleich die oben ausgeführte Möglichkeit beseitigt, den in der Zuzahlung liegenden Vorteil durch Bezug der von den anderen Aktionären verschmähten Vorzugsaktien zu steigern. Deshalb erschien es als das einfachste, daß nicht, wie nach dem früheren Plane, mit der Zuzahlung, sondern mit der Zusammenlegung aller Aktien begonnen und daß erst auf die zusammengelegten Aktien die Zuzahlung eingefordert wurde.

Für den dem zuzahlenden Aktionär entzogenen Vorteil mußte aber nach einem Ersatze gesucht werden; dieser konnte nur in einer stärkeren Ausgestaltung der den Vorzugsaktionären zustehenden Vorrechte liegen. Diese Verstärkung der Vorrechte ließ sich in zwei verschiedenen Formen bewirken: entweder so, daß der Vorzugsaktie selbst ein größerer Anteil am jährlichen Reingewinne zugesichert wurde, oder so, daß mit jeder Vorzugsaktie ein selbständiger, vor oder mit den Stammaktien zum Gewinnbezug berechtigender Genußschein ausgegeben wurde. Nach einigem Schwanken wurde durch die Generalversammlung der Aktionäre der letztere Weg gewählt.

Durch alles dieses ergab sich dann folgender neuer Sanierungsplan: zunächst wurde die Verminderung des Aktienkapitals durch Erwerb von 1 250 000 Mk. Aktien gegen ein Elektrizitätswerk unverändert gelassen. Die verbleibenden 18 750 Aktien wurden durch Zusammenlegung im Verhältnis von 5 : 1 auf 3750 vermindert. Jede dieser 3750 Aktien sollte durch Leistung einer Barzuzahlung von je 1000 Mk. in eine Vorzugsaktie mit dem Nennwerte von 2000 Mk. umgewandelt werden können. Die Vorzugsaktien sollten neben vorzugsweiser Befriedigung im Falle der Liquidation die schon im ersten Plane vorgesehene 6%ige Vorzugsdividende mit Nachzahlungsanspruch erhalten. Der darüber hinaus erzielte Gewinn war, wie erwähnt, nach dem ursprünglichen Plane dazu bestimmt, zunächst den Stammaktionären eine 4%ige Dividende zu gewähren; es hatten also ursprünglich an diesem Übergewinne die Stammaktionäre sozusagen ein Vorzugsrecht. Jetzt wurde umgekehrt für die Vorzugsaktien ein Vorrecht auch an dem Übergewinne in der Art geschaffen, daß ihnen ein Viertel desselben ausschließlich vorbehalten wurde, während die übrigen drei Viertel nach Maßgabe des Nennwertes gleichmäßig an beide Gruppen von Aktionären fallen sollen. Das Recht der Vorzugsaktionäre auf das eine Viertel des Übergewinnes ist in selbständigen Genußscheinen verbrieft, deren je einer auf 1000 Mk. Vorzugskapital zur Ausgabe gelangt. Der den Genußscheininhabern zufallende Gewinn wird zunächst auf alle gleichmäßig verteilt, bis zur Erreichung eines Betrages von 10 Mk. für das Stück. Bleibt alsdann von diesem Gewinnteile noch ein Rest, so wird er zum Rückerwerb von auszulosenden Genußscheinen verwendet, wobei für den ausgelosten Genußschein ein Betrag von 100 Mk. gezahlt wird. Die Möglichkeit, die Zuzahlung auf die zu schaffenden Vorzugsaktien mit Schuldverschreibungen der Gesellschaft zu leisten, wurde beseitigt; dagegen wurde aber den zuzahlenden Aktionären freigestellt, gegen Hingabe von Schuldverschreibungen einen gleichen Betrag von Vorzugsaktien mit der entsprechenden Anzahl von Genußscheinen zu erhalten.

Dieser von der Generalversammlung der Aktionäre angenommene Plan hat demnächst die Zustimmung der Versammlungen der drei Gruppen von Schuldverschreibungsinhabern gefunden, welche gegen die vorerwähnte Verpfändung von Vermögensstücken der Gesellschaft auf die ihnen nach dem Gesetze zustehende Sicherheit durch mündelsichere Werte verzichteten. Dabei hat sich die Befürchtung, es möchten die in dem Gesetze betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von

Schuldverschreibungen vom 4. Dezember 1899 vorgesehenen sehr starken Mehrheiten nicht erreicht werden, als unbegründet erwiesen. Bereits in der ersten Versammlung war die Vertretung der Inhaber der Schuldverschreibungen mehr als ausreichend; doch mag dies zum erheblichen Teil auf den Umstand zurückzuführen sein, daß in der Schutzvereinigung sich eine Organisation der Schuldverschreibungsinhaber gebildet hatte und es dürfte dann, wenn eine derartige Organisation fehlt, wohl nicht mit gleicher Sicherheit auf die Beschlußfähigkeit gerechnet werden können.

In der Folge ist der Sanierungsplan glatt durchgeführt worden. Die Zuzahlung von je 1000 Mk. ist auf 3099 von 3750 Aktien, also etwa 82 %, gemacht worden. Dagegen sind nur 295 Schuldverschreibungen zum Umtausch gegen Vorzugsaktien eingereicht worden, was wiederum zeigt, daß das aktienkaufende Publikum ein wesentlich anderes ist als dasjenige, welches seine Anlagen in Schuldverschreibungen macht. Weitere 1251 Vorzugsaktien zum Nennwerte von je 1000 Mk. nebst dazugehörigen Genußscheinen sind im Umtausch gegen Aktien dreier Gesellschaften geschaffen worden, welchen gegenüber „Helios" auf längere Zeit Betriebsgarantien übernommen hatte. Der Zweck dieser Maßregel war, den gesamten Aktienbesitz dieser Gesellschaften zu vereinigen, um so die erwähnten Garantieverpflichtungen zu beseitigen. Dieser Schaffung von Vorzugsaktien ist in der bisherigen Besprechung nicht gedacht worden, weil diese mit dem Sanierungsplane im ganzen in keinem engeren Zusammenhang stehen, auch von den vorgekommenen Veränderungen nicht berührt worden sind.

Nach alledem beläuft sich jetzt das Aktienkapital auf 8 395 000 Mk., und zwar auf 7 744 000 Vorzugskapital und 651 000 Mk. Stammkapital, während die Obligationsschuld etwa 15 Millionen Mk. beträgt.

Wenn nunmehr an das Vorstehende einige kritische Bemerkungen angeschlossen werden sollen, so ist zunächst darauf hinzuweisen, daß der Sanierungsplan in seiner schließlichen Fassung sich nicht mehr innerhalb des Rahmens des § 262 Ziff. 3 bewegt, welcher doch offenbar die rechtliche Grundlage der ganzen Operation bilden sollte. Denn der § 262 spricht von Zuzahlungen, welche Aktionäre leisten, *ohne daß der Nennwert erhöht wird*; hier aber ist die *ganze* von den Aktionären geleistete Zuzahlung verwendet worden zur Erhöhung des Nennwertes ihrer Aktien. Die im Plane sogenannte Zuzahlung hat also, genau genommen, lediglich den Charakter der Zeichnung neuer Aktien, und es kann demgemäß auch keinen Bedenken unterliegen,

daß auf Höhe der neugezahlten Barbeträge den Aktionären Vorzugsrechte zugestanden worden sind. Für die Verleihung der Vorzugseigenschaft auch an die ursprünglichen 1000 Mk. fehlt es dagegen an jedem inneren Grunde, was besonders dann einleuchtet, wenn man sich vorstellt, es seien dem zuzahlenden Aktionär zwei Aktien zu je 1000 Mk. an Stelle der einen Aktie zu 2000 Mk. gegeben worden. Wollte man also die im § 262 gebilligte Methode befolgen, so wäre es notwendig gewesen, über die 1000 Mk., welche den Charakter der neuen Aktienzeichnung haben, hinaus noch einen gewissen, wenn auch unerheblichen Betrag einzufordern; dieser würde dann die den Nennwert nicht erhöhende Einzahlung gebildet haben, auf Grund deren die Verleihung der Vorzugseigenschaft auch an die ersten 1000 Mk. hätte gerechtfertigt werden können. Das würde also dahin geführt haben, daß ganz im Gegensatz zu dem ersten, infolge der Reichsgerichtsentscheidung verlassenen Plane nicht die zuzahlenden, sondern gerade die nichtzuzahlenden Aktionäre in bezug auf den Nennwert besser gestellt worden wären. Diese jedenfalls sehr unerwünschte Folge würde sich haben vermeiden lassen, wenn man nicht auf die zusammengelegten, sondern auf die alten Aktien die Einzahlung gefordert hätte.

Wir haben gesehen, daß man bei dem Bestreben, den den Aktionären zu gewährenden Vorzug zu verstärken, zur Schaffung von Genußscheinen gelangte. Wenn solche bisher in Deutschland auch nicht sehr häufig gewesen sind, so läßt sich doch für ihre Ausgabe mancherlei anführen. Es ist zunächst für viele Aktionäre von Bedeutung, daß sie neben der Aktie noch ein besonderes Wertpapier erhalten, welches eine selbständige Verwertung zuläßt. Auch übt die durch den Genußschein eröffnete Aussicht, einen Teil der geleisteten Zahlungen späterhin im Wege der Auslosung zurückzuerhalten, einen gewissen Reiz aus, wie ja überhaupt ein nicht unbeträchtlicher Teil des Publikums eine Vorliebe für solche Papiere zeigt, welche der Phantasie einigen Spielraum gewähren.

Ein für den Genußschein sprechender Grund ernsthafterer Art ergibt sich daraus, daß die den Vorzugsaktien zugesprochene Vorzugsdividende in der Regel mit dem Nachzahlungsanspruch ausgestattet wird. Dadurch ist es bedingt, daß die Vorzugsdividende nur in einer solchen Höhe zugesprochen werden darf, daß vernünftigerweise auf ihre regelmäßige volle Ausschüttung gerechnet werden kann. Denn den vollen der zugesicherten Vorzugsdividende entsprechenden Wert wird die Aktie im Verkehr nur dann erlangen, wenn diese Dividende

auch wirklich regelmäßig verteilt wird und der Nachzahlungsanspruch in der Hauptsache praktisch nicht wirksam zu werden braucht.

Allein nach dem Reichsstempelgesetz in der Fassung vom 14. Juni 1900 beträgt der für jeden Genußschein zu entrichtende Stempel die feste Summe von 15 Mk., und diese Tatsache dürfte meist schwerer ins Gewicht fallen als die angeführten Gründe. Übernimmt nämlich bei der Ausgabe von Genußscheinen die Gesellschaft selbst den Stempel, so gelangt man leicht zu ganz unverhältnismäßig hohen Summen; wird aber dem einzelnen Aktionär die Zahlung der Stempelabgabe auferlegt, so wird sie deswegen als besonders lästig empfunden werden, weil der Genußschein selten schon im Augenblick seiner Ausgabe einen greifbaren Wert hat, denselben vielmehr erst in der Zukunft erlangen soll.

Tritt daher das Bedürfnis ein, den Vorzugsaktionären größere Vorrechte als das übliche einer 5 oder 6%igen Vorzugsdividende zu geben, so wird man wohl am zweckmäßigsten den Ausweg einschlagen, daß zwar eine höhere Vorzugsdividende zugesichert, diese aber nur bis zu einem gewissen Betrage mit dem Nachzahlungsanspruch ausgestattet wird. Man wird also beschließen, daß die Vorzugsaktionäre aus dem Jahresgewinne vor den Stammaktionären einen Gewinnanteil von beispielsweise 7½% erhalten, daß aber, soweit der den Vorzugsaktionären in Aussicht gestellte Gewinnanteil 5% nicht erreicht, aus dem Gewinne späterer Jahre eine Nachzahlung stattfindet.

Die wichtigste Frage jedoch, welche nach den vorstehenden Erörterungen übrig bleibt, ist die, ob durch die mehrfach erwähnte Reichsgerichtsentscheidung für Sanierungen eine Grundlage geschaffen worden ist, welche auf allseitige Anerkennung rechnen kann. Wie bereits früher ausgeführt, ist dem § 262 Ziff. 3 des H.G.B. schon bisher überwiegend die Auslegung zuteil geworden, daß die Zulässigkeit der Schaffung von Vorzugsaktien im Wege des Mehrheitsbeschlusses durch ihn entschieden sei. Der Mehrheit der Generalversammlung ist damit also die Befugnis zugesprochen, die einzelnen Aktionäre vor die Wahl zu stellen, entweder auf ihre Aktien Zuzahlungen zu leisten oder, falls sie die geforderte Zuzahlung nicht leisten, zu dulden, daß die zuzahlenden Aktionäre ihnen gegenüber bevorzugt werden. § 262 Ziff. 3 enthält danach gleichmäßig eine Durchbrechung des Grundsatzes, daß die Verpflichtung des Aktionärs sich durch den Nennbetrag der Aktie bezw. des etwa höheren Ausgabekurses beschränkt, wie des Grundsatzes der Gleichheit der Aktionäre. Denn schon die Androhung,

daß entweder die Zahlungspflicht oder die Zurücksetzung des Aktionärs einzutreten habe, enthält eine Verletzung des einen wie des anderen Grundsatzes.

Die Eröffnung der Wahl nötigt den Aktionär, eine Entscheidung zu treffen. Diese Entscheidung ergeht nicht nach freiem Belieben, sondern unter dem Einflusse der Gesamtlage jedes einzelnen Aktionärs notwendigerweise in der Richtung, die seinem Interesse am meisten entspricht. Zu welchem Verhalten demgemäß der Aktionär sich auch entschließt, immer wird er dieses Verhalten als das Ergebnis eines auf ihn ausgeübten Zwanges empfinden. Man darf das Vorhandensein des Zwanges nicht etwa deswegen leugnen wollen, weil auf Grund des Generalversammlungsbeschlusses der eine die Zuzahlung zu machen glaubt, während der andere aus Mangel an Mitteln sich zu der Rolle des Stammaktionärs genötigt findet. Denn eine und dieselbe Tatsache kann je nach der Verschiedenheit der Umstände, auf welche sie bei den einzelnen Beteiligten trifft, bald nach der einen, bald nach der anderen Richtung zwingend wirken. Der Generalversammlungsbeschluß schreibt dem Aktionär vor, daß er wähle; der Beschluß in Verbindung mit der wirtschaftlichen Lage des Aktionärs schreibt ihm vor, wie er zu wählen hat. In zweifachem Sinne also wird ein Zwang auf den Aktionär ausgeübt. Darin aber kann Staub (§ 185 Anm. 2) nicht zugestimmt werden, daß dieser Zwang ein unzulässiger sei; man wird vielmehr, weil eben durch § 262 Ziff. 3 der Generalversammlung die Befugnis gegeben worden ist, den Aktionär vor diese Wahl zu stellen, den im Beschluß liegenden Zwang als erlaubt bezeichnen müssen.

Daraus ergibt sich jedoch zugleich auch, daß der in dem Generalversammlungsbeschluß liegende Zwang nur insoweit als erlaubt bezeichnet werden kann, als er durch § 262 Ziff. 3 gedeckt ist, als er Alternativen stellt, wie sie diese Bestimmung vorsieht. Es bedarf also einer näheren Erörterung der Tragweite der Vorschrift.

In dieser Richtung muß zunächst festgestellt werden, daß der § 262 Ziff. 3 keinerlei nähere Bestimmung gibt, welcher Art die einzuräumenden Vorzugsrechte sein sollen. Solche näheren Bestimmungen sind auch nicht in § 185 H.G.B. enthalten, woselbst von der Möglichkeit gesprochen wird, schon bei Gründung der Gesellschaft Aktiengattungen mit ungleicher Berechtigung zu schaffen. Nur beispielsweise ist hier auf Vorrechte in bezug auf die Verteilung des Gewinnes oder des Gesellschaftsvermögens hingewiesen.

Der Wortlaut der mehrerwähnten Bestimmung rechtfertigt also keinesfalls die namentlich in der Reichsgerichtsentscheidung vom 15. Oktober 1902 vorgesehene verschiedene Beurteilung, je nachdem das Vorrecht in einer vorzugsweisen Beteiligung am Gewinn besteht oder darin, daß bei einer gleichzeitig beschlossenen Zusammenlegung den Aktien, auf welche Zuzahlung geleistet worden ist, der Vorzug eingeräumt ist, daß sie zu einem höheren Satze der Gesellschaft gegenüber in Anrechnung gebracht werden als die übrigen Aktien. Der von dem Reichsgericht gemachten Unterscheidung fehlt aber auch vom praktischen Standpunkte aus die innere Berechtigung. Durch die Gewährung eines vorzugsweisen Anteils am Gewinne können die zuzahlenden Aktionäre derartige Vorteile erlangen, daß das dem Stammaktionär verbleibende Papier trotz des hohen Nennbetrages vollkommen wertlos ist. Man denke nur an den im Reichsanzeiger vom 13. Januar 1903 („Nachschüsse bei Aktiengesellschaften") erwähnten Fall eines Sanierungsbeschlusses, welcher unter dem Eindrucke der Entscheidung vom 15. Oktober 1902 gefaßt worden ist. Darin wird den zuzahlenden Aktionären eine Vorzugsdividende von 10 % mit Nachzahlungsanspruch zugebilligt. Wenn es sich bei Vorzugsaktien mit derart weitgehenden Vorzugsrechten nicht um einen verhältnismäßig geringen Teil des Aktienkapitals handelt, kann sehr wohl das Gewinnbezugsrecht des Stammaktionärs nahezu oder auch ganz illusorisch werden.

Die reichsgerichtliche Auslegung will die Gleichberechtigung der Aktionäre wahren, sie begnügt sich aber mit einer ziffermäßigen Gleichstellung der beiden Gruppen von Aktionären und übersieht dabei die wirtschaftliche Ungleichwertigkeit der mathematisch gleichen Beträge, welche einerseits dem Vorzugsaktionär, anderseits dem Stammaktionär zugesprochen werden. Nur dem Scheine nach wird also der Grundsatz der Gleichberechtigung der Aktionäre aufrechterhalten, während er dem Wesen nach zweifellos durchbrochen ist.

Die Unterscheidung ist weiter aber auch aus dem Grunde unhaltbar, weil dasjenige, was als Gegenstand eines einheitlichen Beschlusses unmöglich sein soll, in zwei zeitlich getrennten Generalversammlungen in unanfechtbarer Weise durchgeführt werden kann. Es wird in der ersten Generalversammlung die Schaffung von Vorzugsaktien gegen Nachzahlung beschlossen. Nach Durchführung dieses Beschlusses beschließt eine zweite Generalversammlung, daß lediglich die Stammaktien zusammengelegt werden sollen oder daß beide Gruppen von Aktien, die Stammaktien aber in einem stärkeren Verhältnis als

die Vorzugsaktien, zusammenzulegen seien. Allerdings bedarf es solchenfalls einer besonderen Abstimmung der Stammaktionäre, aber angesichts der auffälligen Gleichgültigkeit, welche die Aktionäre im allgemeineu namentlich Zusammenlegungsbeschlüssen gegenüber an den Tag legen, kann darauf gerechnet werden, daß unter dem Zwange der Verhältnisse die Zustimmung der erforderlichen Mehrheit der Stammaktionäre erreicht wird.

In der Praxis ist man demgemäß auch nicht dabei stehen geblieben, die Vorzugsaktien lediglich an dem jährlichen Reingewinne vorzugsweise teilnehmen zu lassen, sondern man hat auch für den Fall der Liquidation den Vorzugsaktien das Recht der vorzugsweisen Befriedigung vor den Stammaktionären gegeben. So weit würde allerdings der oben erwähnte § 185 H.G.B einen gesetzlichen Anhalt geben. Dieses Vorrecht ist aber stellenweise noch dahin verstärkt worden, daß die Vorzugsaktionäre über den Nennwert ihrer Aktien hinaus noch ein Aufgeld erhalten sollen, ehe an die Stammaktionäre eine Zahlung geleistet wird. Dieses Aufgeld hat in dem Falle, welcher in dem angeführten Artikel des Reichsanzeigers besprochen ist, sogar die Höhe von 50 % erreicht. Hier haben wir also in Bezug auf den Kapitalwert der Aktie eine als Vorrecht auftretende ungleichmäßige Behandlung der Aktionäre, deren Zulässigkeit nirgends bestritten wird. Von da bis zur Zusprechung eines höheren Nennwertes auch während der Dauer der Gesellschaft ist nur ein Schritt, dessen Zulässigkeit nach den norstehenden Ausführungen ebensowenig zweifelhaft sein sollte. Vielmehr erscheint der Satz berechtigt, daß, weil das Gesetz die Einräumung von Vorrechten gegen Zuzahlungen gestattet und in der Art der Vorrechte keinerlei Unterscheidungen macht, jegliches Vorrecht den zuzahlenden Aktionären gewährt werden darf. Zulässig erscheint demgemäß auch die Zubilligung des Vorrechtes an den zuzahlenden Aktionär, daß bei einer bevorstehenden Zusammenlegung von Aktien sein Recht eine Einschränkung überhaupt nicht oder nur in einem geringeren Grade als die Rechte der übrigen erfahren soll. Es ist Laband (Deutsche Juristenzeitung 1902 S. 229) unbedingt zuzustimmen, daß rechtlich der letzterwähnte Fall nicht anders liegt als bei der Einräumung von Vorrechten bezüglich der Gewinnverteilung. Während aber Laband in beiden Fällen die Unzulässigkeit von Mehrheitsbeschlüssen behauptet, dürfte vielmehr in beiden Fällen die Zulässigkeit anzuerkennen sein. Nur diejenigen Schranken müssen natürlich auch bei Sanierungsbeschlüssen eingehalten werden, welche durch das

allgemeine Recht gegeben sind, so daß insbesondere Beschlüssen, welche gegen die guten Sitten verstoßen, die Gültigkeit abzusprechen wäre. Vielleicht war diese Grenze überschritten in dem von dem Kammergerichte unterm 25. Januar 1902 für ungültig erklärten Beschlusse, der unter der Androhung einer Zusammenlegung im Verhältnis von 6 : 1 die verhältnismäßig sehr geringfügige Zubuße von 5 % des Nennwertes forderte.

Jedenfalls darf nach dem Vorstehenden wohl gesagt werden, daß mit der Reichsgerichtsentscheidung vom 15. Oktober 1902 noch nicht das letzte Wort in dieser Frage gesprochen ist. Da anderseits auf diesem Gebiete weniger als auf irgend einem anderen Unsicherheiten erträglich sind, ist dringend zu wünschen, daß die Erörterung im Flusse bleibe und möglichst bald zu sicheren Ergebnissen führe.

Bemerkungen zu dem Gesetz betr. die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen vom 4. Dezember 1899.

Von
Geheimen Justizrat **Robert Esser**, Cöln.

(Brief vom 16. Mai 1903 auf bezügliche Anfrage.)

Besitzer von Schuldverschreibungen der in § 1 des Gesetzes bezeichneten Art sollen zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen unter Beobachtung bestimmter Normen und Formen mit verbindlicher Kraft für alle bezüglichen Schuldverschreibungsbesitzer Beschlüsse fassen können.

Da das Gesetz nur von Schuldverschreibungen spricht, sind Grundschuldbriefe ausgeschlossen, weil die Grundschuld kein Schuldverhältnis voraussetzt, vielmehr eine selbständige Belastung eines Grundstücks bildet, kraft deren eine bestimmte Summe aus dem Grundstücke an den Berechtigten zu zahlen ist, ohne daß irgend jemand persönlich dafür haftet; der Versuch, das Gesetz vom 4. Dezember 1899 den Besitzern von Grundschuldbriefen gegenüber zur Anwendung zu bringen, ist daher zurückzuweisen.

Die in den §§ 11 und 12 des Gesetzes enthaltenen Vorschriften, wonach die Aufgabe oder Beschränkung von Rechten der Gläubiger, insbesondere die Ermäßigung des Zinsfußes oder die Bewilligung einer Stundung von der Gläubigerversammlung nur zur Abwendung einer Zahlungseinstellung oder des Konkurses des Schuldners beschlossen werden können, und wonach unter keinen Umständen auf die dem Nennwerte der Schuldverschreibungen entsprechenden Kapitalansprüche verzichtet werden darf, sind strictissime zu interpretieren. Nichtsdestoweniger wird auch hierbei zuweilen versucht, auf einem nicht zu billigenden Umwege das zu erreichen, was das Gesetz untersagt. Oder muß es nicht als einen solchen Umweg bezeichnet werden, wenn zunächst eine sehr erhebliche Ermäßigung des Zinsfußes, vielleicht noch verbunden mit einer langjährigen Hinausschiebung des Termins für

die Kapitalsrückzahlung beschlossen, und dann den Gläubigern freigestellt wird, sich statt dessen eine Reduktion des Nennwerts ihrer Schuldverschreibungen gefallen zu lassen? Dadurch wird eine dem Willen des Gesetzes nicht entsprechende Zwangslage für die Gläubiger geschaffen.

Auffallend ist auch, daß der § 11 ohne Einschränkung jede noch so große Reduktion des Zinssatzes und jede noch so lange Hinausschiebung der Rückzahlung des Kapitals zuläßt; denn dieser Bestimmung gegenüber ist das Verbot des Verzichts auf den Kapitalanspruch im § 12 bedeutungslos. Wird der Zinssatz auf ein Minimum, etwa auf 1/100 % herabgesetzt und die Kapitalsrückzahlung viele, etwa 20 Jahre oder noch länger, hinausgeschoben, so würde sich ein solcher nach § 11 zulässiger Beschluß von einer Kapitalsreduktion der schlimmsten Art nicht unterscheiden, ja einer vollständigen Aufgabe des Kapitals fast gleichkommen.

Man könnte nun sagen, die Mehrheit besitze kein Interesse an solchen einschneidenden Beschlüssen. Das ist richtig, wenn die Inhaber der Schuldverschreibungen nicht nebenbei noch andere Interessen besitzen. Man denke nur an den Fall, daß Verwaltung und Aktionäre einer verkrachten Gesellschaft einen Teil der Schuldverschreibungen, um sich die Mehrheit in der Gläubigerversammlung zu sichern, zu niedrigen Kursen aufkaufen, und nun die Minderheit zwingen, sich Beschlüssen zu unterwerfen, die ihre Schuldverschreibungen wertlos machen, dagegen den Interessen der Gesellschaft, ihren Aktionären und vielleicht auch den Buchgläubigern zugute kommen.

Daß durch Beschluß der Gläubigerversammlung auf ein mit den Schuldverschreibungen verbundenes hypothekarisches Recht oder Pfand Verzicht geleistet werden kann, ist in dem Gesetze nirgends ausdrücklich gesagt, wohl aber nimmt dessen Begründung dies an. Der Verzicht auf eine solche Sicherheit wird aber in den meisten Fällen einem nach dem Gesetze unzulässigen Verzichte auf einen Teil des Kapitals gleichstehen.

Noch weniger kann durch Mehrheitsbeschluß, was auch wiederholt versucht worden ist, bei Herabsetzung des Aktienkapitals, durch Beschluß der Schuldverschreibungsbesitzer auf die Sicherheitsbestellung aus § 289 H.G.B. verzichtet werden, denn dieses Recht haftet nicht der Schuldverschreibung als solcher an, sondern steht kraft jener Vorschrift des H.G.B. jedem Gläubiger der Aktiengesellschaft gleichmäßig zu.

Die Bilanzen

der

großen deutschen Kreditbanken und der deutschen Notenbanken seit 1894 in tabellarischen Übersichten.

Zusammengestellt

von

A. Arnold.

Deutsche Bank in Berlin

mit Filialen in Bremen, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München und London.

Aktiva. — In Millionen Mark. — Aktiva.

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse	Coupons und Sorten	Bankierguthaben *)	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	Debitoren: ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	27,2	11,9	—	126,3	165,4	46,2	56,6	13,3	17,4	87,3	24,4	252,7	70,6	40,5	13,8	10,8[1])	102,3	35,4	—	—	3,6	0,3	206,7	459,4
1895	30,3	8,9	—	133,2	172,4	39,1	51,4	9,4	23,4	84,2	19,1	256,6	58,2	49,4	30,9	10,7[1])	163,0	52,0	—	—	6,5	10,2[4])	322,7	579,3
1896	29,1	8,1	—	157,5	194,7	45,4	55,1	13,8	17,5	86,4	20,1	281,1	65,5	35,3	33,9	5,7[2])	145,4	52,9	8,3	—	6,0[5])	0,2	287,7	568,8
1897	34,9	14,0	—	183,8	232,7	44,2	87,8	13,5	20,8	122,1	23,2	354,8	67,4	29,1	31,6	47,9[3])	172,6	63,5	14,5	—	6,5[5])	0,5	366,2	721,0
1898	47,4	8,7	—	223,5	279,6	45,4	97,2	17,0	26,3	140,5	22,8	420,1	68,2	31,6	35,9	48,7[6])	188,6	61,7	17,7	—	7,4	0,0	391,6	811,7
1899	44,8	14,3	—	236,3	295,4	44,0	92,1	11,4	27,2	130,7	19,5	426,1	63,5	37,0	31,5	50,7	219,1	76,6	19,1	—	8,7	0,0	442,7	868,8
1900	51,6	12,3	—	299,7	363,6	50,4	54,2	15,2	31,1	100,5	13,9	464,1	64,3	38,4	35,1	51,2	229,8	70,2	24,3	—	8,2	0,0	457,2	921,3
1901	61,9	17,8	—	344,7	424,4	51,3	81,3	17,0	28,7	127,0	15,3	551,4	66,6	36,7	35,5	51,0	239,8	72,4	31,5	—	10,4	0,0	477,3	1028,7
1902	58,8	16,9	—	333,7	409,4	44,2	169,6	15,1	31,1	215,8	23,3	625,2	67,5	41,2	32,4	55,8[7])	247,4	96,9	29,0	—	13,0	0,0	515,7	1140,9

[1]) Kommanditarische Beteiligungen bei Guillermo Vogel & Co. in Madrid und Rosenfeld & Co. in Wien im Betrage von 660 000 Mk. und dauernde Beteiligungen bei der Deutschen Treuhandgesellschaft und der Deutschen Überseebank durch Aktienbesitz. [2]) Kommanditen 660 000 Mk., Aktien der Deutschen Überseebank 4 497 431 Mk. und Aktien der Deutschen Treuhandgesellschaft im Betrage von 496 000 Mk. [3]) Hinzu tritt die Beteiligung an der Bergisch-Märkischen Bank in Elberfeld und am Schlesischen Bankverein in Breslau durch Aktienerwerb. [4]) Darunter 9 840 600 Mk. fehlende Einzahlung auf Deutsche Bank-Aktien VI. Serie. [5]) In den Jahren 1896 und 1897 nach Absetzung außerordentlicher Abstriche von je 600 000 Mk. [6]) Hinzu tritt die Beteiligung bei der Hannoverschen Bank und der Oberrheinischen Bank in Mannheim durch Aktienerwerb. [7]) Hinzu tritt die Beteiligung bei der Duisburg-Ruhrorter Bank durch Aktienerwerb. *) Nicht besonders nachgewiesen.

Deutsche Bank in Berlin.

Passiva. In Millionen Mark. Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe	Accepte	Avale	Depositen	Kontokorrent-kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds ꝛc.	Dividenden	Tantiemen, Remunerationen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1894	75,0	11,9[1])	14,7[2])	101,6	93,9	2,7	74,8	175,9	1,8	7,1	1,6	0,01	357,8	459,4
1895	100,0	23,2[3])	15,8	139,0	122,5	5,9	85,4	210,5	1,8	8,0	2,2	4,0[4])	440,3	579,3
1896	100,0	23,3	16,3	139,6	116,7	8,3	92,6	195,0	1,9	9,3	2,5	2,9[4])	429,2	568,8
1897	150,0	27,9[3])	17,3	195,2	130,5	14,5	101,7	258,6	2,2	10,5	2,8	5,0[4])	525,8	721,0
1898	150,0	27,9	18,5	196,4	128,3	17,7	121,7	322,4	2,5	16,5	1,4[5])	4,8	615,3	811,6
1899	150,0	28,2	19,8	198,0	141,9	19,1	155,5	324,5	2,9	17,2	1,5	8,2	670,8	868,8
1900	150,0	28,2	21,1	199,3	141,1	24,3	190,9	340,3	3,2	17,3	1,6	3,3	722,0	921,3
1901	150,0	28,2	22,4	200,6	142,4	31,5	214,5	415,8	3,6	17,3	1,6	1,4	828,1	1028,7
1902	160,0	31,6[3])	23,7	215,3	145,3	29,0	213,5	507,0	4,0	17,3	1,7	7,8	925,6	1140,9

[1]) „Ordentliche Reserve A". [2]) Ordentliche Reserve B einschließlich der Spezial-Kontokorrentreserve im Betrage von 4 000 000 Mk. [3]) Zuwachs des bei der Kapitalserhöhung erzielten Agiogewinns. [4]) Übergangsposten der Zentrale und der Filialen untereinander, Einzahlungsspesenkonto (zurückgestellt für die Steuer auf das Agio bei der Begebung neuer Aktien). [5]) Die Tantieme der Direktoren und anderen Beamten in Berlin, Bremen ꝛc. ist seit 1898 in die Unkosten mit einbezogen. Die als Tantieme aufgeführten Summen stellen seitdem nur die an den Aufsichtsrat gezahlten Beträge sowie die diesem zu Remunerationen an die Angestellten zur Verfügung gestellten Beträge dar.

Deutsche Bank in Berlin.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres: Zinsen	Bruttogewinn des Jahres: Provisionen	Bruttogewinn des Jahres: Wechsel	Bruttogewinn des Jahres: Effekten	Bruttogewinn des Jahres: Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Bruttogewinn des Jahres: Diverse	Bruttogewinn des Jahres: Insgesamt	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne: Unkosten, Steuern	Abschreibungen auf Effekten	Abschreibungen auf das Kontokorrent	Abschreibungen auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	zu den Reserven: Spezialreserve	Tantieme, Remunerationen	Dividende: Betrag	Dividende: in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Diverse Abschreibungen[4]	Zusammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1894	3265	4409	2 252	1639	1762	154	13 481	347	13 828	4 133	—	39[3])	—	—	566	1631	6 750	9	360	100	249	13 828
1895	3912	5655	2 773	1308	2284	268	16 200	360	16 560	4 724	—	16[3])	—	—	1165	2221	7 500	10	457	60	416	16 560
1896	4616	5754	3 589	1429	2453	188	18 029	457	18 486	4 866	—	25[3])	—	—	1493	2499	8 750	10	487	75	291[7])	18 486
1897	4723	6025	4 547	2215	2286	303	20 099	487	20 586	5 319	—	—	—	—	1008	2774	10 000	10	500	200	185[7])	20 586
1898	5660	6816	6 650	2400	5863	159	27 548	500	28 048	7 820[5])	—	—	—	—	1183	1386[6])	15 750	10½	706	300	903	28 048
1899	5756	7688	7 568	1802	6531	165	29 508	706	30 214	9 055	—	—	—	—	1282	1481	16 500	11	758	300	838	30 214
1900	4418	7729	9 757	1273	6935	244	30 356	758	31 114	9 897	—	—	—	—	1291	1552	16 500	11	767	300	807	31 114
1901	2673	8379	11 388	1516	7606	239	31 801	767	32 568	10 884	—	—	—	—	1300	1628	16 500	11	774	300	1182	32 568
1902	13342[1])	9187	—[2])	2214	8385	351	33 479	774	34 253	12 383	—	—	—	—	1312	1727	16 500	11	784	300	1247	34 253

[1]) Einschließlich der Gewinne auf die Wechsel. [2]) Die Gewinne auf die Wechsel sind in die Zinsen mit einbezogen. [3]) Delkrederekonto. [4]) Abschreibungen auf das Bankgebäude und die Mobilien. [5]) Einschließlich der an die Direktion und die Beamten gezahlten Tantiemen. [6]) Ausschließlich dieser Tantiemen. [7]) Außer den aufgeführten Abschreibungen haben weitere Abschreibungen von je 600 000 Mk. stattgefunden.

Schlesischer Bankverein in Breslau.

Filialen in Glogau, Beuthen (O.-Schl.), Görlitz, Neisse, Glatz, Leobschütz, Liegnitz. — Ferner seit 15. Januar 1901 in Gleiwitz.

Aktiva. In Millionen Mark. **Aktiva.**

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung						II. Ordnung					Zunächst greifbare Aktiven insgesamt		Die weiteren Aktiven										Gesamte Aktiva
	Kasse	Coupons und Sorten	Bankierguthaben *)	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	Debitoren: ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	1,7		—	11,0	12,7	56,4	1,3	0,5	—	1,8	8,0	14,5	64,4	4,8	0,4	7,8	20,3 [1]		—	—	1,0	—	34,3	48,8
1895	1,8		—	11,5	13,3	40,5	1,5	0,4	—	1,9	5,8	15,2	46,3	5,7	1,3	8,7	27,6		—	—	0,8	—	44,1	59,3
1896	1,7		—	10,7	12,4	46,6	0,6	0,4	—	1,0	3,8	13,4	50,4	4,3	2,3	11,8	22,5		—	—	0,8	3,4 [4]	45,1	58,5
1897	1,5		—	12,6	14,1	51,5	0,5	0,5	—	1,0	3,6	15,1	55,1	6,0	2,8	12,2	22,8		—	—	0,7	—	44,5	62,5
1898	1,3		—	14,4	15,7	52,3	0,2	0,5	—	0,7	2,3	16,4	54,6	4,8	2,8	12,8	25,2		—	—	0,5 [3]	—	46,1	59,6
1899	1,9		—	14,9	16,8	44,9	0,5	1,2	—	1,7	4,5	18,5	49,4	4,9	3,4	12,4	30,5		—	—	0,7	—	51,9	70,4
1900	1,5		—	21,5	23,0	55,2	0,05	1,1	—	1,15	2,7	24,15	57,9	6,0	3,9	5,3	34,8		—	—	1,1	—	51,1	75,2
1901	2,0		—	21,9	23,9	51,5	—	0,7	—	0,7	1,5	24,6	53,0	6,5	4,8	4,4	39,0		—	—	1,1	—	55,8	80,4
1902	2,3		—	22,7	25,0	52,6	—	0,8	—	0,8	1,7	25,8	54,3	6,9	3,0	7,0	37,9		—	—	1,3	—	56,1	81,9

[1]) Kommanditen und Einlagen bei Georg Fromberg & Co. in Berlin und Richard Voigt & Co. in Frankenstein. [2]) Seit 1898 steht der Schles. Bankverein in Interessengemeinschaft mit der Deutschen Bank, die einen großen Teil seiner Aktien gegen Ausgabe eigener Aktien erworben hat. [3]) Nach Abzug einer Hypothek von 600 000 Mk. [4]) Rückständige Einzahlung auf neue Aktien.
*) Nicht besonders nachgewiesen.

Schlesischer Bankverein in Breslau.

Passiva. In Millionen Mark. Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva	Gesamtumsätze
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe der Reserven	Accepte	Avale	Depositen	Kontokorrent-kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds 2c.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1894	22,5	1,9	1,9	26,3	0,1	3,1	4,0	13,9	—	1,3	0,1	0,006	22,5	48,8	506
1895	22,5	2,0	2,0	26,5	0,05	2,9	3,9	24,1 [1])	—	1,6	0,2	0,008	32,8	59,3	698
1896	27,0	2,7 [2])	2,2	31,9	0,5	2,9	3,7	17,6	—	1,7	0,2	0,007	26,6	58,5	651
1897	27,0	2,7	2,5	32,2	0,03	2,4	4,0	18,7	—	2,0	0,2	0,004	27,4	59,6	616
1898	27,0	2,7	2,8	32,5	0,5	4,0	3,8	19,5 [3])	—	2,0	0,2	0,002	30,0	62,5	652
1899	27,0	2,7	3,3	33,0	0,3	3,7	4,7	26,4 [3])	—	2,1	0,2	0,002	37,4	70,4	779
1900	27,0	2,7	3,8	33,5	0,03	4,4	6,0	29,0 [3])	—	2,0	0,2	0,002	41,7	75,2	1041
1901	27,0	2,7	4,3	34,0	0,1	5,1	7,7	31,4	—	1,9	0,2	0,001	46,4	80,4	1085
1902	27,0	2,7	4,7	34,4	0,4	4,8	7,6	32,6	—	1,9	0,2	0,001	47,5	81,9	1155

[1]) Darunter 100 000 Mk. aus der Gewinnverteilung als „Allgemeine Debitorenreserve". [2]) Die Erhöhung der Reserve ist bis auf 25 000 Mk., die dem Reingewinn entnommen wurden, aus dem Agio bei Begebung der neuen Aktien bewirkt worden. [3]) Einschließlich Hausbaukonto.

Schlesischer Bankverein in Breslau.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres: Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten	Kommanditen[3]	Diverse	Insgesamt	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne: Unkosten, Steuern	Abschreibungen: auf Effekten	auf das Kontokorrent	auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Diverse Abschreibungen und Rückstellungen	Zusammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1894	737	237	218	359	366	18	1935	33	1968	343	—	64	—	76	80	134	1238	5½	33	—	—	1968
1895	721	308	197	718	552	23	2519	33	2552	332	—	50[1]	—	140	210[2]	180	1575	7	35	30	—	2552
1896	884	278	219	561	511	5	2458	35	2493	363	—	52	—	25	200	180	1575	7	68	30	—	2493
1897	948	301	259	720	597	6	2831	68	2899	370	—	4	—	—	300	217	1890	7	78	40	—	2899
1898	1078	314	292	753	700	8	3145	78	3223	410	—	3	—	—	300	231	1890	7	99	40	250[4]	3223
1899	1165	337	469	674	780	5	3430	99	3529	447	—	13	—	—	500	250	2025	7½	104	40	150[4]	3529
1900	1075	343	631	522	696	11	3278	104	3382	514	—	15	—	—	500	218	1890	7	135	20	90[4]	3382
1901	876	375	592	542	605	21	3011	135	3146	549	—	26	—	—	500	189	1755	6½	127	—	—	3146
1902	878	433	453	608	651	19	3042	127	3169	561	—	—	—	—	350	181	1755	6½	113	—	209[5]	3169

[1]) In der Hauptsache Ausfall an einer bevorschußten Hypothek, zu dessen Deckung die vorhandene Zurückstellung nicht ganz ausreichte. [2]) Darunter 100 000 Mk. als Allgemeine Debitorenreserve. [3]) Ausschließlich der für die Betriebskapitalien vergüteten Zinsen. [4]) Rückstellungen für das Hausbaukonto (vgl. Passiva Anm. 3). [5]) Verlust infolge Veruntreuungen eines Beamten.

Bergisch-Märkische Bank in Elberfeld.

Zweigniederlassungen: in Düsseldorf seit 1. Mai 1874 in Aachen seit 1. Januar 1889; in M.-Gladbach seit 1. Januar 1890; in Köln seit 1. September 1893; in Ruhrort seit 1. April 1895; in Elberfeld seit April 1895; in Hagen seit 2. Januar 1896: in Duisburg seit 2. Januar 1897; in Bonn seit 18. Juni 1898; in Remscheid seit 29. Juni 1898; in Krefeld seit 1. Januar 1901; in Barmen seit 1902.

Kommanditbeteiligungen bestehen bei D. Fleck & Scheuer in Düsseldorf; bei Hüser & Co., Kommanditgesellschaft in Solingen, und bei Max Gerson & Co., Kommanditgesellschaft in Hamm i. W.

Aktiva. In Millionen Mark. **Aktiva.**

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven													Die weiteren Aktiven										Gesamte Aktiva
	I. Ordnung						II. Ordnung					Zunächst greifbare Aktiven insgesamt												
	Kasse, Guthaben bei der Reichsbank	Coupons und Sorten	Bankierguthaben	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung		Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung				Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren		Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	
					Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)				Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)				gedeckte	ungedeckte						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894		2,0		17,0	19,0	43,3		19,8[1])		19,8	45,1	38,8	88,4	1,9		—	23,3[2])		1,9	—	1,0	—	28,1	66,9
1895		2,2		17,4	19,6	39,4		19,1		19,1	38,4	38,7	77,8	4,2		—	33,0		2,5	—	1,1	—	40,8	79,5
1896		2,2		16,9	19,1	35,0		23,7		23,7	43,5	42,8	78,5	4,4		—	39,5		2,7	—	1,0	0,6[3])	48,2	91,0
1897		2,9		25,2	28,1	42,1		34,1		34,1	51,1	62,2	93,2	6,8		—	43,7		3,1	—	1,0	0,5[3])	55,1	117,3
1898		2,6		23,6	26,2	30,8		34,4		34,4	40,4	60,6	71,2	12,4		1,5	58,6		3,9	—	1,6	—	78,0	138,6
1899		3,1		30,4	33,5	31,7		44,5		44,5	42,1	78,0	73,8	13,4		1,5	70,5		4,6	—	1,8	1,1[3])	92,9	170,9
1900		3,2		31,8	35,0	26,7		55,0		55,0	42,0	90,0	68,7	12,1		3,0	84,1		5,6	—	2,0	—	106,8	196,8
1901		3,7		32,7	36,4	26,1		58,3		58,3	41,8	94,7	67,9	13,7		2,0	85,3		6,5	—	3,4	—	110,9	205,6
1902		3,7		36,7	40,4	28,5		52,9		52,9	37,3	93,3	65,8	17,0		2,0	88,4		7,5	—	5,0	—	119,9	213,2

(Columns 2–4, 8–10, 15–16 and 18–19 are each bracketed together with a single value.)

[1]) Einschließlich der Bankierguthaben. [2]) Abzüglich des auf zweifelhafte Debitoren verbuchten Betrags. [3]) Rückständige Einzahlung auf die neuen Aktien.

Bergisch-Märkische Bank in Elberfeld.

Passiva. In Millionen Mark. Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva	Gesamtumsätze
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven [1])	Summe	Accepte	Avale	Depositen	Kontokorrent-kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds 2c.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1894	20,0	2,0	1,0	23,0	10,7	1,9	7,2	22,3	0,2	1,5	0,16	0,004	43,9	66,9	3 920
1895	25,0	3,6 [2])	1,1	29,7	11,8	2,5	9,0	24,2	0,3	1,8	0,2	0,005	49,8	79,5	4 647
1896	30,0	4,9 [2])	1,7	36,6	13,4	2,7	11,9	23,6	0,3	2,2	0,3	0,005	54,4	91,0	4 943
1897	40,0	8,1 [2])	2,5	50,6	18,5	3,1	16,1	25,7	0,3	2,7	0,3	0,004	66,7	117,3	5 793
1898	42,0	8,3 [2])	3,1	53,4	24,2	3,9	22,3	30,1	0,4	3,8	0,5	0,003	85,2	138,6	6 944
1899	50,0	11,1 [2])	4,0	65,1	31,9	4,6	29,6	34,5	0,5	4,0	0,7	0,003	105,8	170,9	8 257
1900	50,0	11,1	4,7	65,8	36,5	5,5	37,6	45,4	0,6	4,7	0,7	0,002	131,0	196,8	9 355
1901	50,0	11,1	4,9	66,0	34,0	6,5	39,8	53,4	0,6	4,6	0,7	0,001	139,6	205,6	9 498
1902	54,3	11,1	6,0	71,4	30,0	7,5	43,8	54,6	0,7	4,6	0,6	0,002	141,8	213,2	10 602

[1]) Verwendungen der sonstigen Reserven zur Deckung von Verlusten: 1894: 22 644 Mk.; 1895: 19 338 Mk.; 1896: 50 000 Mk.; 1897: 52 868 Mk.; 1898: 60 121 Mk.; 1899: 54 328 Mk.; 1900: 91 237 Mk.; 1901: 309 407 Mk. [2]) Erhöhung der gesetzlichen Reserve durch den bei der Begebung neuer eigener Aktien erzielten Agiogewinn.

Bergisch-Märkische Bank in Elberfeld.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres							Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne											Zusammen
	Zinsen[1]	Provisionen	Wechsel	Effekten	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Insgesamt			Unkosten, Steuern[2]	Abschreibungen auf Effekten	Abschreibungen auf das Kontokorrent	Abschreibungen auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	zu den Reserven: Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	Dividende: in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1894	1360	929	—	100	—	—	2389	49	2138	640	—	5	—	—	147	160	1400	7	71	15	2438
1895	1548	1110	—	150	—	—	2808	71	2879	715	—	7	—	—	179	197	1687	7½	79	15	2879
1896	1906	1317	—	218	—	—	3441	79	3520	771	—	19	—	—	258	292	1875	7½	290	15	3520
1897	2275	1487	—	302	—	—	4064	290	4354	834	—	—	—	—	451	344	2250	7½	445	30	4354
1898	3142	1766	—	542	—	—	5450	445	5895	1133	—	—	—	—	482	503	3360	8	367	50	5895
1899	3940	1966	—	519	—	—	6425	368	6793	1227	—	—	—	—	876	659	3570	8½	411	50	6793
1900	4687	2181	—	459	—	—	7327	411	7738	1404	—	—	—	—	896	692	4250	8½	446	50	7738
1901	4393	2428	—	491	—	—	7312	446	7758	1624[3]	—	—	—	—	784	678	4250	8½	372	50	7758
1902	4319	2556	—	496	—	—	7371	372	7743	1779	—	—	—	—	671	601	4340	8	302	50	7743

[1]) Zinsen und Wechsel. [2]) Einschließlich der Abschreibungen auf die Immobilien und Mobilien. [3]) Außerdem sind an Unkosten 266 100 Mk. verausgabt, welche den Spezialreserven (der Agioreserve) entnommen wurden.

Oberrheinische Bank (bis 22. Januar 1896 unter der Firma Kösters Bank, Akt.-Ges.) in Mannheim.

Zweigniederlassung in Heidelberg seit Bestehen der Bank. — Seit 1. März 1895 besteht eine Depositenkasse in Ludwigshafen a. Rh. — 15. Februar 1895 Errichtung einer Niederlassung in Straßburg i. E. unter Übernahme des Bankhauses E. Schwarzmann. — Kommanditen in Baden-Baden* und Rastatt**. — 1. April 1898 Niederlassung in Freiburg i. B. unter Übernahme des Bankhauses Christian Mez. — 1. April Niederlassung in Karlsruhe. — 1. Juni 1898 Filiale in Baden-Baden* unter Übernahme des Bankhauses F. F. Meyer und der Oberrheinischen Kommanditbank R. Nicolai & Co. — 1. Juni 1898 Filiale in Rastatt** unter Übernahme der Abteilung der Oberrheinischer Kommanditbank R. Nicolai & Co. 1. Januar 1899 Filiale in Bruchsal. — 1. Juli 1899 Niederlassung in Basel. — 1. Juli 1899 Filiale in Mülhausen i. E.

Aktiva. In Millionen Mark. **Aktiva.**

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse	I. Ordnung: Coupons und Sorten	I. Ordnung: Bankierguthaben*)	I. Ordnung: Wechsel	I. Ordnung: Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	I. Ordnung: Gesamtsumme: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	II. Ordnung: Lombards	II. Ordnung: Vorschüsse auf Warenverschiffungen	II. Ordnung: Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	II. Ordnung: Gesamtsumme: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	Debitoren: ungedeckte	Bürgschaften	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	0,5 1)	0,1	—	4,7	5,3	42,7	—	0,7	—	0,7	5,7	6,0	48,4	0,7	0,03	—	5,0	5,6 3)	—	0,03	0,5	—	11,9	17,9
1895	0,6 1)	0,2	—	3,9	4,7	34,1	—	0,6	—	0,6	4,3	5,3	38,4	1,0	0,4	—	6,4	4,4 3)	1,3	0,03	0,5	—	14,0	19,3
1896	0,8 1)	0,2	—	4,8	5,8	31,2	—	—	—	—	—	5,8	31,2	1,5	0,4	—	11,2	5,5	1,6	0,04	0,5	—	20,7	26,5
1897	1,4 1)	0,1	—	7,5	9,0	39,8	—	—	—	—	—	9,0	39,8	1,7	0,9	—	11,1	8,7	2,1	0,04	0,5	—	25,0	34,0
1898	1,9 1)	0,1	—	7,8	9,8	33,8	—	—	—	—	—	9,8	33,8	2,7	2,3	—	16,1	10,7	3,1	0,05	1,3	—	36,2	46,0
1899	1,8 1)	0,3	—	9,9	12,0	29,6	—	—	—	—	—	12,0	29,6	3,8	2,1	—	23,6	13,3	3,2	0,05	1,3	—	47,3	59,3
1900	1,6 1)	0,3	—	12,1	14,0	27,7	—	—	—	—	—	14,0	27,7	4,0	2,4	—	27,6	15,0	6,2 4)	0,06	1,4	2,5 2)	59,1	73,1
1901	2,5 1)	0,3	—	11,5	14,3	26,9	—	—	—	—	—	14,3	26,9	3,3	2,9	—	30,4	15,1	5,7	0,06	1,5	2,5 2)	61,4	75,7
1902	1,8 5)	0,3	—	10,0	12,1	27,9	—	—	—	—	—	12,1	—	2,2	1,9	—	26,3	11,6	5,5	0,06	1,6	2,5 2)	51,6	63,7

Bis einschließlich 1893 bestand noch eine Frankfurter Abteilung, deren Liquidation im Jahre 1894 durchgeführt wurde.

1) Einschl. Bankierguthaben (Spalte 4) (Guthaben bei der Reichsbank und bei der Frankfurter Bank). 2) Ausstehende Einzahlung auf 5000000 Mk. Aktien letzter Emission. 3) Einschl. der Forderungen für die zum Inkasso weiter gegebenen Wechsel. 4) Darunter 2500000 Mk. Garantie für 5% Rheinau-Obligationen, wogegen ca. 3000000 Mk. Restkaufschillinge verpfändet sind (davon ca. 2900000 Mk. an erster Stelle). — Anfang 1902 ist ein Teil dieser Restkaufschillinge seitens der Rheinau G. m. b. H. veräußert und durch andere Sicherheiten ersetzt worden. 5) Einschl. Guthaben bei der Reichsbank, Bayerischen Notenbank, Frankfurter Bank und Bank in Basel. *) Vgl. Anm. 1 und 5.

Oberrheinische Bank in Mannheim.

Passiva. In Millionen Mark. **Passiva.**

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe der Reserven	Accepte	Bürgschaften für Steuer, Fracht ꝛc.	Depositen	Kontokorrent-kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfond ꝛc.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1894	5.0	0,2	0,3	5,5	4,3	—	—	7,8	0,03	0,2	0,05	—	12,4	17,9
1895	5,0	0,2	0,3	5,5	4,0	1,3	—	8,1	0,03	0,3	0,06	—	13,8	19,3
1896	7,0	0,4	0,5	7,9	7,0	1,6	—	9,5	0,04	0,4	0,1	0,001	18,6	26,5
1897	10,0	0,9	0,5	11,4	9,2	2,1	—	10,6	0,05	0,5	0,1	0,002	22,6	34,0
1898	15,0	1,5	0,5	17,0	10,7	3,1	—	14,1	0,05	0,9	0,2	0,001	29,0	46,0
1899	16,2[1])	2,1	0,5	18,8	16,2	3,2	—	19,9	0,06	1,0	0,2	0,001	40,5	59,3
1900	20,0[2])	2,05[3])	0,5	22,5	18,1	6,2	—	25,0	0,06	1,1	0,2	0,004	50,6	73,1
1901	20,0[2])	2,05	0,5	22,5	19,8	5,7	—	26,3	0,07	1,1	0,2	0,001	53,2	75,7
1902	20,0[2])	0,3[4])	0,04[4])	20,3	16,7	5,5	—	21,1	0,07	—	—	0,002	43,4	63,7

[1]) 20 000 000 Mk. abzüglich fehlender Einzahlung (75 %). [2]) Auf die Neuemission von 5 000 000 Mk. Aktien (1899) sind in 1899 25 %, in 1900 weitere 25 % eingezahlt, so daß Ult. 1901 und 1902 noch 50 % = 2 500 000 Mk. Einzahlung ausstehen. [3]) Die gesetzliche Reserve ist mithin um 50 000 Mk. gekürzt worden. [4]) Von den Reserven wurden ca. 2 250 000 Mk. zur Ermöglichung diverser Abschreibungen herangezogen, die namentlich durch die Rheinau-Engagements nötig geworden waren. (Vgl. Gewinn- und Verlustkonto.)

Oberrheinische Bank in Mannheim.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres: Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse [1]	Insgesamt	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne: Unkosten, Steuern	Abschreibungen: auf Effekten	auf das Kontokorrent	auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Diverse Abschreibungen [2]	Zusammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1894	172	132	155	108	21	21	609	—	609	229	—	—	—	19	58	53	221	6	—	2	27	609
1895	193	148	184	140	31	18	714	—	714	249	—	—	—	23	73	59	300	6	—	5	5	714
1896	251	233	277	171	21	25	978	—	978	345	—	—	—	31	116	90	360	6	—	5	31	978
1897	345	259	298	183	69	29	1183	—	1183	380	—	—	—	139	27	105	510	6	—	5	17	1183
1898	642	345	377	267	117	57	1805	—	1805	584	—	—	—	—	126	153	900	6	—	8	34	1805
1899	660	430	431	297	113	71	2002	—	2002	692	—	—	—	—	27	211	924	6	56	8	84	2002
1900	744	476	465	253	107	76	2121	56	2177	821	—	—	—	—	2	234	1040	6	44	8	28	2177
1901	681	503	495	292	71	41	2083	44	2127	763	—	—	—	—	2	247	1050	6	21	8	36	2127
1902	560	543	427	354	98	2292 [3])	4274	21	4295	845	253	2151	1046	—	—	—	—	—	—	—	—	4295

[1]) Darunter Gewinn auf Zinsscheine und Wechselgeld, Erträgnisse aus Liegenschaften. [2]) Hauptsächlich Abschreibungen auf Geschäftseinrichtungen und Liegenschaften. [3]) Davon 2 247 446,22 Mk. Heranziehung der Reserven zur Deckung von voraussichtlichen Verlusten aus den Rheinau-Engagements u. a., die in den aus Spalten 12/14 zu ersehenden Abschreibungen berücksichtigt sind.

Hannoversche Bank in Hannover.

Filialen in Harburg, Lüneburg und Celle. Depositenkassen in Linden und Stade.

Aktiva. In Millionen Mark. Aktiva.

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse[1]	Coupons und Sorten	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	ungedeckte[5]	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
1894	0,7	0,2	8,5	9,4	101,1	—	2,1	—	2,1	22,6	11,5	123,7	3,3	0,1	—	6,0	0,9	—	—	0,7	0,02	11,0	22,5
1895	0,8	0,2	6,8	7,8	90,7	—	2,1	—	2,1	24,4	9,9	115,1	2,9	0,4	—	6,7	1,2	—	—	0,7	0,02	11,9	21,8
1896	1,0	0,1	5,1	6,2	75,6	—	2,1	—	2,1	25,6	8,3	101,2	2,3	0,1	—	8,9	0,6	—	—	1,2	0,01	13,1	21,4
1897	1,2	0,2	7,3	8,7	82,9	—	1,8	—	1,8	17,1	10,5	100,0	2,1	0,1	—	7,4	2,6	—	—	1,1	0,006	13,3	23,8
1898	1,1	0,2	7,7	9,0	81,1	—	2,7	—	2,7	24,3	11,7	105,4	3,1	1,1	—	8,5	3,9	—	—	1,2	1,5[6]	19,3	31,0
1899	0,9	0,4	7,9	9,2	48,9	—	4,3	—	4,3	22,9	13,5	71,8	4,2	0,8	2,0[2]	11,7	8,5	—	—	1,6[7]	1,5[6]	30,3	43,8
1900	1,9	0,9	9,1	11,9	48,6	—	3,1	—	3,1	12,6	15,0	61,2	4,3	0,9	2,6[3]	16,2	6,8	—	0,3	2,4[7]	1,5[6]	35,0	50,0
1901	1,1	0,5	7,5	8,7	39,7	—	4,7	—	4,7	21,5	13,4	61,2	5,0	1,0	1,0[4]	15,7	5,5	1,1	0,3	2,8[7]	1,5[6]	33,9	47,3
1902	1,7	0,6	5,9	8,2	31,8	—	3,3	—	3,3	12,8	11,5	44,6	6,2	1,3	—	20,2	6,6	1,6	0,3	2,1[7]	1,5[6]	39,8	51,3

[1]) Einschließlich des Giroguthabens bei der Reichsbank. [2]) Beteiligungen bei Menz, Blochmann & Co. in Dresden, David Daniel in Celle, H. F. Klettwig & Reibestein in Götttingen, Reibestein & Co. in Hann.-Münden. [3]) Beteiligung bei Menz, Blochmann & Co. in Dresden mit 2 000 000 Mk. und bei David Daniel in Celle mit 600 000 Mk. [4]) Rest der Beteiligung in Dresden. [5]) Darunter die Guthaben bei Banken und Bankiers. [6]) Fehlende Einzahlung von 1 499 625 Mk. (75%) auf 1 999 500 Mk. Aktien Lit. B. [7]) Das Anschwellen der Position Immobilien in den Jahren 1899 bis 1901 ist durch die Neuerrichtung von Bankgebäuden, die Entlastung dieses Konto in 1902 durch den Verkauf des alten Bankgebäudes in Hannover herbeigeführt.

Hannoversche Bank in Hannover.

Passiva. In Millionen Mark. Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva	Gesamtumsätze
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe der Reserven	Accepte	Avale, Bürgschaftsaccepte für Fracht- und Steuer-Kredite	Depositen	Kontokorrentkreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds ꝛc.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1894	12,0	1,2	—	13,2	0,5	0,3	0,1	7,5	0,2	0,6	0,03	0,04	9,3	22,5	735,6
1895	12,0	1,2	—	13,2	0,2	0,5	0,1	6,8	0,2	0,7	0,04	0,06	8,6	21,8	756,2
1896	12,0	1,2	—	13,2	0,6	0,8	0,2	5,5	0,3	0,7	0,06	0,04	8,2	21,4	747,9
1897	12,0	1,2	—	13,2	0,2	0,7	0,2	8,3	0,3	0,7	0,08	0,06	10,5	23,8	801,0
1898	18,0	1,9[1])	—	19,9	0,2	0,6	0,5	8,4	0,3	0,9	0,10	0,07	11,1	31,0	1035,4
1899	22,5	2,2[2])	0,3	25,0	1,0	0,6	6,1	9,1	0,3	1,2	0,25	0,15	18,8	43,8	1562,1
1900	22,5	2,3	0,7	25,5	2,5	1,6	4,8	13,9	0,3	1,3	0,05[3])	0,11	24,5	50,0	2017,0
1901	22,5	2,3	0,7	25,5	2,6	1,1	16,9		0,3	0,8	—	0,10	21,9	47,3	2248,7
1902	22,5	2,3	0,7	25,5	2,8	1,7	19,6		0,3	1,3	0,05[3])	0,09	25,8	51,3	2373,4

[1]) 650 000 Mk. Zuwachs aus dem Agio auf 6 000 000 Mk. neue Aktien. [2]) Der Zuwachs teilweise durch Agiogewinne aus der Aktienemission herbeigeführt. [3]) Siehe Anmerkung 5 S. 436.

Hannoversche Bank in Hannover.

Gewinne und Verluste. — In Tausend Mark. — Gewinne und Verluste.

Jahr	Bruttogewinn des Jahres: Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten / Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Insgesamt	Gewinnvortrag aus dem Vorjahre	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne: Unkosten, Steuern	Abschreibungen: auf Effekten	auf das Kontokorrent	auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Diverse Abschreibungen	Zusammen
1	2	3	4	5, 6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1894	221	207	227	191	11	857	—	857	203	—	—	—	—	—	30	600	5	13	3	8	857
1895	262	226	197	216	6	907	13	920	225	—	—	—	—	—	45	640	$5^1/_3$	3	4	3	920
1896	298	242	230	234	7	1011	3	1014	240	—	—	—	—	—	64	696	5,8	1	6	7	1014
1897	334	252	237	237	7	1067	1	1068	242	—	—	—	—	—	77	720	6	18	—	11	1068
1898	422	261	310	230	10	1233	17	1250	254	—	—	—	—	—	98	855	6	34	—	9	1250
1899	664	345	450	598	399 [1]	2456	34	2490	390	—	—	—	203	350	249	1215	6	33	—	50	2490
1900	865	394	527	448	17	2251	33	2284	574 [3]	—	—	—	—	300	47 [5]	1260	6	37	18	48	2284
1901	667	506	407	619	218 [2]	2417	37	2454	607 [3]	—	1000 [4]	—	—	—	—	840	4	7	—	—	2454
1902	736	557	283	525	18	2119	6	2125	667 [3]	—	—	—	—	100	49 [5]	1260	6	22	12	15	2125

[1]) Darunter 385 845 Mk. Gewinne aus einer Terrainspekulation. [2]) Darunter 198 262 Mk. „Erträgnis der Kommanditen", das ist die für Auflösung des Kommanditenverhältnisses zu Menz, Blochmann & Co. in Dresden empfangene Entschädigung einschließlich der Gewinne aus dieser Kommandite und derjenigen bei David Daniel in Celle; im Jahre 1900 auch der Kaufpreis. [3]) Einschließlich der vertragsmäßigen Dividenden an die Direktion. [4]) Verlust aus der Verbindung mit der Terlinden-Aktien-Gesellschaft. [5]) Ausschließlich der vertragsmäßigen Dividende an die Direktoren, welche bis zum Jahre 1899 in dieser Spalte nachgewiesen wurde.

Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer & Co. (Kommandit-Gesellsch. auf Aktien) in Barmen.

Filialen in München-Gladbach, Hagen, Düsseldorf, Ohligs, Remscheid und Solingen.

Aktiva. In Millionen Mark. Aktiva.

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse	Coupons und Sorten	Bankierguthaben[1])	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	II. Ordnung[2]): Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	0,2	—	0,5	5,9	6,6	52,8	—	—	—	—	—	6,6	52,8	0,7	—	—	15,4		—	—	0,3	0,4[4])	16,8	23,4
1895	0,1	—	0,8	6,3	7,2	40,7	—	—	—	—	—	7,2	40,7	1,1	—	—	22,1		—	—	0,5	0,5[4])	24,2	31,4
1896	0,2	—	0,8	8,4	9,4	45,0	—	—	—	—	—	9,4	45,0	0,9	—	—	22,4		1,4	—	0,5	—	25,2	34,6
1897	0,1	—	1,0	9,0	10,1	48,5	—	—	—	—	—	10,1	48,5	0,9	—	—	25,0		1,7	—	0,5	1,2[4])	29,3	39,4
1898	0,3	—	0,9	13,1	14,3	41,7	—	—	—	—	—	14,3	41,7	2,7	—	—	41,3		2,6	—	0,8	2,3[4])	49,7	64,0
1899	0,2	—	1,3	15,6	17,1	42,4	—	—	—	—	—	17,1	42,4	2,5	—	—	47,0		2,7	—	0,7	—	52,9	70,0
1900	0,2	—	1,3	18,7	20,2	42,2	—	—	—	—	—	20,2	42,2	1,1	—	—	55,4		2,8	—	0,9	0,8[4])	61,0	81,2
1901	0,5	—	1,2	15,7	17,4	39,2	—	—	—	—	—	17,4	39,2	1,9	—	—	54,4		3,1	—	0,9	—	60,3	77,7
1902	0,3	—	1,5	14,0	15,8	32,0	—	—	—	—	—	15,8	32,0	1,8	—	—	60,8[3])		3,2	—	1,1	—	66,9	82,7

[1]) Reichsbankgirokonto; sonstige Guthaben bei Bankiers erscheinen bei den Debitoren (Sp. 18 u. 19). [2]) In den Debitoren (Sp. 18, 19) mit enthalten. [3]) Einschl. Guthaben bei Bankiers und durch Wertpapiere gedeckte Vorschüsse. [4]) Rückständige Einzahlung auf neue Aktien.

Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer & Co. (Kommandit-Gesellsch. auf Aktien) in Barmen.

Passiva. In Millionen Mark. Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva	Gesamtumsätze
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe	Accepte	Avale	Depositen[4])	Kontokorrent-kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfond 2c.	Dividenden	Tantiemen[5])	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1894	9,7[1])	0,9[3])	0,3	10,9	4,7	0,8	2,4	4,1	—	0,5	—	0,002	12,5	23,4	1050
1895	12,1[2])	1,3[3])	0,3	13,7	6,5	1,3	2,6	6,7	—	0,6	—	0,003	17,7	31,4	1213
1896	12,1	1,3	0,3	13,7	9,0	1,4	2,5	7,1	—	0,9	—	0,003	20,9	34,6	1409
1897	16,1[2])	2,0[3])	0,5	18,6	9,0	1,7	2,5	6,7	—	0,9	—	0,002	20,8	39,4	1592
1898	25,2[2])	4,0[3])	0,5	29,7	14,3	2,6	4,6	11,3	—	1,5	—	0,001	34,3	64,0	2260
1899	25,2	4,0	0,5	29,7	18,7	2,7	5,5	11,5	—	1,9	—	0,004	40,3	70,0	2482
1900	28,4[2])	4,4[3])	0,5	33,3	22,0	2,7	7,1	14,2	—	1,9	—	0,006	47,9	81,2	2992
1901	28,4	4,4	0,5	33,3	19,7	3,1	6,5	13,8	—	1,3	—	0,006	44,4	77,7	2826
1902	28,4	4,4	0,5	33,3	23,7	3,2	6,0	14,7	—	1,8	—	0,005	49,4	82,7	2908

[1]) Darunter 105 200 Mk. (1 693 200 Mk. neue Aktien) Einlage der persönlich haftenden Gesellschafter, von 1900 ab: 105 000 Mk. [2]) Das Aktienkapital wurde ferner erhöht in 1895 um 2 397 600 Mk., 1897 um 3 999 600 Mk., 1898 um 9 100 800 Mk., 1900 um 3 187 200 Mk. Die Erhöhung des Jahres 1898 diente zur einen Hälfte zur Übernahme des Geschäftes des Gladbacher Bankvereins, Quack & Co., und behufs Begründung einer Filiale in M.-Gladbach, zur anderen Hälfte zur Verstärkung der eigenen Betriebsmittel. Mit dem 1. Januar 1900 wurde unter Übernahme des Bankhauses Leffmann Stern in Hagen an diesem Platze eine Filiale errichtet. [3]) Das Agio aus der Begebung der neuen Aktien ist in die Reserve geflossen. [4]) Zum größeren Teil auf 6 Monate Kündigung und länger. [5]) Die Tantieme ist bereits ausgesondert und auf die entsprechenden Konten verbucht worden.

Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer & Co. (Kommandit-Gesellsch. auf Aktien) in Barmen.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres: Zinsen[1]	Bruttogewinn des Jahres: Provisionen	Bruttogewinn des Jahres: Wechsel	Bruttogewinn des Jahres: Effekten	Bruttogewinn des Jahres: Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Bruttogewinn des Jahres: Diverse	Bruttogewinn des Jahres: Insgesamt	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne: Unkosten, Steuern	Abschreibungen: auf Effekten	Abschreibungen: auf das Kontokorrent	Abschreibungen: auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	zu den Reserven: Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	Dividende: in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Zusammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1894	520	277	—	98	—	—	895	12	907	276	—	29	—	33	—	35	521	$6^1/_2$[4])	13	—	907
1895	645	333	—	18	—	—	996	13	1009	289	—	37	—	—	—	36	631	$6^1/_2$[5])	16	—	1009
1896	862	435	—	8	—	—	1305	16	1321	388	—	14	—	—	—	54	847	7 [6])	18	—	1321
1897	888	498	—	179	—	—	1565	18	1583	401	—	6	—	—	178	51	908	$7^1/_2$[7])	39	—	1583
1898	1466	668	—	—	—	—	2134	38	2172	612	—	—	—	19	—	77	1420	$7^1/_2$[8])	44	—	2172
1899	2146	784	—	—	—	—	2930	45	2975	709	—	245	—	—	—	100	1890	$7^1/_2$[9])	31	—	2975
1900	2122	863	—	—	—	—	2985	31	3016	773	—	200[2])	—	—	—	96	1890	$7^1/_2$[10])	46	10	3016
1901	1949	934	—	9	—	—	2892	47	2939	652	—	959[3])	—	—	—	12	1278	$4^1/_2$[11])	38	—	2939
1902	1699	952	—	51	—	—	2702	38	2740	773	—	150	—	—	—	60	1704	6	38	15	2740

[1]) Sp. 2 einschl. Gewinn aus der Wechselarbitrage. [2]) Davon 90 000 Mk. effektiver Verlust, 110 000 Mk. Abschreibung. [3]) Die Abschreibung von 959 000 Mk. steht im Zusammenhang mit dem Fall Terlinden. Die Bank hatte von Gerh. Terlinden persönlich 200 000 Mk., von der Akt.-Ges. Terlinden 400 000 Mk. zu fordern, und dieser im Kontokorrentverkehr noch Wechsel diskontiert. Außer diesen 959 000 Mk. wurden auch Eingänge auf früher minderbewertete Posten zu Abschreibungen verwandt. [4]) Auf 8 015 000 Mk. [5]) Auf 9 708 200 Mk. [6]) Auf 12 105 800 Mk. [7]) Auf 12 105 800 Mk. [8]) Auf 18 930 200 Mk. [9]) Auf 25 206 200 Mk. [10]) Auf 25 206 000 Mk. [11]) Auf 28 393 200 Mk.

Essener Kreditanstalt in Essen.

(Die Bank besitzt zur Zeit, Anfang 1903, Zweiganstalten in Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen, Mülheim a. Ruhr, Recklinghausen; Agenturen in Herne und Witten.)

Im Jahre 1887 Errichtung einer Zweiganstalt in Gelsenkirchen. — Am 1. August 1894 Eröffnung der Zweiganstalt in Dortmund. — Am 1. Juli 1896 Eröffnung der Zweiganstalt in Bochum. — Seit 1898 Kommanditbeteiligung bei dem Bankhause C. Basse in Lüdenscheid. — Am 1. Juni 1900 wurde unter Beteiligung der Essener Kreditanstalt in Schalke die „Schalker Bank, Filiale der Essener Kreditanstalt," eröffnet. — Am 1. Januar 1901 Etablierung einer Niederlassung in Mülheim a. Ruhr. — Im Frühjahr 1902 Angliederung der Recklinghauser Kreditbank in Recklinghausen (gegen 2 800 000 Mk. Aktien der Essener Kreditanstalt). 1902 Übernahme der Firma S. Hanf in Witten. — Anfang 1903 Kommanditierung der Firma Ernst Osthaus in Hagen.

Aktiva. In Millionen Mark. **Aktiva.**

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven													Die weiteren Aktiven										Gesamte Aktiva
	I. Ordnung						II. Ordnung[2])					Zunächst greifbare Aktiven insgesamt												
	Kasse[1])	Coupons und Sorten	Bankierguthaben	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren[3]): gedeckte	Debitoren[3]): ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	0,8	0,7	—	5,6	7,1	47,6	—	—	—	—	—	7,1	47,6	1,3	—	—	20,1		2,1	0,2	0,1	0,05	23,8	30,9
1895	1,0	1,3	—	9,2	11,5	53,7	—	—	—	—	—	11,5	53,7	2,1	—	—	22,0		2,3	0,2	0,3	0,1	27,0	38,3
1896	1,3	1,0	—	10,8	13,1	56,5	—	—	—	—	—	13,1	56,5	1,3	—	—	23,6		2,6	0,2	0,6	0,1	28,4	41,5
1897	1,7	1,2	—	12,0	14,9	48,2	—	—	—	—	—	14,9	48,2	1,6	—	—	36,0		3,2	0,2	0,7	0,1	41,8	56,7
1898	2,2	1,4	—	19,1	22,7	61,3	—	—	—	—	—	22,7	61,3	1,9	1,0	—	43,3		3,7	0,3	1,0	0,1	51,3	74,0
1899	2,6	1,3	—	23,4	27,3	54,7	—	—	—	—	—	27,3	54,7	2,1	0,3	—	51,4		4,5	0,3	1,2	0,1	59,9	87,2
1900	2,1	1,7	—	30,4	34,2	54,4	—	—	—	—	—	34,2	54,4	1,8	0,9	—	55,9		5,6	0,3	1,5	0,1	66,1	100,3
1901	2,3	2,4	—	27,7	32,4	45,7	—	—	—	—	—	32,4	45,7	6,7	1,9	—	58,8		6,6	0,4	1,8	—	76,2	108,6
1902	3,3	3,2	—	28,9	35,4	41,7	—	—	—	—	—	35,4	41,7	10,5	0,3	—	70,9		6,5	0,4	1,9	—	90,5	125,9

[1]) Einschließlich der Bankierguthaben. [2]) In den Debitoren (Sp. 18, 19) mit enthalten. [3]) Einschließlich der Lombards rc. (Sp. 8—10). Das von 1894—97 hier abgesetzte Delkrederekonto von 250 000 Mk. ist unberücksichtigt geblieben und dem Reservefonds II (Passiva) zugeschrieben worden. (S. Anmerkung 6, S. 441).

Essener Kreditanstalt in Essen.

Passiva. In Millionen Mark. Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva	Gesamtumsätze
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe	Accepte	Avale	Depositen	Kontokorrent-kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds zc.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1894	13,3[1])	1,4	1,3[3])	16,0	2,6	2,1	2,6	6,6	0,2	0,8	0,05	0,0	14,9	30,9	1202
1895	13,9[2])	1,5	1,5[3])	16,9	2,7	2,3	3,1	12,1	0,2	1,0	0,07	0,002	21,4	38,3	1713
1896	15,0[4])	1,5	1,8[3])	18,3	3,3	2,6	4,7	11,2	0,2	1,1	0,1	0,004	23,2	41,5	2722
1897	21,0[5])	3,0[5])	1,8[3])	25,8	5,4	3,2	8,0	12,2	0,3	1,4	0,2	0,2[5])	30,9	56,7	2018
1898	30,0[6])	5,3	1,7[3])	37,0	5,2	3,7	9,8	15,4	0,3	1,9	0,2	0,5	37,0	74,0	3103
1899	30,0	5,3	2,0	37,3	6,6	4,5	12,7	22,1	0,4	2,9	0,3	0,4	49,9	87,2	3793
1900	30,0	5,3	2,2	37,5	5,9	5,6	16,9	30,5	0,4	2,9	0,3	0,3	62,8	100,3	4127
1901	30,0	5,3	2,4	37,7	7,9	6,6	19,6	33,2	0,4	2,7	0,3	0,2	70,9	108,6	4472
1902	33,0[7])	5,6	2,5	41,1	7,9	6,5	22,1	44,4	0,5	3,0	0,3	0,1	84,8	125,9	5001

[1]) Aktienkapital 15 000 000 Mk., davon voll eingezahlt 12 750 000 Mk., von dem Rest nur 25 %. [2]) Weitere Einzahlung von 25 % auf 2 250 000 Mk. [3]) Von 1894—97 ist dem Reservefonds II das Delkrederekonto von 0,25 Mill. Mk. zugeschlagen. (S. S. 440 Anm. 3.) — Im Jahre 1898 sind 0,25 Mill. Mk. Delkrederekonto definitiv abgeschrieben worden, 0,12 Mill. Mk. aus dem Gewinn- und Verlustkonto dem Reservefonds II zugeflossen. [4]) Die Resteinzahlung von 50 % auf 2 250 000 Mk. eingezogen, so daß das Aktienkapital von 15 000 000 Mk. vollgezahlt ist. [5]) Erhöhung des Aktienkapitals um 6 000 000 Mk. Aus dem Agio bei Begebung der neuen Aktien ist die gesetzliche Reserve auf 3 000 000 Mk. erhöht worden, während weitere 182 000 Mk. für die Agiosteuer, deren Gesetzmäßigkeit im Prozeßwege bestritten ist, zurückgestellt wurden (vgl. Sp. 13). [6]) Erhöhung des Aktienkapitals um weitere 9 000 000 Mk. (Wegen der Reserveergänzung und Rückstellung der Agiosteuer [298 000 Mk.] vgl. Anm. 5.) [7]) Desgl. um 3 000 000 Mk. (behufs Erwerbs der Recklinghauser Kreditbank, deren Reservefonds A nebst dem Agio aus neuen Aktien der Reserve zufließt).

Gewinne und Verluste. — **Essener Kreditanstalt in Essen.** In Tausend Mark. — **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres: Zinsen	Bruttogewinn: Provisionen	Bruttogewinn: Wechsel	Bruttogewinn: Effekten	Bruttogewinn: Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Bruttogewinn: Diverse	Bruttogewinn: Insgesamt	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne: Unkosten, Steuern	Abschreibungen auf Effekten	Abschreibungen auf das Kontokorrent	Abschreibungen auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	zu den Reserven: Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	Dividende: in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Diverse Abschreibungen[6])	Zusammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1894	591	335	124	141	—	—	1191	36	1227	268	—	20	—	100	—	45	735	7[1])	44	15	—	1227
1895	670	441	121	395		—	1627	44	1671	288	—	—	—	45	250	70	939	7	59	20	—	1671
1896	828	525	190	245		—	1788	59	1847	390	—	30	—	—	200	99	1050	7	48	30	—	1847
1897	1058	651	304	228		—	2241	48	2289	509	—	—	—	—	100	148	1350	7½[2])	102	30	50	2289
1898	1356	828	403	210		—	2797	102	2899	570	—	50	—	—	120	218	1575	7½[3])	286	30	50	2899
1899	1935	1053	705	303		—	3996	286	4282	698	—	—	—	—	250	326	2550	8½[4])	318	40	100	4282
1900	2003	1129	823	287		—	4242	317	4559	715	—	140	—	—	250	323	2550	8½[4])	341	40	200	4559
1901	1625	1119	902	324		—	3970	341	4311	851	—	160	—	—	150	308	2400	8[4])	322	20	100	4311
1902	1540	1218	681	833		—	4742	322	4594	995	—	—	—	—	150	307	2640	8[5])	362	40	100	4594

[1]) Auf 10 500 000 Mk. [2]) Auf 18 000 000 Mk. [3]) Auf 21 000 000 Mk. [4]) Auf 30 000 000 Mk.
[5]) Auf 33 000 000 Mk. [6]) Abschreibungen auf Bankgebäude.

Magdeburger Privat-Bank in Magdeburg.

Zweigniederlassung in Hamburg. Depositenkassen in Stendal, Burg bei Magdeburg, Halberstadt und Neuhaldensleben.

Aktiva. In Millionen Mark. Aktiva.

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse und Giroguthaben bei der Reichsbank	Coupons und Sorten	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	Effekten, Lombards	Vorschüsse auf Waren	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
1894	0,5	0,1	4,8	5,4	53,5	—	0,4	—	0,4	3,9	5,8	57,4	1,5 (Sp. 14 u. 15)		—	9,3	2,8	—	—	0,6	—	14,2	20,0
1895	0,3	0,1	6,7	7,1	45,8	—	—	—	—	—	7,1	45,8	1,4 (Sp. 14 u. 15)		—	16,3	2,9	—	—	0,7	—	21,3	28,4
1896	0,7	0,1	7,0	7,8	31,3	—	—	13,4	13,4	53,8	21,2	85,1	2,4	—	0,3[1])	14,4 (Sp. 17 u. 18)		1,9	—	0,7	—	19,7	40,9
1897	1,1	0,2	5,9	7,2	22,7	—	5,3	18,6	23,9	75,4	31,1	98.1	3,1	—	0,3[1])	13,9 (Sp. 17 u. 18)		1,8	—	0,6	—	19,7	50,8
1898	1,0	0,2	6,7	7,9	23,1	—	6,1	20,2	26,3	76,9	34,2	100,0	3,5	—	0,3[1])	13,3 (Sp. 17 u. 18)		1,9	—	0,5	—	19,5	53,7
1899	1,4	0,1	10,0	11,5	31,8	—	6,8	13,7	20,5	56,6	32,0	88,4	3,7	—	0,8[2])	17,3 (Sp. 17 u. 18)		1,6	—	0,5	—	23,9	55,9
1900	1,1	0,1	11,1	12,3	31,6	—	7,7	16,4	24,1	62,0	36,4	93,6	4,0	1,6	0,8[2])	13,3 (Sp. 17 u. 18)		2,0	—	0,7	—	22,4	58,8
1901	1,5 (Sp. 2 u. 3)		7,1	8,6	43,9	—	8,7	3,9	12,6	64,3	21,2	108,2	4,1	0,3	0,8[2])	4,8	3,9	1,8	—	0,8	—	16,5	37,7
1902	1,3 (Sp. 2 u. 3)		7,5	8,8	34,8	—	17,0	—	17,0	67,2	25,8	102,0	4,0	0,3	0,5[3])	5,2	4,3	2,6	—	0,8	—	17,7	43,5

[1]) Beteiligung bei F. Hermann Abbes & Co. in Bremen mit 300 000 Mk. [2]) Dieselbe Beteiligung und bis auf 2000 Mk. der volle Aktienbestand der Magdeburger Liquidationskasse G. m. b. H. im Betrage von 2 000 000 Mk., von denen 25 % eingezahlt.
[3]) Nur noch letzterer Aktienbesitz.

Magdeburger Privatbank in Magdeburg.

Passiva. In Millionen Mark. Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva	Gesamtumsätze
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe der Reserven	Accepte	Avale	Depositen	Kontokorrent-kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds ꝛc.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1894	9,0	0,8	0,1	9,9	2,0	0,5	1,7	5,5	—	0,4	0,04	0,02	10,1	20,0	840,0
1895	12,0	0,9	0,005	12,9	4,8	1,0	—	8,9	—	0,7	0,06	0,04	15,5	28,4	1218,0
1896	15,0	1,0	0,001	16,0	8,6	1,9	—	13,5	—	0,8	0,01	0,06	24,9	40,9	1770,0
1897	18,0	1,1	0,129	19,1	11,6	1,8	—	17,2	—	0,8	0,05	0,05	31,7	50,8	2470,0
1898	18,0	1,2	0,277	19,5	11,8	1,9	—	19,2	—	1,2	0,07	0,07	34,2	53,7	2811,0
1899	18,0	1,3	0,378	19,7	12,4	1,6	—	20,9	0,02	1,1	0,07	0,10	36,2	55,9	—
1900	18,0	1,3	0,628	19,9	13,0	2,0	—	23,1	0,02	0,7	0,03	0,08	38,9	58,8	—
1901	18,0	0,1[1])	—[1])	18,1	4,8	1,8	—	12,9	0,02	—	—	0,05	19,6	37,7	—
1902	18,0	0,2	—	18,2	7,1	2,6	—	14,8	0,02	0,7	0,02	0,05	25,3	43,5	—

[1]) Dem Reservefonds in vorheriger Höhe von 1 336 912,86 Mk. sind zur Deckung des Verlustsaldo 1 218 336,77 Mk. entnommen; aus gleichem Grunde ist der Dispositionsfonds aufgezehrt.

Magdeburger Privatbank in Magdeburg.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres: Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Verluste	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne: Unkosten, Steuern	Abschreibungen: auf Effekten	auf das Kontokorrent	auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Diverse Abschreibungen	Zusammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1894	368	155	—	125	—	4	—	—	652	130	—	—	—	25	31	40	413	5½[1])	—	—	13	652
1895	544	260	—	202	—	9	—	—	1015	171	—	122	—	35	—	64	600	5	—	—	23	1015
1896	776	359	—	224	—	18	—	—	1377	261	—	144	—	46	—	133	750	5	1	—	42	1377
1897	727	500	—	336	—	10	—	1	1574	409	—	58	—	53	129	53	825	5½[2])	—	—	47	1574
1898	985	790	—	419	—	10	—	—	2204	521	—	108	—	73	148	73	1170	6½	—	—	111	2204
1899	1024	798	—	434	—	7	—	—	2263	570	—	335	—	66	101	66	1080	6	—	5	40	2263
1900	1065	844	—	—	—	4	—	—	1913	596	217	32	—	52	250	25	720	4	—	—	21	1913
1901	878	672	—	—	—	640[3])	1218[4])	—	3408	562	2825 (Sp. 12 u. 13)		—	—	—	—	—	0	—	—	21	3408
1902	728	625	—	41	—	7	—	—	1401	634	—	—	—	37	—	25	630	3½	45	—	30	1401

[1]) 5½% auf 6 000 000 Mk.; 2¾% auf 3 000 000 Mk. [2]) 5½% auf 15 000 000 Mk. [3]) Hierunter der Dispositionsfonds mit 378 078,22 Mk. und die Effekten- und Konſ.-Reserve mit 250 000 Mk. zur Deckung des Verlustes pro 1901 herangezogen.
[4]) Der Verlust ist durch Entnahme aus dem ordentlichen Reservefonds gedeckt.

Diskontogesellschaft (Kommandit-Gesellsch. auf Aktien) in Berlin.

Zweigniederlassungen in Frankfurt a. M., Hamburg*) und London und verschiedene Depositenkassen in Berlin.

Aktiva. In Millionen Mark. Aktiva.

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven													Die weiteren Aktiven										Gesamte Aktiva
	I. Ordnung						II. Ordnung					Zunächst greifbare Aktiven insgesamt					Debitoren							
	Kasse	Coupons und Sorten	Bankierguthaben	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	in % d. Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % d. Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Betrag	in % d. Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	gedeckte	ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	25,0		—	81,1	106,1	48,1	48,6		—	48,6	22,0	154,7	70,1	27,9		6,2[1])	118,2		5,7	2,2	4,8	—	165,0	319,7
1895	20,3		—	66,0	86,3	37,8	36,0		—	36,0	15,8	122,3	53,6	33,0		45,4[2])	159,0		5,5	2,3	4,7	—	249,9	372,2
1896	22,7		—	61,0	83,7	36,2	23,4		—	23,4	10,1	107,1	46,3	46,2		46,6[3])	162,9		5,1	2,6	4,4	—	267,8	374,9
1897	26,3		—	78,8	105,1	46,9	27,4		—	27,4	12,2	132,5	59,1	47,0		46,8[4])	129,1		5,5	2,7	4,4	—	235,5	368,0
1898	24,5		—	89,6	114,1	43,1	31,7		—	31,7	12,0	145,8	55,1	60,8		50,2[5])	158,8		8,0	2,8	4,4	—	285,0	430,8
1899	18,6		—	80,2	98,8	37,0	40,6		—	40,6	15,2	139,4	52,2	56,0		50,8	169,7		11,0	2,8	4,5	—	294,8	434,2
1900	21,5		—	100,7	122,2	39,3	31,5		—	31,5	10,1	153,7	49,4	63,8		51,3	181,7		21,2	2,9	5,2	—	326,1	479,8
1901	30,0		—	104,0	134,0	38,6	31,9		—	31,9	9,2	165,9	47,8	67,0		55,1	196,6		19,3	3,5	8,1	—	349,6	515,5
1902	35,7		—	135,5	171,2	45,5	49,9		—	49,9	13,2	221,1	58,7	75,4		57,7	193,7		14,9	3,7	10,2	—	355,6	576,7

*) D. i. die in 1895 erworbene Norddeutsche Bank in Hamburg.

[1]) 4 011 666 Mk. Aktien der Brasilianischen Bank für Deutschland und der Deutsch-Asiatischen Bank, und eine Beteiligung von 2 187 000 Mk. bei Ernesto Tornquist & Co., Buenos Aires, und H. Albert de Bary & Co., Antwerpen. [2]) Hinzutritt von 40 000 000 Mk. Aktien der Norddeutschen Bank, Hamburg, und eines Teils der Aktien der Bank für Chile und Deutschland, wogegen ein Teil der Aktien der Brasilianischen Bank für Deutschland verkauft wird. [3]) Die Beteiligung bei Ernesto Tornquist & Co., Buenos Aires, aufgelöst. [4]) Hinzutritt der Beteiligung bei der Banca Generale Romana (Aktienbesitz). [5]) Hinzutritt der Beteiligung bei der Kommanditgesellschaft auf Aktien Becker & Co., Leipzig, und bei der Aachener Diskontogesellschaft, jetzt Rheinische Diskontogesellschaft.

Diskontogesellschaft (Kommandit-Gesellsch. auf Aktien) in Berlin.

Passiva. — In Millionen Mark — Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva	Gesamtumsätze
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe	Accepte	Avale	Depositen [1])	Kontokorrentkreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds 2c.	Dividenden	Tantiemen [2])	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1894	75,0	9,8	14,2	99,0	40,1	5,7	32,2	133,1	2,5	6,2	0,9	0,007	220,7	319,7	17 993
1895	115,0[3])	11,5[3])	17,2	143,7	48,7	5,5	36,9	120,6	2,7	11,8	2,3	0,010	228,5	372,2	20 173
1896	115,0	11,5	17,2	143,7	44,0	5,1	41,3	124,0	2,8	11,8	2,2	0,009	231,2	374.9	20 138
1897	115,0	11,5	17,2	143,7	47,5	5,5	37,0	117,3	2,9	11,9	2,2	0,012	224,3	368,0	19 547
1898	130,0[4])	19,0[4])	17,2	166,2	53,4	8,0	46,6	139,6	2,9	11,9	2,2	0,019	264,6	430,8	23 125
1899	130,0	19,0	18,1	167,1	61,9	11,0	52,1	123,0	2,9	13,7	2,5	0,014	267,1	434,2	22 101
1900	130,0	19,0	19,5	168,5	89,1	21,2	50,6	132,8	3,1	12,4	2,1	0,018	311,3	479,8	29 173
1901	130,0	19,0	19,5	168,5	85,0	19,4	77,9	148,8	3,7[5])	10,6	1,6	0,009	347,0	515,5	31 709
1902	150,0	30,7[6])	19,5	200,2	103,1	15,0	81,9	158,8	3,9	11,9	1,9	0,019	376,5	576,7	39 773

[1]) Darunter Sparkassenkonto für die Angestellten der Gesellschaft in wechselnder Höhe von 2,5 bis 3,1 Mill. Mk. [2]) Die Gewinnbeteiligung der Geschäftsinhaber ist in die Tantieme mit einbezogen. [3]) Kapitalserhöhung zum Zwecke des Ankaufs der Norddeutschen Bank, Hamburg, deren Aktiva im Nettowert von 60 000 000 Mk. gegen 40 000 000 Mk. neue Aktien der Diskontogesellschaft erworben werden. Von dem Buchgewinn von 20 000 000 Mk. werden 4 661 662 Mk. den Reserven zugeführt, 12 405 334 Mk. zu Abschreibungen verwendet. Die Reservefonds der Norddeutschen Bank in Höhe von 14 500 000 Mk. verblieben dieser Bank, sie werden gleichfalls zu Abschreibungen benützt. [4]) Die neuen Aktien im Betrage von 15 000 000 Mk. sind erst am Schluß des Jahres 1898 ausgegeben und nehmen an der Dividende erst vom Jahre 1899 ab teil. Der Agiogewinn von 7 474 028 Mk. fließt zur Reserve. [5]) Der D. Hansemannschen Pensionskasse ist aus der Liquidation des Hauses M. A. v. Rothschild & Söhne in Frankfurt a. M. ein Betrag von 290 000 Mk. überwiesen worden, wogegen die zur Diskontogesellschaft übergetretenen Beamten des aufgelösten Frankfurter Hauses mit der vollen in demselben zurückgelegten Dienstzeit in die Hansemannsche Kasse eintreten. Außerdem wird von den Geschäftsinhabern und dem Aufsichtsrat der Diskontogesellschaft zur Erinnerung an das 50jährige Bestehen der Bank ein Unterstützungsfonds für die Hinterbliebenen von Angestellten begründet und mit 200 000 Mk. dotiert. [6] Zugang von 11 156 933 Agiogewinn und 597 222,22 Mk. Rückvergütung früher versteuerten Agiogewinns.

Diskontogesellschaft (Kommandit-Gesellsch. auf Aktien) in Berlin.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres: Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten[1]) und Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen und Kommanditen[2])	Diverse	Insgesamt	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne: Unkosten, Steuern	Abschreibungen: auf Effekten	auf das Kontokorrent	auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	Spezialreserve	Tantieme[4])	Dividende: Betrag	in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Diverse Abschreibungen	Verluste	Zusammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
1894	2650	2741	1474	4451	626	71	12 013	346	12 359	2158	—	4	3000	—	—	900	6 000	8	147	150	—	—	12 359
1895	2878	3087	1573	5146	3872	55	16 611	147	16 758	2392	—	54	—	—	—	2272	11 500	10	340	200	—	—	16 758
1896	3136	3145	2117	3902	4059	282	16 641	340	16 981	2653	—	37	—	—	—	2198	11 500	10	327	200	—	66[5])	16 981
1897	3021	3219	2391	3991	4142	204	16 968	327	17 295	3098	—	23	—	—	—	2219	11 500	10	380	75	—	—	17 295
1898	3310	3491	2974	2793[3])	4216	302	17 086	380	17 466	3296	—	—	—	—	—	2205	11 500	10	390	75	—	—	17 466
1899	4211	3979	3656	3205	4405	805	20 261	390	20 651	3566	—	34	—	—	853	2463	13 000	10	660	75	—	—	20 651
1900	4179	4262	4361	1701	4461	242	19 206	660	19 866	3863	—	27	—	—	1397	2053	11 700	9	751	75	—	—	19 866
1901	3546	4115	3573	711	4133	104	16 182	750	16 932	4065	—	526	—	—	—	1642	10 400	8	224	75	—	—	16 932
1902	4227	4580	3049	2289	4372	416	18 933	224	19 157	4877	—	74	—	—	—	1919	11 475	8½	437	75	300[6])	—	19 157

[1]) Effektengewinne einschließlich der Reportgewinne nach Abschreibung der Verluste und Übertragung der Zinsen auf Zinsenkonto. [2]) Darunter von 1895 ab der Ertrag der Norddeutschen Bank, Hamburg; in 1895 u. 96: je 3 200 000 Mk., in 1897 u. 98: je 3 400 000 Mk., in 1899 u. 1900: je 3 600 000 Mk., in 1901: 3 200 000 Mk., in 1902: 3 400 000 Mk. [3]) Von dem ausgewiesenen Betrage ist bereits eine Abschreibung auf die Beteiligung bei der Donauregulierung im Betrage von 1 500 000 Mk. abgesetzt. [4]) Einschließlich der Gewinnbeteiligung der Geschäftsinhaber, aber ohne die Tantiemen der Angestellten, welche in den Unkosten mit enthalten sind. [5]) Verlust durch Unterschlagung. [6]) Abschreibung auf den Neubau.

Norddeutsche Bank in Hamburg.

Aktiva. In Millionen Mark. **Aktiva.**

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven – I. Ordnung: Kasse	Coupons und Sorten	Bankierguthaben	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	in % oder Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % oder Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	in % oder Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	Debitoren: ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894		6,3		31,7	38,0	42,5	—	15,6	—	15,6	17,4	53,6	59,9	32,1 [1]	—	1,7 [2]	38,2	36,0	—	—	2,3	—	110,3	163,9
1895		3,0		30,7	33,7	31,9	—	17,7	—	17,7	16,7	51,4	48,6	19,2	—	4,7 [3]	—	66,5	—	—	2,4	3,1 [4]	95,9	147,3
1896		4,0		27,8	31,8	29,8	—	20,4	—	20.4	19,1	52,2	48,9	16,4	—	4,7	—	72,7	—	—	2,7	—	96,5	148,7
1897		2,5		28,7	31,2	31,3	—	19,6	—	19,6	19 7	50,8	51,0	17,6	—	4,6 [5]	—	66,5	—	—	2,8	—	91,5	142,3
1898		4,4		34,3	38,7	36,6	—	22,3	—	22,3	21,1	61,0	57,7	20,7	—	4,6	—	61,0	—	—	1,5 [6]	—	87,8	148,8
1899		3,7		45,5	49,2	41,3	—	17,5	—	17,5	14,7	66,7	56,0	16,6	—	8,1 [7]	—	69,3	—	—	1,8	—	95,8	162,5
1900		6,2		37,4	43,6	37,5	—	16,0	—	16,0	13,8	59,6	51,3	16,3	—	7,8 [7]	—	74,6	—	—	1,9	—	100,6	160,2
1901		7,1		33,2	40,3	35,8	—	16,7	—	16,7	14,8	57,0	50,6	14,5	—	7,8 [7]	—	75,5	—	—	2,1	—	99,9	156,9
1902		5,3		26,9	32,2	27,4	—	24,0	—	24,0	20,5	56,2	47,9	15,3	—	7,9 [7]	—	80,6	—	—	2,2	—	106,0	162,1

[1] Einschließlich der diskontierten Effekten und der Effekten des Reservefonds. [2] Beteiligung bei E. Tornquist & Co., Buenos Aires, und H. Albert de Bary & Co. in Antwerpen, kommanditarische Beteiligung in Gemeinschaft mit der Diskontogesellschaft. [3] Hinzutritt der Beteiligung bei Ephraim Meyer & Sohn, Hannover. [4] Das sind Hypotheken. [5] Die kommanditarische Beteiligung bei E. Tornquist & Sohn in Buenos Aires erloschen. [6] Erwerb eines Grundstücks, das gleich um 150 000 Mk. niedriger als zum Anschaffungswert in die Bilanz eingesetzt wurde; dagegen Ablieferung des seitens der Kaiserlichen Postverwaltung übernommenen Fernsprechamtsgebäudes, wodurch eine Erleichterung des Immobilienkontos herbeigeführt wurde. [7] Einschließlich dauernder Beteiligungen bei Bankinstituten durch Aktienbesitz, der bisher in die Effekten mit einbezogen war. In Betracht kommen hauptsächlich Aktien der Brasilianischen Bank für Deutschland, der Bank für Chile und Deutschland, der Deutsch-Asiatischen Bank, der Banque Générale Roumaine.

Norddeutsche Bank in Hamburg.

Passiva. In Millionen Mark. Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe der Reserven	Accepte	Avale	Depositen[1])	Kontokorrent-kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds zc.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1894	60,0	12,0	2,5	74,5	24,4	—	29,5	32,2	0,3	2,7	—	0,3	89,4	163,9
1895	41,2[2])	0,2[2])	0,2[2])	41,6	24,8	—	29,5	46,9	0,4	3,3	0,5	0,3	105,7	147,3
1896	41,2	0,4	0,4	42,0	27,0	2,0	28,8	44,3	0,4	3,3	0,5	0,4	106,7	148,5
1897	41,2	0,7	0,7	42,6	25,6	3,0	30,8	35,4	0,5	3,5	0,6	0,3	99,7	142,3
1898	41,2	0,9	0,9	43,0	28,4	3,0	40,3	29,1	0,5	3,5	0,6	0.4	105,8	148,4
1899	41,2	1,1	1,1	43,4	29,8	3,0	39,4	41,4	0,6	3,7	0,7	0,5	119,1	162,5
1900	41,2	1,4	1,4	44,0	29,8	3,0	42,0	36,1	0,6	3,7	0,6	0,4	116,2	160,2
1901	41,2	1,6	1,6	44,4	32,8	3,3	38,8	32,8	0,7	3,3	0,5	0,3	112,5	156,9
1902	41,2	1,8	1,8	44,8	34,3	4,5	43,0	30,3	0,7	3,5	0,6	0,4	117,3	162,1

[1]) Girokonto und verzinsliche Depositen. [2]) Die gesamten Reserven im Betrage von 14 500 000 Mk. sind bei der Vereinigung der Norddeutschen Bank mit der Diskontogesellschaft in Berlin auf zweifelhafte Aktiva abgeschrieben worden. Die 60 000 000 Mk. Aktien der ersteren Bank sind durch 40 000 000 Mk. Anteile der Diskontogesellschaft ersetzt worden. Der Buchgewinn von 20 000 000 Mk., der hierbei entstand, ist in der Hauptsache zu Abschreibungen auf zweifelhafte Aktiva dieser Gesellschaft verwendet worden. Gleichzeitig sind hierbei von den persönlich haftenden Gesellschaftern der nun in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien umgewandelten Norddeutschen Bank 1 200 000 Mk. als gesetzliche Bareinlage eingezahlt worden.

Norddeutsche Bank in Hamburg.

Gewinne und Verluste. — In Tausend Mark. — Gewinne und Verluste.

Jahr	Bruttogewinn des Jahres: Zinsen	Provisionen	Wechsel[1]	Effekten / Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Insgesamt	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne: Unkosten, Steuern	Abschreibungen: auf Effekten	auf das Kontokorrent	auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	Spezialreserve	Tantieme[2]	Dividende[3]: Betrag	in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Zusammen
1	2	3	4	5–6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1894	1258	1118	532	414	108	3424	21	3451	654	—	80	—	—	—	—	2700	$4^1/_2$	17	—	3451
1895	1317	1201	613	1739	118	4988	17	5015	691	—	30	—	215	215	527	3296	8	—	31	5005
1896	1756	1231	539	1449	127	5102	—	5102	779	—	30	—	215	215	529	3296	8	—	38	5102
1897	1906	1242	624	1460	133	5365	—	5365	757	-	9	—	230	230	590	3502	$8^1/_2$	—	47	5365
1898	2094	1229	786	1482	84	5675	—	5675	821	—	264	—	230	230	588	3502	$8^1/_2$	—	40	5675
1899	2248	1311	1144	1138	53	5894	—	5894	873	—	135	—	245	245	647	3708	9	—	41	5895
1900	2144	1371	1331	997	40	5883	—	5883	911	—	128	—	245	245	615	3708	9	—	31	5883
1901	2038	1432	895	1238	41	5644	—	5644	951	—	433	—	215	215	501	3296	8	—	33	5644
1902	1966	1456	849	1177	36	5484	—	5484	945	—	—	—	230	230	555	3502	$8^1/_2$	—	22	5484

1) Nur „auswärtige" Wechsel. 2) Tantieme an die persönlich haftenden Gesellschafter und an den Aufsichtsrat. 3) Von 1895 ab einschließlich der Dividende auf die Einlage der persönlich haftenden Gesellschafter.

Rheinische Diskontogesellschaft (früher Aachener Diskontogesellschaft) in Aachen.

Laut Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 9. August 1902: Übernahme der Bank für Rheinland und Westfalen in Köln, der Koblenzer Bank in Koblenz und der Firma Groethuysen & Linzweiler in Viersen als Zweiganstalten unter Beibehaltung der Depositenkassen (der früheren Bank für Rheinland und Westfalen) in Kalk und Godesberg. Anfang 1903: Errichtung einer Zweigniederlassung in Bonn.

Aktiva. In Millionen Mark. **Aktiva.**

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven – I. Ordnung: Kasse, Coupons, Sorten u. Reichsbank-Giroguthaben	I. Ordnung: Bankierguthaben	I. Ordnung: Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	II. Ordnung*): Reports / Lombards	II. Ordnung*): Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte / ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionkasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7 – 8	9	10	11	12	13	14	15	16	17 – 18	19	20	21	22	23	24
1894	0,6	1,1	3,2	4,9	42,6	1,6	—	1,6	13,9	6,5	56,5	1,3	0,2	0,2[1])	12,4	0,6	—	0,4	—	15,1	21,6
1895	0,7	0,9	2,3	3,9	33,6	2,5	—	2,5	21,6	6,4	55,2	0,9	0,1	—	14,6	0,6	—	0,4	—	16,6	23,0
1896	0,8	—	3,2	4,0	30,1	4,9	—	4,9	36,8	8,9	66,9	1,0	0,3	1,0[2])	16,6	0,7	—	0,5	—	20,1	29,0
1897	0,9	—	3,6	4,5	26,6	5,9	—	5,9	34,9	10,4	61,5	0,7	0,6	2,0	19,7	0,7	—	0,5	—	24,2	34,6
1898	1,1	—	4,5	5,6	28,3	8,2	—	8,2	41,4	13,8	69,7	0,7	1,8	4,7[3])	21,5	0,8	—	0,5	—	30,0	43,8
1899	0,9	—	4,9	5,8	26,1	8,3	—	8,3	37,4	14,1	63,5	0,6	2,3	7,0	25,2	0,8	—	0,5	1,7[4])	38,1	52,2
1900	1,1	—	6,8	7,9	31,6	9,4	—	9,4	37,6	17,3	69,2	0,9	1,6	8,6	25,3	0,8	—	0,5	—	37,7	55,0
1901	1,5	—	5,9	7,4	33,2	7,5	—	7,5	33,6	14,9	66,8	1,4	1,4	8,6	24,4	1,1	—	0,5	—	37,4	52,3
1902	1,6	—	8,6	10,2	26,9	13,6	—	13,6	35,9	23,8	62,8	2,9	1,8	7,3	37,7	2,2	—	2,5[5])	—	54,4	78,2

*) Von 1896 ab einschließlich der Guthaben bei Bankiers (exkl. Reichsbankgiroguthaben). [1]) Mit 150 000 Mk. bei der Eupener Bank Hirschberg & Co. in Eupen kommanditarisch beteiligt. — Im folgenden Jahre wurde diese Bank in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und die Kommanditbeteiligung in Aktien abgelöst, die nun unter den Effekten figurieren. [2]) Kommanditarische Beteiligung bei einer Berliner Bankfirma eingeleitet (Delbrück, Leo & Co.). [3]) Kommanditarische Beteiligung bei F. W. Koch & Co., Bankgeschäft in Frankfurt a. M., eingeleitet. [4]) Rückständige Einzahlungen auf neue Aktien. [5]) Darunter 747 000 Mk. zur Wiederveräußerung erworbene Immobilien.

Rheinische Diskontogesellschaft (früher Aachener Diskontogesellschaft) in Aachen.

Passiva. In Millionen Mark. Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe der Reserven	Accepte	Avale	Depositen	Kontokorrent-kreditoren	Beamten-versorgung, Pen-sionsfonds ꝛc.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1894	9,0	0,9	0,2	10,1	4,1	0,5	1,1[1])	5,0	0,1	0,6	0,1	0,0	11,5	21,7
1895	10,0	1,1	0,3	11,4	4,9	0,6	0,9[2])	4,4	0,1	0,7	0,02	0,0	11,6	23,0
1896	13,5	1,9	0,3	15,7	5,3	0,7	1,3[3])	5,0	0,1	0,8	0,1	0,0	13,3	29,0
1897	15,0	2,3	0,4	17,7	6,1	0,7	1,3[4])	7,6	0,1	1,0	0,1	0,0	16,9	34,6
1898	20,0	3,7	0,3	24,0	7,9	0,8	1,3[5])	8,2	0,1	1,3	0,2	0,0	19,8	43,8
1899	25,0	4,7	0,3	30,0	10,2	0,8	1,9[6])	7,3	0,1	1,7	0,2	0,0	22,2	52,2
1900	25,0	4,7	0,3	30,0	9,8	0,8	3,0[7])	9,0	0,1	2,1	0,2	0,0	25,0	55,0
1901	25,0	4,7	0,3	30,0	8,6	1,1	2,3[8])	8,2	0,1	1,8	0,2	0,0	22,3	52,3
1902	35,0[10])	4,8	0,5	40,3	13,6	2,2	7,1[9])	12,5	0,1	2,1	0,3	0,0	37,9	78,2

[1]) Davon 212 000 Mk. auf tägliche Kündigung; der Rest auf 1 Monat und mehr. [2]) Davon 130 000 Mk. auf tägliche Kündigung; der Rest auf 1 Monat und mehr. [3]) Davon 111 000 Mk. auf tägliche bis einmonatliche Kündigung; der Rest auf 1 Monat und mehr. [4]) Davon 316 000 Mk. auf tägliche bis einmonatliche Kündigung; der Rest auf einen Monat und mehr. [5]) Davon 190 000 Mk. auf tägliche bis einmonatliche Kündigung; der Rest auf einen Monat und mehr. [6]) Davon 224 000 Mk. auf tägliche bis einmonatliche Kündigung; der Rest auf einen Monat und mehr. [7]) Davon 602 000 Mk. auf kürzere als sechsmonatliche Kündigung. [8]) Davon 366 000 Mk. auf kürzere als sechsmonatliche Kündigung. [9]) Davon 905 000 Mk. auf kürzere als sechsmonatliche Kündigung. [10]) Von den 10 000 000 Mk. neuer Aktien sind 7 917 166 2/3 Mk. im Tausch gegen die Aktien der Bank für Rheinland und Westfalen und der Coblenzer Bank ausgegeben, wobei das Vermögen der übernommenen Banken für den Nennwert der dagegen gegebenen Aktien in die Bilanz eingestellt wurde; restliche 2 082 833 1/3 Mk. Aktien sind à 120 % begeben; das Aufgeld abzüglich Spesen floß mit 105 000 Mk. dem Reservefonds zu.

Rheinische Diskontogesellschaft (früher Aachener Diskontogesellschaft) in Aachen.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres							Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne											Zusammen
											Abschreibungen			zu den Reserven			Dividende				
	Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Insgesamt			Unkosten, Steuern[7]	auf Effekten	auf das Kontokorrent	auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	Gesetzliche Reserve	Spezialreserve	Tantiemen	Betrag	in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1894	539[1])	288	—	60		0,0	887	34	921	188	29			—	35	81	536	6 ½[3])	48	4	921
1895	585[2])	318	—	108		—	1011	48	1059	219	—			4	45	91	641	6 ¾[4])	54	5	1059
1896	777[2])	338	—	68		—	1183	54	1237	231	8			1	50	98	788	7[5])	57	4	1237
1897	919[2])	388	—	96		—	1403	57	1460	230	1			—	60	127	979	7 ¼	59	4	1460
1898	1221[2])	432	—	100		—	1753	59	1812	264	22			—	10	169	1275	7 ½[6])	67	5	1812
1899	1579[2])	515	—	151		—	2245	67	2312	343	52			35	15	190	1600	8	72	5	2312
1900	1973[2])	626	—	5		—	2604	72	2676	356	6			—	—	242	2000	8	67	4	2675
1901	1726[2])	548	—	70		—	2344	67	2411	356	65			—	—	193	1750	7	43	4	2411
1902	2142[2])	800	—	286		—	3228	43	3271	664	32			—	130	280	2100	7[8])	56	9	3271

(Values in Sp. 5–6 and in Sp. 12–14 are printed bracketed together.)

[1]) Einschl. der Gewinne auf Wechsel (Sp. 4). [2]) Einschl. der Gewinne auf Wechsel und der Gewinne aus der Beteiligung bei anderen Bankgeschäften. [3]) 6 ½ % auf 7 500 000 Mk., 3 ¼ % auf 1 500 000 Mk. [4]) 6 ¾ % auf 9 000 000 Mk., 3 ⅜ % auf 1 000 000 Mk. [5]) 7 % auf 10 000 000 Mk.; 3 ½ % auf 2 500 000 Mk. [6]) 7 ½ % auf 15 000 000 Mk., 3 ¾ % auf 4 000 000 Mk. [7]) Einschl. der Abschreibungen auf Immobilien und Mobilien. [8]) 25 000 000 Mk. 7 %; 10 000 000 Mk. 3,5 %.

Dresdner Bank in Dresden und Berlin.

Filiale in Hamburg seit 1892; Mai 1895: Eröffnung der Niederlassung in London. — 1895: Filiale in Bremen (Bremer Bank). — 1896: Filialen in Nürnberg und Fürth (J. M. Wertheimber). — 1898: Filiale in Hannover (Alexander Simon). - 1899: Angliederung der Niedersächsischen Bank in Bückeburg, Filialen in Mannheim und Chemnitz; 1900 in Lübeck und Altona; 1901 in Zwickau und Detmold.

Aktiva. In Millionen Mark. **Aktiva.**

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse, Guthaben bei der Reichsbank	Coupons und Sorten	Bankierguthaben	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	Lombards[1])	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Guthaben bei den Wechselkontoren	Debitoren: gedeckte	Debitoren: ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	14,9	—	—	54,0	68,9	37,2	48,7	5,5	—	54,2	29,3	123,1	66,5	14,9	13,3[3])	3,5	68,3	33,9	6,9	0,8	5,4	—	147,0	270,1
1895	16,5	—	—	59,5	76,0	32,6	41,1	8,9	—	50,0	21,4	126,0	54	17,7	20,7[3])	6,0	103,3	44,5	10,9	0,9	6,9	0,6	211,5	337,5
1896	18,0	—	—	76,7	94,7	36,0	34,5	7,9	—	42,4	16,1	137,1	52,1	18,4	28 0	7,2	104,5	54,3	10,1	1,0	6,7	—	230,2	367,3
1897	16,8	—	—	83,8	100,6	34,2	42,0	9,8	—	51,8	17,5	152,4	51,7	23,4	24,7	9,4	124,0	69,5	9,2	1,1	8,9	9,4[2])	279,6	432,0
1898	17,6	—	—	92,8	110,4	31,6	50,0	7,6	—	57,6	16,4	168,0	48,0	25,9	32,1	12,5	150,0	79,3	7,9	1,2	10,2	—	319,1	487,1
1899	23,9	—	—	122,4	146,3	35,2	63,6	11,7	—	75,3	18,1	221,6	53,3	29,0	39,3	14,9	163,6	85,1	12,3	1,3	12,1	0,1	357,7	579,3
1900	26,8	—	—	150,5	177,3	40,2	22,7	18,8	—	41,5	9,4	218,8	49,6	32,6	37,8	—	194,2	94,6	12,1	1,4	13,2	—	385,9	604,7
1901	35,0	—	—	109,2	144,2	40,9	31,9	8,9	16,6[4])	57,4	16,2	201,6	57,1	34,9	36,7	—	141,9	73,9	12,6	1,5	13,6	—	315,1	516,7
1902	29,8	—	—	115,5	145,3	34,5	69,8	10,5	18,9[4])	99,2	23,6	244,5	58,1	39,1	39,6	—	154,9	78,6	14,7	1,6	14,6	—	343,1	587,6

[1]) Die in Berlin gewährten Darlehne sind im Kontokorrentkonto (Debitoren) mit enthalten. [2]) Darunter 8 970 000 Mk. restliche Einzahlung auf die neuen Aktien. [3]) Für die Beteiligung an der Export- und Lagerhausgesellschaft in Hamburg sind im Jahre 1894 1 000 000 Mk., im Jahre 1895 1 500 000 Mk. abgeschrieben worden. [4]) Früher unter den Debitoren enthalten.

Dresdner Bank in Dresden und Berlin.

Passiva. In Millionen Mark. Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe der Reserven	Accepte	Avale	Depositen	Kontokorrent-kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds 2c.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1894	70,0	15,0	—	85,0	54,4	6,9	20,7	95,5	0,9	5,6	1,1	0,01	185,1	270,1
1895	85,0	19,5 [1])	—	104,5	77,2	11,0	31,1	104,1	1,0	6,9	1,7	0,01	233	337,5
1896	85,0	19,5	—	104,5	76,1	10,1	39,8	127,2	1,1	6,9	1,5	0,1	262,8	367,3
1897	110,0	27,5 [1])	—	137,5	100,6	9,2	37,4	136,4	1,2	7,7	1,9	0,1	294,5	432,0
1898	110,0	27,5	—	137,5	116,2	7,9	55,2	156,4	1,3	10,0	2,5	0,1	349,6	487,1
1899	130,0	34,0 [2])	—	164,0	122,2	12,3	63,0	202,1	1,4	11,8	2,5	0,01	415,3	579,3
1900	130,0	34,0	—	164,0	131,1	12,1	94,6	188,1	1,5	10,5	2,7	0,1	440,7	604,7
1901	130,0	34,0	—	164,0	102,7	12,6	77,6	151,7	1,6	5,2	1,3	0,05	352,7	516,7
1902	130,0	34,0	—	164,0	115,4	14,7	93,2	185,8	1,7	7,9	2,2	2,75 [3])	423,6	587,6

[1]) Zuwachs durch den bei der Übernahme der Bremer Bank erzielten Gewinn. [2]) Zuwachs durch den bei der Begebung der neuen Aktien erzielten Gewinn sowie durch den beim Umtausch der Aktien der Niedersächsischen Bank erzielten Gewinn abzüglich der Unkosten 2c. [3]) Einschließlich einer Abschreibung von 2 700 000 Mk., welche auf das Effekten- und Konsortialbeteiligungs-konto zu verteilen ist.

Dresdner Bank in Dresden und Berlin.

Gewinne und Verluste. — In Tausend Mark. — **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres: Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten / Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Insgesamt	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne: Unkosten, Steuern	Abschreibungen: auf Effekten	auf das Kontokorrent	auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Abschreibungen von Immobilien, Mobilien	Zusammen
1	2	3	4	5–6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1894	2743	2182	1227	3354	498[1]	10004	66	10 070	2079	—	101	1000	—	—	1125	5 600	8	37	83	45	10 070
1895	3939	3130	1510	4512	4949[2]	18040	37	18 077	2713	—	42	1500	4500	—	1716	6 800	8	74	81	651	18 077
1896	3570	3172	2302	2181	811[3]	12036	74	12 110	2926	—	124	—	—	—	1522	6 800	8	58	81	599	12 110
1897	3617	3580	2797	3579	447[4]	14020	58	14 078	3481	—	89	—	—	—	1859	7 650	9	100	79	820	14 078
1898	5325	4677	3354	2896	481[4]	16733	101	16 834	3686	—	18	—	—	—	2460	9 900	9	142	77	551	16 835
1899	7324	5503	4401	1909	510[4]	19647	142	19 789	4579	—	46	—	—	—	2554	11 700	9	84	82	744	19 789
1900	6999	5505	5813	910	217	19444	84	19 528	5201	—	401	—	—	—	2654	10 400	8	53	80	739	19 528
1901	5710	5088	4887	—[5]	243	15928	53	15 981	5604	348	352	2400	—	—	1250	5 200	4	36	79	712	15 981
1902	5873	5104	3564	4650[6]	256	19447	36	19 483	5710	—	300	2700[7]	—	—	2146	7 800	6	67	76	684	19 483

[1]) Einschließlich des Ertrags des Dresdner Wechselkontors. [2]) Einschließlich des Ertrags des Dresdner Wechselkontors und von 4 500 000 Mk. Gewinn aus der Übernahme der Aktiva und Passiva der Bremer Bank in Bremen. [3]) Einschließlich des Ertrags des Dresdner Wechselkontors und 425 000 Mk. Gewinn beim Verkauf des Bankgebäudes in Dresden. [4]) Einschließlich des Ertrags des Wechselkontors in Dresden. [5]) Das Effekten- und Konsortialkonto weist einen Verlust von 348 327,80 Mk. auf. [6]) Hierunter realisierter Gewinn aus der Emission eines Teilbetrages der General Mining and Finance Corporation Ltd.-Aktien. [7]) Einschließlich der Abschreibungen auf die Effekten (Sp. 12).

Bank für Handel und Industrie in Darmstadt und Berlin.

Filialen in Frankfurt a. M., Hannover, Straßburg. Depositenkassen und Wechselstuben in verschiedenen anderen Städten Deutschlands; Kommanditen im In- und Auslande.

Aktiva. In Millionen Mark. **Aktiva.**

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse; Coupons und Sorten	Bankierguthaben	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 15 der Passiven)	II. Ordnung: Reports; Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 15 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 15 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen[2]	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte[3]	Debitoren: ungedeckte einschließlich der Guthaben bei Bankiers	Avale[5]	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2, 3	4	5	6	7	8, 9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	9,1	—	24,8	33,9	33,0	30,5	—	30,5	29,6	64,4	62,6	22,9[1]	19,3	8,5	66,7	13,2	—	—	6,4	—	137,0	201,4
1895	13,1	—	19,5	32,6	29,6	31,5	—	31,5	28,7	64,1	58,3	13,9[1]	23,0	8,5	77,2	15,4	—	—	6,3	—	144,3	208,4
1896	12,7	—	23,4	36,1	33,3	30,5	—	30,5	28,1	66,6	61,4	12,8[1]	25,4	8,6	72,7	14,5	—	—	6,2	—	140,2	206,8
1897	11,3	—	18,2	29,5	32,6	23,1	—	23,1	25,5	52,6	58,1	9,0	26,4[4]	7,9	68,6	18,2	—	—	6,1	—	136,2	188,8
1898	15,8	—	17,5	33,3	31,7	32,3	—	32,3	30,8	65,6	62,5	11,9	28,7[4]	27,7	68,7	24,2	—	—	6,0	—	167,2	232,8
1899	10,6	—	20,4	31,0	28,9	30,9	—	30,9	28,8	61,9	57,7	16,5	30,4[4]	27,2	69,3	17,0	7,0	—	6,1	—	173,5	235,4
1900	11,9	—	26,0	37,9	30,4	27,6	—	27,6	22,2	65,5	52,6	12,3	32,2[4]	27,2	78,2	24,2	6,9	—	6,1	—	187,1	252,6
1901	13,4	—	28,1	41,5	32,4	19,0	—	19,0	14,8	60,5	47,2	13,5	35,4[4]	28,0	79,5	26,1	6,9	—	6,1	—	195,5	256,0
1902	16,1	—	42,0	58,1	28,9	38,8	—	38,8	19,3	96,9	48,2	41,1[6]	35,8	28,6	106,7	33,3	6,6	—	6,4	0,2	258,7	355,6

[1]) Einschließlich der Aktienbeteiligungen bei industriellen Unternehmungen. [2]) Das sind laufende Operationen einschließlich der Beteiligung an Terraingeschäften. [3]) In der Hauptsache die in der Bilanz als „Gedeckte Kredite und Forderungen aus Konsortialgeschäften" aufgeführten Aktiven (im Jahre 1894 62 964 775 Mk.). [4]) Von 1897 bis 1901 einschließlich der Aktienbeteiligungen bei industriellen Unternehmungen. [5]) Davon ein erheblicher Teil, 1899 z. B. 3 255 560 Mk., 1900: 4 538 375 Mk., 1901: 4 298 910 Mk. nicht gedeckt. [6]) Einschließlich der Aktien der Breslauer Diskontobank und der Ostbank für Handel und Gewerbe im Betrage von insgesamt 20 249 161 Mk.

Bank für Handel und Industrie.

Passiva. **In Millionen Mark.** Passiva.

Jahr	Eigene Mittel: Aktienkapital	Eigene Mittel: Gesetzmäßige Reserven	Eigene Mittel: Sonstige Reserven	Eigene Mittel: Summe der Reserven	Die Verbindlichkeiten: Accepte	Avale	Kontokorrentkreditoren: a) täglich fällige Verbindlichkeiten	Kontokorrentkreditoren: b) Verbindlichkeiten mit längeren Terminen	Beamtenversorgung, Pensionsfonds ꝛc.	Dividenden	Tantiemen[1]	Verschiedenes	Hypotheken	Summe der Verbindlichkeiten	Gesamte Passiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1894	80,0	8,1	10,4	98,5	34,2	4,3	30,2	28,1	—	5,7	—	0,02	0,4	102,9	201,4
1895	80,0	8,1	10,3[2])	98,4	41,1	3,9	36,2	21,8	—	6,6	—	0,02	0,4	110,0	208,4
1896	80,0	8,1	10,3[2])	98,4	35,9	4,3	39,7	21,7	—	6,4	—	0,02	0,4	108,4	206,8
1897	80,0	8,1	10,2[2])	98,3	34,7	4,4	31,4	13,2	—	6,4	—	0,02	0,4	90,5	188,8
1898	105,0	12,7[3])	10,2[2])	127,9	33,7	3,5	37,1	19,8	—	8,4	—	0,01	0,4	104,9	232,8
1899	105,0	12,7	10,3	128,0	34,3	7,0	34,9	23,8	—	7,4	—	0,03	—	107,4	235,3
1900	105,0	12,7	10,2[2])	127,9	36,9	6,9	43,2	31,3	—	6,3	—	0,02	—	124,6	252,6
1901	105,0	12,7	10,2[2])	127,9	37,0	6,9	46,9	33,0[4])	—	4,3	—	0,02	—	128,1	256,0
1902	132,0	13,2	9,4[7])	154,6	53,9	6,6	68,7[5])	63,7[6])	—	8,1	—	0,03	—	201,0	355,6

[1]) Die Tantieme ist bereits ausgesondert und auf die entsprechenden Konten verbucht worden. [2]) Von den Spezialreserven sind zu Abschreibungen verwendet worden im Jahre 1895: 72 770 Mk., im Jahre 1896: 57 780 Mk., im Jahre 1897: 20 000 Mk., wogegen 6 104 Mk. aus Eingängen auf früher abgeschriebene Forderungen zugehen. Im Jahre 1898 wurden 40 000 Mk. zu Abschreibungen verwendet, im Jahre 1900: 91 252 Mk., im Jahre 1901: 70 000 Mk., während der Spezialreserve aus den stillen Reserven 46 041 Mk. zugeführt wurden. [3]) Zuwachs des bei der Kapitalserhöhung erzielten Agiogewinns. [4]) Darunter 3 125 000 Mk. Regulierungskonto der Filiale Hannover (fällig 1906/1911). [5]) Einschließlich der noch umlaufenden Noten der früheren Bank für Süddeutschland in Darmstadt. [6]) Einschließlich der Regulierungskonti Filiale Hannover und der Breslauer Diskontobank im Gesamtbetrage von 5 770 833 Mk. [7]) Von den Spezialreserven wurden 1 494 891 Mk. zu Abschreibungen verwendet; 750 000 Mk. wurden ihnen als Rücklage für einen Verlust zugeführt, der durch die Unterschlagungen eines Beamten bewirkt worden ist.

Bank für Handel und Industrie.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres							Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne											Zusammen
	Zinsen[1]	Provisionen	Wechsel	Effekten[2]	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen[3]	Diverse[4]	Insgesamt			Unkosten, Steuern[7]	Abschreibungen auf Effekten	Abschreibungen auf das Kontokorrent	Abschreibungen auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	zu den Reserven: Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	Dividende: in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1894	2206	1036	—	1060	3145	137	7584	44	7628	1312	—	—	—	—	—	658	5600	7	48	10	7628
1895	2395	1267	—	1211	3971	158	9002	48	9050	1415	—	—	—	—	—	992	6600	8¼	33	10	9050
1896	2660	1227	—	502	4369	125	8883	34	8917	1524	—	—	—	—	—	945	6400	8	28	20	8917
1897	2562	1241	—	512	4591	107	9013	28	9041	1620	—	—	—	—	—	981	6400	8	20	20	9041
1898	2743	1334	—	903	5740	626[5]	11346	20	11366	1662	—	—	—	—	—	1264	8400	8	20	20	11366
1899	3212	1301	—	184	5427	132	10256	20	10276	1792	—	—	—	—	120	949	7350	7	25	40	10276
1900	3147	1506	—	095	4052	124	8924	25	8949	2051	—	—	—	—	—	530	6300	6	28	40	8949
1901	2635	1664	—	596	2529	146	7570	28	7598	2479	—	792	—	—	—	—	4200	4	77	50	7598
1902	3455	2362	—	1414	3835	4753[6]	15819	77	15896	2809	2400	—	—	482	750	1248	7920	6	117	170	15896

[1]) Einschließlich des Wechseldiskonts und eines 4%igen Zinsertrags auf die in Effekten angelegten Kapitalien nach Abzug der vergüteten Zinsen. [2]) Gewinn auf Effekten nach Abzug von 4% Zinsen auf das darin angelegte Kapital. [3]) Gewinn aus gemeinschaftlichen Geschäften industrieller Unternehmungen und Kommanditen einschließlich der Buchzinsen. [4]) Einschließlich der Valutengewinne. [5]) Einschließlich der Stückzinsen auf die neu ausgegebenen eigenen Aktien. [6]) Einschließlich 4 389 794,11 Mk. Gewinn aus der Übernahme der Bank für Süddeutschland. [7]) Einschließlich einer Abschreibung von 100 000 Mk. auf das Bankgebäude und Abschreibungen auf die Immobilien ꝛc.

Berliner Handelsgesellschaft in Berlin.

Aktiva. In Millionen Mark. **Aktiva.**

Jahr	Barmittel und leicht realisierbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse	I. Ordnung: Coupons und Sorten	I. Ordnung: Wechsel	I. Ordnung: Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	I. Ordnung: Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	II. Ordnung: Lombards	II. Ordnung: Vorschüsse auf Warenverschiffungen	II. Ordnung: Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	II. Ordnung: Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Barmittel und leicht realisierbare Aktiven insgesamt: Betrag	Barmittel und leicht realisierbare Aktiven insgesamt: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	Debitoren: ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
1894	12,1		36,5	48,6	55,2	21,1	—	—	21,1	23,9	69,7	79,1	9,0	10,2	15,0[1])	43,8	20,0	—	—	3,8	0,2	102,0	171,7
1895	13,1		33,9	47,0	40,2	25,1	—	—	25,1	21,5	72,1	61,7	8,9	13,5	15,0	62,6	24,1	—	—	3,8	0,2	128,1	200,2
1896	16,6		43,0	59,6	46,7	24,8	—	—	24,8	19,4	84,4	66,1	8,5	17,5	15,0	78,8	21,7	—	—	3,8	0,2	145,5	229,1
1897	14,3		45,1	59,4	50,6	21,0	—	—	21,0	17,9	80,4	68,5	9,2	18,6	14,5[2])	70,0	23,0	—	—	3,3	0,4	139,0	219,4
1898	12,4		47,8	60,2	44,2	22,7	—	—	22,7	16,7	82,9	60,9	7,0	18,7	14,5	86,5	24,6	—	—	3,9	0,2	155,4	238,3
1899	11,9		50,8	62,7	42,6	22,7	—	—	22,7	15,4	85,4	58,0	6,7	30,3	14,5	100,3	20,9	—	—	3,7	0,2	176,6	262,0
1900	15,0		52,4	67,4	48,9	28,4		—	28,4	20,6	95,8	69,5	8,9	26,2	14,5	80,9	21,5	—	—	4,5	0,2	156,7	252,5
1901	14,4		56,4	70,8	43,8	32,1		—	32,1	19,8	102,9	63,6	9,3	31,6	—[3])	101,4	24,3	—	—	6,7	0,2	173,5	276,5
1902	14,6		58,3	72,9	40,5	39,4		—	39,4	21,9	112,3	62,4	10,1	32,9	—	102,7	28,2	—	1,9	6,6	0,2	182,6	295,1

[1]) 15000000 Mk., das Kapital der Berliner Bankfirma Breest & Gelpke, das sich ganz in dem Besitze der Berliner Handelsgesellschaft befindet. [2]) Von der Kommanditeinlage bei Breest & Gelpke wurden 500000 Mk. an Herrn Robert Borchardt, den bisherigen Inhaber des Bankhauses Rob. Borchardt & Co. überlassen, der zusammen mit Herrn Adolf Lenz persönlich haftender Gesellschafter bei Breest & Gelpke wird. [3]) Die Firma Breest & Gelpke geht ganz auf die Berliner Handelsgesellschaft über.

Berliner Handelsgesellschaft in Berlin.

Passiva. In Millionen Mark. **Passiva.**

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva	Gesamtumsätze, einschl. der Kommandite Breest & Gelpke
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe der Reserven	Accepte	Avale	Depositen, ohne vereinbarten Fälligkeitstermin	Kontokorrent-kreditoren, mit vereinbarter Verfallzeit	Beamten-versorgung, Pensionsfonds 2c.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1894	65,0	13,8	4,8	83,6	27,0	—	32,6	23,1	0,1	4,7	0,6	0,006	88,1	171,7	10 042
1895	65,0	13,7	4,6[1])	83,3	41,0	—	36,0	33,3	0,1	5,6	0,9	0,006	116,9	200,2	14 464
1896	80,0	17,7[2])	4,5[1])	102,2	41,8	—	40,7	37,2	0,1	6,8	1,1	0,006	127,7	229,9	12 560
1897	80,0	17,7	4,3[3])	102,0	43,2	—	38,9	26,3	0,1	7,6	1,3	0,006	117,4	219,3	13 378
1898	80,0	17,7	4,5	102,2	46,8	—	39,7	40,6	0,1	7,6	1,3	0,01	136,1	238,3	14 262
1899	90,0	21,3[4])	3,5[5])	114,8	55,5	—	35,2	46,4	0,1	8,5	1,5	0,007	147,2	262,0	16 836
1900	90,0	21,3	3,5	114,8	55,8	—	40,6	32,7	0,1	7,5	1,0	0,009	137,7	252,5	14 966
1901	90,0	21,3	3,5	114,8	61,9	—	41,7	50,5	0,1	6,6	0,9	0,008	161,7	276,5	11 890
1902	90,0	21,6	3,6	115,2	56,9	—	48,8	64,1	2,0	7,1	1,0	0,008	179,9	295,1	14 164

[1]) Der Rückgang der Spezialreserven in den Jahren 1895 und 1896 ist durch Regreßansprüche gegen die frühere Internationale Bank wegen der von London aus in Umlauf gesetzten gefälschten italienischen Rententitres und durch die Beilegung eines gleichfalls aus der Liquidation der Internationalen Bank hervorgegangenen Rechtsstreits mit einer Schweizer Bank herbeigeführt. [2]) Die allgemeine Reserve ist aus dem durch die Begebung von 15 000 000 Mk. neuer Aktien erzielten Agio mit 4 002 500 Mk. dotiert worden. [3]) Der Rückgang ist hauptsächlich durch einen mit der Rekonstruktion der Cösliner Papierfabrik im Zusammenhang stehenden Verlust von 186 000 Mk. herbeigeführt. [4]) Die Erhöhung ist durch das bei der Begebung von 10 000 000 Mk. neuer Aktien erzielte Agio herbeigeführt. [5]) Eine Baureserve von 1 000 000 Mk. im Jahre 1898 ausgesondert und in 1899 zum Neubau des Bankgebäudes mitverwendet.

Berliner Handelsgesellschaft in Berlin.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres							Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne										
											Abschreibungen		zu den Reserven			Dividende				
	Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten	Kommanditen (Breest & Gelpke)	Diverse	Insgesamt			Unkosten, Steuern	auf das Kontokorrent	auf die Konsortialbeteiligungen und Effekten	Gesetzliche Reserve	Spezialreserve	Tantiemen	Betrag	in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Zusammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
1894	2572	1551	609	2189	450	—	7 371	147	7 518	1109	—	1000	—	—	623	4550	7	186	50	7 518
1895	2868	1927	562	3350	900	—	9 607	185	9 792	1216	—	2000	—	—	876	5200	8	450	50	9 792
1896	3513	2188	630	1798[1])	750	—	8 879	450	9 329	1394	—	—	—	—	1074	6525	9	286	50	9 329
1897	3721	2195	807	2455[1])	797	—	9 975	286	10 261	1346	—	—	—	—	1268	7200	9	397	50	10 261
1898	3715	2260	946	2453[1])	870	—	10 244	397	10 641	1478	—	—	—	168	1307	7200	9	438	50	10 641
1899	3942	2579	1339	2302[1])	1088	—	11 250	438	11 688	1621	—	—	—	—	1478	8075	9	464	50	11 688
1900	1529	2384	1335	2908	870	—	12 026	464	12 490	1694	—	2200	—	—	1023	7200	8	323	50	12 490
1901[2])	5089	2565	1209	2241	—	—	11 104	323	11 427	1971	320[3])	1680	—	—	856	6300	7	250	50	11 427
1902	4963	2661	1091	3175	—	355[4])	12 245	250	12 495	2017	—	2000	256[4])	99[4])	1021	6750	7½	302	50	12 495

[1]) Der Gewinn ist durch die Abschreibung eines „namhaften Betrages" auf Konsortial- und Effektenkonto geschmälert. [2] Die Steigerung der Unkosten, Zins- und Provisionsgewinn sind durch die Übernahme der Firma Breest & Gelpke herbeigeführt. [3]) Darunter ca. 300 000 Mk. Verlust beim Konkurs der Reederei vereinigter Schiffer in Breslau. [4]) Aus zurückvergüteten Steuern, die auf Agiogewinn entrichtet waren, sowie aus Eingängen auf abgeschriebenene Forderungen gebildet (Reederei vereinigter Schiffer in Breslau).

A. Schaaffhausenscher Bankverein in Cöln und Berlin.

Filiale in Essen: 1. August 1901, in Düsseldorf: 1. Mai 1902.

Aktiva. In Millionen Mark. Aktiva.

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven – I. Ordnung: Kasse, einschl. des Giroguthabens bei der Reichsbank	Coupons und Sorten	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 15 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	Lombards[1])	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 15 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 15 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	Debitoren: ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Hypotheken	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
1894	32,5			32,5	30,0	35,2			35,2	32,5	67,7	62,5	12,2	6,5	0,7[2])	—	59,0	12,0	—	1,8	0,1	92,3	160,0
1895	30,0			30,0	24,9	47,2			47,2	39,2	77.2	64,1	10,7	9,3	0,7[2])	—	71,7	14,7	—	2,2	0,1	109,4	186,6
1896	37,0			37,0	29,4	31,0			31,0	24.6	68,0	54,0	15,3	10,4	0,7[2])	—	80,8	14,3	—	2,7	0.2	124,4	192,4
1897	38,9			38,9	28,5	42,5			42,5	31,1	81,4	59,6	17,1	11,1	—[2])	—	93,8	15,7	—	3,8	0,1	141,6	223,0
1898	43,2			43,2	26,8	43,9			43,9	27,2	87,1	54,0	14,7	17,1	1,0[3])	—	104,8	19,3	—	3,5	0,5	160,9	248,0
1899	51,7			51,7	31,2	42,6			42,6	25,7	94,3	56,9	21,2	19,4	1,0[3])	—	126,1	19,6	—	2,9	1,0	191,2	285,5
1900	53,8			53,8	26,0	33,4			33,4	16,1	87,2	42,1	24,1	24,4	2,6[4])	77,9	83,8[5])	23,0	—	2,9	1,1	239,8	327,0
1901	56,0			56,0	30,8	29,8			29,8	16,4	85,8	47,2	28,5	21,2	2,6[4])	61,0	75,1[5])	21,9	0,4[6])	4,7	1,2	216,6	302,4
1902	52,1			52,1	27,6	35,7			35 7	18,9	87,8	46,6	33,8	18,2	8,7[4])	63,5	68,6[5])	22,7	0,4[6])	4,9	1,1	221,9	309,7

[1]) Einschließlich der Guthaben bei Bankiers. [2]) Kommanditbeteiligung bei dem Fassoneisenwalzwerk L. Mannstädt & Co., Kalk, das im Jahre 1898 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde. [3]) Kommanditarische Beteiligung bei Philipp Elimeyer in Dresden. [4]) Darunter 1 000 000 Mk. Kapitalkonto des Syndikatskontors des A. Schaaffhausenschen Bankvereins, G. m. b. H., und die neue kommanditarische Beteiligung beim Bankhause Hamburger & Co., Kattowitz. Ein Betrag von 6 080 658,70 Mk. erscheint im Jahre 1902 zum ersten Male in der Bilanz als „Dauernde Beteiligungen bei befreundeten Banken". Dieser Aktienbesitz war zum Teil früher schon vorhanden und in den Konsortialbeteiligungen mit einbezogen gewesen. Er besteht aus Aktien der Pfälzischen Bank, der Niederrheinischen Kreditanstalt Peters & Co. und der Westfälisch-Lippischen Vereinsbank. [5]) Einschließlich der Guthaben bei größeren Aktiengesellschaften und Gewerkschaften. [6]) Der Beamtenunterstützungsfonds in Effekten angelegt.

A. Schaaffhausenscher Bankverein in Cöln und Berlin.

Passiva. In Millionen Mark. Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten										Gesamte Passiva
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe	Accepte	Avale	Scheckkonto	Depositenkonto auf dreimonatliche bis fünfjährige Kündigung	Kontokorrent-kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds rc.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1894	48,0	3,6	—	51,6	28,6	12,0	0,6	1,6	62,0	0,05	3,3	0,3	0,02	108,4	160,0
1895	60,0	6,0[1])	0,3	66,3	32,7	14,7	0,6	2,1	65,4	0,10	4,0	0,4	0,27[2])	120,3	186,6
1896	60,0	6,0	0,6	66,6	33,2	14,3	0,6	2,5	69,6	0,16	4,9	0,5	0,09[3])	125,8	192,4
1897	75,0	10,3[4])	1,0	86,3	31,3	15,7	0,8	2,6	79,5	0,26	5,9	0,5	0,09[3])	136,7	223,0
1898	75,0	10,3	1,5	86,8	29,8	18,4	0,5	2,8	91,0	0,32	6,6	0,7	0,06[5])	161,2	248,0
1899	100,0	17,5[6])	2,5	120,0	40,8	19,4	0,6	2,8	92,4	0,38	8,0	1,0	0,05[5])	165,5	285,5
1900	100,0	17,5	2,5	120,0	60,0	23,0	0,6	2,5	111,0	0,40[7])	8,5	1,0	0,01	207,0	327,0
1901	100,0	17,5	2,5	120,0	57,5	21,9	0,9	2,5	92,6	0,40	5,8	0,3	0,52[8])	182,4	302,4
1902	100,0	17,6	2,5	120,1	46,1	22,7	2,5	5,0	105,7	0,40	5,8	0,3	1,01[9])	189,6	309,7

[1]) Zuwachs von 2 400 000 Mk. Agio, das bei der Erhöhung des Aktienkapitals um 12 000 000 Mk. erzielt wurde. [2]) Darunter eine Hypothek von 256 250 Mk. auf das eigene Grundstück. [3]) Darunter eine Hypothek von 75 750 Mk. auf das eigene Grundstück. [4]) Die Erhöhung des Reservefonds ist mit dem bei der Begebung der neuen Aktien erzielten Agiogewinn bewirkt. [5]) Darunter eine Hypothek von 45 750 Mk. auf das eigene Grundstück. [6]) Die Höhe des Reservefonds ist mit dem bei der Begebung der neuen Aktien erzielten Agiogewinn bewirkt. [7]) Der Unterstützungsfonds ist auf den runden Betrag von 400 000 Mk. gebracht; er wird nicht weiter dotiert, da durch Vertrag mit der Versicherungskasse des deutschen Privatbeamtenvereins den Beamten und deren Witwen eine Pensionsversicherung zugänglich gemacht ist. [8]) Einschließlich einer inneren Rücklage im Betrage von 500 000 Mk. [9]) Einschließlich einer inneren Rücklage im Betrage von 1 000 000 Mk.

A. Schaaffhausenscher Bankverein in Cöln und Berlin.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres							Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne												Zusammen
	Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten [1])	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen [2])	Diverse Immobilien-Revenuen	Insgesamt			Unkosten, Steuern	Abschreibungen: auf Effekten	Abschreibungen: auf das Kontokorrent	Abschreibungen: auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	zu den Reserven: Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	Dividende: in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Verluste	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1894	1905	1332	595	1034	91	38	4995	38	5033	970	—	—	—	399	—	316	3120	6½	178	50	—	5033
1895	2078	1458	655	1429	89	23	5732	178	5910	1188 [3])	—	—	—	—	300	361	3780	7	231	50	—	5910
1896	2358	1589	824	1622	148	19	6560	231	6791	1067	—	—	—	—	300	466	4500	7½	408	50	—	6791
1897	2668	1720	958	2315	—	24	7685	408	8093	1193	—	—	—	—	400	518	5400	8	482	100	—	8093
1898	3210	1917	1120	2457	—	21	8725	482	9207	1348	—	—	—	—	500	666	6000	8	643	50	—	9207
1899	3985	2133	1448	3300	—	16	10882	643	11525	1531	—	—	—	—	1000	979	7000	8	965	50	—	11525
1900	4814	2229	1569	1648	—	15	10275	964	11239	1763	—	—	—	—	—	958	7500	7½	1010	8	—	11239
1901	3827	2373	1627	— [5])	—	12	7839	1010	8849	2032 [6])		500 [7])		—	—	248	5000	5	808	— [4])	261 [5])	8849
1902	3364	2449	1323	1255	—	16	8407	808	9215	2064		1000 [8])		—	—	335	5000	5	816	—	—	9215

[1]) Gewinn über 4 % hinaus und Konsortialbeteiligungen. [2]) Kommanditbeteiligung bei dem Fassoneisenwalzwerk L. Mannstädt & Co. in Kalk. [3]) Darunter 130 496 Mk. Emissionsspesen bei der Kapitalserhöhung entstanden. [4]) S. Anm. 7 auf voriger Seite. [5]) Auf dem Effektenkonto ruht ein Verlust von 260 932 Mk. [6]) Darunter zum erstenmal die Unkosten der neu errichteten Filiale in Essen. [7]) 500 000 Mk. zur Verstärkung der inneren Rücklagen zurückgestellt. [8]) 1 000 000 Mk. aus dem Gewinnergebnis zu Rückstellungen und eventuellen Abschreibungen bestimmt.

Pfälzische Bank (Ludwigshafen am Rhein).

Zweigniederlassungen bestehen in Neustadt a. Hardt (früher Bankhaus Louis Dacqué); in Worms (diese Filiale übernahm 1894 die Geschäfte des Bankhauses Jul. Frank); seit 1. Januar 1895 in Mannheim; am 1. Januar 1896 Deutsche Unionbank in Mannheim übernommen; ferner 1895 in Frankfurt a. M. unter Übernahme der Frankfurter Abteilung der gleichen Bank; Dürkheim a. H.; Kaiserslautern; Pirmasens; Osthofen; seit Oktober 1896 in Speyer unter Übernahme der in Liquidation getretenen Bankfirma J. F. Haid; Anfang 1897 in Landau unter Übernahme der Bankhäuser Hermann Wenner & Carl Weyland; in Zweibrücken durch Übernahme der früheren Kommandite; seit 1. Januar 1898 in München (Übernahme von Bloch & Co. und Seb. Pichler sel. Erben); in Nürnberg (Übernahme von Bloch & Co. und Seb. Pichler sel. Erben); ferner seit 1898: in Grünstadt; in Frankenthal unter Übernahme der Geschäfte der Firma Reichard & Glaser; in Bamberg unter Übernahme der Geschäfte des Vorschußvereins zu Bamberg, E. G. m. b. H.; 1899 in Alzey unter Übernahme der Geschäfte des dortigen in Liquidation getretenen Vorschußvereins, E. G.; 1900: die Filiale in Worms übernimmt dort die Kundschaft des Bankhauses Marcus Levy; 1901 in Bensheim unter Übernahme der Volksbank. — Die Bank besaß ferner seit 1895/96 ein Lagerhaus in Mannheim am neuen Rheinquai, das im Jahre 1901 mit einem Verlust gegen den Buchwert von ca. 256 000 Mk. verkauft wurde.

Aktiva. In Millionen Mark. **Aktiva.**

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse	Coupons und Sorten	Bankierguthaben	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren *): gedeckte	ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	0,64	0,05	—	7,10	7,79	26,0	0,43	7,64	—	8,07	27,2	15,86	53,2	3,12	—	0,88	20,06 [1]		1,21	—	0,81	0,91 [3]	27,02	42,88
1895	0 67	0,06	—	5,75	6,48	19,3	—	7,80	—	7,80	23,3	14,28	42,6	3,95	1,20	1,52	23,37 [2]		1,50	—	1,00	1,14 [3]	33,68	47,96
1896	0,82	0,58	1,17	7,07	9,64	22,1	—	15,36	—	15,36	35,3	25,00	57,4	6,59	0,61	1,27	27,66		2,35	—	2,61 [4]	1,20 [3]	42,29	67,29
1897	0,87	0,24	1,04	9,81	11,96	21,5	—	16,83	—	16,83	30,2	28,79	51,7	6,97	2,16	1,65	39,04		3,20	—	3,05	1,49	57,56	86,35
1898	0,94	0,31	2,05	13,67	16,97	21,3	—	28,03	—	28,03	35,1	45,00	56,4	7,72	4,59	1,66	53,90		3,33	—	4,28 [5]	1,92	77,40	122,40
1899	1,18	0,37	1 35	13,64	16,54	16,1	—	32,80	—	32,80	31,9	49,34	48,0	11,45	4,07	1,72	75,43		5,86	—	4,76	1,77	105,06	154,40
1900	1,25	0,39	2,01	19,58	23,23	19,4	—	36,79	—	36,79	30,7	60,02	50,1	13,35	3,24	2,04	79,85		7,06	—	4,95	1,39	111,88	171,90
1901	3,22		2,01	19,41	24,64	24,3	—	34,51	—	34,51	34,1	59,15	58,4	12,31	3,26	2,05	69,63		7,28	—	6,49 [6]	1,41	102,43	161,58
1902	4,93			13,83	18,76	18,6	—	35,31	—	35,31	35,1	54,07	53,7	12,79	2,73	2,08	71,70		8,55	—	6,75	1,44	106,04	160,11

*) Einschließlich der Giroguthaben bei der Reichsbank und bei der Bayerischen Notenbank. [1]) Hiervon (einschließlich Avale Sp. 20) gedeckt: 12 970 000 Mk. [2]) Von den Debitoren (einschließlich der Avale) gedeckt: 14 400 000 Mk. Kommanditarisch beteiligt bis 1895: bei den Süddeutschen Lederwerken, Heß & Co. in St. Ingbert, Kommanditgesellschaft (1896 wurde diese Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft umgewandelt); bei Herz, Lövenberg & Co. (seit Anfang 1895: Herz, Clemm & Co.) in Berlin. Zusammen mit Gebr. Bethmann in Frankfurt a. M. am Gutleuthof-Terraingeschäft in Frankfurt a. M. beteiligt (seit 1895). Ferner kommanditarisch beteiligt bei der Zweibrücker Bank Lehmann, Müller & Co., die seit 1897 als Filiale übernommen ist. Die Berliner Kommanditverbindung wird im Jahre 1902 aufgelöst. [3]) Größtenteils Hypotheken- und Cessionskonto. [4]) Die starke Zunahme ist durch Erwerb von Grundstücken bezw. Bankgebäuden in Ludwigshafen, Frankfurt a. M., Speyer sowie durch den Hinzutritt des Lagerhauses verursacht. [5]) Desgl. in München, Nürnberg, Frankenthal, Grünstadt. [6]) Das Lagerhaus wurde mit einem Verlust von ca. 256 000 Mk. gegen den letztjährigen Buchwert (1 207 000 Mk.) verkauft. Die Erhöhung des Immobilienkontos ist hauptsächlich eine Folge des Zugangs des neuen Bankgebäudes in München.

Pfälzische Bank (Ludwigshafen am Rhein).

Passiva. In Millionen Mark. Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva	Gesamtumsätze
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe der Reserven	Accepte	Avale	Depositen, Spar- und Checkkonto	Kontokorrent-kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds 2c.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1894	11,25 [1])	1,14	0,49	12,88	9,50	1,21	8,12 [6])	10,26	—	0,70	0,20	0,004	30,00	42,88	1305
1895	12,60	1,26	0,56	14,42	9,88	1,50	9,57 [7])	11,44	—	0,91	0,23	0,012	33,54	47,96	1853
1896	20,00	2,99	0,73	23,72	15,84	2,35	9,98 [8])	13,29	—	1,63	0,43	0,054	43,57	67,29	3413
1897	25,40 [2])	4,16	1,09 [15])	30,65	20,66	3,20	13,41 [9])	15,84	—	1,98	0,55	0,064	55,70	86,35	3742
1898	35,00 [3])	6,31	1,34	42,65	30,03	3,33	16,45 [10])	25,46	—	2,74	0,77	0,974	79,75	122,40	6023
1899	42,20 [4])	7,83	1,74 [16])	51,77	38,07	5,86	24,12 [11])	29,58	—	3,24	0,87	0,887	102,63	154,39	6939
1900	42,20	7,83	1,91	51,94	47,02	7,06	27,76 [12])	32,94	—	3,61	0,22	1,35	119,96	171,90	7600
1901	50,00 [5])	8,65	1,63 [17])	60,28	38,50	7,28	25,37 [13])	24,73	—	3,00	0,14	2,28	101,36	161,58	8206
1902	50,00	8,65	0,83 [18])	59,48	36,49	8,55	25,55 [14])	25,67	—	2,18	0,05	2,14	100,62	160,11	7412

Zu Spalte 2. Die Erhöhungen der Reserve sind aus dem Agiogewinn bei Ausgabe neuer Aktien entnommen worden.

1) Darunter 3 750 000 Mk. nur für 1/2 Jahr dividendenberechtigt,
2) " 5 400 000 " " " " " "
3) " 6 350 000 " " " " " "
4) " 7 200 000 " " " " " "
5) Das am 24. April 1901 auf 50 000 000 Mk. erhöhte Aktienkapital ist für das ganze Jahr dividendenberechtigt.
6) Darunter 3 700 000 Mk. auf 1jähr., 1 500 000 Mk. auf 1/2jähr. Kündigung,
7) " 4 400 000 " " " 1 900 000 " " " "
8) " 4 800 000 " " " 1 700 000 " " " "
9) " 5 500 000 " " " 2 500 000 " " " "
10) " 7 100 000 " " " 3 400 000 " " " "
11) " 11 500 000 " " " 4 500 000 " " " "
12) Darunter 14 500 000 Mk. auf 1jähr., 3 800 000 Mk. auf 1/2jähr. Kündigung,
13) " 13 900 000 " " " 3 400 000 " " " "
14) " 13 700 000 " " " 3 100 000 " " " "
15) Darunter 100 000 Mk. Baureserven, die im folgenden Jahre auf Immobilienkonto übertragen sind. 234 000 Mk. Delkrederekonto, wovon im nächsten Jahre ca. 150 000 Mk. zur Verwendung gelangten.
16) Darunter 485 000 Mk. Delkrederefonds.
17) Der Verlust auf den Verkauf des Lagerhauses (256 000 Mk.) ist aus dem Spezialreservefonds gedeckt worden.
18) Die Spezialreserve wurde zur Abschreibung des Verlustes an der Berliner Kommandite und an dem Effekten-, Konsortial- und Kontokorrentkonto um 944 000 Mk. gekürzt.

Pfälzische Bank (Ludwigshafen am Rhein).

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres: Zinsen[1])	Provisionen	Wechsel[2])	Effekten	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse[5])	Insgesamt	Gewinnvortrag aus dem Vorjahre	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne: Unkosten, Steuern, gemeinnützige Beiträge	Abschreibungen: auf Effekten	auf das Kontokorrent	auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	Spezialreserve[7])	Tantieme, Gratifikationen	Dividende: Betrag	in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Diverse Abschreibungen	Zusammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1894	568	321	—	189	112	94	1284	14	1298	277	—	—	—	—	100	196	656	7	40	10	19[6])	1298
1895	644	420	—	357	170	39	1630	40	1670	401	—	—	—	3	100	227	882	7	24	10	23[6])	1670
1896	1147	649	—	859[3])	165	74	2894	24	2918	608	—	—	—	—	180	434	1500	7 1/2	133	15	48[6])	2918
1897	1330	842	—	1079[3])	375[4])	80	3706	133	3839	827	—	—	—	—	360	549	1816	8	161	20	106[6])	3839
1898	1874	1073	—	1635[3])	387[4])	98	5067	162	5229	1065	—	—	—	—	499	767	2546	8	190	30	132[6])	5229
1899	2651	1287	—	1345[3])	346[4])	109	5738	190	5928	1189	—	—	—	—	425	873	3088	8	153	30	170	5928
1900	3147	1462	—	1195[3])	330[4])	128	6262	153	6415	1987	—	—	—	—	400	224	3376	8	238	30	160	6415
1901	2864	1522	—	466		171	5023	238	5261	1817	—	—	—	—	150	140	2750	5 1/2	253	10	141	5261
1902	2419	1464	—	7		155	4045	253	4298	1654	—[8])	—[8])	—[8])	—	350	45	2000	4	179	—	70	4298

[1]) Einschließlich Diskontkonto (Sp. 4). [2]) In Spalte 2 mit enthalten. [3]) Einschließlich Konsortialkonto. [4]) Einschließlich Erträgnis des Lagerhauses und sonstiger kleinerer Gewinne. [5]) Einschließlich Devisengewinne. [6]) Abschreibungen auf Haus und Mobilien. [7]) Dem Delkrederefonds wurden in den einzelnen Jahren überwiesen: 1894 30 000 Mk., 1895 30 000 Mk., 1896 50 000 Mk., 1897 110 000 Mk., 1898 250 000 Mk., 1899 175 000 Mk., 1900 250 000 Mk., 1901 150 000 Mk., 1902 350 000 Mk. Bestand ult. 1902 631 800 Mk. [8]) Die Abschreibungen auf Effekten-, Konsortial- und Kontokorrentkonto sowie auf den Verlust bei der Berliner Kommandite sind mit zusammen 944 000 Mk. der Spezialreserve entnommen worden.

Niederrheinische Kreditanstalt, Komm.-Ges. auf Aktien, Peters & Co. in Krefeld
(bis 1900: Peters & Co., Krefeld).

Zweigniederlassungen bestehen: in Rheydt; seit 1896: in Duisburg, Ruhrort; seit 1. April 1898: in Grevenbroich, Neuß, Odenkirchen, Viersen, Wesel; seit 13. April 1898: in Cleve; seit 1899: in Emmerich, Mörs.

Aktiva. In Millionen Mark. **Aktiva.**

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse[1])	I. Ordnung: Coupons und Sorten	I. Ordnung: Bankierguthaben[2])	I. Ordnung: Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	II. Ordnung: Lombards	II. Ordnung: Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	Debitoren: ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	0,24	—	—	3,37	3,61	40,8	—	—	—	—	—	3,61	40,8	0,27	—	—	4,21	4,94	0,18	—	0,25	—	9,85	13,46
1895	0,39	—	—	4,69	5,08	41,0	—	—	—	—	—	5,08	41,0	0,37	—	—	5,55	5,31	0,47	—	0,24	—	11,94	17,02
1896	0,44	—	—	4,31	4,75	27,1	—	—	—	—	—	4,75	27,1	1,51	—	—	7,17	9,68	0,97	—	0,24	—	19,57	24,32
1897	0,44	—	—	8,15	8,59	40,2	—	—	—	—	—	8,59	40,2	1,70	—	—	4,72	15,43[3])	1,09	—	0,33	—	23,27	31,86
1898	0,83	—	—	8,60	9,43	33,9	—	—	—	—	—	9,43	33,9	1,94	—	—	7,62	18,51[3])	1,74	—	0,35	—	30,16	39,59
1899	0,97	—	—	12,19	13,16	35,0	—	—	—	—	—	13,16	35,0	3,10	—	—	9,47	27,26[3])	1,98	—	0,38	—	42,19	55,35
1900	0,89	—	—	17,03	17,92	33,2	—	—	—	—	—	17,92	33,2	4,18	—	—	16,36	36,33[3])	3,41	—	0,58	—	60,86	78,78
1901	0,73	—	—	13,65	14,38	33,4	—	8,91	—	8,91	20,6	23,29	54,0	4,24	—	—	18,92	17,39	3,37	—	0,69	—	44,61	67,90
1902	0,87	—	—	14,37	15,24	34,2	—	11,64	—	11,64	26,1	26,88	60,3	3,81	—	—	17,97	16,20	3,76	—	0,73	—	42,47	69,35

[1]) Einschließlich Reichsbankgiroguthaben (Sp. 4).

[2]) Die Reichsbankgiroguthaben sind in Sp. 2 mit enthalten, die übrigen Bankierguthaben sind nicht besonders nachgewiesen.

[3]) Inkl. Vorschüsse auf Wertpapiere.

Niederrheinische Kreditanstalt, Komm.-Ges. auf Aktien, Peters & Co. in Krefeld.

Passiva. In Millionen Mark. Passiva.

Jahr	Eigene Mittel: Aktienkapital	Eigene Mittel: Gesetzmäßige Reserven	Eigene Mittel: Sonstige Reserven	Eigene Mittel: Summe der Reserven	Die Verbindlichkeiten: Accepte	Die Verbindlichkeiten: Avale	Die Verbindlichkeiten: Depositen	Die Verbindlichkeiten: Kontokorrentkreditoren	Die Verbindlichkeiten: Beamtenversorgung, Pensionsfonds ꝛc.	Die Verbindlichkeiten: Dividenden	Die Verbindlichkeiten: Tantiemen	Die Verbindlichkeiten: Verschiedenes	Die Verbindlichkeiten: Summe der Verbindlichkeiten	Gesamte Passiva	Gesamtumsätze
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1894	4,20[10]	0,42	—	4,62	3,18	0,18	2,83[1]	2,39	0,004	0,21[10]	0,04	—	8,84	13,46	—
1895	4,20	0,42	0,02	4,64	4,10	0,47	3,85[2]	3,61	0,005	0,30	0,05	—	12,38	17,02	—
1896	6,00[11]	0,80	0,10	6,90	6,51	0,98	4,12[3]	5,35	0,011	0,37[11]	0,08	—	17,42	24,32	918
1897	9,00	1,30	0,20	10,50	6,97	1,09	4,67[4]	7,79	0,020	0,68	0,14	—	21,36	31,86	1287
1898	10,00	1,50	0,30	11,80	10,78	1,74	5,82[5]	8,48	0,05	0,76	0,16	—	27,79	39,59	1586
1899	15,00	2,35	0,40	17,75	15,23	1,98	8,36[6]	10,43	0,10	1,24	0,26	—	37,60	55,35	2354
1900	21,00	3,35	0,40	24,75	20,25	3,41	11,78[7]	16,44	0,14	1,72	0,29	—	54,03	78,78	3082
1901	21,00	3,35	0,40	24,75	15,61	3,37	10,50[8]	12,28	0,15	1,15	0,09	0,001	43,15	67,90	3010
1902	21,00	3,35	0,40	24,75	16,73	3,76	11,16[9]	11,36	0,16	1,31	0,12	—	44,60	69,35	3170

1) Darunter: 202 000 Mk. mit 6 Monat, 1 935 000 Mk. mit 9 Monat, — Mk. mit 1 Jahr Kündigung (Sparkonti).
2) " 204 000 " " 6 " 1 455 000 " " 9 " 1 363 000 " " 1 " " "
3) " 209 000 " " 6 " — " " 9 " 3 040 000 " " 1 " " "
4) " 253 000 " " 6 " — " " 9 " 3 276 000 " " 1 " " "
5) " 256 000 " " 6 " — " " 9 " 4 044 000 " " 1 " " "
6) " 400 000 " " 6 " 96 000 " " 9 " 5 710 000 " " 1 " " "
7) " 401 000 " " 6 " 8 262 000 " " 9 " — " " 1 " " "
8) " 475 000 " " 6 " 7 908 000 " " 9 " — " " 1 " " "
9) " 917 000 " " 6 " 6 814 000 " " 9 und 12 Monaten Kündigung (Sparkonti).
10) 3 000 000 Mk. dividendenberechtigtes Kapital. 11) 4 200 000 Mk. dividendenberechtigt für das ganze Jahr, 1 800 000 Mk. dividendenberechtigt für das halbe Jahr.

Niederrheinische Kreditanstalt, Komm.-Ges. auf Aktien, Peters & Co. in Krefeld.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres							Gewinnvortrag aus dem Vorjahre	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne												Zusammen
	Zinsen[1])	Provisionen[2])	Wechsel[3])	Effekten[4])	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Insgesamt			Unkosten, Steuern	Abschreibungen auf Effekten	Abschreibungen auf das Kontokorrent	Abschreibungen auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	zu den Reserven: Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	Dividende: in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Abschreibungen auf Immobilien und Mobilien	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1894	231	208	—	—	—	—	439	—	439	113	—	16	—	48	—	41	210	7	5	1	5	439
1895	258	281	—	—	—	—	539	5	544	156	—	14	—	—	25	50	294	7	—	—	5	544
1896	354	369	—	—	—	2	725	—	725	184	—	—	—	—	75	82	357	7	12	5	10	725
1897	659	528	—	—	108	—	1295	12	1307	259	—	100	—	—	100	143	675	7½	6	9	15	1306
1898	782	650	—	—	69	—	1501	7	1508	350	—	100	—	—	100	159	750	7½	6	28	15	1508
1899	1307	824	—	—	90	—	2221	6	2227	429	—	130	—	—	100	261	1200	8	43	46	18	2227
1900	1803	883	—	—	—	—	2686	42	2728	535	—	130	—	—	—	290	1680	8	39	35	19	2728
1901	1486	1033	—	—	—	—	2519	39	2558	591	—	700[5])	—	—	—	91	1050	5	103	—	23	2558
1902	1164	1018	—	—	—	—	2182	104	2286	581	—	250	—	—	—	122	1155	5½	156	—	22	2286

[1]) Einschließlich Gewinn auf Wechsel (Sp. 4). [2]) Einschließlich Effektenkonto (Sp. 5). [3]) Gewinn auf Wechsel in Sp. 2 mit enthalten. [4]) Effektenkonto in Sp. 3 mit enthalten. [5]) Die Abschreibung ist zum größten Teil durch eine Zahlungseinstellung in Düsseldorf veranlaßt, nachdem zwei Bürgen ihren Bürgschaftsverpflichtungen nicht nachkommen konnten.

Nationalbank für Deutschland in Berlin.

Elf Wechselstuben in Berlin.

Aktiva. In Millionen Mark. Aktiva.

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse	Coupons und Sorten	Bankierguthaben*)	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	3,9	1,0	—	26,1	31,0	40,6	17,7	—	—	17,7	23,2	48,7	63,8	5,0	5,8	—[1]	49,8	7,9	—	—	1,5	—	70,0	118,7
1895	9,3	0,2	—	33,2	42,7	41,2	38,2	—	—	38,2	36,8	80,9	78,0	6,0	9,0	—[2]	49,5	10,8	—	—	1,5	—	76,8	157,7
1896	6,8	1,3	—	37,0	45,1	47,9	26,8	—	—	26,8	28,4	71,9	76,3	5,2	11,7	—[3]	46,0	11,8	—	—	1,5	—	76,2	148,1
1897	6,6	1,4	—	30,9	38,9	41,0	30,2	—	—	30,2	31,8	69,1	72,8	4,7	11,2	—	50,3	12,4	—	—	1,5	—	80,1	149,2
1898	4,9	1,8	—	37,9	44,6	46,8	31,8	—	—	31,8	33,4	76,4	80,2	6,4	14,0	—[4]	52,1	16,8	—	—	1,5	—	90,8	167,2
1899	7,5	1,7	—	36,9	46,1	43,3	31,8	—	—	31,8	29,9	77,9	73,2	5,9	16,0	—	63,0	14,4	—	—	1,5	—	100,8	178,7
1900	6,8	1,8	—	45,3	53,9	50,7	14,7	—	—	14,7	13,8	68,6	64,5	6,6	20,3	—	63,4	17,8	—	—	1,7	—	109,8	178,4
1901	5,7	2,2	—	33,4	41,3	57,7	11,1	—	—	11,1	15,5	52,4	73,2	13,9	17,0	—	40,1	15,9	—	—	1,8	—	88,7	141,1
1902	5,7	2,1	—	32,9	40,7	42,7	26,0	—	—	26,0	27,3	66,7	70,0	15,6	16,3	—	50,3	14,3	—	—	1,8	—	98,3	165,0

[1]) Kommanditarische Beteiligungen bestehen bei den Bankfirmen Wenzel & Co., Dresden, und Litten & Co., Königsberg; die Einlagen sind unter den ungedeckten Debitoren enthalten, die Erträgnisse unter den Zinsen nachgewiesen. [2]) Hinzutritt der Beteiligung bei dem Bankgeschäft Erttel, Freyberg & Co., Leipzig. [3]) Die Beteiligung bei Litten & Co. in Königsberg im Jahr 1896 gelöst. [4]) Die Beteiligung bei Wenzel & Co. in Dresden im Jahre 1898 gelöst. *) Nicht besonders nachgewiesen.

Nationalbank für Deutschland in Berlin.

Passiva. In Millionen Mark. Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva	Gesamtumsätze
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe der Reserven	Accepte	Avale	Kreditoren	davon auf feste Termine	Beamtenversorgung, Pensionsfonds 2c.	Dividenden	Tantiemen, Gratifikationen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1894	36,0	5,0	1,3	42,3	21,0	—	52,2	33,1	0,2	2,6	0,4	0,003	76,4	118,3	9 106
1895	45,0	7,1 [1])	1,9	54,0	25,3	—	73,6	44,5	0,3	3,7	0,8	0,002	103,7	157,7	14 423
1896	45,0	7,1	1,9	54	24,2	—	64,6	37,9	0,3	4,2	0,8	0,003	94,2	148,1	11 270
1897	45,0	7,1	2,2	54,3	24,7	—	64,7	42,3	0,4	4,2	0,9	0,005	94,9	149,2	13 038
1898	60,0	9,5 [2])	2,5	72,0	22,8	—	66,0	40,6	0,5	5,0	0,9	0,006	95,2	167,2	15 696
1899	60,0	9,5	2,8 [3])	72,3	27,8	—	71,5	38,7	0,5	5,5	1,1	0,005	106,4	178,7	17 208
1900	60,0	9,5	2,5	72,0	26,7	—	74,6	35,5	0,6	4,0	0,5	0,009	106,4	178,4	14 814
1901	60,0	9,5	— [4])	69,5	15,6	—	53,4	26,2	0,6	1,9	0,1	0,010	71,6	141,1	10 870
1902	60,0	9,7	— [5])	69,7	22,9	—	68,2	37,8	0,6	3,2	0,4	0,008	95,3	165,0	

[1]) Die Erhöhung des Reservefonds ist mit dem bei der Begebung von 9 000 000 Mk. neuer Aktien erzielten Agiogewinn bewirkt.
[2]) Die Erhöhung um 2 414 860 Mk. ist mit dem bei der Begebung von 15 000 000 Mk. neuer Aktien erzielten Agiogewinn bewirkt.
[3]) Einschließlich einer Baureserve von 300 000 Mk., die im Jahre 1900 vom Bankgrundstück abgeschrieben wird. [4]) 2 500 000 Mk. außerordentliche Reserve sind auf Gewinn- und Verlustkonto übertragen. [5]) Der Reserve fließen 210 000 Mk. zu, die seinerzeit für die strittige Versteuerung der Agiogewinne zurückgestellt worden waren.

Nationalbank für Deutschland in Berlin.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres						Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne												Zusammen
	Zinsen und Ertrag der Komm.-Beteiligungen	Provisionen	Wechsel	Effekten / Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse, in der Hauptsache Sorten, Coupons	Insgesamt			Unkosten, Steuern	Abschreibungen: auf Effekten	Abschreibungen: auf das Kontokorrent	Abschreibungen: auf d. Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	zu den Reserven: Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	Dividende: in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Diverse Abschreibung	
1	2	3	4	5, 6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1894	1352	1021	530	892	72	3867	150	4017	902	—	77	—	—	—	419	2340	6 1/2	251	25	3	4017
1895	1913	1487	661	1963	67	6091	251	6342	1037	—	33	—	—	600	844	3443	8 1/2	301	50	34	6342
1896	1852	1382	1107	1603	25	5969	301	6270	1169	—	54	—	—	—	776	3825	8 1/2	364	50	32	6270
1897	1967	1475	1231	1908	37	6618	364	6982	1296	—	108	—	—	400	880	3825	8 1/2	404	50	19	6982
1898	2212	1752	1364	1931	34	7293	404	7697	1514	—	30	—	—	216	922	4463	8 1/2	484	50	18	7697
1899	2961	1830	1779	1693	42	8305	484	8789	1741	—	108	—	—	300	1054	5100	8 1/2	410	50	26	8789
1900	2493	1466	2005	458	53	6475	409	6884	1829	—	390	—	—	—	551	3900	6 1/2	152	25	37	6884
1901	2059	1128	1404	544	2536 [1])	7671	152	7823	1794	—	1163 [3])	2800 [4])	—	—	100 [5])	1800	3	105	25	36	7823
1902	2211	1089	901	1024 [2])	29	5254	105	5359	1669	—	35	—	—	—	396	3000	5	219	40	— [6])	5359

[1]) Darunter 2 500 000 Mk. durch Heranziehung der Reserven. (Die Spezialreserven werden aufgebraucht.) [2]) Von dem Gewinn im Betrage von 1 023 646 Mk. sind bereits „erhebliche Abschreibungen" abgesetzt. [3]) Darunter 700 000 Mk. Verlust an der Leipziger Bank. [4]) Davon 1 000 000 Mk. Verlust an den Werten der Allgemeinen Deutschen Kleinbahngesellschaft und 1 800 000 Mk. Abschreibungen auf Konsortialkonto. [5]) Gratifikation an die Beamten. [6]) Ein Verlust im Betrage von 95 000 Mk., der durch die Veruntreuung eines Beamten der Potsdamer Wechselstube entstand, ist aus den „laufenden Erträgen" gedeckt.

Mitteldeutsche Kreditbank in Frankfurt a. M.

Niederlassung in Berlin; Filialen in Meiningen, Wiesbaden, Nürnberg-Fürth; Wechselstuben in Frankfurt a. M., Berlin, Charlottenburg, Höchst.

Aktiva. In Millionen Mark. **Aktiva.**

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse	Coupons und Sorten	Bankguthaben *)	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobiliar	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	3,2	0,4	—	10,9	14,5	25,3	19,8		—	19,8	34,6	34,3	59,9	2,0	3,1	1,9[1]	37,7	6,5	1,0	—	3,0	—	55,2	89,5
1895	4,7	0,8	—	10,5	16,0	26,3	16,6		—	16,6	27,2	32,6	53,5	2,1	3,8	2,1[2]	41,3	7,7	0,9	—	3,0	—	60,9	93,5
1896	4,4	0,9	—	11,2	16,5	30,9	10,0		—	10,0	18,7	26,5	49,6	2,4	3,5	1,9[3]	41,9	5,9	0,9	—	3,1	—	59,6	86,1
1897	3,4	0,9	—	13,6	17,9	28,5	14,8		—	14,8	23,5	32,7	52,0	2,0	4,2	1,0[4]	50,0	7,8	1,2	—	3,3	—	69,5	102,2
1898	4,1	0,8	—	14,0	18,9	29,2	11,4		—	11,4	17,6	30,3	46,8	2,0	6,2	1,5[5]	52,2	7,7	1,3	—	3,0	—	73,9	104,2
1899	3,9	1,2	—	15,5	20,6	27,4	15,6		—	15,6	20,8	36,2	48,2	2,9	8,8	0,8[6]	60,6	11,1	1,4	—	2,8	—	88,4	124,6
1900	4,0	1,0	—	23,3	28,3	33,5	17,9		—	17,9	21,2	46,2	54,7	3,8	6,7	1,0	61,2	10,7	1,6	—	2,9	—	87,9	134,1
1901	3,3	1,0	—	18,3	22,6	29,2	17,9		—	17,9	23,1	40,5	52,3	3,6	7,3	2,0[7]	59,4	9,2	2,4	—	2,9	—	86,8	127,3
1902	3,7	0,9	—	18,8	23,4	32,4	16,7		—	16,7	23,1	40,1	55,5	3,5	6,2	2,0	56,8	8,4	2,6	—	2,7	—	82,2	122,3

[1]) Kommanditarische Beteiligung bei den Firmen Beer, Sondheimer & Co., Frankfurt a. M., und durch Aktienbesitz bei der German Bank of London Limited. [2]) Hinzutritt der Beteiligung bei der Firma S. Pflaum & Co., Fürth. [3]) Hinzutritt der Beteiligung bei der Bankkommandite Baden-Baden, Meyer & Diß; ein Teil des Aktienbesitzes der German Bank of London veräußert. [4]) Der Rest dieses Aktienbesitzes veräußert. [5]) Hinzutritt der kommanditarischen Beiteiligung bei der Firma Hoffmann & Goetze, Essen. Im Jahr 1898 wird gleichzeitig die Firma B. Berlé in Wiesbaden und Frankfurt a. M. übernommen und in Wiesbaden eine Filiale errichtet. [6]) Die Firma S. Pflaum & Co. in Nürnberg und Fürth erworben und in Zweigniederlassungen umgewandelt, wodurch sich das Konto „Kommanditen" um 800000 Mk. verringert. [7]) Kommanditarische Beteiligung bei der Firma Bering & Wächter, Eisenbahnbau- und Betriebsgesellschaft in Berlin, mit 1000000 Mk. *) Nicht besonders nachgewiesen.

Mitteldeutsche Kreditbank in Frankfurt a. M.

Passiva. In Millionen Mark. Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe der Reserven	Accepte	Avale	Depositen	Kontokorrent-kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds ꝛc.[4])	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten	Gesamte Passiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1894	30,0	1,2	1,0	32,2	28,4	1,0	—	26,3	—	1,5	0,1	0,02	57,3	89,5
1895	30,0	1,3	1,3[1])	32,6	29,8	0,9	—	28,3	—	1,7	0,2	0,02	60,9	93,5
1896	30,0	1,4	1,3[1])	32,7	26,0	0,9	—	22,4	—	1,9	0,2	0,02	53,4	86,2
1897	36,0	2,0[2])	1,3[1])	39,3	30,0	1,2	—	29,3	—	2,2	0,2	0,03	62,9	102,2
1898	36,0	2,2	1,3[1])	39,5	32,2	1,3	—	28,5	—	2,4	0,3	0,03	64,7	104,2
1899	45,0	3,2[3])	1,3[1])	49,5	36,3	1,4	—	33,9	—	3,1	0,4	0,05	75,1	124,6
1900	45,0	3,4	1,3[1])	49,7	35,4	1,6	—	44,0	—	3,1	0,3	0,04	84,4	134,1
1901	45,0	3,6	1,3[1])	49,9	34,2	2,4	—	37,6	—	2,9	0,3	0,04	77,4	127,3
1902	45,0	3,7	1,3[1])	50,0	30,7	2,6	—	35,8	—	2,9	0,3	0,04	72,3	122,3

[1]) Einschließlich des Delkrederekonto mit einem Bestande von 250000 Mk. [2]) Darunter ein Zuwachs von 493671 Mk. als Agiogewinn, der bei der Erhöhung des Stammkapitals um 6000000 Mk. entstand. [3]) Darunter 900000 Mk. Agiozuwachs, der bei der Erhöhung des Stammkapitals um 9000000 Mk. entstand. [4]) Eine Pensionskasse, die aus den Gewinsten alljährlich dotiert wird, besteht. Ihr Guthaben, das unter den Kreditoren enthalten ist, betrug Ende 1902 578741 Mk.

Gewinne und Verluste. — **Mitteldeutsche Kreditbank in Frankfurt a. M.** — **Gewinne und Verluste.**

In Tausend Mark.

Jahr	Bruttogewinn des Jahres: Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten / Konsortialbeteiligungen, Kommanditen[1]	Diverse	Insgesamt	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne: Unkosten, Steuern	Abschreibungen: auf Effekten	auf das Kontokorrent	auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Diverse Abschreibungen	Zusammen
1	2	3	4	5, 6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1894	721	911	381	535	17	2565	54	2619	788	—	88	—	84	—	84	1500	5	55	10	10	2619
1895	783	1023	343	908	16	3073	56	3129	836	—	48	—	109	250	175	1650	5½	41	10	10	3129
1896	838	1010	472	799	15	3134	41	3175	917	—	43	—	108	—	188	1800	6	99	10	10	3175
1897	1038	1077	500	871	12	3498	99	3597	988	—	—	—	125	—	242	2160	6	65	15	2	3597
1898	1108	1152	573	1086	19	3938	65	4003	1125	—	24	—	138	—	305	2160	6	209	15	27	4003
1899	1643	1437	840	1075	20	5015	209	5224	1457[2]	—	27	—	174	—	385	2700	6	393	30	58	5224
1900	1748	1365	1040	870	29	5052	393	5445	1431	—	296[3]	—	164	—	336	2700	6	436	30	52	5445
1901	1281	1362	921	1059	27	4650	436	5086	1506	—	182	—	146	—	256	2475	5½	453	30	38	5086
1902	1281	1306	707	1207	106	4607	453	5060	1554	—	96	—	146	—	258	2475	5½	473	30	28	5060

[1]) Die Erträgnisse der dauernden Beteiligungen betrugen im Jahre 1894 135 914 Mk., 1895 157 926 Mk., 1896 176 467 Mk., 1897 205 344 Mk., 1898 234 855 Mk., 1899 226 950 Mk., 1900 167 726 Mk, 1901 109 918 Mk., 1902 180 383 Mk. [2]) Hierunter 125 000 Mk. als Abfindung für Erwerbung der Firma S. Pflaum & Co., Fürth i. B. [3]) Darunter ein Verlust von 200 000 Mk., der durch die betrügerischen Handlungen zweier Vorsteher einer Wechselstube entstand.

Deutsche Genossenschaftsbank von Sörgel, Parrisius & Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien, Berlin *).

Niederlassung in Frankfurt a. M.

Aktiva. In Millionen Mark. **Aktiva.**

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse	I. Ordnung: Coupons und Sorten	I. Ordnung: Bankierguthaben	I. Ordnung: Wechsel	I. Ordnung: Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	I. Ordnung: Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	II. Ordnung: Lombards	II. Ordnung: Vorschüsse auf Warenverschiffungen	II. Ordnung: Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	II. Ordnung: Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	Debitoren: ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894 [1]		1,7		9,4	11,1	44,1	5,1	—	—	5,1	20,2	16,2	64,3	0,4		2,7	22,6		—	—	0,7	—	26,4	42,6
1895		2,9		6,8	9,7	34,8	4,8	—	—	4,8	17,2	14,5	52,0	0,1		3,5	26,5		—	—	0,7	—	30,8	45,3
1896 [2]		2,1		9,2	11,3	40,1	1,9	—	—	1,9	6,7	13,2	46,8	0,5		4,0	27,2		—	—	0,7	—	32,4	45,6
1897		2,5		8,9	11,4	47,5	1,8	—	—	1,8	7,5	13,2	55,0	1,0		3,5	27,4		—	—	0,7	—	32,6	45,8
1898		1,4		9,1	10,5	41,7	1,3	—	—	1,3	5,1	11,8	46,8	1,5		3,7	29,3		—	—	0,7	—	35,2	47,0
1899		2,0		14,5	16,5	51,9	2,4	—	—	2,4	7,5	18,9	59,4	1,6		2,8	35,2		—	—	0,7	—	40,3	59,2
1900		3,0		16,5	19,5	50,4	0,4	—	—	0,4	1,0	19,9	51,4	3,7		2,8	39,0		—	—	0,7	—	46,2	66,1
1901		1,8		12,6	14,4	55,6	0,4	—	—	0,4	1,5	14,8	57,1	4,5		2,2	30,9		—	—	0,7	—	38,3	53,1

*) Die Bilanzen der Kommandite in Frankfurt a. M. sind in vorstehender Übersicht nicht berücksichtigt.

[1]) Es besteht eine Beteiligung an der Wechselstube Bosse, Keil & Co., Berlin, und bei der Bankkommandite Heinemann, Hupfeld & Co., Mannheim. [2]) Letztere Firma tritt in Liquidation.

Deutsche Genossenschaftsbank von Soergel, Parrisius & Co. Kommandite auf Aktien, Berlin*).

Passiva. In Millionen Mark. **Passiva.**

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva	Gesamtumsätze
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe der Reserven	Accepte	Avale	Depositen	Kontokorrent-kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds 2c.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1894	15,0	2,2	0,2	17,4	6,8	—	2,4	14,9	—	1,1	—	0,03	25,2	42,6	4984
1895	15,0	2,2	0,2	17,4	5,6	—	2,6	18,3	—	1,3	—	0,03	27,9	45,3	6010
1896	15,0	2,2	0,2	17,4	7,5	—	2,2	17,1	—	1,3	—	0,1	28,2	45,6	5438
1897	19,0	2,6[1])	0,2	21,8	7,2	—	2,2	13,0	—	1,5	—	0,1	24,0	45,8	5566
1898	19,0	2,6	0,2	21,8	6,9	—	2,1	14,4	—	1,7	—	0,1	25,2	47,0	6026
1899	24,0	3,2[2])	0,2	27,4	6,0	1,1	2,8	19,9	—	1,9	—	0,1	31,8	59,2	6588
1900	24,0	3,2	0,2	27,4	8,1	1,3	3,3	24,1	—	1,8	—	0,1	38,7	66,1	6882
1901	24,0	3,2	—[3])	27,2	6,4	1,3	3,6	13,4	—	1,1	—	0,1	25,9	53,1	6420

*) Die Bilanzen der Kommandite in Frankfurt a. M. sind in vorstehender Übersicht nicht berücksichtigt.

[1]) Die Erhöhung der Reserve ist aus dem bei der Begebung der neuen Aktien erzielten Agiogewinn bewirkt. [2]) Zuwachs durch Agiogewinn bei der Begebung neuer Aktien. [3]) Außer den aus der Gewinn- und Verlustrechnung ersichtlichen Verlusten ist noch die Spezialreserve im Betrage von 200 000 Mk. zu Abschreibungen mit verwendet worden.

Deutsche Genossenschaftsbank von Soergel, Parrisius & Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien, Berlin *).

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres							Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne											Zusammen
	Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten [3])	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen [1])	Diverse	Insgesamt			Unkosten, Steuern	Abschreibungen			zu den Reserven		Tantieme	Dividende		Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	
											auf Effekten	auf das Kontokorrent	auf d. Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	Gesetzliche Reserve	Spezialreserve		Betrag	in % des Aktienkapitals			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1894	299	366 [2])	288	213	373	7	1546	4	1550	301	—	—	80	—	—	101	1050	5	16	2	1550
1895	366	355	243	257	642	8	1871	16	1887	318	—	150	—	—	—	152	1260	6	4	3	1887
1896	370	377	309	280	485 [4])	5	1826	4	1830	372		32		—	—	158	1260	6	5	3	1830
1897	459	357	410	127	712	5	2070	5	2075	379		30		—	—	188	1470	6	6	2	2075
1898	578	381	452	144	739 [5])	4	2298	6	2304	377		—		—	—	216	1680	6	8	23	2304
1899	635	426	676	167	815 [6])	2	2721	8	2729	428		94		—	—	246	1920	6	16	25	2729
1900	767	426	866	147 [7])	703 [8])	—	2909	16	2925	453	—	47	387	—	—	173	1800	5	40	25	2925
1901	585	419	726	—	480 [9])	—	2210	40	2250	474	29	173	402	—	—	40	1080	3	30	22	2250

*) Die Reingewinne (nicht aber die Unkosten ꝛc.) der Frankfurter Kommandite sind in obige Berechnung einbezogen. Dementsprechend ist an der Verteilung des ausgewiesenen Gewinns auch das Kapital dieser Kommandite beteiligt.

[1]) Ertrag der Kommandite Frankfurt a. M., von 1895 ab auch die Gewinne aus den Beteiligungen. [2]) Einschließlich der Gewinne aus den Beteiligungen; die Zinsen auf die Beteiligungen sind dem Zinsenkonto direkt zugeführt. [3]) Einschließlich der Zinsen auf Reports und eigene Effekten. [4]) Die Summe von ca. 485 000 Mk. ist bereits um eine Abschreibung von 225 000 Mk. gekürzt. [5]) Die Summe von ca. 739 000 Mk. ist bereits um eine Abschreibung von 250 000 Mk. gekürzt. [6]) Die Summe von ca. 815 000 Mk. ist bereits um eine Abschreibung von 180 000 Mk. gekürzt. [7]) Von dem Erträgnis der Effekten ist bereits ein durch Kursrückgang verursachter Verlust, der seinem Betrage nach nicht bekannt gegeben ist, abgesetzt. [8]) Ertrag der Frankfurter Kommandite. Auf den Beteiligungen ruht ein Verlust von 86 588 Mk. [9]) Ertrag der Frankfurter Kommandite. Auf den Beteiligungen ruht ein Verlust von 401 822 Mk.

Berliner Bank in Berlin.

Zweigniederlassungen in Neustrelitz und Brandenburg a. H. Wechselstuben bezw. Depositenkassen in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Brandenburg a. H., Spandau, Eberswalde, Neustrelitz.

Aktiva. In Millionen Mark. Aktiva.

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse	Coupons und Sorten	Bankierguthaben *)	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien [1]	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	0,43	0,04	—	2,2	2,7	87,1	1,6	—	—	1,6	51,6	4,3	138,7	1,4	0,1	—	2,3	0,3	—	—	0,04	0,1	4,2	8,5
1895	0,91	0,12	—	2,1	3,1	47,7	5,2	—	—	5,2	80,0	8,3	127,7	1,4	0,3	—	3,9	0,5	—	—	0,1	0,1	6,3	14,6
1896	0,47	0,1	—	2,4	3,0	44,8	3,0	—	—	3,0	44,8	6,0	89,6	1,8	1,4	—	4,7	0,8	—	—	0,2	0,05	8,9	14,9
1897	2,37	0,3	—	4,1	6,8	19,1	7,9	—	—	7,9	22,1	14,7	41,2	7,1		2,0 [2]	22,5	5,3	—	—	0,3	4,5 [4]	41,7	56,4
1898 [3]	4,00	0,5	—	10,5	15,0	22,9	9,3	—	—	9,3	14,2	24,3	37,1	14,1		2,0 [2]	40,2	14,7	1,6	—	0,4	—	73,0	97,3
1899	3,8	0,4	—	20,1	24,3	31,1	15,3	—	—	15,3	19,6	39,6	50,7	18,4		2,0 [2]	42,6	17,4	2,3	—	0,9	—	83,6	123,2
1900	4,2	0,3	—	19,8	24,3	28,9	4,9	—	—	4,9	5,8	29,2	34,7	18,6		2,0 [2]	49,4	23,7	5,1	—	1,5	—	100,3	129,5
1901	3,2	0,3	—	15,9	19,4	41,6	3,0	20,0	1,9	25,0	53,9	44,3	95,5	19,0 [5]		2,0 [2]	8,9	11,0	4,6	—	2,1	—	47,6	91,9
1902	3,8	0,4	—	16,1	20,3	87,1	8,0	21,2	1,7	22,9	41,9	43,2	79,0	20,1 [5]		2,0 [2]	9,7	10,6	3,7	—	2,6	—	56,8	99,9

(From 1897 on, the values for columns 15 and 16 are given jointly.)

[1]) Das Bankgrundstück nach Absetzung der darauf lastenden Hypotheken, die im Jahre 1902 noch 750714 Mk. betragen. [2]) Kommanditarische Beteiligungen bei dem Bankhause S. Kaufmann & Co. im Betrage von 2000000 Mk. [3]) Die Geschäfte des in Liquidation getretenen Bankhauses A. Ruß jun. übernommen. [4]) Fehlende Einzahlung auf das neue Aktienkapital. [5]) Darunter 2300000 Mk. Beteiligung bei der Eisenbahnbaugesellschaft Becker & Co., G. m. b. H., in Berlin. *) Nicht besonders ausgewiesen.

Berliner Bank in Berlin.

Passiva. In Millionen Mark. **Passiva.**

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva	Gesamtumsätze
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe der Reserven	Accepte	Avale	Kontokorrentkreditoren		Beamtenversorgung, Pensionsfonds ꝛc.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten		
							täglich fällige	auf feste Termine							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1894	5,0	0,3	0,2	5,5	0,1	—	1,1[1])	1,3	—	0,3	0,1	0,2[2])	3,1	8,6	913,1 [9])
1895	7,5	0,3	0,3	8,1	0,2	—	1,9[1])	3,7	—	0,4	0,1	0,2[2])	6,5	14,6	1 974,5 [9])
1896	7,5	0,4	0,3	8,2	0,2	—	1,5	4,4	—	0,5	0,1	—	6,7	14,9	1 465,2 [9])
1897	20,0	0,5[3])	0,2	20,7	6,2	—	4,3	24,1	—	0,9	0,2	—	35,7	56,4	3 086,9[10])
1898	30,0	1,3[4])	0,4	31,7	20,6	1,6	7,5	33,7	—	1,8	0,4	—	65,6	97,3	7 877,7[10])
1899	42,0	2,6[5])	0,5	45,1	21,9	2,3	11,3	39,3	0,1	2,6	0,6	—	78,1	123,2	12 071,7[10])
1900	42,0	3,1[6])	0,2[6])	45,3	27,9	5,1	16,6	31,8	0,1	2,2	0,4	0,01	84,2	129,5	11 214,0[10])
1901	42,0	3,2	0,3[7])	45,5	13,1	4,6	11,1	16,3	0,15	1,0	0,1	0,01	46,4	91,8	8 771,5[10])
1902	42,0	3,3	—[8])	45,3	15,5	3,7	10,2	23,3	0,2	1,6	0,2	0,005	54,7	100,0	7 856,1[10])

[1]) Einschließlich des Sparkassenkontos; im Jahre 1894 357 Sparbücher mit 309 779 Mk; 1895 349 Sparkassenbücher mit 333 945 Mk. [2]) Einschließlich Barkautionen; im Jahre 1894 155 388 Mk., im Jahre 1895 189 847 Mk. [3]) Die Reserve ist außer der regelmäßigen Dotierung aus den bei der Kapitalserhöhung erzielten Gewinnen um 149 899 Mk. verstärkt. [4]) Im Jahre 1898 desgleichen um 638 191 Mk. [5]) Im Jahre 1899 desgleichen um 1 063 502 Mk. [6]) Von den Spezialreserven werden 400 000 Mk. auf die gesetzmäßige Reserve übertragen. Der Rest, welcher einen im Jahre 1899 gebildeten „Geschäftshaus-Reservefonds“ im Betrage von 100 000 Mk. darstellt, wird mit 50 000 Mk. dotiert. [7]) Der Geschäftshaus-Reservefonds im Betrage von 150 000 Mk. wird auf das Grundstückskonto abgeschrieben. Ein Delkrederefonds im Betrage von 300 000 Mk. wird neu gebildet. [8]) Der Delkrederefonds wird zur Deckung von Verlusten aufgebraucht. [9]) Beide Seiten. [10]) Eine Seite verdoppelt.

Berliner Bank in Berlin.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres						Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne											Zusammen
	Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten, einschl. der Effektenzinsen, Gewinn der Wechselstube und Kommanditen / Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Insgesamt			Unkosten, Steuern, Abschreibungen auf Bankgebäude und Mobilien	Abschreibungen auf Effekten	Abschreibungen auf das Kontokorrent	Abschreibungen auf d. Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	zu den Reserven: Spezialreserve	Tantiemen	Dividende: Betrag	Dividende: in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	
1	2	3	4	5 6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1894	241 [1]	241	28 [2]	136	1	647	—	647	184	—	—	—	23	82	58	300	6	—	—	647
1895	263 [1]	342	29 [2]	332	1	967	—	967	202	—	—	—	38	156 [5]	133	438	7	—	—	967
1896	264 [3]	262	183	316	1	1026	—	1026	197	—	55	188	35	—	80	450	6	21	—	1026
1897	427	352	261	658	4	1702	22	1724	419	—	35 [6]	—	55	150 [6]	198	845	6½	22	—	1724
1898	1080	917	355	947	14	3313	22	3335	684	—	121	—	125	250	365	1750	7	40	—	3335
1899	1277	1229	781	1350	18	4655	40	4695	997	—	65	—	230	100	627	2520	7	56	100	4695
1900	1282	1414	1119	541 [4]	24	4380	56	4436	985	107	86	500	135	50	376	2100	5	72	25	4436
1901	1386	1070	742	644	16	3858	72	3930	1080 [7]	1200	152	—	76	300	125	840	2	132	25	3930
1902	1261	825	571	831	12	3500	132	3632	929 [8]	700 [9]	88	—	94	—	199	1470	3½	127	25	3632

[1]) Einschließlich der Zinsen aus Inlandswechseln. [2]) Nur Gewinne aus dem Devisenportefeuille. [3]) Der Gewinn aus den Inlandswechseln ist fortan aus den Zinsen ausgesondert und unter den Gewinnen aus den Wechseln nachgewiesen. [4]) Nur Gewinne der Depositenkassen und Kommanditen. Auf dem Effekten- und Konsortialkonto ruht ein Verlust von 106 791 Mk. [5]) Dem Spezialreservefonds waren im Laufe des Jahres zu Abschreibungen 60 951 Mk. entnommen worden. [6]) Die ganze Spezialreserve im Betrage von 317 390 Mk. Ende 1896 ist außerdem zu Abschreibungen auf die Kontokorrentdebitoren verwendet worden. Ein Reservefonds für Effekten- und Konsortialbeteiligungen wird neu gebildet und mit 150 000 Mk. dotiert. [7]) Darin eine Abschreibung von 100 000 Mk. auf das Bankgebäude. [8]) Darin eine Abschreibung von 89 089 Mk. auf das Bankgebäude. [9]) Außer dieser Abschreibung von 700 000 Mk. werden die Spezialreserven aufgebraucht.

Commerz- und Diskontobank in Hamburg.

Zweiganstalten in Berlin und Frankfurt a. M. Depositenkasse in Potsdam.

Aktiva. In Millionen Mark. Aktiva.

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse	I. Ordnung: Coupons und Sorten	I. Ordnung: Guthaben bei der Reichsbank	I. Ordnung: Wechsel	I. Ordnung: Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	I. Ordnung: Gesamtsumme: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	II. Ordnung: Lombards	II. Ordnung: Vorschüsse auf Warenverschiffungen	II. Ordnung: Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	II. Ordnung: Gesamtsumme: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten[1])	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	Debitoren: ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	0,2	0,004	1,5	10,6	12,3	26,2	—	10,5	—	10,5	22,3	22,8	48,5	6,9	0,3[2])	3,7[3])	27,4	15,9	2,6	—	1,1	—	57,9	80,7
1895	0,4	0,02	1,5	9,4	11,3	23,9	—	7,5	—	7,5	15,9	18,8	39,8	8,2	—	3,7[3])	33,2	14,1	2,0	—	1,1	—	62,3	81,1
1896	0,4	0,01	1,5	7,6	9,5	18,5	—	15,4	—	15,4	30,1	24,9	48,6	10,1	—	3,7[3])	26,4	16,5	2,1	—	1,3	—	60,1	85,0
1897	0,2	0,01	2,9	5,4	8,5	15,9	—	14,0	—	14,0	26,3	22,5	42,2	6,4	3,9	3,8[3])	28,3	19,8	2,4	—	1,8	3,8[4])	70,2	92,7
1898	4,5[5])	0,5	—	15,1	20,1	21,4	22,4	23,8	—	46,2	49,1	66,3	70,5	8,9	4,0	5,0[6])	31,1	31,8	3,1	—	2,8	—	85,7	153,0
1899	4,9[5])	0,7	—	16,5	22,1	18,5	30,3	37,7[7])	—	68,0	57,0	90,1	75,5	11,3	7,6	5,0[6])	21,4	31,7	5,7	—	3,5	—	86,2	176,3
1900	3,5[5])	0,5	—	20,1	24,1	22,1	11,4	37,7[7])	—	49,1	45,0	73,2	67,1	13,6	7,5	5,0	28,3	29,3	5,1	—	4,4	—	93,2	166,4
1901	5,2[5])	0,5	—	19,1	24,8	23,6	6,8	37,0[7])	—	43,8	41,8	68,6	65,4	16,2	6,9	5,0	27,4	28,4	4,7	—	5,0	—	93,6	162,2
1902	3,2[5])	0,3	—	24,5	28,0	21,0	15,5	46,4[7])	—	61,9	46,4	89,9	67,4	16,8	7,7	5,0	27,7	33,4	5,0	—	5,0	—	100,6	190,5

[1]) Bis mit 1897 einschließlich der Hypotheken des Reservefonds. [2]) Beteiligung an der Gutsherrschaft und dem Bergwerk „Sielce". [3]) Aktien der London and Hanseatic Bank Lim. [4]) Ausstehende Einzahlung auf das Aktienkapital. [5]) Einschließlich des Guthabens bei der Reichsbank. [6]) Beteiligung an der Aussiger Zuckerraffinerie mit 1 090 000 Mk., außerdem 3 958 008 Mk. Aktien der London and Hanseatic Bank Lim. Letzterer Betrag hat sich in der Folge nur unwesentlich geändert. [7]) Darunter die Vorschüsse auf Waren, welche bisher in den gedeckten Debitoren enthalten waren.

Commerz- und Diskontobank in Hamburg.

Passiva. In Millionen Mark. Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva	Gesamtumsätze
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe der Reserven	Accepte	Avale	Depositen und Girokonten	Kontokorrent-kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds ꝛc.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1894	30,0	3,0	0,7	33,7	20,0	2,6	12,9	8,5	0,04	1,8	0,1	0,20	47,0	80,7	—
1895	30,0	3,0	0,8	33,8	21,5	2,0	13,2	7,9	0,1	2,2	0,2	0,20	47,3	81,1	—
1896	30,0	3,0	0,8	33,8	25,5	2,1	10,0	10,9	0,1	2,1	0,2	0,30	51,2	85,1	—
1897	35,0	3,5	0,9	39,4	24,5	2,4	11,0	12,4	0,2	2,4	0,2	0,20	53,8	92,7	—
1898	50,0	6,0	2,9 [1])	58,9	33,2	3,1	—	56,1 [4])	0,3	1,4	—	0,001	94,1	153,0	—
1899	50,0	6,0	1,0 [2])	57,0	38,9	5,7	—	71,5 [5])	0,2 [3])	2,8	0,2	0,003	119,3	176,3	23 157
1900	50,0	6,0	1,2	57,2	37,1	5,1	—	62,9 [6])	0,3	3,4	0,4	0,002	109,2	166,4	21 607
1901	50,0	6,0	1,1	57,1	28,9	4,7	—	68,0 [7])	0,3	2,9	0,3	0,003	105,1	162,2	21 751
1902	50,0	6,0	1,2	57,2	37,3	5,0	—	87,2 [8])	0,3	3,2	0,3	0,002	133,3	190,5	23 997

[1]) Darunter eine Rückstellung im Betrage von 2 000 000 Mk. in Sachen Aussiger Zuckerraffinerie. [2]) Diese Rückstellung verschwindet in der Bilanz vom 31. Dezember 1899. Der Betrag von 2 000 000 Mk. ist anscheinend zu Abschreibungen verwendet worden. [3]) Die Pensionsfonds der Niederlassungen in Berlin und Frankfurt a. M., die nach Übernahme der Firma J. Dreyfus & Co. mit dem Hamburger Fonds vereinigt wurden, sind seit 1899 in die Kontokorrentkreditoren mit einbezogen worden. [4]) Davon 27 787 000 Mk. Kreditoren auf feste Termine. [5]) Davon 31 858 000 Mk. Kreditoren auf feste Termine. [6]) Davon 28 567 000 Mk. Kreditoren auf feste Termine. [7]) Davon 33 319 000 Mk. Kreditoren auf feste Termine. [8]) Davon 56 915 000 Mk. Kreditoren auf feste Termine.

Commerz- und Diskontobank in Hamburg.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres							Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne											Zusammen
	Zinsen [1])	Provisionen	Wechsel [2])	Effekten	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Insgesamt			Unkosten, Steuern,	Abschreibungen auf Effekten	Abschreibungen auf das Kontokorrent	Abschreibungen auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	zu den Reserven: Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	Dividende: in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1894	735	478	433	745	—	—	2391	17	2408	403	—	76	—	—	22	64	1800	6	43	—	2408
1895	823	553	472	1089	—	8	2945	43	2988	454	—	—	—	—	66	197	2200	7 1/8	18	53	2988
1896	1210	586	144 [2])	941	—	13	2894	18	2912	443	—	117	—	—	55	164	2100	7	5	28	2912
1897	1512	686	75	999	—	12	3284	5	3289	492	—	47	—	—	77	232	2400	8	2	39	3289
1898	2740	973	294	785		69	4861	2	4863	1339	—	149	—	—	2000	—	1350	3	25	—	4863
1899	3185	1268	331	479		56	5319	25	5344	1608	—	536 [4])	—	—	140 [5])	181	2750	5 1/2	109	20	5344
1900	3483	1081	308	813		58	5743	109	5852	1902	—	—	—	—	140 [6])	403	3250	6 1/2	112	45	5852
1901	3083	1084	361	552 [3])		44	5124	112	5236	1919	—	82	—	—	56	253	2750	5 1/2	148	28	5236
1902	3052	1207	299	943		50	5551	148	5699	2037	—	78	—	—	72	323	3000	6	153	36	5699

(From 1898 onward columns 5 and 6 are combined.)

[1]) Von 1896 ab einschließlich Diskont auf die Platzwechsel. [2]) Von 1896 ab ausschließlich Diskont auf Platzwechsel. [3]) Nach Abschreibung des ganzen Aktienbesitzes der Waggonfabrik-Aktiengesellschaft Kelsterbach im Betrage von 400 000 Mk. und der Motorenfahrzeug- und Motorenfabrik Berlin, Aktiengesellschaft, im Betrage von 156 000 Mk. [4]) Die Rückstellung für zweifelhafte Forderungen betrug 535 678 Mk.; sie ist um einen Eingang gegen frühere Rückstellung im Betrage von 271 304 Mk. gekürzt. [5]) Einschließlich einer Reserve für den Bau des Bankgebäudes in Berlin im Betrage von 100 000 Mk. [6]) Einschließlich einer Dotierung der Baureserve im Betrag von 50 000 Mk.

Vereinsbank in Hamburg.

Filiale in Altona; Agentur in Cuxhaven.

Aktiva. In Millionen Mark. Aktiva.

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven													Die weiteren Aktiven										Gesamte Aktiva
	I. Ordnung						II. Ordnung					Zunächst greifbare Aktiven insgesamt					Debitoren							
	Kasse[1]	Coupons und Sorten	Bankierguthaben	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	gedeckte	ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	6,5	0,2	—	23,6	30,3	63,2	—	15,1	—	15,1	31,5	45,4	94,8	2,0		0,8[2])	16,3		—	0,2	0,9	3,0[3])	23,2	68,6
1895	4,3	0,2	—	22,6	27,1	55,5	—	13,7	—	13,7	28,1	40,8	83,6	1,9		0,8[2])	20,1		—	0,2	0,9	5,0[3])	28,9	69,7
1896	5,0	0,1	—	18,9	24,0	57,8	—	15,4	—	15,4	37,1	39,4	95,0	1,7		0,8[2])	15,0		—	0,2	1,2	4,3[3])	23,2	62,5
1897	5,7	0,2	—	18,7	24,6	57,9	—	15,4	—	15,4	36,2	40,0	94,1	3,2		0,8[2])	18,0		—	0,3	1,5	2,8[3])	26,6	66,6
1898	3,9	0,1	—	22,5	26,5	54,5	—	14,9	—	14,9	30,7	41,4	85,2	2,6		0,8[2])	23,5		—	0,3	1,5	2,8[3])	31,5	72,9
1899	4,9	0,1	—	25,7	30,7	51,9	—	14,7	—	14,7	24,8	45,4	76,7	4,0		0,8[2])	32,7		—	0,3	1,5	1,9	41,2	86,6
1900	7,0	0,05	—	25,2	32,2	45,5	—	15,8	—	15,8	22,3	48,0	67,9	4,0		1,1[4])	38,8		—	0,3	2,8	3,1[5])	50,1	98,1
1901	7,3	0,05	—	28,2	35,5	45,3	—	16,2	—	16,2	20,7	51,7	66,0	3,8		1,1	23,6	6,0	10,0	0,3	3,3	5,9[5])	54,0	105,7
1902	3,9	0,2	—	25,2	29,3	35,7	—	15,8	—	15,8	19,2	45,1	54,0	5,9		1,1	28,4	8,1	9,1	0,3	3,5	8,0[5])	64,4	109,5

[1]) Einschließlich des Guthabens bei der Reichsbank. [2]) 300 000 Mk. Aktien der Vereinsbank Kiel und 500 000 Mk. Aktien der Vereinsbank Hannover. [3]) Die Reservefondsanlage und sonstiger Besitz an Hypotheken. [4]) Der Besitz an Aktien der Vereinsbank in Hannover ist um 250 000 Mk. erhöht. [5]) Von 1900 ab sind hierin auch die Anlagen für die Sparkassenabteilung enthalten.

Vereinsbank in Hamburg.

Passiva. — In Millionen Mark. — Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva	Gesamtumsätze
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe der Reserven	Accepte	Avale	Depositen	Kontokorrent-kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds zc.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1894	18,0[1])	2,3	0,4	20,7	2,0	—	5,7	38,1	0,2	1,4	0,2	0,3	47,9	68,6	1049
1895	18,0[1])	2,5	0,4	20,9	2,3	—	6,6	37,6	0,2	1,6	0,2	0,3	48,8	69,7	1149
1896	18,0[1])	2,6	0,4	21,0	2,9	—	4,7	31,6	0,2	1,6	0,3	0,2	41,5	62,5	1119
1897	21,0[2])	2,7	0,4	24,1	2,8	—	4,3	32,9	0,3	1,7	0,3	0,2	42,5	66,6	1075
1898	21,0	2,9	0,4	24,3	6,2	—	7,2	32,5	0,3	1,9	0,3	0,2	48,6	72,9	—
1899	24,0[3])	3,0	0,4	27,4	9,9	—	12,1	34,2	0,3	2,1	0,3	0,3	59,2	86,6	—
1900	24,0	3,0	0,4	27,4	15,1	—	17,9[4])	34,5	0,3	2,3	0,3	0,3	70,7	98,1	—
1901	24,0	3,0	0,4	27,4	6,1	10,0	23,6[4])	35,7	0,3	2,1	0,2	0,3	78,3	105,7	—
1902	24,0	3,0	0,4	27,4	7,9	9,1	24,6[4])	37,7	0,4	1,9	0,2	0,3	82,1	109,5	—

[1]) D. i. 60 % Einzahlung auf 30 000 000 Mk. Aktienkapital. [2]) Weitere Einzahlung von 10 %. [3]) Weitere Einzahlung von 10 %. [4]) Einschließlich der Einlagen bei der Sparkassenabteilung, die im Jahre 1900 1 762 439 Mk., im Jahre 1901 4 673 665 Mk., im Jahre 1902 6 997 200 Mk. betrugen.

Vereinsbank in Hamburg.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres							Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne											Diverse Abschreibungen	Zusammen
	Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Insgesamt			Unkosten, Steuern	Abschreibungen auf Effekten	Abschreibungen auf das Kontokorrent	Abschreibungen auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	zu den Reserven: Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	Dividende: in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1894	1299	374	—		550[1]		2223	4	2227	454	—	—	—	103	—	206	1440	8	3	—	21	2227
1895	1421	397	—		681		2499	3	2502	477	—	27	—	122	—	244	1575	$8\frac{3}{4}$	36	—	21	2502
1896	1681	395	—		511		2587	36	2623	481	—	70	—	129	—	257	1620	9	30	—	36	2623
1897	1639	439	—		559		2637	31	2668	540	—	—	—	132	—	263	1650	9	34	—	49	2668
1898	1904	483	—		517		2904	34	2938	528	—	20	—	150	—	300	1890	9	24	—	26	2938
1899	2392	557	—		456		3405	24	2429	614	—	—	130	120	—	294	2030	$9\frac{1}{2}$	30	—	211	3429
1900	2509	606	—		395		3510	30	3540	642	—	130	—	—	—	300	2160	9	85	20	203	3540
1901	2133	686	—		473		3292	85	3377	666	—	150	150	—	—	240	1920	8	122	20	109	3377
1902	1825	677	—		597		3099	122	3221	717	—	—	220	—	—	210	1800	$7\frac{1}{2}$	140	20	114	3221

[1]) Gewinn aus Valuten, Effekten, Konsortialbeteiligungen und Diversen.

Deutsche Nationalbank in Bremen.

Aktiva. In Millionen Mark. **Aktiva.**

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse	Coupons und Sorten	Bankierguthaben	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte / ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18 / 19	20	21	22	23	24	25
1894	0,09	—	—	5,59	5,68	89,5	—	1,07	—	1,07	16,8	6,75	106,3	1,67	—	—	8,17	0,79	—	0,89[2])	0,46[1])	11,98	18,78
1895	0,21	—	—	3,68	3,89	39,8	—	1,84	—	1,84	18,8	5,73	58,6	2,59	—	—	11,44	0,76	—	1,13[2])	0,46[1])	16,38	22,11
1896	0,17	—	—	3,68	3,85	25,8	—	1,93	—	1,93	12,9	5,78	38,7	2,21	—	—	17,20	0,79	—	1,33[2])	—	21,53	27,31
1897	0,25	—	—	3,22	3,47	27,9	—	1,82	—	1,82	14,6	5,29	42,5	1,20	—	—	16,08	1,54	—	1,02[3])	—	19,84	25,13
1898	0,17	—	—	3,29	3,46	28,4	—	1,89	—	1,89	15,5	5,35	43,9	0,99	—	—	16,78	0,74	—	0,99	—	19,50	24,85
1899	0,20	—	—	4,42	4,62	30,9	—	2,08	—	2,08	13,9	6,70	44,8	1,12	—	—	17,31	1,53	—	0,99	—	20,95	27,65
1900	0,23	—	—	7,01	7,24	36,9	—	1,95	—	1,95	9,9	9,19	46,8	2,30	—	—	22,28	1,67	—	0,98	—	27,23	36,42
1901	0,23	—	—	6,34	6,57	31,1	—	1,83	—	1,83	8,6	8,40	39,7	1,79	—	—	24,81	2,01	—	0,98	—	29,59	37,99
1902	0,30	—	—	7,02	7,32	31,9	—	1,45	—	1,45	6,3	8,77	38,2	1,59	—	—	26,02	2,42	—	0,97	—	31,00	39,77

[1]) Zur Amortisation angekaufte eigene Aktien, die aber im Jahre 1896 wieder begeben wurden. [2]) Einschl. des Besitzes der Norderneyer Logierhäuser und der Obernkirchener Sandsteinbrüche. [3]) Die Norderneyer Logierhäuser sind verkauft worden. Der Gewinn ist größtenteils zur Bildung einer Spezialreserve verwandt.

Deutsche Nationalbank in Bremen.

Passiva. In Millionen Mark. Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe der Reserven	Accepte	Avale	Depositen	Kontokorrent-kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds rc.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1894	11,25	1,08	0,05 [1])	12,38	2,21	0,79	0,32	2,28	—	0,73	0,02	0,003	6,35	18,73
1895	11,25	1,08	—	12,33	4,77	0,76	0,56	3,00	—	0,68	0,01	0,003	9,78	22,11
1896	11,25	1,13 [2])	—	12,38	9,15	0,79	0,53	3,61	—	0,82	0,03	0,003	14,93	27,31
1897	11,25	1,13	0,30	12,68	5,50	1,54	0,82	3,73	—	0,80	0,06	0,005	12,45	25,13
1898	11,25	1,13	0,30	12,68	5,34	0,74	1,12	4,27	—	0,69	0,01	0,006	12,17	24,85
1899	11,25	1,13	0,30	12,68	5,10	1,53	1,31	6,07	—	0,91	0,04	0,009	14,97	27,65
1900	15,00 [3])	1,50	0,30	16,80	10,95	1,67	1,14	4,56	—	1,22	0,07	0,009	19,62	36,42
1901	15,00	1,50 [3])	0,30	16,80	11,62	2,01	1,39	5,04	—	1,07	0,05	0,007	21,19	37,99
1902	15,00	1,50	0,30	16,80	13,06	2,42	1,20	5,83	—	0,45	—	0,009	22,97	39,77

[1]) Die Reserve von 50 000 Mk. ist auf den Neubau eines Bankgebäudes verrechnet worden. [2]) Die Erhöhung der Reserve steht im Zusammenhang mit der Wiederbegebung zurückgekaufter Aktien (vgl. Aktiva, Anm. 1). [3]) Erhöhung des Aktienkapitals um 3 750 000 Mk. und Ergänzung der Reserve zur gesetzlichen Höhe.

Deutsche Nationalbank in Bremen.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres: Zinsen[1]	Bruttogewinn des Jahres: Provisionen	Bruttogewinn des Jahres: Wechsel	Bruttogewinn des Jahres: Effekten	Bruttogewinn des Jahres: Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Bruttogewinn des Jahres: Diverse	Bruttogewinn des Jahres: Insgesamt	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne: Unkosten, Steuern	Verwendung der Gewinne: Abschreibungen auf Effekten	Verwendung der Gewinne: Abschreibungen auf das Kontokorrent	Verwendung der Gewinne: Abschreibungen auf d. Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	Verwendung der Gewinne: zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	Verwendung der Gewinne: zu den Reserven: Spezial-Reserve	Verwendung der Gewinne: Tantieme	Verwendung der Gewinne: Dividende: Betrag	Verwendung der Gewinne: Dividende: in % des Aktienkapitals	Verwendung der Gewinne: Vortrag auf neue Rechnung	Verwendung der Gewinne: Beamtenversorgung	Diverse Abschreibungen	Verluste	Zusammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
1894	481	214	—	58	—	138[2]	891	43	934	126	—	64[6]	—	—	—	16	701[3]	6½	27	—	—	—	934
1895	500	268	—	47	—	70	885	27	912	125	—	—	—	—	—	12	647[3]	6	28	—	100[4]	—	912
1896	521	332	—	51	—	74	978	27	1005	137	—	—	—	—	—	25	788	7	30	—	25[4]	—	1005
1897	594	347	—	31	—	340[5]	1312	30	1342	153	—	—	—	—	300	57	788	7	19	—	25[4]	—	1342
1898	648	357	—	35	—	93	1133	19	1152	136	—	300[6]	—	—	—	12	675	6	14	—	15[4]	—	1152
1899	706	379	—	30	—	93	1208	14	1222	154	—	115[6]	—	—	—	38	900	8	15	—	—	—	1222
1900	912	411	—	23	—	109	1455	15	1470	187	—	—	—	—	—	67	1200	8	16	—	—	—	1470
1901	724	450	—	11	—	109	1294	16	1310	191	—	—	—	—	—	50	1050	7	19	—	—	—	1310
1902	677	458	—	37	—	66	1238	18	1256	172	—	634[7]	—	—	—	—	450	3	—	—	—	—	1256

[1]) Einschl. Gewinn auf Wechsel (Sp. 4). [2]) In Spalte 7 ist hauptsächlich das Erträgnis aus dem Immobilienbesitz ausgeworfen (vgl. Aktiva, Anm. 2). [3]) Dividende auf das Aktienkapital von 11 250 000 Mk. abzüglich zur Amortisation zurückgekaufter Aktien im Betrage von 459 300 Mk., d. h. auf 10 790 700 M. [4]) Abschreibung auf das Bankgebäude. [5]) Hauptsächlich Gewinn aus dem Verkauf der Norderneyer Logierhäuser. [6]) Abschreibungen aus Anlaß diverser Fallissements. [7]) Abschreibungen auf Beteiligung an Kassenvorschußgeschäften nach Guatemala (infolge der Vernichtung der Kaffeeernte durch vulkanische Naturereignisse).

Deutsche Effekten- und Wechselbank in Frankfurt a. M.

Aktiva. In Millionen Mark. Aktiva.

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse und Giroguthaben	I. Ordnung: Coupons und Sorten	I. Ordnung: Bankierguthaben	I. Ordnung: Wechsel	I. Ordnung: Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	I. Ordnung: Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	II. Ordnung: Reports (Prolongations- u. abzuliefernde Effekten)	II. Ordnung: Lombards	II. Ordnung: Vorschüsse auf Warenverschiffungen	II. Ordnung: Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	II. Ordnung: Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen *)	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	Debitoren: ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	1,6	1,2	—	7,1	9,9	21,4	14,9	—	—	14,9	32,2	24,8	53,6	6,3	0,6	—	31,9[1])		—	—	—	—	38,8	63,6
1895	3,9	1,2	—	5,4	10,5	25,3	6,2	—	—	6,2	14,9	16,7	40,2	4,9	1,1	—	36,2		—	—	—	—	42,2	58,9
1896	1,7	0,9	—	8,1	10,7	27,6	9,7	—	—	9,7	25,1	20,4	52,7	3,3	1,3	—	31,1		—	—	—	—	35,7	56,1
1897	1,5	1,1	—	8,6	11,2	27,8	13,7	—	—	13,7	34,0	24,9	61,8	3,9	1,9	—	27,1		—	—	—	—	32,9	57,8
1898	1,4	0,9	—	19,1	21,4	42,8	9,5	—	—	9,5	19,0	30,9	61,8	4,6	3,3	—	34,6		—	—	—	0,1[2])	42,6	73,5
1899	2,1	1,8	—	15,5	19,4	52,6	7,0	—	—	7,0	19,0	26,4	71,6	5,7	4,4	—	33,1		—	—	—	0,1[2])	43,3	69,7
1900	1,6	1,1	—	23,6	26,3	69,9	4,2	—	—	4,2	11,2	30,5	81,1	5,3	4,5	—	27,9	2,2[3])	—	—	—	0,002[2])	39,9	70,4
1901	1,6	1,0	—	15,0	17,6	61,6	5,5	—	—	5,5	19,2	23,1	80,8	4,5	2,9	—	23,4	7,0[4])	—	—	—	0,002[2])	37,8	60,9
1902	1,4	1,1	—	16,7	19,2	62,7	7,9	—	—	7,9	25,8	27,1	88,5	5,1	1,7	—	25,7	3,4[5])	—	—	—	—	35,9	63,0

[1]) Zu Spalte 19: Nach dem Text der Geschäftsberichte sollen die Debitoren fast ausnahmslos gedeckt sein. [2]) Ausstehende Einzahlung auf das Aktienkapital. [3]) Darunter ca. 1 000 000 Mk. Blankokredite. Der Rest besteht in Guthaben bei Bankiers zc. [4]) Darunter ca. 1 100 000 Mk. Blankokredite. Der Rest besteht in Guthaben bei Bankiers zc. [5]) Die Blankokredite sind zum größten Teil abgelöst oder durch Hinterlegung von Sicherheiten gedeckt worden.

Deutsche Effekten- und Wechselbank in Frankfurt a. M.

Passiva. In Millionen Mark. **Passiva.**

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe der Reserven	Accepte	Avale	Depositen	Kontokorrent-kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds 2c.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1894	15,0	1,5	0,8	17,3	16,6	—	—	28,5	—	1,0	0,2	0,003	46,3	63,6
1895	15,0	1,5	0,9	17,4	15,8	—	—	24,1	—	1,3	0,3	0,006	41,5	58,9
1896	15,0	1,5	0,9	17,4	15,2	—	—	22,1	—	1,2	0,2	0,004	38,7	56,1
1897	15,0	1,5	1,0	17,5	16,5	—	—	22,4	—	1,2	0,2	0,003	40,3	57,8
1898	21,0[1]	2,1	0,4[2]	23,5	18,3	—	—	29,8	—	1,6	0,3	0,003	50,0	73,5
1899	30,0	2,3	0,5[3]	32,8	17,7	—	—	16,4	—	2,3	0,5	0,003	36,9	69,7
1900	30,0	2,3	0,5	32,8	18,2	—	—	18,1	—	1,3	—	0,004	37,6	70,4
1901	30,0	2,3	—[4]	32,3	12,5	—	—	15,6	—	0,5	—	0,003	28,6	60,9
1902	30,0[5]	2,4	—	32,4	13,2	—	—	16,1	—	1,3	—	0,003	30,6	63,0

[1]) Die im Jahre 1898 und 1899 eingetretenen Erhöhungen des Aktienkapitals sind nicht auf die Ausgabe neuer Aktien, sondern nur auf die Einforderung rückständiger Einzahlungen zurückzuführen; bis 1897 waren auf die Aktien nur 50 % eingezahlt.
[2]) 507 700,30 Mk. sind von der Spezialreserve nach der gesetzlichen Reserve übertragen. [3]) 21 627,13 Mk. desgl.
[4]) 450 000 Mk. Spezialreserve des Vorjahres sind auf Gewinn- und Verlustkonto übertragen. [5]) Der in der außerordentlichen Generalversammlung vom 23. Januar 1902 gefaßte Beschluß, das Aktienkapital durch Rückkauf von bis zu 6 000 000 Mk. eigener Aktien nicht über pari herabzusetzen, konnte des Kursstandes wegen bisher nicht ausgeführt werden.

Deutsche Effekten- und Wechselbank in Frankfurt a. M.

Gewinne und Verluste. — In Tausend Mark. — **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres							Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne											Zusammen
	Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten und auswärtige Umsätze	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Insgesamt			Unkosten, Steuern	Abschreibungen: auf Effekten	Abschreibungen: auf das Kontokorrent	Abschreibungen: auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	zu den Reserven: Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	Dividende: in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1894	240	328	381	999	113	44	2105	51	2156	640	—	8	—	—	224	243	975	6½	58	8	2156
1895	388	356	405	840	270	45	2304	58	2362	650	—	20	—	—	82	286	1125	7½	190	9	2362
1896	355	293	476	760	74	43	2001	190	2191	681	—	—	—	—	66	196	1050	7	191	7	2191
1897	303	338	491	561	196	42	1931	191	2122	670	—	23	—	—	62	173	1050	7	138	6	2122
1898	274	393	723	834	270	56	2550	138	2688	703	—	2	—	92	—	274	1470	7	138	9	2688
1899	286	529	906	1067	692	59	3539	138	3677	736	—	—	—	140	—	511	2100	7	173	17	3677
1900	399	396	1261	99	37	52	2244	173	2417	756	—	32	330[2])	73	—	—	1200	4	24	2	2417
1901	338	286	911	321	220	495[1])	2571	25	2596	739	—	653[3])	720[4])	1	—	—	400	1½	83	—	2596
1902	403	316	564	586	117	37	2023	83	2106	745	—	14	—	63	—	—	1200	4	84	—	2106

[1]) Darunter 450 000 Mk., welche aus der Spezialreserve entnommen sind. [2]) Abschreibung anläßlich der Beteiligung an der Helios-Elektrizitäts-Aktiengesellschaft. [3]) Von der Abschreibung von 653 000 Mk. entfallen 200 000 Mk. auf die Affäre Gerhard Terlinden Aktiengesellschaft, 453 000 Mk. auf ein nicht näher bezeichnetes Beleihungsgeschäft gegen Verpfändung von Wertpapieren. Um bei Abschreibung dieser beiden Posten noch die Ausschüttung einer Dividende von 1½ % zu ermöglichen, mußten die bestehenden **Gewinn- und Kontokorrent-Reserven** mit 350 000 bezw. 100 000 Mk. in ganzer Höhe herangezogen werden (vgl. **Anm. 1**). [4]) Von ca. 720 000 Mk. entfallen ca. 500 000 Mk. auf die Beteiligungen an der Heliosgesellschaft und den ihr verwandten Unternehmungen. **Diese Werte standen ult. 1901 mit nur noch 270 000 Mk. zu Buch.**

Deutsche Vereinsbank in Frankfurt a. M.

Aktiva. In Millionen Mark. Aktiva.

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse[1]	Coupons und Sorten	Bankierguthaben	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	1,5	0,4	—	8,7	10,6	34,5	—	9,1	—	9,1	29,6	19,7	64,1	1,7	4,6	0,5	17,0	9,0	3,1	—	0,9	0,001	36,8	56,5
1895	1,0	0,4	—	7,0	8,4	32,3	—	5,0	—	5,0	19,2	13,4	51,5	1,9	4,8	0,5	18,9	9,0	2,5	—	0,9	0,001	38,5	51,9
1896	0,7	0,4	—	6,5	7,6	31,5	—	4,0	—	4,0	16,6	11,6	48,1	2,1	6,0	0,5	20,6	7,0	1,4	—	0,9	—	38,5	50,1
1897	0,7	0,6	—	7,5	8,8	31,1	—	4,7	—	4,7	16,6	13,5	47,7	2,2	6,0	0,5	21,8	8,5	1,1	—	0,8	—	40,9	54,4
1898	0,8	0,5	—	9,2	10,5	36,3	—	3,0	—	3,0	10,4	13,5	46,7	2,4	6,2	0,6	21,1	8,1	2,4	—	0,8	—	41,6	55,1
1899	1,2	0,4	—	9,9	11,5	36,6	—	2,0	—	2,0	6,4	13,5	43,0	2,1	4,4	0,6	23,8	9,5	3,0	—	0,8	—	44,2	57,7
1900	1,1	0,5	—	12,3	13,9	42,2	—	2,1	—	2,1	6,4	16,0	48,6	2,3	3,6	0,6	24,3	9,0	2,6	—	0,9	—	43,3	59,3
1901	1,4	0,5	—	13,6	15,5	48,9	—	2,7	—	2,7	8,5	18,2	57,4	2,1	3,3	0,6	19,9	10,7	2,5	—	0,9	—	40,0	58,2
1902	1,3	0,5	—	13,9	15,7	48,5	—	6,1	—	6,1	18,8	21,8	67,3	2,0	2,3	0,8	18,7	9,8	2,7	—	0,9	—	37,2	59,0

[1]) Einschließlich des Guthabens bei der Reichsbank.

Deutsche Vereinsbank in Frankfurt a. M.

Passiva. In Millionen Mark. **Passiva.**

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva	Gesamtumsätze
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe der Reserven	Accepte	Avale	Depositen	Kontokorrent-kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds 2c.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1894	24,0	1,3	0,5	25,8	15,6	3,1	1,7	8,8	—	1,4	0,1	0,003	30,7	56,5	2622
1895	24,0	1,4	0,5	25,9	16,6	2,5	1,5	3,7	—	1,5	0,2	0,003	26,0	51,9	3099
1896	24,0	1,5	0,5	26,0	15,5	1,4	5,6		—	1,4	0,2	0,005	24,1	50,1	2536
1897	24,0	1,6	0,5	26,1	17,3	1,1	8,2		—	1,5	0,2	0,004	28,3	54,4	2778
1898	24,0	1,7	0,5	26,2	16,4	2,3	8,5		—	1,5	0,2	0,001	28,9	55,1	2759
1899	24,0	1,8	0,5	26,3	17,9	3,0	8,8		—	1,5	0,2	0,003	31,4	57,7	—
1900	24,0	1,9	0,5	26,4	18,6	2,6	9,9		—	1,6	0,2	0,003	32,9	59,3	—
1901	24,0	2,0	0,5	26,5	16,4	2,5	11,0		—	1,6	0,2	0,003	31,7	58,2	—
1902	24,0	2,1	0,5	26,6	15,9	2,7	12,0		—	1,6	0,2	0,003	32,4	59,0	—

Deutsche Vereinsbank in Frankfurt a. M.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres: Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Insgesamt	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne: Unkosten, Steuern	Abschreibungen: auf Effekten	auf das Kontokorrent	auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Zusammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1894	494	597	226	200	532	18	2067	28	2095	471	—	1	—	81	—	140	1320	5½	62	20	2095
1895	516	628	231	220	610	15	2220	62	2282	470	—	3	—	91	—	189	1440	6	64	25	2282
1896	506	536	337	192	503	16	2090	64	2154	487	—	1	—	83	—	162	1320	5½	81	20	2154
1897	502	574	349	223	566	17	2231	80	2311	495	—	6	—	90	—	186	1440	6	74	20	2311
1898	481	611	417	203	524	19	2255	74	2329	498	—	—	—	92	—	191	1440	6	88	20	2329
1899	544	662	500	191	468	18	2383	88	2471	506	—	10	—	98	50	212	1440	6	130	25	2471
1900	571	568	614	151	417	19	2340	130	2470	518	—	—	—	98	—	203	1440	6	181	30	2470
1901	478	573	512	169	496	18	2246	181	2427	514	—	—	—	96	—	185	1440	6	167	25	2427
1902	397	601	444	225	608	17	2292	167	2459	521	—	9	—	97	—	191	1440	6	171	30	2459

Dresdner Bankverein in Dresden.

Filialen in Leipzig und Chemnitz.

Anfang 1900 Übernahme der Firma Hch. Wm. Bassenge & Co. in Dresden (Bankgeschäft).

Aktiva. In Millionen Mark. Aktiva.

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse	Coupons und Sorten	Bankierguthaben	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	0,3	0,1	—	2,5	2,9	44,6	0,4	1,4	—	1,8	27,7	4,7	72,3	0,2	—	—	—	7,9	—	—	0,5	—	8,6	13,3
1895	0,5	0,1	—	1,9	2,5	29,8	0,4	2,1	—	2,5	29,4	5,0	59,5	0,3	—	—	—	9,4	—	—	0,5	—	10,2	15,2
1896	0,4	0,2	—	3,2	3,8	42,2	—	3,1	—	3,1	34,4	6,9	76,6	0,4	—	—	—	10,2	—	—	0,5	—	11,1	18,0
1897	0,3	0,2	—	3,0	3,5	35,0	—	3,5	—	3,5	34,6	7,0	70,0	0,4	—	—	—	11,1	—	—	0,5	—	12,0	19,0
1898	0,6	0,2	—	5,1	5,9	59,6	—	—	—	—	—	5,9	59,6	0,6	—	—	—	15,4[1]	—	—	0,5	—	16,5	22,4
1899	0,7	0,1	—	6,7	7,5	56,0	—	—	—	—	—	7,5	56,0	0,9	—	—	—	18,1[1]	—	—	0,5	—	19,5	27,0
1900	0,7	0,1	—	15,4	16,2	73,3	—	—	—	—	—	16,2	73,3	1,7	—	—	—	24,1[1]	—	—	0,5	—	26,3	42,5
1901	0,9	0,1	—	10,3	11,3	90,4	—	—	—	—	—	11,3	90,4	1,5	—	—	—	19,4[1]	—	—	0,7	—	21,6	32,9
1902	0,7	0,1	—	10,8	11,6	89,2	—	—	—	—	—	11,6	89,2	1,5	—	—	16,4	3,1	0,2	—	0,6	—	21,8	33,4

[1]) Einschließlich Lombardkonto (Sp. 9), das für die Folge nicht mehr getrennt geführt wird.

Dresdner Bankverein in Dresden.

Passiva. In Millionen Mark. Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserve	Sonstige Reserven	Summe	Accepte	Avale	Depositen	Kontokorrent-kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds ꝛc.*)	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1894	6,0	0,6	0,2	6,8	1,9	—	1,5	2,6	—	0,4	0,04	0,06	6,5	13,3
1895	6,0	0,6	0,2	6,8	1,9	—	2,3	3,7	—	0,4	0,06	0,1	8,4	15,2
1896	8,0	0,8	0,2[1])	9,0	2,5	—	2,4	3,3	—	0,5	0,1	0,2	9,0	18,0
1897	8,0	0,8	0,2	9,0	1,9	—	3,2	4,0	—	0,6	0,1	0,2	10,0	19,0
1898	11,0	1,3	0,2	12,5	1,9	—	3,3	3,8	—	0,7	0,1	0,1	9,9	22,4
1899	12,0	1,3	0,3	13,6	2,9	—	5,1	4,2	—	1,0	0,1	0,1	13,4	27,0
1900	18,0	1,9	0,5	20,4	4,8	—	7,5	8,0	—	1,4	0,2	0,2	22,1	42,5
1901	18,0	1,9	0,5	20,4	2,5	—	2,9	5,9	—	1,0	0,1	0,1	12,5	32,9
1902	18,0	1,9	0,5	20,4	3,2	0,2	2,7	5,7	—	1,0	0,1	0,1	13,0	33,4

*) Der Beamtenpensionsfonds erscheint in der Bilanz nicht als besonderes Passivum.

[1]) 30 000 Mk. wurden der Reserve zur Deckung von Verlusten entnommen.

Dresdner Bankverein in Dresden.

Filialen in Leipzig und Chemnitz.

Anfang 1900 Übernahme der Firma Hch. Wm. Bassenge & Co. in Dresden (Bankgeschäft).

Aktiva. In Millionen Mark. **Aktiva.**

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse	Coupons und Sorten	Bankierguthaben	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	0,3	0,1	—	2,5	2,9	44,6	0,4	1,4	—	1,8	27,7	4,7	72,3	0,2	—	—	—	7,9	—	—	0,5	—	8,6	13,3
1895	0,5	0,1	—	1,9	2,5	29,8	0,4	2,1	—	2,5	29,4	5,0	59,5	0,3	—	—	—	9,4	—	—	0,5	—	10,2	15,2
1896	0,4	0,2	—	3,2	3,8	42,2	—	3,1	—	3,1	34,4	6,9	76,6	0,4	—	—	—	10,2	—	—	0,5	—	11,1	18,0
1897	0,3	0,2	—	3,0	3,5	35,0	—	3,5	—	3,5	34,6	7,0	70,0	0,4	—	—	—	11,1	—	—	0,5	—	12,0	19,0
1898	0,6	0,2	—	5,1	5,9	59,6	—	—	—	—	—	5,9	59,6	0,6	—	—	—	15,4[1]	—	—	0,5	—	16,5	22,4
1899	0,7	0,1	—	6,7	7,5	56,0	—	—	—	—	—	7,5	56,0	0,9	—	—	—	18,1[1]	—	—	0,5	—	19,5	27,0
1900	0,7	0,1	—	15,4	16,2	73,3	—	—	—	—	—	16,2	73,3	1,7	—	—	—	24,1[1]	—	—	0,5	—	26,3	42,5
1901	0,9	0,1	—	10,3	11,3	90,4	—	—	—	—	—	11,3	90,4	1,5	—	—	—	19,4[1]	—	—	0,7	—	21,6	32,9
1902	0,7	0,1	—	10,8	11,6	89,2	—	—	—	—	—	11,6	89,2	1,5	—	—	16,4	3,1	0,2	—	0,6	—	21,8	33,4

[1]) Einschließlich Lombardkonto (Sp. 9), das für die Folge nicht mehr getrennt geführt wird.

Dresdner Bankverein in Dresden.

Passiva. In Millionen Mark. Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserve	Sonstige Reserven	Summe	Accepte	Avale	Depositen	Kontokorrent-kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds 2c.*)	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1894	6,0	0,6	0,2	6,8	1,9	—	1,5	2,6	—	0,4	0,04	0,06	6,5	13,3
1895	6,0	0,6	0,2	6,8	1,9	—	2,3	3,7	—	0,4	0,06	0,1	8,4	15,2
1896	8,0	0,8	0,2[1]	9,0	2,5	—	2,4	3,3	—	0,5	0,1	0,2	9,0	18,0
1897	8,0	0,8	0,2	9,0	1,9	—	3,2	4,0	—	0,6	0,1	0,2	10,0	19,0
1898	11,0	1,3	0,2	12,5	1,9	—	3,3	3,8	—	0,7	0,1	0,1	9,9	22,4
1899	12,0	1,3	0,3	13,6	2,9	—	5,1	4,2	—	1,0	0,1	0,1	13,4	27,0
1900	18,0	1,9	0,5	20,4	4,8	—	7,5	8,0	—	1,4	0,2	0,2	22,1	42,5
1901	18,0	1,9	0,5	20,4	2,5	—	2,9	5,9	—	1,0	0,1	0,1	12,5	32,9
1902	18,0	1,9	0,5	20,4	3,2	0,2	2,7	5,7	—	1,0	0,1	0,1	13,0	33,4

*) Der Beamtenpensionsfonds erscheint in der Bilanz nicht als besonderes Passivum.

[1]) 30 000 Mk. wurden der Reserve zur Deckung von Verlusten entnommen.

Dresdner Bankverein in Dresden.

Gewinne und Verluste. — In Tausend Mark. — Gewinne und Verluste.

Jahr	Bruttogewinn des Jahres							Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne											Zusammen
	Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Insgesamt			Unkosten, Steuern	Abschreibungen: auf Effekten	Abschreibungen: auf das Kontokorrent	Abschreibungen: auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	zu den Reserven: Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	Dividende: in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1894	262	200	168	18	—	4	652	8	660	120	—	43 [1]	—	21	60	45	360	6	11	—	660
1895	298	227	143	39	—	5	712	11	723	133	—	60	—	25	—	62	420	7	13	10	723
1896	333	240	172	34	—	5	784	13	797	132	—	—	—	—	70	79	455	7	51	10	797
1897	392	248	222	26	—	7	895	51	946	139	—	92	—	—	—	79	560	7	66	10	946
1898	446	309	269	23	—	6	1053	66	1119	162	—	175 [2]	—	—	—	64	647	7	61	10	1119
1899	568	402	430	52	—	7	1459	61	1520	195	—	67	—	—	100	112	960	8	76	10	1520
1900	614	528	977	52	—	10	2181	76	2257	337	—	114	—	—	200	185	1320	8	81	20	2257
1901	516	451	933	—	—	11	1911	81	1992	320	73	434 [3]	—	—	—	92	990	$5\frac{1}{2}$	63	20	1992
1902	438	371	675	52	—	11	1547	63	1610	344	—	189	—	—	—	81	900	5	76	20	1610

[1]) Verlust durch Zahlungseinstellungen und Diskontierung gefälschter Wechsel. [2]) Verlust durch Zahlungseinstellungen und Diskontierung gefälschter Wechsel, hauptsächlich bei den Zweiganstalten in Chemnitz und Leipzig. [3]) Verlust, entstanden größtenteils durch Ausfall einer Hypothek bei der in Konkurs geratenen Armaturenfabrik und Alexander-Fahrradwerke vorm. A. Jacobi in Brandenburg.

Rheinische Kreditbank in Mannheim.

Filialen in Baden-Baden, Freiburg i. Br., Heidelberg, Kaiserslautern, Karlsruhe, Konstanz, Lahr i. B., Offenburg, Straßburg (Elsaß).

Aktiva. In Millionen Mark. **Aktiva.**

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven – I. Ordnung: Kasse	Coupons und Sorten	Bankierguthaben	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	0,7	0,9	1,4	11,8	14,8	42,8	—	5,1	—	5,1	14,7	19,9	57,5	2,1	0,7	—	11,2	14,9	2,7	0,3	0,5	—	32,4	52,3
1895	0,6	1,3	1,3	10,6	13,8	39,9	—	7,4	—	7,4	21,4	21,2	61,3	2,1	0,9	—	9,5	14,1	3,7	0,3	0,4	—	31,0	52,2
1896	0,6	0,5	1,8	9,3	12,2	35,7	1,0	6,4	—	7,4	21,6	19,6	57,3	3,1	1,2	—	10,9	16,0	4,0	0,4	0,4	—	36,0	55,6
1897	0,8	0,6	1,7	12,0	15,1	33,3	1,0	6,7	—	7,7	16,9	22,9	50,2	2,8	3,2	0,1[1])	12,6	21,4	5,2	0,4	1,0	—	46,7	69,5
1898	0,7	0,6	1,7	14,5	17,5	26,0	1,5	8,5	—	10,0	14,9	27,5	40,9	5,0	3,6	2,2[2])	22,5	30,8	10,7	0,6	1,0	—	76,4	103,9
1899	0,8	0,6	1,3	18,9	21,6	26,4	3,8	12,8	—	16,6	20,3	38,2	46,7	5,6	6,6	2,2	28,3	35,3	13,4	0,6	1,2	—	93,2	131,4
1900	0,8	0,9	1,7	25,3	28,7	29,4	—	13,3	—	13,3	13,6	42,0	43,0	4,1[3])	3,5	2,2	34,7	44,2[4])	14,2	0,6	1,6	—	105,1	147,1
1901	1,0	0,8	1,6	25,6	29,0	27,3	—	13,2	—	13,2	12,4	42,2	39,7	7,9	4,0	7,2[5])	39,0	44,3	14,9	0,7	2,1	—	120,1	162,3
1902	1,3	0,8	1,9	33,0	37,0	33,1	—	14,2	—	14,2	12,7	51,2	45,8	9,4	2,8	7,2[5])	36,6	43,0	14,9	0,7	2,2	—	116,8	168,0

[1] Kommanditarische Beteiligung bei Julius Kohn & Co., Pforzheim. [2]) Hinzutritt der Beteiligung bei G. F. Grohé-Henrich & Co. in Saarbrücken mit 2 000 000 Mk. [3]) Nach Absetzung einer Abschreibung von 130 000 Mk. auf Effekten- und Konsortialkonto. [4]) Nach Absetzung einer Abschreibung von 100 000 Mk. [5]) Darunter 5 000 000 Mk. Mannheimer Bank-Dotationskonto.

Passiva. **Rheinische Kreditbank in Mannheim.** Passiva.

In Millionen Mark.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva	Gesamtumsätze
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe der Reserven	Accepte	Avale	Depositen	Kontokorrent-kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds 2c.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1894	15,0	2,0	0,6	17,6	13,4	2,7	—	17,1	0,3	1,0	0,2	0,01	34,7	52,3	2338
1895	15,0	2,0	0,6	17,6	12,5	3,7	—	16,8	0,3	1,1	0,2	0,01	34,6	52,2	2541
1896	18,0	2,7[1])	0,6	21,3	13,4	4,0	—	15,0	0,4	1,3	0,2	0,01	34,3	55,6	2585
1897	20,1	3,1[1])	0,7	23,9	17,2	5,2	—	21,0	0,4	1,5	0,3	0,08[5])	45,6	69,5	3004
1898	30,0	6,0[2])	0,6[3])	36,6	25,2	10,6	—	28,2	0,6[4])	2,3	0,4	0,03	67,3	103,9	3792
1899	40,0	8,9[1])	0,6	49,5	30,6	13,4	—	33,6	0,6	3,2	0,5	0,01	81,9	131,4	4761
1900	40,0	8,9	0,6	49,5	37,2	14,2	—	41,4	0,6	3,7	0,5	0,03	97,6	147,1	5508
1901	46,0	9,4[1])	0,6	56,0	35,2	14,9	—	50,9	0,7	4,1	0,5	0,03	106,3	162,3	6340
1902	46,0	9,4	0,6	56,0	35,3	14,9	—	57,1	0,8	3,4	0,4	0,05	112,0	168,0	6062

[1]) Zuwachs durch Agiogewinn bei der Emission neuer eigener Aktien. [2]) Desgl. einschließlich 500 000 Mk. Reservefonds der Kaiserslauterer Bank, vorm. Böcking, Karcher & Co., bei der Übernahme dieser Firma auch einschließlich eines Betrags von 108 585 Mk., welcher dem aufgelösten außerordentlichen Reservefonds entnommen wurde. Der Rest desselben, im Betrage von 41 846 Mk., ist dem Delkrederekonto zugeschlagen. [3]) Siehe Anm. 2. Der Delkrederefonds der früheren Kaiserslauterer Bank im Betrage von 50 000 Mk. ist mit dem Delkrederefonds der Rheinischen Kreditbank vereinigt. [4]) 102 170 Mk. Zugang durch Übernahme des Pensionsfonds der früheren Kaiserslauterer Bank. [5]) Darunter eine einmalige Abfindung von 50 000 Mk. an Franz Funck, vorm. Gebr. Wolff, in Baden-Baden, bei der Übernahme dieser Firma.

Rheinische Kreditbank in Mannheim.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. Gewinne und Verluste.

Jahr	Bruttogewinn des Jahres							Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne												Zusammen
	Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Insgesamt			Unkosten, Steuern	Abschreibungen: auf Effekten	Abschreibungen: auf das Kontokorrent	Abschreibungen: auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	zu den Reserven: Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	Dividende: in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Diverse Abschreibungen und sonstige Rücklagen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1894	608	492	314	261	39	33	1747	125	1872	565	—	22	—	—	—	149	900	6	148	20	68	1872
1895	555	494	342	257	79	33	1760	148	1908	558	—	25	—	—	—	156	900	6	203	20	46	1908
1896	779	498	334	234	82	25	1952	203	2155	603	—	32	—	4	—	183	990	6	263	20	60	2155
1897	806	550	416	380	141	32	2325	263	2588	700	—	36	—	5	25	246	1170	6½	317	20	69	2588
1898	1215	755	566	523	272	39	3370	317	3687	832	—	46	—	—	8	360	1754	7	577	20	90	3687
1899	1841	946	780	497	487	49	4600	577	5177	1078	200	2	—	—	—	507	2437	7½	763	20	170	5177
1900	2120	1118	1126	214	242	51	4871	762	5633	1190	130	100	—	—	—	477	3000	7½	701	20	15	5633
1901	2316 [1]	1244	1101	429	203	45	5338	701	6039	1448	—	—	—	—	—	490	3220	7	846	20	15	6039
1902	2193 [1]	1231	774	331	191	46	4766	846	5612	1561	—	215	15 [2]	—	—	436	2990	6½	360	20	15	5612

[1]) Einschließlich des Erträgnisses der Mannheimer Bank, die seit 1901 mit der Rheinischen Bank verschmolzen ist. [2]) Verlust auf das Konsortialkonto.

Creditanstalt für Industrie und Handel in Dresden.

Aktiva. In Millionen Mark. Aktiva.

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse	Coupons und Sorten	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
1894	0,023	—	—	0,023	4,7	—	—	—	—	—	0,023	4,7	0,478	3,778 [1]	—	—	2,144	—	—	—	0,012	6,412	6,435
1885 [2]	1,286	—	1,184	2,470	38,9	1,124	—	—	1,124	17,7	3,594	56,6	2,008	0,976	—	6,028	6,098	—	—	0,606 [3]	0,184	15,900	19,494
1896	0,795	—	1,831	2,626	35,4	0,457	—	—	0,457	6,2	3,083	41,6	3,136	2,872	—	7,170	3,143	—	—	0,978	0,184	17,483	20,566
1897	1,282	—	1,715	2,997	30,0	—	—	—	—	—	2,997	30,0	3,933	3,314	—	10,267	3,844	—	—	1,000	3,922	26,280	29,277
1898	1,550	—	3,475	5,025	27,6	—	—	—	—	—	5,025	27,6	4,828	5,545	—	17,220	3,466	—	—	1,236	0,172	32,467	37,492
1899	1 267	—	4,941	6,208	36,8	—	—	—	—	—	6,208	36,8	4,794	5,834	—	19,040	4,421	-	—	1,244	0,241	35,574	41,782
1900	1,693	—	7,057	8,750	42,4	—	—	—	—	—	8,750	42,4	5,911	5,513	—	19,689	3,053	-	—	1,436	0,240	35,842	44,592

[1]) Bergwerkskonto. [2]) Entwicklung einer bankgeschäftlichen Tätigkeit seit Erwerb der Firma George Meusel & Co., mit der bisher eine kommanditarische Beteiligung bestand, sowie der Firma Horn & Dinger. [3]) Darunter Bergwerkskonto 72 969,08 Mk.

Creditanstalt für Industrie und Handel in Dresden.

Passiva. In Millionen Mark. Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe	Accepte	Avale	Depositen	Kontokorrent-kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds ꝛc.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1894	5,000	0,500	0,450[1])	5,950	—	—	—	—	—	0,402	0,074	0,009	0,485	6,435
1895	10,000	1,000[2])	2,150[3])	13,150	0,449	—	—	4,743	0,030	0,986	0,129	0,005	6,342	19,492
1896	10,000	1,000	2,150	13,150	0,487	—	—	5,792	0,052	0,943	0,135	0,007	7,414	20,566
1897	15,000	2,100[4])	2,180	19,280	1,455	—		7,302	0,074	0,982	0,175	0,009	9,997	29,277
1898	15,000	2,100	2,180	19,280	8,625	—		7,821	0,100	1,415	0,240	0,010	18,211	37,491
1899	20,000	2,750[5])	2,150	24,900	7,283	—		7,600	0,125	1,616	0,250	0,008	16,882	41,782
1900	20,000	2,750	1,200*)	23,950	10,228	0,549		7,947	0,140	1,523	0,247	0,008	20,642	44,592

[1]) Reserve nach § 39 der Statuten, Betriebsreserve, Delkredere, Grundentschädigungskonto. [2]) 450000 Mk. Zuwachs aus dem bei der Begebung von 5000000 Mk. neuer Aktien erzielten Agio. [3]) Dividendenreservefonds, aus den unter 1) genannten Rückstellungen und einer Rücklage von 1700000 Mk. aus dem im Jahre 1895 erzielten Überschuß gebildet. [4]) 1100000 Mk. Zuwachs aus dem bei der Begebung von 5000000 Mk. neuer Aktien erzielten Agio. [5]) 650000 Mk. Zuwachs aus dem bei der Begebung von 5000000 Mk. neuer Aktien erzielten Agio.

*) 950314,91 Mk. wurden dem Dividendenreservekonto als Deckung für die Absetzung der gleichen Summe auf Konsortialkonto entnommen.

Creditanstalt für Industrie und Handel in Dresden *).

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres							Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne											Zusammen
	Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Insgesamt			Unkosten, Steuern [1])	Abschreibungen auf Effekten	Abschreibungen auf das Kontokorrent	Abschreibungen auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	zu den Reserven: Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	Dividende: in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1894	142 [2])	—	—	23	—	386 [3])	551	6	557	55	1	—	—	25	—	74	400	8	2	—	557
1895	351	183	82	379		2074 [4])	3069	2	3071	87	—	—	—	50	1700	129	937	12½	48	20	3071
1896	627	218	104	415		1	1365	48	1413	315	—	—	—	—	—	135	900	9	43	20	1413
1897	662	245	107	487		1	1502	43	1545	338	—	—	—	—	30	175	900	9	82	20	1545
1898	914	332	151	543		1	1941	82	2023	342	—	—	—	—	—	240	1350	9	65	26	2023
1899	1071	400	214	478		1	2164	64	2228	337	—	—	—	—	—	250	1575	9	41	25	2228
1900	1180	405	278	231		952 [5])	3046	41	3087	352	—	—	950	—	—	247	1523	7½	—	15	3087

*) In Liquidation. Die Auflösung in der Generalversammlung vom 12. Juli 1901 beschlossen.

[1]) Einschließlich der Abschreibungen auf das Grundstück. [2]) Einschließlich Zinsen aus kommanditarischen Beteiligungen.

[3]) Davon 384814,73 Mk. Gewinn aus Bergwerkskonto. [4]) Davon 2072544,30 Mk. Gewinn aus Bergwerkskonto (Verkauf).

[5]) 950314,91 Mk. der Dividendenreserve entnommen.

Rheinische Bank in Mülheim a. d. Ruhr.

25. Oktober 1897: Zweiganstalt in Duisburg errichtet. März 1898: Zweiganstalt in Neuß errichtet (1900 aufgelöst).

Aktiva. In Millionen Mark. **Aktiva.**

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse[1]	Coupons und Sorten	Bankierguthaben	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Verlustsaldo	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1897	1,1	—	—	3,6	4,7	39,5	0,8	—	—	0,8	6,7	5,5	46,2	1,5	0,6	—	8,7		0,8	—	0,1	—	11,7	17,2
1898	0,5	—	—	5,6	6,1	42,4	—	—	—	—	—	6,1	42,4	2,1	1,1	—	14,9		1,2	—	0,2	—	19,5	25,6
1899	1,4[1]	—	—	7,4	8,8	38,8	—	—	—	—	—	8,8	38,8	3,1	1,4	—	18,9		1,7	—	0,3	—	25,4	34,2
1900	0,8	—	—	3,7	4,5	34,3	—	—	—	—	—	4,5	34,3	2,7	1,5	—	12,9		1,8	—	1,1	—	20,0	24,5
1901	0,1	—	—	0,2	0,3	7,9	—	1,4	—	1,4	36,9	1,7	44,8	1,0	0,2		5,8		0,1	—	1,0	4,5[2]	12,6	14,3
1902	0,04	—	—	0,07	0,1	6,3	—	1,1	—	1,1	68,7	1,2	75,0	1,4	0,2		2,4		0,005	—	1,4	6,0[2]	11,4	12,6

[1]) Von 1899 ab einschließlich Guthaben bei der Reichsbank, die 1897 und 1898 in der Bilanz nicht besonders genannt sind.
[2]) Die Bilanz für 1901 schließt mit einem Verlust von 4 559 928,12 Mk. ab. Die Bilanz für 1902 schließt mit einem Verlust von 5 998 282,80 Mk. ab.

Rheinische Bank in Mülheim a. d. Ruhr.

Passiva. In Millionen Mark. Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe	Accepte	Avale	Depositen	Kontokorrent-kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds ꝛc.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1897	5,0	0,036	0,2	5,236	2,7	0,8	1,9	6,0	0,01	0,5	0,014	—	11,9	17,2
1898	10,0	1,0 [1]	0,2	11,2	6,2	1,2	2,6	3,4	0,02	0,9	0,080	—	14,4	25,6
1899	10,0	1,0	0,5	11,5	6,6	1,7	6,1 [6]	7,2	0,02	1,0	0,121	—	22,7	34,2
1900	10,0	1,0	0,4 [3]	11,4	3,0	1,8	5,3 [6]	2,5	0,003 [8]	0,4	0,058	—	13,1	24,5
1901	10,0	— [2]	0,5 [4]	10,5	0,9	0,1	0,1 [6]	2,7 [7]	0,004 [8]	—	—	0,1 [9]	3,8	14,3
1902	10,0	—	1,0 [5]	11,0	0,4	0,005	0,022 [6]	0,9 [7]	0,012 [8]	—	—	0,3 [9]	1,6	12,6

[1] 565 786,12 Mk. bei der Erhöhung des Aktienkapitals erzielter Agiogewinn; 398 109,48 Mk. Zuwendung bei der Gewinnverteilung für 1898. Der Reservefonds I hat somit die Höhe von 1 000 000 Mk. = 10% des Aktienkapitals erreicht. [2] Der Reservefonds I mit 1 000 000 Mk. ist zur teilweisen Deckung des Verlustes voll herangezogen worden. [3] Der vorjährige Reservefonds II in Höhe von 500 000 Mk. ist zur Deckung des bei der Liquidation der Filiale Neuß sich ergebenden Verlustes verwendet worden. Aus dem diesjährigen Gewinn sind 400 000 Mk. zurückgestellt worden. [4] Die vorjährige besondere Rückstellung von 400 000 Mk. wurde zu Abschreibungen verwendet. Dagegen sind 500 000 Mk. für unvorhergesehene Verluste zurückgestellt worden. [5] Rückstellung von 1 000 000 Mk. für bestrittene Ansprüche und unvorhergesehene Verluste, die vorjährigen 500 000 Mk. sind zur teilweisen Deckung des Verlustes an Debitoren verwendet worden. [6] 1899: darunter 4 200 000 Mk. auf längere Kündigung; 1900: darunter 4 300 000 Mk. auf längere Kündigung; 1901: darunter 83 000 Mk. auf längere Kündigung; 1902: darunter 20 000 Mk. auf längere Kündigung. [7] 1901: einschließlich 2 520 000 Mk. Darlehen des Konsortiums (Hilfsaktion); 1902: einschließlich 884 000 Mk. Restdarlehen von einem Aufsichtsratsmitgliede, zur Ablösung des vorgenannten Darlehens erteilt. [8] 1900: außerdem 30 000 Mk. Wertpapiere; 1901: außerdem 25 000 Mk. Wertpapiere; 1902: außerdem 17 000 Mk. Wertpapiere. [9] 1901: darunter 115 912,50 Mk. Hypothekenkonto; 1902: darunter 304 188,41 Mk. Hypothekenkonto.

Rheinische Bank in Mülheim a. d. Ruhr.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres: Zinsen einschl. Wechsel	Bruttogewinn des Jahres: Provisionen	Bruttogewinn des Jahres: Effekten	Bruttogewinn des Jahres: Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Bruttogewinn des Jahres: Diverse	Bruttogewinn des Jahres: Verluste	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne: Unkosten, Steuern	Abschreibungen: auf Effekten	Abschreibungen: auf das Kontokorrent	Abschreibungen: auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	Reserven zu den: Gesetzliche Reserve	Reserven zu den: Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	Dividende: in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Abschreibung auf Immobilien	Zusammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1897	356	228	120	123	—	—	—	827	82	—	—	—	36	200	13	400	8	64 [1])	10	22	827
1898	838	469	237	86	—	—	63	1693	227	—	89	—	398	—	80	800	8	72	10	17	1693
1899	874	668	237	110	—	—	37	1926	301	—	187	—	—	300	121	900	9	64	10	43	1926
1900	857	674	—	—	—	—	64	1595	360	73 [2])	142 [2])	110 [2])	—	400	58	400	4	27	—	25	1595
1901	448	252	—	—	1000 [3])	4560	27	6287	330	829	4168	115	—	500	—	—	—	—	—	345	6287
1902	65	23	—	—	—	1439	—	1527	125	—	402 [4])	—	—	1000	—	—	—	—	—	—	1527

[1]) Darunter 34 346,80 Mk. statutengemäßer Gewinnanteil für den Aufsichtsrat zur Verfügung der nächsten Generalversammlung. [2]) Die Verluste des Jahres 1900 setzen sich zusammen aus:

531 575,46 Mk. bei der Liquidation der Filiale Neuß
72 786,78 Mk. an Wertpapieren
110 255,75 Mk. an Konsortial-Beteiligungen
110 360,28 Mk. an Debitoren
} insgesamt: 824 978,27 Mk.

Zur Deckung des Verlustes bei der Filiale Neuß ist der bisherige Reservefonds II in Höhe von 500 000 Mk. voll herangezogen worden; die Differenz von 324 978,27 Mk. ist aus den Gewinnen gedeckt. [3]) Der Reservefonds I mit 1 000 000 Mk. ist zur Deckung des Verlustes herangezogen. Die Ende 1900 zurückgestellten 400 000 Mk. sind im Laufe des Jahres schon zur Deckung von Verlusten verwendet worden. [4]) Der Verlust auf Debitoren beträgt 901 607,18 Mk.; zur teilweisen Deckung sind die im Vorjahre zurückgestellten 500 000 Mk. herangezogen worden.

Leipziger Bank in Leipzig*).

An Zweiganstalten bestanden: die Filiale in Dresden; seit 2. Januar 1896: Filiale in Chemnitz; seit 1898: Filiale in Plauen i. V. unter Übernahme der Bankfirma Schmidt-Brückner; Wechselstuben und Depositenkassen in Markneukirchen i. S. und Aue i. Erzgeb. unter Übernahme der Geschäfte der Firma C. H. Heberlein.

Aktiva. In Millionen Mark. **Aktiva.**

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven													Die weiteren Aktiven										Gesamte Aktiva
	I. Ordnung						II. Ordnung					Zunächst greifbare Aktiven insgesamt												
	Kasse [1])	Coupons und Sorten	Bankierguthaben	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 15 der Passiven)	Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 15 der Passiven)	Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 15 der Passiven)	Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	Debitoren: ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	3,0	—	—	14,1	17,1	64,8	—	2,5	—	2,5	9,5	19,6	74,3	4,9	—	—	—	29,3 [2])	—	—	0,4	—	34,6	54,2
1895	2,0	—	—	13,6	15,6	54,9	—	2,8	—	2,8	9,9	18,4	64,8	6,7	3,2	—	—	27,7	—	—	0,4	—	38,0	56,4
1896	3,4	—	—	18,5	21,9	53,3	—	3,6	—	3,6	8,7	25,5	62,0	5,6	6,5	—	—	42,1	—	—	0,4	—	54,6	80,1
1897	3,1	—	—	20,4	23,5	41,9	—	3,7	—	3,7	6,6	27,2	48,5	7,5	5,4	—	—	55,1	—	—	0,3	—	68,3	95,5
1898	2,7	0,6	—	32,5	35,8	39,4	—	4,0	—	4,0	4,4	39,8	43,8	15,0	12,6	—	76,1	10,6	—	—	0,8	—	115,1	154,9
1899	2,3	0,6	—	41,4	44,3	45,9	—	4,8	—	4,8	5,0	49,1	50,9	10,2	6,8	—	82,0	11,4	—	—	1,4	—	111,8	160,9
1900	2,5	0,7	—	37,8	41,0	42,4	—	5,8	—	5,8	6,0	46,8	48,4	10,2	6,9	—	83,0	12,5	—	—	2,2	—	114,8	161,6

*) Seit 1895 Interessengemeinschaft mit der Leipziger Hypothekenbank, für welche die Leipziger Bank den gesamten Vertrieb der Hypothekenbank- und Anleihescheine besorgt; seit 1898 kommanditarische Beteiligung bei der Bankfirma Otto Wagner & Co. in Pößneck; seit 1898 Beteiligung an der Löbauer Bank durch Besitz von 1000000 Mk. ihrer Aktien; 1900: Übernahme von 600000 Mk. neu geschaffener 4%iger Vorzugsaktien der Leipziger Wollkämmerei behufs Beteiligung an der Sanierung dieses in Schwierigkeiten geratenen Instituts. Zu gleichem Zwecke Hingabe von 150000 Mk. à fonds perdu. Die Bank befindet sich seit 26. Juni 1901 in Konkurs.

[1]) Einschließlich der Bankierguthaben (Spalte 4), der Guthaben auf Girokonto bei der Reichsbank und bei der Filiale der Sächsischen Bank. [2]) Einschließlich der Konsortialkonto-Debitores.

Leipziger Bank, Leipzig.

Passiva. In Millionen Mark. **Passiva.**

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten										Gesamte Passiva	Gesamtumsätze
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe	Accepte	Avale	Depositen	Kontokorrent-kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds 2c.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Rückzinsen von Wechseln und Pfandgeschäften	Summe der Verbindlichkeiten		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
1894	24,0	3,3	0,5	27,8	9,0	—	10,6[2])	4,9[3])	0,3	1,5	0,1	0,003	0,04	26,4	54,2	1259
1895	24,0	3,3	0,7	28,0	9,4	—	9,8	6,7	0,4[1])	1,9	0,2	0,005	0,04	28,4	56,4	1263
1896	32,0	6,1	0,9	39,0	14,9	—	10,1	12,5	0,5[1])	2,8	0,3	0,004	0,06	41,1	80,1	1935
1897	32,0	6,1	1,3	39,4	14,8	—	13,4	23,3	0,6[1])	3,5	0,4	0,006	0,1	56,1	95,5	2213
1898	48,0	14,1	1,9	64,0	19,4	—	16,7	49,1	0,7[1])	4,3	0,5	0,005	0,2	90,9	154,9	2773
1899	48,0	14,1	2,4	64,5	20,9	—	22,3	46,4	0,8[1])	5,1	0,6	0,008	0,3	96,4	160,9	3169
1900	48,0	14,1	2,8	64,9	26,8	—	24,5	39,2	1,0[1])	4,6	0,4	0,008	0,2	96,7	161,6	3209

[1]) Einschließlich Gratifikationen an die Beamten. [2]) Darunter 4500000 Mk. auf längere Termine. [3]) Einschließlich Konsortialkonto-Kreditores.

Leipziger Bank, Leipzig.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres							Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne												Zusammen
	Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Insgesamt			Unkosten, Steuern	Abschreibungen			zu den Reserven		Tantieme	Dividende		Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgungsfonds und Gratifikationen der Beamten	Diverse Abschreibungen*)	
											auf Effekten	auf das Kontokorrent	auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	Gesetzliche Reserve	Spezialreserve		Betrag	in % des Aktienkapitals				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1894	800	598	359	355	—	—	2112	26	2138	364	—	68	—	—	100	79	1440	6	47	25	15	2138
1895	781	726	479	769	—	—	2755	49	2804	400	—	25	—	—	200[2])	188	1800	7½	91	75[1])	25	2804
1896	1013	1021	503	1340	—	—	3877	91	3968	498	—	—	—	—	200[3])	302	2520	9	323	100[1])	25	3968
1897	1361	1088	634	1610	—	—	4693	323	5016	528	—	—	—	—	400[4])	385	3200	10	318	150[1])	35	5016
1898	2218	1373	727	1679	—	—	5997	318	6315	670	—	—	—	—	600[5])	500	4000	10	325	200	20	6315
1899	2674	1568	879	1751	—	—	6872	324	7196	781	—	—	—	—	500[6])	563	4800	10	352	200	—	7196
1900	2366	1585	1061	1103	—	—	6115	352	6467	843	—	—	—	—	400[7])	416	4320	9	288	200	—	6467

*) Abschreibungen, hauptsächlich auf das Bankgebäude.
[1]) Einschließlich Gratifikationen an die Beamten. [2]) Davon 100000 Mk. Baureserve. [3]) Davon 100000 Mk. Baureserve. [4]) Davon 300000 Mk. Baureserve. [5]) Davon 300000 Mk. Baureserve und 100000 Mk. Mobiliaranschaffungsreserve. [6]) Darunter 400000 Mk. Baureserve und 100000 Mk. Mobiliarreserve. [7]) 400000 Mk. Baureserve.

Breslauer Diskontobank, Breslau.

An Zweiganstalten bestehen: Kommandite Gleiwitz (seit 1888); seit 15. April 1896 in Berlin (mit Übernahme des Bankgeschäfts H. C. Plaut); seit 1. April 1896 in Ratibor; am 1. Januar 1897 Übernahme des Bankhauses Friedländer, Freymark & Co. in Berlin; am 1. März 1897 in Berlin noch eine Wechselstube errichtet (Übernahme der Firma Eduard Calé); seit 1898 Zahl der Wechselstuben in Berlin auf 5 erhöht; 1901 Auflösung der Warenabteilung und einer der Berliner Wechselstuben; seit 1902 Kommandite in Kattowitz unter Übernahme der Firma Landsberger & Co.

Aktiva. In Millionen Mark. **Aktiva.**

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven												Die weiteren Aktiven										Gesamte Aktiva
	I. Ordnung					II. Ordnung					Zunächst greifbare Aktiven insgesamt					Debitoren							
	Kasse	Coupons und Sorten	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	gedeckte	ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
1894	0,5 [1])	*)	4,4	4,9	40,2	*)	0,1	—	0,1	0,8	5,0	41,0	2,7 [7])		0,7	7,8		7,3 [2])	—	0,4	0,3 [3])	19,2	24,2
1895	0,5 [1])	*)	6,3	6,8	39,1	*)	0,2	—	0,2	1,1	7,0	40,2	5,3 [7])		1,1 [8])	11,3		8,9 [2])	—	0,4	0,3 [3])	27,3	34,3
1896	1,8	0,3	9,4	11,5	25,2	8,9	—	—	8,9	19,5	20,4	44,7	5,1	2,5	0,5 [9])	21,5	20,3	—	—	0,4	0,2 [3])	50,5	70,9
1897	4,8	0,7	23,0	28,5	37,4	27,1	—	—	27,1	35,6	55,6	73,0	5,3	3,4	0,6	22,6	17,7	3,7	—	0,4	0,04	53,7	109,3
1898	7,1	0,6	25,9	33,6	34,8	34,0	—	—	34,0	35,2	67,6	70,0	8,4	6,0	0,6	38,9	14,4	5,0	—	0,4	0,04	73,7	141,3
1899	5,4	0,7	26,6	32,7	31,3	36,3	—	—	36,3	34,7	69,0	66,0	9,6	11,0	0,6	54,8	10,5	5,1	—	0,3	—	91,9	160,9
1900	5,8	0,6	32,1	38,5	38,4	35,3 [13])		—	35,3	35,2	73,8	73,6	11,8 [4])	11,9 [4]) [10])	2,8 [11])	30,6 [4])	21,4 [4]) [5])	5,5	—	0,3	—	84,3	158,1
1901	2,1	0,4	15,5	18,0	42,2	3,3	10,2 [14])	—	13,5	31,6	31,5	73,8	14,0 [4])	8,8 [4])	2,8 [12])	22,2 [4])	15,9 [4]) [6])	4,9	—	0,6	—	69,2	100,7
1902	1,2	0,2	10,8	12,2	37,0	0,4	4,7 [14])	—	5,1	15,5	17,3	52,5	4,7	2,7	2,6	13,3	13,2	4,8	—	0,3	0,1	41,7	59,0

1897 Kommanditarische Beteiligung bei Oppenheim & Schweitzer in Breslau; 1899 Beteiligung an folgenden Terraingesellschaften: Borsigwalder Terrain-Aktiengesellschaft, Zehlendorf-Grunewald-Aktiengesellschaft, und am Erwerb des Floraterrains in Charlottenburg; 1900 Interessengemeinschaft mit den Firmen: H. M. Fliesbachs Wwe. in Glogau und Grünberg und mit Landsberger & Co. in Kattowitz hergestellt. Die Kommanditeinlage bei H. M. Fliesbachs Wwe. in Glogau beläuft sich seit 1902/03 auf 1 800 000 Mk.

*) Für 1894 und 1895 in Spalte 15 enthalten.
[1]) Kasse und Bankierguthaben. [2]) Accepte und Avale. [3]) Zum Teil Hypotheken. [4]) Die auf Gewinn- und Verlustkonto zurückgestellten Abschreibungen sind in diesen Salden noch nicht berücksichtigt, erscheinen vielmehr unter den Passivis als in Reserve gestellt. [5]) Einschließlich des Saldo der Wechselstuben und der Warenabteilung mit 7 392 000 Mk. [6]) Davon: Saldo der Wechselstuben 1 701 517,16 Mk. [7]) Umfassend: Effekten, Sorten, Reports und Konsortien. [8]) Die Beteiligung an der Trachenberger Zuckersiederei ist auf das Effektenkonto übertragen, desgleichen [9]) diejenige an den Schlesischen Cellulose- und Papierfabriken in Cunnersdorf. [10]) Darunter 2 500 000 Mk. Beteiligungen an 9 Terrains bei Berlin. [11]) Beteiligungen bei der Ostbank für Handel und Gewerbe in Posen, Sächsischen Handelsbank in Dresden, Bankkommandite Gebrüder Klopfer, München und Augsburg, Firma Oppenheim & Schweitzer, Breslau. [12]) Darunter 2 700 000 Mk. Terrainbeteiligungen. [13]) In Prolongation genommene Effekten und Vorschüsse auf börsengängige Wertpapiere. [14]) Vorschüsse auf börsengängige Wertpapiere im Kontokorrent- und Lombardverkehr.

Breslauer Diskontobank, Breslau.

Passiva. In Millionen Mark. Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva	Gesamtumsätze
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe	Accepte	Avale	Depositen	Konto-Korrent-Kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds 2c.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1894	10,5	0,9	0,6	12,0	4,6	2,7	0,8	3,2	0,1	0,7	0,1	0,002	12,2	24,2	1 345
1895	15,0	1,3	0,6	16,9	5,6	3,3	2,3	5,0	0,1	1,0	0,1	0,002	17,4	34,3	1 791
1896	22,5	2,4	0,3	25,2	10,1	4,0	11,9[1])	17,8	0,1	1,5	0,3	0,002	45,7	70,9	3 932
1897	30,0	3,0	0,15	33,15	14,5	3,7	26,6[1])	28,9	0,1	1,9	0,5	0,005	76,2	109,3	11 090
1898	40,0	4,0	0,7[6])	44,7	13,9	4,9	45,0[1])	28,9	0,1	2,8	1,0	0,007	96,6	141,3	15 464
1899	50,0	5,1	1,3[7])	56,4	19,2	5,1	75,5		0,2	3,6	0,9	0,009	104,5	160,9	19 796
1900	50,0	5,1	2,8[2])	57,9	21,5	5,5	70,7		0,3	2,1	0,1	0,01	100,2	158,1	16 982
1901	50,0	1,0[3])	7,0[4])*)	58,0	14,0	4,9	23,0		0,3	—	0,1	0,4[5])	42,7	100,7	7 686
1902	25,0[8])	1,0	—	26,0	5,6	4,8	21,2		0,3	1,0	0,1	0,002	33,0	59,0	2 466

[1]) Depositen und Gelder auf bestimmte Termine. [2]) Davon 1 000 000 Mk. Rückstellungen für Abschreibungen auf Effekten- und Konsortialkonto, 500 000 Mk. auf Kontokorrent-Debitoren. [3]) 4 115 000 Mk. der vorjährigen gesetzlichen Reserven sind dem Gewinn- und Verlustkonto überwiesen.

[4]) Davon 4 000 000 Mk. zur Abschreibung auf Effekten- und Konsortialkonto }
„ 3 000 000 „ „ „ „ Kontokorrent- und Wechselkonto } zurückgestellt. 1 900 000 Mk. des vorjährigen Reservebestandes sind an Gewinn- und Verlustkonto überwiesen. 1 500 000 Mk. des vorjährigen Reservebestandes sind zu Abschreibungen verwendet (vgl. Bemerkung 2).

*) Nach erfolgter Verwendung dieser Rückstellungen zu Abschreibungen besteht als Reserve nur noch ein Teil der gesetzlichen Reserve in Höhe von 985 000 Mk.

[5]) Davon 352 382,68 Mk. transitorischer Posten. [6]) Darunter 200 000 Mk. Baureserve. [7]) Darunter 400 000 Mk. Baureserve. [8]) Von dem am 31. Dezember 1901 vorhanden gewesenen Aktienkapital von 50 000 000 Mk. sind 5 000 000 Mk. laut Generalversammlungsbeschluß vom 25. September 1901 zum Rückkauf à 74 % (Zahlung je zur Hälfte am 15. Dezember 1902 und 15. Dezember 1903) abgestempelt worden. Das somit auf 45 000 000 Mk. verringerte Aktienkapital ist laut Generalversammlungsbeschluß vom 14. April 1902 durch Einziehung von weiteren 20 000 000 Mk. Aktien à 91 % (Zahlung Ende Mai 1903) auf 25 000 000 Mk. herabgesetzt worden. Diese Transaktion erfolgte im Zusammenhang mit der Übernahme der Berliner Filiale der Bank durch die Bank für Handel und Industrie.

Breslauer Diskontobank, Breslau.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres							Gewinnvortrag aus dem Vorjahre	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne											Verluste	Zusammen
	Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Insgesamt			Unkosten, Steuern **)	Abschreibungen: auf Effekten	Abschreibungen: auf das Kontokorrent	Abschreibungen: auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	zu den Reserven: Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	Dividende: in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1894	506		226	448*)		21	1201	41	1242	263	—	100	—	43	—	86	683	6½	54	13	—	1242
1895	661		182	571*)		19	1433	55	1488	289	—	8	—	60	—	130	945	7 [1])	56	—	—	1488
1896	722	434	398	696		219	2469	56	2525	626	—	—	—	95	—	289	1462	6½	53	—	—	2525
1897	989	782	749	853		225	3598	53	3651	1039	—	50	—	—	128	519	1838	7 [2])	77	—	—	3651
1898	1748	1294	973	1420		205	5640	77	5717	1215	—	48	—	—	623	984	2625	7½ [3])	163	59	—	5717
1899	2252	1623	1125	1370		235	6605	163	6768	1403	—	162	—	49	563	906	3375	7½ [4])	257	53	—	6768
1900	2201	1448	1151	125		173	5198	247	5445	1506	1000 [5])	669	—	—	—	117	2000	4	123	30	—	5445
1901	1897	962	1108	—	—	5500 [8])	9467	123	9590	1620	4000 [5])	3144 [6])	—	—	—	152	—	—	—	21	653 [7])	9590
1902	815	363	513	512 [10])	161 [11])	529 [12])	2893	—	2893	633	—	48	—	61	—	116	1000	4	23	27	985 [9])	2893

Für 1894/95: *) Einschließlich des im einzelnen nicht spezifizierten Gewinns der Kommandite Gleiwitz. **) Einschließlich der Abschreibungen auf Immobilien und Mobilien.

[1]) Von 13 500 000 Mk. [2]) Für 22 500 000 Mk voll; für 7 500 000 Mk. einhalb. [3]) Für 30 000 000 Mk. voll; für 10 000 000 Mk. einhalb. [4]) Für 40 000 000 Mk. voll; für 10 000 000 Mk. einhalb. [5]) Effekten- und Konsortialkonto. [6]) Kontokorrent- und Wechselkonto. [7]) Auf die Warenabteilung und eine Depositenkasse in Berlin. [8]) Davon 4 115 000 Mk. Entnahme aus der gesetzlichen Reserve des Vorjahres, 1 300 000 Mk. Entnahme aus der Spezialreserve des Vorjahres; 36 554 Mk. Gewinn der verbliebenen 4 Berliner Wechselstuben. [9]) Verlust bei Realisierung der Berliner Aktiven. [10]) Effekten und Konsortien. [11]) Dauernde Beteiligungen. [12]) Davon 28 500 Mk. Sorten und Coupons, 500 500 Mk. Gewinn auf diverse Konten, einschließlich frei gewordener Kontokorrent-Rückstellungen.

1894	Zunächst greif-					
	I. Ordnung					
	Kasse	Coupons und Sorten	Bankierguthaben	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)
1	2	3	4	5	6	7
Bank für Handel und Industrie	9,1 (Sp. 2–3)		—	24,8	33,9	33,0
Deutsche Bank	27,2	11,9	—	126,3	165,4	46,2
Diskontogesellschaft	25,0 (Sp. 2–3)		—	81,1	106,1	48,1
Dresdner Bank	14,9		—	54,0	68,9	37,2
A. Schaaffhausen'scher Bankverein	32,5 (Sp. 2–5)				32,5	30,0
Berliner Handelsgesellschaft	12,1 (Sp. 2–3)		—	36,5	48,6	55,2
Nationalbank für Deutschland	3,9	1,0	—	26,1	31,0	40,6
Mitteldeutsche Kreditbank	3,2	0,4	—	10,9	14,5	25,3
Deutsche Genossenschaftsbank von Soergel, Parrisius & Co.	1,7 (Sp. 2–4)			9,4	11,1	44,1
Berliner Bank	0,4	0,04	—	2,2	2,7	87,1
In Berlin	128,3	15,1	—	371,3	514,7	42,0
Norddeutsche Bank, Hamburg	6,3 (Sp. 2–4)			31,7	38,0	42,5
Vereinsbank in Hamburg	6,5	0,2	—	23,6	30,3	63,2
Commerz- und Diskontobank, Hamburg	0,2	0,0	1,5	10,6	12,3	26,2
Deutsche Nationalbank, Bremen	0,1			5,6	5,7	89,5
Rheinische Diskontogesellschaft, Aachen	0,6	—	1,1	3,2	4,9	42,6
Barmer Bankverein, Barmen	0,2	—	0,5	5,9	6,6	52,8
Bergisch-Märkische Bank, Elberfeld	2,0 (Sp. 2–4)			17,0	19,0	43,3
Essener Kreditanstalt, Essen	0,8	0,7	—	5,6	7,1	47,6
Niederrheinische Kreditanstalt, Kommand.-Ges. auf Aktien, Peters & Co., Krefeld	0,2	—	—	3,4	3,6	40,8
Rheinische Bank, Mülheim (Ruhr)	—	—	—	—	—	—
Deutsche Effekten- und Wechselbank	1,6	1,2	—	7,1	9,9	21,4
Deutsche Vereinsbank, Frankfurt	1,5	0,4	—	8,7	10,6	34,5
Oberrheinische Bank, Mannheim	0,5	0,1	—	4,7	5,3	42,7
Pfälzische Bank, Ludwigshafen	0,6	0,1	—	7,1	7,8	26,0
Rheinische Creditbank, Mannheim	0,7	0,9	1,4	11,8	14,8	42,8
Hannoversche Bank, Hannover	0,7	0,2	—	8,5	9,4	101,1
Magdeburger Privatbank, Magdeburg	0,5	0,1	—	4,8	5,4	53,5
Leipziger Bank, Leipzig	3,0	—	—	14,1	17,1	64,8
Dresdner Bankverein, Dresden	0,3	0,1	—	2,5	2,9	44,6
Creditanstalt für Industrie und Handel	0,02	—	—	—	0,02	4,7
Schlesischer Bankverein, Breslau	1,7 (Sp. 2–3)		—	11,4	12,7	56,4
Breslauer Diskontobank, Breslau	0,5	—	—	4,4	4,9	40,2
In der Provinz	28,5	4,0	4,5	191,3	228,3	43,6

...bare Aktiven II. Ordnung: Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	Debitoren: ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
30,5		—	30,5	29,6	64,4	62,6	22,9	19,3	8,5	66,7	13,2	—	—	6,4	—	137,0	201,4
56,6	13,3	17,4	87,3	24,4	252,7	70,6	40,5	13,8	10,8	102,3	35,4	—	—	3,6	0,3	206,7	459,4
48,6		—	48,6	22,0	154,7	70,1	27,9		6,2	118,2		5,7	2,2	4,8	—	165,0	319,7
48,7	5,5	—	54,2	29,3	123,1	66,5	14,9	13,3	3,5	68,3	33,9	6,9	0,8	5,4	–	147,0	270,1
—	35,2	—	35,2	32,5	67,7	62,5	12,2	6,5	0,7	59,0		12,0	—	1,8	0,1	92,3	160,0
21,1	—	—	21,1	23,9	69,7	79,1	9,0	10,2	15,0	43,8	20,0	—	—	3,8	0,2	102,0	171,7
17,7	—	—	17,7	23,2	48,7	63,8	5,0	5,8	—	49,8	7,9	—	—	1,5	—	70,0	118,7
19,8		—	19,8	34,6	34,3	59,9	2,0	3,1	1,9	37,7	6,5	1,0	—	3,0	—	55,2	89,5
5,1	—	—	5,1	20,2	16,2	64,3	0,4	2,7		22,6		—	—	0,7	—	26,4	42,6
1,6	—	—	1,6	51,6	4,3	138,7	1,4	0,1	—	2,3	0,3	—	—	0,04	0,1	4,2	8,5
229,9	73,8	17,4	321,1	26,2	835,8	68,2	136,2	74,8	46,6	370,9	317,0	25,6	3,0	31,0	0,7	1005,8	1841,6
—	15,6	—	15,6	17,4	53,6	59,9	32,1	—	1,7	38,2	36,0	—	—	2,3	—	110,3	163,9
—	15,1	—	15,1	31,5	45,4	94,8	2,0		0,8	16,3		—	0,2	0,9	3,0	23,2	68,6
—	10,5	—	10,5	22,3	22,8	48,5	6,9	0,3	3,7	27,4	15,9	2,6	—	1,1	—	57,9	80,7
—	1,1	—	1,1	16,8	6,8	106,3	1,7	—	—	8,2		0,8	—	0,9	0,4	12,0	18,8
1,6		—	1,6	13,9	6,5	56,5	1,3	0,2	0,2	12,4		0,6	—	0,4	—	15,1	21,6
—	—	—	—	—	6,6	52,8	0,7	—	—	15,4		—	—	0,3	0,4	16,8	23,4
19,8		—	19,8	45,1	38,8	88,4	1,9			23,3		1,9	—	1,0	—	28,1	66,9
—	—	—	—	—	7,1	—	1,3	—	—	20,1		2,1	0,2	0,1	0,05	23,8	30,9
—	—	—	—	—	3,6	40,8	0,3	—	—	4,2	4,9	0,2	—	0,3	—	9,9	13,5
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		—	—	—	—	—	—
14,9	—	—	14,9	32,2	24,8	53,6	6,3	0,6	—	31,9		—	—	—	—	38,8	63,6
—	9,1	—	9,1	29,6	19,7	64,1	1,7	4,6	0,5	17,0	9,0	3,1	—	0,9	—	36,8	56,5
—	0,7	—	0,7	5,7	6,0	48,4	0,7	0,03	—	5,0	5,6	—	0,03	0,5	—	11,9	17,9
0,4	7,7	–	8,1	27,2	15,9	53,2	3,1	—	0,9	20,1		1,2	—	0,8	0,9	27,0	42,9
—	5,1	—	5,1	14,7	19,9	57,5	2,1	0,7	—	11,2	14,9	2,7	0,3	0,5	—	32,4	52,3
—	2,1	—	2,1	22,6	11,5	123,7	3,3	0,1	—	6,0	0,9	—	—	0,7	0,02	11,0	22,5
—	0,4	—	0,4	3,9	5,8	57,4	1,5	—	—	9,3	2,8	—	—	0,6	—	14,2	20,0
—	2,5	—	2,5	9,5	19,6	74,3	4,9	—	—	29,3		—	—	0,4	—	34,6	54,2
0,4	1,4	—	1,8	27,7	4,7	72,3	0,2	—	—	7,9		—	—	0,5	—	8,6	13,3
—	—	—	—	—	0,02	4,7	0,5	3,8	—	2,1		—	—	—	0,01	6,4	6,4
1,3	0,5	—	1,8	8,0	14,5	64,4	4,8	0,4	6,8	20,3		—	—	1,0	—	34,3	48,8
—	0,1	—	0,1	0,8	5,0	41,0	2,7		0,7	7,8		7,3	—	0,4	0,3	19,2	24,2
17,0	93,3	—	110,3	21,0	338,6	64,6	80,0	10,7	16,3	118,3	305,1	22,5	0,7	13,6	5,1	572,3	910,9

Passiva. In Millionen Mark. Gesam-

1894	Eigene Mittel			
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe
1	2	3	4	5
Bank für Handel und Industrie	80,0	8,1	10,4	98,5
Deutsche Bank	75,0	11,9	14,7	101,6
Diskontogesellschaft	75,0	9,8	14,2	99,0
Dresdner Bank	70,0	15,0	—	85,0
A. Schaaffhausenscher Bankverein	48,0	3,6	—	51,6
Berliner Handelsgesellschaft	65,0	13,8	4,8	83,6
Nationalbank für Deutschland	36,0	5,0	1,3	42,3
Mitteldeutsche Kreditbank	30,0	1,2	1,0	32,2
Deutsche Genossenschaftsbank von Soergel, Parrisius & Co.	15,0	2,2	0,2	17,4
Berliner Bank	5,0	0,3	0,2	5,5
In Berlin	499,0	70,9	46,8	616,7
Norddeutsche Bank, Hamburg	60,0	12,0	2,5	74,5
Vereinsbank in Hamburg	18,0	2,3	0,4	20,7
Commerz- und Diskontobank, Hamburg	30,0	3,0	0,7	33,7
Deutsche Nationalbank, Bremen	11,3	1,1	0,05	12,4
Rheinische Diskontogesellschaft, Aachen	9,0	0,9	0,2	10,1
Barmer Bankverein, Barmen	9,7	0,9	0,3	10,9
Bergisch-Märkische Bank, Elberfeld	20,0	2,0	1,0	23,0
Essener Creditanstalt, Essen	13,3	1,4	1,3	16,0
Niederrheinische Kreditanstalt, Kommand.-Ges. auf Aktien, Peters & Co., Krefeld	4,2	0,4	—	4,6
Rheinische Bank, Mülheim (Ruhr)	—	—	—	—
Deutsche Effekten- und Wechselbank	15,0	1,5	0,8	17,3
Deutsche Vereinsbank, Frankfurt	24,0	1,3	0,5	25,8
Oberrheinische Bank, Mannheim	5,0	0,2	0,3	5,5
Pfälzische Bank, Ludwigshafen	11,3	1,1	0,5	12,9
Rheinische Creditbank, Mannheim	15,0	2,0	0,7	17,7
Hannoversche Bank, Hannover	12,0	1,2	—	13,2
Magdeburger Privatbank, Magdeburg	9,0	0,8	0,1	9,9
Leipziger Bank, Leipzig	24,0	3,3	0,5	27,8
Dresdner Bankverein, Dresden	6,0	0,6	0,2	6,8
Creditanstalt für Industrie und Handel	5,0	0,5	0,4	5,9
Schlesischer Bankverein, Breslau	22,5	1,9	1,9	26,3
Breslauer Diskontobank, Breslau	10,5	0,9	0,6	12,0
In der Provinz	334,8	39,3	12,9	387,0

Übersicht. In Millionen Mark. **Passiva.**

Die Verbindlichkeiten										
Accepte	Avale	Depositen	Konto-Korrent-Kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds 2c.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten	Gesamte Passiva	Gesamtumsätze
6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
34,2	4,3	—	58,3[1]	—	5,7	—	0,42	102,9	201,4	—
93,9	2,7	74,8	175,9	1,8	7,1	1,6	0,01	357,8	459,4	—
40,1	5,7	32,2	133,1	2,5	6,2	0,9	0,01	220,7	319,7	17993
54,4	6,9	20,7	95,5	0,9	5,6	1,1	0,01	185,1	270,1	—
28,6	12,0	2,2	62,0	0,05	3,3	0,3	0,02	108,4	160,0	—
27,0	—	32,6	23,1	0,1	4,7	0,6	0,01	88,1	171,7	10042
21,0	—	—	52,2[2]	0,2	2,6	0,4	0,003	76,4	118,7	9106
28,4	1,0	—	26,3	—	1,5	0,1	0,02	57,3	89,5	—
6,8	—	2,4	14,9	—	1,1	—	0,03	25,2	42,6	4984
0 1	—	—	2,4[3]	—	0,3	0,1	0,2	3,1	8,6	19365
334,5	32,6	164,9	643,7	5,5	38,1	5,1	0,2	1225,0	1841,7	
24,4	—	29,5	32,2	0,3	2,7	—	0,3	89,4	163,9	—
2,0	—	5,7	38,1	0,2	1,4	0,2	0,3	47,9	68,6	1049
20,9	2,6	12,9	8,5	0,04	1,8	0,1	0,2	47,0	80,7	—
2,2	0,8	0,3	2,3	—	0,7	0,02	0,003	6,4	18,8	—
4,1	0,5	1,1	5,0	0,1	0,6	0,1	—	11,5	21,6	—
4,7	0,8	2,4	4,1	—	0,5	—	0,002	12,5	23,4	1050
10,7	1,9	7,2	22,3	0,2	1,5	0,1	0,004	43,9	66,9	3920
2,6	2,1	2,6	6,6	0,2	0,8	0,05	—	14,9	30,9	1202
3,2	0,2	2,9	2,4	0,004	0,2	0,04	—	8,9	13,5	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
16,6	—	—	28,5	—	1,0	0,2	0,003	46,3	63,6	—
15,6	3,1	1,7	8,8	—	1,4	0,1	0,003	30,7	56,5	2622
4,3	—	—	7,8	0,03	0,2	0,05	—	12,4	17,9	—
9,5	1,2	8,1	10,3	—	0,7	0,2	0,004	30,0	42,9	1305
13,4	2,7	—	17,0	0,3	1,0	0,2	0,01	34,6	52,3	2338
0,5	0,3	0,1	7,5	0,2	0,6	0,03	0,04	9,3	22,5	736
2,0	0,5	1,7	5,5	—	0,4	0,04	0,02	10,1	20,0	840
9,0	—	10,6	4,9	0,3	1,5	0,1	0,04	26,4	54,2	1259
1,9	—	1,5	2,6	—	0,4	0,04	0,06	6,5	13,3	—
—	—	—	—	—	0,4	0,1	0,01	0,5	6,4	—
0,1	3,1	4,0	13,9	—	1,3	0,1	0,01	22,5	48,8	506
4,6	2,7	0,8	3,2	0,1	0,7	0,1	0,002	12,2	24,2	1345
152,3	22,5	93,1	231,5	1,9	19,8	1,8	1,0	523,9	910,9	

[1]) Einschließlich 28100000 Mk. Verbindlichkeiten mit längeren Terminen. [2]) Darunter 33100000 Mk. auf feste Termine. [3]) Darunter 1300000 Mk. auf feste Termine.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gesamt-**

1894	Bruttogewinn des Jahres: Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Insgesamt
1	2	3	4	5	6	7	8
Bank für Handel und Industrie . . .	2206	1036	—	1060	3145	137	7584
Deutsche Bank	3265	4409	2252	1639	1762	154	13481
Diskontogesellschaft	2650	2741	1272	4451	626	273	12013
Dresdner Bank	2743	2182	1227	3354 (5 u. 6)		498	10004
A. Schaaffhausenscher Bankverein . . .	1905	1332	595	1034	91	38	4995
Berliner Handelsgesellschaft	2572	1551	609	2189	450	—	7371
Nationalbank für Deutschland	1352	1021	530	892 (5 u. 6)		72	3867
Mitteldeutsche Kreditbank	721	911	381	535 (5 u. 6)		17	2565
Deutsche Genossenschaftsbank von Soergel, Parrisius & Co.	299	366	288	213	373	7	1546
Berliner Bank	241	241	28	136 (5 u. 6)		1	647
In **Berlin**	17954	15790	7182	15503	6447	1197	64073
Norddeutsche Bank, Hamburg	1258	1118	532	414 (5 u. 6)		108	3430
Vereinsbank in Hamburg	1299	374	—	550 (5–7)			2223
Commerz- und Diskontobank, Hamburg .	735	478	433	745	—	—	2391
Deutsche Nationalbank, Bremen . . .	481	214	—	58	—	138	891
Rheinische Diskontogesellschaft, Aachen .	539	288	—	60 (5 u. 6)		—	887
Barmer Bankverein, Barmen	520	277	—	98	—	—	895
Bergisch-Märkische Bank, Elberfeld . .	1360	929	—	100	—	—	2389
Essener Kreditanstalt, Essen	591	335	124	141	—	—	1191
Niederrheinische Kreditanstalt, Kommand.-Ges. auf Aktien, Peters & Co., Krefeld	231	208	—	—	—	—	439
Rheinische Bank, Mülheim (Ruhr) . . .	—	—	—	—	—	—	—
Deutsche Effekten- und Wechselbank . .	240	328	381	999	113	44	2105
Deutsche Vereinsbank, Frankfurt . . .	494	597	226	200	532	18	2067
Oberrheinische Bank, Mannheim . . .	172	132	155	108	21	21	609
Pfälzische Bank, Ludwigshafen	568	321	—	189	112	94	1284
Rheinische Creditbank, Mannheim . . .	608	492	314	261	39	33	1747
Hannoversche Bank, Hannover	221	207	227	191 (5 u. 6)		11	857
Magdeburger Privatbank, Magdeburg . .	368	155	—	125	—	4	652
Leipziger Bank, Leipzig	800	598	359	355	—	—	2112
Dresdner Bankverein, Dresden	262	200	168	18	—	4	652
Creditanstalt für Industrie und Handel .	142	—	—	23	—	386	551
Schlesischer Bankverein, Breslau . . .	737	237	218	359	366	18	1935
Breslauer Diskontobank, Breslau . . .	506 (2 u. 3)		226	448 (5 u. 6)		21	1201
In der **Provinz**	12132	7488	3363	4892	1733	900	30508

Übersicht. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne												Zusammen
		Unkosten, Steuern	Abschreibungen			zu den Reserven		Tantieme	Dividende		Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Diverse Abschreibungen und Rückstellungen	
			auf Effekten	auf das Kontokorrent	auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	Gesetzliche Reserve	Spezialreserve		Betrag	in % des Aktienkapitals				
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
44	7628	1312	—	—	—	—	—	658	5600	7	48	10	—	7628
347	13828	4133	—	39	—	—	566	1631	6750	9	360	100	249	13828
346	12359	2158	—	4	3000	—	—	900	6000	8	147	150	—	12359
66	10070	2079	—	101	1000	—	—	1125	5600	8	37	83	45	10070
38	5033	970	—	—	—	399	—	316	3120	6½	178	50	—	5033
147	7518	1109	—	—	1000	—	—	623	4550	7	186	50	—	7518
150	4017	902	—	77	—	—	—	419	2340	6½	251	25	3	4017
54	2619	788	—	88	—	84	—	84	1500	5	55	10	10	2619
4	1550	301	—	—	80	—	—	101	1050	5	16	2	—	1550
—	647	184	—	—	—	23	82	58	300	6	—	—	—	647
1196	65269	13936	—	309	5080	506	648	5915	36810		1278	480	307	65269
21	3451	654	—	80	—	—	—	—	2700	4½	17	—	—	3451
4	2227	454	—	—	—	103	—	206	1440	8	3	—	21	2227
17	2408	403	—	76	—	—	22	64	1800	6	43	—	—	2408
43	934	126	—	64	—	—	—	16	701	6½	27	—	—	934
34	921	188	—	29	—	—	35	81	536	6½	48	4	—	921
12	907	276	—	29	—	33	—	35	521	6½	13	—	—	907
49	2438	640	—	5	—	—	147	160	1400	7	71	15	—	2438
36	1227	268	—	20	—	100	—	45	735	7	44	15	—	1227
—	439	113	—	16	—	48	—	41	210	7	5	1	5	439
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
51	2156	640	—	8	—	—	224	243	975	6½	58	8	—	2156
28	2095	471	—	1	—	81	—	140	1320	5½	62	20	—	2095
—	609	229	—	—	—	19	58	53	221	6	—	2	27	609
14	1298	277	—	—	—	—	100	196	656	7	40	10	19	1298
125	1872	545	—	22	—	—	—	169	900	6	148	20	68	1872
—	857	203	—	—	—	—	—	30	600	5	13	3	8	857
—	652	130	—	—	—	25	31	40	413	5½	—	—	13	652
26	2138	364	—	68	—	—	100	79	1440	6	47	25	15	2138
8	660	120	—	43	—	21	60	45	360	6	11	—	—	660
6	557	55	1	—	—	25	—	74	400	8	2	—	—	557
33	1968	343	—	64	—	76	80	134	1238	5½	33	—	—	1968
41	1242	263	—	100	—	43	—	86	683	6½	54	13	—	1242
548	31056	6762	1	535	—	574	857	1937	19249		739	136	176	31056

Aktiva. In Millionen Mark. **Gesamt-**

1900	Zunächst greif-					
	I. Ordnung					
	Kasse	Coupons und Sorten	Bankierguthaben	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)
1	2	3	4	5	6	7
Bank für Handel und Industrie	11,9 [Sp. 2–3]		—	26,0	37,9	30,4
Deutsche Bank	51,6	12,3	—	299,7	363,6	50,4
Diskontogesellschaft	21,5	—	—	100,7	122,2	39,3
Dresdner Bank	26,8	—	—	150,5	177,3	40,2
A. Schaaffhausenscher Bankverein	53,8 [Sp. 2–5]				53,8	26,0
Berliner Handelsgesellschaft	15,0	—	—	52,4	67,4	48,9
Nationalbank für Deutschland	6,8	1,8	—	45,3	53,9	50,7
Mitteldeutsche Kreditbank	4,0	1,0	—	23,3	28,3	33,5
Deutsche Genossenschaftsbank von Soergel, Parrisius & Co.	3,0 [Sp. 2–4]			16,5	19,5	50,4
Berliner Bank	4,2	0,3	—	19,8	24,3	28,9
In Berlin	195,6	18,4	—	734,2	948,2	42,2
Norddeutsche Bank, Hamburg	6,2 [Sp. 2–4]			37,4	43,6	37,5
Vereinsbank in Hamburg	7,0	0,05	—	25,2	32,2	45,5
Commerz- und Diskontobank, Hamburg	3,5	0,5	—	20,1	24,1	22,1
Deutsche Nationalbank, Bremen	0,2	—	—	7,0	7,2	36,9
Rheinische Diskontogesellschaft, Aachen	1,1 [Sp. 2–3]		—	6,8	7,9	31,6
Barmer Bankverein, Barmen	0,2	—	1,3	18,7	20,2	42,2
Bergisch-Märkische Bank, Elberfeld	3,2	—	—	31,8	35,0	26,7
Essener Kreditanstalt, Essen	2,1	1,7	—	30,4	34,2	54,4
Niederrheinische Kreditanstalt, Kommand.-Ges. auf Aktien, Peters & Co., Krefeld	0,9	—	—	17,0	17,9	33,2
Rheinische Bank, Mülheim (Ruhr)	0,8	—	—	3,7	4,5	34,3
Deutsche Effekten- und Wechselbank	1,6	1,1	—	23,6	26,3	69,9
Deutsche Vereinsbank, Frankfurt	1,1	0,5	—	12,3	13,9	42,2
Oberrheinische Bank, Mannheim	1,6	0,3	—	12,1	14,0	27,7
Pfälzische Bank, Ludwigshafen	1,2	0,4	2,0	19,6	23,2	19,4
Rheinische Creditbank, Mannheim	0,8	0,9	1,7	25,3	28,7	29,4
Hannoversche Bank, Hannover	1,9	0,9	—	9,1	11,9	48,6
Magdeburger Privatbank, Magdeburg	1,1	0,1	—	11,1	12,3	31,6
Leipziger Bank, Leipzig	2,5	0,7	—	37,8	41,0	42,4
Dresdner Bankverein, Dresden	0,7	0,1	—	15,4	16,2	73,3
Creditanstalt für Industrie und Handel	1,7	—	—	7,1	8,8	42,4
Schlesischer Bankverein, Breslau	1,5 [Sp. 2–3]		—	21,5	23,0	55,2
Breslauer Diskontobank, Breslau	5,8	0,6	—	32,1	38,5	38,4
In der Provinz	46,7	7,8	5,0	425,1	484,6	36,4

Übersicht. In Millionen Mark. Aktiva.

…bare Aktiven: II. Ordnung – Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung – Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt – Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	Debitoren: ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
27,6		—	27,6	22,2	65,5	52,6	12,3	32,2	27,2	78,2	24,2	6,9	—	6,1	—	187,1	252,6
54,2	15,2	31,1	100,5	13,9	464,1	64,3	38,4	35,1	51,2	229,8	70,2	24,3	—	8,2	—	457,2	921,3
31,5	—	—	31,5	10,1	153,7	49,4	63,8	—	51,3	—	181,7	21,2	2,9	5,2	—	326,1	479,8
22,7	18,8	—	41,5	9,4	218,8	49,6	32,5	37,8	—	194,2	94,7	12,1	1,4	13,1	—	385,8	604,6
—	33,4	—	33,4	16,1	87,2	42,1	24,1	24,4	2,6	77,9	83,8	23,0	—	2,9	1,1	239,8	327,0
28,4		—	28,4	20,6	95,8	69,5	8,9	26,2	14,5	80,9	21,5	—	—	4,5	0,2	156,7	252,5
14,7	—	—	14,7	13,8	68,6	64,5	6,6	20,3	—	63,4	17,8	—	—	1,7	—	109,8	178,4
17,9		—	17,9	21,2	46,2	54,7	3,8	6,7	1,0	61,2	10,7	1,6	—	2,9	—	87,9	134,1
0,4	—	—	0,4	1,0	19,9	51,4	3,7	2,8	—	—	39,0	—	—	0,7	—	46,2	66,1
4,9	—	—	4,9	5,8	29,2	34,7	18,6	—	2,0	49,4	23,7	5,1	—	1,5	—	100,3	129,5
84,4	85,3	31,1	300,8	13,3	1249,0	55,3	212,7	185,5	149,8	835,0	567,3	94,2	4,3	46,8	1,3	2096,9	3345,9
—	16,0	—	16,0	13,8	59,6	51,3	16,3	—	7,8	—	74,6	—	—	1,9	—	100,6	160,2
—	15,8	—	15,8	22,3	48,0	67,9	4,0	—	1,1	—	38,8	—	0,3	2,8	3,1	50,1	98,1
1,4	37,7	—	49,1	45,0	73,2	67,1	13,6	7,5	5,0	28,3	29,3	5,1	—	4,4	—	93,2	166,4
—	2,0	—	2,0	9,9	9,2	46,8	2,3	—	—	—	22,3	1,6	—	1,0	—	27,2	36,4
9,4		—	9,4	37,6	17,3	69,2	0,9	1,6	8,6	—	25,3	0,8	—	0,5	—	37,7	55,0
—	—	—	—	—	20,2	42,2	1,1	—	—	—	55,4	2,8	—	0,9	0,8	61,0	81,2
—	55,0	—	55,0	42,0	90,0	68,7	12,1	—	3,0	—	84,1	5,6	—	2,0	—	106,8	196,8
—	—	—	—	—	34,2	54,4	1,8	0,9	—	—	55,9	5,6	0,3	1,5	0,1	66,1	100,3
—	—	—	—	—	17,9	33,2	4,2	—	—	16,4	36,3	3,4	—	0,6	—	60,9	78,8
—	—	—	—	—	4,5	34,3	2,7	1,5	—	12,9		1,8	—	1,1	—	20,0	24,5
4,2	—	—	4,2	11,2	30,5	81,1	5,3	4,5	—	27,9	2,2	—	—	—	0,02	39,9	70,4
—	2,1	—	2,1	6,4	16,0	48,6	2,3	3,6	0,6	24,3	9,0	2,6	—	0,9	—	43,3	59,3
—	—	—	—	—	14,0	27,7	4,0	2,4	—	27,6	15,0	6,2	0,06	1,4	2,5	59,1	73,1
—	36,8	—	36,8	30,7	60,0	50,1	13,4	3,2	2,0	—	79,9	7,1	—	4,9	1,4	111,9	171,9
—	13,3	—	13,3	13,6	42,0	43,0	4,2	3,5	2,2	34,7	44,3	14,2	0,6	1,6	—	105,4	147,4
—	3,1	—	3,1	12,6	15,0	61,2	4,3	0,9	2,6	16,2	6,8	—	0,3	2,4	1,5	35,0	50,0
—	7,7	16,4	24,1	62,0	36,4	93,6	4,0	1,6	0,8	—	13,3	2,0	—	0,7	—	22,4	58,8
—	5,8	—	5,8	6,0	46,8	48,4	10,2	6,9	—	83,0	12,5	—	—	2,2	—	114,8	161,6
—	—	—	—	—	16,2	73,3	1,7	—	—	—	24,1	—	—	0,5	—	26,3	42,5
—	—	—	—	—	8,8	42,4	5,9	5,5	—	19,7	3,1	—	—	1,4	0,2	35,8	44,6
0,05	1,1	—	1,1	2,7	24,1	57,9	6,0	3,9	5,3	34,8		—	—	1,1	—	51,1	75,2
35,3		—	35,3	35,2	73,8	73,6	11,8	11,9	2,8	30,6	21,4	5,5	—	0,3	—	84,3	158,1
0,9	205,8	16,4	273,1	20,5	757,7	56,9	132,1	59,4	41,8	308,7	701,3	64,3	1,6	34,1	9,6	1352,9	2110,6

Passiva. In Millionen Mark. **Gesam-**

1900	Eigene Mittel			
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe
1	2	3	4	5
Bank für Handel und Industrie	105,0	12,7	10,2	127,9
Deutsche Bank	150,0	28,2	21,1	199,3
Diskontogesellschaft	130,0	19,0	19,5	168,5
Dresdner Bank	130,0	34,0	—	164,0
A. Schaaffhausenscher Bankverein . . .	100,0	17,5	2,5	120,0
Berliner Handelsgesellschaft	90,0	21,3	3,5	114,8
Nationalbank für Deutschland	60,0	9,5	2,5	72,0
Mitteldeutsche Kreditbank	45,0	3,4	1,3	49,7
Deutsche Genossenschaftsbank von Soergel, Parrisius & Co.	24,0	3,2	0,2	27,4
Berliner Bank	42,0	3,1	0,2	45,3
In Berlin	876,0	151,9	61,1	1089,0
Norddeutsche Bank, Hamburg	41,2	1,4	1,4	44,0
Vereinsbank in Hamburg	24,0	3,0	0,4	27,4
Commerz- und Diskontobank, Hamburg .	50,0	6,0	1,2	57,2
Deutsche Nationalbank, Bremen	15,0	1,5	0,3	16,8
Rheinische Diskontogesellschaft, Aachen. .	25,0	4,7	0,3	30,0
Barmer Bankverein, Barmen	28,4	4,4	0,5	33,3
Bergisch-Märkische Bank, Elberfeld . . .	50,0	11,1	4,7	65,8
Essener Kreditanstalt, Essen	30,0	5,3	2,2	37,5
Niederrheinische Kreditanstalt, Kommand.-Ges. auf Aktien, Peters & Co., Krefeld	21,0	3,4	0,4	24,8
Rheinische Bank, Mülheim (Ruhr) . . .	10,0	1,0	0,4	11,4
Deutsche Effekten- und Wechselbank. . .	30,0	2,3	0,5	32,8
Deutsche Vereinsbank, Frankfurt	24,0	1,9	0,5	26,4
Oberrheinische Bank, Mannheim	20,0	2,05	0,5	22,5
Pfälzische Bank, Ludwigshafen.	42,2	7,8	1,9	51,9
Rheinische Creditbank, Mannheim . . .	40,0	8,9	0,8	49,7
Hannoversche Bank, Hannover	22,5	2,3	0,7	25,5
Magdeburger Privatbank, Magdeburg. .	18,0	1,3	0,6	19,9
Leipziger Bank, Leipzig	48,0	14,1	2,8	64,9
Dresdner Bankverein, Dresden.	18,0	1,9	0,5	20,4
Creditanstalt für Industrie und Handel.	20,0	2,8	1,2	24,0
Schlesischer Bankverein, Breslau	27,0	2,7	3,8	33,5
Breslauer Diskontobank, Breslau . . .	50,0	5,1	2,8	57,9
In der Provinz	654,3	94,9	28,4	777,6

Übersicht. In Millionen Mark. **Passiva.**

Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva	Gesamtumsätze
Accepte	Avale	Depositen	Konto-Korrent-Kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds 2c.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten		
6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
36,9	6,9	—	74,5[1]	—	6,3	—	0,02	124,6	252,6	—
141,1	24,3	190,9	340,3	3,2	17,3	1,6	3,3	722,0	921,3	—
89,1	21,2	50,6	132,8	3,1	12,4	2,1	0,02	311,3	479,8	29173
131,1	12,1	94,6	188,1	1,5	10,5	2,7	0,1	440,6	604,6	—
60,0	23,0	3,1	111,0	0,4	8,5	1,0	0,01	207,0	327,0	—
55,8	—	40,6	32,7	0,1	7,5	1,0	0,01	137,7	252,5	14966
26,7	—	—	74,6[2]	0,6	4,0	0,5	0,01	106,4	178,4	14814
35,4	1,6	—	44,0	—	3,1	0,3	0,04	84,4	134,1	—
8,1	1,3	3,3	24,1	—	1,8	—	0,1	38,7	66,1	6882
27,9	5,1	—	48,4[3]	0,1	2,2	0,4	0,01	84,2	129,5	54416
612,1	95,5	383,1	1070,5	9,0	73,6	9,6	3,5	2256,9	3345,9	
29,8	3,0	42,0	36,1	0,6	3,7	0,6	0,4	116,2	160,2	—
15,1	—	17,9	34,5	0,3	2,3	0,3	0,3	70,7	98,1	—
37,1	5,1	—	62,9	0,3	3,4	0,4	0,002	109,2	166,4	—
11,0	1,6	1,1	4,6	—	1,2	0,1	0,01	19,6	36,4	—
9,8	0,8	3,0	9,0	0,1	2,1	0,2	—	25,0	55,0	—
22,0	2,7	7,1	14,2	—	1,9	—	0,01	47,9	81,2	2992
36,5	5,5	37,6	45,4	0,6	4,7	0,7	0,002	131,0	196,8	9355
5,9	5,6	16,9	30,5	0,4	2,9	0,3	0,3	62,8	100,3	4127
20,3	3,4	11,8	16,4	0,1	1,7	0,3	—	54,0	78,8	3082
3,0	1,8	5,3	2,5	0,003	0,4	0,06	—	13,1	24,5	—
18,2	—	—	18,1	—	1,3	—	0,004	37,6	70,4	—
18,6	2,6	—	9,9	—	1,6	0,2	0,003	32,9	59,3	—
18,1	6,2	—	25,0	0,06	1,1	0,2	0,004	50,6	73,1	—
47,0	7,1	27,8	32,9	—	3,6	0,2	1,4	120,0	171,9	7600
37,2	14,2	—	41,4	0,7	3,7	0,5	0,03	97,7	147,4	5508
2,5	1,6	4,8	13,9	0,3	1,3	0,05	0,1	24,5	50,0	2017
13,0	2,0	—	23,1	0,02	0,7	0,03	0,1	38,9	58.8	—
26,8	—	24,5	39.2	1,0	4,6	0,4	0.2	96,7	161,6	3209
4,8	—	7,5	8,0	—	1,4	0,2	0,2	22,1	42,5	—
10,2	0.6	7,9		0,1	1,5	0,3	0,01	20,6	44,6	—
0,03	4,4	6,0	29,0	2,0	0,2	—	0,002	41,7	75,2	1041
21,5	5,5	70,7		0,3	2,1	0,1	0,01	100,2	158,1	16982
408,4	73,7	213,3	575,2	6,8	47,4	5,2	3,0	1333,0	2110,6	

[1]) Darunter 31 300 000 Mk. Verbindlichkeiten mit längeren Terminen.
[2]) Darunter 35 500 000 Mk. auf feste Termine.
[3]) Darunter 31 800 000 Mk. auf feste Termine.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gesamt-**

1900	Bruttogewinn des Jahres						
	Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Insgesamt
1	2	3	4	5	6	7	8
Bank für Handel und Industrie	3147	1506	—	95	4052	124	8924
Deutsche Bank	4418	7729	9757	1273	6935	244	30356
Diskontogesellschaft	4179	4262	4361	1701	4461	242	19206
Dresdner Bank	6999	5505	5813	910	—	217	19444
A. Schaaffhausenscher Bankverein. . . .	4814	2229	1569	1648	—	15	10275
Berliner Handelsgesellschaft	4529	2384	1335	2908	870	—	12026
Nationalbank für Deutschland	2493	1466	2005	458	—	53	6475
Mitteldeutsche Kreditbank	1748	1365	1040	870	—	29	5052
Deutsche Genossenschaftsbank von Soergel, Parrisius & Co.	767	426	866	147	703	—	2909
Berliner Bank	1282	1414	1119	541	—	24	4380
In Berlin	34376	28286	27865	10551	17021	948	119047
Norddeutsche Bank, Hamburg	2144	1371	1331	997		40	5883
Vereinsbank in Hamburg	2509	606	—	395		—	3510
Commerz- und Diskontobank, Hamburg .	3483	1081	308	813	—	58	5743
Deutsche Nationalbank, Bremen	912	411	—	23	—	109	1455
Rheinische Diskontogesellschaft, Aachen .	1973	626	—	5	—	—	2604
Barmer Bankverein, Barmen	2122	863	—	—	—	—	2985
Bergisch-Märkische Bank, Elberfeld . . .	4687	2181	—	459	—	—	7327
Essener Kreditanstalt, Essen	2003	1129	823	287	—	—	4242
Niederrheinische Kreditanstalt, Kommand.-Ges. auf Aktien, Peters & Co., Krefeld	1803	883	—	—	—	—	2686
Rheinische Bank, Mülheim (Ruhr) . . .	857	674	--	—	—	—	1531
Deutsche Effekten- und Wechselbank. . .	399	396	1261	99	37	52	2244
Deutsche Vereinsbank, Frankfurt	571	568	614	151	417	19	2340
Oberrheinische Bank, Mannheim	744	476	465	253	107	76	2121
Pfälzische Bank, Ludwigshafen	3147	1462	—	1195	330	128	6262
Rheinische Creditbank, Mannheim. . . .	2120	1118	1126	214	242	51	4871
Hannoversche Bank, Hannover	865	394	527	448	—	17	2251
Magdeburger Privatbank, Magdeburg . .	1065	844	—	—	—	4	1913
Leipziger Bank, Leipzig	2366	1585	1061	1103	—	—	6115
Dresdner Bankverein, Dresden.	614	528	977	52	—	10	2181
Creditanstalt für Industrie und Handel.	1180	405	278	231	—	952	3046
Schlesischer Bankverein, Breslau	1075	343	631	522	696	11	3278
Breslauer Diskontobank, Breslau . . .	2301	1448	1151	125	—	173	5198
In der Provinz	38940	19392	10553	6977	2224	1700	79786

Übersicht. In Tausend Mark. **Gewinne u. Verluste.**

Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne												Zusammen
		Unkosten, Steuern	Abschreibungen			zu den Reserven		Tantieme	Dividende		Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Diverse Abschreibungen und Rückstellungen	
			auf Effekten	auf das Kontokorrent	auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	Gesetzliche Reserve	Spezialreserve		Betrag	in % des Aktienkapitals				
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
25	8949	2051	–	—	—	—	—	530	6300	6	28	40	—	8949
758	31114	9897	—	—	—	—	1291	1552	16500	11	767	300	807	31114
660	19866	3863	—	27	—	—	1397	2053	11700	9	751	75	—	19866
84	19528	5201	—	401	—	—	—	2654	10400	8	53	80	739	19528
964	11239	1763	—	—	—	—	—	958	7500	7½	1010	8	—	11239
464	12490	1694	—	—	2200	—	—	1023	7200	8	323	50	—	12490
409	6884	1829	—	390	—	—	—	551	3900	6½	152	25	37	6884
393	5445	1431	—	296	—	164	—	336	2700	6	436	30	52	5445
16	2925	453	—	47	387	—	—	173	1800	5	40	25	—	2925
56	4436	985	107	86	500	135	50	376	2100	5	72	25	—	4436
3829	122876	29167	107	1247	3087	299	2738	10206	70100	—	3632	658	1635	122876
—	5883	911	—	128	—	245	245	615	3708	9	—	31	—	5883
30	3540	642	—	130	—	—	—	300	2160	9	85	20	203	3540
109	5852	1902	—	—	—	—	140	403	3250	6½	112	45	—	5852
15	1470	187	—	—	—	—	—	67	1200	8	16	—	—	1470
72	2676	356	—	6 (12–14 zusammen)	—	—	—	242	2000	8	67	4	—	2675
31	3016	773	—	200	—	—	—	96	1890	7½	47	10	—	3016
411	7738	1404	—	—	—	—	896	692	4250	8½	446	50	—	7738
317	4559	715	—	140	—	—	250	323	2550	8½	341	40	200	4559
42	2728	535	—	130	—	—	—	290	1680	8	39	35	19	2728
64	1595	360	73	142	110	—	400	58	400	4	27	—	25	1595
173	2417	756	—	32	330	73	—	—	1200	4	24	2	—	2417
130	2470	518	—	—	—	98	—	203	1440	6	181	30	—	2470
56	2177	821	—	—	—	—	2	234	1040	6	44	8	28	2177
153	6415	1987	—	—	—	—	400	224	3376	8	238	30	160	6415
762	5633	1190	130	100	—	—	—	477	3000	7½	701	20	15	5633
33	2284	574	—	—	—	—	300	47	1260	6	37	18	48	2284
	1913	596	217	32	—	52	250	25	720	4	—	—	21	1913
352	6467	843	—	—	—	—	400	416	4320	9	288	200	—	6467
76	2257	337	—	114	—	—	200	185	1320	8	81	20	—	2257
41	3087	352	—	—	950	—	—	247	1523	7½	—	15	—	3087
104	3382	514	—	15	—	—	500	218	1890	7	135	20	90	3382
247	5445	1506	1000	669	—	—	—	117	2000	4	123	30	—	5445
3218	83004	7774	1420	1838	1390	468	3983	5479	46177	—	3032	628	809	83003

Aktiva. In Millionen Mark. Gesamt-

1902	Zunächst greif-					
	I. Ordnung					
					Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung	
	Kasse	Coupons und Sorten	Bankierguthaben	Wechsel	Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)
1	2	3	4	5	6	7
Bank für Handel und Industrie	16,1	—	—	42,0	58,1	28,9
Deutsche Bank	58,8	16,9	—	333,7	409,4	44,2
Diskontogesellschaft	35,7	—	—	135,5	171,2	45,5
Dresdner Bank	29,8	—	—	115,5	145,3	34,5
A. Schaaffhausenscher Bankverein	52,1	—	—	—	52,1	27,6
Berliner Handelsgesellschaft	14,6	—	—	58,3	72,9	40,5
Nationalbank für Deutschland	5,7	2,1	—	32,9	40,7	42,7
Mitteldeutsche Kreditbank	3,7	0,9	—	18,8	23,4	32,4
Deutsche Genossenschaftsbank von Soergel, Parrisius & Co. *)	0,9	—	—	11,5	12,4	47,3
Berliner Bank	3,8	0,4	—	16,0	20,2	37,1
In Berlin	221,2	20,3	—	764,2	1005,7	39,5
Norddeutsche Bank, Hamburg		5,3		26,9	32,2	27,4
Vereinsbank in Hamburg	3,9	0,2	—	25,2	29,3	35,7
Commerz- und Diskontobank, Hamburg	3,2	0,3	—	24,5	28,0	21,0
Deutsche Nationalbank, Bremen	0,3	—	—	7,0	7,3	31,9
Rheinische Diskontogesellschaft, Aachen	1,6	—	—	8,6	10,2	26,9
Barmer Bankverein, Barmen	0,3	—	1,5	14,0	15,8	32,0
Bergisch-Märkische Bank, Elberfeld	3,7	—	—	36,7	40,4	28,5
Essener Kreditanstalt, Essen	3,3	3,2	—	28,9	35,4	41,7
Niederrheinische Kreditanstalt, Kommand.-Ges. auf Aktien, Peters & Co., Krefeld	0,9	—	—	14,4	15,3	34,2
Rheinische Bank, Mülheim (Ruhr)	0,04	—	—	0,07	0,1	6,3
Deutsche Effekten- und Wechselbank	1,4	1,1	—	16.7	19,2	62,7
Deutsche Vereinsbank, Frankfurt	1,3	0,5	—	13,9	15,7	48,5
Oberrheinische Bank, Mannheim	1,8	0,3	—	10,0	12,1	27,9
Pfälzische Bank, Ludwigshafen		4,9		13,8	18,7	18,6
Rheinische Creditbank, Mannheim	1,3	0,8	1,9	33,0	37,0	33,1
Hannoversche Bank, Hannover	1,7	0,6	—	5,9	8,2	31,8
Magdeburger Privatbank, Magdeburg		1,3		7,5	8,8	34,8
Leipziger Bank [1]), Leipzig	—	—	—	—	—	—
Dresdner Bankverein, Dresden	0,7	0,1	—	10,8	11,6	89,2
Creditanstalt für Industrie und Handel [2])	—	—	—	—	—	—
Schlesischer Bankverein, Breslau	2,3	—	—	22,7	25,0	52,6
Breslauer Diskontobank, Breslau	1,2	0,2	—	10,8	12,2	37,0
In der Provinz	28,94	18,8	3,4	331,37	382,5	32,4

*) Mangels der Jahresbilanz sind die Ziffern der Halbjahresbilanz v. 30. Juni 1902 eingesetzt. [1]) In Konkurs. [2]) In Liquidation.

...bersicht. In Millionen Mark. **Aktiva.**

...are Aktiven — II. Ordnung: Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	Debitoren: ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
38,8	—	—	38,8	19,3	96,9	48,2	41,1	35,8	28,6	106,7	33,3	6,6	—	6,4	0,2	258,7	355,6
69,6	15,1	31,1	215,8	23,3	625,2	67,5	41,2	32,4	55,8	247,4	96,9	29,0	—	13,0	—	515,7	1140,9
49,9	—	—	49,9	13,2	221,1	58,7	75,4	—	57,7	193,7 (Sp. 18 u. 19)		14,9	3,7	10,2	—	355,6	576,7
69,8	10,5	18,9	99,2	23,6	244,5	58,1	36,4	39,6	—	154,9	78,6	14,7	1,6	14,6	—	340,4	584,9
—	35,7	—	35,7	18,9	87,8	46,6	33,8	18,2	8,7	63,5	68,6	22,7	0,4	4,9	1,1	221,9	309,7
39,4 (Sp. 8 u. 9)		—	39,4	21,9	112,3	62,4	10,1	32,9	—	102,7	28,2	—	1,9	6,6	0,2	182,6	295,1
26,0	—	—	26,0	27,3	66,7	70,0	15,6	16,3	—	50,3	14,3	—	—	1,8	—	98,3	165,0
16,7 (Sp. 8 u. 9)		—	16,7	23,1	40,1	55,5	3,5	6,2	2,0	56,8	8,4	2,6	—	2,7	—	82,2	122,3
0,5	—	—	0,5	1,9	12,9	49,2	3,7	2,0	—	—	31,1	—	—	0,7	3,0	40,5	53,4
8,0	21,2	1,7	30,9	56,7	51,1	93,8	20,1	—	2,0	9,7	10,6	3,7	—	2,6	—	48,7	99,8
62,6	82,5	51,7	552,9	21,8	1558,6	61,3	280,9	183,4	151,8	792,0	370,0	94,2	7,6	63,5	4,5	2144,6	3703,3
56,1 (Sp. 8 u. 9)										193,7 (Sp. 18 u. 19)							
—	24,0	—	24,0	20,5	56,2	47,9	15,3	—	7,9	—	80,6	—	—	2,2	—	106,0	162,1
—	15,8	—	15,8	19,2	45,1	54,0	5,9	—	1,1	28,4	8,1	9,1	0,3	3,5	8,0	64,4	109,5
15,5	46,4	—	61,9	46,4	89,9	67,4	16,8	7,7	5,0	27,7	33,4	5,0	—	5,0	—	100,6	190,5
—	1,5	—	1,5	6,3	8,8	38,2	1,6	—	—	26,0 (Sp. 18 u. 19)		2,4	—	1,0	—	31,0	39,8
—	13,6	—	13,6	35,9	23,8	62,8	2,9	1,8	7,3	—	37,7	2,2	—	2,5	—	54,4	78,2
—	—	—	—	—	15,8	32,0	1,8	—	—	—	60,8	3,2	—	1,1	—	66,9	82,7
—	52,9	—	52,9	37,3	93,3	65,8	17,0	—	2,0	—	88,4	7,5	—	5,0	—	119,9	213,2
—	—	—	—	—	35,4	41,7	10,5	0,3	—	—	70,9	6,5	0,4	1,9	—	90,5	125,9
—	11,6	—	11,6	26,1	26,9	60,3	3,8	—	—	18,0	16,2	3,8	—	0,7	—	42,5	69,4
—	1,1	—	1,1	68,7	1,2	75,0	1,4	0,2 (Sp. 16 u. 17)		2,4 (Sp. 18 u. 19)		0,005	—	1,4	6,0[1]	11,4	12,6
7,9	—	—	7,9	25,8	27,1	88,5	5,1	1,7	—	25,7	3,4	—	—	—	—	35,9	63,0
—	6,1	—	6,1	18,8	21,8	67,3	2,0	2,3	0,8	18,7	9,8	2,7	—	0,9	—	37,2	59,0
—	—	—	—	—	12,1	27,9	2,2	1,9	—	26,3	11,6	5,5	0,06	1,6	2,5	51,6	63,7
—	35,3	—	35,3	35,1	54,0	53,7	12,8	2,7	2,1	—	71,7	8,6	—	6,8	1,4	106,1	160,1
—	14,2	—	14,2	12,7	51,2	45,8	9,4	2,8	7,2	36,6	43,2	14,9	0,7	2,2	—	117,0	168,2
—	3,3	—	3,3	12,8	11,5	44,6	6,2	1,3	—	20,2	6,6	1,6	0,3	2,1	1,5	39,8	51,3
—	17,0	—	17,0	67,2	25,8	102,0	4,0	0,3	0,5	5,2	4,3	2,6	—	0,8	—	17,7	43,5
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	11,6	89,2	1,5	—	—	16,4	3,1	0,2	—	0,6	—	21,8	33,4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	0,8	—	0,8	1,7	25,8	54,3	6,9	3,0	7,0	—	37,9	—	—	1,3	—	56,1	81,9
0,4	4,7	—	5,1	15,5	17,3	52,5	4,7	2,7	2,6	13,3	13,2	4,8	—	0,3	0,1	41,7	59,0
23,8	248,3	—	272,1	23,1	654,6	55,5	131,8	28,5	43,5	236,5	600,9	80,6	1,76	40,9	19,5	1212,5	1867,0
								0,2 (Sp. 16 u. 17)		28,2 (Sp. 18 u. 19)							

[1]) Verlustsaldo.

1902	Eigene Mittel			
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe
1	2	3	4	5
Bank für Handel und Industrie	132,0	13,2	9,4	154,6
Deutsche Bank	160,0	31,6	23,7	215,3
Diskontogesellschaft	150,0	30,7	19,5	200,2
Dresdner Bank	130,0	34,0	—	164,0
A. Schaaffhausenscher Bankverein	100,0	17,6	2,5	120,1
Berliner Handelsgesellschaft	90,0	21,6	3,6	115,2
Nationalbank für Deutschland	60,0	9,7	—	69,7
Mitteldeutsche Kreditbank	45,0	3,7	1,3	50,0
Deutsche Genossenschaftsbank von Soergel, Parrisius & Co.	24,0	3,2	—	27,2
Berliner Bank	42,0	3,3	—	45,3
In Berlin	933,0	168,6	60,0	1161,6
Norddeutsche Bank, Hamburg	41,2	1,8	1,8	44,8
Vereinsbank in Hamburg	24,0	3,0	0,4	27,4
Commerz- und Diskontobank, Hamburg	50,0	6,0	1,2	57,2
Deutsche Nationalbank, Bremen	15,0	1,5	0,3	16,8
Rheinische Diskontogesellschaft, Aachen	35,0	4,8	0,5	40,3
Barmer Bankverein, Barmen	28,4	4,4	0,5	33,3
Bergisch-Märkische Bank, Elberfeld	54,3	11,1	6,0	71,4
Essener Kreditanstalt, Essen	33,0	5,6	2,5	41,1
Niederrheinische Kreditanstalt, Kommand.-Ges. auf Aktien, Peters & Co., Krefeld	21,0	3,4	0,4	24,8
Rheinische Bank, Mülheim (Ruhr)	10,0	—	1,0	11,0
Deutsche Effekten- und Wechselbank	30,0	2,4	—	32,4
Deutsche Vereinsbank, Frankfurt	24,0	2,1	0,5	26,6
Oberrheinische Bank, Mannheim	20,0	0,3	0,04	20,3
Pfälzische Bank, Ludwigshafen	50,0	8,7	0,8	59,5
Rheinische Creditbank, Mannheim	46,0	9,4	0,8	56,2
Hannoversche Bank, Hannover	22,5	2,3	0,7	25,5
Magdeburger Privatbank, Magdeburg	18,0	0,2	—	18,2
Leipziger Bank[1]), Leipzig	—	—	—	—
Dresdner Bankverein, Dresden	18,0	1,9	0,5	20,4
Creditanstalt für Industrie und Handel[1])	—	—	—	—
Schlesischer Bankverein, Breslau	27,0	2,7	4,7	34,4
Breslauer Diskontobank, Breslau	25,0	1,0	—	26,0
In der Provinz	592,4	72,6	22,64	687,6

[1]) Siehe die Anmerkungen auf S. 530.

Übersicht. In Millionen Mark. **Passiva**

Die Verbindlichkeiten									
Accepte	Avale	Depositen	Konto-Korrent-Kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds ꝛc.	Dividenden	Tantiemen	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten	Gesamte Passiva
6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
53,9	6,6	—	132,4[1]	—	8,1	—	0,03	201,0	355,6
145,3	29,0	213,5	507,0	4,0	17,3	1,7	7,8	925,6	1140,9
103,1	15,0	81,9	158,8	3,9	11,9	1,9	0,02	376,5	576,7
115,4	14,7	93,2	185,8	1,7	7,9	2,2	0,05	420,9	584,9
46,1	22,7	5,0	105,7	0,4	5,8	0,3	3,51	189,5	309,6
56,9	—	48,8	64,1	2,0	7,1	1,0	0,01	179,9	295,1
22,9	—	—	68,2[2]	0,6	3,2	0,4	0,01	95,3	165,0
30,7	2,6	—	35,8	—	2,9	0,3	0,04	72,3	122,3
6,7	1,3	3,2	11,5	—	—	—	3,5	26,2	53,4
15,5	3,7	—	33,5[3]	0,2	1,6	0,2	0,005	54,5	99,8
596,5	95,6	445,6	1302,6	12,8	65,8	8,0	14,8	2541,7	3703,3
34,3	4,5	43,0	30,3	0,7	3,5	0,6	0,4	117,3	162,1
7,9	9,1	24,6	37,7	0,4	1,9	0,2	0,3	82,1	109,5
37,3	5,0	—	87,2	0,3	3,2	0,3	0,002	133,3	190,5
13,1	2,4	1,2	5,8	—	0,5	—	0,01	23,0	39,8
13,6	2,2	7,1	12,5	0,1	2,1	0,3	—	37,9	78,2
23,7	3,2	6,0	14,7	—	1,8	—	0,005	49,4	82,7
30,0	7,5	43,8	54,6	0,7	4,6	0,6	0,002	141,8	213,2
7,9	6,5	22,1	44,4	0,5	3,0	0,3	0,1	84,8	125,9
16,7	3,8	11,1	11,4	0,2	1,3	0,1	—	44,6	69,4
0,4	0,005	0,02	0,9	0,01	—	—	0,3	1,6	12,6
13,2	—	—	16,1	—	1,3	—	0,003	30,6	63,0
15,9	2,7	12,0		—	1,6	0,2	–	32,4	59,0
16,7	5,5	—	21,1	0,07	—	—	0,002	43,4	63,7
36,5	8,6	25,5	25,7	—	2,2	0,05	2,1	100,6	160,1
35,3	14,9	—	57,1	0,8	3,4	0,4	0,05	111,9	168,2
2,8	1,7	19,6		0,3	1,3	0,05	0,1	25,8	51,3
7,1	2,6	—	14,8	0,02	0,7	0,02	0,05	25,3	43,5
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3,2	0,2	2,7	5,7	—	1,0	0,1	0,1	13,0	33,4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
0,4	4,8	7,6	32,6	—	1,9	0,2	0,001	47,5	81,9
5,6	4,8	—	21,2	0,3	1,0	0,1	0,002	33,0	59,0
321,6	90,0	194,7	493,8	4,3	36,3	3,5	3,5	1179,3	1867,0
		31,6							

[1]) Darunter 63 700 000 Mk. Verbindlichkeiten mit längeren Terminen.
[2]) Darunter 37 800 000 Mk. auf feste Termine.
[3]) Darunter 23 300 000 Mk. auf feste Termine.

1902	Bruttogewinn des Jahres: Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Insgesamt
1	2	3	4	5	6	7	8
Bank für Handel und Industrie	3 455	2 362	—	1 414	3 835	4753	15 819
Deutsche Bank	13 342	9 187	—	2 214	8 385	351	33 479
Diskontogesellschaft	4 227	4 580	2 603	2 289	4 372	862	18 933
Dresdner Bank	5 873	5 104	3 564	4650 (Sp. 5 u. 6)		256	19 447
A. Schaaffhausenscher Bankverein . . .	3 364	2 449	1 323	1 255	—	16	8 407
Berliner Handelsgesellschaft	4 963	2 661	1 091	3 175	—	355	12 245
Nationalbank für Deutschland	2 211	1 089	901	1 024	—	29	5 254
Mitteldeutsche Kreditbank	1 281	1 306	707	1 207	—	106	4 607
Deutsche Genossenschaftsbank von Soergel, Parrisius & Co. †)	—	—	—	—	—	—	—
Berliner Bank	1 261	825	571	831	—	12	3 500
In **Berlin**	39 977	29 563	10 760	13 409	16 592	6740	121 691
				4650 (Sp. 5 u. 6)			
Norddeutsche Bank, Hamburg	1 966	1 456	849	1177 (Sp. 5 u. 6)		36	5 484
Vereinsbank in Hamburg	1 825	677	—	597 (Sp. 5–7)			3 099
Commerz- und Diskontobank, Hamburg .	3 052	1 207	299	943 (Sp. 5 u. 6)		50	5 551
Deutsche Nationalbank, Bremen	677	458	—	37	—	66	1 238
Rheinische Diskontogesellschaft, Aachen. .	2 142	800	—	286	—	—	3 228
Barmer Bankverein, Barmen	1 699	952	—	51	—	—	2 702
Bergisch-Märkische Bank, Elberfeld . . .	4 319	3 556	—	496	—	—	7 371
Essener Kreditanstalt, Essen	1 540	1 218	681	833	—	—	4 272
Niederrheinische Creditanstalt, Kommand.-Ges. auf Aktien, Peters & Co., Krefeld	1 164	1 018	—	—	—	—	2 182
Rheinische Bank, Mülheim (Ruhr) . . .	65	23	—	—	—	1439 *)	1 527
Deutsche Effekten- und Wechselbank . . .	403	316	564	586	117	37	2 023
Deutsche Vereinsbank, Frankfurt	397	601	444	225	608	17	2 292
Oberrheinische Bank, Mannheim	560	543	427	354	98	2292**)	4 274
Pfälzische Bank, Ludwigshafen.	2 419	1 464	—	7	—	155	4 045
Rheinische Creditbank, Mannheim. . . .	2 193	1 231	774	331	191	46	4 766
Hannoversche Bank, Hannover	736	557	283	525	—	18	2 119
Magdeburger Privatbank, Magdeburg . .	728	625	—	41	—	7	1 401
Leipziger Bank [1]), Leipzig	—	—	—	—	—	—	—
Dresdner Bankverein, Dresden.	438	371	675	52	—	11	1 547
Creditanstalt für Industrie und Handel [1])	—	—	—	—	—	—	—
Schlesischer Bankverein, Breslau	878	433	453	608	651	19	3 042
Breslauer Diskontobank, Breslau . . .	815	363	513	512	161	529	2 893
In der **Provinz**	28 016	16 869	5 962	4 944	1 826	4722	65 056
				2120 (Sp. 5 u. 6)			
				597 (Sp. 5–7)			

†) Eine Gewinnberechnung für das ganze Jahr 1902 liegt nicht vor. *) Verlust.
**) Heranziehung der Reserven. [1]) Siehe die Anmerkungen auf S. 530.

Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne												Zusammen
		Unkosten, Steuern	Abschreibungen			zu den Reserven		Tantieme	Dividende		Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Diverse Abschreibungen und Rückstellungen	
			auf Effekten	auf das Kontokorrent	auf die Konsortialbeteiligungen und Kommanditen	Gesetzliche Reserve	Spezialreserve		Betrag	in % des Aktienkapitals				
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
77	15 896	2 809	2400	—	—	482	750	1248	7 920	6	117	170	—	15 896
774	34 253	12 383	—	—	—	—	1312	1727	16 500	11	784	300	1247	34 253
224	19 157	4 877	—	74	—	—	—	1919	11 475	8½	437	75	300	19 157
36	19 483	5 710	—	300	2700	—	—	2146	7 800	6	67	76	684	19 483
808	9 215	2 064	1000			—	—	335	5 000	5	816	—	—	9 215
250	12 495	2 017	—	—	2000	256	99	1021	6 750	7½	302	50	—	12 495
105	5 359	1 669	—	35	—	—	—	396	3 000	5	219	40	—	5 359
453	5 060	1 554	—	96	—	146	—	258	2 475	5½	473	30	28	5 060
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
132	3 632	929	700	88	—	94	—	199	1 470	3½	127	25	—	3 632
2859	124 550	34 012	3100	593	4700	978	2161	9249	62 390		3342	766	2259	124 550
				1000										
—	5 484	945	—	—	—	230	230	555	3 502	8½	—	22	—	5 484
122	3 221	717	—	—	220	—	—	210	1 800	7½	140	20	114	3 221
148	5 699	2 037	—	78	—	—	72	323	3 000	6	153	36	—	5 699
18	1 256	172	—	634	—	—	—	—	450	3	—	—	—	1 256
43	3 271	664	—	32	—	—	130	280	2 100	7	56	9	—	3 271
38	2 740	773	—	150	—	—	—	60	1 704	6	38	15	—	2 740
372	7 743	1 779	—	—	—	—	671	601	4 340	8	302	50	—	7 743
322	4 594	995	—	—	—	—	150	307	2 640	8	362	40	100	4 594
104	2 286	581	—	250	—	—	—	122	1 155	5½	156	—	22	2 286
—	1 527	125	—	402	—	—	1000	—	—	—	—	—	—	1 527
83	2 106	745	—	14	—	63	—	—	1 200	4	84	—	—	2 106
167	2 459	521	—	9	—	97	—	191	1 440	6	171	30	—	2 459
21	4 295	845	253	2151	1046	—	—	—	—	—	—	—	—	4 295
253	4 298	1 654	—	—	—	—	350	45	2 000	4	179	—	70	4 298
846	5 612	1 561	—	215	15	—	—	436	2 990	6½	360	20	15	5 612
6	2 125	667	—	—	—	—	100	49	1 260	6	22	12	15	2 125
—	1 401	634	—	—	—	37	—	25	630	3½	45	—	30	1 401
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
63	1 610	344	—	189	—	—	—	81	900	5	76	20	—	1 610
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
127	3 169	561	—	—	—	—	350	181	1 755	6½	113	—	209	3 169
—	2 893	633	—	48	—	61	—	116	1 000	4	23	27	985	2 893
2733	67 789	16 953	253	4172	1281	488	3053	3582	33 866		2280	301	1560	67 789

Reichsbank.

Ende 1902: 375 Zweiganstalten, die sich auf das ganze Deutsche Reich verteilen.

Aktiva. In Millionen Mark. Aktiva.

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung						II. Ordnung					Zunächst greifbare Aktiven insgesamt	
	Kasse[1])	Coupons und Sorten	Bankierguthaben	Wechsel, diskontierte Effekten, Guthaben im Ausland	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 16 der Passiven)	Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 16 der Passiven)	Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 16 der Passiven)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1894	1041,4	—	—	612,6	1654,0	99,7	—	100,4	—	100,4	6,0	1754,4	105,7
1895	878,4	—	—	794,4	1672,8	94,4	—	211,2	—	211,2	11,9	1884,0	106,3
1896	830,4	—	—	803,6	1634,0	94,5	—	197,2	—	197,2	11,4	1831,2	105,9
1897	854,4	—	—	819,2	1673,6	94,2	—	172,7	—	172,7	9,7	1846,3	103,9
1898	781,1	—	—	915,6	1696,7	93,1	—	186,1	—	186,1	10,2	1882,8	103,3
1899	727,9	—	—	1114,4	1842,3	98,0	—	141,7	—	141,7	7,5	1984,0	105,5
1900	760,7	—	—	1178,7	1939,4	97,1	—	146,2	—	146,2	7,3	2085,6	104,4
1901	897,4	—	—	1135,6	2033,0	98,6	—	161,4	—	161,4	7,8	2194,4	106,4
1902	814,8	—	—	1224,5	2039,3	97,7	—	189,9	—	189,9	9,1	2229,2	106,8

Jahr	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	Debitoren: ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	—	—	—	—	—	—	—	24,3	30,9	55,2	1809,6
1895	—	—	—	—	—	—	—	29,9	8,5	38,4	1922,4
1896	—	—	—	—	—	—	—	33,2	14,9	48,1	1879,3
1897	—	—	—	—	—	—	—	33,5	46,9	80,4	1926,7
1898	—	—	—	—	—	—	—	35,5	54,7	90,2	1973,0
1899	—	—	—	—	—	—	—	35,6	11,9	47,5	2031,5
1900	0,2	—	—	—	—	—	—	36,0	26,6	62,8	2148,4
1901	0,1	—	—	—	—	—	—	37,3	27,6	65,0	2259,4
1902	0,2	—	—	—	—	—	—	40,6	17,1	57,9	2287,1

1) Metall, Reichskassenscheine und Noten anderer Banken.

Reichsbank.

Passiva. In Millionen Mark. **Passiva.**

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten											Gesamte Passiva	Gesamtumsätze
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven[1]	Summe	Umlaufende Noten	Notensteuer	Kontokorrent-Kreditoren	Girogelder[2]	Beamtenversorgung, Pensionsfonds 2c.	Dividenden[3]	Gewinnbeteiligung des Reichs	Depositen mit Kündigungsfrist	Depositen stets rückzahlbar	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
1894	120,0	30,0	0,2	150,2	1211,2	—	—	435,3	—	3,3	3,9	—	—	5,7	1659,4	1809,6	110 784
1895	120,0	30,0	0,1	150,1	1320,1	0,2	—	439,5	—	2,9	2,9	—	—	6,7	1772,3	1922,4	121 313
1896	120,0	30,0	0,9	150,9	1258,0	0,5	—	448,6	—	4,8	8,4	—	—	8,1	1728,4	1879,3	131 499
1897	120,0	30,0	0,6	150,6	1320,0	0,8	—	431,5	—	5,3	9,9	—	—	8,6	1776,1	1926,7	142 111
1898	120,0	30,0	0,6	150,6	1357,4	1,9	—	437,6	—	6,0	12,1	—	—	7,4	1822,4	1973,0	163 396
1899	120,0	30,0	0,6	150,6	1358,9	2,9	—	481,8	—	8,4	19,1	—	—	9,8	1880,9	2031,5	179 633
1900	120,0	30,0	0,9	150,9	1410,0	2,5	—	505,3	—	9,0	20,8	—	—	49,9	1997,5	2148,4	189 091
1901	150,0	44,6	3,1	197,7	1465,8	0,4	—	571,3	—	4,1	12,4	—	—	7,7	2061,7	2259,4	193 148
1902	150,0	47,6	1,4	199,0	1516,5	0,5	—	551,4	—	3,0	8,8	—	—	7,9	2088,1	2287,1	191 926

[1] Rückstellungen für zweifelhafte Forderungen. [2] Einschließlich unverzinslicher Depositengelder. [3] Ausschließlich der auf $3^1/_2$ Prozent festgesetzten Abschlagsdividende, die sich für die Jahre 1894 bis 1900 auf 4 200 000 Mk., für die Jahre 1901 und 1902 auf 5 250 000 Mk. jährlich beziffert.

Reichsbank.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres: Zinsen aus Lombardgeschäften	Provisionen	aus diskont. Wechseln und Effekten, sowie aus Buchforderungen	Effekten	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Insgesamt	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne: Unkosten, Steuern	Leistungen an den Staat[1]	Notensteuer	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	Spezialreserve	Gewinnbeteiligung des Reichs	Dividende: Betrag	in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Diverse Abschreibungen	Zusammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1894	3116	2941	15 668	—	—	732	22 457	11	22 468	9 186	1866	—	—	—	3 903	7 512	6,26	1	—	—	22 468
1895	3102	2984	15 344	—	—	283	21 713	1	21 714	9 595	1866	224	—	53	2 860	7 056	5,88	4	—	56	21 714
1896	4691	3169	22 229	—	—	389	30 478	4	30 482	9 796	1866	465	—	888	8 407	9 000	7,50	6	—	54	30 482
1897	4990	3140	23 940	—	—	629	32 699	6	32 705	10 668	1866	768	—	—	9 897	9 504	7,92	2	—	—	32 705
1898	5087	3237	29 485	—	—	395	38 204	2	38 206	11 691	1866	1927	—	443	12 058	10 212	8,51	9	—	—	38 206
1899	4963	3407	40 035	—	—	203	48 608	9	48 617	12 033	1866	2847	—	—	19 134	12 575	10,48	11	—	151	48 617
1900	5089	3274	43 249	—	—	274	51 886	11	51 897	13 186	1866	2518	—	311	20 824	13 151,5	10,96	0,5	—	40	51 897
1901	3718	3186	37 432	—	—	416	44 752	0,5	44 752	14 220	1866	352	4139	2364	12 417	9 375	6,25	15	—	4	44 752
1902	3212	3149	28 511	—	—	2021	36 893	15	36 908	14 539	1866	478	2948	—	8 845	8 205	5,47	8	—	19	36 908

[1]) D. i. die der Preußischen Bank im Jahre 1856 auferlegte bis zum Jahre 1925 laufende jährliche Rente von 1 865 730 Mk., welche an Preußen zu entrichten ist.

Frankfurter Bank in Frankfurt a. M.

Aktiva. In Millionen Mark. Aktiva.

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse	Coupons und Sorten	Bankierguthaben	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 13 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 13 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 13 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren [1]: gedeckte	ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse [2]	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	5,3	—	—	31,5	36,8	109,5	—	10,0	—	10,0	29,8	46,8	139,3	6,0	—	—	—	0,8	—	0,4	0,6	1,8	9,6	56,4
1895	6,4	—	—	29,5	35,9	96,2	—	14,7	—	14,7	39,4	50,6	135,6	6,0	—	—	—	0,7	—	0,4	0,6	1,8	9,5	60,1
1896	5,9	—	—	29,1	35,0	102,0	—	11,9	—	11,9	34,7	46,9	136,7	6,5	—	—	—	0,8	—	0,5	0,6	1,8	10,2	57,1
1897	6,4	—	—	33,5	39,9	106,4	—	10,2	—	10,2	27,2	50,1	133,6	6,2	—	—	—	0,8	—	0,5	0,8	1,9	10,2	60,3
1898	5,8	—	—	32,9	38,7	107,5	—	10,3	—	10,3	28,7	49,0	136,2	5,9	—	—	—	0,8	—	0,6	0,7	1,8	9,8	58,8
1899	5,7	—	—	32,4	38,1	100,5	—	12,4	—	12,4	32,8	50,5	133,3	5,3	—	—	—	2,5	—	—	0,7	1,7	10,2	60,7
1900	6,3	—	—	36,7	43,0	99,0	—	12,5	—	12,5	28,8	55,5	127,8	4,7	—	—	—	3,6	—	—	0,6	1,8	10,7	66,2
1901	2,8	—	—	28,8	31,6	99,4	—	13,2	—	13,2	41,5	44,8	140,9	6,6	—	—	—	0,7	—	—	0,6	1,9	9,8	54,6
1902	0,7	—	—	26,1	26,8	102,3	—	14,5	—	14,5	55,4	41,3	157,7	5,6	—	—	—	1,3	—	—	0,6	0,2	7,7	49,0

[1]) Darunter Guthaben bei der Reichsbank.

[2]) Darunter ein unverzinsliches Darlehen an den Staat von 1 714 285,71 Mk., das am 2. Januar 1902 zurückgezahlt worden ist.

Frankfurter Bank in Frankfurt a. M.

Passiva. In Millionen Mark. Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten								Gesamte Passiva
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe	Umlaufende Noten[1])	Depositen (täglich fällige)	Kontokorrent-Kreditoren	Beamtenversorgung, Pensionsfonds zc.	Dividenden	Tantiemen	Diverse	Summe der Verbindlichkeiten	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1894	18,0	4,5	0,3	22,8	13,7	17,6	—	0,5	1,5	—	0,3	33,6	56,4
1895	18,0	4,5	0,3	22,8	15,4	19,4	—	0,5	1,6	—	0,4	37,3	60,1
1896	18,0	4,5	0,3	22,8	15,8	15,6	—	0,6	1,9	—	0,4	34,3	57,1
1897	18,0	4,5	0,3	22,8	16,0	18,2	—	0,6	2,2	—	0,5	37,5	60,3
1898	18,0	4,5	0,3	22,8	16,0	16,5	—	0 7	2,4	—	0,4	36,0	58,8
1899	18,0	4,5	0,3	22,8	14,9	19,9	—	0,1	2,7	—	0,3	37,9	60,7
1900	18,0	4,5	0,3	22,8	16,2	23,9	—	0,1	3,0	—	0,2	43,4	66,2
1901	18,0	4,5	0,3	22,8	1,0	27,7	—	0,05	2,8	—	0,3	31,8	54,6
1902	18,0	4,5	0,3	22,8	0,5	22,7	—	0,05	2,7	0,2[2])	0,005	26,2	49,0

[1]) Seit dem 26. März 1901, an dem der Verzicht auf das Notenprivileg beschlossen wurde, sind keine Noten mehr ausgegeben worden. [2]) In den Jahren bis 1901 einschließlich ist die Tantieme aus dem in der Bilanz erscheinenden Reingewinn ausgesondert.

Frankfurter Bank in Frankfurt a. M.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres							Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne												Zusammen
	Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Insgesamt			Unkosten: Verwaltungsspesen	Unkosten: Zinsen auf fremde Gelder	Leistungen an den Staat	Notensteuer	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	zu den Reserven: Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	Dividende: in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Diverse Abschreibungen und Rücklagen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1894	327,6	730,9	580,5	303,3	—	0,5	1942,8	228,2	2171,0	393,5	102,6	—	—	—	—	66,9	1260	7,0	268,0	40	40,0	2171,0
1895	317,8	801,0	587,5	258,7	—	0,6	1965,6	268,0	2233,6	398,2	62,6	—	—	—	—	64,8	1260	7,0	348,0	60	40,0	2233,6
1896	393,8	804,7	877,8	254,6	—	0,8	2331,7	348,0	2679,7	426,9	134 7	—	—	—	—	79,3	1386	7,7	477,8	60	115,0	2679,7
1897	404,1	874,1	974,8	254,6	—	7,8	2515,4	477,8	2993,2	442,8	177,7	—	—	—	—	96,1	1575	8,75	619,5	40	42,1	2993,2
1898	451,5	911,4	1132,8	174,7	—	8,8	2679,2	619,5	3298,7	471,0	189,7	—	0,2	—	—	105,3	1620	9,0	812,5	60	40,0	3298,7
1899	517,6	912,7	1433,9	115,5	—	8,7	2988,4	812,5	3800,9	498,9	327,7	—	—	—	—	99,6	1710	9,5	1024,7	100	40,0	3800,9
1900	600,8	850,7	1659,2	105,6	—	8,6	3224,9	1024,7	4249,6	536,7	486,4	—	—	—	—	134,0	1710	9,5	1242,5	100	40,0	4249,6
1901	747,3	915,1	696,0	221,6	—	8,6	2588,6	1242,5	3831,1	547,0	359,0	—	—	—	—	106,8	1530	8,5	1247,3	40	1,0	3831,1
1902	477,9	985,3	670,5	322,2	—	8,6	2464,5	1247,3	3711,8	573,5	247,8	—	—	—	—	154,6	1530	8,5	1165,9	40	—	3711,8

Sächsische Bank zu Dresden.

Zweigstellen in Leipzig, Chemnitz, Zittau, Meerane, Reichenbach i. V., Annaberg, Plauen i. V. und Zwickau.

Aktiva. In Millionen Mark. Aktiva.

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse*)	Coupons und Sorten	Bankierguthaben	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 15 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 15 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 15 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte [1])	ungedeckte	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	39,530	—	—	74,345	113,875	123,0	—	4,175	—	4,175	4,5	118,050	127,5	1,384	—	—	1,453	4,427	—	—	0,615	1,435	9,314	127,364
1895	44,150	—	—	84,989	129,139	120,8	—	3,838	—	3,838	3,6	132,977	124,4	0,492	—	—	2,073	3,914	—	—	0,617	1,295	8,391	141,368
1896	35,364	—	—	72,276	107,640	122,0	—	7,267	—	7,267	8,2	114,907	130,2	0,788	—	—	1,802	3,880	—	—	0,610	1,165	8,245	123,152
1897	38,884	—	—	73,130	112,014	120,3	—	5,612	—	5,612	6,0	117,626	126,3	0,590	—	—	2,271	6,058	—	—	0,600	1,143	10,662	128,288
1898	43,956	—	—	70,105	114,061	116,5	—	4,222	—	4,222	4,3	118,283	120,8	0,719	—	—	2,376	10,201	—	—	0,550	1,314	15,160	133,443
1899	35,621	—	—	92,700	128,321	117,0	—	5,136	—	5,136	4,7	133,457	121,7	0,499	—	—	2,378	7,675	—	—	0,500	1,219	12,271	145,728
1900	37,104	—	—	92,100	129,204	114,1	—	6,056	—	6,056	5,3	135,260	119,4	1,336	—	—	1,984	9,411	—	—	0,500	1,347	14,578	149,838
1901	34,073	—	—	47,276	81,349	74,8	—	31,489	—	31,489	28,9	112,838	103,7	9,718	—	—	5,838	8,370	—	—	0,500	8,239 [2])	32,665	145,503
1902	32,760	—	—	41,059	73,819	66,9	—	32,890	—	32,890	29,8	106,709	96,7	17,566	—	—	11,868	6,668	—	—	0,500	3,789 [2])	40,391	147,100

*) Die in der Bilanz als „sonstige Kassenbestände" aufgeführten Beträge sind unter „Diverse" genommen.

[1]) Durch Faustpfand der im § 13, Ziffer 3, b, c, d des Bankgesetzes bezeichneten Art. [2]) Darunter Konto für fällige, aber unbezahlt gebliebene Wechselforderungen:

1901:	8 679 922,41 Mk.
Abschreibung:	1 700 000,— „
	6 979 922,41 Mk.
1902:	2 104 543,13 Mk.

Sächsische Bank zu Dresden.

Passiva. In Millionen Mark. **Passiva.**

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten										Gesamte Passiva
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe	Umlaufende Noten	Avale	Depositen (täglich fällig)	Depositen mit Kündigung	Beamtenversorgung, Pensionsfonds ꝛc.	Dividenden	Tantiemen	Notensteuer	Diverse	Summe der Verbindlichkeiten	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1894	30,0	4,676	0,079	34,755	55,969	—	22,375	12,261	0,322	1,475	0,015	0,010	0,182	92,609	127,364
1895	30,0	4,695	0,079	34,774	60,036	—	32,338	12,236	0,357	1,448	0,008	0,001	0,170	106,594	141,368
1896	30,0	4,838	0,075	34.913	55,532	—	20,566	10,002	0,095	1,768	0,065	0,009	0,202	88,239	123,152
1897	30,0	5,027	0,168	35,195	58,745	—	20,832	11,088	0,162	1 893	0,085	0,012	0,276	93,093	128,288
1898	30,0	5,277	0,250	35,527	57,828	—	26,150	11,413	0,054	2,099	0,112	0,019	0,241	97,916	133,443
1899	30,0	5,620	0,402	36,022	59,445	—	31,791	15,470	0,103	2,328	0,155	0,025	0,389	109,706	145,728
1900	30,0	6,060	0,556	36,616	58,377	—	28,425	22,715	0,131	2,729	0,224	0,039	0,582	113,222	149,838
1901	30,0	6,060	0,523	36,583	52,415	—	26,466	28,186	0,043	1,255	—	0,010	0,545	108,920	145,503
1902	30,0	6,132	0,620	36,752	51,702	—	31,208	25,293	0,017	1,553	0,026	0,010	0,539	110,348	147,100

Gewinne und Verluste. — **Sächsische Bank zu Dresden.** — **Gewinne und Verluste.**

In Tausend Mark.

Jahr	Bruttogewinn des Jahres: Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Insgesamt	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne: Verwaltungsspesen	Zinsen auf fremde Gelder	Leistungen an den Staat	Notensteuer	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Diverse Abschreibungen und Rücklagen	Zusammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1894	139,9	119,3	1887,7	257,1	—	8,8	2412,8	74,4	2487,2	628,4	260,4	—	9,7	32,9	30,0	14,8	1425	4,75	49,9	25	11,1	2487,2
1895	116,2	123,7	1908,9	241,7	—	14,6	2405,1	49,9	2455,0	679,6	279,0	—	0,7	19,2	—	8,5	1425	4,75	23,0	20	—	2455,0
1896	177,7	129,3	2538,6	198,2	—	10,7	3054,5	23,0	3077,5	680,2	263,4	—	8,7	143,3	75,0	64,4	1725	5,75	43,4	30	44,1	3077,5
1897	179,4	141,9	2714,0	224,3	—	14,7	3274,3	43,4	3317,7	691,6	276,5	—	12,1	188,8	70,0	84,9	1850	6,16	43,3	50	50,5	3317,7
1898	431,2	143,6	3066,0	200,3	—	12,9	3854,0	43,3	3897,3	742,9	494,0	—	19,0	249,7	79,5	112,3	2025	6,75	73,9	50	51,0	3897,3
1899	592,9	148,9	3553,5	276,8	—	8,0	4580,1	73,9	4654,0	764,2	723,5	—	24,7	343,6	150,0	154,5	2250	7,5	78,3	75	90,2	4654,0
1900	213,9	153,5	4602,1	146,1	—	12,1	5127,7	78,3	5206,0	752,9	786,6	—	39,4	439,8	150,0	224,4	2700	9,0	28,6	75	9,3	5206,0
1901	1162,2	230,2	3077,1	406,1	—	—	4875,6	28,6	4904,2	823,1	1089,0	—	10,0	—	1700,0[1]	—	1200	4,0	55,4	—	26,7	4904,2
1902	1338,9	168,4	1472,6	534,2	—	—	3514,1	55,4	3569,5	839,3	863,0	—	9,9	71,5	150,0	26,5	1500	5,0	52,8	—	56,5	3569,5

[1]) 1 700 000 Mk. wegen des Konkurses der Leipziger Bank zurückgestellt.

Württembergische Notenbank in Stuttgart.

Agenturen an 27 Plätzen.

Aktiva. In Millionen Mark. Aktiva.

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse	Coupons und Sorten	Bankierguthaben	Wechsel und diskontierte Effekten	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 15 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 15 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 15 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	ungedeckte[1]	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	12,414	—	—	19,825	32,239	132,4	—	1,382	—	1,382	5,5	33,621	137,9	0,009	—	—	—	0,371	—	—	0,129	0,006	0,515	34,136
1895	12,028	—	—	20,671	32,699	131,3	—	1,476	—	1,476	5,9	34,175	137,2	0,009	—	—	—	0,378	—	—	0,129	0,007	0,523	34,698
1896	12,307	—	—	19,348	31,655	133,0	—	1,302	—	1,302	5,5	32,957	138,5	0,009	—	—	—	0,557	—	—	0,129	0,008	0,703	33,660
1897	12,790	—	—	20,932	33,722	129,6	—	1,572	—	1,572	6,0	35,294	135,6	0,009	—	—	—	0,409	—	—	0,129	0,008	0,555	35,849
1898	12,612	—	—	21,020	33,632	130,6	—	1,220	—	1,220	5,0	34,852	135,6	0,009	—	—	—	0,655	—	—	0,125	0,008	0,797	35,649
1899	12,350	—	—	19,977	32,327	133,6	—	0,816	—	0,816	3,0	33,143	136,6	0,009	—	—	—	0,892	—	—	0,125	0,007	1,033	34,176
1900	12,657	—	—	20,355	33,012	138,0	—	0,427	—	0,427	2,0	33,439	140,0	0,009	—	—	—	0,422	—	—	0,125	0,003	0,559	33,998
1901	13,132	—	—	13,580	26,712	96,2	—	8,791	—	8,791	31,7	35,503	127,9	1,467	-	—	—	0,680	—	—	0,125	0,079	2,351	37,854
1902	14,310	—	—	14,716	29,026	96,3	—	10,099	—	10,099	33,5	39,125	129,8	0,278	—	—	—	0,666	—	—	0,125	0,056	1,125	40,250

[1]) Einschließlich des Guthabens bei der Reichsbank.

Württembergische Notenbank in Stuttgart.

Passiva. In Millionen Mark. **Passiva.**

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten										Gesamte Passiva
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe	Umlaufende Noten	Avale	Täglich fällige Depositen	Beamtenversorgung, Pensionsfonds rc.	Dividenden	Tantiemen	Leistungen an den Staat	Notensteuer	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1894	9,000	0,776	—	9,776	22,433	—	1,468	0,051	0,321	—	—	0,003	0,084	24,360	34,136
1895	9,000	0,791	—	9,791	22,180	—	2,278	0,051	0,288	—	—	0,002	0,108	24,907	34,698
1896	9,000	0,820	—	9,820	22,206	—	0,962	0,051	0,479	0.009	0,011	0,006	0,116	23,840	33,660
1897	9,000	0,851	—	9,851	22,986	—	2,287	0,052	0,508	0,013	0,023	0,002	0,127	25,998	35,849
1898	9,000	0,900	—	9,900	22,927	—	1,998	0,055	0,549	0,020	0,044	0,004	0,152	25,749	35,649
1899	9,000	0,980	—	9,980	22,326	—	0,912	0,057	0,616	0,032	0,080	0,004	0,169	24.196	34,176
1900	9,000	1,065	—	10,065	21,624	—	1,299	0,057	0,701	0,034	0,088	0,002	0,128	23,933	33,998
1901	9,000	1,092	0,005	10,097	23,265	—	3,704	0,057	0,638	0,009	0,013	0,001	0,070	27,757	37,854
1902	9,000	1,112	0,005	10,117	23,435	—	6,008	0,057	0,564	—	—	0,001	0,068	30,133	40,250

Württembergische Notenbank in Stuttgart.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres: Zinsen	Bruttogewinn des Jahres: Provisionen	Bruttogewinn des Jahres: Wechsel	Bruttogewinn des Jahres: Effekten	Bruttogewinn des Jahres: Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Bruttogewinn des Jahres: Diverse	Bruttogewinn des Jahres: Insgesamt	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne: Unkosten: Verwaltungsspesen	Verwendung der Gewinne: Unkosten: Zinsen auf fremde Gelder	Verwendung der Gewinne: Leistungen an den Staat	Verwendung der Gewinne: Notensteuer	Verwendung der Gewinne: zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	Verwendung der Gewinne: zu den Reserven: Spezialreserve	Verwendung der Gewinne: Tantieme	Verwendung der Gewinne: Dividende: Betrag	Verwendung der Gewinne: Dividende: in % des Aktienkapitals	Verwendung der Gewinne: Vortrag auf neue Rechnung	Verwendung der Gewinne: Beamtenversorgung	Verwendung der Gewinne: Diverse Abschreibungen und Rücklagen	Zusammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1894	39,6	0,8	448,3	0,3	—	—	489,0	5,3	494,3	120,6	33,4	—	3,0	16,6	—	—	315,0	3½	5,6	—	0,1	494,3
1895	42,8	0,8	403,0	0,3	—	—	446,9	5,6	452,5	120,7	26,6	—	2,3	14,9	—	—	281,2	3⅛	6,7	—	0,1	452,5
1896	53,2	0,8	619,5	0,3	—	—	673,8	6,7	680,5	119,6	30,7	11,1	5,5	25,9	—	8,7	461,2	5⅛	17,7	—	0,1	680,5
1897	57,0	1,0	676,2	0,3	—	—	734,5	17,7	752,2	125,7	45,0	22,5	2,4	31,3	—	12,5	495,0	5½	13,1	4,6	0,1	752,2
1898	61,4	0,8	786,4	0,3	—	—	848,9	13,1	862,0	125,5	63,4	44,2	4,3	49,4	—	19,7	540,0	6	8,7	3,0	3,8	862,0
1899	46,4	0,9	944,5	0,3	—	—	992,1	8,7	1000,8	127,0	59,2	80,3	3,9	79,4	—	31,8	540,0	6	75,7	3,5	—	1000,8
1900	27,9	1,0	1002,0	0,3	—	—	1031,2	75,7	1106,9	153,8	32,3	87,7	2,4	85,5	—	34,2	540,0	6	161,0	10,0	—	1106,9
1901	242,0	1,4	515,2	29,8	—	—	788,4	161,0	949,4	184,4	72,2	13,4	0,6	26,3	5,0	9,5	450,0	5	183,0	5,0	—	949,4
1902	170,5	1,1	454,8	107,1	—	3,5[1]	737,0	183,0	920,0	235,5	94,2	—	1,2	20,0	—	—	382,5	4¼	181,6	5,0	—	920,0

[1]) Verjährte Dividende.

Württembergische Notenbank in Stuttgart.

Passiva. — In Millionen Mark. — Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten										Gesamte Passiva
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe	Umlaufende Noten	Avale	Täglich fällige Depositen	Beamtenversorgung, Pensionsfonds 2c.	Dividenden	Tantiemen	Leistungen an den Staat	Notensteuer	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1894	9,000	0,776	—	9,776	22,433	—	1,468	0,051	0,321	—	—	0,003	0,084	24,360	34,136
1895	9,000	0,791	—	9,791	22,180	—	2,278	0,051	0,288	—	—	0,002	0,108	24,907	34,698
1896	9,000	0,820	—	9,820	22,206	—	0,962	0,051	0,479	0,009	0,011	0,006	0,116	23,840	33,660
1897	9,000	0,851	—	9,851	22,986	—	2,287	0,052	0,508	0,013	0,023	0,002	0,127	25,998	35,849
1898	9,000	0,900	—	9,900	22,927	—	1,998	0,055	0,549	0,020	0,044	0,004	0,152	25,749	35,649
1899	9,000	0,980	—	9,980	22,326	—	0,912	0,057	0,616	0,032	0,080	0,004	0,169	24,196	34,176
1900	9,000	1,065	—	10,065	21,624	—	1,299	0,057	0,701	0,034	0,088	0,002	0,128	23,933	33,998
1901	9,000	1,092	0,005	10,097	23,265	—	3,704	0,057	0,638	0,009	0,013	0,001	0,070	27,757	37,854
1902	9,000	1,112	0,005	10,117	23,435	—	6,008	0,057	0,564	—	—	0,001	0,068	30,133	40,250

Württembergische Notenbank in Stuttgart.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. Gewinne und Verluste.

Jahr	Bruttogewinn des Jahres: Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Insgesamt	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne: Unkosten: Verwaltungsspesen	Zinsen auf fremde Gelder	Leistungen an den Staat	Notensteuer	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Diverse Abschreibungen und Rücklagen	Zusammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1894	39,6	0,8	448,3	0,3	—	—	489,0	5,3	494,3	120,6	33,4	—	3,0	16,6	—	—	315,0	3½	5,6	—	0,1	494,3
1895	42,8	0,8	403,0	0,3	—	—	446,9	5,6	452,5	120,7	26,6	—	2,3	14,9	—	—	281,2	3⅛	6,7	—	0,1	452,5
1896	53,2	0,8	619,5	0,3	—	—	673,8	6,7	680,5	119,6	30,7	11,1	5,5	25,9	—	8,7	461,2	5⅛	17,7	—	0,1	680,5
1897	57,0	1,0	676,2	0,3	—	—	734,5	17,7	752,2	125,7	45,0	22,5	2,4	31,3	—	12,5	495,0	5½	13,1	4,6	0,1	752,2
1898	61,4	0,8	786,4	0,3	—	—	848,9	13,1	862,0	125,5	63,4	44,2	4,3	49,4	—	19,7	540,0	6	8,7	3,0	3,8	862,0
1899	46,4	0,9	944,5	0,3	—	—	992,1	8,7	1000,8	127,0	59,2	80,3	3,9	79,4	—	31,8	540,0	6	75,7	3,5	—	1000,8
1900	27,9	1,0	1002,0	0,3	—	—	1031,2	75,7	1106,9	153,8	32,3	87,7	2,4	85,5	—	34,2	540,0	6	161,0	10,0	—	1106,9
1901	242,0	1,4	515,2	29,8	—	—	788,4	161,0	949,4	184,4	72,2	13,4	0,6	26,3	5,0	9,5	450,0	5	183,0	5,0	—	949,4
1902	170,5	1,1	454,8	107,1	—	3,5[1]	737,0	183,0	920,0	235,5	94,2	—	1,2	20,0	—	—	382,5	4¼	181,6	5,0	—	920,0

[1]) Verjährte Dividende.

Badische Bank in Mannheim.

Filiale in Karlsruhe.

Aktiva. In Millionen Mark. **Aktiva.**

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse	I. Ordnung: Coupons und Sorten	I. Ordnung: Bankierguthaben	I. Ordnung: Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 16 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	II. Ordnung: Lombards	II. Ordnung: Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 16 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 16 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	Debitoren: ungedeckte *)	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	6,62	—	—	21,36	27,98	137,0	—	0,69	—	0,69	3,4	28,67	140,4	0,10	—	—	—	2,02	—	—	0,31	—	2,43	31,10
1895	6,77	—	—	20,02	26,79	140,7	—	0,97	—	0,97	5,1	27,76	145,8	0,11	—	—	—	1,51	—	—	0,33	—	1,95	29,71
1896	5,60	—	—	21,41	27,01	136,2	—	1,07	—	1,07	5,4	28,08	141,6	0,02	—	—	—	2,08	—	—	0,32	—	2,42	30,50
1897	6,72	—	—	22,00	28,72	135,4	—	0,92	—	0,92	4,3	29,64	139,7	0,04	—	—	—	1,90	—	—	0,34	—	2,28	31,92
1898	6,17	—	—	22,92	29,09	132,8	—	0,71	—	0,71	3,2	29,80	136,0	0,08	—	—	—	2,41	—	—	0,35	—	2,84	32,64
1899	6,19	—	—	24,83	31,02	128,2	—	0,56	—	0,56	2,3	31,58	130,5	0,04	—	—	—	3,05	—	—	0,35	—	3,44	35,02
1900	6,62	—	—	22,95	29,57	128,7	—	0,71	—	0,71	3,1	30,28	131,8	0,06	—	—	—	3,18	—	—	0,35	—	3,59	33,87
1901	5,33	—	—	11,99	17,32	70,4	—	14,60	—	14,60	59,3	31,92	129,7	0,29	—	—	—	3,03	—	—	0,35	—	3,67	35,59
1902	8,07	—	—	17,32	25,39	82,9	—	12,21	—	12,21	39,9	37,60	122,8	0,13	—	—	—	3,29	—	—	0,53	0,07	4,02	41,62

*) Einschließlich des Guthabens bei der Reichsbank, welches nicht gesondert ausgewiesen ist.

Badische Bank in Mannheim.

Passiva. In Millionen Mark. Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten											Gesamte Passiva	Gesamtumsätze
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe	Umlaufende Noten	Avale	Kontokorrent-kreditoren: täglich fällig	Kontokorrent-kreditoren: auf Kündigung	Beamtenversorgung, Pensionsfonds 2c.	Dividenden	Tantiemen	Leistungen an den Staat	Notensteuer	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
1894	9,0	1,66	0,02	10,68	16,24	—	3,76	—	—	0,37	—	—	—	0,05	20,42	31,10	2235
1895	9,0	1,66	0,01	10,67	16,60	—	2,02	—	0,03	0,37	—	—	0,001	0,02	19,04	29,71	2171
1896	9,0	1,69	0,01	10,70	16,27	—	2,92	—	0,04	0,52	0,02	0,01	0,001	0,02	19,80	30,50	2259
1897	9,0	1,74	0,01	10,75	17,46	—	3,06	—	0,05	0,54	0,02	0,02	0,002	0,02	21,17	31,92	2531
1898	9,0	1,79	—	10,79	16,52	—	4,61	—	0,05	0,58	0,03	0,03	0,002	0,03	21,85	32,64	2669
1899	9,0	1,88	0,02	10,90	16,68	—	6,59	—	0,06	0,66	0,04	0,05	0,002	0,04	24,12	35,02	2123
1900	9,0	1,96	0,01	10,97	17,04	—	4,99	—	0,08	0,67	0,04	0,05	0,003	0,03	22,90	33,87	2967
1901	9,0	1,97	0,03	11,0	13,38	—	10,58	—	0,10	0,49	0,01	—	—	0,03	24,59	35,59	2425
1902	9,0	1,98	0,03	11,01	17,70	—	12,27	—	0,11	0,48	0,01	—	—	0,04	30,61	41,62	3390

Badische Bank in Mannheim.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres							Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne												Zusammen
	Zinsen	Provisionen[1])	Wechsel	Effekten	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Insgesamt			Unkosten: Verwaltungsspesen	Unkosten: Zinsen auf fremde Gelder	Leistungen an den Staat	Notensteuer	zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	zu den Reserven: Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	Dividende: in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Diverse Abschreibungen und Rückstellungen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1894	82	38	443	17	—	—	580	11	591	183	40	—	—	—	—	—	360	4,0	8	—	—	591
1895	77	42	457	13	—	—	589	8	597	180	47	—	1	—	—	—	360	4,0	9	—	—	597
1896	110	46	662	5	—	—	823	9	832	186	62	14	1	33	—	16	495	5,5	20	5	—	832
1897	114	46	724	4	—	—	888	20	908	202	76	19	2	40	—	20	540	6,0	4	5	—	908
1898	115	48	846	11	—	—	1020	4	1024	196	112	32	2	59	—	29	570	6 1/8	14	5	5	1024
1899	132	47	1098	3	—	—	1280	14	1294	225	199	50	2	84	—	42	630	7,0	32	10	20	1294
1900	137	49	1070	4	—	6	1266	32	1298	223	211	47	3	80	—	40	630	7,0	41	20	3	1298
1901	393	50	478	13	—	—	934	41	975	258	178	—	—	13	—	6	450	5,0	40	10	20	975
1902	371	51	493	34	—	—	949	40	989	231	222	—	—	10	—	9	450	5,0	27	10	30	989

[1]) Nur die Gebühren für die aufbewahrten Depositen. Die übrigen Provisionen sind in den Zinsen (Sp. 2) mit enthalten.

Bayerische Notenbank in München.

Filialen in Augsburg, Nürnberg, Kempten, Würzburg, Ludwigshafen a. Rh. und Regensburg; ferner eine größere Anzahl von Agenturen.

Aktiva. In Millionen Mark. **Aktiva.**

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse	Coupons und Sorten	Bankierguthaben	Wechsel, diskont. Effekten und Wechsel aufs Ausland	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 15 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 15 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 15 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	ungedeckte[1]	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	36,7	—	—	45,6	82,3	108,3	—	3,0	—	3,0	4,0	85,3	112,3	0,06	—	—	—	0,6	—	—	0,3	0,14	1,1	86,4
1895	33,9	—	—	49,6	83,5	107,7	—	3,4	—	3,4	4,4	86,9	112,1	0,04	—	—	—	0,7	—	—	0,2	0,12	1,1	88,0
1896	34,1	—	—	49,8	83,9	108,7	—	3,0	—	3,0	3,9	86,9	112,6	0,04	—	—	—	0,8	—	—	0,25	0,1	1,2	88,1
1897	37,3	—	—	43,9	81,2	110,5	—	2,2	—	2,2	3,0	83,4	113,5	0,04	—	—	—	1,0	—	—	0,25	0,01	1,3	84,7
1898	36,9	—	—	43,8	80,7	111,5	—	1,9	—	1,9	2,6	82,6	114,1	0,02	—	—	—	0,9	—	—	0,31	0,01	1,3	83,9
1899	32,1	—	—	52,5	84,6	112,5	—	1,1	—	1,1	1,5	85,7	114,0	0,02	—	—	—	0,8	—	—	0,5	0,10	1,4	87,1
1900	31,9	—	—	51,5	83,4	112,2	—	1,1	—	1,1	1,5	84,5	113,7	0,02	—	—	—	1,1	—	—	0,5	0,3	1,9	86,4
1901	35,1	—	—	46,8	81,9	109,6	—	3,3	—	3,3	4,5	85,2	114,1	—	—	—	—	1,1	—	—	0,5	0,3	1,9	87,1
1902	34,0	—	—	49,3	83,3	109,6	—	3,4	—	3,4	4,5	86,7	114,1	0,05	—	—	—	1,0	—	—	0,5	0,3	1,8	88,5

[1]) Darunter Guthaben bei der Reichsbank in Höhe von 400 000 Mk.

Bayerische Notenbank in München.

Passiva. In Millionen Mark. **Passiva.**

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten										Gesamte Passiva
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe	Umlaufende Noten	Avale	Täglich fällige Depositen	Beamtenversorgung, Pensionsfonds 2c.[1]	Dividenden	Tantiemen	Gewinnbeteiligung des Konzessions-Staates	Notensteuer	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1894	7,5	1,9	1,0	10,4	65,4	—	10,0	—	0,5	0,03	0,05	—	0,003	76,0	86,4
1895	7,5	1,9	1,1	10,5	65,5	—	11,50	—	0,39	0,03	0,05	—	0,003	77,5	88,0
1896	7,5	2,0	1,3	10,8	64,8	—	11,83	—	0,54	0,05	0,05	0,002	0,003	77,3	88,1
1897	7,5	2,1	1,5	11,1	64,8	—	8,06	—	0,58	0,06	0,05	0,009	0,003	73,6	84,7
1898	7,5	2,3	1,7	11,5	63,0	—	8,61	—	0,62	0,06	0,05	0,007	0,003	72 4	83,9
1899	7,5	2,5	1,9	11,9	65,8	—	8,47	—	0,79	0,07	0,05	0,012	0,003	75,2	87,1
1900	7,5	2,7	1,9	12,1	65,6	—	7,73	—	0,79	0,09	0,05	0,002	0,003	74,3	86,4
1901	7,5	2,8	2,1	12,4	66,0	—	7,92	—	0,65	0,07	0,05	0,004	0,004	74,7	87,1
1902	7,5	2,9	2,1	12,5	66,3	—	9,02	—	0,57	0,06	0,05	0,003	0,004	76,0	88,5

[1]) Der in der Bilanz erscheinende Spezialfonds für Personal-Exigenz sowie Witwen- und Waisenversorgung ist mit in Spalte 4 aufgenommen; er betrug für 1894: 815 171,76 Mk., 1900: 1 100 573,84 Mk., 1902: 1 224 443,90 Mk.

Bayerische Notenbank in München.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres: Zinsen	Provisionen	Wechsel und diskontierte Effekten	Effekten	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Insgesamt	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne: Unkosten: Verwaltungsspesen	Unkosten: Zinsen auf fremde Gelder	Leistungen an den Staat[1]	Notensteuer	zu den Reserven: Gesetzliche Dotierung	zu den Reserven: Spezialreserve	Tantieme	Dividende: Betrag	Dividende: in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Diverse Abschreibungen	Zusammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1894	90,4	—	1237,6	4 5	—	23,7	1356,2	37,7	1393,9	459,3	283,8	53,2	—	55,1	25,0	29,0	450,0	6,0	15,0	23,5	—	1393,9
1895	94,0	—	1201,8	—	—	24,8	1320,6	15,0	1335,6	459,8	270,0	53,2	—	50,4	70,0	28,0	375,0	5,0	12,7	15,0	1,5	1335,6
1896	120,3	—	1517,9	2,6	—	25,3	1666,1	12,7	1678,8	460,4	290,3	53,2	2,4	115,1	140,0	50,6	525,0	7,0	18,3	23,5	—	1678,8
1897	105,6	—	1591,9	2,1	—	26,0	1725,6	18,3	1743,9	468,8	284,1	53,2	8,9	125,3	140,0	55,0	562,5	7,5	22,6	23,5	—	1743,9
1898	90,9	—	1784,3	1,5	—	27,2	1903,9	22,7	1926,6	487,2	293,7	53,2	7,3	149,6	200,0	60,0	600,0	8,0	22,1	23,5	30,0	1926,6
1899	70,0	—	2100,6	1,3	—	24,9	2196,8	22,1	2218,9	548,7	280,6	53,2	12,0	187,6	170,0	77,5	750,0	10,0	35,8	23,5	80,0	2218,9
1900	61,2	—	2048,8	3,5	—	26,9	2140,4	35,8	2176,2	645,0	251,0	53,2	1,7	177,0	100,0	96,5	750,0	10,0	41,8	40,0	20,0	2176,2
1901	110,8	—	1769,1	27,2	—	31,9	1939,0	41,8	1980,8	622,8	302,5	53,2	4.0	130,4	100,0	71,4	600,0	8,0	53,0	23.5	20,0	1980,8
1902	118,8	—	1532,9	1,8	—	32,6	1686,1	53,0	1739,1	631,6	280,8	53,2	2,7	85,9	20,0	56,2	525,0	7,0	56,2	23,5	4,0	1739,1

[1] Nach Berechnung einer Dividende von $4^{1}/_{2}$ % und gesetzlicher Dotierung des Reservefonds sind an den Staat jährlich 53 150 Mk. zu zahlen.

Braunschweigische Bank in Braunschweig.

Aktiva. In Millionen Mark. Aktiva.

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse	Coupons und Sorten	Bankierguthaben	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 18 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 18 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: in % der Verbindlichkeiten (Sp. 18 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	Debitoren: ungedeckte [1]	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	0,983	—	—	6,323	7,306	102,5	—	2,582	—	2,582	36,3	9,888	138,9	0,383	—	—		7,889	—	—	0,289	0,006	8,567	18,455
1895	0,941	—	—	6,155	7,096	88,3	—	2,123	—	2,123	26,1	9,219	113,3	0,389	—	—		9,500	—	—	0,282	0,010	10,181	19,400
1896	0,854	—	—	4,439	5,293	74,1	—	1,248	—	1,248	17,5	6,541	91,6	0,460	—	—		11,134	—	—	0,311	0,007	11,912	18,453
1897	0,864	—	—	8,158	9,022	110,2	—	1,454	—	1,454	17,7	10,476	128,0	0,372	—	—		8,361	—	—	0,327	0,006	9,066	19,542
1898	0,756	—	—	7,837	8,593	109,0	—	1,348	—	1,348	17,6	9,941	126,0	0,209	—	—		8,805	—	—	0,291	0,009	9,314	19,255
1899	0,766	—	—	9,030	9,796	120,0	—	1,270	—	1,270	15,6	11,066	135,7	0,023	—	—		8,213	—	—	0,292	0,009	8,537	19,603
1900	0,773	—	—	10,357	11,130	92,7	—	1,955	—	1,955	16,4	13,085	109,2	0,023	—	—		10,149	—	—	0,291	0,012	10,475	23,560
1901	0,908	—	—	9,156	10,064	77,2	—	1,877	—	1,877	14,5	11,941	91,6	0,857	—	—		11,412	—	—	0,321	0,010	12,600	24,541
1902	0,762	—	—	8,870	9,632	86,3	—	1,181	—	1,181	10,4	10,813	96,7	0,821	—	—		10,713	—	—	0,373	0,174 [2]	12,081	22,894

[1]) Einschließlich des Guthabens bei der Reichsbank.

[2]) Hierunter 167 997,66 Mk. Coupons und Sorten.

Braunschweigische Bank in Braunschweig.

Passiva. In Millionen Mark. Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten								Gesamte Passiva
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe	Umlaufende Noten	Depositen, täglich fällig	Depositen mit Kündigung	Beamtenversorgung, Pensionsfonds ꝛc.	Dividenden	Tantiemen	Diverse	Summe der Verbindlichkeiten	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1894	10,500	0,290	0,537	11,327	2,955	2,307	1,294	0,003	0,529	0,021	0,019	7,128	18,455
1895	10,500	0,317	0,457	11,274	3,150	3,115	1,331	0,006	0,491	0,017	0,016	8,126	19,400
1896	10,500	0,348	0,459	11,307	2,534	2,769	1,238	0,010	0,549	0,025	0,021	7,146	18,453
1897	10,500	0,379	0,461	11,340	2,793	3,577	1,217	0,015	0,553	0,026	0,021	8,202	19,542
1898	10,500	0,412	0,461	11,373	2,434	3,263	1,508	0,021	0,597	0,031	0,028	7,882	19,255
1899	10,500	0,450	0,463	11,413	2,540	2,975	1,885	0,028	0,651	0,072	0,039	8,190	19,603
1900	10,500	0,495	0,466	11,461	2,685	4,117	4,366	0,041	0,700	0,097	0,093	12,099	23,560
1901	10,500	0,532	0,468	11,500	2,865	5,214	4,166	0,054	0,613	0,070	0,059	13,041	24,541
1902	10,500	0,565	0,471	11,536	2,523	4,410	3,685	0,064	0,584	0,054	0,038	11,358	22,894

Braunschweigische Bank in Braunschweig.

Gewinne und Verluste. In Tausend Mark. **Gewinne und Verluste.**

Jahr	Bruttogewinn des Jahres: Zinsen	Provisionen	Wechsel	Effekten	Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Diverse	Insgesamt	Gewinnvortrag aus dem Vorjahre	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne: Unkosten: Verwaltungsspesen	Unkosten: Zinsen auf fremde Gelder	Leistungen an den Staat	Notensteuer	Zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	Zu den Reserven: Spezialreserve	Tantiemen	Dividende: Betrag	Dividende: in % des Aktienkapitals	Vortrag auf neue Rechnung	Beamtenversorgung	Diverse Abschreibungen und Rückstellungen	Zusammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1894	465	28	196	48	—	6	743	1	744	131	24	—	—	29	—	21	525	5	4	3	7	744
1895	467	36	159	20	—	6	688	4	692	128	19	—	—	27	—	17	490	4 2/3	1	3	7	692
1896	508	31	210	15	—	7	771	1	772	130	27	—	—	30	—	25	546	5 1/5	3	4	7	772
1897	558	32	235	19	—	7	851	3	854	137	97	—	—	31	—	26	551	5 1/4	2	4	6	854
1898	567	43	297	11	—	7	925	2	927	138	118	—	—	33	—	31	595	5 2/3	2	6	4	927
1899	639	44	372	7	—	7	1069	2	1071	138	161	—	—	38	—	72	648	6 1/3	4	9	1	1071
1900	739	46	429	6	—	7	1227	4	1231	137	207	—	—	44	—	96,7	700	6 2/3	0,3	10	36	1231
1901	690	36	341	38,7	—	6	1111,7	0,3	1112	145	221	—	—	37	—	70	595	5 2/3	18	10	16	1112
1902	634	33	235	64	—	9	975	18	993	154	147	—	—	34	—	54	577	5 1/2	6	10	11	993

Bank für Süddeutschland in Darmstadt.

Agenturen in Gießen, Offenbach, Mainz, Worms, Alzey, Oppenheim, Osthofen.

Aktiva. In Millionen Mark. **Aktiva.**

Jahr	Zunächst greifbare Aktiven: I. Ordnung: Kasse	Coupons und Sorten	Bankierguthaben	Wechsel	Gesamtsumme der Aktiven I. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	II. Ordnung: Reports	Lombards	Vorschüsse auf Warenverschiffungen	Gesamtsumme der Aktiven II. Ordnung: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Zunächst greifbare Aktiven insgesamt: Betrag	in % der Verbindlichkeiten (Sp. 14 der Passiven)	Die weiteren Aktiven: Eigene Effekten	Konsortialbeteiligungen	Dauernde Beteiligungen, Kommanditen	Debitoren: gedeckte	ungedeckte [1]	Avale	Effekten der Pensionskasse	Immobilien, Mobilien	Diverse	Summe der weiteren Aktiven	Gesamte Aktiva
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1894	5,2	—	—	18,6	23,8	156,5	—	2,0	—	2,0	13,3	25,8	169,8	4,9	—	—	—	1,7	—	—	0,3	—	6,9	32,7
1895	5,2	—	—	18,3	23,5	150,6	—	2,9	—	2,9	18,6	26,4	169,2	4,9	—	—	—	1,4	—	—	0,3	·	6,6	33,0
1896	5,3	—	—	19,6	24,9	160,6	—	2,7	—	2,7	17,4	27,6	168,0	3,9	—	—	—	1,3	—	—	0,3	—	5,5	33,1
1897	5,5	—	—	20,7	26,2	159,8	—	2,6	—	2,6	15,9	28,8	175,7	3,7	—	—	—	1,1	—	—	0,3	—	5,1	33,9
1898	5,3	—	—	20,7	26,0	158,5	—	2,7	—	2,7	16,4	28,7	174,9	3,8	—	—	—	1,1	—	—	0,3	—	5,2	33,9
1899	5,6	—	—	22,9	28,5	164,7	—	2,1	—	2,1	12,2	30,6	176,9	2,8	—	—	—	1,2	—	—	0,3	—	4,3	34,9
1900	6,0	—	—	22,3	28,3	162,3	—	2,4	—	2,4	13,8	30,7	176,1	2,7	—	—	—	1,3	—	—	0,3	—	4,3	35,0
1901	6,6	—	—	9,1	15,7	112,2	—	10,6	—	10,6	75,7	26,3	187,9	1,9	—	—	—	3,1	—	—	0,3	—	5,3	31,6
1902[2]	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

[1]) Einschließlich des Guthabens bei der Reichsbank. [2]) Das Notenprivileg ist durch Verzicht am 21. April 1902 erloschen. Gleichzeitig ging die Bank für Süddeutschland in die Bank für Handel und Industrie über.

Bank für Süddeutschland in Darmstadt.

Passiva. In Millionen Mark. Passiva.

Jahr	Eigene Mittel				Die Verbindlichkeiten									Gesamte Passiva
	Aktienkapital	Gesetzmäßige Reserven	Sonstige Reserven	Summe	Umlaufende Noten	Depositen, täglich fällig	Beamtenversorgung, Pensionsfonds zc.	Dividenden	Tantiemen	Leistungen an den Staat	Notensteuer	Verschiedenes	Summe der Verbindlichkeiten	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1894	15,7	1,8	—	17,5	13,9	0,6	—	0,7	—	—	—	0,004	15,2	32,7
1895	15,7	1,8	—	17,5	14,7	0,3	—	0,5	—	—	—	0,004	15,5	33,0
1896	15,7	1,8	—	17,5	14,9	0,05	—	0,7	0,006	—	—	0,004	15,6	33,1
1897	15,7	1,8	—	17,5	15,5	0,2	—	0,7	0,017	—	—	0,004	16,4	33,9
1898	15,7	1,8	—	17,5	15,3	0,3	—	0,8	0,023	—	—	0,004	16,4	33,9
1899	15,7	1,9	—	17,6	15,9	0,5	—	0,9	0,05	—	0,002	0,004	17,3	34,9
1900	15,7	1,9	—	17,6	15,9	0,4	—	1,0	0,060	—	—	0,004	17,4	35,0
1901	15,7	1,9	—	17,6	13,1	0,05	—	0,8	0,012	—	—	0,007	14,0	31,6
1902[1]	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

[1]) Siehe Anm. 2 auf S. 557.

Bank für Süddeutschland in Darmstadt.

Gewinne und Verluste. — In Tausend Mark. — Gewinne und Verluste.

Jahr	Bruttogewinn des Jahres: Zinsen	Bruttogewinn des Jahres: Provisionen	Bruttogewinn des Jahres: Wechsel	Bruttogewinn des Jahres: Effekten	Bruttogewinn des Jahres: Konsortialbeteiligungen, Kommanditen	Bruttogewinn des Jahres: Diverse	Bruttogewinn des Jahres: Insgesamt	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	Zu verwendende Gewinne insgesamt	Verwendung der Gewinne: Unkosten: Verwaltungsspesen	Verwendung der Gewinne: Unkosten: Zinsen auf fremde Gelder	Verwendung der Gewinne: Leistungen an den Staat	Verwendung der Gewinne: Notensteuer	Verwendung der Gewinne: zu den Reserven: Gesetzliche Reserve	Verwendung der Gewinne: zu den Reserven: Spezialreserve	Verwendung der Gewinne: Tantieme	Verwendung der Gewinne: Dividende: Betrag	Verwendung der Gewinne: Dividende: in % des Aktienkapitals	Verwendung der Gewinne: Vortrag auf neue Rechnung	Verwendung der Gewinne: Beamtenversorgung	Verwendung der Gewinne: Diverse Abschreibungen	Zusammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1894	84	4	415	296	—	—	799	4	803	126	7	—	—	—	—	6	658	4,2	6	—	0,4	803
1895	76	3	361	192	—	0,5	632	6	638	130	8	—	—	—	—	—	496	3 1/6	4	—	0,4	638
1896	107	2	572	157	—	1,0	839	4	843	145	4	—	—	—	—	6	666	4 1/4	4	—	18	843
1897	103	4	662	139	—	1,0	909	4	913	145	—	—	—	9	—	18	721	4.6	7	—	13	913
1898	116	4	740	137	—	—	997	7	1004	150	—	—	—	18	—	23	752	4,8	8	—	53	1004
1899	122	5	960	120	—	1,0	1208	8	1216	159	—	—	2	53	—	48	862	5,5	16	—	76	1216
1900	128	4	1065	101	—	1,0	1299	16	1315	163	—	—	—	74	—	63	940	6,0	15	—	60	1315
1901	357	4	391	153	—	—	905	15	920	192	—	—	—	2	—	12	705	4,5	9	—	0,3	920
1902[1]	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

[1]) Siehe Anm. 2 auf S. 557.

Status der deutschen Notenbanken[1]).

Nach dem Durchschnitt der im Deutschen Reichsanzeiger veröffentlichten Wochenübersichten.

Aktiva. In Tausend Mark. **Aktiva.**

Jahr	Metallbestand	Reichs-kassenscheine	Noten anderer Banken	Wechsel	Lombard-darlehne	Effekten	Sonstige Aktiva	Summe der Aktiva
1894	1 013 488	25 968	26 742	756 160	102 309	18 340	79 192	2 022 199
1899	911 528	22 836	27 972	1 049 428	100 361	21 511	107 159	2 240 795
1900	899 630	23 763	28 168	1 036 961	99 875	28 807	122 360	2 239 564
1902	1 052 391	27 460	26 929	901 408	130 848	87 354	127 863	2 354 253

Passiva. In Tausend Mark. **Passiva.**

Jahr	Grundkapital	Reservefonds	Notenumlauf		Andere Verbindlichkeiten		Sonstige Passiva	Summe der Passiva
			überhaupt	ungedeckt	täglich fällige[2])	mit Kündigungsfrist		
1894	219 672	45 986	1 173 629	107 431	532 892	28 454	17 487	2 018 120
1899	219 672	47 589	1 322 203	359 867	576 539	35 129	37 504	2 238 636
1900	219 672	48 329	1 313 855	362 294	561 770	43 726	49 665	2 237 017
1902	216 000	56 684	1 373 482	266 702	636 869	37 744	33 172	2 353 951

[1]) In den Jahren 1894, 1899 und 1900 für 8 Notenbanken; im Jahre 1902 nach dem Verzicht der Frankfurter Bank und der Bank für Süddeutschland für nur noch 6 Notenbanken. [2]) In der Hauptsache Girogelder.

Schriften

des

Vereins für Socialpolitik.

CX.

Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff.

Sechster Band.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1903.

Pierersche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

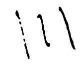
Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff.

Siebenter Band.

Hypothekenbanken. Immobiliarverhältnisse. Baugewerbe.

Mit Beiträgen von F. Hecht, E. Kritzler, J. Feig, H. Silbergleit, L. Maaß, R. Goldschmidt, A. Schuster.

Vom Verein für Socialpolitik herausgegeben.





Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1903.

Schriften

des

Vereins für Socialpolitik.

CXI.

Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff.

Siebenter Band.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1903.

Die

Störungen im deutschen Wirtschaftsleben

während der Jahre 1900 ff.

Siebenter Band.

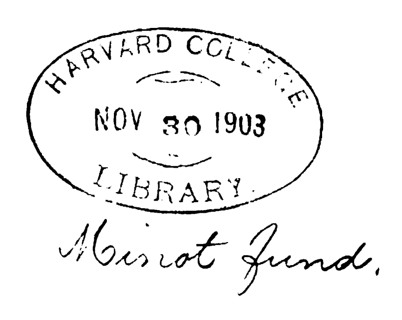
Hypothekenbanken. Immobiliarverhältnisse. Baugewerbe.

Mit Beiträgen von F. Hecht, E. Kritzler, J. Feig, H. Silbergleit, L. Maaß, R. Goldschmidt, A. Schuster.

Vom Verein für Socialpolitik herausgegeben.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1903.



Pierersche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

Einleitung.

Der vorliegende Band umfaßt den 2. und 3. Abschnitt der meiner Leitung unterstehenden Enquete.

Der 2. Abschnitt behandelt zunächst die von einer Katastrophe betroffenen Hypotheken-Aktienbanken.

Zur Zeit, als die Enquete beschlossen wurde, glaubte man, daß die Kriminalprozesse, die aus Anlaß dieser Katastrophe eingeleitet wurden, bei dem Abschluß der Enquete beendigt und rechtskräftig erledigt seien. Bekanntlich ist dies nicht in Erfüllung gegangen. Während die vorliegenden Abhandlungen gedruckt werden, ist der Kriminalprozeß gegen die vormaligen Direktoren der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank nicht beendigt. Rechtskräftig geworden ist nur das Urteil, das in dem Kriminalprozeß gegen Sanden und Genossen ergangen ist, also in Bezug auf Vorgänge, die mit zur Katastrophe des sogenannten Spielhagenkonzerns geführt haben.

Die Katastrophe der Mecklenburg-Strelitzschen Hypothekenbank hat zu einem selbständigen Kriminalverfahren nicht veranlaßt, doch kommt sie in dem Kriminalprozeß gegen die Direktoren der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank mit in Betracht.

Die Materialien, die aus dem noch nicht abgeschlossenen Kriminalprozeß sich ergeben, sind nicht unbeträchtlich, aber derzeit noch nicht im vollen Umfang verwertbar. Nach genauer Erwägung dieser Sachlage ist es zweckmäßig erschienen, von einer eingehenden Darstellung der Entstehungsgeschichte der von einer Katastrophe getroffenen Institute abzusehen, auch die Ursachen der Katastrophen nur in einem beschränkten Umfang darzulegen und zum Mittelpunkt der Darstellungen die Sanierungen zu machen, die derzeit bis zu einem gewissen Grade als abgeschlossen betrachtet werden dürfen. Insbesondere wurde für die Pommersche Hypotheken-Aktien-Bank und für die Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank von der Benutzung des Materials,

das der Anklage gegen die Direktoren der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank zu Grunde liegt, abgesehen.

Für die Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank mußte ich die Darstellung übernehmen. Hierfür wurde von dem Material abgesehen, das in dem Kriminalprozeß gegen die Direktoren der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank evident geworden ist.

Bei den Sanierungsoperationen hat die Deutsche Treuhand-Gesellschaft in Berlin eine hervorragende Tätigkeit entfaltet und es erschien daher zweckmäßig, in kurzer monographischer Darstellung die Entstehung, Entwicklungsgeschichte und derzeitige Tätigkeit dieser Gesellschaft zu schildern.

Der 3. Abschnitt, die Immobilienverhältnisse deutscher Städte und die Krisis, ist wesentlich anders ausgestaltet worden als dies ursprünglich beabsichtigt war.

Als seinerzeit das Programm der Krisenenquete in großen Zügen besprochen wurde, erschien es manchem zweifelhaft, ob es überhaupt zweckmäßig oder gar geboten sei, die Krisis auf dem Immobilienmarkt in das Programm mit einzubeziehen.

Daß Störungen im Wirtschaftsleben eines Volkes auch auf die Immobiliarwerte einen ganz erheblichen Einfluß ausüben, ist allerdings unzweifelhaft. Daß es wünschenswert ist, dies des näheren darzulegen, unterliegt ebenfalls keinem Zweifel. Aber die Methode der Darstellung ist mit Schwierigkeiten verknüpft, die auf keinem anderen Gebiete in solchem Maße hervortreten. Die Immobiliarkrisis der einen Stadt ist nicht gleichartig mit derjenigen irgend einer anderen Stadt. Jeder Immobiliarkrisis haftet ein lokales Kolorit an, das genau erkannt und gewürdigt sein will. Es sind daher zum genauen Verständnis der Immobiliarverhältnisse einer Stadt und zur Erklärung der Ursachen, die eine Störung dieser Verhältnisse herbeigeführt haben, Lokalstudien nötig, die weit ausgedehnt und gründlich sein müssen. Eine einheitliche, eine größere Anzahl deutscher Städte umfassende Darstellung ist damit ausgeschlossen, die Gefahr einer Zersplitterung ist gegeben, auch die Befürchtung, daß möglicherweise schließlich gewisse allgemeine Resultate sich überhaupt nicht würden formulieren lassen, und darauf kommt es bei der vorliegenden Enquete doch sehr wesentlich an.

Das ursprüngliche Arbeitsprogramm ging nun dahin:

1. die städtische Bevölkerung und ihre Entwicklung während der beiden letzten Zählperioden anzugeben, statistische Angaben über Zahl

und Bewegung der Bevölkerung und über die Einteilung nach Beruf und Gewerbebetrieb zu machen;

2. das Stadtgebiet und seine Entwicklung zu schildern (Gesamtgröße, bebauungsfähige Fläche, Grenzen. Das bebaubare Land ist begrenzt durch a) natürliche Grenzen, b) politische Grenzen, c) örtliche Verhältnisse, wie Festungsgürtel, Abschnürung durch größere Bahnhofsanlagen u. dergl.);

3. die Stadterweiterung zu schildern (die Aufstellung neuer Bebauungspläne und der Erlaß neuer Bauordnungen. Die Eingemeindung anschließender Orte und ihre Bedeutung);

4. über die Verkehrsanlagen im Stadtgebiet und in den anschließenden Gemeinden zu berichten, auch

5. über die gesetzlichen Bestimmungen in Betreff des Grundstücksverkehrs (Besteuerung, Enteignung).

In einem besonderen Teil sollte die Einzeluntersuchung stattfinden in Betreff der Entwicklung der einzelnen Bezirke der Stadt. Hierbei wurde die Berücksichtigung folgender Punkte als wünschenswert bezeichnet:

1. Durch wen ist die Aufschließung neuer Baubezirke erfolgt? Staat (Eisenbahn, Militär-Fiskus), Gemeinde, Bodengesellschaften, Private?

2. Durch wen und unter welchen Bedingungen ist die Anlage neuer Straßen und Verkehrswege vorgenommen worden? Ist die Anlage eine zureichende?

3. In welcher Weise vollzieht sich der Verkauf des Baulandes seitens der Besitzer (Staat, Gemeinde, Gesellschaften, Private)? Erfolgt die Bebauung in geschlossener Form oder bleiben Komplexe von Bauland längere Zeit unbebaut liegen und aus welchen Ursachen?

4. Wie haben sich die Grundstückswerte entwickelt (unbebauter und bebauter Boden)?

5. Wie hat die Krisis der Jahre 1900/1901 eingewirkt auf den Grundstücksverkehr, auf das Baugewerbe, auf den Hausbesitz und die Wohnverhältnisse? Wie hat sich der Realkredit gestaltet?

Die Beantwortung aller dieser Fragen für eine Reihe von Städten würde immerhin von sehr erheblichem Interesse gewesen sein. Aber schließlich ist sie nur für drei Städte erfolgt, für Magdeburg, Düsseldorf, München. Für Frankfurt a. M. und Köln sind die Arbeiten nicht eingelaufen. Durch die für Magdeburg, Düsseldorf und München gelieferten, in hohem Grade dankenswerten Arbeiten aber scheint mir

ein gutes Beispiel künftiger monographischer Untersuchungen gegeben zu sein, die namentlich auch durch die staatswissenschaftlichen Seminare veranlaßt werden können. Für das Krisenthema aber würde eine größere Anzahl von Untersuchungen vielleicht eine erheblich größere Ausbeute nicht ergeben haben.

Es ist überdies zu beachten, daß in nächster Zeit Untersuchungen erscheinen dürften, die mit dem oben gegebenen Arbeitsprogramm sich berühren, teilweise sich decken.

Die 13. Konferenz deutscher Städtestatistiker in Königsberg hatte es bekanntlich als zweckmäßig erkannt, „daß im Jahre 1900 ein statistisches Gesamtbild über die Verteilung und Verwendung des Grundbesitzes im gesamten Stadtgebiete erstellt wird". Es ergab sich bald, daß die Hoffnung auf gleichzeitige Herstellung einer Statistik des Grundeigentums in sämtlichen deutschen Städten, die organisierte statistische Ämter eingerichtet haben, sehr gering sei, und daß noch weniger darauf gerechnet werden könne, für eine größere Anzahl von anderen Städten einheitliches und vor allem gleichzeitiges Vorgehen zu erzielen. Eine Anzahl von Städten aber erkannte die Wichtigkeit der angeregten Fragen vollständig an und sagte zu, „im Lauf der nächsten Zeit" eine Statistik des Grundeigentums herstellen zu lassen.

In dem Protokoll der 14. Konferenz deutscher Statistiker vom 7.—11. Juni 1900 sind sodann die nachfolgenden Leitsätze mitgeteilt, deren Nachachtung den kommunalstatistischen Ämtern behufs Herstellung einer Statistik des Grundeigentums empfohlen worden ist:

Es wird den kommunalstatistischen Ämtern empfohlen, im Laufe der nächsten Jahre und rechtzeitig für die im Jahre 1903 in Dresden stattfindende Städteausstellung eine Statistik des Grundeigentums nach folgenden Grundsätzen zu erheben:

I. Die geplante Statistik, welche die Gesamtfläche des Stadtgebietes umfassen soll, zerfällt in zwei selbständige Teile:

a) eine Grundstücksstatistik, ausgehend von der topographischen Einheit;

b) eine Statistik der Besitzverhältnisse, ausgehend vom Eigentümer.

II. Die Grundstücksstatistik ist zu zerlegen in eine Statistik der bebauten und der unbebauten Liegenschaften;

a) die Statistik der **bebauten** Grundstücke kann sich, wenn dies nötig ist oder besonders zweckmäßig erscheinen sollte, an die den Volkszählungen in erheblicher Weise vorhergehenden Erhebungen angliedern, müßte in solchem Falle jedoch auf den gleichen zeitlichen Stand wie die Statistik der unbebauten Grundstücke gebracht werden. Abgesehen von der je nach Lage der örtlichen Verhältnisse vorzunehmenden Ergänzung hinsichtlich des Nutzungs-, Schätzungs- oder Steuerwertes der bebauten Grundstücke soll die übliche Statistik der Gebäude insbesondere auch in der Richtung vervollständigt werden, daß die Art der Benützung derselben im Zusammenhange mit der örtlichen (Verkehrs-) Lage ersichtlich wird;

b) die Statistik der **unbebauten** Liegenschaften darf nicht, wie bei den vorhandenen Statistiken vielfach üblich, von dem Begriff der Parzelle im Sinne der Grundsteuerkataster ausgehen, vielmehr ist jedes geschlossene, örtlich zusammenhängende Besitztum, welches zumeist aus mehreren zusammenhängenden Parzellen bestehen wird, als Grundstück zu zählen. In der Gewinnung dieser korrekten Zähleinheiten besteht die Hauptaufgabe der Durchführung einer vergleichbaren Statistik des Grundeigentums.

Die Verarbeitung der Statistik des Grundeigentums, welche sich auf streng topographischer Gliederung aufbauen muß, soll in erster Linie die Klassifikation nach Größenklassen der zusammenhängenden Komplexe enthalten, wobei getrennt liegende Liegenschaften des gleichen Besitzers getrennt zu behandeln sind, um die Zersplitterung oder Arrondierung des Grundbesitzes kennen zu lernen. Inwieweit die steuerlichen Unterlagen Wert oder Ertragsbestimmungen zulassen, ist wieder von den örtlichen Verhältnissen abhängig.

III. Die **Besitzstatistik** soll eine Individualstatistik sämtlicher Grund- und Hauseigentümer nach verschiedenen Merkmalen sein und insbesondere über die Art und Größe des Gesamtbesitzes des einzelnen Aufschluß geben. Der Besitz öffentlicher Verbände und Gesellschaften soll besonders eingehend behandelt werden.

IV. Die Ausgestaltung beider Teile der Statistik des Grundeigentums im einzelnen (Kulturart, Wert, Ertrag der Objekte — Beruf,

Einkommen und sonstige Personalverhältnisse der Eigentümer), sowie auch die eventuelle Ausdehnung derselben auf die Vororte wird von den lokalen Verhältnissen abhängig sein, insbesondere auch davon, inwieweit das Material der staatlichen Behörden (Katasterämter, Veranlagungskommission für die Vermögenssteuer usw.) zugänglich gemacht werden wird.

V. Es empfiehlt sich, daß speziell die dem gleichen Staate zugehörigen städtestatistischen Ämter sich vor Ausführung der Statistik von ihren Arbeitsplänen gegenseitig Mitteilung machen.

Aber die auf Anregung von Professor Bleicher, dem Direktor des städtischen statistischen Amts in Frankfurt a. M. damals beschlossene Statistik, ist bisher nicht zur Ausführung gekommen. Über das Grundeigentum der Kommunen ist auf der Städteausstellung in Dresden unter 1768 eine große Tafel ausgestellt. Zu dieser Nummer des Katalogs hat Professor Bleicher die nachfolgende Erläuterung gegeben:

Die Darstellungen gründen sich auf das Ergebnis einer besonderen Umfrage bei den einzelnen Städten, welche Angaben über Größe und Wert des städtischen Immobilienbesitzes mit Unterscheidung der Art der Verwendung desselben bezweckte. Unter städtischem Immobiliarbesitz sollte der im Eigentum der politischen Stadtgemeinde befindliche Grundbesitz und jener verstanden sein, welcher sich in Händen der der Verwaltung oder direkten Beaufsichtigung der Stadt unterstehenden Stiftungen befindet.

Das Material in letzterer Beziehung war zu mangelhaft und lückenvoll, als daß es hier hätte verwendet werden können. Die Angaben über den eigentlichen städtischen Grundbesitz dürften, wenn auch im einzelnen bezüglich der Wertbemessung vielleicht nicht ganz einwandfrei, für die vorwürfige vergleichende Darstellung immerhin genügend sichere Anhaltspunkte zu einem Gesamturteile über das Immobiliarvermögen der einzelnen Städte bieten.

Tafel a vergleicht den gemeindlichen Grundbesitz mit der Gesamtfläche des Weichbildes der politischen Stadtgemeinde für eine große Zahl von Städten mit über 10 000 Einwohnern. Der städtische Grundbesitz ist geschieden in solchen, welcher unmittelbar zu Verwaltungszwecken dient und den anderweitig verwendeten, ferner nach der Belegenheit innerhalb und außerhalb der Stadtgemarkung. Durch die

Anordnung der Zeichnung läßt sich ohne weiteres erkennen, welchen Teil der innerhalb der Stadtgemarkung belegene städtische Grundbesitz von der gesamten Gemarkungsfläche ausmacht.

Die Fläche der Stadt ist zunächst als Kreisfläche (gelbe Farbe) dargestellt. In dieser Fläche ist der Besitz der politischen Stadtgemeinde durch einen einbeschriebenen, an einem Punkte die Peripherie des ersten berührenden Kreis bezeichnet (tiefgrün) und in diesem wiederum der zu Verwaltungszwecken dienende Immobiliarbesitz in gleicher Weise hervorgehoben und tiefrot gekennzeichnet.

Der Besitz in fremder Gemarkung ist als von außen den Kreis des Stadtgebietes berührender Kreis gekennzeichnet (rosa) und in diesem der unmittelbar zu Verwaltungszwecken benutzte Teil hellgrün kenntlich gemacht.

Durch den Vergleich der einzelnen Städte untereinander ergibt sich, wie verschieden der Grundbesitz der nach ihrer Einwohnerzahl geordneten Städte im Verhältnis zu dieser letzteren ist. Man findet leicht die Städte heraus, welche einen großen eigenen Besitz innerhalb ihrer eigenen Gemarkung haben, wie z. B. Frankfurt a. M., Mannheim, Kottbus, Göttingen, Meiningen, und andere, welche durch verhältnismäßig großen Besitz außerhalb ihres Weichbildes hervortreten, wie Berlin, Breslau, Guben, Stolp, die solchen Grundbesitz namentlich für ihre städtischen Einrichtungen (Wasserleitung usw.) haben.

Im Anschluß an diese allgemeine Übersicht stellen die Zeichnungen Tafel b und c die Art der Verwendung des städtischen Grundbesitzes in Verhältniszahlen dar.

Der Besitz einer politischen Stadtgemeinde ist schon in Figur 1 unterteilt worden in solchen, welcher

I. für bestimmte Zwecke der Gemeindeverwaltung in Verwendung steht,

II. nicht unmittelbar zu Händen der Gemeindeverwaltung verwendet wird.

Die Kategorie I wird durch Tafel c (12 Blätter), die Kategorie II durch Tafel b (9 Blätter), eingehender behandelt.

In Tafel c ist nach der Art der Verwendung des Verwaltungs-Immobiliarbesitzes die Gruppierung wie folgt angenommen:

1. Grundbesitz für Zwecke der allgemeinen Verwaltung, der Schulen, der Wissenschaft, des Pfarr-, Armen-, Krankenwesens, für Polizei-, Quartier-Häuser und sonstige militärische Zwecke;
2. Verkehrsanstalten, Wasserleitungen, Entwässerungsanlagen, Ein-

richtungen für Beleuchtungswesen, Kraftübertragung, Fuhrpark, Feuerlöschwesen;

3. geschlossene Parks, Friedhöfe und sonstigen Zwecken dienender Grundbesitz.

Im einzelnen wird auf die Farbenerklärung auf der Tafel verwiesen.

Der nicht zu Händen der Stadtgemeinde verwendete Besitz, welcher jederzeit veräußert werden kann, ist in Tafel b nach folgenden Gesichtspunkten in Gruppen zerlegt worden:

1. bebaute Mietgrundstücke,
2. Baugelände,
3. ländlicher Grundbesitz,
4. forstlicher Grundbesitz,
5. etwaige sonstige Kategorien.

Da auch der Wert der betreffenden Grundstücke anzugeben war, erschien es besonders wichtig, die Lage des Geländes innerhalb und außerhalb des Stadtgebietes zu berücksichtigen.

Es sei dieserhalb auf die Farbenerklärung auf der Zeichnung verwiesen. Zur Erklärung der letzteren ist zu bemerken, daß auf Tafel b ebenso wie in Tafel c für jede Stadt zwei völlig getrennte Diagramme für den Besitz innerhalb und außerhalb der Stadtgemarkung angelegt sind.

Einer besonderen Erklärung der Art der Darstellung in den Tafeln b und c bedarf es im übrigen wohl nicht, da die einfache Stabform für die Kennzeichnung der Größen und Werte gewählt worden ist.

Man findet aus jeder Zeichnung leicht heraus, inwieweit der städtische Grundbesitz jeweils durch die größere oder geringere Ausdehnung der verschiedenen städtischen Einrichtungen bedingt ist, oder vielleicht eine Bodenpolitik größeren Stiles in Frage steht. Auch für die Beurteilung des verschiedenen Bodenwertes liefern die Zeichnungen Material.

Für Frankfurt a. M. ist die beschlossene Statistik des Grundeigentums bereits im vollen Umfang durchgeführt, wenn auch noch nicht publiziert. Unter den von Frankfurt a. M. ausgeführten Tafeln befindet sich auch eine solche, welche die Hauptergebnisse der Frankfurter Statistik wiedergibt.

Für Mannheim sind die Materialien einer anscheinend sehr in-

struktiven Statistik gesammelt, aber die Bearbeitung hat bisher nicht stattfinden können.

Mit Erlaubnis des Vorstandes des Mannheimer städtischen statistischen Bureaus, des Herrn Dr. Schott, gebe ich anbei die Disposition der dort hoffentlich bald zur Fertigstellung gelangenden Arbeit, weil diese Disposition vielleicht anregend auf andere statistische Ämter einwirkt.

Disposition.

A. Bebaute und unbebaute Liegenschaften.

1. Die Liegenschaftsübergänge nach Zahl, Fläche, Preis und Stadtteil in den einzelnen Jahren (zunehmende Mobilisierung dank der günstigen Konjunktur). Vergleiche mit früheren Jahren (cfr. I Verwaltungsbericht).

2. Zahl der Personen, welche gekauft bezw. verkauft haben

nur bebaute
nur unbebaute
bebaute und unbebaute } Grundstücke

in Kombination mit dem Beruf bezw. Erwerbszweig, diesen aber nur nach wenigen Hauptgruppen.

B. Bebaute Liegenschaften.

1. Zahl, Fläche und Preis nach einzelnen Jahren;
2. die eingetretene Wertsteigerung und deren Ursachen:
   a) im allgemeinen,
   b) in den einzelnen Stadtteilen.

(Hierher Darlegung der Schwierigkeit, aus den Verkaufspreisen bebauter Grundstücke die Grundrente herauszuschälen.)

3. Beruf der Käufer und Verkäufer (spezialisiert);
4. Käufer bezw. Verkäufer von 2,3 ꝛc. Liegenschaften (Spekulanten);
5. Wiederverkäufe derselben Liegenschaft.

C. Unbebaute Liegenschaften.

I. Bearbeitung nach dem Kaufobjekt.

1. Nach einzelnen Jahren;
   a) Fläche und Preis der verkauften Grundstücke,
   b) Kulturart, Preis und Gemarkungsteil;
2. die einzelnen Gewanne nach Gesamtfläche und verkaufter Fläche;

3. die eingetretene Wertsteigerung und deren Ursachen:
   a) infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung,
   b) infolge bestimmter Maßnahmen speziell der Gemeinde (Industriehafen, Lindenhofüberführung, Kasernements, Einverleibung der Vororte, Bauordnung und Bebauungspläne, Rheinauhafen &c.);

4. mehrfache Umsätze desselben Grundstücks (Darstellung der Grundrente) und Übergang in andere Kulturarten.

Bearbeitung nach der Person des Käufers (Verkäufers).

1. Beruf der Käufer und Verkäufer in Kombination
   a) mit der Zahl der Fälle und Fläche, z. B.:

Käufer / Verkäufer		Landwirt		. . . . .
		Fälle	Fläche	
Landwirt	Fälle			
	Zahl			
	Fläche			
.				
.				
.				
.				

   b) mit Fläche und Preis;

2. eingehende Spezialisierung der Berufe;

3. Käufer (Verkäufer) von 1, 2, 3 &c. Liegenschaften mit ... qm großer Fläche (Spekulanten);

4. Grundbesitz der Käufer (Verkäufer) nach Größenklassen 1895 und Zu- und Abgang 1895/99;

5. Wiederanlage des Erlöses aus Grundstücken (nach der peripherischen Lage und dem Preis pro Quadratmeter).

Mit einer sehr umfassenden Arbeit, die über das oben aufgestellte Arbeitsprogramm zum Teil erheblich hinausgeht, ist Herr Dr. K. v. Mangoldt in Dresden beschäftigt. Seine Arbeit wird unter dem Titel „Die Städtische Bodenfrage" in den Drucksachen des Vereins Reichs-Wohnungsgesetz „Die Wohnungsfrage und das Reich" erscheinen. Genauere Nachweise, die auf ungedruckten Quellenforschungen beruhen, wird die Arbeit über Dresden und Leipzig bringen, doch beschränkt sich die Arbeit keineswegs auf diese Städte.

Mir hat sich in Erwägung dieser Verhältnisse die Überzeugung rgeben, daß es bedauerlich ist, wenn gelehrte Vereinigungen, angeehene Körperschaften und bekannte Spezialisten für bestimmte Unteruchungsgebiete denselben Aufgaben sich widmen, ohne gegenseitig von inander etwas zu wissen, jedenfalls aber ohne das Bestreben, sich gegenseitig zu unterstützen oder gar gemeinschaftlich unter geeigneter Arbeitsteilung eine große Aufgabe zu bewältigen. Bei einigem guten Willen dürfte es möglich sein, Mittel und Wege zu finden, damit hervorragende Körperschaften gegenseitig über ihre nächsten Arbeitspläne besser wie bisher orientiert sind und über die gemeinschaftliche Lösung der sie alle gleichmäßig interessierenden Aufgaben sich verständigen.

Dieser Gedanke ist einer weiteren Ausgestaltung vielleicht fähig. Wir haben in Deutschland große Korporationen für die Erörterung volkswirtschaftlicher Zeitfragen und große Korporationen für die Erörterung juristischer Zeitfragen. Auch sie arbeiten getrennt und ohne gegenseitige Fühlung. Aber die meisten Zeitfragen bedürfen der volkswirtschaftlichen und der juristischen Betrachtung und es wäre denkbar, daß auch unter diesen Korporationen eine engere Fühlung hergestellt werden könnte.

Wie oben angedeutet, würde dem für den Verein für Socialpolitik zur Verhandlung stehenden Krisenthema die ursprünglich in Aussicht genommene größere Anzahl von Abhandlungen, die in derselben Richtung und nach derselben im ursprünglich aufgestellten Arbeitsprogramm angegebenen Methode ausgeführt worden wären, vielleicht nur in einzelnen Teilen zustatten gekommen sein.

In Erwägung dessen erschien es mir zweckmäßig, in dem Umfang, in dem die für die Fertigstellung der Enquete bereits vorgeschrittene Zeit es gestattete, eine Reihe von Beiträgen selbst zu schreiben und Untersuchungen fertigzustellen, die auf dem Gebiete des städtischen Immobiliarwesens sich bewegen, dem berufsmäßigen Statistiker ferner liegen, zum Krisenthema in einem sehr engen Zusammenhang stehen und für dessen Erörterung nahezu unentbehrlich sind.

Diese Untersuchungen beziehen sich zum Teil auf blühende, zum Teil auf notleidende Immobiliengesellschaften. Sie beschäftigen sich durchweg mit städtischen Immobiliengesellschaften. Größere ländliche Immobiliengesellschaften gibt es nur ganz vereinzelt. Die hervorragendste ist die Landbank in Berlin. Gerade weil sie eine ländliche

Immobilien-Dividendengesellschaft ist, wurde sie in den Kreis der Untersuchungen mit hereingezogen.

Die größere Anzahl der deutschen Immobiliengesellschaften mobilisiert die von ihr festgelegten Kapitalien nicht. Es gibt aber immerhin einige, die durch Ausgabe von indossablen Obligationen in gewissen wohlerwogenen Grenzen die Mobilisierung hergestellt haben, und gerade diese Gesellschaften schienen mir einer besonderen Berücksichtigung wert, da ihre Zwecke und ihre Organisation mannigfache bemerkenswerte Eigentümlichkeiten bieten.

Es ergab sich auch bei diesen Untersuchungen, was durchweg beobachtet werden kann, daß für die Theorie der praktischen Nationalökonomie ein bisher noch wenig benütztes, lehrreiches Material bei sorgfältiger Sichtung im reichen Maße zur Verfügung steht. Man hat nur mit wissenschaftlichem Auge den Erscheinungen der Praxis zu folgen und mit einigem praktischem Blick der Wissenschaft sie darzulegen.

Im Anschluß an die bedeutsame Arbeit von Silbergleit ist eine Abhandlung über die Magdeburger Bau- und Kreditbank entstanden. Eine Darstellung der Grundstückskrisis in Dresden war ohnehin notwendig und ihr mußten füglich orientierende Bemerkungen über die Entwicklung der Stadt vorausgehen. Diese Entwicklung der Stadt Dresden hat übrigens in dem Werk von Dr. Otto Richter, Geschichte der Stadt Dresden in den Jahren 1871—1902, zur deutschen Städteausstellung herausgegeben von dem Rate der Königlichen Haupt- und Residenzstadt Dresden, 1903, bereits eine gute Darstellung gefunden. Auf die Arbeit von Mangoldt ist oben bereits hingewiesen. Die Dresdener Städteausstellung scheint in erfreulicher Weise zur literarischen Tätigkeit auf dem Gebiet des Städtewesens anzuregen und es sei insbesondere auch auf den 9. Band des Jahrbuchs der Gehe-Stiftung hingewiesen, der unter dem Titel „Die Großstadt" Vorträge und Aufsätze zur Städteausstellung bringt.

Die Untersuchung über Dresden gab Veranlassung, auch Leipzig in den Bereich der Darstellung zu ziehen, zumal dort eine alte Immobiliengesellschaft besteht, die allgemeineres Interesse beanspruchen darf. Eine Grundstückskrisis, namentlich eine solche, die etwa mit derjenigen in Dresden vergleichbar wäre, ist in Leipzig nicht entstanden.

Da die Grundstücksverhältnisse von München vielfach Gegenstand der öffentlichen Diskussion gewesen sind, so erschien im Anschluß an

die interessante Arbeit von Dr. Ludolf Maaß eine Abhandlung hierüber, mit einer gewissen Begrenzung der Aufgabe, angezeigt.

In Mannheim ist ein Zusammenbruch mehrerer Immobiliengesellschaften erfolgt. Diese Gesellschaften standen innerhalb eines Konzerns und das Schicksal dieses Konzerns darzustellen war um so mehr dankbar, als gerade hierbei sich zeigen ließ, wie man einerseits bei derartigen Untersuchungen die Gefahr der Generalisierung vermeiden muß, wie aber anderseits doch auch aus lokalen Vorgängen unter Umständen sehr wichtige allgemeine Lehren sich ergeben können.

Zum Teil haben auch rein zufällige Umstände veranlaßt, gerade die Grundstückskrisis in Dresden und den Zusammenbruch mehrerer Immobiliengesellschaften in Mannheim eingehender darzustellen. Es bedarf nicht der besonderen Bemerkung, daß Dresden und Mannheim aufblühende Städte sind, die sich einer gesunden Entwicklung unter tatkräftiger Leitung erfreuen. Die Immobiliarverhältnisse in München haben sich überhaupt nicht derart zugespitzt, daß der Zusammenbruch von Immobiliengesellschaften erfolgt wäre. Dort geriet nur ein großer Immobilienspekulant in Zahlungsschwierigkeiten.

Wenn man von einzelnen kleinen Immobiliengesellschaften absieht, die vielleicht mehr in ihrer Eigenschaft als gewerbliche Unternehmungen kleinere Obligationenbeträge begeben haben, so besteht in Berlin nur eine Immobiliengesellschaft mit allerdings sehr beträchtlicher Obligationenschuld: die Neue Boden-Aktiengesellschaft. Die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte dieser Gesellschaft darzustellen erschien eben deshalb wünschenswert und diese Darstellung gewährt gleichzeitig einen weiteren Einblick in die von Kritzler gegebene Schilderung der Sanierungstätigkeit bei der Deutschen Grundschuld-Bank.

Als geeigneten Abschluß dieser Untersuchungen über städtische Immobiliengesellschaften ergab sich eine Abhandlung über die Bilanzmethoden solcher Gesellschaften, ein bisher kaum erörtertes, zum Krisenthema im engen Zusammenhang stehendes Thema.

Schon im ursprünglichen Arbeitsprogramm war die Beantwortung der Frage über die Einwirkung der Krisis auf das Baugewerbe vorgesehen und hierfür sind zum Schluß dieses Abschnitts zwei Abhandlungen mitgeteilt. Die eine Arbeit, von dem Regierungsbaumeister Goldschmidt in Berlin, wurde von Professor Sombart veranlaßt. Eine Ergänzung dieser instruktiven Arbeit schien zweckmäßig und namentlich eine solche, worin das Material der Baugewerks-

Berufsgenossenschaften zur Grundlage der Darstellung gemacht ist. Ich habe daher das Vorstandsmitglied der südwestlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft und Vorsitzenden der Sektion I in Mannheim, Herrn Baumeister Schuster in Mannheim, veranlaßt, diese Arbeit zu übernehmen und die Disposition der Abhandlung wurde in mehrfachen Konferenzen vereinbart. In der Tat ist es demselben geglückt, das einschlägige, schwer zugängliche Material in großer Vollständigkeit allmählich zu erhalten. Es wäre wünschenswert, wenn im Sinn der zweiten Abhandlung jährlich die Entwicklung des Baugewerbes verfolgt werden könnte.

Dr. Felix Hecht.

Inhaltsverzeichnis.

Zweiter Abschnitt.

Dritter Abschnitt.

Zweiter Abschnitt.

Die Sanierung notleidender Hypothekenbanken.
Die Deutsche Treuhand-Gesellschaft.

Preußische Hypotheken=Aktien=Bank. Deutsche Grundschuld=Bank. Pommersche Hypotheken=Aktien=Bank.

Krisis und Sanierung.

Von

Regierungsassessor **Ernst Kritzler**, Berlin.

Unter den Krisen, die in den Jahren 1900—1902 das deutsche Wirtschaftsgebiet heimgesucht haben, nimmt die Krisis von mehreren norddeutschen Hypothekenbanken einen wichtigen Platz ein. Es handelt sich hierbei um die Preußische Hypotheken=Aktien=Bank und die Deutsche Grundschuld=Bank auf der einen Seite und die Pommersche Hypotheken=Aktien=Bank und die Mecklenburg=Strelitzsche Hypothekenbank auf der anderen Seite. Diese Institute genossen schon seit längerer Zeit wenig Vertrauen. Die Preußische Hypotheken=Aktien=Bank hatte bereits in früheren Jahren mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt; die Deutsche Grundschuld=Bank war eng an diese angeschlossen. Analog waren die Verhältnisse bei der zweiten Gruppe; die Pommersche Hypotheken=Aktien=Bank hatte bereits im Jahre 1890 eine Sanierung erlebt; die Mecklenburg=Strelitzsche Hypothekenbank stand in engster Verbindung mit ihr. Die Katastrophe, die in den Jahren 1900 und 1901 über diese Institute hereinbrach, machte sich bei ihnen in verschiedenem Grade geltend, und dementsprechend waren auch die Heilmittel verschieden; bei zweien derselben (Preußische Hypotheken=Aktien=Bank und Pommersche Hypotheken=Aktien=Bank) wurde eine Rekonstruktion erfolgreich durchgeführt; die Deutsche Grundschuld=Bank geriet in Konkurs und ging in einer Immobilien=Gesellschaft, der Neuen Boden=Aktiengesellschaft, auf; die Mecklenburg=Strelitzsche Hypothekenbank befindet sich zur Zeit noch in einer Art Liquidation.

I. Preußische Hypotheken-Aktien-Bank und Deutsche Grundschuld-Bank.

Das bereits bestehende Mißtrauen gegen die Preußische Hypotheken=Aktien=Bank wurde von neuem geweckt und erhielt weitere Verbreitung, als die im Herbst 1899 beschlossene Kapitalerhöhung um 9 Mill. Mark

von der Aufsichtsbehörde erst im Sommer 1900 und dann auch nur für einen Teilbetrag von 5 Mill. Mark genehmigt wurde.

Den unmittelbaren Anstoß zu dem Ausbruch der Krisis bei dieser Hypotheken-Bank und der Deutschen Grundschuld-Bank gab dann in erster Linie eine Artikelserie, die im August 1900 in der Frankfurter Zeitung erschien. Diese Zeitung hatte schon früher auf die enge Verbindung und Verquickung der beiden genannten Hypothekenbanken miteinander und mit mehreren Terrain- und Baugesellschaften hingewiesen und eine reinliche Scheidung verlangt. Sie hatte dann bei Besprechung der 1899er Bilanz der Neuen Berliner Bau-Gesellschaft, einer Tochtergesellschaft der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank, auf eine Schiebung in Höhe von vielen Millionen gegenüber der vorhergehenden Bilanz aufmerksam gemacht. Nunmehr gab sie aus dem in den Geschäftsberichten, Bilanzen und Eintragungen in das Handelsregister zerstreuten Material eine übersichtliche Zusammenstellung über die Verhältnisse der beiden Hypothekenbanken[1] und der mit ihnen zusammenhängenden Terraingesellschaften. Es wurde hierdurch zum ersten Male der Öffentlichkeit ein Bild von dem sogen. Spielhagen-Konzern (die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank und die Deutsche Grundschuld-Bank bezeichnet man nach ihrem früheren langjährigen Direktor als Spielhagenbanken) gegeben. Was sich da zeigte, rief Erstaunen und Beunruhigung hervor; von hier ab datiert denn auch der starke Rückfluß der Pfandbriefe beider Banken, der den starken Kursrückgang der Aktien und Obligationen und die Streichung ihres Kurses herbeiführte und der Aufsichtsbehörde Veranlassung zu einer Prüfung gab, deren Resultat die Befürchtungen, die man nach jener Veröffentlichung hatte, noch weit übertraf. Durch die Publikation der Frankfurter Zeitung wurde weiteren Kreisen bekannt, daß nicht weniger als acht Gesellschaften in Betracht kamen, die durch gegenseitigen Kapitalbesitz und eine weitgehende Personalunion aufs engste miteinander verquickt waren:

[1] Die Deutsche Grundschuld-Bank war keine eigentliche, den Normativbestimmungen unterliegende Hypothekenbank; nach ihrem Statut gewährte sie Darlehen in Form von Grundschulden und Hypotheken und gab dagegen auf Namen lautende und durch Blankogiro übertragbare sogenannte „Realobligationen" aus. Der Kürze halber soll aber doch die allgemeine Bezeichnung Hypothekenbank und Hypothekenpfandbriefe für die Grundschuld-Bank und die von ihr ausgegebenen Realobligationen, wo sie im Zusammenhang mit der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank genannt wird, beibehalten werden.



1. Preußische Hypotheken-Aktien-Bank, Grundkapital 21 000 000 Mk.
2. Deutsche Grundschuld-Bank, Grundkapital . . 10 000 000 „
3. Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr, Grundkapital . . . . 4 000 000 „
4. Neue Berliner Bau-Gesellschaft, Grundkapital . 1 000 000 „
5. Märkischer Immobilien-Verein, G. m. b. H., Stammkapital . . . . 300 000 „
6. Kreditgesellschaft für Industrie und Grundbesitz, G. m. b. H., Stammkapital . . . . 50 000 „
7. Grunderwerbsgesellschaft für Berlin und Vororte, G. m. b. H., Stammkapital . . . . 400 000 „.
8. Bankgeschäft Anhalt & Wagener Nachf.

Jede der beiden Hypothekenbanken war nach den Protokollen über die Generalversammlungen von 1899 im Besitz von mehreren Millionen Mark Aktien der anderen Hypothekenbank, welcher Besitz in 1900 bei beiden Banken auf einen geringen Betrag zusammenschrumpfte; ferner besaß jede der beiden Hypothekenbanken mehr als eine Million Mark Aktien der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr. Diese letztere Gesellschaft besaß wiederum 1,8 Millionen Mark Aktien der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank und mehrere 100 000 Mark Aktien der Deutschen Grundschuld-Bank, sowie mehr als die Hälfte des Grundkapitals der Neuen Berliner Bau-Gesellschaft, und außerdem war sie an der Firma Anhalt & Wagener Nachf. mit drei Millionen Mark kommanditarisch beteiligt.

Die Kreditgesellschaft für Industrie und Grundbesitz besaß das gesamte Stammkapital des Märkischen Immobilien-Vereins, G. m. b. H. Hierzu kommt, daß ferner ein großer Teil des Grund- bezw. Stammkapitals der Gesellschaften den Direktoren der verschiedenen Gesellschaften persönlich gehörte; besonders ist dies für die Nebengesellschaften der Fall: das gesamte Stammkapital der Grunderwerbsgesellschaft für Berlin und Vororte gehörte zwei Direktoren der Preußenbank, und dasjenige der Kreditgesellschaft für Industrie und Grundbesitz dem Geschäftsführer dieser Gesellschaft und dem Direktor der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr.

Bezüglich der Personalunion sei nur bemerkt, daß die Direktoren der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank, Eduard Sanden und Heinrich Schmidt, zugleich auch Direktoren der Grundschuld-Bank waren; der erstere war ferner Aufsichtsratsvorsitzender der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr und Geschäftsführer der Grund-

erwerbsgesellschaft für Berlin und Vororte. Der Inhaber der Firma Anhalt & Wagener Nachf. war Vorsitzender des Aufsichtsrats der beiden Hypothekenbanken; die meisten Mitglieder des Kuratoriums der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank gehörten auch gleichzeitig dem Aufsichtsrate der Deutschen Grundschuld-Bank an.

Aber dies weitgehende Schachtelsystem und die enge Verquickung zweier Hypothekenbanken untereinander und mit einer Anzahl von Terrain- und Baugesellschaften war nicht das einzige, was Bedenken erregen mußte. Aus den Bilanzen zweier Nebengesellschaften, der oben unter 3. und 4. genannten Gesellschaften, (die Gesellschaften m. b. H. müssen ihre Bilanzen, soweit sie nicht Bankgeschäfte betreiben, nicht veröffentlichen) ergab sich, daß diese, trotz ihres ganz geringfügigen Eigenkapitals, Grundbesitz im Werte von Millionen besaßen, der sehr stark mit Hypotheken belastet war, und daß sie sonstige, in riesige Summen gehende Engagements hatten, die zum Teil sehr spekulativ und von zweifelhaftem Wert sein mußten; die Mittel für diese großen Bedürfnisse der Nebengesellschaften konnten in der Hauptsache nur von den beiden Hypothekenbanken geliefert sein, so daß die Wahrscheinlichkeit groß war, daß diese beiden Banken neben dem normalen Hypothekenkredit auch Geschäfte riskanter Art in großem Umfang machten. Ferner zeigte eine Vergleichung der wichtigeren Bilanzposten der verschiedenen Gesellschaften von einem Jahr zum anderen oft Sprünge von vielen Millionen, die die Vermutung nahelegten, daß es sich um Schiebungen von einer Gesellschaft zur anderen, die bei den vorliegenden Verhältnissen keine Schwierigkeiten machen konnten, handelte.

Ohne das Alarmsignal der Frankfurter Zeitung wäre der Ausbruch der Krisis bei den beiden Hypothekenbanken[1] wohl noch um einige Zeit hinausgeschoben worden, und die Verluste wären dann noch entsprechend größer gewesen. Aber lange wäre die Verschleierung dieser Zustände angesichts der Kontrollen, die das am 1. Januar 1900 in Kraft getretene Hypothekenbankgesetz[2] schuf, doch nicht möglich gewesen. Und auch ohne die Existenz des Hypothekenbankgesetzes hätte

[1] Ein kurzer Überblick über die seitherige Entwicklung der beiden Banken findet sich in der Anlage auf Seite 54—57.

[2] Auf die Vorschriften dieses Gesetzes und der preußischen Normativbestimmungen kann hier nicht eingegangen werden; es ist auf die Arbeiten von Dr. Felix Hecht zu verweisen; vgl. besonders dessen „Hypothekenbankrecht“ in der jetzt erscheinenden 6. Auflage der Encyklopädie der Rechtswissenschaft, in welchem zum ersten Male eine systematische Darstellung des Hypothekenbankrechts geliefert wurde.

der Sturz nicht auf die Dauer vermieden werden können, denn es handelte sich um eine Mißwirtschaft, die mit Notwendigkeit zum Zusammenbruch führen mußte. Durch die Erlangung der Mündelsicherheit für die Hypothekenbankpfandbriefe wäre die Katastrophe wohl auch noch etwas hinausgeschoben worden und hätte dann entsprechend mehr Verluste verursacht.

Der Zusammensturz war unabwendbar; er kam und mußte kommen, unabhängig auch von der wirtschaftlichen Konjunktur und der im Jahre 1900 einsetzenden allgemeinen Krisis (s. auch Franz Eulenburg, Die gegenwärtige Wirtschaftskrise, in Conrads Jahrbüchern, III. Folge, 24. Band, 3. Heft).

Die Verwaltung der beiden Hypothekenbanken konnte den angeführten Tatsachen gegenüber nichts bestreiten oder berichtigen, und die eingetretene Beunruhigung des Pfandbriefmarktes der beiden Spielhagenbanken blieb bestehen, da allmählich auch noch andere Einzelheiten bekannt wurden, die ebenfalls zu einer ungünstigen Beurteilung ihrer Lage führten. So fiel es auf, daß große Beträge Aktien der beiden Banken von Mitgliedern der Verwaltung der Aktien-Gesellschaft für Trebertrocknung in Kassel, die damals bereits überwiegend eine sehr ungünstige Beurteilung fand, zur Lombardierung angeboten wurden, ferner wurde bekannt, daß die beiden Hypothekenbanken große Geldmittel brauchten wegen des Rückflusses ihrer Pfandbriefe, und daß sich die Preußenbank infolgedessen in die Notwendigkeit versetzt sah, bei einer anderen Hypothekenbank eine Hypothek auf ihr Bankgebäude aufzunehmen.

Die Folge dieses Mißtrauens war natürlich ein starkes Angebot von Pfandbriefen der beiden Banken, so daß die Verwaltung, um den Kurs zu halten, große Beträge an der Börse aufnehmen mußte.

Der Absatz der Pfandbriefe der Hypothekenbanken und die Kursnotierung der Pfandbriefe vollzieht sich, wie hier eingeschaltet werden darf, in der Regel anders als bei sonstigen Schuldverschreibungen. Die Hypothekenbank sucht bei einer Neuemission von Pfandbriefen für den gesamten, für einen längeren Zeitraum vorgesehenen Betrag die Zulassung zum Börsenhandel und die Kursnotierung nach. Sie fordert dann meistens nicht etwa zu einer Zeichnung auf den gesamten Betrag der zugelassenen Pfandbriefe auf, sondern begibt dieselben nach und nach unter der Hand durch Vermittlung von Bankiers, denen sie hierfür eine Provision zahlt. Der Absatz geschieht also für die Regel nicht wie bei anderen Schuldverschreibungen durch Vermittlung einer Kreditbank, welche die ganze Emission übernimmt. Der bei der

Begebung von anderen Schuldverschreibungen übliche Weg würde für die Hypothekenbank allerdings auch den Nachteil haben, daß sie, bevor sie mit dem Absatz ihrer Pfandbriefe beginnt, für den ganzen Betrag einer solchen Emission vorher Hypotheken erwerben müßte und dadurch einen großen Teil ihres Eigenkapitals festlegen würde, da ja nach Vorschrift des Hypothekenbankgesetzes (und vor dessen Inkrafttreten nach den Normativbestimmungen und den Statuten) der Gesamtbetrag der umlaufenden Pfandbriefe durch Hypotheken von mindestens gleicher Höhe gedeckt sein muß, worüber seit dem Jahre 1900 der Treuhänder der Bank zu wachen hat. Nach der jetzigen Praxis verkauft die Hypothekenbank in dem Maße, in dem sie Hypotheken erwirbt, ihre Pfandbriefe nach und nach. — Die Kursregulierung ihrer Pfandbriefe besorgt die Hypothekenbank selbst, d. h. sie sorgt dafür, daß der Kurs ihrer Pfandbriefe ein relativ stetiger ist und nicht plötzlichen Schwankungen, die durch ein zufälliges, in den Verhältnissen der Bank vielleicht nicht begründetes starkes Angebot oder eine Nachfrage entstehen, unterliegt. — Kommen viele Pfandbriefe an den Markt, so werden die für die Aufnahme derselben der Hypothekenbank zur Verfügung stehenden Mittel bald versagen, sofern das zum Verkauf angebotene Material durch ein nachhaltiges Mißtrauen der Kapitalistenkreise an den Markt getrieben wird.

So geschah es nun auch mit den Pfandbriefen der beiden Spielhagenbanken, zumal diese letzteren ihre Mittel in den Tochtergesellschaften festgelegt hatten und die geringen, ihnen noch zur Verfügung stehenden Summen bald verausgabt waren. Um neue Mittel zu erlangen, veräußerten und verpfändeten sie Hypotheken, und die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank nahm, wie schon erwähnt, eine Hypothek von 1,8 Millionen Mark auf ihr Bankgebäude auf. Gegenüber dem starken Verkaufsandrang konnten die Banken aber nicht lange standhalten; ihre Barmittel zur Aufnahme der Pfandbriefe waren bald erschöpft; sie konnten deshalb nicht mehr alle auf den Markt strömenden Pfandbriefe aufnehmen, und am 20. Oktober 1900 fiel infolgedessen der Kurs, der sich bisher stabil gehalten hatte, an der Berliner Börse um volle 10 %. (Vorher notierten die 4 %igen Pfandbriefe der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank ebenso wie die der Deutschen Grundschuld-Bank 98,80 %, die 3 ½ %igen 89 ½ %; diese Kurse sanken am 20. Oktober bei der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank auf 88 bezw. 80 % und bei der Deutschen Grundschuld-Bank auf 87 bezw. 79 %; auf jenem Niveau blieben die

Pfandbriefkurse auch in der nächsten Zeit stehen.) — Die Aktien, die als Dividendenpapiere naturgemäß stärkeren Schwankungen unterliegen, und für die in Betracht kommt, daß sie den Pfandbriefen verhaftet sind, konnten schon einen Tag vorher nach vorausgehendem Kursrückgang überhaupt nicht mehr notiert werden. Am 18. Oktober 1900 war der Kurs der Aktien der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank noch 123 % und derjenige der Deutschen Grundschuld-Bank noch 119 1/2 %. Am 23. Oktober 1900 wurden die Aktien zum ersten Male wieder notiert, wobei sich der Kurs auf 114 1/2 % bezw. 104 % stellte; die nächsten Tage trat aber ein weiteres Sinken ein.

Der bei einem festverzinslichen Anlagepapier ganz außergewöhnliche Kursrückgang der Pfandbriefe um 10 % mußte natürlich von neuem große Beunruhigung hervorrufen und auch den Pfandbriefmarkt der anderen Hypothekenbanken ungünstig beeinflussen. Deshalb entschlossen sich acht preußische Hypothekenbanken zu einer Schutzaktion: sie stellten der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank und der Deutschen Grundschuld-Bank zur Überwindung der durch den Pfandbriefrückfluß entstandenen Schwierigkeiten eine Summe bis zu 15 Millionen Mark gegen Abtretung von Hypotheken zur Verfügung; dies geschah aber nur unter der Bedingung, daß die Tochtergesellschaften der beiden Spielhagenbanken sofort in Liquidation treten würden. Infolge dieser Intervention trat eine vorübergehende Beruhigung ein, sie war aber nicht von Dauer; die übrigen Hypothekenbanken überzeugten sich wohl bald, daß es sich um tiefere Ursachen als um ein vorübergehendes, mehr oder weniger berechtigtes Mißtrauen handelte und daß das Schicksal seinen Lauf nehmen mußte; sie stellten deshalb ihre Unterstützung ein und überließen die beiden Hypothekenbanken sich selbst.

Die Verwaltungen der beiden Banken glaubten durch beschwichtigende Erklärungen den drohenden Gefahren begegnen zu können. Aber das war ein vergebliches Bemühen. Die bloßen Versicherungen fanden keinen Glauben, und die sachlichen Mitteilungen, welche veröffentlicht wurden, konnten wieder nur einen ungünstigen Eindruck machen. So erließen das Kuratorium der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank und der Aufsichtsrat der Deutschen Grundschuld-Bank die Erklärung, es sei ein Status per 30. September 1900 aufgestellt worden; dieser müsse aber noch spezialisiert werden, um volle Klarheit über die Lage der beiden Banken zu geben; man sei jetzt mit seiner Revision und auch mit der Prüfung der Deckungshypotheken beschäftigt; es werde eine reinliche Scheidung zwischen

den verschiedenen Gesellschaften angestrebt; für die Pfandbriefbesitzer sei kein Grund zur Beunruhigung vorhanden, für die Aktionäre hänge dagegen viel von der Bonität der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr ab, da sich die Vorschüsse der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank an diese Gesellschaft im laufenden Jahre ganz bedeutend vermehrt hätten; ferner wurde mitgeteilt, daß je ein Aufsichtsratsmitglied in den Vorstand der beiden Banken delegiert worden sei. — Der bald hierauf veröffentlichte Status der beiden Banken per 30. September 1900 zeigte, daß die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank nicht weniger als 4³/₄ Millionen Mark Aktien der Deutschen Grundschuld-Bank besaß, die zum Selbstkostenpreis von 129 % eingestellt waren, und 1³/₄ Millionen Mark Aktien der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr, die zu 200 % bewertet waren. Diese Aktien waren aber nicht auf Effektenkonto verbucht, sondern ganz unzulässig auf Kontokorrent-Konto. Außerdem hatte die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank an die Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr Forderungen in Höhe von 18³/₄ Millionen Mark, so daß sie an ihr mit nicht weniger als 22¹/₄ Millionen Mark engagiert war. Die Deutsche Grundschuld-Bank hatte 1¹/₈ Millionen Aktien der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank in ihrem Besitz, die mit 131% bewertet waren, und ferner 2 Millionen Mark Aktien der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr (mit 150 % bewertet). Gegen letztere hatte sie auch noch eine Forderung von 1³/₄ Millionen Mark. — Die in den Vorstand delegierten Aufsichtsratsmitglieder veröffentlichten gleichzeitig mit dem Status eine Erklärung, daß sie überzeugt seien, daß die Pfandbriefunterlagen den statutarischen und gesetzlichen Vorschriften entsprächen, auch das Aktienkapital sei unter der Voraussetzung als intakt anzusehen, daß die Debitoren vollwertig seien. Von der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr wurde kein Status veröffentlicht, sondern nur eine Übersicht beigefügt, die den Wert ihrer Terrains auf 66 Millionen Mark angab, welche mit 50 Millionen Mark belastet waren.

Allmählich wurden noch weitere Einzelheiten aus dem Spielhagenkonzern bekannt. Man erfuhr z. B., daß die Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr an das Bankgeschäft Anhalt & Wagener Nachf., abgesehen von dem Kommanditkapital von 3 Millionen Mark, noch eine Forderung von 5 Millionen Mark und an die Kreditgesellschaft für Industrie und Grundbesitz eine solche von 4 Millionen Mark hatte.

Bei dieser Sachlage entschloß sich nunmehr die Aufsichtsbehörde, eine Prüfung der (zur Sicherheit für die Pfandbriefe dienenden) Deckungshypotheken der beiden Banken durch den Königlichen Bankinspektor unter Zuziehung von Sachverständigen vornehmen zu lassen und Versammlungen der Pfandbriefgläubiger einzuberufen, damit diese für ihre gemeinsamen Interessen Vertreter, wie sie das Gesetz betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen vorsieht (vgl. hierüber Seite 18—19), wählen konnten.

Ende November 1900 wurden die Bilanzen der beiden Hypothekenbanken per 31. Oktober 1900 publiziert; sie zeigten folgendes Bild:

Preußische Hypotheken-Aktien-Bank.

Bilanz per 31. Oktober 1900.

Aktiva:

Kassabestand		507 672,53	Mk.
Eigene Effekten:			
Deutsche Fonds	nom. 3 421 400 Mk.		
3 ½ %ige Realobligationen der Deutschen Grundschuld-Bank	„ 297 000 „		
4 %ige Pfandbriefe der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank	„ 48 600 „		
3 ½ %ige do.	„ 13 800 „		
Aktien der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr, à 100 %	„ 1 784 000 „		
Aktien der Deutschen Grundschuld-Bank, à 25 %, Kurs vom 31. Oktober cr.	„ 4 909 000 „	6 607 682,—	„
Wechselbestand		403 349,45	„
Kontokorrentkonto:			
Guthaben bei Banken und Bankiers		1 900 558,85	„
Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr		2 297 613,20	„
	Übertrag:	11 716 876,03	Mk.

Übertrag:	11 716 876,03	Mk.
Diverse Debitoren	106 597,94	"
Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr	16 522 594,06	"
Vorrätige und gestempelte Pfandbriefformulare	150 845,69	"
Mobilienkonto	51 728,—	"
Eigenes Bankgebäude, abzüglich Hypotheken .	1 532 049,71	"
Grundstückskonto Düsseldorf	38 268,73	"
Hypothekenunterlage für Pfandbriefe	363 544 828,18	"
Anderweitige Anlage im Hypothekengeschäft .	1 243 233,48	"
Fällige Hypothekenzinsen:		
Rückständig . . . . 113 049,64 Mk.		
Zinsen pro 3. Quartal 1900 169 147,96 "		
Pränumerandozinsen pro 4. Quartal 1900 . . . 369 176,95 "	651 374,55	"
Am 31. Dezember 1900 fällige Hypothekenzinsen pro 4. Quartal 1900	780 082,84	"
Kontokorrentzinsen pro 2. Semester (schätzungsweise)	834 000,—	"
Verlust	1 886 909,09	"
	399 059 388,30	Mk.

Passiva:

Aktienkapital	21 000 000,—	Mk.
Aktieneinzahlungen	1 835 925,10	"
Hypothekenpfandbriefe im Umlauf	352 402 000,—	"
Verloste Hypothekenpfandbriefe zügl. Agio . .	36 751,76	"
Fällige, noch einzulösende Pfandbriefcoupons .	1 001 609,77	"
Am 31. Dezember 1900 fällig werdende Pfandbriefcoupons	3 677 720,01	"
Am 1. April 1901 fällig werdende anteilige Pfandbriefzinsen	1 598 830,50	"
Noch einzulösende Dividendenscheine	64 272,—	"
Pfandbriefagiofonds	50 000,—	"
Amortisationsfonds	462 636,69	"
Disagio der Interventionskäufe 263 610,95 Mk.		
Abzüglich der Interventionskosten . . . . 156 214,90 "	107 396,05	"
Übertrag:	382 237 141,88	Mk.

	Übertrag:	382 237 141,88	Mk.
Zu vergütende Hypothekenzinsen		20 516,60	„
Diverse Kreditoren:			
Seehandlungslombard . .	4 500 000,— Mk.		
Kreditoren im Bankgeschäft	1 015 650,54 „	5 515 650,54	„
Lombards, Verpflichtungen aus Hypothekengeschäften 2c.		11 286 079,28	„
		399 059 388,30	Mk.

Deutsche Grundschuld-Bank.

Bilanz per 31. Oktober 1900.

Aktiva.

Kassakonto		158 971,17	Mk.
Effektenkonto:			
abgest. 3½ % Preuß. Konsols	539 005,— Mk.		
div. andere verloste Effekten	1 137,65 „	540 142,65	„
Wechselkonto		50 321,45	„
Aktienkonto:			
1 747 800 Mk. Preuß. Hypothekenbankaktien plus Zinsen à 52,75 Kurs v. 31. Okt. 1900		980 224,50	„
2 000 000 Mk. Aktien der Aktiengesellschaft für Grundbesitz u. Hypothekenverkehr plus Zinsen		2 066 666,70	„
Kontokorrentkonto:			
Aktiengesellschaft für Grundbesitz u. Hypothekenverkehr	1 740 894,85 Mk.		
Zinsen	50 000,— „	1 690 894,85	„
Neue Berliner Bau-Gesellschaft		511 546,06	„
Davon inzwischen 405 909,50 Mk. durch Hypothek gedeckt.			
Märkischer Immobilien-Verein		73 500,95	„
Preußische Hypotheken-Aktien-Bank		466 443,29	„
Diverse (Pfandbriefverkäufe)		1 090 332,55	„
Mobilienkonto		17 910,15	„
Pfandbriefanfertigungskonto		35 879,55	„
Pfandbriefstempelkonto		89 162,40	„
Kostenkonto der Darlehnsschulden		27 397,44	„
Hypothekenkonto		99 749 922,67	„
	Übertrag:	107 549 316,78	Mk.

		Übertrag:	107 549 316,78 Mk.
Hypothekenschuldnerkonto:			
rückständige Zinsen . . .	179 052,93 Mk.		
Zinsen für Okt., pränum. .	58 104,14 „		
Zinsen für Okt. der part. postn. zahlbaren Zinsen.	312 862,25 „		550 019,32 „
Grundstückskonto			1 595 932,53 „
Grundstücksertragskonto			30 662,96 „
Verlust			247 509,39 „
			109 973 440,58 Mk.

Passiva:

Aktienkapitalkonto	10 000 000,— Mk.
Einzulösende Dividendenscheine	64 255,— „
Pfandbriefkonto	95 095 300,— „
Pfandbriefcouponskonto	1 135 921,— „
Hypothekenzinsenreservekonto	153 386,07 „
Hypothekenerwerbungskonto	732 154,41 „
Amortisationskonto	52 859,— „
Hypothekengläubigerkonto	1 290 000,— „
Hypothekenkontokorrentkonto	709 279,78 „
Diverse Kreditores	740 295,32 „
	109 973 440,58 Mk.

Es wurde also hier bei der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank ein Verlust von 1,8 Millionen Mark und bei der Deutschen Grundschuldbank ein solcher von 1/4 Million Mark angegeben. Das Resultat der Prüfung der staatlichen Kommission lag damals noch nicht vor, und die Hypotheken waren mit ihrem seitherigen Wert in die Bilanz eingestellt. Der Pfandbriefumlauf zeigte bei der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank gegenüber dem Stand vom 30. September 1900 eine Verminderung um 7 3/4 Millionen Mark; bei der Grundschuld-Bank verringerte sich in der gleichen Zeit der Obligationenumlauf nur um 1 Million Mark. Eine Bilanz der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr war auch diesmal nicht mitgeteilt. Die beiden in den Vorstand delegierten Aufsichtsratsmitglieder fügten den Bilanzen die Bemerkung hinzu, daß sie nicht klar ersehen könnten, ob bei der Deutschen Grundschuld-Bank die Hypotheken zur Pfandbriefdeckung ausreichten.

Am 26. November fanden die von der Aufsichtsbehörde einberufenen Versammlungen der Pfandbriefgläubiger der beiden Banken statt.

In der Versammlung der Pfandbriefinhaber der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank wählte man die Deutsche Treuhand-Gesellschaft zur Vertreterin der Pfandbriefgläubiger; ihr Mandat wurde dahin präzisiert, daß sie — abgesehen von den ihr nach dem Schuldverschreibungsgesetz zustehenden Befugnissen — den weiteren Geschäftsgang der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank ständig im Auge behalten und mit dem Treuhänder und der Aufsichtsbehörde Fühlung nehmen solle, besonders auch hinsichtlich der Frage einer Gefährdung der Pfandbriefgläubiger und der Sicherstellung ihrer Rechte, eventuell auch durch Verfolgung von Regreßansprüchen; binnen drei Monaten solle sie die Berufung einer neuen Gläubigerversammlung veranlassen und dieser über ihre Tätigkeit Bericht erstatten. Ein aus fünf Personen bestehender Ausschuß wurde der Vertretung zur Seite gestellt, an dessen Beschlüsse sie gebunden sein sollte. Trotz lebhaften Drängens der zahlreich erschienenen Pfandbriefbesitzer wurde über das bisherige Ergebnis der Revision der Deckungshypotheken keine Mitteilung seitens der Aufsichtsbehörde gemacht, weil bis jetzt erst ein geringer Teil der Hypotheken hätte geprüft werden können.

Zum 28. November 1900 war eine Generalversammlung der Preußenbank einberufen worden. In ihr wurde ein Bericht der beiden Aufsichtsratsmitglieder, die in die Direktion der beiden Banken delegiert worden waren, bekannt gegeben, aus dem Folgendes hervorzuheben ist: Die schwierige finanzielle Situation war besonders dadurch veranlaßt worden, daß die Betriebsmittel der beiden Banken von den Direktoren durch Vorschüsse an die Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr und durch die Aufnahme von Aktien in Anspruch genommen wurden; diese beiden Maßnahmen waren dem Aufsichtsrate nicht mitgeteilt worden; überhaupt war der Aufsichtsrat von der Direktion nicht unterrichtet und sogar getäuscht worden; er war deshalb auch von der eingetretenen Krisis ebenso wie die Außenstehenden überrascht worden; einen Einblick in die Verhältnisse der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr hatte er überhaupt nicht gehabt. Die beiden Hypothekenbanken besaßen den größten Teil des Aktienkapitals der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr. Aktien bezw. Geschäftsanteile der anderen Tochtergesellschaften waren aber nicht in ihrem Besitz.

Die engen Beziehungen zu den Nebengesellschaften waren für die beiden Hypothekenbanken schädlich gewesen. Die Lösung dieser Beziehungen war deshalb, und auch weil sie mit Gefahren verbunden und statutenwidrig waren, vom Aufsichtsrat der beiden Banken beschlossen worden, auch die Liquidation der Nebengesellschaften wurde angestrebt. Die Aktien der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr waren mit 100% in die Bilanzen der beiden Hypothekenbanken per 31. Oktober 1900 eingestellt worden; die Forderungen der beiden Banken an jene Gesellschaft wurden deshalb auch als vollwertig betrachtet. Unter den Debitoren der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr war die Kreditgesellschaft für Industrie und Grundbesitz am wichtigsten, der die Verwaltung einer Anzahl teils von der Firma Anhalt & Wagener Nachf. stammender (16 Millionen Mark), teils zum sogenannten Petzold-Konzern gehöriger (14 Millionen Mark) industrieller Unternehmungen übertragen war.

Die Generalversammlung beschloß die Einsetzung einer aus sechs Mitgliedern bestehenden Revisionskommission, welche die Aktiven und Passiven der Gesellschaft und die Regreßfrage prüfen, Vorschläge für eine Rekonstruktion machen und in einer in drei Monaten anzuberaumenden Generalversammlung Bericht erstatten sollte. Die Direktion wurde beauftragt, der Vertreterin der Pfandbriefgläubiger (der Deutschen Treuhand-Gesellschaft) Einsicht in die Bücher und Akten der Bank und der Tochtergesellschaften und alle erforderliche Auskunft zu gewähren.

In der auf den 26. November einberufenen Versammlung der Realobligationäre der Deutschen Grundschuld-Bank wurde diesen noch keine Aufklärung über die Lage der Bank gegeben. Die Aufsichtsbehörde teilte ihnen nur mit, daß das Resultat der durch ven Bankinspektor gemeinsam mit mehreren Sachverständigen vorgenommenen Prüfung der Deckungshypotheken zwar schon vorliege, es könne aber noch nicht mitgeteilt werden, da vorher die Verwaltung sich dazu äußern müsse. Die Realobligationäre wählten zu ihrer Vertretung drei Personen und stellten diesen einen fünfgliedrigen Ausschuß zur Seite, ferner beschlossen sie, daß binnen drei Monaten eine neue Versammlung einberufen werden sollte.

Eine Generalversammlung der Aktionäre der Deutschen Grundschuld-Bank fand am 28. November 1900 statt. In ihr wurde der schon in der Generalversammlung der Preußischen

Hypotheken-Aktien-Bank erstattete gemeinsame Bericht der beiden in die Direktion der beiden Hypothekenbanken delegierten Aufsichtsratsmitglieder nochmals mitgeteilt. Es wurde eine aus sechs Mitgliedern bestehende Kommission zur Prüfung der Verhältnisse der Bank gewählt und die Direktion angewiesen, der Vertretung der Realobligationäre Auskunft und Einsicht in die Bücher zu gewähren.

Am 4. Dezember 1900 erhielten die Realobligationäre der Deutschen Grundschuld-Bank den ersten näheren Aufschluß über den Wert der zu ihrer Sicherheit dienenden Deckungshypotheken durch Veröffentlichung des Prüfungsergebnisses der von der Aufsichtsbehörde eingesetzten Revisionskommission. Das Resultat war ein trauriges: die Forderungen der Obligationäre konnten nur in sehr beschränktem Maße durch die zu ihrer Sicherheit dienenden Hypotheken als gedeckt angesehen werden. Für die Beleihungen kamen 663 Grundstücke in Betracht, die von der Grundschuld-Bank mit rund 98 1/2 Millionen Mark beliehen waren; hiervon waren nur 70 Grundstücke mit einer Darlehenssumme von 22,4 Millionen Mark von der Bank erststellig beliehen. Den nicht erststelligen Beleihungen gingen nicht weniger als 136,7 Millionen Mark Eintragungen vor. Von den 98 1/2 Millionen Mark Beleihungen waren nur 58,6 Millionen Mark zur Pfandbriefdeckung geeignet oder wenigstens durch den Grundstückswert gerechtfertigt. Annähernd 300 von den sämtlichen beliehenen Grundstücken gehörten dem Spielhagen-Konzern an, sie waren von der Deutschen Grundschuld-Bank mit 61,3 Millionen Mark beliehen, d. h. annähernd zwei Drittel aller Beleihungen betrafen Grundstücke des Konzerns. Die Verteilung auf die einzelnen Gesellschaften zeigt die folgende Übersicht:

	Zahl der beliehenen Grundstücke	Höhe der Beleihungen
Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr	107	32,58 Mill. Mk.
Neue Berliner Bau-Gesellschaft	106	16,84 „ „
Märkischer Immobilien-Verein	44	7,24 „ „
Grunderwerbsgesellschaft	19	1,09 „ „
Kreditgesellschaft für Industrie und Grundbesitz	4	0,55 „ „
Anhalt & Wagener Nachf.	7	1,14 „ „
Petzold & Co., Maschinenfabrik	7	1,87 „ „
	294	61,31 Mill. Mk.

Angesichts dieses Zustandes war es nicht erstaunlich, daß die Grundschuld-Bank die am 1. Januar 1901 fälligen Zinsen auf ihre Realobligationen nicht zahlen konnte. Die notwendige Folge dieser Zahlungsunfähigkeit wäre aber gemäß § 240 H.G.B. die Anmeldung des Konkurses gewesen. Um diesen zu vermeiden, wurde die Einberufung einer Versammlung der Realobligationäre zum Zwecke der Bewilligung der Zinsenstundung beschlossen. Die Handhabe hierzu bot das am 1. Januar 1900 in Kraft getretene Schuldverschreibungsgesetz, das bei der Hypothekenbankkrisis sein erstes Anwendungsgebiet fand und sich, wie wir noch sehen werden, im allgemeinen bewährte.

Zur Orientierung über dieses Gesetz sei hier nur folgendes mitgeteilt: Im Anschluß an die Vorschriften des Hypothekenbankgesetzes über die Hypothekenbanken war es erforderlich, auch die Rechte der Besitzer von Pfandbriefen dieser Hypothekenbanken gesetzlich festzulegen und besonders auch Bestimmungen über die Organisation der Pfandbriefbesitzer zur Wahrnehmung ihrer Interessen zu erlassen. Man entschloß sich, diese Regelung nicht auf die Pfandbriefe der Hypothekenbanken zu beschränken, sondern auf im Inland ausgegebene Schuldverschreibungen aller Art auszudehnen (deren gesamter Nominalbetrag wenigstens 300 000 Mk. ist). Das wichtigste Gebiet, auf welchem das Schuldverschreibungsgesetz in den Zeiten der vergangenen Krisis Anwendung fand, waren aber jedenfalls die Hypothekenbanken; weiter ist es dann noch bei den Obligationen der in Schwierigkeiten geratenen Allgemeinen Deutschen Kleinbahn-Gesellschaft in Anwendung gekommen und bei Schuldverschreibungen einiger industrieller Gesellschaften.

Das Schuldverschreibungsgesetz ermöglicht es, daß eine Versammlung von Inhabern von Schuldverschreibungen zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen mit Stimmenmehrheit Beschlüsse faßt, die für alle Schuldverschreibungen bindend sind. Insbesondere kann zur Abwendung der Zahlungseinstellung oder des Konkurses der Gesellschaft durch einen solchen Beschluß, bindend für alle Schuldverschreibungen, eine Zinsenstundung oder ein Zinsenverzicht ausgesprochen werden. Für diese Beschlußfassung sind bestimmte Majoritäten vorgesehen nach zwei Richtungen: zunächst muß die Mehrheit, die sich für die Stundung oder den Verzicht ausspricht, drei Viertel der abgegebenen Stimmen betragen, und ferner muß sie mindestens die Hälfte des Nennwerts der im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen erreichen (ist dieser Nennwert weniger als 16 Millionen Mark, so ist noch eine größere

Quote als die Hälfte desselben erforderlich). Weiter ist zu beachten, daß jede einzelne Beschlußfassung immer nur solche Schuldverschreibungen zusammenfassen darf, die ihren Inhabern gleiche Rechte gewähren. Nach der Auslegung, die diese Vorschrift gefunden, bedingen aber zum Beispiel verschiedene Rückzahlungstermine verschiedene Rechte; die Folge hiervon war, daß bei allen Beschlüssen, die während der Hypothekenbankkrisis von den Pfandbriefinhabern zu fassen waren, stets getrennte Abstimmung für die verschiedenen Pfandbriefserien, wobei für jede dieser die vorgeschriebene Majorität vorhanden sein mußte, erforderlich war. — Eine weitere wichtige Vorschrift des Schuldverschreibungsgesetzes betrifft die Wahl von Vertretern zur Wahrnehmung der Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen. Sie sind insbesondere notwendig für die Ausführung der von den Gläubigern gefaßten Beschlüsse und um sonstige Maßnahmen im Interesse der Gläubiger zu treffen, zu deren Durchführung anderenfalls die jedesmalige Berufung und Beschlußfassung der Gläubigerversammlung notwendig wäre; im Einzelfalle sind die Befugnisse des Vertreters durch die Gläubigerversammlung festzusetzen. — Hervorzuheben ist dann noch die negative Vorschrift des Gesetzes, daß die Versammlung der Gläubiger auf Kapitalansprüche durch Majoritätsbeschluß nicht verzichten darf. Hierdurch ist es unmöglich gemacht, in der Gläubigerversammlung einen teilweisen Kapitalverzicht, auch wenn er zur Vermeidung des Konkurses und großer Verluste der Gläubiger erforderlich ist, zu beschließen; in diesem Falle versagt also die vom Gesetz vorgesehene Organisation und es bleibt nichts anderes übrig, als die Gläubiger enger zusammenzufassen und eine besondere Gläubigervereinigung zu gründen, die nach ihrem Statut einen solchen Beschluß fassen kann, oder aber einem jeden einzelnen Gläubiger die Entscheidung über einen solchen Entschluß durch ausdrückliche Erklärung vorzubehalten. Den ersteren Weg hat man, wie wir noch sehen werden, bei der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank durch Gründung einer Schutzvereinigung beschritten. Der zweite Modus kam bei der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank zur Anwendung. Das gewünschte Ziel wurde in beiden Fällen auch erreicht. Natürlich wäre dies mit viel weniger Mühe und Kosten zu erzielen gewesen, wenn die gesetzliche Organisation auch für diesen Fall zu benutzen gewesen wäre.

Die Enthüllungen über die wirkliche Lage der Grundschuld-Bank folgten nun rasch aufeinander. Daß die Verhältnisse bei der Deutschen Grundschuld-Bank ungünstiger lagen als bei der Preußischen Hypotheken-

Aktien-Bank, nahm man ja allerdings schon seit einiger Zeit an; denn man wußte, daß die Grundschuld-Bank hauptsächlich gegründet war, um der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank ihre zweitstelligen Beleihungen und zweifelhaften Werte abzunehmen. An eine solche Mißwirtschaft, wie sie sich aber nun offenbarte, hatte niemand gedacht. — Mitte Dezember 1900 mußte die Vertretung der Realobligationäre weitere ungünstige Mitteilungen machen: die in der Bilanz per 31. Oktober 1900 aufgeführten Effekten waren größtenteils nicht vorhanden; in den letzten 1½ Jahren waren ca. 41 Millionen Mark meist erststellige Hypotheken aus dem Hypothekenbestand der Bank herausgegangen und durch minderwertige Hypotheken ersetzt worden. Die Zinsen der auf den Grundbesitz der Tochtergesellschaften eingetragenen Hypotheken waren nicht durch Zahlung, sondern nur durch Belastung in den Büchern beglichen worden; in Wirklichkeit sind im Jahr 1900 bei einem Hypothekenzinsensoll von 4,48 Millionen Mark bis jetzt (d. h. abgesehen von den für das vierte Quartal postnumerando zu zahlenden Hypothekenzinsen von 0,9 Millionen Mark, aber unter Hinzurechnung von nachträglich eingegangenen Hypothekenzinsen aus 1899) nur 1,46 Millionen Mark bar eingegangen. — Einige Tage später erschien der Bericht der Vertreter und des Ausschusses der Realobligationäre. Er wies einleitend darauf hin, daß man noch zu keinem abschließenden Urteil hätte gelangen können, einmal wegen der Kürze der Zeit, dann aber auch wegen des schlechten Zustandes der Bücher; das definitive Resultat könnte deswegen noch etwas schlechter oder auch etwas besser sein, aber so viel stünde fest, daß die Bank durch eine in Deutschland wohl noch nie dagewesene Geschäftsführung zu Grunde gerichtet worden wäre. Es waren unter dem Deckmantel von Hypothekeninstituten ungeheure Terrain- und Grundstücksspekulationen unternommen worden. Um sie durchzuführen, waren sechs Tochtergesellschaften gegründet. Transaktionen von vielen Millionen hatte man ohne jede geschäftliche Grundlage vorgenommen. Um sich die Herrschaft in den Generalversammlungen zu sichern, hatten die Banken gegenseitig ihre Aktien angekauft. Durch diese Effektenanschaffungen allein waren im Spielhagen-Konzern 24½ Millionen Mark festgelegt; ferner war bei Anhalt & Wagener Nachf. ein Engagement von ca. 14 Millionen Mark und bei der Maschinenfabrik Petzold & Co. ein solches von 13½ Millionen Mark (abgesehen von den Hypotheken) vorhanden. Es waren demnach insgesamt nicht weniger als 52 Millionen Mark festgelegt, denen an Aktienkapital und Reserven im ganzen nur

36 Millionen Mark gegenüberstanden. Die Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr hatte seit 17 Jahren die Hypothekenzinsen fast niemals in bar bezahlt, deshalb bestand auch seit vielen Jahren eine große Differenz zwischen den in bar wirklich eingegangenen Hypothekenzinsen und den von der Deutschen Grundschuld-Bank tatsächlich gezahlten Pfandbriefzinsen, und diese Differenz hatte sich durch die Auszahlung von Dividenden und Tantiemen natürlich noch vergrößert. Der Verfall der beiden Banken mußte deshalb in seinen Anfängen auf viele Jahre zurückreichen. Der riesige Rückgang seit den letzten 1½ Jahren hatte noch nicht völlig aufgeklärt werden können; in dieser Hinsicht wurde allerdings festgestellt, daß in der angegebenen Zeit von dem Bestand an Deckungshypotheken der Deutschen Grundschuld-Bank nicht weniger als zwei Fünftel, meist wertvolle Hypotheken an die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank und deren Tochtergesellschaften übergegangen waren, im Tausch gegen schlechtere Hypotheken.

Das Verhältnis zwischen Deckungshypotheken und Realobligationen hatte die Vertretung nicht feststellen können. Der Bestand an Deckungshypotheken war zwar auf 96 Millionen Mark ermittelt worden; es war aber inzwischen der Rechtsbestand von etwa 1 Million Mark Hypotheken bestritten. Der Umlauf an Realobligationen stand auch nicht fest, weil man nicht wußte, ob die der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank und der Firma Anhalt & Wagener Nachf. leihweise übergebenen Realobligationen wieder zu erlangen sind.

Bezüglich des Werts der Hypotheken der Deutschen Grundschuld-Bank wurde ermittelt, daß von dem gesamten Hypothekenbestand bei ruhiger Abwicklung 60 Millionen Mark als eingangsfähig anzusehen seien.

Eine Bilanz konnte noch nicht aufgestellt werden, da viele Hypothekentransaktionen ohne jede Buchung vorgenommen worden waren und es auch nicht möglich war, die Konten, die die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank und ihre Tochtergesellschaften betrafen, richtig zu stellen. So war z. B. die Neue Berliner Bau-Gesellschaft am 31. Dezember 1899 für 4,6 Millionen Mark Aktien der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank mit dem Betrag von 6,2 Millionen Mark belastet, ohne daß ihr die Deutsche Grundschuld-Bank auch nur eine Mitteilung hiervon gemacht hatte; die Neue Berliner Bau-Gesellschaft hat diese Buchung auch nicht anerkannt. Ende 1899 hatte dieselbe Gesellschaft 9¾ Millionen Mark auf ihren Grundbesitz eingetragene, nach Ansicht der

Revisionskommission wertlose Hypotheken, ohne daß sie eine Valuta hierfür erhalten hatte, der Deutschen Grundschuld-Bank übergeben, die sie als Deckungshypotheken benutzte. Erst später war der Bau-Gesellschaft mitgeteilt worden, daß sie als Gegenwert für die Hypotheken Aktien der Kasseler Trebertrocknungs-Gesellschaft erhalten sollte. Als charakteristisch für die Mißwirtschaft sei noch erwähnt, daß an Stelle der Effekten, die nach der Bilanz per 31. Oktober 1900 hätten vorhanden sein müssen, bloße Quittungen der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank über den leihweisen Empfang der betreffenden Effektenposten vorlagen; diese Quittungen stammten teilweise noch aus dem Jahre 1899. Bei der Prüfung der Hypothekendokumente hatte man gefunden, daß viele Hypotheken, die sich schon seit Jahren im Gewahrsam des Pfandhalters befanden, nicht im Grundbuch auf den Namen der Bank umgeschrieben waren, so daß möglicherweise ein Teil davon inzwischen bei Zwangsversteigerungen ausgefallen und deshalb wertlos geworden war.

Diese Mißwirtschaft war nach Ansicht der Vertretung nur ermöglicht und der Verfall der Bank so lange verschleiert worden, einmal durch die in dem Spielhagen-Konzern herrschende weitgehende Personalunion, infolge deren bei sehr vielen Geschäften in Wirklichkeit dieselben Personen mit sich selbst kontrahierten, und ferner durch die Tatsache, daß für alles, was in dem Konzern geschah, tatsächlich nur eine einzige Stelle ausschlaggebend war, in deren Hand sich alle Fäden vereinigten.

Der Bericht der Vertretung erwähnt schließlich noch, daß es trotz mannigfacher Anstrengungen nicht gelungen sei, eine Schutzvereinigung der Besitzer von Realobligationen zu bilden.

Für die Pfandbriefinhaber der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank wurde Mitte Dezember 1900 eine solche S c h u t z v e r e i n i g u n g von den großen Berliner Banken und Bankfirmen unter Führung der Deutschen Bank geschaffen. Der Zweck der Vereinigung sollte, wie schon ihr Name sagte, der Schutz der Interessen der Pfandbriefgläubiger und die Geltendmachung ihrer Rechte sein. Wer Mitglied der Vereinigung werden wollte, mußte seine Pfandbriefe mit einer schriftlichen Erklärung bei einer der bekannt gemachten Bankstellen hinterlegen und erhielt dagegen für jeden Pfandbrief ein auf den Inhaber lautendes Zertifikat. Die Verwaltung und Vertretung der Vereinigung erfolgte durch den Vorstand; derselbe sollte ermächtigt

sein, für gemeinschaftliche Rechnung der Zertifikatinhaber alle Rechte auszuüben, die das Gesetz den Gläubigern einer Person oder Gesellschaft einräumt. Außerdem wurden ihm noch ausdrücklich die folgenden Befugnisse zugestanden: im Interesse der Mitglieder der Vereinigung liegende Verträge und Geschäfte abzuschließen, für gemeinschaftliche Rechnung der Zertifikatinhaber den am kommenden 1. Januar bezw. 1. April 1901 fälligen Pfandbriefcoupon seinen Mitgliedern vorzuschießen, die Pfandbriefinhaber in einem eventuellen Konkurs der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank zu vertreten, an Versteigerungen des Eigentums der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank teilzunehmen, dasselbe ganz oder teilweise zu erwerben, Vergleiche abzuschließen, auch Maßnahmen zu treffen, die eine Aufgabe oder Beschränkung von Rechten der Pfandbriefinhaber einschließen oder die Substituierung eines neuen Schuldners an Stelle der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank bezwecken. — Wir sehen, es waren alle Möglichkeiten, welche die weitere Krisis und die Ordnung der Verhältnisse mit sich bringen konnten, berücksichtigt. Der Generalversammlung der Zertifikatinhaber wurde insbesondere das Recht vorbehalten, bindend für alle Mitglieder der Vereinigung über alle Maßnahmen zu beschließen, welche einen Verzicht auf Rechte der Mitglieder aus den hinterlegten Pfandbriefen einschließen. — In den Generalversammlungen besaß jedes Zertifikat für je 50 Mark Pfandbriefkapital eine Stimme. Die Mitglieder der Vereinigung waren verpflichtet, sämtliche zur Durchführung der vom Vorstand oder der Generalversammlung beschlossenen Maßnahmen erforderlichen Erklärungen und Formalitäten zu vollziehen. Die Auflösung der Vereinigung sollte nur durch Beschluß einer Generalversammlung, in welcher mindestens die Hälfte des Betrags der ausgegebenen Zertifikate vertreten war, und nur mit drei Viertel Majorität des vertretenen Kapitals erfolgen können. War die erforderliche Vertretung nicht vorhanden, so konnte in einer zweiten Versammlung ohne Rücksicht auf den vertretenen Betrag die Beschlußfassung mit drei Viertel Majorität erfolgen. Um die jederzeitige Verwertbarkeit der Zertifikate zu ermöglichen, sollte ihre Zulassung zum Börsenhandel und ihre Notiz an der Börse herbeigeführt werden. Die Sekretariatsgeschäfte der Vereinigung wurden der Deutschen Treuhand-Gesellschaft übertragen.

Die Gründung dieser Vereinigung durch die Berliner Banken und großen Privatbankiers, deren Direktoren bezw. Firmeninhaber in den Vorstand der Vereinigung eintraten, übte naturgemäß eine be-

ruhigende Wirkung auf den Pfandbriefmarkt im allgemeinen aus. Von größerer Bedeutung war sie aber selbstverständlich für die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank und deren Pfandbriefe selbst, zunächst schon durch ihre moralische Wirkung; ferner aber muß man auch beachten, daß der Umlauf an diesen Pfandbriefen nach dem Status per 31. Oktober 1900 nicht weniger als 352 Millionen Mark war. Eine solche riesige Summe zu für alle einzelnen Pfandbriefserien beschlußfähigen Versammlungen vereinigen zu können, erschien äußerst zweifelhaft. Durch die Vereinigung wurde es nun aber möglich, diese ungeheure, überall hin zerstreute Kapitalmasse nach und nach zu sammeln, um die für die Beschlüsse in den Versammlungen der Pfandbriefgläubiger nach dem Schuldverschreibungsgesetz notwendigen Majoritäten zu erlangen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist auch, daß die Generalversammlung der Schutzvereinigung durch Majoritätsbeschluß im Interesse einer Rekonstruktion der Bank für alle der Vereinigung angehörenden Pfandbriefe einen teilweisen Kapitalverzicht aussprechen konnte. Ein solcher Beschluß ist der gemäß dem Schuldverschreibungsgesetz einberufenen Versammlung der Pfandbriefinhaber, mag die Majorität für den Kapitalverzicht auch noch so groß sein, wie wir gesehen haben, ausdrücklich untersagt. Für den Fall, daß im Interesse der Gläubiger die Erhaltung und Sanierung einer Gesellschaft in der Form durchgeführt werden soll, daß die Gläubiger den Betrieb fortführen und für einen Teil ihrer Forderungen eine Aktienbeteiligung an der Gesellschaft übernehmen, versagt also das Gesetz, und diese Lücke konnte durch die Schutzvereinigung ausgefüllt werden. Ist eine solche Vereinigung der Gläubiger nicht vorhanden, so ist ein Kapitalverzicht nur in der Form möglich, daß der einzelne Pfandbriefgläubiger für seinen Pfandbriefbesitz eine ausdrückliche Erklärung über die Annahme eines derartigen Vorschlags abgibt, und dieser Weg ist bei der Rekonstruktion der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank beschritten worden. Die Schutzvereinigung erblickte ihre nächste Aufgabe darin, den drohenden Konkurs der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank zu vermeiden, denn wie wir gleich sehen werden, konnte die Bank den nächsten fälligen Zinsschein nicht zahlen, und hätte deshalb den Konkurs anmelden müssen, wenn die Pfandbriefinhaber nicht rechtzeitig Stundungsbeschlüsse faßten. Da es zweifelhaft war, ob diese Beschlüsse rechtzeitig zu stande kamen, erklärte sich die Schutzvereinigung bereit, den Zinsschein vorschußweise zu bezahlen. Ferner war die Schutz-

vereinigung bestrebt, der Verschleuderung von Hypotheken entgegenzutreten; zu diesem Zweck löste sie große Lombards ein und vermittelte die Stundung sonstiger Vorschüsse.

Die Prüfungsergebnisse bei der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank wurden in den letzten Tagen des Dezembers 1900 bekannt. Damals veröffentlichten die Vertretung der Pfandbriefinhaber und die Vertrauenskommission der Aktionäre der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank ihre Revisionsberichte; diese enthielten ebenso wie die bei der Deutschen Grundschuld-Bank kurz vorher veröffentlichten Revisionsergebnisse noch nicht ein abschließendes Urteil, sondern nur die vorläufigen und noch unvollständigen Ermittlungen. Sie wollten vor allem ein Bild von der momentanen Lage der Bank geben, damit die Pfandbriefinhaber über die zur vorläufigen Sicherung der Bank notwendigen Schritte eine Entscheidung treffen konnten. Diese zu treffenden Maßnahmen mußten wie bei der Deutschen Grundschuld-Bank in dem Beschluß bestehen, die demnächst fälligen Pfandbriefzinsen zu stunden und dadurch den infolge der Zahlungsunfähigkeit sonst eintretenden Konkurs zu vermeiden; um diesen Beschluß zu fassen, wurde eine Versammlung der Pfandbriefinhaber der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank auf den 30. Dezember 1900 einberufen.

Der von der Deutschen Treuhand als Vertreterin der Pfandbriefinhaber erstattete Bericht stellte nämlich fest, daß, ebenso wie bei der Grundschuld-Bank, ein großer Teil der Hypothekenzinsen schon seit Jahren nicht in bar eingegangen war, sondern (besonders bei den im Besitz der Tochtergesellschaften befindlichen Grundstücken) nur im Wege der Belastung (im Jahre 1899 12,71 Millionen Mark in bar und 1,72 Millionen Mark durch Belastung). Es gingen deshalb auch im vierten Quartal 1900 nicht genügend Barmittel ein, um den Januarzinsschein zahlen zu können. Die Vertretung empfahl deshalb den Pfandbriefgläubigern die Zinsenstundung für den nächsten fälligen Coupon (per 2. Januar und 1. April 1901), zumal eine Bevorzugung von Chirographargläubigern während der Zeit der Zinsenstundung nicht zu befürchten war. Die von der Deutschen Grundschuld-Bank gegen die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank in dem Bericht der Vertretung der Realobligationäre geltend gemachten Ansprüche stellten sich als nicht gerechtfertigt heraus; zum mindesten war der Sachverhalt noch nicht geklärt. Den Ansprüchen der Deutschen Grundschuld-Bank standen andere Ansprüche gegenüber; die Grundschuld-Bank hatte die jetzt von ihr reklamierten Hypotheken in durchaus legaler Weise

an die Preußenbank zediert. Hiervon abgesehen waren nur etwa 700 000 Mk. Buchschulden vorhanden, von denen aber nur 60 000 Mk. schon zur Zeit in Betracht kamen. Ferner waren noch Lombards in Höhe von 9,36 Millionen Mark vorhanden, die aber reichlich überdeckt waren, und dann kamen noch die rund 1,8 Millionen Mark Einzahlungen auf die 2 Millionen Mark gezeichneten jungen Aktien in Betracht, deren Zeichnung hinfällig wurde, wenn die Kapitalerhöhung nicht bis zum 15. April 1901 eingetragen war (im Herbst 1899 hatte die Generalversammlung der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank eine Kapitalerhöhung um 9 Millionen Mark beschlossen, die aber von der Regierung nur in Höhe von 5 Millionen Mark genehmigt worden ist; die jungen Aktien wurden den Aktionären zu 118 % angeboten, hiervon waren 68 % bereits eingezahlt, während die beiden restlichen Einzahlungen von je 25 % am 15. Januar und 15. April 1901 zu leisten waren).

Was das Verhältnis zwischen Deckungshypotheken und Pfandbriefumlauf betrifft, so war am 15. Dezember 1900 der Pfandbriefumlauf um 7,26 Millionen Mark größer als der Nominalbetrag der Deckungshypotheken. Dies kam daher, daß auf Grund der Vorschrift des Reichshypothekenbank-Gesetzes, laut welcher der Treuhänder Hypotheken, die zum vorübergehenden Gebrauch benötigt werden, der Bankverwaltung ohne andere Deckung aus seinem Tresor aushändigen muß, nicht weniger als 26½ Millionen Mark Hypotheken dem Treuhänder abverlangt worden waren. Von diesen Hypotheken hatte der Vorstand 7,6 Millionen Mark an Dritte zediert bezw. lombardiert, ohne die Valuta hiervon an den Treuhänder abzuliefern; die übrigen Hypotheken waren zu einem legalen Zweck aus dem Tresor genommen worden. Es bestand also eine Pfandbriefunterdeckung von 7¼ Millionen Mark.

Der Wert der Unterlagen erwies sich bedeutend besser als bei der Deutschen Grundschuld-Bank, so daß das Pfandbriefkapital bis auf einen mäßigen Betrag als intakt erschien. Es waren nämlich nach dem bisherigen Prüfungsergebnis der staatlichen Kommission, das sich bereits auf die weitaus meisten Darlehen der Bank erstreckte, von 1763 Beleihungen mit einem Darlehensbetrag von 263 Millionen 241 Millionen Mark zur Pfandbriefunterlage geeignet, d. h. derart beschaffen, daß ein Verlust daraus nicht zu befürchten war, während die restlichen 22 Millionen Mark auch nicht als wertlos anzusehen waren, vielmehr bei langsamer Abwicklung teilweise einbringlich erschienen. Von den 1763 Beleihungen waren nur 106, bei denen die Vor-

eintragungen 18½ Millionen Mark betrugen, nicht erststellig. Dieses Resultat stand im wesentlichen im Einklang mit dem bisherigen teilweisen Prüfungsergebnis der Vertretung, die ihrerseits noch eine genauere Prüfung der Deckungshypotheken vornehmen ließ.

Der Bericht der Aktionärkommission der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank gab hauptsächlich über die Geschäftsführung bei dieser Bank Auskunft.

Die Kommission erblickte nach ihren Ermittlungen die Ursache der Katastrophe der Preußenbank in dem Umstand, daß die Bank in Verbindung mit Untergesellschaften gearbeitet hatte, die nur zu dem Zweck errichtet sein konnten, Geschäfte zu betreiben, die den statutarischen Aufgaben der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank und ihrem Charakter als Pfandbriefinstitut zuwiderliefen. Diese enge Verquickung mit den Tochtergesellschaften zeigte sich z. B. darin, daß die Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr der Preußenbank 19 Millionen Mark schuldete, während sie selbst Gläubigerin der Kreditgesellschaft für Industrie und Grundbesitz und ebenso der Neuen Berliner Bau-Gesellschaft mit über 3 Millionen Mark war; die Grundstücke dieser drei Tochtergesellschaften waren regelmäßig von der Preußenbank zur ersten und von der Deutschen Grundschuld-Bank zur zweiten Stelle beliehen. Interessant war auch die Stellung der Kommanditgesellschaft Anhalt & Wagener Nachf. im Konzern, deren persönlich haftender Gesellschafter seit vielen Jahren Aufsichtsratsvorsitzender der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank, der Grundschuld-Bank und der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr war. Jene Firma hatte von der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr — d. h. im wesentlichen aus den Mitteln der Preußenbank — 3 Millionen Mark Kommanditkapital und 11½ Millionen Mark baren Vorschuß für ihre eigenen, meist erfolglosen Unternehmungen erhalten. Die Kontokorrentschuld war von Zeit zu Zeit, wenn sie zu einem hohen Betrag angewachsen war, durch Hingabe von zweifelhaften und wertlosen Objekten ausgeglichen worden. Die Lösung des Kommanditverhältnisses mit der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr fand durch einen Vertrag wenige Tage vor den Ende 1900 stattgehabten Generalversammlungen der Banken statt; hierbei erhielt die Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr an Stelle von barem Geld wieder eine große Zahl zweifelhafter Objekte, die dabei zu ihrem vollen Nominalbetrag in Anrechnung gebracht wurden; es verblieb noch eine Forderung der

Aktiengesellschaft an den persönlich haftenden Gesellschafter in Höhe von 1,7 Millionen Mark, die dieser nach dem Vertrag zahlen sollte, sobald es seine Verhältnisse ohne Gefährdung seines Geschäfts gestatteten. Ein weiterer größerer Verlust ist dadurch entstanden, daß die Maschinenfabrik und Eisengießerei Petzold & Co., die inzwischen in Konkurs gegangen ist, wenigstens 11 Millionen Mark verschlungen hatte, von denen nur ein geringer Teil wieder zu erlangen war. Eine genaue Feststellung des Verhältnisses zu Anhalt & Wagener Nachf., der Grundschuld-Bank, der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr und den anderen Tochtergesellschaften konnte noch nicht erzielt werden.

Infolge der vorstehenden und noch anderer Geschäfte war das Aktienkapital der Preußenbank nicht nur aufs äußerste gefährdet, sondern auch zu einem erheblichen Teile und zwar mindestens in Höhe des halben Kapitals verloren. Aus diesem Grunde wurde auch das Kuratorium der Preußenbank aufgefordert, einer zu diesem Zweck auf den 30. Januar 1901 einberufenen Generalversammlung die in § 240 H.G.B. vorgeschriebene Mitteilung über den Verlust des halben Aktienkapitals zu machen. Bezüglich des Regresses gegen die inzwischen abgesetzten und in Untersuchungshaft genommenen Direktoren Eduard Sanden, Heinrich Schmidt und Puchmüller wurde mitgeteilt, daß deren Vermögen zur Sicherstellung der Regreßansprüche verpfändet worden sei.

Die Kommission hatte auch eine Prüfung der von der Verwaltung veröffentlichten Bilanzen per ultimo 1896 bis 1899 und per 31. Oktober 1900 vorgenommen und gefunden, daß diese Bilanzen in wesentlichen Punkten falsch und verschleiert waren. Es waren in den Jahresbilanzen für 1896—1899 besonders die folgenden Punkte zu beanstanden:

1. Um das in so großem Umfang betriebene statutenwidrige Kontokorrentgeschäft zu verheimlichen, hatte man die Debitoren und Kreditoren nicht in ihrer wirklichen Höhe in die Bilanzen eingestellt, sondern willkürlich verringert; es war dies dadurch geschehen, daß man Debitoren in Höhe von vielen Millionen nicht unter die Aktiven eingestellt, von den Kreditoren Posten in derselben Höhe wie die zum Verschwinden gebrachten Debitoren in Abzug gebracht und nur die verbleibende Differenz in der Bilanz berücksichtigt hatte; so waren zum Beispiel in der Bilanz für das Jahr 1897 Debitoren und Kreditoren um über 28 Millionen Mark gekürzt worden. Ferner hatte man es durch fälschliche Ver-

buchung von Kreditoren auf andere Konten fertig gebracht, daß in der Bilanz per 31. Dezember 1899 die Kreditoren nur mit 3,87 Millionen Mark erschienen, während sie in Wirklichkeit 26,79 Millionen Mark, d. h. etwa das Achtfache der eingesetzten Summe betrugen.

2. Die in dem Besitz der Bank befindlichen Aktien der Grundschuld-Bank und der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr mit einem ausmachenden Betrag von 8,4 Millionen Mark waren statt auf Effektenkonto auf Debitorenkonto gebucht worden, ebenso die 3 Millionen Mark (seit 1899 5 Millionen Mark) Anteile von Petzold & Co. G. m. b. H.; im Geschäftsbericht war erklärt worden, daß die eigenen Effekten sich aus Kundenpapieren und Pfandbriefen zusammensetzten.

3. Es waren Debitoren als Anlagen im Hypothekengeschäft gebucht worden.

Die Bilanzen für die Jahre 1897—1899 sind nach diesen Revisionsergebnissen später berichtigt worden; diese berichtigten Bilanzen wurden von einer zu diesem Zweck auf den 28. März 1901 einberufenen Generalversammlung genehmigt und hierdurch die Rückerstattung der zu Unrecht gezahlten Steuern ermöglicht.

In der oben mitgeteilten Bilanz per 31. Oktober 1900 war zu beanstanden, daß die mit 363,54 Millionen Mark ausgewiesenen Deckungshypotheken in Wirklichkeit weniger betrugen; denn in jener Summe waren enthalten: 0,96 Millionen Mark Hypotheken, die der Bank nicht mehr gehörten, sondern von ihr an Dritte zediert worden waren. Aus der Bilanz war auch nicht zu ersehen, daß 7,95 Millionen Mark eigene Pfandbriefe lombardiert worden waren, die wohl unter die Kreditoren oder Lombards, nicht aber unter den Pfandbriefumlauf eingestellt waren. Ferner waren noch 0,46 Millionen Mark Pfandbriefe als eigener Bestand der Bank in Ansatz zu bringen. Bei Berücksichtigung der vorstehenden Punkte ergab sich dann eine Unterdeckung der Pfandbriefe von 1,9 Millionen Mark.

Die Revisionsarbeiten der Kommission waren dadurch sehr erschwert worden, daß die Buchführung unübersichtlich und ungeordnet war, daß Buchungen besonders zur Zeit der Bilanzaufstellung gemacht wurden, deren Zweck nicht aufgeklärt werden konnte und daß vielfach Buchungen über bestimmte Geschäfte ganz fehlten.

Am 29. Dezember 1900 fand die zum Zweck der Bewilligung der Zinsenstundung einberufene Versammlung der Realobligationäre der Deutschen Grundschuld-Bank statt. Sie beschloß diese Zinsenstundung

bis auf weiteres unter der Bedingung, daß die Generalversammlung der Aktionäre die Liquidation der Gesellschaft beschließen würde. Nachdem man sich vergebens bemüht hatte, die Realobligationen zu einer Schutzvereinigung zum Zweck der Erhaltung und Reorganisation der Bank zusammenzufassen, blieb nichts anderes als die Liquidation übrig. Denn eine Reorganisation durch die Aktionäre war wegen der Höhe des Verlustes natürlich ausgeschlossen. Die Realobligationäre beauftragten ihre Vertretung zur Geltendmachung der Rechte der Gläubiger unter Ausschluß der Befugnis der einzelnen Gläubiger der Realobligationäre zur selbständigen Geltendmachung ihrer Rechte; denn ohne diese Einschränkung der Einzelrechte hätte die Konkursgefahr fortbestanden. Ferner erklärte die Versammlung die Vertretung zu einem Verzicht auf Gläubigerrechte nur unter der Bedingung für befugt, daß die Generalversammlung zwei der zu wählenden drei Liquidatoren der Gesellschaft gemäß den Vorschlägen der Gläubigerversammlung wählen würde. Schließlich beauftragte die Versammlung ihre Vertreter und den Ausschuß, alle irgend möglichen Schritte zur Vermeidung des Konkurses zu tun. Für den Fall, daß dieser aber doch eintreten sollte, beschloß die Generalversammlung, daß die Vertretung auch dann noch ihre Funktionen weiter ausüben solle. In der Versammlung wurde betont, daß eine Pflicht zur Anmeldung des Konkurses zur Zeit noch nicht vorlag; die Zinsenstundung nicht nur für den nächsten fälligen Zinsschein, sondern bis auf weiteres, d. h. auf unbestimmte Zeit, wurde deshalb für erforderlich gehalten, da es ungewiß war, ob man später wieder eine beschlußfähige Versammlung für die sämtlichen Serien der Realobligationen zusammenbringen konnte; es waren in der Versammlung bei einem Obligationsumlauf von 94 Millionen Mark 80 Millionen Mark vertreten. — Die Vertrauenskommission der Aktionäre der Deutschen Grundschuld-Bank erstattete der auch auf den 29. Dezember 1900 einberufenen Generalversammlung einen Bericht, der die Mitteilungen in dem Bericht der Vertretung bestätigte und weitere Einzelheiten zur Charakterisierung der Geschäftsführung durch die Prüfung der Bilanz per 31. Dezember 1899 brachte. Diese Bilanz war unrichtig und machte einen Überblick über die Verhältnisse der Gesellschaft fast unmöglich. So war z. B. festgestellt worden, daß 4,6 Millionen Mark Preußische Hypothen-Aktien-Bank-Aktien, die unter den Effekten hätten aufgeführt werden müssen, am 31. Dezember 1899 ohne irgend welche Begründung durch einfache Buchung an die Neue Berliner Bau-Gesell-

schaft übertragen worden waren, ohne daß letztere auch nur eine Aufgabe hierüber erhalten hatte. Ferner waren 2 Millionen Mark Aktien der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr unter den Effekten nicht aufgeführt, sondern unter den Debitoren als Konsortialkonto. Charakteristisch war die folgende Schiebung, die vorgenommen wurde, um den Debetsaldo der Grundschuld-Bank weniger hoch erscheinen zu lassen: es wurden per 31. Dezember 1899 ohne Grund der Preußenbank 4 Millionen Mark kreditiert, und zwar 1 Million Mark zu Lasten des Märkischen Immobilien-Vereins und 3 Millionen Mark zu Lasten der Neuen Berliner Bau-Gesellschaft; im April 1900 wurde diese Buchung unter der Bezeichnung „Rückbewegung" wieder storniert.

Die Generalversammlung der Grundschuld-Bank sprach sich für die Liquidation aus; einen gültigen Beschluß hierüber konnte sie aber nicht fassen, da nicht, wie das Statut für einen solchen Beschluß vorschreibt, drei Viertel des ganzen Aktienkapitals (sondern nur 5,2 Millionen Mark) in der Generalversammlung vertreten waren. Es wurde deshalb eine weitere Generalversammlung auf den 29. Januar 1901 einberufen; in dieser Generalversammlung, in der das erforderliche Aktienkapital vertreten war, wurde dann die Liquidation beschlossen. Hier wurde auch eine nähere Mitteilung über die 41,6 Millionen Mark Hypotheken gemacht, die nach dem Bericht der Vertretung der Realobligationäre von der Grundschuld-Bank an die Preußenbank in Tausch gegen schlechte Hypotheken übergegangen sein sollten. Der Vorstand der Grundschuld-Bank erklärte nämlich, daß diese Darstellung nach den neuesten Untersuchungen nicht richtig war, da die Grundschuld-Bank einen großen Teil der fraglichen minderwertigen und wertlosen Hypotheken nicht von der Preußenbank, sondern von verschiedenen Tochtergesellschaften zum buchmäßigen Ausgleich von Forderungen der Grundschuld-Bank gegen diese Gesellschaft erhalten hatte; ob hieraus Ansprüche gegen die Preußenbank hergeleitet werden könnten, konnte noch nicht festgestellt werden.

Bei der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank traten auch noch vor Jahresschluß die Pfandbriefgläubiger zusammen; sie ermächtigten in der Versammlung vom 31. Dezember 1900 (in welcher von 357,6 Millionen Mark umlaufenden Pfandbriefen 305,5 Millionen Mark vertreten waren, wovon 290 Millionen Mark auf die Schutzvereinigung entfielen) ihre Vertretung, die Deutsche Treuhand-Gesellschaft, zur Geltendmachung aller Rechte der Pfandbrief-

gläubiger unter Ausschluß der Befugnis der einzelnen Gläubiger aus den Pfandbriefen zur selbständigen Geltendmachung ihrer Rechte, und gab ihr ferner die Ermächtigung, den Januar- und April-Coupon bis auf weiteres zu stunden. In der Versammlung wurde auch das Ergebnis der nunmehr abgeschlossenen Prüfung der Deckungshypotheken seitens der staatlichen Kommission bekannt gegeben: Es waren 2600 Beleihungen mit einem Darlehensbetrag von 331,47 Millionen Mark geprüft worden; nicht erststellig waren 117 Beleihungen mit 19,49 Millionen Mark; von den geprüften Hypotheken waren zur Pfandbriefdeckung geeignet 305,19 Millionen Mark, während 26,28 Millionen Mark abzusetzen waren. Zu den vorstehend genannten Hypotheken treten noch 18,2 Millionen Mark Beleihungen hinzu, die noch nicht geprüft waren, an denen aber keine Verluste zu erwarten waren.

Über die Beleihungen der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank an die Tochter- und Nebengesellschaften gibt die folgende Zusammenstellung Aufschluß:

	Zahl der Grundstücke	Beleihung
Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr	117	13,05 Mill. M.
Neue Berliner Bau-Gesellschaft	76	15,19 „ „
Märkischer Immobilien-Verein	22	3,28 „ „
Grunderwerbsgesellschaft f. Berlin u. Vororte	4	1,34 „ „
Kreditgesellschaft für Industrie und Grundbesitz	2	0,18 „ „
Petzold & Co.	5	4,23 „ „
Anhalt & Wagener Nachf.	1	0,13 „ „
Deutsche Grundschuld-Bank	1	0,89 „ „
Generalkonsul Schmidt	3	1,43 „ „
	231	39,47 Mill. M.

Die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank war also weit weniger an den Tochtergesellschaften engagiert als die Deutsche Grundschuld-Bank; von den Beleihungen der letzteren betrafen nicht weniger als 60 % Grundstücke der Tochtergesellschaften, während bei der Preußenbank nur etwa 10 % ihrer sämtlichen Beleihungen auf Grundstücke des Konzerns entfielen.

In der Schilderung des äußeren Verlaufs der Krisis sind wir hier nun zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Bei beiden Banken war die Stundung der fälligen Pfandbriefzinsen beschlossen worden und die momentane Gefahr des Konkurses wegen Zahlungsunfähigkeit hierdurch beseitigt. Nun galt es, die verworrenen Verhältnisse noch vollends aufzuklären und alle zur Beurteilung der Lage der

Banken notwendigen Einzelheiten zu untersuchen, um sich ein Urteil bilden zu können über die zwecks der Erhaltung der beiden Banken zu ergreifenden Maßnahmen. Bei der Preußenbank war, ehe man sich über die Art der Rekonstruktion schlüssig machen konnte, noch eine genaue Prüfung des Werts der Pfandbriefunterlagen vorzunehmen, da die Ermittelungen der staatlichen Kommission, die möglichst rasch ein Bild von der Beschaffenheit der Pfandbriefunterlagen geben sollten, nur als provisorische anzusehen waren. Die Grundschuld-Bank war in Liquidation getreten und hier mußte die Hauptsorge sein, die wegen der starken Unterdeckung der Realobligationen drohende Überschuldung und Konkursgefahr zu vermeiden. Bald zeigte es sich aber, daß alle Bemühungen in dieser Richtung angesichts der Unterwertigkeit der Deckungshypotheken umsonst waren. Denn bei der Aufstellung der Liquidationsbilanz ergab sich eine hohe Überschuldung, welche die Liquidatoren zwang, am 5. März 1901 den Antrag auf Konkurseröffnung zu stellen. Der Konkurs konnte auch aus dem Grunde auf die Dauer nicht vermieden werden, weil die Abwicklung mit Rücksicht auf die Vorschriften des Reichshypothekenbankgesetzes sich als unmöglich erwies. Die Wirksamkeit des Treuhänders hörte nämlich bei Eintritt der Liquidation nicht auf; dieser durfte Deckungshypotheken nur herausgeben, wenn er den vollen Gegenwert erhielt. Es war deshalb die nur mit Verlust mögliche Verwertung der großen Masse zweitstelliger Hypotheken von Anfang an ausgeschlossen und eine Abwicklung, eine Liquidation faktisch unmöglich. — Die Liquidationsbilanz per 31. Januar lautete:

Aktiva:

Kassakonto			670 117,72 Mk.
Effektenkonto		5 431 438,37 Mk.	
Abschreibung		5 379 650,97 „	51 787,40 „
Wechselkonto		3 144,— „	
Abschreibung		1 072,— „	2 072,— „
Kontokorrentkonto			863 636,02 „
Hypothekenkonto		84 542 912,09 Mk.	
Hypothekenerwerbskonto	1 378 554,41 Mk.		
Amortisationskonto	56 615,02 Mk.	1 435 169,43 „	
		83 107 742,66 Mk.	
Abschreibung		30 840 651,53 „	52 267 091,13 „
		Übertrag:	53 854 704,27 Mk.

	Übertrag:	53 854 704,27	Mk.
Rückständige Zinsforderungen		100 000,—	"
Grundstückskonto	1 081 473,51 Mk.		
Abschreibungen	191 473,51 "	890 000,—	"
Mobilienkonto		5 970,—	"
Verlust		42 761 285,89	"
		97 611 960,15	Mk.

Passiva.

Realobligationskonto	94 861 600,—	Mk.
Realobligationscouponskonto	1 858 877,10	"
Kostenkonto der Darlehensschuldner und Kontokorrentkonto der Hypothekenabteilung . . .	1 483,05	"
Hypothekengläubigerkonto	890 000,—	"
	97 611 960,15	"

Vertretung und Ausschuß der Realobligationäre, deren Mandat auch für den Fall des Konkurses galt, mußten nun ihre Bemühungen besonders auf zwei Punkte richten: Vor allem mußte die baldige Wiederaufhebung des Konkurses durch eine Rekonstruktion der Bank erreicht werden. Dies war im Interesse der Realobligationen erforderlich; die Verwertung der Masse im einzelnen mußte, zumal es sich um einen solch großen Besitz handelte, lange Zeit erfordern; trotzdem erzielt erfahrungsgemäß der Konkursverwalter schlechtere Preise, da jeder Käufer von der Voraussetzung ausgeht, daß der Konkursverwalter eben auf alle Fälle verkaufen muß; bei Subhastationen entstehen, da der Konkursverwalter aus Mangel an Mitteln nicht mitbieten kann, große Ausfälle; zu Meliorationen nnd sonstigen Aufwendungen, die eine rentablere sachgemäße Verwertung der Objekte ermöglichen, hat er ebenfalls weder Zeit noch Mittel; bei einer Verwertung im großen werden, zumal in kritischen Zeiten, auch keine entsprechenden Preise erzielt und die Gläubiger gehen jeder Chance auf Wertsteigerung verlustig. Schließlich sind auch noch die sehr bedeutenden Konkurskosten zu beachten. — Der zweite mit dem ersten in enger Verbindung stehende Punkt betraf das Verhältnis zur Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank; es waren die Ansprüche der Deutschen Grundschuld-Bank gegen diese Bank zur Geltung zu bringen; die Grundschuld-Bank hatte eine Kontokorrentforderung in Höhe von 10 ¹/₂ Millionen Mark gegen die Preußenbank, und ferner erhob sie gegen diese wegen des schon

mehrfach erwähnten Hypothekenaustausches Ansprüche, welche die Preußenbank in Höhe von 7 1/2 Millionen Mark als berechtigt anerkennen mußte. Gleichzeitig mußte aber auch mit dieser Bank ein Arrangement getroffen werden, um zu erreichen, daß an den zweitstelligen Hypotheken der Grundschuld-Bank, die auf zahlreichen Grundstücken hinter der Preußenbank eingetragen waren, Verluste möglichst vermieden würden; denn wenn diese Grundstücke zur Subhastation kommen würden, mußte die Grundschuld-Bank mit ihren weitaus meisten Hypotheken ausfallen und kolossale Verluste erleiden. Andererseits mußte aber die Deutsche Grundschuld-Bank auch in ihrem eigenen Interesse den Konkurs der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank vermeiden, da durch die Konkurskosten der größte Teil der freien Masse der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank absorbiert und der auf die Masse angewiesene Ausfall der Pfandbriefe bei Eintritt des Konkurses viel größer sein würde, wodurch die Quote der Grundschuld-Bank sehr stark verringert worden wäre. — Auf Seiten der Preußenbank bestand ein mindestens ebenso großes Interesse an einer gütlichen Auseinandersetzung. Denn die Grundschuld-Bank konnte jederzeit wegen der unzweifelhaften Ansprüche gegen die Preußische Hypotheken-Bank in Höhe von 10 1/2 Millionen Mark diese Bank auch in den Konkurs treiben und hierdurch deren Pfandbriefbesitzern die schwersten Nachteile zufügen. Der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank stand zur Befriedigung dieser Ansprüche nur das nicht in das Hypothekenregister eingetragene Vermögen, ihre Chirographarmasse, zur Verfügung; auf diese hatten aber auch die Pfandbriefbesitzer bezüglich der im Pfandbrieftresor fehlenden Deckung Anspruch, und ferner kamen die Zeichner der jungen Aktien der Preußenbank als Gläubiger in Frage, die 2 Millionen Mark Einzahlungen geleistet hatten.

Bei der engen Verquickung der beiden Banken war es klar, daß auch die Rekonstruktion beider nur auf Grundlage eines solchen gütlichen Arrangements und in engem Anschluß an dasselbe erfolgen konnte, und daß eine gemeinsame Tätigkeit aller in Betracht kommenden Faktoren — Schutzvereinigung der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank, Vertretung und Ausschuß der Pfandbriefbesitzer und Realobligationäre, Konkursverwalter der Grundschuld-Bank, Generalversammlung der Aktionäre der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank — für das Zustandekommen erforderlich war. Es mußte zunächst eine Verständigung mit den Zeichnern der jungen Aktien der Preußenbank

erzielt werden, damit diese als die einzigen außenstehenden Gläubiger der Preußenbank ausgeschieden wurden; alsdann war ein Vergleich zwischen der Preußenbank und Grundschuld-Bank über die Verwertung der Chirographarmasse der Preußenbank für Rechnung beider Banken nach einem bestimmten Verhältnis zu schließen. Waren diese Schritte getan, dann konnte die Rekonstruktion beider Banken erfolgen.

Ein Eingehen auf die sonstigen Details bei den beiden Banken und eine Erörterung der Nebengesellschaften, soweit deren Verhältnisse nicht unmittelbar für die beiden Banken von Wichtigkeit sind, müssen wir uns hier versagen. Diese Einzelheiten sind auch von geringerem Interesse.

Der Vergleich zwischen den beiden Banken kam am 28. März 1901 zu stande. Er ging davon aus, daß zur Befriedigung der Forderungen der Deutschen Grundschuld-Bank das den Pfandbriefinhabern nicht verhaftete Vermögen der Preußenbank dienen sollte. Hierbei waren aber noch zu berücksichtigen:

1. Die Pfandbriefbesitzer der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank, insoweit sie in dem Pfandbrieftresor keine Deckung fanden, nämlich mit 18,26 Millionen Mark (7,26 Millionen Mark Unterdeckung und 11 Millionen Mark deshalb, weil nach der staatlichen Revisionskommission 22 Millionen Mark als unsicher anzusehen und hierbei schätzungsweise ein Ausfall in Höhe der Hälfte angenommen wurde).

2. Die Einzahlungen auf die jungen Aktien mit 1,85 Millionen Mark; diese Ansprüche waren streitig (die Zeichnung ist übrigens rechtswirksam geworden, da die Kapitalerhöhung noch innerhalb der gesetzten Frist in das Handelsregister eingetragen wurde) [1]. — Sonstige Chirographarschuldner außer dem laufenden Bedarf der Verwaltung, der nach einer Vereinbarung mit der Pfandbriefvertretung aus den vereinnahmten Hypothekenzinsen bestritten werden sollte, waren nicht bekannt.

Die wichtigsten Bestimmungen des Vergleichs waren:

a) Die Grundschuld-Bank ermäßigt ihre Forderung gegen die Preußische Hypotheken-Bank auf den Betrag von 18 Millionen Mark (10 1/2 Millionen Mark Kontokorrentforderung und 7 1/2 Millionen Mark aus den Transaktionen im Hypothekengeschäft). Die Preußenbank stellt den vorstehend genannten drei Kategorien von Gläubigern und etwaigen, noch unbekannten Gläubigern ihren gesamten Vermögens-

[1] Im Rahmen des Rekonstruktionsplanes der Preußenbank kam mit den Zeichnern der jungen Aktien eine Vereinbarung zustande, nach welcher diese in Höhe des 10. Teils ihrer Einzahlungen Aktien erhielten und eine Barabfindung, die nach der Höhe der geleisteten Einzahlungen abgestuft wurde.



bestand, soweit er nicht in das Hypothekenregister eingetragen ist, zwecks anteilmäßiger Befriedigung zur Verfügung. Dies soll derart geschehen, daß die sämtlichen zur Masse gehörigen Objekte der Grundschuld-Bank oder einer von dieser zu bezeichnenden juristischen Person zu Eigentum übertragen werden. Die Grundschuld-Bank verwertet diese Objekte bestmöglich nach eigenem Ermessen und verteilt den Ertrag unter die beteiligten Gläubiger nach dem Verhältnis ihrer Quoten. Die Grundschuld-Bank erhält für ihre Mühewaltung bei der Verwaltung und Verwertung der Masse außer dem Ersatz ihrer Auslagen eine Vergütung von 5 % von den zur Auszahlung gelangenden Beträgen. Über die Verwaltung und Verwertung der Masse muß die Grundschuld-Bank jährlich der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank Rechnung legen.

b) Die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank übernimmt die folgenden Verpflichtungen: In allen Fällen, in denen die Grundschuld-Bank als Hypothekengläubigerin im Range hinter der Preußischen Hypotheken-Bank eingetragen ist, darf die Preußenbank ihr Kapital, insofern die vereinbarte Zinszahlung pünktlich erfolgt, während der nächsten 10 Jahre ohne Zustimmung der Grundschuld-Bank nicht kündigen; wird eine Forderung während dieses Zeitraums aus einem anderen Grund fällig, so muß die Preußenbank auf Verlangen der Grundschuld-Bank ihr Kapital für den Rest jenes Zeitraums unter den seitherigen Bedingungen stehen lassen. Wenn die Grundschuld-Bank von ihr beliehene Häuser oder andere ertragbringende Immobilien erwirbt und der Bruttomietsertrag nicht ausreicht, um die Hypothekenzinsen für die Preußenbank, die Kosten für die Verwaltung und Erhaltung des Grundstücks (im Höchstbetrag von 20 % des Bruttomietsertrags) und den Betrag von 1 % des für die Preußenbank eingetragenen Kapitals zu decken, so muß die Preußenbank den Fehlbetrag ihrer Hypothekenzinsen bis zu einem Viertel des Zinsenbetrages der Grundschuld-Bank erlassen. Wenn ein solches Grundstück seitens der Grundschuld-Bank weiter veräußert wird, so muß die Grundschuld-Bank, wenn die seitherigen Erleichterungen (während des zehnjährigen Zeitraums) bestehen bleiben sollen, die Genehmigung der Preußenbank für den Verkauf einholen. Bei einer Reihe anderer namentlich aufgeführter Grundstücke (hauptsächlich der Grundbesitz der Maschinenfabrik Petzold & Co., die Herrschaft Driesen-Steinbusch und Terrains), bei denen die Preußenbank auch zur ersten Stelle eingetragen ist und die Grundschuld-Bank eine Eintragung hinter ihr hat, sollen die rückständigen und zukünftigen Hypothekenzinsen auf 4 % herabgesetzt und

für die Dauer von höchstens 10 Jahren jährlich durch Eintragung von unverzinslichen Grundschulden unmittelbar hinter der Kapitalsforderung der Preußenbank beglichen werden; diese Grundschulden sollen bei Verkauf des Grundstücks oder sonst spätestens nach 10 Jahren fällig werden. Diese der Grundschuld-Bank eingeräumten Erleichterungen lagen übrigens auch im Interesse der Pfandbriefgläubiger der Preußischen Hypotheken-Bank. Denn ohne die vorstehenden Vereinbarungen hätte diese Bank einen sehr großen Grundbesitz übernehmen müssen, da die in Konkurs befindliche Grundschuld-Bank in zahlreichen Fällen die der ihrigen vorstehende Hypothek der Preußenbank nicht hätte ausbieten können, so daß die Preußenbank die Grundstücke erwerben müßte. In diesem Fall war aber nach dem Reichshypothekenbankgesetz die Hypothek der Preußenbank nur noch mit der Hälfte des seitherigen Betrages unterlagsfähig und die Preußenbank hätte deshalb bedeutende Nachschüsse in den Pfandbrieftresor leisten müssen.

Die Preußenbank kann sich von den von ihr übernommenen Verpflichtungen durch Zession ihrer Hypotheken nicht befreien. Die vorstehend bezeichneten Rechte und Pflichten der Grundschuld-Bank gehen, wenn diese ihr Vermögen im ganzen veräußert, ohne weiteres auf den Erwerber über. Die Grundschuld-Bank und Preußenbank sollen, abgesehen von bestehenden Hypotheken und Grundschulden, keinerlei weiteren Rechte und Pflichten, als in diesem Vertrag stipuliert, gegeneinander haben. Über etwaige zwischen den beiden Banken entstehende Streitigkeiten aus diesem Vertrag soll ein Schiedsgericht unter Ausschluß des ordentlichen Rechtswegs entscheiden.

Die Genehmigung der Pfandbriefgläubiger, der Realobligationäre und der Aufsichtsbehörde zu diesem Vertrag wurde vorbehalten und später auch erteilt.

Durch diesen Vertrag hat man den gegenseitigen Ansprüchen der beiden Banken in einer gerechten Weise Rechnung getragen und alle Eventualitäten, soweit dies bei der weitgehenden gegenseitigen Verquickung und der komplizierten Rechtslage im voraus möglich war, berücksichtigt. Für die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank war durch diesen Vertrag die Konkursgefahr beseitigt; für die Deutsche Grundschuld-Bank waren sonst eintretende weitere große Verluste vermieden, und für beide Banken waren klare Verhältnisse geschaffen, auf Grund deren ihre Rekonstruktion nunmehr vorgenommen werden konnte.

Was zunächst die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank betrifft, so war eine Rekonstruktion durch die Aktionäre nicht gangbar; denn

eine Zuzahlung oder Übernahme von jungen Aktien seitens derselben wäre gegenüber der Höhe des Verlustes und auch mit Rücksicht auf die durch den Betrag des Pfandbriefumlaufs geforderte Höhe des Grundkapitals, ganz abgesehen von dem Erfolg einer solchen Maßregel, eine ganz unzureichende Maßnahme gewesen. Der Schwerpunkt und deshalb auch die Entscheidung über die Zukunft der Bank und die Frage, ob sie als Pfandbriefinstitut bestehen bleiben solle, lagen bei den Pfandbriefgläubigern. Die Grundlage für die Rekonstruktion bildete die Bilanz per 31. Dezember 1900; sie zeigte folgendes Bild:

Aktiva:

	Mk.	Mk.	Mk.
Kassabestand			274 489,89
Wertpapiere			3 283 714,55
Wechselbestand		135 173,56	
ab Abschreibung		117 560,—	
		17 613,56	
ab Zinsen bis zum Verfall		556,60	17 056,96
Mobilienkonto		58 711,45	
ab 10 % Abschreibung		5 871,15	52 840,30
Debitoren:			
a) Aus dem Hypothekenverkehr:			
Noch nicht bezahlte Hypothekenzinsen außer			
auf dem Konto belasteten (davon rückständig 321 937,96 Mk.	977 281,55		
ab Abschreibung	250 000,—	727 281,55	
Sonstige Schuldner . . .	318 439,73		
ab Abschreibung	300 000,—	13 439,73	
		740 721,28	
b) Aus dem Kontokorrentverkehr	31 794 125,75		
ab lt. Beschluß vom 28. März 1901 fiktive . .	8 343 758,38		
	23 450 367,37		
Übertrag:	23 450 367,37	740 721,28	3 628 101,70

	Mk.	Mk.	Mk.
Übertrag:	23 450 367,37	740 721,28	3 628 101,70
hiervon ab:			
a) lt. Beschluß vom 28. März 1901 .	5 647 869,88		
	17 802 497,49		
b) weiter erforderliche Abschreibung . .	15 530 945,13	2 271 552,36	3 012 273,64
Als zur Pfandbriefdeckung bestimmt in das Hypothekenregister eingetragene Hypotheken		350 347 732,18	
ab Amortisation		477 844,04	
		349 869 888,14	
dazu lombardierte Hypotheken .		1 108 900,—	350 978 788,14
Anderweitige Anlage im Hypothekengeschäft		1 203 794,04	
ab Abschreibung		503 794,04	700 000,—
Bankgebäude			3 339 174,15
Erworbene Grundstücke			48 026,06
Verlust			56 441 558,24
			418 147 921,93

Passiva:			Mk.
Aktienkapital			21 000 000,—
Einzahlung auf junge Aktien			1 821 372,—
Verloste noch einzulösende Pfandbriefe			23 710,—
Vor dem 31. Dezember 1900 fällig gewesene Zinsscheine			266 535,64
Am 2. Januar 1901 fällige Zinsscheine			3 652 461,40
Anteil an fälligen Zinsscheinen per 1. April 1901			1 582 873,—
Im Umlauf befindliche Hypothekenpfandbriefe:		Mk.	
	4½ % ige	1 996 950,—	
	4 % ige	266 994 500,—	
	3½ % ige	81 588 900,—	350 580 350,—
		Übertrag:	378 927 302,04

Übertrag:	378 927 302,04	Mk.
Außerdem: Eigene Pfandbriefe im Lombard befindlich nominal . . . 6 930 000,— Mk.		
Agiofonds für 4½% à 120% rückzahlbare Pfandbriefe	50 000,—	„
Reserve für etwa noch zu zahlende rückständige Dividendenscheine	62 166,—	„
Rückzahlung auf eine erst im Januar fällige Hypothek	2 500,—	„
Konto zedierter Baugelder	3 600,—	„
Reserve für etwaige Pensionsansprüche . . .	518 762,30	„
Kreditoren	25 788 591,59	„
Hypotheken auf das Bankgebäude	1 800 000,—	„
Hypotheken-Delkrederekonto	11 000 000,—	„
	418 147 921,93	Mk.

In der vorstehenden Bilanz sind die Deckungshypotheken mit ihrem Nominalbetrag aufgenommen. Durch die Prüfungsergebnisse der staatlichen Kommission und der Kommission der Pfandbriefgläubiger und Aktionäre ist aber festgestellt worden, daß an den Deckungshypotheken Verluste in Höhe von 11 Millionen Mark zu erwarten waren; es mußte deshalb eine Hypothekenausfallreserve in Höhe dieses Betrages unter die Passiven eingestellt werden. Der Pfandbriefumlauf war zunächst 350½ Millionen Mark; dazu kamen aber noch 6,9 Millionen Mark lombardierte Pfandbriefe, so daß insgesamt 357½ Millionen Mark Pfandbriefe vorhanden waren; da die Deckungshypotheken sich nur auf 349,9 Millionen Mark beliefen, lag also eine Unterdeckung von 7,6 Millionen Mark vor; unter Berücksichtigung von 1,1 Millionen Mark lombardierten Hypotheken betrug die Unterdeckung noch 6,5 Millionen Mark. Es waren deshalb zur Auffüllung des Tresors 11 Millionen Mark plus 6,5 Millionen Mark, zusammen 17,5 Millionen Mark notwendig. Unter den Debitoren aus dem Kontokorrentverkehr in Höhe von 31,79 Millionen Mark befand sich die Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr mit 30,6 Millionen Mark; auf diese Forderungen mußte laut Geschäftsbericht aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen eine Abschreibung in Höhe von 29 Millionen Mark, d. h. 95%, gemacht werden. Auf dem genannten Konto figurierten verschiedene, die Debitoren und Effekten betreffende Engagements, die infolge eines Abkommens mit der Aktien-

gesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr auf deren Namen, aber für Rechnung der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank liefen. Hierher gehörten besonders die Engagements mit der Maschinenfabrik Petzold & Co. mit 5 Millionen Mark wertlosen Anteilen dieser Gesellschaft, ferner 2 Millionen Mark Aktien der Brauerei Hohen-Schönhausen, die 300 000 Mark Anteile des Märkischen Immobilien-Vereins. Weiter befand sich unter den Debitoren eine Forderung an die Firma Anhalt & Wagener Nachf.; da diese Firma in Zahlungsschwierigkeiten geraten war und nur eine Dividende von 15 % in Aussicht stand, mußte auch hier eine entsprechende Abschreibung gemacht werden. Unter den Kreditoren figurierte die Deutsche Grundschuld-Bank mit 17,1 Millionen Mark. Der frühere Reservefonds von rund 4 Millionen Mark war schon in der berichtigten Bilanz für 1899 zu Abschreibungen benutzt worden. — Aus dem Gewinn- und Verlustkonto ist hervorzuheben, daß die Hypothekenzinsen mit 14,7 Millionen Mark allerdings die Pfandbriefzinsen mit 13,9 Millionen Mark überstiegen, daß aber andererseits von der Deutschen Grundschuld-Bank, der Neuen Berliner Bau-Gesellschaft, der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr und dem Märkischen Immobilien-Verein im Gesamtbetrag von 1,2 Millionen Mark die Zinsen nicht bar eingegangen sind, sondern nur durch Übertrag auf Kontokorrent.

Das wichtigste Resultat der Bilanz war, daß ein Verlust in Höhe von 56½ Millionen Mark vorlag, der nach Abzug des Aktienkapitals mit 21 Millionen Mark noch eine Überschuldung von 35½ Millionen Mark bedeutete. Zur Vermeidung des hierdurch drohenden Konkurses war deshalb auch mit der Vertretung der Pfandbriefgläubiger und mit der Grundschuld-Bank der obige Vergleich geschlossen worden.

Für die Rekonstruktion und die Erhaltung als Pfandbriefinstitut waren die folgenden Momente zu berücksichtigen:

1. Es waren 17,5 Millionen Mark zur Auffüllung der Pfandbrieftresors zu beschaffen.

2. Es mußten die Mittel zur nachträglichen Bezahlung der am 2. Januar und 1. April 1901 fällig gewesenen und gestundeten Pfandbriefcoupons bezw. zur Deckung dieser von der Schutzvereinigung vorschußweise bezahlten Coupons aufgebracht werden.

3. Es mußte ein neues Aktienkapital in der vom Hypothekenbankgesetz vorgeschriebenen Höhe beigestellt werden.

Auf Grund dieser Erfordernisse und unter Berücksichtigung der oben besprochenen Vorschriften des Schuldverschreibungsgesetzes, die

keinen Kapitalverzicht, sondern nur einen Zinsenverzicht durch Majoritätsbeschluß in den Versammlungen der Pfandbriefgläubiger zulassen, ist den Pfandbriefgläubigern zunächst folgender Vorschlag gemacht worden:

1. Die Auffüllung des Pfandbrieftresors soll dadurch erfolgen, daß die Pfandbriefgläubiger auf 20% ihrer Zinsen für die Dauer von 10 Jahren verzichten. Der Zinsenbedarf für die Pfandbriefe war 13,8 Millionen Mark; neun Zehntel dieses Betrages konnte nach den damals vorgenommenen Ermittlungen aus den eingehenden Hypothekenzinsen (nach Abzug der Verwaltungskosten) gezahlt werden. Wenn also nun die Pfandbriefgläubiger auf zwei Zehntel ihres Zinsanspruches für die Dauer von 10 Jahren verzichteten, so kam hierdurch zunächst das Zinsenmanko in Wegfall und es wurde weiter — bei Berechnung von 4% Zinsen auf 10 Jahre — die Summe von 17,5 Millionen Mark beigestellt.

2. Die Mittel zur Bezahlung des oben unter Ziffer 2 genannten Halbjahreszinsscheins werden durch Verzicht auf den nächsten fälligen Halbjahreszinsschein (vom 1. Juli bezw. 1. Oktober 1901) aufgebracht.

3. Das neue Aktienkapital soll dadurch beschafft werden, daß die Pfandbriefgläubiger auf ihre Zinsen für die Jahre 1902 und 1903 im Gesamtbetrag von 26 Millionen Mark völlig verzichten; diese Zinsen werden zu Einzahlungen auf neue Aktien verwendet, welche den Pfandbriefbesitzern im Jahre 1904 im Betrage von 8% auf das Pfandbriefkapital für den 4%igen Pfandbrief zur Verfügung gestellt werden.

Das alte Aktienkapital war völlig verloren und die Aktionäre hatten keinerlei Anspruch auf Berücksichtigung; andererseits waren sie eine Macht, mit der gerechnet werden mußte; sie konnten durch Generalversammlungsbeschluß den Konkurs herbeiführen; bei der Rekonstruktion war ihre Mitwirkung auch notwendig, da sie die Beschlüsse über die Kapitalherabsetzung und -wiedererhöhung und über die sonstigen Statutenänderungen fassen mußten. Aus diesem Grunde mußte ihnen eine geringe Quote ihres Kapitals erhalten bleiben; es geschah dies derart, daß eine Zusammenlegung ihrer Aktien im Verhältnis von 10:1 vorgesehen wurde.

Dieser Vorschlag war für die Pfandbriefgläubiger insofern nachteilig, als sie auf die Dauer von 2½ Jahren überhaupt keine Zinsen erhielten und dann für weitere zehn Jahre nur vier Fünftel des seitherigen Zinsenbetrages; er hatte aber andererseits den Vorteil, daß das

Kapital intakt blieb und noch eine geringe Quote in Aktien oder der Barerlös hieraus in Höhe des zweijährigen Zinsenverzichts an die Pfandbriefgläubiger zur Verteilung kam.

Wenn zum Beispiel ein Besitzer von 8000 Mark 4 % Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank-Pfandbriefen den vorstehenden Vorschlag acceptierte, so behielt er seine 8000 Mark 4 %-Pfandbriefe im Kapital unverkürzt, verzichtete aber zunächst auf zwei Jahre Zinsen ganz, wogegen er nach Ablauf derselben 640 Mark Aktien erhielt, und zwar 600 Mark in natura, 40 Mark durch Verwertung dieser Spitze zum Kurswert in bar, und er verzichtete für fernere zehn Jahre auf 20 % seiner Zinsen; seine Pfandbriefe würden also für diese zehn Jahre mit 3,2 % verzinslich sein.

Neben diesem Vorschlag wurde noch ein anderer, der einen teilweisen Kapitalverzicht vorsah, aufgestellt. Nach diesem wurden 20 % des Pfandbriefkapitals in 15 % Aktien umgewandelt; auf das verbleibende Pfandbriefkapital wurden die seitherigen Zinsen ohne Unterbrechung ausgezahlt. Dieser Vorschlag war insofern günstig, als der Zinsbezug nicht unterbrochen wurde; die höhere Beteiligung mit Aktien gegenüber dem ersten Vorschlag gab auch die Möglichkeit, an der späteren Besserung und den Zukunftschancen in stärkerem Umfang teilzunehmen; ferner war auch zu berücksichtigen, daß die börsenmäßige Kursbewertung eines Pfandbriefes über 1000 Mark, der mit einem Zinsverzicht für zwei Jahre und einer Zinsherabsetzung für zehn Jahre belastet war, erfahrungsgemäß hinter einem Pfandbrief über 800 Mark, der in seinen Zinsen nicht geschmälert ist, zurückbleibt. Ein Nachteil war, daß 5 % Kapital verloren wurden. — Für einen Besitzer von 8000 Mark 4 % Preußische Hypotheken-Aktien-Bank-Pfandbriefen ergab dieser Vorschlag: er erhielt 6400 Mark 4 % Pfandbriefe mit Zinslauf vom 1. Juli resp. 1. Oktober 1901 ab sowie 1200 Mark Aktien mit Dividendenlauf vom 1. Januar 1902 an. — Für die Bank selbst war dieser Vorschlag auch vorteilhaft, weil sie hierdurch ein Aktienkapital von rund 50 Millionen Mark erhielt, wodurch die Sicherheit der Pfandbriefe erhöht und der Bank selbst ein großes Betriebskapital geschaffen wurde. Wie schon angeführt, konnte ein solcher Beschluß in der Versammlung der Pfandbriefgläubiger nicht gefaßt werden. Seine Annahme durch die große Masse der Pfandbriefbesitzer wurde aber ermöglicht durch die Schutzvereinigung; denn diese konnte nach ihrem Statut einen Kapitalverzicht beschließen. Die Schutzvereinigung umfaßte die große Majorität der Pfandbrief-

besitzer; von dem damaligen Umlauf von rund 350 Millionen Mark gehörten der Schutzvereinigung 318 Millionen Mark an. Voraussetzung für diesen Beschluß war auch hier, daß die Aktionäre die erforderliche Kapitalherabsetzung und -wiedererhöhung beschlossen und daß von der Versammlung der Pfandbriefgläubiger der erste Rekonstruktionsvorschlag angenommen wurde; und schließlich war Voraussetzung für das Zustandekommen beider Wege, daß auch der Vertrag vom 28. März 1901 und die damit in enger Verbindung stehende Rekonstruktion der Grundschuld-Bank zu stande kam. Hiernach vollzog sich das Zustandekommen der Rekonstruktion der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank folgendermaßen:

Es fand zunächst am 10. Mai 1901 eine Versammlung der Zertifikatinhaber der Schutzvereinigung statt; sie beschloß entsprechend dem Vorschlag des Vorstandes, in der Versammlung der Pfandbriefgläubiger der Rekonstruktion durch Zinsenverzicht unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank die durch die Geschäftsführung der Schutzvereinigung und die durch die vorschußweise von dieser bezahlten Pfandbriefzinsscheine per 2. Januar und 1. April 1901 entstandenen Kosten zahlte und die für die Rekonstruktion erforderlichen Beschlüsse faßte. Für den Fall, daß die Versammlung der Pfandbriefinhaber den vorstehenden Beschluß der Rekonstruktion durch Zinsenverzicht faßte, beschloß die Versammlung der Schutzvereinigung ferner die Herabsetzung des Pfandbriefkapitals auf 80 % gegen Gewährung von 15 % des Pfandbriefkapitals in Aktien der Bank. Diese Beschlüsse wurden von den in der Generalversammlung vertretenen 222 Millionen Mark Zertifikaten einstimmig gefaßt.

Ebenfalls am 10. Mai 1901 wurde auch die Versammlung der Pfandbriefgläubiger gemäß dem Schuldverschreibungsgesetz abgehalten. Sie beschloß mit überwältigender Majorität (326,3 Millionen Mark gegen 2000 Mark) die Rekonstruktion der Preußenbank gemäß dem erstgeschilderten Vorschlag durch Zinsenverzicht, genehmigte den Vergleich mit der Grundschuld-Bank und bestellte die Deutsche Treuhand-Gesellschaft zur ständigen Vertreterin der Pfandbriefgläubiger mit den gesetzlichen Befugnissen.

Die Generalversammlung der Aktionäre fand am 18. Mai 1901 statt; sie beschloß zunächst die Herabsetzung des alten Aktienkapitals von 23 Millionen Mark durch Zusammenlegung im Verhältnis von 10:1 und dann die Erhöhung des Aktienkapitals entsprechend den Beschlüssen der Versammlungen der Pfandbriefgläubiger und Zertifikatinhaber.

Um auch den nicht der Schutzvereinigung angehörigen Pfandbriefbesitzern die Annahme des für günstiger angesehenen zweiten Vorschlags zu ermöglichen, wurde denselben der Beitritt zur Schutzvereinigung noch während eines längeren Zeitraums freigestellt. Schließlich gehörten 322 Millionen Mark Pfandbriefe der Schutzvereinigung an; das durch sie beigestellte Aktienkapital einschließlich der zusammengelegten alten Aktien erreichte den Betrag von 50,6 Millionen Mark. Außerhalb der Schutzvereinigung blieben nur 7 Millionen Mark Pfandbriefe.

Die Beschlüsse der Pfandbriefgläubiger fanden die Zustimmung der Aufsichtsbehörde; ebenso wurden die durch die Beschlüsse der Aktionäre veranlaßten Statutenänderungen von dem Landesherrn und den beteiligten Ministerien genehmigt, so daß die Eintragung der Beschlüsse in das Handelsregister im Dezember 1901 stattfinden konnte und damit die äußere Reorganisation ihren Abschluß erreichte. Durch die gemeinsamen erfolgreichen Bestrebungen zur Erhaltung der Bank und durch die erzielte neue Organisation war die Existenz der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank gesichert, und mit vollem Rechte konnte die neue Verwaltung in dem Geschäftsbericht für das Jahr 1901 erklären: „Mögen alle diejenigen, welche an dem Reorganisationswerk mitgeholfen haben, dauernde Genugtuung in dem Bewußtsein empfinden, mit Erfolg die Zertrümmerung von 350 Millionen Mark deutschen Kapitals verhütet und dadurch sich ein bleibendes Verdienst um die Erhaltung des nationalen Wohlstandes erworben zu haben."

Bei der Rekonstruktion der Deutschen Grundschuld-Bank mußte man einen anderen Weg gehen. Die Bank war, nachdem sie vorher in Liquidation getreten war, in Konkurs geraten. Dieser mußte wegen der schweren Schäden für die Realobligationäre möglichst bald beseitigt werden. Der Plan, durch einen Zwangsvergleich den Konkurs zu beenden und alsdann die Fortsetzung der Gesellschaft zu beschließen, war nicht ausführbar, weil die Bank dann wieder nur eine Gesellschaft in Liquidation geworden wäre. Die Folge hiervon wäre gewesen, daß der Treuhänder dann wieder in Funktion getreten wäre; die Deutsche Grundschuld-Bank hätte aus den oben S. 33 angeführten Gründen dann wohl bald zum zweitenmal erfahren müssen, daß eine sachgemäße Liquidation nicht möglich war und der Konkurs wäre von neuem hereingebrochen. Der Fortbestand der Deutschen Grundschuld-Bank als Pfandbriefinstitut erschien auch aus dem Grunde nicht möglich, da ihre Lage zu ungünstig, ihre Verluste zu groß und der Zinseneingang zu gering war; es hätte zum mindesten

ein großer Teil des Pfandbriefkapitals — abgesehen von dem zur Deckung des Verlustes überhaupt abzuschreibenden Betrag — in Aktien umgewandelt werden müssen; aber davon abgesehen, war diese Neuemission von Aktien, da die Deutsche Grundschuld-Bank sich in Liquidation befand, auch schon aus gesetzlichen Gründen nicht möglich.

Der einzige ausführbare Plan war hiernach die Verwertung der Masse als Ganzes durch Übertragung derselben auf eine Immobiliengesellschaft. Zur Ersparung von Kosten war es zweckmäßig, hierzu keine neue Gesellschaft zu gründen, sondern eine der Tochtergesellschaften des Preußenbankkonzerns zu benutzen. Man entschloß sich für die Neue Berliner Bau-Gesellschaft. Diese Gesellschaft hatte ihr Aktienkapital zwecks Vornahme von Abschreibungen durch Zusammenlegung auf 400 000 Mk. herabgesetzt. Diese Aktien waren im Besitz der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr. Die Grundschuld-Bank war also im wesentlichen die Eigentümerin des Vermögens der Bau-Gesellschaft. Außerdem war auch für die Wahl der Neuen Berliner Bau-Gesellschaft hauptsächlich der Umstand ausschlaggebend, daß die letztstelligen Hypotheken auf die Häuser der Bau-Gesellschaft sämtlich der Deutschen Grundschuld-Bank gehörten, so daß bereits eine weitgehende Interessenidentität bestand und die Grundschuld-Bank das Risiko, das mit jenem Häuserbesitz verbunden war, schon vorher faktisch trug. Die Bilanz der Neuen Berliner Bau-Gesellschaft per 1. April 1901 schloß mit 31 Millionen Mark ab; der Wert ihrer Immobilien — etwa 100 Häuser in Berlin, Terrains besaß sie nicht — betrug 30,47 Millionen Mark; ihnen standen Hypotheken in Höhe von 29,3 Millionen Mark gegenüber und eine Buchschuld von 900 000 Mk. an die Deutsche Grundschuld-Bank; weitere Verpflichtungen hatte die Gesellschaft nicht. Die Hypothekenzinsen betrugen pro Jahr 960 000 Mk., die Bruttomieten jährlich 1$^{1}/_{8}$ Millionen Mark.

Nach der auf S. 33/34 mitgeteilten Liquidationsbilanz der Deutschen Grundschuld-Bank per 31. Januar 1901 standen den Passiven in Höhe von 97,6 Millionen Mark Aktiven in Höhe von 54,9 Millionen Mark gegenüber. Durch den Eintritt des Konkurses trat naturgemäß, ganz abgesehen von den in erster Linie aus der Masse zu bestreitenden Konkurskosten, eine Wertverminderung der Aktiven ein; der Konkursverwalter schätzte, auf Grund der von ihm vorgenommenen Prüfung, den inneren Wert der Masse bei langsamer Abwicklung auf 47 %. Nahm man für diese Abwicklung nur fünf Jahre in Aussicht, so war der Zeitwert der Masse noch nicht 40 %.

Das Grundprinzip bei der Reorganisation war nun, daß die Masse der Grundschuld-Bank auf die Neue Berliner Bau-Gesellschaft übertragen wurde, die als Entgelt hierfür neue Aktien und Obligationen ihrer Gesellschaft den Realobligationären gab. Die Höhe des Kapitalwertes dieser neuauszugebenden Titres richtete sich nach dem durch eine vorsichtige Bilanzierung ermittelten Wert der Masse der Grundschuld-Bank; bei dieser Bewertung waren die Forderungen an die Preußenbank und Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr niedrig eingestellt; für Regresse gegen die frühere Verwaltung war kein Betrag vorgesehen, da man keinen Anhaltspunkt für die Höhe der hieraus zu erzielenden Einnahmen hatte. Die Vertretung der Realobligationäre wies deshalb auch in ihrem für die Versammlung vom 29. April 1901, in welcher die Realobligationäre über die Sanierung beschließen sollten, erstatteten Bericht darauf hin, daß in den vorstehend genannten Aktiven sich erhebliche stille Reserven befänden, die der weiteren Entwicklung der Neuen Berliner Bau-Gesellschaft zu gute kommen würden. Die neuen, an die Realobligationäre zu gebenden Werte mußten teils in Aktien und teils in Obligationen bestehen. Für die Höhe der Quote, die in Form von Obligationen gegeben wurde, war maßgebend, wieviel Zinsen die Gesellschaft zahlen konnte, und dies hing wieder von der Höhe der sicheren Mietzinseingänge ab. Letztere beliefen sich auf 1,2 Millionen Mark und reichten also zur Verzinsung von 26 Millionen Mark Obligationen aus. Diese Obligationen wurden, entsprechend dem Zinsfuß der Realobligationen, mit einem 4%igen und einem 3½%igen Zinsfuß ausgestattet, um den Realobligationären Schuldverschreibungen geben zu können, die zu demselben Zinssatz wie ihre bisherigen Obligationen verzinslich waren. Für die Hingabe auch von Aktien an die Realobligationäre sprach einmal die Notwendigkeit, die Gesellschaft mit dem notwendigen Kapital auszurüsten, dann aber auch das Interesse der Realobligationäre selbst, um diesen die in der Masse liegenden Chancen zu sichern und die Möglichkeit zu geben, einen Teil der erlittenen Verluste wieder einzubringen durch Beteiligung an den aus einer sorgfältigen und sachgemäßen Verwaltung, Meliorierung und Verwertung resultierenden Gewinnen. Außerdem wurde den Realobligationären als teilweiser Ersatz für den unterbrochenen Zinsenbezug noch eine geringe Quote in bar zugewiesen, deren Höhe nach dem Kassenbestand der Grundschuld-Bank bemessen wurde.

Die Realobligationäre, die von dem Angebot keinen Gebrauch machten, erhielten die konkursmäßige Dividende in bar. Vermittelt und garantiert mußte diese Transaktion durch ein Konsortium werden, das auch die erforderlichen Barmittel zur Verfügung stellen mußte und als Äquivalent Aktien der Gesellschaft erhielt.

Das Resultat der Feststellungen und Verhandlungen zwischen der Vertretung und dem Ausschuß der Realobligationäre, dem Konkursverwalter und dem Konsortium, das unter der Führung der Bank für Handel und Industrie stand, war die Übertragung der Masse der Grundschuld-Bank an die Neue Berliner Bau-Gesellschaft in der Form, daß den Realobligationären gegen 100 Mark Realobligationen die folgenden Werte angeboten werden:

25,— Mk. Aktien der Neuen Berliner Bau-Gesellschaft,
25,— „ Obligationen derselben Gesellschaft mit Zins- bezw. Dividendenrecht vom 1. Juli 1901 ab,
1,50 „ in bar.

Das Vorgehen bei der Übertragung der Masse der Grundschuld-Bank an die Neue Berliner Bau-Gesellschaft und der Aushändigung der Titres dieser Gesellschaft an die Realobligationäre gestaltete sich folgendermaßen:

Zunächst machte die Neue Berliner Bau-Gesellschaft dem Konkursverwalter der Grundschuld-Bank das Angebot, die ganze Masse der Grundschuld-Bank mit den auf den Grundstücken lastenden Hypotheken, den Konkurskosten 2c. zu übernehmen gegen 25,6 Millionen Mark Aktien und 26 Millionen Mark Obligationen (5,4 Millionen Mark zu 3½ % und 20,6 Millionen Mark zu 4 %) der Neuen Berliner Bau-Gesellschaft. Zu diesem Zwecke verpflichtete sich der letztere, nach Annahme der Offerte eine Generalversammlung einzuberufen, welche die Erhöhung des Grundkapitals um 25,6 Millionen Mark beschließen sollte, die der Konkursverwalter gegen Einbringung der Masse der Grundschuld-Bank zu zeichnen hatte. Die 4 % Schuldverschreibungen sollten mit 102 %, die 3½ % mit 101 rückzahlbar sein.

Durch Annahme dieser Offerte wäre also der Konkursverwalter in den Besitz der Aktien und Obligationen der Neuen Berliner Bau-Gesellschaft gekommen. Er brauchte aber nun eine Mittelsperson, die ihm für diejenigen Obligationäre, die keine Effekten wünschten, das erforderliche bare Geld gab. Hier mußte das Konsortium eintreten, das ihm die nicht seitens der Realobligationäre bezogenen Stücke abnahm gegen einen dem Wert der inferierten Masse entsprechenden

Kaufpreis, und das außerdem die Durchführung der ganzen großen Transaktion sicherte und die Ausgabe der neuen Titres gegen Einlieferung der Realobligationen und die hiermit zusammenhängenden banktechnischen Arbeiten ausführte.

Zu diesem Zwecke mußte der Konkursverwalter ein Abkommen mit dem Konsortium treffen. Im Namen desselben machte ihm die Bank für Handel und Industrie das Angebot, die 25,6 Millionen Mark Aktien und 26 Millionen Mark Obligationen der Neuen Berliner Bau-Gesellschaft für den Preis von 37,94 Millionen Mark zu erwerben; gleichzeitig verpflichtete sie sich, den Realobligationären das oben bezeichnete Angebot des Umtauschs ihrer Realobligationen in Aktien und Obligationen der Neuen Berliner Bau-Gesellschaft zu machen; der Kaufpreis sollte nur insoweit geleistet werden, als die Bank dem Konkursverwalter nicht Realobligationen einreichte.

Am 29. April 1901 fand die Versammlung der Realobligationäre statt, um über die Reorganisation der Deutschen Grundschuld-Bank Beschluß zu fassen. Vertretung und Ausschuß erstatteten einen Bericht; in diesem empfahlen sie die Annahme des vorstehend skizzierten Sanierungsplans, einmal, weil hierdurch der kostspielige und verlustreiche Konkurs rasch beendet und andererseits eine große und kräftige Immobilien-Gesellschaft geschaffen würde, deren Werte eine gute Kapitalanlage darstellten, — dann aber auch deshalb, weil es trotz vieler Bemühungen nicht gelungen wäre, ein sonstiges günstigeres oder auch nur ebenso günstiges Angebot zu erlangen. Die Versammlung nahm gegen wenige Stimmen den vorgeschlagenen Sanierungsplan an und genehmigte gleichzeitig den mit der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank abgeschlossenen, Seite 36—38 besprochenen Vertrag.

Die Rekonstruktion vollzog sich alsdann gemäß den beiden von der Neuen Berliner Bau-Gesellschaft und der Darmstädter Bank dem Konkursverwalter gemachten Offerten. Die erstgenannte Gesellschaft beschloß im Mai 1901 gleichzeitig mit der Kapitalerhöhung die Umwandlung ihrer seitherigen Firma in „Neue Boden-Aktiengesellschaft". Der endgültige Vertrag, durch welchen die Masse der Grundschuld-Bank an die Neue Boden-Aktiengesellschaft gegen Aktien und Obligationen dieser Gesellschaft überging, wurde am 21. Mai 1901 geschlossen. — Um auch den kleineren Besitzern von Realobligationen, die weniger als 4000 Mark Realobligationen besaßen und deshalb keine vollen Aktien der Neuen Boden-Aktiengesellschaft beziehen konnten, doch die Beteiligung an der Gesellschaft durch Aktien zu ermöglichen, wurde seitens

der Bank für Handel und Industrie eine Aktienvereinigung in der Art gebildet, daß die auf jene kleinen Beträge von Realobligationen entfallenden Aktien bei der Bank hinterlegt wurden, die dagegen Zertifikate über die entsprechende Aktienspitze ausgab. Diese Zertifikate erhalten die anteilige auf die Aktien entfallende Dividende; gegen Einreichung von Zertifikaten in Höhe von 1000 Mark wurde eine Aktie der Neuen Boden-Aktiengesellschaft ausgeliefert.

Die Frist für die Realobligationäre zur Ausübung des Bezugsrechts auf die Werte der Neuen Boden-Aktiengesellschaft lief Ende August 1901 ab. Im Juli 1902 wurde das Konkursverfahren der Deutschen Grundschuld-Bank beendigt und die Konkursdividende in Höhe von 89 % an diejenigen Realobligationäre, die das Bezugsrecht auf die Werte der Neuen Boden-Aktiengesellschaft nicht ausgeübt hatten, ausgezahlt. Hiermit hatte auch die Sanierung der Deutschen Grundschuld-Bank, soweit die äußere Organisation in Betracht kommt, ihren Abschluß gefunden. —

Für die Frage, ob die Sanierungen der beiden Hypothekenbanken erforderlich und zweckentsprechend waren, sei hier nur auf das Urteil von Dr. Hecht verwiesen. Derselbe kommt in der bereits oben Seite 6 zitierten Arbeit bei Behandlung der notleidenden Hypothekenbanken zu dem Resultat: „Eine notleidende Hypothekenbank ist nach allem dem auf den Weg der Sanierung geradezu hingewiesen“ (l. c. § 10 S. 38).

Mit den im vorstehenden geschilderten Sanierungsmaßnahmen war aber naturgemäß die Reorganisationsarbeit noch nicht beendet. Bei beiden Instituten, der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank und der nunmehrigen Neuen Boden-Aktiengesellschaft war durch die neugeschaffene Organisation erst die Grundlage gegeben für die Gesundung. Es mußte nun noch die innere Reorganisation durch eine vorsichtige und sachgemäße Verwaltung vorgenommen werden; es mußten geordnete und klare Verhältnisse geschaffen, die viel verzweigten Transaktionen gelöst und die schweren Schäden durch geeignete Maßnahmen paralysiert werden. Bei der Preußenbank kam hierzu noch als ein wichtiger Faktor die Wiederherstellung und Reinigung des Pfandbrieftresors hinzu. Der größte Teil dieser Arbeiten ist bis zum gegenwärtigen Moment bereits gelöst. — Ein wichtiger Schritt in dieser Tätigkeit der neuen Verwaltungen bildete die Ordnung des Verhältnisses der beiden Institute zur Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr. Sie erfolgte durch einen Vertrag vom 30. No-

vember 1901, welcher die Liquidation der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr und die langsame Verwertung ihrer Aktiven im Interesse der beiden Gesellschaften (nach einem bestimmten Schlüssel; etwa 1/3 für die Preußenbank und 2/3 für die Neue Boden-Aktiengesellschaft) bezweckte. Durch den Vertrag ermäßigte die Neue Boden-Aktiengesellschaft die der Deutschen Grundschuld-Bank und der Preußenbank zustehenden, auf sie übergegangenen Buchforderungen gegen die Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr auf den Betrag von 16 000 000 Mark unter der Bedingung, daß diese in Liquidation trat. Gleichzeitig erklärte sich die Neue Boden-Aktiengesellschaft bereit, diese Forderung nur insoweit geltend zu machen, als sie aus dem freien Vermögen der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr befriedigt werden könnten. Die Neue Boden-Aktiengesellschaft übernahm die Verwaltung und Verwertung einer Reihe von Terrains der Aktiengesellschaft. Sie entließ bezüglich 10 Millionen Mark Hypotheken die Aktiengesellschaft aus der persönlichen Haftbarkeit und verzichtete darauf, diese Hypotheken vor den nächsten 10 Jahren einzuklagen. Für die Verzinsung der Hypotheken beider Banken wurden ähnliche Erleichterungen, wie in dem Vertrag vom 28. März 1901 stipuliert, gewährt. Der Vertrag enthält noch eine große Zahl detaillierter Vorschriften zur Regelung von zweifelhaften Fragen und zur Lösung von Differenzen, auf die hier einzugehen viel zu weit führen würde. Bemerkt sei bei dieser Gelegenheit, daß die Verhältnisse der Aktiengesellschaft durch eine besondere Revisionskommission im Frühjahr 1901 geprüft wurden; die Kommission war zu dem Resultat gekommen, daß die Bilanzen seit Jahren künstlich konstruiert worden waren. — Die Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr hatte bereits im Juni 1901 die Herabsetzung ihres Aktienkapitals von 4 Millionen Mark auf 200 000 Mark durch Zusammenlegung im Verhältnis von 20:1 beschlossen. Die Bilanz für 1900, die im Dezember 1901, also nach Abschluß des Vertrages mit der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank und der Grundschuld-Bank veröffentlicht wurde, wies einen Verlust von 27 1/2 Millionen Mark aus; er setzte sich hauptsächlich zusammen aus 12,8 Millionen Mark Abschreibungen auf die von Anhalt & Wagener Nachf. übernommenen Werte, aus einem Verlust von 6,9 Millionen Mark aus Aktien und Obligationen des Wasserwerks Skutari und aus einer Forderung von 1,7 Millionen Mark gegen den Inhaber jener Firma. Infolge des Vertrages mit der Preußischen

Hypotheken-Aktien-Bank und der Neuen Boden-Aktiengesellschaft war die an sich sonst vorliegende Überschuldung vor Feststellung der Bilanz beseitigt worden.

Was die weiteren Maßnahmen der beiden Institute zur Ordnung ihrer Verhältnisse betrifft, so ist zunächst bezüglich der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank hervorzuheben, daß sie zum Zweck der Herstellung eines vorschriftsmäßigen Pfandbrieftresors ihre Deckungshypotheken durch Sachverständige nochmals genau prüfen ließ. Der in 1901 bei der Preußenbank erzielte bilanzmäßige Gewinn von 6,4 Millionen Mark wurde zur Reservestellung für Hypotheken verwandt; das gleiche geschah mit dem Gewinn des Jahres 1902, wodurch die Reserven auf annähernd 20 Millionen Mark stiegen. In dem Geschäftsbericht für das Jahr 1902 wurde mitgeteilt, daß die vorsichtige Nachprüfung der Hypotheken ergeben hat, daß von 317,8 Millionen Mark Deckungshypotheken noch 45,7 Millionen Mark nicht innerhalb der vorgeschriebenen Beleihungsgrenze von 60 % des Grundstückswerts liegen. Das Jahr 1902 war noch durch Reorganisationsarbeiten in Anspruch genommen; diese sind, wie der Geschäftsbericht für dieses Jahr ausführt, jetzt aber zum Abschluß gelangt, so daß die Bank sich nun wieder dem Beleihungsgeschäft zuwenden kann.

Bei der Neuen Boden-Aktiengesellschaft erstreckte sich die Tätigkeit nach der erfolgten äußeren Sanierung vor allem auf eine Ordnung der verwickelten Beziehungen zu solchen Unternehmungen, deren Aktien bezw. Geschäftsanteile sie besaß, oder die der Chirographarmasse der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank angehörten und deshalb nach dem Vertrag vom 28. März 1901 von der Neuen Boden-Aktiengesellschaft zu verwalten und verwerten waren, und außerdem auf die Verfolgung von Regreßansprüchen, die auch nach demselben Vertrag seitens der Neuen Boden-Aktiengesellschaft allein zu geschehen hatte. Besonders in der letzteren Hinsicht erzielte sie günstige Resultate, indem sie nach dem Geschäftsbericht für 1902 nicht weniger als 5,8 Millionen Mark hieraus vereinnahmte. Weiter gelang es ihr, eine Anzahl von Objekten günstig abzustoßen, wogegen sie allerdings andererseits wegen ihres hypothekarischen Interesses eine Anzahl von Grundstücken auch erwerben mußte. — Im großen und ganzen sind aber auch bei der Neuen Boden-Aktiengesellschaft mit Ablauf des Jahres 1902 die inneren Reorganisationsmaßnahmen beendet. Die rasche, günstige Entwicklung und die guten Resultate, welche sie bei der Verfolgung von Regreßansprüchen erzielte, machten es ihr möglich,

trotz weiterer in den Jahren 1901 und 1902 gemachten Reservestellungen, doch in diesen beiden Jahren eine Dividende von 6 % pro rata temporis bezw. 10 % zu verteilen. Mit Rücksicht darauf, daß die Gesellschaft durch die bereits in ihrem Besitz befindlichen wertvollen Terrains im Westen Berlins an dem Terrainmarkt schon stark interessiert war, hat sie sich entschlossen, auch neue Immobiliengeschäfte einzugehen und sich nicht auf die Liquidation der Masse der Deutschen Grundschuld-Bank zu beschränken.

Nach der seitherigen Entwicklung, die die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank und die aus der Deutschen Grundschuld-Bank entstandene Neue Boden-Aktiengesellschaft in den beiden abgelaufenen Jahren genommen haben, besteht begründete Hoffnung, daß in nicht allzuferner Zeit die alten Pfandbriefbesitzer der Preußischen Hypotheken-Bank, soweit sie den bei der Rekonstruktion ihnen zugefallenen Aktienbesitz konserviert haben, den erlittenen Verlust wieder einbringen werden, während die Realobligationäre der Deutschen Grundschuld-Bank heute bereits das Doppelte des Preises erhalten haben, auf welchen ihre Obligationen in der Zeit der Krisis zurückgegangen waren.

Anlage.

Übersicht über die Entwicklung der beiden Banken.

A. Preußische Hypotheken-Aktien-Bank.

Die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank wurde im Jahre 1864 mit einem Grundkapital von 3 Millionen Mark und dem Sitze in Berlin gegründet. Über die Entwicklung, die sie seit ihrer Gründung bis zum Zusammenbruch im Jahre 1900 genommen hat, gibt die nachstehende Tabelle wenigstens einen ungefähren Überblick.

	Grundkapital Mk.	Pfandbriefumlauf am 31. Dezember Mk.	Dividende %
1865	1 200 000	971 000	5
1866	1 200 000	1 176 000	4 3/4
1867	1 200 000	1 866 000	4 1/2
1868	1 200 000	1 856 000	4 1/2
1869	1 200 000	339 000	4 1/8
1870	1 200 000	168 000	4 1/2
1871	1 200 000	150 000	4 1/2
1872	3 000 000	2 031 000	8
1873	3 420 000	13 578 000	9 3/4
1874	6 000 000	39 666 000	12 3/4
1875	6 000 000	62 211 000	12 3/4

	Grundkapital Mk.	Pfandbriefumlauf am 31. Dezember Mk.	Dividende %
1876	6 000 000	65 865 000	4 1/2
1877	6 000 000	74 920 000	4 1/2
1878	6 000 000	75 107 000	5
1879	6 000 000	80 914 000	5
1880	6 000 000	84 958 000	4
1881	6 000 000	84 636 000	5
1882	6 000 000	82 138 000	5 1/2
1883	6 000 000	86 951 000	6
1884	6 000 000	85 639 000	6 1/2
1885	6 000 000	89 728 000	6 1/2
1886	6 000 000	94 534 000	6 1/2
1887	6 000 000	94 927 000	6 1/2
1888	6 000 000	98 808 000	6 1/2
1889	6 000 000	116 897 000	6 1/2
1890	9 960 000	130 208 000	6 1/2
1891	9 960 000	154 945 000	6 1/2
1892	9 960 000	190 962 000	6 1/2
1893	15 000 000	193 470 000	6 1/2
1894	15 000 000	223 864 000	6 1/2
1895	15 000 000	244 257 000	6 1/2
1896	15 000 000	272 779 000	12 3/4
1897	20 149 000	299 850 000	12 1/4
1898	21 000 000	320 144 000	10 1/4
1899	21 000 000	356 891 000	—

In den ersten Jahren nach der Gründung entfaltete die Bank eine geringe Tätigkeit; 1872 traten Spielhagen und Eduard Sanden, welch letzterer bis 1900 deren leitender Direktor war, in die Bank ein, und nun nahm, nachdem 1873 für die preußischen Hypothekenbanken auch leichtere Normativbestimmungen in Kraft getreten waren, ihre Ausdehnung rasch zu. Bald aber machte sich ein weitgehendes Mißtrauen gegen sie bemerkbar; dieses veranlaßte die Aufsichtsbehörde, 1879 eine Revision der Hypotheken der Bank vorzunehmen, ferner untersagte sie die Auszahlung der vorgeschlagenen Dividende für dieses Jahr und schrieb die Verwendung des Gewinnes zu Abschreibungen und Reserven vor. Es erschienen bald weitere Angriffe gegen die Bank, die ihr zu hohe Beleihungen, Terrainspekulation, die zahlreichen Subhastationen und das Arbeiten mit Strohmännern vorwarfen; die Aufsichtsbehörde schritt deshalb wieder ein; sie verbot zunächst die Auszahlung der Dividende für 1882, nahm das Verbot dann aber wieder zurück; sie drohte auch mit der Entziehung des Privilegs zur Pfandbriefausgabe. 1883 wurde die Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr von Verwaltungsmitgliedern

der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank gegründet, um eine Anzahl Grundstücke, die von einem Strohmann in der Subhastation erworben waren, an diese abschieben zu können. Da sich die Bank durch die preußischen Normativbestimmungen in ihrer Geschäftstätigkeit beengt fühlte, wurde 1886 die Deutsche Grundschuld-Bank von Mitgliedern des Kuratoriums der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank gegründet; in den Vorstand derselben traten die Direktoren der Preußenbank; sie gab keine Pfandbriefe auf den Inhaber aus, denn sonst hätte sie sich den Normativbestimmungen für die Hypothekenbanken unterwerfen müssen, sondern auf den Namen lautende, durch Blankoindossament übertragbare sogenannte Realobligationen. Erst mit dem Inkrafttreten des Reichs-Hypothekenbankgesetzes im Jahre 1900 wurde sie der Staatsaufsicht unterstellt. Für das große Publikum bestand aber kein ins Auge fallender Unterschied und die Realobligationen liefen als Pfandbriefe um; aber die Sicherheit war eine andere — es wurden meist nur zweitstellige Hypotheken erworben. 1893 erhöhte die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank ihr Kapital von 10 Millionen Mark auf 15 Millionen Mark und 1899 auf 21 Millionen Mark. Der Pfandbriefumlauf nahm entsprechend rasch zu und hat sich in den letzten zehn Jahren von 1890 bis 1899 verdreifacht; dagegen hat sich der gesamte Pfandbriefumlauf aller deutschen Hypothekenbanken in diesen zehn Jahren nur ungefähr auf den doppelten Betrag — was an sich schon eine starke Zunahme ist — erhöht; er betrug Ende 1890 2927 Millionen Mark und Ende 1899 6241,4 Millionen Mark. (Vergl. Hecht: Die Organisation des Bodenkredits in Deutschland, II. Abteilung: Hypothekenbanken, I. Band: Statistik, Seite 1.)

B. Die Deutsche Grundschuld-Bank.

Die Gründung der Deutschen Grundschuld-Bank erfolgte, wie schon oben erwähnt, im Jahre 1886 mit einem Kapital von 3 Millionen Mark. Ihr Zweck sollte in erster Linie sein, Darlehen in Form von Grundschulden zu geben, und zwar bei städtischen Grundstücken bis zu drei Viertel des ermittelten Werts. Die Grundschuld-Bank blieb stets in großer Abhängigkeit von der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank und hat hauptsächlich auf von dieser Bank zur ersten Stelle beliehene Grundstücke Nachbeleihungen gegeben, und zwar vorzugsweise wieder auf Grundstücke der Tochtergesellschaften. Sie war also aufs engste mit der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank und deren Tochtergesellschaften verknüpft und mußte deshalb auch deren Schicksal

:eilen. Wie die nachfolgende Tabelle zeigt, hat auch sie eine forcierte Entwicklung genommen, indem ihr Grundkapital im Laufe von zehn Jahren auf mehr als den dreifachen Betrag stieg:

	Grundkapital Mk.	Realobligationen-umlauf am 31. Dezember Mk.	Dividende %
1886	3 000 000	2 154 700	5
1887	3 000 000	9 777 500	6
1888	3 000 000	21 354 600	6
1889	3 000 000	32 589 400	6½
1890	3 000 000	37 508 900	6½
1891	3 000 000	43 431 600	6½
1892	6 000 000	47 318 600	6½
1893	6 000 000	68 396 600	6½
1894	6 000 000	87 159 400	7
1895	10 000 000	97 767 800	7
1896	10 000 000	100 668 700	7
1897	10 000 000	105 024 600	7
1898	10 000 000	102 134 700	7
1899	10 000 000	98 582 700	7

II. Pommersche Hypotheken-Aktien-Bank.

Der Zusammenbruch der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank und der Deutschen Grundschuld-Bank hatte vorübergehend eine allgemeine Beunruhigung des Pfandbriefmarktes, wenigstens für die norddeutschen Hypothekenbanken zur Folge; in Mittel- und in Süddeutschland trat diese Erscheinung weniger zu Tage. Sie äußerte sich in einem starken Rückfluß der Pfandbriefe auf den Markt, so daß die Hypothekenbanken, damit die Kurse ihrer Pfandbriefe nicht ins Weichen kamen, diese in großen Massen aufnehmen mußten. Zwei Banken konnten aber diese Bewegung nicht zum Stillstand bringen, die Pommersche Hypotheken-Aktien-Bank (Pfandbriefumlauf am 30. Juni 1900 194,48 Millionen Mark) und die Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank (Pfandbriefumlauf am 30. Juni 1900 27,98 Millionen Mark); sie sahen sich am 11. Dezember 1900 gezwungen, die Aufnahme ihrer Pfandbriefe einzustellen, die Kursregulierung derselben aufzugeben und den Markt sich selbst zu überlassen. Die Kurse mußten an diesem Tage gestrichen werden, da einem sehr starken Angebot nicht die geringste Nachfrage gegenüberstand. Der Kurs der 4%igen Pfandbriefe der Pommerschen Hypo-

theken-Aktien-Bank war die vorhergehenden Tage 99¼ %; am 15. Dezember, an welchem Tage die Pfandbriefe zum erstenmal wieder notiert wurden, stellte sich der Kurs auf 90½ %.

Am 13. Dezember 1900 sahen sich neun norddeutsche Hypothekenbanken, unter denen sich die Pommersche und die Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank nicht befanden, veranlaßt, die gemeinschaftliche Erklärung zu veröffentlichen, daß die durch die Vorgänge bei der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank hervorgerufene Beunruhigung für ihre Pfandbriefe in keiner Weise berechtigt sei, daß jede der Banken in ihrem Geschäftsbereich nur streng nach den durch das Hypothekenbankgesetz und die Statuten vorgeschriebenen Grundsätzen verfahren sei und daß insbesondere keine derselben in irgend einer Verquickung mit Grunderwerbs-, Bau- oder ähnlichen Gesellschaften stehe, noch sonst an spekulativen Unternehmungen beteiligt sei. Diesem Vorgehen schlossen sich später noch zwei weitere Banken an, indem sie ähnliche Erklärungen veröffentlichten. Es gelang, eine weitergehende Erschütterung des Pfandbriefmarktes zu vermeiden und demselben allmählich das Zutrauen des Publikums wieder zu gewinnen. Ein unstreitiges Verdienst hierbei gebührt auch ebenso wie vorher bei der Aufdeckung der Mißwirtschaft den maßgebenden Finanzblättern, die ihren Lesern klar machten, daß es sich keineswegs um allgemeine, bei allen Hypothekenbanken vorhandene Übelstände handelte, sondern um eine Mißwirtschaft, wie sie nur bei den beiden in Mitleidenschaft gezogenen Banken herrschte, die notgedrungen zu einem Zusammenbruch führen mußte. Und so blieb denn auch während der weiteren Phasen der Spielhagen- und Pommernbankkrisis und trotz der hier zum Vorschein kommenden Zustände der Pfandbriefmarkt von weiteren Erschütterungen verschont. Nur eine der übrigen 33 Hypothekenbanken sah sich später, im Juni 1901, veranlaßt, auf einige Zeit die Aufnahme ihrer Pfand- und Rentenbriefe einzustellen; es war die Mitteldeutsche Bodenkreditanstalt in Greiz. Sie hat übrigens für jenes Geschäftsjahr 4 % Dividende gegeben.

Die ungünstige Beurteilung der Pommerschen und der Mecklenburg-Strelitzschen Hypothekenbank hielt an und die von den Verwaltungen erlassenen Erklärungen vermochten nicht, die Befürchtungen zu widerlegen, sondern gaben ihnen nur neue Nahrung.

Da die Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank Gegenstand einer besonderen Arbeit ist, wird sie im folgenden nur insoweit es der Zusammenhang unbedingt erfordert, Erwähnung finden.

Als die Pommersche Hypotheken-Aktien-Bank die Kursregulierung ihrer Pfandbriefe einstellte, erklärte sie, der starke Rückfluß ihrer Pfandbriefe sei mit Gewalt in Szene gesetzt worden, um die Bank zu Falle zu bringen; sie habe in kurzer Zeit ca. 17 Millionen Mark Pfandbriefe aufgenommen; wenn sie die Überzeugung hätte, daß durch Aufnahme von weiteren 20 Millionen dauernde Beruhigung geschaffen werde, so könne sie auch die Mittel hierfür noch aufbringen; sie sei aber überzeugt, daß keine einzige norddeutsche Hypothekenbank ihre Kurse halten könne; für die entstehenden kolossalen Verluste des Publikums seien diejenigen verantwortlich zu machen, die in unverantwortlicher Weise lediglich ihres eigenen Vorteils wegen eine künstliche Beunruhigung herbeiführten, die teilweise auch auf Konkurrenzneid zurückzuführen sei. Wenige Tage später gab die Bank die Erklärung ab, daß die für die Pfandbriefe notwendigen Unterlagen sowohl formell als materiell vorhanden und irgend welche Besorgnisse wegen etwaiger Verluste nicht erforderlich seien; die Geschäfte der Bank bewegten sich durchaus im Rahmen der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften; die Beziehungen zur Immobilien-Verkehrs-Bank beschränkten sich auf nach pflichtmäßigem Ermessen der Direktion durchaus sichere Beleihungen; Aktien der Immobilien-Verkehrs-Bank, deren Liquidation von der Verwaltung bereits beschlossen sei, besitze die Pommersche Hypotheken-Aktien-Bank nicht. Mitte Januar wurde mitgeteilt, daß (im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde) der Abschluß für das abgelaufene Geschäftsjahr und die sämtlichen Hypotheken noch einer genauen Nachprüfung seitens einer vom Aufsichsrat ernannten Revisionskommission, der auf Wunsch der Bank auch der Bankinspektor beiwohne, unterzogen würden. Einige Wochen später erfuhr man, daß nunmehr damit begonnen sei, die Deckungshypotheken auch durch eine von der Regierung bestellte Kommission revidieren zu lassen.

Endlich erschien dann Mitte Mai 1901 der Geschäftsbericht für das Jahr 1900; er vermochte keineswegs trotz seiner Ausführlichkeit das bestehende Mißtrauen zu verringern, zumal fast gleichzeitig die Verhaftung der beiden Direktoren Schultz und Romeick erfolgte. In dem Bericht schildert die Verwaltung die Bemühungen, die sie aufwendete, um einen Kurssturz der Pfandbriefe hintanzuhalten: sie nahm an dem einen 10. Dezember (dem Tag vor Streichung des Kurses) nicht weniger als 1¹/₄ Millionen Mark Pfandbriefe auf; die eigenen Mittel der Bank reichten naturgemäß für derartige Aufwendungen nicht aus: die Verwaltung beschaffte sich diese Mittel durch

Veräußerung von durch den Pfandbriefrückfluß frei werdenden Hypotheken; da aber damals der Hypothekenmarkt in Berlin sehr ungünstig lag, so war diese Veräußerung mit großen Kosten verknüpft; der Bericht bemißt die Kosten auf 1 1/2 Millionen Mark. Auf diesen Geschäftsbericht und die Bilanz per 31. Dezember 1900 hier näher einzugehen, erübrigt sich schon aus dem Grunde, weil sich später die in ihnen enthaltenen Angaben als unrichtig erwiesen. Es sei nur erwähnt, daß die Bilanz einen Reingewinn von rund 110000 Mark auswies, dessen Vortrag auf neue Rechnung vorgeschlagen wurde.

Die ordentliche Generalversammlung der Bank fand am 8. Juni 1901 statt; sie beschloß, daß eine von der Bank für Handel und Industrie und der Deutschen Bank zu bestellende Kommission die Verhältnisse der Gesellschaft untersuchen und hierüber in einer im September abzuhaltenden Generalversammlung berichten solle. Durch diese Intervention der beiden Großbanken trat eine Beruhigung ein und der Kurs der 4%-Pfandbriefe erholte sich von 85 1/4 auf 88 3/4 %.

Die Revisionskommission nahm eine genaue Prüfung der gesamten Verhältnisse der Bank vor und gab das Resultat ihrer Untersuchungen in einem ausführlichen Bericht Ende September bekannt.

Nachdem wir bis zu diesem Punkte den äußeren Verlauf der Krisis kurz skizziert haben, sei nunmehr, bevor wir uns diesem Bericht und damit den Einzelheiten der Mißwirtschaft und den Ursachen des Zusammenbruchs zuwenden, ein kurzer Überblick über die Entwicklung der Bank gegeben.

Die Pommersche Hypotheken-Aktien-Bank wurde 1867 mit einem Aktienkapital von 800000 Tlr. (wovon zunächst nur 40% eingezahlt wurden) und mit dem Sitz in Köslin gegründet; sie nahm das erste Jahrzehnt eine günstige Entwicklung. Die nachstehende Tabelle weist das Grundkapital, den Pfandbriefumlauf und die Dividenden der Bank seit ihrem Bestehen bis zum Jahre 1900 nach:

	Grundkapital Mk.	Pfandbriefumlauf am 31. Dezember Mk.	Dividende %
1867	2 400 000 (40 % eingezahlt)	90 450	7
1868	2 400 000 (60 % eingezahlt)	1 285 575	7 1/2
1869	2 400 000 (80 % eingezahlt)	2 523 450	8

	Grundkapital Mk.	Pfandbriefumlauf am 31. Dezember Mk.	Dividende %
1870	2 400 000	4 712 476	8
1871	2 400 000	6 896 550	8½
1872	2 400 000	10 789 125	9
1873	2 400 000	14 604 450	8½
1874	2 400 000	18 983 700	8½
1875	3 000 000	24 977 100	8½
1876	3 000 000	29 562 450	8
1877	3 000 000	30 030 000	8
1878	3 000 000	29 230 800	5½
1879	3 000 000	27 074 400	—
1880	3 000 000	25 208 400	—
1881	3 000 000	23 449 350	—
1882	3 000 000	22 362 300	—
1883	3 000 000	21 273 450	—
1884	3 000 000	18 986 400	—
1885	3 000 000	18 581 850	—
1886	2 400 000	19 485 900	—
1887	2 400 000	19 431 750	—
1888	2 400 000	18 208 800	—
1889	2 400 000	14 846 550	—
1890	1 855 000	14 036 100	6
1891	2 999 000	22 489 800	6
1892	4 500 000	40 629 600	6
1893	4 500 000	60 574 650	6
1894	9 000 000	90 816 250	6
1895	10 200 000	110 549 100	6½
1896	10 200 000	141 259 000	7
1897	10 200 000	163 399 000	7
1898	10 200 000	181 964 300	7
1899	15 000 000	190 544 100	7

Ende der 70er Jahre geriet aber die Bank in eine schwierige Lage durch die Krisis, die auf dem Grundstücksmarkt in Berlin und an anderen Orten eintrat; sie sah sich 1878 veranlaßt, die im Jahre 1873 in Berlin errichtete Filiale wieder aufzuheben; sie erlitt große Zinsausfälle und war bei vielen Subhastationen beteiligt, so daß sie Ende 1881 36 Grundstücke (davon 17 in Berlin und 16 in Breslau) und 7 Güter besaß. Bei der Abstoßung dieses Grundbesitzes erlitt sie weitere große Verluste. Die ungünstige Lage der Bank hielt während eines ganzen Jahrzehnts an; denn nachdem wieder eine Besserung des Grundstücksmarktes eingetreten war, machte sich die ungünstige Lage der Landwirtschaft in den östlichen preußischen Provinzen sehr bemerkbar. Von 1879—1889 wurden keine Dividenden verteilt; die Verwaltung hatte zwar in einigen Jahren eine geringe Dividende in Vorschlag gebracht, aber die Regierung verbot deren

Auszahlung wegen der ungünstigen Lage der Bank. 1886 wurde das Grundkapital durch Zusammenlegung der Aktien von 3 000 000 Mark auf 2 400 000 Mark herabgesetzt. — 1889 wurde die Bank rekonstruiert. Damals (Ende 1888) befanden sich im Besitz der Bank 6 Güter und 3 städtische Grundstücke; die als Sicherheit für die Hypothekenbriefe dienenden Hypotheken beliefen sich auf 16 942 000 Mark (und zwar betrafen sie 98 Güter in den östlichen Provinzen mit 6 664 000 Mark; 55 Häuser in Breslau 2 669 000 Mark; 40 in Berlin 4 233 000 Mark; 150 in kleineren Städten 1 949 000 Mark und 425 kleine ländliche Grundstücke 1 427 000 Mark). Die Rekonstruktion wurde derart vorgenommen, daß die Inhaber der mit einer Prämie von 20 % bezw. 10 % rückzahlbaren Hypothekenbriefe aufgefordert wurden, gegen eine Bonifikation (in Höhe des Jetztwertes der Prämie) in eine freiwillige Konversion auf 4 % unter Verzicht auf die Auslosungsprämie zu willigen; ferner wurde auch den 4 %igen ohne Prämie rückzahlbaren Hypothekenbriefen die freiwillige Konversion auf 3½ % angeboten. Es wurden auf diese Art 7 515 000 Mark Prämienbriefe und 1 282 000 Mark zum Nennwert rückzahlbare Hypothekenbriefe konvertiert; hierdurch erzielte die Bank eine jährliche Zinsersparung von 70 000 Mark und außerdem wurden 1 Million Mark Amortisationszuschläge abgelöst. Auf die Aktien mußte eine Zuzahlung von 80 % geleistet werden, wodurch sie zu 6 %igen Vorzugsaktien wurden; soweit die Zuzahlung nicht geleistet wurde, wurden die Aktien im Verhältnis von 6 : 1 zusammengelegt und dadurch auch zu Vorzugsaktien. Der durch die Zuzahlung eingehende Barbetrag von über 1 Million Mark wurde zur Bildung eines später der Bank wieder zufließenden Sicherheitsfonds für diejenigen Hypothekenbriefe, welche die Konversion angenommen haben, verwendet, während der durch die Aktienzusammenlegung freigewordene Betrag zu Reservestellungen diente. Um die durch Hypotheken nicht gedeckten Hypothekenbriefe einziehen zu können, wurden auf den Grundbesitz der Bank fundierte Hypothekenschuldscheine ausgegeben in Höhe von 934 000 Mark, die bald wieder eingezogen wurden. Gleichzeitig wurde der Sitz der Gesellschaft von Köslin nach Berlin verlegt. Diese Rekonstruktion hatte einen raschen äußeren Erfolg; schon für das folgende Jahr 1890 wurde eine Dividende von 6 % verteilt und im Geschäftsbericht mitgeteilt, daß es gelungen sei, den gesamten Grundbesitz der Bank abzustoßen; letzteres geschah aber, wie sich später herausgestellt hat, durch die Übertragung auf die zu diesem Zwecke

egründete Immobilien-Verkehrs-Bank. In demselben Jahre wurde uch die Erhöhung des durch die Aktienzusammenlegung auf . 855 000 Mk. reduzierten Grundkapitals auf 3 000 000 Mk. beschlossen. Gleichzeitig mit der Rekonstruktion der Bank wechselte die Direktion; in diese traten die Herren Schultz und Romeick ein, die n ihrer Stellung bis zum Jahre 1901 verblieben. Der Schwerpunkt ür die Beleihungen der Bank wurde nach Berlin verlegt; es sollten n Zukunft ländliche Beleihungen (besonders solche an zweiter Stelle hinter den Landschaften, die zum großen Teil die schweren Verluste der Bank herbeigeführt hatten) nur noch unter ganz besonders günstigen Umständen vorgenommen werden.

Die Bank zeigt in den nächsten Jahren eine günstige, aber doch allzu forcierte Entwicklung. Binnen 8 Jahren wurde das Grundkapital in kurzen Intervallen bis auf den fünffachen Betrag erhöht. Der Pfandbriefumlauf, der Ende 1890 nur 14 Millionen Mark war, vermehrte sich bis zum Jahre 1899 auf 190½ Millionen Mark und entsprechend nahm der Hypothekenbestand von 17,6 Millionen Mark auf 206,6 Millionen Mark zu. Aber diese starke Vergrößerung mußte auf Kosten der Sicherheit geschehen. Die durch hohe Provisionen an die mit dem Pfandbriefabsatz beschäftigten Bankiers und eine intensive Reklame bewirkte Steigerung des Pfandbriefumlaufs von einem zum anderen Jahr in Höhe von 20—30 Millionen Mark und eine entsprechende Vermehrung der Hypotheken war eben nur dadurch möglich, daß man große Bauterrains und sonstige große riskante Objekte weit über die durch eine sorgfältige Geschäftsführung gezogenen Grenzen belieh. Wie sehr forciert diese Entwicklung war, ergibt sich daraus, wenn man den gesamten Pfandbriefumlauf aller deutschen Hypothekenbanken betrachtet. Dieser betrug (vergl. das Seite 66 zitierte Hechtsche Werk) Ende 1890 2927 Millionen Mark und Ende 1899 6241,4 Mill. Mark und zeigt also in den zehn Jahren eine Erhöhung auf ungefähr den doppelten Betrag; bei der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank sehen wir dagegen in dem gleichen Zeitraum eine Steigerung auf den 13—14 fachen Betrag!

Das Resultat der Untersuchungen der Revisionskommission übertraf die seither gehegten Befürchtungen; es ergab, daß das Aktienkapital in Höhe von 15 Millionen Mark und die Reserven in Höhe von 6 152 000 Mark und darüber hinaus noch 8,4 Millionen, also im ganzen 29,5 Millionen Mark verloren waren und

daß die wirklichen Einnahmen der Bank bei weitem nicht zur Verzinsung der Pfandbriefe ausreichten.

Die Revisionstätigkeit der oben erwähnten staatlichen Kommission beschränkte sich auf die Deckungshypotheken; einen Bericht hat sie nicht erstattet. Um nicht zu ausführlich zu werden, soll auf das Resultat ihrer Untersuchungen nicht näher eingegangen werden; es sei nur erwähnt, daß sie zu einem noch ungünstigeren Ergebnis als die von den beiden Banken eingesetzte Kommission gelangt ist.

Im einzelnen verteilte sich der von dieser Kommission ermittelte Verlust, wie er bei Prüfung der von der Verwaltung veröffentlichten Bilanz festgestellt wurde, auf die folgenden Bilanzposten:

An den zur Sicherheit der Pfandbriefe dienenden Deckungshypotheken wurde ein Verlust von rund 16 Millionen Mark festgestellt. Der Nominalbetrag dieser Hypotheken am 31. Dezember 1900 betrug rund 191½ Millionen Mark, ihr Wert war aber nur etwa 175½ Millionen Mark. Es zeigte sich, daß die Pommersche Hypotheken-Aktien-Bank mit Vorliebe große und riskante Objekte beliehen hatte — große Geschäftshäuser, Hotels und dergl. und Terrains in den Vororten Berlins. Bei 21 verschiedenen Beleihungen betrug die Hypothek je mehr als 1 Million Mark; es waren z. B. auf ein einziges Objekt 7 Millionen Mark, auf ein anderes 4,85 Millionen Mark, auf ein drittes 4 Millionen Mark Hypotheken gewährt worden; damit dies nach außen nicht in Erscheinung trat, wurde eine derartige Beleihung in mehreren Teilbeträgen eingetragen und der Geschäftsbericht für 1900 enthält demgemäß auch in der Übersicht über die Deckungshypotheken nur eine einzige Hypothek im Betrage von mehr als 1 Million Mark.

Die dem Pfandbrieftresor nicht angehörigen freien Hypotheken hatte die Verwaltung per 31. Dezember 1900 auf 13,35 Millionen Mark angegeben; hiervon mußten aber nach den Ermittelungen der Kommission zunächst 8,57 Millionen Mark in Abzug gebracht werden, da sie Hypotheken und Grundschulden betrafen, die seitens der Immobilien-Verkehrs-Bank an die Pommersche Hypotheken-Aktien-Bank nur zur Sicherstellung von baren Lombards in gleichem Betrag zediert und die deshalb unter die Debitoren aufzunehmen waren — und zwar mit Rücksicht auf die weiter unten noch zu erörternde sehr schlechte Lage der Immobilien-Verkehrs-Bank nur mit dem Wert, der in den Hypotheken und Grundstücken lag, d. h. mit rund 600 000 Mk, so daß an diesem einen Posten ein Verlust von annähernd 8 Millionen Mark entstand. Der Verlust an den verbleibenden freien Hypotheken wurde

auf rund 2 Millionen Mark ermittelt, so daß sich dieser Bilanzposten bis auf 4²/₃ Millionen Mark reduzierte.

Die Ziffern des Effektenkontos einerseits und des Pfandbriefumlaufs andererseits waren auch zu berichtigen; die Verwaltung hatte nämlich 7,7 Millionen Mark eigener Pfandbriefe, die bei ihr nur lombardiert und die deshalb noch im Umlauf waren, von dem Pfandbriefumlauf abgesetzt; dies war nicht richtig; diese Pfandbriefe gehörten zu den umlaufenden, und andererseits waren sie im Effektenkonto zum Kurse vom 31. Dezember (89,60 %) mit 6,94 Millionen Mark einzustellen.

Bei den Debitoren zeigte sich, abgesehen von dem Hinzutritt der oben genannten Lombardforderung, in Höhe von rund 600 000 Mark zunächst per 31. Dezember kein wesentlicher Unterschied von den Ziffern der Verwaltung; aber hier lagen nichtsdestoweniger große und für die Bank später Verlust bringende Transaktionen vor. Es handelte sich hierbei besonders um zwei Konsortien, bei denen wieder die Immobilien-Verkehrs-Bank die Hauptrolle spielte: „das Aktienkonsortium der Mecklenburg-Strelitzschen Hypothekenbank" und das „Separatkonto Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank". Für Rechnung des ersteren Konsortiums nahm die Pommersche Hypotheken-Aktien-Bank in den letzten Jahren Aktien der Mecklenburg-Strelitzschen Hypothekenbank auf; am 31. Dezember waren hier 1 410 000 Mark Aktien vorhanden; sie blieben bei der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank liegen, und außerdem zedierte die Immobilien-Verkehrs-Bank zur weiteren Sicherheit für Rechnung des Konsortiums Hypotheken und Grundschulden an jene im Nominalbetrag von 1 832 000 Mark, deren Wert aber nur auf 360 000 Mark anzusetzen war; die Mitglieder des Konsortiums konnten bis auf einen Direktor der Mecklenburg-Strelitzschen Hypothekenbank nicht ermittelt werden; die Immobilien-Verkehrs-Bank war wohl stark daran beteiligt. Der Wert der Aktien nach dem letzten notierten Kurs (10. Dezember 1900: 112 %) war 1 635 000 Mark, so daß das Konto, dessen Debetsaldo am 31. Dezember 1900 1 830 000 Mark war, damals gedeckt erschien; ein halbes Jahr später war aber jene Aktiendeckung fast wertlos. — Das andere, im Februar 1899 gebildete Konsortium übernahm von den neuen Aktien der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank, deren Ausgabe im Jahre 1898 beschlossen worden war, einen Teilbetrag von 3,9 Millionen Mark; dieses Konsortium setzte sich zusammen aus der Mecklenburg-Strelitzschen Hypothekenbank, der Immobilien-Verkehrs-Bank und Mitgliedern der Verwaltung. Der

übernommene Aktienbetrag wurde von dem Konsortium auch ausverkauft. Als aber dann später die Beunruhigung des Pfandbriefmarkts eintrat, wurden für Rechnung des Konsortiums allmählich wieder 867 607 Mark Aktien aufgenommen, wofür dasselbe bei der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank mit 888 000 Mark (per 31. Dezember 1900) belastet wurde; zur weiteren Sicherheit zedierte die Immobilien-Verkehrs-Bank der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank noch 905 000 Mark Hypotheken und Grundschulden, die aber nach der Schätzung der Kommission wertlos waren; da der letztnotierte Kurs vor Ablauf des Geschäftsjahres 139,60 % war, so war allerdings Ende 1900 auch dieses Konto gedeckt. Weiter ist hier eine erst im Jahr 1901 durch Gewährung von baren Darlehen entstandene Kontokorrentforderung gegen die Immobilien-Verkehrs-Bank zu erwähnen. Sie betrug am 30. Juni 1901 1 038 000 Mark; es waren hierfür verpfändet 4 813 000 Mark Aktien der Mecklenburg-Strelitzschen Hypothekenbank; zur weiteren Sicherheit dienten 565 200 Mark Aktien der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank und von der Immobilien-Verkehrs-Bank zedierte nom. 800 000 Mark Hypotheken und Grundschulden, deren Wert 170 000 Mark war.

Für diese drei Konten mußte in der Semestralbilanz per 30. Juni 1901 eine Rückstellung von rund 3 530 000 Mark gemacht werden.

Die Bilanz per 31. Dezember 1900 stellte sich nach den von der Verwaltung veröffentlichten und den andererseits von der Kommission ermittelten Zahlen folgendermaßen dar:

Aktiva:

Von der Bank eingesetzte Werte		Nach dem Bericht der Revisionskommission		Differenz
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Kassenbestand . .	1 439 958,25		1 439 958,25	
Eigene Effekten .	397 428,66		397 428,66	
dazu eig. Pfandbriefe mit Coupons	—		6 943 770,—	6 943 770,—
Wechselbestand . .	131 330,—	131 330,—		
		abzusetzen 2 700,—	128 630,—	2 700,—
Diverse Debitoren	3 982 776,84	3 982 776,84		
		Rückstellung 63 500,—	3 919 276,84	63 500,—
dazu Lombardforderung an die Immobilien-Verkehrs-Bank.	—	8 674 000,—		
		Minderwert der Unterlagen 8 057 050,—	616 950,—	616 950,—
Deckungshypotheken	191 461 013,49		191 461 013,49	
Freie Hypotheken	13 353 385,50		4 679 385,50	8 674 200,—
Rückständige Hypothekenzinsen . .	33 929,32		33 929,32	
Bankgebäude inkl. Inventar . . .	2 519 090,56		2 519 090,56	
Verlust	—		17 769 021,10	
	213 318 912,62		229 908 452,72	

Passiva:

Von der Bank eingesetzte Werte		Nach dem Bericht der Revisionskommission		Differenz
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Aktienkapital . .	15 000 000,—		15 000 000,—	
Ordentl. Reserve	6 152 000,—		6 152 000,—	
Hypothekenpfandbriefumlauf . .	181 825 600,—		189 525 600,—	7 700 000,—
Amortisationsfond	115 798,44		115 798,44	
Vorausbezahlte Hypothekenzinsen	116 677,07		116 677,07	
Depositen . . .	1 080 349,22		1 080 349,22	
Restanten von verlosten u. gekündigten Hypothekenpfandbriefen . .	21 213,10		21 213,10	
Couponrestanten .	170 764,25		170 764,25	
Hypothekenpfandbriefcoupons per 2. Jan. 1901	875 953,50		875 953,50	
per 1. April 1901 anteilig . . .	777 376,75		777 376,75	
Dividendenrestanten	2 658,—		2 658,—	
Diverse Kreditoren	6 592 098,14	a) aus d. Kontokorrent 132 098,14 b) Lombardverpflichtung 6 460 000,—	6 592 098,14	
Beamtenpensions- u.-unterstützungsfonds	477 970,25		477 970,25	
Reserve für Verluste, Vorschlag der Verwaltung .	—		9 000 000,—	9 000 000,—
Reingewinn . .	110 458,90		—	110 458,90
	213 318 912,62		229 908 453,72	

In der vorstehenden rektifizierten Gestalt wurde die Bilanz auch später von der Generalversammlung genehmigt — nur mit der Abweichung, daß eine Verlustreserve für Hypotheken in Höhe von nur 9 Millionen Mark vorgesehen wurde. Die neue Verwaltung glaubte, daß die Schätzungen der Kommission zu pessimistisch seien. Wenn sie einen Verlust in Höhe des von der Kommission ermittelten Wertes angenommen hätte, so wäre sie übrigens auch gezwungen gewesen, den Konkurs anzumelden. Leider aber hatte die Kommission nur zu richtig geschätzt, und die Verwaltung sah sich bei der Aufstellung der Bilanz per 31. Dezember 1901 in die Notwendigkeit versetzt, die Hypothekenreserve auf 18 Millionen Mark zu erhöhen. Die Angriffe, die sich hin und wieder in der Presse fanden, dahingehend, daß die Kommission zu scharf geschätzt habe, werden hierdurch widerlegt. Die nach der Sanierung vorgenommenen Grundstückverkäufe im Jahre 1902 und im laufenden Geschäftsjahre haben die Richtigkeit der Schätzungen ergeben, und es hat sich im Gegenteil sogar als notwendig erwiesen, an den von der Revisionskommission ermittelten Werten noch weitere Abschreibungen vorzunehmen (1 Million Mark in der Bilanz per 31. Dezember 1902).

Was den Pfandbriefzinsendienst betrifft, so ergab die Revision, daß per 30. Juni 1901 betrug:

der Jahreszoll an Hypothekenzinsen	7 959 000 Mk.
während der Zinseneingang nur zu schätzen war auf	6 271 000 „
so daß ein Fehlbetrag vorhanden war von . . .	1 688 000 Mk.

Da aber in diesem taxierten Zinseneingang sich noch Posten befanden, die unsichere Objekte betrafen und deshalb Zinsausfälle erwarten ließen, mußte die Kommission hierfür eine entsprechende Ausfallreserve in Höhe von 450 000 Mark in Ansatz bringen, so daß nur mit einem Hypothekenzinseneingang von 5 821 000 Mark zu rechnen war. Andererseits erforderte aber die Verzinsung der umlaufenden Pfandbriefe einen Betrag von 6 894 000 Mark, so daß — ganz abgesehen von den Verwaltungskosten — ein jährlicher Fehlbetrag von 1 073 000 Mark vorhanden war.

Dieses Mißverhältnis kam seither nicht zu Tage, weil man den rückständigen Hypothekenschuldnern — Immobilien-Verkehrs-Bank und ihre Strohmänner — durch fortgesetzte neue Nachbeleihungen (bei der Immobilien-Verkehrs-Bank auch durch Darlehen auf dem obigen Lombardkonto) die nötigen Mittel verschaffte, um die Hypothekenzinsen zu zahlen; dementsprechend betrugen die rückständigen Hypothekenzinsen

am 31. Dezember 1900 auch nur 34000 Mark und am 30. Juni 1901 117000 Mark; schon bis zum 1. August 1901 stiegen sie aber auf 715000 Mark, da nunmehr die Nachbeleihungen zwecks Zinsenzahlung aufhörten und die Zinsen von Terrainhypotheken der Immobilien-Verkehrs-Bank und ihrer Strohmänner deshalb völlig ausblieben. Im Januar 1902 waren nicht weniger als 1372000 Mark Hypothekenzinsen rückständig, von denen 1070000 Mark als völlig uneinbringlich abgeschrieben und die restlichen 302000 Mark in Reserve gestellt werden mußten; letztere betrafen Grundstücke von Strohmännern, bezüglich deren die Subhastation eingeleitet wurde. In diesen Verhältnissen, um dies schon vorweg zu nehmen, ist und konnte auch zunächst keine Besserung eintreten, was gegenüber den später in der Presse aufgestellten Behauptungen, daß die Schätzungen der Kommission und die dann dem Reorganisationsplan zu Grunde gelegte Hypothekenzinseneinnahme zu niedrig sei, hier bemerkt sei. Nach dem Geschäftsbericht für das Jahr 1902 waren von dem Hypothekenzinsensoll für dieses Jahr 1,7 Millionen Mark rückständig; und bis zu Anfang des laufenden Jahres erhöhte sich diese Summe (besonders durch Hinzurechnung der bei den zur Zwangsversteigerung gebrachten Grundstücken gelöschten Zinsrückstände) auf 1,9 Millionen Mark. Da diese Rückstände zu ihrem weitaus größeren Teile Terrainhypotheken betreffen, ist auch nur eine allmähliche Besserung durch die langsame Verwertung der Grundstücke zu erwarten.

Die obige Aufzählung an Hand der Bilanzposten zeigt uns die Hauptquellen der großen Verluste der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank; es sind einmal die systematischen Überbeleihungen von Häusern und ertraglosen Terrains und andererseits Transaktionen, die, soweit sie nicht zu Spekulationszwecken dienten, den Zweck hatten, der Verwaltung der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank durch die freie Verfügung über die Aktienmehrheit die Herrschaft in den Generalversammlungen der beiden Hypothekenbanken zu sichern. Die Einzelheiten dieser Transaktionen konnte die Kommission nicht vollständig ermitteln, zum Teil deshalb nicht, weil viele der in Betracht kommenden Bücher und Akten beschlagnahmt waren; volle Klarheit wird deshalb erst das schwebende gerichtliche Verfahren in diese Verhältnisse bringen.

Als charakteristisches Beispiel für die Überbeleihungen sei das sogenannte Wollanksche Terrain in Pankow (im Norden Berlins) erwähnt. Dies Terrain wurde von der Immobilien-Verkehrs-Bank im

Jahre 1898 für 3 Millionen Mark erstanden; in demselben Jahre noch wurde sein Wert auf 10,35 Millionen Mark taxiert und von der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank eine Hypothek von 3,6 Millionen Mark gewährt. Durch eine neue Taxe (1900) wurde der Wert auf 21,07 Millionen Mark festgestellt; hierauf erhöhte die Pommersche Hypotheken-Aktien-Bank ihre Beleihung auf 12½ Millionen Mark; für die Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank wurden dahinter noch 8½ Millionen Mark eingetragen, so daß das Terrain mit 21 Millionen Mark belastet war, während es bei der Immobilien-Verkehrs-Bank mit nur 4,9 Millionen Mark zu Buche stand und sein Wert nach der Kommission nicht mehr als 4,8 Millionen Mark ist. Bemerkt sei, daß das Terrain nicht etwa seit dem Jahre 1898 aufgeschlossen worden ist und auch das Terrain- und Baugeschäft im Norden Berlins sich nicht besonders lebhaft entwickelt hat.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich, daß der Zusammenbruch der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank, ebenso wie der der Spielhagenbanken in keinem ursächlichen Zusammenhang mit der allgemeinen wirtschaftlichen Krisis steht und nicht in außerhalb der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften liegenden Ursachen zu suchen ist, sondern durch eine leichtsinnige Mißwirtschaft seitens der Verwaltung hervorgerufen wurde, die früher oder später und unabhängig von dem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang zum Ruin führen mußte.

Ermöglicht wurde diese Mißwirtschaft bei der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank durch die schon mehrfach genannte Immobilien-Verkehrs-Bank, die im Mittelpunkt des ganzen Getriebes stand.

Seither war über diese Gesellschaft und ihre Bedeutung wenig bekannt; in den Bilanzen gab sie ihren Grundbesitz nicht in der vollen Höhe, sondern erst nach Abzug der darauf lastenden Hypotheken an; durch die Revision wurde zum ersten Male ein näherer Einblick gewonnen, und da zeigte sich folgendes Bild: Eine Gesellschaft mit einem Grundkapital von ½ Million Mark hat einen kolossalen Terrain- und Häuserbesitz, der mit 50,6 Millionen Mark zu Buche steht und den die Kommission auf 35,8 Millionen Mark schätzt; dieser Besitz ist aber — abgesehen von einigen Hunderttausend Mark Hypotheken für andere Gläubiger — für die Pommersche Hypotheken-Aktien-Bank mit 43 Millionen Mark und für die Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank mit 29 Millionen Mark belastet, also eine Gesamtbelastung von 72½ Millionen Mark, d. h. das Doppelte des wirklichen Wertes!

Gleichzeitig war diese Gesellschaft im Besitz des größeren Teils des Aktienkapitals sowohl der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank als auch der Mecklenburg-Strelitzschen Hypothekenbank (8 143 200 Mark Aktien der ersteren und 6 174 000 Mark Aktien der letzteren Hypothekenbank.)

In den vorstehenden Ziffern ist der Grundbesitz von drei weiteren Tochtergesellschaften, sämtlich Gesellschaften m. b. H. (Immobilien-Erwerbs-Gesellschaft, Kapital 400 000 Mark, eingezahlt 100 000 Mark; Schumacher & Cie., Kapital 100 000 Mark, eingezahlt 25 000 Mark; Vereinigung für Grunderwerb 50 000 Mark) einbegriffen; deren Geschäftsanteile gehören sämtlich der Immobilien-Verkehrs-Bank. Bei dem Grundbesitz der drei Gesellschaften handelte es sich nur um einige Häuser und Terrains, die, soweit sie nicht schon auf den Namen der Immobilien-Verkehrs-Bank im Grundbuch eingetragen waren, im Dezember 1900 von der Immobilien-Verkehrs-Bank zurückerworben wurden und schon vorher in deren Verwaltung standen.

Die Immobilien-Verkehrs-Bank war nach der Rekonstruktion der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank im Jahre 1890 (mit einem Grundkapital von 100 000 Mark, das noch in demselben Jahr auf 500 000 Mark erhöht wurde) gegründet worden, um es der Hypothekenbank, wie diese in ihrem Geschäftsbericht für 1890 ausführt, zu ermöglichen, nicht brauchbare Hypotheken und Grundbesitz abzustoßen. Dieser ursprüngliche Zweck trat aber bald in den Hintergrund gegenüber den nach und nach in immer größerem Umfange betriebenen Terrainspekulationen. Eine Dividende wurde nur einmal (6% im Jahre 1891) verteilt. Die gesamten oder wenigstens der größere Teil der Aktien war seit Jahren bis zum Jahre 1900 im Besitz der Direktoren der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank. Zur Zeit der Revision gehörten die Aktien einem Herrn Schumacher, dem Vorstand der gleichnamigen Tochtergesellschaft, der sie dem Direktor der Immobilien-Verkehrs-Bank, Behnsen, verpfändet hatte. Anfangs war die Immobilien-Verkehrs-Bank für die Pommersche Hypotheken-Aktien-Bank nur von geringer Bedeutung; sie besaß einige Häuser und Terrains, auf denen für die Hypothekenbank einige Hunderttausend Mark Hypotheken eingetragen waren; 1893 kam dann eine Beleihung auf mehrere Pankower Terrains in Höhe von 10½ Millionen Mark hinzu; 1896 vermehrte sich der Häuserbesitz um 16 Hausgrundstücke, nnd die Hypotheken der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank wuchsen um 5½ Millionen Mark, und von da ab stieg dann der Grundbesitz

und die Hypothekenbelastung in den wenigen noch folgenden Jahren bis zu der jetzigen Höhe.

Die Immobilien-Verkehrs-Bank stand in Abhängigkeit von der Direktion der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank; dazu kam, daß die Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank, auch noch nachdem die Direktoren der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank die Verwaltung jener Bank 1897 niedergelegt hatten, unter ihrem maßgebenden Einfluß blieb. Die Immobilien-Verkehrs-Bank ermöglichte ihnen große, auch private Terrainspekulationen und die in viele Millionen gehenden Aktientransaktionen zur Majorisierung der Generalversammlungen der beiden Hypothekenbanken. Die Mittel zum Ankauf der Aktien der Mecklenburg-Strelitzschen Hypothekenbank hat wohl die Pommersche Hypotheken-Aktien-Bank, und diejenigen zum Erwerb der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank-Aktien die Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank geliefert.

Die Revisionskommission sprach zum Schluß ihres Berichts ihre Ansicht dahin aus, daß sie angesichts der großen Verluste den Aktionären keine Sanierungsvorschläge machen könne, da das Aktienkapital und noch mehr verloren erscheine; das Schicksal der Bank ruhe vielmehr bei den Pfandbriefinhabern; diese müßten entscheiden, welcher der beiden in Frage kommenden Wege beschritten werde, ob eine Fusion mit einer anderen Hypothekenbank oder eine Reorganisation vorgenommen werden solle.

Die Generalversammlung der Aktionäre fand am 28. September 1901 statt, und an demselben Tage wurde auch eine Versammlung der Pfandbriefinhaber abgehalten. Die Aktionäre genehmigten, nachdem die Kommission mündlichen Bericht über ihre Tätigkeit erstattet hatte, die rektifizierte Bilanz per 31. Dezember 1900 in der oben mitgeteilten Fassung, verweigerten dem seitherigen Aufsichtsrat und Vorstand die Entlastung, wählten einen neuen Aufsichtsrat und gaben ihre Zustimmung zu einem Vertrag mit der Mecklenburg-Strelitzschen Hypothekenbank und der Immobilien-Verkehrs-Bank.

Dieser Vertrag ist der erste Schritt zur Rekonstruktion der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank, insofern als er durch eine mit möglichster Kostenersparnis vorzunehmende Aufteilung der Immobilien-Verkehrs-Bank eine Scheidung von der durch die Immobilien-Verkehrs-Bank mit ihr eng verbundenen Mecklenburg-Strelitzschen Hypothekenbank herbeiführte. Es wurde in dem Vertrag vereinbart, daß jede

Hypothekenbank die freie Verfügung über die von ihr erststellig beliehenen Grundstücke erhält, während die andere Bank ihre dahinter stehenden Hypotheken und Grundschulden löschen läßt; ferner erhält jede Hypothekenbank ihre eigenen Aktien zurück (die Pommersche Hypotheken-Aktien-Bank 9 010 800 Mark, die Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank 6 174 000 Mark); die Pommersche Hypotheken-Aktien-Bank übernimmt die verbleibende freie Masse der Immobilien-Verkehrs-Bank und zahlt an die Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank den Betrag von 1 Million Mark. Ein Eingehen auf die einzelnen Bestimmungen dieses Vertrages würde zu weit führen.

In der Pfandbriefgläubiger-Versammlung wurde beschlossen, daß die Bank für Handel und Industrie einen Plan für die Rekonstruktion der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank ausarbeiten solle; gleichzeitig wurde die Deutsche Treuhand-Gesellschaft zur Vertreterin der Pfandbriefgläubiger bestellt, ihr ein fünfgliedriger Ausschuß an die Seite gestellt und die Befugnis erteilt, soweit erforderlich eine Zinsstundung bis zu 3/8 für den nächsten Januar- und Aprilcoupon zu bewilligen, um eine Zahlungsstockung und den hierdurch eintretenden Konkurs zu vermeiden.

Die Pfandbriefbesitzer entschlossen sich also für die Erhaltung und die Rekonstruktion der Bank. Dieser Weg erschien auch unter den vorliegenden Verhältnissen als der geeignetste unter den vier verschiedenen in Frage kommenden Möglichkeiten (Konkurs, Liquidation, Fusion, Rekonstruktion).

Der Konkurs hätte bei weitem die schwersten Nachteile für die Pfandbriefgläubiger gehabt. Hierüber war man sich einig: die Zinszahlung hört während des Konkursverfahrens auf, die ganze Masse muß möglichst rasch versilbert werden, so daß alle Chancen einer späteren Wertsteigerung verloren gehen, und außerdem sind die Konkurskosten bei solch großem Wertobjekt sehr bedeutend (etwa 2 1/2 Millionen Mark). Eine weitere Folge der raschen Veräußerung wäre auch gewesen, daß der an sich damals schon schlecht liegende Berliner Grundstücks- und Hypothekenmarkt sehr in Mitleidenschaft gezogen worden wäre.

Die Nachteile der von anderer Seite in Vorschlag gebrachten Liquidation sind aber nicht viel geringer: hier hätte zunächst ein Teil der Zinsen, soweit die Hypothekenzinseneingänge ausreichten, weiter gezahlt werden können; aber für eine Meliorierung und allmähliche Verwertung des Grundbesitzes wären auch keine Mittel vor-

handen gewesen, so daß der Grundbesitz rasch und deshalb zu niedrigen Preisen hätte veräußert werden müssen. Dabei bestand aber die Schwierigkeit, daß während der Liquidation der Treuhänder weiter n Funktion bleibt; er darf Deckungshypotheken, wenn überhaupt, nur gegen Zahlung des Barbetrages herausgeben; es werden zunächst die vollwertigen Objekte veräußert; bei den vielen minderwertigen Hypotheken hätte die Bank einen Einschuß in Höhe des Ausfalls an den Treuhänder leisten müssen, die Mittel hierzu fehlten ihr aber und es wäre deshalb schließlich der Konkurs hereingebrochen. Ferner ist zu beachten, daß die Liquidationsbilanz nach strengeren Grundsätzen aufzustellen ist als die ordentliche Bilanz, und dieser Umstand hat ja auch bei der Deutschen Grundschuld-Bank schließlich den Konkurs herbeigeführt.

Die Fusion mit einer anderen Hypothekenbank erscheint weniger ungünstig; hier bleibt das Pfandbriefkapital unversehrt, und es entstehen keine großen Kosten; aber andererseits muß die Unterbilanz durch Zinsenverzicht auf mehrere Jahre beseitigt werden und die in der Zukunft zu erwartende Wertsteigerung der Masse entgeht den Pfandbriefbesitzern. Außerdem hätte auch die Fusion für die übernehmende Bank wenigstens in der damaligen ungünstigen Zeit ihre Bedenken gehabt. Es kam die Fusion mit der sanierten Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank in Frage; aber aus den vorstehenden Gründen und da man auch über den Erfolg der Sanierung der Bank damals noch keine volle Gewißheit hatte, wurde dieser Plan nicht weiter verfolgt.

Für die Rekonstruktion sprach, daß hier — soweit sie sich nicht nur auf einen Zinsen-, sondern einen Kapitalverzicht erstreckt — der Pfandbriefgläubiger nur einen teilweisen Zinsenabzug erleidet und seinen Verlust dadurch wieder einbringen kann, daß er durch Umwandlung eines Teils seines Pfandbriefkapitals in Aktien an den in der späteren Wertsteigerung der Aktiven liegenden Chancen teilnehmen kann; ein Nachteil ist für ihn, daß ein Teil seines Pfandbriefkapitals — insoweit dies zur Deckung der Unterbilanz und nicht zur Umwandlung in Aktien Verwendung findet — verloren geht.

Der von der Bank für Handel und Industrie aufgestellte Reorganisationsplan ähnelt demjenigen der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank und unterscheidet sich von diesem insofern, als sich infolge des bei der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank verhältnis-

mäßig noch ungünstigeren Zinseneingangs eine Modifikation erforderlich erwies.

Die **Grundlagen**, von denen die Rekonstruktion ausging, sind die folgenden:

Der **Gesamtverlust** betrug, wie wir wissen, 29½ Millionen Mark. Hierfür hat zunächst das Aktienkapital aufzukommen. Es belief sich auf 15 Millionen Mark, davon waren 9 Millionen Mark durch den Vertrag, betreffend die Immobilien-Verkehrs-Bank, in den Besitz der Bank gekommen und wurden kaduziert; für die im Umlauf befindlichen restlichen 6 Millionen Mark wurde eine Zusammenlegung im Verhältnis von 6 : 1 vorgeschlagen, so daß also von den alten Aktien 1 Million Mark erhalten blieb (als Aktien Lit. A) und 14 Millionen Mark zur Abschreibung von dem Verlust verwendet werden konnten. Eine günstigere Behandlung der Aktien als bei der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank, wo im Verhältnis von 10 : 1 zusammengelegt wurde, war hier deshalb möglich, weil die Bank selbst 9 Millionen Mark ihrer Aktien besaß, die völlig verschwanden. Wie schon oben bei der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank ausgeführt, mußte den Aktionären, wenn auch mehr als das Aktienkapital verloren war, doch deshalb irgend ein Äquivalent gewährt werden, weil ihre Mitwirkung bei der Reorganisation — Beschluß über die Herabsetzung und Erhöhung des Grundkapitals und die sonstigen Statutenänderungen — nicht entbehrt werden konnte. Davon abgesehen erschien es aber auch billig, den Aktionären, die ohne Verschulden solch schwere Verluste erlitten, wenigstens einen kleinen Bruchteil ihres Kapitals zu erhalten.

Außer den 14 Millionen Mark Aktien kam von dem Verlust der Reservefonds mit rund 6,1 Millionen Mark in Abzug. Ferner brachte man hier den Disagiogewinn aus bisherigen und zukünftigen Pfandbriefrückkäufen in Höhe von 1,6 Millionen Mark in Rechnung, so daß noch ein Fehlbetrag von 7,8 Millionen Mark blieb. Andererseits erhöhte sich diese Summe aber um die Reorganisationsspesen, Revisions-, Stempelkosten ꝛc. (1,3 Millionen Mark) und die Schaffung eines Ausgleichs wegen der seitherigen Verwendung von Pränumerandohypothekenzinsen zur Zahlung von Postnumerandopfandbriefzinsen (1,3 Millionen Mark) um 2,6 Millionen Mark, so daß — abgesehen von dem neu beizustellenden Aktienkapital 10,4 Millionen Mark beschafft werden mußten.

Was das **Zinsenmanko** betrifft, so hatte man für den tatsächlichen Eingang an Hypothekenzinsen nunmehr die Ergebnisse des

Juli- und Oktoberquartals zur Verfügung. Sie zeigten, daß — abgesehen von der durch den Hypothekenverkauf und Pfandbriefrückkauf bedingten Verschiebung — der wirkliche Zinseneingang noch geringer war, als die Kommission nach dem Stand vom 30. Juni 1901 geschätzt hatte; er belief sich nur auf 1,4 Millionen Mark pro Quartal, d. h. 5,6 Millionen Mark jährlich. Da man für Verwaltungskosten 400 000 Mark jährlich rechnen mußte, blieben für den Pfandbriefzinsendienst nur 5,2 Millionen Mark.

Der Pfandbriefumlauf (der infolge des Pfandbriefrückkaufs sich von Tag zu Tag verschob) betrug am 30. September 1901 — diesen Termin legte man der Rekonstruktion zu Grunde — rund 172,2 Millionen Mark (162,2 Millionen Mark zu 4% und 10 Millionen Mark zu $3^{1}/_{2}$%), die an Zinsen 6,838 Millionen Mark jährlich erforderten; zur Verfügung standen aber nur 5,2 Millionen Mark, so daß ein Manko von 1,638 Millionen Mark vorlag.

Von diesen Grundlagen ausgehend machte der Sanierungsplan den Pfandbriefinhabern zwei verschiedene Vorschläge. Bei beiden ist der Grundsatz gewahrt, den die Bank für Handel und Industrie in der Pfandbriefgläubiger-Versammlung als Richtschnur für die Reorganisation aufstellte, nämlich, daß die ganze vorhandene Masse und die darin liegenden Zukunftschancen — abgesehen von einem geringen, den alten Aktionären zu gewährenden Äquivalent — den Pfandbriefgläubigern gehören solle. Dies wurde dadurch bewirkt, daß das neu zu schaffende Aktienkapital nicht etwa an außenstehende Dritte gegeben wurde, sondern den Pfandbriefinhabern verblieb, auf dem einen Weg gegen Zinsenverzicht, auf dem anderen Weg gegen Kapitalverzicht. An sich sind beide Vorschläge gleichwertig, da beide dasselbe Resultat erzielen sollen.

Über die beiden Vorschläge ist nun im einzelnen das Folgende zu sagen:

Modus A, der erstere Weg, beseitigt den Fehlbetrag von 10,4 Millionen Mark und stellt das erforderliche Grundkapital sowie das Gleichgewicht zwischen Hypothekenzinsen und Pfandbriefzinsen ausschließlich durch einen Zinsenverzicht der Pfandbriefinhaber her. Da nach dem Reichshypothekenbankgesetz das Grundkapital einer Hypothekenbank wenigstens $^{1}/_{15}$ = $6^{2}/_{3}$% des Pfandbriefkapitals betragen muß, so war bei einem Umlauf von 172,2 Millionen Mark ein Aktienkapital von rund 11,48 Millionen Mark notwendig, so daß sich das gesamte Kapitalerfordernis auf 21,88 Millionen Mark stellte.

Um diesen Betrag durch einen Zinsenverzicht beizubringen, müßten deshalb — vorausgesetzt, daß dieser Vorschlag allgemein angenommen wurde — die Pfandbriefinhaber auf die Dauer von 4¹/₄ Jahren auf ihre Zinsen (insgesamt 5,2 Millionen Mark) ganz verzichten; nach Ablauf dieser Zeit erhielten sie dann Aktien Lit. A in Höhe von 6²/₃ % ihres Pfandbriefkapitals. Zur Beseitigung des Zinsenmankos ist außerdem erforderlich, daß die Pfandbriefe — bei einem Zinsenerfordernis von 6,838 Millionen Mark und einem Eingang von nur 5,2 Millionen Mark — dauernd auf ¹/₄ ihres Zinsenanspruchs verzichten; alsdann sind nur notwendig für 162,2 Millionen Mark zu 3 % = 4 866 600 Mark und für 10 Millionen Mark zu 2⁵/₈ % = 262 000 Mark, zusammen 5 128 000 Mark. Dieser Modus hat den Vorteil, daß das Pfandbriefkapital intakt bleibt und der Pfandbriefbesitzer außerdem noch Aktien in Höhe von 6²/₃ % seines Pfandbriefkapitals erhält. Aber andererseits verlangt dieser Weg einen mehrjährigen gänzlichen Zinsenverzicht und von da ab einen dauernden Verzicht auf ¹/₄ der seitherigen Zinsen. Der Vorschlag empfahl sich für den, der einige Jahre auf den Zinsenbezug verzichten konnte und dies einem Kapitalverzicht vorzog. — Für die große Zahl der Pfandbriefbesitzer, die aber nicht in der Lage waren, längere Zeit ohne ihre Zinsen zu bleiben und lieber einen Kapitalverzicht in Kauf nahmen, ist deshalb der zweite Vorschlag geeigneter.

Der zweite Weg, Modus B, sieht einen teilweisen Kapitalverzicht vor, wogegen er aber den Pfandbriefinhaber im Zinsenbezug auf das verbleibende Pfandbriefkapital beläßt und ihm eine Aktienbeteiligung an der Gesellschaft gewährt. Es werden hier 20 % des Pfandbriefkapitals zunächst in 10 % Aktien Lit. B verwandelt; vorausgesetzt, daß dieser Modus allgemeine Annahme fände, würde hierdurch ein Aktienkapital von 17,22 Millionen Mark (10 % von 172,2 Millionen Mark) geschaffen, das über das gesetzliche Mindestmaß hinausgeht und allen an die Bank zu stellenden Anforderungen in absehbarer Zeit genügt. Durch den Verzicht auf 10 % Pfandbriefkapital werden 17,22 Millionen Mark beschafft; bringt man hiervon den erforderlichen Kapitalbetrag von 10,4 Millionen Mark in Abzug, so bleiben 6,82 Millionen Mark übrig; diese Summe wird zur Bildung eines Sicherheitsfonds verwendet, aus dessen Mitteln das noch vorhandene Zinsenmanko und etwaige außergewöhnliche Verluste an Deckungshypotheken bestritten werden sollen. Wenn der Fonds für diese Zwecke nicht mehr erforderlich ist, bezw. wenn die Bank ohne seine Inanspruchnahme drei Jahre lang 4 % Dividende verteilt hat, so wird er kosten-

frei an die Aktien Lit. B (in Aktien oder in bar) verteilt. — Durch die Kürzung von 20 % wird das gesamte Pfandbriefkapital auf 137,7 Millionen Mark (129,7 Millionen Mark zu 4 % und 8 Millionen Mark zu 3½ %) herabgesetzt; hierfür betragen die jährlichen Zinsen noch 5 470 000 Mk., während nur 5,2 Millionen Mark Hypothekenzinsen zur Verfügung stehen; es wäre deshalb auf die auf 80 % herabgesetzten Pfandbriefe noch eine Zinsreduktion erforderlich gewesen, wenn man jenen Sicherheitsfonds nicht geschaffen hätte. — Der Kapitalverlust ist, wenn man den Anteil am Sicherheitsfonds in Ansatz bringt, ca. 5 %, also nicht erheblich, während der Zinsenlauf, um 20 % verringert, weitergeht.

Um auch denjenigen Pfandbriefgläubigern, die mit Rücksicht auf ihren geringen Pfandbriefbesitz keine vollen Aktien (Lit. A oder B) beziehen konnten, doch die Erhaltung dieses Aktienbesitzes und die Beteiligung an der Gesellschaft zu ermöglichen, erfolgt die Bildung einer Vereinigung wie bei der Neuen Boden-Aktiengesellschaft, die gegen die Deponierung der Aktien ihren Mitgliedern Zertifikate über ihren Aktienanteil ausstellt. Diese Spitzenvereinigung ermöglicht es, daß auch die kleinen Pfandbriefbesitzer an der späteren Wertsteigerung und den Zukunftschancen teilnehmen können, um so ihren Verlust möglichst wieder hereinzubringen.

Die Art der Beschlußfassung über diese beiden Vorschläge seitens der Pfandbriefinhaber mußte, wie schon oben bei der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank gesagt, nach den Bestimmungen des Gesetzes, betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen, eine verschiedene sein. Modus A konnte von der Pfandbriefgläubiger-Versammlung durch Majoritätsbeschluß angenommen werden, da er nur einen Zinsenverzicht ausspricht. Nachdem dies geschehen ist, war es dann jedem einzelnen Pfandbriefbesitzer innerhalb eines bestimmten Termins freigestellt, ausdrücklich zu erklären, daß er den Vorschlag B annehme; wer diese Erklärung nicht abgab, war so zu behandeln, als ob er sich für den Modus A entschieden hätte.

Am 11. Dezember 1901 fand die Pfandbriefgläubiger-Versammlung zur Beschlußfassung über den Reorganisationsplan statt. Durch die großen Bemühungen der Verwaltung und der beiden Großbanken sowie auch der übrigen als Hinterlegungsstelle für die Pfandbriefe dienenden Bankinstitute war es gelungen, daß für jede der verschiedenen Pfandbriefserien der vom Schuldverschreibungsgesetz zur Beschlußfähigkeit vorgeschriebene Mindestbetrag in der Versammlung

vertreten war (von dem damaligen gesamten Pfandbriefumlauf von rund 168 Millionen Mark nicht weniger als 120 Millionen Mark). Dies günstige Resultat wurde erzielt, trotzdem man im Unterschied zu der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank von der Bildung einer mit Kosten verbundenen Schutzvereinigung abgesehen hatte, welche längere Zeit vorher Mitglieder sammeln und deren gesamten Pfandbriefbesitz dann durch ihren Vorstand in der Pfandbriefgläubiger-Versammlung vertreten konnte. Der Sanierungsplan fand allgemeine Zustimmung und demgemäß der oben beschriebene Modus A fast einstimmige Annahme; zur ständigen Vertreterin der Pfandbriefinhaber wurde die Deutsche Treuhand-Gesellschaft bestellt.

Die gleichzeitig einberufene Generalversammlung der Aktionäre trat den Beschlüssen der Pfandbriefbesitzer bei, faßte die hiernach erforderlichen Beschlüsse über die Herabsetzung und die Erhöhung des Grundkapitals und beschloß, die seitherige Firma in die neue: Berliner Hypothekenbank Aktiengesellschaft umzuändern.

Die Frist, innerhalb welcher die Annahme des Vorschlags B erklärt werden konnte, wurde bis zum 15. März 1902 erstreckt. Wie zu erwarten war, entschied sich der weitaus größte Teil der Pfandbriefinhaber für diesen Modus, so daß nach dem Status per 31. Mai 1902 121784000 Mark Pfandbriefe Modus B und nur 2408000 Mark Pfandbriefe Modus A im Umlauf waren. Durch die Umwandlung von 10% Pfandbriefkapital in Aktien wurden 15½ Millionen Mark Aktien Lit. B geschaffen; der Sicherheitsfonds beläuft sich auf den Betrag von 5259000 Mark.

Die Beschlüsse der Pfandbriefgläubiger und Aktionäre fanden die Genehmigung des Landesherrn, des Bundesrats und der verschiedenen Ministerien und konnten alsdann im Juni 1902 in das Handelsregister eingetragen werden. Hiermit hat die Rekonstruktion der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank, die als Berliner Hypothekenbank Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Berlin nunmehr firmiert, soweit sie die äußere Organisation der Gesellschaft betrifft, ihren Abschluß gefunden. Aber hiermit war nur der erste Schritt zur Gesundung der Bank getan, und der größere Teil der Arbeit, die innere Rekonstruktion, die Beseitigung der schweren Schäden, die Entwirrung und Lösung der vielen Transaktionen, die Schaffung geordneter, den gesetzlichen und statutarischen Vorschriften entsprechender Verhältnisse, die Reinigung des Pfandbrieftresors rc., alle diese Aufgaben waren noch zu lösen. Es wird deshalb noch geraume Zeit dauern, bis nach dieser inneren

Konsolidierung die Hypothekenbank ihren ordentlichen Geschäftsbetrieb wieder wird aufnehmen können. Von der ausschlaggebendsten Bedeutung ist hierbei die Immobilien-Verkehrs-Bank und ihre Grundstücksmasse. Hier hat deshalb auch die Verwaltung, wie der Geschäftsbericht für 1902 ergibt, mit den Konsolidierungsarbeiten eingesetzt. Die Aktien der Immobilien-Verkehrs-Bank gehören der Berliner Hypothekenbank und diese will sie auch (vorausgesetzt, daß die Aufsichtsbehörde ihre Genehmigung hierzu erteilt) konservieren, um sich den Gewinn aus einer günstigen Verwertung des Grundbesitzes zu sichern. Dieser Grundbesitz hat (nach Ausscheidung der gemäß dem oben genannten Vertrag an die Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank fallenden Grundstücke) laut Bilanz per 31. Dezember 1902 einen Wert von rund 26 Millionen Mark und ist der Berliner Hypothekenbank vollständig verpfändet. Die Beziehungen zwischen beiden Gesellschaften sind durch einen Vertrag geregelt worden. Die Immobilien-Verkehrs-Bank hat eine neue selbständige Verwaltung bekommen; die Hypothekenbank stellt ihr die erforderlichen Mittel zur Meliorierung der Terrains zur Verfügung; neue Geschäfte, besonders Terrainspekulationen, darf sie nicht unternehmen; ihre einzige Aufgabe ist die allmähliche Meliorierung und Verwertung der vorhandenen Grundstücksmasse, also die Liquidation. Aber mit Recht wurde davon abgesehen, die Immobilien-Verkehrs-Bank formell in Liquidation treten zu lassen, weil dieses nach einer alten Erfahrung die vorteilhafte Verwertung der Grundstücke erschwert. Die Verwaltung der Hypothekenbank bildet den Aufsichtsrat der Immobilien-Verkehrs-Bank, und sie hat sich hierdurch die dauernde Kontrolle über die Immobilien-Verkehrs-Bank gesichert.

Wann und wie rasch eine völlige Gesundung und günstige Weiterentwicklung bei der Berliner Hypothekenbank Aktiengesellschaft eintreten wird, läßt sich nicht bestimmt voraussagen. Aber soviel steht fest, daß die Rekonstruktion gelungen und die Forteristenz gesichert ist. Daß die Bank so rasch eine gute Entwicklung wie die Neue Boden-Aktiengesellschaft zeigen wird, erscheint ausgeschlossen. Denn bei der letzteren lagen insofern günstigere Bedingungen vor, als ihre wichtigeren Terrains in dem für den Immobilienmarkt hauptsächlich in Betracht kommenden Westen Berlins liegen, während diejenigen der Immobilien-Verkehrs-Bank in der Hauptsache im Norden Berlins gelegen sind, wo die Grundstückswerte und die Wertsteigerung viel geringer sind und die Bebauung langsamer fortschreitet. Ferner

konnte die Neue Boden-Aktiengesellschaft als einen großen nicht vorgesehenen Einnahmeposten 5,8 Millionen Mark aus Regressen gegen die frühere Verwaltung buchen, während bei der Berliner Hypothekenbank hieraus nur ein geringer Betrag zu erzielen sein wird.

Was die Tätigkeit der Bank für Handel und Industrie bei der Rekonstruktion der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank anlangt, so ist zunächst zu beachten, daß wohl ohne deren Dazwischentreten die bereits ins Wanken geratene Hypothekenbank dem Konkurs verfallen wäre; die Aktionäre hätten dann alles und die Pfandbriefbesitzer viel verloren, eine tiefgehende Beunruhigung des Pfandbriefmarktes und eine Erschütterung des Berliner Grundstücks- und Hypothekenmarktes wären die sichere Folge gewesen. Das Eingreifen der Bank für Handel und Industrie hat diese drohenden Gefahren abgewendet.

Die Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank.

Von
Dr. Felix Hecht.

§ 1.

Statuten. Äußere Entwicklungsgeschichte.

In den neuen Normativbestimmungen für die preußischen Hypothekenbanken vom Jahre 1893, denen die Pommersche Hypotheken-Aktien-Bank sich unterwarf, war die Beleihung von Bauplätzen ausgeschlossen. Die der Bank nahestehenden Persönlichkeiten erachteten es, auch in Rücksicht auf die zu der Bank in intimen Beziehungen stehende Immobilien-Verkehrsbank, für wünschenswert, ein Hilfsinstitut zu besitzen, dem die Beleihung von Bauplätzen statutarisch gestattet sei. Im wesentlichen nach dem Vorbild der Mecklenburg-Schwerinschen Hypotheken- und Wechselbank wurden die Statuten der Mecklenburg-Strelitzschen Hypothekenbank (in der Folge kurz Strelitzbank genannt) entworfen, und die Bank wurde mit dem Sitz in Neustrelitz und mit einer Zweigniederlassung in Berlin auf Grund der Statuten vom 21. April 1896 gegründet. Durch Konzessionsurkunde vom 14. März 1896 hat sie das Privileg zur Ausgabe von Inhaberpapieren erhalten. Die Eintragung der Firma erfolgte in Neustrelitz am 28. April 1896 und diejenige der Zweigniederlassung in Berlin am 7. Mai 1896.

Die Statuten bezeichnen als Zweck der Gesellschaft die Vermittlung und Erleichterung des Kapital- und Kreditverkehrs. Als regelmäßiger Geschäftskreis ist ihr zugewiesen, „Besitzern von Liegenschaften, Baustellen, fertigen und im Bau begriffenen Gebäuden hypothekarische oder Grundschulddarlehen zu gewähren, deren Rückzahlung in ungetrennter Summe, in Raten oder in Annuitäten bedungen werden kann, Hypotheken oder Grundschuldforderungen zu erwerben, Korporationsdarlehen zu geben und auf Grund dieser Geschäfte bis zum Belauf ihrer Forderungen Pfandbriefe bezw.

Kommunalobligationen zu emittieren". Des ferneren aber war ihr im weitesten Umfange Bewegungsfreiheit gestattet: sie war berechtigt, selbst Waren zu beleihen, „welche dem Verderben nicht unterworfen sind", Kontokorrente zu eröffnen, verzinsliche und unverzinsliche Depositen anzunehmen, verzinsliche Depositenscheine aber nur mit einer mindestens viertägigen Kündigungsfrist, Bankgeschäfte jeder Art zu vertreiben.

Die Gesamtsumme der von der Gesellschaft emittierten Pfandbriefe sollte vorläufig den 15fachen Betrag des eingezahlten Grundkapitals nicht übersteigen. Der Aufsichtsrat sollte aber berechtigt sein, im Einverständnis mit der Mecklenburg-Strelitzer Regierung durch Beschluß diese Summe bis auf den 20fachen Betrag des eingezahlten Grundkapitals zu erhöhen.

Die statutarischen Bestimmungen über Vorstand, Aufsichtsrat und Generalversammlung bieten nichts besonders Bemerkenswertes, abgesehen von § 24 der Statuten (§ 23 der neuen Statuten), wodurch das Stimmrecht der Aktionäre in der Generalversammlung von erschwerenden Voraussetzungen abhängig gemacht ist: stimmberechtigt in der Generalversammlung sind nur die Inhaber der Aktien, welche den Besitz derselben in den Büchern der Bank haben eintragen lassen. Auch ist zu dem Ende erforderlich, daß die Eintragung vor dem Datum der öffentlichen Einberufung der Generalversammlung stattgefunden hat. In der Statutenänderung vom Jahre 1901 ist diese Bestimmung umgestaltet. In den Statuten § 20 war vorgesehen, daß der Aufsichtsrat zur Revision der Kasse, des Portefeuilles und aller Wertgegenstände sowie der gesamten Geschäftsführung jährlich zwei Mitglieder abzuordnen habe. Diese hatten das Recht, jederzeit von den Büchern, dem Portefeuille, den Wertgegenständen und der Kasse Einsicht zu nehmen, und waren verpflichtet, dies wenigstens alle vier Monate einmal auszuüben, sie waren auch nach § 31 der Statuten verpflichtet, die Bilanz mit Gewinn- und Verlustkonto und die dazu gehörigen Vorlagen zu prüfen, bevor sie dem Aufsichtsrat zur Nachprüfung vorgelegt wurden.

Für die Aufsicht der Staatsregierung über die Gesellschaft wurde ein Regierungskommissär vorgesehen „in Rücksicht auf die der Gesellschaft gestattete Ausgabe von Inhaberpapieren und unabhängig von dem Bestehen eines gesetzlichen Aufsichtsrechts des Staats." Statuten § 35. Der Regierungskommissär hatte die Befugnis, die Ausgabe der Pfandbriefe und Schuldverschreibungen und die Einhaltung der

hierfür und für die Sicherheit der Darlehen auf Hypotheken und Grundschulden oder an Gemeinden in den Statuten vorgesehenen Bestimmungen zu überwachen. Er hatte auch das Recht, an den Sitzungen und Beratungen der Gesellschaftsorgane teilzunehmen, von den Kassen, Büchern, Rechnungen und sonstigen Schriftstücken Einsicht zu nehmen, sowie der Bank die Aufstellung regelmäßiger oder außerordentlicher Übersichten zur Vorlage für die Regierung vorzuschreiben.

In § 37 der Statuten wird bestimmt, daß nur solche Grundstücke beliehen werden dürfen, welche einen dauernden und sicheren Ertrags- oder Verkehrswert haben. Beleihung von Bauplätzen ist gestattet. Die Bank sollte Grundstücke nur zur ersten Stelle beleihen, „es sei denn, daß die Hereinnahme oder Beseitigung der vorstehenden Hypotheken oder Grundschulden bei der Bank beantragt und diese Erwerbung resp. Beseitigung gesichert ist". Fertige oder im Bau begriffene städtische Gebäude sowie Baustellen dürfen bis zur ersten Hälfte, besonders gut gelegene Objekte in größeren Städten oder Vororten mit normal fortschreitender Entwicklung bis zu 6/10 des Werts beliehen werden." Statuten § 38.

Für die Großherzogtümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz war unterm 13. Februar 1894 mit Wirksamkeit vom 1. Februar 1895 eine Verordnung betreffend das Faustpfandrecht für Pfandbriefe und ähnliche Schuldverschreibungen erlassen worden. Gemäß § 54 der Statuten sollte der auf Grund dieser Verordnung bestellte Pfandhalter mit Berücksichtigung der stattgehabten Amortisation und Rückzahlungen bescheinigen, daß die statutenmäßige Sicherheit durch Faustpfänder vorhanden sei.

In Rücksicht auf das Hypothekenbankgesetz wurden die Statuten einer Revision unterzogen. Die revidierten Statuten sind am 28. Dezember 1899 in das Handelsregister eingetragen worden. In diesen revidierten Statuten ist die Eröffnung laufender Rechnungen und die Annahme von verzinslichen und unverzinslichen Depositen beibehalten, auch die Möglichkeit der Effektuierung von Bankgeschäften, so daß die Bank als eine gemischte Hypothekenbank sich auch fernerhin qualifizierte. Die Bestimmung in betreff der aus der Mitte des Aufsichtsrats zu wählenden Revisionskommission ist ebenfalls in den Statuten beibehalten.

Die neuesten, in der außerordentlichen Generalversammlung vom 11. Oktober 1901 beschlossenen und vom Bundesrat genehmigten Statutenänderungen, die vorzugsweise die Herabsetzung des Grund-

kapitals betreffen, sind in Neustrelitz am 8. Oktober und in Berlin am 17. Oktober 1902 in das Handelsregister eingetragen worden.

Ein von der Aufsichtsbehörde genehmigtes Regulativ vom 2. M[illegible] 1896 ist insofern bemerkenswert, als es die Ausgabe von Pfandbriefen unter Bedeckung mit Baustellenhypotheken für die ersten drei Geschäftsjahre auf den 2½ fachen Betrag des Grundkapitals beschränkte und von da ab auf den dritten Teil der gesamten Pfandbriefbedeckung. Es erforderte überdies eine 10 %ige Überdeckung.

Das Grundkapital der Gesellschaft betrug 6 000 000 Mark und wurde auf Grund eines Beschlusses der Generalversammlung vom 2. März 1898 auf 12 000 000 Mark erhöht. (Die zweite Aktienserie wurde mit Dividende vom 1. Juni 1899 an ein Konsortium zum Kurse von 122 % zuzüglich Stückzinsen seit 1. Januar 1899 begeben mit der Maßgabe, daß den älteren Aktionären ein Betrag von nom. 2 000 000 neue Aktien zum Kurse von 128 % zuzüglich Stückzinsen seit 1. Januar 1899 zum Bezug angeboten worden ist. Prospekt in der dritten Beilage des Berliner Börsenkuriers, Nr. 181, vom 10. April 1900.)

Die Bank gab für die Jahre 1896 bis einschließlich 1899 jeweils 7 % Dividende. Die Reserven stiegen durch das Aktien- und Pfandbriefagio bis Ende 1899 auf 1 800 000 Mark. Der Pfandbriefumlauf betrug Ende 1896 5 287 800 Mark, Ende 1897 22 270 300 Mark, Ende 1898 25 525 300 Mark, Ende 1899 26 719 900 Mark.

Die Depositen betrugen Ende 1896 rund 544 000 Mark, Ende 1897 rund 2 200 000 Mark, Ende 1898 3 600 000 Mark, Ende 1899 5 000 000 Mark, Ende 1900 7 000 000 Mark. Der Aktienkurs stellte sich Ende 1896 auf 132,75 %, Ende 1897 auf 141,1 %, Ende 1898 auf 143,6 %, Ende 1899 auf 132,5 %. Der Kurs der 4 %igen Pfandbriefe war Ende 1896 104 %, Ende 1897 103 %, Ende 1898 103,5 %, Ende 1899 100,5 %.

Nach dem Geschäftsbericht für 1896 ist die Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank „mit Unterstützung der Direktoren und der Aktionäre der Pommernbank“ gegründet worden. Bei dieser Gründung wurde von dem Gedanken ausgegangen, „daß die Bank, die im übrigen ein vollkommen selbständiges Institut ist, erheblich leichter und schneller ins Geschäft kommen würde, wenn sie auch die bewährten Einrichtungen der Pommernbank zur Grundlage ihrer Organisation nehmen würde“. Die Mitglieder des Vorstandes der Pommernbank wurden demgemäß in den Vorstand der Strelitzbank gewählt, mit Einschluß

des stellvertretenden Vorstandsmitgliedes der Pommernbank. Im Juli 1896 wurden die Aktien und Pfandbriefe der Bank zum Handel und zur Notiz an der Berliner Börse zugelassen. In den beiden Großherzogtümern Mecklenburg hat die Bank an 43 Plätzen Depositenannahmestellen eingerichtet, die ebenso wie die Zentrale in Neustrelitz neben der Pflege des Depositengeschäfts mit dem Bankkommissionsgeschäft sich befaßten und den Ankauf und Verkauf von Effekten vermittelten.

Durch Verfügung der Zentralsteuerdirektion vom 28. Oktober 1897 wurde mit Instruktion der Landesregierung der Kassenbestand der Zentralsteuerkasse in Neubrandenburg der Bank auf Barkontokorrent übergeben.

Im Jahre 1897 sind die Direktoren der Pommernbank aus dem Vorstand der Mecklenburg-Strelitzschen Hypothekenbank wieder ausgeschieden.

Im Laufe des Jahres 1899 wurde die im Jahre 1898 beschlossene Erhöhung des Aktienkapitals von 6 auf 12 Millionen durchgeführt. Das durch die Begebung der Aktien erzielte Agio wurde abzüglich der Kosten mit 1 200 000 Mark dem Reservefonds zugeführt. Der Bericht über das Jahr 1899 bemerkt noch, der gemäß dem Hypothekenbankgesetz bestellte Treuhänder „hat die in das Hypothekenregister eingetragenen, zur Deckung der Pfandbriefe dienenden Hypotheken und sonstigen Unterlagen unter Mitverschluß der Bank zu verwahren; er darf dieselben nur gemäß den Vorschriften des Gesetzes herausgeben. Und diese in das Gesetz aufgenommene Vorschrift ist in ihrem wesentlichen Teile bei der Bank bereits seit ihrer Gründung in Kraft gewesen. Das neue Gesetz bestätigt und verallgemeinert nur die bei der Bank bereits früher für die materielle Sicherheit der Besitzer von Hypothekenpfandbriefen gegebenen Garantien". Besonders hervorgehoben wird im Bericht, daß die im Jahre 1899 abgeschlossenen Hypotheken im Durchschnitt innerhalb 53,397% der Taxe der Bank liegen, bezw. innerhalb 56,075% der Taxen der beiden gerichtlich vereidigten Sachverständigen. Nach den Wertsermittlungsvorschriften der Bank wird die niedrigste Taxe der Beleihung zu Grunde gelegt.

Diese Skizze der äußeren Entwicklungsgeschichte erhält ihre Ergänzung durch die auf Grund der Geschäftsberichte und der von der Bank veröffentlichten Bilanzen mit Gewinn- und Verlustkonto gefertigte Statistik, wie sie in dem 1. Band meines Werkes über die

Hypothekenbanken (3. Band des ganzen Werkes: „Die Organisation des Bodenkredits in Deutschland", Leipzig 1903, S. 470 ff.) enthalten ist.

§ 2.
Die Ursachen der Katastrophe. Verhältnis zur Pommernbank und deren Nebengesellschaften. Die Situation der Bank Ende 1900.

Im scharfen Gegensatz zu dieser, aus den Geschäftsberichten zu entnehmenden äußeren Entwicklungsgeschichte steht die innere Entwicklungsgeschichte des Instituts, die erst mit dem Eintritt der Katastrophe zu Tage getreten ist.

Infolge des Zusammenbruchs des Spielhagenkonzerns war Mißtrauen in dem Pfandbriefpublikum erwacht. Im Dezember 1900 kamen große Posten Pfandbriefe auch der Strelitzbank an den Markt, und die Bank mußte die Aufnahme derselben einstellen. Die Pfandbriefe wurden im Kurszettel gestrichen, der Kurs der Aktien, Ende November 1900 noch 115%, sank im Januar 1901 bis auf 60%.

Im Geschäftsbericht der Pommernbank für das Jahr 1900 (erstattet unterm 13. Mai 1901) gibt die Pommernbank zum erstenmal Aufschluß über die Motive der Gründung der Strelitzbank: „Nach den alten Normativbestimmungen war den preußischen Hypothekenbanken ebenso wie den meisten außerpreußischen die Erwerbung von Baugelderhypotheken gestattet. Am 27. Juni 1893 wurde indes für die preußischen Normativhypothekenbanken die Benützung von Baugelddarlehen als Pfandbriefunterlage verboten." Die Pommernbank unterwarf sich diesen Normativbestimmungen. „Da aber den außerpreußischen Hypothekenbanken die Baugeldergeschäfte mehr oder weniger gestattet blieben, und wir und viele andere diese auch für erforderlich hielten, einerseits um einer etwaigen Wohnungsnot in größeren Städten vorzubeugen, anderseits auch im eigenen Interesse, um gute erststellige Hypotheken zu beschaffen, so sahen wir uns veranlaßt, Ersatz zu suchen. Es ist daher seinerzeit die Mecklenburg-Strelitzsche Hypotheken-Bank . . . gegründet worden." „Bevor zur Gründung geschritten wurde, vergewisserten wir uns, daß eine Änderung der neuen Normativbestimmungen hinsichtlich der Gewährung von Baugeldern nicht zu erreichen war, und ferner, daß unsere Aufsichtsbehörde gegen diese Gründung Einwendungen nicht erheben würde." „Wir erwarben . . . von der Strelitzbank in dem Rahmen unserer gesetzlichen und statutarischen Vorschriften Hypotheken auf fertiggestellte Neubauten,

bis diese Geschäftsverbindung durch die Bestimmungen des Hypothekenbankgesetzes unmöglich gemacht wurde".

Die Finanzkreise sind der Bankleitung und deren Absichten von Anfang an mit Mißtrauen begegnet. Der am 2. Juni 1896 an das Börsenkommissariat der Berliner Fondsbörse gerichtete Antrag wegen Zulassung der Aktien zum Handel an der Börse war am 12. Juni 1896 ohne Angabe von Gründen abgelehnt worden, ebenso am 16. Juni die Zulassung von 40 000 000 Mark Pfandbriefen. Auf die Beschwerde vom 17.—25. Juni beim Ältestenkollegium der Berliner Kaufmannschaft wurden die an das Börsenkommissariat zurückverwiesenen Prospekte am 4. Juli 1896 nochmals abgelehnt, und erst auf neuerlichen Rekurs vom 6. Juli 1896 sind solche genehmigt worden.

Im März 1898 gelangte eine weitere Emission von 30 000 000 Mark Pfandbriefe zur Einführung an der Börse. Der dieserhalb am 1. Juni 1897 eingereichte Zulassungsantrag wurde am 17. Juni von der Zulassungsstelle ohne Angabe von Gründen einstimmig abgelehnt. Auch der beim Ältestenkollegium eingelegten Beschwerde wurde nicht stattgegeben. Ebenso erklärte der Handelsminister, der an denselben gerichteten Berufung sowie einem Antrag auf Befreiung vom Prospektzwang nicht entsprechen zu können. Die Bankleitung sah sich nunmehr genötigt, den seitens der Zulassungsstelle betonten Bedenken Rechnung zu tragen.

Dieselben bestanden einmal in den gegenseitigen Beziehungen zwischen der Pommernbank und Strelitzbank, welche äußerlich in der Identität der Leitung der beiden Banken erkennbar seien, sowie in dem Umfang, in welchem der Strelitzbank die Beleihung ertragloser Baustellen gestattet war. Demgemäß schieden die beiden leitenden Direktoren Ende 1896 formell aus dem Vorstand der Strelitzbank aus, aber dieselben wurden zu allen Aufsichtsratssitzungen zugezogen, die Jahresabschlüsse wurden ihnen vorgelegt. Es lag auch nahe, ihnen Einsicht in alle Darlehensgesuche mit entscheidender Stimme zu geben, da sie ja die Darlehen der Strelitzbank später zu übernehmen hatten.

Mit der zweiten, auf eine Beschränkung der Beleihung ertragsloser Baustellen gerichteten Bedingung hatte es eine andere Bewandtnis. In Wegfall kam die Bestimmung des Regulativs, daß die als Pfandbriefdeckung dienenden Baustellenhypotheken das Zweieinhalbfache des eingezahlten Grundkapitals und vom Ablauf des dritten Geschäftsjahrs an den dritten Teil des Gesamtbestandes an Deckungshypotheken nicht übersteigen, auch um 10 % über die gegenüberstehende Pfandbriefschuld hinausgehen sollen.

An ihre Stelle trat auf Erfordern der Zulassungsstelle die Bestimmung: „Hypotheken und Grundschulden auf Ländereien und Baustellen, bei denen eine Bebauung und Beleihung des Gebäudewerts nicht vereinbart ist, dürfen nur in Höhe des jeweilig eingezahlten Aktienkapitals als Pfandbriefunterlage benützt werden." Diese Fassung war wenig glücklich. Auf die Höhe des eingezahlten Aktienkapitals waren hiernach nur beschränkt Baustellenhypotheken, bei denen eine Bebauung und Beleihung des Gebäudewerts nicht vereinbart war. Dagegen konnten unbegrenzt zur Pfandbriefdeckung dienen alle Baustellenhypotheken, hinsichtlich deren eine solche Vereinbarung getroffen war, gleichviel für welchen fernen Zeitpunkt und unter welchen Bedingungen. Diese offenbar von der Zulassungsstelle nicht beabsichtigte Interpretation war für die Bankverwaltung maßgebend. Dadurch war es möglich gewesen, daß sich am 30. September 1901 unter den 27 175 300 Mark Terrainhypotheken 21 851 500 Mark Baustellenhypotheken befanden, während nach dem früheren beanstandeten Regulativ nur 9 000 000 Mark derartiger Hypotheken gestattet waren.

Nicht ohne Interesse ist, daß die Emission von 30 Millionen Mark Pfandbriefe des Jahres 1898 an Provisionen und Einführungsspesen Unkosten im Gesamtbetrag von 443 317 Mark veranlaßt hat. Dies ergibt sich aus dem Bericht der Strelitzbank für 1900, S. 8. Aus den vorhergehenden Berichten ist das nicht ersichtlich. Nicht ohne Interesse ist auch die Tatsache, daß die Durchschnittsverzinsung der jeweils von dem Institut im Umlauf befindlichen Pfandbriefsumme die höchste unter allen deutschen Hypothekenbanken gewesen ist. S. Hecht, Die Hypothekenbanken, Bd. 1, S. 12a (Tab. 9). Das weist auf eine forcierte Pfandbriefpolitik hin, auf die Beschaffung von Geld um jeden Preis für die Gegenwart, ohne Rücksicht auf die solide Fundierung für die Zukunft, und zwar gerade in Jahren, in denen die Geldbeschaffung für Hypothekenbanken besonders billig war, auch für neu entstandene Institute. Vgl. dieselbe Tabelle unter Ziffer 4. Es überwog eben weitaus die Begebung 4 %iger Pfandbriefe, während gerade in den hier in Betracht kommenden Jahren die Begebung $3^1/_2$ %iger Pfandbriefe nahezu mühelos erfolgen konnte. S. auch Hecht, l. c. S. 51, 45, 41, 37.

Die Pfandbriefpolitik der Hypothekenbanken ist der Maßstab ihrer Solidität. Die Beschaffung teuren Geldes treibt zur Beschaffung hoch verzinslicher Darlehen. Hoch verzinsliche Darlehen sind für die Regel

qualitativ schlechter als die niedrig verzinslichen. Banken, die niedrig verzinsliche Darlehen geben können, haben auf dem Hypothekenmarkt größere Auswahl in den Beleihungsobjekten.

Schon vor Einstellung der Pfandbriefaufnahmen hatte die staatliche Aufsichtsbehörde Ermittlungen über den Stand der Strelitzbank eingeleitet. Am 22. Februar 1901 brachte die Neustrelitzer Zeitung, das Organ für amtliche Bekanntmachungen, eine Reihe von Mitteilungen, woraus sich namentlich der enge Zusammenhang der Bank mit „drei Berliner Immobilien-Gesellschaften" ergab. S. auch Frankfurter Zeitung vom 25. Februar 1901. Die Monita der Aufsichtsbehörde, die sich auf eine Revision vom Dezember 1900 stützte, wurde aber von den Bankorganen unbeachtet gelassen. Es mag zur Erwägung stehen, ob die Staatsregierung rechtzeitig kraft ihres Aufsichtsrechts in Aktion getreten ist, die Technik der Staatsaufsicht war vor dem Hypothekenbankgesetz auch noch nicht vollständig ausgebildet, und sie ist es heute noch nicht, aber in der kritischen Zeit ist nach zuverlässigen Mitteilungen jede gesunde Aktion einzig und allein von dem Staatskommissär, und zwar im fortgesetzten Kampf mit den Bankorganen, ausgegangen. „Jedem Teilnehmer an der Generalversammlung vom 22. Mai 1901 mußte sich die Überzeugung aufdrängen, daß es gegenüber dem die Bankleitung beherrschenden Einfluß der Großaktionäre lediglich der unermüdlichen Einwirkung des Staatskommissärs zu verdanken war, daß eine weitgehende Klärung der Geschäftslage und der Geschäftsführung herbeigeführt und daß der Minderheit zu einer Mitarbeit im Aufsichtsrate verholfen worden ist". Stettiner Ostsee-Zeitung 1901, Nr. 238, vom 23. Mai.

Eine umfassende Darstellung über die Lage der Bank und die allmähliche ungünstige Gestaltung der Bankverhältnisse ist in dem von Regierungsrat Guttmann erstatteten Bericht vom 4. Oktober 1901 enthalten.

Die den Nebengesellschaften der Pommernbank gewährten Kredite setzten sich per 31. Dezember 1900 wie folgt zusammen:

1. Der gegen erststellige Verpfändung von Terrains und Baustellen gewährte Hypothekarkredit bezifferte sich auf 15 428 200 Mark.

2. Weitere 10 947 684 Mark war die Nebengesellschaft Schumacher & Co., G. m. b. H., gegen Lombardierung von 7 578 000 Mark angeblich für sie gekaufte Pommernaktien zum Kurs von ca. 153 % sowie gegen Hinterlegung von Grundschuldbriefen, schuldig geworden.

3. Eine Konsortialforderung gegen die J.-B.-B. aus der Übernahme von Pommernaktien, Emission 1898, in Höhe von 1 224 108,76 Mark war in Höhe von 888 468,25 Mark durch eine entsprechende Gegenforderung an die Pommernbank gedeckt.

4. Eine Provisionsforderung von 910 000 Mark, auf die 100 000 Mark Anfang 1901 abgezahlt worden sind.

Außerdem ruhten auf den Nebengesellschaften noch Garantieverpflichtungen, welche auf einige Hunderttausend Mark zu schätzen waren. Alle Engagements der Strelitzbank mit den Nebengesellschaften waren lediglich durch die Berliner Abteilung der Strelitzbank, welche erst im Juni 1900 aufgelöst wurde, eingegangen.

Der Ankauf der Pommernaktien hat schon im Jahre 1896 begonnen. Am 26. Mai 1896 kaufte die Bankleitung zwei Posten Pommernaktien im Betrag von zusammen 1 742 400 Mark zum Kurse von 144 %, also für 2 587 321,50 Mark. Am 2. September 1897 kaufte die Bankleitung von einem „Konsortium G. K.“ 838 800 Pommeraktien zum Kurse von 153,60 %, also für 1 310 858 Mark und am 7. September 1897 in zwei Posten 2 326 800 Mark ebenfalls von einem Konsortium G. K. Die beiden letzten Posten Aktien waren nach den vorliegenden Nummernverzeichnissen an demselben Tag von zwei Direktoren dieser Bank für eigene Rechnung an das „Konsortium für die Aktien der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank“ verkauft worden. Im Jahre 1898 wurden weitere 1 515 600 Mark und im Jahre 1899 758 400 Pommeraktien an der Berliner Börse in einzelnen Posten aufgenommen.

Der Aufsichtsbehörde bezw. dem Staatskommissär war diese Sachlage nicht bekannt geworden, denn der Schwerpunkt der geschäftlichen Tätigkeit lag in Berlin. Die Zentrale in Neustrelitz hatte keine Einwirkung auf die Geschäfte der Berliner Abteilung. In dem von der Berliner Abteilung aber eingeschickten monatlichen Status war das Engagement mit der J.-B.-B. verschleiert.

In dem Aufsichtsrat sind Beleihungs- bezw. Kreditgeschäfte nach Ausweis der Aufsichtsratsprotokolle nicht zum Vortrag gekommen. Die aus der Mitte des Aufsichtsrats gewählte ständige Revisionskommission hat stets bescheinigt, daß die gesamte Geschäftsführung sowie auch die Jahresabschlüsse von ihnen geprüft seien, und sie nichts zu erinnern gefunden haben. Da indessen die Engagements mit den Nebengesellschaften, die Aufkäufe von großen Posten Pommernaktien die Belastungen der J.-B.-B. zc. seit dem Jahre 1897 aus den

Büchern ersichtlich sind, so ist damit bewiesen, daß sie eine eingehende Prüfung der Bücher nicht vorgenommen haben, oder daß für eine sachverständige Prüfung der Bücher die genügende Vorbildung ihnen fehlte.

Gegen eine klare Erkenntnis der Sachlage hat sich der Aufsichtsrat lange gesträubt. Noch im Bericht für die Generalversammlung vom 22. Mai 1901 kommt der ganze Optimismus dieses Organs zum Ausdruck. Freilich ersieht man auch, daß eine von der Aufsichtsbehörde veranlaßte Revision den Sachverhalt wegen der Unklarheit der Vermögenslage der sog. Nebengesellschaften nicht zu erkennen vermochte. In dieser Generalversammlung wurde die Einsetzung einer Revisionskammer abgelehnt und die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat durch den Einfluß der Großaktionäre durchgesetzt. Aber der durch neue Mitglieder verstärkte Aufsichtsrat veranlaßte dann die unerläßliche gründliche Untersuchung der Banklage. Nachdem die Verhaftung der Direktoren der Pommernbank stattgefunden hatte, gelang es, den bisher verweigerten Einblick in die Bücher und Verhältnisse der J.-B.-B. und der anderen Nebengesellschaften der Pommernbank zu gewinnen.

Äußerst instruktiv ist ein Vergleich der Bilanz, die in der Generalversammlung vom 22. Mai 1901 von dem Aufsichtsrat zur Vorlage gelangt und in dem Geschäftsbericht für 1900 abgedruckt ist, — sie sei Aufsichtsratsbilanz genannt, — mit der revidierten Bilanz, die gleichfalls auf 31. Dezember 1900, also auf denselben Zeitpunkt, nachträglich gezogen worden ist. In der Aufsichtsratsbilanz findet sich der Posten unter den Passiven: Diverse Kreditoren 937 037,73 Mark. In der revidierten Bilanz findet sich derselbe Posten in derselben Höhe, aber mit dem Zusatz „darunter Konsortialforderungen der Pommernbank 888 468,25 Mark".

In der Aufsichtsratsbilanz findet sich unter den Aktiven der Posten „Diverse Debitoren" (einschließlich 74 001,29 Mark rückständiger Hypothekenzinsen aus dem Jahre 1900 und 403 563,88 Mark Lombardforderungen) mit 15 068 249,50 Mark. Diese Gesamtsumme findet sich auch in der revidierten Bilanz, aber mit der folgenden Spezifikation:

Debitoren		
Diverse	1 912 455,45	Mk.
Konsortialforderung	1 224 108,76	„
Lombardforderung an Schumacher & Co.	10 948 684,—	„
Provisionsforderung an die J.-B.-B.	910 000,—	„
Zinsrückstände der Hypothekenschuldner	74 001,29	„
	15 068 249,50	Mk.

In der Aufsichtsratsbilanz findet sich unter den Aktiven der Posten „Anlage im Hypothekengeschäft“: 29 865 700 Mark, davon in das Hypothekenregister eingetragen 27 755 700 Mark. In der revidierten Bilanz ist derselbe Posten mit 29 865 700 Mark und dieselbe Angabe für die im Hypothekenregister eingetragene Summe, aber mit folgendem Zusatz: darunter auf Terrains der Nebengesellschaften der Pommernbank 15 428 200 Mark. Es sei hier sofort bemerkt, daß auf Veranlassung der staatlichen Aufsichtsbehörde eine Schätzung dieser Terrains stattgefunden hat, und hiernach sollte sich der Wert der mit 15 428 200 Mark beliehenen Grundstücke auf 19 603 803 Mark stellen. Aber im Gegensatz hierzu hat eine von der Deutschen Bank und der Darmstädter Bank eingesetzte Kommission den Wert der Grundstücke auf 11 372 375 Mark geschätzt. Soweit Veräußerungen bis in das Jahr 1903 hinein stattgefunden haben, hat sich im großen und ganzen die Schätzung der Bankkommission als annähernd richtig erwiesen.

Die schwersten Verluste drohten der Bank aus den oben, Seite 91, 92 unter Nr. 1—4 aufgeführten bedeutenden Engagements mit den sog. Nebengesellschaften, da sich nach vorläufiger Prüfung ihre Vermögensverhältnisse als sehr ungünstig erwiesen hatten und bald klargestellt wurde, daß sie die am 1. Oktober 1901 fälligen Zinsen auf die unter Nr. 1 mit 15 428 200 Mark aufgeführten Terrainhypotheken zu begleichen nicht im stande waren. Dieser Ausfall an regelmäßigen Einnahmen beziffert sich auf rund 694 000 Mark p. a.[1].

Hinsichtlich der oben erwähnten Konsortialforderung zu 3 in Höhe von 1 224 108,76 Mark war vereinbart, daß dieselbe in Höhe von 888 468,25 Mark gegen eine der Pommernbank gegenüber der Strelitzbank zustehende Forderung von gleichem Betrag sollte verrechnet werden können. Es stellte sich ferner heraus, daß die Forderungen zu 2—4 (soweit sie nicht durch die eben erwähnte Gegenforderung an die Pommernbank gedeckt waren) nahezu wertlos waren.

§ 3.

Die Rekonstruktion der Bank im Jahre 1901.

Die Verhandlungen mit der J.-B.-B., zugleich als Vertreterin der übrigen Nebengesellschaften, und mit der Pommernbank als Hauptgläubigerin derselben, behufs Lösung bezw. besserer Sicherung obiger

[1] In den Mitteilungen über den Status der Bank finden sich ziffermäßige Angaben, die selbstverständlich voneinander abweichen, je nach dem Termin, auf den sie gemacht sind.

Engagements führten unter dem 19. September 1901 zu einem Auseinandersetzungsvertrag, der nach Genehmigung durch die Generalversammlungen der drei beteiligten Gesellschaften am 12. Dezember 1901 notariell zum Abschluß gelangte. Dabei hat die Darmstädter Bank für die Erfüllung der Verbindlichkeit der J.-B.-B. die Bürgschaft übernommen.

Gemäß diesem Vertrag erhielt die Strelitzbank eine Baarzahlung von 1 000 000 Mark; 6 174 000 Mark ihrer Aktien wurden ihr zum Zweck der Kaduzierung überwiesen, die Pommernbank verzichtete auf ihre Konsortialforderung von 888 468,25 Mark, dagegen verzichtete die Strelitzbank auf ihre Ansprüche aus den Forderungen zu 2—4 in Höhe von 13 081 792,76 Mark per ult. 1900 bezw. 13 470 671,36 Mark per 30. September 1901. Sie verzichtete außerdem auf die persönliche Geltendmachung ihrer hypothekarischen Forderungen von 15 428 200 Mark gegen Überlassung der beliehenen Grundstücke an sie zur Nutzung und Verwertung derselben für ihre eigene Rechnung und zwar ohne Veränderung der Eigentumsverhältnisse. S. Bericht der Revisionskommission der Pommernbank vom 19. September 1901 und Bericht von Guttmann über die Lage der Strelitzbank vom 4. Oktober 1901, S. 9, sowie Geschäftsbericht der Strelitzbank für 1901, S. 5, 6.

Das Ergebnis dieser Feststellungen und Verhandlungen war somit der Verlust des größten Teils des Grundkapitals, und es wurde infolge davon eine außerordentliche Generalversammlung der Aktionäre auf den 11. Oktober 1901 einberufen. Ihr wurde eine Bilanz per 30. September 1901 nebst Revisionsbilanz vorgelegt, und es wurde zur Beseitigung der Unterbilanz beschlossen, das Grundkapital herabzusetzen einmal durch Vernichtung der in dem Auseinandersetzungsvertrag mit der Pommerschen und der J.-B.-B. zur Verfügung gestellten 6 174 000 Mark und einer durch Ankauf zu erwerbenden Aktie à 1000 Mark und dasselbe weiter durch Zusammenlegung der restlichen 5 825 000 Mark im Verhältnis von 5 : 1 also auf 1 165 000 Mark herabzusetzen und den dadurch entstehenden bilanzmäßigen Überschuß einem ausschließlich zur Sicherung der Pfandbriefgläubiger bestimmten Reservefonds zuzuführen. Dieser Beschluß hat die Genehmigung des Bundesrats erhalten.

Mit dem erzielten Buchgewinn von 10 835 000 Mark wurde die Unterbilanz von 9 999 135 Mark gedeckt, so daß noch 835 865 Mark buchmäßiger Überschuß verblieben, der als Reserve zur Sicherung der Obligationen vorgetragen worden ist. Daneben wies die Bilanz noch

800 000 Mark Hypothekenreserve auf und 10 000 Mark Debitorenreserve.

Es liegt die Frage nahe, und sie ist selbstverständlich von den Interessenten seinerzeit eingehend erwogen worden, weshalb man nicht einfach die Liquidation der Gesellschaft beschlossen hat, wobei irgend eine Konzession an die Aktionäre in Wegfall gekommen sein würde. Man hat aber das Fortbestehen der Gesellschaft vorgezogen, weil man von der Liquidation, sei es in allmählicher Abwicklung oder in en bloc-Verkäufen, zu große Einbußen für die Obligationäre befürchtete und deshalb das Fortbestehen der Bank wollte. Eben deshalb mußte man auf die alten Aktien einige Rücksicht nehmen.

Aber abgesehen von dem Verlust des größten Teils des Grundkapitals ist auch das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben gestört worden, weil wegen der Beleihung großer ertragloser Terrains von Schuldnern, die in Vermögensverfall geraten waren, die für die Verwaltung und den Pfandbriefdienst erforderlichen Beträge bei weitem nicht aufgebracht werden konnten.

Der Pfandbriefumlauf betrug per 31. Dezember 1900 25 893 400 Mark. Darunter befanden sich 4%ige Pfandbriefe mit 20 595 900 Mark und 3½%ige Pfandbriefe mit 5 297 500 Mark. Am 30. September 1901 betrug der Pfandbriefumlauf noch 24 670 600 Mark.

Es mußte also gleichzeitig ein Abkommen mit den Pfandbriefgläubigern angestrebt werden, das ebenfalls am 11. Oktober 1901 durch entsprechende Beschlüsse der Generalversammlungen der Pfandbriefgläubiger und der Aktionäre dahin zu stande kam, daß der Strelitzbank bis auf weiteres zwei Dritteile der Pfandbriefzinsen unter den nachstehenden Bedingungen gestundet und daß die Pfandbriefgläubiger wegen der gestundeten Beträge lediglich auf die zu erzielenden Jahresüberschüsse angewiesen sein sollten.

1. Die Zahlung des nicht gestundeten Teiles erfolgt gegen Auslieferung des fälligen Zinsscheines. Der Anspruch auf Nachzahlung der gestundeten Beträge nebst Zinseszinsen bleibt mit dem Pfandbrief verbunden. Die Nachzahlung gestundeter Beträge erfolgt nur an einem Fälligkeitstermin von Zinsscheinen.

2. Die Überschüsse, welche sich nach der jährlichen Gewinn- und Verlustrechnung bei der Schuldnerin ergeben, sind zur Deckung der Zinsrückstände aufzusammeln, etwaige weitere Überschüsse nach Zahlung aller rückständigen Zinsen sind einer Reserve für die Pfandbriefe zuzuführen. Die Zeit der Nachzahlung von Zinsrückständen

wird von der Pfandbriefvertretung in Gemeinschaft mit dem Aufsichtsrat der Schuldnerin bestimmt. Mangels einer Einigung hat die Nachzahlung zu erfolgen, sobald die Überschüsse den Zinsrückstand eines Fälligkeitstermins erreichen. Ein weitergehender Anspruch auf Nachzahlung besteht nicht. Die Begleichung der Rückstände erfolgt in der Reihenfolge der Zinstermine.

3. Alle Eingänge aus der Verwertung von Hypotheken auf unbebauten Grundbesitz sind zum Ankauf von Pfandbriefen zu verwenden, deren Rückkaufspreis vom Aufsichtsrat zu genehmigen ist. Die zurückgekauften Pfandbriefe sind aus dem Verkehr zu ziehen. Wird von den jetzt umlaufenden Pfandbriefen bis 31. Dezember 1909 nicht mindestens die Summe von 16 450 000 Mark zurückgekauft, so ist der daran fehlende Betrag durch Rückzahlung eines entsprechenden Teiles dieser Pfandbriefe zum Nennbetrag zuzüglich rückständiger Zinsen und Zinseszinsen aus dem Verkehr zu ziehen. Die zurückzuzahlenden Stücke werden durch das Los bestimmt. Die verbleibenden, höchstens 8 225 000 Mark Pfandbriefe werden fällig, sofern dafür nicht im Hypothekenregister lediglich Hypotheken auf bebauten Grundstücken eingetragen sind, welche den Anforderungen des Hypothekenbankgesetzes entsprechen. Soweit danach ein Ersatz der gegenwärtig beim Treuhänder ruhenden Unterlagshypotheken stattfindet, sind die Neubeleihungen einem von der Pfandbriefvertretung zu bezeichnenden Taxator zur Genehmigung vorzulegen.

4. Die Höhe der jeweiligen Stundung wird von der Vertretung nach Maßgabe des Zinsenbedarfs und des als dauernd anzusehenden Zinseneingangs abzüglich der Verwaltungskosten bemessen.

5. Die Schuldnerin darf von der Überdeckung der Pfandbriefe, welche zur Zeit vorhanden ist, nicht mehr als 1 000 000 Mark herausnehmen. Der Gegenwert des herausgenommenen Betrags hat, soweit er nicht zur Tilgung von Verbindlichkeiten an die Nicht-Pfandbriefgläubiger verwendet wird, als Betriebskapital zu dienen. (Die Strelitzer Regierung hat hierzu zum voraus ihre Zustimmung geben müssen, obwohl durch dieses Entgegenkommen der Obligationäre deren Spezialsicherheit sich entsprechend verminderte, da sonst die wenigen freien Mittel der Bank völlig gesperrt waren, und die Bank nicht in der Lage gewesen wäre, ihre Verpflichtungen zu erfüllen.)

6. Die Vertretung hat die Stundung zu widerrufen und ist berechtigt, die Kapitalforderung aus den Pfandbriefen für fällig zu erklären, wenn die Generalversammlung der Aktionäre nicht in den

Aufsichtsrat die Mehrheit aus der Zahl solcher Personen wählt, welche in einer Versammlung der Pfangbriefgläubiger aller Serien ihr mit Stimmenmehrheit vorgeschlagen werden, oder eine der Stundungsbedingungen nicht erfüllt wird. Die Befugnis der einzelnen Pfandbriefgläubiger zur selbständigen Geltendmachung ihrer Forderungen während der Dauer der Stundung wird ausgeschlossen.

Zur Vertretung der Pfandbriefgläubiger wurde die deutsche Treuhand-Gesellschaft erwählt, und sie wurde beauftragt, die Durchführung der gefaßten Beschlüsse zu überwachen, jährlich eine Prüfung des Jahresabschlusses, der Bücher und Bestände vorzunehmen und das Ergebnis dieser Prüfung im Anschluß an den von dem Aufsichtsrat und Vorstand zu erstattenden Geschäftsbericht bekannt zu geben.

Außer den Pfandbriefgläubigern hatte die Bank Ende September 1901 Depositengläubiger im Betrag von 4 579 248,12 Mark. Mit diesen konnte wegen ihrer großen Zahl und mangels einer Organisation nicht verhandelt werden, und man beschloß deren völlige Befriedigung. Den Obligationären ist mit der Freigabe der Depositengelder ein erhebliches Opfer zugemutet worden. Wäre es zum Konkurs der Strelitzbank gekommen, so würden die Obligationäre zunächst das Vorrecht auf alle Registerhypotheken gehabt haben, und sie würden darüber hinaus mit ihrem Restanspruch an die Masse gegangen sein, wobei sie mit den Depositengläubigern gleichberechtigt gewesen wären. Diejenigen Gläubiger, die ihr Geld nur gegen Sicherstellung gegeben haben, die Pfandbriefgläubiger, sind schlechter gestellt worden als die Einleger von Bargeld ohne Sicherstellung. Aber gleichwohl war die Entschließung, so, wie sie getroffen worden ist, doch im wohlverstandenen und wohlerwogenen Interesse der Pfandbriefgläubiger, was hier des Näheren nicht dargelegt werden kann.

Zur Beschaffung der Mittel für die Auszahlung der Bardepositen diente die Stipulation, daß die Bank 1 Million Mark aus den Unterlagshypotheken entnehmen durfte, ferner waren verwendbar die Barzahlung der Pommernbank mit 1 Million Mark, 1 860 000 Mark Effekten und andere greifbare Bestände sowie 1 190 000 Mark Lombardausstände.

Der Versammlung der Pfandbriefgläubiger vom 11. Oktober 1901 war eine Versammlung am 20. September 1901 vorausgegangen, weil man vor dem 1. Oktober, dem nächsten Termin zur Einlösung der Pfandbriefcoupons, eine Stundung der Pfandbriefzinsen veranlassen mußte und die aus den Pfandbriefunterlagen erhältlichen Hypotheken-

zinsen zur Einlösung der Pfandbriefcoupons nicht ausreichten. Abgesehen von kleineren Schuldnern hatten die Nebengesellschaften der Pommernbank, von denen die Strelitzbank aus ihren Unterlagshypotheken jährlich 694 000 Mark Zinsen zu fordern hatte, um Stundung nachgesucht, und diese mußte ihnen, da sie sich durch Grundstücksengagements vollständig festgelegt hatten, von den Gläubigern im weitesten Umfang gewährt werden, „um größerem Unheil vorzubeugen."

In einem für die Zeitungen bestimmten, nicht unterschriebenen, aber offenbar offiziösen Communiqué, das vor dem 20. September 1901 erschienen war, ist darauf hingewiesen, daß das Zinsensoll aus den Unterlagshypotheken 1 217 779,50 Mark betrug, wovon bei gewissenhafter Rechnung, außer den von den Nebengesellschaften schuldigen 694 000 Mark, noch 165 068,16 Mark, die auf sonstige Schuldner entfallen, als unsichere Eingänge betrachtet wurden, so daß mit einem Ausfall von 859 137,16 Mark gerechnet werden müsse. Es könne aus den Unterlagshypotheken zur Zeit nur auf einen sicheren Überschuß von 358 642,34 Mark gerechnet werden, wogegen der Zinsenanspruch der Pfandbriefgläubiger per 30. Juni 1901 ca. 981 283 Mark betrage.

In der Versammlung der Obligationäre vom 21. September 1901 ergab sich volle Übereinstimmung nur darin, daß man den Konkurs vermeiden müsse. Die Stundung von zwei Drittel der Zinsen auf die Obligationen war zunächst nur provisorisch bis zum 15. November 1901 bewilligt worden, weil nur von den 4%igen, nicht aber von den 3½%igen Pfandbriefen die stimmberechtigte Summe vertreten gewesen ist. Auf manche, auch juristisch nicht uninteressante Einzelheiten kann füglich des Näheren hier nicht eingegangen werden, zumal dieselben dann durch die Beschlüsse vom 11. Oktober 1901 sich erledigten.

Der maßgebende Grundgedanke dieser Beschlüsse vom 11. Oktober 1901 war, daß alles, was vorhanden ist und an Überschüssen eingeht, lediglich den Obligationären reserviert wird.

Da die Engagements der Bank ausnahmslos in Berlin und Umgegend ruhen, und es sich darum handelt, ca. 26 000 Quadratruten Terrain der J.-B.-B. sowie ca. 8000 Quadratruten Terrain anderer Schuldner zu realisieren, so hat die Bank Anfangs 1902 wieder eine Zweigniederlassung in Berlin gegründet.

Während der Sanierungsoperation ist mehrfach die Schaffung eines Vorzugs-Aktienkapitals in Erwägung gezogen worden. Aber mit Opfern der Obligationäre neues Aktienkapital zu schaffen, erschien mit Recht unzweckmäßig. Erst wenn die Terrainhypotheken beseitigt sind, kann diese Frage zur Erörterung stehen.

Überblickt man die ganze Rekonstruktion der Strelitzbank, so ergibt sich, daß eine eigentliche Sanierung nicht stattgefunden hat. Die Beschlüsse der Pfandbriefgläubiger vom 11. Oktober 1901 beabsichtigten auch nicht eine Reorganisation in dem Sinn einer baldigen Wiederaufnahme der Geschäfte der Bank. Die Verhältnisse der Strelitzbank entsprachen zu jener Zeit auch nicht den gesetzlichen und tatsächlichen Anforderungen an eine Hypothekenbank. Von dem damaligen Bestand an Unterlagshypotheken von rund 27 Millionen Mark betraf nur etwa ein Fünftel bebaute Grundstücke, während der ganze Rest aus Terrainhypotheken bestand, von welchen der größte Teil ein effektives Erträgnis nicht abwarf. Wegen dieser Sachlage ging die auch von der Bankverwaltung gebilligte Tendenz dahin, daß von einer Wiederaufnahme ihrer werbenden Tätigkeit erst dann eine Rede sein könne, wenn der Hypothekenbestand den Erfordernissen des Hypothekenbankgesetzes entspreche und lediglich auf bebaute Grundstücke fundiert sei. Diese Auffassung der Sachlage ist von der Treuhand-Gesellschaft selbst neuerdings auch dargelegt und in der Entgegnung der Bankverwaltung auch anerkannt worden. S. II. Beilage des Berliner Börsenkuriers Nr. 166, vom 8. April 1903 und ebd. II. Beilage, Nr. 172, vom 14. April 1903.

Die Bank ist also nicht saniert worden, sondern man hat ihr Luft gelassen, um sich, wenn möglich, herauszuarbeiten.

Aus dem für das Jahr 1902 vorliegenden Geschäftsbericht ist ersichtlich, daß in der Zeit bis 31. Dezember 1902 aus den Terrainverkäufen bezw. aus der Realisierung gefährdeter Hypotheken 3 500 000 Mark sichergestellt bezw. realisiert wurden, und zwar mit einem Verlust gegenüber dem Buchwert. Die Reserve wurde um 388 000 Mark verstärkt, die aus dem hierdurch sowie durch andere außerordentliche Aufwendnngen absorbierten Disagiogewinn entnommen worden sind. Das Angebot an Pfandbriefen ist in Anbetracht der Lage des Unternehmens und dem bis auf ca. 74 % gestiegenen Kurs der 4 %igen Pfandbriefe nicht erheblich gewesen.

§ 4.
Lehren aus der Katastrophe der Strelitzbank.

Gibt man sich nun darüber Rechenschaft, welche besonderen Lehren aus der Katastrophe der Strelitzbank sich ergeben, so möge auch hier wiederum in Berücksichtigung gezogen werden, daß alle Materialien, die in der Anklageschrift und in den Verhandlungen des Strafprozesses zu Tage getreten sind oder zu Tage treten, aus dieser Darstellung ausgeschieden bleiben sollen. Aber das Folgende dürfte auch heute schon Gegenstand der Beherzigung sein:

1. Auch in den Grenzen des Hypothekenbankgesetzes wird man Terrains nicht beleihen dürfen, wenn dieselben nicht an vollkommen regulierten Straßen sich befinden. Ob gerade auch schon Wasserleitung und Kanalisation vorhanden ist, mag weniger für das Prinzip in Betracht kommen, ist aber bei der Höhe der Beleihung zu berücksichtigen. Langsichtige Terrainbeleihungen werden zweckmäßigerweise überhaupt unterbleiben.

2. Die Engagements, die eine Hypothekenbank mit einem einzigen Schuldner eingeht, sollen innerhalb einer gewissen wohlerwogenen Grenze sich halten.

3. Die Bilanzposten „Kreditoren" und „Debitoren" sind von dem Aufsichtsrat, den etwaigen Ausschüssen des Aufsichtsrats und den Bücherrevisoren jeweils mit größter Sorgfalt zu prüfen; daß dies geschehen sei, ist ausdrücklich in den bezüglichen Erklärungen, die den Bilanzen von diesen Organen beigefügt werden, zu bestätigen. Nähere Aufklärung ist hierüber im Geschäftsbericht zu geben; so weit durch solche Aufklärungen die Interessen des Instituts nach Ansicht der betreffenden Organe geschädigt werden könnten, sind diese Aufklärungen doch protokollarisch niederzulegen. Eine Bücherrevision mechanischer Art, die sich lediglich darauf beschränkt, die Übereinstimmung der Bilanzziffern mit den Büchern zu bestätigen, ist nicht gänzlich wertlos, aber vollkommen ungenügend.

4. Die Tätigkeit des Aufsichtsrats hat auch bei der Strelitzbank vollkommen versagt, nicht minder die Tätigkeit der aus der Mitte des Aufsichtsrats gewählten Revisionskommission. Die Tatsache bedarf bei der Ausbildung des staatlichen Aufsichtsrechts der besonderen Berücksichtigung.

5. Wenn eine Hypothekenbank Filialen oder Zweigbureaus hat, so muß die innere Geschäftsorganisation derart sein, daß unter allen

Umständen am Sitz der Zentrale eine genaue Kenntnis der Operationen dieser Filialen oder Zweigbureaus garantirt ist. Eine Organisation, wie sie bei der Strelitzbank bestanden hat, daß die Filiale Berlin vollkommen selbständig und unabhängig von der Zentrale Engagements eingehen kann, ist ausgeschlossen. Es sind des weiteren Vorkehrungen zu treffen, daß dem Staatskommissar bei der Zentrale voller Einblick in die Tätigkeit der Filialen und Zweigbureaus möglich ist.

6. Die organischen Einrichtungen der Hypothekenbanken sind derart auszubilden, daß der Aufsichtsrat in der Lage ist, die materielle Sicherheit der Deckungshypotheken zu bestätigen.

7. Das Schuldverschreibungsgesetz hat sich auch bei der Katastrophe der Strelitzbank bewährt. Ohne dasselbe wäre ein Zusammenbruch mit den damit verbundenen wirtschaftlichen Nachteilen unvermeidlich gewesen. Zur Erwägung steht, ob Schuldverschreibungen derselben Art unter allen Umständen einen besonderen Verband bilden und getrennt stimmen sollen. Die Tatsache, daß die 4 %igen und 3½ %igen Pfandbriefe getrennt abstimmen mußten, hat die Stundung der Pfandbriefzinsen zeitweilig in Frage gestellt. Ferner mag die prinzipielle Unzulässigkeit eines Kapitalsverzichts wohl auch zu weitgehend sein.

Die Deutsche Treuhand-Gesellschaft.

Von

Dr. Felix Hecht.

Der Name der Deutschen Treuhand-Gesellschaft ist weiteren Kapitalistenkreisen erst infolge der hervorragenden Mitwirkung dieser Gesellschaft bei der Sanierung notleidender Hypothekenbanken bekannt geworden. Die Bank ist aber schon am 27. Mai 1890 gegründet worden, damals mit einem voll gezeichneten Aktienkapital von 20 Millionen Mark, und 25 % davon wurden bar eingezahlt. Der Gesamtüberschuß des Jahres 1890 wurde auf das Jahr 1891 übertragen. Nachträglich gelangten jedoch 3 % pro rata temporis für 9 Monate des Jahres 1890 zur Verteilung.

Für das Jahr 1891 wurden 4 % verteilt.

Im Laufe des Geschäftsjahres 1892 wurde eine Herabsetzung des Grundkapitals von 20 Millionen Mark auf 10 Millionen Mark, jedoch ohne Reduktion des eingezahlten Teiles desselben, vorgenommen, so daß demnach die Hälfte des verbleibenden Grundkapitals eingezahlt war. Grund dieser Herabsetzung des Kapitals war die Erkenntnis, daß ein größerer Kapitalbetrag für die Geschäfte der Bank in der damaligen Zeit nicht erforderlich sein würde. Der erzielte Gewinn wurde mit Rücksicht auf das Sperrjahr auf das Jahr 1893 vorgetragen.

Dieses Jahr war für die Gesellschaft ein ungünstiges, und es wurde der verbliebene Gewinn auf das nächstfolgende Jahr vorgetragen.

1894 wurden 2½ % Dividende verteilt und gleichzeitig aus ähnlichen Gründen, wie solche für die erste Reduktion maßgebend waren, eine weitere Herabsetzung des Aktienkapitals von 10 Millionen Mark 50 %ig eingezahlter Aktien auf 1 Million Mark vollbezahlter Aktien beschlossen. Die durch die Reduktion freien 4 Millionen Mark gelangten zur Rückzahlung an die Aktionäre.

Für das Geschäftsjahr 1895 wurden 4 %, 1896—1899 je 10 % und für die Jahre 1900—1902 je 15 % Dividende verteilt.

Ende 1901 ist das Aktienkapital auf 1 500 000 Mark erhöht worden. Die letzten 500 000 Mark wurden von 200 % plus Stückzinsen begeben. Die ordentliche Reserve ist mit 1 000 000 Mark notiert.

Statutenänderungen haben infolge der Generalversammlungsbeschlüsse vom 8. Dezember 1894 und vom 9. Dezember 1901 stattgefunden.

Die Gesellschaft ist von der Deutschen Bank ins Leben gerufen worden; gelegentlich der Erhöhung des Aktienkapitals Ende 1901 sind befreundete Banken und Firmen zu dem Institut in nähere Beziehung gebracht worden, was schon aus der Zusammensetzung des Aufsichtsrats ersichtlich ist. In dem Aufsichtsrat ist außer einem Direktionsmitglied der Deutschen Bank ein Direktor der Darmstädter Bank für Handel und Industrie, ein Direktor der Mitteldeutschen Kreditbank, Filiale Berlin, der Nationalbank für Deutschland und ein Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft. Übrigens ist die Treuhand-Gesellschaft ein durchaus selbständiges Institut mit einem allmählich herausgebildeten, wohl erwogenen Interessenkreise, der so eigenartig und bedeutsam ist, daß er einer näheren Betrachtung bedarf.

Die Gesellschaft nimmt heute trotz ihrem kleinen Aktienkapital eine hervorragende Stellung im deutschen Wirtschaftsleben ein, und es sind alle Voraussetzungen gegeben, daß ihre Stellung im deutschen Wirtschaftsleben noch erheblich wächst. Das Aktienkapital trägt im vorliegenden Falle mehr den Charakter eines Garantiefonds, der durch die angesammelte Reserve in der Höhe von zwei Drittel des Aktienkapitals noch verstärkt ist.

Die Entwicklungsgeschichte des Instituts beweist, wie langsam neue Gebilde, auch wenn sie in anderen Ländern schon längst sich eingelebt haben, in das Wirtschaftsleben einer Nation eindringen, sie zeigt aber auch, wie vorteilhaft es ist, wenn ein derartiges Institut ohne Hast und Beharrlichkeit sein Ziel im Auge behält, um dann im rechten Moment mit Kraft hervorzutreten.

Auf Grund von scharfen Beobachtungen, die ein Delegierter der Deutschen Bank in den Vereinigten Staaten gemacht hatte, und namentlich auf Grund von Studien über die amerikanischen Trustgesellschaften sah die Deutsche Bank sich veranlaßt, die Deutsche Treuhand-Gesellschaft zu gründen.

Man hatte ursprünglich die Absicht, amerikanische Werte einzuführen, um auf Grund dieser Werte Obligationen auszugeben, insbesondere wollte man Dividendenpapiere hereinnehmen und dagegen fest verzinsliche Papiere (Obligationen) ausgeben. In Bezug auf die Ausgabe von Obligationen sind eingehende statutarische Bestimmungen in den älteren Statuten enthalten. Aber bald nach der Gründung der Treuhand-Gesellschaft entstand eine Deroute in amerikanischen Werten, und man ist auf diesen Teil des Geschäftsprogramms nicht mehr zurückgekommen, wohl auch deshalb nicht, weil ähnliche Unternehmungen in England und in den Vereinigten Staaten sich als sehr riskant erwiesen haben. Die Befugnis zur Ausstellung von Obligationen ist in den jüngsten Statuten überhaupt nicht mehr vorhanden.

Als dann zahlreiche amerikanische Eisenbahnwerte notleidend wurden, war die Treuhand-Gesellschaft bei der Reorganisation der amerikanischen Eisenbahnwerte im Interesse des deutschen, in solchen Werten angelegten Kapitals hervorragend tätig. Sie hat hierbei nicht nur mechanisch, sondern konstruktiv gewirkt. Zahlenangaben zur Begründung dessen waren leider nicht erhältlich.

Die Vertretung inländischer und ausländischer Gesellschaften zum Zweck von Aktienregistrierungen und zur Vornahme von Aktienumschreibungen wurde durch die deutsche Stempelgesetzgebung nachteilig beeinflußt. Man verlangte die Stempelung der Aktienzertifikate, und zwar nicht etwa mit dem einfachen Stempel von 1,50 Mark, sondern bei einem Zertifikat, das beispielsweise für 100 Stück Aktien ausgefertigt war, sollte dieser Stempel 100mal gezahlt werden. Da nun die Aktiennominalbeträge bekanntlich z. B. in England durchweg auf 1 £ lauten, so würde der Stempel auf je 20 Mark: 1,50 Mark betragen haben, was selbstverständlich unerträglich war.

So wurde auch in dieser Richtung die Durchführung des ursprünglichen Programms wesentlich beeinträchtigt. Die Einschränkung des ursprünglichen Programms mag mit ein Grund zur Reduktion des Aktienkapitals gewesen sein.

Nur das Registrierungsgeschäft afrikanischer Minenaktien machte Fortschritte, weil die Minengesellschaften es in ihrem Nutzen gefunden haben, dauernd in Deutschland eine Stelle zu besitzen, welche den Verkehr mit den Aktionären pflegt und aufrecht erhält. Die Treuhand-Gesellschaft hat sich zur kontinentalen Agentur für eine Reihe südafrikanischer Minen herausgebildet. S. Bericht für 1899 und folgende.

Der von Jahr zu Jahr steigernde Import fremder Werte nach Deutschland, die wachsende Großmachtstellung deutscher Großbanken im Wertverkehr zeichnete der Treuhand-Gesellschaft ihren eigentlichen Beruf vor. Immer mehr trat der Anlaß an sie heran, die Treuhänderschaft bei auswärtigen notleidenden Gesellschaften zu übernehmen für die in Deutschland ansässigen Aktionäre und Obligationäre solcher Gesellschaften. Die Treuhändergeschäfte dehnten sich immer mehr aus.

Im Jahre 1896 hat sie die Treuhänderschaft übernommen für die deutsche Vereinigung von Aktionären der Kansas City Terminal Construction Cie. Neu hinzugetreten ist im Jahre 1897 die Ernennung der Gesellschaft zum Registrar für die Aktien der Northern Pacific-Eisenbahngesellschaft. Dieses Amt hat sie gemeinsam mit der Central Trust Cie. in New York inne. Sie übernahm ferner die Vertretung der United States Cie. in New York als Depositär der 5 %igen Bonds der Central Pacific-Eisenbahngesellschaft. Sie ist dadurch in Verbindung mit den beiden damals ersten Trustcompagnien der Vereinigten Staaten gekommen.

Infolge ihrer Mitarbeit an der Reorganisation der Northern Pacific-Eisenbahn fiel der Gesellschaft die Registrationsstelle für die Aktien dieser Gesellschaft zu, und sie hat die Einrichtung zum erstenmal nach Deutschland in weiterem Umfang verpflanzt.

Bei der im Jahre 1898 zu stande gekommenen Sanierung der äußeren Schuld der Provinz Buenos Aires wirkte die Treuhand-Gesellschaft mit als Geschäftsstelle der zu diesem Zweck gebildeten Schutzvereinigung der Besitzer von Obligationen der Societa Generale Immobilare sowie als Treuhänder für die Besitzer 5%iger Bonds der Central Pacific-Eisenbahn.

Die Gesellschaft wurde im Jahre 1899 zum Treuhänder für die Obligationsschuld der Empresa Electrica di Guatemala bestellt. Sie beteiligte sich bei der Schutzvereinigung der Besitzer von Aktien und Schuldverschreibungen von Goldminen und anderen industriellen Unternehmungen am Witwaterstrand und der Schutzvereinigung der deutschen Besitzer spanischer Wertpapiere uud fungierte hier als Geschäftsstelle. Diese Schutzvereinigungen waren sämtlich unter Teilnahme der Deutschen Bank errichtet worden.

Sie trugen schon einen anderen Charakter als die früheren. Während die früheren Schutzvereinigungen in Deutschland lediglich den Schutz notleidend gewordener Interessen zum Gegenstand hatten, wurden die Schutzvereinigungen des Jahres 1899 schon errichtet, als

lediglich eine Gefährdung des deutschen in den betreffenden Werten angelegten Kapitals zu besorgen war.

In dieser Übersicht möge auch erwähnt werden die im Jahre 1902 erfolgte Übernahme der Treuhandschaft und die Führung der Sekretariatsgeschäfte der am 30. August 1902 ins Leben getretenen Vereinigung der deutschen Besitzer türkischer Staatspapiere. Aus den Kreisen der deutschen Interessenten sind zu dieser Vereinigung Anmeldungen im Nominalbetrag von rund 120 Millionen Mark erfolgt. Es ist äußerst instruktiv, zu verfolgen, welch langer Zeit es bedurfte, bis man in Deutschland erkannte, welch großen Nutzen ein kräftiger zielbewußter Zusammenschluß der Besitzer von Wertpapieren zum Zweck der gemeinsamen Verteidigung ihrer Rechte bringen kann.

Ganz allmählich kam man dann auch in Deutschland zu der Erkenntnis, daß eine Gesellschaft, die mit Erfolg vielfach für die Interessen deutscher Kapitalisten bei notleidenden ausländischen Unternehmungen eingetreten war, doch auch berufen sei, bei notleidenden und gefährdeten Interessen deutscher Kapitalisten im Inland mitzuwirken, und daß das reichlich angesammelte Beobachtungs- und Erfahrungsmaterial namentlich auch im Inland Verwertung finden könne. Und man erkannte auch, daß die Funktion als Treuhänder keineswegs lediglich sich auf notleidende und gefährdete Unternehmungen erstrecken muß, sondern im Gegenteil bei ganz regulären Gesellschaften eine reichliche Verwendung finden könne.

Die Gesellschaft übernahm im Jahre 1900 die Treuhänderschaft für die Obligationen der Deutschen Kabelwerke A.-G. in Rummelsburg bei Berlin.

Sie übernahm im Jahre 1901 die Indossierung von 4 Millionen Mark $4^1/_2$ %iger Teilschuldverschreibungen der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vormals W. Lahmeyer & Cie. in Frankfurt a. M. und die Pfandhalterschaft und Indossierung einer Obligationenanleihe von 1 200 000 Mark der Rheinischen Chamotte- und Dinaswerke in Köln, die Pfandhalterschaft für die Obligationäre der Elektrizitäts-Betriebs-Aktiengesellschaft in Dresden.

Die vorerwähnten Indossierungen sind rein fiduziarischer Natur. Sie haben für die Treuhand-Gesellschaft eine materielle Verantwortlichkeit nicht zur Folge.

Die Gesellschaft hat ferner in dem Jahre 1901 Gelegenheit gehabt, als Testamentsvollstrecker und als Treuhänder in verschiedenen Fällen tätig zu sein.

Auch im Jahre 1902 hat die Treuhand-Gesellschaft Pfandhalterschaften für Anleihen und Hypotheken sowie von sonstigen Gläubigervertretungen übernommen, insbesondere:

10 Millionen Mark 4½% iger Schuldverschreibungen der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vormals W. Lahmeyer & Cie. in Frankfurt a. M.

2½ Millionen Mark Obligationen der Gewerkschaft Vereinigte Ville zu Brühl bei Köln a. Rh.

In beiden Fällen lauten die Obligationen auf den Namen der Treuhand-Gesellschaft. Im letzteren Fall ist außerdem die Pfandhalterschaft übertragen.

Von größter Bedeutung für die neueste Phase der inneren Entwicklung der Treuhand-Gesellschaft war der Erlaß des deutschen Reichsgesetzes, betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen, vom 4. Dezember 1899. Der dem Treuhänderverhältnis des englisch-amerikanischen Rechts zu Grunde liegende Gedanke gewann durch dieses Gesetz auch für Deutschland erhöhte Bedeutung. Das Gesetz sieht den Zusammenschluß der Obligationäre in Gläubigerversammlungen, die Fassung bindender Generalversammlungsbeschlüsse und die Bestellung eines gemeinsamen Vertreters behufs Wahrnehmung der Gläubigerrechte vor. Es stellt einen wesentlichen Fortschritt in der Organisation bedrohter Kapitalinteressen dar.

Man kann sagen, wenn bei Erlaß dieses Gesetzes die deutsche Treuhand-Gesellschaft nicht schon bestanden hätte, so hätte man sie erfinden und schaffen müssen. Das Reichsgesetz gibt die Möglichkeit der Organisation bedrohter Kapitalinteressen, aber nötig ist dann auch die geschäftskundige Vertretung dieser Interessen. Ein Institut, das auf diesem Gebiet praktische Erfahrungen gesammelt hat, mußte durch Übernahme der Vertretungen wertvolle Dienste leisten können.

In diesem Zusammenhang will die Tätigkeit der Deutschen Treuhand-Gesellschaft bei den oben geschilderten Sanierungen notleidender Hypothekenbanken gewürdigt sein.

Von der durch das Schuldverschreibungsgesetz den Besitzern von Schuldverschreibungen gegebenen Befugnis, einen gemeinsamen Vertreter zu bestellen, wurde zum erstenmal gegen Ende des Jahres 1900 beim Zusammenbruch des mit dem Gesamtnamen „Spielhagen-Banken“ bezeichneten Konglomerats Gebrauch gemacht. In der Generalversammlung der Pfandbriefbesitzer der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank vom 26. November 1900 wurde die Deutsche Treuhand-Gesellschaft zu einem solchen gesetzlichen Vertreter ernannt. Auf

Veranlassung der Treuhand-Gesellschaft erklärte sich die Deutsche Bank am 12. Dezember 1900 bereit, eine Vereinigung zum Schutz der Inhaber von Pfandbriefen der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank zu gründen, in deren Vorstand außer der Deutschen Bank eine Reihe erster Berliner Institute eingetreten ist. Alle diese Institute stellten ihre Dienste als Hinterlegungsstellen unentgeltlich zur Verfügung. Die Schutzvereinigung hat sodann der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank und anderen Unternehmungen, welche von ihr abhängig waren, wichtige finanzielle Dienste geleistet. Mit Hilfe dieser mächtigen Vereinigung, der sich alsbald neun Zehntel sämtlicher umlaufender Pfandbriefe angeschlossen haben — der Pfandbriefumlauf betrug über 350 Millionen Mark —, ist die Sanierung der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank gelungen.

Am 10 Mai 1901 wurde die bis dahin vorläufige Vertretung der Pfandbriefgläubiger der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank der Deutschen Treuhand-Gesellschaft in dauernder Weise mit bestimmten, vertraglich näher festgesetzten Kontroll- und Revisionsbefugnissen übertragen. Das der dauernden Vertretung anvertraute Pfandbriefkapital belief sich Ende 1901 auf rund 265 Millionen Mark.

Auch bei der Sanierung der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank hat die Bank die Interessen der Pfandbriefgläubiger wahrgenommen, indem ihr auch hier neben der Mitwirkung bei der Reorganisation und deren Durchführung die ständige Vertretung dieser mit einem Pfandbriefkapital von ca. 170 Millionen Mark bei der Reorganisation beteiligten Gläubiger aufgetragen wurde.

Anläßlich der Reorganisation der Mecklenburg-Strelitzschen Hypotheken-Bank wurde die Treuhand-Gesellschaft von der Versammlung der Pfandbriefgläubiger vom 21. November 1901 gleichfalls mit deren ständiger Vertretung betraut, wobei ein Pfandbriefkapital von rund 25 Millionen Mark in Frage kommt.

Die durch die Einführung der vorerwähnten ständigen Vertretungen der Pfandbriefbesitzer durch die Treuhand-Gesellschaft geschaffene Neuerung bezweckt, die bei den reorganisierten Hypothekenbanken früher vorgekommenen Unregelmäßigkeiten und Fehler durch Einsetzung einer anerkannten Revisionsinstanz im Sinne der in England und in den Vereinigten Staaten funktionierenden Accountants künftig fernzuhalten und dadurch beizutragen, daß das Vertrauen in diese Banken weiter befestigt werde.

Die Treuhand-Gesellschaft wurde auch seitens der Obligationäre der Allgemeinen deutschen Kleinbahn-Gesellschaft, Aktien-Gesellschaft zu Berlin in interimistischer Weise mit der Wahrnehmung ihrer Rechte und Interessen, speziell bei der Revision der Geschäftsverhältnisse durch eine aus Vertretern der Obligationäre und Aktionäre zusammengesetzte Kommission beauftragt. Das in Betracht kommende Obligationenkapital belief sich auf ca. 36 Millionen Mark. Auch hier bildete sich eine Schutzvereinigung, bei der die Treuhand-Gesellschaft die Sekretariatsgeschäfte übernahm.

In der Generalversammlung der Obligationäre dieser Gesellschaft vom 6. März 1902 übernahm sodann die Treuhand-Gesellschaft die ständige Vertretung und zugleich die Pfandhalterschaft bezüglich derjenigen Vermögensobjekte der Allgemeinen deutschen Kleinbahn-Gesellschaft im Bilanzwert von rund 21½ Millionen Mark, welche zu Gunsten der im Nennbetrag herabgesetzten Obligationen verpfändet worden sind. Das von der Treuhand-Gesellschaft vertretene Obligationenkapital umfaßt einen Nominalbetrag von rund 22 Millionen Mark nach der durchgeführten Reorganisation.

Bei den Katastrophen, die über die genannten Hypothekenbanken und sodann über die Allgemeine deutsche Kleinbahn-Gesellschaft hereingebrochen sind, zeigte sich, daß das Gesetz den Besitzern der in Betracht kommenden Wertpapiere einen völlig ausreichenden Schutz nicht biete, und daß lediglich mit den gesetzlichen Befugnissen ausgestattete Vertretungen nur einen teilweisen Erfolg in Bezug auf den Schutz der ihnen anvertrauten Interessen zu erzielen im stande sein würden. Deshalb wurde in den für die Treuhand-Gesellschaft in Betracht kommenden Fällen stets dafür Sorge getragen, die Gläubigervertretung mit weiteren, über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehenden Befugnissen auszustatten, insbesondere auch in Bezug auf die Kontrolle und Revision des Geschäftsbetriebs der betreffenden Schuldner, um dadurch die Wahrnehmung und Sicherung der Gläubigerrechte durch die Vertretung zu einer tunlichst ausgiebigen zu gestalten.

„Die Tätigkeit der Treuhand-Gesellschaft hat bewiesen, daß im Rahmen des deutschen Wirtschafts- und Erwerbslebens Raum vorhanden ist für die Durchführung des Geschäftsprogramms, das die Übernahme von Treuhänderfunktionen und sonstigen damit zusammenhängenden und sich daraus ergebenden Aufgaben zum Gegenstand hat.

Es handelt sich hierbei nicht nur um diejenigen Funktionen, welche der Gesellschaft im Anschluß an das Schuldverschreibungsgesetz

rheblicke Tätigkeit und neue umfangreiche Überwachungs- und Revisionsaufgaben eingetragen haben. Ebensowenig erschöpft sich die Aufgabe in dem auf den Bestimmungen des B.G.B beruhenden Amt des Pfandhalters und Grundbuchvertreters für hypothekarisch sichergestellte Anlagen. Es kommen dabei vielmehr auch im übrigen mannigfache Treuhänder- und Vertrauensaufgaben für die Gesellschaft in Frage, für deren fernere Ausgestaltung und Erweiterung noch in manchen Beziehungen der Boden vorhanden ist. Insbesondere ist hervorzuheben, daß nicht nur bei Sanierung und Rekonstruktion notleidender Unternehmungen, sondern auch bei gesunden Unternehmungen die Kontroll- und Revisionstätigkeit eines unabhängigen Instituts erwünscht erscheinen muß. Es ist lediglich ein Vorurteil, daß die Vornahme solcher Revisionen geeignet sei, das betreffende Unternehmen zu diskreditieren." Geschäftsbericht für 1902.

„Das Vorhandensein einer mit genügenden Garantieen ausgestatteten ständigen Revisionsinstanz ist für das betreffende Unternehmen ein selbst für bestangesehene Gesellschaften empfehlendes Moment. Das ist in England und Amerika längst eingebürgert. Im Verfolg dieser Bestrebungen hat die Treuhand-Gesellschaft gegen Ende des Jahres 1902 ihre bisher nur in beschränktem Umfang ausgeübte Revisionstätigkeit auch weiteren Kreisen zur Verfügung gestellt. Die Übernahme von Revisionen geschieht gemäß den in den einzelnen Fällen abzuschließenden Verträgen, in welchen Bestimmungen über den Umfang der Revisionstätigkeit Aufnahme finden. Die Revision wird durch eigene, dauernd angestellte Beamte unter Leitung und Überwachung der Treuhand-Gesellschaft vorgenommen. Die Gesellschaft sichert diskrete Behandlung aller durch die Revisionen zu ihrer Kenntnis gelangenden Verhältnisse zu. Die Beamten sind auf unbedingte, dauernde Verschweigung über die Revisionstätigkeit durch Handschlag und Unterschrift verpflichtet."

Die Deutsche Treuhand-Gesellschaft ist ein Rechtsanwalt auf Aktien zur Wahrnehmung der notleidenden oder gefährdeten Interessen deutscher Kapitalisten für das Inland und für das Ausland. Sie ist aber auch eine mit erheblichen Garantieen ausgestattete Vertrauensstelle für alle Fälle, in denen geschäftliche Unternehmungen Überwachungs- und Revisionsaufgaben in richtiger Würdigung ihrer eigenen Interessen einem Dritten übertragen wollen.

Vielleicht ist sie der Ausgangspunkt für Organisationen, die darauf abzielen, daß Anleihen deutscher Banken mit ausländischen Staaten,

Kommunen und sonstigen Korporationen nur unter Mitwirkung solcher Treuhand-Gesellschaften erfolgen. Dann würden viele schwere Schädigungen des deutschen Kapitals vermieden werden. Jedenfalls können richtig organisierte Treuhand-Gesellschaften ein Verständnis für den richtigen Trustbegriff und für die wahre Trustbildung vorbereiten. Die oberflächliche Beobachtung amerikanischer Wirtschaftsgebilde ist nicht ausreichend und verleitet zu wirtschaftlichen Mißgeburten, wie sie namentlich auf dem Gebiet der Elektrizitätsgesellschaften hervorgetreten sind.

Dritter Abschnitt.

Die Immobilienverhältnisse deutscher Städte und die Krisis.

Das Baugewerbe und die Krisis.

Die Verhältnisse des Grund und Bodens in Düsseldorf unter dem Einflusse der Wirtschaftskrise von 1900[1].

Von

Dr. Johannes Feig.

Direktor des Statistischen Amts der Stadt Düsseldorf.

Einleitung.

Die Einwirkung der jüngsten Wirtschaftskrise auf die Verhältnisse des städtischen Grund und Bodens zu erfassen, ist keine ganz leichte Aufgabe. Daß der Grund und Boden nicht eine Ware ist wie andere Waren, daß die Grundrente anderen Gesetzen folgt als Kapitalprofit und Arbeitslohn, daß der Immobiliarkredit andere Wege geht als der Mobiliarkredit, das alles ist bekannt. Es geht aber daraus hervor, daß eine Krise in Handel und Gewerbe auf die Grund- und Bodenverhältnisse im ganzen gar keinen Einfluß, wenigstens keinen direkten Einfluß auszuüben braucht. In der Tat ist ein solcher Einfluß beim rein landwirtschaftlichen Boden auch nicht vorhanden, es sei denn,

[1] Da dem Verfasser bei starker Inanspruchnahme durch amtliche Arbeiten nur wenig Zeit zur Verfügung stand, so mußte er sich mit einer skizzenhaften Darstellung begnügen. Es wurde ihm durch Bewilligung des Herrn Oberbürgermeister Marx in dankenswerter Weise die Benutzung einigen amtlichen Materials der städtischen Verwaltung ermöglicht.

daß ländlicher und städtischer Kredit in hohem Maße bei denselben Kreditgebern verquickt wäre, und dadurch ersterer von Störungen in letzterem berührt würde.

Im Gewerbe spielt aber der Boden als Produktionsfaktor eine ganz andersartige Rolle als in der Landwirtschaft bezw. in der Urproduktion überhaupt. Hier der alle anderen überragende Faktor und hauptsächlich durch seine physischen Eigenschaften im Werte bestimmt, ist er dort nur ein, wenngleich wichtiger Faktor unter vielen, und während seine physischen Eigenschaften verhältnismäßig gleichgültig sind, ist um so ausschlaggebender seine Lage, insbesondere im Hinblick auf die Verkehrswege. Diese sind aber in hohem Grade, seitdem die Eisenbahnen den Schiffahrtswegen immer mehr Konkurrenz machten, und auch bei letzteren das Moment der Regulierung und Kanalisierung mehr und mehr in den Vordergrund tritt — in immer höherem Grade künstlich schaffbar, verbesserbar und, weil der Konkurrenz unterworfen, entwertbar geworden. Es ist also die Verkehrslage, soweit sie den Wert des Grund und Bodens bestimmt, unvergleichlich viel veränderlicher als die beim landwirtschaftlichen Boden immer noch in erster Linie maßgebende physische Beschaffenheit.

Hierzu kommt ein zweites: wo der Boden gewerblichen Zwecken nutzbar gemacht wird, da tritt zugleich ein quantitativ viel stärkerer Bedarf nach Boden auf — der wiederum beim landwirtschaftlichen Boden eine nur untergeordnete Rolle spielt —, der Bedarf zu Wohnzwecken. Obwohl nun die gewerbliche Bodennutzung der wichtigste Faktor für die Ansiedlung von Menschen am Standorte der Gewerbebetriebe ist, geht der Bodenbedarf zu Wohnzwecken dem zu gewerblichen Zwecken doch keineswegs parallel. Auch wenn der letztere wegen ungünstiger Konjunkturen zurückgeht, braucht ihm der Wohnbedarf nicht zu folgen. Die vorhandenen Gewerbebetriebe halten möglichst lange ihren Arbeiterstamm, es tritt die natürliche Volksvermehrung hinzu, vorher vernachlässigte Nebenerwerbsquellen werden von der Bevölkerung aufgesucht, eine gewisse Einschränkung tritt ein u. s. w.

So kommt es, daß zwar ein lebhafter gewerblicher Aufschwung meist von sehr deutlichem Einfluß auf Boden- und Mietpreise ist, weil die Arbeitereinstellungen eine starke Zuwanderung zur Folge haben, daß aber die rückläufige gewerbliche Konjunktur durchaus nicht sofort eine gegenteilige Wirkung übt.

Sodann kommt als ein Moment, das nicht nur die Wirkungen der gewerblichen Konjunktur, insbesondere der herabgehenden, sondern

auch des abnehmenden Wohnbedarfs auf die Boden- und Wohnungspreise verschleiert, die Bodenspekulation hinzu. Nicht als ob die Spekulation als solche Werte schaffen könnte. Aber Spekulation, und zwar die bei Grundstücken, wie Eberstadt mit Recht betonte, allein vorkommende Hausse-Spekulation, ist nichts weiter als das Warten auf den Eintritt künftigen höheren Werts. In Zeiten also, wo eine Bodenwerterhöhung nicht eintritt, da realisieren die Bodenspekulanten nicht, das Angebot wird so stark zurückgehalten, daß ein Sinken des Bodenwertes verhindert wird. Es muß ein sehr starker oder ein sehr lang dauernder Rückschlag sein, der die Kapitalkraft der Spekulanten stark erschüttert, wenn diese vor der Zeit zur Realisierung gezwungen werden sollen, wodurch dann allerdings auch Boden- und Mietwerte starke Preisfälle erleiden können.

Endlich wirkt die gewerbliche Konjunktur noch mittelbar auf die Grund- und Bodenverhältnisse ein, nämlich durch Vermittlung des Baugewerbes. Bei einer Krise erlahmt naturgemäß die Bautätigkeit für gewerbliche Zwecke. Aber da die Preise der Baumaterialien sinken und die Löhne mindestens nicht steigen, kann billig gebaut werden, und dies kann sich der Bauunternehmer für Wohngebäude zu nutze machen, zumal, wie schon ausgeführt, der Wohnbedarf noch weiter steigen kann.

Allgemeiner Teil.

Wirtschaftliche und rechtliche Grundlagen.

1. Aufschwung und Krise.

Für eine Untersuchung des Einflusses der wirtschaftlichen Krise der letzten Jahre auf Grund und Boden ist Düsseldorf ein geeigneter Platz. Denn Düsseldorf gehört zu den Städten, die recht eigentlich durch die moderne Industrieentwicklung groß geworden sind[1].

Im 13. Jahrhundert gegründet gegen Köln, aber ohne je ernstlich gegen Kölns Stapelrecht aufkommen zu können, lange eine unbedeutende Residenzstadt, fand es Anfang des 18. Jahrhunderts seine erste mehr künstliche und künstlerische als gewerbliche Blüte unter den kunstsinnigen

[1] Zu dem Folgenden ist zu vergleichen: Brandt, Studien zur Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte der Stadt Düsseldorf im 19. Jahrhundert, Düsseldorf 1902, und Meydenbauer, Die Stadt Düsseldorf und ihre Verwaltung im Ausstellungsjahre 1902, darin des Herausgebers Abschnitt „Wohnungsfragen“ und mein Abschnitt „Statistisches“.

und prachtliebenden Herzögen von Berg aus dem kurpfälzischen Hause. Mit etwa 20 000 Einwohnern einschließlich der rein ländlichen Außenortschaften, deren wichtigste weithin das bergische Land mit Erzeugnissen des Gartenbaues versorgte, tritt es in das 19. Jahrhundert ein.

Die Anfänge der Industrie waren im wesentlichen Ableger der alten Textilindustrie des bergischen Landes. Neben Färberei und Druckerei bestanden noch einige Zweige des Nahrungsmittelgewerbes und Wagenfabrikation. Seit der Mitte des Jahrhunderts tritt eine größere Mannigfaltigkeit ein, aber die heute wichtigste Industrie Düsseldorfs, die Eisenindustrie und die mit ihr zusammenhängende Maschinenindustrie wurden erst in größerem Maße dorthin verpflanzt, als die Eisenbahn Düsseldorf in die nächste Nähe des Ruhrkohlengebiets gerückt hatte. — In der ersten Hälfte des Jahrhunderts hatte sich die Bevölkerung verdoppelt (1849: 40 412), die nächste Verdoppelung erfolgte bereits in 25 Jahren (1875: 80 695), die dritte in noch nicht 20 Jahren (1895: 175 985). Nach den letzten Volkszählungen betrug die Bevölkerung:

1890: 144 642
1895: 175 985
1900: 213 711.

Die Zunahme betrug also von 1890 zu 1895: 31 343 oder 21,7 %, von 1895 zu 1900: 37 726 oder 21,5 %.

Insbesondere die letzten drei Jahrzehnte sind Zeugen der lebhaftesten industriellen Entwicklung. Denn es entfielen auf 10 000 Einwohner 1875: 2325 und 1895: 3153 gewerbtätige Personen. Aber nicht nur der Umfang, sondern auch die Richtung der gewerblichen Tätigkeit erfuhr eine Wandlung. So entfielen von 10 000 Einwohnern auf (Bergbau und) Hüttenwesen 1875: 173 und 1895: 259, auf Maschinenindustrie 1875: 143 und 1895: 297, auf Metallverarbeitung 1875: 231 und 1895: 302 Gewerbtätige.

Die gewerbliche Entwicklung zwischen den beiden letzten Gewerbezählungen von 1882 und 1895 sei ohne viel Ziffern dadurch gekennzeichnet, daß sich die Zahl der Gewerbebetriebe von 7500 auf 11 130, die der gewerbtätigen Personen von 26 116 auf 53 580 erhöhte. Und zwar vermehrten sich letztere in den Gewerbegruppen Bergbau und Hüttenwesen von 2957 auf 4403, Metallverarbeitung von 2089 auf 5124, Maschinenindustrie von 2026 auf 5048; geringer ist der Zuwachs bei der Textilindustrie: von 1672 auf 3172 und bei der Nahrungsmittelindustrie von 1773 auf 3153, um so größer dagegen

bei den Gewerben, die gewissermaßen die Begleiterscheinungen der großstädtisch-gewerblichen Entwicklung darstellen, bei Bekleidung und Reinigung von 8284 auf 5004, beim Baugewerbe von 1959 auf 6896 und beim Handelsgewerbe von 4245 auf 7914.

Der Charakter des Düsseldorfer Gewerbes ist durchaus kapitalistisch und großindustriell. 1895 gab es 31 Betriebe, die über 200 Personen, und zwar zusammen 12 576 Personen beschäftigten. Nicht weniger als 25 804 Pferdestärken betrug die Leistung der Betriebsmaschinen, nur Berlin und — um weniges — Dortmund übertrafen von den damaligen deutschen Großstädten diese Leistung.

Der allgemeine gewerbliche Aufschwung von 1895 bis 1900 war denn auch in Düsseldorf besonders lebhaft. Die Mitgliederzahl der Krankenkassen stieg von 1895 bis 1900 von 36 438 auf 51 498, zur Gewerbesteuer waren veranlagt 1895: 4018 Betriebe mit 228 024 Mark Steuer, 1900: 5101 mit 404 984 Mark, darunter in der I. Klasse 1895: 50 mit 71 872 Mark und 1900: 151 mit 230 472 Mark.

Die jährlichen Zuzüge stiegen von 27 358 oder 171,8 auf 1000 Einwohner in 1893 bis auf 44 321 oder 211,9 aufs Tausend in 1900. Allerdings nahmen auch die Fortzüge zu. Der Zuzugsüberschuß betrug 1893: 4894 oder 30,7 aufs Tausend, sank dann bis 1894, stieg 1895 wieder auf 5278 oder 29,2, ging wieder etwas zurück, verwandelte sich 1899 sogar in einen Fortzugsüberschuß, um 1900 mit 4007 oder 19,1 aufs Tausend wieder einen Höhepunkt zu erreichen. Im ganzen betrugen die Zuzugsüberschüsse 1885/1890: 18 633, 1890/1895: 17 034, 1895/1900: 16 909.

Die Krise, die in Düsseldorf, als einem Hauptsitze der Eisenverfeinerungsindustrie (Röhren-, Kessel-, Maschinenindustrie), scharf einsetzte, übte auf die Bevölkerungsbewegung zunächst keine sehr lebhafte Wirkung aus.

Denn es betrug:

	die mittlere Bevölkerung	die Zahl der Eheschließungen		der Geburtenüberschuß		der Zuzugsüberschuß	
		absolut	auf 1000 Einwohner	absolut	auf 1000 Einwohner	absolut	auf 1000 Einwohner
1899	204 200	2176	10,7	3942	19,3	— 1034	— 5,1
1900	209 900	2222	10,6	4085	19,5	4007	19,1
1901	216 300	2235	10,3	4209	19,5	492	2,3
1902	222 800	2235	10,0	4236	19,0	3983	17,9

Nach der schon erwähnten auffälligen Erscheinung eines Fortzugsüberschusses im Jahre vor der Krise und dem starken Zuzugsüberschuß im Krisenjahre selbst folgt 1901 ein geringer und 1902 wieder ein ziemlich lebhafter Zuzugsüberschuß. Hierbei hat nun zweifellos eine lokale Ursache mitgewirkt, die überhaupt geeignet war, die Wirkungen der Krise in Düsseldorf abzuschwächen. Hier fand vom 1. Mai bis 20. Oktober 1902 die große Industrie-, Gewerbe- und Kunstausstellung für Rheinland-Westfalen statt, die in ihrer Vorbereitungszeit zahlreiche Arbeitsgelegenheit insbesondere für Bauarbeiter und Handlanger und während ihrer Dauer ebenfalls Mehrarbeit und mancherlei Verdienstgelegenheit schuf, die so trotz mancher Ausfälle, die sie verursachte, im ganzen doch zweifellos befruchtend auf die Stadt wirkte.

Immerhin war diese befruchtende Wirkung nur ein Ausgleichsmoment gegenüber dem Wirken der Krise, das nur durch wenige Zahlenreihen kurz skizziert sei:

	Mitgliedszahl der Zwangskrankenkassen an den Monatsersten:											
	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
1901	51 510	50 433	49 487	52 250	53 809	54 255	55 188	55 807	56 586	56 591	56 655	56 386
1902	53 929	49 048	49 220	51 847	53 413	54 772	54 439	54 814	53 492	53 623	52 463	52 102

Der Umsatz der Reichsbankstelle betrug:
1900: 2 109 361 100 Mark, 1901: 2 074 885 400 Mark,
1902: 2 028 980 900 Mark.

Die regelmäßigen Armenunterstützungen betrugen:
in den Rechnungsjahren 1899: 274 871 Mark,
" " " 1900: 308 713 "
" " " 1901: 324 067 "
" " " 1902: 334 061 "

und es betrug die Zahl der Armen:

	Selbstunterstützte				Selbstunterstützte und Angehörige			
	1900	1901	1902	1903	1900	1901	1902	1903
Ende März	1671	1755	1896	2003	4869	5278	5766	6290
" Juni	1657	1774	1877	2008	4825	5348	5759	6312
" September	1673	1815	1874	.	4886	5460	5780	.
" Dezember	1705	1854	1923	.	5035	5556	5981	.

Die Kopfzahl sämtlicher Unterstützten betrug hiernach in Prozenten der Bevölkerung Ende März 1900: 2,35, 1901: 2,46, 1902: 2,60 und 1903: 2,76, und sie hat sich vom erstgenannten bis zum letztgenannten Termin um 29,2% vermehrt.

2. Stadtgebiet und Bebauungsplan.

Wie sind, so fragen wir zunächst, in der Zeit der Aufwärtsentwicklung die zuströmenden Massen in Düsseldorf untergebracht worden?

Düsseldorf hat eine für Massenansiedlung überaus geeignete Lage im hier ganz weiten und flachen Rheintal, an das an der nächstliegenden Stelle 4 km östlich vom Rhein die niedrigen Hügelreihen des bergischen Landes herantreten. Da mehrere von Düsseldorf in seinem damaligen Umfange als eigentliche Stadt durch weite Flächen getrennte Landgemeinden bereits im Anfange des 19. Jahrhunderts zur „Samtgemeinde" Düsseldorf gehörten, so hat die Stadt immer ein großes Weichbild, nämlich von 4864 ha, und bis jetzt nicht, wie die meisten anderen Großstädte, nötig gehabt, durch Eingemeindungen ihr Gebiet zu vergrößern. Das Düsseldorfer Stadtgebiet hat etwa die Form einer Ohrmuschel, deren Innenseite durch den Rhein begrenzt wird, während die östliche Seite bis zu dem schon erwähnten Höhenzuge, dem Grafenberg, reicht. Von den rund 33 km der Stadtgrenze bildet fast die Hälfte, rund 16 km, der Rhein. Demgemäß hat das Stadtgebiet seine größte Ausdehnung von Norden nach Süden, rund 8 km, die größte Entfernung von Westen nach Osten beträgt rund 7 km, im größeren Teile des Stadtgebiets aber nur 4—5 km. Die Altstadt liegt nicht in der Mitte des Stadtgebiets, da sie unmittelbar am Rhein liegt, sie ist aber auch der Nordgrenze des Stadtgebiets etwas näher als der Südgrenze.

Die älteren Stadterweiterungen und die Entwicklung der Bebauung zu schildern, ist hier nicht der Platz[1]. Doch ist auf die Entstehung des noch gegenwärtig maßgebenden umfassenden Bebauungsplanes von 1885 kurz einzugehen. Sein erster Vorgänger stammt aus dem Jahre 1831, ein fernerer Stadterweiterungsplan aus dem Jahre 1854. Das Fluchtliniengesetz von 1875 gab dann den Anstoß

[1] Vgl. hierzu außer den schon genannten Schriften die Festschrift „Düsseldorf im Jahre 1898", insbesondere „Die bauliche Entwicklung" und „Bebauungsplan" vom Obergeometer Walraff. Darin von besonderem Interesse die Maßregeln der Regierung am Ende des 18. Jahrhunderts zur Förderung der Bebauung: unentgeltliche Hergabe des Bodens, zwanzigjährige Steuerfreiheit, Straßenherstellung auf Regierungskosten.

zur Ausarbeitung eines neuen erweiterten Bebauungsplanes, zu dem auch ein dringendes Bedürfnis vorlag, da bei der lebhaften Bautätigkeit zu Anfang der 70er Jahre bereits in einzelnen Außenbezirken eine wilde Bebauung eingesetzt hatte, deren Fortsetzung die Eingliederung der neuentstehenden Straßen in einen systematischen Bebauungsplan immer mehr erschwert haben würde. Im Jahre 1879 waren die Bebauungspläne für einen großen Teil des Stadtgebiets fertiggestellt. Der Hauptzweck, den man erreichen wollte, war, eine weitere regellose Bebauung zu verhindern und der Baupolizei für die Erteilung der Bauerlaubnisse einen Anhalt zu geben. Zur Offenlegung sollten nur solche Abschnitte bearbeitet werden, deren Bebauung voraussichtlich in nächster Zukunft erfolgen würde. Von der Offenlegung des ganzen Bebauungsplanes wurde unter Berufung auf die Erfahrungen anderer Städte abgesehen, weil ein praktisches Bedürfnis dazu nicht vorhanden sei, und weil sie die Entwicklung der Stadt leicht erschwere und veränderten Ansprüchen späterer Zeiten präjudiziere. Allerdings bestand noch ein drittes Hindernis.

War in der älteren Zeit ein wesentlicher Faktor für die Gestaltung des städtischen Straßennetzes die Lage der Landstraßen, welche aus der Stadt hinausführten, so wurde es seit Mitte des vorigen Jahrhunderts die der Eisenbahnen. Freilich in ganz anderem Sinne. Denn während die alten Landstraßen die gegebenen Hauptstraßenzüge wurden, die aus der inneren Stadt in die Stadterweiterungen hinausführten, beanspruchten die neuen Schienenwege nicht nur ein Monopol für ihre Benutzung durch die Eisenbahn, sondern sie bildeten sogar ein Hindernis für die Weiterführung der städtischen Straßen und unter Umständen eine teilweise oder völlige Umschnürung des Stadtgebiets ähnlich einem Festungsgürtel.

Eine so wesentliche Förderung also die städtische Entwicklung durch die Eisenbahnen erhielt, so groß waren die Schwierigkeiten, die die gerade hierdurch notwendig gewordene Stadterweiterung durch die Eisenbahnen fand. Von der anderen Seite der Sache, der Schwierigkeit für die Eisenbahnverwaltung, auf städtischem Gebiete die richtigen Linien und die notwendigen Bahnhofsanlagen zu schaffen und sich die Möglichkeit künftiger Vergrößerungen offen zu halten, braucht hier nicht gesprochen zu werden. Es leuchtet aber ein, daß hier insbesondere in der Frage der Straßenkreuzungen Interessengegensätze zwischen städtischer und Eisenbahnverwaltung entstehen müssen, bei deren Ausgleichung die Stellung der Gemeindeverwaltung

nsofern eine ungünstige ist, als das Eisenbahnministerium zugleich ie oberste Instanz in diesen Streitigkeiten ist.

Für Düsseldorf stand Ende der 70er und in den 80er Jahren ie Frage der Beseitigung der Niveaukreuzungen und die der Ver- egung der Bahnhofsanlagen, die den südlichen Stadtteil von der Entwicklung vollständig absperrten, im Vordergrunde. 1879, 1880 ınd 1882 wurden die Düsseldorf berührenden Hauptlinien verstaat- icht. Es ergab sich die Notwendigkeit, die im südlichen Stadtteil vorhandenen beiden Bahnhöfe zu vereinen und die zahlreichen Straßen- kreuzungen auf gleichem Niveau zu beseitigen. Die Verhandlungen hierüber und die Erwägungen über den Platz des neuen Bahnhofs zogen sich naturgemäß längere Zeit hin. Inzwischen konnte der Be- bauungsplan für einen großen Teil des Stadtgebiets nicht festgestellt werden, auch nicht in allgemeinen Umrissen.

Sobald endlich die Lage der neuen Bahnhofsanlagen feststand, konnten die Vorbereitungen zu dem allgemeinen Bebauungsplan — zu denen auch die Einrichtung eines städtischen Vermessungsamts gehörte — zu Ende geführt werden. Der Entwurf wurde von drei hervor- ragenden Sachverständigen (darunter Andreas Meyer-Hamburg und Stübben-Köln) geprüft, hiernach umgearbeitet und 1885 fertiggestellt. Er erstreckt sich auf ein Gebiet von 2400 ha, das bei 250 Personen auf den Hektar eine Bevölkerung von 600 000 Personen aufnehmen kann (1890 kamen 235, 1901: 234 Personen auf den Hektar mit Häusern bebauter Fläche in Düsseldorf). Der Plan legte nur die Hauptlinien fest. Innerhalb desselben wurde für nahezu 1600 ha der spezielle Bebauungsplan ausgearbeitet und gemäß dem Gesetze vom 2. Juli 1875 förmlich festgestellt. Doch auch innerhalb des speziellen Bebauungsplans ließ man vornehmlich nur die Haupt- straßenzüge Platz finden, während die Aufteilung der großen Bau- blöcke im wesentlichen der Spekulation der Interessenten überlassen blieb.

Den Bebauungsplan von 1885 kennzeichnet die Ausbildung von Ringstraßen — vorgesehen waren drei konzentrische Halbkreise, deren Durchmesser das Rheinufer bildet —, von Hauptradialstraßen und Diagonalstraßen, welche die rechtwinkligen Baublöcke durchschneiden. Die Hauptradialstraßen waren als wichtigste Verkehrsstraßen in der Hauptsache schon vorhanden. Sie sollten im allgemeinen eine Breite von 26 m einschließlich der 7 bis 7½ m breiten Bürgersteige erhalten, damit eine Bepflanzung mit je einer Baumreihe möglich würde. Die

Breite der übrigen Straßen schwankte zwischen 15 und 20 und selbst 26 m. Die Untergrenze von 15 m blieb auch für weitere Aufschließung der Baublöcke maßgebend.

Die wichtigsten Änderungen des 1885er Bebauungsplans sind in jüngster Zeit erfolgt und darum bemerkenswert, weil sie einen Wandel in den grundsätzlichen Anschauungen über den Bebauungsplan bekunden. Das Rechteckschema mit den vielen, spitze Winkel bildenden Diagonalstraßen rief zunächst eine Opposition aus ästhetischen, dann auch aus technisch-baulichen Gesichtspunkten hervor. So hat man in einigen neuesten Bebauungsplänen die geschwungene Straßenlinie wieder zu Ehren gebracht. Weniger ist die aus sozialen Gründen gestellte Forderung minder tiefer Baublöcke und schmälerer Wohnstraßen noch zu ihrem Rechte gekommen[1], aber auch in diesem Punkte sind mit einem Stadtverordnetenbeschluß vom 6. September 1898 neue Wege beschritten worden (vgl. unten S. 128).

Vor neue Probleme des Bebauungsplanes sieht sich die Stadt gestellt durch die immer nähere Berührung mit einigen Nachbargemeinden, wodurch Verhandlungen über Anschluß der gegenseitigen Bebauungspläne notwendig werden. Mit der Zeit wird es immer dringlicher werden, einen genügenden Einfluß auf die grundsätzliche Art der Gestaltung der nachbarlichen Bebauungspläne zu gewinnen.

3. Bauordnung.

Von nahezu ebenso einschneidendem Einfluß auf Grundbesitz und Bebauung wie der Bebauungsplan ist die **Bauordnung**. Ist für die Gestaltung der älteren Bebauungspläne fast allein das Verkehrsinteresse maßgebend, so für die älteren Bauordnungen nahezu ausschließlich das Interesse der Baufestigkeit, der Verkehrs- und insbesondere der Feuersicherheit. Immerhin stellt in Düsseldorf bereits eine Bauordnung von 1855 im hygienischen Interesse die Forderung nach Licht, Luft, Trockenheit und einer Mindesthöhe der Wohnräume. Während aber die bis dahin geltende Bauordnung von 1835 für die an der Straße belegenen Gebäude mindestens zwei und **höchstens** vier Geschosse vorschrieb, hält die Bauordnung von 1855 zwar die Mindestvorschrift aufrecht, verordnete aber im übrigen, daß bei einer Straßenbreite von 36 bis 48 Fuß die Häuser eine Höhe von $1^1/_4$ der Straßenbreite

[1] Vgl. hierzu insbesondere Eberstadt, Rheinische Wohnverhältnisse und ihre Bedeutung für das Wohnungswesen in Deutschland, Jena 1903.



haben dürften, bei noch größerer Straßenbreite jedoch in der Höhe unbeschränkt seien. Es wurde ein freier Hofraum von mindestens 17 Fuß Länge und Breite verlangt. Seiten- und Hintergebäude dürften nur bei über 100 Fuß Grundstückstiefe und genügender Durchfahrt errichtet werden.

Eine Bauordnung von 1868 bringt sodann die durchgängige Höhenbeschränkung auf $1^1/_4$ der Straßenbreite und verlangt einen größeren Hofraum, mit dessen Mindestbreite sie jedoch auf nur 12 Fuß zurückgeht.

Die Bauordnung von 1871 ist in den hier fraglichen Bestimmungen wesentlich eine Übersetzung in das metrische System, setzt aber für die bebaubare Fläche statt eines absoluten einen relativen Maßstab fest, und zwar $^3/_4$ der Gesamtfläche.

1874 wird die Höhe der Gebäude mit Ausnahme der öffentlichen auf höchstens 20 m festgesetzt, die bebaubare Fläche soll in bestimmten Fällen durch die Polizei noch stärker beschränkt werden können. Die Anlage von Kellerwohnungen wird verboten, der Fußboden darf höchstens 0,75 m unter der Oberfläche liegen.

Nach nicht sehr wesentlichen Abänderungen dieser Bauordnung im Jahre 1889 begann eine Periode lebhaftester Bautätigkeit, in der man unter größtmöglicher Ausnutzung des Grundstücks sich dem Mietskasernenmuster der östlichen Städte zu nähern suchte. Dieser Umstand und das Beispiel der Bauordnungen für Frankfurt a. M., Altona und die Berliner Vororte gaben Anlaß zu einer völligen Revision der Bauordnung im Jahre 1894.

Vor allem wurden zwei bevorzugte Außengebiete ausgeschieden, für die besonders starke Baubeschränkungen erlassen wurden. Auch im übrigen Stadtgebiet ward die zulässige Höhe auf 18 m und nicht mehr als vier Wohngeschosse, die bebaubare Fläche auf zwei Drittel der Gesamtfläche herabgesetzt, während in jenen Außenbezirken die Grenzen schon bei drei Geschossen und ein halb der Grundfläche gezogen wurden und die Anlage von Hinterwohnungen erschwert wurde.

1896 wurde der eine jener Außenbezirke vergrößert; da jedoch die Bautätigkeit sich immer weiter nach außen ausdehnte, so erwies sich, wollte man nicht die früher hier unbekannte vierstöckige Mietskaserne immer mehr einziehen sehen, eine radikale Vergrößerung des Gebiets der stärkeren Baubeschränkungen als notwendig. Die deswegen ergangene Verordnung vom 1. März 1898 gestaltete die Bauordnung zu einer Zonenbauordnung mit im wesentlichen nur zwei Zonen, einer

inneren und einer äußeren. Immerhin war der Vorwurf, sie gehe in dieser Unterscheidung nur zweier Bezirke zu schematisch vor, nicht ganz berechtigt. Denn einmal wurde innerhalb des inneren Stadtteils ein der Bebauung noch nicht erschlossenes Gebiet bestimmt, in dem eine teilweise Anwendung der Beschränkungen des Außenbezirks Platz greifen sollte, dann aber wurden noch innerhalb des letzteren vier Bezirke herausgegriffen, in denen noch stärkere Beschränkungen bez. gewerblicher Anlagen u. s. w. eingeführt wurden.

Gegenüber den Baubeschränkungen der 1894er Ordnung für die Außenbezirke traten im wesentlichen folgende Verschärfungen ein: die zulässige Höhe in den Außenbezirken wurde auf 16 m herabgesetzt, und die Anlage von Hinterhäusern nur bei zweigeschossigem Hauptgebäude und Bebauung von nur einem Drittel der Grundfläche gestattet.

Die neue Bauordnung erregte in den Grundbesitzerkreisen lebhafte Gegnerschaft, und es fehlten nicht Versuche zur Umgehung der einschränkenden Vorschriften, insbesondere über die Stockwerkszahl. Eine Polizeiverordnung vom 17. März 1901 bestimmte daher, daß bei Schaffung sehr hoher Kellerräume oder eines hohen Kniestocks sich die zulässige Zahl der Geschosse um eines verringere.

Eine besondere Bauordnung ward endlich noch 1900 für eine an der Weichbildgrenze errichtete Villenkolonie zur Erzwingung landhausmäßiger Bebauung erlassen.

Auf die bautechnischen Vorschriften der geltenden Bauordnungen kann hier nicht eingegangen werden. Es ist neuerdings auch in Bezug auf die Düsseldorfer Bauordnung bemerkt worden (Schillings, Technisches Gemeindeblatt 1901), daß für Kleinhäuser zu hohe, weil meist die gleichen Anforderungen wie für große Häuser gestellt würden, und dadurch der Kleinhausbau unnötig verteuert würde.

Es schweben denn auch zur Zeit Erwägungen darüber, in welcher Weise den berechtigten Bestrebungen nach Herabsetzung der Baukosten, insbesondere für Kleinhäuser auf dem Wege baupolizeilicher Vorschriften Genüge geleistet werden kann.

Je schärfer die Bestimmungen der Düsseldorfer Bauordnung im hygienischen Interesse sind, desto größer ist das Interesse der Stadt an einer gleichartigen Ordnung der Dinge in den Nachbargemeinden zur Verhinderung einer unliebsamen Art des Wettbewerbes. Bisher ist diese Frage für Düsseldorf wegen seines ausgedehnten Stadtgebiets freilich erst an wenigen Stellen akut geworden.

4. Straßenbau.

Wir kommen zu dem dritten Faktor, der neben Bebauungsplan und **Bauordnung** von ausschlaggebender Bedeutung für Bewertung und **Bebauung** des Grund und Bodens ist: der *Regelung des Straßenbaues und der Straßenbaukosten.*

Das Gesetz, betr. die Anlegung von Straßen und Plätzen, vom 2. **Juli 1875** hat hier den Gemeinden den Weg vorgezeichnet, auf dem sie von den Anliegern bezw. den Unternehmern der neuen Straßenanlagen die Kosten derselben einziehen können. Damit aber mit Rücksicht auf diese Kosten die Privatinitiative zur Anlegung von Straßen nicht unterbunden wird, wurde der Gemeinde ein Mittel in die Hand gegeben, das indirekt den Unternehmer zur Erschließung von Straßen ermuntern sollte, und das geschah durch § 12, wonach durch Ortsstatut festgestellt werden kann, daß an Straßen, die noch nicht für den Verkehr und Anbau fertig hergestellt sind, Wohngebäude nicht errichtet werden dürfen. Der Bedarf nach Wohnungsneubauten soll also — da der Bau an fertigen Straßen immer nur in geringem Umfange in Betracht kommen wird — nicht anders gedeckt werden können, als durch die mit jenen Kosten verbundene Herstellung neuer Straßen. Das Mittel ist hiernach ein zweischneidiges, da, wenn erst der Wohnungsmangel den Druck auf die Privatinitiative ausüben soll, ihm eben durch die Herstellung neuer bebauungsfähiger Straßen nicht schon vorgebeugt wird. Es bleibt aber als Vorbeugungsmittel die Betreibung der Herstellung neuer Straßen durch die Gemeinde selbst oder die Erteilung der Bauerlaubnis von noch nicht fertig hergestellten Straßen.

Eine vorsorgliche Politik der Gemeinde wird sich also dieses Mittels unter steter Abwägung des Bedarfs bedienen müssen.

In *Düsseldorf* setzte das Ortsstatut vom 9. Februar 1877 die Beitragspflicht zu den Kosten des Grunderwerbs, der ersten Herstellung und Befestigung von Straßen, bei Pflasterung aber nur zu den halben Kosten fest. Die letztere Ermäßigung wurde 1882 beseitigt. Ein Ortsstatut, betr. die Kanalisation, von 1885 setzte ferner einen ortsstatutarischen Beitrag für die Entwässerung der *Straße* in vorläufiger Höhe von 20 Mark auf den laufenden Meter Baufront (nachdem in Straßenbauverträgen bis dahin 3 Mark pro Quadratmeter Baufläche vereinbart waren) fest. Ein neues Ortsstatut, betr. die Bebauung, von 1888 nahm auch die Kosten der Entwässerung in die allgemeine Beitragspflicht auf und bestimmte, daß der Eigentümer

die zur Freilegung der Straßen innerhalb der Straßenfluchtlinien erforderliche Bodenfläche längs seines Grundstückes bis zur Mitte der Straße und in der gesetzlichen Höchstbreite von 13 m zu beschaffen und unentgeltlich abzutreten hat.

Bereits das Ortsstatut von 1877 setzte für das Bauen an noch nicht fertiggestellten Straßen die Genehmigung des Oberbürgermeisters fest. Wenn eine Straße als fertiggestellt anzusehen sei, bestimmt eine Polizeiverordnung von 1882 dahin, daß sie geebnet, beleuchtet, entwässert sein müsse und die Trottoirs mit Band- und Hausteinen versehen sein müssen. Eine Polizeiverordnung von 1888 und fast ebenso eine solche von 1894 stellt strengere Anforderungen. Es müssen die erforderlichen Grundflächen an die Stadt übereignet, der Anschluß an eine öffentliche Straße hergestellt, die neue Straße geebnet und mit einer für den städtischen Verkehr geeigneten Befestigung (die Verordnung von 1894 sagt „Kopfpflaster oder einer nach dem polizeilichen Ermessen besseren Befestigung"), mit den erforderlichen Entwässerungsanlagen, mit Bürgersteigen an beiden Seiten und mit ausreichender Beleuchtung versehen sein. Die Sonderbestimmungen für die Außenortschaften und für den Bau von Gärtnerwohngebäuden seien hier übergangen. Das Kanalisationsstatut von 1885 wurde auf Grund des Kommunalabgabengesetzes durch einen Stadtverordnetenbeschluß von 1894 ersetzt, der von den Eigentümern der an die öffentliche Entwässerung anzuschließenden Grundstücke einen Kostenbeitrag von 40 Mark pro Meter verlangt.

Eine, wenn auch praktisch wenig ausgenutzte Erleichterung gewährte ein Stadtverordnetenbeschluß vom 6. September 1898, demzufolge für Straßen, bei denen sich die Unternehmer bezw. Anlieger zur landhausmäßigen Bebauung unter Ausschluß von Fabriken verpflichten, der Beitrag zu den Kosten der unterirdischen Entwässerungen auf die Hälfte vermindert wird und als Kosten für Straßenbefestigung nur die der Befestigung mit Makadam zu entrichten sind. Die gleichen Vergünstigungen sollen Straßen zu gute kommen, bei denen sich Unternehmer bezw. Anlieger verpflichten, nur zweigeschossige Wohngebäude zu errichten. Für die letzteren Straßen wird in Aussicht genommen, die Breite, wenn die Umstände dies zulassen, auf 10 m, und falls sie nur einseitig bebaut werden, auf 9 m zu vermindern. Es ist dies als erster Schritt zur Schaffung schmälerer Wohnstraßen besonders bemerkenswert, doch hat sich noch kein Straßenbauunternehmer gefunden, der auf jene Bedingungen reflektiert hätte. Ihnen

wiegt die höhere Bebaubarkeit des Grundstücks bei breiterer Straße reichlich den Vorteil geringerer Straßenbaukosten auf[1].

Der normale Straßenbauvertrag hat im Laufe der Zeit seinen Inhalt sehr erweitert. Vor Erlaß des Ortsstatuts vollzog sich die Sache in sehr einfacher Form. Der Unternehmer oder die Grundbesitzer stellten den Antrag, eine Straße offenlegen zu dürfen, und dies ward ihnen unter der Bedingung gestattet, daß sie das Straßenland unentgeltlich abtraten und die Straße anschütteten und planierten.

Nach Erlaß des Fluchtliniengesetzes und des Ortsstatuts wurden stets förmliche Verträge abgeschlossen, deren normaler Inhalt etwa der folgende ist:

Der Unternehmer verpflichtet sich zur unentgeltlichen Übereignung des Straßenlandes an die Stadt — für den Fall, daß er einzelne Grundstücke freihändig nicht zu erwerben vermag, muß er der Stadt die Kosten des Enteignungsverfahrens vorlegen —, er läßt die Straße nach den Vorschriften des Tiefbauamts anschütten und planieren und legt der Stadt die Kosten der provisorischen Befestigung und der Kanalisierung vor. Der Unternehmer trägt ferner die Kosten der Gasleitung und der Beleuchtung so lange, bis nach Ermessen der Gasdeputation diese auf die Stadt übernommen wird, ferner die fünfjährige Unterhaltung der Straße. Wegen dieser Verpflichtungen muß er Sicherheit hinterlegen. Als Gegenleistung sichert die Stadt die Bauerlaubnis zu. Weniger einfach ist das Verhältnis, wenn statt mit einem oder wenigen Unternehmern mit einer ganzen Anzahl von Grundbesitzern verhandelt wird. Oft setzen sich dieselben wegen des abzutretenden Landes zunächst unter sich auseinander, oft geschieht dies nicht, und es wird die Verrechnung des Werts der abgetretenen Flächen und Aufnahme in die ortsstatutarischen Beiträge verlangt.

Der oben skizzierte normale Vertragsinhalt erleidet im Einzelfalle vielfach Änderungen. So ist in den letzten Jahren städtischerseits wiederholt die Bedingung gestellt worden, daß Unternehmer, die eine Straße aufschließen wollten, auch an anderen Stellen, wo sie sich vielleicht weniger Gewinn versprachen, Straßengelände abtreten mußten. Je größer das öffentliche Interesse an Freilegung einer bestimmten Straße oder an Erschließung von Bauland überhaupt ist,

[1] Dem Beschlußinhalt ähnliche Abmachungen wurden jedoch für die Wokersche Villenkolonie getroffen (s. unten), ferner bei Anlage einer 10 m breiten, landhausmäßig zu bebauenden Straße im Norden der Stadt.

um so größere Zugeständnisse müssen natürlich dem Unternehmer oder den Grundbesitzern gemacht werden.

Wo die Stadt ihrerseits die Freilegung von Straßen betreibt, da wird es, namentlich wo der Grundbesitz zersplittert ist, immer einzelne Anlieger geben, die aus Eigennutz oder Eigensinn sich nicht zu freiwilliger Abtretung des Straßenlandes verstehen, und die daher enteignet werden müssen. In einigen solchen Fällen ist von der Stadtverordnetenversammlung, um die Straßenbaukosten durch hohe Entschädigungen nicht zu sehr in die Höhe zu treiben, beschlossen worden, daß, wenn nach der endgültigen Feststellung für das zu enteignende Grundstück eine höhere Entschädigung zu zahlen sei, als der ortsstatutarischen Schätzung entspreche, die Bauerlaubnis für das Restgrundstück nur gegen Erstattung des Mehrbetrages mit 4 % Zinsen zu erteilen ist.

Wie schon angedeutet, werden die neuen Straßen zunächst sämtlich provisorisch — mit Makadam oder dergl. — befestigt. Es geschieht das insbesondere aus Ersparnisrücksichten, da in den ersten Jahren wegen der Hausanschlüsse usw. die Straßen vielfach wieder aufgerissen werden müssen. Immerhin hat man die provisorische Befestigung vielen Straßen wohl länger belassen als sich wirtschaftlich rechtfertigen läßt, da Chaussierung und Makadamisierung sich wegen der hohen Unterhaltungskosten auf die Dauer teurer stellen als Pflasterung.

Man hat jedoch in neuerer Zeit mit der endgültigen Straßenbefestigung ein etwas rascheres Tempo eingeschlagen, wie sich aus der Tabelle S. 133 ergibt. Danach hat bei einer Zunahme der befestigten Fahrwege von 1891 bis 1901 um 19 % die mit Stein und Asphalt gepflasterte Fläche um 96 %, die mit besserem Steinpflaster und Asphalt befestigte Fläche gar um 1185 % zugenommen. Von letzterem Pflaster waren 1891 erst sehr geringe Flächen vorhanden.

Einer beschleunigteren Herstellung der endgültigen Befestigung stellte sich die Schwierigkeit entgegen, daß bei Deckung der Kosten durch die erst allmählich eingehenden Anliegerbeiträge eine Vorlage derselben aus laufenden oder Anleihemitteln notwendig wurde.

Um daher die planmäßige Freilegung und erste Herstellung von Straßen unter Aufwendung besonderer Mittel zu beschleunigen, wurde am 21. Februar 1901 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, bei der städtischen Sparkasse einen mit 4 % zu verzinsenden Vorschuß von bis 3 Millionen Mark aufzunehmen, um a) Straßen, deren Anlagekosten von den Angrenzern beim Anbau zu erstatten sind, fertig-

zustellen, b) chaussierte Straßen, deren Unterhaltungskosten unverhältnismäßig hohe sind, mit Asphalt oder Stein zu pflastern.

Von dieser Maßregel ist für zwei große Straßenzüge bereits Gebrauch gemacht worden.

5. Steuern.

Zu den öffentlich-rechtlichen Faktoren, die den Verkehr mit Grund und Boden beeinflussen, gehören sodann die Steuern.

Von den Staatssteuern kommen, da die Grundsteuer nicht mehr erhoben wird, nur noch Einkommen- und Ergänzungssteuer in Betracht, von denen hier nicht zu reden ist[1], da ihre Wirkungen im ganzen Staate die gleichen sind. Aber auch der Gemeindezuschlag zur Einkommensteuer, der von 1892 bis 1894 150 %, von da ab 140 % beträgt, bedarf keiner Betrachtung, da er das Einkommen aus Grund und Boden nicht anders trifft als das übrige Einkommen, richtiger: nicht anders treffen soll, da tatsächlich allerdings dies Einkommen, weil leichter kontrollierbar, schärfer gefaßt wird als viele andere Einkommenquellen.

Nachdem die staatliche Grund- und Gebäudesteuer außer Hebung gesetzt und den Gemeinden überwiesen war, erfolgte in Düsseldorf (1895) eine Erhöhung des Zuschlages von 90 auf 166²/₃ %. Tatsächlich wurde also vom Boden jetzt 23¹/₃ % weniger erhoben als vorher. Dafür wurde aber gleichzeitig eine neue Besteuerung des Grund und Bodens durch die Immobilienumsatzsteuer eingeführt. Dieselbe wird bei Veräußerungen unter Lebenden vom Erwerber eines Düsseldorfer Grundstücks mit 1 % des Preises bezw. Wertes des erworbenen Grundstücks erhoben. Einen weiteren Fortschritt bildete sodann die Ersetzung des Staatssteuerzuschlages durch eine besondere Gemeindegrundsteuer im Dezember 1899. Es wird fortan ein — bisher auf 2 ‰ festgesetzter — Satz vom gemeinen Werte der Grundstücke erhoben. Die für diese Steuer sprechenden Gründe — insbesondere wirksamere Besteuerung der Bauplätze, stärkere Heranziehung der besseren Wohnhäuser und Geschäftshäuser — sind bekannt. Die Frage, ob die Steuer eine schnellere Bereitstellung der Bauplätze zum Bauen herbeigeführt hat, kann präzise nicht beantwortet werden, — angesichts des Umstandes, daß der zurückhaltende Grundbesitzer Zinsverluste trägt, die in der Regel sehr viel bedeutender sein werden als

[1] Über die Steuerstatistik vgl. unten S. 167.

die Steuer, wird man sich dieser Wirkung der Steuer gegenüber etwas skeptisch verhalten müssen.

Es erübrigt schließlich, auf die Tabelle I des Anhangs zu verweisen, in der die vom städtischen Grundbesitz in den letzten Jahren zu tragenden Kosten zusammengestellt sind.

Der Einfluß, den Verkehrsmittel und Kreditverhältnisse ausgeübt haben, ist im besonderen Teile zu erörtern.

Besonderer Teil.

Die Entwicklung im letzten Jahrzehnt.

I. Stadterweiterung.

1. Straßenanlegung.

Wie ist die Stadterweiterung etwa im letzten Jahrzehnt in großen Zügen vor sich gegangen?

Daß die Anlegung neuer Straßen überwiegend der Privatinitiative anheimfiel, ist oben ausgeführt. Über deren zeitliche und räumliche Entfaltung sei das folgende mitgeteilt:

Es betrug[1] in Ar:

Ende des Rechnungsjahrs	die mit Häusern bebaute Fläche einschl. Hofräume und Hausgärten
1893	63 355
1895	77 020
1898	90 000
1901	92 438
1902	94 800

Die Zahlen beruhen natürlich nicht auf genauer Vermessung, stellen vielmehr die im allgemeinen als „vollständig bebaut" bezeichneten Bezirke abzüglich der Straßen u. s. w. vor, sie dürften daher auch mehr oder weniger große Flächen unbebauter Grundstücke in sich schließen. Wenn also die „bebaute Fläche" von 1893 bis 1901 um 47 % und die Bevölkerung von 1890 bis 1900 um 48 % zugenommen hat, so darf daraus nicht auf eine überreichliche Bautätigkeit geschlossen werden.

[1] Statist. Jahrb. deutscher Städte.

Über die Entwicklung des Straßennetzes gibt das Statistische Jahrbuch deutscher Städte noch genauere Auskunft. Die folgenden Zahlen geben zugleich ein Bild von dem allmählichen Zurücktreten der provisorischen Befestigungsarten (Kies, Makadam, Chaussierung) hinter den dauernden.

Ende des Rechnungsjahrs	Flächen der Fahrwege in Ar						
	Überhaupt	darunter befestigt mit					
		besserem Steinpflaster	geringerem Steinpflaster	Asphalt	Kies	Makadam	chaussiert u. unregelmäßig bef.
1891	17 538	424	3298	18	2050	438	11 477
1892	17 925	640	3298	18	2050	438	11 505
1893	18 660	1105	3160	18	1971	547	11 467
1895	19 443	1661	2000	18	2700	1200	11 862
1896	19 753	1961	1900	18	2720	1270	11 882
1897	19 800	2411	1830	88	2678	1341	11 450
1898	20 129	2507	1810	141	2680	1611	11 378
1899	20 511	2707	1772	283	2684	1916	11 149
1900	20 607	3032	1672	290	2600	2012	11 001
1901	20 877	4928	1650	751	2623	2384	8 541

Die Zunahme der Gesamtfläche 1891/1901 betrug 19,0 %, war also etwas weniger lebhaft als die Bevölkerungszunahme. Es entfielen an Straßenfläche auf 1000 Einwohner 1891 : 121,9 a und 1901 : 96,5 a. Im ganzen hat hiernach die Intensität der Bebauung an den vorhandenen Straßen zugenommen. Die Zahlen ergeben aber auch, daß die Vermehrung der Straßenfläche ziemlich ungleichmäßig vor sich ging. Von 1891 bis 1895 wurde sehr viel neues Straßenland geschaffen. Mit dem Eintritt des wirtschaftlichen Aufschwungs stockt die Straßenbautätigkeit, offenbar fließt das Kapital anderen Zwecken zu. 1898 und 1899 setzt dann wieder eine etwas lebhaftere Tätigkeit ein.

Ein ähnliches Bild würden wir bei Betrachtung der jährlichen Ausgaben für Straßenneubauten erhalten.

Auch die Schwankungen in der Zahl der Straßenbauverträge, die die Stadt mit Unternehmern oder Anliegern abgeschlossen hat, lassen eine ziemlich sprunghafte Entwicklung erkennen. Die Anzahl

dieser Verträge betrug (einschließlich der nicht förmlichen Abmachungen im Wege der Korrespondenz aus der Zeit vor dem Fluchtliniengesetz):

1866	3	1890	4
1869	1	1891	2
1870	2	1892	14
1871	2	1893	6
1872	12	1894	10
1873	11	1895	7
1874	—	1896	5
1875	2	1897	8
1876—1883	—	1898	1
1884	1	1899	15
1886	3	1900	11
1887	6	1901	12
1888	7		
1889	1	zusammen	146

Von besonderem Interesse ist an dieser Aufstellung der naheliegende Vergleich zwischen den 70er und den 90er Jahren. Damals in der „Schwindelperiode“ eine außerordentlich große Anzahl von Verträgen — obwohl vor dem Fluchtliniengesetz und dem Ortsstatut von 1877 auch ohne solche gebaut werden konnte und wurde — und nachher ein völliges Versagen der Privatinitiative bis in den Anfang der 80er Jahre. Die nächste Periode zahlreicher Straßenbauverträge ist die von 1892 bis 1895, also vor dem Einsetzen des großen gewerblichen Aufschwungs, der als solcher sogar eine Verminderung der Straßenbauverträge zur Folge hatte. Erst kurz vor Eintritt der Krise und weiterhin unberührt von ihr wieder eine lebhafte Stadterweiterungstätigkeit.

Es bedarf nur des Eingehens auf einige wichtigere Daten der Stadterweiterung seit Ende der 80er Jahre.

Es war schon erwähnt, daß die wichtigste Stadterweiterung der letzten beiden Jahrzehnte nicht eigentlich städtischer Initiative entsprungen ist, sondern der Umgestaltung der Düsseldorfer Bahnhofsverhältnisse zu verdanken war.

Indem der Eisenbahnfiskus die alten Bahnhöfe im südlichen Stadtteil und die vom Osten zu ihnen führenden Strecken aufgab, um im Osten der Stadt in noch wenig bebauter Gegend den neuen Hauptbahnhof zu errichten, gewann er ein ausgedehntes, von schon bebauten Stadtteilen eingeschlossenes und daher schon damals sehr

[1] Die Bebauung erfolgte an vielen dieser Straßen erst sehr viel später, einige sind noch jetzt kaum angebaut.

wertvolles Gelände, durch das der Bebauungsplan eine breite, zum Hauptbahnhof führende Straße, die Graf-Adolfstraße, legte. Der Wert des Geländes wurde damals auf etwa 4 Millionen Mark geschätzt, bei stückweisem Verkauf, der sich bis in die letzten Jahre hinzog, hat jedoch der Fiskus, der sich auf Angebote von Konsortien, ihm das gesamte Gelände abzunehmen, nicht eingelassen hatte, nach Schätzungen Sachkundiger über 16 Millionen Mark erhalten, d. h. mindestens ebensoviel wie die Umgestaltung der Bahnhofsverhältnisse kostete. Auf dem ehemals eisenbahnfiskalischen Gelände erhebt sich nun unter andern in der Graf-Adolfstraße eine der schönsten Straßen der Stadt. Ein recht beträchtlicher Teil des Wertzuwachses, den der Düsseldorfer Boden in den letzten zwei Jahrzehnten erhalten hat, ist hiernach dem Eisenbahnfiskus anheimgefallen.

Eine ähnliche Rolle wie die Verlegung der Bahnhöfe spielt in jüngster Zeit die Aufgabe einer Reihe im schönsten Teile der Stadt belegenen alter Kasernementsgebäude und des dazu gehörigen großen Exerzierplatzes, im ganzen einer Fläche von über 6 ha, durch den Militärfiskus, der im nördlichen Stadtteil auf noch ziemlich billigem Grund und Boden neu gebaut hat. Einige Grundstücke des großen militärfiskalischen Blocks sind bereits für öffentliche Gebäude reserviert, die große Mehrzahl steht nach einer — mit über 7 Millionen Mark allgemein für sehr hoch befundenen — Taxe zum Verkauf offen. Die die Blocks durchschneidenden neuen Straßen sind bereits ausgeführt.

Die Tätigkeit der Stadt im Abschluß von Straßenbauverträgen hat sich wohl über alle Teile des Stadtgebietes erstreckt. Von wesentlichster Bedeutung für die Bautätigkeit und die zukünftige Entwicklung waren die Erschließungen zahlreicher neuer Straßen in den Arbeitervierteln Oberbilk und Flingern, sowie die Bestrebungen zur Schaffung besserer Wohnviertel in dem großen Gebiete zwischen der östlichen Innenstadt und dem Grafenberger Wald an der östlichen Grenze des Weichbilds.

Die große Chaussee, welche aus dem Stadtinnern heraus nach jenem Walde führt, der der beliebteste Ausflugspunkt der Düsseldorfer und — nunmehr großenteils im Besitze der Stadt — als eine der Lungen der Großstadt besondere Pflege findet, wurde im Jahre 1901 verbreitert und asphaltiert. Sodann wurde mit der Anschüttung eines zweiten breiten Straßenzuges, der Graf-Reckestraße, die etwa parallel der Grafenberger Chaussee zum Walde führt, begonnen.

Der Plan einiger Privatunternehmer, nahe diesen Straßenzügen

und am Fuße des Waldes Villenkolonieen zu errichten, wurde von der Stadt lebhaft gefördert. Mit einem derselben wurde im Mai 1900 ein Vertrag abgeschlossen, nach welchem die Stadt ihre Zustimmung zu einem Fluchtlinienplan für die Kolonie und zur Offenlegung der geplanten Straßen gab. Der Unternehmer verpflichtete sich zu unentgeltlicher Abtretung des Straßenlandes und zur Anschüttung, zur zinsfreien Vorlage der Kanalisationskosten, zur Zahlung der Kosten der Befestigung mit Makadam à fonds perdu, außerdem zu den sonst üblichen Leistungen.

Die Anliegerbeiträge zu den Kanalisationskosten werden auf die Hälfte des statutgemäßen Beitrags festgesetzt, ein Beitrag zu Pflasterungskosten soll nicht erhoben werden. Die Bauerlaubnis wird dann abhängig gemacht von einer gefälligen architektonischen Gestaltung, der Anlegung von Vorgärten und Baumreihen zwischen je zwei, in besonderen Fällen je drei Häusern, einer zulässigen Höhe von 18 m und nicht mehr als zwei Geschossen, einer Bebauung bis zu höchstens 15 m Tiefe u. s. w. Es dürfen nur Wohnhäuser errichtet und diese von nicht mehr als zwei Familien bewohnt werden.

Die Straßenherstellung und die Bebauung wurde rasch in Angriff genommen, und eine stattliche Anzahl von Villen ist bereits bezogen. Auch in dem nach dem Innern der Stadt zu belegenen anschließenden großen Gelände, für das ein neuer Bebauungsplan aufgestellt ist, dürfte großenteils landhausmäßige Bebauung vorgeschrieben werden.

Besonderes Interesse bietet noch ein neuerer Straßenbauvertrag, nach dem durch einen schmalen Baublock in der Längsrichtung eine Straße durchgelegt wurde, und zwar bei landhausmäßiger Bebauung in der bisher noch nicht zugelassenen Breite von 9 m.

Über das die Bautätigkeit regulierende Verfahren der Stadt bei der Offenlegung neuer Straßen ist zu bemerken, daß dasselbe nicht nur in einem mehr oder minder energischen Betreiben des Abschlusses von Straßenbauverträgen zum Ausdrucke kommt, sondern auch in der Gewährung von Erleichterungen bei Erteilung der Bauerlaubnis. So hat die Stadt anläßlich des großen Wohnungsmangels 1899 ausnahmsweise eine Anzahl noch nicht kanalisierter Straße der Bebauung eröffnet. Seitdem sind gleiche Ausnahmsmaßregeln nicht mehr nötig gewesen.

Im Rahmen dieser Arbeit können unmöglich alle städtischen Unternehmungen angeführt werden, die auf die Verhältnisse des Grund



und Bodens von Einfluß gewesen sind, beispielsweise die Schaffung der großen Schlacht- und Viehhofanlagen im Norden, die Verkehr und Ansiedlung in einem bis dahin wenig bebauten Stadtteil förderten, die Errichtung der neuen Gas- und Elektrizitätswerke im Osten und die damit verbundene Freiwerdung wertvollen städtischen Geländes weiter im Innern der Stadt — die Verwertung dieses Geländes ist später noch zu streifen —, endlich der Bau des neuen Hafens im Süden. Doch ist der Hafenbau als Ausgangspunkt eines weiteren Projektes zu erwähnen, das nicht nur den Interessen des Außenverkehrs, sondern zugleich dem Ausbau des Straßennetzes, der Hebung der Altstadt und der Erschließung großer städtischer Ländereien zu Bauzwecken zu dienen bestimmt war, das einer neuen Rheinwerftstraße, deren Breite größtenteils dem Rheinbett abzugewinnen war.

Vom Hafen im Süden zur neuen — wie noch zu erwähnen, auf Privatinitiative erbauten — festen Rheinbrücke im Norden führend, sollte sie darüber hinaus das große städtische, am Rhein gelegene und bis dahin dem Hochwasser preisgegebene Gelände der sogen. Golzheimer Insel der Bebauung erschließen. Nach Vollendung der Werftstraße im Frühjahr 1902 fand auf jenem auf hochwasserfreie Höhe gebrachten Gelände die große Industrie- und Kunstausstellung für Rheinland und Westfalen statt, und durch die Erbauung eines für die Dauer bestimmten Kunstausstellungspalastes und die Schaffung von Rheinanlagen ist ein großer Teil des Geländes zu öffentlichen Zwecken bestimmt worden. Ein anderer Teil wird jedoch der landhausmäßigen Bebauung erschlossen werden.

2. Verkehrswesen.

In das Gebiet der Stadterweiterungspolitik gehört auch das Verkehrs- insbesondere das Straßenbahnwesen. In Düsseldorf hatte Ende der 70er Jahre eine belgische Gesellschaft die 25jährige Konzession zum Pferdebahnbetrieb erhalten. Die Stadt hatte sich damit in ein später übel empfundenes Abhängigkeitsverhältnis begeben, aus dem sie sich 1891 durch Ankauf der Straßenbahn befreite. Nach mehrjähriger Verpachtung an einen Privatunternehmer erfolgte 1899 die Umwandlung in elektrischen Betrieb, und am 1. Juli 1900 übernahm die Stadt selbst den Betrieb. Sie führte zunächst einen überaus niedrigen Tarif ein, der eine Unterbilanz zur Folge hatte und darum bereits am 1. August 1901 durch einen neuen Tarif abgelöst wurde, der zwar auch den Einheitssatz von zehn Pfennig für

Fahrten innerhalb des Stadtgebiets mit einmaligem Umsteigen beibehielt, aber den Preis der Ermäßigungskarten erhöhte und für die neuen Vorortlinien etwas höhere Sätze einführte.

Die Stadt hatte nämlich im März 1901 die private Kleinbahn Grafenberg-Rath-Ratingen käuflich übernommen, der Bau zweier weiterer Vorortlinien nach Gerresheim und nach Eller, mit Rath die nächsten und wichtigsten industriellen Vororte Düsseldorfs, wurde 1901 begonnen, so daß 1902 der Betrieb aufgenommen werden konnte. Eine fernere Vorortlinie nach Rath wurde projektiert. Da neben den erwähnten städtischen Vorortlinien noch die Kleinbahnverbindungen der Rheinischen Bahngesellschaft über Oberkassel nach Krefeld, nach Uerdingen und nach Neuß, die der Bergischen Kleinbahnen über Reisholz und Benrath ins bergische Land und die einer ferneren privaten Gesellschaft über Kaiserswerth nach Duisburg bestehen, so ist die Verkehrsverbindung mit den Vororten als vorzüglich zu bezeichnen, und die Stadt hat mit ihrem immer noch billigen Tarif auf dem Gebiete des Verkehrswesens das Ihrige getan, um eine Dezentralisation des Wohnens und eine Konkurrenz des entfernteren Baulandes herbeizuführen. Freilich bleiben auch auf diesem Gebiete noch weitere Aufgaben zu lösen, doch wird die Stadt, um auf dem Gebiete der Ermäßigungs-, insbesondere der Arbeiterkarten Neuerungen einführen zu können, erst einmal eine wenn auch mäßige Rentabilität des Betriebs erzielen müssen.

3. Private Stadterweiterung.

Für die Entwicklung Düsseldorfs über die Grenzen seines Stadtgebiets hinaus, insbesondere für die Dezentralisation seiner Industrie sind zwei Privatunternehmungen von großer Bedeutung geworden.

Die eine derselben ist die 1896 von hervorragenden Düsseldorfer Industriellen mit einem Kapital von 6 Millionen Mark, das 1900 auf 9 Millionen Mark erhöht wurde, gegründete Rheinische Bahngesellschaft. Sie verfolgte vielfach ineinandergreifende Zwecke: die Überbrückung des Rheinstroms, den Bau einer Kleinbahn über diese Brücke von Düsseldorf nach Krefeld und anderen Orten des linken Rheinufers und in Verbindung damit die Verwertung eines großen Geländes von rund 400 ha auf dem linken Rheinufer gegenüber von Düsseldorf, und zwar des am Rhein gelegenen Teils als Wohnhausviertel und des landeinwärts gelegenen Teils als Industriegelände.

Die städtische Verwaltung konnte im Hinblick auf das wichtige Brücken- und Kleinbahnprojekt die Bestrebungen der Gesellschaft nur fördern. Bereits im November 1898 war die Rheinbrücke, ein technisch und architektonisch hervorragendes Bauwerk, vollendet, einen Monat später wurde die Kleinbahn Düsseldorf-Krefeld, eine der ersten größeren elektrischen Bahnen Europas, eröffnet. Auch die Verwertung des Geländes erfolgte zunächst in ziemlich raschem Tempo. Zu Ende des Berichtsjahres 1899 waren bereits 5390 laufende Meter Straßen befestigt und 7100 m Kanäle gelegt. Es waren 3,12 ha oder 100 Baustellen verkauft, auf denen 44 Gebäude errichtet bezw. im Bau begriffen waren, rund 26 ha Baugelände waren noch verkäuflich. Vom Industriegelände waren bereits 25,69 ha verkauft, und es blieben 210,98 ha verkäuflich. Die Erschließung wurde gefördert durch die Erbauung eines großen Industriebahnhofs, durch Anlegung einer eigenen Ziegelei, durch Errichtung von Arbeiterwohnhäusern für die eigenen Arbeiter, durch Bau eines großen Vergnügungslokals, durch Spekulationsbau von vier größeren Miethäusern, endlich durch Wohnhausbauten für Rechnung Privater seitens der Bauverwaltung der Gesellschaft.

Im Jahre 1900 ließ der Grundstücksumsatz infolge der Krise ganz erheblich nach, es erfolgten 17 Verkaufsabschlüsse gegen 56 im Vorjahre, und es erfolgten Kaufverhandlungen mit 57 Interessenten statt mit 135 im Vorjahre. Immerhin wurden 1900 noch 19 neue Wohnhäuser errichtet, während mit dem Bau nur zweier neuer industrieller Anlagen begonnen wurde. Eine größere Tätigkeit entfaltete wiederum die Gesellschaft selbst, indem sie ein inmitten des Industriegeländes belegenes Hinterland aufschloß und darauf 20 Arbeiterwohnhäuser mit 364 Wohnstuben herstellte. Diese Häuser wurden auf 10 Jahre an die angesiedelten großen industriellen Unternehmungen vermietet.

Im Jahre 1902 wurden im Baugelände nur neun Baustellen und im Industriegelände nur ein Gelände verkauft. Im Jahre 1902 stockte der Verkauf im Industriegelände gänzlich, dagegen wurden 39 Baustellen im Baugelände veräußert.

Der Grundbesitz der Rheinischen Bahngesellschaft betrug bei der Gründung: 395,86 ha, Ende 1899: 367,74 ha und Ende 1902 noch 357,12 ha. Davon war „Baugelände" bei der Gründung: 29,61 ha, 1899: 25,84 ha, 1902: 23,84 ha und „Industriegelände" bei der Gründung: 236,49 ha, 1899: 210,98 ha und 1902: 207,59 ha. —

Der Verkehr auf dem Industriebahnhof belief sich 1900 auf 43087 Tonnen, 1901 auf 32991 Tonnen und 1902 auf 35884 Tonnen.

Dividenden vermochte die Gesellschaft auf die Stammaktien bis 1901 nicht auszuteilen, erst für 1902 konnte eine Dividende von 2 % verteilt werden.

Eine andere ähnliche Gründung war die der Aktiengesellschaft „Industrieterrains Düsseldorf-Reisholz", die im Juni 1898 mit 1,4 Millionen Mark Kapital gegründet wurde, um ein 422,65 ha großes, südlich von Düsseldorf zwischen der Bahnlinie Düsseldorf-Köln und dem Rhein belegenes Gelände als Industriegelände zu verwerten. Die Sacheinlagen der Gründer, im wesentlichen wohl Gelände, wurden mit 1007000 Mark bewertet.

Um das Gelände aufzuschließen, wurde zunächst ein Vertrag mit der Eisenbahndirektion abgeschlossen über die Anlegung eines neuen Bahnhofes an der Köln-Düsseldorfer-Linie „Düsseldorf-Reisholz" und die Herstellung eines Eisenbahnanschlusses. Sodann wurde in Aussicht genommen, die 800 m lange Rheinfront des Geländes zu einer Werftanlage zu gestalten, um so das Gelände gleich günstig für Bahn- und Wasserverkehr herzurichten. Endlich wurde eine eigene Ziegelei errichtet. Bereits im Juni 1899 wurde der Bahnhof eröffnet, und es wurden in diesem Jahre über 7 km Anschlußgleise fertiggestellt und sieben Anschlüsse hergestellt. Die Zahl der Anschlüsse stieg 1900 auf 11, 1901 auf 17, 1902 auf 22. Es vollzog sich, wie schon hieraus hervorgeht, eine lebhafte industrielle Ansiedlung. Die Veräußerungen der Gesellschaft beliefen sich:

1898	auf	1,40	ha
1899	„	40,37	„
1900	„	6,54	„
1901	„	3,78	„
1902	„	6,42	„

(ohne die Veräußerungen an Eisenbahnverwaltung und Gemeinden für Wegezwecke).

Die Gründung war also gerade noch rechtzeitig genug erfolgt, um im Zeitpunkte der Hochkonjunktur eine außerordentlich lebhafte Ansiedlung zu ermöglichen. So stark denn auch mit der Krise die Verkäufe zurückgingen, so zeigt doch schon das Ansteigen 1902, daß die Terrains der Gesellschaft eine starke Anziehungskraft auch weiterhin ausüben, insbesondere auf Düsseldorfer Werke, die es vorziehen, den an Wert steigenden Stadtboden gegen den noch billigeren Boden in

Reisholz auszutauschen, dessen unleugbare Vorzüge für industrielle Besiedlung die Gesellschaft nicht nur richtig erkannt, sondern auch geschickt ausgenutzt hat. Insbesondere erwies sich der Bau der Werft, der mit nur 400000 Mark veranschlagt war, als sehr nutzbringend. Die Fertigstellung der Werft im Jahre 1901 half wesentlich mit, die Wirkungen der Krise abzuschwächen. Denn es konnten noch im selben Jahre Grundstücke an drei Industriebetriebe veräußert werden, die auf die Rheinverbindung angewiesen waren. Im Jahre 1902 wies die Werft bereits eine Zufuhr von 177173 t (der Düsseldorfer Hafen hatte eine solche von 540209 t) und eine Abfuhr von 2747 t auf. Auf der Anschlußbahn, die bis zur Werft durchgeführt ist, wurden 1900: 9355, 1901: 16729 und 1902: 26509 Wagen befördert.

Neben der industriellen Ansiedlung förderte die Gesellschaft auch den Wohnhausbau für die durch die Industrie herangezogene Arbeiter- und Beamtenbevölkerung. Bereits 1899 wurden 20000 qm Straßenfläche angeschüttet und 6500 qm gepflastert, und diese Tätigkeit wurde in den folgenden Jahren in wenn auch langsamerem Tempo fortgesetzt. 1897 wurde mit dem Bau von 15 Wohnhäusern begonnen, 1900 waren bereits 45 Häuser mit 155 Wohnungen errichtet. Der Verkauf von Baugelände betrug 1900: 4532 qm, ging 1901 auf 564 qm zurück, stieg aber 1902 auf 7556 qm an, die nach dem Geschäftsbericht zu günstigen Preisen verkauft wurden. Aber der Einfluß der rückläufigen Konjunktur äußerte sich doch darin, daß eine größere Anzahl von Wohnungen in den Arbeiterhäusern der Gesellschaft leer stand, deren Verwertung zur Zeit nicht möglich war. Die Gesellschaft verteilte 1898—1902 0, 10, 6, 0, 5% Dividende.

Die Rheinische Bahn-Gesellschaft und die Reisholzer Gesellschaft bieten zwei äußerst interessante Beispiele mit großen Mitteln vorgehender, privater Industrie- und Wohnansiedlung und privater Stadterweiterung. Letzteres allerdings in einem etwas weiteren Sinne als dem des gewöhnlichen Sprachgebrauchs. Denn es handelt sich in beiden Fällen nicht um Düsseldorfer Stadtgebiet, wohl aber um Land, das an dieses angrenzt und vor allem um eine Besiedlung, die wesentlich von Düsseldorf ausgeht, das der wirtschaftliche Mittelpunkt bleibt, von dem aus die geschäftliche Leitung der draußen angesiedelten Unternehmungen erfolgt, und in dem größtenteils auch die leitenden Persönlichkeiten ihren Wohnsitz behalten, obwohl insbesondere Oberkassel, die Ansiedlung der Rheinischen Bahn-Gesellschaft, auch hierin schon eine nicht unbeträchtliche Konkurrenz übt. Für die Stadt-

verwaltung Düsseldorfs, mit der bereits jetzt die mannichfachsten Berührungspunkte bestehen — z. B. liefert sie Gas und Wasser nach Oberkassel — ergaben sich hieraus interessante Aufgaben. Ist auf der einen Seite eine Entlastung des Stadtgebiets von industriellen Anlagen im Interesse gesunden und schönen Wohnens — ein Vorzug, dem Düsseldorf einen starken Zuzug von Rentnern und anderen Personen, insbesondere aus dem Industriegebiete verdankt — bis zu einem gewissen Grade erwünscht, so würden doch auch in einer zu starken Abwanderung der Industrie Gefahren für die Steuerkraft und die Weiterentwicklung der Stadt liegen. Die Stadt wird sich daher ihren Anteil an den Früchten jener Außenbesiedlung sichern müssen.

II. Bautätigkeit.

1. Baugewerbe.

Die Stadterweiterung, insbesondere die Offenlegung neuer Straßen ist die wichtigste Grundbedingung für den Häuserbau, für den in den älteren, schon bebauten Stadtteilen meist nur noch wenig Raum ist.

Die Bautätigkeit, unter der hier nur der Häuserbau verstanden ist, ist aber noch weiteren Sonderbedingungen unterworfen, zu denen mit in erster Linie die Organisation des Bauunternehmertums und des Baugewerbes gehört.

Leider stammt das letzte statistische Material hierüber aus dem Jahre 1895. Das Ergebnis der Gewerbezählung vom 15. Juni 1895 in Düsseldorf befindet sich Seite 143 und verglichen mit einigen anderen Städten Seite 144.

Die Zusammenstellung ergibt, daß zwar schon 1895 in Düsseldorf der Großbetrieb im Baugewerbe verhältnismäßig stark ausgebildet, daß aber hier wie anderseits die große Masse der Betriebe des Baugewerbes kleingewerblich war. Diese Sachlage dürfte sich auch nach 1895 nicht sehr wesentlich verschoben haben.

Überhaupt unterscheiden sich die Formen, in denen in Düsseldorf Häuser auf Spekulation gebaut werden, wenig von den Zuständen in anderen Großstädten. Die unsoliden Geschäftsgebarungen, die man als „Bauschwindel" zu bezeichnen pflegt, sind auch in Düsseldorf nicht unbekannt geblieben. Es kann daher nicht wundernehmen, daß die Wirkungen der wirtschaftlichen Krisis im Baugewerbe trotz lebhafter Bautätigkeit sich fühlbar machen. So hatte die Sektion der Rheinisch-Westfälischen Bauberufsgenossenschaft für den Regierungsbezirk Düsseldorf unter 3600 Mitgliedern Anfang 1903 noch 530 solche, die

Düsseldorf	Überhaupt		Betriebe mit 1—5 Pers.		Betriebe mit 6—10 Pers.		Betriebe mit 11—20 Pers.		Betriebe mit 21—50 Pers.		Betriebe mit 51—200 Pers.		Betriebe mit 201 u. mehr Pers.	
	Hauptbetriebe	mit Personen	Betr.	Pers.	Betr.	Pers.	Betr.	Pers.	Betr.	Pers.	Betr.	Pers.	Betr.	Pers.
Baugewerbe überhaupt	814	6896	588	1080	85	639	62	881	58	1854	20	1617	1	825
darunter:														
Bauunternehmer . .	92	3345	25	56	8	65	19	256	23	765	16	1378	1	825
Privatarchitekten . .	113	172	110	153	3	19	—	—	—	—	—	—	—	—
Maurer	87	821	53	96	11	83	7	88	14	441	2	113	—	—
Stuckateure	68	764	33	62	11	89	8	121	12	366	2	126	—	—
Zimmerer	43	247	24	61	14	107	4	58	1	21	—	—	—	—
Anstreicher	275	984	238	444	17	133	16	250	4	157	—	—	—	—
Dachdecker	48	153	40	84	5	32	3	37	—	—	—	—	—	—
Glaser	12	49	8	19	4	30	—	—	—	—	—	—	—	—

Einwohnerzahl 1895			Hauptbetriebe	mit Pers.	Betriebe mit 51—200 Pers. Betr.	Pers.	Betriebe mit 201 u. mehr Pers. Betr.	Pers.
134 480	Stettin	Bauunternehmer	48	1351	8	670	1	515
		Maurer	58	922	—	—	—	—
		Zimmerer	45	510	—	—	—	—
208 692	Magdeburg	Bauunternehmer	22	288	1	85	—	—
		Maurer	66	1426	11	864	—	—
		Zimmerer	48	486	1	132	—	—
113 454	Halle	Bauunternehmer	54	1449	7	724	1	307
		Maurer	58	943	5	414	1	212
		Zimmerer	23	153	—	—	—	—
201 861	Hannover	Bauunternehmer	87	2415	13	1227	1	295
		Maurer	168	2321	7	630	—	—
		Zimmerer	51	478	—	—	—	—
106 671	Dortmund	Bauunternehmer	48	2814	16	1311	3	995
		Maurer	35	948	7	574	—	—
		Zimmerer	15	157	1	53	—	—
135 730	Elberfeld	Bauunternehmer	68	2148	13	1366	—	—
		Maurer	57	439	1	74	—	—
		Zimmerer	18	105	—	—	—	—
124 753	Barmen	Bauunternehmer	49	1669	5	435	1	565
		Maurer	42	528	3	223	—	—
		Zimmerer	19	133	—	—	—	—
105 939	Krefeld	Bauunternehmer	30	611	4	227	—	—
		Maurer	28	109	—	—	—	—
		Zimmerer	9	47	—	—	—	—
309 248	Köln	Bauunternehmer	157	4841	25	2314	3	757
		Maurer	123	1289	4	395	—	—
		Zimmerer	47	353	1	68	—	—
108 639	Aachen	Bauunternehmer	40	1102	6	584	—	—
		Maurer	20	116	—	—	—	—
		Zimmerer	17	70	—	—	—	—
169 935	Düsseldorf	Bauunternehmer	92	3345	16	1378	1	835
		Maurer	87	821	2	113	—	—
		Zimmerer	43	247	—	—	—	—

mit den Beiträgen für 1901 in Höhe von rund 32 000 Mark im Rückstande waren. Zeitungsberichten zufolge, die offenbar auf Mit-

teilungen der Genossenschaft beruhen, sind die Schuldner vielfach Bauhandwerker, die für Bauherren arbeiten, denen das eigene Kapital fehlt, die oft genug selbst den Bau nicht einmal fertigstellen, und, wenn es glücklich gelingt, doch nicht lange Eigentümer bleiben . . . „Wie die Sache liegt, kann die Verlustliste des laufenden Jahres vielleicht noch größer werden. Das brachliegende Kapital drängte sich mit Hast auf den Baumarkt, die vordem so ängstlich gewährte Vorsicht bei Hergabe von Bargeldern hat nachgelassen, die Baubanken beleihen schon jetzt Gebäude in Straßen, die vor einigen Jahren noch ganz aus dem Beleihungsbezirke ausgeschlossen waren. Das Kapital bemächtigt sich des Grund und Bodens, es gibt Baustelle und Baukapital aus einer Hand. Auf diese Weise tritt auch eine künstliche Steigerung des Bodenwerts ein. Es liegen Fälle vor, in denen durch die Hergabe von Baugrundstück und Baukapital eine Preissteigerung von 300 Mark pro Ruthe herbeigeführt worden ist. Das kann keine billigen Wohnungen geben, der Sturz kann nicht ausbleiben. Das Nachsehen hat aber der Bauhandwerker . . . Es ist keine auffallende, sondern eine sehr erklärliche Erscheinung, daß unter den rückständigen Genossenschaftsmitgliedern sich so außergewöhnlich viele Dachdeckermeister befinden. Der Dachdecker tritt zuletzt an den Bauherrn, zu einer Zeit, in der das Baukapital, wenn nicht ganz, so doch zum großen Teile verbraucht, der aber etwa noch zur Verfügung stehende Betrag durch die fertiggestellten Arbeiten reichlich belastet ist. Oft genug folgt der Fertigstellung der Dachdeckerarbeiten auf dem Fuße das Subhastationspatent, und so kommt der Dachdecker zu kurz". Diese vielleicht etwas pessimistischen Betrachtungen enthalten zweifellos auch für Düsseldorf richtiges und zeigen deutlich, wie die Krise reichlichen Baukredit und lebhafte Bautätigkeit hervorgerufen, damit aber auch die Begleiterscheinung derselben, den Bauschwindel, befördert hat. Auch die Schilderung, die Eberstadt von dem Düsseldorfer Baugewerbe und Bauunternehmertum entwirft, unter Hervorhebung insbesondere der Kapitalschwäche und damit geringen Widerstandsfähigkeit desselben in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs weist auf allgemeine Schäden hin, die Düsseldorf nicht eigentümlich sind.

2. Entwicklung der Bautätigkeit.

Über die Bautätigkeit gibt es für Düsseldorf leider erst seit dem 1. Januar 1902 eine zuverlässige Statistik. Für die frühere Zeit ist man im wesentlichen auf die Zahlen der Bauerlaubnisse ange-

wiesen, die natürlich über die Größe der Gebäude, die Zahl der Wohnungen usw. nichts aussagen, und von denen nicht einmal feststeht, ob, bezw. wie vielen eine wirkliche Bauausführung gefolgt ist.

Ein ganz allgemeines Bild der Entwicklung geben einige Gebäude- bezw. Grundstückszählungen unter sich verschiedenen Charakters.

Da sind zunächst die Volkszählungen, welche nach der Zahl der Wohnhäuser fragen. In Düsseldorf ist diese Frage wohl immer so aufgefaßt worden, daß die Zahl der Hausgrundstücke festgestellt wurde, die mit der der Gebäude natürlich nicht identisch ist. Es gab nach den Volkszählungen:

vom	Bewohnte Wohnhäuser	Unbewohnte Wohnhäuser	Wohnhäuser zusammen	Auf ein bewohntes Wohnhaus kommen	
				Bewohner	Haus- haltungen
1. Dezember 1885	6 957	134	7 091	16,56	3,39
1. „ 1890	8 196	239	8 435	17,27	3,61
2. „ 1895	9 417	.	.	18,69	3,91
1. „ 1900	10 657	226	10 883	20,06	4,14

Die Zahl der Wohnhäuser hat also von 1885 bis 1900 um 53,4 %, von 1890 bis 1900 um 29,0 % und die der bewohnten Wohnhäuser von 1895 bis 1900 um 13,2 % zugenommen (bei einer Bevölkerungszunahme im letzten Zeitraum von 21,5 %). Damit ist die Behausungsziffer, wie die beiden letzten Spalten obiger Aufstellung ergeben, stetig gewachsen.

Ein anderes Material bieten die Gebäudezählungen von 1878 und 1893 für den Zweck der Gebäudesteuerrevision, welche die Zahl der Gebäude feststellen. Ihren Ergebnissen sei das der Gebäudezählung des städtischen Statistischen Amts vom 3. Dezember 1901 angereiht:

	Zahl der		
	Wohngebäude	Gewerblichen Gebäude	Wohn- u. gewerbl. Gebäude zus.
1878	6 757	1301	8 058
1893	9 226	2883	12 109
1901	11 369	2166	13 535

Die Abnahme der gewerblichen Gebäude von 1893 zu 1901 kann natürlich nur eine scheinbare sein. Offenbar ist die Abgrenzung

zwischen Wohn- und gewerblichen Gebäuden 1893 eine andere gewesen als bei der Zählung des Statistischen Amts 1901.

Wichtiger als die Auskunft über die Zahl der Häuser ist die über eines der wichtigsten Kennzeichen ihrer Größe und Bauart, nämlich über die Geschoßzahl.

Zahl der Geschosse	1878: Wohngebäude		1893: Wohngebäude		1901: Wohn-Hauptgebäude: Vorderhäuser	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
1	1571	24	1333	14	943	9
2	2028	30	1984	22	1490	15
3	2994	44	4777	52	5095	50
4 u. mehr	164	2	1132	12	2626	26

Wenn auch 1901 die Verhältniszahlen den niedrigen Häusern darum ungünstiger sein müssen als in den früheren Jahren, weil sich die Zahlen nur auf Hauptgebäude und Vorderhäuser erstrecken, so ergibt sich doch die starke Verschiebung schon aus dem außerordentlichen absoluten Mehr an drei- und mehrgeschossigen Gebäuden gegenüber 1893 (darunter übrigens 1901 nur zwei mit fünf Geschossen).

Die Statistik der Bauerlaubnisse erhellt aus der Tabelle II des Anhangs.

Faßt man hier die Hauptzahlen nach Jahrfünften zusammen, so ist das Ergebnis recht bemerkenswert. Es wurden nämlich Bauerlaubnisse erteilt:

in den Jahren	für Privatwohnhäuser	Jahresdurchschnitt	für Fabriken und andere gewerbliche Hauptgebäude	Jahresdurchschnitt
1881—1885	1072	214	262	52
1886—1890	1439	288	291	58
1891—1895	1560	312	379	76
1896—1900	1411	282	356	71
1901—1902	893	447	88	44

Es erweisen sich die Jahrfünfte 1886/90, insbesondere aber 1891/95 recht eigentlich als die Jahre der Vorbereitung und Rüste auf den großen gewerblichen Aufschwung. Dessen Jahrfünft bringt dann Herabgehen des Wohnhausbaues und sogar auch ein Nachlassen des Baues von gewerblichen Gebäuden. Der letztere Umstand dürfte

durch das **Herauswandern eines Teiles der Industrie aus dem Düsseldorfer Stadtgebiete** mit veranlaßt sein. Denn tatsächlich haben sich die gewerblichen Anlagen in dem Jahrfünft des Aufschwungs überaus stark vermehrt und erweitert. Hierfür sprechen auch folgende Zahlen:

Jahr	Vom Stadtausschuß genehmigte Anträge auf Aufstellung von beweglichen Dampfkesseln		Vom Stadtausschuß genehmigte Anträge auf Aufstellung von feststehenden Dampfkesseln		Jahr	Vom Stadtausschuß genehmigte Anträge auf Aufstellung von beweglichen Dampfkesseln		Vom Stadtausschuß genehmigte Anträge auf Aufstellung von feststehenden Dampfkesseln	
1890	20		57		1896	25		50	
1891	50		25		1897	22		37	
1892	26		27		1898	38	139	66	254
1893	17	134	41	178	1899	36		60	
1894	27		52		1900	18		41	
1895	14		33		1901	19		28	

Es wurden also im Durchschnitt des Jahrfünfts 1891/95 jährlich 36 und im Durchschnitt des Jahrfünfts 1896/1900 51 feststehende Dampfkessel aufzustellen beantragt.

Im Jahre 1900 tritt dann freilich ein starker Rückgang der gewerblichen Bautätigkeit ein, wie aus vorstehender Aufstellung und Tabelle II des Anhangs sich deutlich ergibt.

Ganz anders mit der Bautätigkeit zu Wohnzwecken, die 1900, 1901, 1902 ständig zunimmt, und auch zu Beginn des Jahres 1903 ihre aufsteigende Richtung beibehalten hat. Es wurden 1902 nicht weniger als 395 Hauptgebäude, darunter 376 Wohngebäude, und im ganzen 1898 Wohnungen mit 7783 Wohnräumen neu geschaffen. Im 1. Vierteljahr 1903 entstanden allein 353 Wohnungen mit 1428 Wohnräumen gegen 222 Wohnungen mit 911 Wohnräumen im 1. Vierteljahr 1902.

Die eigentümliche Erscheinung, mit der übrigens Düsseldorf durchaus nicht vereinzelt dasteht, daß mit dem gewerblichen Aufschwung die Wohnbautätigkeit sich verlangsamt, ja so stark stockt, daß im Höhepunkte des Aufschwungs ein förmlicher Wohnungsmangel entsteht, und daß dann unter dem Einfluß der Krise die Wohnbautätigkeit erheblich znnimmt, verdient nach Ursachen und Erscheinungsform noch näher betrachtet zu werden.

In den Jahren 1898 und 1899 sind in Düsseldorf die Klagen über Wohnungsnot allgemein. Sie äußert sich nicht nur in einer

ußerordentlichen Steigerung der Mieten — von der noch zu prechen ist —, sondern in tatsächlichem Mangel an Wohnungen, der bei den Kleinwohnungen naturgemäß am fühlbarsten war.

Für das Stocken der Bautätigkeit wurden verschiedene Gründe geltend gemacht, so von seiten der Bauunternehmer und Architekten vielfach die zu hart befundenen Baubeschränkungen der Bauordnung von 1896 bezw. 1898. Von seiten der vom Wohnungsmangel betroffenen Kreise wird insofern eine ähnliche Auffassung laut, als man meinte, es mit einer Art von Boykott der Bauunternehmer zwecks Beseitigung der neuen Bauordnung zu tun zu haben.

Mag nun auch in der Tat die Hoffnung mitgespielt haben, die bekämpfte Bauordnung werde sich nicht halten, und man werde binnen kurzem eine intensivere Bebaubarkeit des Bodens erlangen, so war dies Moment doch zweifellos nicht das ausschlaggebende. Es ist dankbar anzuerkennen, daß die Verwaltung durch die von allen Seiten erfolgenden Angriffe unbeirrt an der Zonenbauordnung und ihren Baubeschränkungen festhielt. Die folgenden Jahre haben die Möglichkeit lebhaftester Bautätigkeit auch unter dieser Bauordnung dargetan.

Der wesentliche Grund für das Versagen der Bautätigkeit wird vielmehr auf dem Gebiete des Kredits zu finden sein[1]. Das Düsseldorfer Bauunternehmertum war — nicht anders wie in den meisten Städten — verhältnismäßig kapitalschwach und auf Baukredit angewiesen. Die wichtigsten Kreditgeber aber, die Hypothekenbanken, hatten nicht nur selbst mit dem Umstande zu kämpfen, daß sich das Kapital der Industrie zuwandte und Pfandbriefe abstieß, sondern sie waren im besonderen durch gewisse allzu hohe Taxen Düsseldorfer Sachverständiger — ohne direkt Verluste erlitten zu haben — mißtrauisch geworden. Eine zweite Ursache für das Zurückhalten der Bautätigkeit war zweifellos auch die große Steigerung der Baukosten bezw. der Materialpreise und Löhne. Es ist daher erklärlich, daß in der Zeit des industriellen Rückgangs die Bautätigkeit eine erhebliche Förderung erfuhr. War, wie schon erwähnt, der Bedarf nach Neubauten infolge des bisherigen Zurrückbleibens der Bautätigkeit hinter der Bevölkerungsvermehrung ein besonders lebhafter, dessen Sättigung auch bei stark vermehrter Bautätigkeit nicht sogleich zu besorgen war, so wurde dieselbe jedenfalls durch den allmählichen Rückgang bezw.

---

[1]) Vgl. hierzu Kutzer, Die Errichtung einer städtischen Hypothekenanstalt in Düsseldorf, Bericht an den VI. Internationalen Wohnungskongreß.



Stillstand der Materialpreise und Löhne und den — allerdings wegen der Hypothekenbankkrisis erst etwas später — sich wieder der Bautätigkeit reichlicher zuwendenden Kredit angeregt. Über die Hilfe, die man in Düsseldorf durch städtischen Baukredit zu gewähren suchte, ist noch zu sprechen.

III. Grundbesitz und Grundrente.

1. Grundbesitz.

Wie haben sich nun in Düsseldorf Grundbesitz, Mietpreise und Grundrente in der Zeit des gewerblichen Aufschwungs gestaltet, und wie hat die Krise auf diese Dinge eingewirkt?

Über die Verteilung des Grundbesitzes ist das vorhandene Material überaus dürftig, und leider gestattet es keinen auch nur einigermaßen genügenden Einblick in die im Laufe der Zeit eingetretenen Veränderungen.

Der Grundbesitz im unbebauten Stadtgebiet war wohl weit über die Mitte des vorigen Jahrhunderts hinaus ganz überwiegend landwirtschaftlicher Kleinbesitz mit nur einzelnen wenigen größeren Gütern. Noch heute ist in den noch rein oder überwiegend landwirtschaftlichen Außenorten der Grund und Boden stark zersplittert, und ein großer Teil desjenigen Bodens, der heute schon als Bauland in Betracht kommt, ist es ebenfalls noch, so daß die Anwendbarkeit der lex Adickes für Düsseldorf oft nicht unerwünscht wäre. Daneben hat aber doch auch eine starke Besitzkonzentration Platz gegriffen. Vor allem war es die private Spekulation, die große Flächen Bauland in einer Hand vereint hat; ein Wunder wäre es ja, wenn in einer so stark aufstrebenden Stadt wie Düsseldorf sich keine lebhafte Bodenspekulation entwickelt hätte. Leider lassen sich nur für das Ergebnis dieser Besitzkonzentration einige Daten geben auf Grund von Auszügen aus dem Material der Gemeindegrundsteuer. Hiernach gab es Anfang April 1903 an Besitzern von steuerpflichtigem unbebautem Boden:

solche mit einem Besitz von über 100 000 Mark Wert: 196
darunter " " " " " 300 000 " " 52
" " " " " " 1 000 000 " " 10.

Der Grundbesitz jener 52 Besitzer mit je über 300 000 Mark stellt einen Wert von 34 847 296 Mark, der der 10 Besitzer mit je über 1 Million Mark einen Wert von 14 810 289 Mark dar, während der gesamte steuerpflichtige unbebaute Grundbesitz für das vorangegangene

Jahr auf 84,06 Millionen Mark taxiert war. Hiervon beträgt also der Besitz der 52 größten Besitzer 41 %, der der 10 größten Besitzer allein 17½ %. Der Fläche nach dürfte allerdings die Stellung des Großbesitzes bei weitem keine so beherrschende sein wie dem Werte nach, da der noch nicht Baulandwert aufweisende Boden ganz überwiegend in kleinen Händen ist. Leider mußte eine Ermittlung des Flächeninhalts des Großgrundbesitzes aus Mangel an Zeit unterbleiben.

Bei jenem steuerpflichtigen Besitz fehlen nun aber einige gerade der größten Besitzer. So der Fiskus mit denjenigen Grundstücken, die öffentlichen Verwaltungszwecken dienen, so Stiftungen und andere charitative Anstalten mit größerem Grundbesitz usw. Vor allem aber fehlt der größte städtische Grundbesitzer, die Stadtgemeinde selbst. Die Stadt nannte am 31. März 1902 560,56 ha ihr eigen, in welcher Summe aber auch die bebauten Grundstücke und die öffentlichen Anlagen enthalten sind, sowie 63,49 ha, die außerhalb des Stadtgebietes liegen. Im Vergleich zu vielen anderen Städten ist dieser Besitz nicht sehr groß, aber die Stadt hatte keinen größeren ihr aus alter Zeit überkommenen Grundbesitz, und sie hat erst etwa im letzten Jahrfünft eine lebhaftere Grunderwerbungspolitik eingeschlagen, die über den Rahmen des Bedarfs für vorhandene Verwaltungszwecke hinausging. Der städtische Grundbesitz betrug überhaupt:

1860	103,80 ha
1871	148,80 „
1900	464,15 „
1901	498,91 „
1902	560,56 „

Der an Äckern, Wiesen, Weiden usw. insbesondere:

1871	45,76 ha	1890	56,04 ha
1877	50,03 „	1895	72,98 „
1880	52,47 „	1898	126,09 „
1885	53,71 „	1901	134,29 „

Die letztgenannten 134,29 ha sind mit 7 Millionen Mark wahrscheinlich sehr viel zu niedrig bewertet.

Über die Entwicklung der Verteilung des Hausbesitzes fehlt es ebenso an Material wie für die des Besitzes an unbebautem Lande. Wiederum müssen wir uns mit einem Gegenwartsbild begnügen, das

die erste Düsseldorfer Grundstücks- und Gebäudestatistik vom Dezember 1901 liefert.

Es betrug nämlich hiernach die Zahl der Besitzer:

von	1	bebautem Grundstück		5623	mit	5623	beb. Grundstücken
„	2	bebauten Grundstücken		928	„	1856	„ „
„	3	„	„	283	„	849	„ „
„	4	„	„	122	„	488	„ „
„	5	„	„	61	„	305	„ „
„	6—10	„	„	107	„	798	„ „
„	11—15	„	„	22	„	286	„ „
„	16—25	„	„	10	„	200	„ „
„	26—50	„	„	6	„	205	„ „
„	51—100	„	„	2	„	129	„ „
„	über 100	„	„	2	„	401	„ „
	Überhaupt			7166	„	11135	beb. Grundstücken.

Es ergibt sich hieraus, daß der Hausbesitz verhältnismäßig weniger konzentriert ist als der Landbesitz. Die 10 größten Hausbesitzer nennen immerhin 6,6 % sämtlicher Hausgrundstücke ihr eigen. Es hängt die größere Dezentralisation des Hausbesitzes damit zusammen, daß das vom Eigentümer bewohnte Einfamilienhaus noch eine ziemlich große Rolle spielt, und die Mietskaserne, die den Hausbesitzer zum Gewerbetreibenden macht, namentlich den Städten des Ostens gegenüber schwach vertreten ist[1].

Hierfür einige wenige statistische Belege.

Von den 11135 bebauten Grundstücken waren 10177 in Händen physischer Personen. Weit mehr als die Hälfte dieser Grundstücke, nämlich 5626, waren vom Eigentümer bezw. einem der Miteigentümer bewohnt. Bei 3953 sonstigen Grundstücken lebte der Eigentümer oder einer der Miteigentümer in Düsseldorf, bei 598 Grundstücken außerhalb.

Trotzdem sich auf den 11135 Grundstücken insgesamt 14725 Gebäude befinden, sind die Grundstücke durchschnittlich klein. Es entfallen auf die Größe:

bis 1 a	über 1—2 a	über 2—3 a	über 3—5 a	über 5—7 a
303	1547	2766	2886	1006

über 7—10 a	über 10 a	unbekannt	überhaupt
612	1396	619	11135.

[1] Vgl. zu diesen Fragen Eberstadt a. a. O.

Die größere Hälfte der Grundstücke ist also zwischen 2 und 5 a groß. Die Grundstücke von über 10 a dürften fast ausschließlich Fabrikgrundstücke sein. Dieser Gruppierung entspricht etwa auch die nach Wertklassen. Es waren nämlich bebaute Grundstücke zur Grundsteuer veranlagt mit:

bis 10 000 Mk.	über 10 000—20 000 Mk.	über 20 000—30 000 Mk.
844	524	832
über 30 000—50 000 Mk.	über 50 000—70 000 Mk.	über 70 000—100 000 Mk.
3796	1936	1250
über 100 000—150 000 Mk.	über 150 000—200 000 Mk.	über 200 000—300 000 Mk.
768	308	165
über 300 000 Mk.	unbekannt	überhaupt
109	603	11 135.

Die Zahl der Nur-Hausbesitzer ist keine überaus große. Unter den Hausbesitzern waren Rentner und männliche Berufslose: 488 mit 1064 Hausgrundstücken, Rentnerinnen und weibliche Berufslose 1043 mit 1427 Hausgrundstücken. Während auf einen Hausbesitzer überhaupt 1,55 Hausgrundstücke entfallen, stehen Rentner und männliche Berufslose mit 2,18 oder bei Wegfall eines, des größten Hausbesitzers 1,78 nicht sehr weit über diesem Durchschnitte, der überhaupt nur von den 80 Bauunternehmern mit durchschnittlich 3,91 und den 142 Architekten, Maurer- und Zimmermeistern mit durchschnittlich 2,35 Hausgrundstücken erheblich übertroffen wird. Aber gerade für die Angehörigen der letzteren Berufe ist der Hausbesitz überwiegend ein Übergangsstadium, sie leben nicht vom Häuservermieten, sondern vom Häuserbauen. Der Hausbesitz als Gewerbe ist demnach in Düsseldorf nur schwach vertreten.

Es gibt daher auch einen zahlreichen langjährigen Hausbesitz. Nach der schon erwähnten Grundstückszählung befanden sich Ende 1901 von den 11 135 bebauten Grundstücken im Besitze desselben Eigentümers:

unbekannt, seit wann?	seit 1901	1900	1899	1898	1897	1892—96	vor 1892
3037	628	741	753	553	413	1649	3361

Es befindet sich also ein recht beträchtlicher Teil der Häuser schon mehr als zehn Jahre in Händen desselben Eigentümers, zumal wenn man berücksichtigt, daß von den Hausbesitzern, die die Frage nach der Besitzzeit unbeantwortet gelassen haben, vermutlich der größte Teil

dies getan hat, weil der Erwerbstermin zu lange zurücklag, um ihm noch erinnerlich zu sein.

Schon die obigen Zahlen lassen die bemerkenswerte Tatsache erkennen, daß 1899 ein stärkerer Grundbesitzwechsel stattgefunden haben muß als 1900, und 1900 noch ein weit stärkerer als 1901. Genauen Aufschluß über die Entwicklung des Grundbesitzwechsels gibt jedoch das Material der 1894 eingeführten städtischen Immobilien-Umsatzsteuer.

Die Steuer, welche 1 % vom Preise der unter Lebenden veräußerten Grundstücke ausmacht, wobei bei Tauschgeschäften nur der Preis des in Düsseldorf belegenen höherwertigen Grundstücks angesetzt wird, läßt hiernach auf folgende Umsatzwerte schließen:

Rechnungsjahr	1895	26 981 300	Mark
"	1896	39 243 800	"
"	1897	42 888 900	"
"	1898	57 813 300	"
"	1899	60 228 600	"
"	1900	61 798 400	"
"	1901	46 621 500	"
"	1902	44 691 000	"

Auf das ganz außerordentliche Anschwellen der Umsätze — bei dem noch unerklärt bleibt, ob es mehr der Bodenwertsteigerung oder dem Wachsen des Grundstücksverkehrs zu danken ist — von 1895 in rapidem Tempo bis 1898, dann langsamer werdend bis 1900 — folgt 1901 ein jäher Fall und 1902 ein weiterer Rückgang.

Das Umsatzsteuermaterial ließ sich jedoch zu einer noch eingehenderen Untersuchung des Grundbesitzwechsels nach Zahl und Art der Grundstücke und der Rechtsgeschäfte verwerten. Die erforderlichen umfangreichen Auszüge und Berechnungen konnten mangels an Zeit leider nur bis zum Jahre 1898 zurück ausgeführt werden. Die Ergebnisse sind in der Tabelle III des Anhangs enthalten. Wenn die Endzahlen von den oben angeführten nicht unbeträchtlich abweichen, so liegt die Ursache einmal darin, daß für die Tabelle III das Datum der Auflassung maßgebend war, während die Steuer oft erst lange Zeit nachher vereinnahmt wird, ferner, daß sie sich auf die Kalender-, nicht Rechnungsjahre bezieht.

Bemerkenswert ist zunächst das verschiedene Verhalten des Verkehrs in unbebauten und in bebauten Grundstücken. Der freihändige

erkehr in unbebauten Grundstücken erreicht 1900 mit 95,2 ha inen Höhepunkt. Die im folgenden Jahre veräußerten 83,6 ha nd allerdings um 1½ Millionen Mark wertvoller. Es scheint also 1900 ehr entferntes Gelände und 1901 mehr baureifes Land gehandelt orden zu sein. Das Jahr 1902 steht dagegen nach Fläche wie Wert der veräußerten unbebauten Grundstücke unter seinen vier Vorgängern: die Bodenspekulation hält mit der Realisierung zurück. Die ungünstigen Erwerbsverhältnisse vermögen auch nicht eine Zwangsrealisierung größeren Umfanges herbeizuführen, wenn auch Fläche und Wert des zwangsweise versteigerten unbebauten Landes beträchtlich gestiegen ist. Es scheint aber, daß eine größere Anzahl schwacher Elemente in der Bodenspekulation bereits im Jahre 1899 ausgemerzt sind, in dem wohl erst als Folge der Überspekulation eine sehr große Anzahl von Zwangsversteigerungen erfolgte.

Anders hat sich der Wechsel in bebauten Grundstücken gestaltet. Der Zahl und dem Werte der Grundstücke nach ist hier bereis 1899 der Höhepunkt erreicht. Der Fläche nach übertrifft dagegen der Besitzwechsel von 1900 den von 1899 noch um mehr als das Doppelte. Man könnte eine Erklärung hierfür vielleicht darin finden, daß 1900 etwa schon unter dem Einfluß der Krise eine größere Anzahl von Fabriketablissements verkauft worden ist. 1901 zeigt sich auch bei den bebauten Grundstücken ein starker Rückgang, während schon 1902 entsprechend der gesteigerten Bautätigkeit auch der Hausbesitzwechsel wieder einen Aufschwung nimmt. Die Zwangsversteigerungen bebauter Grundstücke nahmen von 1898 bis 1900 nicht unerheblich ab, um 1901 eine starke Zunahme zu zeigen, während das Jahr 1902 immerhin keine Verschlechterung aufzuweisen scheint.

2. Bodenwert und Bodenrente.

Aus den Ziffern der Tabelle III Rückschlüsse auf Veränderungen der Grundstückswerte zu ziehen, ist nicht gut angängig. Es wäre hierfür zum mindesten eine bis ins einzelne gehende Zergliederung des Grundbesitzwechsels nach der örtlichen Lage der Grundstücke erforderlich. Für die allerletzten Jahre bietet ein besseres Material zur Bemessung des Grund- und Bodenwerts die seit 1900 eingeführte Gemeindegrundsteuer, die mit 2 ‰ nach dem gemeinen Wert der Grundstücke erhoben wird[1]. Nicht für alle Grundstücke erfolgt

[1] Soweit dieselben nicht, wie städtische Grundstücke, von der Steuer befreit sind.

allerdings jährlich eine Neueinschätzung, doch erfolgt dieselbe stets, sobald aus besonderen Gründen lokale Wertsteigerungen vermutet werden. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Steuer solchen zwar auch nicht immer sogleich, aber doch rascher als Wertminderungen gerecht werden wird. Doch werden im großen und ganzen die Grundstücke eher etwas zu niedrig als zu hoch eingeschätzt sein. Mit diesen Vorbehalten seien die Zahlen der drei letzten Jahre verglichen. Es betrug nämlich:

	das berichtigte Grundsteuersoll in Mk.	der besteuerte Grundwert in Mk.
1900	1 423 848	711 924 000
1901	1 466 833	733 416 500
1902	1 516 483	758 244 500

Wie weit die hiernach stattgefundene Wertsteigerung auf die Mehrbebauung zurückzuführen ist, läßt sich leider nicht feststellen (für 1902 ist schon erwähnt worden, daß der Wert der bebauten Grundstücke rund 674, der unbebauten rund 84 Millionen Mark beträgt), doch dürfte auch unabhängig hiervon unbeirrt durch die Krise eine Wertvermehrung stattgefunden haben, eine Wertvermehrung allerdings, die, wie die Zahlen über den Grundstücksumsatz beweisen, jetzt weniger gut realisiert werden kann als in den Jahren des Aufschwungs.

Eine systematische Untersuchung über die Gestaltung der städtischen Bodenwerte konnte für den vorliegenden Zweck nicht ausgeführt werden. Vielmehr muß auf das bei Brandt angeführte vom städtischen Obergeometer Herrn Walraff zusammengestellte Material über Preissteigerungen in einer Reihe von typischen Fällen Bezug genommen werden.

Die Beispiele für unbebaute Grundstücke beschränken sich allerdings auf wenige Stadtteile. Die stärksten Steigerungen weisen unter diesen die neueren zum Bahnhofe führenden Straßen auf, so Veränßerungen in der Kaiser-Wilhelmstraße aus der Zeit von 1892 bis 1895 mit Preissteigerungen von bis zu 53 Mark auf 1 qm innerhalb eines Jahres und in der Graf-Adolfstraße und Charlottenstraße mit Preissteigerungen von bis zu 72 Mark auf 1 qm in einem Jahre. Andere Stadtgegenden, die mehr ins Hintertreffen getragen sind (Hohenzollern-, Stephanien-, Karl-Antonstraße, ferner Rethelstraße) zeigen verhältnismäßig weit geringere Steigerungen.

Weit reichhaltiger sind die Zusammenstellungen über Veräußerungen bebauter Grundstücke, freilich nicht gleich beweiskräftig, da über etwa

stattgehabte bauliche Veränderungen nur in wenigen Fällen etwas mitgeteilt werden konnte.

Von den angeführten 78 Hausgrundstücken sind nur zwei, in denen keine stetige Preissteigerung verzeichnet ist. Bei dem einen Hause ist von 1886 bis 1890 ein unbedeutender Preisrückgang eingetreten, bei dem andern (in der Altstadt) ein recht beträchtlicher von 1898 bis 1900, in welch letzterem Jahre das Haus zwangsversteigert wurde. Im übrigen enthält das Verzeichnis Beispiele erheblicher Preissteigerungen aus nahezu allen bebauten Stadtteilen, wobei die Haupt-, Geschäfts- und Verkehrsstraßen (Schadowstraße, Alleestraße, auch solche der Altstadt wie Bolkerstraße usw.) naturgemäß in erster Linie stehen, aber auch reine Wohnstraßen, besonders einige, die in der Nähe der großen Anlage des Hofgartens belegen sind.

Für die hier vorliegende Untersuchung ist es von besonderem Interesse, festzustellen, daß die Bodenwertsteigerung auch nach Eintritt der Wirtschaftskrise nicht aufgehört hat. Ob das Tempo sich verlangsamt hat, läßt sich mangels genügenden Materials nicht feststellen. Es hat aber den Anschein, als äußere sich ein langsameres Fortschreiten lediglich in der vorübergehenden Verlangsamung der Umsätze (s. oben). Dagegen hat das Vertrauen in die Weiterentwicklung Düsseldorfs, also das die Eskomtierung künftiger Wertsteigerungen ermöglichende Moment, nicht nachgelassen. Jedenfalls ließen sich viele Beispiele auch für innerhalb der letzten 3 Jahre verwirklichte Bodenwertsteigerungen anführen.

Über den gegenwärtigen Stand der Bodenwerte sei nur weniges gesagt[1]:

An einzelnen wenigen Stellen im Verkehrsmittelpunkte der Stadt ist bei Eckbaustellen der Wert der Quadratrute auf etwa 14000 Mark (1000 Mark pro qm) zu schätzen. In den von diesem Punkte ausgehenden Hauptverkehrsstraßen, der Schadowstraße, der Königsallee, der Blumenstraße, kann er durchschnittlich mit 6000 bis 3000 Mark beziffert werden. Noch auf über 5000 Mark werden die Werte an einigen günstigen Plätzen der Altstadt geschätzt. Auf etwa 3000 Mark lassen sich die Werte des Hauptstraßenzuges an der südlichen Grenze der Innenstadt, der Graf-Adolfstraße (auf dem Gelände der alten

[1] Die folgenden Schätzungen verdanke ich, wie viele andere Mitteilungen, dem städtischen Obergeometer Herrn Walraff.



Bahnanlagen) und des Wilhelmplatzes am Hauptbahnhof beziffern, während die übrigen wichtigeren Straßen der Innenstadt 1500—2500 Mark aufweisen. Weiter nach außen vollzieht sich dann ein mehr oder minder schnelles Abfallen, je nachdem, ob es sich um Verkehrsstraßen, um vornehmere oder geringere Wohnstraßen handelt. In den wichtigsten Arbeiterwohnvierteln wie Oberbilk, Flingern, Derendorf betragen die Durchschnittswerte der Baustellen etwa 300—700 Mark, in dem noch ferner vom Stadtmittelpunkt belegenen Lierenfeld etwa 140 Mark, ein Preis, der auch für die besten Böden in dem Gemüsebau treibenden Außenorte Hamm bezahlt wird, während Ackerland in den anderen südlichen Außenorten mit 15 bis 20 Mark für die Quadratrute bezahlt wird. An der Ostgrenze des Stadtgebiets, am Grafenberger Wald, bestehen schon weit höhere Werte, hier liegt die Wokersche Villenkolonie mit etwa 200 Mark, und wenig weiter nach dem Stadtinnern werden an der Grafenberger Chaussee und der neuen Graf-Reckestraße schon 300 bis 400 Mark gezahlt. Ebenso sind im nördlichen Außenbezirk in der Nähe der neuen Kasernen die Werte der Baustellen schon auf etwa 400 Mark gestiegen, während die des etwas weiter hinaus gelegenen Baulands allerdings noch wesentlich abfallen.

Die Veräußerungen unbebauter Grundstücke ergaben im Jahre 1900 Durchschnittswerte, die für die einzelnen Stadtteile zwischen 92,99 Mark für 1 qm (rd. 1400 Mark für die Rute) in der nördlichen Innenstadt und 1,06 Mark für 1 qm (rd. 15 Mark für die Rute) in einer südlichen Außenortschaft schwankten.

Ein gewisser Beleg für das Steigen der Grundrente läßt sich in den Ergebnissen der Einkommens- und Ergänzungssteuerveranlagung finden. Die nachfolgenden Zahlen geben deren Hauptergebnisse für die Stadt Düsseldorf (Steuerpflichtige von über 3000 Mark Einkommen):

	Einkommen aus Grund und Boden Mk.	Sonstiges Einkommen Mk.	Grundvermögen Mk.	Sonstiges Vermögen Mk.
1892	6 824 136	39 035 391	—	—
1896	7 300 736	42 293 270	285 610 116	568 930 502
1899	9 408 013	56 867 860	373 893 274	729 199 281
1900	10 859 209	63 821 835	—	—
1902	12 405 696	67 602 181	444 337 921	838 696 916

Setzt man die Zahlen des Jahres 1896 gleich 100, so zeigen sich folgende Steigerungen:

	Einkommen aus Grund und Boden Mk.	Sonstiges Einkommen Mk.	Grundvermögen Mk.	Sonstiges Vermögen Mk.
1892	93,5	92,3	—	—
1896	100,0	100,0	100,0	100,0
1899	128,9	134,5	130,9	128,2
1900	148,8	150,9	—	—
1902	169,9	159,9	155,6	147,4

Grundvermögen und Grundrente sind hiernach im letzten Jahrzehnt außerordentlich stark gestiegen, sogar stärker als das sonstige Vermögen und das sonstige Einkommen in der Industriestadt Düsseldorf! Allerdings — und das ist höchst beachtenswert — steigt das sonstige Einkommen von 1892 bis 1900 stärker als das Grundeinkommen und nun erst erfolgt ein so geringes Fortschreiten des ersteren und eine so starke Zunahme des letzteren, daß dessen stärkere Erhöhung als Gesamtergebnis des Jahrzehnts erscheint.

Die außerordentliche Steigerung der Grundrente beruht nun nicht nur auf einer immer stärkeren Bebauung und damit besseren Verwertung des bis dahin unbebauten städtischen Bodens, sondern ebenso in einer stärkeren Ausnutzung des bebauten Bodens auf dem Wege höherer Mietpreise.

Düsseldorf hatte noch Anfang der 90er Jahre verhältnismäßig niedrige Mietpreise. Der starke industrielle Aufschwung, die steigenden Löhne, die starke Bevölkerungsvermehrung und das verhältnismäßige Zurückbleiben der Bautätigkeit hinter derselben bewirkten dann eine ganz allgemeine erhebliche Mietssteigerung, insbesondere in den Jahren 1898 und 1899. Damals sollen zweiräumige Arbeiterwohnungen durchschnittlich Mietssteigerungen um 6 Mark monatlich oder 72 Mark jährlich, also etwa um ein Drittel der Miete, erfahren haben[1]. Es wurde der durchschnittliche Satz von 10 bis 11 Mark für den Raum erreicht, der bis heute der maßgebende geblieben ist.

[1] Wie wohnen die Arbeiter in Düsseldorf? Herausgegeben im Auftrage des Aufsichtsrats des Düsseldorfer Spar- und Bauvereins, Düsseldorf 1900.

IV. Wohnungsnot und Abhilfemaßregeln.

1. Städtische Maßregeln.

Die Mietssteigerungen standen im engsten Zusammenhange mit einem starken Wohnungsmangel, der übrigens sich nicht auf Arbeiterwohnungen beschränkte, sondern auch in weiten Kreisen, insbesondere des Mittelstandes, lebhaft empfunden wurde. Der Wohnungsmangel gestattete den Hausbesitzern nicht nur die Mieten zu erhöhen, sondern auch in anderen Beziehungen ihre Bedingungen durchzusetzen, insbesondere suchten sie mit Erfolg kinderreiche Familien abzustoßen.

Die Folgen der so entstandenen Wohnungsnot hatte nächst den Mietern in erster Linie die Armenverwaltung zu tragen. Die zahlreichen obdachlos gewordenen Familien — die aber nicht als arm im armenrechtlichen Sinne betrachtet wurden — wurden in drei zu diesem Zwecke erworbenen Häusern untergebracht. Die Zahl dieser Obdachlosen betrug am 1. Oktober 1899 271. Auch ein eigentliches Obdachlosenasyl wurde in der Folge errichtet.

Die Stadtverwaltung griff jedoch auch positiv ein, um den Wohnungsmangel zu bekämpfen. Die Erleichterung des Bauens an noch nicht fertigen (nicht kanalisierten) Straßen, auch die hierher gehörige Einführung der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert haben schon Erwähnung gefunden. Das Versagen der privaten Bautätigkeit führte sodann die Stadt zu dem Schritte, selbst zu bauen. Im Jahre 1899 wurde die Errichtung von 20 Wohnhäusern auf dem Gelände der alten Gasanstalt an noch aufzuschließenden Straßen in sehr günstiger Lage beschlossen. Die Baukosten wurden einer dreieinhalbprozentigen, von der Landesversicherungsanstalt gewährten Anleihe entnommen. Die im Jahre 1901 vollendeten 20 Gebäude enthielten 141 Wohnungen und wurden alsbald von 80 städtischen Angestellten und Arbeitern, 51 nichtstädtischen Arbeitern und zehn Post- und Eisenbahnunterbeamten bezogen. Die Miete beträgt durchschnittlich 10 Mark pro Wohnraum, ist aber in Anbetracht der Größe und Ausstattung der Räume verhältnismäßig niedriger als die von Privatwohnungen. Schon früher hatte die Stadt als Verwalterin der Schiffersschen und vor allem der Adersschen Wohnungsstiftung Kleinwohnungen gebaut — für die Adersstiftung seit 1892 im ganzen 51 Häuser mit 257 Wohnungen und (April 1902) 1301 Bewohnern, allein diese Bautätigkeit kann nur insofern zu den städtischen Maß-

egeln gegen die Wohnungsnot gerechnet werden, als sie allerdings eit 1897 mit einer gewissen Beschleunigung erfolgte.

Die Stadt ergriff jedoch, außer dem eigenen Häuserbau, noch weitere Maßregeln zur Förderung der Bautätigkeit. Sie stellte eine Reihe städtischer Grundstücke zum Verkaufe aus und traf im Herbst 1899 ein Abkommen mit der Landesbank der Rheinprovinz, wonach diese den Käufern jener Grundstücke bei Verpflichtung zur sofortigen Bebauung mit 1 % tilgbare Hypotheken von 75 % des Wertes gewähren sollte, für deren letzte 15 % die Stadt Bürgschaft leisten wollte. Es kam jedoch nicht zum Abschluß solcher Beleihungsverträge, vermutlich wegen der bei Privaten äußerst unbeliebten Form der Tilgungshypothek.

Da man jedoch erkannte, daß gerade in der Frage des Baukredits eines der wichtigsten Hemmnisse der Bautätigkeit liege, so entschloß man sich, einen Schritt weiter zu gehen und selbst in die Reihe der Kreditgeber einzutreten. Die Errichtung der städtischen Hypothekenanstalt braucht, da sie wegen ihrer gewissermaßen experimentellen Bedeutung in Wort und Schrift schon wiederholt behandelt worden ist, hier nur gestreift zu werden.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloß im April 1900 die Errichtung der Anstalt und die Aufnahme einer Anleihe bis zur Höhe von 20 Millionen Mark, aus deren Mitteln Hypotheken, insbesondere Baugelddarlehen, gewährt werden sollten.

Es sind in den beiden ersten Geschäftsjahren (1. Nov. 1900 bis 31. März 1901, 1. April 1901 bis 31. März 1902) im ganzen 90 Darlehen im Gesamtbetrage von rund 3½ Millionen Mark zustande gekommen, darunter 51 Baugelddarlehen. Im Jahre 1902 hat die Ausleihetätigkeit nachgelassen. Schon im Geschäftsjahr 1901 nämlich begann das Privatkapital für Bauzwecke bedeutend flüssiger zu werden, so daß sich der bis dahin bedungene Zinsfuß von 4½ % als zu hoch erwies. Er wurde trotzdem erst 1902 auf 4 % herabgesetzt, weil man die Hauptaufgabe des Hypothekenamtes darin erblickte, nicht in normalen Zeiten, sondern bei einer Versteifung des Immobiliarkredits einzugreifen. Unter diesen Umständen hat das Hypothekenamt seine Leistungsfähigkeit zur Hebung der Bautätigkeit noch nicht recht erproben können, denn man kann die nicht nur in Düsseldorf erfolgte Verflüssigung des privaten Baukredits kaum, oder doch nur zu einem sehr geringen Bruchteil auf Rechnung des Wettbewerbs der städtischen Anstalt setzen.

Eine Einrichtung, deren Wirkung auf die Wohnungsverhältnisse ebenfalls im wesentlichen erst der Zukunft vorbehalten bleibt, ist die Errichtung eines städtischen Grundstücksfonds. Entstanden ist der Plan allerdings anläßlich der Erfahrungen der jüngsten Jahre, die die Notwendigkeit eines stärkeren Einflusses der städtischen Verwaltung auf die Bau- und Wohnungsverhältnisse, zum mindesten aber einer stärkeren Beteiligung der organisierten Allgemeinheit an den Bodenwertsteigerungen erkennen ließen.

In den Grundstücksfonds wurden alle nicht bestimmten Verwaltungszwecken dienenden Immobilien und ein schon vorhandener kleinerer „Fonds aus verkauften Grundstücken" aufgenommen, und es sollte zum Ankauf weiterer Grundstücke eine Anleihe von 5 Millionen Mark aufgenommen werden. Die Verzinsung derselben erfolgt durch Realisierung eines Teils des Wertzuwachses. Die Stadt wird wertvoll gewordene baureife Grundstücke verkaufen und wird — trotz der Verzinsung — noch in der Lage sein, dafür größere Flächen in den Außenbezirken anzukaufen und so ihren Grundbesitz ständig zu vergrößern. Der Einwand, daß damit die Stadt zum Grundstücksspekulanten werde, ist hinfällig, wenn dem Worte „Spekulant" eine tadelnde Bedeutung beigelegt wird. Denn auch die Bodenreformer wollen nicht die Wertsteigerungen des Grund und Bodens an sich beseitigen, sondern nur die Allgemeinheit davon Nutzen ziehen lassen. Im übrigen wird es freilich ganz auf die Art und Weise ankommen, wie die Stadt ihren Grundbesitz verwertet. Eine sinnlose Forderung wäre es, von der Stadt zu verlangen, daß sie etwa, um die Bodenpreise allgemein herabzudrücken, ihren Grundbesitz dauernd unter dem Verkehrswerte zum Verkauf anböte. Sie würde rasch genug ihres Grundbesitzes ledig sein und andere die Spekulationsgewinne einstecken sehen, die sie verschmäht. Auch die Forderung, die Stadt solle ihren Grundbesitz im Erbbau vergeben, verfehlt ihren Zweck, denn, indem die Stadt ihren Besitz aufgibt, ohne Kapital dafür zu erhalten, begibt sie sich gerade der Möglichkeit, durch Vermehrung ihres Grundeigentums ihre Einflußsphäre zu erweitern[1]. Das richtige Vorgehen wird vielmehr sein, daß die Stadt in der Regel den zu veräußernden Grundbesitz in angemessener Höhe zu verwerten sucht, hiervon aber bestimmte Ausnahmen macht, um in Zeiten stockender Bautätigkeit, die in zu starker spekulativer Zurückhaltung der großen Bodenbesitzer begründet

[1] Näheres in meinem Aufsatz „Erbbaurecht und städtische Bodenpolitik, Zeitschr. f. Sozialwissenschaft, 1903, S. 383 ff. u. 464 ff.



ist, neues Gelände nicht zu teuer zu erschließen, äußerstenfalls selbst zu bauen und zu mäßigen Preisen zu vermieten, oder aber durch billige Verkäufe die gemeinnützige Bautätigkeit zu unterstützen.

Den letztgenannten Weg hat die Stadt auch schon in den letzten Jahren eingeschlagen.

2. Selbsthilfe und ihre Förderung.

In Düsseldorf, als dem Sitze des Rheinischen Vereins zur Förderung des Wohnungswesens, und der Landesversicherungsanstalt „Rheinprovinz", Körperschaften, deren außerordentliche Verdienste um die Förderung des Kleinwohnungswesens und insbesondere der gemeinnützigen Bautätigkeit bekannt sind, äußerte sich die Reaktion gegen die Ende der 90er Jahre sich steigernde Wohnungsnot nicht nur in gemeindlichen Maßnahmen, sondern auch auf dem Gebiete der Selbsthilfe.

Von Bestrebungen, die mehr auf dem Gebiete der Wohltätigkeit liegen, wie der 1898 anläßlich der Wohnungsnot erfolgten Gründung des Wohnungsfürsorgevereins, der Mietbeihilfen und Einrichtungsstücke gewährt und hierbei in engem Zusammenwirken mit der Armenverwaltung vorgeht, sei hier nicht gesprochen. Wohl aber ist der gemeinnützigen Bautätigkeit, soweit sie nicht durch die Stadt und städtische Stiftungen erfolgte (s. oben), zu gedenken.

In erster Linie steht hier die Gründung des Düsseldorfer Spar- und Bauvereins im Jahre 1898. Derselbe hat bisher insgesamt 21 Häuser mit 152 Wohnungen hergestellt und trotz sehr billiger Mieten, 9 bis 9 1/2 Mark monatlich für einen Raum in seinen mustergültig gebauten Häusern in den letzten drei Jahren je 4 % Dividende verteilt.

Der Verein hat allerdings seitens Privater und Behörden reiche Unterstützung gefunden, seitens der ersteren unter anderem durch Schenkung eines Grundstücks, Gewährung billiger Hypotheken, Zeichnung von Anteilen. Seitens der Stadt wurden für den Verein im Jahre 1899 sechs Baustellen von rund 25 a an der Stahlstraße zu den etwa 25 % unter dem Wert angesetzten Preisen von 350 bezw. 375 Mark für die Quadratrute verkauft. Als Straßenbaubeitrag wurden dabei nur die Kosten der Makadamisierung berechnet. Ein Restkaufgeld ließ die Stadt an zweiter Stelle hinter einem Baugelddarlehn der Landesversicherungsanstalt eintragen. Um dem Verein die Beschaffung des weiteren Baukapitals zu ermöglichen, übernahm im Herbst 1901 die

Stadt die selbstschuldnerische Bürgschaft für den zwischen 66 ⅔ und 90 % des Gebäudewertes liegenden Betrag eines größeren Baugelddarlehns der Landesversicherungsanstalt. Endlich wurden dem Verein Ende 1902 rund 16 a städtischen Geländes an der Suitbertusstraße zu billigem Preise abgegeben.

Der Verein zählte am:

1. Jan. 1900:	513	Mitglieder	mit	645	Anteilen
1. „ 1901:	553	„	„	692	„
1. „ 1902:	611	„	„	808	„
1. „ 1903:	548	„	„	753	„

mit einer Haftsumme von 225 900 Mark.

Es scheint durch die anhaltende Ungunst der wirtschaftlichen Lage verschuldet, daß im letzten Jahre 108 Mitglieder ausgeschlossen werden mußten.

Hatte die Steigerung der Mietpreise die Kreise der festbesoldeten Beamten besonders hart betroffen, so kann es nicht wundernehmen, daß auch diese sich zur Abhilfe organisierten.

Der 1898 begründete Beamten-Wohnungsverein hatte bis 1902 9 Häuser mit 39 Wohnungen, darunter 35 mit mehr als 3 Wohnräumen errichtet.

Er zählte Mitglieder: Anfang 1901: 491 mit 491 Anteilen
„ 1902: 495 „ 495 „
„ 1903: 439 „ 442 „

und einer Haftsumme von 132 900 Mark. Auch dieser Verein hat die Unterstützung der Stadt gefunden, indem sie ihm Baustellen aus dem Gelände der alten Gasanstalt in einer Größe von rd. 45 a zu dem niedrigen Preise von 700 bezw. 750 Mark für die Quadratrute verkaufte. Die Verpflichtung, die der Verein übernehmen mußte, bei einem etwaigen Wiederverkauf der Stadt 100 Mark für die Rute nachzuzahlen, ist in jüngster Zeit praktisch geworden, da der Verein einen Teil der Grundstücke weiter verkauft hat. Die Notwendigkeit einer solchen Klausel ist damit auch für die Zukunft bewiesen. Auch hier übernahm die Stadt Bürgschaft für den zwischen 60 und 85 % des Gebäudewerts liegenden Betrag eines von der Landesversicherungsanstalt gewährten Baugelddarlehns.

Sodann wurde im Jahre 1900 auf Anregung der Eisenbahndirektion in Elberfeld ein „Staatseisenbahner-Bauverein für Düsseldorf und Umgegend" als Gesellschaft mit beschränkter Haftung begründet. Derselbe hat bisher 2 Häuser mit 5 Wohnungen in der Nachbar-

gemeinde Unterrath und 5 Häuser mit 30 Wohnungen in Düsseldorf errichtet, und 3 Häuser mit 21 Wohnungen (darunter 16 für mittlere Beamte) käuflich erworben. Die erforderlichen Hypotheken sind ihm von der Staatsbahnverwaltung bezw. der Pensionskasse derselben gewährt worden. Die Zahl der Mitglieder betrug

Anfang 1901: 187 mit 200 Anteilen
„ 1902: 287
„ 1903: 294

Auch diesem Verein hat die Stadt Anfang 1903 ein kleines Grundstück unter dem Werte verkauft. Alle 3 erwähnten Genossenschaften huldigen dem Grundsatze, ihre Häuser nur zu *vermieten*, nicht zu verkaufen.

Endlich sind auch in den Düsseldorf benachbarten und wirtschaftlich verbundenen Gemeinden einige gemeinnützige Bauvereine entstanden[1], so in Heerdt (Akt.-Ges. 1902: 8 Häuser mit 21 Wohnungen), in Rath (1902: 13 Häuser mit 32 Wohnungen), Eller und in der etwas weiteren Umgebung: Neuß und Benrath.

Von privaten *Arbeitgebern* sind, wie das angesichts der industriellen Konjunktur leicht verständlich, in den letzten Jahren, soweit bekannt, keine Arbeiterwohnungen errichtet worden. Aus früherer Zeit stammen 328 solche Wohnungen (einschl. 1 Ledigenhaus). Von behördlichen Arbeitgebern hat außer der Stadt, die die von ihr erbauten Wohnhäuser ja teilweise ihren eigenen Angestellten zur Verfügung gestellt hat, auch die Eisenbahnverwaltung neuerdings 3 Häuser für Unterbeamte und Arbeiter erbaut.

Schluß.

Fassen wir am Schlusse zusammen, welche Wirkungen die jüngste Wirtschaftskrise auf die Verhältnisse des Grund und Bodens der Stadt Düsseldorf gehabt hat, so läßt sich etwa folgendes sagen: den durch den industriellen Aufschwung in Verbindung mit dem Bevölkerungszufluß verursachten Gleichgewichtsverschiebungen ist eine wohltätige Ausgleichung gefolgt. Der stark gesteigerte spekulative Grundstücksumsatz hat nachgelassen, ohne daß übrigens die Aufwärtsbewegung der Grundstückspreise zum Stillstand gekommen wäre. Die Bautätigkeit für gewerbliche Zwecke hat einen Stillstand erfahren, um so lebhafter hat

[1] Nach der Festschrift des Rheinischen Vereins zur Förderung des Arbeiterwohnungswesens, Düsseldorf 1902.

sich, bei reichlicher fließendem Baukredit, die Wohnbautätigkeit entwickelt. Das Baugewerbe hat den Vorteil reichlicher Beschäftigung gehabt, ohne allerdings sich von den ungesunden Erscheinungen des Bauschwindels befreien zu können. Durch die starke Bautätigkeit ist dem vorhandenen Wohnungsmangel abgeholfen worden. Die Mietpreise sind zwar nicht zurückgegangen, aber auch nicht weiter gestiegen. Einrichtungen teils der Selbsthilfe, teils der kommunalen und staatlichen Verwaltung sind entstanden, die ein rechtzeitiges Eingreifen in künftigen Perioden des Aufschwungs zur Milderung von deren ungünstigen Nebenwirkungen zu gewährleisten bestimmt sind. So groß die Schäden waren, die die Krisis auf anderen Gebieten angerichtet hat — vom Standpunkte der Boden- und Wohnungspolitik muß sie in mancher Hinsicht als wohltuende Unterbrechung einer nicht unbedenklichen Entwicklung betrachtet werden!

Anhang.

Tabelle I.

Die wichtigsten Einnahmen vom Grund und Boden in Düsseldorf.

Rechnungs-jahr	Isteinnahme durch		
	Gemeindegrund- und Gebäudesteuer [1]) Mk.	Gemeinde-Immobilien-umsatzsteuer Mk.	Ortsstatutarische Beiträge Mk.
1882	232 873	—	35 074
1883	235 482	—	41 328
1884	240 758	—	82 195
1885	248 232	—	85 945
1886	254 702	—	130 662
1887	263 980	—	130 217
1888	278 054	—	190 634
1889	290 845	—	130 602
1890	302 185	—	143 665
1891	314 729	—	240 238
1892	331 183	—	308 760
1893	349 639	—	309 877
1894	402 692 [1])	8 734	329 791
1895	1 061 660	269 813	329 682
1896	1 117 733	392 438	216 499
1897	1 179 411	428 889	261 268
1898	1 225 132	578 133	423 737
1899	1 251 202	602 286	392 920
1900	1 418 141	617 984	562 955
1901	1 458 755	466 215	731 886

[1]) Bis 1894 wurde außerdem die staatliche Grund- und Gebäudesteuer erhoben.

Tabelle II.

Bauerlaubnisse in Düsseldorf.

Im Jahre	Öffentliche Gebäude	Privatwohnhäuser	Fabriken, Mühlen, Magazine, Werkstätten	Ställe, Scheunen, Schuppen, Hintergebäude	Sonstige kleine Bauten und Bauveränderungen
1881	3	192	63	155	320
1882	—	140	46	141	346
1883	—	199	41	134	410
1884	1	269	71	154	319
1885	1	272	41	156	521
1886	—	243	73	165	403
1887	—	298	75	162	500
1888	3	311	36	90	448
1889	2	324	59	134	607
1890	2	263	48	143	562
1891	1	236	71	109	616
1892	1	303	64	147	608
1893	4	342	63	113	580
1894	32	301	68	119	661
1895	7	378	113	106	741
1896	7	258	87	160	934
1897	9	210	72	163	868
1898	10	323	86	79	862
1899	8	289	65	92	1023
1900	8	331	46	100	840
1901	14	399	42	89	934
1902	12	494	46	105	975

Tabelle III. **Grundbesitzwechsel in Düsseldorf 1898—1902.**

	Kauf und Tausch			Zwangsversteigerung			Zusammen		
	Zahl	Fläche in qm	Wert in Mk.	Zahl	Fläche in qm	Wert in Mk.	Zahl	Fläche in qm	Wert in Mk.
a) Bebaute Grundstücke:									
1898	651	524 801	41 182 710	67	35 824	2 989 180	718	560 625	44 171 890
1899	833	404 253	50 484 659	46	19 931	2 570 339	879	424 184	53 054 998
1900	807	896 614	44 597 378	46	18 181	2 388 805	853	914 795	46 986 183
1901	472	284 774	30 620 398	52	25 513	3 679 416	524	310 287	34 299 814
1902	507	332 757	34 045 985	43	48 488	3 037 452	550	361 245	37 083 437
b) Unbebaute Grundstücke:									
1898	472	860 819	15 712 079	8	4 133	173 700	480	864 952	15 885 779
1899	568	920 196	14 484 218	15	7 205	814 350	583	927 401	15 298 568
1900	707	951 966	16 566 392	2	2 023	146 830	709	953 989	16 713 222
1901	694	835 777	18 066 597	5	18 127	129 800	699	853 904	18 196 397
1902	578	798 811	14 272 437	14	43 462	338 370	592	813 794	14 368 913
c) Grundstücke überhaupt:									
1898	1123	1 385 620	56 894 789	75	39 957	3 162 880	1198	1 425 577	60 057 669
1899	1401	1 324 449	64 968 877	61	27 136	3 384 689	1462	1 351 585	68 353 566
1900	1514	1 848 580	61 163 770	48	20 204	2 535 635	1562	1 868 784	63 699 405
1901	1166	1 120 551	48 686 995	57	43 640	3 809 216	1223	1 164 191	52 496 211
1902	1085	1 131 568	48 318 422	57	71 950	3 375 822	1142	1 203 518	51 694 244

Zur Bodenentwicklung Magdeburgs[1].

Von

Dr. Heinrich Silbergleit,

Direktor des Statistischen Amts der Stadt Magdeburg.

I. Geschichtliches.

Magdeburg ist eine sehr alte und doch auch sehr junge Stadt. In das früheste Mittelalter reichen ihre ersten Anfänge zurück. In der Pomarius-Chronik wird sie „die elteste Stadt im Land zu Sachsen und der anderen Stedte Haupt" genannt. Etwa um die Mitte des 16. Jahrhunderts erreicht sie den Höhepunkt ihrer ersten Entwicklung. Die großen geographischen Entdeckungen, die dem Welthandel andere Wege zuweisen, üben ihren Einfluß auch auf diesen Mittelpunkt des niederdeutschen Binnenhandels aus. Die schon seit langem bestehende Hamburgische Konkurrenz erstarkt mehr und mehr, zumal die aus der ausgesetzten politischen Stellung Magdeburgs gegenüber Kaiser und Erzbischof entspringenden kriegerischen Verwicklungen die freie wirtschaftliche Entfaltung hindern. Durch ihr unerschütterliches Festhalten an der Sache der Reformation verfällt die Stadt der Reichsacht. Kühner Widerstand — sie allein gegen den so viel mächtigeren Voll-

---

[1] S. auch Hecht, Die Magdeburger Bau- und Kreditbank, unten S. 265.

strecker derselben — erwirbt ihr glänzenden Ruhm und welthistorische Bedeutung. Freilich nicht ohne schwere materielle Einbußen. Zur Deckung der städtischen Schulden müssen neue Steuern erhoben werden. Die Besteuerung des Bieres und des Mostes wird 1555, die des Weines 1568 eingeführt. Später, insbesondere 1597, folgen schwere Heimsuchungen durch die Pest. So war denn die Bevölkerung bereits in abnehmender Entwicklung begriffen, als an jenem 10. Mai 1631 das Unglück über die Stadt hereinbrach, welches die Zeitgenossen mit dem Falle Trojas oder Karthagos verglichen haben. Noch bis zu diesem Tage war sie eine der volkreichsten und wohlhabendsten Städte der damaligen Zeit, die „weitberühmte, vornehme Stadt und Zierde des ganzen Landes“ mit mehr als 20000 Einwohnern. Die Zerstörung aber hatte von all' diesem Glanz nur einen Trümmerhaufen und ein Leichenfeld zurückgelassen. Der an 50 Stellen zu gleicher Zeit ausgebrochenen Feuersbrunst sind etwa neun Zehntel aller vorhandenen Gebäude zum Opfer gefallen. Nur langsam kehrt in das „leere Nest“ wieder Leben ein. Zehn Monate nach der Zerstörung ergibt die Feststellung der Seelenzahl nur 357 Personen. Zahlreicher kehren die Überlebenden später zurück, ziemlich lebhaft geht die wirtschaftliche Erholung vor sich und auch die Bevölkerungsentwicklung schreitet fort, wenn auch zeitweise durch Pestepidemien aufgehalten. Im Westfälischen Frieden wird der Stadt die Reichsfreiheit zugesprochen. Diese zur tatsächlichen Geltung zu bringen, vermag jedoch selbst ein Otto von Guericke, Magdeburgs größter Sohn, nicht durchzusetzen. Durch den auf dem Kloster Berge am 26. Mai 1666 geschlossenen Vergleich fällt die Stadt dem Administrator des Erzstifts zu, um nach dessen Tode mit dem Erzstift selbst in brandenburgischen Besitz überzugehen. Damit hört die politische Selbständigkeit der Stadt auf; ihre Schicksale sind seitdem verknüpft mit dem Hause Brandenburg, dem sie ihre Wiedergeburt und neue Blüte verdankt. Der Große Kurfürst läßt sich die materielle Förderung der Stadt fortdauernd angelegen sein. Er reformiert die städtische Verfassung und beschenkt die Stadt mit neuen Privilegien. Er begründet hier die zweitgrößte Niederlassung der aus ihrem Vaterlande vertriebenen Hugenotten. Unter seinem Nachfolger wird einige Jahre später die „Pfälzer“-Kolonie von aus Mannheim nach dessen Einäscherung geflüchteten Familien errichtet. Beide Kolonien erhalten eigene Gerichtsbarkeit und eigenen Magistrat zur Verwaltung ihrer kommunalen Angelegenheiten. Im Jahre 1722 beträgt die Bevölkerung — mit Ausschluß

des früheren erzbischöflichen Gebiets (d. i. des „Neuen Markts", jetzigen Domplatzes), sowie der Pfälzer und Franzosen — 9779 Seelen. Die Zahl steigt bis 1752 auf 15 338 einschließlich der Koloniebürger, aber ausschließlich des Neuen Markts. Im Jahre 1780 beläuft sich die Zivilbevölkerung einschließlich des Neuen Markts und der Turmschanze (jetzigen Friedrichstadt) auf 21 089. Als 1814 die westfälische Herrschaft endlich gebrochen war, ergab die Zählung am Ende dieses Jahres 27 861. Die im Norden angrenzende Neustadt zählte 2820, im Süden Sudenburg 561 Bewohner. Beide Vororte, die unter der Belagerung der Franzosen am meisten zu leiden hatten, wiesen schon Jahrzehnte früher eine bedeutend größere Bevölkerung auf: im Jahre 1780 Neustadt: 3814, Sudenburg 1366.

Ungeachtet einer so langen, an Ehren wie Leiden selten reichen Geschichte zeigt die Stadt in weiten Gebieten doch neue und neueste Bebauung. Drei und ein halbes Jahrhundert hindurch, von 1525 bis 1870, ja im wesentlichen schon seit Ende des 13. Jahrhunderts war das Gebiet der Altstadt unverändert geblieben, während die Bevölkerung in den letzten 50 Jahren dieses Zeitraums fortdauernd zunahm. Die Verhältnisse wurden nachgerade unerträglich. Beständiger Wohnungsmangel, Übervölkerung der Wohnungen, ungünstige Gesundheitsverhältnisse waren die sichtbaren Folgen. So mußte es als eine wahre Erlösung empfunden werden, als der die Stadt umspannende Gürtel der Festungswerke beseitigt werden konnte und ein Gebiet von nicht weniger als etwa dem halben Umfange der bisherigen Altstadt für die langersehnte bauliche Ausdehnung der Stadt freigegeben war. Damit beginnt mit einem Schlage die neue Zeit Magdeburgs.

II. Die Bevölkerungsentwicklung. Berufliche und gewerbliche Gliederung.

Durch Einverleibung kam im Jahre 1867 der Vorort Sudenburg mit einer Bevölkerung von damals rot. 6300 zur Altstadt Magdeburg hinzu, am 1. April 1886 Neustadt mit rot. 30 000 Bewohnern, am 1. April 1887 Buckau mit rot. 18 000 Bewohnern. Bei der auf die letztgenannte Eingemeindung folgenden Volkszählung vom 1. Dezember 1890 wies die Gesamtstadt auf einem Gebiet von 550 100 a eine ortsanwesende Bevölkerung von 202 234 Bewohnern auf. Die seitdem eingetretene Entwicklung ist aus den nachstehend für den Anfang eines jeden der anschließenden Jahre angegebenen Zahlen zu entnehmen.

Tabelle A.

Jahr	Bevölkerung am 1. Januar des links bezeichneten Jahres	Lebendgeborene		Sterbefälle ohne Totgeburten		Geburtenüberschuß	
		im links bezeichneten Jahr					
		absolut	in ‰ der mittl. Bevölkerung	absolut	in ‰ der mittl. Bevölkerung	absolut	in ‰ der mittl. Bevölkerung
1891	202 292	8244	40,42	4894	23,99	3350	16,43
1892	205 646	8031	39,04	5064	24,62	2967	14,42
1893	205 770	7902	38,10	5168	24,92	2734	13,18
1894	209 047	7704	36,70	5084	24,22	2620	12,48
1895	210 773	7437	34,97	4786	22,50	2651	12,47
1896	214 571	7627	35,37	4575	21,22	3052	14,15
1897	216 719	7490	34,16	4426	20,19	3064	13,97
1898	221 750	7792	34,90	4796	21,48	2996	13,42
1899	224 793	7282	32,12	4776	21,06	2506	11,06
1900	228 724	7227	31,53	4758	20,76	2469	10,77
1901	229 666	6989	30,54	4349	19,00	2640	11,54
1902	228 064	6666	29,19	3996	17,50	2670	11,69
1903	228 632	.	.	.	.	.	.

Die Bevölkerungsentwicklung war hiernach, so lebhaft sie sich vor 1890 gestaltet, in dem ganzen folgenden Jahrzehnt und bis zur Gegenwart (April 1903) eine überaus langsame; sie betrug in den einzelnen Volkszählungsperioden seit 1871 im gegenwärtigen Gebietsumfange der Stadt

von 1871—1875 durchschnittlich jährlich 1,81 %
„ 1875—1880 „ „ 2,34 %
„ 1880—1885 „ „ 3,26 %
„ 1885—1890 „ „ 5,36 %
„ 1890—1895 „ „ 1,21 %
„ 1895—1900 „ „ 1,42 %

Während die Bevölkerungszunahme zwischen 1885 und 1890 mit durchschnittlich 5,36 % für das Jahr einen Verhältnissatz aufweist, der von keiner anderen deutschen Stadt mit damals mehr als 100 000 Einwohnern erreicht worden ist, schlägt die Entwicklung im folgenden Jahrfünft geradezu in das Gegenteil um und verbleibt in der letzten Volkszählungsperiode fast in dem gleichen langsamen Tempo. Für die Zeit seit der letzten Volkszählung — d. i. vom 1. Dezember 1900 ab — lassen die in Tabelle A für Anfang 1902 und 1903 mitgeteilten Zahlen sogar einen Rückschritt der Bevölkerungszahl erkennen. Sind die beiden Zahlen vielleicht auch nicht als völlig gesicherte anzusehen, da sie nicht wie diejenigen der vorhergehenden

Jahre auf Grund der bei der späteren Volkszählung gewonnenen Erfahrung berichtigte Fortschreibungsergebnisse darstellen, so ist doch soviel gewiß, daß seit Ende 1900 mindestens Stillstand der Bevölkerungsentwicklung eingetreten ist. Dies aber ist um so bemerkenswerter, als die Reproduktionskraft selbst der doch nicht gerade normal zusammengesetzten städtischen Bevölkerungen, sofern nicht besondere Hemmnisse, wie Kriege, Epidemien, Heimsuchungen durch elementare Ereignisse usw. auftreten, schon ohne jeden Zuwanderungsgewinn eine Zunahme der Bevölkerungszahl herbeiführen muß. In den beiden Jahren 1901 und 1902 waren geboren 13655, gestorben aber nur 8345; somit ergibt sich ein Geburtenüberschuß von 5310. Um diesen Betrag hätte die Bevölkerung zunehmen müssen, auch wenn durch Zu- und Abwanderungen kein Gewinn entstanden wäre. Wenn sie aber jetzt etwa den gleichen Stand, wie schon zwei Jahre vorher aufweist, so bedeutet das nichts anderes, als daß sie in diesem Zeitraum durch Wanderungen 5000 und mehr Personen nach außen mehr abgegeben, als von da erhalten hat. Was die Ursachen dieses Wanderungsverlustes anlangt, so sind sie zunächst in der Störung des Arbeitsmarkts, in der Erschütterung weiter Gebiete der gewerblichen Produktion zu suchen, deren Folgen in typischen Bildern darzustellen eben die Aufgabe dieser Sammlung bildet. Da Anzeichen für eine Besserung des Beschäftigungsgrades häufiger werden, so dürfte, soweit diese Ursache in Frage kommt, auf einen Wandel der Verhältnisse wohl bald zu rechnen sein. Indessen ist zum Verständnis der ungünstigeren Bevölkerungsentwicklung noch auf einen anderen Bestimmungsgrund hinzuweisen: den Mangel eines genügenden Angebots an kleinen preiswerten Wohnungen, der zahlreiche Familien, auch derjenigen, die unter der Krisis wenig oder überhaupt nicht zu leiden haben, in die nähere Umgebung treibt, wo billigeres Bauland, geringe Kosten für Straßenherstellung usw. die Errichtung kleiner Wohnungen zu mäßigem Mietspreise soviel eher ermöglicht, während gut ausgebildete Verkehrsbeziehungen, vor allem die Arbeiterzüge der Eisenbahn und der Straßenbahn, ferner auch und nicht zuletzt die Benutzung des Zweirads dem städtischen Arbeiter den auswärtigen Wohnsitz leichter gestatten. Der aus der ländlichen Umgebung seiner Arbeitsstätte auf dem Rade zueilende Bauarbeiter, Maurer, Zimmerer usw. ist eine in Magdeburg nichts weniger als seltene Erscheinung. Daß nun die private Bautätigkeit für ein größeres Angebot derartiger Wohnungen sehr viel mehr als bisher Sorge tragen wird, ist kaum

anzunehmen, da die städtischen Bodenpreise und Anliegerbeiträge pp., des ferneren aber auch die gesetzlichen Beschränkungen der Möglichkeit, säumige Mietezahler zur Erfüllung ihrer Pflichten anzuhalten, eine tiefgehende Abneigung gegen die Produktion kleiner Wohnungen sehr erklärlicherweise zur Folge haben. Die städtische Verwaltung aber, die diesen Verhältnissen ihre volle Aufmerksamkeit zuwendet, vermag für vollen Ersatz unmittelbar nicht einzutreten, befördert ihn aber mittelbar durch Gewährung von Darlehen zu liberalen Bedingungen an baulustige Unternehmer, sowie durch sonstige Erleichterungen. Auch von genossenschaftlicher Seite wird die Herstellung derartiger Wohnungen fortgesetzt und mit Erfolg betrieben. Freilich ist die Gesamtwirkung nicht eine derartige, daß sie einem stetigen Bedarfszuwachs voll zu entsprechen vermöchte. Eine sehr schnelle Bevölkerungsentwicklung nach Art früherer Jahre dürfte bei der starken Vertretung gerade der Konsumenten dieser kleineren Wohnungen mit einem heizbaren Zimmer (abgesehen von Küche und nicht heizbaren Zimmern) — diese Wohnungen bilden 54,3 % aller nur zu Wohnzwecken benutzten — hiernach kaum zu erwarten sein.

Auf einen Punkt in den Erscheinungen der Bevölkerungsbewegung sei als besonders bemerkenswert noch hingewiesen: das ist der seit Anfang der neunziger Jahre zu beobachtende sehr erhebliche Geburtenrückgang. Die Zahl der Lebendgeborenen, die nach Ausweis von Tabelle A im Jahre 1891 noch 8244 betragen hatte, stellt sich im letzten Jahre (1902) nur mehr auf 6666, d. i. um 1578 oder 19,14 %, demnach fast um ein Fünftel niedriger. Noch nachhaltiger ist die entsprechende Veränderung der Geburtenziffer, d. i. der auf das Jahr und Tausend der mittleren Bevölkerung berechneten Geburtenzahl. Diese ist von 40,42 Promille in 1891 auf 29,19 Promille in 1902 herabgegangen, sonach um über ein Viertel (27,78 %). Die aus den Sterbefällen entsprechend abgeleitete Sterblichkeitsziffer zeigt nun zwar gleichfalls Abnahme: von 23,99 Promille in 1891 auf 17,50 Promille in 1902, d. i. um 27,05 %, also in fast ebensolchem Umfange wie die Geburtenziffer, doch ist diese Abnahme noch nicht groß genug, um den gleichen Geburtenüberschuß, wie früher, zu ergeben. Dieser betrug im letzten Jahr nur 11,69 gegen 16,43 Promille im Jahre 1891. Die drei Ziffernreihen — für die Geburten, Sterbefälle und für den Geburtenüberschuß — zeigen die bezeichnete Abnahmetendenz übrigens ohne nennenswerte Schwankungen den ganzen zwölfjährigen Zeitraum hindurch.

Tabelle B.

Berufsgruppen	Erwerbstätige im Hauptberuf am 14. Juni 1895						Prozentverteilung für die Erwerbstätigen der Gruppen I bis XXII	
	männlich		weiblich		überhaupt			
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	männlich	weiblich
I. Landwirtsch., Gärtnerei u. Tierzucht	1 114	1,58	542	2,15	1 656	1,73	2,08	4,68
II. Forstwirtschaft, Fischerei	37	0,05	1	0,00	38	0,04	0,07	0,01
III. Bergbau, Hütten, Salinen usw.	177	0,25	—	—	177	0,19	0,33	—
IV. Industrie der Steine und Erden	732	1,04	81	0,32	813	0,85	1,37	0,70
V. Metallverarbeitung	6 993	9,94	31	0,12	7 024	7,35	13,05	0,27
VI. Maschinen, Werkzeuge usw.	4 988	7,09	51	0,20	5 039	5,27	9,31	0,44
VII. Chemische Industrie	534	0,76	148	0,59	682	0,71	1,00	1,28
VIII. Forstwirtschaftl. Nebenprodukte usw.	571	0,81	36	0,14	607	0,63	1,06	0,31
IX. Textilindustrie	285	0,41	458	1,81	743	0,78	0,53	3,96
X. Papierindustrie	375	0,53	113	0,45	488	0,51	0,70	0,97
XI. Lederindustrie	1 063	1,51	18	0,07	1 081	1,13	1,98	0,15
XII. Industrie der Holz- u. Schnitzstoffe	3 015	4,29	69	0,27	3 084	3,23	5,63	0,60
XIII. Ind. d. Nahrungs- u. Genußmittel	5 164	7,34	1 189	4,71	6 353	6,65	9,64	10,27
XIV. Bekleidung und Reinigung	4 305	6,12	4 821	19,09	9 126	9,55	8,03	41,65
XV. Baugewerbe	5 186	7,37	13	0,05	5 199	5,44	9,68	0,11
XVI. Polygraphische Gewerbe	1 010	1,44	131	0,52	1 141	1,19	1,88	1,13
XVII. Künstler u. künstlerische Betriebe	182	0,26	15	0,06	197	0,21	0,34	0,13
XVIII. Fabrikanten, Fabrikarbeiter ohne nähere Bezeichnung	12	0,02	1	0,00	13	0,01	0,02	0,01
XIX. Handelsgewerbe	9 536	13,56	2 235	8,85	11 771	12,31	17,80	19,31
XX. Versicherungsgewerbe	986	1,40	—	—	986	1,03	1,84	—
XXI. Verkehrsgewerbe	5 668	8,06	58	0,23	5 726	5,99	10,58	0,50
XXII. Beherbergung und Erquickung	1 652	2 35	1 565	6,20	3 217	3,36	3,08	13,52
I—XXII. Zusammen: Industrie, Handel usw.	53 585	76,18	11 576	45,83	65 161	68,16	100,00	100,00
XXIII. Häusl. Dienste, wechs. Lohnarbeit	1 927	2,74	1 900	7,52	3 827	4,00		
XXIV. Militär, bürgerlicher, kirchlicher Dienst, freier Beruf	11 283	16,04	928	3,67	12 211	12,77		
XXV. Ohne Beruf u. ohne Berufsangabe	3 494	4,97	4 215	16,69	7 709	8,07		
I—XXV. Zusammen	70 289	99,93	18 619	73,71	88 908	93,00		
XXVI. Dienstboten	49	0,07	6 640	26,29	6 689	7,00		
I—XXVI. Zusammen	70 338	100,00	25 259	100,00	95 597	100,00		

Über die Berufsverhältnisse der Magdeburger Bevölkerung gibt vorstehende, auf Grund der Reichsberufszählung von 1895 aufgestellte Übersicht — Tabelle B — Auskunft. In der Tabelle sind die Erwerbstätigen im Hauptberuf jeden Geschlechts in absoluten und Verhältniszahlen nachgewiesen. Die Dienstboten sind den Erwerbstätigen in besonderer Gruppe zugerechnet, da sie bei der in Rede stehenden Kennzeichnung des Arbeitslebens Anspruch auf Berücksichtigung haben, da ferner ihr Anteil nicht ohne Bedeutung für die allgemeine soziale Charakteristik der Bevölkerung ist. Ohne diese Berücksichtigung wäre der auf eigene Arbeit angewiesene Teil der weiblichen Bevölkerung durchaus unvollständig bestimmt. Von der gesamten im Berufsleben stehenden männlichen Bevölkerung entfällt nach Tabelle B der höchste Anteil mit 16 % auf die die freien Berufsarten, Beamte, Lehrer, Militär pp. umfassende Gruppe XXIV. Hierauf folgt mit 13,56 % das Handelsgewerbe, weiter mit 9,94 % Metallverarbeitung, mit 8,06 % das Verkehrsgewerbe, mit 7,37 % das Baugewerbe, mit 7,34 % die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel, mit 7,09 % die Maschinenindustrie usw. Rechnet man letztere der Metallverarbeitung hinzu, so erhält man in der Summe im wesentlichen die gesamte Metallindustrie, welche hiernach mit 17,03 % noch den vorhin genannten Höchstanteil der Gruppe XXIV (freie Berufsarten) übertrifft. Beim weiblichen Geschlecht tritt mit 26,29 % am meisten der Anteil der Dienstboten hervor, nächstdem mit 19,09 % Bekleidung und Reinigung. Von dem mit 16,69 % dann folgenden Anteil der Personen ohne Beruf oder ohne Berufsangabe kommen 9,60 % allein den von eigenem Vermögen oder Pensionen lebenden Frauen zu.

Beschränkt man die Betrachtung auf die produktiv tätigen Berufe, d. i. auf die Gruppen I—XXII, so entfällt nach den dafür berechneten Verhältnisziffern der beiden letzten Spalten von Tabelle B der Höchstanteil für das männliche Geschlecht auf das Handelsgewerbe: 17,80 %, ein Betrag, der von der bei Zusammenfassung der Metallverarbeitung (13,05 %) und Maschinenindustrie usw. (9,31 %) sich ergebenden Ziffer von 22,36 % allerdings noch erheblich übertroffen wird; weiter sind hervorzuheben: Verkehrsgewerbe mit 10,58 %, Baugewerbe mit 9,68 %, Industrie der Nahrungs- und Genußmittel mit 9,64 %, Bekleidung und Reinigung mit 8,03 %. Der letzteren Berufsgruppe gehören von den gewerblich tätigen Frauen nicht weniger

als 41,65 % an, daneben aber ist der Umfang ihrer Betätigung im Handelsgewerbe mit 19,31 % besonders bemerkenswert.

Beziehen sich die vorstehend behandelten Zahlen auf die subjektive Berufstätigkeit der am Orte gezählten Personen, so wird die objektive Kenntnis der gewerblichen Verhältnisse durch die Betriebsstatistik, der der Betrieb als Zähleinheit zugrunde liegt, vermittelt. Einige Hauptergebnisse werden in Tabelle C auf Grund der besonderen Bearbeitung mitgeteilt, welcher der Unterzeichnete das bei der Reichsgewerbezählung von 1895 gewonnene, in Abschrift zurückbehaltene Material der Stadt Magdeburg unter Einbeziehung gewerbesteuerlicher Merkmale unterworfen hat[1].

Aus der bezeichneten Tabelle seien hier nur einige Feststellungen bezüglich der steuerpflichtigen Betriebe hervorgehoben. Die meisten dieser letzteren stellt das Handelsgewerbe: 44,56 %, es folgen: Industrie der Nahrungs- und Genußmittel 11,41 %, Beherbergungs- und Erquickungsgewerbe 8,62 %, Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe 7,79 %, Metallverarbeitung 5 14 %, Industrie der Holz- und Schnitzstoffe 5,02 %, Baugewerbe 4,28 % usw. Entsprechend der nach der Natur des Gewerbes sehr verschiedenen Tendenz zur Konzentration zu Großbetrieben ist die Verteilung der — unabhängig von ihrem Wohnsitz in der Stadt oder auswärts — im hiesigen Gewerbe tätigen Personen eine von der Verteilung der Betriebe selbst sehr abweichende. Den Höchstanteil aller im steuerpflichtigen Gewerbe beschäftigten Personen weist mit 28,55 % die Maschinenindustrie usw. auf; nach dieser folgt mit 22,11 % Beschäftigten das Handelsgewerbe, welches doch selbst an steuerpflichtigen Betrieben über zwölfmal so reich ist; weiter schließt an: die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel 13,47 %, das Baugewerbe mit 7,63 %, das Beherbergungs- und Erquickungsgewerbe mit 4,91 % usw. Am Ertrag endlich der gesamten gewerblichen Produktion — soweit für ihn die Gewerbesteuerleistung als maßgebend angesehen werden kann — ist mit 49,51 % am meisten wiederum das Handelsgewerbe beteiligt, dann folgen mit 12,49 % die Maschinenindustrie usw., mit 11,47 % die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel, so daß für alle anderen 17 Gewerbegruppen nur mehr der Anteil von 26,53 % verbleibt.

---

[1] Vgl. Silbergleit: Magdeburgs Industrie, Handwerk und Handel. Mit Anhang: Zur Gewerbesteuerreform. Magdeburg 1901.



Tabelle C.

Gewerbegruppen	Zahl der		Insbesondere Zahl der		Veranlagungssoll der Gewerbesteuer (100 %)
	Betriebe	darin beschäftigten Personen	gewerbesteuerpflichtigen Betriebe	darin beschäftigten Personen	Mk.
a) Absolute Zahlen.					
I. Gärtnerei und Blumenbinderei	107	274	34	120	680
II. Fischerei, Tierzucht	14	20	—	—	—
III. Bergbau usw.	—	—	—	—	—
IV. Industrie der Steine und Erden	47	950	33	924	2 740
V. Metallverarbeitung	403	2 121	271	1 871	7 568
VI. Industrie der Maschinen, Instrumente, Apparate	299	12 837	189	11 609	45 526
VII. Chemische Industrie	43	411	35	395	5 892
VIII. Industrie der Leuchtstoffe, Seifen, Fette, Öle usw.	36	721	33	718	[1]8 465
IX. Textilindustrie	109	864	29	767	2 932
X. Papierindustrie	72	411	45	366	1 330
XI. Lederindustrie	257	919	80	624	2 396
XII. Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	640	2 522	265	1 830	7 132
XIII. Industrie der Nahrungs- und Genußmittel	828	7 061	602	6 637	41 826
XIV. Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe	5 252	8 406	411	2 250	9 086
XV. Baugewerbe	518	4 262	226	3 762	10 449
XVI. Polygraphische Gewerbe	75	1 353	60	1 826	5 658
XVII. Künstlerische Gewerbe	33	225	18	194	640
XVIII. Handelsgewerbe	4 467	18 712	2350	10 897	[2]180 531
XIX. Versicherungsgewerbe	114	1 074	46	918	7 970
XX. Verkehrsgewerbe	664	2 866	98	1 602	8 870
XXI. Beherbergungs- und Erquickungsgewerbe	648	2 789	455	2 420	14 911
Stadt Magdeburg überhaupt	14 620	68 798	5275	40 900	[illegible]04 602

b) In Hundertteilen.

I. Gärtnerei und Blumenbinderei	0,73	0,43	0,64	0,24	0,19
II. Fischerei, Tierzucht	0,10	0,03	—	—	—
III. Bergbau usw.	—	—	—	—	—
IV. Industrie der Steine und Erden	0,32	1,49	0,63	1,88	0,75
V. Metallverarbeitung	2,75	3,32	5,14	3,80	2,08
VI. Industrie der Maschinen, Instrumente, Apparate	2,04	20,12	3,58	23,55	12,49
VII. Chemische Industrie	0,29	0,65	0,66	0,80	1,62
VIII. Industrie der Leuchtstoffe, Seifen, Fette, Öle usw.	0,25	1,13	0,63	1,46	2,32
IX. Textilindustrie	0,75	1,36	0,55	1,56	0,80
X. Papierindustrie	0,49	0,65	0,85	0,74	0,36
XI. Lederindustrie	1,76	1,44	1,52	1,27	0,66
XII. Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	4,38	3,95	5,02	3,71	1,96
XIII. Industrie der Nahrungs- und Genußmittel	5,66	11,07	11,41	13,47	11,47
XIV. Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe	35,91	13,18	7,79	4,56	2,49
XV. Baugewerbe	3,54	6,68	4,28	7,63	2,87
XVI. Polygraphische Gewerbe	0,51	2,12	1,14	2,69	1,55
XVII. Künstlerische Gewerbe	0,23	0,35	0,25	0,39	0,18
XVIII. Handelsgewerbe	30,54	21,49	44,56	22,11	49,51
XIX. Versicherungsgewerbe	0,78	1,68	0,87	1,86	2,18
XX. Verkehrsgewerbe	4,54	4,49	1,86	3,37	2,43
XXI. Beherbergungs- und Erquickungsgewerbe	4,43	4,37	8,62	4,91	4,09
Stadt Magdeburg überhaupt	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00

[1] Mit Einschluß von zwei Betrieben aus Gruppe XVIII.

[2] Mit Ausschluß von zwei Betrieben. Vgl. Anmerkung 1.

Der Handel, insbesondere Zuckerhandel, Getreide-, Futter- und Düngemittelhandel und -Kommission, Geldhandel usw., Versicherungsgewerbe, die Maschinenindustrie (Maschinenbau usw.), die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel (Chocoladefabrikation, Zuckerraffinerien, Spritfabrikation), Verkehrsgewerbe sind nach allem die hauptsächlichsten Träger und Vertreter der Eigenart des Magdeburger gewerblichen Lebens. Über die nähere Gestaltung dieser Verhältnisse, insbesondere über die Größengliederung der Betriebe, über den Umfang der Steuerpflicht und die Bedeutung derselben in den einzelnen Gewerbearten gibt die bezeichnete Veröffentlichung eingehende Auskunft.

III. Das Stadtgebiet.

	a
Das gesamte Stadtgebiet umfaßte am Ende des Geschäftsjahres 1901	554 893
Davon waren:	
a) bebaut mit Häusern (einschließlich Hofräume und Hausgärten)	82 564
b) Wege, Straßen, öffentliche Park- und Gartenanlagen, Begräbnisplätze	87 889
c) Wasserfläche	29 876
Die noch unbebaute, teilweise land- und forstwirtschaftlich benutzte Fläche umfaßt somit	354 564

Besonders hervorzuheben ist die von öffentlichen Park- und Gartenanlagen in Anspruch genommene Fläche; sie umfaßt 25 564 a, von denen 22 864 im Besitz der Stadt, 2700 a des Staats stehen. An ganz oder teilweise mit Bäumen bepflanzten Straßen weist die Stadt 89 auf. Die Länge der mit Bäumen bepflanzten Straßen und Straßenteile beläuft sich auf 55 890 m.

Von der oben angegebenen Gesamtfläche des Stadtgebiets entfallen:

auf den Stadtteil	Buckau	(1896)	rot.	30 543 a
„ „ „	Neustadt	(1896)	„	183 329 „

Die Grenzen des Stadtgebiets sind aus nachstehender Zusammenstellung zu entnehmen:

	Gemeinde	Bevölkerung am 1.Dez.1900
im Osten:	Lostau	568
„ „	Biederitz mit Heyrothsberge	1 905
„ „	Cracau	3 912
„ Süden:	Fermersleben	4 245
„ „	Lemsdorf	811
„ „	Kl.-Ottersleben	1 939
„ Westen:	Diesdorf	2 671
„ „	Olvenstedt	4 182
„ „	Ebendorf	1 033
„ Norden:	Barleben	4 105
„ „	Rothensee	1 241
Zusammen die 11 unmittelbar angrenzenden Gemeinden		26 612

Die bezeichneten Gemeinden treten ohne natürliche Abgrenzung unmittelbar an das Weichbild der Stadt heran. Insgesamt liegen im Umkreis von 10 km vom Verkehrsmittelpunkt der Stadt (Alter Markt) 35 Gemeinden mit einer Gesamtbevölkerung bei der letzten Volkszählung am 1. Dezember 1900 von rot. 54 500 Seelen.

Sind der Bebauung natürliche Grenzen nicht gezogen, so bestehen doch auch noch nach dem Fortfall der Festungsrayons die Rayonbeschränkungen der Forts. Die letzteren sind in der Mehrzahl in den mehr peripherischen westlichen Teilen der Stadt belegen, sie sind somit, abgesehen von gewissen Einwirkungen auf die Feststellung der Baufluchtlinien in diesen Gebieten fürs nächste noch nicht von sehr einschneidender Bedeutung. Anders dagegen die Abschnürung der Altstadt in ihrer überwiegenden Längenausdehnung durch den im Westen vorgelagerten Eisenbahnkörper und die angrenzenden Glacisanlagen; sie bewirken es, daß der westlich dieses Eisenbahngeländes belegene Stadtteil Wilhelmstadt, der nach dem Fortfall der Festungsrayonbeschränkungen im Südwesten in sehr lebhafter Entwicklung begriffen ist, in einer Länge von fast 1,5 km jeder Querverbindung mit der Altstadt entbehrt. Eine solche durch Unter- oder Überführung herzustellen, wird trotz der sehr bedeutenden Kosten schließlich doch Aufgabe einer möglichst nahe herbeizuwünschenden Zukunft sein.

Verdankt die ebengenannte Wilhelmstadt ihre schnell fortschreitende Bebauung den vor mehr als einem Jahrzehnt gefallenen westlichen Rayonbeschränkungen, so war der Altstadt die Möglichkeit der Ausbreitung schon zwei Jahrzehnte früher gegeben: durch die mit den

neueren Anschauungen der Kriegswissenschaft endlich zur Reife gelangte Aufgabe der Befestigungswerke, zuerst (1870) im Süden und Südwesten und später (1888) im Norden der Stadt. In die Zwischenzeit fallen die schon erwähnten Einverleibungen der Städte Neustadt im Norden und Buckau im Süden (1. April 1886 bezw. 1887). Die nähere Darstellung der Entwicklung des Stadterweiterungsgebietes bleibt zweckmäßig dem unten folgenden speziellen Teil der Untersuchung vorbehalten.

So ist denn die Stadt wesentlich infolge der der neueren Zeit angehörigen Gebietserweiterungen zu ihrer jetzigen Ausdehnung über eine Fläche von 5549 ha gelangt. Um die innere Stadt — die der Stromelbe folgende Altstadt — gruppieren sich im Süden Buckau und Sudenburg, im Westen Wilhelmstadt, im Norden die Neustadt, sämtlich linkselbisch. Auf dem rechten Ufer zwischen der Stromelbe und dem etwa in der Längenausdehnung der gesamten Stadt sich erstreckenden Arme der „Alten Elbe“, demnach als Inselland, folgen in der Richtung von Süd nach Nord das Rote Horn mit dem Stadtpark, der Stadtmarsch mit der Zitadelle, der kleine Werder, die beiden letzteren auf der Halbinsel, die durch die von der Stromelbe nach Süden abzweigende Zollelbe und den an sie anschließenden Zollhafen gebildet wird. Weiter schließt zwischen Zollelbe und Alter Elbe der Große Werder, endlich am anderen Ufer der Alten Elbe die Friedrichstadt an. Das rechtselbische, nach seinem Bevölkerungsanteil übrigens weit zurücktretende Gebiet ist durch die etwa in der Mitte des stadtseitigen Stromlaufs belegene Strombrücke, die im Zuge derselben folgende Zollbrücke (über die Zollelbe) und die Langebrücke (über die Alte Elbe) mit der Altstadt verbunden. Ein neuer monumentaler Übergang über die Stromelbe, die „Königsbrücke“, deren feierliche Einweihung in den nächsten Tagen (4. Mai 1903) bevorsteht, ist im Norden der Stadt geschaffen. Eine weitere Monumentalbrücke ist im Süden der Stadt geplant.

IV. Die Bauordnung vom 20. Januar 1896/1. April 1898.

Der ungesunden Bodenspekulation, wie sie sich in früheren Jahren in bedenklichster Weise geltend gemacht, einen Riegel vorzuschieben, zugleich die Förderung wohnungshygieinischer Interessen sicher zu stellen, ohne der gewerblichen Entwicklung Schranken zu setzen, das ist vor allem das Ziel der zur Zeit gültigen Bauordnung vom 20. Januar 1896 und des Nachtrags vom 1. April 1898. Diese Bauordnung unterscheidet:

A. Die Altstädtische Bebauung, deren wesentlichste Merkmale die folgenden sind:

a) Gebäude dürfen die Höhe von 20 m nicht überschreiten. An Straßen, welche nicht mehr als 9 m Breite besitzen, ist eine Höhe der Gebäude von 1¼ der Straßenbreite zulässig.

b) Der Hofraum muß umfassen: mindestens ein Drittel, bei Eckhäusern ein Viertel der Gesamtfläche des ganzen Grundstücks, zu welcher Vorgärten nicht zu rechnen sind. Außerdem muß der Hof eine Mindestbreite, sowie eine Mindestlänge von 9 m besitzen, sofern keins der den Hof begrenzenden Gebäude über dem Erdgeschoß mehr als zwei Stockwerke hat; besteht aber eins der den Hof begrenzenden Gebäude aus Erdgeschoß und drei Stockwerken, so muß der Hof eine Breite und Länge von mindestens 11 m haben. Mit einer Überdachung, insbesondere einem Glasdache, dürfen die in Gemäßheit dieses Paragraphen anzulegenden Hofräume nicht versehen werden.

In einem Gebäude dürfen einschließlich der Keller, Erd- und Dachgeschosse nicht mehr als drei zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmte Vollgeschosse angelegt werden.

Die Altstädtische Bebauung, d. i. diejenige, die durch die frühere Verordnung vom 24. November 1893 für den gesamten Gemeindebezirk eingeführt wurde, gilt nunmehr nur für die Altstadt, sowie für von der Baufluchtlinie zu berechnende 40 m tiefe Streifen an einigen Straßen der Außenstadtteile.

B. Äußere Bebauung mit Altstädter Hofgrößen, zulässig im überwiegenden Gebiete von Buckau, Sudenburg, Neustadt, der Nordfront, des Werders und der Friedrichstadt:

Die Gebäudehöhe darf 16 m nicht übersteigen.

C. Äußere Bebauung mit erweiterten Hofgrößen in meist noch unbebauten Gebieten der Außenstadtteile:

Der Hofraum muß umfassen: mindestens 6/12, bei Eckhäusern 5/12 der Gesamtfläche des Grundstücks. Bei Eckgrundstücken, welche keine zu Wohnzwecken bestimmte Hinter- oder Seitengebäude haben, ist ein Hofraum von 4/12 der Gesamtfläche zulässig. Vorgärten, welche in einem Bebauungsplan vorgesehen sind, werden bei Berechnung der Hofflächen nur insoweit mitgerechnet, als ihre Tiefe das Maß von 3 m überschreitet. Außerdem muß der Hof eine Mindestbreite sowie eine Mindestlänge von 9 m besitzen.

D. Äußere Bebauung mit Bauwich, gleichfalls für vornehmlich noch unbebaute Gebiete von Wilhelmstadt, sodann des Geländes zwischen Sudenburg und Buckau.

Es dürfen nur Gebäude errichtet werden, welche ausschließlich oder zum überwiegenden Teile Wohnzwecken dienen. Die Einrichtung von Geschäftsläden und Schankräumen an den Straßenfronten und von Werkstätten kleineren Umfangs an den Seiten- und Hinterfronten ist gestattet.

Geschlossene Fronten dürfen die Länge von 40 m nicht übersteigen.

Abgesehen von den Nebenanlagen (Nebengebäude für Wirtschaftszwecke, Kutscher, Dienstpersonal u. dergl.) muß jedes Gebäude von der Nachbargrenze mindestens 5 m entfernt bleiben und mindestens 10 m Abstand von dem nächsten Gebäude (Bauwich) haben.

Sämtliche an diesem Bauwich gelegene Räume dürfen als Wohnräume benutzt werden, sofern sie im übrigen den an solche zu stellenden Anforderungen entsprechen.

E. Fabrikbebauung in um vorhandene Gleisanlagen gruppierten Gebieten von Neustadt, Wilhelmstadt, Sudenburg, Buckau und dem Gelände zwischen den beiden letzteren Stadtteilen:

Fabrikgebäude und Lagerhäuser dürfen bis zu einer Höhe von 22 m aufgeführt werden und unterliegen der für Wohngebäude hinsichtlich der Anzahl der übereinanderliegenden Geschosse vorgeschriebenen Einschränkung nicht.

Sollten für einzelne Teile der Fabrikanlage größere Höhen erforderlich werden, so unterliegt deren Genehmigung dem Ermessen der Polizeiverwaltung.

Die Länge und Breite von Höfen, an welchen nur Fabrik- oder Geschäftsräume liegen, muß mindestens 7 m, und falls das Gebäude mehr als 15 m Höhe hat, mindestens 9 m betragen.

Die Außenwände können in Holz- oder Eisenkonstruktion bezw. Wellblech u. dergl. auch ohne Ausmauerung errichtet werden, sobald die Gebäude von der Nachbargrenze und anderen Gebäuden mindestens 5 m entfernt oder durch eine Brandmauer getrennt sind. Die Höhe von Gebäuden in Holzkonstruktion ohne Ausmauerung darf das Maß von 6 m nicht übersteigen.

Daß die Wirkungen dieser Bestimmungen den an sie geknüpften Erwartungen je länger um so mehr entsprechen werden, ist anzunehmen. Bei der verhältnismäßig kurzen Zeit ihres Bestandes läßt sich ziffernmäßiger Nachweis dafür freilich noch nicht erbringen, zumal nach den gleichen Richtungen noch andere Umstände wirksam geworden sind, so in Ansehung der Sterblichkeitsminderung: die oben behandelte Abnahme der Geburtenziffer, hinsichtlich der Rückkehr zu angemesseneren Bodenpreisen: die durch die Erschließung weiterer Bebauungsgebiete geschaffenen, in einem späteren Abschnitt noch zu besprechenden Verhältnisse.

Nur eines sei noch hervorgehoben: man ist leicht versucht, für die gegenwärtige Knappheit der kleinen Wohnungen die die Ausnutzung des Bodens beschränkenden Bestimmungen der Bauordnung verantwortlich zu machen. Indessen vermag die städtische Verwaltung dieser immerhin möglichen besonderen Wirkung durch Gewährung von billigen Baugeldern, Ermäßigung der Anliegerbeiträge usw. doch wiederum zu begegnen, ohne von den eigentlich erstrebten Zielen etwas preiszugeben.

V. Die Lasten des Grundbesitzes.

a) Grund- und Gebäudesteuer.

Für die Besteuerung maßgebend ist z. Zt. noch die staatlich veranlagte Grund- und Gebäudesteuer, von welcher seit Inkrafttreten des Kommunalabgabengesetzes die in den nachstehenden Übersichten — Tabelle D und E — enthaltenen Zuschläge (Sp. 6 bezw. 10) erhoben wurden.

Die Zuschläge zur Grund- wie zur Gebäudesteuer haben demnach in den letzten Jahren fortdauernd erhöht werden müssen. War man 1895—1897 noch mit 133 ⅓ % des staatlichen Veranlagungssolls ausgekommen, so sah man sich 1898 schon zu einer Erhöhung auf 139 % veranlaßt. Die Ziffer stieg weiter für 1901 auf 150, im folgenden Rechnungsjahre auf 169 ¾ und für das laufende — vom 1. April 1903 bis 31. März 1904 — auf 180 %. Der für die Besteuerung des unbebauten Grund und Bodens maßgebende Reinertrag beruht bekanntlich auf um mehr als 40 Jahre (1861) zurückliegenden Festsetzungen. Seit 1895 weist das Veranlagungssoll der Grundsteuer (100 %) entsprechend der fortschreitenden Bebauung naturgemäß einen Rückgang auf. Setzt man den Betrag dieses für 1895 maßgebenden Veranlagungssolls (26 977 Mark) gleich 100, so stellt sich die entsprechende Zahl für 1902 auf 95,67. Indessen ist durch die Erhöhung der Zuschläge eine Steigerung des Gesamtaufkommens an Gemeindegrundsteuer von 35 831 Mark im Jahre 1895 auf 43 752 Mark im Jahre 1902, demnach um rund 8000 Mark herbeigeführt.

Das staatliche Veranlagungssoll der Gebäudesteuer, welches gebildet wird aus 4 % des Nutzungswerts der Wohnräume und 2 % desjenigen der gewerblichen Räume — wobei der Bestimmung des Nutzungswerts die zuletzt (1892—1894) ausgeführten Ermittelungen zugrunde liegen —, weist von 1895 bis 1902 eine Zunahme um 11,87 % auf. Die Steigerung des der Gemeindebesteuerung zugrunde liegenden Veranlagungssolls ist unter dem Einfluß der höheren Zuschläge eine wesentlich größere. Setzt man dieses Veranlagungssoll (Sp. 11 in Tab. E.) für 1895 gleich 100, so stellt es sich in den folgenden Jahren auf 100,86, 101,76, 107,89, 109,79, 112,59, 123,61 und 142,42. Von 1895 bis 1902 betrug die Zunahme demnach nicht weniger als 42,42 %. Da an dieser Steigerung auch die Neubauten beteiligt sind, so kann die Ziffer für die individuelle Zunahme

Tabelle D.

Die Grundsteuer 1895—1902.

Rechnungsjahr	Steuerpflichtige Liegenschaften		Reinertrag	Jahresbetrag der Grundsteuer	Als Gemeindesteuer wurden erhoben ... % des staatlichen Veranlagungssolls		Isteinnahme	Setzt man den Jahresbetrag der Grundsteuer (Sp. 5) im Jahre 1895 = 100,00, so ergeben sich für die folgenden Jahre nachstehende Ziffern
	Anzahl der Parzellen	Flächeninhalt a	Mk.	Mk.	%	Betrag Mk.	Mk.	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1895	4609	368 363,68	281 766	26 977	133 1/3	35 970	35 831	100,00
1896	4606	365 873,77	279 782	26 788	133 1/3	35 717	35 618	99,30
1897	4730	363 777,17	277 483	26 567	143 1/3	35 423	35 324	98,48
1898	4656	361 464,27	276 902	26 394	139	36 688	36 511	97,84
1899	4641	357 553,00	273 244	26 161	139	36 364	36 320	96,98
1900	4662	356 119,89	272 054	26 047	139	36 206	36 140	96,55
1901	4764	354 989,58	271 283	25 974	150	38 960	38 802	96,28
1902	4730	352 883,93	269 568	25 809	169 3/4	43 812	43 752	95,67

Tabelle E.

Die Gebäudesteuer 1895—1902.

Rechnungsjahr	Anzahl der steuerpflichtigen		Jährlicher Nutzungswert der			Jahresbetrag der Gebäudesteuer der			Als Gemeindegebäudesteuer wurden erhoben		Isteinnahme	Setzt man den Jahresbetrag der Gebäudesteuer (Sp. 9) im Jahre 1895 = 100,00, so erhält man für die folgenden Jahre nachstehende Ziffern
	Grundstücke	Gebäude	Wohnräume Mk.	gewerblichen Räume Mk.	zusammen Mk.	Wohnräume (zu 4%) Mk.	gewerblichen Räume (zu 2%) Mk.	zusammen Mk.	%	Betrag Mk.	Mk.	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1895	6086	16 051	19 647 599	3 565 435	23 213 034	775 511	65 833	841 344	133 1/3	1 121 790	1 118 078	100,00
1896	6149	16 174	19 801 022	3 618 734	23 419 756	782 450	66 098	848 548	133 1/3	1 131 398	1 134 305	100,86
1897	6208	16 386	19 854 752	3 703 573	23 558 325	790 087	66 033	856 120	133 1/3	1 141 493	1 148 822	101,76
1898	6311	16 583	20 494 960	3 763 220	24 258 180	803 673	67 074	870 747	139	1 210 339	1 219 456	103,49
1899	6393	16 763	20 865 883	3 799 918	24 665 801	818 322	67 760	886 082	139	1 231 653	1 243 470	105,32
1900	6514	17 008	21 396 517	3 883 320	25 279 837	839 538	69 122	908 660	139	1 263 037	1 269 774	108,00
1901	6597	17 261	21 759 861	3 961 967	25 721 828	854 111	70 288	924 399	150	1 386 598	1 397 643	109,87
1902	6697	17 500	22 146 793	4 043 578	26 190 371	869 388	71 785	941 173	169 3/4	1 597 642	1 612 656	111,87

der Steuerlast nicht maßgebend sein. Für diesen Zweck ist lediglich die Zunahme des Gemeindezuschlags in Betracht zu ziehen. Geschieht dies, so erhält man für jene Steigerung die Ziffer 27,31 %; um diesen Betrag hat demnach die Steuerlast des bebauten Grund und Bodens im einzelnen zugenommen.

Die kommunale Inanspruchnahme der übrigen direkten Steuern ergibt sich für die Zeit seit Inkrafttreten des Kommunalabgabengesetzes aus nachstehender, schon 1903 berücksichtigenden Zusammenstellung.

Rechnungsjahr	Als Gemeindesteuer wurden erhoben vom staatlichen Veranlagungssoll der			
	Einkommensteuer	Grund- und Gebäudesteuer	Gewerbesteuer	Betriebssteuer
1895	112½	133⅓	133⅓	133⅓
1896	112½	133⅓	133⅓	133⅓
1897	112½	133⅓	133⅓	133⅓
1898	117	139	139	139
1899	117	139	139	139
1900	117	139	139	139
1901	125	150	150	150
1902	134⅓	169¾	169¾	169¾
1903	140	180	180	180

Bezogen auf die Ziffern von 1895 gestalten sich die der folgenden Jahre demnach wie folgt:

Rechnungsjahr	Als Gemeindesteuer wurden erhoben vom staatlichen Veranlagungssoll der			
	Einkommensteuer	Grund- und Gebäudesteuer	Gewerbesteuer	Betriebssteuer
1895	100,00	100,00	100,00	100,00
1896	100,00	100,00	100,00	100,00
1897	100,00	100,00	100,00	100,00
1898	104,00	104,25	104,25	104,25
1899	104,00	104,25	104,25	104,25
1900	104,00	104,25	104,25	104,25
1901	111,11	112,50	112,50	112,50
1902	119,40	127,31	127,31	127,31
1903	124,44	135,00	135,00	135,00

Während sonach die Einkommensteuer im Rechnungsjahr 1903 zur Deckung des kommunalen Finanzbedarfs um 24,44 % stärker, als

es noch 1895 der Fall war, herangezogen wird, stellt sich diese Zunahme bei den Realsteuern mit 35,00 % nicht unwesentlich höher.

Die Einführung der Besteuerung des Grundbesitzes nach dem Maßstabe des gemeinen Werts steht für die nächste Zukunft bevor.

b) Umsatzsteuer.

Eine beim Erwerb von Grundstücken zur Erhebung kommende Gemeindesteuer wurde unmittelbar nach Inkrafttreten des Kommunalabgabengesetzes eingeführt. Von jedem auf Grund einer freiwilligen Veräußerung erfolgenden Eigentumserwerb eines im Stadtgebiet belegenen Grundstücks war nach der Steuerordnung vom 11. Juli 1895 ein Betrag von 0,6 % des Werts des veräußerten Grundstücks als Umsatzsteuer zu entrichten. Bei im Zwangsversteigerungsverfahren erworbenen Grundstücken beträgt die Steuer 0,6 % von dem Betrage des Meistgebots, zu welchem der Zuschlag erteilt wird, und unter Hinzurechnung des Werts der von dem Ersteher übernommenen Leistungen. Durch die neue Ordnung vom 10. April 1901 ist eine differenzielle Behandlung der bebauten und unbebauten Grundstücke herbeigeführt. Für erstere ist der Steuerfuß unverändert geblieben, für letztere ist er, soweit der Wert 2 Mark für den Quadratmeter übersteigt, auf 1 % festgesetzt, aber schon 1903 weiter auf 1½ % erhöht worden.

Setzt man das Aufkommen an Umsatzsteuer für das Jahr 1896 gleich 100,00, so ergeben sich für die anschließenden Jahre folgende Beträge desselben: 82,29, 100,86, 115,53, 108,54, 118,17, 150,68, so daß auch hier freilich nicht ohne Schwankungen eine nicht unerhebliche Zunahme zu verzeichnen ist. Von besonderem Interesse, weil bezeichnend für die Lage des Grundbesitzes sind die in den Spalten 2 bis 4 nachstehender Tabelle F enthaltenen Angaben über die Zahl der freiwilligen Veräußerungen, sowie die der Zwangsversteigerungen. Während die ersteren seit 1896 fortdauernd zunehmen, sinken die letzteren und zwar in sehr erheblichem Maße. Bildeten die Zwangsversteigerungen im Jahre 1896 nicht weniger als 37,88 % der Besteuerungsfälle, so sank dieser Anteil in den folgenden Jahren auf: 26,39, 14,81, 12,92, 16,02, 14,99, 14,56. Für 1900 bis 1902 macht sich sonach zwar wiederum eine Zunahme geltend, doch bleibt sie immerhin noch in mäßigen Grenzen: die Zahl der Zwangsversteigerungen des letzten Jahres (1902) stellt mit 61 nur 44,85 % derjenigen von 1896 (136) dar und so mag dies vielleicht als Anzeichen einer allmählichen Gesundung angesehen werden können.

Tabelle F.

Die Umsatzsteuer 1896—1902.

Rechnungsjahr	Besteuerungsfälle			a) Freiwillige Veräußerungen		b) Zwangsversteigerungen		c) Veräußerungen überhaupt	
	freiwillige Veräußerungen	Zwangsversteigerungen	zusammen	Kaufpreis bezw. ermittelter Wert Mk.	Veranlagte Umsatzsteuer Mk.	Betrag des Meistgebots Mk.	Veranlagte Umsatzsteuer Mk.	der der Besteuerung zugrunde gelegte Betrag Mk.	Gesamtbetrag der veranlagten Umsatzsteuer Mk.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1896	223	136	359	12 060 615	72 302	7 522 839	45 137	19 583 454	117 439
1897	251	90	341	12 092 392	71 978	4 111 293	24 668	16 203 685	96 646
1898	276	48	324	17 533 368	101 463	2 644 040	16 988	20 177 408	118 451
1899	310	46	356	20 379 102	118 877	2 884 141	16 805	23 263 243	135 682
1900	325	62	387	16 799 692	99 787	4 612 958	27 678	21 412 650	127 465
1901	329	58	387	16 912 976	106 808	5 324 255	31 974	22 237 231	138 782
1902	358	61	419	22 200 962	152 857	3 887 810	24 102	26 088 772	176 959

c) Kanalsteuer.

Nach alter Observanz lag die Unterhaltung des Straßenpflasters den angrenzenden Grundstücksbesitzern ob. Befreit von dieser Verpflichtung waren nur gewisse Straßenteile, für deren Unterhaltung der Magistrat oder der Fiskus — letzterer soweit es sich um die in den Chausseezügen liegenden Straßendämme handelte — zu sorgen hatte. Durch das Regulativ vom 20. Dezember 1858 übernahm die Stadt die Verpflichtung zur Unterhaltung des Straßenpflasters, d. h. zur Neupflasterung, Umpflasterung usw., sowie zur Unterhaltung der Bürgersteige. Für die Befreiung von dieser Last aber wurde den Grundstücksbesitzern eine an die Kämmereikasse zu entrichtende jährliche Abgabe — die Pflastersteuer — auferlegt. Die Grundstücke wurden nach fünf Steuerklassen gegliedert. Die erste Klasse hatte zu zahlen pro Quadratrute Pflasterstrecke einen Taler, die zweite 20 Sgr., die dritte 15 Sgr., die vierte 10 Sgr., die fünfte 5 Sgr. Die Steuer wurde aufgehoben bei der am 1. Oktober 1895 erfolgten Einführung von Kanalgebühren. Die Kanalgebühr wird erhoben zur Deckung der Kosten:

a) der Reinigung und Unterhaltung der vorhandenen Kanäle;
b) der Abführung der Kanalwässer nach den städtischen Rieselfeldern, soweit der Ertrag der Rieselwirtschaft diese Kosten nicht deckt,
c) der Verzinsung und Tilgung der von der Stadt für die städtischen Entwässerungsanlagen einschließlich der Rieselfelder und Druckrohrleitung aufgewendeten Kosten.

Übersteigt der Ertrag der Kanalgebühr den hiernach aufzubringenden Betrag, so tritt eine entsprechende Herabsetzung der Gebühr ein.

Die Kanalgebühr beträgt jährlich 0,5 % des festgesetzten Nutzungswertes.

Über den Ertrag dieser Abgabe von 1896 bis 1902 gibt nachstehende Tabelle G Auskunft. Setzt man das Veranlagungssoll für 1896 gleich 100,00, so ergeben sich für die anschließenden Jahre 103,18, 103,69, 106,47, 109,87, 112 58, 116,02 (1902).

Tabelle G.

Die Kanalgebühr 1896—1902.

Rechnungs-jahr	Anzahl der veranlagten Grundstücke	Nach Abzug der zulässigen Abzüge beträgt der der Veranlagung zugrunde gelegte Jahresnutzungswert Mk.	Veranlagungssoll Mk.
1	2	3	4
1896	5772	24 468 145	125 151
1897	5907	25 184 651	129 135
1898	5853	25 121 231	129 769
1899	5987	26 035 869	133 253
1900	6147	26 906 182	137 498
1901	6216	27 507 534	140 899
1902	6284	28 192 342	145 198

d) Straßenreinigung.

Jeder Besitzer oder Verwalter eines Grundstücks im Gemeindebezirk ist verpflichtet, die Straße bis zur Mitte mit Einschluß des Bürgersteiges in der Länge des Grundstücks zu reinigen. Von dieser Verpflichtung sind bezüglich des Fahrdammes befreit die Anwohner derjenigen Straßenzüge, welche seitens der Stadt observanz- oder vertragsmäßig gereinigt werden, ferner die Anwohner einiger Straßen der Außenstadtteile.

e) Straßenherstellung.

Von der im Fluchtliniengesetz vom 2. Juli 1875 den Gemeinden eingeräumten Befugnis zur Heranziehung der Anlieger zu den Kosten der Herstellung neuer Straßen ist durch das Ortsstatut vom 25. Oktober 1887 mit Nachtrag vom 15. November 1889 Gebrauch gemacht. Dasselbe bestimmt in den §§ 3 bis 6:

§ 3. Bei der Anlage einer neuen oder bei Verlängerung einer bestehenden Straße, wenn solche zur Bebauung bestimmt ist, sowie bei der Umwandlung

ines nicht regulierten Weges oder einer Landstraße in eine bebauungsfähige Straße seitens der Stadtgemeinde sind die Eigentümer der angrenzenden Grundstücke, sobald auf denselben an der Straße Gebäude errichtet werden, verpflichtet, die für die Freilegung, erste Einrichtung, Pflasterung, die Anschlüsse an die Nebenstraßen, die unterirdische Entwässerungsanlage und für die Beleuchtungsvorrichtung, sowie für die fünfjährige Unterhaltung dieser Anlagen entstandenen Kosten zu erstatten.

§ 4. Zu den Kosten der Freilegung gehören die für den Erwerb des Straßenterrains aufgewendeten Kosten. Ist dasselbe zum Teil unentgeltlich abgetreten, so wird der vom Magistrate unter Berücksichtigung des Preises des gegen Entgelt erworbenen Terrains festgesetzte Wert jedes unentgeltlich abgetretenen Trennstücks bei der Ermittlung der Gesamtkosten in Rechnung gestellt, demnächst aber dem betreffenden Adjazenten von seinem Kostenanteile (§§ 5, 6) in Abzug gebracht.

§ 5. Die Kostenanteile sind nach der Länge der die Straße berührenden Grundstücksgrenzen, bei Straßen von mehr als 26 m Breite nach dem Verhältnisse einer Straßenbreite von 26 m zur Gesamtbreite zu berechnen. Für diese Verteilung gilt derjenige zusammenhängende Straßenteil als Einheit, dessen Regulierung zu derselben Zeit erfolgt ist.

§ 6. Die Stadtbehörden sind berechtigt, für die Höhe der durch die Einebnung, Pflasterung, die Entwässerungsanlagen und die Beleuchtungsvorrichtung, sowie durch die fünfjährige Unterhaltung entstehenden Kosten alljährlich (einen Einheitssatz) Einheitssätze (pro Quadratmeter) festzustellen. Derselbe kann für Haupt- und Nebenstraßen verschieden sein. Der Berechnung des Satzes sind die durchschnittlichen Selbstkosten für derartige Straßenanlagen zugrunde zu legen. Ob eine Straße als Haupt- oder Nebenstraße zu erachten ist, wird durch Gemeindebeschluß festgestellt.

VI. Die Verkehrsanlagen.

Der Eisenbahnverkehr vollzieht sich um den Hauptbahnhof als Mittelpunkt. Hier vereinigen sich sieben Linien: 1. Potsdam—Berlin, 2. Stendal—Wittenberge, 3. Öbisfelde, 4. Helmstedt—Braunschweig, 5. Halberstadt, 6. Güsten bezw. Cöthen—Halle, 7. Zerbst. Dem Güterumschlagsverkehr von Eisenbahn und Schiff dient der Elbbahnhof, der Packhof, sowie der mit einem Kostenaufwande von rot. 6 Millionen Mark erbaute, 1893 fertiggestellte Hafen, sowie zwei sonstige Uferladestellen (sogenannte Batterie und Petriförder).

Eine Übersicht über den gesamten Umschlagsverkehr an diesen Stellen aus den Eisenbahnwagen in die Schiffsgefäße und umgekehrt wird für 1902 auf Grund des letzten Jahresberichts der hiesigen Handelskammer nachstehend mitgeteilt:

Art der Güter	Von Eisenbahn zu Schiff t	Von Schiff zu Eisenbahn t
Holz aller Art	137	21 200
Getreide, Hülsenfrüchte und Sämereien	14 994	117 036
Mehl und Mühlenfabrikate	2 840	22 687
Futtermittel	36	70 001
Malz	72	2 617
Zucker aller Art	130 993	3 772
Melasse	57	11 876
Salz	8 176	13
Chlorkalium	27 816	1 228
Chlormagnesium	10 332	—
Bitter- und Glaubersalz	2 848	—
Düngemittel	141 204	74 143
Steine	4 656	2 124
Kohlen, Koks und Briketts	—	119 993
Roheisen	—	7 581
Eisen und Eisenwaren	16 955	4 362
Erze	—	15 036
Sonstige Güter	23 602	31 086
Summe 1902	384 718	504 755 [1]

Der Personenverkehr auf den Magdeburger Bahnhöfen umfaßte 1901/02 2 564 571 Personen.

Für den Personenverkehr innerhalb der einzelnen Stadtteile kommt im wesentlichen die elektrische Straßenbahn in Betracht. Diese beförderte 1902: 17 179 106 Personen gegen Fahrschein und 3 949 720 Abonnenten (durch Schätzung ermittelt).

Außer dem in der Altstadt belegenen Hauptbahnhof bestehen Bahnhöfe in den Außenstadtteilen Sudenburg, Neustadt und Buckau. Ein besonderer Stadtverkehr zwischen diesen Bahnhöfen ist nicht ausgebildet und besteht nur, soweit die Züge auf den Bahnhöfen der Außenstadtteile Aufenthalt nehmen, was nur bei Personenzügen der Fall ist.

VII. Die Stadterweiterungen.

In der magdeburgischen Statistik unterscheiden wir sechs nach historischer Entwicklung, sozialer Charakteristik oder topographischen

[1] Außerdem 17 566 t Petroleum.

Merkmalen verschiedene Stadtteile. Die Bevölkerung derselben wird nach den Ergebnissen der drei letzten Volkszählungen nachstehend mitgeteilt.

	1890		1895		1900	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Altstadt	92 433	45,71	90 942	42,41	93 723	40,81
Wilhelmstadt	10 794	5,34	15 478	7,22	21 913	9,54
Friedrichstadt mit Werder und Stadtmarsch	9 149	4,52	8 632	4,02	9 680	4,22
Sudenburg	26 436	13,07	28 983	13,52	30 990	13,49
Neustadt	39 270	19,42	44 067	20,55	47 456	20,66
Buckau	24 148	11,94	26 322	12,28	25 905	11,28
Stadt Magdeburg	202 230	100,00	214 424	100,00	229 667	100,00

Historisch, wie durch ihren Bevölkerungsanteil trit bei weitem am meisten die Altstadt hervor; sie umfaßt auch selbst nach der letzten Volkszählung noch 40,81 % der Gesamtbevölkerung und ist der Hauptsitz des Verkehrs- und Geschäftslebens der Stadt. Besondere Beachtung erfordert sie bei vorliegender Untersuchung durch eine aus ihrem Charakter als Festungsstadt hervorgegangene höchst eigenartige bauliche Entwicklung: durch ihre Ausbreitung in der Zeit nach dem letzten Kriege auf bisher der freien Bebauung überhaupt entzogen gebliebenem militärfiskalischen Gebiet.

a) Die südwestliche Stadterweiterung.

Die Aussicht auf Lockerung des die Altstadt Magdeburg umschließenden Gürtels militärischer Befestigungen begann greifbare Gestalt anzunehmen, als die Militärverwaltung im Jahre 1866 mit der Errichtung von 12 detachierten Forts in der weiteren Umgebung der Stadt vorgegangen war. Die Mittel zur Deckung des dafür aufgewandten Kapitals im Betrage von 10 Millionen Mark sollten durch den Verkauf militärfiskalischen Gebiets im Westen und Süden der Altstadt aufgebracht werden. Von den 380 Morgen übernahmen die vereinigten Eisenbahngesellschaften zum Zwecke der Verlegung ihrer bisher im Osten der Altstadt am linken Elbufer belegenen Bahnhofsanlagen 152 Morgen zum Preise von $4^1/_2$ Millionen Mark. Die Stadt erwarb durch Vertrag vom 12. November 1870 die Fläche von 216,417 Morgen = 552 562 qm zum Preise von 6 001 820,23 Mark, demnach von 10,8618 Mark pro qm. Einen ferneren, wenn auch

sehr viel geringeren Zuwachs — um 20 569 qm — erhielt die Stadterweiterung durch anderweite Käufe, so daß zur Verfügung standen im ganzen . . . . 552 562 + 20 569 = 573 131 qm.
Von dieser Fläche wurden zu öffentlichen Straßen und Plätzen verwendet . . . . 217 545 „
demnach verblieben 355 586 qm,
wovon als Verlust bei einem Eintausch mit dem Militärfiskus abgehen . . . . 4 310 „
so daß eine nutzbare Fläche von im ganzen . . . . 351 276 qm zur Verfügung blieb. Für diese erhöht sich demnach der Erwerbspreis auf 17,0858 Mark pro qm.

Zunächst sei der Anteil der für die Anlage öffentlicher Straßen und Plätze verwendeten Fläche mit 37,96 % besonders hervorgehoben.

Zur Anlage einer Verbindungsstraße — des „Fürstenufers“ — zwischen Strombrücke und dem neuen Baugelände wurde 1886 eine Fläche von 20 356 qm vom Eisenbahnfiskus zu dem ansehnlichen Preise von 36,88 Mark pro qm erworben. Hiervon wurden für Straßenanlagen 8844 qm verwendet, so daß 11 512 qm verblieben. Einen weiteren kleinen Zuwachs erhielt das verfügbare Gebiet der südwestlichen Stadterweiterung durch einen Überschuß von 1060 qm, welcher sich bei der für Errichtung des Generalkommando-Dienstgebäudes bestimmten Fläche gegenüber der Veranlagung ergab.

Mithin umfaßt die gesamte zur Bebauung bestimmte Fläche der Stadterweiterung

351 276 + 11 512 + 1060 zusammen 363 848 qm.

Hiervon wurden a) 248 379 qm meistbietend oder freihändig verkauft
b) 71 919 „ an Eisenbahngesellschaft usw., sowie in ganzen Blöcken verkauft
c) 36 139 „ für öffentliche Gebäude verwendet
zusammen 356 437 qm.,

demnach verbleiben 363 848 — 356 437 = 7411 qm, wovon noch nachträglich 4 qm für Straßenherstellung entnommen wurden, so daß bis heute noch 7407 qm verfügbar sind, deren Verwendung vorbehalten ist. Hiernach ist vom gesamten, nach Abzug der für Straßenherstellung aufgebrauchten Fläche verbleibenden Gebiet der südwestlichen Stadterweiterung 97,96 % seiner Bestimmung innerhalb eines 17jährigen Zeitraums tatsächlich zugeführt.

b) Die nördliche Stadterweiterung.

Kaum war der Erweiterungsprozeß im Süden und Südwesten der Altstadt zum Abschluß gelangt, so erschloß sich im Norden der Stadt eine weitere Möglichkeit der Einbeziehung von bisher militärfiskalischem Gebiet in die städtische Bebauung. Als nämlich die Landesverteidigungskommission die gänzliche Beseitigung der inneren Umwallung zwischen Altstadt und Neustadt für zulässig erklärt hatte, fand sich das Kriegsministerium bereit auch zur Beseitigung der inneren Enceinte zwischen dem ehemaligen Schrotdorfer Tor und dem linken Ufer der Stromelbe, sowie zur Überlassung des ganzen hier belegenen Festungsterrains an die Stadt, soweit es für militärische Zwecke entbehrlich geworden. Durch Vertrag vom 11./22. März 1888 erwarb die Stadt vom Militärfiskus eine Fläche von rot. 60 Hektar (597 768 qm) zum Preise von 23 Mark für 1 qm. Das damit erschlossene Gebiet ist somit noch um rot. 4½ Hektar größer, als das 18 Jahre früher von demselben Vorbesitzer erworbene. Insgesamt stellt sich die Kaufsumme auf rot. 14 Millionen Mark (13 748 664) gegenüber 6 Millionen Mark bei der Südwesterweiterung. Für Straßen und Plätze sind bis jetzt 253 549 qm, d. i. 42,42 % verwandt bezw. dafür in Aussicht genommen. Verkauft sind bis 31. März 1903: 152 002,11 qm, so daß noch zur Verfügung stehen 192 216,89 qm.

VIII. Die Entwicklung der Grundstückswerte.

Über die Bewegung der Grundstückspreise lassen sich vollständige und zuverlässige Angaben nur für unbebauten Boden erbringen, für diesen aber auf 30 Jahre zurück, nämlich seit Beginn der Aufschließung militärfiskalischen Terrains bei der südwestlichen Stadterweiterung. Eine Nachweisung, die diesen Aufschließungsprozeß von Anfang an verfolgt, ist für die südwestliche Stadterweiterung in Tabelle H, für die nördliche in Tabelle J mitgeteilt. Die in den letzten Spalten angegebenen Verkaufspreise stellen Durchschnitte dar aus höheren Preisen für Eckgrundstücke oder Lage an den Hauptverkehrsstraßen und aus niedrigeren für Mittelbaustellen und minder bevorzugte Lage an Seitenstraßen.

Wie aus Tabelle H ersichtlich, vollzieht sich die Entwicklung in den ersten zehn Jahren der Erschließung des Südwestens durchaus in ruhigen Bahnen. Der Durchschnittspreis geht nicht unter 41 Mark pro Quadratmeter herab, steigt aber auch andererseits nicht über 62 Mark an.

Tabelle H.

Nachweisung über den Verkauf von Bauplätzen der südwestlichen Stadterweiterung.

Rechnungsjahr	Größe der von der Stadt verkauften Fläche qm	Verkaufspreis	
		überhaupt Mk.	durchschnittlich pro 1 qm Mk.
1871	20 992	1 056 462,00	50,33
1872	12 590	730 200,00	58,00
1873	—	—	—
1874	24 314	1 497 533,50	61,59
1875	13 293	668 218,50	50,27
1876	5 466	261 359,85	47,82
1877	11 037	456 216,09	41,34
1878	26 293	1 156 224,59	43,97
1879	14 741	621 900,00	42,19
1880	12 475	601 750,00	48,24
1881	18 438	1 149 471,45	62,34
1882	28 013	2 100 300,00	74,98
1883	6 399	746 200,00	116,61
1884	5 608	858 350,00	153,06
1885	16 018	2 530 720,00	157,99
1886	11 315	2 082 710,00	184,07
1887	8 760	1 472 650,00	168,11
1888	12 627	2 199 240,00	174,17
Zusammen:	248 379	20 189 505,98	81,29

Erst mit dem Jahre 1881 beginnt, angeregt durch die günstigeren Erfahrungen der Käufer bei den Erwerbungen der vorhergehenden Jahre, zunächst nur in mäßigem, später aber in sehr erheblichem Umfange Haussetendenz sich geltend zu machen. 1882 stellt sich der Durchschnittspreis schon auf rund 75 Mark, um im folgenden Jahre auf 117, später auf 153, 157 und 184 Mark (1886) anzusteigen. Wenn der Durchschnitt in den beiden folgenden Jahren mit 168 und 174 Mark wiederum geringe Abnahme zeigt, so ist das nicht sowohl charakteristisch für den endlichen Eintritt des Stillstandes der Spekulation, als vielmehr nur die Wirkung der besonderen individuellen Verhältnisse (Lage des Grundstücks). Gerade im letzten Jahre (1888) wurden im einzelnen die höchsten Preise gezahlt. Bei den im Ver-

steigerungstermin vom 12. Mai 1888 zum Verkauf gestellten 16 Bauplätzen in allerdings besonders bevorzugter Gegend wurden für 5 Baustellen mehr als 200 Mark, darunter für eine der Höchstpreis von 223,30 Mark pro Quadratmeter geboten, noch der Mindestpreis belief sich bei den 11 übrigen Baustellen auf 162,06 Mark.

Daß mit derartigen Preisen weit über das Ziel hinausgeschossen war, sollte die Zukunft nur zu deutlich erweisen. Bezeichnend dafür ist das Ergebnis einer Berechnung, welche wir für einen Baublock bester Lage der südwestlichen Stadterweiterung angestellt haben. Die einzelnen Baustellen desselben sind im Jahre 1888 verkauft worden. Für diesen Baublock wurden die nachstehenden Zahlen ermittelt:

a) Preis des Grund und Bodens	613 570	Mark
b) Feuertaxe der darauf errichteten Gebäude usw.	1 269 688	"
Summe a + b	1 883 258	Mark
c) Gebäudesteuernutzung	67 000	"

d. i. nur 3,56 % des ursprünglichen Gesamtkostenbetrages der Fläche sowie des Feuerversicherungswerts der Baulichkeiten. Da hierbei die Gebäudesteuernutzung nach den Ergebnissen früherer Jahre (1892 bis 1894) bestimmt ist, die Mietspreise der Wohnungen seitdem aber noch weiter zurückgegangen sind, so dürfte die Ziffer für die Gegenwart sich noch niedriger stellen.

Unterliegt es hiernach keinem Zweifel, daß die Grundstückspreise, welche für die in den letzten Jahren der Erschließungsperiode des bisher militärfiskalischen Terrains für die Baustellen des letzteren gezahlt wurden, deren wahren Wert erheblich überstiegen, so ist doch andererseits darauf hinzuweisen, daß auch die Baukosten vielfach zu hoch bemessen erscheinen. Der Stadt aber dürfte die geschilderte Preisbewegung mit ihrer ungünstigen Einwirkung auf die Lage des Grundbesitzes um so weniger zur Last zu legen sein, als sie diese Bewegung nicht durch künstliche Mittel herbeigeführt oder auch nur befördert hat. Die Abgabe des Terrains erfolgte allmählich und ohne vorsätzliche Aufstauung bis zu dem Punkte etwa, wo die Nachfrage, auf ihren Höhepunkt angelangt, vor keinem Preise zurückgeschreckt wäre. Das zeigt schon die Tatsache, daß die Veräußerung des ganzen Gebiets einen Zeitraum von nicht weniger als 17 Jahren erfüllte, daß ferner die höchsten Preise gerade in den letzten Jahren geboten wurden und zwar von Personen, die mit den einschlägigen Verhältnissen am besten vertraut sein mußten: von Bauunternehmern, die einer Bevormundung wohl am wenigsten bedurft hatten.

Jene Preise, wie sie durch die gegenseitigen übertriebenen Überbietungen der Bauunternehmer bei den Versteigerungen des Terrains der südwestlichen Stadterweiterung herbeigeführt waren, sollten aber sehr bald entsprechende Berichtigung erfahren, als eine neue ähnliche Zuführung bisher unbebauten Geländes an der Nordseite der Altstadt stattgefunden: bei der Erschließung des Nordfrontgeländes.

Die ersten Verkäufe fallen in das Jahr 1890: 9 Baustellen zu dem noch immer ansehnlichen Durchschnittspreise von rot. 135 Mark pro Quadratmeter. Im folgenden Jahre werden 5 Baustellen zum Durchschnittspreise von rot. 128 Mark verkauft. 1892 erfolgte bei der allgemeinen Erschlaffung der Baulust weder ein Ausgebot noch ein freihändiger Verkauf. Auch in den drei folgenden Jahren geht die weitere Verwertung nur langsam von statten und wird erst lebhafter mit dem Jahre 1896, nachdem die Herstellung der Straßen im mittleren Teile des Geländes inzwischen weiter fortgeschritten war. Die weitere Entwicklung bis Ende des Rechnungsjahres 1902 geht aus nachstehender Übersicht — Tabelle J — hervor. Die Preisbewegung ist aus den letzten Spalten der Übersicht zu entnehmen. Den Mindestbetrag weist mit 42,33 Mark pro Quadratmeter das Jahr 1895 auf. Nach vorübergehender Erhöhung auf rot. 60 Mark in den Jahren 1897 und 1898, auf 54 Mark in 1899 ist der Preis im Jahre 1900 auf 47 Mark zurückgewichen; für 1901 und 1902 stellt er sich wiederum etwas höher: auf 53,30 bezw. 54,20 Mark. Hervorzuheben ist, daß die Durchschnittsbeträge nicht unerheblich beeinflußt werden durch den Anteil der Villengrundstücke. Für solche werden seit 1896, wo mit der Herstellung von Villen in diesem Gebiet, und zwar insbesondere rings um den neu geschaffenen Königin Luise-Garten begonnen worden ist, nur Preise von 30—40 Mark gezahlt. Für Eckbaustellen wurden 1897 bis 100 Mark erzielt, später meist erheblich weniger (70—80 Mark). Bezeichnend für den Rückgang der Grundstückswerte ist es, daß, während für eine Eckbaustelle dieses Gebiets im Jahre 1890 noch 157 Mark gezahlt wurden, für die unmittelbar angrenzende Parzelle im Jahre 1902 nur 48 Mark erzielt werden konnten, wobei noch das Vorgartenland mit nur 10 Mark berechnet wurde. Muß, wie es bereits geschehen, der Hauptgrund des Preisrückschlages in den mit den hohen Bodenpreisen der südwestlichen Erweiterung gemachten Erfahrungen erblickt werden, so war dafür noch ferner maßgebend: die Konkurrenz des durch den Fortfall der Rayonbeschränkungen im Westen und Norden, in Wilhelmstadt und Neustadt der freien Bebauung zugänglich

gewordenen Gebiets. Gerade auf dem Fernhalten dieser Konkurrenz aber beruhte der finanzielle Erfolg des ganzen Nordfrontgeschäftes. Bei einem Preise von 50 Mark werden noch nicht einmal die Selbstkosten gedeckt, während es höchst unwahrscheinlich ist, daß für das noch verfügbare, mehr abgelegene Terrain auch nur dieser Betrag erreicht wird. So dürfte denn auf ein günstiges Endergebnis wohl nicht zu rechnen sein. Da war denn das der südwestlichen Stadterweiterung, bei der ein Gewinn von 11,7 Millionen Mark erzielt worden, freilich ein ganz anderes.

Tabelle J.

Nachweisung über den Verkauf von Bauplätzen der nördlichen Stadterweiterung (Nordfront).

Rechnungsjahr	Größe der von der Stadt verkauften Fläche qm	Verkaufspreis überhaupt Mk.	Verkaufspreis durchschnittlich pro 1 qm Mk.
1890	6 256,00	843 800,00	134,88
1891	3 292,00	404 464,80	122,86
1892	—	—	—
1893	3 736,11	370 999,59	99,30
1894	2 518,00	243 710,00	96,79
1895	7 788,00	329 660,00	42,33
1896	23 072,00	1 040 325,00	45,09
1897	21 206,00	1 266 535,00	59,73
1898	15 958,00	961 111,00	60,23
1899	8 035,00	437 600,00	54,46
1900	8 798,00	411 335,00	46,75
1901	20 670,00	1 101 646,50	53,30
1902	30 673,00	1 662 484,35	54,20
Zusammen	152 002,11	9 073 671,24	59,69

Was die Wertbewegung des bebauten Bodens anlangt, so ist das eine sicher, daß im verkehrsreichsten Teile der alten Altstadt, im Mittelpunkt des Geschäftslebens eine sehr erhebliche Preissteigerung stattgefunden hat. Als Beispiel sei angeführt, daß für ein im Jahre

1901 auf Abbruch zum Zwecke des Neubaus erworbenes Grundstück von 605,81 qm, allerdings in bester Lage der Hauptverkehrsstraße der Preis von 370 000 Mark, d. i. pro Quadratmeter nicht weniger als 610,75 Mark gezahlt worden ist.

IX. Die Wirkung der letzten Krisis auf Grundbesitz und Baugewerbe.

Bei der Bebauung sowohl des südwestlichen wie des nördlichen Stadterweiterungsgebiets wurden hauptsächlich mittlere und größere Wohnungen bevorzugt, nicht minder bei der nach Fortfall der westlichen Rayonbeschränkungen sich lebhaft entwickelnden Bautätigkeit in der Wilhelmstadt. Da das so entstandene neue Angebot beträchtlich genug war, um selbst einer schnellen Bedarfssteigerung, die jedoch nicht eingetreten, zu genügen, so standen die Mietspreise für Wohnungen dieser Größenklassen das ganze zurückliegende Jahrzehnt hindurch unter einem Druck, der besonders schwer auf dem nunmehr älteren Gebiete der südwestlichen Stadterweiterung lastete, wo die Erhaltung des ursprünglichen Preisstandes der Wohnungen nur zu bald in Frage gestellt war. Dieser Druck mag durch die gegenwärtige Krisis in einzelnen Fällen verstärkt worden sein; im wesentlichen aber war und ist er zur Zeit noch durch die fortdauernd über den Bedarf hinaus zunehmende Produktion größerer Wohnungen herbeigeführt. Der Einfluß der Krisis wäre dann nur insoweit wirksam gewesen, als ohne sie die Entwicklung des Bedarfs hinter derjenigen der Produktion vielleicht weniger zurückgeblieben wäre. Trotz Krisis und Produktionssteigerung ist aber bemerkenswerterweise in gewissen bevorzugten Straßen der der Nordfrontkonkurrenz am meisten ausgesetzten südlichen Stadterweiterung gleichwohl ein schwacher Anfang zu besserer Grundstücksnutzung unverkennbar. Als Beispiel sind in der nachstehenden Übersicht die Mietserträge der bewohnten Wohnungen (mit Ausschluß der Eigentümer-, sowie der Dienst- und Freiwohnungen) von durchweg herrschaftlichen Häusern (ohne Hinterwohnungen) einer Straße der Südwesterweiterung für die Jahre 1899—1902 aufgeführt. Unter den 23 Häusern war die Grundstücksnutzung unverändert geblieben bei 4, größer geworden bei 13, zurückgegangen nur bei 6 Häusern. Im ganzen ergibt sich eine Zunahme für 1902 gegenüber 1899 von 198 755 auf 212 423, d. i. um 13 668 Mark oder 6,88 %.

x-Straße Nr.	Gesamtbetrag der Jahresmieten der Mieterwohnungen in den Häusern ohne Hinterwohnungen der x-Straße			
	1899	1900	1901	1902
2	3 000	3 000	3 000	3 000
3	3 000	3 000	3 000	3 000
8	6 450	7 350	7 350	7 350
9	2 950	2 945	2 995	2 995
10	13 477	13 585	13 335	12 035
12	10 955	10 905	10 970	8 730
14	13 855	13 905	13 760	13 555
17	6 400	6 400	6 500	6 800
18	10 747	12 833	14 830	14 638
19	12 300	10 490	11 715	10 810
21	7 756	9 690	9 900	9 160
27	6 900	6 925	6 840	6 660
28	10 180	13 880	13 830	13 880
29	4 580	6 980	7 880	7 780
30	8 000	8 000	8 000	8 000
31	12 230	12 457	12 755	12 455
33	8 150	7 900	8 060	8 230
35	7 140	7 140	7 940	7 960
36	9 650	9 650	9 650	9 650
37	6 875	7 855	5 715	8 115
39	10 680	11 180	13 580	14 980
40	9 930	8 380	8 080	8 440
41	13 550	14 075	14 300	14 200
zusammen:	198 755	208 525	214 035	212 423

Anders als im allgemeinen bei den größeren Wohnungen liegen die Verhältnisse bei den kleinen Wohnungen. Letztere waren noch Mitte der neunziger Jahre in überaus reichlicher Anzahl am Markt. Der Anteil der leerstehenden an den überhaupt vorhandenen kleinen Wohnungen mit keinem oder einem heizbaren Zimmer — abgesehen von Küche und nicht heizbaren Räumen — stellte sich noch 1894 auf 7,47 %, nahm aber in den folgenden Jahren bis 1900 fortgesetzt ab und zwar auf 5,89, 4,33, 1,63, 0,62, 0,19 und 0,18 %. Nun beginnt wieder eine Aufwärtsbewegung auf 0,49 in 1901 und 1,26 in 1902. Die Gründe der letzteren Erscheinung glauben wir in der Tat im wesentlichen auf die Krisis zurückführen zu sollen. Die ungünstigen Verhältnisse des Arbeitsmarkts, die zahlreichen Entlassungen gewerblicher Arbeiter, die umfangreichen Beschränkungen der Arbeitszeit — nach einer auf Grund einer vom hiesigen Gewerkschaftskartell am

7. Dezember 1902 vorgenommenen und vom städtischen Statistischen Amt bearbeiteten Zählung[1] waren 2480 Arbeiter allein durch Betriebseinschränkungen, darunter etwa vier Fünftel mit einem Minderverdienst von wenigstens 20 %, betroffen — haben zweifellos einen Abzug von Arbeiterfamilien in einem Umfange herbeigeführt, der größer ist, als derjenige des wesentlich durch Eheschließungen fortdauernd entstehenden Bedarfszuwachses von Wohnungen. Besonders begünstigt war dieser Abzug durch die verhältnismäßig hohen Mietspreise, wie sie sich unter dem in den Jahren vorher bestandenen Mangel kleiner Wohnungen ausgebildet haben und die unter den so viel ungünstiger gewordenen Erwerbsverhältnissen der Abnehmerkreise dieser Wohnungen naturgemäß sich stärker fühlbar machen mußten. Im ganzen ist aber nach den Ergebnissen der letzten Bearbeitung der Aufnahme des Wohnungsmarkts von Ende Oktober 1902 die finanzielle Tragweite der Steigerung des Angebots an kleinen Wohnungen mit Rücksicht auf die kürzere Dauer des Leerstehens nur eine unerhebliche, und es ist anzunehmen, daß bei eintretender Besserung des Arbeitsmarkts sehr bald wieder die gleichen Anzeichen eines völlig unzureichenden Angebots an Wohnungen dieser untersten Größenklasse sich einstellen werden, wie sie noch zwei Jahre früher so deutlich hervorgetreten waren. Nichts wäre verfehlter, als die diesmal reichere Beschickung des Markts mit kleinen Wohnungen zum Anlaß zu nehmen für eine Unterbrechung der Vorsorgetätigkeit, die von der Stadt wie von den bestehenden Baugenossenschaften nach dieser Richtung entwickelt worden ist.

Dagegen läßt sich ein Einfluß der Krisis auf das Baugewerbe nicht erweisen, indem gerade in den Jahren 1901 und 1902, insbesondere aber im letzteren Jahre, eine so lebhafte Bautätigkeit bestanden, wie sonst nie im ganzen verflossenen Jahrzehnt. Die Zahl der neu entstandenen Wohnungen betrug von 1893 bis 1902: 603, 589, 394, 451, 609, 715, 748, 779, 1097, 1386. Da auch bis zuletzt noch die Erstellung größerer Wohnungen bevorzugt geblieben, so wird der Eintritt der Entlastung des überreichen Markts an derartigen Wohnungen bedauerlicherweise noch weiter hinausgeschoben.

---

[1] Heft 11 der „Mitteilungen" des Statistischen Amts der Stadt Magdeburg (Ergebnisse der Magdeburger Zählung der Arbeitslosen sowie der Beschäftigten mit verkürzter Arbeitszeit vom 7. Dezember 1902).

Die neuere Entwicklung der Bodenverhältnisse in München unter Berücksichtigung der Krisis der Jahre 1900 und 1901.

Von

Dr. Ludolf Maaß,

wissenschaftlichem Assistent des Statistischen Amtes der Stadt Frankfurt a. M.

I. Die Entwicklung der Bevölkerung und des Stadtgebietes.

Zähljahr	Stadtgebiet ha	In nebenstehendem Jahre gezählte Einwohnerzahl auf dem Stadtgebiete von 1871	1880	1890	1900	in dem Umkreise von 10 km	Auf das Stadtgebiet entfielen von dem Umkreise von 10 km: % der Fläche	% der Bevölkerung
1871	3551	169 693	172 585	180 390	183 841	193 044	11,30	87,90
1880	4709	222 418	230 023	245 770	249 700	260 543	14,99	88,29
1890	6399	305 884	325 378	349 024	354 502	368 139	20,36	94,81
1900	8696	395 997	431 765	486 950	499 932	526 083	27,68	95,03

Die Tabelle gibt zunächst ein Bild von dem starken Wachsen der Bevölkerung Münchens in den letzten drei Jahrzehnten, in welchem diese von 170 000 auf fast eine halbe Million stieg. Diese Mehrung war aber keine regelmäßige, sondern beeinflußt von der wirtschaftlichen Konjunktur und durch die Einverleibungen[1]. Die Bedeutung der

[1] Die Mehrung betrug 1872/75 23 331 (14 %), 1876/80 mit Einverleibungen 36 999 (19 %), ohne Einverleibungen 31 194 (16 %), wobei die Einverleibungen dem Ergebnis der vorhergehenden Zählung zugerechnet sind, 1881/85 31 958 (14 %), 1886/90 87 043 (33 %) bezw. 63 397 (22 %), 1891/95 58 283 (17 %) bezw. 56 713 (16 %) und 1896/1900 92 625 (23 %) bezw. 86 677 (21 %) Personen. Vgl. „Die Volkszählung vom 1. Dezember 1900 in München" (Mitteilungen des Statistischen Amts der Stadt München, Bd. XVII, Heft 3 1. Teil, München 1901). Über die frühere Entwicklung vgl. auch die „Münchener Jahresübersichten

Einverleibungen hebt obige Tabelle hervor, indem sie die Entwicklung der Bevölkerung auf dem Stadtgebiet von 1871, 1880, 1890 und 1900 verfolgt. Ferner zeigt sie die starke Konzentration der Bevölkerung auf dem Stadtgebiet, indem sie ihr die städtische und nichtstädtische Bevölkerung im Umkreise von 10 km von der Frauenkirche gegenüberstellt. Schon im Jahre 1871 betrug der Anteil der städtischen Bevölkerung an dieser 88 %, trotzdem das Stadtgebiet nur 11 % des gesamten Gebietes umfaßte, im Jahre 1900 finden wir aber 95 % der Bevölkerung dieses Umkreises in der Stadt konzentriert, während das Stadtgebiet auf 28 % der Fläche desselben angewachsen ist. Auf schwach besiedelter Hochebene liegend hat München die unter dem Einfluß der Nähe der Großstadt emporgewachsenen Städte zum größten Teil einverleibt[1]. Zugleich aber hat München die Entwicklung der entfernteren Orte, hauptsächlich jener an seiner Burgfriedensgrenze, besonders im letzten Jahrzent günstig beeinflußt, was schon aus der geringen Steigerung des Anteils der städtischen Bevölkerung an der ganzen Agglomeration hervorgeht[2]. Wie stark aber die Vorstädte nach ihrer Aufnahme in die Stadt München aufgeblüht sind, zeigt folgende Übersicht (S. 209), welche die Entwicklung der Bevölkerung auf jedem einzelnen einverleibten Gebiete verfolgt.

Die starke Mehrung der Bevölkerung auf diesem großen Stadterweiterungsgebiete beweist, daß die Bedeutung der Einverleibungen nicht so sehr in dem plötzlichen Bevölkerungszuwachs, welcher vielmehr der einverleibenden Gemeinde größere Kosten auferlegt, als darin besteht, daß erst durch sie Raum geschaffen wird für die stetig wachsende Bevölkerung der Großstadt.

---

für 1901" (Mitteilungen, Bd. XVIII, Heft 1, München 1902). Dieses sehr ausführliche statistische Jahrbuch bildet, da es bei fast allen Tabellen weiter zurückgeht, eine notwendige Ergänzung der in dieser Arbeit verwendeten Tabellen. Bei der Beschränktheit des Raumes muß sich der Verfasser mit der Wiedergabe solcher Tabellen begnügen, welche noch nicht oder in zerstreuten Teilen veröffentlicht sind, im übrigen aber hauptsächlich auf die Münchener Jahresübersichten (M.J.) verweisen.

[1] Dr. Schott: „Zur Statistik der großstädtischen Agglomerationen", Referat für die XVI. Konferenz der Vorstände der Statistischen Ämter deutscher Städte zu Altona 1902. Der Verfasser verdankt Herrn Dr. Schott auch die beiden angeführten Tabellen.

[2] Die Einwohnerzahl der Ortschaften in dem Umkreise von 10 km von München stieg von 13 637 im Jahre 1890 auf 26 151 im Jahre 1900. Vgl. „Die Volkszählung vom 1. Dezember 1900 in München", S. 3.

Seit 1871 einverleibte Gemeinden		Fläche	Einwohnerzahl nach der Volkszählung von			
Name	einverleibt im Jahre	ha	1871	1880	1890	1900
Sendling . . .	1877	1158	2 892	7 605	19 494	35 768
Neuhausen . . .	1890	495	3 893	8 487	12 057	30 131
Schwabing . . .	1890	1194	3 912	7 260	11 589	25 054
Bogenhausen . .	1892	441	972	1 217	1 570	2 282
Nymphenburg . .	1899	696	1 789	1 822	2 603	3 936
Thalkirchen . . .	1900	683	492	621	1 015	4 152
Laim	1900	467	198	270	290	2 612
zusammen		5134	14 148	27 282	48 618	103 935

Im Jahre 1852 hatte München kaum 95 000 Einwohner und sein Stadtgebiet umfaßte nur 1695 ha[1]. Im Jahre 1854 wurden die Vorstädte rechts der Isar, Au, Haidhausen und Giesing, einverleibt und dadurch die Gesamtfläche fast verdoppelt (Au umfaßte 87 ha, Haidhausen 295 ha und Giesing 1286 ha), während der Bevölkerungszugang 21 000 betrug. Durch diese Einverleibung wurde die frühere natürliche Grenze, die Isar, überwunden und durch den Bau mehrerer Brücken diese mit München schon in direktem baulichen Zusammenhange stehenden Vorstädte enger mit der Hauptstadt verbunden. Die Steilufer der Isar jedoch waren der baulichen Entwicklung hinderlich, und die Stadt mußte bis in die jüngste Zeit mit großen Kosten diese Schwierigkeiten durch Bergregulierungen und Straßenanlagen beseitigen, um den Osten besser mit dem Zentrum zu verbinden und eine Erschließung desselben zu ermöglichen. Durch die Einverleibung von Sendling im Jahre 1877 hatte die Stadt zwar ein großes Gebiet im Süden gewonnen, aber es konnte sich hier wie in dem südlichen Teil von Giesing keine Bautätigkeit entwickeln, da hier wie dort die Eisenbahnlinie München—Simbach und ferner hier die Anlagen des Südbahnhofes[2] und dort des Ostbahnhofes den Verkehr mit diesen Gebieten fast ganz unterbanden. Deshalb entwickelte sich die Hauptbautätigkeit, worauf im speziellen Teile eingegangen wird, in der Zeit des starken Wachstums Münchens 1885/90[3] im Nordwesten und Norden der Stadt.

[1] M. J. 1901. Burgfrieden, Anwesen, Wohnungen und Inwohner S. 3 ff.

[2] Bericht über den Stand der Gemeindeangelegenheiten der kgl. Haupt- und Residenzstadt München für das Jahr 1895. I. Teil Verwaltungsbericht (V.B.), S. 83 ff.

[3] Vgl. Anm. S. 207.

Hier waren aber der große Exerzierplatz Oberwiesenfeld und zahlreiche Kasernen und sonstige militärische Gebäude, welche sich wie ein großer Keil von der Burgfriedengrenze fast bis zum Zentralbahnhof erstrecken, der Entwicklung hinderlich. Daher war die im Jahre 1890 erfolgte Einverleibung von Neuhausen und Schwabing, deren Häuser schon an jene Münchens anstießen, notwendig im Interesse der Entwicklung der Stadt. So wurden zwei wichtige, voneinander getrennte Siedlungsgebiete von 495 bezw. 1195 ha angeschlossen. Im Nordosten rechts der Isar wurde im Jahre 1892 Bogenhausen einverleibt (441 ha) wegen der Entwicklung der Stadt in dieser Gegend, und zwar mit ziemlichen Opfern seitens der Stadt[1]. Im Jahre 1899 wurde Nymphenburg nach nahezu 15jährigen Verhandlungen, die wegen unerfüllbarer Forderungen der Nymphenburger fortgesetzt unterbrochen werden mußten, mit nicht unerheblichen Opfern einverleibt. Ausschlaggebend war die außerordentlich starke Bautätigkeit in Neuhausen bis an die Grenze des Stadtgebietes und die Wahrscheinlichkeit, daß sich in den Villenvierteln von Nymphenburg-Gern eine sehr steuerkräftige Bevölkerung festsetzen würde[2]. Für die Einverleibung von Thalkirchen im Jahre 1900 wirkten, nachdem die Verhandlungen wegen unannehmbarer Bedingungen wiederholt ruhten, die vor allem dringend notwendig gewordene Anlage einer Zentrallände auf Thalkirchner Gemarkung, da die Gemeinde die Zustimmung zu einer Einverleibung des Ländeareals verweigerte, ferner der Grundbesitz der Stadt (außer der Lände), die Villenkolonie Prinz Ludwig-Höhe mit ihren gutsituierten Bewohnern[3]. An diese Einverleibung knüpften sich, wie an die gleichzeitige von Laim, große Ausgaben und Verpflichtungen (Distriktsgemeinde München)[4]. Die Einverleibung von Laim endlich erfolgte hauptsächlich wegen der Verlegung des Güter- und Rangierbahnhofs nach Laim, dann wegen der Besitzverhältnisse von fünf Terrain-Aktien-Gesellschaften und der Ausdehnung des Trambahnnetzes. Endlich wurde für diese beiden Einverleibungen hervorgehoben, daß es trotz der bedeutenden Mehrlasten absolute Notwendigkeit werde, Vororte, welche auf Kosten und mit Hilfe der Großstadt ihren ländlichen Charakter ablegen und in städtischer Entwicklung be-

---

[1] Riblinger: „Münchens Einverleibungen in Vergangenheit und Zukunft". Münchener Neueste Nachrichten 1902, Nr. 365 und 367.

[2] V.B. 1898, S. 1—3.

[3] V.B. 1899, S. 17—20.

[4] V.B. 1900 S. 11 und 1901 S. 10.

griffen sind, über kurz oder lang der Hauptstadt einzuverleiben[1]. Mit der Einverleibung von Laim sind die Einverleibungen wohl zu einem gewissen Abschluß gebracht, aber keineswegs ganz erledigt. Seit kürzerer oder längerer Zeit schweben noch Verhandlungen bezüglich der Einverleibungen der Nachbargemeinden Berg am Laim[2], Milbertshofen und Moosach, jedoch verhält sich hierbei die Gemeinde abwartend.

Durch die Einverleibungen sind so vier große Siedlungsgebiete an München angeschlossen worden. Zuerst jenes am rechten Isarufer, und hier besonders der gewaltige Komplex von Giesing. An dieses Gebiet wurde dann im Norden Bogenhausen angereiht. Ein zweites großes bebauungsfähiges Gebiet wurde durch die Einverleibung von Sendling im Süden und Südwesten angegliedert und dieses in der jüngsten Zeit durch Laim und Thalkirchen noch bedeutend weiter ausgedehnt. Das dritte, durch den Zentralbahnhof von dem zweiten getrennte Gebiet umfaßt die früheren Vorstädte Neuhausen und Nymphenburg. Von diesem, durch Oberwiesenfeld getrennt, bildet Schwabing das vierte große Siedlungsgebiet, das Raum gibt für die stark wachsende Bevölkerung Münchens.

Dieses aus vier später einzeln zu behandelnden Teilen bestehende große Stadterweiterungsgebiet ist nur zu einem geringen Teile bebaut, wie schon ein Vergleich der Fläche mit der Bevölkerung in Übersicht S. 207 zeigt. Leider ist es nicht möglich, für die einzelnen Gebiete die bebauungsfähige Fläche auszuscheiden, da nur die steuerbare Fläche, d. h. die bebaute und bebauungsfähige Fläche zusammen, von den unbebaubaren Flächen getrennt wird, und auch für das ganze Stadtgebiet konnte das Statistische Amt die bebaubare Fläche nur schätzungsweise angeben[3]. Danach betrug die bebaubare Fläche 1895: 4661 ha, 1900: 5921 ha, in beiden Jahren 68 %, also über zwei Drittel der Gesamtfläche[4]. Rechnet man die Einverleibungen zur Fläche von 1895 hinzu, so blieben bebaubar 1895: 6081 ha. Die Abnahme

[1] V.B. 1899, S. 21—23.

[2] Ebenda, S. 23.

[3] Vgl. „Die Volks- und Wohnungszählung vom 1. Dezember 1900 in München". III. Teil, I. Die Anwesen- und Gebäudezählung. Einleitung: Das Stadtgebiet und seine Entwicklung.

[4] Die bebaute Fläche wurde 1895 auf 870 ha (13 %), 1900 auf 1050 ha (12 %) geschätzt. Die unbebaubare Fläche betrug 1895 1309 ha (19 %), 1900 1725 ha (20 %); davon kamen auf Wege und Straßen 533,4 ha (V.B. 1896, S. 32) bezw. 692,0 ha, auf öffentliche Parks und Gartenanlagen 447,9 ha bezw. 627,1 ha, auf Friedhöfe 50,5 ha bezw. 72,1 ha, auf Wasserfläche 152,2 bezw. 194,9 ha.

betrug dann rund 160 ha, kaum 3 % der bebaubaren Fläche. Das bebaubare Gebiet Münchens ist demnach so groß geworden, daß die rege Bautätigkeit im letzten Jahrfünft, auf welche im speziellen Teile näher einzugehen ist, nur einen kleinen Teil desselben in Anspruch genommen hat. Hierbei ist zwar zu berücksichtigen, daß ein Teil der Neubauten als Ersatz auf einem früher schon bebaut gewesenen Grundstücke aufgeführt wurden, doch ist die wieder bebaute Fläche (1896/1900: 18,2 ha) gering gegenüber der großen bebaubaren Fläche.

Von dieser waren Ende 1895 [1] 281,8 ha oder 6 % im Besitze der Stadtgemeinde. Im Jahre 1896 [2] erwarb die Gemeinde innerhalb des Burgfriedens ca. 26,8 Grundstücke (ohne die zur Straßenregulierung erworbenen Anwesen), veräußerte jedoch ca. 30,2 ha (ohne kleinere Teilflächen, meistens Bauplätze), 1897 [3] erwarb sie ca. 13,4 ha, veräußerte nur ca. 2,5 ha, 1898 [4] betrugen die Erwerbungen ca. 24,8 ha, die Veräußerungen 3,1 ha, 1899 [5] ca. 16,8 ha bezw. 4,9 ha, 1900 [6] ca. 40,1 ha bezw. 3,4 ha. Im Jahrfünft 1896/1900 wurden demnach ca. 77,8 ha Grund und Boden von der Gemeinde mehr erworben als veräußert, ein Zeichen dafür, daß München sich auf dem Wege einer aktiven Bodenpolitik befindet. Zu den Erwerbungen kam bei den Einverleibungen zunächst der Grundbesitz der einverleibten Gemeinden, der jedoch nicht groß war (Nymphenburg 1,95 ha [7], Thalkirchen 5,2 ha [8], Laim 1,7 ha [9], dann aber der ziemlich bedeutende Grundbesitz der Stadt München selbst in denselben. So hatte München in Nymphenburg ca. 42,9 ha Grundbesitz [10], wovon der größte Teil im letzten Jahrfünft erworben war, und in Thalkirchen ca. 50 ha, während sein Grundbesitz in Laim gering war. Ferner wurde noch eine Fläche von 10,5 ha aus der Gemeinde Moosach 1897 einverleibt [11]. München hat demnach seinen Grundbesitz im Stadtgebiete stark vermehrt, so daß

[1] V.B. 1896, S. 33.

[2] Ebenda, S. 37—41.

[3] V.B. 1897, S. 13—16.

[4] V.B. 1898, S. 18—25.

[5] V.B. 1899, S. 44—52.

[6] V.B. 1900, S. 25—30. Im Jahre 1901 erwarb die Stadt 6,8 ha, veräußerte 8,2 ha, darunter 7,7 ha an das Staatsärar. V.B. 1901, S. 25—28.

[7] V.B. 1898, S. 3.

[8] V.B. 1899, S. 18.

[9] Ebenda, S. 21.

[10] V.B. 1898, S. 2.

[11] V.B. 1897, S. 5.

es Ende 1900 333,7 ha parzelliertes und nicht parzelliertes Baugelände besaß[1], 5,7 % der bebaubaren Fläche. Die Mehrung gegen 1895 betrug 51,9 ha oder 18 %, sie ist aber bedeutend größer, da 1895 auch Äcker, Wiesen und Waldungen mitgezählt waren.

In dieser Mehrung kommt natürlich der gesamte Überschuß der Erwerbungen der Stadt im Grundbesitz über die Veräußerungen nicht zur Geltung, da durch die Befriedigung des eigenen Bedarfs an Grund und Boden[1], welche zunächst der Zweck der Erwerbungen sind, durch ihre Bauten und die Straßen vor denselben[2] und den andern

[1] Nach Angabe des Vermessungsamtes auf eine Umfrage über den Grundbesitz der Städte, welche vom Statistischen Amt der Stadt Frankfurt a. M. veranstaltet und zu vergleichenden graphischen Darstellungen über den gemeindlichen Grundbesitz deutscher Städte für die Dresdner Städteausstellung benutzt wurde. Danach betrug im Stadtgebiet der Grundbesitz der Gemeinde, welcher wie das Baugelände nicht unmittelbar zu Händen der Gemeindeverwaltung verwendet wurde, 589,2 ha, worunter außer dem Baugelände sich noch viel bebaubares Land befindet, der für bestimmte Zwecke der Gemeindeverwaltung verwendete 237,1 ha. Der Grundbesitz der Stadt einschließlich jenes der unter direkter städtischer Verwaltung oder Aufsicht stehenden Stiftungen betrug innerhalb des Stadtgebietes ohne Straßen-, Wasser- und sonstige Flächen 1895 607,6 ha oder 8,9 %, 1900 843,5 ha oder 9,7 % des Stadtgebietes, mit denselben 1895 1176,6 ha oder 17,2 %, 1900 1577,2 ha oder auch 17,2 % des Stadtgebietes. 1890 betrug der gesamte Grundbesitz der Stadt im Stadtgebiet 952 ha oder 14,9 % desselben. Der Anteil des Grundbesitzes der Gemeinde im Stadtgebiet ist demnach 1890/95 bedeutend gestiegen, 1896/1900 aber gleich geblieben, während die Fläche bedeutend gewachsen ist. (Vergl. „Der kommunale Grundbesitz der Stadt Essen und die städtische Bodenpolitik", Beiträge zur Statistik der Stadt Essen Nr. 6, und M.J. 1900, S. 38 und 1901, S. 30.) Auch außerhalb des Stadtgebietes hat die Gemeinde ihren Grundbesitz bedeutend vermehrt; 1890 betrug derselbe nur 50 ha, 1895 1192,6 ha, 1900 2748,6 ha. Von diesen letzteren standen in Verwendung für Zwecke der Gemeindeverwaltung 697,7 ha (654,6 ha für Wasserleitungen, 43,1 ha für Friedhöfe), nicht unmittelbar verwendet wurden 793,9 ha Stiftungsgrundbesitz (darunter der 788,6 ha große Stiftungswald Kasten), die Güter Ismaning, Karlshof und Zengermoos mit 1081,2 ha und 175,9 ha parzelliertes und nicht-parzelliertes Baugelände. Dieses liegt an der Grenze des Stadtgebietes und kommt daher für die Untersuchung wenig in Betracht.

[2] Zu den Guthaben des im Jahre 1894 geschaffenen Grunderwerbsfonds, aus welchem die Ausgaben auf rentierliche Grunderwerbungen gedeckt werden, gehörten 1900 1,5 Millionen Mark, welche für zu Straßenzwecken verwendete Objekte als nicht rentable Leistungen aus dem ordentlichen Haushalt zu ersetzen waren. Dies wird der Wert des Bodens sein, welchen die Stadt 1895—1900 zur Herstellung von Straßen vor ihren Grundstücken verwendet hat. Bericht über den Stand der Gemeindeangelegenheiten 1900, II. Teil Rechnungsergebnisse (R.-E.), S. 71.



städtischen Grundstücken, durch die neu zu schaffenden freien Plätze, durch die Erweiterung der Friedhöfe, durch die unentgeltliche Abgabe von Grund und Boden für die Anlage von Vorortbahnen[1] usw. ein großer Teil des städtischen Grundbesitzes verbraucht wird, mit welchem die Stadt auf dem Grundstücksmarkte als maßgebender Verkäufer auftreten kann.

II. Der Stadterweiterungsplan und seine Durchführung.

1. Der Stadterweiterungsplan. Nachdem die Stadt durch die Einverleibungen ihr Gebiet so bedeutend erweitert hatte, mußte sie für eine solche Bebauung desselben Sorge tragen, wie sie im Interesse der ganzen Stadt geboten war, wirkte doch für die Einverleibungen, besonders für die in neuester Zeit, der Grund mit, „daß der Stadt daran gelegen sein müsse, möglichst bald auf die Bauweise der Nachbargemeinden Einfluß zu gewinnen, damit die Arrondierung und Ausgestaltung des Burgfriedens in baulicher und sanitärer Beziehung sich nach den Grundsätzen gestalte, wie dies das Interesse der Gemeinde erheische".[2]

Zur Durchführung dieser Grundsätze war im Jahre 1893 ein eigenes Stadterweiterungsbureau in Tätigkeit getreten. Für das Stadtgebiet war zwar ein aus den 60er Jahren stammender Stadterweiterungsplan[3] vorhanden, welcher für die Festsetzung neuer Straßenzüge als Grundlage diente. Dieser Plan, nach dem Rechtecksystem entworfen, enthielt jedoch keine geeigneten Verbindungen der innern mit den äußern Teilen der Stadt; Radialstraßen, freie Plätze und Gürtelstraßen fehlten, auch war keine Unterscheidung zwischen den einzelnen Straßen getroffen, so daß die Anlage des Verkehrsnetzes Schwierigkeiten bereitete. Die Wahrnehmung dieser Mängel, besonders bei der regen Bautätigkeit in den Jahren 1886—1890, ferner das Aufsehen erregende Werk von Camillo Sitte über den Städtebau veranlaßten die Stadtgemeinde, unterm 30. Juni 1891 einen Wettbewerb unter den Architekten Deutschlands zur Gewinnung eines neuen, den modernen Ansprüchen einer Großstadt gerecht werdenden Stadterweiterungsplanes auszuschreiben[4]. Der Wettbewerb lieferte wert-

[1] Für den Nordbahnhof allein wurden mehr als 6 ha abgetreten. V.B. 1898, S. 207.

[2] V.B. 1899, S. 9.

[3] Baurat Schneider: „Die Bauordnungen Münchens in Rücksicht auf die Gesundheitspflege", in der Festschrift für den Verein für öffentliche Gesundheitspflege 1902.

[4] V.B. 1891, S. 80—82.

volle Arbeiten, zu deren Verwertung das Stadterweiterungsbureau unter Leitung eines hervorragenden Architekten ins Leben gerufen wurde.

Dieses erneuerte und erweiterte in kurzer Zeit das bestehende Alignementnetz an der Hand der Konkurrenzentwürfe und der eigenen Erfahrungen unter dem Gesichtspunkte der Verminderung der Bebauungs- und Bewohnungsdichtigkeit im Stadterweiterungsgebiet nach der Peripherie zu. Als sichere Grundlage für die Beurteilung der Besitzverhältnisse, auf welche bei der unzureichenden bayrischen Gesetzgebung bei Anlage neuer Straßen[1], besonders bei dem Fehlen des Zwangsversteigerungsrechtes, vor allem Rücksicht zu nehmen war, dienten äußerst genaue 1000 teilige Katasterpläne. Noch im Jahre 1893 entstanden die vorläufigen Entwürfe über die Umgestaltung der Alignements für Neuhausen, Nymphenburg, Schwabing, Bogenhausen, für die verlängerte Prinzregentenstraße und deren Umgebung, für Teile des Sendlinger Oberfeldes, über die Ausgestaltung der Theresienwiese usw. Im Jahre 1898[2] war im wesentlichen die Baulinienbearbeitung für das gesamte Stadtgebiet, denn auch die Ausarbeitung der Pläne über die für die Ausgestaltung des Stadterweiterungsgebietes äußerst wichtige, künftige Ausgestaltung des Stadtinnern hatte das Stadterweiterungsbureau zu machen, beendet. So war ein neuer Generalbaulinienplan eines der Hauptmomente der Bewertung des Bodens und damit der Gestaltung des Grundstückmarktes und der Grundstückpreise[3] geschaffen, die förmliche Feststellung der einzelnen Teile aber erfolgt entsprechend dem Bedürfnisse. Es ist ferner auch selbstverständlich, daß noch fortwährend, besonders veranlaßt durch Verlegung oder Anlage von Verkehrswegen (das seit dem Anfang der 90 er Jahre schwebende Generalabkommen zwischen der Stadtgemeinde und dem Eisenbahnfiskus über Straßenführungen in der Nähe und bei Kreuzung der Eisenbahnlinien, Bahnhöfe usw. ist noch nicht zum Abschluß gekommen), ferner durch die Verlegung bezw. Anlage von Friedhöfen und andern das Straßennetz beeinflussenden Anstalten Änderungen und Neuarbeiten notwendig werden. Außer diesem Generalbaulinienplan hat das Stadterweiterungsbureau noch Baulinienentwürfe geliefert für die damaligen Nachbargemeinden Nymphenburg, Laim, Thalkirchen,

---

[1] V.B. 1893, S. 65.

[2] V.B. 1898, S. 198.

[3] Stübben: „Der Stadterweiterungsplan und seine Durchführung". Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 95. Band, S. 148.

dann für Berg am Laim, Perlach, Milbertshofen, Moosach, Solln, Forstenried usw.[1].

2. Staffelbauordnung. Um den Stadtplan völlig durchführen, besonders die in ihm vorgesehenen Baubeschränkungen durchsetzen zu können, wurden schon bei den Beratungen über die neue Bauordnung vom Jahre 1895 Vorschläge gemacht, welche auf Abstufung der Bebauung hinzielten. Diese Vorschläge wurden jedoch bei der Genehmigung nicht berücksichtigt, trotzdem sie von der Lokalbaukommission, dem Gesundheitsrat und beiden städtischen Kollegien unterstützt wurden[2]. Die empfindliche Lücke in der Bauordnung mußte nun die Stadtverwaltung durch ortspolizeiliche Vorschriften und durch Servitutverträge aller Art bei der Übernahme neuer Straßen nach Tunlichkeit ausfüllen, wobei es meistens nicht ohne finanzielle Gegenleistung seitens der Gemeinde abging[3]. Die Folge hiervon war, daß ungefähr 140 verschiedene Bautypen für das Stadtgebiet eingeführt wurden und daß weder die Baulustigen noch deren Berater wußten, wie ein Grundstück ausgenutzt werden konnte, und daß es für die Baupolizeibehörde selbst schwierig war, festzustellen, welche Bebauungsvorschrift eigentlich für ein einzelnes Grundstück in Geltung sei. Dem allgemeinen Wunsche, diese mit der Ausdehnung der Stadt immer unerträglicher werdenden Mißstände durch eine einheitliche Regelung der Bebauungsvorschriften zu beseitigen, kamen die ausschlaggebenden staatlichen Behörden entgegen, indem sie im Jahre 1899 der Anschauung des Magistrats beitraten, daß ohne Aufnahme einer diesbezüglichen Bestimmung in die Münchener Bauordnung auch für Ortsteile mit geschlossener Bauweise durch ortspolizeiliche Vorschrift die Höhe der Gebäude und die Überbauung der Hofräume im Interesse der Gesundheit über die allgemeinen verordnungsmäßigen Bestimmungen hinausgehenden Beschränkungen unterworfen werden könnten. Es kam nämlich der Stadtverwaltung bei der schnellen Bevölkerungszunahme, die mehr Raum erheischte, darauf an, die geschlossene Bauweise gegen-

[1] Die Baulinienentwürfe der Nachbargemeinden sind jeweils der Lokalbaukommission bezw. dem Magistrat zur Begutachtung vorzulegen.

[2] v. Borscht: „Bauordnung für die kgl. Haupt- und Residenzstadt München vom 29. Juli 1895", München 1895, S. 280.

[3] Referat von Rechtsrat Steinhauser, betreffend Staffelbauordnung. Protokoll der 33. Plenarsitzung des Magistrats vom 13. Juli 1900 in der Münchener Gemeinde-Zeitung, 1900, Nr. 57.

über der seit 1880[1] überwiegenden offenen Bauweise zu begünstigen. Es wurde daher eine abgestufte Bauordnung in Aussicht genommen, in welcher dem geschlossenen Bausystem wieder ein größerer Geltungsbereich eingeräumt werden sollte. Am 13. Juli 1900 beschloß der Magistrat die Einführung einer Staffelbauordnung nach Maßgabe des vom Stadterweiterungsbureau auf Grund der von ihm entworfenen und zum Teil schon ausgearbeiteten Bebauungspläne hergestellten Übersichtsplanes. Wenn nun auch der ganze Entwurf der Staffelbauordnung erst am 5. November 1902 vom Magistrate genehmigt werden konnte, so übte er doch seit Mitte 1900 einen Einfluß auf die Gestaltung der Bodenverhältnisse aus, da bei der Genehmigung von Neubauten die Baupolizeibehörde sich auf diesen Entwurf einrichten mußte.

Nach Maßgabe des Staffelbauplanes vom 9. Dezember 1899 wird die Dichtigkeit der Bebauung des Stadtgebiets nach neun Baustaffeln[2] abgestuft, welche dem geschichtlichen Werdegang und den

[1] Durch die Münchener Bauordnung vom 3. April 1879 wurde für alle neuen Straßen das offene Bausystem festgesetzt. Hieran änderte die Bauordnung von 1895 nichts, beschränkte vielmehr die Ausnutzbarkeit der Grundstücke in neuen Bauanlagen auf $^2/_3$ der Anwesensfläche.

[2]

Staffel	Bauweise	Vordergebäude	Rückgebäude	Hofraum
1	Geschlossen	Erdgeschoß und 4 Stockwerke n. d. Münchener Bauordnung	Erdgeschoß und 3 Stockwerke n. d. Münchener Bauordnung	nach der Münchener Bauordnung
2	"	Erdgeschoß und 3 Stockwerke bis 18 m Höhe	Erdgeschoß und 3 Stockwerke bis 18 m Höhe	$^1/_3$ Hoffläche zusammenhängend
3	"	Erdgeschoß und 3 Stockwerke bis 18 m Höhe	Erdgeschoß und 1 Stockwerk bis 12 m Höhe	$^1/_3$ Hoffläche zusammenhängend
4	"	Erdgeschoß und 2 Stockwerke bis 18 m Höhe	Erdgeschoß und 1 Stockwerk bis 12 m Höhe	$^1/_3$ Hoffläche zusammenhängend
5	"	Erdgeschoß und 1 Stockwerk bis 12 m Höhe	Erdgeschoß bis 9 m Höhe und ohne selbst. Mietwohnung	$^1/_3$ Hoffläche zusammenhängend

Verhältnissen (Bodenpreise) des denselben zu unterwerfenden Geländes und dem Charakter der einzelnen Straßen Rechnung tragen.

Da Staffel 1 für das Stadterweiterungsgebiet wegfällt und Staffel 5 und 9 nur in jenen Fällen angewandt wird, in welchen die landschaftliche Lage oder die Beschränktheit des Bauterrains oder ein sonstiger besonders zwingender Grund für ihre Anordnung sprechen, stuft sich im Stadterweiterungsgebiet die Höhe der Vordergebäude nach der Peripherie hin von Erdgeschoß und drei Stockwerken auf Erdgeschoß und zwei Stockwerk ab, während die Ausnutzbarkeit der Fläche sich gleichbleibt (²/₃).

Nach dem Entwurfe[1] „soll das geschlossene Bausystem im allgemeinen den Vorzug vor dem offenen erhalten; insbesondere soll das geschlossene System für die Verkehrsstraßen gelten. Ferner sollen die der Zugluft ausgesetzten Lagen, z. B. das Sendlinger und das Giesinger Oberfeld mit Ausnahme der an den Wald grenzenden Distrikte, dann die exponierten Teile Schwabings und auch des Sendlinger Unterfelds, im wesentlichen geschlossen ausgebaut werden. Das offene Bausystem soll eingeschränkt werden auf die Gebiete, in denen es bereits durchgeführt ist (Neuhausen, Nymphenburg, südlicher Teil von Schwabing, Villenanlagen bei Bogenhausen usw.), sowie auf die Nachbargebiete zwecks Ermöglichung eines entsprechenden Überganges. Namentlich

Staffel	Bauweise	Vordergebäude	Rückgebäude	Hofraum	Gruppenlänge höchstens m	Pavillon-zwischenraum mindestens m
6	Offen	Erdgeschoß und 3 Stockwerke bis 20 m Höhe	Erdgeschoß und 3 Stockwerke bis 20 m Höhe	¹/₃ Hoffläche, Lichthöfe sind nicht gestattet	45	7
7	"	Erdgeschoß und 3 Stockwerke bis 18 m Höhe	Erdgeschoß und 1 Stockwerk bis 12 m Höhe	¹/₃ Hoffläche zusammenhängend, Lichthöfe sind nicht gestattet	45	9
8	"	Erdgeschoß und 2 Stockwerke bis 18 m Höhe	Erdgeschoß und 1 Stockwerk bis 12 m Höhe	¹/₃ Hoffläche zusammenhängend	36	10
9	"	Erdgeschoß und 1 Stockwerk bis 18 m Höhe	Erdgeschoß bis 9 m Höhe und ohne selbst. Mietwohnung	¹/₂ Hoffläche zusammenhängend	36	10

[1] S. Referat von Rechtsrat Steinhauser, S. 3.

sollen offen auch ausgebaut werden jene Gebiete, bei denen dies landschaftlich veranlaßt ist, z. B. der Steilhang bei Bogenhausen, das Areal bei der Menterschwaige, Gebietsteile in der Nähe des Waldes, selbstredend auch jene Gebiete, bei denen dies im Interesse der Gesundheit besonders angezeigt erscheint, z. B. in der Nähe von Friedhöfen. Offenes System sollen endlich Vorgartenstraßen vor allem mit Nord-Südrichtung erhalten. Verkehrsstraßen durch offen bebaute Gebiete mit Ausnahme der reinen Villenanlagen erhalten geschlossenes System.

Eigene Industriequartiere in dem Sinne, daß die Industrie aus andern Vierteln ausgeschlossen werden soll, sind in dem Staffelbauplane nicht vorgesehen. Wohl aber wird einerseits bestimmt, daß in bevorzugten Wohnlagen, in welchen Staffel 5, 8 und 9 vertreten sind, störende Gewerbebetriebe im Sinne der §§ 16 und 27 der Gewerbeordnung ausgeschlossen sind, anderseits werden bestimmte Viertel als für die Industrie besonders geeignet bezeichnet; innerhalb der letzteren — die mit Geleisanschluß versehenen oder künftig zu versehenden Gebiete, nämlich das Terrain um den Ostbahnhof, jenes östlich des Giesinger Oberfeldes und das Gebiet an der Moosach—Schwabinger Bahnlinie, auch an der Rosenheimer und Holzkirchner Bahnlinie zwischen Landsbergerstraße und Untersendling — wird für Fabrikgebäude seitens der Baubehörde großes Entgegenkommen (z. B. Frontlänge von 100 m) gewährt werden. Die in diesem Quartiere entstehenden Wohnhäuser aber haben sich nach den festgesetzten Baustaffeln zu richten."

Da der Entwurf demnach manche Änderung im Bausystem und damit in der Ausnutzungsmöglichkeit des Grund und Bodens, meistens im Sinne einer stärkeren Ausnutzungsmöglichkeit brachte und man annehmen konnte, daß nicht viel daran geändert werden würde, so mußte er eine Wirkung auf die Gestaltung des Grundstücksmarktes und der Bodenpreise in den verschiedenen Teilen des Stadterweiterungsgebietes ausüben, auf welche im speziellen Teile noch eingegangen wird.

3. Die Herstellung der Straßen. Die große Bedeutung des der Münchener Staffelbauordnung zu Grunde liegenden Baulinienplanes für die Entwicklung der Münchener Bodenverhältnisse liegt darin, daß er die Verkehrsverbindungen, besonders die Straßen und Plätze, vorsieht, durch deren Herstellung der Boden erst erschlossen und ausgenutzt werden kann und dem Baustellenmarkt neue Bestände zugeführt werden[1]. Der Baulinienplan unterscheidet Verkehrs- und Wohn-

[1] K. Singer: „Die Wohnungen der Minderbemittelten in München", München 1899, S. 58 und 79.

straßen, und zwar Hauptstraßen von 30—40 m, mittlere Straßen von 18—25 m und Wohnstraßen von 13—16 m Breite, diese meist zwischen Vorgärten. Ferner sind Verkehrsplätze vorgesehen, deren Flächen mit den Straßen zusammen 25—30 % der Gesamtfläche ausmachen, und staubfreie vom Verkehr abgelegene Anlagenplätze, welche nach streng durchgeführter Ministerialentschließung rund 5 % der Gesamtfläche erreichen müssen[1]. Dieser große Anteil der Straßen und Plätze an der Gesamtfläche zeigt schon, daß die Herstellung der Straßen und Plätze an und für sich auch noch in der Weise auf den Grundstücksmarkt wirken muß, daß durch sie der Bestand an Bodenfläche je nach ihrer Breite mehr oder weniger vermindert wird. Die Bodenfläche, welche für die Herstellung von Makadamstraßen (ohne Fußwege) abgetreten wurde und welche sich mit deren Fläche deckt, betrug in den Jahren 1891/95: 18,2 ha, 1896/1900: 42,8 ha, davon 1898: 11,6 ha, 1899: 10,9 ha, 1900: 9,8 ha, dann 1901: 13,2 ha[2].

Die Herstellung der Straßen und Plätze geschieht fast durchweg[3] von der Stadt auf Kosten der Bauunternehmer. Diese müssen, wenn sie bauen wollen, den zur Herstellung der Straßen und Plätze nötigen Grund und Boden abtreten, was zwar nicht ausdrücklich in der Bauordnung gesagt ist, wohl aber durch die in allen Bauordnungen enthaltene Vorschrift der Einhaltung der Baulinie bei Errichtung neuer Gebäude und Vornahme von Hauptänderungen erlangt wird[4]. Ferner müssen die Bauunternehmer die Herstellung des an die Gemeinde ab-

---

[1] Stübben a. a. O., S. 169 und 171.

[2] Die gesamte Straßenfläche stieg von 220 ha im Jahre 1891 auf 342,4 ha im Jahre 1901, die Fläche der Fußwege von 119,1 ha auf 195,1 ha. Von der Straßenfläche wurden 1891—1901 übernommen 9,5 ha Pflasterfläche und 36,9 ha Makadamstraßen und zwar der überwiegende Teil von den einverleibten Gemeinden und vom Staate und nur ein sehr geringer Teil von Privaten. M.J. 1900 und 1901, S. 41 bezw. 33.

[3] Vgl. Bekanntmachung des Stadtmagistrats München und der Lokalbaukommission München vom 1. Oktober 1895, betr. Herstellung von neuen Straßen, welche auch für die Herstellung von Plätzen gilt. — Für jeden Quadratmeter Pflaster bringt die Stadt, wenn sie die Straße ausführt, 2 Mark vom Einheitspreise in Anrechnung, während die Bauunternehmer, welche auf eigene Kosten die Straße herstellen, die Kosten der Beaufsichtigung vorzuschießen haben (4 % der Kosten des Unterbaues und der Befestigung). V.B. 1900, S. 283.

[4] § 1 der Bauordnung vom 2. Oktober 1863 und jener vom 3. April 1879, § 5 der Bauordnung vom 29. Juli 1895. v. Borscht a. a. O., S. 38 ff.

zutretenden Straßenkörpers[1] einschließlich der Randsteinsetzung und seit 1889[2] auch der Pflasterung, und zwar zur Vermeidung von Sackgassen, für den betreffenden Teil der Straße von einer Querstraße bis zur nächsten und für die Verbindung mit einer bereits bestehenden Straße sichern. Wenn der Fahrdamm über 20 m breit ist[3], übernimmt die Gemeinde für dieses Mehr die Kosten der Herstellung in Makadam und die Pflasterung, ferner bei andern Straßen, wenn durch Servitut die Höhe der Gebäude auf zwei Stockwerke (Erd- und ein Obergeschoß) beschränkt ist, die Kosten der Pflasterung, sofern diese nicht ganz zu entfallen hat. Die Pflasterung soll im allgemeinen erst drei Jahre nach erfolgter Herstellung des Kanals, der Gas- und Wasserleitung erfolgen. Während aber diese bei der Straßenherstellung eingerichtet werden, erfolgt die Kanalisation meist später, so daß die Pflasterung noch weiter hinausgeschoben wird.

Werden infolge der oben erwähnten Auflage von der Gemeinde auf Kosten eines Bauunternehmers die Straßenkörper über dessen Bauanlage hinaus längs fremder Grundstücke hergestellt, so darf ein anderer Bauunternehmer auf demselben nur dann bauen, wenn er Ersatz für die Herstellungskosten des Straßenkörpers längs dieser Grundstücke geleistet oder sichergestellt hat. Dasselbe gilt, wenn von der Gemeinde die Kosten der Herstellung des Straßenkörpers vorgeschossen werden[4][5]. Durch diese Vorschrift ist die Gemeinde in den Stand gesetzt[6], die Straße selbst herzustellen und die Herstellungskosten von den beteiligten Grundbesitzern pro rata dann einzuheben, wenn sie bauen. Da aber nur Ersatz für die Kosten, nicht für deren Zinsen beansprucht werden kann, können die beteiligten Grundbesitzer lange Zeit die Herstellung der Gebäude unterlassen, sich den aus der Steigerung der Grundrente infolge Anlage der Straße sich ergebenden Gewinn sichern und zugleich die Zinsen des Aufwandes ersparen. Die Gemeinde kann aber nicht aus eigener Initiative und unabhängig

---

[1] § 59 der B.O., von 1863, § 88 der B.O. von 1879, § 81 der B.O. von 1895.

[2] Gemeindestatut vom 3. Juni 1889, betr. die Übernahme neuer Straßen. Seit 1895 fällt die Sicherung des Unterhaltes weg.

[3] Vgl. Anm. 3 S. 220.

[4] § 81 II der M.B.O. von 1895.

[5] Die Stadt hatte 1895 einen eigenen Straßenbaufonds mit 200 000 Mark dotiert, aus welchem bis Ende 1901 193 000 Mark vorgeschossen, während 38 000 Mark zurückgezahlt wurden. R.E. 1901, S. 73.

[6] v. Borscht a. a. O., S. 261 ff.

von der Zustimmung der beteiligten Grundbesitzer eine Straße herstellen, solange nicht die Grundbesitzer bauen, da ihr das Zwangsenteignungsrecht fehlt. Denn das bayrische Expropriationsgesetz vom Jahre 1837 räumt den Gemeinden bei Herstellung von Gemeinde- und Ortsstraßen ein Zwangsenteignungsrecht nicht ein.

4. Die Anlage von Straßenbahnen in München. Während es so der Gemeinde durch den Mangel des Enteignungsrechtes bei der Herstellung von Straßen erschwert ist, die wirtschaftlich wichtige Aufgabe zu erfüllen, die Tätigkeit Privater ergänzend und dem Bedürfnisse etwas vorauseilend, neue Verkehrsverbindungen zu schaffen, um dem Baustellenmarkte immer neue Bestände zuzuführen, konnte sie dies bei den Straßenbahnen nur mit großen Opfern und dann nicht in ausreichendem Maße tun. Da nach dem Ausbau der Ringlinie die 1876 bezw. 1882 gegründete Trambahn-Aktiengesellschaft, welche auf 25 Jahre die Konzession erhalten hatte (2—3 % der Bruttoeinnahmen hat die Stadt zu erhalten), ihr Netz (34 km) nicht erweitern wollte, schloß die Stadt notgedrungen 1892[1] mit ihr einen Betriebsvertrag ab, nach welchem die Gesellschaft sich verpflichtete, alle selbständigen Linien und Verlängerungen bereits bestehender Linien, deren Bau von der Stadtgemeinde verlangt würde, auf Rechnung der letzteren zu bauen und zu betreiben. So wurden bis zum Jahre 1897 die für die Entwicklung des Stadterweiterungsgebietes wichtigen selbständigen Linien und Verlängerungen gebaut, auf welche im speziellen Teil noch eingegangen wird. Im Jahre 1897 übernahm die Stadt, da die Gesellschaft unter Hinweis auf den Ablauf der Konzession sich weigerte, die für die Verkehrsentwicklung so wichtige kostspielige Umwandlung des Pferdebetriebes in elektrischen Betrieb auf ihren Linien vorzunehmen[2], das Trambahnunternehmen auf eigene Rechnung[3], wobei sie behufs Ablösung der Trambahn der Gesellschaft ein Fixum von fast 1 Million Mark zusicherte. Bis zum 15. August 1900 führte die Gemeinde die Umwandlung unter großen Kosten[4] durch, während Neubauten bis zur Durchführung des elektrischen Betriebes hinausgeschoben wurden. Durch diesen ist der Betrieb verdichtet und der Verkehr der Außenbezirke[5] mit dem Stadt-

[1] Geschäftsbericht d. gemeindl. Trambahnlinien 1893/94. V.B. 1891, S. 166.

[2] Gem.-Zeitung 1897, Nr. 47.

[3] V.B. 1897, S. 153 und M.J. 1901. Tab. 136.

[4] 8 Millionen Mark. M.J. 1901. Tab. 137.

[5] Zahl der Fahrgäste überhaupt 1899 35,5 Millionen, 1900 42,9 Millionen, 1901 45,1 Millionen.

innern sehr gehoben worden, aber noch besonders durch die Einführung des 10-Pfennig-Einheitstarifes am 17. Juli 1900.

Da jedoch durch die Einführung des 10-Pfennigtarifes die Einnahme des gemeindlichen Trambahnunternehmens stark geschmälert wurde, unterblieb der Bau neuer Linien auch nach Einführung des elektrischen Betriebes, und nur die alten Linien sind (hauptsächlich nach den Friedhöfen hin) verlängert worden. Das ganze Trambahnnetz hatte 1901 eine Länge von nur 47,5 km gegen 47,9 im Jahre 1897, wobei freilich zu berücksichtigen ist, daß 1900 die Dampftrambahn Bahnhof—Nymphenburg (4,8 km) aufgehoben wurde[1]. Der Ausbau des Trambahnnetzes in den Stadterweiterungsgebieten ist immer dringlicher geworden, und besonders infolge des 10-Pfennigtarifes wurde das Verlangen der Außenbezirke nach Trambahnen ein sehr weitgehendes. Um nun die notwendigsten Linien bauen zu können und um das steigende Defizit zu beseitigen, wurde 1903 vom Magistrate eine Erhöhung des Einheitstarifes um 50 bezw. 25 % vorgeschlagen, welche eine erhebliche Verteuerung des Trambahnverkehres zum Schaden der Entwicklung der Stadterweiterungsgebiete zur Folge gehabt haben würde. Diese Verteuerung ist zwar unterblieben, zugleich aber die Aussicht auf größere Erweiterung des Trambahnnetzes geschwunden, bis im Jahre 1907 dieses auf die Stadt übergegangen sein wird und diese dann nicht mehr durch die großen Verpflichtungen an die Gesellschaft daran gehindert ist, für einen billigen und zweckmäßigen Verkehr zwischen den Außenbezirken und dem Stadtinnern durch den Bau neuer Straßenbahnen zu sorgen.

5. Die Anlage von Vorortbahnen. Vorortverkehr. Auch den für die Entwicklung des Stadterweiterungsgebietes wichtigen Vorortverkehr suchte die Stadt zu heben und den Bau von Vorortsbahnen zu fördern. So trat sie aus ihrem Besitze einen Teil der zum Bau der im Jahre 1892 eröffneten Teilstrecke[2] München—Thalkirchen der Isartalbahn an die Lokalbahn-Aktiengesellschaft unentgeltlich

---

[1] Der Tarif wurde für Sonn- und Feiertage auf 15 Pfennige und der Preis der Strecken- und Netzkarten im allgemeinen erhöht. Zeitschrift für Wohnungswesen in Bayern 1903, S. 35.

[2] Die Strecke Thalkirchen—Wolfratshausen war im Jahre 1891 eröffnet worden.

ab[1]. Schon im Jahre 1889 wurde vom Magistrate das private Gesuch an die königliche Generaldirektion, eine Lokalbahn zwischen München-Ostbahnhof und Deisenhofen zu bauen, mit Rücksicht auf die große Bedeutung des Projektes für die Entwicklung der östlichen Stadtteile und für die Versorgung der Stadt mit Nahrungsmitteln nachdrücklich unterstützt. 1895 verpflichtete sich die Stadtgemeinde nach Genehmigung der zur Erbauung nötigen Mittel durch den Landtag, den innerhalb der Steuergemeinden Giesing, Perlach, Unterbiberg und des Forstbezirkes Perlach für den Bahnbau und dessen Zubehör nötigen Grund und Boden unentgeltlich zur Verfügung zu stellen im Sinne der Bestimmung in Artikel 5 Absatz 2 des Gesetzes vom 28. April 1882, die Behandlung der bestehenden Vizinalbahnen und den Bau von Sekundärbahnen betreffend[2]. Wenn auch die Staatseisenbahnverwaltung eine Aversionalsumme von 120 000 Mark und die Adjazenten fast 50 000 Mark in bar leisteten und diese 1,3 ha Land in Giesing abtraten, so betrugen bis 1901 die Ausgaben der Stadt für die von der Bahnverwaltung auf Rechnung der Stadt betätigten Grunderwerbungen fast 300 000 Mark[3], wozu noch erhebliche Straßenherstellungskosten kamen. Über den Einfluß dieser im Jahre 1898 eröffneten Lokalbahn wird im speziellen Teile weiter berichtet.

Seit der Einverleibung von Schwabing war die Stadtgemeinde immer darauf bedacht, den direkten Anschluß dieses großen Siedlungsgebietes an eine Eisenbahn zu bewerkstelligen. Im Gegensatz zu den Interessenten, von denen die Anregung ausging und welche nur ein Geleise für den Güterverkehr verlangten[4], war die Gemeinde der Anschauung, daß diese Strecke als Teil der von ihr wiederholt als notwendig bezeichneten Ringbahn mit Rücksicht auf das allgemeine Interesse als Vollbahn auf Kosten des Staates zu erbauen sei. Da aber hierzu seitens der Staatsregierung keine Geneigtheit bestand, wurde der Magistrat 1898[5] mit der Bitte vorstellig, eine Lokalbahn herzustellen und erklärte sich bereit, nachdem der Landtag 1896 die

---

[1] V.B. 1891, S. 163. Sehr bezeichnend für die Gesetzgebung ist, daß der Konzessionar der Stadtgemeinde gegenüber geltend machte, daß ihm das Zwangsenteignungsrecht für den Stadtbezirk, soweit die Bahn südlich des Südbahnhofes führe, zustehe.

[2] V.B. 1898, S. 208.

[3] R.E. 1901, S. 72..

[4] V.B. 1890, S. 136.

[5] V.B. 1898, S. 206 ff.

Mittel zum Bau der Lokalbahn Moosach—Milbertshofen—Neu-Freimann—Schwabing genehmigt hatte, den für den Bahnbau und dessen Zubehör nötigen Grund und Boden unter der Bedingung zur Verfügung zu stellen, daß der hierdurch verursachte Aufwand durch die Beiträge der Industriellen bei Geleisanschlüssen an die Stadtgemeinde zurückvergütet werde. Der von der Stadt zu deckende Aufwand wurde auf 307 300 Mark festgesetzt, wovon auf die Grunderwerbungen 263 500 Mark kommen. Durch die Vorlage eines neuen Projektes seitens der Generaldirektion (1895), nach welchem die Bahnlinie von Milbertshofen bedeutend nach Süden verlegt und Schwabing Durchgangsstation werden sollte, welches aber die Stadt hauptsächlich wegen der erheblichen Mehrbelastung durch starke Mehrforderungen für die Bahnhofsanlagen[1] nicht annehmen konnte, wurden die Verhandlungen hinausgeschoben, und erst im Jahre 1900[2], nachdem die Stadt sich verpflichtet hatte, für den gesamten Grunderwerbsaufwand[3] aufzukommen, wurde mit dem Bau nach dem ursprünglichen Projekte begonnen und dieser im Jahre 1901 vollendet. In der jüngsten Zeit ist dann das Projekt der Schließung des Ringes durch Führung einer Lokalbahn von Neu-Freimann zum Ostbahnhofe in Fluß gekommen und wird wohl bald dem Landtage vorgelegt werden.

Größere Bedeutung für die Entwicklung der Bodenverhältnisse als der Bau der letztgenannten zwei Lokalbahnen hat in den letzten Jahren die Einführung des billigeren Vorortsverkehrs auf den Staatsbahnen gehabt. Ende 1898 wendete sich der Magistrat im Anschluß an das Vorgehen einer Anzahl anderer unmittelbarer Städte Bayerns an die höchste Stelle mit der Bitte, für den Personenverkehr zwischen Stadt und Vororten, sowie den in der Nähe der Stadt gelegenen Orten eine erhebliche Tarifreduktion eintreten zu lassen[4]. Daraufhin wurde mit der Eröffnung der Linie München—Laim—

[1] Statt auf 263 500 Mk. berechneten sich die von der Stadt zu tragenden Grunderwerbskosten danach nach Schätzung auf 797 000 Mk., nach den tatsächlichen Forderungen der Grundbesitzer auf 1 039 000 Mk. V.B. 1898, S. 207.

[2] V.B. 1900, S. 23.

[3] Die Ausgaben für Grunderwerbungen betrugen bis Ende 1901 499 000 Mk., von den Interessenten sind 64 500 Mk. gezeichnet, bis Ende 1901 47 500 Mk. eingezahlt worden. R.E. 1901, S. 73.

[4] V.B. 1898, S. 116.

Pasing auf dieser der Vorortsverkehr am 1. Mai 1895 eingeführt. Am 1. Mai 1896 wurde der Vorortsverkehr auf den Strecken vom Zentralbahnhof nach Schleißheim (19 km), Bruck (23 km), Maisach (25 km), Dachau (18 km), Planegg (15 km), Gauting (19 km), Großhesselohe (11 km) eingeführt und am 1. Mai 1897, nach einer Eingabe des Magistrates[1], auch auf den Strecken vom Ostbahnhof nach Schwaben (21 km) und Kirchseeon (23 km). Am 1. Mai 1896 hatte die Isartalbahn den Vorortsverkehr eingeführt und diesen bis Grünwald ausgedehnt. München hat demnach neun eigentliche Vorortlinien mit billigerem Tarife, welcher aber noch ziemlich hoch ist[2]. Zu diesen Linien kommt als Vorortbahn die Lokalbahn nach Deisenhofen, während auf der Lokalbahn Moosach—Schwabing die Personenbeförderung vorerst ausgeschlossen ist. Auf die verschiedene Entwicklung des Vorortsverkehrs in den verschiedenen Stadterweiterungsgebieten und deren Einfluß auf die Gestaltung der Bodenverhältnisse ist im speziellen Teile einzugehen. Hier sei nur erwähnt, daß der Vorortverkehr im ganzen stark gestiegen ist[3]. Im Jahre 1896 wurden 948 461, 1900 2 423 404 Vorortkarten ausgegeben, im Jahre 1901 freilich nur 2 372 751, woran man schon erkennt, daß der Münchner Vorortverkehr zum Teil Ausflugsverkehr ist und daß die Bedeutung des Vorortverkehrs für die Entwicklung der Bodenverhältnisse aus diesen Zahlen nicht klar ersehen werden kann, sondern erst bei der Betrachtung der einzelnen Gebiete deutlicher hervortritt.

6. Die Kosten der Durchführung des Stadterweiterungsplanes und ihre Deckung. Schon die allgemeinen Ausführungen über die Durchführung des Stadterweiterungsplanes in München lassen erkennen, daß die Kosten desselben sehr bedeutend sind und in den letzten Jahren stark zugenommen haben. Zahlenmäßig lassen sich die Kosten, welche diese Durchführung der Stadt verursacht, nicht darstellen, da einerseits die persönlichen und sachlichen Kosten der Durchführung selbst nicht ausgeschieden sind, andererseits die großen Kosten des Ankaufs von Gebäuden und Grundstücken zu Straßenregelungen und Durchbrüchen[4] zum Teile später gedeckt werden

[1] V.B. 1896, S. 60.

[2] 1—6 km 10 Pf., 7 u. 8 km 15 Pf., 9—11 km 20 Pf. Vergl. Dr. Singer a. a. O., S. 46 ff.

[3] M.J. 1901, Tab. 121, S. 45.

[4] Hierfür wurden ohne die besonderen Unternehmungen ausgegeben: 1895

durch den Verkauf des bei der Durchführung derselben gewonnenen oder durch dieselbe der Bebauung erschlossenen Baugeländes, zum geringen Teile durch Beiträge der Adjazenten. Deshalb werden in der neueren Zeit die größeren Straßendurchbrüche und die Grunderwerbungen für die genannten Lokalbahnen als besondere Unternehmen durchgeführt, denen die Erlöse aus den verkauften Grundstücken zufallen[1]. Jedoch decken die Erlöse aus dem gewonnenen Baugelände, da dieses vielfach nur gering ist, und die Beiträge der Adjazenten die Kosten der Durchführung des Stadterweiterungsplanes nicht. Um deshalb diejenigen besonders hierzu heranzuziehen, welche die größten Vorteile aus den Ausgaben für die Durchführung des Stadterweiterungsplanes haben, erhebt die Stadt seit 1898[2] eine Besitzveränderungsgebühr von einem Viertel der vom Staate seit 1892[3] erhobenen Besitzveränderungsgebühr. Diese beträgt vom Werte des Gegenstandes der Besitzveränderung ohne Abzug der Schulden 1 % bei Erbschaften, Vermächtnissen, Schenkungen, Besitzveränderungen zwischen Verwandten (bei diesen darf die Gemeinde keine Gebühr erheben) und bei einem Wertgegenstand bis zu 1000 Mark, 1½ % bei einem Wertgegenstande von über 1000 bis zu 2000 Mark, 2 % endlich in den übrigen überwiegenden Fällen, soweit nicht Ermäßigung in den oben erwähnten Fällen eintritt.

Der Ertrag der gemeindlichen Besitzveränderungsgebühr[4] betrug in München 1898: 462000 Mark, 1899: 1029000 Mark, 1900:

123000 Mk., 1896 423000 Mk., 1897 183000 Mk., 1898 304000 Mk., 1899 797000 Mk., 1900 823000 Mk. und 1901 630000 Mk. Die Ausgaben für Straßenherstellung und -Regelung betrugen in denselben Jahren 246000 Mk., 224000 Mk., 244000 Mk., 401000 Mk., 650000 Mk., 652000 Mk., 305000 Mk. R.E. 1895—1901. Vergl. auch M.J. 1901: XII. Finanzwesen der Gemeinde, besonders die vergleichende Übersicht der Rechnungsergebnisse 1875—1901 und den Nachweis der Verwendung der Anleihengelder 1857—1901.

[1] R.E. 1900, S. 72 ff., 1901, S. 71 ff.

[2] Gesetz vom 15. Juni 1898. Danach sind alle bayrischen Gemeinden mit Genehmigung des Staatsministeriums des Innern befugt, oben erwähnte Besitzveränderungsabgabe in ihrem Bezirk zu erheben.

[3] Gebührengesetz vom 6. Juli 1892, II. Abschnitt I. Titel: Besitzveränderungsgebühr.

[4] M.J. 1901, S. 91.

970 000 Mark und 1901: 697 000 Mark. Diese Zahlen zeigen, daß auf dem Münchener Grundstücksmarkte in den Jahren 1900 und 1901 eine krisenmäßige Störung eingetreten ist. Ursache und Wirkung derselben können nur durch eine eingehende Untersuchung der Entwicklung der Bodenverhältnisse in der jüngsten Wirtschaftsperiode, und zwar in den verschiedenen Stadterweiterungsgebieten erkannt werden.

Dresden und die Grundstückskrisis[1].

Von

Dr. Felix Hecht.

§ 1. Die Bevölkerung der Stadt Dresden während der beiden letzten Zählperioden. Statistische Angaben über Zahl und Bewegung der Bevölkerung und ihre Einteilung nach Beruf und Gewerbebetrieb.

Die Bevölkerung der Stadt Dresden und des Königreichs Sachsen nach den Volkszählungen 1895 und 1900.

Volkszählung vom	Einwohnerzahl der Stadt Dresden in ihrem jeweiligen Umfange			Prozentuale jährliche Zunahme seit der vorausgegangenen Zählung	Einwohnerzahl des Königreichs Sachsen			Von 100 Einwohnern des Königreichs waren in Dresden		
	m.	w.	zus.		m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
2. Dez. 1895	164 374	172 066	336 440	3,03	1 838 422	1 949 266	3 787 688	8,94	8,83	8,88
1. „ 1900	190 699	205 447	396 146	2,26	2 043 148	2 159 068	4 202 216	9,33	9,51	9,43

Bewegung des Personenstandes in den Jahren 1895—1901.

Jahr	Zahl der					Auf 1000 der mittleren Einwohnerzahl trafen					Sterbefälle im 1. Lebensjahre auf 100 Lebendgeborene
	Lebendgeborenen	Totgeborenen	Eheschließungen	Sterbefälle überhaupt	Sterbefälle darunter im 1. Lebensjahre	Lebendgeborene	Totgeborene	Eheschließungen	Sterbefälle überhaupt	Sterbefälle ausschließlich der Fälle im 1. Lebensjahre	
1895	10 561	440	3322	6586	2301	31,8	1,3	10,0	19,8	12,9	21,1
1896	11 276	425	3490	6518	2217	33,0	1,2	10,2	19,1	12,6	19,6
1897	12 497	454	3883	7312	2659	33,8	1,2	10,5	19,8	12,6	21,2
1898	13 143	483	4047	7054	2531	34,5	1,3	10,6	18,5	11,9	19,2
1899	13 225	540	4086	7631	2705	34,0	1,4	10,5	19,6	12,7	20,4
1900	13 096	500	3881	7397	2658	33,3	1,3	9,9	18,8	12,0	20,3
1901	13 065	464	3640	7232	2485	32,6	1,2	9,1	18,0	11,8	19,0

[1] Versuche, eine geeignete Kraft für die Darstellung der neueren städtischen Bodenentwicklung in Dresden selbst zu gewinnen, waren vergeblich. Die ausgezeichneten Publikationen des Dresdener Statistischen Amtes aber bieten ein reiches, für unsere Zwecke ausreichendes Material. Der § 7 der vorliegenden Abhandlung beruht auf Erhebungen, die von dem Verfasser in Dresden persönlich gemacht wurden. S. auch Einleitung zu Bd. 111.

Hauptübersicht über die Zahl der Betriebe und der darin tätigen Personen.

In Spalte 4 „Betriebsweise" bedeutet A: Betriebe mit Geschäftsleitern, deren Hauptberuf das Gewerbe bildet, B: Betriebe mit Geschäftsleitern, die das Gewerbe nur als Nebenbeschäftigung ausüben, a: die Betriebe mit Ausschluß der hausindustriellen Betriebe, b: hausindustrielle Betriebe.

In Spalte 7—9 „Alleinbetriebe ohne Motoren" sind diejenigen Gewerbe gezählt, welche vom Inhaber allein, ohne menschliche Hilfskraft und ohne Motoren betrieben werden, während in

Spalte 10 - 20 alle diejenigen Betriebe fallen, in welchen menschliche Hilfskräfte oder Motoren verwendet werden oder mehr als ein tätiger Inhaber vorhanden ist („Gehilfen-, Mitinhaber- und Motorenbetriebe"). Die Übersichten II – VII beziehen sich nur auf diese.

Die Zahlen der Spalte 21 sind in jenen der Spalte 10 enthalten und betreffen die Zweigniederlassungen, Niederlagen, Verkaufsstellen, Kontore usw. solcher Betriebe, deren Hauptgeschäft sich außerhalb Dresdens befindet.

Lfde. Nummer der Gewerbearten	Nr. der Gewerbegruppe	Gewerbe	Betriebsweise	Gesamtzahl der Betriebe	Gesamtzahl der Personen	Alleinbetriebe ohne Motoren: männliche Personen	Alleinbetriebe ohne Motoren: weibliche Personen	Alleinbetriebe ohne Motoren: zusammen	Alle übrigen Betriebe: Zahl der Betriebe	darunter Betriebe mit 1 tätigen Personen	2	3—5	6—10	11 bis 20	21 bis 50	über 50	Zahl der Personen: männl. Personen	weibl. Personen	zusammen	Darunter Zweigniederlass. usw. auswärtiger Geschäfte
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.
1—295	I—XXI	**1. Betriebe überhaupt**		27 587	129 839	7165	6984	14 149	13 388	233	4233	5216	1965	849	577	815	87 786	28 543	116 329	194
		2. Gewerbeabteilungen.																		
1—3	I u. II	Gärtnerei, Tierzucht und Fischerei	Aa	255	1 861	55	1	56	199	—	31	104	34	17	7	6	1 328	477	1 805	—
			Ab	3	3	—	3	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			Ba	20	24	11	2	13	7	2	1	3	—	1	—	—	2	22	24	1
			zus.	278	1 888	66	6	72	206	2	32	107	34	18	7	6	1 330	499	1 829	1

4—189	III bis XVII	Bergbau und Industrie	Aa	13 843	89 352	3415	3435	6850	6993	37	1780	2684	1244	549	436	263	65 048	17 454	82 502	55
			Ab	2 269	3 081	810	1108	1918	351	—	179	128	41	3	—	—	564	599	1 163	—
			Ba	451	428	129	276	405	46	21	6	7	2	4	4	2	386	42	428	15
			Bb	221	1	18	202	220	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—
			zus.	16 784	92 862	4372	5021	9393	7391	59	1965	2819	1287	556	440	265	65 998	18 096	84 094	70
190—295	XVIII bis XXI	Handel und Verkehr	A	9 732	33 473	2453	1730	4183	5549	15	2185	2268	642	272	128	39	19 779	9 511	29 290	106
			B	739	500	274	227	501	238	157	51	22	2	3	2	1	214	286	500	17
			zus.	10 471	33 973	2727	1957	4684	5787	172	2236	2290	644	275	130	40	19 993	9 797	29 790	123
Hierüber Anstaltsbetriebe, die unter verschiedene Gewerbearten fallen			Ba	4	616	—	—	—	4	—	—	—	—	—	—	4	465	151	616	—

3. Gewerbegruppen.

1	I	Kunst- u. Handelsgärtnerei	Aa	225	1 781	32	1	33	192	—	29	101	34	16	6	6	1 282	466	1 748	—
			Ab	3	3	—	3	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			Ba	12	24	3	2	5	7	2	1	3	—	1	—	—	2	22	24	1
			zus.	240	1 808	35	6	41	199	2	30	104	34	17	6	6	1 284	488	1 772	1
2—3	II	Tierzucht (ohne die Zucht landwirtschaftl. Nutztiere) u. Fischerei	Aa	30	80	23	—	23	7	—	2	3	—	1	1	—	46	11	57	—
			Ba	8	—	8	—	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			zus.	38	80	31	—	31	7	—	2	3	—	1	1	—	46	11	57	—
4—5	III	Bergbau- u. Hüttenwesen	Aa	2	148	—	—	—	2	—	—	1	—	—	—	1	148	—	148	1
6—19	IV	Industrie d. Steine und Erden	Aa	219	5 264	53	4	57	162	1	13	42	37	18	38	13	4 545	662	5 207	9
			Ab	69	143	37	5	42	27	—	8	15	4	—	—	—	94	7	101	—
			Ba	4	48	1	—	1	3	1	—	—	—	1	1	—	47	1	48	1
			Bb	1	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			zus.	293	5 455	92	9	101	192	2	21	57	41	19	39	13	4 686	670	5 856	10
20—43	V	Metallverarbeitung	Aa	877	8 176	164	4	168	709	1	105	317	162	61	39	24	7 322	686	8 008	4
			Ab	22	39	5	11	16	6	—	2	3	1	—	—	—	21	2	23	—
			Ba	10	8	4	—	4	6	4	—	2	—	—	—	—	8	—	8	2
			Bb	7	—	1	6	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			zus.	916	8 223	174	21	195	721	5	107	322	163	61	39	24	7 351	688	8 039	6

Hauptübersicht über die Zahl der Betriebe und der darin tätigen Personen.

In Spalte 4 „Betriebsweise" bedeutet A: Betriebe mit Geschäftsleitern, deren Hauptberuf das Gewerbe bildet, B: Betriebe mit Geschäftsleitern, die das Gewerbe nur als Nebenbeschäftigung ausüben, a: die Betriebe mit Ausschluß der hausindustriellen Betriebe, b: hausindustrielle Betriebe.

In Spalte 7—9 „Alleinbetriebe ohne Motoren" sind diejenigen Gewerbe gezählt, welche vom Inhaber allein, ohne menschliche Hilfskraft und ohne Motoren betrieben werden, während in

Spalte 10-20 alle diejenigen Betriebe fallen, in welchen menschliche Hilfskräfte oder Motoren verwendet werden oder mehr als ein tätiger Inhaber vorhanden ist („Gehilfen-, Mitinhaber- und Motorenbetriebe"). Die Übersichten II—VII beziehen sich nur auf diese.

Die Zahlen der Spalte 21 sind in jenen der Spalte 10 enthalten und betreffen die Zweigniederlassungen, Niederlagen, Verkaufsstellen, Kontore usw. solcher Betriebe, deren Hauptgeschäft sich außerhalb Dresdens befindet.

Lfde. Nummer der Gewerbearten	Nr. der Gewerbegruppe	Gewerbe	Betriebsweise	Gesamtzahl der		Alleinbetriebe ohne Motoren			Alle übrigen Betriebe (Gehilfen-, Mitinhaber- und Motorenbetriebe)											Darunter Zweigniederlass. usw. auswärtiger Geschäfte
				Betriebe	Personen	männliche Personen	weibliche Personen	zusammen	Zahl der Betriebe	darunter Betriebe mit … tätigen Personen							Zahl der Personen			
										1	2	3—5	6—10	11 bis 20	21 bis 50	über 50	männl. Personen	weibl. Personen	zusammen	
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.
1—295	I—XXI	**1. Betriebe überhaupt**		27 587	129 839	7165	6984	14 149	13 888	233	4233	5216	1965	849	577	815	87 786	28 543	116 329	194
		2. Gewerbeabteilungen.																		
1—3	I u. II	Gärtnerei, Tierzucht und Fischerei	Aa	255	1 861	55	1	56	199	—	31	104	34	17	7	6	1 328	477	1 805	—
			Ab	3	3	—	3	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			Ba	20	24	11	2	13	7	2	1	3	—	1	—	—	2	22	24	1
			zus.	278	1 888	66	6	72	206	2	34	107	34	18	7	6	1 330	499	1 829	1

4—189	III bis XVII	Bergbau und Industrie	Aa	13 843	89 352	3415	3435	6850	6993	37	1780	2684	1244	549	436	263	65 048	17 454	82 502	55
			Ab	2 269	3 081	810	1108	1918	351	—	179	128	41	3	—	—	564	599	1 163	—
			Ba	451	428	129	276	405	46	21	6	7	2	4	4	2	386	42	428	15
			Bb	221	1	18	202	220	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—
			zus.	16 784	92 862	4372	5021	9393	7391	59	1965	2819	1287	556	440	265	65 998	18 096	84 094	70
190—295	XVIII bis XXI	Handel und Verkehr	A	9 732	33 473	2453	1730	4183	5549	15	2185	2268	642	272	128	39	19 779	9 511	29 290	106
			B	739	500	274	227	501	238	157	51	22	2	3	2	1	214	286	500	17
			zus.	10 471	33 978	2727	1957	4684	5787	172	2236	2290	644	275	130	40	19 993	9 707	29 790	123
Hierüber Anstaltsbetriebe, die unter verschiedene Gewerbearten fallen			Ba	4	616	—	—	—	4	—	—	—	—	—	—	4	465	151	616	—

3. Gewerbegruppen.

1	1	Kunst- u. Handelsgärtnerei	Aa	225	1 781	32	1	33	192	—	29	101	34	16	6	6	1 282	466	1 748	—
			Ab	3	3	—	3	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			Ba	12	24	3	2	5	7	2	1	3	—	1	—	—	2	22	24	1
			zus.	240	1 808	35	6	41	199	2	30	104	34	17	6	6	1 284	488	1 772	1
2—3	II	Tierzucht (ohne die Zucht landwirtschaftl. Nutztiere) u. Fischerei	Aa	30	80	23	—	23	7	—	2	3	—	1	1	—	46	11	57	—
			Ba	8	—	8	—	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			zus.	38	80	31	—	31	7	—	2	3	—	1	1	—	46	11	57	—
4—5	III	Bergbau- u. Hüttenwesen	Aa	2	148	—	—	—	2	—	—	1	—	—	—	1	148	—	148	1
6—19	IV	Industrie d. Steine und Erden	Aa	219	5 264	53	4	57	162	1	13	42	37	18	38	13	4 545	662	5 207	9
			Ab	69	143	37	5	42	27	—	8	15	4	—	—	—	94	7	101	—
			Ba	4	48	1	—	1	3	1	—	—	—	1	1	—	47	1	48	1
			Bb	1	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			zus.	293	5 455	92	9	101	192	2	21	57	41	19	39	13	4 686	670	5 356	10
20—43	V	Metallverarbeitung	Aa	877	8 176	164	4	168	709	1	105	317	162	61	39	24	7 322	686	8 008	4
			Ab	22	39	5	11	16	6	—	2	3	1	—	—	—	21	2	23	—
			Ba	10	8	4	—	4	6	4	—	2	—	—	—	—	8	—	8	2
			Bb	7	—	1	6	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			zus.	916	8 223	174	21	195	721	5	107	322	163	61	39	24	7 351	688	8 039	6

Lfde. Nummer der Gewerbearten	Nr. der Gewerbegruppe	Gewerbe	Betriebsweise	Gesamtzahl der		Alleinbetriebe ohne Motoren			Alle übrigen Betriebe (Gehilfen-, Mitinhaber- und Motorenbetriebe)											Darunter Zweigniederlass. usw. auswärtiger Geschäfte
				Betriebe	Personen	männliche Personen	weibliche Personen	zusammen	Zahl der Betriebe	darunter Betriebe mit 1 tätigen Personen	2	3–5	1–10	11 bis 20	21 bis 50	über 50	Zahl der Personen: männl. Personen	weibl. Personen	zusammen	
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.
44—69	VI	Industrie der Maschinen, Instrumente u. Apparate	Aa	664	9 968	195	5	200	464	1	113	158	79	46	35	32	9 433	335	9 768	13
			Ab	13	14	6	6	12	1	—	1	—	—	—	—	—	2	—	2	—
			Ba	24	167	20	—	20	4	1	—	1	—	—	1	1	167	—	167	1
			Bb	2	—	—	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			zus.	703	10 149	221	13	234	469	2	114	159	79	46	36	33	9 602	335	9 937	14
70—79	VII	Chemische Industrie	Aa	115	1 540	14	2	16	99	—	19	33	19	14	9	5	1 043	481	1 524	8
			Ab	2	2	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			Ba	1	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			Bb	1	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			zus.	119	1 542	16	4	20	99	—	19	33	19	14	9	5	1 043	481	1 524	8
80—89	VIII	Industrie der forstwirtschaftl. Nebenprodukte, Leuchtstoffe, Fette, Öle u. Firnisse	Aa	63	1 161	6	2	8	55	—	3	13	16	11	9	3	968	185	1 153	2
			Ab	2	2	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			Ba	1	1	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—
			Bb	1	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			zus.	67	1 164	7	4	11	56	1	3	13	16	11	9	3	969	185	1 154	2
90—100	IX	Textilindustrie	Aa	366	1 937	22	241	263	103	2	26	33	18	9	10	5	617	1057	1 674	6
			Ab	233	257	8	215	223	10	—	4	4	2	—	—	—	9	25	34	—
			Ba	44	5	2	38	40	4	3	1	—	—	—	—	—	—	5	5	3
			Bb	28	—	—	28	28	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			zus.	671	2 199	32	522	554	117	5	31	37	20	9	10	5	626	1087	1 713	9
101—107	X	Papierindustrie	Aa	229	2 221	51	4	55	174	2	40	56	31	17	18	10	1 234	932	2 166	1
			Ab	31	37	11	18	29	2	—	—	2	—	—	—	—	2	6	8	—
			Ba	3	3	—	2	2	1	—	—	1	—	—	—	—	—	3	3	—
			Bb	12	—	—	12	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			zus.	275	2 261	62	36	98	177	2	40	59	31	17	18	10	1 236	941	2 177	1

108—113	XI	Lederindustrie	Aa	437	2 226	150	2	152	285	—	76	132	47	14	9	7	1 843	231	2 074	1
			Ab	20	41	9	2	11	9	—	4	4	1	—	—	—	27	3	30	—
			Ba	7	19	5	—	5	2	1	—	—	—	1	—	—	14	5	19	2
			Bb	3	—	—	3	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			zus.	467	2 286	164	7	171	296	1	80	136	48	15	9	7	1 884	239	2 123	3
114—130	XII	Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	Aa	986	6 511	274	41	315	671	2	146	260	150	68	31	14	5 295	901	6 196	2
			Ab	132	211	40	63	103	29	—	9	15	5	—	—	—	103	5	108	—
			Ba	22	27	13	7	20	2	1	—	—	—	—	1	—	26	1	27	—
			Bb	36	—	5	31	36	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			zus.	1176	6 749	332	142	474	702	3	155	275	155	68	32	14	5 424	907	6 331	2
131—150	XIII	Industrie der Nahrungs- und Genußmittel	Aa	1172	11 445	122	6	128	1044	1	82	517	316	75	24	29	6 266	5051	11 317	3
			Ab	82	97	18	54	72	10	—	9	—	1	—	—	—	12	13	25	—
			Ba	14	37	4	5	9	5	1	1	—	1	2	—	—	26	11	37	2
			Bb	30	—	2	28	30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			zus.	1298	11 579	146	93	239	1059	2	92	517	318	77	24	29	6 304	5075	11 379	5
151—168	XIV	Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe	Aa	7020	16 166	1716	3080	4796	2224	27	1000	832	204	92	48	21	5 817	5553	11 370	2
			Ab	1609	2 163	639	724	1363	246	—	136	81	26	3	—	—	267	533	800	—
			Ba	291	20	58	221	279	12	6	4	2	—	—	—	—	6	14	20	3
			Bb	98	1	9	88	97	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—
			zus.	9018	18 350	2422	4118	6535	2483	34	1140	915	230	95	48	21	6 090	6101	12 191	5
169—179	XV	Baugewerbe	Aa	1075	17 910	327	—	327	748	—	109	211	116	98	135	79	17 524	59	17 583	2
			Ab	1	1	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			Ba	16	90	12	—	12	4	1	—	1	—	—	1	1	88	2	90	1
			zus.	1092	18 001	340	—	340	752	1	109	212	116	98	136	80	17 612	61	17 673	3
180—185	XVI	Polygraphische Gewerbe	Aa	256	4 072	52	2	54	202	—	35	57	38	23	29	20	2 717	1301	4 018	1
			Ab	34	48	23	4	27	7	—	5	1	1	—	—	—	16	5	21	—
			Ba	8	3	6	—	6	2	1	—	—	1	—	—	—	3	—	3	—
			Bb	2	—	—	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			zus.	300	4 123	81	8	89	211	1	40	58	40	23	29	20	2 736	1306	4 042	1

Lfde. Nummer der Gewerbearten	Nr. der Gewerbegruppe	Gewerbe	Betriebsweise	Gesamtzahl der Betriebe	Gesamtzahl der Personen	Alleinbetriebe ohne Motoren: männliche Personen	Alleinbetriebe ohne Motoren: weibliche Personen	Alleinbetriebe ohne Motoren: zusammen	Alle übrigen Betriebe (Gehilfen-, Mitinhaber- und Motorenbetriebe): Zahl der Betriebe	darunter Betriebe mit 1 tätigen Personen	2	3–5	6–10	11 bis 20	21 bis 50	über 50	Zahl der Personen: männl. Personen	weibl. Personen	zusammen	Darunter Zweigniederlass. usw. auswärtiger Geschäfte
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.
186—189	XVII	Künstl. Gewerbe	Aa	362	612	269	42	311	51	—	13	22	11	3	2	—	281	20	301	—
			Ab	19	26	11	4	15	4	—	1	3	—	—	—	—	11	—	11	—
			Ba	6	—	3	3	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			zus.	387	638	283	49	332	55	—	14	25	11	3	2	—	292	20	312	—
190—270	XVIII a	Warenhandel	A	6522	18 501	1491	1482	2973	3549	10	1778	1195	340	142	72	12	10 154	5374	15 528	71
			B	490	264	140	162	302	188	134	38	15	1	—	—	—	36	228	264	17
			zus.	7012	18 765	1631	1644	3275	3737	144	1816	1210	341	142	72	12	10 190	5602	15 792	88
271—283	XVIII b bis XVIII h	Sonstiger Handel	A	909	3 477	421	129	550	359	2	105	128	68	34	14	8	2 729	198	2 927	13
			B	169	94	100	51	151	18	11	2	1	1	1	2	—	84	10	94	—
			zus.	1078	3 571	521	180	701	377	13	107	129	69	35	16	8	2 813	208	3 021	13
284	XIX	Versicherungsgewerbe	A	105	411	56	—	56	49	—	8	20	14	3	4	—	350	5	355	21
			B	24	—	24	—	24	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			zus.	129	411	80	—	80	49	—	8	20	14	3	4	—	350	5	355	21
285—293	XX	Verkehrsgewerbe	A	882	4 351	464	12	476	406	3	90	218	55	20	8	12	3 777	98	3 875	—
			B	9	84	3	—	3	6	1	2	1	—	1	—	1	84	—	84	—
			zus.	891	4 435	467	12	479	412	4	92	219	55	21	8	13	3 861	98	3 959	—
294—295	XXI	Beherbergungs- u. Erquickungsgewerbe	A	1314	6 733	21	107	128	1186	—	204	707	165	73	30	7	2 769	3836	6 605	1
			B	47	58	7	14	21	26	11	9	5	—	1	—	—	10	48	58	—
			zus.	1361	6 791	28	121	149	1212	11	213	712	165	74	30	7	2 779	3884	6 663	1

§ 2. Das Stadtgebiet und seine Entwicklung.

Die Fläche der Stadt Dresden betrug nach ihren Umfange am 1. April 1901 mit Ausschluß der fließenden Gewässer 4043,58 ha (einschließlich der Wasserfläche 4191,01 ha), Dresden mit Albertstadt 4339,02 ha (bezw. 4487,34 ha).

Bezüglich derjenigen Orte, deren Vereinigung mit Dresden in den Jahren 1902 und 1903 erfolgt ist, hat das Vermessungsamt nach den Flurbuchsangaben folgende Flächen, mit Ausschluß der fließenden Gewässer, festgestellt:

	Cotta	Kaditz	Löbtau	Mickten	Naußlitz	Plauen
Fläche in ha . .	156,994	473,445	204,053	175,657	128,484	206,313
	Räcknitz	**Seidnitz**	**Trachau**	**Übigau**	**Wölfnitz**	**Zschertnitz**
Fläche in ha . .	63,335	281,786	196,546	82,090	60,003	73,871

Wie sich auf diesen Flächen die bebauten zu den unbebauten usw. Teilen verhalten, zeigt folgende Tabelle (nach Ermittlung im Herbst 1900):

Gebiete	Gesamtfläche ha	Gebäude, Hofräume ha	Baustellen ha	Öffentlichen Zwecken dienende ha	Acker und Gartenländereien ha	Wiesen ha	Forsten ha	Gewässer ha	Steinbrüche, Öd- u. Unland ha
Stadt Dresden . (ohne Albertstadt)	4016,23	1402,23	450,84	1222,07	475,35	209,15	22,46	145,06	89,05
Vororte:									
Blasewitz . . .	232,25	19,59	—	53,30	89,76	45,47	—	24,13	—
Cotta	160,17	35,00	20,00	24,00	58,57	18,00	—	3,27	1,33
Gruna	176,56	30,62	—	5,12	130,92	6,00	—	1,10	2,80
Kaditz	500,50	24,00	—	30,00	316,00	37,25	40,00	38,35	15,00
Löbtau	207,47	143,07	—	52,20	1,90	3,00	—	4,10	3,20
Loschwitz . . .	371,39	22,70	29,32	25,40	227,00	20,25	3,59	34,80	8,33
Mickten . . .	185,06	23,86	12,92	13,38	110,82	13,11	—	9,43	1,54
Naußlitz . . .	129,06	17,60	—	6,55	73,21	18,40	—	—	13,30
Plauen	208,39	107,99	15,00	18,50	46,74	18,16	—	2,00	—
Räcknitz . . .	63,44	2,36	14,29	1,40	39,70	5,69	—	—	—
Reick	208,07	20,78	4,01	14,73	149,04	19,40	—	0,11	—
Seidnitz . . .	284,38	10,44	5,38	10,03	197,65	49,35	9,07	2,28	0,19
Tolkewitz . . .	172,45	22,68	7,42	23,48	71,05	30,80	6,90	10,12	—
Trachau . . .	196,84	13,40	11,00	7,69	155,00	3,10	6,65	—	—
Übigau	95,38	9,12	1,51	3,41	54,39	9,09	4,76	13,10	—
Weißer Hirsch .	24,96	9,00	—	3,10	12.80	—	—	0,06	—
Wölfnitz . . .	59,23	0,93	—	1,10	50,90	6,30	—	—	—
Zschertnitz. . .	74,38	5,52	—	2,18	43,49	5,00	—	0,18	18,01

§ 3. Die Stadterweiterung.

Nach der Volkszählung vom Jahre 1900 sind in Dresden folgende Landgemeinden einverleibt worden:

Am 1. April 1901: Gruna.
„ 1. Juli 1902: Räckwitz, Seidnitz, Zschertnitz.
„ 1. Januar 1903: Löbtau, Cotta, Plauen, Mickten, Trachau, Naußlitz, Kaditz, Übigau und Wölfnitz.

Bei der Volkszählung war Dresden seiner Einwohnerzahl nach die sechste Stadt des Deutschen Reiches, der nur Berlin, Hamburg, München, Leipzig und Breslau voraufgingen. — Nach den seit der Zeit erfolgten Eingemeindungen rückt die Einwohnerzahl, immer nach dem Bevölkerungsstande von 1900 gerechnet, in die vierte Stelle ein. In Bezug auf den Gebietsumfang, der nun 6730 ha beträgt, rangiert Dresden hinter Köln, Frankfurt a. M., Straßburg, Hamburg und München als sechste Stadt des Deutschen Reiches.

§ 4. Die Verkehrsanlagen im Stadtgebiet.

1. Eisenbahnbetrieb.

A. Verkehr auf den Dresdner Bahnhöfen überhaupt.

a) In den Jahren 1891 bis 1899.

Die Angaben beziehen sich auf die Zahl der verkauften Fahrkarten mit Dresden als Anfangs- oder Endstation. Nicht eingerechnet sind also, auch wenn sie hier Aufenthalt nahmen, diejenigen Reisenden, für die Dresden Zwischenstation war.

Eine dementsprechende Zusammenstellung von Nachweisungen über den Verkehr auf den Dresdner Bahnhöfen seit 1869 siehe im „Monatsberichte des Statistischen Amtes“ für Juli 1894.

Jahr	Angekommen und abgereist sind auf dem Bahnhof				
	in Altstadt[1]	in Friedrichstadt	in Neustadt		Wettinerstraße[2]
			Schlesischer	Leipziger	
1891	4 104 152	645 915	1 467 153	2 540 043	—
1892	4 197 460	732 131	1 492 262	2 665 983	—
1893	4 397 515	803 093	1 614 204	2 821 192	—
1894	4 770 386	825 037	1 728 901	3 010 799	—
1895	5 079 622	878 731	1 817 233	3 190 291	—
1896	5 711 657	984 241	2 086 063	3 688 615	—
1897	6 237 910	1 179 996	2 276 978	4 116 350	51 112
1898	8 044 698	1 241 747	2 391 608	3 956 388	731 350
1899	9 098 979	1 279 107	2 404 070	3 569 922	1 330 904

b) In den Jahren 1899 bis 1901.

Vom Jahre 1900 ab beschränken sich die Ermittlungen über den Personenverkehr der einzelnen Bahnhöfe auf die Zahl der mit einfachen Fahrkarten oder mit hier gelösten Rückfahrt-, Rundreise-[3], Zeitkarten usw. abgefertigten Personen und die verkauften Bahnsteigkarten.

Jahr	Zahl der abgefertigten Reisenden auf					Zahl der verkauften Bahnsteigkarten auf			
	dem Hauptbahnhof	dem Bahnhof Friedrichstadt	dem Neustädter Bahnhof	dem Bahnhof Wettinerstraße	den vier Bahnhöfen zusammen	dem Hauptbahnhof	dem Bahnhof Friedrichstadt	dem Neustädter Bahnhof	dem Bahnhof Wettinerstraße
1899	2 452 222	351 871	1 498 640	464 426	4 767 159	—	—	—	—
1900	2 532 858	295 412	1 342 267	475 610	4 646 147	312 245	1 086	129 691	19 424
1901	2 464 611	220 443	1 366 687	456 438	4 508 179	312 932	484	145 689	21 302

[1] Seit Eröffnung des Neubaues im April 1898 Haupt-Personenbahnhof genannt.

[2] Eröffnet am 1. Oktober 1897.

[3] Die Gesamtzahl der hier verkauften zusammenstellbaren Fahrscheinhefte hat, einschließlich der von auswärts wohnenden Personen bestellten, in den Jahren 1892 bis 1901 betragen:

1892	19 801	1897	28 286
1893	20 574	1898	24 793
1894	22 579	1899	25 137
1895	25 444	1900	26 865
1896	27 245	1901	20 736

Die Abnahme in den Jahren 1898 und 1901 dürfte sich durch die Verlängerung der Gültigkeit der Rückfahrkarten auf 10 Tage seit 15. April 1898 und auf 45 Tage seit 4. Juli 1901 erklären (siehe auch Statistischer Bericht über die p. Staats- und Privateisenbahnen für 1898, Seite 26).

Breite der übrigen Straßen schwankte zwischen 15 und 20 und selbst 26 m. Die Untergrenze von 15 m blieb auch für weitere Aufschließung der Baublöcke maßgebend.

Die wichtigsten Änderungen des 1885er Bebauungsplans sind in jüngster Zeit erfolgt und darum bemerkenswert, weil sie einen Wandel in den grundsätzlichen Anschauungen über den Bebauungsplan bekunden. Das Rechteckschema mit den vielen, spitze Winkel bildenden Diagonalstraßen rief zunächst eine Opposition aus ästhetischen, dann auch aus technisch-baulichen Gesichtspunkten hervor. So hat man in einigen neuesten Bebauungsplänen die geschwungene Straßenlinie wieder zu Ehren gebracht. Weniger ist die aus sozialen Gründen gestellte Forderung minder tiefer Baublöcke und schmälerer Wohnstraßen noch zu ihrem Rechte gekommen[1], aber auch in diesem Punkte sind mit einem Stadtverordnetenbeschluß vom 6. September 1898 neue Wege beschritten worden (vgl. unten S. 128).

Vor neue Probleme des Bebauungsplanes sieht sich die Stadt gestellt durch die immer nähere Berührung mit einigen Nachbargemeinden, wodurch Verhandlungen über Anschluß der gegenseitigen Bebauungspläne notwendig werden. Mit der Zeit wird es immer dringlicher werden, einen genügenden Einfluß auf die grundsätzliche Art der Gestaltung der nachbarlichen Bebauungspläne zu gewinnen.

3. Bauordnung.

Von nahezu ebenso einschneidendem Einfluß auf Grundbesitz und Bebauung wie der Bebauungsplan ist die Bauordnung. Ist für die Gestaltung der älteren Bebauungspläne fast allein das Verkehrsinteresse maßgebend, so für die älteren Bauordnungen nahezu ausschließlich das Interesse der Baufestigkeit, der Verkehrs- und insbesondere der Feuersicherheit. Immerhin stellt in Düsseldorf bereits eine Bauordnung von 1855 im hygienischen Interesse die Forderung nach Licht, Luft, Trockenheit und einer Mindesthöhe der Wohnräume. Während aber die bis dahin geltende Bauordnung von 1835 für die an der Straße belegenen Gebäude mindestens zwei und höchstens vier Geschosse vorschrieb, hält die Bauordnung von 1855 zwar die Mindestvorschrift aufrecht, verordnete aber im übrigen, daß bei einer Straßenbreite von 36 bis 48 Fuß die Häuser eine Höhe von 1¼ der Straßenbreite

[1] Vgl. hierzu insbesondere Eberstadt, Rheinische Wohnverhältnisse und ihre Bedeutung für das Wohnungswesen in Deutschland, Jena 1903.

haben dürften, bei noch größerer Straßenbreite jedoch in der Höhe unbeschränkt seien. Es wurde ein freier Hofraum von mindestens 17 Fuß Länge und Breite verlangt. Seiten- und Hintergebäude dürften nur bei über 100 Fuß Grundstückstiefe und genügender Durchfahrt errichtet werden.

Eine Bauordnung von 1868 bringt sodann die durchgängige Höhenbeschränkung auf 1¼ der Straßenbreite und verlangt einen größeren Hofraum, mit dessen Mindestbreite sie jedoch auf nur 12 Fuß zurückgeht.

Die Bauordnung von 1871 ist in den hier fraglichen Bestimmungen wesentlich eine Übersetzung in das metrische System, setzt aber für die bebaubare Fläche statt eines absoluten einen relativen Maßstab fest, und zwar ¾ der Gesamtfläche.

1874 wird die Höhe der Gebäude mit Ausnahme der öffentlichen auf höchstens 20 m festgesetzt, die bebaubare Fläche soll in bestimmten Fällen durch die Polizei noch stärker beschränkt werden können. Die Anlage von Kellerwohnungen wird verboten, der Fußboden darf höchstens 0,75 m unter der Oberfläche liegen.

Nach nicht sehr wesentlichen Abänderungen dieser Bauordnung im Jahre 1889 begann eine Periode lebhaftester Bautätigkeit, in der man unter größtmöglicher Ausnutzung des Grundstücks sich dem Mietskasernenmuster der östlichen Städte zu nähern suchte. Dieser Umstand und das Beispiel der Bauordnungen für Frankfurt a. M., Altona und die Berliner Vororte gaben Anlaß zu einer völligen Revision der Bauordnung im Jahre 1894.

Vor allem wurden zwei bevorzugte Außengebiete ausgeschieden, für die besonders starke Baubeschränkungen erlassen wurden. Auch im übrigen Stadtgebiet ward die zulässige Höhe auf 18 m und nicht mehr als vier Wohngeschosse, die bebaubare Fläche auf zwei Drittel der Gesamtfläche herabgesetzt, während in jenen Außenbezirken die Grenzen schon bei drei Geschossen und ein halb der Grundfläche gezogen wurden und die Anlage von Hinterwohnungen erschwert wurde.

1896 wurde der eine jener Außenbezirke vergrößert; da jedoch die Bautätigkeit sich immer weiter nach außen ausdehnte, so erwies sich, wollte man nicht die früher hier unbekannte vierstöckige Mietskaserne immer mehr einziehen sehen, eine radikale Vergrößerung des Gebiets der stärkeren Baubeschränkungen als notwendig. Die deswegen ergangene Verordnung vom 1. März 1898 gestaltete die Bauordnung zu einer Zonenbauordnung mit im wesentlichen nur zwei Zonen, einer

B. Verkehr mit den nächstgelegenen Vorortstationen.

Verkehrsstrecken	Zahl der für die vorn bezeichneten Strecken in beiden Richtungen gelösten direkten Fahrkarten (Rückfahrkarten doppelt gerechnet)[2]								
	1891	1892	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899
Dresden-Altstadt—Niedersedlitz	380 402	409 389	439 353	447 751	488 227	550 450	700 701	859 162	1 084 288
" —Mügeln	135 657	128 674	134 489	142 760	161 318	194 937	257 112	463 228	537 792
" —Heidenau	23 891	23 854	30 136	33 078	32 921	34 726	38 493	52 378	70 858
" —Pirna	358 281	375 038	388 408	401 565	420 440	462 618	499 688	585 338	618 568
" —Plauen	27 437	31 857	35 841	41 930	52 447	42 544	68 296	92 250	92 302
" —Potschappel	611 909	599 482	640 725	738 373	814 359	911 143	1 060 976	1 179 949	1 239 751
" —Deuben	213 764	233 176	243 119	336 174	357 570	407 900	458 441	498 073	534 703
" —Hainsberg	166 107	165 602	179 599	179 333	180 335	201 584	199 522	233 488	233 025
" —Tharandt	174 869	184 723	183 492	193 637	208 829	217 002	232 979	255 852	262 598
Dresden-Friedrichstadt[1]—Cotta	—	—	—	72 110	123 775	153 376	234 260	242 580	231 405
" —Kemnitz	—	—	—	283 256	263 226	281 275	319 454	309 523	330 845
" —Stetzsch	—	—	—	39 897	67 078	84 414	112 411	127 139	148 985
" —Cossebaude	—	—	—	273 603	251 139	263 142	295 987	334 177	326 480
Dresden-Leipziger Bahnhof—Radebeul	598 603	635 271	680 831	746 862	809 383	950 418	1 114 388	1 098 751	927 030
" —Weintraube	139 841	144 320	152 213	158 484	163 437	190 638	246 911	246 187	226 000
" —Kötzschenbroda	458 857	464 201	505 019	533 670	550 925	616 502	727 612	680 231	604 616
Dresden-Schlesischer Bahnhof—Klotzsche	303 245	322 230	356 250	399 416	424 212	499 112	589 430	563 084	572 223
" —Langebrück	173 936	173 415	182 323	188 278	199 962	236 176	271 585	262 906	256 696
" —Radeberg	213 982	212 053	224 157	247 745	262 800	282 094	316 868	318 384	289 512

[1] Für 1891 bis 1893 liegen in Bezug auf den Verkehr des Bahnhofs Friedrichstadt die erforderlichen Angaben nicht vor.

[2] Die Zahlen beziehen sich nur auf den Verkehr der Vororte mit dem ihnen zunächstgelegenen Dresdener Bahnhof. Den Verkehr einiger von ihnen mit andren Dresdner Bahnhöfen im Jahre 1899 zeigen folgende Zahlen: Bahnhof Wettinerstraße—Niedersedlitz 34 933; Hauptbahnhof—Cotta 178 031; Hauptbahnhof—Kemnitz 99 426; Hauptbahnhof—Stetzsch 42 134; Hauptbahnhof—Cossebaude 113 680; Hauptbahnhof—Radebeul 113 210; Bahnhof Wettinerstraße—Radebeul 198 922; Hauptbahnhof—Weintraube 33 850; Bahnhof Wettinerstraße—Weintraube 50 551; Hauptbahnhof—Kötzschenbroda 85 828; Bahnhof Wettinerstraße—Kötzschenbroda 180 973; Hauptbahnhof—Klotzsche 69 709; Bahnhof Wettinerstraße—Klotzsche 86 867; Hauptbahnhof—Langebrück 54 094; Bahnhof Wettinerstraße—Langebrück 36 006; Hauptbahnhof—Radeberg 30 807.

2. Straßenbahnbetrieb mit Unterscheidung der beiden Gesellschaften 1897 bis 1901.

Jahr (zu Spalte 4 bis 11 Stand am Jahresschluß)	Beförderte Personen		Inhaber von			Angestellte Personen[2]		Straßenbahnwagen im Betriebe[3]		Pferde
	überhaupt	darunter mit Zeit-, Frei- oder übernommenen Umsteigekarten	Zeitkarten	Schülerkarten	Freikarten	überhaupt	darunter im Fahrdienst	überhaupt	darunter Motorwagen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
				Dresdner Straßenbahn[1].						
1897	36 413 945	8 401 916	2713	617	228	1114	768	265	93	835
1898	39 627 332	9 490 763	4357	694	304	1160	759	308	137	823
1899	42 078 309	10 037 283	5076	775	310	1403	934	398	224	521
1900	48 186 779	11 712 268	4613	865	312	1393	886	404	262	17
1901	53 089 346	13 303 017	3879	908	357	1375	928	425	260	—
				Deutsche Straßenbahngesellschaft.						
1897	14 792 283	1 818 826	2380	1916	275	635	370	176	78	260
1898	16 846 917	2 352 578	2640	2283	285	693	403	197	99	265
1899	20 715 166	5 072 396	3461	2767	300	729	462	227	129	163
1900	24 093 350	5 871 835	2036	322	300	741	469	289	179	11
1901	25 444 830	6 469 985	4400	3340	300	768	540	285	189	—

Bei der der Berechnung der Zahl der beförderten Personen werden die Abonnenten, sowie die beim Besteigen eines Wagens im Besitz einer Umsteigekarte befindlichen Fahrgäste mitgezählt, letztere bei der Deutschen Straßenbahngesellschaft erst seit 1899; die Zunahme im Jahre 1899 erscheint aus diesem Grunde bei der Deutschen Straßenbahngesellschaft etwas stärker als sie war.

Vor der vollständigen Einführung des elektrischen Betriebes (1. August 1900) wurden einige Linien im Betrieb als Fortsetzungen anderer Linien angesehen; die auf letzteren gelösten Fahrkarten berechtigten daher zur Weiterfahrt auf ersteren, ohne als Umsteigekarten zu gelten, und kamen bei der Zählung der auf diesen Linien beförderten Personen nicht in Betracht, so daß deren Verkehr schwächer als in Wirklichkeit erschien.

[1] Bei der Dresdner Straßenbahn ist die bis 28. Februar 1899 betriebene Omnibuslinie Striesen—Seidnitz eingerechnet.

[2] Mit Ausschluß der vorübergehend beschäftigten Arbeiter.

[3] Dazu kommt bei der Dresdner Straßenbahn der Wagenpark der Lößnitzbahn (1901 25 Motor- und 22 Anhängewagen).

§ 5. Entwicklung der Grundstückswerte.

Kauf- und Übernahmspreise der bebauten und unbebauten Grundstücke.

Jahr	Grundstücke, die den Besitzer wechselten und deren Übernahmspreis ermittelt ist											
	im ganzen		nach der Art des Besitzwechsels									
	Zahl der Grundstücke	Preis	Kauf		Abtretung des Kaufs- od. Erstehungsrechtes		Erbschaft od. Erbschaftsauseinandersetzung		Zwangsversteigerung		Sonstige Besitzübertragung	
		Mk.	Zahl der Grundstücke	Preis Mk.	Zahl der Grundstücke	Preis Mk.	Zahl der Grundstücke	Preis Mk.	Zahl der Grundstücke	Preis Mk.	Zahl der Grundstücke	Preis Mk.
A. Bebaute Grundstücke[1].												
1886	584	39 112 565	417	29 256 031	19	1 061 250	125	7 416 574	28	1 378 710	—	—
1887	620	43 490 467	455	33 994 619	15	1 414 316	138	7 286 882	12	794 650	—	—
1888	693	54 369 644	524	43 950 952	22	2 223 780	134	7 320 402	13	874 510	—	—
1889	728	59 388 704	595	51 231 126	27	1 953 190	91	5 119 853	14	994 535	1	90 000
1890	869	75 958 372	681	61 789 071	38	3 854 130	139	9 342 978	11	972 193	—	—
1891	692	60 785 418	477	44 174 386	56	5 126 500	111	7 312 577	43	3 718 155	5	453 800
1892	836	69 718 885	556	47 154 773	66	6 439 850	162	11 950 441	50	3 913 821	2	260 000
1893	865	74 239 839	640	55 344 370	55	5 896 433	142	10 707 329	20	1 384 202	8	907 505
1894	675	90 475 812	748	70 898 045	63	6 682 675	127	9 921 406	28	2 138 186	9	835 500
1895	1193	123 885 422	942	98 901 627	83	8 778 845	124	11 945 554	41	3 844 396	3	415 000
1896	1365	142 794 006	1064	114 952 190	125	12 495 771	134	11 282 915	36	3 178 630	6	884 500
1897	1639	167 216 911	1343	140 965 439	109	10 799 747	132	10 955 787	50	4 295 438	5	200 500
B. Unbebaute Grundstücke[1].												
1886	173	4 614 784	143	4 181 261	25	426 478	5	7 045	—	—	—	—
1887	411	8 893 695	373	8 226 085	18	570 250	13	51 760	7	45 600	—	—
1888	419	7 543 251	349	6 280 168	48	1 107 310	14	99 473	8	56 300	—	—
1889	550	12 410 586	449	10 467 983	89	1 799 505	6	11 998	6	129 100	—	—
1890	314	8 584 164	273	7 378 151	21	1 036 567	19	151 946	—	—	1	17 500
1891	228	5 306 435	184	4 283 780	37	870 803	2	10 842	5	141 010	—	—
1892	366	7 593 030	302	6 310 596	55	1 085 434	3	58 050	6	138 950	—	—
1893	530	11 539 974	359	7 932 682	125	3 056 335	12	202 891	12	279 700	22	68 366
1894	622	14 786 124	481	12 332 728	80	2 140 949	7	101 565	6	133 721	48	77 161
1895	749	19 080 458	636	15 153 230	85	3 295 954	8	189 460	6	196 400	14	245 414
1896	717	28 325 822	461	19 588 704	201	7 723 696	34	689 270	—	—	31	329 152
1897	1093	48 711 822	880	36 389 285	143	5 254 650	5	641 945	28	1 028 186	37	397 756

[1] Die Rechtsgeschäfte, durch welche bebaute und unbebaute Grundstücke zugleich den Besitzer wechselten, sind in dieser und in der folgenden Übersicht nicht berücksichtigt.

Verkaufte bebaute Grundstücke

Jahr	Zahl der verkauften bebauten Grundstücke	Kaufpreis Mk.	Steuereinheiten	Gebäude-Versicherungswert Mk.	Jährlicher Mietsertrag Mk.
			in der Stadt Dresden.		
1886	417	29 256 031	465 204,20	18 001 520	1 537 181,30
1887	455	33 994 619	513 847,44	20 452 700	1 702 616,30
1888	524	43 950 952	631 803,07	25 899 490	2 236 432,50
1889	595	51 231 126	732 560,73	30 153 460	2 631 375,—
1890	681	61 859 071	872 844,54	36 959 080	3 156 577,50
1891	477	44 174 386	632 519,64	25 952 788	2 235 502,50
1892	556	47 154 773	624 064,80	27 917 860	2 560 545,—
1893	640	55 344 370	740 769,74	32 934 720	2 977 350,—
1894	748	70 898 045	869 781,36	40 881 564	3 561 337,50
1895	942	98 901 627	1 129 474,51	54 697 959	4 839 015,—
1896	1064	114 952 190	1 254 096,46	63 914 234	5 499 135,—
1897	1343	140 965 439	1 396 109,18	76 300 154	7 046 277,—
1898	1215	142 840 258	—	74 099 126	6 739 316,—
1899	993	123 392 007	—	59 819 800	5 804 003,—
1900	683	84 885 579	—	43 092 188	4 029 850,—

§ 6. Einfluß der Krisis der Jahre 1900/1901 auf den Grundstücksverkehr.

Der Grundbesitzwechsel in den Jahren 1898—1901.

Jahr	Am Jahresschluß vorhandene bebaute Grundstücke	Zahl der Grundstücke überhaupt, die den Besitzer wechselten		Zahl der Grundstücke (mit Ausschluß der Anteile), die in anderen Besitz übergingen durch															
				Kauf		Kauf- oder Ersteigungsrechtsabtretung		Erbschaft		Erbschaftsauseinandersetzung		Zwangsversteigerung		Zwangsenteignung		Tausch		Schenkung oder sonstige Besitzübertragung	
		bebaute	unbebaute	bebaute	unbebaute	bebaute	unbebaute	bebaute	unbebaute	bebaute	unbebaute	bebaute	unbebaute	bebaute	unbebaute	bebaute	unbebaute	bebaute	unbebaute
1898	11 420	1544	948	1260	673	66	111	88	13	47	3	67	53	1	12	3	38	12	45
1899	11 724	1313	1155	1027	718	44	100	107	19	45	3	73	91	2	—	2	53	13	171
1900	11 970	887	813	693	565	7	7	58	9	21	14	105	42	1	—	—	32	2	144
1901	12 403	908	705	541	325	—	—	48	11	25	1	285	116	—	—	3	77	6	175

Die Wirkung der Krisis auf den Wohnungsmarkt zeigt die Tabelle der leerstehenden Wohnungen bezw. Gewerberäume in den Jahren 1898—1902:

im Jahre	Leerstehende Wohnungen			Von 100 vorhandenen Wohnungen standen leer	Leerstehende Gewerberäume
	ohne Gewerberäumen	mit Gewerberäumen	überhaupt		
1898	2296	158	2454	2,81	871
1899	2611	257	2868	3,12	995
1900	3914	312	4226	4,39	1172
1901	5110	397	5507	5,62	1433
1902	5943	284	6227	6,20	1527

§ 7. Die Grundstückskrisis in Dresden.

Im Gegensatz zu Leipzig ist Dresden von einer empfindlichen Grundstückskrisis betroffen worden. Über die Ursachen dieser Grundstückskrisis gehen die Ansichten kompetenter Kenner der Grundstücksverhältnisse von Dresden auseinander. Das ist um so weniger überraschend, als die psychologische Ergründung solcher Katastrophen — und darum handelt es sich im letzten Grund — selbst für gewiegte Männer der Praxis nicht leicht ersichtlich ist und die Ursachen je nach der Stellung, die der einzelne in einem solch großen Gemeinwesen wie Dresden, einnimmt, ganz andersartigen Momenten zugewiesen werden.

Daß eine Krisis in Dresden bestanden hat und zum Teil noch besteht, wird nicht bestritten.

Bestritten wird auch nicht der unheilvolle Einfluß, den die Tätigkeit der Spar- und Vorschußbank in Dresden auf den Immobilienmarkt ausgeübt hat.

Im Jahre 1858 war mit dem Prinzip der unbeschränkten Haftpflicht der Spar- und Vorschußverein begründet worden. Er beschloß am 25./28. April 1897 seine Liquidation, und am 27. April 1897 wurde die Spar- und Vorschußbank auf Aktien mit einem Kapital von 1 Million Mark ins Leben gerufen.

Der ehemalige Solidarhaftverein hatte schließlich ca. 400 Mitglieder à 300 Mark Stammeinlage gehabt und verfügte über ein eigenes Kapital von ca. 120 000 Mark, sowie über starke stille Reserven. In den letzten drei Jahren hatte er durchschnittlich 9 Millionen Mark Spareinlagen.

Bei der Liquidation ergaben sich bei einer Stammeinlage von 300 Mark ca. 2000 Mark für die Stammeinlage. Er war stark liiert mit dem Baugewerbe, und daher stammten seine hohen Resultate. Die Hauptursache der Liquidation war die Beseitigung des Prinzips der unbeschränkten Haftpflicht. Es blieben im Aufsichtsrat und in der Direktion im wesentlichen dieselben Persönlichkeiten.

Die neue Spar- und Vorschußbank hatte Spareinlagen durchschnittlich in Höhe von 8 Millionen Mark. Auch sie begab sich, wie ihre Vorgängerin, auf das Gebiet gewagter Grundstücksspekulationen. Nur dadurch konnte sie hohe Gewinne herausrechnen. Sie spekulierte nicht auf eigene Rechnung, sondern sie gab exorbitant hohe Kredite an einzelne große Grundstücksspekulanten, und zwar keineswegs immer an erster Stelle und ohne auf ausreichende Deckung genügend zu achten.

Bei der Anlage der Spareinlagen wurde nicht gebührend Rücksicht auf die Liquidität genommen, sondern es wurden die Einlagen in Baukrediten festgelegt, aus denen sie schwer herauszuziehen waren. Das Institut stand ganz isoliert. Es hatte an anderen Instituten keinen Stützpunkt.

Der Zusammenbruch der Leipziger Bank in Leipzig und der Kreditanstalt für Industrie und Handel in Dresden trug in die Kreise der Einleger, deren Zahl auf ca. 7000 gewachsen war, nachhaltiges Mißtrauen, und es entstand Anfang Juli 1901 ein Run auf die Spar- und Vorschußbank. Ende August 1901 mußten Schritte getan werden, um Hilfe herbeizuführen. Man konstituierte ein Hilfskomitee von großen Banken, und daneben stand eine Prüfungskommission der Einleger. Die Prüfung der Masse ergab, daß bei ruhiger Geschäftsabwicklung ein Kapitalverlust für die Einleger nicht zu erwarten sei. Das aus Bankkreisen gebildete Hilfskomitee nahm durch Sachverständige eine Schätzung der im wesentlichen aus Hypotheken bestehenden Masse vor, die sich in der Hauptsache mit der von der Einlegerprüfungskommission vorgenommenen Schätzung deckte. Aber das Hilfskomitee der Banken kam gleichwohl zu einer Ablehnung der Hilfsaktion, und die Spar- und Vorschußbank geriet in Konkurs. Die Konkurseröffnung erfolgte am 6. Dezember 1901.

Es ergab sich, daß von den ca. 5 Millionen Mark Hypotheken nur ca. 2 Millionen Mark mündelsicher waren, während die weiteren 3 Millionen Mark teilweise nicht ohne wesentlichen Verlust unterzubringen seien. Bei einem Aktienkapital von 1 Million Mark waren

an Mitglieder des Aufsichtsrats ca. 2 Millionen Mark auf keineswegs bedenkenfreie Hypotheken gegeben worden.

Durch die Konkurseröffnung war die Möglichkeit genommen, die langsame Verwertung der Masse herbeizuführen. Zweifellos wäre bei Durchführung des Konkurses eine große Anzahl Schuldner ebenfalls in Konkurs geraten. Bei Durchführung des Konkurses wären nach sachkundiger Ansicht höchstens 15% nach Jahren erzielt worden. Es wurde daher eine Aufhebung des Konkurses angestrebt, um die ruhige Abwicklung der Masse zu ermöglichen. Aus diesen Bestrebungen ist die „Gesellschaft m. b. H. vereinigter Spareinleger", entstanden. Die Gründung erfolgte am 27. März 1902. Der Dresdner Bankverein und auch die Stadtgemeinde Dresden haben zur Fundierung der neuen Gesellschaft wesentliche Dienste geleistet.

Die Sparer rafften sich auf, und es gelang, ungefähr 5000 Spareinleger mit ca. 6 ⅔ Millionen Mark interessiertem Sparkapital zu gemeinsamem Ziel zu vereinigen. Aus dieser zwanglosen Vereinigung entstand die aus 33 Herren (den sogenannten Treuhändern oder Pfandhaltern) zusammengesetzte Gesellschaft „Vereinigte Spareinleger, G. m. b. H.", welche durch 33 Treuhänder die Interessen aller 5000 Sparer vertrat und die Konkursmasse kaufte. Alle Sparer sollten je nach Umfang der Beteiligung an der Konkursmasse partizipieren und Anteilscheine erhalten; cirka 1500 Sparer nahmen direkten Anteil an der Gesellschaft.

Bei sieben Zehntel der ehemaligen Sparer war aber nach dem Gesetz über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung eine direkte Beteiligung ausgeschlossen, weil Anteilscheine unter 500 Mark nicht ausgegeben werden dürfen. Es wurde daher angeregt, daß an Stelle der 33 Treuhänder eine juristische Person die Vertretung als Pfandhalter oder Treuhänder übernehmen solle, und so entstand neben der genannten Gesellschaft die Treuhandbank für Sachsen, Aktiengesellschaft, mit einem Aktienkapital von 200 000 Mark.

In deren Verwaltung ist „zur treuen Hand" derjenige Anteil gegeben worden, der aus der Addierung sämtlicher Einlegerguthaben sich ergibt, die bei der Gesellschaft „Vereinigte Spareinleger" angeschlossen sind, aber kein ausreichendes Guthaben besitzen, um einen eigenen Anteilschein zu erhalten, und diese repräsentiert eine Summe von 587 870 Mark. Die Treuhandbank hat ein Abkommen mit der Gesellschaft „Vereinigte Spareinleger" getroffen. Sie hat den durch sie vertretenen Einlegern Unteranteilscheine ausgefertigt, und sie teilt

nicht mit 100 Mark, sondern mit 5 Mark. So wurde auch den kleinsten Einlegern die Möglichkeit geboten, das Resultat einer ruhigen Massenabwicklung zu erhalten. Die Hauptaufgabe der Treuhandbank ist, die Abwicklung der Geschäfte der Gesellschaft „Vereinigte Spareinleger" zu erleichtern, nebenher aber innerhalb des Kreises der Beteiligten der letztgenannten Gesellschaft das Kreditbedürfnis in gesunder Weise zu befriedigen.

Die Treuhandbank will den angeschlossenen kleinen Sparern eine Stütze und ein Berater sein, und sie übt während der Liquidationszeit der Gesellschaft „Vereinigte Spareinleger" die Funktion als Treuhänder unentgeltlich. Sie will den vereinigten Spareinlegern helfend zur Seite stehen, soweit diesen durch das Liquidationsprogramm die Hände zur Realisierung ihrer Bestände gebunden sind. Es werden daher von der Treuhandbank selbständige Geschäfte aller Art ausgeführt, die immer in erster Reihe die schnellere Liquidation der Gesellschaft „Vereinigte Spareinleger" zum Zweck haben oder sonst im Interesse der Sparer liegen. Die Treuhandbank gibt insbesondere Vorschüsse auf Anteilscheine der vereinigten Spareinleger und sonstige Wertpapiere, sie kauft Anteilscheine der Gesellschaft „Vereinigte Spareinleger", beleiht sichere Hypotheken, gewährt bei Zwangsversteigerung Sicherheitsleistung. Spekulationsgeschäfte jeder Art sind ausgeschlossen.

Die Tätigkeit der beiden Gesellschaften ist erfolgreich gewesen. Die eigenartige Kombination hat sich als zweckmäßig und sachentsprechend erwiesen. Die Gesellschaft „Vereinigte Spareinleger" hatte die Konkursmasse auf der Grundlage von 30% erworben. Die Anteilscheine sind über 40% ausgestellt worden.

In der Zeit vom 27. März bis 31. Dezember 1902 fanden 62 Grundstücksversteigerungen statt, wobei die Gesellschaft „Vereinigte Spareinleger" meist an dritter oder vierter Stelle als Hypothekargläubigerin mit einem Gesamtkapital von 1½ Millionen Mark interessiert war. Bei 19 Versteigerungen hat sie ihr Kapital ganz oder teilweise gerettet. 18 Häuser und 39 Parzellen Baugelände mußte sie erstehen oder übernehmen. Das von der Gesellschaft erworbene Baugelände umfaßte bis gegen Ende März 1903 ca. 69000 qm. Selbstverständlich erforderten einzelne Grundstücke nach der Übernahme umfangreiche Aufwendungen. Durch das Eingreifen der neuen Gesellschaft ist eine große Anzahl Versteigerungen und Konkurse verhütet worden. Ohne verständnisvolles Entgegenkommen wäre dieses Resultat nicht erreichbar gewesen.

Durch die sinnreiche Konstruktion der eben geschilderten, im wesentlichen auf Selbsthilfe der Interessenten beruhenden Hilfsaktion ist Aussicht vorhanden, daß aus der Masse mindestens 50% gerettet werden[1].

Die hier geschilderte Katastrophe wäre selbverständlich bei einer korrekten Leitung sowohl des alten Spar- und Vorschußvereins wie der neuen Spar- und Vorschußbank nicht eingetreten. Man gab hohe Zinsen für Spareinlagen, und infolge davon floß Geld reichlich zu. Man gab Baugelder unter hohen Bedingungen und infolge davon wurden erhebliche Gewinne, zum Teil allerdings wohl nur buchmäßig, erzielt. Es soll bei dem alten Spar- und Vorschußverein schon ein Ring bestanden haben, der um die Direktion sich bildete. Man konnte leicht Geld erhalten, noch leichter anscheinend Grundstücke kaufen. Grundstücke wurden ohne Anzahlung verkauft, mit den Restkaufgeldern wurde an zweite Stelle getreten. Der große Aufschwung von Dresden, die damalige leichte Vermietbarkeit von Wohnungen, die steigende Tendenz für den Grundbesitz zeitigte Bauspekulanten in allen Kreisen der Bevölkerung, und die Bauspekulanten konnten hoffen, daß sie ihre Bauten leicht los werden, bis dann plötzlich der Umschwung und Rückschlag eingetreten ist.

Ein ungemein bedenkliches Bauunternehmertum scheint in Dresden längere Zeit bestanden zu haben. Leute, die vorher irgend welche andere Beschäftigung gehabt haben: ein Südfrüchtegeschäft, eine Bäckerei, Agenturen, Rechtskonsulenten, auch Lehrer und Beamte, glaubten, die Gelegenheit, rasch reich zu werden, sich nicht entgehen lassen zu sollen. Sie erhielten so viel Baugeld — und zwar nicht allein von dem obengenannten Institut und dessen Vorgängerin — als der Bau kostete auf Grund von Taxen, die den gewöhnlichen Beleihungswert zweifach überstiegen, so daß bei der Gewährung eines Darlehens in der Hälfte der Taxe tatsächlich der volle Wert der Objekte gegeben war. Bauhandwerker und Lieferanten gaben überdies Kredit, indem sie sich denselben Illusionen hingaben wie die Haus-Bauunternehmer.

Auch in der Umgebung von Dresden wurde im großen Umfang

---

[1] Die hier gegebene Schilderung beruht auf den Mitteilungen des Geschäftsberichts der „Vereinigten Spareinleger, G. m. b. H.“ für das Jahr 1902 und auf den persönlichen Mitteilungen des verdienstvollen Geschäftsführers dieser Gesellschaft. S. auch Geschäftsbericht der Treuhandbank für die Zeit vom 27. November bis 31. Dezember 1902 und die Mitteilungen der Treuhandbank No. 1, 2, sowie die Statuten der beiden Gesellschaften.



spekuliert und gebaut, und zwar schon zu der Zeit, als die Eingemeindung noch nicht begonnen hatte.

Die Krisis des Dresdner Grundbesitzes ist in erster Reihe auf lokale Ursachen zurückzuführen. Sie wäre wohl auch eingetreten, wenn nicht die Zeiten der Depression gekommen sein würden. Immerhin ist sie durch den Eintritt der Depression beschleunigt und verschärft worden.

Die charakteristischen Merkmale solcher Krisen waren für Dresden dieselben wie anderwärts: an Stelle der Einwanderung nach Dresden trat eine Abwanderung, die Wohnungen konnten nicht leicht vermietet werden, die Mietpreise sind gesunken, das Versiechen unsolider Geldquellen wurde vielfach als Kreditnot bezeichnet, aber mit Unrecht, nur solche erste Hypotheken waren nicht mehr erhältlich, die tatsächlich den Wert des Objekts ganz oder zum größeren Teil erschöpften, die Folgen einer Überproduktion von Häusern traten in voller Stärke zu Tage.

Es liegt die Frage nahe, ob etwa die städtische Bodenpolitik nachteilig auf die Entwicklung der Grundstücksverhältnisse eingewirkt hat, und hierüber gehen die Ansichten in Dresden selbst wesentlich auseinander. Man hat behauptet, daß der Bau der elektrischen Bahnen die Spekulationssucht gesteigert und schließlich zur Entstehung der Krisis beigetragen habe, denn durch die elektrischen Bahnen sei das Weichbild der Stadt ungemein vergrößert worden. Viele seien aus dem Innern der Stadt in die Vorstädte gezogen, um dort ruhiger zu wohnen, wenn auch vielfach die Kalkulation, daß sie billiger wohnen würden, sich als irrtümlich erwiesen hat.

Indessen sind auch anderwärts im weiten Umkreis elektrische Bahnen gebaut worden, ohne daß nachweisbar dadurch die Spekulationssucht angefacht worden wäre und zu erheblichen Exzessen Anlaß gegeben hätte.

Ja, man hat auch die städtische Grund- und Renten-Hypothekenbank für die ungewöhnliche Immobilienspekulation nnd deren Folgen mit verantwortlich gemacht. Sie gibt das Geld für Straßenbauten, und man behauptet, sie habe den Anreiz geboten, eine Masse Areal baureif zn machen, das in absehbarer Zeit nicht bebaut werden wird. Die Grundbesitzer seien in der Lage, Straßen zu bauen ohne Aufwendung von Kapital, während die Grundrente nicht erheblich sei. Indessen konnte man gegen Grundrenten auch schon früher seitens einer anderen Bank die Straßenherstellungskosten erhalten, und man

kann das auch heute noch. Dieses städtische Institut hat durchaus wohltätigen Einfluß ausgeübt, namentlich in geldknapper Zeit. Es beleiht etwas höher als die Sparkasse, aber in durchaus soliden Grenzen. Der Kauf und Verkauf der Grundstücke wird durch die Wirksamkeit des Instituts nur günstig beeinflußt, soweit ein solcher Einfluß überhaupt bemerkbar ist.

Eine Eigentümlichkeit von Dresden ist die Existenz zahlreicher Bauregulative. Jede Gegend wird anders behandelt. Für jede Gegend wird ein besonderes Regulativ gemacht. Eine systematische Darstellung der städtischen Bodenpolitik in Verbindung mit der Frage der Eingemeindung von Vororten wäre in hohem Grade erwünscht.

Man pflegt in Zeiten der Krisis den pathologischen Erscheinungen übrigens vielfach ausschließlich die Aufmerksamkeit zuzuwenden und wird bestehenden, durchaus soliden und gesunden Institutionen dann leicht nicht gerecht.

Deshalb sei hier doch der verdienstlichen Wirksamkeit der Baubank für die Residenzstadt Dresden gedacht, die auch zur Verschönerung der Stadt wesentlich beigetragen hat. Sie ist im Jahre 1885 begründet worden, in erster Reihe zu dem Zweck der Anlegung einer 20 m breiten Straße zur unmittelbaren Verbindung des Altmarkts in Dresden mit dem Pirnaischen Platz in Gemäßheit der festgesetzten Baufluchtlinie und zum Erwerb sowie zur Bebauung von Grundstücken, welche in der neu anzulegenden Straße belegen waren oder in Verbindung mit derartigen Grundstücken bebaut werden konnten. Man erwarb damals ca. 50—60 Häuser, riß sie nieder, schloß den Osten auf, baute ca. 20 Häuser und behielt 6. Die Gesellschaft gibt stets 7 % Dividende, gleichwohl stehen die Aktien 186 %. Die Gesellschaft hat bei einem Aktienkapital von 3 Millionen Mark eine Prioritätenanleihe, die Ende 1902 noch 5 550 500 Mark betragen hat.

Diese Anleihe wird allmählich getilgt, und die Aktionäre werden, wenn alle Schulden bezahlt sind, allerdings sehr hohe Dividenden haben. Bemerkenswert ist, daß die Baubank die Prioritäten als Inhaberpapiere emittieren durfte gemäß dem alten sächsischen B.G.B. Die Anleihe hat freilich die Garantie der Stadtgemeinde, und solange diese Garantie existiert, muß ein Vertreter der Stadt zu den Sitzungen eingeladen werden. Alles dies hängt mit der Entstehungsgeschichte der Baubank zusammen.

Wenn die Bank eine Baustelle verkauft, so wird der Gewinn, die Differenz zwischen Buchwert und Verkaufspreis, erst verbucht,

wenn die Restkaufgelder tatsächlich eingegangen sind. Muß man ein Grundstück wieder erstehen, so soll es so eingestellt werden, wie es vorher zu Buch stand. Der Gewinn wird abgebucht auf Vortragskonto und wird nachher verteilt in den Jahren, in denen die Restkaufgelder eingehen. Zinsen werden auf die Erwerbskosten geschlagen soweit sie aus Hypotheken resultieren, für das eigene Anlagekapital werden keine Zinsen aufgerechnet. Keinerlei Taxe ist maßgebend, auf deren Grund etwa ein höherer Buchwert eingestellt werden könnte.

Die Baubank wird von der Bank für Grundbesitz verwaltet. Diese beiden Institute haben eine gemeinschaftliche Verwaltung.

Die städtische Bodenentwicklung in Leipzig[1].

Von

Dr. Felix Hecht.

I. Allgemeiner Teil.

1. Die städtische Bevölkerung und ihre Entwicklung ist aus der Tabelle Anlage I zu entnehmen. S. auch Neefe, Statistisches Jahrbuch deutscher Städte und die Verwaltungsberichte der Stadt Leipzig.

2. Die Flur Leipzig umfaßt 5699,82 ha, wovon 1738 ha auf Alt-Leipzig und 3961,82 ha auf die einverleibten Vororte entfallen. In dieser Fläche sind inbegriffen 650 ha Wald und Waldwiesen, die der Bebauung entzogen sind. Abgesehen hiervon steht der Bebauung nirgends etwas entgegen. Die Staatseisenbahnen mit ihren Anlagen, die Leipzig auf allen Seiten umschließen, haben sich auf die Dauer als Hindernis für die weitere Ausdehnung der Stadt nicht erwiesen. Die alte Befestigung, welche die innere Stadt umgab, ist bis auf den letzten Rest gefallen und hat einem Promenadenringe Platz gemacht.

3. Die Aufstellung von Bebauungsplänen und von Bauvorschriften für das ganze bebaubare Stadtgebiet ist noch nicht erfolgt. Sie schreitet nur dem wachsenden Bedürfnis entsprechend fort. Jedoch ist dafür Sorge getragen, daß die Bebauungspläne der Nachbargemeinden überall Anschluß an die jetzigen und künftigen Hauptverkehrsadern des Stadtgebietes finden. Auch wird dieser Anschluß durch die gesetzliche

[1] Die nachfolgende Darstellung verdanke ich der Direktion der Leipziger Immobiliengesellschaft. Der Abschnitt über die Leipziger Immobiliengesellschaft ist von mir hinzugefügt.



Bestimmung, daß solche Bebauungspläne nicht ohne Mitwirkung der städtischen Behörden festgestellt werden dürfen, gewährleistet.

Eingemeindungen haben seit dem Jahre 1891 nicht wieder stattgefunden. Der Rat der Stadt Leipzig hatte allerdings im Jahre 1901 beabsichtigt, die vor den Toren der Stadt liegenden Dörfer Stötteritz, Stünz, Möckern und Leutzsch in den Verband der Stadtgemeinde aufzunehmen und hierfür die aus der Anlage II (Abschrift von Seite 36 bis 39 des Druckheftes über die Einverleibung) ersichtlichen Gründe geltend gemacht, die Stadtverordneten haben die Einverleibungsfrage jedoch bis zum Jahre 1904 vertagt.

4. Die innere Stadt ist mit den Vorstädten durch elektrische Straßenbahnen, die bis zur Flurgrenze und zum Teil noch darüber hinaus führen, strahlenförmig verbunden. Die Vorstädte untereinander haben keine unmittelbare Verbindung durch Straßenbahnen. Eine Ringbahn, die diesem Übelstande abhelfen könnte, ist zwar in Aussicht genommen, doch werden bis zur Verwirklichung des Projektes noch Jahre vergehen.

5. Der Grundstücksverkehr ist von der Stadgemeinde mit einer Erwerbsabgabe von sechs Zehntel des Zeitwertes, bei Erwerb von Todes wegen durch Ehegatten oder die nächsten Verwandten und Verschwägerten von einem Zehntel des Zeitwertes belegt. Die Abgabe wird nicht erhoben bei Zwangsversteigerungen und gesetzlicher Enteignung.

Die Enteignung ist zulässig, wenn sie für ein dem öffentlichen Nutzen gewidmetes Unternehmen notwendig ist. Der Enteignete ist vom Unternehmer zu entschädigen. Das Verfahren ist durch das Enteignungsgesetz vom 24. Juni 1902 geordnet.

II. Besonderer Teil.

1. Bei der Aufschließung neuer Bauflächen sind die Stadtgemeinde, die Bodengesellschaften und Private annähernd gleichmäßig beteiligt.

2. Die Anlage neuer Straßen ist Sache der Parzellanten, welche das Straßenareal bei zweiseitig bebaubaren Straßen bis zu 24 m Breite, bei einseitig bebaubaren Straßen, das sind insbesondere die die freien Plätze umgebenden Straßen, bis zu 15 m Breite zu beschaffen und nach Befestigung des Straßenkörpers unentgeltlich an die Stadtgemeinde abzutreten haben. Abtretungen zu Straßen in größerer Breite und zu Plätzen werden von der Gemeinde entschädigt und die

Kosten der Herstellung des Straßenkörpers über 24 bezw. 15 m hinaus erstattet.

Die innere Altstadt und die ältesten Teile der Vorstädte leiden stellenweise unter großer Engigkeit der Straßen, und es ist das Bestreben der Stadtverwaltung, bei Neubauten in solchen engen Straßen, deren Verbreiterung gegen Entschädigung, im Notfalle im Wege des Enteignungsverfahrens, durchzusetzen. Bei der Anlage neuer Straßen wird dafür gesorgt, daß sie dem Verkehrsbedürfnis auf lange Jahre durch ausreichende Breite Rechnung tragen. Wo Verkehr noch nicht vorhanden, aber später zu erwarten ist, wird zur künftigen Verbreiterung der Straßen die Anlegung von Vorgärten gefordert, die von den Anliegern gegebenen Falles unentgeltlich zur Straße abzutreten und freizulegen sind.

3. a) Der Verkauf des Baulandes vollzieht sich, soweit Baugesellschaften und Private in Frage kommen, meist freihändig. Die Stadtgemeinde dagegen wählt gewöhnlich den Weg öffentlicher Versteigerung an den Meistbietenden.

Beim soliden Geschäft wird ein Viertel bis ein Achtel des Kaufpreises als Anzahlung gefordert. Der Kaufpreisrest bleibt hypothekarisch auf dem Kaufgrundstücke stehen. Häufig wird dabei vom Käufer bedungen, daß der Verkäufer mit der Kaufgelderhypothek hinter Baugelder zurücktritt.

b) Die Bebauung erfolgt, je nachdem die Käufer des Baulandes Bauunternehmer sind oder das Areal für ihre eigenen Zwecke erworben haben, in rascher Folge; doch gibt es auch vereinzelt Grundstücksspekulanten, die absichtlich mit dem Verkaufe von Bauland zurückhalten, bis sein Wert durch Bebauung des umliegenden Geländes eine Steigerung erfahren hat.

4. Die Arealpreise halten sich noch immer in angemessenen Grenzen. Dadurch hebt sich Leipzig vorteilhaft von anderen Großstädten ab, in denen durch ungesunde Spekulation die Arealpreise zu schwindelnder Höhe getrieben worden sind. Der höchste Preis, der in dem letzten Jahrzehnt in Leipzig für ein Geviertmeter Bauland unmittelbar am Markte, an den Hauptverkehrsadern der Stadt, gezahlt worden ist, beträgt 1050 Mark.

5. a) Der Grundstücksmarkt ist im Jahre 1902 wenig belebt gewesen. Nach rentablen Zinshäusern in guter Lage war zwar Nachfrage, aber die Gebote waren meist so niedrig, daß sich Verkäufe nur schwer erzielen ließen. In Bauplätzen, insbesondere in den Vorstädten,

war das Geschäft lebhafter, indessen kam es auch hier nicht zu nennenswerten Umsätzen.

b) Im Jahre 1901 sind durch das städtische Baupolizeiamt 2787, im Jahre 1902 3504 Baukonzessionsgesuche erledigt worden. Besonders in den äußeren Vorstädten Leipzigs war die Bautätigkeit eine sehr rege.

c) Die Zahl der Zwangsversteigerungen im Stadtbezirk betrug 1900: 95, 1901 : 116, 1902: 144. In den westlichen Vorstädten waren die Zwangsversteigerungen im letzten Jahre am zahlreichsten.

Die Zählung der leerstehenden Wohnungen am 1. November 1902 ergab für Leipzig 3086 gegen 2036 am 1. November 1901, das sind 2,89 % der vorhandenen Wohnungen gegen 1,97 % im Vorjahre. Die Zahl der leerstehenden Geschäftsräume ist von 826 am 1. November 1901 auf 1011 am 1. November 1902 gestiegen.

III. Die Leipziger Immobiliengesellschaft.

Von erheblicher Bedeutung für die Entwicklung der Stadt Leipzig ist die Leipziger Immobiliengesellschaft gewesen.

Sie wurde am 17. Februar 1872 gegründet. Sie verdankt der Initiative von Rudolf Wachsmuth, dem damaligen Direktor der Allgemeinen Kreditanstalt in Leipzig, ihre Entstehung. Das Aktienkapital wurde mit 1 500 000 Mark im Jahre 1872 und mit weiteren 1 500 000 Mark im Jahre 1873 eingezahlt. Mit diesem Grundkapital arbeitet sie auch heute noch. Die Aktien sind in festen Händen, im Besitz alter Leipziger Familien, und sind an der Börse notiert. „Sie ist von Anfang an bemüht gewesen, nicht bloß ihrem eigenen Interesse und dem Interesse ihrer Aktionäre, sondern auch dem öffentlichen Interesse zu dienen." „Bei einzelnen ihrer Unternehmungen hat das öffentliche Interesse so im Vordergrund gestanden, daß sich kaum entscheiden lassen wird, welches von beiden überwogen hat, das Privatinteresse der Gesellschaft oder das öffentliche." Zwei gemeinnützige Aufgaben waren es namentlich, die sich die Gesellschaft bei ihren Grundstücksankäufen und -Verkäufen gestellt hatte. Als die eine Aufgabe betrachtete sie es, bei Parzellierungen kleinerer und größerer Bauflächen durch Feststellung und Festhaltung einheitlicher Bebauungspläne und bestimmter Bauvorschriften soviel als möglich die Übelstände zu vermeiden, die der Mangel solcher Pläne und Vorschriften gewöhnlich mit sich bringt und auch in Leipzig oft genug mit sich gebracht hatte. Die zweite, noch wichtigere Aufgabe war die, dazu beizutragen, daß

die veraltete Beschaffenheit einzelner Stadtteile und ihre mangelhafte Verbindung untereinander und mit den Vorstädten, die zum Teil noch ein Rest der ehemaligen Einschnürung der Stadt in den Festungswerken waren, vollends beseitigt würden.

„In der klugen Verbindung des öffentlichen Interesses mit ihrem Privatinteresse und in der großen Vorsicht ihres Geschäftsgebahrens liegt das ganze Geheimnis des stetigen und stets wachsenden Erfolges der Immobiliengesellschaft. Ungünstige Zeiten, Zeiten großer wirtschaftlicher Rückschläge vermochten der Gesellschaft nichts anzuhaben." Die Dividenden der Gesellschaft haben in den 25 Jahren von 1874 bis 1898 zwischen $6^1/_3$ und 10 % geschwankt. Im Durchschnitt haben sie 8 % betragen. „Wichtiger als der materielle Erfolg war der ideale: das wachsende Vertrauen und die wachsende Wertschätzung des Publikums und der Behörde." Eine ausgezeichnete Schilderung der gemeinnützigen Tätigkeit dieser Gesellschaft hat Gustav Wustmann in der Schrift „Leipzig und die Leipziger Immobiliengesellschaft, ein Beitrag zur Geschichte der Stadt im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts", 1899 gegeben. Leider fehlt in dieser Schrift eine Übersicht über die geschäftliche Entwicklung dieser Gesellschaft, die in einer 2. Auflage, etwa durch eine synoptische Darstellung der Bilanzen mit Gewinn- und Verlustkonti, leicht geliefert werden könnte.

Die Gesellschaft ist im Prinzip nicht Baugesellschaft, nur ausnahmsweise hat sie bei Erschließung von Terrains auch Bauten hergestellt. Nach den Statuten ist sie berechtigt, Obligationen auszugeben. Ein Privileg zur Ausgabe von Inhaberpapieren hat sie nicht. Von der Berechtigung zur Ausgabe von Obligationen hat sie niemals Gebrauch gemacht. Fremde Gelder hat sie im mäßigen Umfang herangezogen. So ergibt die Bilanz für Ende 1902, daß sie Hypothekenschulden hatte im Betrag von rund 896 000 Mark, Bareinlagen Dritter mit 667 000 Mark, Schulden aus der Verwaltung von Grundstücken oder von Vermögen 914 000 Mark, sowie sonstige Schulden 236 000 Mark. Die Verwaltung von Grundstücken war stets lediglich ein Nebenzweig ihrer Tätigkeit, sie erhielt dadurch Fühlung mit der Mietsbewegung und mit den dabei sich ergebenden Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung.

Innerhalb des Systems der praktischen Nationalökonomie ist die Gesellschaft auch deshalb von allgemeinem Interesse, weil durch sie der Beweis geliefert wird, daß eine derartige Gesellschaft auch als Dividendengesellschaft gut bestehen kann, hierfür ist sie typisch, daß

also die Ansicht nicht aufgestellt werden darf, als ob derartige Gesellschaften stets Liquidationsgesellschaften sein müßten.

Die Grundlagen ihrer Existenz sind neben einer ungewöhnlich vorsichtigen Verwaltung außerordentlich solide Bilanzierungsgrundsätze. Die Befolgung solcher Grundsätze ist eben ein charakteristisches Merkmal vorsichtiger Verwaltung.

Geschäfte, die noch nicht definitiv abgewickelt sind, gehen bei ihr nicht über Gewinn- und Verlustkonto. Sie werden einfach unter Kreditoren weiter gebucht. Dadurch sind große Reserven entstanden neben dem Reservefonds, der lediglich in der gesetzlichen Höhe voll dotiert ist. Gemäß § 27 ihrer Statuten ist der Vorstand berechtigt, wenn die Gesellschaft ein Grundstück mit Nutzen gegenüber dem Buchwert veräußert und der Kaufpreis nicht in voller Höhe bar bezahlt wird, den ganzen rückständigen Kaufpreis oder einen Teil desselben bei der Festsetzung des Jahresgewinns außer Betracht zu lassen und erst dann als Gewinn einzustellen, wenn er wirklich erzielt ist.

Durch Befolgung dieses Prinzips ist sie niemals in die Verlegenheit gekommen, Hypotheken aufzunehmen, um Dividenden zu verteilen, was bei Immobiliengesellschaften, deren Gelder in Kaufgeldhypotheken festgelegt sind, leicht geschehen kann.

Die Terrains selbst werden von der Gesellschaft stets ohne Zinsenaufschlag verbucht. Sie betrachtet eine Buchung, bei der die Zinsen dem Selbstkostenpreis zugeschlagen werden, als eine Antizipation des Gewinns. Straßenkosten und sonstige Meliorationen werden dem ursprünglichen Erwerbspreis der Terrains selbstverständlich zugeschlagen.

Wenn große Grundstücksgeschäfte unternommen wurden, wobei die Parzellierung 1—2 Jahrzente in Anspruch nehmen kann, hat sie Lose gebildet. Das, was sie zuerst parzellieren wollte, wurde als geschlossenes Ganzes betrachtet. Darüber wurde zunächst ein Bebauungsplan aufgestellt, das andere wurde landwirtschaftlich noch ausgenützt. Wenn dann alle Parzellen des Loses I verkauft und die Hypotheken hereingekommen waren, wurde der Gewinn von Loos I über Gewinn- und Verlustkonto gebucht, und so wurde dann weiter mit den anderen Losen verfahren.

Die Gesellschaft verkauft prinzipiell nicht ohne Anzahlung, und sie stundet die Kaufgeldresthypotheken nur 2—3 Jahre. Auch räumt sie niemals Priorität ein. Sie verkauft nur an Bauunternehmer, die kreditwürdig sind und die Baugelder auch anderweitig erhalten.

Von der Immobiliengesellschaft, der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt und der Leipziger Bank ist der Leipziger Bauverein ins Leben gerufen, eine G. m. b. H. und einem voll eingezahlten Stammkapital von 1 Million Mark. Die Anteile der Leipziger Bank haben die beiden erstgenannten übernommen. Die Anteile der Immobiliengesellschaft sind in der Bilanz unter „Beteiligungen" verbucht. Der Bauverein ist eine Liquidationsgesellschaft. Er schüttet den Gewinn erst dann aus, wenn das betreffende Objekt gänzlich verwertet ist. Er ist gegründet worden zur Erschließung eines ganz bestimmten Areals, und zwar des Areals zwischen Thomasring, Promenadenstraße und Thomasusstraße.

Ferner ist die Immobiliengesellschaft beteiligt beim Bauverein Lausigker, G. m. b. H., dessen Stammkapital ca. 110 000 Mark beträgt, das ebenfalls voll einbezahlt ist, sowie bei der Klostergärtnerei Sonzig bei Mügeln, die den Zweck hat, die Obstkultur zu fördern.

Generell sei schließlich noch bemerkt, daß eine eigentliche Grundstückskrisis in Leipzig in der Zeit der allgemeinen Depression nicht eingetreten ist. Die Depression äußerte sich auf dem Immobilienmarkt in dem Mangel jeder Unternehmungslust und in einem Stillstand des Immobiliengeschäfts. Auch fielen die schlechten Elemente des Bauunternehmertums.

Anlage

Auf die Mitte des Jahres berechnete Einwohnerzahlen für

unter Voraussetzung des Fortbestehens des

Stadtbezirke	Der Berechnung zu Grunde gelegte Einwohnerzahlen		1896	1897	1898
	2. Dez. 1895	1. Dez. 1900			
Innere Stadt . . .	19 650	16 958	19 336	18 797	18 260
Nordost-Vorstadt . .	16 885	17 445	16 950	17 062	17 174
Südost-Vorstadt . . .	26 304	26 497	26 326	26 365	26 403
Innere Südvorstadt .	32 352	33 587	32 496	32 744	32 991
Äußere Südvorstadt .	24 877	29 531	25 420	26 350	27 281
Innere Westvorstadt .	31 837	34 228	32 116	32 594	33 072
Äußere Westvorstadt .	9 774	10 471	9 855	9 995	10 134
Innere Nordvorstadt .	10 294	10 586	10 329	10 387	10 445
Äußere Nordvorstadt .	11 164	12 531	11 323	11 597	11 870
Zusammen Alt-Leipzig:	183 137	191 834	184 151	185 891	187 630
L.-Reudnitz	35 284	40 367	35 877	36 894	37 910
L.-Anger-Crottendorf .	13 909	15 789	14 128	14 504	14 880
L.-Neureudnitz . . .	2 275	2 286	2 276	2 278	2 281
L.-Thonberg	5 983	6 267	6 017	6 073	6 130
L.-Neuschönefeld . . .	7 103	6 836	7 072	7 018	6 965
L.-Neustadt	10 759	12 314	10 940	11 251	11 562
L.-Volkmarsdorf . . .	19 725	22 869	20 092	20 721	21 349
L.-Sellerhausen . . .	8 599	10 071	8 771	9 065	9 360
L.-Neusellerhausen . .	2 407	2 640	2 434	2 481	2 527
Zusammen Ostorte:	106 044	119 439	107 607	110 285	112 964
L.-Connewitz	11 914	15 030	12 278	12 901	13 524
L.-Lößnig	531	591	538	550	562
Gutsbezirk Lößnig . .	26	29	26	27	27
Zusammen Südorte:	12 471	15 650	12 842	13 478	14 113
L.-Kleinzschocher . . .	10 315	16 615	11 050	12 310	13 570
L.-Schleußig	3 231	9 162	3 923	5 109	6 295
L.-Plagwitz	15 954	17 085	16 086	16 312	16 539
L.-Lindenau	34 100	43 789	35 230	37 168	39 106
Zusammen Westorte:	63 600	86 651	66 289	70 899	75 510
L.-Gohlis	23 586	30 114	24 347	25 653	26 958
L.-Eutritzsch	11 131	12 438	11 284	11 545	11 807
Zusammen Nordorte:	34 717	42 552	35 631	37 198	38 765
Zusammen Neu-Leipzig:	216 832	264 292	222 369	231 860	241 352
Gesamt-Leipzig:	399 969	456 126	406 520	417 751	428 982

I.

Leipzig mit einverleibten Vororten für die Jahre 1896—1905

Bevölkerungszuwachses von 1895—1900.

1899	1900	1901	1902	1903	1904	1905	Stadtbezirke
17 721	17 183	16 643	16 105	15 567	15 028	14 490	I.
17 286	17 398	17 510	17 622	17 734	17 846	17 958	N.O.
26 442	26 480	26 519	26 558	26 596	26 635	26 673	S.O.
33 238	33 485	33 732	33 979	34 226	34 473	34 720	I.S.
28 212	29 143	30 073	31 004	31 935	32 866	33 797	A.S.
33 550	34 029	34 507	34 985	35 464	35 942	36 420	I.W.
10 274	10 413	10 553	10 692	10 832	10 970	11 110	A.W.
10 503	10 561	10 620	10 678	10 736	10 796	10 854	I.N.
12 143	12 417	12 691	12 965	13 237	13 510	13 784	A.N.
189 369	191 109	192 848	194 588	196 327	198 066	199 806	Alt-Leipzig
38 926	39 943	40 961	41 977	42 992	44 010	45 026	R.
15 256	15 632	16 008	16 384	16 760	17 136	17 512	A.Cr.
2 283	2 285	2 287	2 289	2 293	2 294	2 296	N.-R.
6 187	6 243	6 301	6 357	6 414	6 471	6 527	Th.
6 912	6 859	6 804	6 750	6 698	6 645	6 590	N.-Sch.
11 873	12 184	12 495	12 806	13 117	13 428	13 739	N.
21 978	22 607	23 236	23 865	24 493	25 122	25 751	Vo.
9 654	9 949	10 242	10 538	10 831	11 125	11 422	Sell.
2 574	2 620	2 667	2 714	2 760	2 807	2 854	N.-Sell.
115 643	118 322	121 001	123 680	126 358	129 038	131 717	Ostorte
14 147	14 770	15 394	16 017	16 641	17 264	17 886	Co.
574	586	598	610	622	634	646	Lö.
28	29	29	30	30	31	32	G. Lö.
14 749	15 385	16 021	16 657	17 293	17 929	18 564	Südorte
14 147	16 090	17 350	18 610	19 870	21 130	22 390	Kl.-Z.
7 481	8 668	9 854	11 040	12 227	13 412	14 599	Schleu.
16 765	16 991	17 217	17 443	17 669	17 895	18 122	Pl.
41 044	42 981	44 919	46 857	48 795	50 733	52 670	Li.
80 120	84 730	89 340	93 950	98 561	103 170	107 781	Westorte
28 264	29 570	30 875	32 181	33 487	34 792	36 098	Go.
12 068	12 329	12 591	12 852	13 113	13 375	13 636	Eu.
40 332	41 899	43 466	45 033	46 600	48 167	49 734	Nordorte
250 844	260 336	269 828	279 320	288 812	298 304	307 796	Neu-Leipzig
440 213	451 445	462 676	473 908	485 139	496 370	507 602	Ges.-Leipzig

Anlage II.

Leipzig, am 15. Januar 1901.

Für die Einverleibung der Vororte Stötteritz, Stünz, Möckern und Leutzsch sind in technischer Beziehung folgende Gründe anzuführen:

I.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß die in den Bebauungsplänen für die genannten Vororte vorgesehenen breiten, durchgehenden Straßenzüge, an deren Herstellung die Stadt mit Rücksicht auf die Schaffung geordneter Verkehrsverhältnisse und Straßenbahnverbindungen nach den Vororten in erster Linie ein Interesse hat, schwerlich zur Ausführung gelangen, wenn die Vororte nicht einverleibt werden. Es können wohl auch von den jetzigen Gemeinden Ortsgesetze erlassen werden, dahingehend, daß die den Parzellanten durch die Erbauung solcher breiten Straßen entstehenden Opfer auf die angrenzenden Gebiete verteilt werden. Da indessen, wie auch die Beispiele aus dem Stadtgebiet zeigen, auch nach Erlaß solcher Ortsgesetze, ohne Übernahme eines Teils der Anlage zu Lasten der Gemeinde die Parzellanten nicht zum Bau der Straßen verschreiten, die Vorortsgemeinden aber die hierzu erforderlichen Mittel nicht aufbringen können, so werden die großen Durchgangsstraßen lange Jahre ungebaut liegen bleiben, und der Verkehr wird sich mit den bestehenden schmalen Landwegen behelfen, wodurch nicht nur das Areal der Vororte, sondern auch das Areal der anstoßenden Teile des Stadtgebietes in der Entwicklung zurückbleiben und die Ausdehnung der Stadt nicht eine stete nach allen Seiten, sondern nur eine sprungweise, einzelne Stadtgegenden bevorzugende sein wird.

II.

Über- und Unterführungen.

Bei Berechnung der Beiträge zu den öffentlichen Baulasten bei bisher noch unbebauten Gebieten des städtischen Weichbildes wird darauf Rücksicht genommen, daß in Zukunft die dort vorhandenen engen Unterführungen unter den bestehenden Bahnlinien dem Verkehr entsprechend verbreitert, daß dort, wo erforderlich, neue Unterführungen oder Überführungen angelegt, daß große Vorflutschleusen für die Regenwässer gebaut werden müssen. Diese Beiträge gestalten sich je

nach der Größe der Gebiete und der auszuführenden Bauten verschieden, erreichen aber nach Osten zu eine beträchtliche Höhe, z. B. betragen dieselben in dem gegenwärtig in Bearbeitung befindlichen Gebiet von Anger-Crottendorf, entlang der Stünz-Mölkauer Grenze, insgesamt etwa 2 000 000 Mark oder bis zu 78 Mark für 1 m Frontlänge bei vier Geschoß hohen Gebäuden in geschlossener Häuserreihe. Diese Beiträge können niedriger gehalten werden, sobald zu dem Bebauungsplangebiet ein Teil des Gebiets der benachbarten Flur Stünz hinzugeschlagen werden kann. Das ist aber nur bei einer Einverleibung von Stünz zu erreichen.

Ähnlich gestalten sich die Verhältnisse für den an die Flur Stötteritz angrenzenden Teil von Reudnitz. Auch hier werden für die gleichen Zwecke, wie oben angeführt, solche erhebliche Summen auszugeben sein, daß für die dort zu errichtenden Gebäude hohe Frontmeter-Beiträge zu bezahlen sind, die sich nur dadurch ermäßigen lassen, daß die öffentlichen Baulasten auch auf den anliegenden Gebietsteil der Flur Stötteritz ausgeschlagen werden.

Wenn man nun dem entgegenhalten sollte, daß ein Beitrag z. B. von 78 Mark für 1 m Frontlänge, wie oben erwähnt, keineswegs als übermäßig zu bezeichnen ist, so ist doch weiter noch darauf hinzuweisen, daß in den unmittelbar an das Stadtgebiet angrenzenden Vororten die Grundstücksbesitzer dann in der günstigen Lage sein werden, ihr Areal rasch und billig zu verkaufen, da ja die Vorflut für sämtliche Regenwasser und für einen Teil der Schmutzwasser auf Kosten der städtischen Parzellanten geschaffen wird, ohne daß die Grundstücksbesitzer in den Vororten einen Pfennig dazu beitragen. Die Stadtgemeinde kann die natürlichen Vorflutverhältnisse, wie sie z. B. durch die Reudnitzer Rietzschke gegeben sind, nicht ändern, und kann, wenn sie die Rietzschke überwölbt, dazu die Besitzer in den Vororten nicht heranziehen. Diesen kann lediglich die Überwölbung der Rietzschke in ihrer Flur angesonnen werden. Aber sie werden nicht einmal dies tun, sondern den offenen Wasserlauf noch lange Jahre bestehen lassen und dadurch unmittelbar vor den Grenzen des städtischen Weichbildes Verhältnisse schaffen, die die Ausnutzung des städtischen Grund und Bodens an der Grenze, obwohl die Besitzer große Beiträge zu den öffentlichen Baulasten im Stadtgebiet haben geben müssen, verhindern.

Man könnte hieraus schließen, daß hiernach die Einverleibung von Vororten bis auf die letzten, welche innerhalb des Entwässerungsgebietes eines offenen Wasserlaufes liegen, durchgeführt werden müßte.

Das wird voraussichtlich im Laufe der Jahrhunderte auch geschehen; indessen braucht die Einverleibung jedes einzelnen Vorortes nicht eher zu erfolgen, als bis der Zeitpunkt heranrückt, in welchem der Vorort durch Ausführung von Schleusen- und Unterführungsbauten am unmittelbar anstoßenden Teile des Stadtgebietes oder auch schon durch Sicherstellung dieser Ausführung Vorteile erhält, für welche er nichts bezahlt, und durch welche das in demselben gelegene Areal infolgedessen unter leichteren Bedingungen ausgenutzt werden kann als im städtischen Weichbilde selbst.

Die vorstehend entwickelten Gesichtspunkte sind gegeben für Stötteritz durch den notwendigen Bau einer Vorflutschleuse und durch eine Bahnunterführung im Zuge der verlängerten Mühlstraße, durch Verbreiterung einer vorhandenen Unterführung im Zuge der verlängerten Eilenburger Straße, durch einen Beitrag zur Anlegung einer Unterführung an Stelle des Schienenübergangs der Eilenburger Bahn über die Zweinaundorfer Straße; weiter für Stünz durch den notwendigen Bau der Rietzschkeüberwölbung, durch Verbreiterung der Bahnunterführungen unter der Eilenburger Bahn am Stünzer Friedhof und am Stünzer Wege.

Bezüglich des Vorortes Möckern ist darauf hinzuweisen, daß jetzt die eine Hälfte der Schleusenwasser vereint mit denen von Gohlis der Elster an der Brücke der Thüringer Bahn zufließen, während die andere Hälfte der Schleusenwasser in der Nähe der Wettinbrücke in die Elster fließt. Durch die immer weiter sich ausdehnende Bebauung von Möckern, insbesondere durch den geplanten Bau eines großen Lazaretts in der Kasernenanlage, was an und für sich zur Beseitigung des vorhandenen Lazaretts gegenüber der Pleiße am Rosental im städtischen Interesse nur erwünscht sein kann, werden der Elster Schmutzwassermengen zugeleitet, welche entweder in eine städtische Vorflutschleuse aufgenommen oder durch eine Vorflutschleuse nach der an der Wettinbrücke vorhandenen Schleuse geleitet und von da einer besonderen Kläranlage zugeführt werden müssen. Der Bau der Anschlußschleuse an die städtische Vorflutschleuse würde zu ermöglichen sein, wenn die Gemeinde Möckern verlagsweise eintritt und die Kosten dann auf ein größeres Baugebiet ausschlägt. Ein derartiges Vorgehen ist bei der bestehenden Gemeinde wegen Mangel der erforderlichen Mittel vollständig ausgeschlossen.

Wenn man hiergegen einwendet, daß doch dann in jedem Falle die Gemeinde Möckern zur Herstellung der Vorflutschleuse, entlang der

Elster von der Thüringer Bahnbrücke bis zur Wettinbrücke, und einer Kläranlage seitens der Aufsichtsbehörde gezwungen werden könnte, so würde die Kläranlage voraussichtlich in die Nähe der Wettinbrücke und daher nicht weit vom Rosental zu liegen kommen und dort für immer verbleiben. Dieser Zustand dürfte auf die Dauer doch zu großen Belästigungen führen, da es sehr fraglich erscheint, ob die Gemeinde Möckern die Klärung in so vollkommener und kostspieliger Weise, wie dies jetzt seitens der Stadt in der nur interimistischen Kläranlage in den Staxwiesen geschieht, durchführen würde. Die Belästigungen würden später, nachdem die Stadt mit großen Kosten ihre interimistische Kläranlage beseitigt und eine neue Zentralkläranlage weiter unterhalb hergestellt haben wird, um so unangenehmer empfunden werden.

Bezüglich des Vorortes Leutzsch ist darauf hinzuweisen, daß bei der zunehmenden Bebauung von Leutzsch der Bauerngraben, nachdem er von dem aus dem Stadtgebiet kommenden Wasser befreit sein wird, so große Schmutzwassermengen abzuführen hat, daß die Benutzung der Spazierwege in der Burgaue außerordentlich erschwert werden dürfte. Hier kann nur durch Überwölbung des Bauerngrabens, soweit er im städtischen Walde liegt, abgeholfen werden, und dieser Bau läßt sich nur dann ermöglichen, wenn auf die noch unbebauten Teile von Leutzsch Beiträge hierzu durch Ortsgesetz ausgeworfen werden. Dies ist jedoch auch nur dann denkbar, wenn die Flur Leutzsch einverleibt sein wird.

Die Magdeburger Bau= und Kreditbank[1].

Zugleich ein Beitrag zur Frage der Erbauung von Beamten- und Arbeiterwohnhäusern.

Von

Dr. Felix Hecht.

Es erscheint angemessen, bei Betrachtung der Magdeburger Immobiliarverhältnisse auch der Magdeburger Bau- und Kreditbank zu gedenken. Sie ist eine Aktiengesellschaft, die am 23./29. Dezember 1871 gegründet wurde. Das Grundkapital betrug ursprünglich 6 000 000 Mark, im Jahre 1878 wurde das Kapital auf 4 500 000 Mark und im Jahre 1883 auf 3 429 600 Mark herabgesetzt. Am 3. Juli bezw. 18. September 1899 wurde das Grundkapital auf 4 800 000 Mark erhöht.

Die Bank wurde im Jahre 1871 in erster Reihe zum Zweck der Terrainspekulation gegründet. Damals fand die Stadterweiterung statt, und ein kapitalkräftiges Institut dieser Art war sehr erwünscht. Gleichzeitig war die Bank Baubank. Durch Kreditgewährung sollte das Grundstücksgeschäft und die Bautätigkeit gefördert werden. Man sorgte für die Hypothekenbeschaffung und achtete darauf, daß der Erwerber einer Parzelle selbst 20 % der Kaufsumme aufbrachte.

Ursprünglich beschränkte sich die Tätigkeit der Bank auf den Regierungsbezirk Magdeburg, später auf Köln, dann auf Berlin.

Von größtem allgemeinem Interesse ist derjenige Geschäftszweig, den die Bank seit kürzerer Zeit eingeführt hat. Die Magdeburger Bau- und Kreditbank hat nämlich im beträchtlichen Umfang die Erbauung von Beamten- und Arbeiterwohnhäusern für große industrielle Werke, speziell auf dem Gebiete des Bergbaus, der Kohlen- und Eisenindustrie, übernommen, und zwar gegen Amortisation der Bausumme

---

[1] S. auch oben, S. 174 ff.

unter hypothekarischer Sicherstellung der Bauforderungen zur ersten Stelle auf den betreffenden neu erbauten Hausgrundstücken.

Bei Abschluß der betreffenden Verträge wird finanziell in folgender Weise disponiert: 20 % haben die industriellen Gesellschaften selbst aufzuwenden, weitere 20 % werden unter Umständen zur Rückzahlung innerhalb zehn Jahren gestundet. Diese 20 % sind immobilisiertes Kapital der Bank. Sie können aber zediert werden.

Die ersten 60 % können von Kreditinstituten aufgenommen werden, aber die Bank gewährt auch selbst diese erststelligen 60 %, die als Amortisationshypotheken eingetragen sind. Die Voraussetzungen für die Gewährung der ersten 60 % sind also, daß sie nur auf Bauten ruhen dürfen, die im Auftrag der Industriegesellschaften von der Bank ausgeführt sind, daß sie Amortisationshypotheken sein müssen und zur ersten Stelle ruhen. Die Forderungen der Bank charakterisieren sich also als Waren-(Bau-)Forderungen, entstanden aus der Bautätigkeit.

Damit nun die auf diese Bauten zu verwendenden und für eine längere Reihe von Jahren festzulegenden Beträge für weitere Geschäftsabschlüsse zurückgewonnen bezw. dem laufenden Geschäftsbetrieb wieder zugeführt werden können, hat die außerordentliche Generalversammlung vom 23. Juni 1899 den Gesellschaftsvorstand ermächtigt, auf der Basis der in den Besitz der Gesellschaft gelangenden Amortisationshypotheken fest verzinsliche Schuldverschreibungen bis zur Höhe von 5000000 Mark auszugeben. Dieser Beschluß wurde durch die außerordentliche Generalversammlung vom 9. November 1900 dahin deklariert, daß der Gesellschaftsvorstand ermächtigt ist, unter Verpfändung von Amortisationshypotheken, welche der Gesellschaft für ihre Warenforderungen bestellt werden, festverzinsliche Schuldverschreibungen bis zur Höhe von 5000000 Mark auszugeben.

Die Bedingungen für Verzinsung und Rückzahlung dieser Schuldverschreibungen werden von dem Aufsichtsrat festgesetzt. Die Ausgabe geschieht in einzelnen Serien ebenfalls nach Bestimmung des Aufsichtsrats. Der Betrag der auszugebenden Schuldverschreibungen darf den Betrag der als Unterpfand dienenden Amortisationshypotheken nicht überschreiten.

Die Gesamtanleihe von 5000000 Mark ist in zehn Abteilungen (Serien) von je 500000 Mark eingeteilt und in 6500 Schuldverschreibungen ausgestellt. Die Schuldverschreibungen lauten auf Beträge von 500, 1000, 2000 Mark, die Nummern laufen durch alle Abteilungen

fort und zwar so, daß von jeder Litera auf jede Abteilung der zehnte Teil der angegebenen Nummern entfällt.

Die Schuldverschreibungen lauten auf den Namen des Magdeburger Bankvereins und sind durch Indossament übertragbar. Sie sind von dem Vorstand der Magdeburger Bau- und Kreditbank handschriftlich unterzeichnet.

Die Begebung der Anleihe geschah in einzelnen Abteilungen fortschreitend mit der Fertigstellung der von der Magdeburger Bau- und Kreditbank übernommenen Amortisationsbauten und dem Eingang der über die betreffenden Forderungen auszustellenden Hypothekenbriefe, welche als Unterpfand für die Teilschuldverschreibungen zu dienen hatten. Den Erwerbern der Schuldverschreibungen haftet die Magdeburger Bau- und Kreditbank mit ihrem ganzen Vermögen für Kapital, Zinsen und Kosten. Außerdem dienen als besondere Sicherheit für die Ansprüche aus den Teilschuldverschreibungen die gemäß den Generalversammlungsbeschlüssen dafür zu verpfändenden Amortisationshypotheken.

Dem Magdeburger Bankverein, der die Vertretung der Gesamthei aller Inhaber der Teilschuldverschreibungen gemäß den Anleihebedingungen übernommen hat, sind zur Sicherheit der jeweils auszugebenden Schuldverschreibungen der Magdeburger Bau- und Kreditbank zustehende, der Amortisation unterliegende erststellige Hypothekenforderungen, welche aus Warenverträgen herrühren, in einem die Höhe des Nennbetrags der auszugebenden Schuldverschreibungen deckenden Betrag verpfändet. Die betreffenden Hypothekenbriefe nebst den notariellen Verpfändungsurkunden sind dem Bankverein übergeben. Die Verpfändung ist grundbuchlich eingetragen.

Bisher sind drei Emissionen solcher Schuldverschreibungen erfolgt und damit ist die von den Generalversammlungen vom 23. Juni 1899 und 9. November 1900 genehmigte Anleihe von 5 000 000 Mark erschöpft[1]. Die Schuldverschreibungen der Emissionen sind übereinstimmend unkündbar bis 1. Januar 1905 und vom 1. Juli 1905 ab rückzahlbar zu 103 % im Wege der Verlosung oder Kündigung. Die Auslosung erfolgt in der Weise, daß jährlich am 1. Juli 2 % der

[1] Die Abt. I—V der Schuldverschreibungen mit 2 500 000 Mark sind zum Handel an der Börse in Berlin zugelassen gemäß Prospekt vom 5. Jan. 1901 im Jan. 1901, die Abt. VI—VIII mit 1 500 000 Mark sind in Berlin zugelassen im Dez. 1901 gemäß Prospekt vom 15. Nov. 1901, die Abt. IX und X im April 1902 auf Grund des Prospektes vom 2. April 1902.



Anleihesumme, zuzüglich der für die jeweilig ausgelosten Beträge ersparten Zinsen nach Maßgabe des Tilgungsplans zur Rückzahlung kommen, so daß die sämtlichen Teilschuldverschreibungen im Laufe des Jahres 1981 zurückgezahlt sein werden. Aber die Bank ist berechtigt, in jedem der vorbezeichneten Termine auch größere Beträge oder die sämtlichen noch umlaufenden Teilschuldverschreibungen nach vorausgegangener, mindestens sechsmonatlicher Kündigung zurückzuzahlen.

Alles Nähere ergibt sich aus dem Text der Teilschuldverschreibungen und aus den Prospekten.

Die Forderungen, auf deren Grundlage die 4½ %igen Teilschuldverschreibungen ausgegeben wurden, sind zu 5 % verzinslich. Für die Rückzahlung zu 103 % ist eine Agioreserve angelegt, die derzeit 50 000 Mark enthält.

Es ist zu bemerken, daß bisher eine Herausnahme von Forderungen, die zu Gunsten der Teilschuldverschreibungen verpfändet sind, noch nicht stattgefunden hat. Die Praxis wird etwas umständlich sich gestalten, aber derartige Schwierigkeiten sind überwindbar.

Damit keinerlei Kollision mit dem Hypothekenbankgesetz entstehe, hat man die Statuten präziser gefaßt. An die Stelle des revidierten Status von 1885 trat das in der Generalversammlung vom 23. Juni 1899 angenommene und durch die Generalversammlungsbeschlüsse vom 22. März und 9. November 1900 abgeänderte Statut. Siehe insbesondere § 11.

Dem Sachkundigen wird die typische Bedeutsamkeit der hier in Kürze geschilderten Organisation nicht entgehen. Es ist hiermit vielleicht ein wichtiger Schritt zum Ausbau desjenigen Kredits geschehen, den ich als gewerblichen (industriellen) Grundkredit bezeichnen möchte. Die sozialpolitische Bedeutung der Organisation ist beachtenswert, nicht minder die finanzielle Ausgestaltung.

Über das Verhältnis des Aktienkapitals zu dem Gesamtbetrag der emittierten Obligationen ist in den Statuten nichts gesagt. Doch mag im Laufe der Zeit die Frage zur prinzipiellen Erledigung stehen.

Am 31. Dezember 1902 hatte die Bau- und Kreditbank Hypothekenforderungen im Gesamtbetrag von 9 749 613,17 Mark. Davon entfielen 7 125 618,40 Mark auf Amortisationsforderungen der geschilderten Art. Es wurde daher von der ordentlichen Generalversammlung im Jahre 1903 beschlossen, den Antrag auf Genehmigung einer weiteren, dem gleichen Zwecke dienenden Anleihe bis zur Höhe von

3 000 000 Mark in Gestalt auszugebender $4^1/_2$ %iger Teilschuldverschreibungen unter Verpfändung von Amortisationshypotheken, welche der Gesellschaft für ihre Wertforderungen bestellt werden, die Zustimmung zu erteilen.

Neben diesem Geschäftszweig, der an dieser Stelle besonderer Hervorhebung bedurfte, besteht die Abteilung der Bauten für eigene Rechnung — die Tätigkeit des Baugeschäfts war im Jahre 1902 eine sehr ausgedehnte —, sowie das Terrainspekulationsgeschäft.

In Bezug auf die bei der Gesellschaft bestehenden Prinzipien der Bilanzierung sei hervorgehoben, daß die Gesellschaft die Zinsen den von ihr gekauften Grundstücken nicht hinzurechnet. Bei reinen Spekulationsterrains werden die Zinsen über Gewinn- und Verlustkonto gebucht. Kosten für Erschließung von Straßen rc. werden selbstverständlich dem Herstellungspreis zugeschrieben. Bei der Aufstellung der Jahresrechnung und ihrer Inventarisierung dürfen die im Besitz der Bank befindlichen Grundstücke, Baumaterialien oder Bauteile in keinem Fall zu einem höheren als dem Anschaffungs- oder Herstellungswert angenommen werden.

Die Gesellschaft ist eine Dividenden-Immobiliengesellschaft. Bei allen derartigen Gesellschaften entsteht die Frage, wie der Gewinn berechnet wird. Die Bank hatte beispielsweise ein großes Grundstück in Berlin erworben und mit einigen hinzugekauften Parzellen vereinigt. Es ergaben sich da sehr verschiedene Werte. Sofort bei Ankauf des Grundstücks hat dann die Bank nach Anhörung von Sachverständigen einen Parzellierungsplan angefertigt, und die Selbstkosten wurden so verteilt, daß man die Bewertung sofort feststellte; man hatte einen Sicherheitsfonds darauf geschlagen und kam zu etwas höheren Kosten als sie tatsächlich waren. Die rechnungsmäßigen Selbstkosten wurden nun beim Verkauf der einzelnen Parzellen abgeschrieben und so ergibt sich ein glatter Gewinn, wobei noch ein Überschuß bleibt in Rücksicht auf die letzten Stellen, weil man bei der Kalkulation vorher einen Aufschlag gemacht hat. Bei der Berechnung der Selbstkosten werden die vermutlichen Zinsen hinzugerechnet. Resthypotheken werden als Hypothekenforderungen betrachtet und für sie wird eine Reservestellung in der Bilanz gemacht. In der Praxis der Gewinnberechnung gehen die Methoden der verschiedenen Immobiliengesellschaften auseinander, aber überall, wo der ernste Wille solider Bilanzierung vorhanden, die Sucht nach hohen Dividenden und Tantiemen zurückgedrängt ist, findet sich ein geeigneter Weg.

Die Geschäftsergebnisse der Bank in den Jahren 1872 bis einschließlich 1902 ergeben sich aus der nachfolgenden Übersicht, die dem Geschäftsbericht für 1902 S. 6 entnommen ist.

Geschäftsergebnisse in den Jahren 1872 bis einschließlich 1902.

Jahr	Aktienkapital Mk.	Ordentliche Abschreibungen Mk.	Außerordentliche Abschreibungen Mk.	Summe der Abschreibungen Mk.	Erzielter Reingewinn Mk.	Rücklage in den Reservefonds Mk.	Verteilte Dividende in %	Verteilte Dividende im Gesamtbetrage Mk.
1872	6 000 000	24 689,13	—	24 689,13	362 090,04	22 779,13	7	306 001,13
1873	6 000 000	53 047,20	—	53 047,20	488 999,53	30 953,90	7	420 000,—
1874	6 000 000	105 098,36	23 984,18	129 082,54	486 731,79	30 532,10	7	420 000,—
1875	6 000 000	99 987,05	—	99 987,05	400 671,48	14 524,90	6	360 000,—
1876	6 000 000	98 383,43	—	98 383,43	342 549,07	3 714,13	5 1/3	320 000,—
1877	6 000 000	86 989,74	—	86 989,74	255 766,95	—	4	240 000,—
1878	4 500 000	72 737,48	551 285,72	624 023,20	337 696,39	14 285,57	6	270 000,—
1879	4 500 000	80 550,24	—	80 550,24	248 631,85	—	5	225 000,—
1880	4 500 000	76 620,41	—	76 620,41	79 181,56	21,—	1 2/3	75 000,—
1881	4 500 000	67 986,89	—	67 986,89	172 964,20	—	3 1/3	150 000,—
1882	3 429 600	43 494,27	302 228,09	345 722,36	254 172,75	11 709,27	6 1/3	217 208,—
1883	3 429 600	40 131,96	—	40 131,96	349 010,06	28 874,82	8 1/3	285 800,—
1884	3 429 600	43 916,84	—	43 916,84	326 567,15	24 812,66	8	274 368,—
1885	3 429 600	41 304,16	—	41 304,16	345 566,75	17 278,34	8 2/3	297 232,—
1886	3 429 600	44 014,86	—	44 014,86	407 418,38	20 370,92	10	342 960,—
1887	3 429 600	47 332,02	—	47 332,02	406 153,40	20 307,67	10	342 960,—
1888	3 429 600	42 767,66	—	42 767,66	475 528,30	23 824,42	12	411 552,—
1889	3 429 600	46 256,06	40 000,—	86 256,06	474 432,68	24 121,63	12	411 552,—
1890	3 429 600	42 371,78	—	42 371,78	314 529,39	15 774,47	8	274 368,—
1891	3 429 600	32 179,84	—	32 179,84	79 817,98	4 042,90	2	68 592,—
1892	3 429 600	27 988,60	12 227,75	40 216,35	71 898,49	3 654,92	2	68 592,—
1893	3 429 600	31 199,64	12 160,—	43 359,64	90 417,50	4 580,88	2	68 592,—
1894	3 429 600	35 334,97	—	35 334,97	81 097,98	4 126,90	2	68 592,—
1895	3 429 600	28 440,59	—	28 440,59	2 223,67	183,18	—	—
1896	3 429 600	29 478,72	—	29 478,72	46 823,93	2 389,20	1	34 296,—
1897	3 429 600	30 052,25	—	30 052,25	62 297,53	3 126,88	1 1/2	51 444,—
1898	3 429 600	26 101,54	—	26 101,54	119 498,75	5 986,94	3	102 888,—
1899	4 800 000	25 236,76	—	25 236,76	186 462,71	16 945,54	4 1/2	154 332,—
1900	4 800 000	22 575,12	—	22 575,12	275 478,84	13 601,94	5	240 000,—
1901	4 800 000	20 116,33	—	20 116,33	276 545,43	13 577,27	5	240 000,—
—	—	—	—	—	—	[1] 9,—	—	—
1902	4 800 000	28 111,94	—	28 111,94	275 650,14	13 532,51	5	240 000,—
Zusammen:		1 494 495,84	941 885,74	2 436 381,58	8 096 874,67	389 642,99	168 2/3	6 981 339,13

Der Durchschnittssatz der seit dem 31 jährigen Bestehen der Gesellschaft gezahlten Dividende beträgt annähernd 5,44 %.

---

[1] 9 Mark verfallene Dividende.

Die Magdeburger Bau- und Kreditbank ist beteiligt an einer Grundstücksgesellschaft in Magdeburg, die unter der Firma Immobiliengesellschaft m. b. H. in Magdeburg am 29. März 1894 gegründet wurde, mit dem Betrag von 50000 Mark, der bisher in Höhe von 60% = 30000 Mark einbezahlt wurde. Diese Gesellschaft wird durch die Direktoren der Magdeburger Bau- und Kreditbank vertreten. Gegenstand dieses Unternehmens ist Hausgrundstücke im Stadtkreis Magdeburg zu erwerben, zu nützen und zu veräußern, sowie alle mit dem Grundstücksverkehr zusammenhängenden Geschäfte zu betreiben. Das Stammkapital beträgt 400000 Mark.

Sie ist ferner beteiligt an einer Grundstücksgesellschaft in Berlin, deren Konstituierung unter der Firma Immobiliengesellschaft m. b. H. in Berlin am 9. Juli 1901 erfolgt ist, mit dem voll einbezahlten Geschäftsanteil im Betrag von 150000 Mark.

Weitere, das Resultat der Geschäftsabschlüsse der Magdeburger Bau- und Kreditbank beeinflussende Beziehungen zu diesen beiden Gesellschaften sind, abgesehen von einigen zu Lasten der Immobiliengesellschaft m. b. H. in Berlin zur Zeit noch bestehenden, zu üblichem Satz verzinslichen Kaufpreishypotheken nicht vorhanden. Die Immobiliengesellschaft in Berlin wird durch zwei Beamte der Magdeburger Bau- und Kreditbank vertreten. Der Geschäftskreis der Berliner Immobiliengesellschaft beschränkt sich auf Berlin und Vororte.

Die Immobiliengesellschaften in München.

Von

Dr. Felix Hecht.

Die städtische Bodenentwicklung in München ist vielfach nicht erklärlich und verständlich ohne Übersicht über die in München entstandenen Immobiliengesellschaften. In den unten folgenden Tabellen ist eine Übersicht über diese Immobiliengesellschaften gegeben, deren Schicksal im einzelnen hier nicht dargestellt werden kann. Es sei hier besonders behandelt die Heilmannsche Immobiliengesellschaft, die seit dem Jahre 1897 in München besteht. Die Statuten bezeichnen als Zweck, vorzugsweise in München und im Anschluß an die Entwicklung Münchens sowie unter Förderung derselben alle Arten von geschäftlichen Unternehmungen in Immobilien für eigene wie für fremde Rechnung durchzuführen. Die Gesellschaft kann sich auch bei anderen Gesellschaften und Unternehmungen, welche gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen, beteiligen oder solche ins Leben rufen.

Das ursprüngliche eingezahlte Aktienkapital betrug 1 500 000 Mark, Ende 1898 betrug es 3 750 000 Mark, schon Ende 1899 6 000 000 Mark, Ende 1900 6 270 000 Mark, und in dieser Höhe besteht es auch Ende 1902.

Sie ist ursprünglich reine Dividendengesellschaft gewesen, also darauf ausgehend, jährlich eine bestimmte Dividende zu verteilen. Allerdings bestimmt schon der § 26 der Statuten: „Der Überschuß (über die erste Dividende von 4 % hinaus, nach Berichtigung der statutenmäßigen und vertragsmäßigen Tantiemen) steht zur Verfügung der Generalversammlung, welche denselben auch zur Anlegung neuer oder Verstärkung bestehender Reserven verwenden kann. Die Generalversammlung kann in ihren Beschlüssen auf Verteilung dieses Überschusses als Superdividende nicht über die Anträge des Aufsichtsrats

hinausgehen." Und Statuten § 27 enthalten die weitere Bestimmung „während der drei ersten Betriebsjahre kann eine Verteilung von Dividenden überhaupt nur beschlossen werden, soweit der Aufsichtsrat dies beantragt." § 28 Absatz 1: „Auf Vorschlag des Aufsichtsrats kann die Generalversammlung beschließen, daß der nach Verteilung einer 4 %igen Dividende und nach Berichtigung der Tantièmen verfügbare, zum weiteren Geschäftsbetrieb nicht erforderliche bar vorhandene Überschuß des Reinertrags zu Rückzahlungen auf das Aktienkapital und zwar gleichmäßig auf alle Aktien, Verwendung finde."

Dieser § 28 Absatz 1 ist in den Statuten von 1903 dahin abgeändert: „Auf Vorschlag des Aufsichtsrats kann die Generalversammlung beschließen, daß der nach Dotierung des gesetzlichen Reservefonds verfügbare . . bar vorhandene Überschuß des Reinertrags zu Rückzahlungen auf das Aktienkapital . . . Verwendung finde."

Diese Statutenänderung ist von weittragender Bedeutung. Sie ist eigenartig und unstreitig auch sonst verwendbar. Während die Gesellschaft bisher immerhin Dividendengesellschaft gewesen war, ist es nun dem Ermessen der Generalversammlung (auf Vorschlag des Aufsichtsrats) anheimgegeben, sich als Dividendengesellschaft oder als Liquidationsgesellschaft zu qualifizieren, während für die Regel die Immobiliengesellschaften den einen oder anderen Charakter durchweg tragen. Freilich ist es wichtig, daß die Aktionäre über diese Wandlungsfähigkeit der Gesellschaft sich klar sind.

In den ersten zwei Jahren hat die Gesellschaft keine Dividende gegeben, gemäß § 27 ihrer Statuten. Sie betrachtete eben von vornherein die ersten drei Betriebsjahre als Entwicklungsjahre und hatte schlechthin die Ansammlung eines etwa zu erzielenden Gewinnes ins Auge gefaßt. Das tatsächliche Ergebnis gestaltete sich wesentlich günstiger, und man beschloß daher die Verteilung einer Dividende von 7 % für das Jahr 1899, für 1900 und 1901 wurde eine Dividende von 10 % gegeben. Im Bericht für 1902 wird bemerkt, daß eine Dividendenverteilung für 1902 an sich unter Heranziehung des Gewinns aus den Vorjahren rechtlich möglich wäre. Indessen wurde eine Gewinnverteilung nicht für zweckmäßig erachtet, „weil jene Gewinnresultate fortlaufend in Immobilien angelegt wurden und deshalb nicht verfügbar sind, und weil wir die vorhandenen Mittel zum großen Teil für die weitere Entwicklung unserer Terrains benötigen." Man hat mit diesem Beschluß und mit der entsprechenden Änderung der Statuten die gefährliche Klippe vermieden, etwa durch Erhöhung

des Aktienkapitals oder durch Schuldenkontrahierung Mittel für die Dividendenverteilung parat zu stellen.

Der Bericht des Aufsichtsrats bemerkt, daß man den Standpunkt einer dauernden Betriebsgesellschaft verlasse und in der Hauptsache auf die Verwertung des gegenwärtigen Besitzstandes sich zu beschränken entschlossen sei. Hieraus ergebe sich von selbst die Unzweckmäßigkeit regelmäßiger Dividendenzahlungen. Es sei angezeigt, die verfügbaren Mittel nach Maßgabe des Eingangs tunlichst zu Rückzahlungen auf das Grundkapital zu verwenden.

Der Bericht des Vorstandes gibt näheren Aufschluß über die Motive der Statutenänderung: Bei Gründung der Gesellschaft schwebte der Gedanke vor, die Gesellschaft zu einer dauernden Institution werden zu sehen, welche, der Entwicklung der Stadt folgend und dieselbe fördernd, immer wieder neues Terrain bereit zu stellen und aufzuschließen hätte. Man habe deshalb das Aktienkapital so wie geschehen, vergrößert und dieses sowie den größten Teil der erzielten Gewinne wieder in Immobilien angelegt. Man war in der glücklichen Lage, große Terrains teils billig aus erster Hand, teils ohne eigentlichen Spekulationsaufschlag zu erwerben. „Diese Gelegenheit ist eine überaus seltene geworden. Rings um München in weitestem Umkreis unterliegt heute der private Terrainbesitz schon in erster Hand durchgehends einer Bewertung, welche bereits die aus der künftigen Entwicklung wachsenden Vorteile mehr oder weniger eskomptiert und gegenüber der Mühe und dem Risiko der Aufschließung nicht mehr die Gewinnchance bietet", wie die Mehrzahl der früheren Erwerbungen . . . „Dazu kommt noch, daß Mühe und Risiko der Aufschließung sich erheblich gesteigert haben durch die, man möchte fast sagen kommunistischen Anschauungen, welche unter Aufbietung ästhetischer und hygienischer Gründe für die Behandlung neuer Bauanlagen und Baulinien gerade gegenüber dem geschlossenen Terrainbesitz der Immobiliengesellschaften maßgebend geworden sind."

Sehr instruktiv ist auch der Bericht des Vorstandes: „Die andauernd ungünstige Wirtschaftslage im Jahre 1902 hat hiernach den Terrainmarkt um so weniger unberührt gelassen, als in den vorhergehenden Jahren mit guter Konjunktur mehr Terrain, als für die augenblicklichen lokalen Verhältnissen bei der überaus verlangsamten Bautätigkeit erforderlich wurde, der Entwicklung zugeführt worden war. Die Münchener Terrainentwicklung im Jahre 1902 hat vorwiegend unter dem Zeichen des Tauschhandels gestanden. Die Immo-

bilien-Gesellschaft ist dieser Geschäftsform grundsätzlich nicht näher getreten, weil sie ihren Besitzstand von schwer realisierbaren Objekten freihalten wollte."

Der Absatz des Jahres 1902 und dementsprechend der Jahresgewinn sei nur ein minimaler gewesen, aber „alle Anzeichen sprechen dafür, daß sich in der Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse und in der Beurteilung ein günstiger Umschwung zu vollziehen beginnt, der auch auf das Münchener Immobiliengeschäft nur belebend wirken kann, und wenn der Terrainmarkt sich verhältnismäßig rasch wieder erholen wird, so dürfte dies nicht zum geringsten Teil dem Bestehen und Wirken der zahlreichen Terraingesellschaften zu danken sein.

Je mehr Terrain in die Hand meist kapitalkräftiger Gesellschaften aus Privathänden übergegangen ist, um so leichter kann eine Krisis überwunden werden, welche bei ausschließlicher Beteiligung privater Kreise viel größere Dimensionen und einen verschärften Charakter annehmen kann. Erst eine spätere Zeit wird wohl dem Verdienst gerecht werden, welches die Münchener Immobiliengesellschaften durch Sicherung großer geschlossener Terrains vor unzweckmäßiger Zersplitterung, durch Arrondierung zersplitterter und durch Aufschließung bisher anscheinend nicht bauwürdiger Terrains um die großzügige und ungehinderte Entwicklung der Stadt sich erworben haben . . . Alsdann wird man wohl anerkennen, wie groß der Anteil ist, den der geschlossene Besitz der Terraingesellschaften durch unentgeltliche Abtretung des Raumes für öffentliche Plätze und Anlagen zur Verschönerung und Assanierung der Stadt und ihrer Umgebung beigetragen hat, Leistungen, welche aus zersplittertem Privatbesitz entweder überhaupt nicht oder nur unter Aufwendung gewaltiger öffentlicher Mittel zu beschaffen sein würden.

Aber heute schon sollte die Einsicht in die wirtschaftliche Stellung der Immobiliengesellschaften wenigstens in maßgebenden Kreisen soweit vorgeschritten sein, daß man endlich aufhört, von der verderblichen Einwirkung der Immobiliengeschaften auf die Boden- und Wohnungsfrage zu sprechen. Gerade sie haben durch ihren Wettbewerb Angebot und Nachfrage in wirtschaftlicher gesunder Weise geregelt und insbesondere die Phantasie- und unkontrollierbaren Tauschpreise, welche ein Kennzeichen des früher ausschließend in Privathänden sich abspielenden Geschäfts waren, sind allenthalben klaren und normalen, durch die gegenseitige Konkurrenz geregelten Preisen gewichen."

Diese im Geschäftsbericht für 1902 dargelegten Gesichtspunkte

sind von erheblichem allgemeinem Interesse, wenn die Frage nach der volkswirtschaftlichen Funktion der Immobiliengesellschaften zur Erwägung steht. Dabei wird man freilich nicht außer Auge lassen, daß es eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Immobiliengesellschaften gegeben hat, deren verderbliche Einwirkung auf die Boden- und Wohnungsfrage nicht zu verkennen ist. Dieses Urteil gründet sich auf die Tätigkeit gewisser Immobiliengesellschaften außerhalb Münchens.

Wirtschaftlich bedeutungsvoll ist, daß Terraingesellschaften im eigensten Interesse, das in diesem Fall durchaus mit dem öffentlichen Interesse zusammenfällt, keine Enklaven lassen und die großen Verkehrszüge im Auge behalten. Sie entwickeln die weitere Peripherie, was zuletzt auch der Stadt zu gute kommmt. Sie schaffen gewisse Ansiedlungspunkte.

Die Terraingesellschaften führen zur Bildung einer Art Immobilienbörse in sich. Dadurch gestaltet sich der Immobilienmarkt solider. Man gibt Pläne an die Reflektanten, man hat Tarife. Die Reflektanten haben die Möglichkeit geuauester Orientierung. Die einzelnen Reflektanten werden nicht nach zufälligen, dem Verkäufer bekannten Umständen geschätzt und behandelt. Die Gesellschaften haben die Vermittlungstätigkeit auf dem Gebiete des Immobilienwesens solider gestaltet. Der Zwischenhandel wird vielfach ganz ausgeschaltet.

Das Großspekulantentum in Immobilien wird durch die Gesellschaften etwas zurückgedrängt. Es wird nicht ganz ersetzt, und für eine Reihe von Unternehmungen wird es bleiben, z. B. für die Herstellung von Hotels, Caffés, großen Vergnügungsetablissements. Man darf dabei nicht verkennen, daß es in vielen Städten gewisse Großspekulanten gegeben hat, die für die betreffenden Städte nnter Umständen Erhebliches geleistet haben, wenn auch viele von ihnen schließlich zu Grunde gegangen sind.

Wendet man sich von diesen allgemeinen Betrachtungen wiederum zum Ausgangspunkt, der Heilmannschen Immobiliengesellschaft, so ist in Bezug auf die Bilanzmethoden mehrfach in den Geschäftsberichten Auskunft gegeben. Im Bericht von 1898 wird hervorgehoben, daß der gesamte Grundbesitz lediglich mit den Anschaffungspreisen ohne jeglichen Zinszuschlag zu Buch steht.

Die Frage, ob ein Zuschlag von Zinsen zulässig und sachlich gerechtfertigt sei, ist bekanntlich bestritten. Ein Terrain ist in Rücksicht auf diese hier zu erörternde Frage nichts anderes als eine Ware. Wenn ich Wolle kaufe und mir Geld darauf leihe, so steigt

noch nicht der Wert der beliehenen Wolle. Wenn ich ein Terrain kaufe und darauf Hypothekenzinsen zahle, so steigt deshalb noch nicht der Wert des Terrains.

Und in welchem Umfang soll der Zuschlag von Zinsen stattfinden? Nur insoweit, als tatsächlich Hypotheken aufgenommen worden sind oder auch in Rücksicht auf das eigene Kapital, das zum Erwerb des Terrains mitverwendet worden ist? Die Frage ist in der unten folgenden Abhandlung über die Bilanzmethoden der Immobiliengesellschaften behandelt.

Die Heilmannsche Immobiliengesellschaft hat ein Konto für Abwicklungsreserven. „Die Anlage und Dotierung dieser Konten folgt aus den im Interesse der gleichmäßigen Behandlung des Immobilienkontos und einer durchaus vorsichtigen Gewinnausscheidung als notwendig erkannten Buchungsgrundsätzen. Größere Terrains, die zu einem unausgeschiedenen Preis verkauft sind, zerfallen naturgemäß in Abteilungen von verschiedenen Wertklassen. Wir führen bei Einzelkäufen aus solchen Komplexen dem Gewinn- und Verlustkonto nur denjenigen Betrag des Mehrerlöses zu, welcher sowohl den Durchschnitts- als den etwa höheren Klassenwert der verkauften Parzelle übersteigt, und stellen den Rest vorerst auf die Abwicklungsreserve des betreffenden Terrains. Nach Maßgabe der fortschreitenden oder beendigten Veräußerung des betreffenden Komplexes können alsdann die Abwicklungsreserven auf Gewinn- und Verlustkonto übertragen werden." Bericht für 1898.

Diese Bilanz- und Buchungsmethode erscheint durchaus solide. Sie ist nicht ganz so weitgehend wie z. B. bei der Leipziger Immobiliengesellschaft, aber durchaus schablonenhafte Grundsätze lassen sich gerade für Immobiliengesellschaften nicht aufstellen.

Man ersieht aus den Andeutungen des Geschäftsberichts, daß die Gesellschaft den Selbstkostenpreis und den Kalkulationswert unterscheidet. Der Selbstkostenpreis umfaßt den Einkaufswert und die Meliorationskosten, also denjenigen Betrag, der für das Grundstück tatsächlich aufgewendet worden ist. Zum Kalkulationswert gehört auch der Zinsaufwand, und zwar gehören hier nicht nur die Hypothekenzinsen, sondern die Zinsen des ganzen engagierten Kapitals. Ein Gewinn ergibt sich bei jedem Objekt erst nach der Veräußerung. Dementsprechend sind jedenfalls die Buchungen. Aus den Buchungen muß ersichtlich sein der „Durchschnittswert" und der etwas höhere „Klassenwert" der verkauften Parzelle. Es müssen also zwei Konti in diesem

Sinne bestehen, ein Konto für den Durchschnittspreis und ein Konto für den Klassenwert. Dem Gewinn- und Verlustkonto aber wird „nur derjenige Betrag des Mehrerlöses zugeführt, welcher sowohl den Durchschnittspreis wie den etwa höheren Klassenwert der verkauften Parzelle übersteigt, und der Rest wird vorerst auf die Abwicklungsreserve des betreffenden Terrains gestellt".

Damit beantwortet sich auch die Frage, von welchem Moment an die erzielten Erlöse aus dem Parzellenverkauf zur Dividendenverteilung herangezogen werden und herangezogen werden dürfen. Die Frage ist von solcher Wichtigkeit, daß darüber eine statutarische Bestimmung und eine jeweilige Erklärung in den Geschäftsberichten der Immobiliengesellschaften erwünscht, vielleicht erforderlich ist.

Hervorragenden Anteil nahm die Gesellschaft an der Prinzregentenplatz-Aktiengesellschaft in den Jahren 1899, 1900. Sie hat einige der wertvollsten Teile ihres Bogenhauser Terrains an diese Gesellschaft abgegeben und räumte ihr eine Option auf weitere Terrains ein. Sie veranlaßte die Gründung der Baugesellschaft für Familienhäuser und Villen (Heimstättengesellschaft m. b. H.). Diese Gesellschaft wurde zunächst auf ein mit 50 % eingezahltes Stammkapital von 500 000 Mark gegründet. Die Baugesellschaft hat die Aufgabe, minder kapitalkräftigen Kreisen die billige Erwerbung eigener Anwesen tunlichst zu erleichtern. Um diese Entwicklung vornehmlich auf die Terrains der Immobiliengesellschaft zu leiten, behielt die Immobiliengesellschaft zunächst den größten Teil des Stammkapitals (nom. 400 000 Mark) in eigener Hand. Sie überließ der Baugesellschaft ihren Planegger Besitz. Siehe Bericht für 1900: Konto für Beteiligung an fremden Gesellschaften. Die Beteiligung der Immobiliengesellschaft an der Baugesellschaft betrug Ende 1901: 300 000 Mark.

Schon im Bericht für 1900 wurde darauf hingewiesen, daß die von den Hypothekenbanken geübte Zurückhaltung in der Beleihung von Grundstücken eine fühlbare Abnahme der Bautätigkeit bewirkt habe, da mancher solide Bauunternehmer eine vorübergehende Untätigkeit dem Risiko vorziehe, welches die Schwierigkeiten bei der Umwandlung schwebender Bauschulden in konsolidierte Darlehen für Ruf und Vermögen der Unternehmer herbeiführen könne. In dem Bericht für 1901 wird nachdrücklich darauf hingewiesen daß die schwierige Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse sich wesentlich verschlimmert und insbesondere auf den Immobilienverkehr bei der allgemeinen Entmutigung und Unternehmungsunlust lähmend eingewirkt habe. Infolge der

allgemeinen Depression trat auch bei der Immobiliengesellschaft eine fühlbare Stockung im Verkauf ein, und auch im Jahre 1902 wurde der Terrainmarkt von der ungünstigen Wirtschaftslage beeinflußt.

Der Einfluß der Krisis auf den Münchener Immobilienmarkt ist in Süddeutschland besonders beachtet, unzweifelhaft auch wohl mehrfach überschätzt worden. Daß durch die Krisis München mehr als andere Städte beeinflußt wurde, ist zweifellos. Im einzelnen äußerte sich der Einfluß auch darin, daß Objekte, die früher nicht erhältlich waren, verkäuflich wurden. Die Eigentümer, die früher hartnäckig an hohen Preisen festgehalten hatten, wurden nachgiebig, und es entstand bei ihnen der Zweifel, ob die hohen Preise, die sie erhofft hatten, auch wirklich erhältlich sein und insbesondere, ob die Geschäfte sich rasch abwickeln würden. Die Terraingesellschaften selbst ließen von den Preisen wenig ab und hielten mit dem Verkauf zurück. Der Einfluß der Krisis äußerte sich ferner darin, daß wenige Verkäufe stattfanden, und daß der Immobilienumsatz sich wesentlich in der prekären Form des Tausches bewegte.

Anlage I.

Dividenden der Münchner Terrain-Aktiengesellschaften.

Name	Jahr	%
Terraingesellschaft Neu-Westend . .	1900/01—1901/02	0, 0
Heilmannsche Immobiliengesellschaft .	1897—1901	0, 0, 6 p. r. t., 10, 10
Bayrische Terrain-Aktiengesellschaft .	1897/98—1901/02	10, 10, 10, 5, 5
Terraingesellschaft Herzogspark . . .	1900/01—1901/02	0, 0
Prinzregentenplatz-Aktiengesellschaft .	1900/01—1901/02	0, 4
Terrain-Aktiengesellschaft Nordost . .	1900—1901	0, 0
Terraingesellschaft Gräfelfing[1] . . .		0
Petuelsche Terrainges., Riesenfeld . .	1900/01—1901/02	0, 0
Münchner Allg. Terraingesellschaft .	1897—1901	0, 0, 0, 0
Terrain- u. Baugesf. München-Ost. .	1899/1900—1900/01	0, 0
Terraingesellschaft München-Schwabing	1900—1901	0, 0
Terraingesf. München-Friedenheim . .	1898/99—1901/02	0
Terrain-Aktiengesellschaft Bavaria .		0
Gautinger Immobiliengesellschaft . .		—
Münchner Terraingesellschaft Ostend .	1898/99—1901/02	0
Immobilien- und Baugesf. München :	1898/99—1901/02	6, 7, 5, 0
Bayrische Immobiliengesellschaft A.-G.	1885/86—1901/02	0, 0, 0, 0, 0, 0, 2, 2, 0 2, 2, 0, 0, 2, 0, 0, 0
Aktienziegelei	1886—1901	5, 6, 7, 6, 6, $4^1/_{25}$, 6, $6^2/_3$, 7, 8,89, 10, 12, 12, 15, 12, 7

Anlage

Aktiengesellschaften der Immobilien-

Firma	Gründung	Anfangskapital Mk.
1. Terraingesellschaft Neu-Westend	7. 3. 1900	5 000 000
2. Heilmannsche Immobiliengesellschaft . . .	16. 3. 1897	3 000 000
3. Bayrische Terrain-Aktiengesellschaft . . .	24. 7. 1897	6 000 000
4. Terraingesellschaft Herzogpark	28. 4. 1900	2 000 000
5. Prinzregentenplatz-Aktiengesellschaft . . .	14. 4. 1900	3 000 000
6. Terrain-Aktiengesellschaft Nordost	14. 3. 1900	3 000 000
7. Terraingesellschaft Gräfelfing	27. 12. 1901	N. 3 000 000
8. Petuelsche Terraingesellschaft M.-Riesenfeld .	4. 5. 1900	2 900 000
9. Münchner Allgemeine Terraingesellschaft .	23. 8. 1897	N. 1 600 000
10. Terrain- und Baugesellschaft M.-Ost . . .	16. 9. 1899	500 000
11. Terraingesellschaft München-Schwabing . .	26. 4. 1900	1 200 000
12. Terraingesellschaft München-Friedenheim. .	26. 4. 1898	1 000 000
13. Terrain-Aktiengesellschaft Bavaria	24. 3. 1902	100 000
14. Gautinger Immobiliengesellschaft	29. 4. 1902	600 000
15. Münchner Terraingesellschaft Ostend . . .	2. 8. 1898	600 000
16. Immobilien- und Baugesellschaft München .	3. 5. 1898	500 000
17. Bayrische Immobiliengesellschaft A.-G. . .		1 000 000
18. Aktienziegelei		1 080 000

II.

branche in München.

Aktienkapital zur Zeit	Besitz		Besitz in München	
	Anfangs	zur Zeit		
Mk.	Tagwerk		Tagwerk	
14 250 000	154,88 (527 718 qm)	415,02 (1 414 085 qm)	235,91 Laim (803 809 qm)	1.
6 270 000	157,30 (535 964 qm)	2117,27 (7 214 111 qm)	363,42 (1 238 270 qm)	2.
6 000 000	79,— (269 174 qm)	62,06 (211 455 qm)	62,06 Bogenhausen (211 455 qm)	3.
5 500 000	478,— (1 628 675 qm)	478,92 (1 631 810 qm)	287,11 Schwabing (978 261 qm) 197,34 Bogenhausen (672 391 qm) 89,77 Nymphenburg (305 891 qm)	4.
3 000 000	19,50 (66 442 qm)	170,49 (580 905 qm)	151,15 Harlaching (515 008 qm) 12,28 Prinzregentenplatz (41 841 qm) 7,06 Forstenriederstraße (24 055 qm)	5.
3 000 000	310,— (1 056 254 qm)	310,— (1 056 254 qm)	Schwabing, Bogenhausen	6.
N. 3 000 000 Einbez. 750 000	362,41 (1 234 829 qm)	340,59 (1 160 482 qm)		7.
2 900 000	207,36 (706 532 qm)	156,97 (534 839 qm)		8.
N. 1 600 000 Einbez. 400 000	167,— (569 014 qm)	167,— (569 014 qm)	Giesing	9.
1 850 000	144,52 (492 419 qm)	1277,22 (4 351 883 qm)		10.
1 200 000	28,081 (95 680 qm)	29,631 (100 961 qm)	M.-Schwabing	11.
1 000 000	71,271 (242 840 qm)	65,27 (222 393 qm)	M.-Laim	12.
1 000 000				13.
600 000	ca. 300,— (1 022 181 qm)	ca. 300,— (1 022 181 qm)		14.
600 000	440,— (1 499 199 qm)	396,— (1 349 279 qm)		15.
1 500 000		20,06 (68 350 qm)	20,06 (68 350 qm)	16.
1 000 000	1119,43 (3 814 200 qm)	2055,83 (7 004 768 qm)	2 Häuser	17.
1 080 000			I. Steinhausen II. Bogenhausen III. Zamdorf	18.

Firma	Besitz außerhalb des Burgfriedens Tagwerk
1. Terraingesellschaft Neu-Westend	105,26 Pasing (356 649 qm) 73,85 Ober-Menzing (251 627 qm)
2. Heilmannsche Immobiliengesellschaft . . .	1 181,95 a. Burgfrieden (4 027 223 qm) 571,90 außerhalb M. (1 948 618 qm)
3. Bayrische Terrain-Aktiengesellschaft . . .	
4. Terraingesellschaft Herzogpark	191,81 Oberföhring (653 548 qm)
5. Prinzregentenplatz-Aktiengesellschaft . . .	
6. Terrain-Aktiengesellschaft Nordost	Neufreimann
7. Terraingesellschaft Gräfelfing	340,59 Gräfelfing (1 160 482 qm)
8. Petuelsche Terraingesellschaft M.-Riesenfeld.	156,97 { Milbertshofen Riesenfeld } (534 839 qm)
9. Münchner Allgemeine Terraingesellschaft .	
10. Terrain- und Baugesellschaft M.-Ost . . .	1 277,22 { Sololinden Haar } (4 531 833 qm)
11. Terraingesellschaft München-Schwabing . .	
12. Terraingesellschaft München-Friedenheim. .	
13. Terrain-Aktiengesellschaft Bavaria	
14. Gautinger Immobiliengesellschaft	ca. 300,— Gauting (1 022 181 qm)
15. Münchner Terraingesellschaft Ostend . . .	bei Eglfing
16. Immobilien- und Baugesellschaft München .	
17. Bayrische Immobiliengesellschaft A.-G. . .	15 Landanwesen
18. Aktienziegelei	Föhrung

Aktiva der letzten Bilanz Mk.	Passiva der letzten Bilanz Mk.	Reservefonds Mk.	
Grdst. 14 702 556,— Akt.-Hyp. 804 722,—	Hyp. 653 552	465 837 Gew.-Vortr. 698 772	1.
Grdst. 11 503 659,62 Akt.-Hyp. 4 601 311,—	Hyp. 5 280 745	Ref. 1 689 600 Gew.-Vortr. 3 166 500	2.
Grdst. 6 201 835,— Akt.-Hyp. 2 936 943,—	Hyp. 2 767 099	Ref. 199 933 Gew.-Vortr. 415 500	3.
Grdst. 6 435 382,—	Hyp. 711 792	Verl.-Vortr. 13 206	4.
Grdst. 3 899 909,— W. u. Eff. 627 000,— Hyp. 87 950,—	Hyp. 953 300	Ref. 134 000 Gew.-Vortr. 433 867	5.
Grdst. 3 173 430,—	Kredit. 210 370	Verl.-Vortr. 31 888	6.
Grdst. 3 041 319,— Akt.-Hyp. 19 046,—	Hyp. 2 350 569	Verl.-Vortr. 94 538	7.
Grdst. 2 850 239,— Hyp. 11 000,—		Gew.-Vortr. 45 096	8.
Grdst. 1 072 943,—	Hyp. 750 000	Verl.-Vortr. 129 200	9.
Grdst. 2 258 621,— Hyp. 2 500,—	Hyp. 755 795	Verl.-Vortr. 146 629	10.
Grdst. 1 814 802,—	Hyp. 717 671	Verl.-Vortr. 80 825	11.
Grdst. 1 078 264,— Hyp. 150 000,—	Hyp. 105 200	Ref. 67 344 Gew.-Vortr. 10 486	12.
			13.
durchschnittl. Mk. 1 800,— pro Tagw. Buchpreis			14.
Grdst. 322 033,— Hyp. 40 000,—	Hyp. 49 000	Ref. 3 900 Gew.-Vortr. 80 618	15.
Grdst. 1 824 443,— Häuser 1 743 448,— Hyp. 1 667 871,—	Terr.-Hyp. 1 202 400 Haus-Hyp. 1 114 006 Oblig. 500 000 Kredit. 898 404	Ref. 445 405 Gew.-Vortr. 24 851	16.
Güterverwaltung			17.
Grdst. I. II. III. 355 400,— Föhring	Hyp. Föhring 488 294	Ref. 935 000 Gew.-Vortr. 62 945	18.

Gesellschaften mit beschränkter H[illegible]

Firma	Gründung	Anfangskapital Mk.	Derzeitiges Kapital Mk.	Besitz anfangs	Besitz [illegible]
1. Immobil.-Societät m. b. H.	8. 1. 97	1 270 000	1 200 000	5,856 ha (58 560 qm)	
2. Terr.-Ges. München m. b. H.	24. 9. 99	1 000 000	1 000 000		
3. Werdenfelser Terrain-Ges. m. b. H.	1. 12. 97	650 000	650 000	144,65 Tgw. (492 862 qm)	[illegible]
4. Immobilien-Ges. München-Ostbahnhof m. b. H. . . .	20. 10. 99	500 000	500 000		
5. Terr.-Ges. Neues Westendviertel m. b. H.	30. 12. 99	500 000	500 000		
6. Bauges. f. Familienhäuser u. Villen, Heimatstättenges. m. b. H..	2. 6. 00	500 000	Eingez. 375 000	168 155 qm	[illegible]
7. Terrain-Ges. Sendlinger-Oberfeld m. b. H.	7. 11. 00	300 000	Eingez. 180 000	8,551 ha (85 510 qm)	8,551 [illegible]
8. München-Pasinger Terr.-Ges. m. b. H..	5. 2. 95	250 000	250 000		
9. Immobilien-Ges. Allach m. b. H..	17. 6. 02	20 000	20 000	120 Tgw. (408 872 qm)	114 [illegible]
10. Terr.-Ges. München-Zamdorf m. b. H.	30. 4. 02	40 000	40 000		

II.

[d]er Immobilienbranche in München.

Besitz		Aktiva	Passiva	
in München	außerhalb Münchens			
	in Partenkirchen-Garmisch			
	in Laim westl. der Fürstenstraße			
	in Planegg			
in Sendl.-Oberfeld				
	in Allach			mehr Genossenschaft zur gemeinschaftl. Verwertung d. Terrains durch Schaffung von Industriegeleisen.
	in Zamdorf			zur Anlage einer Trabrennbahn bestimmt.

Die Katastrophe des Rheinaukonzerns in Mannheim.

Von

Dr. Felix Hecht.

Im Herbst 1902 ist über den sogenannten Rheinaukonzern eine Katastrophe hereingebrochen, die um so größeres Aufsehen erregte, als bis dahin die Stadt Mannheim sich rühmen konnte, daß trotz ihres rapiden Wachstums die in ihr domizilierten industriellen und Handelsunternehmungen von den Störungen im deutschen Wirtschaftsleben zwar indirekt, aber nicht direkt betroffen waren.

Die industriellen Niederlassungen der Stadt Mannheim haben sich naturgemäß in unmittelbarer Nähe des Rheins und der Bahn etabliert. Das Gebiet der Rheinau liegt einerseits an der Bahnlinie von Mannheim nach Schwetzingen (Reintalbahn), anderseits am Rheinstrom und den in den letzten Jahren neu angelegten Binnenhäfen, in einer Entfernung von Mannheim von ca. 4 km, dicht anschließend an den Vorort Mannheim-Rheinau in südwestlicher Richtung von Mannheim aus.

Der Rheinaukonzern im engeren Sinn umfaßte vier Gesellschaften, die das gemeinschaftlich haben, daß sie sämtlich Gesellschaften m. b. H. und sämtlich Immobiliengesellschaften sind: die Rheinau (als Muttergesellschaft), die Betriebsgesellschaft für den Rheinauhafen, die Neue Immobiliengesellschaft und die Gesellschaft Sporrwörth. Die Betriebsgesellschaft war allerdings erst in zweiter Reihe Immobiliengesellschaft. Sie war es insofern, als sie Terrain zu ihrem Bahnbetriebe und für die künftige Entwicklung des Bahnbetriebs sowie für das Elektrizitätswerk benötigte. Aber diese Schranke wurde nicht eingehalten, und ihr Terrain war größer als der für die genannten Zwecke erforderliche Bedarf.

Die Rheinau wurde 1895 mit einem voll einbezahlten Kapital

von 1 000 000 Mark gegründet, das später auf 1½ Millionen Mark erhöht worden ist. Bis 15. September 1902 hatte die Gesellschaft einen Gesamtliegenschaftsbesitz von 4 372 753 qm erworben. Hiervon hat sie an die Betriebsgesellschaft für den Rheinauhafen auf Gemarkung Neckarau 286 500 qm, auf Gemarkung Seckenheim 113 500 qm, an die Neue Immobiliengesellschaft auf Gemarkung Seckenheim 4450 qm, an die Terraingesellschaft Sporrwörth 783 065 qm verkauft. Es verblieben ihr per 16. September 1902 einschließlich eines noch nicht als protokolliert aufgeführten Komplexes von 134 047 qm: 2 918 267 qm. (Wie sich dieses Terrain auf nutzbares Land, auf nicht nutzbares Land, Geleiseflächen, Wasserflächen usw. verteilt, ist hier nicht von Erheblichkeit.)

Die Betriebsgesellschaft für den Rheinauhafen ist am 17. Mai 1897 errichtet worden mit einem Kapital von ursprünglich 600 000 Mark, das später auf 1 200 000 Mark erhöht worden ist. Unter den Gründern befand sich die Rheinau mit einer Beteiligung von 200 000 Mark. Bei dem Eintritt der Katastrophe befanden sich aber sämtliche Anteile nach mehrfachen Schicksalen im Besitz der Rheinau. Der Gesellschaft oblag die Besorgung des gesamten Verkehrs im Rheinauhafen. Der Schiffsverkehr in dem im Sommer 1897 eröffneten Rheinauhafen belief sich:

1897	auf	35	Schiffe	mit	17 089 Tons
1898	„	925	„	„	109 390 „
1899	„	2404	„	„	388 621 „
1900	„	3408	„	„	557 085 „

Die Anzahl der von der Betriebsgesellschaft für den Rheinauhafen rangierten Waggons betrug

1898:	16 575	Waggons
1899:	39 825	„
1900:	57 385	„

Die Betriebsgesellschaft war auch Eigentümerin des Rheinauer Elektrizitätswerks. (S. Prospekt über 6 Millionen 5 %iger Schuldverschreibungen von 1901 vom 14. Februar 1901.)

Die Neue Immobiliengesellschaft entstand 1899 mit einem Kapital von 1 000 000 Mark, wovon 50 % einbezahlt wurden. Bei der Gründung der Neuen Immobiliengesellschaft trat die Rheinau nicht hervor, aber bei dem Eintritt der Katastrophe bestand die Tatsache, daß von den 1000 Geschäftsanteilen der Immobiliengesellschaft 955 Geschäftsanteile in der Hand des leitenden Direktors sich vereinigten,

während 45 Anteile zwei anderen Beteiligten gehörten. Dieser leitende Direktor selbst schuldete seinerseits der Rheinau 850 000 Mark, der Immobiliengesellschaft ca. 270 000 Mark.

Die Gesellschaft Sporrwörth war 1897 neu gegründet worden mit einem Kapital von 400 000 Mark, das später um 400 000 Mark erhöht worden ist. Von diesen letzten 400 000 Mark sind 200 000 Mark noch nicht einbezahlt.

Die Rheinau hat 2 500 000 Mark Obligationen begeben, welche durch die Oberrheinische Bank garantiert sind — eine hypothekarische Sicherstellung hat nicht stattgefunden —, und ferner 1 013 000 Mark (den Teil einer Anleihe von 6 000 000 Mark, die weiteren 4 987 000 Mark sind nicht mehr verkauft worden). Diese letzteren Obligationen sind nicht garantiert und nicht hypothekarisch eingetragen, aber mit Gewinnanteilscheinen versehen. Die ersten Zeichner der Anleihe erhielten auf je 10 000 Mark Schuldverschreibungen einen Gewinnanteilschein. Die 600 Gewinnanteilscheine sollten zum Bezug von 10 % des Reingewinns bei Liquidation der Gesellschaft berechtigt sein. Der Gewinnanteil sollte in keinem Fall 600 000 Mark übersteigen, so daß auf einen Gewinnanteilschein nicht mehr als 1000 Mark entfallen konnten. Unter Reingewinn wurde derjenige Betrag begriffen, der über das einbezahlte Stammkapital hinaus verblieb unter Annahme einer durchschnittlichen 8 %igen Verzinsung desselben vom 1. Januar 1900 ab.

„Haben die Gesellschafter der Rheinau in dieser Zeit bis zur Ausschüttung des Liquidationsergebnisses mehr oder weniger Dividende erhalten als 8 % p. a., so wird der Differenzbetrag bei Feststellung des Reingewinns in Rechnung gezogen." „Gegen Rückgabe eines Gewinnanteilscheins wird sonach bei der Beendigung der Liquidation der Rheinau 1:600 des wie oben berechneten Gewinnanteils an die darauf bezeichnete Person oder Firma bezw. deren Order . . . bar ausbezahlt." Die Gewinnanteilscheine waren übertragbar. Die Sicherstellung der Zinsen der Anleihe sollte in der Weise erfolgen, daß aus dem Überschuß bei Geländeverkäufen über den Buchwert eine Zinsenreserve gebildet werde, die so lange zu dotieren sei, bis dieselbe die Höhe des Zinsaufwands für die Anleihe erreicht hat. Eingehende Beträge aus Geländeverkäufen sollten bis zur Höhe des Buchwerts zur Rückzahlung der Anleihe verwendet werden.

Die Obligationenemissionen der Rheinau tragen also eine zweifache Besonderheit: die erste Emission dadurch, daß die Garantie einer Bank

hinzugetreten ist, was nur ganz ausnahmsweise in Deutschland bei Emissionen derartig qualifizierter Obligationen vorkommt, die zweite Emission dadurch, daß die Obligationen mit Gewinnanteilen ausgestattet waren, offenbar, um einen besonderen Anreiz auszuüben, denn die emittierende Gesellschaft Rheinau glaubte diese Emission von 6 Millionen Mark durchführen zu können, trotzdem ihr Kapital nur 1½ Millionen Mark betrug. Die Oberrheinische Bank hatte für ihre Garantie eine Sicherstellung durch Verpfändung von Restkaufschillingen und sonstigen Hypothekenforderungen der Rheinau. Auch hat sie durchaus korrekt diese Eventualverbindlichkeit in der Bilanz per Ende 1901 namhaft gemacht.

Bemerkenswert ist, daß die Rheinau den Prospekt der 6 Millionenanleihe unterzeichnet und ihrerseits auch den Vertrieb der Schuldverschreibungen besorgt hat. Der leitende Direktor hat vielfach die Finanzoperation des Konzerns persönlich selbständig durchgeführt.

Die Betriebsgesellschaft für den Reinauhafen hatte ihm Jahre 1900 eine Anleihe von 1 Million Mark aufgenommen à 5%, sichergestellt auf das ihr gehörige Elektrizitätswerk, und eine weitere Anleihe von 1 Million Mark à 4½%, sichergestellt durch einen Lagerplatz, der dem Kohlensyndikat verpachtet ist. Die 5%ige Anleihe war rückzahlbar zu 102% und unkündbar bis 1910, vom 1. Januar 1910 aber rückzahlbar in 25 Jahren.

Die Neue Immobiliengesellschaft hatte eine Obligationenanleihe von 1 Million Mark, für welche die Rheinau die Garantie übernahm. Die Rheinau sollte sich ihrerseits Hypotheken verpfänden lassen, aber das ist nicht geschehen, sondern es wurde das durch eine Gutschrift erledigt. Man erachtete dies für genügend, weil die Rheinau an die Immobiliengesellschaft ca. 1 Million Mark schuldete. Indessen trat eine Verschiebung in diesem Verhältnis ein, weil die Immobiliengesellschaft wieder Geld brauchte und ihr ein Teil gutgebracht wurde. Infolgedessen schuldete die Rheinau, als die Katastrophe hereinbrach, der Immobiliengesellschaft ca. 600 000 Mark, während die Immobiliengesellschaft die Obligationen im Betrage von 1 Million Mark einlösen mußte. Die Obligationenanleihe von 1 Million Mark vom 1. Oktober 1900 war 6%ig, rückzahlbar zu pari am 2. Januar 1908, vorgesehen war eine frühere Rückzahlung der Schuldverschreibungen mit sechsmonatlicher Kündigung.

Die Gesellschaft Sporrwörth hatte keine Anleihe.

Die Rheinau hatte zur Zeit der Katastrophe Passiva im Betrage

von ca. 16 Millionen Mark, nämlich das Kapital von 1½ Millionen Mark und ca. 14 Millionen Mark Kreditoren, die Passiva bei der Betriebsgesellschaft betrugen an Kapital 1 200 000 Mark und weiter 1 200 000 Mark. Bei der Neuen Immobiliengesellschaft betrugen die Passiva, abgesehen von dem eingezahlten Kapital von 500 000 Mark, 45 000 Mark (Kreditoren) und 1 Million Mark Anleihe. Dazu kommt Sporrwörth. Es war also eine immerhin nicht unerhebliche Vermögensmasse, die notleidend wurde und zu einem nicht geringen Teil auch tatsächlich uneinbringlich war.

Der Rheinaukonzern umfaßte aber des weiteren die Aktiengesellschaft für chemische Industrie Rheinau-Mannheim, sie hatte ein Aktienkapital von 2 500 000 Mark und ca 4 Millionen Mark Kreditoren; ferner die Aktiengesellschaft Stahlwerk Mannheim mit einem Aktienkapital von 1 200 000 Mark, mit einem Obligationenkapital von 1 200 000 Mark und ca. 800 000 Mark Kreditoren, sowie endlich die Mannheim-Rheinauer Transportgesellschaft mit einem Kapital von 7 000 000 Mark, das sich später um 2 400 000 Mark verringert hat. Diese 2 400 000 Mark wurden von der Transportgesellschaft wieder zurückgekauft, wie das unten sich des Näheren ergibt.

Die älteste Rheinaugesellschaft ist die Aktiengesellschaft für chemische Industrie gewesen, gegründet im Jahre 1886. Sie stand 1889 vor einer Katastrophe, die überwunden worden ist. Auf der Fabrik ruhte eine Obligationenanleihe von 1 000 000 Mark, auf den Namen der Oberrheinischen Bank, aber ohne deren Garantie emittiert. Nach der Katastrophe von 1889 ist in die Direktion der Gesellschaft derjenige Mann eingetreten, der Schöpfer aller obengenannten Unternehmungen wurde. Am Schluß des ersten Geschäftsjahres der Aktiengesellschaft für chemische Industrie war trotz der stattgehabten Rekonstruktion wieder ein Defizit vorhanden. Dieses Defizit wurde nicht bekannt gegeben, und der neue Direktor zahlte Dividende, indem er sein eigenes Konto in Höhe dieser Dividende bei der Gesellschaft belasten ließ. Allmählich ist er Schuldner dieser Gesellschaft geworden bis zum Betrag von 2 500 000 Mark.

Nur durch eine große und glücklich durchgeführte Konzeption konnte Wandel geschaffen werden. Die Konzeption lag auf dem Gebiet der Immobilienspekulation.

Als Gegenstand (Zweck) des Rheinauunternehmens wurde in den Statuten vom 5. August 1895 angegeben: Erwerb und industrielle Verwertung von Geländen, Ankauf und Betrieb von Ziegeleien,

Erbauung von Kanal-, Hafen- und Bahnanlagen und Beteiligung an industriellen Unternehmungen aller Art. Die Tätigkeit der Gesellschaft wurde aber lokal begrenzt auf Rheinau und dessen Umgebung.

Dieser hier schon ausgesprochene Gesellschaftszweck ist aber später nicht durch die eine Gesellschaft, Rheinau, zur Ausführung gebracht worden, sondern durch die oben genannte Mehrheit von Gesellschaften. Wie das psychologisch zu ergründen und zu begründen ist kann an dieser Stelle nicht dargelegt werden.

Äußerlich am nächsten standen der Rheinau die Neue Immobiliengesellschaft und Sporrwörth. Während die Rheinau vorzugsweise dem Erwerb und der industriellen Verwertung von Gelände sich widmete, hatte die Neue Immobiliengesellschaft gemäß den Statuten, § 2, den Zweck des Erwerbs und der Verwertung von Grundstücken, der Erbauung von Wohnhäusern zum Zweck der Vermietung und Weiterveräußerung, sowie der Beleihung von Immobilien. Der Immobiliengesellschaft Sporrwörth wurden Parzellen zugewiesen, die keinen geschlossenen Komplex bildeten. Es waren zerstreute Parzellen, die man als solche schwer hätte veräußern können. Für sie schuf man einen Abnehmer. Man bezweckte durch beide Gesellschaften vielleicht auch eine Preisbildung für die Terrains der Rheinau, eine Steigerung der Rheinau-Terrainwerte.

Diesem Zweck diente insbesondere auch die Betriebsgesellschaft für den Rheinauhafen. „Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme des gesamten Betriebs im Rheinauhafen und die Verwertung des der Gesellschaft gehörenden Terrains.“ (§ 3 der Statuten.) Die Betriebsgesellschaft sollte den Industrien, die sich im Rheinaugebiet niederließen oder niederlassen würden, ermöglichen, daß sie ihre Industrieprodukte befördern konnten, Licht und Kraft sollte ihnen das ihr gehörige Elektrizitätswerk besorgen. Auch durch Errichtung der Betriebsgesellschaft bekam die Rheinau Gelegenheit, größere Posten von Gelände abzustoßen. Indem man Plätze verkaufte, erhielt man statt der Terrains Forderungen. Auf Grund dieser Forderungen konnte man sich Geld beschaffen. Indem man eine größere Anzahl von Rechtssubjekten herstellte, erhielt man die Möglichkeit, größere Obligationenmassen zu emittieren.

In der Tat gelang es, eine Reihe von Fabrikniederlassungen im Rheinauterrain ins Leben zu rufen. Die in rascher Folge stattgehabte Entstehung neuer Niederlassungen am Rheinauhafen wirkte zum Teil blendend. Im Februar 1901 hatten bereits 34 Firmen (19 indu-

strielle Etablissements und 15 Lagerplätze) auf dem Rheinaugebiet sich angesiedelt: das Stahlwerk, die Zündholzfabrik, eine Niederlassung der Sunlightfabrik, die Holzbearbeitungsindustrie, die Isolation, eine Asbestfabrik, eine Azetylenfabrik, auch wurde für die verschiedensten Artikel eine ganze Reihe von Lagerplätzen geschaffen, die von der Lage am Rhein profitierten, namentlich Kohlenlagerplätze. Der Verkehr steigerte sich auf dem Rheinauhafen sehr, aber gleichwohl war das Ergebnis nicht genügend, weil zu viel fremdes Kapital investiert war und die Konjunktur einen Rückschlag brachte. Den Niederlassungen waren tunlichst viele Konzessionen gemacht worden, auch hatte sich der leitende Direktor der vier Rheinaugesellschaften möglichst mit Kapital beteiligt, so in der Zündholzfabrik mit 200 000 Mark.

Diese persönliche Beteiligung des leitenden Direktors wurde mit dadurch veranlaßt, daß die Rheinau nach außen hin nicht zugeben wollte, daß sie beteiligt sei und daß die Rheinau die Valuta ihrer Plätze teilweise in Aktien erhielt. Deshalb geschah die Beteiligung auf den Namen der leitenden Persönlichkeit, die sich im entsprechenden Umfang die für die Beteiligung erforderliche Summe belasten ließ und dann, wenn die Rheinau Geld brauchte, Solawechsel gab.

Die Geldverlegenheit mag chronisch geworden sein und die Kombinationen der Geldbeschaffung mögen sich immer schwieriger gestaltet haben, namentlich brauchte die Betriebsgesellschaft, die das große Elektrizitätswerk baute, viel Geld.

Damals wurde die Mannheim-Rheinauer Transportgesellschaft gegründet. Nach den Statuten, § 2, ist der Zweck des Unternehmens „der Betrieb des Speditions-, Lagerhaus- und Schiffahrtsgeschäfts mit eigenen oder fremden Transportmitteln, sowie der Betrieb verwandter Geschäfte." Sie wurde als Aktiengesellschaft gegründet, zunächst mit einem Kapital von 2 000 000 Mark. Durch diese neue Gesellschaft wurde die Betriebsgesellschaft um den Betrag von 1 200 000 Mark gekauft. Den Rest von 800 000 Mark, sowie den ihr zur Verfügung stehenden Kredit verwendete die neue Gesellschaft dazu, der Betriebsgesellschaft ihrerseits Kredit zu gewähren, die dessen dringend bedurfte. Aber auch auf diesem Weg kam man auf die Dauer nicht weiter voran.

Die Betriebsgesellschaft besaß ihrerseits einige Speditionsfirmen, die auf die Mannheim-Rheinauer Transportgesellschaft übergegangen sind. An den tatsächlichen Besitz dieser Speditionsfirmen knüpfte sich die Konzeption und der Versuch der Bildung einer Trustgesellschaft für Schiffahrtsgesellschaften. Es sollten große Schiffahrtsgesellschaften

ein Interesse an dem Hafen bekommen und der Verkehr sollte dorthin gedrängt werden. Man erhöhte das Kapital der Mannheim-Rheinauer Transportgesellschaft um 5 000 000 Mark. Die Erhöhung erfolgte, um die Aktien gewisser Schiffahrtsgesellschaften zu erwerben; ausersehen waren die Aktien der Mannheimer Lagerhausgesellschaft und der Mannheimer Dampf-Schleppschiffahrtsgesellschaft.

Die Erhöhung des Aktienkapitals geschah unter Mitwirkung der Oberrheinischen Bank. Die Bank übernahm die Verpflichtung, den Aktionären der Mannheimer Lagerhausgesellschaft und der Dampf-Schleppschiffahrtsgesellschaft die Aktien der Mannheim-Rheinauer Transportgesellschaft zum Umtausch anzubieten. Die Transportgesellschaft übernahm ihrerseits die Verpflichtung, die Aktien, welche die Oberrheinische Bank erwarb, der Bank abzukaufen. Die Operation gelang nicht vollständig. Von den 5 Millionen Mark neuer Aktien der Mannheim-Rheinauer Transportgesellschaft wurden nur ca. 2 600 000 Mark getauscht, während die restlichen 2 400 000 Mark im Besitz der Oberrheinischen Bank blieben und diese Aktien hat die Transportgesellschaft zurückerworben. (Die Lagerhausaktien waren zum größten Teil umgetauscht worden, aber nicht die Aktien der Dampf-Schleppschiffahrtsgesellschaft. Die Aktionäre der letzgenannten Gesellschaft sträubten sich gegen den Umtausch, und die Oberrheinische Bank kam nur in den Besitz von ca. 600 Aktien der Dampf-Schleppschiffahrtsgesellschaft. Damit war aber die Idee der Trustbildung gescheitert.)

Nun entkleidete sich die Transportgesellschaft ihrer Eigenschaft als mittelbare Speditionsfirma. Was sie als Transportgesellschaft war, trat sie an die Lagerhausgesellschaft ab (dafür gewann sie eine Forderung an diese). Die Anteile der Betriebsgesellschaft aber stieß sie an die Rheinau ab zum Kurs von 142 %. Die Rheinau hatte, als sie die Betriebsgesellschaft übernahm, auch den Kredit übernommen, den die Transportgesellschaft der Betriebsgesellschaft gewährt hatte. Die Rheinau wurde Schuldnerin der Transportgesellschaft, die Betriebsgesellschaft schuldete den entsprechenden Betrag der Rheinau. Die Rheinau schuldete der Transportgesellschaft einmal das Entgelt für die Betriebsgesellschaftsanteile mit 1 700 000 Mark, sodann den Kredit, den die Transportgesellschaft der Betriebsgesellschaft gewährt hatte, mit ca. 1 400 000 Mark. Sie schuldete also durch die Übernahme der Betriebsgesellschaft an die Transportgesellschaft rund 1 000 000 Mark.

Diese Schuld wurde damit beglichen, daß die Rheinau 1 700 000 Mark in bar bezahlte. Die Mittel zur Zahlung verschaffte sich die Rheinau

dadurch, daß sie die Betriebsgesellschaftsanteile verpfändete. Die Anteile der Betriebsgesellschaft waren zu 142 % übernommen worden, während man sie seinerzeit zu pari an die Transportgesellschaft abgegeben hatte. Nach dieser Barzahlung der Rheinau an die Transportgesellschaft verblieb noch die oben erwähnte Schuld von ca. 1 400 000 Mark. Diese Schuld wuchs mit den Zinsen auf 1 800 000 Mark. Nun hatte aber die Betriebsgesellschaft ihrerseits an die Rheinau ca. 800 000 Mark zu zahlen, nämlich die Kreditsumme, welche sie bei der Mannheim-Rheinauer Transportgesellschaft in Anspruch genommen hatte. Diese 800 000 Mark wurden von der Rheinau der Transportgesellschaft überwiesen, und die Rheinau blieb Schuldnerin der Transportgesellschaft mit ca. 1 000 000 Mark, während die Betriebsgesellschaft Schuldnerin der Transportgesellschaft wurde mit ca. 800 000 Mark.

Das oben erwähnte Stahlwerk stand mit dem Rheinaukonzern im engsten Zusammenhang. Es bot ebenfalls eine günstige Gelegenheit zur Verwertung von Terrains. Die Baukosten des Stahlwerks waren zu niedrig veranschlagt, das Werk kam in Kreditnot und wurde durch die Rheinau finanziell unterstützt, was aber wiederum die Schwierigkeiten der Geldbeschaffung für die Rheinau selbst vergrößerte. Noch bevor das Stahlwerk fertig gebaut war, kaufte es viel Rohmaterial an. In der Zeit der Hochkonjunktur glaubte man den Bedarf an Rohmaterial auf Jahre hinaus decken zu müssen. Der Niedergang der Konjunktur war schon da, als das Stahlwerk in Betrieb kam. In seiner Geldnot verkaufte es zu schlechten Preisen, es fabrizierte mehr Blöcke als man zu normalen Preisen absetzen konnte, nicht überwiegend Façonguß, der vielfach in Süddeutschland gebraucht wird. Zur Fabrikation von Façonguß ist Schrott nötig und Roheisen. Für Schrott ist Mannheim ein Sammelpunkt. Dieses Rohprodukt ist an Ort und Stelle.

An den finanziellen Operationen des Rheinaukonzerns hat das Stahlwerk mitgewirkt, und bei dem Ausbruch der Katastrophe wurde es sehr stark betroffen.

Die wohl auch aus inneren Gründen unausbleibliche Katastrophe setzte bei einem Etablissement ein, nämlich bei der Aktiengesellschaft für chemische Industrie, bei der man sie am wenigsten vermuten konnte. Ein äußerer Anlaß zwang zur Decouvrierung der ganzen Sachlage, die selbst allen Nächststehenden bis dahin verborgen geblieben war. Ob und inwieweit Fälschungen von Bilanzen zur Verheimlichung der Sachlage bis dahin beigetragen haben, ist vermutlich Gegen-

stand der Untersuchung eines gegen den Direktor der Aktiengesellschaft für chemische Industrie, des leitenden Kopfes des Rheinaukonzerns, schwebenden Kriminalverfahrens.

Soweit die Bilanzmethoden beispielsweise in einem vorliegenden Prospekt, betreffend die Ausgabe von 6000000 Mark Schuldverschreibungen von 1901, seitens der Rheinau dargestellt sind, läßt sich eine Unrichtigkeit der Bilanzmethoden nicht behaupten. Aber man kann selbstverständlich auch bei richtiger Bilanzmethode eine unrichtige Bilanz aufstellen. Anscheinend beziehen sich die unrichtigen Angaben insbesondere auf das Gewinn- und Verlustkonto. Man hat z. B. bei der Betriebsgesellschaft einen Gewinn herausgerechnet, der tatsächlich nicht erzielt war. Vielmehr hat die Rheinau der Betriebsgesellschaft einen Gewinn garantiert, und diesen aus einer Garantie resultierenden Gewinn hat man als effektiven Gewinn ohne nähere Mitteilung darüber, wie er entstanden ist, in die Bilanz aufgenommen. Die Tatsache, daß der Hafen nicht rentiere, wollte man wohl nicht zur allgemeinen Kenntnis bringen. Die Rheinau hatte ein großes Interesse, einen Gewinn des Rheinauhafens nachzuweisen. Wie es sich mit den Konten des leitenden Direktors verhalten hat, ist nicht von allgemeinem Interesse (aber selbstverständlich von großer Erheblichkeit im Kriminalverfahren).

Die tiefste Ursache der Katastrophe war die mangelhafte finanzielle Fundierung der Gesellschaften. Das eigene Betriebskapital stand nicht entfernt im richtigen Verhältnis zur Größe der Unternehmungen.

Verhängnisvoll war, daß die vier Immobiliengesellschaften tatsächlich durch eine einzige Persönlichkeit geleitet worden sind, und zwar wurde dieselbe für die Rheinau (Muttergesellschaft) statutarisch zum alleinigen Geschäftsführer ernannt. (Alte Statuten der Rheinau § 5.) Auch die Direktoren der anderen drei von dieser Persönlichkeit ins Leben gerufenen Unternehmungen sind statutarisch ernannt. Der Einfluß des geistigen Urhebers und Gründers war aber für diese vollkommen ausschlaggebend. Die Bestellung der Direktoren durch die Statuten mag deshalb von der leitenden Persönlichkeit gewählt worden sein, damit ein Wechsel in der Direktion erschwert war, denn jeder Wechsel in der Direktion setzte dann eine Statutenänderung voraus oder machte sie notwendig. Übrigens bestand mehrfache Personalunion in den Direktionen.

Die Form der G. m. b. H. gestattete es, ohne Aufsichtsrat, ohne Bilanzveröffentlichung zu wirtschaften, einen vollkommen unkontrollier-

baren Konzern herzustellen. Das wachsende Prestige des Mannes, bei dem die gesamte finanzielle Disposition sich konzentrierte, reichte aus, auch in den Aktiengesellschaften, die in den Konzern hereingezogen wurden, trotz Aufsichtsrat und Direktoren einen dominierenden Einfluß zu gewinnen, so daß man die Form der G. m. b. H. allein für die Geschehnisse nicht verantwortlich machen kann.

Die Grundgedanken der einzelnen Unternehmungen sind nicht so phantastisch, wie dies nachträglich vielfach behauptet worden ist. Der Gedanke einer Hafenanlage an der Stelle, wo dies geschehen ist, stammt nach glaubwürdigen Mitteilungen nicht einmal von dem geistigen Leiter des Konzerns, sondern soll bei Prüfung der Rheinkorrektionsfrage von ganz anderer Seite angeregt worden sein. War dieser Gedanke einmal aufgegriffen, so entstand die Neigung, ihn finanziell zu verwerten. Der Hafen selbst konnte bei den großen Kosten, die er verursachen mußte, eine Rentabilität nicht in Aussicht stellen. Es lag daher nahe, die nachbarlichen Terrains anzukaufen und den Wert des eigenen Terrains, das der Aktiengesellschaft für chemische Industrie gehörte, zu erhöhen.

Auch der Gedanke der Bildung eines Schiffahrtstrustes war keineswegs neu. Seit Jahrzehnten wird die Frage eines solchen Trustes ventiliert, um eine Hebung der schwer gedrückten Frachten in die Wege zu leiten und dadurch höhere Rentabilität für die Transportgesellschaften endlich zu erreichen. Dazu kam der selbstverständliche Wunsch, den durch einen solchen Trust gewonnenen Einfluß zur Steigerung des Verkehrs im Rheinauhafen zu benutzen.

Die mangelhafte finanzielle Fundierung war verbunden mit einer gewissen Maßlosigkeit der Spekulation, so daß selbst die statutarischen Grenzen überschritten worden sind. So kaufte man weitab von dem statutarisch angegebenen Wirksamkeitsgebiet einen Komplex von mehr als 1 Million qm (auf der Brühler Gemarkung). Von dem Taumel der Hochkonjunktur war übrigens das Publikum im gleichen Maße ergriffen, das beweisen die hohen Kurse, zu denen Stammanteile umgesetzt wurden.

Ebenso maßlos wie die Spekulation war der Optimismus, der vielen großen Unternehmern eigen ist. Man befand sich im Taumel der Hochkonjunktur, man ließ sich von der niedergehenden Konjunktur überraschen, dazu kam die Konkurrenz des städtischen Industriehafens. Die Gründung dieses städtischen Industriehafens zog eine Anzahl von Unternehmungen von der Rheinau ab. Wenn die Stadt den Rheinau-

hafen eingemeindet, so fällt die Kollision der Interessen zwischen Rheinauhafen und Industriehafen, und wenn der Staat den Betrieb des Rheinauhafens definitiv übernimmt — die provisorische Übernahme ist am 1. Mai 1903 erfolgt —, so gewinnt auch dadurch der Rheinauhafen ein Übergewicht. Der Rheinauhafen ist überdies an sich besser gelegen als der Industriehafen, er liegt höher, und die Frachtdifferenzen sind zu Gunsten des Rheinauhafens nicht ganz unerheblich.

Die Gründung einer Reihe von Tochtergesellschaften hätte sich organisatorisch rechtfertigen lassen, aber sie diente der Schaffung von Betriebsmitteln, die auf anderem Weg wohl nicht mehr beschaffbar gewesen wären.

Nach dem Eintritt der Katastrophe wurde mit größter Energie und Umsicht daran gearbeitet, die Katastrophe tunlichst in ihrem Umfang zu begrenzen und die pekuniären Schädigungen auf das geringste Maß zu beschränken. Das ist bis zu einem gewissen Grad wohl auch gelungen. Die Aktiengesellschaft für chemische Industrie geriet in Konkurs, ihr Hauptaktivum wurde dann an eine Privatfirma unter Bedingungen verkauft, die nach den Umständen acceptabel waren. Diese Bedingungen sind nur dadurch erreichbar gewesen, daß die Fabrik nicht einen Augenblick stillgestanden hat. Sofort nach dem Eintritt der Katastrophe hatte man, ohne auch nur die Beschlüsse einer Gläubigerversammlung abzuwarten, die geeignete Fürsorge eintreten lassen, ein nachahmenswertes Beispiel, das freilich mit erheblicher Verantwortlichkeit verbunden ist. Das Stahlwerk ist saniert worden in der Weise, daß sämtliche Gläubiger 35 % ihrer Forderungen in Aktien erhielten, die Obligationäre bekamen ca. 75 % in Aktien und verzichteten auf ihre Hypothek, 100 000 Mark erhielten die Aktionäre des Stahlwerks. Das Stahlwerk ist nach der Sanierung schuldenfrei. Es hat ein Aktienkapital von 1 200 000 Mark. Von den Obligationen mit 1 200 000 Mark und von den sonstigen Schulden mit ca. 800 000 Mark ist es befreit.

Von den vier Immobiliengesellschaften war schon vor der Katastrophe die Neue Immobiliengesellschaft in Liquidation getreten. Sie war zur Zeit, als sie in Liquidation trat, in durchaus gesunder Lage. Sie hatte seiner Zeit von der Rheinau Liegenschaften in einem ganz bestimmten Gebiet, dem sogenannten Stengelhof, für ihre Zwecke gekauft und sie hatte flott verkauft. Erst nachdem die Liquidation bereits beschlossen und in der Durchführung begriffen war, ist ihr Status

schlechter geworden. Ein sehr komplizierter Vertrag mit den Obligationären sichert derzeit die Durchführung der Liquidation.

Von den drei anderen Immobiliengesellschaften ist der Konkurs abgewendet und auch sie sind im Stadium der Liquidation, die sich gemäß der Natur der Objekte nur langsam vollziehen kann. Aber unzweifelhaft wird auf diesem Wege tunlichst viel gerettet. Dem Liquidationsstadium ist die Gewährung eines Moratoriums vorausgegangen. Die Gläubiger bestellten zur Ausarbeitung des Liquidationsvertrags einen Ausschuß, und dieser Ausschuß ist jetzt zum definitiven Liquidationsausschuß bestellt. Sporrwörth bot die geringsten Schwierigkeiten, weil hier nur zwei Gläubiger in Betracht kommen, die sich untereinander verständigen.

Kompliziert sind die Liquidationsverträge für die Rheinau und die Betriebsgesellschaft. Der Liquidationsausschuß ist ein eigenartiges Gebilde. Handelsgerichtlich ist er nicht eingetragen. Er ist wohl vergleichbar mit dem Gläubigerausschuß im Konkurs, aber er hat weitergehende Befugnisse, die aber nur durch die vertragsmäßige Zusage der Gesellschaft gehalten werden. Gewählt ist er von den Gläubigern. Die Gläubiger haben mit den Gesellschaften eine Vereinbarung getroffen, der zufolge die Gesellschaftsorgane den Weisungen des Ausschusses Folge leisten, widrigenfalls ist der Ausschuß befugt, bei der Gläubigerversammlung die sofortige Aufhebung des Vertrags zu beantragen. Bei den Abstimmungen innerhalb des Ausschusses entscheidet die Majorität. Nur ein Verkauf des Gesamtvermögens der Rheinau kann von dem Ausschuß nicht verlangt werden. In allen anderen Fällen hat der formell weiter bestehende Vorstand (die Geschäftsführer) den Weisungen des Ausschusses zu folgen.

Es entsteht nun die Frage, welche Lehren aus der Katastrophe des Rheinaukonzerns sich ergeben? Sie lassen sich aus dem Obigen nur teilweise ableiten, teilweise ergeben sie sich aus einer genauen Beobachtung von Vorgängen, die nach der Katastrophe und bei den erfolgreichen Bemühungen einer Vermeidung von Massenkonkursen sich ereigneten.

Prinzipiell entsteht zunächst die Frage, ob, eventuell in welchem Umfang die Form der Gesellschaft m. b. H. nach den lokalen Beobachtungen und Erfahrungen für das Immobiliengeschäft, insbesondere für große Terrainspekulationen als geeignet befunden worden ist? Man ist bei dem Eintritt solcher Katastrophen bekanntlich leicht geneigt, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Die Form der Gesellschaft m. b. H. ist in ihrer Anwendung auf das Immobilienspekulationsgeschäft dann berechtigt, wenn es sich um den Erwerb und die Parzellierung eines Terrainkomplexes handelt, eines ganz bestimmten Terrains, das von Anfang an in seinem Umfang begrenzt, ist und wenn dabei ein kleiner Kreis vertrauter, einsichtiger und unternehmungslustiger Persönlichkeiten in Betracht kommt. Die Gesellschafterversammlung wird dann leichter berufen, man ist an weniger Formalitäten gebunden, die Art der Abwicklung eines solchen Terraingeschäfts eignet sich öfter nicht zur periodischen Publikation, man ist nicht gezwungen, die Art der Abwicklung vorzeitig preiszugeben.

Ganz anders wird sofort die Stellungnahme, wenn es sich nicht einfach um die Parzellierung eines Terrains handelt, sondern wenn beispielsweise das rohe Terrain in Industriegelände übergeführt werden soll, wenn Hafen-, Kanalbauten, Elektrizitätswerke hergestellt werden müssen, wenn also das zu engagierende Gesamtkapital von vornherein nicht übersehbar ist. Auch in diesem Fall mag freilich die Gesellschaftsform noch geeignet sein, sofern die Gesellschafter mit eigenen Mitteln arbeiten, ganz anders aber, wenn größere Kredite in Anspruch genommen werden müssen. Die Gewährung von Krediten an solche Gesellschaften ist nur mit der äußersten Vorsicht zulässig. Alle die Vorteile dieser Unternehmungsform verwandeln sich dann in Nachteile für die Gläubiger. Sie haben keinen Einblick in die finanzielle Gesamtlage des Unternehmens, und dieser Einblick wird noch erheblich erschwert oder unmöglich, wenn Mutter- und Tochtergesellschaften bestehen. Bei dem Rheinaukonzern bestand gegenseitige Aushilfe; mit Geld und mit Wechselkredit. Bei einer dominierenden Persönlichkeit konzentrierten sich alle finanziellen Dispositionen. Das letztere ist nun freilich auch bei einem Konzern von Aktiengesellschaften denkbar, sofern darin eine dominierende Persönlichkeit vorhanden ist, wie sich das bei dem Spielhagenkonzern gezeigt hat, der freilich auch für Tochtergesellschaften die Form der Gesellschaft m. b. H. mit verwendet hat.

Der Kreditgewährung muß also überall, wo es notorisch ist, daß ein Konzern besteht — und das kann man am Orte der Wirksamkeit eines solches Konzerns sehr wohl —, ein Einblick in die Finanzlage nicht des einzelnen dem Concern angehörigen Unternehmens, sondern ein Einblick in alle zu dem Konzern gehörigen Unternehmungen vorausgehen. Dieser volle Einblick in den Konzern hat offenbar auch denjenigen gefehlt, die vorzugsweise mit dem Koncern arbeiteten. Man hat eben den engen Zusammenhang der Gesellschaften, wie er sich

bei der Katastrophe herausstellte, tatsächlich nicht gekannt. Es ergibt sich hieraus für Kreditinstitute die Lehre, daß unter allen Umständen die Engagements einer Bank mit einem einzelnen oder mit einem Komplex von industriellen Unternehmungen, deren Verwandtschaft doch immerhin äußerlich erkennbar war, wenn man auch den Grad der Verwandtschaft nicht genau kannte, in einem sehr sorgfältig erwogenen Verhältnis zu den eigenen Betriebsmitteln sich befinden müssen.

Es ergibt sich aber des ferneren aus dem konkreten Fall wie aus zahlreichen anderen Fällen, die in den letzten Jahren sich ereignet haben, die gesetzgeberische Erwägung, ob nicht die Gesellschaften, die zur öffentlichen Rechenschaftsablage verpflichtet sind, auch verpflichtet sein sollen, in ihren Geschäftsberichten über solche Gesellschaften mit Bericht zu erstatten, die mit ihnen sehr eng liiert sind, derart, daß das Schicksal dieser letzteren Gesellschaften von erheblichem Einfluß auf das Schicksal der erstgenannten sein kann. Es wird damit namentlich, aber nicht ausschließlich, das Verhältnis der Mutter- zu Tochtergesellschaften betroffen und getroffen. Der einzelne Fall, ob eine Gesellschaft über andere eng mit ihr liierte in ihrem Geschäftsbericht Rechenschaft geben will, mag dem Ermessen der betreffenden Direktion anheimgegeben bleiben. Es würde aber im Fall einer Katastrophe die Tatsache einer Bilanzverschleierung nicht mehr derartig komplizierten Beweisen unterstehen wie bisher.

Der Kredit kann insbesondere durch die Ausgabe von Obligationen in Anspruch genommen werden. Für diesen Fall besteht in der Gesetzgebung eine Lücke. Jede Gesellschaft m. b. H., die Obligationen ausgibt, müßte gesetzlich zur Veröffentlichung ihrer Bilanzen mit Gewinn- und Verlustkonto und zur Erstattung von Geschäftsberichten genau so verpflichtet sein wie die Aktiengesellschaften.

Wer sich an die Öffentlichkeit wendet, wer einen unbeschränkten Kreis von Gläubigern sich sucht und findet, ist der Öffentlichkeit Rechenschaft schuldig.

Man könnte viel leichter es rechtfertigen, daß eine Aktiengesellschaft, die nachweisbar nur einen kleinen Kreis von Aktionären hat und nur einen ganz kleinen Kreis von Kreditoren, die beispielsweise gegen hypothekarische Sicherheit dieser Gesellschaft Darlehen gegeben haben, von der Verpflichtung zur öffentlichen Rechenschaftsablage befreit wäre, als daß man eine Gesellschaft m. b. H., die Obligationen emittiert oder für sich emittieren läßt, von der Pflicht öffentlicher Rechenschaftsablage befreit.

Bei der Katastrophe des Rheinaukonzerns hat sich des ferneren ergeben, daß es dem Publikum vielfach noch nicht zum Bewußtsein gekommen ist, mit welchen Gefahren die Beteiligung an einer Gesellschaft m. b. H. verbunden ist, sofern die Anteile nicht sofort voll einbezahlt werden. Die Gefahren ergeben sich aus dem Wortlaut des Gesetzes über die Gesellschaften m. b. H.: § 24.

Es ist oben dargestellt worden, daß die Neue Immobiliengesellschaft mit einem Kapital von 1 Million Mark gegründet worden ist, wovon nur 50 % einbezahlt wurden. Bei Eintritt der Katastrophe standen jedoch von den Anteilen im Nominalbetrag von 1 000 000 Mark 955 000 Mark auf den Namen des leitenden Direktors. Von diesen waren 700 000 Mark von einem Manne erworben, an den Regreßansprüche mit Erfolg nicht geltend gemacht werden konnten, aber 255 000 Mark von verschiedenen Rechtsvorgängern, die früher Gesellschafter der Immobiliengesellschaft gewesen waren. Weitere 45 000 Mark befanden sich noch im Besitz zweier anderer Anteilseigner. Diese beiden Anteilseigner und die eben genannten früheren Gesellschafter wurden nun für die Volleinzahlung in Anspruch genommen, da die Anteilseigner und die Veräußerer von Anteilen solidarisch bis zur erfolgten Volleinzahlung haften. (Die Ansprüche sind durch ein sachgemäßes Übereinkommen vom 5. März 1903 behufs weiterer Durchführung der außergerichtlichen Liquidation der Immobiliengesellschaft dann bis zu einem gewissen Umfang herabgesetzt worden, was aber nicht von allgemeinem Interesse ist und daher hier nicht weiter dargelegt wird. Ebenso dürfte eine Besprechung der zwischen den derzeitigen Anteilseignern und den Veräußerern solcher Anteile über die Auslegung des § 24 entstandenen juristisch interessanten Streitfrage hier zu weit führen).

Die Bestimmung des § 24 mahnt selbstverständlich zur äußersten Vorsicht. In einem gewissen Sinn sind die Anteilseigner bei der Gesellschaft m. b. H. durch den § 24 des Gesetzes sogar noch ungünstiger gestellt als die Teilhaber einer offenen Handelsgesellschaft. Bei der offenen Handelsgesellschaft wählt man seine Gesellschafter sorgfältig aus, bei der Gesellschaft m. b. H. aber tritt man in nähere Beziehung zu einem Kreis von Personen, den man weniger genau kennt und haftet innerhalb dieses Kreises solidarisch, freilich nur bis zur Volleinzahlung, aber diese Solidarhaft kann, wie der vorliegende Fall drastisch zeigt, einen beträchtlichen Kapitalverlust zur Folge haben.

Die fünfjährige Verjährungsfrist ist für die Haftung des veräußernden Gesellschafters in derselben Weise vorgesehen, wie bei dem ausscheidenden offenen Handelsgesellschafter, aber sie führt zu härteren Konsequenzen. Gesetzt, ich kaufe ein Stammanteil, verkaufe ihn wieder, die Gesellschaft erhöht nun ihr Kapital durch die Ausgabe von neuen Anteilen, die nicht voll einbezahlt sind. Solange ich in der Gesellschaft war, habe ich gesorgt, daß das Stammanteil voll einbezahlt wurde. Nun tritt vielleicht infolge dieser unzweckmäßigen Kapitalerhöhung eine Insolvenz ein. Auf die Wahl der Gesellschafter habe ich keinen Einfluß gehabt und trotzdem kann ich für die Einbuße zur Zahlung herangezogen werden. Man haftet also auch beim Ausscheiden für Vorgänge, die nach dem Ausscheiden eintreten. Diese Haftung geht über diejenige des offenen Handelsgesellschafters hinaus. Bei der offenen Handelsgesellschaft hafte ich nur für die Schulden, die bei dem Ausscheiden vorhanden waren, nicht für die später eintretenden.

In der Tat bedarf die Frage einer ernsten Erwägung, ob nicht der Zwang zur sofortigen Volleinzahlung der Anteilscheine bei den Gesellschaften m. b. H. gesetzlich statuiert werden sollte. Dem steht um so weniger etwas entgegen, als die Kapitalerhöhung bei diesen Gesellschaften ohne erhebliche Formalitäten jederzeit beschlossen und durchgeführt werden kann, während der Apparat, der bei Aktiengesellschaften für die Durchführung einer Kapitalerhöhung in Bewegung gesetzt werden muß, komplizierter ist.

Die Rheinau (Muttergesellschaft) hatte vor der Katastrophe beschlossen, eine Obligationenanleihe von 6 Millionen Mark aufzunehmen bei einem eingezahlten Geschäftskapital von nur 1½ Millionen Mark. Von dieser Obligationenanleihe sind nur 1 013 000 Mark tatsächlich begeben worden. Dann kam der allgemeine geschäftliche Niedergang und es konnte der weitere Betrag der Anleihe nicht mehr begeben werden. Hier entsteht die prinzipielle Frage, ob bei der Ausgabe von indossablen Obligationen mit Blankoindossament bei allen Arten von Gesellschaften von dem Verhältnis zum verantwortlichen Kapital dauernd abgesehen werden kann? Daß im vorliegenden Fall die derzeit unbegrenzte Befugnis zur Ausgabe solcher Obligationen mißbraucht worden ist, bedarf keiner Darlegung.

Die Neue Boden-Aktiengesellschaft in Berlin.

Von

Dr. Felix Hecht.

Eine der Nebengesellschaften des Spielhagen-Konzerns war, wie oben mitgeteilt worden ist, die Neue Berliner Baugesellschaft. Diese war am 8. Februar bezw. 24. März 1893 gegründet worden. Das ursprüngliche Grundkapital hatte 150 000 Mark betragen, und durch Beschluß der Generalversammlung vom 4. Mai 1895 wurde es auf 1 000 000 Mark erhöht. Die Gesellschaft hatte für die Jahre 1896—1899 eine Dividende von 4 % gegeben. Die Bilanz per 31. Dezember 1900 wies einen Verlust von 600 000 Mark aus, und die Generalversammlung vom 26. Februar 1901 beschloß zur Tilgung dieses Verlustes die Herabsetzung des Grundkapitals um 600 000 Mark auf 400 000 Mark.

Durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 14./15. Mai 1901 wurde die Firma der Neuen Berliner Baugesellschaft in die Firma „Neue Boden-Aktiengesellschaft" abgeändert. In der außerordentlichen Generalversammlung vom 21. Mai 1901 wurde der alte Gesellschaftsvertrag aufgehoben und ein neuer Gesellschaftsvertrag angenommen. Der Sitz der Gesellschaft blieb Berlin.

Gemäß den Satzungen der Neuen Boden-Aktiengesellschaft qualifiziert sich die Gesellschaft als eine Dividenden-Immobiliengesellschaft, die befugt ist, auf Beschluß des Vorstandes und Aufsichtsrats auf Namen oder an Order lautende oder im Falle staatlicher Genehmigung auf den Inhaber lautende Teilschuldverschreibungen auszugeben. (§ 10 der Satzungen.) Ein Relativverhältnis zwischender Ausgabe von Obligationen und der Höhe des Aktienkapitals ist nicht vorgesehen. Der Beschlußfassung des Aufsichtsrats ist die Festsetzung eines Amorti-

sationsfonds für die Teilschuldverschreibungen und der Rückkauf von solchen vorbehalten. (§ 16 Z. 4 der Satzungen.)

Der § 4 dieser neuen Satzungen ist in der Aufsichtsratssitzung vom 11. Juli 1901 beschlossen worden auf Grund der dem Aufsichtsrat in der Generalversammlung vom 21. Mai 1901 erteilten Ermächtigung. In dieser Generalversammlung beschloß man eine Erhöhung des Grundkapitals um 25 600 000 Mark, so daß das Grundkapital sich auf 26 000 000 Mark stellte. Die tatsächlich durchgeführte Erhöhung wurde am 18. Juni 1901 in das Handelsregister eingetragen.

Diese Erhöhung des Grundkapitals erfolgte aus Anlaß der Übernahme der gesamten Geschäftsaktiva der Deutschen Grundschuld-Bank in Liquidation durch die Neue Boden-Aktiengesellschaft.

Die Übernahme geschah gemäß dem Prospekt vom Oktober 1901, der zum Zweck der Zulassung der Teilverschreibungen zur Notiz an der Berliner Börse veröffentlicht worden ist (s. außer dem Wortlaut des Prospekts auch die Darstellung in Salings Börsenpapieren, s. v. Neue Boden-Aktiengesellschaft), in folgender Weise:

I. Die sämtlichen neuen 25 600 000 Mark Aktien wurden durch den Konkursverwalter als Verwalter der Konkursmasse der Aktiengesellschaft Deutsche Grundschuld-Bank in Liquidation zum Parikurse gezeichnet, und zwar nicht gegen Barzahlung, sondern gegen Einbringung der gesamten Geschäftsaktiva der Deutschen Grundschuld-Bank in Liquidation.

II. Gegen diese Einbringung gewährte die Neue Boden-Aktiengesellschaft außer den vorgenannten 25 600 000 Mark Aktien ferner:

Nom. 5 376 400 Mark mit 3½ %,
" 20 623 600 " " 4 %

verzinsliche Teilschuldverschreibungen der Neuen Boden-Aktiengesellschaft, welche für die Zeit vom 1. Juli 1901 ab mit Zinsscheinen versehen und von denen die 4 %igen mit 102 %, die 3½ %igen mit 101 %, jedoch nicht vor dem 2. Januar 1907, rückzahlbar sind.

III. Von den vorstehend aufgeführten Wertpapieren stellen 25 600 000 Mark Aktien, 5 376 400 Mark 3½ %ige Teilschuldverschreibungen und 18 023 600 Mark 4 %ige Teilschuldverschreibungen, sowie diejenigen Aufwendungen, welche die Neue Boden-Aktiengesellschaft auf Grund der nachstehenden Ziffer IV b, c, d, e und f übernommen hat, den Gegenwert derjenigen Gegenstände dar, welche die Realobligationendeckung bei der Deutschen Grundschuld-Bank gebildet hatten.

Restliche 2600000 Mark 4 %ige Teilschuldverschreibungen sind als Gegenwert der Chirographarmasse der Deutschen Grundschuld-Bank in Liquidation gewährt worden.

IV. Die Einbringung gemäß Ziffer I erfolgte unter folgenden Bedingungen:

a) Der Konkursverwalter brachte die Geschäftsaktiva der Deutschen Grundschuld-Bank in Liquidation ohne jede Gewähr ein, mochten dieselben bekannt oder unbekannt sein. Dagegen übernahm die Neue Boden-Aktiengesellschaft keine Passiva, soweit sich solches nicht aus dem Nachstehenden ergibt.

b) Die Neue Boden-Aktiengesellschaft übernahm es, alle Masseschulden und Massekosten des Konkurses der Deutschen Grundschuld-Bank in Liquidation zu tragen.

c) Die Neue Boden-Aktiengesellschaft übernahm die Hypotheken und Grundschulden auf den der Deutschen Grundschuld-Bank in Liquidation gehörigen Grundstücken.

d) Dieselbe übernahm alle Verträge, die der Konkursverwalter der Deutschen Grundschuld-Bank in Liquidation zu erfüllen hatte, mit allen Rechten und Pflichten, insbesondere auch die Rechte und Pflichten aus dem zwischen der Deutschen Grundschuld-Bank in Liquidation zu Berlin und der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank zu Berlin unter dem 28. März 1901 geschlossenen Vergleich.

e) Sie übernahm alle Anstellungsverträge mit Handlungsgehilfen oder sonstigen Angestellten — mit Ausnahme der Vorstandsbeamten —, soweit solche spätestens zum 30. September 1901 kündbar waren.

f) Sie übernahm ferner Kosten und Stempel der Erhöhung des Aktienkapitals und der Ausgabe der Teilschuldverschreibungen, des dabei abzuschließenden Vertrages und aller zur Ausführung dienenden Akte einschließlich des Stempels der Aktien und Schuldverschreibungen.

g) Miteingebracht wurde das Recht zur Rücknahme der bei den Hinterlegungsstellen seitens der Bank bisher hinterlegten oder seitens des Konkursverwalters künftig noch zur Hinterlegung gelangenden Beträge, insbesondere auch im Fall des § 382 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Die seitens der Neuen Boden-Aktiengesellschaft übernommenen Geschäftsaktiva der Deutschen Grundschuld-Bank in Liquidation bestehen:

1. in dem zu Berlin, Köpenickerstr. 56/57 belegenen, im Grundbuch des Amtsgerichts I Berlin von der Luisenstadt Band 50 Nr. 2428 verzeichneten Grundstück;
2. in dem zu Soldin, Richtstr. Nr. 315 belegenen, im Grundbuch des Amtsgerichts Soldin von den Soldiner Häusern Band 7 Nr. 815 verzeichneten Grundstück;
3. in dem zu Schöneberg, Belzigerstr. 58 belegenen, im Grundbuch des Amtsgerichts II Berlin Band 48 Nr. 1733 verzeichneten Grundstück;

   (die auf diesen drei Grundstücken ruhenden Hypotheken von zusammen 1 161 000 Mark wurden seitens der Neuen Boden-Aktiengesellschaft mit übernommen)
4. in der beweglichen Habe der Deutschen Grundschuld-Bank, nämlich diversen Geschäftsutensilien,
5. in folgenden Werten:
   a) 255 000 Mark 4 %ige deutsche Reichsschatzanweisungen mit Zinscoupons per 1. Oktober 1901 und folgenden,
   b) 145 000 Mark 4 %ige dergleichen mit Zinscoupon per 1. Juli 1901 und folgenden,
   c) 2 000 000 Mark Aktien der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr zu Berlin,
   d) 300 000 Mark Anteilen des Märkischen Immobilienvereins, G. m. b. H. zu Berlin,
   e) 697 200 Mark Preußische Hypotheken-Aktien-Bank-Aktien,
   f) 84 907 326,20 Mark der Deutschen Grundschuld-Bank in Liquidation gehörigen Hypotheken und Grundschulden nebst allen Zinsrechten, welche der Deutschen Grundschuld-Bank in Liquidation nach Inhalt des Grundbuchs von den eingetragenen Anfangstagen der Verzinsung ab bezw. soweit ihre Eintragung als Gläubigerin noch nicht erfolgt war, nach Inhalt der Erwerbsurkunden zustanden, sowie mit allen Nebenrechten;
6. in allen übrigen Rechten und Forderungen, namentlich auch den nach Gegenstand und Betrag unbestimmten und aus den Büchern der Deutschen Grundschuld-Bank in Liquidation nicht ersichtlichen Rechten und Forderungen, einschließlich der der Deutschen Grundschuld-Bank in Liquidation nach dem Vergleich vom 28. März 1901 zustehenden Rechte an der Chirographarmasse der Preußischen

Hypotheken-Aktien-Bank und einschließlich der Barbestände der Konkursmasse.

Die sämtlichen durch den Konkursverwalter der Deutschen Grundschuld-Bank in Liquidation bezogenen

Nom. 25 600 000 Mark Aktien,
„ 20 623 600 „ 4 %ige Teilschuldverschreibungen,
„ 5 376 400 „ 3½ %ige „

der Neuen Boden-Aktiengesellschaft wurden von ersterem an die Bank für Handel und Industrie zu Berlin um den Preis von 37 944 640 Mark verkauft, und zwar gemäß einem vor der Zeichnung der Aktien zwischen der Bank für Handel und Industrie und dem Konkursverwalter abgeschlossenen Vertrag.

Dabei hatte die Bank für Handel und Industrie die Verpflichtung übernommen, den Realobligationären der Deutschen Grundschuld-Bank in Liquidation deren Realobligationen mit Coupons per 1. Januar bezw. 1. April 1901 derart umzutauschen, daß auf je Nom. 4000 Mark 4 %ige bezw. 3½ %ige Realobligationen der Deutschen Grundschuld-Bank Nom. 1000 Mark Aktien und Nom. 1000 Mark 4 %ige bezw. 3½ %ige Teilschuldverschreibungen der Neuen Boden-Aktiengesellschaft, sowie 1½ % des Nominalbetrages der Realobligationen der Grundschuld-Bank in bar zu gewähren waren.

Die Realobligationäre der Deutschen Grundschuld-Bank sind zur Ausübung dieses Bezugsrechts durch eine erstmals am 21. Mai 1901 seitens der Bank für Handel und Industrie in einer Reihe von Zeitungen erlassene Bekanntmachung eingeladen worden. Der Endtermin für die Geltendmachung des Bezugsrechts war zunächst auf den 21. August 1901 festgesetzt, ist jedoch später bis 16. September 1901 hinausgeschoben worden.

Um den Aktionären der Deutschen Grundschuld-Bank die Beteiligung an der etwaigen Entwicklung der die Masse bildenden, auf die Neue Boden-Aktiengesellschaft übergegangenen Werte und Forderungen zu ermöglichen, hat die Bank für Handel und Industrie diesen Aktionären durch Bekanntmachung in einer Reihe von Zeitungen Nom. 1 250 000 Mark Aktien der Neuen Boden-Aktiengesellschaft in der Weise zur Verfügung gestellt, daß auf je Nom. 8000 Mark Aktien der Deutschen Grundschuld-Bank unter Zuzahlung von 700 Mark bar Nom. 1000 Mark Aktien der Neuen Boden-Aktiengesellschaft mit Dividendenberechtigung vom 1. Juli 1901 ab bezogen werden konnten. Dieses Bezugsrecht war bei Vermeidung des Verlustes desselben in

der Zeit vom 24. Mai 1901 bis spätestens 6. Juni 1901 (inkl.) auszuüben.

Neben der Zahlung des oben genannten, an den Konkursverwalter abzuführenden Kaufpreises von 37 944 640 Mark übernahm die Bank für Handel und Industrie die bei der Einbringung der Grundschuld-Bank-Aktiven seitens der Neuen Boden-Aktiengesellschaft eingegangene Verpflichtung zur Bestreitung aller Masseschulden und Massekosten der Deutschen Grundschuld-Bank, ferner alle Ausgaben, welche durch die sich ergebende Transaktion an Stempeln, Steuern, Gerichts-, Notariats- und sonstigen dergleichen Kosten erwuchsen (siehe oben unter IV b und IV f), jedoch nur bis zum Höchstbetrage von 1 451 360 Mark. Soweit die Spesen diesen Betrag übersteigen, hatte die Neue Boden-Aktiengesellschaft dieselben aus eigenen Mitteln zu tragen, soweit sich aber bei der Abrechnung ergeben sollte, daß die Spesen den beregten Betrag von 1 451 360 Mark nicht erreichen, hatte die Bank für Handel und Industrie den nicht verbrauchten Rest an die Neue Boden-Aktiengesellschaft herauszuzahlen.

Dagegen verpflichtete sich die Neue Boden-Aktiengesellschaft zu der Barzahlung von 1½ %, welche die Bank für Handel und Industrie denjenigen Realobligationären der Deutschen Grundschuld-Bank, die ihre Titres zum Bezug der neuen Bodenwerte einreichen, zu zahlen hatte, den Betrag von 428 000 Mark beizusteuern. (cf. gleiche Post in der Bilanz per 22. Mai 1901.)

Auf Grund des Generalversammlungsbeschlusses vom 21. Mai 1901 hat die Gesellschaft anläßlich der Übernahme der Geschäftsaktiva der Deutschen Grundschuld-Bank in Liquidation eine Anleihe von

Nom. 20 623 600 Mark in 4 %igen Teilschuldverschreibungen, rückzahlbar à 102 %,

Nom. 5 376 400 Mark in 3½ %igen Teilschuldverschreibungen, rückzahlbar à 101 %,

aufgenommen. Diesen Teilschuldverschreibungen steht kein Pfandrecht an den Vermögensobjekten der Gesellschaft zu; auch haben die Besitzer von Teilschuldverschreibungen keine Vorzugsrechte vor anderen Gläubigern der Gesellschaft.

Sämtliche Teilschuldverschreibungen lauten auf den Namen der Bank für Handel und Industrie zu Berlin und sind an Order gestellt. Die Übertragung des Eigentums an den Teilschuldverschreibungen erfolgt durch Indossament nach § 363 H. G. B. ohne Gewähr des Indossanten.

Die Rückzahlung dieser Anleihen geschieht im Wege jährlicher

Verlosung von Teilschuldverschreibungen, spätestens innerhalb 54 Jahren, nach Maßgabe des den Schuldverschreibungen aufgedruckten Tilgungsplanes, erstmals am 2. Januar 1907; die Verlosungen sind durch einen Notar, erstmals im Juli 1906, vorzunehmen. Die Rückzahlung der ausgelosten Stücke erfolgt für die 4%igen Titres mit einem Aufschlag von 2%, also zu 102%, für die $3^1/_2$%igen Stücke mit einem schlag von 1%, also zu 101%.

Die Gesellschaft behält sich das Recht vor, vom 1. Juli 1906 ab die planmäßige Tilgung der Teilschuldverschreibungen zu verstärken oder auch die Anleihen ganz oder teilweise mit sechsmonatlicher Frist zur Rückzahlung zu kündigen, und zwar mit 102% für die 4%igen und mit 101% für die $3^1/_2$%igen Titres.

Bei einer teilweisen Kündigung werden die zurückzuzahlenden Stücke durch Verlosung bestimmt, so jedoch, daß die Verlosung auch in einem anderen als dem Monat Juli erfolgen kann, jedoch mit sechsmonatlicher Frist bis zum Tage der Rückzahlung und nur per Ersten eines Monats.

Die Neue Boden-Aktiengesellschaft ist nicht berechtigt, vor vollständiger Tilgung oder Sicherstellung dieser Anleihen eine neue Anleihe aufzunehmen, welche deren Inhabern ein besseres Recht auf das derzeitige Vermögen der Gesellschaft einräumt als den Inhabern der jetzt ausgegebenen Teilschuldverschreibungen.

Die Bank für Handel und Industrie ist als Vertreterin für die jeweiligen Teilschuldverschreibungsgläubiger in Gemäßheit des Gesetzes, betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen, vom 4. Dezember 1899 bestellt.

Falls die genannte Bank die ihr danach zustehenden Rechte und Pflichten nicht ferner ausüben will und kann, soll sie berechtigt sein, mit Zustimmung des Aufsichtsrats der Gesellschaft ihre Funktionen auf einen anderen Vertreter zu übertragen, sofern nicht die Versammlung der Teilschuldverschreibungsgläubiger etwas anderes beschließt.

Die Gesellschaft erkennt für jede Teilschuldverschreibung nur e i n e n Inhaber an.

Da die Bilanz der Neuen Berliner Baugesellschaft per 31. Dezember 1900 infolge der damals noch ungeklärten Verhältnisse im Konzern der Spielhagen-Banken ein richtiges Bild von der Lage der Gesellschaft nicht zu geben vermochte, ist p e r 3 1. M ä r z 1 9 0 1 eine neue Bilanz der Gesellschaft aufgestellt worden. Diese Bilanz weist folgende Ziffern auf:

Aktiva.		Mk.	Passiva.	Mk.
Depositenkonto		450,—	Aktienkapitalkonto	400 000,—
Prämienkonto		3 352,90	Reservekonto	7 194,19
Utensilienkonto		2 610,03	Diverse Kreditoren	222 357,29
Hypothekenforderungskonto		166 500,—	Hypothekenschuldenkonto	29 305 111,95
Immobilienkonto	Mk. 30 770 223,39		Kautionskonto	100,—
abzüglich Abschreibung	„ 300 000,—	30 470 223,39	Deutsche Bank, Vorschußkonto	285 099,20
Diverse Debitoren		23 095,29	Deutsche Grundschuld-Bank	934 173,47
Berliner Pfandbriefamt (Amortisationssaldo)		19 187,73	Gewinnvortrag	457,72
Kassakonto		10 997,28		
Zinsenkonto		7 500,—		
Deutsche Bank, laufende Rechnung		165 478,—		
Effektenkonto		285 099,20		
		31 154 493,82		31 154 493,82

Die vorstehende Bilanz ist auch der folgenden, nach Übernahme der Geschäftsaktiva der Deutschen Grundschuld-Bank durch die Neue Boden-Aktiengesellschaft aufgemachten

Bilanz per 22. Mai 1901

zu Grunde gelegt worden.

Aktiva.	Mk.	Mk.	Passiva.	Mk.	Mk.
Kassakonto. Bestand		65 297,11	Aktienkapitalkonto.		
Debitoren.			a) altes Aktienkapital	400 000,—	
a) Bankguthaben z. freien Verfügung	1 381 523,—		b) neues „	25 600 000,—	26 000 000,—
b) Bei der Bank f. Handel u. Industrie. Konto I. Reorganisationskonto Mk. 1 451 360,—			Teilschuldverschreibungskonto.		
			a) $3^1/_2$ %ige zu 101 % rückzahlbar	5 376 400,—	
			b) 4 %ige zu 102 % rückzahlbar	20 623 600,—	26 000 000,—
Konto II. Vertragsmäßige Leistung der Bank f. Handel und Industrie zur Auszahlung der Barvergütung			Reorganisationskostenkonto		1 451 360,—
			Konto: Auszahlung der Barvergütung von $1^1/_2$ % an die Neobligationäre		

von 1½% an die Realobligationäre der Deutschen Grundschuld-Bank Mk. 1 000 000,—	2 451 360,—	
c) Diverse Debitoren in Höhe von Mk. 1 222 955,90, bewertet mit .	107 239,33	3 940 132,33
Effektenkonto. Bestand		463 722,15
Wechselkonto. Bestand Mk. 2144,— angenommen mit		100,—
Hypothekenforderungskonto. Nominalbestand Mk. 75 354 501,40, geschätzt auf		44 096 139,01
Konto für rückständige Hypothekenzinsen u. Kosten Mk. 620 834,29, geschätzt auf		10 000,—
Grundstückskonto		30 781 419,80
Amortisationskonto. Berliner Pfandbriefamt		19 187,73
Mobilienkonto. Bestand Mk. 19 151,50 angenommen mit		1,—
Kautionskonto. Seitens der Gesellschaft hinterlegte Kautionen		450,—
Konto: Anteil an der Chirographarmasse der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank. Zum Gedächtnis . .		1,—
Konto: Regreßansprüche. Zum Gedächtnis		1,—
		79 376 451,13

der Deutschen Grundschuld-Bank. 1½% a. Nom. Mk. 94 865 900 rund	1 423 000,—
Konto: Rückstellung f. Realobligationen der Deutschen Grundschuld-Bank, welche Eigentum der Gesellschaft, aber nicht zurückzuerhalten sind . .	413 000,—
Hypothekenschuldkonto. Hypothekenbelastung der eigenen Grundstücke .	23 453 300,—
Hypothekenerwerbungskonto. Zu erwerbende Voreintragungen . . .	546 327,30
Amortisationskonto der Hypothekenschuldner	57 540,02
Kaufgeldanzahlungskonto	10 000,—
Kautionskonto: Bei der Gesellschaft hinterlegte Kautionen	4 600,—
Konto: Bauhandwerkerrechnungen . .	10 129,62
Gesetzlicher Reservefonds	7 194,19
	79 376 451,13

Die folgenden Positionen der Bilanz geben zu Erläuterungen Anlaß:

Aktiva.

Diverse Debitoren.

Zweifelhafte Posten:	Mk. 1 215 955,90, geschätzt auf Mk.	100 322,93
Gute Debitoren	"	6 916,40
	Zusammen: Mk.	107 239,33

Effekten-Konto.

Dasselbe setzte sich zusammen aus:

Mk. 400 000,—	Deutsche Reichsschatzscheine à 101,30% plus Zinsen,
" 697 000,—	Aktien der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank à 7% franko Zinsen,
" 2 000 000,—	Aktien der Aktien-Gesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr, aufgenommen mit Mk. 1,—,
" 300 000,—	Anteile des Märkischen Immobilienvereins, angenommen mit Mk. 6000,—

und einer wertlosen Italienischen Eisenbahnobligation.

Hypothekenforderungskonto.

Dasselbe setzt sich zusammen aus:

Hypothekenbestand der Neuen Berliner Baugesellschaft	166 000,—	Mark
von der Deutschen Grundschuld-Bank übernommen	75 188 501,40	„
zusammen	75 354 501,40	Mark

und ist geschätzt auf 44 096 139,01 Mark. Diese Schätzung beruht im wesentlichen auf den Ergebnissen, zu denen die staatliche Prüfungskommission, die Liquidationskommission und die jetzige Verwaltung gelangt sind, doch ist dabei den inzwischen mehrfach veränderten Verhältnissen entsprechend Rechnung getragen worden.

Die Hypotheken lasten mit

mit	47 725 569,83	Mark	auf bebauten Grundstücken,
„	24 360 271,12	„	auf Terrains,
„	3 268 660,45	„	auf Industrieunternehmungen
zusammen	75 354 501,40	Mark	

Dieselben verteilen sich:

	zur 1. Stelle	zur 2. u. dahinterstehenden Stelle
auf beb. Grundstücken . . .	mit 1 186 200,— Mk.	mit 46 539 369,83 Mk.
auf Terrains . . .	„ 11 348 271,12 „	„ 13 012 000,— „
auf Industrieunternehmungen . .	„ 1 487 760,45 „	„ 1 780 900,— „
zusammen	14 022 231,57 Mk.	zus. 61 332 269,83 Mk.

rekapituliert:

	14 022 231,57	Mark
	61 332 269,83	„
zusammen	75 354 501,40	Mark.

Grundstückskonto.

Die Neue Berliner Baugesellschaft besaß am 21. Mai 1901:

111 Grundstücke zum Buchwerte von	30 468 842,68	Mark
dazu 3 Grundstücke, übernommen von der Deutschen Grundschuld-Bank	1 178 493,12	„
zusammen	31 647 335,80	Mark
Dabei ist bei drei Objekten eine Mindereinschätzung von	865 916,—	„
berücksichtigt worden, so daß verbleiben	30 781 419,80	Mark.

Von der Aufnahme neuer Taxen konnte abgesehen werden, weil fast 4/5 der Grundstücke zur zweiten Stelle durch die Deutsche Grundschuld-Bank beliehen waren und bei Bewertung der Hypotheken durch die verschiedenen Kommissionen bereits mitabgeschätzt worden waren. Diese 114 Grundstücke sind fast ausschließlich bebaut und sind davon im Werte von

22 373 189,11	Mark	in Berlin,
4 619 890,41	„	in Charlottenburg und sonstigen Berliner Vororten und
3 788 340,28	„	in anderen Orten Deutschlands

belegen. In letzter Zahl ist die Herrschaft Driesen-Steinbusch enthalten; Terrains besitzt die Gesellschaft nicht.

Konto: Anteil an der Chirographarmasse der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank.

Für die Chirographarmasse waren auf den Anteil der Neuen Boden-Aktiengesellschaft bis Ende August 1900 rund 775 000 Mark bar eingegangen. Der Rest unserer Ansprüche dürfte mit 1 500 000 Mark zu veranschlagen sein.

Konto: Regreßansprüche.

Auf die Regreßansprüche waren bisher 25 000 Mark bar eingegangen. Wegen der übrigen erhobenen Ansprüche schweben teils Verhandlungen, teils Prozesse, deren Ergebnisse sich noch nicht voraussehen lassen.

Passiva.

Rückstellung für Realobligationen der Deutschen Grundschuld-Bank: Die Deutsche Grundschuld-Bank hatte s. Zt. der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank . . Nom. 800 000 Mark
und der Firma Anhalt & Wagener Nachf. . „ 350 000 „
zusammen Nom. 1 150 000 Mark

ihrer Realobligationen geliehen, welche in natura hätten zurückgegeben werden müssen. Es sind jedoch nur zurückgeliefert worden:

von der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank Nom. 89 000 Mark
von der Firma Anhalt & Wagener Nachf. . . . . „ 135 000 „ „ 224 000 „
so daß noch . . . . Nom. 926 000 Mark

Realobligationen aus dem Verkehr zu ziehen sind, um den Umlauf derselben auf den in der Liquidations-Bilanz der Deutschen Grundschuld-Bank per 31. Januar 1901 angegebenen Betrag von Nom. 94 861 000 Mark herabzumindern. Hierfür ist in der Bilanz der Neuen Boden-Aktiengesellschaft der Betrag von 413 000 Mark vorgesehen worden. Bemerkt sei noch, daß von den der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank geliehenen Nom. 800 000 Mark der ausmachende Betrag für Nom. 500 000 Mark verrechnet und die Forderung auf Rückgabe der übrigen Stücke in natura durch den Vertrag vom 28. März 1901 erledigt ist. Die Forderung an die Firma Anhalt & Wagener Nachf. auf Rückgabe restlicher Nom. 215 000 Mark Realobligationen in natura wird gegen dieselbe noch geltend gemacht werden.

Das Hypothekenschuldenkonto besteht aus

a) diversen Gläubigern	8 352 500,—	Mark
b) Preußische Hypotheken-Aktien-Bank . . .	15 100 800,—	"
zusammen	23 453 300,—	Mark

Von den Hypotheken sind fällig:

im Jahre 1902	806 350,—	Mark
" " 1903	427 400,—	"
" " 1904	933 100,—	"
" " 1905	3 247 600,—	"
" " 1906	6 473 565,—	"
" " 1907	1 579 400,—	"
" " 1909	42 600,—	"
" " 1910	1 750 700,—	"
" " 1911	4 250 000,—	"
mit 3 monatlicher Kündigung	2 304 385,—	"
mit 6 " "	1 635 200,—	"
zusammen	23 453 300,—	Mark.

Auf die Hypotheken sub b finden die in dem § 3 des Vergleiches mit der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank vom 28. März 1901 getroffenen Bestimmungen Anwendung. Diese Bestimmungen des § 3 lauten folgendermaßen:

a) In allen Fällen, in welchen die Deutsche Grundschuld-Bank als Hypothekengläubigerin im Range hinter der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank steht, dürfen die für die Preußische Hypotheken-

Aktien-Bank haftenden Kapitalien, sofern die Zinszahlung unter Berücksichtigung der unten vorgesehenen Modifikationen pünktlich erfolgt, bis zum 31. März 1911 ohne Zustimmung der Deutschen Grundschuld-Bank nicht gekündigt werden. Wird eine Forderung in dieser Zeit aus einem anderen Grunde als infolge unpünktlicher Zinszahlung fällig, so ist die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank verpflichtet, ihr Kapital auf schriftliches Verlangen der Deutschen Grundschuld-Bank für den Rest des zehnjährigen Zeitraums unter den alten Bedingungen stehen zu lassen.

b) Sofern die Deutsche Grundschnld-Bank Häuser oder andere Ertrag bringende Immobilien erwirbt, auf denen für die Deutsche Grundschuld-Bank gegenwärtig eine Forderung haftet, und sofern der Brutto-Mietsertrag einschließlich des schätzungsweise einzusetzenden Mietswerts leerstehender Räume nicht ausreicht, um die Zinsen für die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank, die Spesen der Verwaltung und Erhaltung der Immobilien (die jedoch einschließlich der Steuern und Abgaben 20 % des Brutto-Mietsertrages nicht übersteigen dürfen), sowie endlich einen Betrag von 1 % des für die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank haftenden Kapitals zu decken, ist die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank verpflichtet, der Deutschen Grundschuld-Bank den Fehlbetrag der Zinsen zu erlassen, mit der Maßgabe jedoch, daß dieser zu obigen Zwecken notwendige Nachlaß im Laufe eines jeden Kalenderjahres zusammen nicht mehr als ein Viertel des der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank zustehenden Zinsbetrages ausmachen darf.

Soweit die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank in einzelnen Quartalen mehr Zinsen bezahlt erhalten hat, als ihr bei Zugrundelegung vorstehender Bestimmungen nach dem Jahresergebnisse gebühren würden, findet nach Schluß des Kalenderjahres eine Verrechnung statt.

Solange Grundstücke der vorbezeichneten Art der Deutschen Grundschuld-Bank noch nicht eigentümlich gehören, erfolgt, sofern die auf die Hypothek der Deutschen Grundschuld-Bank entfallenden Zinsen noch nicht 1 % der für die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank eingetragenen Kapitalien erreichen, eine entsprechende Zahlung oder Gutschrift seitens der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank an die Deutsche Grundschuld-Bank, indessen auch hier mit der Maßgabe, daß durch die Abgabe die Zinsen nicht um mehr als den vierten Teil gekürzt werden dürfen.

Die Deutsche Grundschuld-Bank muß jedoch auf Erfordern der Preußischen Hypothen-Aktien-Bank ihre Ansprüche nötigenfalls behufs Zurückerstattung an die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank im Wege der Zwangsvollstreckung beizutreiben suchen.

Wird ein Grundstück der vorstehend unter b bezeichneten Art demnächst weiter veräußert, so ist die Deutsche Grundschuld-Bank in denjenigen Fällen, in denen sie auf eine Fortgewähr der vorstehend festgestellten Erleichterungen Anspruch macht, an die Genehmigung der Person des Käufers durch die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank gebunden, welche Genehmigung jedoch nur aus triftigen Gründen versagt werden darf.

Gleichzeitig mit der Erteilung dieser Genehmigung soll zwischen der Dentschen Grundschuld-Bank und der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank vereinbart werden, in welcher Form und in welchem Umfange dem Erwerber eine den obigen Grundsätzen entsprechende angemessene Erleichterung für die Dauer der Hypothek zu gewähren ist.

Mangels Einigung werden die Bedingungen von dem vorgesehenen Schiedsgericht festgesetzt. Auch die Bestimmungen unter 3 b und die daraufhin einzuräumenden Begünstigungen gelten nur für die Zeit bis zum 31. März 1911.

c) Bei einer größeren Anzahl von speziell festgesetzten Immobilien sollen die gesamten rückständigen und zukünftig fällig werdenden Hypothekenzinsen auf 4 % p. a. herabgesetzt werden.

Soweit diese Zinsen nicht durch vorübergehende, die tatsächlichen Unkosten der Verwaltung zuzüglich 10 % des etwaigen Ertrages übersteigende Erträgnisse gedeckt werden, sollen für die Dauer von höchstens 10 Jahren, vom 1. April 1903 ab, jeweils am Jahresschlusse die Zinsen durch unverzinsliche Grundschulden beglichen werden, sofern diese Grundschulden mit dem Range unmittelbar hinter der Kapitalforderung der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank mit der Maßgabe eingetragen werden, daß sie bei Verkauf des Grundstücks, spätestens aber am 31. März 1911 fällig sind.

Falls die Deutsche Grundschuld-Bank oder ihre Rechtsnachfolger solche Immobilien durch besondere Gesellschaften erwerben sollte, ist die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank berechtigt und verpflichtet, an Stelle solcher Grundschulden und ferner durch die vorstehenden Bestimmungen betroffener Hypothekenzinsen mit 4 %

verzinsliche, durch diese Gesellschaft ausgestellte Obligationen, welche aus dem Verkaufsüberschuß der betreffenden Liegenschaften ratierlich an erster Stelle zu tilgen sind, zu ihrem Werte an Zahlungs Statt zu nehmen.

d) Die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank wird, soweit es ihr nach Lage des Geldmarktes und ihrer eigenen flüssigen Mittel angezeigt erscheinen wird, auch fremde Hypotheken, welche den Vorschriften des Reichs-Hypotheken-Bankgesetzes entsprechen und hinter denen die Deutsche Grundschuld-Bank als Gläubigerin rangiert, oder welche auf Grundstücken der Deutschen Grundschuld-Bank eingetragen sind, bei der Fälligkeit provisionsfrei zu marktmäßigem Zinsfuß übernehmen.

e) Von der in diesem Paragraphen bestimmten Verpflichtung kann sich die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank durch Abtretung der ihr gehörigen Hypotheken nicht befreien.

f) Die Bestimmungen des § 3 sind auf jedes einzelne Grundstück gesondert anzuwenden.

Bei der Beurteilung der Entwicklungsgeschichte dieser Immobiliengesellschaft ist die Eigenartigkeit der Entstehung stets zu berücksichtigen. Ihr Grundbesitz ist eben nicht, wie bei anderen Immobiliengesellschaften, ganz oder überwiegend ein freiwillig erworbener gewesen, sondern gleichsam ein ihr oktroyierter, ein solcher, der mit der Auflösung einer notleidenden Hypothekenbank sich ergeben hat, eine Art Erbschaft. In demselben Sinn charakterisieren sich der Hypothekenbestand und andere Bilanzposten.

Der Entwicklung der Bank kam für die Jahre 1901 und 1902 die Hebung des Immobiliar- und Hypothekengeschäftes im allgemeinen zu statten, die fortdauernde Erleichterung des Geldmarktes und die Flüssigkeit der eigenen Mittel. Daher konnte die Bank auch schon im Jahre 1902 Nebengeschäften auf dem Immobiliengebiet sich widmen, und sie hat Terrains im Gesamtwert von 2 817 113,19 Mark erworben. Laut Konsortialkonto besitzt sie ferner eine Beteiligung an Aktien der Westlichen Boden-Aktiengesellschaft in Höhe von 749 737,10 Mark. Wichtiger als diese Beteiligungsquote ist die durch Mitbegründung der Westlichen Boden-Aktiengesellschaft betätigte Operationskraft. Die Neue Boden-Aktiengesellschaft ist keine reine Terraingesellschaft. Sie ist anscheinend bestrebt, Terrains zu finanzieren, indem sie dieselben in die Hand selbständiger Gesellschaften gibt und diesen die Spezialarbeit überläßt.

Reine Terraingesellschaften dürfen überhaupt keine Obligationen ausgeben. Die Ausgabe von Obligationen setzt voraus, daß aus ertragbringendem Grundbesitz und aktiven Hypotheken genügende Eingänge sichergestellt sind, damit der Obligationendienst tadellos und unabhängig von spekulativen Konjunkturen fungiere. Dies trifft bei der Boden-Aktiengesellschaft durchaus zu.

Für den Dienst der 18 883 000 Mk. 4 %igen und
3 944 100 „ $3^1/_2$ %igen
zusammen 22 827 100 Mk. Schuldverschreibungen
sind erforderlich 893 364 Mk.

Dem steht ein fester Einnahmesaldo gegenüber von 1 393 364 Mk., der aus folgenden Posten erzielt wird:

Ausgaben.	Mk.	Einnahmen.	Mk.
Zinsen für fremde Hypotheken aus eigenen Grundstücken	998 900,21	Zinsen aus eigenen Hypotheken	1 367 845,99
Abgaben und Unkosten der Grundstücksverwaltung inkl. Reparaturen . . .	513 633,60	Mieten aus eigenen Grundstücken	1 672 947,99
Anteil an Handlungsunkosten, Steuern	134 896,17		
Saldo	1 393 364,—		
	3 040 793,98		3 040 793,98

Aus den Geschäftsberichten für 1901 und 1902 ist ersichtlich, daß die Bank sich veranlaßt sah, die Hypothekenbestände auf eine Summe abzuschreiben, die weitere Verluste auf diesem Konto aller Voraussicht nach ausschließt. Man hat ca. 5 % des Buchwerts, 2 097 500 Mark, auf diesem Konto noch abgesetzt, weil sich in einer Anzahl von Fällen ergeben hatte, daß die Schätzung der im Besitz der Gesellschaft befindlichen Hypothekenforderungen nicht ausreichend vorsichtig gewesen war.

Auch auf dem Grundstückskonto und zwar auf die Hausgrundstücke ist gemäß dem Bericht für 1902 unter Berücksichtigung des baulichen Zustandes eines größeren Teiles der Häuser eine Abschreibung von 2 108 850 Mark vorgenommen worden. Zwar hatte sich im großen und ganzen die bei Gründung der Gesellschaft erfolgte Schätzung als zutreffend erwiesen, aber es war die Tatsache nicht genügend berücksichtigt worden, daß der schlanke Verkauf nur unter Gewährung eines entsprechenden Überschusses an den Käufer vorgenommen werden könne.

Diesem Umstand mußte den kaufmännischen Pflichten entsprechend Rechnung getragen werden.

Für die Möglichkeit dieser Abschreibungen kam der Gesellschaft zu statten, daß ihr auf Regreßansprüchekonto, das mit 1 Mark ursprünglich zu Buch stand, per Ende 1901 25 000 Mark Gewinn entstanden und im Jahre 1902 eine Einnahme von 5 887 776,58 Mark. Durch diesen Eingang gestaltete sich der Status der Gesellschaft liquid, zumal eben der Eingang in einer relativ kurzen Frist erfolgt ist.

Die Dividende betrug für das Jahr 1901: 6 %, für 1902: 10 %.

Die Grundsätze der Bilanzierung erscheinen durchaus sachgemäß: die wirklich eingegangenen Zinsen werden auf Zinsenkonto eingestellt. Dies ist im vorliegenden Fall durchaus gerechtfertigt.

Gemäß dem Abkommen zwischen der Boden-Akiengesellschaft, der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank und der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr war der letzteren gestattet worden, diejenigen Zinsen, welche vertragsmäßig der Boden-Aktiengesellschaft für Terrainhypotheken zustehen, nicht in bar zu zahlen, sondern durch Eintragung von Grundschulden abzurechnen. Die Grundschulden sind unverzinslich und am 1. April 1911 fällig. Die Grundschulden, neu eingetragen hinter den der Bodengesellschaft zustehenden Hypotheken, werden lediglich pro memoria mit 1 Mark bewertet.

Der Gesamtüberschuß aus Häusern ist verteilbarer Gewinn, nachdem vorher bei Bemessung der Gewinnziffer berücksichtigt worden ist, was für bevorstehende Reparaturen etwa aufgewendet werden muß und was für etwaige sonstige Ausgaben zu reservieren sei. Alle Aufwendungen auf die einzelnen Grundstücke sind auf Verwaltungs- resp. Reparaturenkonto abgebucht. In einem einzelnen Fall konnten die für den Bau einer Talsperre aufgewendeten Baukosten dem vorsichtig angesetzten Wert des Gutes zugeschrieben werden.

Die Landbank in Berlin[1].

Von

Dr. Felix Hecht.

§ 1. Die innere Entwicklungsgeschichte.

Die Gründung und Entwicklung des Instituts steht im engen Zusammenhang mit der preußischen Agrargesetzgebung. Das preußische Ansiedlungsgesetz vom 26. April 1886, besonders aber die preußischen Rentengutsgesetze vom 27. Juni 1890 und 7. Juli 1891 bezwecken, dem dringend gewordenen Bedürfnis der Vermehrung des mittleren und kleineren Bauernstandes und der Seßhaftmachung ländlicher Arbeiter, namentlich im Osten unseres Vaterlandes, nachzukommen.

Während das Ansiedlungsgesetz von 1886 aber nur für Posen und Westpreußen erlassen war und neben dem genannten wirtschaftlichen noch den politischen Zweck verfolgte, dem polnischen Grundbesitz Boden abzugewinnen, sind die Rentengutsgesetze von 1890/91 für alle Provinzen des preußischen Staats erlassen und verfolgen rein soziale Zwecke. Es liegt nach ihnen die ganze Kolonisation der Privattätigkeit ob, der Staat selbst wirkt dabei durch seine Organe, die General- und Spezialkommissionen und Rentenbanken, nur vermittelnd, befördernd und beaufsichtigend mit. Die große Anzahl der seit dem Erlaß der Rentengutsgesetze von 1890/91 gebildeten Rentengüter in den östlichen Provinzen bewies, daß eine Verkleinerung des hier namentlich obwaltenden Großgrundbesitzes und die Ansetzung von

[1] Die Darstellung beruht auf den Geschäftsberichten der Bank mit Einschluß der Statuten, und auf kleineren Drucksachen, die in den ersten Jahren der Geschäftstätigkeit ausgegeben wurden, sowie auf Prospekten. In Betracht gezogen sind auch die Berichte der deutschen Ansiedlungsgesellschaft 1899, 1900. S. auch die vortreffliche Schrift von Sering, die innere Kolonisation im östlichen Deutschland, 1893 (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 56).

Bauern und ländlichen Arbeitern wirtschaftlich geradezu zwingend war, sowie daß die staatliche Beförderung der privaten inneren Kolonisation einem wirklichen Bedürfnis auch entsprochen hat. Es stellte sich jedoch heraus, daß es für viele Privatleute, also Gutsbesitzer, schwer ist, die Parzellierung ihrer Güter, sei es im Wege der Rentengutsbildung, sei es ohne Vermittlung der Rentenbanken ganz oder auch nur teilweise vorzunehmen. Die praktische Durchführung einer selbst nur kleinen Kolonisation erfordert Zeit, Geld und große Geschäftsgewandtheit. Die Gewinnung von brauchbaren Ansiedlern und deren tatkräftige Unterstützung bei Begründung der Wirtschaften, die Bildung der Pläne und die Vermessung, die Übernahme in das Kataster, die Bebauung der Gehöfte mit den notwendigen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, die Herstellung der Wege und notwendigen Entwässerungsanlagen, die Abstoßung der Gutsschulden usw. verursachen stets Schwierigkeiten und Geldausgaben, denen viele Besitzer nicht gewachsen sind. Die staatliche Hilfe, welche die General- und Spezialkommissionen gewähren, reicht nicht aus, die genannten Schwierigkeiten zu überwinden. Nur wenn der Besitzer selbst die nötige Geschäftsgewandtheit und stets flüssiges Geld hat, kann er ohne Verluste die Kolonisationszeit durchhalten. Reelle Bankfirmen gewähren ja auch Kredit bei Rentengutsbildungen, aber regelmäßig erst dann, wenn die Rentengutsbildung fast durchgeführt ist und wenn feststeht, daß die Rentenbank eine bestimmte Anzahl Rentenbriefe demnächst hergibt, mithin erst im Schlußstadium des ganzen Verfahrens, also erst nach Jahren, wenn es sich nur noch um einfache Finanzierungen durch Abstoßung der Gutsschulden handelt. Je schneller die Ansiedler gewonnen werden, desto leichter lassen sich auch die finanziellen Schwierigkeiten überwinden, denn um so schneller kann das Verfahren abgeschlossen werden. Da lediglich hieran vielen Gutsbesitzern gelegen ist, so sind anfänglich vielfach Leute angesiedelt worden, die pekuniär zu schwach waren, um sich auf ihren Stellen erhalten zu können. Mit aus diesem Grunde ist es auch gekommen, daß in den Provinzen Posen und Westpreußen die Besiedlung mit Polen so überhand genommen hat, daß sonach der beabsichtigten Wirkung des Gesetzes von 1886 stark entgegengearbeitet ist. Die dortigen Besitzer, welche Rentengüter aus zwingenden pekuniären Gründen bildeten, konnten die Ansiedlung deutscher Kolonisten aus den geeigneten Provinzen nicht betreiben, sondern mußten zusehen, daß sie Käufer aus der Nähe möglichst schnell erhielten. Tatsache ist, daß durch die Art der Renten-

gutsbildung in den östlichen Provinzen die Einwanderung von anderen Provinzen her nur wenig gefördert wurde. Durch die finanzielle Unsicherheit der Rentengutsgeber wurden auch die Käufer vielfach von dem Kauf abgeschreckt, denn oft ist es vorgekommen, daß die Rentengutsbildung vorzeitig abgebrochen werden mußte, weil der Besitzer nicht mehr in der Lage war, sich pekuniär zu halten. Viele Käufer, die auf Gütern sich schon angesiedelt und auch schon ihr Geld und ihren Fleiß in die Parzellen gesteckt, insbesondere schon Bauten ausgeführt hatten, sind dadurch wirtschaftlich ruiniert oder wenigstens sehr schwer geschädigt worden. (Siehe Geschäftsbericht der Landbank für 1896, S. 4, 5.)

Die Landbank stellte sich zur Aufgabe, unter Vermeidung der angeführten Mißstände der privaten Parzellierung die Wege zu ebnen.

Die Anregung zur Errichtung der Landbank im Interesse der inneren Kolonisation erfolgte durch den Rittergutsbesitzer Dr. Ferdinand von Hansemann auf Pompewo.

Die Bank ist mit dem Sitz in Berlin am 27. Juli/9. Oktober 1895 errichtet worden.

Die Statuten der Landbank bezeichnen als den Gegenstand des Unternehmens:

a) Erwerbung und Veräußerung von Liegenschaften für eigene und fremde Rechnung im Deutschen Reich,
b) landwirtschaftlichen Betrieb sowie Errichtung und Betrieb von Anlagen jeder Art auf den erworbenen Liegenschaften oder deren Verpachtung,
c) Bildung und Besiedlung von Rentengütern aus eigenen und nicht eigenen Liegenschaften,
d) sonstiger Geschäftsbetrieb zur Förderung der landwirtschaftlichen Interessen.

Sie kaufte Güter, nicht um dieselben zu behalten, sondern um dieselben in Parzellen, namentlich in Rentengüter zu zerlegen, diese weiter zu veräußern und dadurch aus selbständigen Gutswirtschaften Bauern- und Arbeiterkolonien zu bilden. Der Ankauf von Gütern zur Förderung der inneren Kolonisation war in den ersten Jahren ihrer Tätigkeit ihr Hauptzweck. Der Geschäftszweig der kommissionsweisen Durchführung von Rentengutsbildungen wurde für spätere Zeit in Aussicht genommen.

Die Bank war bestrebt, nur solche Güter anzukaufen, welche sich unter Einschränkung der kostspieligen Zwischenverwaltung möglichst

schnell wieder umsetzen lassen und welche vermöge ihrer Beschaffenheit bei der Aufteilung die nötige Sicherheit für die Restkaufgelder gewährten. Aber zugleich war sie bedacht, die erworbenen Güter zweckmäßig aufzuteilen und das Wohlergehen der Käufer zu fördern. Im Geschäftsbericht für 1899 wird mitgeteilt, daß in diesem Jahre wie in den Vorjahren keine Zwangsversteigerung eines verkauften Grundstücks vorgekommen sei und daß die Bank Zinsverluste durch säumige Ansiedler nicht erlitten habe. Auch im Jahre 1900 erlitt sie keine nennenswerten Zinsverluste. „Wir dürfen darin um so mehr einen Beweis für die Lebensfähigkeit der von uns geschaffenen Stellen erblicken, als die ungewöhnlichen Witterungsverhältnisse des verflossenen Jahres unsere Ansiedler auf eine harte Probe gestellt haben."

Die Bemühungen auf dem Gebiete der Bauernkolonisation (Aufteilung in kleine Stellen), die in den ersten Jahren im Vordergrund der Tätigkeit standen, traten aber allmählich etwas zurück. Im Bericht für 1900 wird das des näheren begründet. Nur zum Teil sei dies auf den Umstand zurückzuführen, daß sich Gelegenheit bot, eine größere Anzahl Güter vorteilhaft an geeignete Käufer im ganzen abzugeben und daß sich überhaupt die Nachfrage auf größere zweckmäßig zugeschnittene Restgüter und Vorwerke äußerst rege erhielt. Der Rückgang hatte zum nicht geringen Teil auch darin seinen Grund, daß seitens der Staatsbehörden bei Regelung der öffentlich-rechtlichen Verhältnisse oft unverhältnismäßig hohe Anforderungen an die Bank gestellt wurden, so daß die Bank wiederholt von geplanten Kolonien Abstand nehmen und die Ausdehnung anderer Besiedlungen einschränken mußte.

„Wenn wir auch glauben, auf dem Weg, den wir jetzt einschlagen mußten, der inneren Kolonisation und der Landwirtschaft als solcher wesentliche Dienste zu leisten, so werden wir doch im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse der Gründung von Bauernkolonien und auch der Gründung von Arbeiterstellen gerne wieder unsere erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden, sobald und wo immer der vorberegte Hinderungsgrund wegfällt." (Bericht für 1900.)

Die Bank wandte sich also vorübergehend von der eigentlichen Kolonisation ab und widmete sich mehr der Aufteilung großer Herrschaften in kleinere Großgüter, d. h. in solche Güter, die an der unteren Grenze des Großbetriebs stehen, unter Ausstattung der einzelnen Teile zu selbständigen Wirtschaftsobjekten. In der gehörigen Herrichtung dieser einzelnen Güter und in der Veräußerung derselben

erblickte sie ihre Hauptaufgabe, auch trat der Landhandel stark in den Vordergrund. Aus dem Bericht von 1901 ist ersichtlich, daß allmählich eine Verständigung zwischen der Bank und den Behörden sich anbahnte, sowohl mit den staatlichen Behörden wie mit denjenigen der Selbstverwaltung. Es darf vorausgesetzt werden, daß die sich leicht erklärenden Differenzen sich vollständig ausgleichen und die bäuerliche Kolonisation unter Mitwirkung der Bank erhebliche Fortschritte macht. Die Begründung eigentlicher Arbeitsstellen tritt deshalb zurück, weil Leute, die sich etwas erspart haben, mit aller Energie danach streben, unabhängig zu werden.

Die Begründung von Bauerndörfern, die einige Zeit, wie bemerkt, zurückgegangen war, wird demnächst vielleicht wieder einen bedeutenden Umfang annehmen. Stellen von 5—20 ha sind selbständige bäuerliche Betriebe (ein und zwei Pferdewirtschaften), und diese Stellen sind zu Dorfschaften zu vereinigen, es sind die Gemeinden mit allem dem auszustatten, was für ihr Gedeihen erforderlich ist (Schulen, Wege, Forst usw.). Dabei sind die einzelnen Wirtschaften sehr geschickt zuzuschneiden, denn jede einzelne Wirtschaft muß ein lebensfähiges Ganzes bilden. Hierfür wird der Bank zu gute kommen, daß sie nach meinen Beobachtungen allmählich mit großem Geschick eine eigenartige Organisation herausgebildet hat, auf die aber hier des näheren nicht eingegangen werden kann; sie hat anscheinend allmählich geeignete Kräfte für die Kolonisation gefunden. Solche Kolonisatoren müssen gute Landwirte, aber gleichzeitig geschäftlich routiniert und gute Menschenkenner sein. Gut zu kolonisieren ist eine schwere Kunst.

§ 2. Die äußere Entwicklungsgeschichte. Einfluß der Krisis.

Um die Wirksamkeit der Bank voll zu ermessen, bedarf es einer Darstellung der äußeren Entwicklungsgeschichte. Das Aktienkapital betrug Ende 1896: 4 000 000 Mark, seit 15. März 1897: 5 000 000 Mark. Es betrug Ende 1897: 6 250 000 Mark, Ende 1899: 8 125 000 Mark, seit Januar 1900: 10 000 000 Mark.

Die Gesellschaft ist befugt, Obligationen auszugeben. Ein bestimmtes Verhältnis des Obligationenkapitals zum Aktienkapital ist in den Statuten nicht vorgesehen. Sie hat von dieser Befugnis erstmals im Jahre 1900 Gebrauch gemacht. (S. Prospekt vom April 1900.) Bei einem voll eingezahlten Aktienkapital von 10 Millionen Mark betrug die Obligationenschuld Ende Dezember 1900: 3 500 000 Mark, Ende 1901: 4 900 000 Mark, Ende 1902: 8 100 000 Mark.

Die Obligationen sind zu $4\frac{1}{2}$ % verzinslich, frühestens kündbar zum 2. Januar 1910, rückzahlbar zu 103 %. Ein Zuschlagsfonds, aus dem seinerzeit jeweils die 3 % gezahlt werden, ist bis jetzt nicht gebildet. Die Obligationen werden durch Indossament übertragen. Die Landbank ist nicht befugt, vor vollständiger Tilgung der Anleihe (im Gesamtbetrag von 10 Millionen Mark) eine weitere Anleihe aufzunehmen, welche den Inhabern ein besseres Recht auf das Vermögen der Gesellschaft oder eine besondere Sicherheit einräumt. Eine Auslosung der Schuldverschreibungen nach Nummern findet nicht statt. Die Rückzahlung erfolgt nach einer von der Landesbank ausgehenden, nur zum 2. Januar oder 1. Juli jedes Jahres zulässigen sechsmonatlichen Kündigung, die in näher bestimmter Weise bekannt gemacht wird. Der bis zum 1. Juli 1939 nicht gekündigte Teil der Anleihe wird ohne Kündigung zum 2. Januar 1940 fällig.

Die Gesellschaft hat regelmäßig 7 % Dividende auf das jeweils eingezahlte Aktienkapital gegeben.

Die Wirksamkeit der Bank war ursprünglich auf den preußischen Staat statutarisch beschränkt. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 18. Dezember 1897 wurde die Ausdehnung auf das Deutsche Reich zugelassen. Mit Rücksicht auf das am 1. Januar 1900 erfolgte Inkrafttreten des B. G. B. und des H. G. B. hat eine Revision der Statuten im Jahre 1900 stattgefunden.

Der erworbene Grundbesitz umfaßte Ende 1902 insgesamt 84 810 ha. Davon entfallen bis Ende

1896	ungefähr	17 500	ha
1897	„	7 250	„
1898	„	8 750	„
1899	„	10 075	„
1900	„	24 050	„
1901	„	10 525	„
1902	„	6 660	„

Es wurden angekauft (s. Geschäftsbericht der Bank, S. 6):

	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	zusammen Landgüter	mit einer Fläche von ungefähr ha
I. Königreich Preußen:									
Prov. Ostpreußen	1	—	—	4	3	1	1	10	9 530
„ Westpreußen	7	3	4	6	12	1	2	35	23 570
„ Pommern	2	7	3	2	—	1	2	17	11 685
„ Posen	4	2	2	2	10	7	—	27	24 275
„ Brandenburg	1	1	2	—	4	3	1	12	6 985
„ Sachsen	—	—	2	—	—	—	—	2	750
„ Schlesien	—	—	—	—	5	3	5	13	6 195
„ Schleswig-Holstein	—	—	—	—	—	—	1	1	895
II. Königreich Bayern:									
Oberpfalz	—	—	—	—	—	1	—	1	925
Zusammen	15	13	13	14	34	17	12	118	84,810

Von dem Gesamtgrundbesitz wurden an Flächen verkauft zusammen 73 610 ha an 2013 Käufer und zwar:

bis Ende 1896 ca. 6 000 ha an 240 Käufer
im Jahre 1897 „ 9 000 „ „ 326 „
„ „ 1898 „ 9 250 „ „ 296 „
„ „ 1899 „ 8 500 „ „ 263 „
„ „ 1900 „ 12 000 „ „ 126 „
„ „ 1901 „ 12 425 „ „ 217 „
„ „ 1902 „ 16 435 „ „ 545 „

Die Übersicht zeigt, daß eine örtliche Ausdehnung der Tätigkeit allmählich eingetreten ist. Ursprünglich erstreckte sich die Tätigkeit der Bank nur auf die Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Posen, Brandenburg, seit dem Jahre 1898 auch auf die Provinz Sachsen, seit 1900 auf Schlesien, seit 1902 auf Schleswig-Holstein. Im Jahre 1901 wurde erstmals die Tätigkeit auch auf außerpreußisches Gebiet erstreckt durch den Erwerb einer Herrschaft in der bayrischen Oberpfalz.

Es sind dadurch gebildet worden:

	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	insgesamt	mit ha
a) Selbständige neue Bauernstellen	193	257	147	112	66	68	86	929	12 947
b) Vergrößerung bestehender Wirtschaften durch Zukäufe	39	42	126	129	34	114	424	908	3 749
c) Selbständige Vorwerke und Restgüter	8	27	23	22	26	35	35	176	56 914
Zusammen	240	326	296	263	126	217	545	2013	73 610

Die Käufer verteilten sich ihrer Herkunft nach wie folgt:

1. aus der Provinz Posen 218
2. „ „ „ Westpreußen 483
3. „ „ „ Ostpreußen 173
4. „ „ „ Brandenburg 131
5. „ „ „ Pommern 461
6. „ „ „ Schlesien 285
7. aus den preußischen Provinzen westlich der Elbe und aus anderen deutschen Gebieten 241
8. nach dem Ausland 21

2013

Es ist zur Würdigung dieser immerhin erheblichen Resultate zu berücksichtigen, daß die allgemeine Geldlage im Jahre 1900 den Verkäufen Schwierigkeiten entgegensetzte und daß die nachhaltige Trockenheit, die damals in den östlichen Provinzen herrschte, die Gutseinnahmen schmälerte, daher auch manchen Reflektanten vom Erwerb abhielt.

Auch im Jahre 1901 war mit Schwierigkeiten ungewöhnlicher Art zu kämpfen. Die fast allgemeine Auswinterung der Wintersaaten, namentlich des Weizens, die nachhaltige Dürre, die namentlich in den Provinzen Westpreußen und Posen herrschte, die Verluste und die allgemeine Beunruhigung, die durch den Zusammenbruch großer Unternehmungen eintraten, übten auf die Kauflust und die Kaufkraft in den auf Grundbesitz reflektierenden Kreisen nachteiligen Einfluß, und die Nachwirkung erstreckte sich selbstverständlich auch auf das Jahr 1902.

§ 3. Kritik der geschäftlichen Tätigkeit. Bilanzgrundsätze.

Es ist die Tätigkeit der Bank mehrfach scharf kritisiert worden, namentlich ihre Erwerbstendenz. Aber die Bank hat niemals ein Hehl daraus gemacht, daß sie ein Erwerbsinstitut sei. Sie hat mehrfach erklärt: daß sie berufen sei, die im staatlichen Interesse liegende innere Kolonisation mit angemessenem Nutzen für ihre Aktionäre zu fördern. Sie sei keine politische „Rettungsbank" und daher im eigenen wie im Interesse ihrer Ansiedler an bestimmte wirtschaftliche Grenzen bei Bemessung der Kaufpreise für die zu erwerbenden Güter gebunden.

Daß sie angemessene Dividende gab, war ein Gebot der Selbsterhaltung. Nur dadurch konnten ihr die notwendigen Kapitalien stets zufließen. Die innere Kolonisation, in großem Maßstab betrieben, ist an und für sich keine leichte, eine Unsumme von geistiger und körperlicher Anstrengung erfordernde sozialpolitische Aufgabe allerersten Ranges. Die Landbank hat in den Ansiedlungsprovinzen mit der Königlichen Ansiedlungskommission gewirkt und sich auch bemüht, ihre Ansiedler aus weiter Ferne heranzuziehen. Sie hat der Landwirtschaft nicht Kapitalien entzogen, sondern zugeführt.

Dazu bedarf es eines großen, kapitalkräftigen und auf die Dauer berechneten Unternehmens. Ein solches Unternehmen muß behufs Heranziehung immer neuer Kapitalien einen Teil der geschaffenen Werte in Gestalt eines Gewinns für sich und die werbenden Kapitalien in Anspruch nehmen. Das eigenste Interesse eines solchen Unternehmens gebot, daß hierbei die Interessen und das Wohl der Ansiedler berücksichtigt werden. Ohne die Landbank würde die innere Kolonisation nicht diejenigen Fortschritte gemacht haben, die sie gemacht hat. Die von Jahr zu Jahr zunehmende Ausdehnung ihres Geschäftsbetriebs beweist, daß die Bank einem starken Bedürfnis dient.

Ich werde jedes andere Unternehmen, das ohne jede Erwerbstendenz dieselben Ziele verfolgt wie die Landbank, sofern es auch dieselbe erfolgreiche Tätigkeit für die innere Kolonisation entwickelt, freudig begrüßen, aber der Landbank kann ich keinen Vorwurf daraus machen, daß sie die Konjunktur der inneren Kolonisation geschäftlich verwertet, sofern dies in sorgfältig erwogenen Grenzen geschieht. Unter rein geschäftlichen Gesichtspunkten kann man nicht kolonisieren. Es muß ein reges Interesse bestehen, gute Ansiedlungen zu haben, die Lebensfähigkeit der Ansiedlungen muß gesichert sein.

Die Landbank besteht erst seit relativ kurzer Zeit, und ein abschließendes Urteil kann daher nicht gegeben werden. Es darf angenommen werden, daß es ihr auch ferner gelingt, das Kapital zur Verfügung der inneren Kolonisation zu stellen, was vor einer staatlichen Kolonisation erhebliche Vorzüge hat. Und es darf auch gehofft werden, daß dieses zur Verfügung der inneren Kolonisation jeweils bereitstehende Großkapital sich unter die Kontrolle einer Behörde stellt, die prüft, ob die Ansiedler unter erträglichen Bedingungen eingesetzt sind und ob die Gemeinden hinreichend mit öffentlichen Einrichtungen ausgestattet werden, die nötig sind, wenn sie gedeihen sollen. Das freundliche Zusammenwirken des privaten Kapitals mit der öffentlichen Behörde eröffnet die günstigsten Aussichten für eine erfolgreiche Kolonisation.

Daß man sich derzeit auf dem richtigen Weg befindet, wird durch die Erfahrungen bewiesen, welche von der Deutschen Ansiedlungsgesellschaft gemacht worden sind. Hier hatten sich hochangesehene Männer zusammengefunden, deren Namen für höchste Uneigennützigkeit bürgte und die lediglich ein gemeinnütziges Unternehmen zur Förderung der inneren Kolonisation herstellen wollten. Sie wollten mit Hilfe der preußischen Rentenbank gute Ansiedlungen schaffen. In der Tat haben sie einige schöne Ansiedlungen hergestellt.

Die Deutsche Ansiedlungsgesellschaft verkaufte bis Ende 1899:

25	Rentengüter	unter	3	ha
14	"	von	3— 5	"
27	"	"	5— 10	"
61	"	"	10— 15	"
32	"	"	15— 25	"
6	"	"	25— 50	"
1	"	"	50— 75	"
3	"	"	75—100	"
2	"	über	100	"

Außer diesen 171 Rentengutsverkäufen wurden noch 69 freihändige Verkäufe mit Adjazenten abgeschlossen. Im Jahre 1900 „beschränkte sich die Tätigkeit der Gesellschaft auf die Aufarbeitung der in den früheren Berichtsjahren begonnenen Kolonisation und auf die Bearbeitung eines im Kreis Greifswald belegenen Ritterguts“. Man machte dort den Versuch, neben kleinbäuerlichen Wirtschaften

gleichzeitig eine größere Arbeiter- und Handwerkerkolonie zu schaffen. Es wurden dort 20 Arbeiter- und 8 Handwerkerstellen, erstere mit je 1 ha Wiese und 1 ha Acker, letzterer etwa doppelt so groß aus- gelegt, von welchen der größte Teil Ende 1901 vergeben war.

Die Schwierigkeit der Kapitalbeschaffung unter gleichzeitiger Beibehaltung des ausschließlich gemeinnützigen Charakters des Unternehmens ist niemals überwunden worden. Die Versuche, diese Schwierigkeiten zu überwinden, sind interessant und lehrreich. Derzeit befindet sich die Deutsche Ansiedlungsgesellschaft in Liquidation. Ihren Überschuß wird sie gemäß den Statuten einem gemeinnützigen Zweck widmen. Nicht zu verwechseln mit der Deutschen Ansiedelungsgesellschaft ist die Ansiedlungsbank, die verhältnismäßig wenige ländliche Kolonien geschaffen hat.

Im einzelnen ist zum Verständnis der Bilanzen der Landbank das Nachfolgende zu bemerken:

Die Güter, das Grundstückskonto, werden ohne Zinsbelastung als Aktivum aufgeführt. Über Gewinnkonto laufen nur diejenigen Güter, die vollständig aufgeteilt sind. Der Gewinn aus dem einzelnen Gut kommt erst dann zur Verrechnung, wenn das Gut vollständig verkauft ist, und dabei werden die aus dem Verkauf von Grundstücken noch zu erfüllenden Verbindlichkeiten (Kosten der Auflassungen usw.) voll berücksichtigt. (Geschäftsbericht für 1900, S. 7.) Dabei ist zu beachten, daß auf dem Grundstückskonto die Grundstücke abgeschrieben werden, sobald sie verkauft sind, dagegen werden die Hypotheken erst abgelöst, sobald die Auflassung an den neuen Käufer erfolgt, und darüber vergeht eine längere Zeit, zuweilen 1—2 Jahre, da ja die Grundstücke neu vermessen werden müssen. Das ist bei der Beurteilung der Höhe des Kreditorenkontos auf der Passivseite der Bilanzen zu berücksichtigen.

Die Höhe des Debitorenkontos auf dem allgemeinen Hypothekenkonto aber ist erklärlich, weil die Erfüllung aller Formalitäten bis zum Übertrag der Forderungen auf die ländlichen Beleihungsinstitute stets längere Zeit in Anspruch nimmt.

Die Höhe des allgemeinen Betriebs- und Verwaltungskontos hängt mit der Eigenart der Tätigkeit der Bank eng zusammen. Die Bank treibt nicht den reinen Handel mit Gütern, wenn sie auch gelegentlich einzelne Güter im ganzen weiter verkauft. Aber in der Regel müssen die aufgekauften Güter in die Höhe gebracht werden. Es sind beträchtliche Aufwendungen im Interesse einer zweckmäßigen Aufteilung

der Güter erforderlich, Meliorationen, Drainagen usw. werden aus diesem Konto gedeckt. Entsprechend verhält es sich mit dem Baukonto. Wenn ein Gut in Teile zerlegt wird, so sind Neubauten nötig: Wohnungen, Stallungen, Umbauten, Scheunen. Dagegen befindet sich auf diesem Konto nicht der Aufwand zum Bau der Gebäude bei kleinen Ansiedlungen, weil bei diesen Bauten die Bank lediglich als Unternehmerin für die Ansiedler fungiert. Die Bauten werden den Ansiedlern zum Selbstkostenpreis überlassen.

Die Bilanzmethoden der Immobiliengesellschaften.

Von
Dr. Felix Hecht.

Sowohl dem Spielhagen- wie dem Pommernbank-Konzern hat bekanntlich eine Reihe von Immobiliengesellschaften angehört, und gerade diese Immobiliengesellschaften haben innerhalb der beiden Konzerne eine bedeutsame Rolle gespielt. Zu dem Spielhagen- (besser Sanden-)Konzern gehörte die Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr, die Neue Berliner Baugesellschaft (Aktiengesellschaft), der Märkische Immobilienverein und die Grunderwerbsgesellschaft für Berlin und Vororte. Die beiden letztgenannten Gesellschaften waren Gesellschaften m. b. H. Zu dem Konzern der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank gehörte die Immobilien-Verkehrsbank (Aktiengesellschaft), Schumacher & Cie. (G. m. b. H.), die Immobilien-Erwerbsgesellschaft (G. m. b. H.) und die Vereinigung für Grunderwerb (G. m. b. H.).

Es handelte sich also um Immobilien-Aktiengesellschaften und um Immobiliengesellschaften m. b. H. Wenn seiner Zeit an anderer Stelle die Entwicklungsgeschichte und die Ursachen der Katastrophen der betreffenden Hypothekenbanken zur eingehenderen Darstellung kommt, wird auf diese Immobiliengesellschaften des näheren einzugehen sein. Bei der Beurteilung der Solvenz dieser Gesellschaften waren die Bilanz- und Buchungsmethoden zu prüfen, und mehrfach wurde die Frage erörtert, ob gezahlte Hypothekenzinsen dem Wert der Immobilien, insbesondere der Terrains, in den Bilanzen zugeschrieben werden dürfen? Die Frage ist von allgemeiner Bedeutung und möge daher hier erörtert werden, weil in einer großen Anzahl von Fällen während der Krisis sich herausgestellt hat, daß die fortgesetzte unrichtige Bilanzierung zu Katastrophen von Gesellschaften geführt hat.

Überblickt man alle gesetzlichen Bestimmungen, so ergibt sich meines Erachtens, daß bei der Bilanzierung von Immobilien zu unterscheiden ist, ob sie einem Privatmann gehören, ob sie einer Aktiengesellschaft oder einer Gesellschaft m. b. H. zu eigen sind?[1]

Ein Privatmann wird seine Immobilien zum Selbstkostenpreis in seine Bilanz einstellen, er wird also insbesondere außer dem Kaufpreis, den Meliorationskosten und sonstigen Unkosten auch die Zinsen der in die Immobilien verwendeten Kapitalien berücksichtigen. Die Einstellung des Selbstkostenpreises ist auch bei Gesellschaften m. b. H. gestattet, sofern dieser Selbstkostenpreis den sorgfältig ermittelten Wert der Immobilien zur Zeit der Bilanzierung nicht übersteigt. Nach den Spezialvorschriften des H. G. B. ist diese Bilanzmethode bei Immobilien-Aktiengesellschaften ausgeschlossen. Wohl die meisten Immobilien-Aktiengesellschaften sind Terrain-Aktiengesellschaften.

Wenn man in der Bilanz von Immobilien-Aktiengesellschaften ein Hauskonto findet, so wird dies meist auf eine nicht ganz glatt abgewickelte Terrainspekulation sich zurückführen lassen. Und ein solches Konto ist mit besonderer Vorsicht zu prüfen, denn Häuser, die einer Terraingesellschaft zugefallen sind, können unter Umständen Abschreibungen und Reservestellungen in viel höherem Maße verlangen als Terrains. Bei einigem guten Willen aber wird die Frage, mit welchem Betrag die einer Immobiliengesellschaft gehörigen bebauten Grundstücke in die Bilanz aufzunehmen seien, ohne erhebliche Schwierigkeit entschieden werden können. Man kann daher diese ausscheiden und sich auf die Erörterung der angeregten Frage in Bezug auf Terrains beschränken.

Angesehene Terrain-Aktiengesellschaften, auch in Berlin, pflegen die Immobilien höchstens zum Anschaffungswert (Kaufpreis) in die Bilanz einzustellen. Sie lassen die Zinsen für Hypotheken über Gewinn- und Verlustkonto gehen. Diese Methode der Buchung wird auch als richtig betrachtet von dem namhaften Kenner der Bilanzmethoden, Dr. Veit Simon („Die Staatseinkommensteuer bei Aktiengesellschaften“,

---

[1] H.G.B. § 261, inhaltlich übereinstimmend mit dem alten H.G.B. Art. 185 a, 239 a, und ebenda § 40. S. zum Verständnis dieses Paragraphen Motive zur Bundesratsvorlage (Berlin, Heymanns Verlag 1883, S. 257) und Reichstagsvorlage (Drucksachen des Reichstags, 5. Legislaturperiode, IV. Session 1884, Aktenstück 21, S. 303). Bericht der 9. Kommission derselben Reichstagssession, Aktenstück Nr. 128, S. 1020. S. ferner Gesetz betreffend die Gesellschaften m. b. H. § 42. Motive hierzu, amtliche Ausgabe, Berlin 1891, S. 91.



1892, S. 129). Der Anschaffungswert umfaßt zweifellos nicht die Zinsen des angeschafften Gegenstandes. Wenn man Rohterrains zu baureifen Baustellen umwandelt, so können die hierauf bezüglichen Aufwendungen (für Straßenanlagen, Kanalisation, Wasserleitung usw.) dem Kaufpreis zugeschlagen werden. Sie gehören zu den Herstellungskosten baureifer Parzellen. Bei einem Rohterrain kommen „Herstellungskosten" in Betracht. Ein Rohterrain braucht eben solcher Aufwendungen zur Herstellung baureifer Parzellen. Bei baureifen Parzellen kommt der „Anschaffungswert" in Betracht. Anschaffungswert ist der Kaufpreis. Für das Kriterium des Anschaffungswerts ist die Anschaffung seitens des derzeitigen Eigentümers maßgebend, nicht etwa die Erwartung eines Zeitpunktes, in dem ein Dritter geneigt ist, das Terrain von dem jetzigen Eigentümer sich „anzuschaffen". Der Anschaffungswert kann aber betrügerisch in die Höhe geschraubt sein durch Zwischenkäufe vorgeschobener Personen oder Gesellschaften. Ein derartig künstlich hergestellter Anschaffungswert ist selbstverständlich zur Einstellung in die Bilanz nicht geeignet.

Bei einer Untersuchung über die Praxis einer großen Anzahl süddeutscher Immobilien-Aktiengesellschaften hat sich ergeben, daß dieselben Zinsen bei der Bilanzierung ihres Immobilienbesitzes nicht zuschlagen.

In der Praxis der Bilanzierung von Immobiliengesellschaften ist sonach zum mindesten überwiegend dieser Grundsatz anerkannt. Es mag fraglich erscheinen, ob der Zuschlag der Zinsen zu dem Kaufpreis von Terrains gegebenen Falls strafbar ist. Aber diese Frage gehört nicht hierher und de lege ferenda mag zur Erwägung stehen, ob etwa die Zinsen, die eine Gesellschaft für Restkaufgeld-Hypotheken zahlt, dem Immobilienkonto zugeschrieben werden dürfen, sie also so zu behandeln sind wie die Grundsteuern, die Meliorationen von Straßen usw.

Erachtet man es für zulässig, daß gezahlte Hypothekenzinsen dem Kaufpreis zugeschlagen werden dürfen, so gelangt man leicht zu der Folgerung, daß auch Zinsen des in den Immobilien angelegten eigenen Kapitals dem Kaufpreis zuzurechnen seien, denn andernfalls setzt man eine Prämie auf tunlichst hohe Verschuldung der Immobilien.

Durchaus zwingend ist die Folgerung freilich nicht, denn das eigene Kapital, das in eine geschäftliche Unternehmung gesteckt wird, trägt keine Zinsen, es bringt Gewinn oder Verlust. Der Gewinn tritt gerade an Stelle der Zinsen, und man spekuliert, weil man

keine Zinsen, sondern etwas anderes, eben den Gewinn haben möchte, den man höher veranschlagt als Zinsen einer Kapitalanlage. Der Zuschlag von „Zinsen“ für investiertes Kapital ist tatsächlich nichts anderes als der Zuschlag eines veranschlagten Gewinns. Will man aber Gewinn verrechnen, so muß man die Ware, das Terrain, verkauft haben. Die Zinsverluste auf das investierte Kapital sind für das betreffende Geschäft eine stille Reserve, und je größer diese ist, desto solider ist das Geschäft.

Der Mißstand einer eventuell gebotenen verschiedenartigen Behandlung des investierten eigenen Kapitals und des in die Terrains verwendeten fremden Kapitals aber führt ebenfalls zu der Folgerung, daß man Zinsen des fremden Kapitals dem Wert der Terrains in der Bilanz nicht zuschreiben soll.

Müssen die Zinsen aber jährlich über Gewinn- und Verlustkonto gehen, so kann freilich der Fall eintreten, daß im Lauf der Jahre ein Terrain, das inzwischen sehr erheblich im Wert gestiegen ist, schwer belastet erscheint und die Bilanz ganz ungünstig sich gestaltet, ja daß die Gesellschaft überschuldet erscheint und die daraus zu ziehenden Konsequenzen zu erwägen sind. Diesen Konsequenzen kann sie dann durch Erhöhung des Aktienkapitals vorbeugen. Aber die Erwägung dieser Möglichkeit wird eben dahin führen, daß Immobiliengesellschaften nur im mäßigen Umfang ihre Terrains mit Schulden belasten. Schulden sind mit unbebauten Liegenschaften nicht leicht vereinbar, und die strengere Bilanzmethode wird zur größeren Solidität des Terraingeschäfts mit veranlassen, was in hohem Grade wünschenswert und von der Gesetzgebung erstrebenswert ist.

Die gleichmäßige strenge Praxis ist für Aktiengesellschaften m. b. H. unter allen Umständen herzustellen. Daß Immobiliengesellschaften m. b. H. gestattet sein soll, was den Immobilien-Aktiengesellschaften nicht gestattet ist, kann nicht befürwortet werden. Die Frage ist deshalb von großer Bedeutung, weil in der Praxis des Immobilienverkehrs die Gesellschaft m. b. H. eine sehr große Rolle spielt, und anscheinend sind viele solcher Gesellschaften im Verhältnis zu ihrem Engagement nicht genügend mit Kapital fundiert. Des öfteren sind z. B. in Berlin solche Gesellschaften mit einem Kapital von nur 20 000 Mark ausgestattet, was im schreiendsten Mißverhältnis zu ihrem Engagement in Grundstücken steht.

Man hat die Befugnis, einem Terrainkaufpreis die gezahlten Hypothekenzinsen zuschreiben zu dürfen daraus hergeleitet, daß ja ein

innerer Wertzuwachs bei Terrains stattzufinden pflege. Allein diese Begründung ist wahrlich nicht ausreichend. Der innere Wertzuwachs ist nicht selbstverständlich, und welch große Verluste sind bei Terrainspekulationen schon entstanden. In Bezug auf die Wahrscheinlichkeit des inneren Wertzuwachses kommt es darauf an, ob das Terrain billig oder teuer gekauft worden ist. Der künftige Wertzuwachs ist des öfteren schon im Kauf eskomptiert. Der innere Wertzuwachs ist ein anderer Ausdruck für eine taxierte Gewinnchance. Taxwerte können in eine Bilanz nicht eingestellt werden und Gewinnchancen können keine Berücksichtigung finden. Das Argument spricht wegen seiner Gefährlichkeit eher gegen als für die Zulassung einer Zuschreibung gezahlter Hypothekenzinsen zum Kaufpreis.

Gezahlte Hypothekenzinsen stellen an sich keine Verbesserung des Grundbesitzes dar. Es trifft das Argument zu, das oben hervorgehoben worden ist. Wenn ich Wolle kaufe und darauf ein Darlehen aufnehme, so wächst doch dadurch nicht der Wert der Wolle, und Terrain ist, soweit es hier in Betracht kommt, eine Ware wie irgend eine andere Ware, zum mindesten in der Hand von Terraingesellschaften, keineswegs allerdings durchweg.

Ich unterscheide bei den Immobiliengesellschaften zwischen Dividendengesellschaften und Liquidationsgesellschaften. Bei den Liquidationsgesellschaften wird die Dividendenverteilung ausgesetzt, bis die betreffenden Terrainkomplexe ganz oder wenigstens zu einem erheblichen Teil verkauft sind. Die statutarischen Bestimmungen gehen darüber auseinander, mit welchem Zeitpunkt Gewinne ausgeschüttet werden dürfen.

Bei jeder Dividenden-Terraingesellschaft entsteht die Frage: Wie konstruiert die betreffende Gesellschaft den Gewinn? Die meisten Statuten enthalten darüber keine oder doch nicht vollständig präzise Bestimmungen. Vielfach ist aus den Geschäftsberichten Näheres direkt oder indirekt zu entnehmen. Jede Dividenden-Terraingesellschaft sollte über diese Frage in jedem Geschäftsbericht eine Auskunft geben. Die Auskunft kann ganz präsis sein, ohne daß sie das berechtigte Geschäftsgeheimnis irgendwie preisgibt. Damit würde die Gefahr einer Ausschüttung von Scheingewinnen oder Gewinnen, die lediglich als Buchgewinn sich qualifizieren, wesentlich verringert.

Bei der Prüfung der Bilanzmethoden der verschiedensten Dividenden-Terraingesellschaften erkennt man, daß vielfach offenbar bei der Beratung der Bilanzen die Frage erörtert worden ist, ob bei Festsetzung

des Gewinns auch Restkaufgeld-Forderungen, die den Gesellschaften zustehen, berücksichtigt werden dürfen, sofern man nach solidesten Grundsätzen bilanzieren will. Bekanntlich wird ja vielfach bei Verkäufen nicht die ganze Valuta in bar bezahlt, sondern ein Teil wird in bar entrichtet, ein anderer Teil bleibt hypothekarisch sichergestellt stehen.

Es ist zu unterscheiden:

a) Man verkauft ohne Einräumung von Priorität und ohne die Verpflichtung zur Gewährung von Baugeldern. Dann steht die Gesellschaft mit dem Kaufgeld oder Restkaufgeld zur ersten Stelle. Ist nun zur Zeit der Bilanzierung bereits mit dem Bau begonnen und ist dieser Bau einigermaßen bereits vorgeschritten, so kann unzweifelhaft diese Hypothekenforderung volle Berücksichtigung bei der Gewinnberechnung finden. Vielfach sind solche Forderungen geradezu erstklassig. Vielfach sind sie sehr leicht realisierbar. Aber auch ohne diese Prämisse sind Restkaufgelder vollwertig zu bilanzieren, wenn die Anzahlung in einem ausreichenden Verhältnis zum Kaufpreis stand und der Aussteller der Hypothek zweifellos solvent ist.

b) Man verkauft mit Einräumung von Priorität und mit der Verpflichtung, Baugeld zu geben. Solide Gesellschaften pflegen derartige Forderungen bei der Gewinnverteilung zurückzustellen. Es mag der Entscheidung des konkreten Falles anheimgegeben sein, ob man solche Forderungen etwa zu einem Teile für die Gewinnberechnung benützen will. Rätlich ist es, die bei solchen Gesellschaften sich ergebenden Gewinne auf Grundstücks-Interimskonto, oder wie es sonst genannt werden mag, zu übertragen und den Gewinn erst zu verteilen, wenn das betreffende Geschäft tatsächlich abgewickelt ist. Derartige Forderungen sind zuweilen ebenfalls realisierbar. Hat man sie realisiert, so verschwindet jedes Bedenken der Berücksichtigung bei der Gewinnfeststellung. Sind sie freilich mit Gewähr verkauft, so muß dies in der Bilanz seinen Ausdruck finden.

Bekanntlich bietet jede Gattung von Aktiengesellschaften für die richtige Bilanzierung eigenartige Schwierigkeiten, aber jeder vorsichtige Kaufmann und jeder gewissenhafte Vorstand von Aktiengesellschaften wird imstande sein, eine richtige Bilanz zu machen. Ein unvorsichtiger Kaufmann und ein leichtfertiger Vorstand werden trotz aller Gesetzesvorschriften Mittel und Wege finden, um unrichtige Bilanzen zustande zu bringen. Die letztere Erwägung darf nicht abhalten, daß man nach der Eruierung der richtigen Bilanzmethoden sucht und die Be-

folgung richtiger Bilanzgrundsätze eventuell auch auf gesetzlichem Wege, soweit irgend tunlich, erzwingt.

Noch wichtiger als Gesetzesvorschriften ist die öffentliche sachgemäße Kritik. Aber um diese zu erreichen, muß wenigstens erzwungen werden, daß die Bilanzen mit Gewinn- und Verlustkonto und die dazu gehörigen erläuternden Berichte zum mindesten die Grundsätze klar erkennen lassen, nach denen Bilanzwerte eingestellt und die Gewinne ermittelt worden sind.

Es scheint mir, daß die Gefahr der Herstellung undurchsichtiger Bilanzen namentlich für alle Gesellschaften, bei denen die Immobilienwerte in Betracht kommen, besonders groß ist. Auch hat man über die Methoden der Bilanzierung gerade für diese Gattung von Gesellschaften selbst in Fachkreisen vielfach durchaus unklare Vorstellungen. Gern möge hier konstatiert sein, daß bei der kritischen Prüfung zahlreicher Bilanzen von Immobilengesellschaften mir Bedenken nicht entgegengetreten sind, vielmehr im Gegenteil das Bestreben ganz außerordentlich solider Bilanzierung und erheblicher Reservestellungen, wenn dieselben auch vielfach lediglich als stille Reserven sich qualifizieren und also nicht in die Erscheinung treten.

Die pathologischen Erscheinungen, die bei einer Reihe notleidender Immobiliengesellschaften zu Tage getreten sind, namentlich auch in dem Spielhagen-(Sanden)-Konzern, dürfen nicht zu Generalisierungen veranlassen, wenn sie anch keineswegs zu ignorieren sind. Die Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr, eine Immobiliengesellschaft des Sanden-Konzerns, hat beispielsweise ihre Passivhypotheken nicht auf der Passivseite der Bilanz aufgeführt, sondern sie zog dieselben von dem in die Bilanz eingesetzten „Tax- resp. Buchwert" ihrer Immobilien auf der Aktivseite ab. Sie inventarisierte also beispielsweise Ende 1899:

Immobilien:

Tax- resp. Buchwert: 33 743 130,67 Mark

abzüglich Hypotheken: 26 287 407,56 = 7 461 723,11 Mark.

Das ist unzweifelhaft durchaus inkorrekt, derartige Saldi sind überhaupt nicht in die Bilanzen einzusetzen. Taxwerte haben in den Bilanzen der Immobiliengesellschaften keine Stelle. Und wie entstanden die Buchwerte? Am Ende jedes Geschäftsjahres hat die Gesellschaft die Werte derjenigen unbebauten Grundstücke, die sie im Laufe des Jahres nicht verkaufen konnte, dadurch erhöht, daß sie ihnen:

1. die gezahlten Zinsen auf die eingetragenen Hypotheken,
2. die entstandenen Unkosten und
3. 5 % der Differenz zwischen den Buchwerten der Grundstücke und ihrer hypothekarischen Belastung

zugeschrieben hat. Allerdings hat sie eine Immobiliarreserve geschaffen, aber das ändert nichts an dem Tatbestand einer meines Erachtens absolut inkorrekten Buchungs- und Bilanzierungsmethode.

Auch bei der zum Pommernbank-Konzern gehörigen Immobilien-Verkehrsbank wurden Posten, die unter Aktiven und Passiven getrennt hätten erscheinen müssen, gegeneinander aufgerechnet und sie erscheinen nur mit der Differenz unter den Aktiven. Von den Grundstückswerten wurden die Hypotheken abgezogen, und der große Umfang der von der Immobilien-Verkehrsbank unternommenen Geschäfte trat infolge hiervon nicht in die Erscheinung. Solchen Mißständen gegenüber ist die Kritik, welche durch die Presse geübt werden kann, machtlos, denn niemand kann vermuten, daß ein derartig gezogener Saldo in der Bilanz enthalten ist. Hier muß der Preßkritik die Gesetzgebung zur Seite treten bezw. ihr die Wege ebnen.

Die Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr hatte ferner Konsortialbeteiligungen in den Bilanzen auf der Passivseite stehen. Aber üblich ist, daß man die Einzahlungen auf Konsortialbeteiligungen unter die Aktiva verbucht. Gemäß den bei der Gesellschaft vollzogenen Buchungen erschienen die Konsortialbeteiligungen nur als Verpflichtungen, und Einzahlungen scheinen darauf nicht gemacht worden zu sein. Nirgends ersichtlich war, wohin die Gewinne oder Verluste auf Konsortialkonto gekommen sind. Zu irgend einer Zeit hätten sie doch über Gewinn- und Verlustkonto gehen müssen.

Sehr merkwürdig war bei derselben Gesellschaft die Kreditseite des Gewinn- und Verlustkontos: „Gewinn an Zinsen und industriellen Unternehmungen". Aber industrielle Unternehmungen finden sich gar nicht auf der Aktivseite der Bilanz. Industrielle Unternehmungen waren nach den Statuten dieser Gesellschaft auch nicht Gegenstand des Unternehmens. Die sehr weit gefaßten Statuten lassen allerdings „Bankgeschäfte" zu, aber industrielle Unternehmungen sind keine Bankgeschäfte. Auch ersah man aus den Bilanzen dieser Gesellschaft keinerlei Gewinnausweise aus Kommanditbeteiligungen, obwohl Kommanditbeteiligungen doch vorhanden waren.

Die Tatsache, daß alles dies viele Jahre hindurch geschehen konnte, ohne daß man in der Öffentlichkeit davon Notiz nahm, gibt

immerhin zum Nachdenken Veranlassung, wenn allerdings auch zugegeben werden muß, daß man bei der eigenartigen Organisation des ganzen Konzerns die Aufmerksamkeit weiterer Kreise von der kritischen Prüfung abzulenken wußte.

Die Bilanzverschleierung, die Verteilung von Schein- und Buchdividenden ist bei Immobiliengeschäften noch dadurch sehr erleichtert, daß diejenigen, die auf solche Manipulationen ausgehen, durch eine besondere Art von Grundstücksgeschäften dies relativ leicht erreichen können. Vielfach werden Grundstücke nicht einfach verkauft gegen Kasse oder Kreditierung, sondern das Tauschgeschäft spielt eine große Rolle. Es werden einerseits Grundstücke verkauft, andererseits Grundstücke dagegen „hereingenommen". Hier ist für mancherlei Buchungsmethoden Tür und Tor geöffnet. Natürlich stehen solide Immobiliengesellschaften allen solchen Operationen durchaus fern, aber ein Hinweis auf solche Gefahren ist an dieser Stelle unerläßlich.

Es sei schließlich noch auf das eine hingewiesen: Es gibt nur ganz vereinzelte Immobiliengesellschaften, die indossable Obligationen ausgeben. In der Tat sind nur wenige Immobiliengesellschaften zur Ausgabe solcher Obligationen sachlich legitimiert. Soviel ich sehen konnte, ist bisher mit der Befugnis der Ausgabe solcher Obligationen seitens deutscher Immobiliengesellschaften keinerlei Mißbrauch getrieben worden. Bei den oben monographisch von mir besprochenen Immobiliengesellschaften ergibt sich aus den Bilanzen leicht, daß diese betreffenden Obligationen gut fundiert sind, und es ergibt sich noch deutlicher, wenn man die Aufschlüsse der Geschäftsberichte und der sonstigen Drucksachen verfolgt. Nur bei dem Rheinaukonzern sind bedenkliche Erscheinungen hervorgetreten, auf die in der betreffenden Abhandlung hingewiesen ist.

Unter allen Umständen sollte aus den Statuten ersichtlich sein, in welchem Verhältnis das Obligationenkapital zum Aktienkapital stehen muß, aus welchen Quellen die Zinsendeckung erfolgen soll, und wenn Obligationen rückzahlbar über pari ausgegeben werden, so ist der Zuschlagsfonds von Anfang an richtig zu dotieren.

Bekanntlich dürfen die Hypothekenbanken gemäß dem Reichshypothekenbankgesetz Hypotheken auf Terrains und Bauplätze nur in einem sehr beschränkten Umfang als Deckung für Pfandbriefe benützen, weil ja Terrains und Bauplätze keine Erträge liefern, daher die Pfandbriefzinsen nicht decken. Bei Immobiliengesellschaften, die Obligationen ausgeben, müssen ebenso der Zinsenpflicht unzweifelhafte Zinseingänge

gegenüberstehen, so z. B. verzinsliche Hypothekenforderungen. Dieser Gesichtspunkt wird von den Immobiliengesellschaften denn auch durchaus beachtet, aber die Möglichkeit einer unvorsichtigen Disposition ist unverkennbar, und gewisse Kautelen könnten statutarisch festgestellt werden.

Der Zweck dieser Abhandlung ist lediglich gewesen, eine Anregung zur umfassenden Behandlung dieses außerordentlich umfangreichen und schwierigen Themas zu geben, eine erschöpfende Darstellung war an dieser Stelle ausgeschlossen.

Das Baugewerbe und die Krisis.

Von

R. Goldschmidt, Regierungsbaumeister in Berlin.

Für die von dem Verein für Socialpolitik veranstaltete Krisenenquete bin ich von dem genannten Verein beauftragt worden, den Bericht über das Baugewerbe zu übernehmen.

Dabei sei unter Baugewerbe sowohl die Tätigkeit der Bauherren wie die der Bauhandwerker, welche die einzelnen Arbeiten und Lieferungen an den Bauten übernehmen, zusammengefaßt.

Das Resultat einer solchen Untersuchung kann nicht zweifelhaft sein: das Baugewerbe ist in den größten Teilen Deutschlands in seinen meisten Betrieben von der eigentlichen Krisis nicht berührt worden. Eine einzige Ausnahme machen nur diejenigen Betriebe, welche, wie die Walzwerke für eiserne Träger, die Zement- und Linoleumfabriken, der Holzhandel usw., entweder große, kapitalistische Unternehmungen darstellen, oder auch noch für andere, außer dem Baugewerbe stehende Industrien und für den Export arbeiten. Das Baugewerbe hat weder in den Zeiten vor der Krisis in der Hochkonjunktur eine Überproduktion gezeitigt, noch sind nach Ausbruch der Krisis große Erschütterungen, Zusammenbrüche, starke Vermehrung der Subhastationen usw. eingetreten. Trotzdem hat es unter gewissen Verhältnissen auch schwer zu leiden gehabt, die wohl beanspruchen dürfen, daß sie einer näheren Erörterung unterzogen werden, wenn sie auch nicht unter dem Begriffe der Krisis zusammenzufassen sind. Diese Verhältnisse machten sich aber schon in der Zeit vorher, in der die Industrie auf der Höhe stand, bemerkbar; sie ließen in ihrer Schärfe etwas nach, als die Krisis eingetreten war und sind heute auf dem besten Wege, ganz zu verschwinden. Das Baugewerbe hat seit Ende 1897 bis Ende 1901 an dem Mangel an Kapital für hypo-

thekarische Beleihungen gelitten. Der Anreiz zur Anlage und Spekulation in Industriewerten, die eine wesentlich höhere Verzinsung und größere Verdienste in Aussicht stellten, veranlaßte das Publikum, der sicheren, aber geringer verzinslichen Anlage in Hypotheken oder in Pfandbriefen der Hypothekenbanken fernzubleiben. Die Verhältnisse spitzten sich so zu, daß Hypotheken auf den besten Grundstücken bis zur Hälfte des Wertes Ende 1899 selbst gegen hohe Zinssätze nur schwer aufzutreiben waren, sie wurden naturgemäß noch schlimmer, als der Zusammenbruch einiger unsoliden Hypothekenbanken stattgefunden hatte. Als aber die Krisis in ihrer ganzen Schärfe eingetreten war und das Publikum, durch die starken Verluste in den Industriepapieren gewitzigt, sich wieder der Hypotheken als zweifellos sicherer und deshalb nicht zu verachtender Anlage zu erinnern anfing, löste sich der Bann, und es wurden wieder Gelder für Beleihungen in größerem Maße flüssig.

Da nun unsere Bauherren leider im allgemeinen nicht vermögend sind und ohne fremde Gelder nicht bauen können, folgt aus der angegebenen Tatsache ohne weiteres, daß mit dem Mangel an Hypotheken bezw. Baugeldern auch ein großes Nachlassen der Bautätigkeit eintreten mußte, um so mehr als durch den Aufschwung in der Industrie eine wesentliche Verteuerung vieler Baumaterialien und der Arbeitslöhne stattgefunden hatte. Nur allein diejenigen konnten mit Erfolg eine Bautätigkeit ausüben, welche über größere Mittel verfügten. Sie sind meistens trotz der hohen Selbstkosten sehr gut dabei gefahren, da sie die fertiggestellten Räume schnell und zu guten Preisen vermieten konnten. Die fast in allen größeren Städten Deutschlands aufgetretene Wohnungsnot ist zu einem großen Teile auch auf den Mangel an Baugeldern zurückzuführen. Daß sie überhaupt auftreten konnte, beweist aber auch, daß gerade in den Zeiten der Hochkonjunktur der Industrie das Häuserbaugeschäft nicht einmal den Bedarf an den nötigen Wohnungen beschaffen konnte, also jedenfalls weit ab von einer Überproduktion gestanden hat.

Nachdem ich die Bewegungen des Baugewerbes vor, während und nach der Krisis im großen und ganzen gekennzeichnet, will ich den Verlauf im einzelnen in verschiedenen Städten unter Zuhilfenahme statistischer Daten näher untersuchen. Wenn auch von der ausgesprochenen Regel Abweichungen im einzelnen vorkommen werden, so dürfte sich im Durchschnitt doch die ausgesprochene Meinung von der Lage des Baugewerbes in den letzten Jahren als die richtige ergeben.

Vorausgeschickt sei, daß hier nur von dem Baugewerbe in den größeren Städten die Rede sein kann. Das Baugewerbe in den kleinen Städten und auf dem Lande ist keinen großen Konjunkturschwankungen unterworfen. Es bleibt der Spekulation fern und sorgt wesentlich nur für den täglichen Bedarf, für die Unterhaltung der bestehenden Baulichkeiten und für den Ersatz eines alten, unzureichenden Gebäudes durch ein neues. Natürlich bleibt es trotzdem von der Krisis in der Industrie nicht unbeeinflußt. So manche Reparatur, wenn auch noch so nötig, unterbleibt, weil kein überflüssiges Geld vorhanden ist, und ebenso mancher Neubau; aber schließlich hört die Bautätigkeit nie ganz auf, und es gilt nur sich einzuschränken; von vernichtenden Zusammenbrüchen ist aber dort nur zu hören, wo die Gründe in der Persönlichkeit und nicht in der Sache gelegen haben.

Das Baugewerbe, das von einer Krisis betroffen werden kann, ist nur in den größeren Städten und Industriebezirken zu suchen, in denen eine starke Vermehrung der Bevölkerung, besonders in den Zeiten der Hochkonjunktur, und eine große Zunahme des allgemeinen Reichtums im ganzen und im einzelnen stattgefunden hat. Hier nur allein wird der Sinn für Spekulation in Terrains und in Häusern losgelöst.

Eine besondere Stellung im Verhalten des Baugewerbes in den kritischen Jahren nehmen übrigens die reinen Industriebezirke, wie z. B. die Kohlenreviere, ein. In diesen ist natürlich die direkte Abhängigkeit des Baugewerbes von der Industrie sehr viel stärker als in den großen Städten. Hier teilt es das Schicksal der Industrie, und wenn auch trotzdem von einer großen Krisis nicht die Rede sein kann, so ist doch nur auf ein Wiederaufblühen zu rechnen, wenn es der Industrie selbst besser gehen wird. Da ja das Baugewerbe hier mit direkten Arbeiten für die Fabriken (Arbeiterwohnhäuser usw.) in großem Umfange betraut war, fehlt ihm natürlich sofort der größte Teil der Arbeitsgelegenheit, wenn diese selbst ruhen.

Das wichtigste Moment, den nervus rerum der Bautätigkeit, bildet die Flüssigkeit und Billigkeit der zur Verfügung stehenden Gelder für hypothekarische Beleihungen. Es sollen deshalb die Bewegungen des Hypothekenmarktes während der fraglichen Jahre hier in erster Linie behandelt werden. Die folgenden Angaben sind der Baugewerkszeitung und zwar den daselbst veröffentlichten Jahresberichten der Berliner Grundstücks- und Hypothekenmakler, sowie des Herrn Emil Salomon entnommen. Da die hier aufgetretenen Ver-

hältnisse in ganz Deutschland im wesentlichen dieselben zu sein pflegen, sind die Angaben für Berlin im großen und ganzen als vorbildlich zu erachten. —

Aus dem Bericht für 1897.

Das Geschäft in Hypotheken entwickelte sich im Jahre 1897 in ausgedehntem Umfange. Alle abgelaufenen Hypotheken erlangten einen niedrigeren Zinsfuß. Die Hypothekenbanken, die im ersten Quartal flott arbeiteten, ließen aber bereits in der Folge nach, weil der Verkauf von 3½%igen Pfandbriefen schwerer zu werden anfing.

An Zinssätzen wurden bewilligt:

Für erste Hypotheken, von Stiftungen, Versicherungsgesellschaften und Privaten erworben . . .	3⅝—3⅞%
Desgl. von Hypothekenbanken { im ersten Semester . .	3⅞—4 %
Desgl. von Hypothekenbanken { im zweiten Semester .	3⅞—4¼ %
Für Baugelder bei 1% Bankprovision	5 %
Für Vorortshypotheken	4½—4¾ %
Für zweite Hypotheken	4½—4¾ %

Da die rückgängige Bewegung in den Mieten aufgehört hat, wird in Berlin überall viel gebaut. Es sind Aussichten auf ein gutes Baujahr vorhanden.

Aus dem Bericht für 1898.

Auf den Hypothekenmarkt hat die Industrie einen nachteiligen Einfluß ausgeübt. Die von der Industrie und der Spekulation dem Anlagenmarkte entzogenen Kapitalien bewirkten bereits im ersten Semester eine solche Stockung im Pfandbriefabsatze, daß die Hypothekenbanken behindert waren, die Tätigkeit in vollem Umfange zu entfalten. Der rapide Aufschwung von Industriepapieren regte immer weitere Kreise zur Spekulation in diesen Effekten an. Die niedrig verzinslichen Pfandbriefe wurden verkauft. — Die Hypothekenbanken sahen sich veranlaßt, ihre eigenen Pfandbriefe zurückzukaufen. Um hierfür größere Summen flüssig zu halten, nahmen dieselben von der Hergabe von Darlehen Abstand. Auch die Sparkassen, Versicherungsgesellschaften usw. zogen Nutzen aus der Situation und verlangten höhere Zinssätze.

An Zinsen wurden bewilligt:

Für erste Hypotheken von Hypothekenbanken, Versicherungsgesellschaften, Privaten usw. erworben:

Am Anfang des Jahres	$3^3/_4$—$4^1/_2$ %
Am Schluß des Jahres	$4^1/_4$—$4^1/_2$ %
Für Baugelder bei 1—2 % Bankprovision . .	$5^1/_2$—6—7 %
Für erste Vorortshypotheken	$4^1/_4$—$4^1/_2$ %
Für zweite Hypotheken in den ersten Quartalen	$4^1/_4$—$4^1/_2$—5 %
" " " in den letzten drei Monaten	$4^1/_2$—5 %

Mietshäuser wurden im Laufe des Jahres weniger wie früher gebaut, so daß eine Wohnungsnot in Aussicht steht, dagegen entstanden viel Waren= und Geschäftshäuser in der Stadt. Letzteres war der Grund, daß die Bautätigkeit doch im allgemeinen günstig blieb.

Aus dem Bericht für 1899.

Der Hypothekenmarkt nahm im laufenden Jahre eine ungünstige Gestaltung an. Industrie und Handel wurden immer geldbedürftiger. Die große Emissionstätigkeit entzog dem Baumarkt große Kapitalien, da die neu geschaffenen Werte alle willig aufgenommeu wurden; dazu kam, daß diejenigen, welche selbst Hypotheken erwerben wollten, häufig davon abstehen mußten, weil sie ihre in Rentenwerten angelegten Kapitalien nicht ohne große Verluste der zurückgegangenen Kurse wegen verkaufen konnten. Zeitweise herrschte vollkommener Stillstand.

An Zinsen wurden bewilligt:

Für erste Hypotheken, von Hypothekenbanken, Versicherungsgesellschaften und von Privaten erworben,

im ersten Semester nicht unter	$3^7/_8$—4 %
Am Schluß des Jahres	$4^1/_8$—$4^1/_2$ %
(Besonders schwer war für Beleihungen über 300 000 Mark Geld zu beschaffen.)	
Für Baugelder bei 1—2 % Provision	6—$6^1/_2$ %
Für erste Vorortshypotheken	$4^1/_2$—$4^3/_4$ %

Für Unterbringung von zweiten Hypotheken ergaben sich besonders große Schwierigkeiten.

Trotz hoher Baugelder, hoher Baustellenpreise und erhöhter Lohnsätze war die Bautätigkeit rege, da es sich sichtlich um die Befriedigung des Bedürfnisses handelte.

Aus dem Bericht für 1900.

Im Laufe des Jahres traten keinerlei Ereignisse ein, welche die traurige Lage des Hypothekenmarktes besserten. Am Anfang des

Jahres schien das Geschäft eine bessere Gestalt anzunehmen, es war Geschäftslust vorhanden, aber der Absatz der Hypotheken schwierig. Im zweiten Quartal erlitt das Geschäft aber wieder eine Einschränkung, im weiteren Laufe des Jahres, nachdem die Spielhagen-Banken fallierten, kam es ganz zum Stillstand.

An Zinssätzen wurden bewilligt:

Für erste Hypotheken: von Versicherungsgesellschaften, Hypothekenbanken, Privaten usw. erworben:

im ersten Semester noch	4—$4^{1}/_{8}$ %
Später nicht unter	$4^{1}/_{4}$—$4^{1}/_{2}$ %
Für Baugelder bei $1^{1}/_{2}$—$2^{1}/_{2}$ % Abschlußprovision	6—$6^{1}/_{2}$ %
Für erste Vorortshypotheken	$4^{1}/_{2}$—5 %
Für zweite Hypotheken (die schwer zu haben waren)	5—6 %

Aus dem Bericht für 1901.

Das Jahr begann unter dem Zeichen des Hypothekenbankkraches. Die Geschäftsstille des Vorjahres dauerte zuerst fort. Im Frühjahr gestaltete sich der Verkehr besser. Im Herbst und gegen Ende des Jahres zeigten sich einige Banken recht geschäftslustig, auch wurde wieder reichlich Privatkapital angeboten.

An Zinsen wurden erzielt:

Für erste Hypotheken bis 400000 Mark . .	$4^{1}/_{4}$—$4^{1}/_{8}$—4 %
Bei größeren Beleihungen	$4^{1}/_{2}$—$4^{1}/_{8}$—$4^{1}/_{4}$ %
Für Baugelder im Anfang des Jahres bei 1—$1^{1}/_{2}$ % Abschlußprovision	$6^{1}/_{2}$—6 %
In den letzten Monaten bei gleicher Provision .	$5^{1}/_{2}$—5 %
Für erste Vorortshypotheken	5—$4^{3}/_{4}$ %
In zweiten Hypotheken (die schwer zu haben waren)	6—5 %

Für das Jahr 1902 liegt natürlich noch kein Jahresbericht vor, da dieser Aufsatz im November des Jahres 1902 bereits geschrieben wurde. Um aber zu zeigen, wie sich die Verhältnisse gebessert haben, seien einige der letzten Wochenberichte angefügt.

Wochenbericht des Vereins Berliner Grundstücks- und Hypothekenmakler vom 7. November des Jahres 1902: Das Hypothekengeschäft bleibt belebt, die Zinssätze sind unverändert.

Wir notieren:

Für erste Hypotheken feinste Eintragungen in kleinen Beträgen	$3^3/_4$—$3^7/_8$ %
Kapitalien von Privaten	4 %
Gelder von Hypothekenbanken usw.	$4^1/_8$—$4^1/_4$ %
für Baugelder	$4^1/_2$—5 %
für zweite Hypotheken	$4^1/_2$—5 %

Institutsgelder bedingen $^1/_2$—1 % Abschlußprovision.

Ein zweiter Bericht vom selben Datum der Wirtschaftsgenossenschaft der Berliner Grundbesitzer besagt:

Für erste Hypotheken sind Gelder in halber Beleihungsgrenze zu $3^3/_4$ % und bei strenger und nachweisbarer Mündelsicherheit schon zu $3^5/_8$ % zu haben, während Hypotheken auf Neubauten nur mit $4^1/_8$—$4^1/_4$ % untergebracht werden können. Für nicht zu hohe, zweite Hypotheken finden Anträge schnelle und kulante Berücksichtigung, meistens zu 5 %. Das Grundstückgeschäft ist unverändert. Einzelne Baustellen wurden, der lebhaften Bautätigkeit entsprechend, mehrfach gehandelt.

Die den vorgenannten Berichten entnommenen Angaben geben ein anschauliches Bild der stattgehabten Bewegungen auf dem Markte für Baukapitalien und dem mit ihm aufs innigste zusammenhängenden Baugeschäft.

Schon Ende 1897, in den Zeiten der beginnenden Konjunktur der Industrie, fangen die ersten Schwierigkeiten der Hypothekenbeschaffung an. Die $3^1/_2$ %igen Pfandbriefe der Hypothekenbanken werden schwer verkäuflich, da die Industriepapiere eine wesentlich höhere Verzinsung in Aussicht stellen, und wenn auch später die Banken nur noch 4 %ige Pfandbriefe herausbringen, so nützt das nicht auf lange. Die Industriepapiere haben in der Schätzung des Publikums einen entsprechend weiteren Vorsprung gewonnen. Im Jahre 1898 machen die Schwierigkeiten Fortschritte: im ersten Semester ist nur erst von einer Behinderung in der Tätigkeit der Hypothekenbanken die Rede, im zweiten Semester schon von einem Stillstande. Die Banken kaufen ihre Pfandbriefe zurück, um den Kurs derselben zu halten, und verwenden hierzu ihre flüssigen Gelder, anstatt Hypotheken zu erwerben. Das Jahr 1899 bringt keine Besserung. Handel und Industrie werden immer geldbedürftiger, und Private, selbst wenn sie in

Industriewerten nicht mitspekulieren wollen und die Absicht haben, ihr Geld in guten Hypotheken anzulegen, können es zumeist nicht, weil sie bei dem Verkauf der so wesentlich heruntergegangenen Rentenpapiere zu große Verluste erleiden würden. Das Geschäft in Hypotheken kommt zum Stillstande. Wer in der Lage war, sich Ende des Jahres eine neue Beleihung selbst auf dem bestgelegenen Grundstück und zu mäßiger Höhe beschaffen zu müssen, kam durch diese Verhältnisse in die größte Verlegenheit. Dieses zur Zeit der größten Hochkonjunktur, in der das Geld selbst für die zweifelhaftesten Werte auf der Straße lag. Im Jahre 1900 blieben die Verhältnisse ungeändert; die Anfänge einer kleinen Besserung werden durch die Katastrophe der Spielhagenschen Hypothekenbanken zunichte gemacht. Das Jahr 1901 brachte, nachdem die Folgen des Zusammensturzes vorgenannter Institute noch lange nicht überwunden waren, den weiteren Zusammenbruch der Pommerschen und Mecklenburg-Strelitzschen Hypothekenbank. Die Stille im Hypothekengeschäft mußte natürlich anhalten. Jedoch mit dem Ende des Jahres, zur Zeit, in der der Sturz in den Industriewerten in ganzer Linie eingetreten war, fing der Alpdruck sich zu lösen an. Wenn auch von den Hypothekenbanken vorerst auf Hergabe von Kapitalien nicht zu rechnen war, so traten doch Versicherungsgesellschaften, Sparkassen und ähnliche Institute mit reichlicheren Angeboten für Hypotheken an den Markt, und auch Privatkapital war wieder reichlich vorhanden. Aus den beiden Wochenberichten des laufenden Jahres 1902 geht hervor, daß die Besserung wesentliche Fortschritte gemacht, und daß wieder gute Hypotheken willig unter nicht zu hohen Zinssätzen Abnehmer finden. Daß die Verhältnisse auf dem Hypothekenmarkte, wenn auch viel besser, heute noch nicht ganz normal sind, ist immer noch als eine Folge des Hypothekenbankkraches zu bezeichnen. Da die 3½ %igen Pfandbriefe infolge des durch die Ereignisse entstandenen Mißtrauens wesentlich unter Hundert, im Durchschnitt zu 95—96 % stehen, sind genannte Banken nicht in der Lage, mit 3½ %igen Pfandbriefen herauszukommen. Sie müssen an dem Modus der 4 %igen Pfandbriefe festhalten und können dementsprechend keine Hypothekendarlehen unter 4⅛ % gewähren. Da aber Gelder anderer Institute und von Privaten zu 4 % und billiger zu haben sind, muß ihre Tätigkeit eine beschränkte, sich auf größere Objekte erstreckende bleiben.

Vergleichen wir nun, wie die Zinssätze in den Jahren 1897—1902

gewechselt haben, so ergibt sich für beste erste Hypotheken in nicht zu großer Höhe als kleinster Satz

für 1897 $3^5/_8$ %
„ 1898 $3^3/_4$ %
„ 1899 $3^7/_8$ %
für Anfang 1900 4 %
für Ende 1900 $4^1/_4$ %
für 1901 $4^1/_4$ %—$4^1/_8$ %—4 %
endlich für 1902 $3^3/_4$ %

Im laufenden Jahre ist also der Prozentsatz von 1898 wieder erreicht, während er Ende 1900 und Anfang 1901 den enorm hohen Anfangssatz von $4^1/_4$ % behauptete. Es ist anzunehmen, daß er im nächsten Jahre 1903 weiter sinkt, bis wieder der Zustand von 1897 mit $3^5/_8$ % für pupillarisch sichere, nicht zu große erste Hypotheken eingetreten ist. Der niedrige Zinssatz zusammen mit den reichlich angebotenen Kapitalien wird voraussichtlich auch im kommenden Jahre zu weiterer Entfaltung der Bautätigkeit anregen.

Noch schlimmer als das Steigen der Zinssätze für erste Hypotheken hat die Verteuerung der Baugelder und ihre schwierige Beschaffung auf die Bautätigkeit in den Jahren der Hochkonjunktur gewirkt. Ist doch ihr Zinssatz von 5 % mit 1 % Abschlußprovision auf $6^1/_2$—7 % mit $1^1/_2$—$2^1/_2$ derselben gestiegen. Bei solchem hohen Zinssatz und der außerordentlich hohen Provision ließen sich, da auch die Arbeitslöhne und das Baumaterial ziemlich um 10 % gestiegen waren, keine rentierenden Häuser für Mittel- und kleine Wohnungen mehr bauen, um so weniger, als die nötigen Beleihungen zur zweiten Stelle fast gar nicht zu begeben waren.

Daß trotz dieser Verhältnisse die Bautätigkeit 1898—1901 in den Berichten als rege und zufriedenstellende bezeichnet werden konnte, ist nur daher zu erklären, daß in jener Zeit die Anzahl der Gebäude, welche ohne Ansprüche an den Hypothekenmarkt gebaut wurden, eine verhältnismäßig große zu nennen war. Von der großen Geldfülle, die der Industrie zu Gebote stand, flossen natürlich auch beträchtliche Summen direkt dem Baugewerbe zu. Es wurden für die Fabriken neue Werkstattgebäude gebaut oder solche erweitert; auch brauchten sie wohl eigene Verwaltungsgebäude. Geschäftsgebäude, welche meist von kapitalkräftigen Händen erbaut werden, entstanden in großer Anzahl, auch Gebäude für Warenhäuser und dergleichen. Luxusbauten aller

Art, Einzelvillen in den Vororten und Häuser mit großen, teuren Wohnungen wurden errichtet. Was aber ganz daniederlag, das war der Häuserbau auf eigene Kosten und Gefahr für Mittel- und Kleinwohnungen. Aus den Jahresberichten der Gesellschaften, die hierfür geeignete Terrains feilbieten, ergibt sich, daß ihr Absatz in den in Frage kommenden Jahren äußerst gering gewesen ist, da es überall an Baugeldern fehlte.

In welcher Weise der Wohnhausbau zurückgegangen ist, zeigen die folgenden Zahlen. Noch im Jahre 1895 gab es 31 599 leerstehende Wohnungen in Berlin, am 1. Januar 1899 nur noch 8446, 1900: 3230, 1901: 1761, 1902: 2584. Zurzeit mag die Zahl wieder auf 5000 gestiegen sein. Damit ist aber noch lange kein normales Verhältnis hergestellt. Nimmt man an, daß bei den 470 000 Wohnungen, die Berlin besitzt, 3 % derselben als genügender Spielraum für die jährlichen Zuzüge und Umzüge wenigstens freistehen müssen, so handelt es sich hierbei um eine Anzahl von mindestens 14 000. Legt man diese zu Grunde, so folgt, daß man jedenfalls 13 000 Wohnungen oder (das Haus in medio zu 30 Wohnungen gerechnet) „430“ Häuser in den Jahren von 1895—1901 mehr hätte bauen müssen, als faktisch gebaut worden sind, wenn man einer Wohnungsnot hätte vorbeugen wollen. Diese offenbare Rückständigkeit im Wohnungsbau ist denn auch der Grund, weshalb die Bautätigkeit nach dem großen Krache in Handel und Industrie, im Gegensatz zu der sonstigen Geschäftsunlust nicht nachgelassen hat. Sie hat im laufenden Jahre sogar eine kleine Steigerung erfahren, die voraussichtlich so lange anhalten wird, bis der Bedarf annähernd gedeckt ist. Nur in Geschäftshäusern, Fabriken und Luxusbauten dürfte eine starke Abschwächung stattgehabt haben, die aber auch nicht den Namen einer Krisis verdient.

Einen weiteren Aufschluß über den Verlauf der Bautätigkeit geben auch die pro Jahr vom Polizeipräsidium in Berlin erteilten Bauscheine und die Subhastationsresultate.

Es wurden erteilt[1]:

---

[1] Angaben erhalten von dem Statistischen Amte der Stadt Berlin.



	Bauscheine	Baugenehmigungen
1895	2141	6324
1896	1780	6006
1897	1522	5987
1898	1616	6306
1899	1338	6205
1900	1254	6232
1901	1159	5881
1902	1337	6085

Die in der Tabelle aufgeführten Baugenehmigungen haben für unsere Betrachtungen geringen Wert. Baugenehmigungen betreffen nur Ausführungen und Reparaturen untergeordneter Art. Für jede etwas größere Ausführung werden Bauscheine erteilt. Nur sie gestatten einen Rückschluß auf die Bautätigkeit. Hier ist nun sehr auffällig, daß die Zahl der erteilten Bauscheine seit 1895 sehr stark abnimmt, beinahe bis auf die Hälfte. Für die starke Abnahme von 1895 bis 1897 um über 600 Bauscheine pro Jahr liegt eine formelle Ursache vor. Bis zum April 1896 wurden die Bauscheine gebührenfrei erteilt. Mit genanntem Termin ist eine verhältnismäßig hohe Gebühr eingeführt worden. Die Folge war, daß nunmehr alle Baugesuche, die bloß versuchsweise, ohne die feste Absicht, zu bauen, eingereicht wurden, fortfielen und nun wesentlich nur solche Baugesuche zur Vorlage kamen, die wirklich für die Ausführung bestimmt waren. Die Anzahl von 1897 mit 1522 Stück dürfte darum erst als normal anzunehmen sein. Die weitere Abnahme in den folgenden Jahren ist dann einerseits auf die besprochenen Hypothekenverhältnisse zurückzurückzuführen, anderseits aber auch darauf, daß ein großer Teil des Wohnhausbaues auf das nachbarliche Gebiet der Vororte übergetreten ist. Es sollen denn auch die bezüglichen Zahlen des Hauptvorortes, der Stadt Charlottenburg, zur Ergänzung weiter unten mitgeteilt werden. Die angegebenen Zahlen der jährlichen Bauscheine fügen ein weiteres Argument der Beweisführung zu, daß weder eine Periode der Überproduktion noch eine darauffolgende Zeit eines großen wirtschaftlichen Niederganges im Baugewerbe stattgefunden hat. Noch deutlicher zeigt dieses die Tabelle der stattgehabten Zwangsverkäufe:

Subhastationen[1]		
	in bebauten	in unbebauten
	Grundstücken	
1895	355	37
1896	352	57
1897	288	46
1898	215	15
1899	155	13
1900	136	0
1901	Ähnlich wie 1900 keine Zunahme	
1902	gegen die Vorjahre.	

Die Anzahl der Zwangsverkäufe hat seit 1895 sehr stark abgenommen. Sie ist von 392 auf 136 im Jahre 1900 herabgegangen, also auf ein Drittel, und hat sich auch 1901 wie im laufenden Jahre ungefähr auf dieser Höhe erhalten. Das Verhältnis dieser Ziffer zur Zahl der überhaupt vorhandenen Grundstücke (es gibt in Berlin allein 24500 bebaute) ist recht günstig zu nennen. Es ist in sehr vielen anderen Städten des Deutschen Reiches schlechter, wie sich aus den weiter mitgeteilten Tabellen ergeben wird. Aus der geringen Zahl der Subhastationen ist übrigens auch zu schließen, daß der so gefürchtete Bauschwindel bei Neubauten, der fast immer mit einer Subhastation endete, mittelst deren die Bauhandwerker um ihre Forderungen geprellt wurden, sehr abgenommen hat. Dieses ist im Interesse des ganzen Baugewerbes als ein äußerst günstiger Fortschritt zu begrüßen. Der Geldmangel für hypothekarische Beleihungen mußte aber auch diese günstige Nebenfolge mitbringen. Denn da die Geldgeber die Wahl hatten, sahen sie sich in jedem Falle diejenigen etwas näher an, denen sie ihre Gelder anvertrauten, und so kam es, daß allen zweifelhaften Unternehmern zu allererst der Kredit entzogen wurde. Auch war die Höhe der Beleihungen in jener Zeit so herunter-

[1] Angaben erhalten von dem Statistischen Amte der Stadt Berlin. Eine bestimmte Angabe für 1901 war nicht zu erreichen, selbst nicht durch eine direkte Anfrage beim zustehenden Gericht. Die Verweigerung der Auskunft wurde von letzterem unter anderem dadurch motiviert, „daß hierdurch ein Präzedenzfall geschaffen wäre, der das Gericht in die Zwangslage stellen würde, auch einem jeden anderen Ersuchen seitens eines der Gerichtseingesessenen entsprechen zu müssen". Die Angaben für 1901 und 1902 beruhen auf einer Auszählung der in den Tagesblättern veröffentlichten Subhastationsanzeigen.

gegangen, daß überhaupt nur solche Kräfte einen Bau zu Ende führen konnten, denen größere Mittel zur Verfügung standen als dieser zweifelhaften Gesellschaft.

Leider hatte die Schwierigkeit der Beschaffung der Baugelder gar keinen Einfluß auf die Terrainspekulation gehabt. Man hätte doch meinen sollen, daß, da der Absatz der Grundstücke ein eingeschränkterer geworden, auch die Preise nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage hätten heruntergehen müssen. Das ist aber leider nicht geschehen. Diese Tatsache findet darin ihre Erklärung, daß der spekulative Terrainbesitz in Berlin in seiner Mehrheit in starken Händen sich befindet, die eben auf günstigere Zeiten warten können.

Wir kommen nunmehr zur Erörterung der entsprechenden Verhältnisse von Charlottenburg.

Für die Stadt Charlottenburg liegen bezüglich der Bautätigkeit zwei Tabellen der Baubehörde vor. Die eine, welche die Zahl der erteilten Bauscheine in den Kalenderjahren 1895—1901 einschl. gibt, bezieht sich auf die gesamten der Baupolizeibehörde vorgelegten Gesuche, sowohl auf Neubauten wie auf alle kleineren Reparaturbauten.

Nach ihr sind erteilt worden[1]:

Im Jahre 1895: 537 Bauscheine
„ „ 1896: 815 „
„ „ 1897: 1132 „
„ „ 1898: 1185 „
„ „ 1899: 1110 „
„ „ 1900: 1018 „
„ „ 1901: 1042 „

Die zweite Tabelle gibt die Zahl der stattgehabten Revisionen von eigentlichen Hochbauprojekten in den letzten Jahren an.
(Das Jahr hier immer von April zu April gerechnet.)

Es wurden revidiert[1]:

1898/1899: 239 Hochbauprojekte
1899/1900: 259 „
1900/1901: 227 „
1901/1902: 216 „

---

[1] Statistisches Amt von Charlottenburg.

Die Zahl der stattgehabten Subhastationen ist die folgende[1]:

Im Jahre 1895:	126	Subhastationen
„ „ 1896:	127	„
„ „ 1897:	97	„
„ „ 1898:	56	„
„ „ 1899:	46	„
„ „ 1900:	25	„
„ „ 1901:	40	„

Geht man auf die in den Tabellen angeführten Zahlen näher ein und nimmt hinzu, daß die Bautätigkeit im laufenden Jahre sehr lebhaft war, so kommt man zu dem Schlusse, daß die Bewegungen im Baugewerbe Charlottenburgs in den angezogenen Jahren im großen ganzen denselben Verlauf wie in Berlin genommen haben.

Ich will den Abschnitt über das Baugewerbe Berlins und seiner Vororte nicht schließen, ohne noch einen Blick auf die Arbeiterverhältnisse in demselben Zeitabschnitte geworfen zu haben.

Die Lohnverhältnisse der im Baugewerbe tätigen Arbeiter sind in den Zeiten der Hochkonjunktur in ganz Deutschland trotz der widrigen Hypothekenverhältnisse als günstige zu bezeichnen gewesen. Die Löhne blieben in gleichmäßigem Aufsteigen. Außer dem guten Verdienst erreichten die Arbeiter noch wesentliche andere Vorteile rücksichtlich der Arbeitsdauer usw.

Als Beispiel, wie hoch die Löhne gestiegen sind, seien einige Zahlen angeführt. Die Maurer und Zimmerleute erstritten sich in Berlin 65 Pf. pro Stunde, in Leipzig 53 Pf., in Köln 45 Pf., in Posen 40—45 Pf., die ungelernten Bauarbeiter in Berlin 40—45 Pf., die Klempner 50—55 Pf. usw.

Die Putzer erreichten in Berlin einen Tageslohn von 7 Mark, desgleichen die Kalkträger derselben.

Die günstige Lage der Bauarbeiter hat sich auch im Laufe der folgenden Jahre, also in den Jahren der wirtschaftlichen Depression, im allgemeinen nicht verschlechtert. Als klassischer Beweis sind die im Jahre 1902 recht häufig in Szene gesetzten Streiks anzuführen. Solche haben fast überall stattgefunden. Ich führe Berlin, Köln, Hamburg, Altona, Barmen und Elberfeld, Brandenburg, Guben, Harburg, Vohwinkel usw. an. In den meisten dieser Kämpfe haben die Arbeiter insofern einen Sieg erstritten, als der alte Lohn gehalten

[1] Angaben des Statistischen Amtes von Charlottenburg.

werden konnte, wenn sie auch mit ihren Versuchen, noch höheren zu erlangen, zumeist nicht durchgedrungen sind.

Wie übrigens in den beiden Lagern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer die Verhältnisse des Baugewerbes im laufenden Jahre aufgefaßt wurden, dafür sei je eine Kundgebung von beiden Seiten angeführt.

Im Juli 1902 beabsichtigten die Maurer von Berlin, in eine Lohnbewegung einzutreten. Für eine zu dem Zwecke von dem Vereine zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgebung einzuberufende Versammlung wurde ein Flugblatt[1] mit folgendem Inhalt verbreitet:

„Wir stehen in einer blühenden Konjunktur, und besteht deshalb die Möglichkeit, die Forderung, die wir schon im Herbst 1900 unseren Arbeitgebern unterbreiteten, jetzt von neuem zu stellen. Die Konjunktur, das Nichtvorhandensein nötiger Arbeitskräfte zwingt sie, den Lohn zu erhöhen. Viele Bauten sind mit nicht genügend Kollegen besetzt, und täglich bitten die Bauleiter uns, wir möchten ihnen Maurer schicken" usw.

Die andere Kundgebung geht vom Vorstand der Baugewerksinnung zu Berlin aus; sie ist eine Antwort auf eine Anfrage des Magistrats, ob im Winter 1902/1903 auf besonders viele Arbeitslose im Bauhandwerkerstande zu rechnen ist. Sie lautet[2]:

„Die Lage im hiesigen Baugewerk ist in diesem Jahre zurzeit etwas günstiger als im Jahre vorher, da die Bautätigkeit, besonders in der Peripherie und in den nächsten Vororten, recht lebhaft ist, und da mannigfache Anzeichen, wie z. B. auch die wiedererwachende Geneigtheit der Banken zur Baugeldhergabe, auf eine langsam steigende Konjunktur hindeuten. Aus diesem Grunde ist auch nicht anzunehmen, daß in dem bevorstehenden Winter eine besondere Arbeitslosigkeit im Baugewerbe Platz greifen werde. Es wird sich vielmehr, soweit nicht durch die naturgemäße Einschränkung der Bautätigkeit im Winter Arbeiterentlassungen notwendig werden, die Lage der Bauarbeiter in diesem Winter günstiger als im Vorjahre gestalten."

Wir kommen nun zu den Verhältnissen im Baugewerbe einiger anderen großen Städte Deutschlands. Als Unterlage zur Beurteilung der Verhältnisse dienen die Jahreszahlen der von den bezüglichen

[1] Aus dem „Baugewerbe", Juli 1902.

[2] Baugewerkszeitung.



Baupolizeibehörden genehmigten Bauprojekte und der stattgehabten Subhastationen. Das nötige Zahlenmaterial habe ich in dankenswerter Weise von den statistischen Ämtern der betreffenden Städte erhalten.

Breslau.

	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901
1. Die Zahl der genehmigten Neubauprojekte von Wohnhäusern betrug	229	232	241	229	329	287	252
2. Die Zahl der anderen Neubauten	308	406	439	469	460	440	536
3. Die Zahl der Zwangsversteigerungen bebauter Grundstücke betrug	77	65	59	48	58	43	39
4. Dieselbe unbebauter Grundstücke	2	2	2	4	6	8	17

Die Zahl der Baugenehmigungen im laufenden Jahre war nicht bekannt, dagegen liegt die Angabe über die von Januar bis September 1902 erfolgten Zwangsversteigerungen bereits vor. Es handelt sich in jenem Zeitraum um 25 bebaute und 15 unbebaute Grundstücke, während zum Vergleich in derselben Zeit 1901 29 bebaute und 6 unbebaute Grundstücke zur Zwangsversteigerung gelangten.

Die angegebenen Zahlen stellen ähnliche Verhältnisse wie die in Berlin gewesenen fest. Die Gesamtzahl der genehmigten Bauprojekte ist im Jahre 1901 um 61 Stück gestiegen. Wenn auch die Zahl der Wohnhausbauten gefallen ist, hat diejenige für Bauten anderer Zwecke stark zugenommen. Die Zahl der Subhastationen war im Jahre 1899 zur Zeit der höchsten Konjunktur verhältnismäßig hoch; sie ist 1900 und 1901 gefallen, und das Fallen hat sich auch im laufenden Jahre fortgesetzt, wie die Ziffern für bebaute Grundstücke, um die es sich hier in erster Linie handelt, beweisen. Von einer stattgehabten Überspekulation und folgendem Daniederliegen der Bautätigkeit ist nicht zu sprechen.

Magdeburg.

(Die angegebenen Tabellenzahlen beziehen sich auf das Etatsjahr vom 1. April bis 31. März des folgenden Jahres).

	1895/96	1896/97	1897/98	1898/99	1899/1900	1900/01	1901/02
1. Die Zahl der genehmigten Wohnhausprojekte betrug .	68	82	103	107	109	115	159
2. Die Zahl der genehmigten Bauprojekte aller Art zusammen betrug	211	268	294	312	363	489	470
3. Die Zahl[1] der Zwangsversteigerungen insgesamt betrug	—	136	90	48	46	62	58
4. Die Zahl derselben von unbebauten Grundstücken betrug	—	—	—	4	1	4	2

In Ergänzung der Kolonne 1, die genehmigten Wohnhausprojekte betreffend, wird noch die Zahl der im Rohbau abgenommenen Gebäude angegeben; sie zeigt, wie sich die Zahl der genehmigten zu der der wirklich ausgeführten Projekte verhält. Allerdings beziehen sich diese Angaben nicht auf das Etatsjahr, sondern auf das Kalenderjahr.

	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901
Es wurden im Rohbau Wohnhausbauten abgenommen .	68	57	87	94	106	94	114

Aus den Tabellen geht hervor, daß sich die Bautätigkeit in Magdeburg von 1895 an ganz gleichmäßig gehoben hat; auch ist die Zahl der Subhastationen regelmäßig zurückgegangen. Daß dieses

[1] Die Zahl bezieht sich nur auf Grundstücke, die der Umsatzsteuer unterliegen, die außerdem subhastierten Grundstücke sind jährlich auf etwa drei zu schätzen.

Ergebnis auch im laufenden Jahre statt hatte, folgt aus den folgenden Zahlen: Vom 1. April bis 1. Oktober 1901 haben 32 Subhastationen bebauter Grundstücke stattgefunden, in demselben Zeitraum von 1902 nur 26. Ferner sind vom 1. Januar bis 31. Oktober 1901 100 Wohngebäude im Rohbau abgenommen worden, in demselben Zeitraum von 1902 gar 160. Das Baugewerbe hat sich sowohl in der hochgehenden Zeit wie in denen des Niederganges gleichmäßig entwickelt. Offenbar ist für ein vorhandenes Bedürfnis gearbeitet, das noch jetzt weiterbesteht. Die schlechten Hypothekenverhältnisse haben wohl zurückhaltend, aber nicht behindernd gewirkt.

Hannover.

	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901
1. Die Zahl der genehmigten Neubauprojekte von Wohnhäusern betrug	296	386	255	284	233	155	105

In den Etatsjahren

	1897/98	1898/99	1899/1900	1900/01	1901/02
2. Die Zahl von Zwangsversteigerungen bebauter Grundstücke betrug	106	102	111	94	136
3. Dieselbe unbebauter Grundstücke	7	2	1		6

Die Zahl der genehmigten Wohnhausprojekte ist, mit Ausnahme des Jahres 1898, von 1896 ab gefallen. Im Jahre 1900 steht sie weit unter der Hälfte derjenigen von 1896. Im laufenden Jahre 1902 betrug die Anzahl vom 1. Januar bis 1. Oktober bereits wieder 113, also wesentlich mehr als im gleichen Zeitraum 1901. Hier ist also die Einwirkung der Hypothekenverhältnisse besonders auffällig. Die Zwangsversteigerungen waren im Jahre 1901/1902 wesentlich häufiger als früher. Die absolute Zahl ist dieselbe wie in Berlin im Jahre 1900.

Bremen[1].

	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901
1. Die Zahl von Neubauten in der Stadt betrug	577	578	681	682	683	508	730
2. Die Zahl der Zwangsversteigerungen bebauter Grundstücke betrug	61	71	83	74	89	67	108
Unbebaute Grundstücke sind nicht zur Subhastation gekommen.							

In Ergänzung der Tabellen ist mitzuteilen, daß die Zahl der Subhastationen 1902 vom 1. Januar bis 24. Oktober 88 betrug; es ist also eine Steigerung gegen 1901 nicht merklich. Was die Zahl der Neubauten für dieselbe Zeit anbetrifft, so konnte dieselbe noch nicht bekannt sein, dagegen ist mir die Zahl der Baugenehmigungen angegeben worden. Sie betrug 520 und wird voraussichtlich mit Schluß des Jahres 550 erreichen, wogegen im Vorjahre nur 276 erteilt wurden. Die so große Steigerung ist allerdings zum Teil auf Anschluß von Gebietsteilen an die Stadt zurückzuführen. Jedenfalls enthüllen die Zahlen die gleichen Verhältnisse wie in den vorher angeführten Städten. Die verhältnismäßig große Zahl der fertiggestellten Neubauten in allen Jahren zeigt, daß in Bremen der Bau von Häusern mit wenigen Wohnungen günstigerweise immer noch die Regel bildet.

Hamburg.

	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901
1. Die Zahl der genehmigten Neubauprojekte aller Art betrug	948	883	733	827	864	869	?
2. Die Zahl der Zwangsversteigerungen von Grundstücken, bebauten und unbebauten, betrug	438	336	354	277	227	?	?

[1] Der Tabelle konnte die Zahl der Baugenehmigungen nicht zu Grunde gelegt werden, da in Bremen häufig unter einer Baugenehmigung eine ganze Zahl von Neubauten zusammengefaßt werden.

Das über Hamburg erhaltene Material ist etwas lückenhaft. Die Statistik über die in Zwangsversteigerung geratenen Grundstücke ist seit 1899 nicht mehr geführt worden. Die Zahlen der angeführten Jahre beziehen sich übrigens auf den ganzen Amtsgerichtsbezirk von Hamburg, was bei der Beurteilung der großen Höhe zu berücksichtigen ist. Über die Bautätigkeit im Jahre 1901 liegt ein Bericht aus der „Baugewerkszeitung" vor; nach demselben hat sie den gleichen Umfang gehabt wie im Vorjahre.

Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die Beschäftigung des Baugewerbes in Hamburg im Laufe der letzten sieben Jahre im Privatbau eine ziemlich gleichmäßige, normale gewesen ist, wenig durch die äußeren Zeitverhältnisse beeinflußt. Wenn trotzdem über den Umfang derselben geklagt wird, so liegt das wohl daran, daß die große Hafenbautätigkeit des Staates neuerdings nachgelassen hat.

Königsberg i. Pr.

	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901
1. Die Zahl der Neubauten, die zu Wohnzwecken bezw. vorwiegend zu Wohnzwecken bestimmt waren, betrug . . .	57	151	201	190	123	126	101
2. Die Zahl der neugeschaffenen Wohnungen betrug . . .	582	1499	2235	2052	1381	1370	1013

Aus der Tabelle folgt, daß bereits seit 1898 die Bautätigkeit Königsbergs zurückgeht. Eine neue Belebung derselben hat nach dem Niedergange der Industrie nicht stattgefunden, auch nicht im laufenden Jahre 1902, denn vergleicht man die Neubauten, welche in den ersten drei Quartalen der letzten drei Jahre ausgeführt wurden, so ergibt das für 1900 73, für 1901 77, für 1902 aber nur noch 52. Ebenso verhält sich die in demselben Zeitraum hergestellte Zahl von Wohnungen; sie betrug dementsprechend: 762, 734 und 1902 nur 521. Eine Subhastationsstatistik zur Ergänzung dieser Zahlen fehlt leider.

Leipzig.

	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901
1. Die Zahl der ausgeführten Neubauten aller Art betrug	497	612	609	879	847	802	754
2. Die Zahl der Zwangsverversteigerungen von bebauten Grundstücken betrug . . .	—	95	54	37	34	74	98

Die Bautätigkeit Leipzigs ist im allgemeinen seit 1898 sich ziemlich gleich geblieben. In dem letzten Verwaltungsberichte der Stadt Leipztg wird über dieselbe folgendes gesagt. Die Bautätigkeit ist auch nach dem Niedergange der Industrie im Jahre 1901 sehr lebhaft gewesen. Es wird nur geklagt, daß dieselbe sich in falschen Bahnen bewege. Während immer noch der Bedarf an kleinen Wohnungen nicht gedeckt ist, werden viel mehr große und mittlere Wohnungen gebaut, als nötig sind. Das Verfahren hat bereits zu einer Überproduktion der ersteren geführt, während an den letzteren auch kein Mangel mehr ist. Im übrigen folgt aus dem Mangel an kleinen Wohnungen, daß trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse in Handel und Industrie kein Abzug von Arbeitern nach dem Lande stattgefunden hat.

Dresden.

	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901
1. Die Zahl der ausgeführten Neubauten überhaupt mit Ausschluß der kleinen Baulichkeiten betrug			575	618	578	514	343
2. Die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnhausbauten betrug	350	343	329	369	374	265	196
3. Die Zahl der wirklich ausgeführten Wohnhausbauten betrug	217	204	347	350	355	314	229
4. Die Zahl der Zwangsversteigerungen bebauter Grundstücke betrug	41	36	51	67	73	105	285
5. Dieselbe Zahl für unbebaute Grundstücke betrug . . .	6	0	29	53	91	42	113

Aus obiger Tabelle folgt, daß die Lage des Baugewerbes in Dresden zurzeit schlechter ist als in den vorher aufgeführten Städten. Die Anzahl der Neubauten aller Art hat auch hier bereits seit 1899 abgenommen. Von einer wieder etwas belebteren Beschäftigung nach der Krisis ist aber wenig zu spüren. In sehr starkem Maße haben sich die Subhastationen bebauter Grundstücke vermehrt: sie sind von 41 auf 285 im Jahre 1901 gestiegen; noch viel stärker aber haben sich im Verhältnis die Subhastationen unbebauter Grundstücke erhöht: von

0 auf 113. In dieser Zahl liegt wohl auch der Schlüssel zu den ungünstigen Verhältnissen des Baumarktes. Es hat augenscheinlich eine sehr große Terrainspekulation stattgefunden. Diese hat die Bautätigkeit mitgerissen, und mit der ersteren Rückgang mußte natürlich auch die letztere leiden.

Schließen wir den Kreis der Städte von Nord- und Mitteldeutschland und kommen zu denen Süddeutschlands. Hier ist von vornherein zu bemerken, daß der Zeiten Auf- und Niedergang ungünstigeren Einfluß auf das Baugewerbe ausgeübt hat. Haben wir gefunden, daß in Nord- und Mitteldeutschland das Baugewerbe fast überall zurzeit leidlich beschäftigt ist, so trifft das für Süddeutschland im allgemeinen nicht so zu; auch hier dürfte in erster Linie, wie in Dresden, den übertriebenen Grundstücksspekulationen die Schuld zugeschoben werden. Als Beispiel sind Nürnberg und München herangezogen.

Nürnberg.

	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901
1. Die Zahl der genehmigten Neubauprojekte aller Art betrug	213	286	418	464	513	291	243
2. Die Zahl der Zwangsversteigerungen bebauter Grundstücke betrug	59	35	29	24	49	152	?
3. Dieselbe Zahl der unbebauten Grundstücke betrug	5	8	3	4	8	24	?

München[1].

	Durchschnitt von 1891/95	1896	1897	1898	1899	1900	1901
1. Die Zahl der ausgeführten Neubauten aller Art betrug	367	482	542	489	480	679	469
2. Die Zahl der Zwangsversteigerungen bebauter Grundstücke betrug	150	103	77	46	57	120	206
3. Dieselbe Zahl der unbebauten Grundstücke betrug	?	10	14	17	18	66	97
4. Die Zahl der neuhergestellten Wohnungen betrug	2733	3332	3630	3829	4750	6549	5234

[1] Münchener Jahresübersichten für 1901.

Die Tabellen für München und Nürnberg tragen einen anderen Charakter wie die der früher aufgeführten Städte. Da über München das meiste statistische Material vorliegt, seien die einschlägigen Verhältnisse hier näher erörtert; sie treffen für eine Zahl anderer, hier nicht genannter süddeutscher Städte gleichfalls zu. Aus der Zahlenreihe der aufgeführten Neubauten (Nr. 1) ist zu ersehen, daß die Bautätigkeit Münchens in den der Hochkonjunktur vorhergehenden Jahren durch die Hypothekenverhältnisse nicht merklich gelitten hat; dasselbe ergibt sich auch aus der Reihe Nr. 4, der Zahl der jährlich hergestellten Wohnungen. Die Abnahme setzt erst Ende 1900 und im Jahre 1901, also im Zeichen des Niederganges der Industrie, ein; ihr entspricht die Zunahme der Zwangsversteigerungen. Von einer heute wieder erwachenden Bautätigkeit ist noch nichts zu spüren, und zwar deshalb nicht, weil in den voraufgegangenen Jahren die genügende Zahl von Wohnungen gebaut werden konnte, so daß zur Zeit kein Bedarf da ist, im Gegenteil: es ist ein Überfluß leerstehender Wohnungen vorhanden.

Im Jahre 1900 standen bereits 5 % aller Wohnungen leer. Diese Zahl hat sich im Laufe von 1901 noch wesentlich vermehrt, da der Zuzug geringer geworden ist, die Bautätigkeit von 1901 aber noch nicht in entsprechendem Maßstabe abgenommen hat. Dabei stehen aber nicht, wie in anderen Städten, nur größere Wohnungen leer, sondern auch viel kleine und kleinste. Ist doch der jährliche Prozentsatz der Herstellung neuer Wohnungen von sechs Zimmern und mehr vom Jahre 1897 bis 1901 von 8,2 % auf 1,7 % gefallen, während der Prozentsatz von Wohnungen mit nur zwei heizbaren Räumen in derselben Zeit von 25,7 auf 49,6 % gestiegen ist. Hieraus folgt übrigens, daß München eine von den wenigen Städten gewesen ist, die keine Wohnungsnot gehabt haben, und in denen die Wohnungspreise für kleine Wohnungen auch nicht so sehr in die Höhe getrieben sein können.

Anlaß zu der regen Bautätigkeit gab die Terrainspekulation, eine Terrainspekulation, die so übertrieben wurde, daß sie an ähnliche Verhältnisse in Berlin während der Gründerzeit 1870/71 erinnert. Dieselbe begann, als man im Süden der Stadt ein Industriezentrum in Angriff genommen, um die in elektrische Energie umgesetzte Kraft der Isar wirtschaftlich auszunutzen. Wenn es bei dieser großzügig angelegt gewesenen Anlage mit allem, was an Terrain dazu gehört, geblieben wäre, so würde das nur als ein Vorteil für München und seine industrielle Entwicklung zu betrachten gewesen sein. Dabei blieb

es aber nicht. Die Spekulationswut in Terrains war einmal geweckt, und nun ging es unaufhaltsam vorwärts. Nachdem im Jahre 1891 die erste Terraingesellschaft gegründet war, folgten in den Jahren 1897—1900 deren 14[1] mit einem Kapital von 50 Millionen Mark. Das ganze Terrain stundenweit im Umkreise von München wurde erworben und mittelst großer Tafeln als Baugründe bezeichnet. Diese Entwicklung fußte im Endzweck auf der Annahme, daß sich das Anwachsen der Stadt in noch viel rascherem Tempo in der Zukunft vollziehen würde, als es sich in der Vergangenheit vollzogen hat, und daß dementsprechend das Bedürfnis nach Schaffung weiterer Wohnungen sich geltendmachen werde. Nun besteht aber kein Zweifel darüber, daß, selbst wenn München sich wirklich noch schneller als bisher entwickeln würde, Jahrzehnte vergehen müßten, bis die Terrains, die sich in dem Besitze der Terraingesellschaften befinden, tatsächlich zu Bauplätzen werden könnten. Hier war natürlich ein Rückschlag zu erwarten, und dieser trat auch ein. Es kam die Zahlungsstockung eines Großspekulanten, und ihr folgte ein kolossaler Rückgang der Terrainwerte. Diese Verhältnisse konnten selbstverständlich nicht ohne Einfluß auf den Baumarkt bleiben. Da die Terrainspekulanten unbedingt als Anregung eine große Bautätigkeit brauchten, wurden die Geldmittel, die anderwärts für den Spekulationsbau mangelten, beschafft; auch zeigte sich das Privatpublikum dem Beleihungsgeschäft gegenüber nicht so zurückhaltend. Es nahm selbst in großem Umfange an der Spekulation in Terrainwerten teil und wurde so dem Baugeschäft nicht so entfremdet wie in anderen Orten, wo sich die Spekulation vorwiegend in Industriewerten bewegte. So konnte mit der Hochkonjunktur in der Industrie eine gute und lohnende Tätigkeit des Baugewerbes parallel laufen. Natürlich hatte der Niedergang der Terrainwerte ein Erschlaffen der Bautätigkeit zur Folge, das zurzeit noch andauert und keine Belebung erfahren hat, da ein Bedürfnis für Neubauten in größerem Umfange nicht vorliegt.

Das Resultat der Untersuchungen der Bautätigkeit Deutschlands bestätigt, daß in der großen Mehrzahl der Bauzentren Deutschlands die Stellung des Baugewerbes während der letzten Jahre eine andere gewesen ist als die der sonstigen industriellen Tätigkeit. Sie ist hauptsächlich durch die anhaltende Schwierigkeit, hypothekarische Beleihungen

[1] Allgemeine Zeitung, München, Anfang Juli 1902.



zu erlangen ungünstig beeinflußt gewesen. Da das Baugewerbe gerade in den Jahren, in denen in allen anderen Ständen Unternehmungslust und reiche Mittel vorhanden waren, sich nicht so entfalten konnte, wie es zur Erfüllung seiner sozialen Aufgaben in der Wohnungsschaffung notwendig gewesen wäre, sei die Frage aufgeworfen, ob diesem Übelstande nicht für späterhin wenigstens in etwas abzuhelfen sei. Diese Frage ist in der Hauptsache so lange mit Nein zu beantworten, als es Menschen gibt, die in ihrer Spekulationswut, in der trügerischen Hoffnung auf großen Zins- und Kursgewinn die Sicherheit des Kapitales selbst vernachlässigen. In normalen Zeiten pflegt der Sinn für Spekulation im allgemeinen latent zu bleiben. In den Zeiten der Hochkonjunktur wird er frei und ist dann schwer zu bannen. Hier die Voraussicht, daß sehr wenige aus den Verlusten, die ihnen die Spekulationswut beigebracht, etwas lernen werden. Die nächste Konjunktur wird der Überspekulation dieselben großen Mittel liefern, und das Kapital für die sichere, aber verhältnismäßig gering verzinsliche Hypothek wird wiederum knapp werden.

Bessern könnten sich die Verhältnisse nur dann, wenn es möglich wäre, ein kapitalkräftigeres Publikum, das weniger vom Kapitalsmarkt abhängig ist, als Bauherrn zu gewinnen. Der Krebsschaden der ganzen privaten Bautätigkeit liegt darin, daß vermögende Leute heutzutage nicht mehr selbst bauen wollen, es sei denn ein eigenes Wohnhaus oder ein ihren speziellen Zwecken dienendes Geschäftshaus. Die Fälle, wo die Leute zwecks Kapitalsanlage selbst bauen, sind sehr selten geworden; höchstens beschränken sie sich darauf, fertige Häuser zu kaufen. Vor 1870/71 war das Bauen in der Absicht, Gelder zinstragend anzulegen, in Berlin und in anderen großen Städten die Regel, so daß es ein vermögensloses Unternehmertum in dem Umfange wie heute nicht gab. Es lohnt sich, die Gründe klarzulegen, warum sich die Verhältnisse so gestaltet haben. Wenn man davon absieht, daß der Grund und Boden und auch das Bauen kostspieliger geworden ist, also mehr Kapital zur Herstellung eines Baues gehört als früher, welcher Übelstand aber durch die starke Vermehrung des Kapitals überhaupt wieder ausgeglichen sein dürfte, so liegt der Hauptgrund wohl in den 3 folgenden Punkten:

1. in der Schwierigkeit, vorher zu übersehen, ob man auch die Bauerlaubnis in der gewünschten Form erhält;

2. in der Furcht vor den Unannehmlichkeiten des Bauens selbst;

rücksichtlich der Kostenüberschreitungen und der rechtzeitigen Fertigstellung;

3. in der schwierigen Verwaltung des fertigen Hauses, hauptsächlich veranlaßt durch die unangenehme Kampfstellung, die sich leider zwischen Mieter und Vermieter ausgebildet hat.

Ad 1. Die Befürchtung, ob man auch ein eingereichtes Bauprojekt unter allen Umständen genehmigt erhält, ist keine so unberechtigte. Die Baugesetze sind in den letzten Jahren so kompliziert geworden, allerdings häufig durch die notwendigen Forderungen für Luft und Licht, daß sich ein Laie besonders schwer über die Ausnutzungsfähigkeit eines zu erwerbenden Grundstücks orientieren kann. Selbst der Fachmann kann ihm in vielen Fällen keine sichere Auskunft geben. Man kann sich denken, wie häufig jemand durch diese Unsicherheit, ob er auch in dem Umfange das Grundstück ausnutzen kann, wie es ihm für die Verzinsung der angewendeten Mittel unbedingt nötig erscheint, vom Bauen abgehalten wird. Diesem Übelstande wäre durch die Schaffung einer Art Auskunftsbureau seitens der Behörde, in dem man auf Grund einer nur flüchtigen Skizze unmittelbare Auskunft über die Bebaubarkeit eines Grundstückes erhalten kann, in der Hauptsache abzuhelfen.

Ad 2. Die Angst vor den Unannehmlichkeiten, die der Bau dem Bauherrn bringt, ist — und dies sei hier besonders betont — zurzeit keine berechtigte mehr. Gewiß sind viele Leute durch Kosten- und Fristüberschreitungen auch noch in letzter Zeit zurückgeschreckt worden, doch sind das Übelstände, die der leitende Bauausführende, wenn er ernstlich will, vermeiden kann. Wie jede andere industrielle Tätigkeit so hat auch die Bauausführung erhebliche Fortschritte gemacht. Die Zuverlässigkeit des Kostenanschlages hat gewonnen, und die Technik hat so viel neue Mittel geschaffen, um den Bau, sobald er durch Streiks oder sonstige unvorhergesehene Umstände zurückgeblieben, rascher zu fördern, daß eine verspätete Fertigstellung fast immer zu vermeiden sein wird. Das ganze Bauhandwerktum hat sich in seiner Leistungsfähigkeit sehr gehoben; es arbeitet im Durchschnitt viel besser und pünktlicher als früher. Die große Entwicklung der Technik ist auch an ihm nicht spurlos vorübergegangen.

Ad 3. Schwerer zu lösen ist die Frage, wie man die Verwaltung eines fertigen Hauses wiederum angenehmer gestalten kann. Das alte patriarchalische Verhältnis hat aufgehört; an seine Stelle ist ein ziemlich unklarer Rechtszustand getreten, auf Grund dessen sich der

Mieter und Vermieter gegenseitig bekriegen. Dieses Verhältnis hat sich dadurch immer schlechter gestaltet, daß sich die Zahl der Berührungspunkte zwischen beiden Parteien durch Einführung aller der neuen, gemeinschaftlichen Anlagen, wie Wasserleitung, Kanalisation, Zentralheizung, Aufzug, stetig vermehrt hat. Vielleicht wird sich dieses am ehesten durch Schiedsgerichte besser gestalten lassen, welche durch ihre Rechtsprechung für alle Forderungen der Mieter rücksichtlich der Reparaturen, Instandhaltungen usw., die ja im großen ganzen überall ähnliche sein werden, allgemein giltige Normen schaffen. Sind diese Normen dann erst zum Gewohnheitsrecht geworden, so werden sie viel Reibereien und Streit zwischen Mieter und Vermieter verhindern und die Hausverwaltung wesentlich erleichtern.

Wird in der angegebenen Weise planmäßig an der Beseitigung der Unbequemlichkeiten, welche der Bau und der Besitz von Mietshäusern mit sich bringen, gearbeitet, so ist wohl denkbar, daß dem Baugewerbe wieder ein kapitalkräftigeres Unternehmertum gewonnen werde. Welche Vorteile das vor dem jetzigen Zustand hat, braucht wohl kaum näher erörtert zu werden. Jedoch, wie eine verlorene Position sich im allgemeinen schwer wieder erringen läßt, so kann auch hier eine Rückgewinnung kapitalkräftigerer Elemente nur langsam, Schritt für Schritt erfolgen. Könnte man die Verhältnisse so umgestalten, daß das Publikum, welches in Terrains spekuliert, und das meistens, im Gegensatz zum Bauherrentum, über reichliche Mittel verfügt, selbst bauen müßte, um seinen Gewinn zu realisieren, so würde viel gewonnen sein. Aber leider gibt es hierfür keine Zwangsmittel, und so muß man vorerst noch mit den jetzigen Unternehmern rechnen, die in ihren Mitteln für den Bau im allgemeinen recht beschränkt sind. Natürlich haben gerade *sie* unter der Geldknappheit für Hypotheken am meisten gelitten. Es wäre für die Zukunft ein Segen, wenn man eine Einrichtung treffen könnte, die einer solchen Geldknappheit wenigstens in etwas vorbeugen könnte. Wer den vorliegenden Aufsatz verfolgt hat, wird aber ersehen haben, daß hierfür durchgreifende Mittel kaum zu schaffen sein werden; doch will ich nicht versäumen, die Aufmerksamkeit auf eine Form der Hypotheken zu lenken, die geeignet wäre, wenigstens in manchen Fällen, die Geldgeber williger zu machen, auch in den Zeiten der Hochkonjunktur der Industrie ihre Gelder dem Baugewerbe nicht zu entziehen. Mein Vorschlag geht dahin, erste oder zweite Hypotheken mit *wechselndem* Zinsfuß einzuführen. Natürlich kommen für diese in erster Linie nur private

Geldgeber in Betracht und nicht Banken und sonstige öffentliche Institute. Unter Hypotheken mit wechselndem Zinsfuß verstehe ich solche, für die ein gewisser Zinsfuß — also nehmen wir zum Beispiel $3^1/_2$ % an — unter allen Umständen als unterste Grenze festzusetzen ist, die aber dann noch einen weiteren Zinszuschlag erhalten, der sich nach dem jedesmaligen Ertrage des Hauses im Vorjahre richtet. Da die Erträgnisse des Hauses jedes Jahr durch die städtischen Einschätzungen zur Grundsteuer aktenmäßig festgelegt werden, könnte über die Höhe der Erträgnisse kein Zweifel entstehen. Es leuchtet ein, wie viele Vorteile dem Hausbesitzer wie dem Hypothekenbesitzer aus einem solchen Abkommen erwachsen würden. In den Zeiten der Hochkonjunktur steigen naturgemäß die Mieten; mit ihnen hebt sich die Verzinsung der Hypothek — sagen wir auf $4^1/_8$—$4^1/_2$ %. Der Geldgeber, der auch bei aller Sicherheit der Anlage einen erhöhten Zinsertrag seiner Gelder erhält, sieht sich deshalb weniger leicht veranlaßt, die sichere Anlage aufzugeben, um imaginärem Gewinn nachzujagen. Andererseits verringern sich die Zinsabgaben in schlechten Zeiten, — eine Annehmlichkeit, die für den Hausbesitzer gar nicht zu unterschätzen ist. Der Vorschlag hat aber noch als weiteren Vorzug den, daß nunmehr der Hypothekenbesitzer ein ganz anderes Interesse an der Bewirtschaftung des Hauses hat wie früher. Er wird häufig mit Rat und Tat einspringen können und weiterhelfen, wo für ihn früher keine Veranlassung vorlag. Da dieser Art von Hypotheken Bedenken bezüglich der Eintragsfähigkeit ins Grundbuch nicht entgegenstehen, dürfte es sich lohnen, mit ihrer Einführung Versuche zu machen.

Mit diesem Vorschlag, den ich einer Erwägung anempfehle, schließe ich den Bericht über die Entwicklung des Baumarktes in den Jahren der Hochkonjunktur und der darauffolgenden Krisis der Industrie.

Die Einwirkung der Krisis in der Industrie auf das Baugewerbe.

Von
Baumeister **August Schuster**, Mannheim,
Vorstandsmitglied der Südwestlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft.

Um die Frage zuverlässig zu beantworten, war es notwendig, das Material der Berufsgenossenschaften zu Grunde zu legen.

Aus diesem Material sind die verausgabten Lohnsummen ersichtlich, und zwar war es zweckmäßig, die Periode von 1897 bis einschließlich 1901 zu wählen. Die Lohnsummen für das Jahr 1902 waren noch nicht festgestellt. Es kann aber mit einiger Bestimmtheit angenommen werden, daß die Lohnsummen für 1902 hinter denjenigen des Jahres 1901 zurückbleiben, selbstverständlich nicht überall gleichmäßig, sondern mit nicht unerheblichen Variationen für die einzelnen Bezirke. Ja, in einzelnen Bezirken werden sie überhaupt nicht gegen 1901 zurückstehen. Diese Statistik der verausgabten Lohnsummen ist für den vorliegenden Zweck vollkommen ausreichend.

Innerhalb einer Darstellung über den gesamten Arbeitsmarkt mögen noch andere Gesichtspunkte mit Recht hervortreten, aber die erhöhte und verringerte Bautätigkeit wird aus den verausgabten Lohnsummen sich immer ergeben.

Die Statistik der verausgabten Lohnsummen ist nun mit tunlichster Vollständigkeit erhoben worden. Die Statistik ist nur dadurch ermöglicht worden, daß wir die Organisation der Berufsgenossenschaften besitzen. Die Organisation der Berufsgenossenschaften in Deutschland ist die folgende:

Es bestehen im Deutschen Reiche zwölf Berufsgenossenschaften; dieselben sind wieder in einzelne Sektionen eingeteilt.

Die Abgrenzung der zwölf Baugewerks-Berufsgenossenschaften untereinander und an sich in Sektionen ist folgende:

I. Hamburgische Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Sitz Hamburg.

Dieselbe ist eingeteilt in fünf Sektionen:

Sektion I, Hamburg, umfaßt die Stadt Hamburg, von Schleswig-Holstein die Kreise Altona und Pinneberg, sowie Gemeindebezirk Wandsbek.

Sektion II, Lübeck, umfaßt die Stadt Lübeck, von Mecklenburg-Strelitz das Fürstentum Ratzeburg, von Schleswig-Holstein die Kreise Lauenburg mit der Enkl. Geesthacht; Stormann mit den Enkl. Wohldorf-Ohlstedt, Volksdorf, Groß Hansdorf-Schmalenbeck, Farmsen-Berne, ferner Kreis Segeburg und Fürstentum Lübeck.

Sektion III, Kiel, umfaßt die Kreise Oldenburg, Plön, Kiel, Steinburg, Süder- und Norder-Dithmarschen, Rendsburg, Eckernförde.

Sektion IV, Flensburg, umfaßt die Kreise Eiderstedt, Schleswig, Husum, Flensburg, Sonderburg, Apenrade, Tondern, Hadersleben.

Sektion V, Schwerin, umfaßt Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz ohne Fürstentum Ratzeburg, aber mit Dodow.

II. Nordöstliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Sitz Berlin.

Dieselbe ist ebenfalls in fünf Sektionen eingeteilt, welche umfassen:

Sektion I, Berlin, den Verwaltungsbezirk Berlin, die Stadtkreise Charlottenburg, Schöneberg, Rixdorf und die Amtsbezirke Tempelhof, Steglitz, Groß-Lichterfelde, Deutsch-Wilmersdorf und Friedenau;

Sektion II, Potsdam, die Provinz Brandenburg mit Ausschluß der in Sektion I aufgeführten Bezirke;

Sektion III, Stettin, die Provinz Pommern;

Sektion IV, Danzig, die Provinz Westpreußen;

Sektion V, Königsberg i. Pr., die Provinz Ostpreußen.

III. Schlesisch-Posensche Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Sitz Breslau.

Auch diese Genossenschaft ist in fünf Sektionen eingeteilt, und umfassen dieselben:

Sektion I, Breslau, den Regierungsbezirk Breslau;

Sektion II, Liegnitz, den Regierungsbezirk Liegnitz;

Sektion III, Oppeln, den Regierungsbezirk Oppeln;
Sektion IV, Posen, den Regierungsbezirk Posen;
Sektion V, Gnesen, den Regierungsbezirk Gnesen.

IV. Hannoversche Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Sitz Hannover.

Dieselbe ist eingeteilt in vier Sektionen, welche umfassen:

Sektion I, Hannover, die Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Osnabrück und das Fürstentum Pyrmont;

Sektion II, Minden i. Westfalen, die Regierungsbezirke Minden, Lippe und Schaumburg-Lippe und Kreis Rinteln;

Sektion III, Braunschweig, den Regierungsbezirk Braunschweig;

Sektion IV, Bremen, den Regierungsbezirk Bremen, Oldenburg ohne die Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld, ferner Regierungsbezirk Aurich und Stade.

V. Magdeburgische Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Sitz Magdeburg.

Dieselbe ist in drei Sektionen eingeteilt, welche sich erstrecken:

Sektion I, Magdeburg, auf den Regierungsbezirk Magdeburg;

Sektion II, Halle a. S., auf den Regierungsbezirk Merseburg;

Sektion III, Dessau, auf Anhalt.

VI. Sächsische Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Sitz Dresden.

Dieselbe ist eingeteilt in sechs Sektionen, welche umfassen:

Sektion I, Dresden, die Kreishauptmannschaft Dresden;

Sektion II, Leipzig, die Kreishauptmannschaft Leipzig;

Sektion III, Zwickau, die Amtshauptmannschaften Zwickau, Plauen i. Vogtl., Auerbach, Ölsnitz und Glauchau;

Sektion IV, Chemnitz, die Amtshauptmannschaften Chemnitz, Flöha, Marienberg, Annaberg und Schwarzenberg;

Sektion V, Bautzen, die Amtshauptmannschaft Bautzen;

Sektion VI, Gera, Reuß ältere Linie und Reuß jüngere Linie und Enkl. Gefell.

VII. Thüringische Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Sitz Erfurt.

Dieselbe ist eingeteilt in vier Sektionen, welche umfassen:

Sektion I, Weimar, Sachsen-Weimar ohne Zillbach, Klein-

Zillbach, Seebach, Ilmenau, Bösleben, Allstedt, Oldisleben, jedoch mit den Enkl. Nazza, Neukirchen, Werningshausen, Oberellen, Dietlas, Treppendorf, Lichtenhain, Vierzehnheiligen, Kamburg, Mosen, Schweinitz, Österröda.

Sektion II, Altenburg, Sachsen-Altenburg ohne Schweinitz, jedoch mit den Enkl. Gr.-Kochberg, Rödelwitz, Milda und Schwarzburg-Rudolstadt;

Sektion III, Gotha, Sachsen-Meiningen, die Enkl. Zillbach, Klein-Zillbach, Leutenberg, Kreis Ziegenrück, Sachsen-Koburg-Gotha mit den Enkl. Seebach, Wandersleben, Angelroda und Geschwenda;

Sektion IV, Erfurt, den Regierungsbezirk Erfurt ohne Wandersleben und Ziegenrück, jedoch mit Elxleben und Kranichfeld, ferner Schwarzburg-Sondershausen ohne Geschwenda, endlich mit Ilmenau, Bösleben, Allstedt, Oldisleben, Traßdorf, Gr.-Körner, die Herrschaft Frankenhausen, sowie Immenroda und Schlotheim.

VIII. Hessen-Nassauische Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Sitz Frankfurt a. M.

Dieselbe ist eingeteilt in sieben Sektionen, deren Bezirke sind:

Sektion I, Frankfurt a. M., vom Regierungsbezirk Wiesbaden die Kreise Frankfurt a. M., Stadt und Land, der Obertaunuskreis, die Kreise Höchst und Usingen: vom Regierungsbezirk Kassel die Kreise Hanau, Stadt und Land, Gelnhausen, Schlüchtern und Gersfeld; vom Großherzogtum Hessen die Kreise Offenbach, Friedberg und Büdingen.

Sektion II, Darmstadt, die Kreise Darmstadt, Groß-Gerau, Dieburg, Erbach, Heppenheim und Bensheim.

Sektion III, Wiesbaden, Stadtkreis Wiesbaden und Landkreis Wiesbaden, Untertaunuskreis, Oberwesterwaldkreis, Unterwesterwaldkreis, Kreis Westerburg, Oberlahnkreis, Unterlahnkreis, Kreis Limburg, Rheingaukreis und Kreis St. Goarshausen.

Sektion IV, Mainz, die Kreise Mainz, Bingen, Alzey, Worms und Oppenheim.

Sektion V, Kassel, die Kreise Kassel, Stadt und Land, Eschwege, Fritzlar, Hofgeismar, Homberg, Melsungen, Rotenburg, Witzenhausen, Wolfhagen, Hersfeld, Hünfeld und Schmalkalden.

Sektion VI, Gießen, vom Regierungsbezirk Kassel die Kreise Marsburg, Frankenberg ohne die Herrschaft Itter, Kirchhain, Ziegenhain, Fulda; vom Regierungsbezirk Wiesbaden der Dillkreis und

Kreis Biedenkopf, von Hessen die Kreise Gießen, Schotten, Alsfeld und Lauterbach.

Sektion VII, Arolsen, Kreis der Twiste, Kreis des Eisenbergs, Kreis der Eder, vom Kreis Frankenberg im Regierungsbezirk Kassel die Herrschaft Itter.

IX. Rheinisch-Westfälische Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Sitz Elberfeld.

Die Genossenschaft ist eingeteilt in 8 Sektionen, welche umfassen:

Sektion I, Münster, Regierungsbezirk Münster.

Sektion II, Dortmund, Regierungsbezirk Arnsberg.

Sektion III, Elberfeld, den rechtsrheinischen Teil des Regierungsbezirks Düsseldorf ohne Stadt- und Landkreis Düsseldorf;

Sektion IV, Düsseldorf, den linksrheinischen Teil des Regierungsbezirks Düsseldorf sowie Stadt- und Landkreis Düsseldorf;

Sektion V, Köln, Regierungsbezirk Köln;

Sektion VI, Aachen, Regierungsbezirk Aachen;

Sektion VII, Koblenz, Regierungsbezirk Koblenz;

Sektion VIII, Saarbrücken, Regierungsbezirk Trier und Birkenfeld.

X. Württembergische Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Sitz Stuttgart.

Diese Genossenschaft umfaßt das ganze Königreich Württemberg, und besteht in derselben keinerlei Sektionsbildung.

XI. Bayrische Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Sitz München.

Auch hier besteht keinerlei Sektionsbildung, und umfaßt die Genossenschaft das ganze Königreich Bayern.

XII. Südwestliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Sitz Straßburg i. E.

Dieselbe ist eingeteilt in sechs Sektionen, und zwar:

Sektion I, Mannheim, umfaßt die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach;

Sektion II, Karlsruhe, umfaßt die Kreise Karlsruhe, Baden und Offenburg;

Sektion III, Freiburg, umfaßt die Kreise Freiburg, Waldshut, Lörrach, Konstanz, Villingen, sowie die Hohenzollernlande;

Sektion IV, Straßburg i. E., umfaßt Unterelsaß;
Sektion V, Mülhausen i. E., umfaßt Oberelsaß;
Sektion VI, Metz, umfaßt Lothringen.

Die innerhalb der Jahre 1897 bis inkl. 1901 nachgewiesene anrechnungsfähige Lohnsumme der sämtlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaften betrug 3 740 233 605,56 Mark.

Diese Summe verteilt sich auf die einzelnen Genossenschaften, wie folgt:

1.	Hamburgische	Baugewerks-Berufsgenossenschaft	207 272 348,16	Mk.
2.	Nordöstliche	"	625 403 551,00	"
3.	Schlesisch-Posensche	"	269 049 603,55	"
4.	Hannoversche	"	287 944 463,00	"
5.	Magdeburgische	"	151 989 046,00	"
6.	Sächsische	"	472 903 359,00	"
7.	Thüringische	"	114 150 980,00	"
8.	Hessen-Nassauische	"	254 448 714,00	"
9.	Rheinisch-Westfälische	"	668 734 989,00	"
10.	Württembergische	"	125 441 869,85	"
11.	Bayrische	"	333 624 570,00	"
12.	Südwestliche	"	229 270 112,00	"
		Zusammen	3 740 233 605,56	Mk.

Die Verteilung der vorstehenden Lohnsummen auf die einzelnen Jahre, sowie auf die einzelnen Sektionen ist aus der angefügten tabellarischen Aufstellung näher ersichtlich.

Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß die Lohnsummen verschiedener Genossenschaften im Jahre 1901 bedeutend zurückgegangen sind.

Der Rückgang ist hauptsächlich auf die noch heute andauernde Krisis in der Industrie zurückzuführen, und ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auch für das Jahr 1902 ein weiterer Rückgang der Lohnsummen zu verzeichnen ist.

Um nun eine Übersicht darüber zu bekommen, inwieweit die herrschende Krisis in der Industrie mit dem Rückgang des Baugewerbes und mit der Erlangung von Baugeldern und festen Hypotheken zusammenhängt, wurde ein Ersuchen an sämtliche Genossenschaften und Sektionen um Beantwortung nachstehender Fragen gerichtet:

1. Hat die allgemeine wirtschaftliche Krisis auf die Beschaffung von Baugeldern und festen Hypotheken einen nachteiligen Einfluß, und in welcher Weise macht sich derselbe bemerkbar?
2. Hat die wirtschaftliche Krisis in der Industrie auf das Baugewerbe einen nachteiligen Einfluß, und in welcher Weise macht sich derselbe bemerkbar?

Die auf diese beiden Fragen erfolgten Antworten zeigen uns, inwieweit die zur Zeit noch herrschende Krisis in der Industrie einen nachteiligen Einfluß ausgeübt hat, und zwar macht sich derselbe, wie folgt, geltend:

In der Hamburgischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft ist ein nachteiliger Einfluß bezüglich der Erlangung von Baugeldern und Hypotheken nicht wahrzunehmen; es wurden mehr Gelder auf Bauobjekte angeboten, als verlangt wurden; der Zinsfuß für Hypotheken ging infolgedessen um $1/2$ % zurück; auch in dem Baugewerbe ist ein nachteiliger Einfluß infolge der herrschenden Krisis nicht wahrzunehmen, die Baulust war sehr rege, und es war daher die Bautätigkeit ziemlich flott.

Diesen Ausführungen schließen sich die sämtlichen Sektionen dieser Genossenschaft an, mit Ausnahme der Sektion II —, Lübeck — welche für die beiden letzten Jahre einen Rückgang des Baugewerbes zu verzeichnen hat.

Auch in der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft war mit Ausnahme der Sektion IV und V ein nachteiliger Einfluß bezüglich der Beschaffung von Baugeldern und festen Hypotheken nicht zu bemerken. In dem Baugewerbe war trotz der herrschenden Krisis in der Industrie kein Rückgang zu verzeichnen, und es dürfte nach den gemachten Wahrnehmungen die Lohnsumme der Genossenschaft gegen das Vorjahr eine Steigerung erfahren.

In den obenerwähnten Sektionen IV und V — Danzig und Königsberg i. Pr. — hat die Krisis einen sehr nachteiligen Einfluß ausgeübt, und zwar sowohl in der Erlangung von Baugeldern und festen Hypotheken, da zur Zeit nur auf in guter Lage befindliche Gebäude Hypotheken gegeben werden, als auch in dem Baugewerbe, welches auf mehr als die Hälfte des früheren Umfangs zurückgegangen ist.

In der Schlesisch-Posenschen Baugewerksberufsgenossenschaft war trotz der Krisis in der Industrie ein nachteiliger Einfluß bezüglich der Erlangung von Baugeldern und festen Hypo-

theken nicht zu bemerken, jedoch macht sich bezüglich der Bautätigkeit ein nachteiliger Einfluß insofern bemerkbar, als Überfluß an Geschäfts- und Wohnhäusern vorhanden ist und die Fabriken keine Neu- oder Umbauten vornehmen lassen; das Baugewerbe geht infolgedessen ziemlich schlecht, und wird daher die Lohnsumme gegen das Vorjahr bedeutend zurückgehen.

Diese Verhältnisse sind in den sämmtlichen Sektionen die gleichen mit Ausnahme der Sektion V — Gnesen —, in welcher keinerlei nachteilige Einflüsse, weder bezüglich der Beschaffung von Baugeldern noch auch bezüglich der Bautätigkeit, bemerkbar sind, weil in diesem Bezirk Industrie fast gar nicht vertreten ist.

In der Hannoverschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft macht sich die Krisis in der Industrie sowohl in der Erlangung von Baugeldern und Hypotheken als auch in dem Baugewerbe sehr bemerkbar.

Hypotheken sind schwer zu erhalten, und ist der Zinsfuß von 3¾% auf 4½% gestiegen. Das Baugewerbe liegt, da keinerlei Aufträge, weder für Fabrik- noch für Privatbauten, erteilt werden, sehr danieder.

Diese Verhältnisse sind in sämtlichen Sektionen mit Ausnahme der Sektion IV — Bremen — die gleichen.

In diesem Bezirk war bezüglich der Erlangung von Baugeldern und festen Hypotheken und auch bezüglich des Baugewerbes ein nachteiliger Einfluß trotz der Krisis in der Industrie nicht zu bemerken, und es wurde konstatiert, daß Baugelder und Hypothekeu leicht zu erhalten sind, auch daß der Geschäftsgang in allen Gewerbszweigen ein ziemlich flotter ist.

In der Magdeburgischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft war ein nachteiliger Einfluß in der Beschaffung von Baugeldern und Hypotheken zu bemerken, jedoch sind Hypotheken in letzter Zeit wieder leichter erhältlich.

Auch in dem Baugewerbe ist ein nachteiliger Einfluß bemerkbar; es werden keine Fabriken gebaut, auch von den bestehenden keine Umbauten vorgenommen; außerdem fehlt es an Aufträgen für Privatbauten, da viele Wohnungen, namentlich größere, leer stehen.

In der Sächsischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft liegen die gleichen Verhältnisse wie in vorstehender Genossenschaft vor.

Nur in der Sektion II — Leipzig — konnte trotz der herrschenden Krisis ein nachteiliger Einfluß in der Beschaffung von Bau-

geldern und Hypotheken nicht wahrgenommen werden; infolge des Bankkraches der dortigen Bank wurden die Gelder dem Baugewerbe zugewendet, und sind infolgedessen Hypotheken leichter und gegen einen geringeren Zinsfuß zu erhalten als früher.

Die Thüringische Baugewerks-Berufsgenossenschaft hat einen nachteiligen Einfluß in der Erlangung von Baugeldern und Hypotheken nicht zu verzeichnen. Das Baugewerbe ist etwas zurückgegangen, jedoch nicht erheblich.

In den sämtlichen Sektionen liegen die gleichen Verhältnisse vor.

In der Hessen-Nassauischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft macht sich namentlich in den Sektionen I—IV infolge der Krisis in der Industrie ein nachteiliger Einfluß sowohl in der Beschaffung von Baugeldern und Hypotheken als auch in dem Baugewerbe bemerkbar. In den übrigen Sektionen V—VII wird ein nachteiliger Einfluß in der Erlangung von Baugeldern und Hypotheken nicht wahrgenommen; jedoch ist auch in diesen Sektionen das Baugewerbe etwas zurückgegangen.

Trotz dem Rückgang des Baugewerbes ist die Lohnsumme in dieser Genossenschaft bedeutend gestiegen, was hier hauptsächlich auf die Höhe der Löhne zurückzuführen ist.

In der Rheinisch-Westfälischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft hat die wirtschaftliche Krisis in der Industrie sowohl auf die Erlangung von Baugeldern und Hypotheken als auch auf das Baugewerbe einen nachteiligen Einfluß ausgeübt. Die Lohnsumme ist, wie aus der tabellarischen Aufstellung ersichtlich ist, um über 11 000 000 Mark zurückgegangen.

Die Bautätigkeit ist namentlich dadurch so bedeutend zurückgegangen, da die Rohmaterialien infolge von Ringbildungen bedeutend im Preise gestiegen sind, auch sind die Arbeitslöhne überaus hohe.

Diese Wahrnehmungen wurden in sämtlichen Sektionen gemacht.

In der Württembergischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft war ein nachteiliger Einfluß in der Erlangung von Baugeldern und festen Hypotheken nicht zu bemerken; in dem Baugewerbe macht sich ein nachteiliger Einfluß jedoch insofern bemerkbar, als keine Fabrikneubauten oder -Umbauten ausgeführt werden.

In der Bayrischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft konnte bezüglich der Erlangung von Baugeldern ein nachteiliger Einfluß nicht bemerkt werden; es waren sogar von einzelnen Banken gute Beleihungsobjekte sehr gesucht; dagegen waren Banken in ein-

zelnen Bezirken in der Beleihung von Gebäuden sehr vorsichtig und haben den Prozentsatz der höchstzulässigen Hypothekenbelastung sehr reduziert. Dies scheint jedoch berechtigt durch den Rückgang der Kaufpreise der Immobilien, welcher direkt dem Einfluß der geschäftlichen Krisis, verbunden mit der erschwerten Lebenshaltung und Geldknappheit in den meisten Bevölkerungsschichten, zuzuschreiben ist.

Auf das Baugewerbe war die Krisis von sehr nachteiligem Einfluß. Hauptsächlich in Bezirken, in denen die Industrie im Vordergrund des wirtschaftlichen Erwerbsleben steht, war ein starker Rückgang des Baugewerbes zu verzeichnen; dies hat lediglich darin seinen Grund, daß selbst diejenigen Industriezweige, die mit Gewinn arbeiten, mit den nötigen Vergrößerungen zurückhalten.

In ländlichen Kreisen macht sich, infolge des günstigen Ernteausfalls, die Krisis weniger bemerkbar, jedoch kommt dies für das Baugewerbe nur im geringsten Grade in Betracht.

Auch in der Südwestlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft ist ein nachteiliger Einfluß in der Beschaffung von Baugeldern und Hypotheken nicht wahrgenommen worden; es waren Hypotheken leicht zu erhalten, und wurden für solche 4—4¼ % verlangt.

Das Baugewerbe ist jedoch bedeutend zurückgegangen, und hat dies lediglich darin seinen Grund, daß die Fabriken keine Neu- oder Umbauten vornehmen ließen.

Außerdem stehen in den Städten außerordentlich viele Wohnungen leer, da viele Arbeiter wieder auf das Land zogen, um billiger zu leben.

Infolge der Überproduktion an Wohnungen und des Rückgangs der Mieten ist es für die Unternehmer daher unrentabel, Neubauten zu erstellen.

Diese Verhältnisse sind in sämtlichen Sektionen ziemlich die gleichen.

Aufstellung der den Genossenschaften und Sektionen nachgewiesenen anrechnungsfähigen Lohnsummen.

Name		Lohnsumme pro 1897 Mk.	Lohnsumme pro 1898 Mk.	Lohnsumme pro 1899 Mk.	Lohnsumme pro 1900 Mk.	Lohnsumme pro 1901 Mk.	Summe Mk.
Hamburgische Baugewerks-Berufsgenossenschaft	Sektion I	18 528 037,41	19 310 175,88	21 721 002,41	22 549 826,82	24 138 651,11	106 247 693,63
	" II	3 062 640,70	3 492 470,82	4 103 175,89	4 479 000,36	4 032 288,49	19 169 576,26
	" III	5 840 987,15	6 028 853,36	6 481 017,72	7 305 882,—	8 591 129,85	34 247 870,08
	" IV	2 380 244,27	2 677 986,59	2 897 865,56	3 079 824,27	3 302 196,59	14 338 117,28
	" V	6 414 254,46	6 639 069,90	6 628 361,20	6 861 567,09	6 725 838,26	33 269 090,91
	Zusammen	36 226 163,99	38 148 556,55	41 831 422,78	44 276 100,54	46 790 104,30	207 272 348,16
Nordöstliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft	Sektion I	48 521 222,—	52 572 160,—	56 322 660,—	67 049 643,—	66 305 942,—	290 771 627,—
	" II	26 391 065,—	27 722 798,—	30 284 773,—	32 260 033,—	34 419 305,—	151 077 974,—
	" III	13 477 109,—	14 979 096,—	15 225 309,—	16 247 345,—	17 105 156,—	77 034 015,—
	" IV	9 107 818,—	10 285 989,—	10 668 803,—	11 513 227,—	9 945 719,—	51 521 556,—
	" V	10 506 385,—	11 189 224,—	11 529 070,—	10 953 608,—	10 820 092,—	54 998 379,—
	Zusammen	108 003 599,—	116 749 267,—	124 030 615,—	138 023 856,—	138 596 214,—	625 403 551,—
Schlesisch-Posensche Baugewerks-Berufsgenossenschaft	Sektion I	15 539 257,74	16 780 776,14	18 361 411,71	20 862 224,75	20 990 421,02	92 534 091,36
	" II	10 595 784,54	12 300 232,58	13 068 795,62	13 394 716,90	12 457 290,52	61 816 820,16
	" III	10 616 504,—	12 739 939,85	12 613 344,67	14 029 181,05	13 597 361,42	63 596 330,99
	" IV	5 336 613,24	5 911 218,70	6 434 680,56	7 365 476,70	7 899 354,71	32 947 343,91
	" V	3 369 000,75	3 347 285,43	3 618 003,45	4 008 285,75	3 812 441,75	18 155 017,13
	Zusammen	45 457 160,27	51 079 452,70	54 096 236,01	59 659 885,15	58 756 869,42	269 049 603,55

Name		Lohnsumme pro 1897 Mk.	Lohnsumme pro 1898 Mk.	Lohnsumme pro 1899 Mk.	Lohnsumme pro 1900 Mk.	Lohnsumme pro 1901 Mk.	Summe Mk.
Hannoversche Baugewerks-Berufsgenossenschaft	Sektion I	23 087 861,—	24 867 321,—	25 570 103,—	25 685 593,—	24 413 406,—	123 624 284,—
	„ II	7 784 665,—	9 008 868,—	9 487 269,—	9 765 637,—	9 224 165,—	45 270 604,—
	„ III	6 861 753,—	7 353 293,—	7 657 814,—	8 538 295,—	8 730 775,—	39 141 930,—
	„ IV	14 232 885,—	15 325 407,—	16 047 640,—	16 625 647,—	17 676 066,—	79 907 645,—
	Zusammen	51 967 164,—	56 554 889,—	58 762 826,—	60 615 172,—	60 044 412,—	287 944 463,—
Magdeburgische Baugewerks-Berufsgenossenschaft	Sektion I	12 315 186,—	12 754 497,—	14 307 987,—	14 679 067,—	14 823 222,—	68 879 959,—
	„ II	10 095 994,—	11 389 757,—	12 869 858,—	13 852 489,—	13 770 691,—	61 978 789,—
	„ III	3 802 081,—	4 302 651,—	4 328 012,—	4 495 502,—	4 202 052,—	21 130 298,—
	Zusammen	26 213 261,—	28 446 905,—	31 505 857,—	33 027 058,—	32 795 965,—	151 989 046,—
Sächsische Baugewerks-Berufsgenossenschaft	Sektion I	32 546 893,—	35 928 313,—	33 408 684,—	30 092 550,—	25 970 623,—	157 947 063,—
	„ II	21 287 506,—	26 435 850,—	27 316 372,—	28 298 424,—	27 157 714,—	130 495 866,—
	„ III	12 633 432,—	13 422 158,—	13 898 669,—	14 438 629,—	12 404 457,—	66 797 345,—
	„ IV	10 511 681,—	12 904 429,—	13 370 684,—	13 674 549,—	12 673 333,—	63 134 676,—
	„ V	6 512 542,—	7 281 516,—	7 724 836,—	7 409 270,—	7 288 979,—	36 217 143,—
	„ VI	4 159 657,—	4 263 435,—	3 793 943,—	3 166 111,—	2 928 120,—	18 311 266,—
	Zusammen	87 651 711,—	100 235 701,—	99 513 188,—	97 079 583,—	88 423 226,—	472 903 359,—
Thüringische Baugewerks-Berufsgenossenschaft	Sektion I	3 792 370,—	4 749 590,—	5 593 900,—	6 318 890,—	5 600 020,—	26 054 770,—
	„ II	3 246 960,—	3 561 360,—	3 943 400,—	4 325 440,—	4 246 650,—	19 323 810,—
	„ III	5 416 200,—	6 100 330,—	6 617 390,—	6 970 990,—	7 170 890,—	32 275 800,—
	„ IV	5 733 630,—	6 831 050,—	7 918 880,—	8 259 810,—	7 753 230,—	36 496 600,—
	Zusammen	18 189 160,—	21 242 330,—	24 073 570,—	25 875 130,—	24 770 790,—	114 150 980,—

Hessen-Nassauische Baugewerks-Berufsgenossenschaft	Sektion I	17 439 365,—	19 123 050,—	20 750 799,—	23 656 234,—	24 523 595,—	105 493 043,—
	„ II	4 222 879,—	4 836 289,—	5 326 296,—	5 722 496,—	6 475 755,—	26 583 715,—
	„ III	6 037 449,—	6 809 447,—	7 186 797,—	7 748 608,—	8 435 603,—	36 217 904,—
	„ IV	4 888 502,—	5 515 721,—	6 006 282,—	6 276 528,—	6 436 275,—	29 123 308,—
	„ V	5 689 153,—	6 354 616,—	6 727 851,—	6 130 885,—	6 693 672,—	31 596 177,—
	„ VI	3 572 052,—	3 965 288,—	4 584 712,—	5 089 432,—	5 677 422,—	22 888 906,—
	„ VII	399 731,—	467 127,—	521 239,—	536 697,—	620 867,—	2 545 661,—
	Zusammen	42 249 131,—	47 071 538,—	51 103 976,—	55 160 880,—	58 863 189,—	254 448 714,—
Rheinisch-Westfälische Baugewerks-Berufsgenossenschaft	Sektion I	7 762 312,—	9 125 092,—	9 279 085,—	10 518 227,—	10 247 792,—	46 932 508,—
	„ II	28 504 172,—	33 548 025,—	36 439 838,—	39 503 075,—	35 635 149,—	173 630 259,—
	„ III	26 706 693,—	31 769 832,—	33 683 272,—	35 883 512,—	30 631 118,—	158 674 427,—
	„ IV	12 585 439,—	14 660 587,—	16 964 793,—	19 623 653,—	19 448 512,—	83 282 984,—
	„ V	15 377 291,—	18 011 296,—	19 872 856,—	20 720 104,—	19 614 648,—	93 596 195,—
	„ VI	5 200 935,—	5 686 305,—	6 053 053,—	6 341 299,—	6 245 870,—	29 527 462,—
	„ VII	6 236 052,—	7 065 931,—	7 991 937,—	8 601 072,—	9 004 404,—	38 899 396,—
	„ VIII	7 805 501,—	8 550 119,—	9 427 608,—	9 670 590,—	8 737 940,—	44 191 758,—
	Zusammen	110 178 395,—	128 417 187,—	139 712 442,—	150 861 532,—	139 565 433,—	668 734 989,—
Württembergische Baugewerks-Berufsgenossenschaft		22 142 181,28	24 574 656,39	26 123 607,19	26 566 733,74	26 034 691,25	125 441 869,85
Bayrische Baugewerks-Berufsgenossenschaft		59 488 330,—	67 318 320,—	71 153 860,—	70 379 130,—	65 284 930,—	333 624 570,—
Südwestliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft	Sektion I	6 450 039,—	8 036 412,—	9 540 900,—	10 835 695,—	10 329 775,—	45 192 821,—
	„ II	9 836 017,—	11 448 919,—	11 520 321,—	11 010 194,—	10 421 898,—	54 237 349,—
	„ III	7 291 797,—	8 446 544,—	8 604 842,—	8 635 745,—	8 234 171,—	41 213 099,—
	„ IV	6 456 595,—	7 279 081,—	7 713 682,—	7 413 371,—	6 647 360,—	35 510 089,—
	„ V	5 642 961,—	6 036 515,—	5 544 074,—	4 913 417,—	4 539 585,—	26 676 552,—
	„ VI	3 862 279,—	4 528 930,—	5 287 299,—	6 507 291,—	6 254 403,—	26 440 202,—
	Zusammen	39 539 688,—	45 776 401,—	48 211 118,—	49 315 713,—	46 427 192,—	229 270 112,—

Die neuere Entwicklung der Bodenverhältnisse in München unter Berücksichtigung der Krisis der Jahre 1900 und 1901.

Von

Dr. **Ludolf Maaß**,

Wissenschaftl. Assistent des Statistischen Amtes der Stadt Frankfurt a. M.

Fortsetzung von Seite 227.

III. Die Entwicklung der Bodenverhältnisse im Stadtinnern und in den Stadterweiterungsgebieten [1].

1. Die Altstadt und die Vorstädte links der Isar. Die Altstadt (Bezirk I—IV) ist fast ganz ausgebaut, und die Bautätigkeit ist hier beschränkt auf den Ersatz der alten Häuser an sich oder bei der für die Stadterweiterungsgebiete wichtigen Durchführung von Durchbrüchen und Straßenerweiterungen. Der Grundbesitzwechsel betrifft daher meistens bebaute Anwesen, von denen ein Teil zum Abbruch bestimmt ist, während die Besitzveränderungen an unbebauten Liegenschaften nur kleine Teilflächen betreffen, deren Preis nicht als durchschnittlicher betrachtet werden kann [2]. Der Preis für bebauten

---

[1] Man vergleiche zu den Kapiteln III und IV die am Schlusse angefügten Tabellen: I. Die Besitzveränderungen an unbebauten Liegenschaften in München 1896—1901; II. Die Bautätigkeit in München 1896—1901; III. Die Terrain-Aktiengesellschaften in München 1897—1902. In Tab. I konnten die Flächen nicht ausgewiesen werden, da diese auf den für die Stadt vom Rentamte angefertigten Verzeichnissen häufig nicht angegeben waren. Hierdurch ist auch ein weiteres Eingehen auf den Besitzwechsel an unbebauten Liegenschaften zwischen Privaten illusorisch geworden. Auf die in Tab. II gemachten Angaben über die mit Neubauten überbauten Flächen kann nicht weiter eingegangen werden, jedoch geben sie unter Berücksichtigung der in neuen Anwesen entstandenen Gebäude und unter Einrechnung der Hoffläche (durchschnittlich die Hälfte der überbauten Fläche) ein ungefähres Bild davon, wieviel Grund und Boden durch die Bautätigkeit verbraucht wurde.

[2] Nach Wallbrecht, Über die Entwicklung des Münchener Baugewerbes im 19. Jahrhundert, München 1897, schwankt der Kaufpreis für einen Quadratfuß Münchener Grund und Boden in der Regel zwischen etwa 0,50 Mk. und 50 Mk., wonach im Stadtinnern der Preis für 1 qm etwa 600 Mk. im Durchschnitt beträgt.

Boden ist im letzten Jahrfünft sehr gestiegen. 1891/95 betrug die Spannung zwischen dem Mindest- und dem Höchstpreis für 1 qm bebauten Grund und Boden im Durchschnitt des Jahrfünfts im I. Bezirk (Max-Josefplatz) 107—3396 Mk., 1896/1900 105—2350 Mk., im II. Bezirk (Markt) 105—1259 Mk. bezw. 150—1440 Mk., im III. Bezirk (Sendlingerstraße) 76—1800 Mk. bezw. 157—2758 Mk. und im IV. Bezirk (Promenadeplatz) 102—1567 Mk. bezw. 182 bis 2369 Mk.[1].

Auch die früheren Vorstädte sind zum großen Teil ausgebaut. Von der früheren Maxstadt, welche sich ungefähr mit den Bezirken V—VIII deckt, sind der V. (Ludwigstraße) und VI. (Königsplatz), in welchen sich zahlreiche öffentliche Gebäude befinden, fast ganz ausgebaut, wie aus der geringen Zahl von Neubauten in neuen Anwesen hervorgeht. Im VII. Bezirk dagegen hat sich, da dieser sich bis nach Schwabing erstreckt und noch eine große bebauungsfähige Fläche aufweist, im letzten Jahrzehnt eine rege Bautätigkeit entfaltet, worauf der größere Umsatz an unbebauten Liegenschaften in der nördlichen Maxstadt in den letzten Jahren zurückzuführen ist. Da hier der Grundstücksspekulation sich ein gutes Feld eröffnet hat, zeigt sich die Wirkung der Krisis in der größeren Zahl von Zwangsversteigerungen an unbebauten Liegenschaften, deren Besitzer zum größten Teil Baumeister waren, und an dem starken Rückgang der Verkäufe und des Erlöses aus denselben schon im Jahre 1899 in der nördlichen Maxstadt. Wenn nun in diesem Bezirke der Preis des unbebauten Bodens 1891/95 12—104 Mk., 1896/1900 20—86 Mk. betrug, so ist der Rückgang des Höchstpreises teils auf die Krisis, teils darauf zurückzuführen, daß das veräußerte Land von den Verkehrsmitteln sehr entfernt ist. Auch im VIII. Bezirk ist noch bebauungsfähiges Land vorhanden, besonders auf dem Marsfelde. Jedoch mußten von der Stadt erst geeignete Zufahrtstraßen von der Altstadt her geschaffen werden, wie die Mars- und die

[1] Die Mindest- und Höchstpreise für bebauten und unbebauten Grund und Boden in den beiden Jahrfünften wurden von Herrn Dr. von Renauld nach den rentamtlichen Umschreibeverzeichnissen berechnet und auf die einzelnen Stadtbezirke verteilt. Es wurden die Preise für Privatgrundstücke berechnet, wobei besonders hohe und besonders niedrige ausgeschlossen wurden, wie auch die bei Zwangsversteigerung, Vertauschungen, Verkäufen unter Auflage von Servituten bezahlten Preise, da diese die freie Preisbildung zu beeinträchtigen geeignet sind. Für die Altstadt wurden aus den oben erwähnten Gründen keine Preise für den unbebauten Grund und Boden berechnet. — Für die freundliche Überlassung der Bodenpreise sei auch an dieser Stelle Dank ausgesprochen.

Hirtenstraße, bevor dieses Gebiet der Bebauung erschlossen werden konnte; die Gemeinde hat durch die Durchführung der Hasenstraße und Unterführung derselben unter dem Zentralbahnhofe und Überführung der Grasserstraße über denselben auch eine direkte Verbindung mit den südlich des Zentralbahnhofes gelegenen Bezirken geschaffen. Erst in den letzten Jahren ist daher die Bautätigkeit etwas belebt worden. Die Stadt selbst hat einen großen Teil ihres Besitzes in diesem Bezirke, den Marsfeianger, den sie der Bebauung hätte erschließen können, an den Fiskus verkauft [1]. Die Preise für Grundstücke bezw. ihre Spannung sind in dem V., VI. und VII. Bezirk bedeutend gestiegen, so vom unbebauten Boden im V. Bezirk von 10—238 Mk. auf 19—501 Mk., im VIII. Bezirk von 2—89 Mk. auf 7—214 Mk., im VI. Bezirk von 1—121 Mk. auf 35—137 Mk., jene vom bebauten Boden im V. Bezirk von 14—858 Mk. auf 33—1000 Mk., im VI. Bezirk von 24—949 Mk. auf 9—1000 Mk., im VIII. Bezirk von 9—475 Mk. auf 23—1121 Mk. [2].

Eine größere Tätigkeit in der Erschließung neuer Baugebiete als in der Maxstadt entfaltete die Stadtgemeinde in der jetzigen Ludwigstadt, welche die frühere Ludwigvorstadt, Isarvorstadt, Annavorstadt, das Lehel und einen Teil der Schönfeldvorstadt umfaßt. Vor allem ist die Tätigkeit der Stadt im IX. Bezirk (Theresienwiese) zu erwähnen. Zu ihrem bisherigen Besitz erwarb sie 1880/81 42 Tagwerk (14,3 ha) zum Preise von 8000 Mk. für ein Tagwerk oder 2,34 Mk. für 1 qm hinzu, so daß sie von dem etwa 255 Tagwerk (87 ha) großen Areal zwischen Krankenhaus und dem Steilhang an der Theresienwiese 170 Tagwerk (58 ha) ihr und der von ihr verwalteten Stiftungen eigen nennen konnte [3]. Hiervon hat die Stadt das Gebiet zwischen Theresienwiese und Schwanthaler-, Pauls-, Pettenkofer-, Goethe- und Lindwurmstraße bis zum Bahndamm der Bebauung zugeführt, und zwar hatte sie bis Ende 1898 ca. 5 ha Bauland verkauft zum Preise von 35—60 Mk. für 1 qm. Diese Preise sind ziemlich hoch, wenn man bedenkt, daß durch ortspolizeiliche Vorschrift die Ausnutzung des Bodens sehr beschränkt wurde (offenes Bausystem mit 12 m Abstand, Erdgeschoß und 2 Obergeschosse, einstöckige Rückgebäude), daher wurden die Anwesen sehr teuer. Die Spannung für 1 qm bebauten Bodens stieg von 32—1076 Mk. 1891/95 auf 50—1555 Mk. 1896/1900, also weit höher als in der Maxstadt. Für den unbebauten

[1] 24 780 qm für 4 500 000 Mk. (VIII. Bezirk).
[2] Im VII. Bezirk von 26—356 Mk. auf 83—473 Mk.
[3] V.B. 1882—1887 S. 86 ff.

Boden stieg die Spannung von 36—156 Mk. auf 19—400 Mk. Doch dieser Bezirk ist jetzt fast ganz ausgebaut, wie auch der anschließende X. Bezirk (Schlachthaus) zwischen Thalkirchner- und Lindwurmstraße. Da in diesem Bezirke große städtische Gebäude liegen, war die Gemeinde an der Aufschließung desselben stark beteiligt, so bei der Herstellung der Häberlstraße, der Tumblingerstraße u. a. mehr. Auch südlich des Südbahnhofes im XI. Bezirke befinden sich große städtische Gebäude, vor allem die Lagerhäuser, der Holzhof u. a. mehr. Um diese, sowie die großen Gebiete südlich des Bahndammes an die innere Stadt anzuschließen, hat die Stadt am Südbahnhofe Unterführungen herstellen lassen für die Hauptzugangsstraßen, die Thalkirchner- und die Lindwurmstraße, während die Unterführung der Tumblingerstraße nicht erreicht werden konnte. Da die städtischen Lagerhäuser aufgegeben sind, kann hier die Stadt noch ein großes Gebiet (8,22 ha) der Bebauung zuführen. Vorläufig aber war in diesem Teile des XI. Bezirkes die Bautätigkeit nur gering, während der nördliche Teil zwischen der Altstadt und der Isar schon fast ganz ausgebaut ist. Hier hat die Stadt eine rege Tätigkeit, vor allem an der Isar, da es sich um schwierige Uferbauten handelte, entwickelt und neue Straßenzüge geschaffen, wie die Auen- und die Wittelsbacherstraße. An diesen verkaufte sie ca. 2,3 ha Bauland zum Preise von 30—85 Mk., in neuerer Zeit von 50—60 Mk. für 1 qm. Die Spannung der Preise für unbebauten Boden betrug 1891/95 5—118 Mk., 1896/1900 7—200 Mk., für bebauten Boden 4—540 Mk. bezw. 9—699 Mk.

Der XII. Bezirk (Gärtnerplatz) ist ganz ausgebaut, wie aus der Anwesenstatistik hervorgeht. Es sind daher keine Verkäufe von Bauplätzen im letzten Jahrfünft zu verzeichnen. 1891/95 war die Spannung 93—130 Mk. für unbebauten Boden, jene für bebauten Boden stieg von 35—775 Mk. auf 113—1036 Mk. Über die Grundbesitzveränderungen in den genannten Bezirken kann Tabelle I nicht genügend Auskunft geben, da vor allem der IX. Bezirk (Theresienwiese) nicht in der Sektion VI enthalten ist und diese sich nur mit dem X.—XII. Bezirk deckt. Wir sehen in den letzten Jahren, besonders aber 1901, eine starke Abnahme der Grundstücksverkäufe, vor allem des Erlöses aus denselben.

Im XIII. Bezirk (Max II. Denkmal) zwischen Zweibrückenstraße und Englischem Garten hat die Stadt ganz besondere Tätigkeit zur Erschließung des Gebietes entwickelt, zunächst bei der Anlage der Steinsdorfstraße (Quaianlage), dann beim Durchbruch von Straßen

im früheren Lehel, wie Stern-, Mühl-, Triftstraße u. a., und endlich bei der Durchführung der Prinzregentenstraße. Bebauungsfähiges Land findet sich in diesem Bezirke nur noch nördlich der Prinzregentenstraße am Englischen Garten, deshalb hat die Bautätigkeit hier seit 1898 nachgelassen. Die Grundstückspreise sind stark gestiegen, beim unbebauten Boden von 12—200 Mk. auf 23—290 Mk., beim bebauten Boden von 35—651 Mk. auf 37—870 Mk. Die Grundbesitzveränderungen dieses Bezirks sind in jenen der Sektion II (Lehel) enthalten, welche aber einen kleinen Teil von Schwabing mit umfaßt. Die Zahl der Verkäufe von unbebauten Liegenschaften ging danach 1900 stark zurück, jedoch ist nur eine Zwangsversteigerung, wenn auch von einem großen Grundbesitz, zu verzeichnen.

2. Die Vorstädte und das Stadterweiterungsgebiet rechts der Isar. Ein Beweis für die große Bedeutung guter Verkehrsstraßen und Verbindungen mit dem Stadtinnern ist die nur sehr langsame Entwicklung der schon im Jahre 1854 einverleibten Vororte Haidhausen, Au und Giesing bis zum letzten Jahrfünft. Erst nachdem in den Bezirken links der Isar gute Zugangsstraßen zu den Brücken geschaffen waren und dann erst nachdem auf dem rechten Isarufer der Steilhang durch sehr kostspielige[1] Auffahrtstraßen überwunden war, konnte sich 1891/95 in Haidhausen und 1896/1900 in Untergiesing eine regere Bautätigkeit entfalten, während die Au erst in der jüngsten Zeit nach Fertigstellung der neuen Auffahrtstraßen (Gebsattel-, Bergstraße) sich zu entwickeln beginnt und das hinter derselben liegende große Giesinger Oberfeld an die Stadt herangezogen wird. Hier mußte die Stadt auch durch Unterführungen die Hindernisse, die der Bahndamm und der Ostbahnhof für die Aufschließung dieser Stadterweiterungsgebiete bildeten, überwinden. Für die Entwicklung von Haidhausen und dem 1892 eingemeindeten Bogenhausen war die Weiterführung der Prinzregentenstraße unter Überwindung des Steilhanges besonders wichtig. Für den ganzen Osten aber war die Ausdehnung des Trambahnnetzes nach und in demselben von großer Bedeutung. Jetzt steht er durch 5 Trambahnlinien mit der Altstadt bezw. dem Zentralbahnhof und dem Westen in Verbindung[2].

An der Aufschließung des Ostens durch Verkauf von Bauland hat sich die Stadt nur wenig beteiligt. Nur zwischen der Isar, dem

[1] Namentlich die zahlreichen Herbergen waren der Regulierung des Steilhanges hinderlich.

[2] M.J. 1901 S. 48.

Steilhang und dem Bahndamme hat sie selbst neue Straßenzüge eröffnet und Bauplätze in größerem Maße verkauft. Hier hat die Stadt größere Besitzungen (Städtischer Heumarkt, Städtische Gärtnerei usw.) und führte in denselben einzelne Straßen durch (Claude Lorrain-, Humboldt-, Oselestraße, Regulierung der Freibadstraße) und verkaufte an diesen ca. 1,5 ha Bauland für 33—65 Mk. für 1 qm. Wichtiger für die Aufschließung des Ostens ist aber die Tätigkeit der Terraingesellschaften [1]. Im Jahre 1897 erwarb die in demselben Jahre gegründete Heilmannsche Immobiliengesellschaft (Aktiengesellschaft) ein großes Gebiet an der Ismaningerstraße und erschloß dieses der Bebauung. 1898 kaufte die 1897 gegründete Bayrische Terrain-Aktiengesellschaft in München ein zusammenhängendes Terrain von 23,9 ha für 3,5 Millionen Mk. zwischen Prinzregenten- und Äußeren Wienerstraße und 1899 von der Aktienziegelei 6,7 ha für 1,2 Millionen Mk. Nachdem die Gesellschaft mehr als 3 ha zur Herstellung der Straßen abgetreten hatte, wurden fortgesetzt Bauplätze mit gutem Nutzen verkauft [2]. Von großer Bedeutung für die Aufschließung des Geländes an der Prinzregentenstraße war die Schaffung des Prinzregenten-Theaters durch die Gesellschaft Prinzregenten-Theater, deren Gründer neben Privatpersonen besonders die Bayrische Terrain-Aktiengesellschaft, die Aktienziegelei, die Heilmannsche Immobiliengesellschaft und das Baugeschäft Heilmann und Littmann sind [3]. 1901 wurde das Theater eröffnet. Um die Erschließung des Gebietes noch mehr zu fördern, wurde im April 1900 die Prinzregentenplatz-Aktiengesellschaft gegründet, welche neben dem Zwecke des Erwerbs, der Parzellierung und des Verkaufs von Grundstücken noch den für die Gestaltung der Terrain- und Bauverhältnisse wichtigeren Zweck verfolgt, Baudarlehen zu gewähren, um dadurch die Bautätigkeit anzuregen und die Tätigkeit der Banken zu ergänzen. Sie erwarb von der Heilmannschen Immobilien-

[1] Die Angaben über die Terraingesellschaften sind dem „Handbuch deutscher bezw. süddeutscher Aktiengesellschaften“ (Leipzig) und Zeitungsberichten entnommen. Über die Lage der Gebiete der Terraingesellschaften gibt „Brunns neuester Plan von München“ genauen Aufschluß.

[2] 1899/1900: 2,4 ha, 1900/1901: 2,2 ha, darunter ein Baublock für 3 Mk. für den Quadratfuß oder 35 Mk. für 1 qm.

[3] Die Gesellschaft brachte außer dem Boden (0,7 ha) zu Selbstkostenpreisen das nötige Baukapital auf. Die Hoftheaterintendanz verzinst das Platz- und Baukapital mit 2% und zahlt jährlich 55 000 Mk. Pacht auf 10 Jahre, innerhalb deren der Zivilliste das Recht der Erwerbung des Theaters zum Betrage der damaligen Grund- und Baukosten vorbehalten ist.

gesellschaft ca. 6,6 ha reine Bauplatzfläche zum Preise von 3,50 Mk. für den Quadratfuß oder ca. 40 Mk. für 1 qm, von der sie 1900/01 nur 1749 qm verkaufte, da der Bebauungsplan erst spät genehmigt wurde, nach welchem, wie im Terrain der Bayrischen Terrain-Aktiengesellschaft das geschlossene System mit Parterre und 3 Stockwerken zugelassen ist. 1901/02 konnte die Gesellschaft trotz der ungünstigen Verhältnisse auf dem Immobilienmarkte 2,3 ha verkaufen bezw. vertauschen, 1902/03 dagegen nur 0,1 ha. — Um ihr Terrain weiter zu erschließen, hat die Prinzregentenplatz-Aktiengesellschaft selbst Häuser erbaut.

Im nördlichen Bogenhausen hat die 1900 gegründete Terraingesellschaft Herzogpark-Gern den ehemaligen 389,3 Tagewerk oder 130,6 ha großen Park des Herzogs Karl Theodor für 4 Millionen Mk. erworben. Die Tätigkeit der Gesellschaft war aber nur vorbereitend, da der Baulinienentwurf für dieses neue Villenviertel noch nicht fest stand. Dasselbe gilt von der Terrain-Aktiengesellschaft München-Nordost und der Aktienziegelei, welche hier größere Gebiete besitzen[1].

Auch in dem vom Verkehr mit der Stadt trotz des 1898 eröffneten Giesinger Bahnhofes aus Mangel an Zufahrtsstraßen fast abgeschlossenen Untergiesing besitzt eine Terrain-Aktiengesellschaft, die Münchener Allgemeine Terraingesellschaft, eine Fläche von 57,2 ha, welche aber verpachtet ist. Ganz anders dagegen hat sich im Südwesten von Giesing, im Giesinger Oberfeld, die von der Heilmannschen Immobiliengesellschaft geschaffene Villenkolonie Menterschwaige entwickelt, da sie gute Verbindungen mit der Stadt über Großhesselohe mit der Staatsbahn und der Isartalbahn hat. In diesem 47,7 ha großen Gebiete, in welchem die Häuser nur Erdgeschoß und ein Obergeschoß bei 10—12 m Pavillonzwischenraum haben dürfen, hat sich eine rege Bautätigkeit entwickelt[2], und ein großer Teil ist schon verkauft. Auch das südlich des Bahndammes gelegene Gut Geiselgesteig mit einer Fläche von 159,1 ha

[1] Nicht direkt kommen zwei Terrain-Aktiengesellschaften in Betracht, deren Besitz außerhalb des Burgfriedens, aber unmittelbar an demselben liegt. Die Terrain- und Baugesellschaft München Ost (gegründet 1899 mit 500 000 Mk. Aktienkapital) hatte 1901 in Berg am Laim, Trudering, Solalinden einen Besitz von 442,9 ha. Die Terraingesellschaft Ostend (gegründet 1898 mit 600 000 Mk. Aktienkapital) besitzt 136,3 ha an den Stationen Haar und Gronsdorf.

[2] Der Quadratmeter kostet 45—80 Pf. je nach Lage. S. auch Hardenberg, Villenkolonien und Terraingesellschaften in München. Süddeutsche Bauzeitung 1900 S. 354.



wurde von der Heilmannschen Immobiliengesellschaft erworben, um hier ein weiteres Villenviertel zu eröffnen. Nördlich der Menterschwaige erwarb 1901 die Prinzregentenplatz-Aktiengesellschaft, um ihren Wirkungskreis zu erweitern, von Ingenieur Heilmann durch Tausch ein schon vollständig arrondiertes, 51,5 ha großes Grundstück für 1,5 Millionen Mk., welches sich vom Grünwalderplatz bis zum städtischen Sanatorium Harlaching erstreckt.

In Haidhausen (XV. Bezirk) hat, wie bemerkt, schon 1891/95 eine lebhafte Bautätigkeit eingesetzt, der aber durch den Ostbahnhof eine Schranke gesetzt wurde. Die Preise für unbebauten Boden stiegen von 4—59 Mk. auf 0,2—150 Mk., für bebauten Boden von 9—263 Mk. auf 19—464 Mk. Die Grundstücksverkäufe hatten schon 1897 ihren Höhepunkt erreicht, hoben sich wieder im Jahre 1899, um 1900 desto stärker zurückzugehen; ohne die Tätigkeit der Terraingesellschaften, besonders der Bayrischen Terrain-Aktiengesellschaften, wäre dieser Rückgang noch bedeutend stärker gewesen. Die Zahl der Zwangsversteigerungen ist ziemlich gleich geblieben und nicht von großem Belang.

In Bogenhausen war die Bautätigkeit in den letzten Jahren stärker als in Haidhausen, was wohl zum Teil der Tätigkeit der Terraingesellschaften zuzuschreiben ist, besonders der Heilmannschen Immobiliengesellschaft an der Ismaningerstraße. Die Preise für unbebauten Boden stiegen von 9—180 Mk. auf 0,8—211 Mk.[1], für bebauten Boden von 1—370 Mk. auf 14—541 Mk. Die Grundstücksverkäufe gingen seit 1899 stark zurück, denn die hohen Erlöse aus Kauf und den sonstigen Besitzveränderungen (Einlage) im Jahre 1900 sind zum größten Teil auf die Gründung der neuen Terraingesellschaften zurückzuführen. Der große Erlös aus dem Tausch ist durch den oben erwähnten Tausch zwischen der Prinzregentenplatz-Aktiengesellschaft und Heilmann herbeigeführt.

In der ehemaligen Vorstadt Au ist die Bautätigkeit zurückgeblieben, hob sich jedoch 1898/1900, um dann besonders im nördlichen Teil (XVI. Bezirk) zurückzugehen. Hier fanden 1891/95 keine nennenswerten Besitzveränderungen an unbebautem Boden statt, der Preis desselben ist von 144 Mk. im Jahrfünft 1886/90 auf 11—225 Mk. im Jahrfünft 1896/1900 gestiegen, der Preis für bebauten Boden stieg auch bedeutend, von 45—373 1890/95 auf 11—813 Mk., da die

[1] In der neuesten Zeit wurden in der Nähe des Prinzregentenplatzes 133 Mk. für 1 qm, weiter entfernt 73 Mk. gezahlt, in der Nähe des Bahngeleises, wo ein neues Industrieviertel entstehen soll, 29 Mk.

Herbergsanwesen relativ teuer bezahlt werden müssen. In dem südlichen Teil der Au stiegen die Bodenpreise nicht so, da bedeutend mehr bebaubares Land vorhanden ist. Es hoben sich hier die Preise für unbebauten Boden von 4—100 Mk. auf 3—130 Mk., für bebauten von 11—370 Mk. auf 20—540 Mk.

In Giesing hat die Bautätigkeit, wie wir sahen, erst im letzten Jahrfünft kräftig eingesetzt, die Preise für unbebauten Boden stiegen entsprechend, von 0,9—59 Mk. auf 0,3—102 Mk., für bebauten Boden von 1—254 Mk. auf 1—387 Mk. Die Verkäufe an unbebauten Liegenschaften erreichten in der Steuersektion VIII, welche außer Obergiesing auch die Au umfaßt, 1899 ein Maximum, auf das 1900 ein sehr starker Rückgang folgte, während die Zahl der Zwangsversteigerungen bedeutend zunahm. In Untergiesing, das sich bis zur Großhesseloher Brücke erstreckt, trat auch 1900 ein starker Rückgang der Grundstücksverkäufe ein, der ohne die Tätigkeit der Heilmannschen Immobiliengesellschaft in der Villenkolonie Menterschwaige noch größer gewesen wäre.

3. Das Stadterweiterungsgebiet im Westen und Südwesten der Stadt. Wie im Osten so war auch im Südwesten die Erschließung neuer Bauquartiere trotz der großen Ausdehnung des Stadtgebietes nach Sendling hin durch den Mangel an guten Verkehrsmitteln aufgehalten worden. Wir sahen, wie die Stadt im IX., X. und XI. Bezirk für Verkehrsstraßen sorgte und diese unter dem die Entwicklung hemmenden Bahndamme hindurch in das Stadterweiterungsgebiet leitete. Von großer Bedeutung war auch die Ausdehnung und die Ausgestaltung des Trambahnnetzes, so vor allem die Verlängerung der Linie Stachus—Sendling bis Neuhofen, die Anlage der Linie Färbergraben—Isartalbahnhof und die frühzeitige Einrichtung dieser Linien für elektrischen Betrieb, und jener von der Landsbergerstraße bis Schwabing und die Schaffung des Vorortverkehrs über Laim nach Pasing und über Thalkirchen nach Großhesselohe.

Im XX. Bezirk, westlich der Theresienwiese bis zum Bahndamme, hat sich erst im letzten Jahrfünft eine größere Bautätigkeit entwickelt. An der Aufschließung dieses Bezirkes hat die im Jahre 1898 gegründete Immobilien- und Baugesellschaft München einen regen Anteil gehabt. Diese erwarb 1898 2,5 ha Baugrund an der Bergmann-, Riedler- und Heimeranstraße für 1,3 Millionen Mk. (mit dem Gebiete in Friedenheim) und 1899 noch 3,1 ha in deren Nähe für 0,97 Millionen Mk. Außerdem hatte die Gesellschaft 1898 3,4 ha in Friedenheim erworben. Während auf diesem Terrain die Tätigkeit der Gesellschaft bis 1901

eine vorbereitende war, gestaltete sich der Verkauf im Westendviertel ziemlich lebhaft[1], so daß das Terrain zum großen Teil schon bebaut und die Neubauten bewohnt sind. Die Grundpreise stiegen von 2—58 Mk. auf 11—93 Mk. für unbebauten und von 15—350 Mk. auf 14—380 Mk. für bebauten Boden.

In dem vom XX. Bezirk nur durch die Bahndämme getrennten Vororte Laim haben die Terrain-Aktiengesellschaft an meisten ihre Tätigkeit entfaltet. In der Nähe des Bahndammes hat 1898 die Terrain-Aktiengesellschaft München-Friedenheim 24,3 ha für rund 1 Million Mk. erworben, Bauplätze aber noch nicht viel verkauft, da die Baulinienpläne erst spät genehmigt wurden[2]. Mehr verkauft hat die Terraingesellschaft München-West, welche 1897 98,4 ha für 1,5 Millionen Mk. erwarb[3]. Ende 1900 trat diese in Fusion mit der Terrain-Aktiengesellschaft Neu-Westend, hauptsächlich zur Beschaffung neuer Barmittel, die zur Bezahlung der Straßenpflasterung bezw. deren Sicherung (1¼ Millionen Mk.) und zur Entfaltung der Bautätigkeit erforderlich gewesen wären.

Die Terraingesellschaft Neu-Westend ging im Jahre 1900 aus der Terraingesellschaft Westend hervor. Diese wurde schon im Jahre 1891 gegründet, in welchem sie 119,4 ha Liegenschaften in Laim samt Inventar für 897 000 Mk. übernahm. Jedoch konnte nur wenig Land verkauft werden, es entstand höchstens hie und da ein Haus im Orte oder ein Fabrikneubau am Geleisstrang. Die Gesellschaft hatte genug mit den Vorarbeiten zur Verwertung ihres Grundes zu tun, wobei sie vielfach auf den Widerstand der inzwischen reich gewordenen Bauern und der aus diesen gebildeten Gemeindeverwaltung stießen. Die Gesellschaft hat daher ihr ursprüngliches Gebiet nur wenig zum Zwecke der Arrondierung erweitert. Dagegen wurden 1898 vom Architekten Exter dessen in Pasing belegener Villen- und Grundbesitz erworben, sowie ein weiterer Grundbesitz daselbst. Ende 1898 betrug der Besitz der Gesellschaft 120,6 ha zum Gesamtwerte von ca. 1,4 Millionen Mk. Verkauft wurden 1899 39,4 ha mit einem Gewinn von 2,4 Millionen Mk. (davon 32 ha an die mit einem Aktienkapital von 1 Million Mk. neugegründete Terraingesellschaft München m. b. H. und 1,5 ha an die Allgemeine Baugenossenschaft von Verkehrsbeamten in

[1] Es wurden verkauft 1899/1900 1,1 ha, 1900/01 0,6 ha, 1901/02 0,13 ha.

[2] Infolge der besseren Ausnutzungsmöglichkeit durch eine andere Baustaffel wurde eine Wertsteigerung des Terrains um 367 000 Mk. erwartet.

[3] 1898/99 2,7 ha, 1899/1900 13,9 ha.

Laim), erworben wurden 50,5 ha, so daß Ende 1899 der Immobilienbesitz 131,7 ha betrug. Im April 1900 verkaufte die Gesellschaft 3,3 ha für 229 000 Mk. an den Bau- und Sparverein des bayrischen Eisenbahnerverbandes, wobei sie sich zur Herstellung der Straßen und zum Bau einer Trinkwasserleitung verpflichtete. Dieses Gebiet hat die Genossenschaft nach der Gewährung eines hohen, den größten Teil der Bausumme (2,69 Millionen Mk.) deckenden 3 %igen Darlehens vom bayrischen Staate ganz ausgebaut und 51 Häuser (Erdgeschoß und 2 bezw. 3 Obergeschosse) mit 443 Wohnungen geschaffen.

Im März 1900 verkaufte die Westendgesellschaft an die neugegründete Terrain-Aktiengesellschaft Neu-Westend 52,8 ha Land in Laim und Pasing um 4,3 Millionen Mk. und im April 1900 den Restbesitz in Laim von 43,2 ha und die Villenkolonie II in Pasing zu 30,6 ha, zusammen für 8,39 Millionen Mk.[1]. Ende 1900 vermehrte die Neu-Westendgesellschaft ihr schon von 5 auf 12 Millionen Mk. erhöhtes Aktienkapital um weitere $2^1/_4$ Millionen Mk. infolge der Angliederung der Terrain-Aktiengesellschaft München-West, wodurch sie eine unter Umständen sehr lästige Konkurrenz beseitigte. Der Grundbesitz der Gesellschaft vergrößerte sich durch diese Fusion um 82,6 ha in Laim und Großhadern, so daß er 228,9 ha betrug. Hiervon wurden 51,7 ha verkauft, von denen der größte Teil auf das Gebiet der ehemaligen Gesellschaft München-West kam, und 13,1 ha für Straßen, freie Plätze und Anlagen in Laim an die Stadtgemeinde abgetreten, so daß im Besitz der Gesellschaft Ende März 1901 164 ha verblieben. Der Verkauf der Gesellschaft in Laim war erschwert durch die Veränderung der Straßenalignements infolge Einverleibung von Laim. Immerhin waren Mitte 1901 4 km Straßenfront bebaubar. Aber auch 1901/02 war die Tätigkeit der Gesellschaft nur vorbereitend wegen der im Baugewerbe herrschenden mißlichen Verhältnisse, dann weil die Festlegung der Baulinien und vor allem die Frage der Verlängerung der Trambahn über Laim nach Pasing noch nicht erledigt war. Verkauft bezw. abgetreten wurden 2,2 ha, zur Abrundung angekauft 5,3 ha, so daß sich Ende März 1902 ein Besitzstand von 490,28 Tagwerk oder 167,1 ha (Buchwert 16,74 Millionen Mk.) ergab, wovon 309,59 Tagwerk oder 125,5 ha in Laim lagen, das selbst nur eine Fläche von 466,5 ha hat. Im

[1] In der Liquidation wurden auf 2 Mill. Mk. Aktienkapital der Westendgesellschaft 14,3 Mill. Mk. zurückgezahlt, auf eine Aktie 7170 Mk. Die Liquidation ist als beendet anzusehen.



April 1902 erwarb die Gesellschaft in ihrem Gebiete liegende 26,8 ha Boden in Laim, im August verkaufte sie daselbst 51,8 ha um 5½ Millionen Mk. an den Fürsten von Taxis, außerdem aber nur einige kleine Parzellen in Pasing. Um mehr Grundstücke zu verkaufen, sucht die Gesellschaft in Laim die genossenschaftliche Bebauung zu fördern (es sind 65 Häuser mit 550 Wohnungen für die Genossenschaften erbaut worden) und hat daneben selbst mehrere Häuser errichtet und beschlossen, in Laim eine Realschule und ein Progymnasium zu erbauen für die Kinder jener, die sich auf ihrem Gebiete angesiedelt haben. Sie hofft, daß noch mehr Baugenossenschaften sich dort niederlassen.

Über die Bautätigkeit in Laim, die, wie wir sahen, durch die Terraingesellschaften sehr zu heben gesucht wurde, liegen zwar Zahlen vor, jedoch nur in Verbindung mit Nymphenburg, so daß sich auf Grund der Tabelle II die Entwicklung von Laim nicht genügend beurteilen läßt. Da jedoch die Bevölkerung in Laim von 838 Personen im Jahre 1895 auf 2612 im Jahre 1900 gewachsen ist, in Nymphenburg dagegen nur von 3694 Personen auf 3936, so ist anzunehmen, daß der größte Teil der Mehrung der Anwesen im XXIII. Bezirk von 347[1] auf 504 in Laim stattgefunden hat. In Laim und Nymphenburg sind die Preise für unbebauten Boden von 0,5—24 Mk. auf 0,6—77 Mk., für bebauten von 2—74 Mk. auf 8—101 Mk. gestiegen. Diese Preise sind für Laim aber zu hoch, denn im Jahre 1900 betrug hier der Preis für 1 qm Boden 7—14 Mk., stieg wohl auch bis 35 Mk. Über den Grundbesitzwechsel sind nur Angaben vom Jahre 1900 und 1901 vorhanden. Diese zeigen aber deutlich den Einfluß der Krisis, wenn auch im Jahre 1900 die große Verschiebung zwischen den Terraingesellschaften stattfand.

In dem Teile des XIX. Bezirkes zwischen den Bahngeleisen, dem Sendlinger Unterfeld, hat sich an der Lindwurmstraße und südlich derselben eine etwas regere Bautätigkeit gezeigt. Eine Terraingesellschaft hatte hier bis zum Jahre 1901 noch keine Tätigkeit entwickelt. Jedoch hatte Baumeister Hoech hier große Komplexe erworben, und von diesem erwarb die Prinzregentenplatz-Aktiengesellschaft 1901 durch Tausch 2,4 ha und 1902, als er in Zahlungsschwierigkeiten geraten war, die neugegründete Terrain-Aktiengesellschaft Bavaria 4,4 ha für etwa 1,4 Millionen Mk. Durch die Instruktion neuer Baulinien wurde die

[1] Nymphenburg hatte am 1. Januar 1899: 222 Anwesen, Laim am 1. Januar 1900: 63 Anwesen.



Ausnutzbarkeit des Bodens erhöht und die Aussichten auf baldige Bebauung gefördert. Bedeutend früher hatte auf dem Sendlinger Oberfeld eine Bodengesellschaft einen großen Komplex erworben. Im Jahre 1897 erwarb hier die Heilmannsche Immobiliengesellschaft ein Gebiet von rund 200 Tgw. oder 68,2 ha. Dies ist noch nicht der Bebauung zugeführt worden, wird aber bald zugänglich gemacht werden, da die Gesellschaft beim Verkauf des Areals für den Waldfriedhof die Bedingung stellte, daß die Stadt bis zum 1. Januar 1904 eine Straße und darauf eine Trambahnlinie herstellen sollte. Die Stadt ist darauf eingegangen, hat aber den Termin für die Eröffnung der Trambahn etwas hinausgeschoben. Im Jahre 1902 verkaufte die Heilmannsche Immobiliengesellschaft ihren Restbesitz in Laim und ferner einen größeren Komplex an die neugegründete Terraingesellschaft Sendlinger Oberfeld (G. m. b. H. mit 300 000 Mk. Aktienkapital). Von dem bedeutend größeren Areal der Gesellschaft in Klein- und Großhadern, das unmittelbar an den Burgfrieden und den Besitz der Gesellschaft innerhalb desselben stößt, hat sie außer der Fläche des Waldfriedhofes (38,6 ha) nur sehr wenig verkauft und sich auf die Anlage einzelner Straßen beschränkt.

Größere Bedeutung für die Erschließung des Sendlinger Oberfeldes haben die im Jahre 1891 an der damaligen Burgfriedengrenze in Talkirchen gegründeten Isarwerke (G. m. b. H.). Diese großen Elektrizitätsanlagen mit zwei im engsten Zusammenhange stehenden Zentralstationen bei Höllriegelsgereut und Pullach haben unter geeigneter Ausnutzung der Wasserkräfte der Isar oberhalb Großhesselohe seit mehr als einem Dezennium die weitere Umgebung mit elektrischem Strom versorgt (so auch Talkirchen und Laim). Wichtiger aber wurden sie durch die Schaffung eines ganzen Fabrikviertels unmittelbar am Burgfrieden der Stadt, wobei sie Terrain nur unter der Bedingung des Bezuges elektrischer Kraft von ihr verkaufen. (Das Gebiet umfaßt mehr als 70 ha.) Da auch Anschlußgeleise gelegt wurden, entwickelte sich hier ein großes Fabrikviertel ohne Schornsteine, welches durch die Staffelbauordnung auf seinen jetzigen Umfang beschränkt ist. Für den übrigen Teil des Sendlinger Oberfeldes südlich der Isarwerke bis Talkirchen ist villenartige Bebauung vorgeschrieben. — Hier hat die Heilmannsche Immobiliengesellschaft ein kleines Villenviertel eröffnet, dann innerhalb des Burgfriedens auch auf der Ludwigshöhe und nicht weit davon entfernt, außerhalb des Burgfriedens an den Haltestellen Solln (Staatsbahn) und Pullach (Isartalbahn). Ferner hat die Gesellschaft in Planegg zur Schaffung einer Villen-

kolonie 14,4 ha erworben, jedoch im Jahre 1900 an die Heimstättengesellschaft verkauft, zu demselben Zwecke dann in Gräfelfing ca. 123 ha, welche sie im Jahre 1902 für ca. 3 Millionen Mk. an die Terraingesellschaft Gräfelfing veräußerte, und endlich am Starnberger See bei Feldafing 200 Tagwerk (ca. 68 ha), wo sie eine Villenkolonie selbst schafft[1]. —

In Sendling hat, wie wir sahen, die Bautätigkeit in den letzten Jahren zugenommen. Die Preise für unbebauten Boden stiegen entsprechend, von 0,5—53 Mk. auf 0,1—72 Mk., für bebauten Boden von 0,3—323 Mk. auf 3—432 Mk. Die Besitzveränderungen sind nicht ausscheidbar, da die V. Steuersektion (Theresienwiese) neben dem XIX. auch den IX. und den XX. Bezirk umfaßt, zwei Bezirke, in welchen die Bautätigkeit im letzten Jahrfünft bedeutend war. Für Thalkirchen liegen für die Bautätigkeit und den Besitzwechsel nur die Zahlen von 1900 und 1901 vor. Danach ist die Bautätigkeit nicht unbedeutend, wie denn auch die Zahl der Anwesen im letzten Jahrfünft bedeutend zugenommen hat[2]. Die Preise für bebauten Grund und Boden stiegen von 0,6—100 Mk. auf 1—250 Mk., die Spannung der Preise für unbebauten Boden dagegen ist geringer geworden: 1891/95 0,2—96 Mk., 1896/1900 0,7—57 Mk., was wohl seinen Grund darin hat, daß entfernter liegende Grundstücke veräußert wurden. Bei den Besitzveränderungen an unbebauten Liegenschaften zeigt sich ein starker

[1] Nur für die Bewegung des Gesamtbesitzes der Heilmannschen Immobiliengesellschaft liegen Zahlen vor. 1897 wurden 347 ha erworben und 16,2 ha verkauft, so daß der Bestand am 1. Januar 1898 330,8 ha war. 1898 wurden 279,2 ha hinzuerworben, verkauft bezw. für Straßen, Plätze und Anlagen abgetreten 73,9 ha, so daß am 1. Januar 1899 der Bestand 536,1 ha betrug. 1899 wurden 182,9 ha erworben und 89,9 ha verkauft bezw. abgetreten, so daß am 1. Januar 1900 der Bestand 629,1 ha war. In diesem Jahre kamen durch Kauf und als Einlagen 296,2 ha hinzu, während 73,6 ha verkauft bzw. abgetreten wurden, so daß der Gesamtbesitz der Gesellschaft am 1. Januar 1901 851,7 ha betrug. Im Jahre 1901 wurden 5,3 ha erworben, 143,7 ha verkauft bezw. abgetreten, so daß der Bestand 1. Januar 1902 713,3 ha betrug. Von diesem Gesamtbesitz waren gelegen 125,1 ha innerhalb des Burgfriedens-München, und zwar in Bogenhausen, Haidhausen, Holzapfelkreuth, Menterschwaige, Nymphenburg, Gern, Talkirchen, 405 ha außerhalb desselben, aber unmittelbar anstoßend, und zwar in Klein- und Großhadern, Solln und Geiselgesteig, 183,3 ha in Pullach, Lochham, Gauting, Feldafing.

[2] Talkirchen hatte 1895 123 Anwesen und 1416 Einwohner, 1900 302 Anwesen und 5773 Einwohner.



Rückgang der Verkäufe und eine große Zunahme der Zwangsversteigerungen, welche jedoch meistens kleine Objekte betrafen.

4. Die Stadterweiterungsgebiete im Nordwesten. In Neuhausen hatte, wie erwähnt, schon vor der Einverleibung eine rege Bautätigkeit eingesetzt, welche im letzten Jahrzehnt sich immer mehr steigerte, besonders nachdem geeignete Zufahrtstraßen durch den XX. Bezirk und auch eine Verbindungsstraße mit Schwabing durch die vom Militärfiskus durch Oberwiesenfeld gelegte Kasernstraße geschaffen und ferner der elektrische Betrieb auf der Strecke Nymphenburg—Ostbahnhof (1899) und Grünwaldpark—Ostbahnhof (1900) eingeführt war. An der Erschließung neuer Bauquartiere waren hier fast ausschließlich Private beteiligt. Die Stadt war für die Entwicklung außer durch die Verlängerung und Elektrisierung der Trambahn besonders tätig für die Auflassung des alten Landshuter Bahngleises, das ein großes Verkehrshindernis bildet. Jetzt wird das Geleise aufgelassen und eine breite Avenue auf dessen Flucht geschaffen. Die Preise des unbebauten Grund und Bodens haben eine starke Erhöhung erfahren, von 1—62 Mk. auf 2—100 Mk., jene für bebauten Boden stiegen von 18—438 Mk. auf 10—443 Mk. Die Grundverkäufe erreichten 1899 ihr Maximum, nach welchem sie 1900 und 1901 bedeutend abnahmen, während die Zwangsversteigerungen bedeutend stiegen. An diesen waren hauptsächlich Baumeister beteiligt, welche den Grund und Boden nur zum Teil für Zwecke der Bebauung erworben hatten.

Die Entwicklung von Nymphenburg läßt sich aus Tabelle II nicht ersehen, da es hier mit Laim zusammengefaßt ist. Jedoch sahen wir, daß der größere Teil der Anwesen der beiden Vororte zusammen auf Laim entfiel. In Nymphenburg war man bestrebt, neue Villenquartiere zu eröffnen, woran sich hauptsächlich die Heilmannsche Immobiliengesellschaft beteiligte. Diese hat zwischen dem Nymphenburger Park und dem Hirschgarten ein 27,6 Tgw. oder 9,4 ha großes Gebiet der Bebauung mit Villen erschlossen. Der Preis des Quadratmeters schwankt zwischen 18,80 Mk. und 29,35 Mk., je nach der Lage des Bauplatzes. Die Bauplätze (für ca. 70 Villen) sind zum großen Teile verkauft. Ein etwas größeres Bauquartier hat die Gesellschaft nördlich des Gerner Kanals zur Bebauung vorbereitet, welche dadurch begünstigt wird, daß an dem Terrain die 1900 vom Grünwaldpark zum nordwestlichen Friedhof durchgeführte Trambahnlinie vorbeiführt. Nördlich vom Nymphenburger Kanal hat im Jahre 1900 die Terrainaktien-

gesellschaft Herzogpark-München-Gern 30,2 ha. Grundstücke für 2,2 Millionen Mk. erworben. Das Terrain ist nach Genehmigung des Alignements durch Straßen aufgeschlossen, jedoch fanden keine Grundverkäufe statt. Auch die Stadt hatte 1897 in Nymphenburg einen großen Besitz zu 31,965 ha für 1,1 Millionen Mk. erworben zum eignen Bedarfe und zum Wiederverkauf, jedoch noch kein Terrain verkauft. Die Zahl der Grundstücksverkäufe war 1899 und 1900 ziemlich gleich, jedoch der Wert derselben 1900 bedeutend höher (darunter 2 Verkäufe zu je 1½ und einer zu 1 Millionen Mk.). Stark zugenommen haben die Zwangsversteigerungen, an welchen 1901 mehrere Baumeister beteiligt waren.

5. Das Stadterweiterungsgebiet im Norden der Stadt. Während in allen übrigen Stadtteilen natürliche und künstliche Schranken die Aufschließung neuer Baubezirke mehr oder weniger hinderten, konnte im Norden eine rege Tätigkeit in dieser Art sich ungehindert entfalten, da hier die Ebene sich unbeschränkt fortsetzt und die vorhandenen Straßen des V. und VI. Bezirks ohne weiteres eine Fortsetzung gestatteten. Hier brauchte die Stadt nur für die Anlage und Ausdehnung von Trambahnlinien zu sorgen. 1895 wurden die bestehenden Linien Schwabing—Landsbergerstraße und Schwabing—Promenadeplatz zwar verlängert, der elektrische Betrieb wurde jedoch erst 1900 eingeführt. Die Lokalbahn Moosach—Schwabing, für welche die Stadt so große Aufwendungen gemacht hat, kommt für den Verkehr fast gar nicht in Betracht, da zunächst keine Personen befördert werden sollen. Bedeutungsvoller für die spätere Entwicklung ist, daß dieser Bahnbau die Stadt veranlaßte, in Schwabing weite Komplexe zu erwerben, wovon ein großer Teil nach Anlage der Industriegleise für industrielle Zwecke verkauft werden soll. Jedoch konnte die Stadt bis jetzt nur wenig Bauland verkaufen. Die Haupttätigkeit in der Erschließung von Schwabing und dem nördlichen Teile des VII. Bezirks, der eng mit jenem zusammenhängt, ging von einzelnen größeren Baumeistern aus. Schon anfangs der neunziger Jahre hatte ein Baumeister und Realitätenbesitzer (Hoech) hier große Gebiete erworben und sie der Bebauung zugeführt, war aber schon damals bei dem Rückgange der Bautätigkeit in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Bei dem Aufschwunge der Bautätigkeit entwickelte er eine noch bedeutendere Tätigkeit auf dem Grundstücksmarkte und besonders im Norden, wo derselbe noch sehr große Terrains besitzt, geriet bei der Krisis dann wieder in Zahlungsschwierigkeiten. In der neueren Zeit hat außer

andern besonders ein Baumeister mit Hilfe einer auswärtigen Bank große Terrains teils selbst bebaut, teils der Bebauung erschlossen. Bodengesellschaften haben erst in der jüngsten Zeit in die Entwicklung eingegriffen. Nur die Bayrische Terrainaktiengesellschaft war hier länger tätig. Sie erwarb 1897 einen Teil des Parkes des Prinzen Leopold von Bayern im Umfange von 4,5 ha für 2 Millionen Mk. bar und zur Arrondierung 0,75 ha für 793 000 Mk. Ein weiteres Terrain in Neufreimann und ein Komplex an der Belgrad-, Herzog-, Klemens- und Fellmayrstraße wurden bald nach dem Erwerbe en bloc mit entsprechendem Nutzen verkauft. Das Terrain hinter dem Leopoldparke wurde 1899 durch Straßen erschlossen und in demselben Jahre ca. 5700 qm zwischen Friedrichs-, Habsburger-, Konrad- und Hohenstaufenstraße verkauft, darunter ca. 4900 qm an den Mitteldeutschen Kreditverein in Ansbach zu 111,50 Mk. per qm, während der Selbstkostenpreis 88 Mk. betrug. Dem letzteren gewährte die Gesellschaft 100 000 Mk. Baukapital, die Pfälzische Bank 170 000 Mk. Die Bayrische Terrainaktiengesellschaft hat aber diese Bauplätze bald wieder in einer Zwangsversteigerung zurückerworben. 1900/01 verkaufte die Gesellschaft weitere Bauplätze an Baumeister, welche dieses Terrain fast ganz ausgebaut haben. Im Jahre 1903 stieß die Gesellschaft durch ein Tauschgeschäft, durch das sie einen großen Besitz in Nymphenburg erwarb, den Restbesitz in Schwabing ab. Am Bahnhof der neu eröffneten Lokalbahn Moosach—Schwabing erwarb die 1900 gegründete Terraingesellschaft München-Schwabing 10,1 ha und legte in diesen Straßen an; Verkäufe aber haben 1900 und 1901 nicht stattgefunden. Kleinere Terrains besitzt die Terrainaktiengesellschaft München-Nordost an der Schleißheimerstraße, von welchen sie 1902 0,68 ha um 86 000 Mk. (mit einem Nutzen von 40 220 Mk.) an die Stadt verkaufte. Dagegen besitzt die Gesellschaft außerhalb aber unmittelbar am Burgfrieden 105 ha große Komplexe in Freimann und Kleinlappen, welche durch die Durchführung der Ringbahn zum Ostbahnhofe bedeutend an Wert gewinnen werden. Bei Freimann hat auch Hoech eine Fläche von 430 ha zu einem Werte von 23 Millionen Mk. erworben, ferner auch bei Milbertshofen. Die Stadt besitzt hier über 100 ha. Neue Baugründe sind von der 1900 gegründeten Petuelschen Terrainaktiengesellschaft München-Riesenfeld erschlossen worden. Diese erwarb den 53,7 ha großen Grundbesitz des Herrn Petuel für 2,7 Millionen Mk. und dazu noch 17,2 ha. 1900 wurden 1,2 ha verkauft und 0,7 ha für das Bahn-

areal der Lokalbahn, die durch den Besitz führt, abgetreten, 1901 wurden 0,8 ha verkauft und 0,14 ha für Straßenführung abgetreten. Diese werden in Riesenfeld, wo eine Villenkolonie im Entstehen ist, ausgeführt sein, ebenso die Verkäufe an Land.

Die Bautätigkeit war in Schwabing im letzten Jahrfünft die stärkste in der ganzen Stadt. Sie erreichte 1900 ihren Höhepunkt mit 100 neuen Gebäuden, wovon 80 in neuen Anwesen errichtet waren. Die gesamte Mehrung der Anwesen im letzten Jahrfünft betrug 219 gegenüber 83 im vorhergehenden. Die Bodenpreise stiegen von 0,8—109 Mk. auf 3—193 Mk. für unbebauten und von 2 bis 270 Mk. auf 5—458 Mk. für bebauten Boden. Die Preise für den unbebauten Boden sind die höchsten im ganzen Stadterweiterungsgebiete. Sie sind aber hier in den letzten Jahren etwas zurückgegangen, während sie in den übrigen Stadterweiterungsgebieten nur nicht weiter gestiegen sind. Die Verkäufe stiegen im Jahre 1899 bedeutend und besonders der Verkaufspreis, im Jahre 1900 war die Zahl der Verkäufe etwas größer, jedoch ging der Erlös aus denselben bedeutend zurück und ohne die Käufe der Stadt und die Ankäufe der Terraingesellschaften wäre nicht nur der Erlös, sondern auch die Zahl der Verkäufe zurückgegangen. Die Zahl der Zwangsversteigerungen schnellte in diesem Jahre stark empor, von 5 auf 27, der Erlös aus denselben von 252 700 Mk. auf 2 281 100 Mk., also um 2 Millionen Mk., und auch im Jahre 1901 war ihre Zahl und der Erlös nicht viel geringer. In beiden Jahren waren meistens Baumeister die Besitzer der versteigerten Grundstücke, welche zum größten Teil in der Nähe der bebauten Straßen lagen.

IV. Die Entwicklung der Bodenverhältnisse in der ganzen Stadt in der letzten Wirtschaftsperiode und die krisenartige Störung auf dem Terrainmarkte und im Baugewerbe.

Unter dem Einflusse des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwunges in der letzten Wirtschaftsperiode hat München im letzten Jahrfünft (1896—1900) einen großen Bevölkerungszuwachs gehabt. Diesen konnte die fast ganz ausgebaute Altstadt nicht aufnehmen und die Vorstädte links der Isar auch nur zum kleineren Teil. Sie wurden im Laufe des Jahrfünftes infolge der Bevölkerungsmehrung fast ganz ausgebaut, und zwar hat die Stadt in die Erschließung neuer

Bauquartiere in denselben, besonders im Süden und Südosten, nicht nur durch die Anlage von Straßen, sondern auch durch Verkauf von Bauterrain eingegriffen, da es vor allem galt, für die großen Stadterweiterungsgebiete, deren Einbeziehung in die Bebauung der große Bevölkerungszuwachs notwendig machte, gute Zufahrts- und Verbindungsstraßen mit dem Stadtinnern und durch dasselbe hindurch zu schaffen. Auch für die Anlage guter Verkehrsmittel trug die Stadt Sorge, jedoch konnte sie hierbei infolge finanzieller Schwierigkeit, welche die Übernahme des Trambahnunternehmens veranlaßt hatte, nicht dem Bedürfnisse so voraus eilen, wie es im Interesse der Erschließung neuer Bauquartiere erforderlich gewesen wäre.

An der Erschließung neuer Baubezirke selbst hat sich die Gemeinde in den Stadterweiterungsgebieten in der letzten Wirtschaftsperiode fast gar nicht beteiligt. Hier hatte die Terrainspekulation ein weites Feld und entfaltete ihre Tätigkeit in ausgedehntem Maße. Seit dem Jahre 1897 traten hier neben diesen Bodenspekulanten eine große Zahl von Terrainaktiengesellschaften mit großem Kapitale auf dem Grundstücksmarkte auf. Jedoch nur ein Teil dieser Gesellschaften hat seinen Besitz oder Teile davon der Bebauung durch Anlage von Straßen und Plätzen in der letzten Wirtschaftsperiode erschlossen, nachdem die Alignements für fast das ganze Stadterweiterungsgebiet festgestellt war, wie im vorhergehenden Abschnitte ausführlich dargestellt ist. Dadurch haben diese die für die Entwicklung der Stadterweiterungsgebiete wichtigste Aufgabe erfüllt, wozu sie als Besitzer großer zusammenhängender Komplexe am besten imstande sind und was z. B. für die Einverleibung von Laim mit maßgebend war. Einzelne Gesellschaften suchten, wie wir sahen, die Bautätigkeit durch die Gewährung von Baukapitalien an die Baumeister zu fördern und einzelne bauten auf eigene Rechnung hauptsächlich Villen, um so ihre Terrains zu verwerten.

Außer diesen Gesellschaften hat aber die durch den Erfolg einzelner Gesellschaften stark gehobene Nachfrage der in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges von der Spekulationswut erfaßten, besonders kleineren Kapitalisten nach Terrainaktien die Gründung weiterer Gesellschaften veranlaßt, welche am Burgfrieden und außerhalb desselben Terrains erwarben, deren Bebauung noch Jahrzehnte und mehr auf sich warten lassen wird. Bei einzelnen handelte es sich allerdings um Familiengründungen, wobei indes der Hauptgedanke mitgewirkt haben wird, diese sogenannten Familienpapiere gelegent-

lich mit hohem Aufgeld auf den Markt zu bringen. Durch diese starke Gründertätigkeit sind die an und für sich konservativen Effekten in München zu Industriepapieren mit so starker Preisfluktuation geworden, daß sie hier die hauptsächlichsten Spekulationsobjekte wurden. So haben in den Jahren 1897—1900 ganz außerordentliche Kapitalien im Terrainaktien- und im Terrainmarkte Verwendung gefunden. Die Ende 1902 bestehenden Terrainaktiengesellschaften umfaßten ohne die alte Westendgesellschaft ein ungefähres Aktienkapital von 48 Millionen Mk. Das bei der Ausgabe bezw. Einführung dieser Aktien an der Börse geforderte Agio ist mit ungefähr 15 Millionen Mk. anzunehmen. In den Tagen der stärksten Spekulation berechnet sich das Agio — allerdings nur nach dem Kursblatte — auf rund 48 Millionen Mk.; es war also eine volle Verdoppelung des Nennwertes eingetreten [1].

Auf den Grundstücksmarkt mußten diese kapitalkräftigen Gesellschaften einen großen Einfluß ausüben, wenn auch zunächst nur durch ihre Gründung, dann durch den Verkauf größerer Komplexe an neu gegründete Gesellschaften und wohl auch an Bodenspekulanten und schließlich, aber noch nicht in größerem Maße, durch den Verkauf von fertigem Bauland an die Bauunternehmer. Dieser Einfluß der Terraingesellschaften auf den Grundstücksmarkt zeigt sich in der starken Steigerung der Verkäufe von unbebauten Liegenschaften seit 1897, welche aus folgender Übersicht hervorgeht:

Jahr	Zahl der Besitzveränderungen					Gesamterlös in 1000 Mk.				
	insgesamt	durch Kauf	durch Tausch	durch Zwang	sonstige	Summe	aus Kauf	aus Tausch	aus Zwang	sonstiger
1895	395	348	27	15	5	21 995,2	19 818,5	1 768,5	408,2	— [2]
1896	368	324	25	10	9	25 951,8	22 425,0	2 589,7	719,1	209,0
1897	813	565	115	14	119	47 010,3	39 489,8	5 625,3	431,8	1463,4
1898	1076	638	147	17	274	54 718,9	45 395,8	6 127,3	1349,8	1846,5
1899	1194	704	153	18	319	73 190,0	54 989,4	15 185,2	1057,3	1958,1
1900	1152	588	169	66	329	81 179,3	60 312,4	10 916,0	4891,5	5059,4
1901	969	430	147	97	295	35 374,8	21 021,2	8 406,6	5158,6	788,4
1902	943	444	151	142	206	43 699,3	34 990,1	2 846,0	5863,2	— [2]

[1] Bayrische Handelszeitung 1902 Nr. 36, S. 557.

[2] In der Gesamtsumme nicht enthalten. Die Zahlen für 1895 sind den J.U. 1900, jene für 1902 dem Monatsbericht des Stat. Amtes für Januar 1903 entnommen.

Die Nachfrage nach Bauterrain allein hat diese Steigerung der Verkäufe und die besonders in den Stadterweiterungsgebieten, wie wir sehen, starke Steigerung der Bodenpreise nicht allein bewirkt, sondern es wirkte hier außer andern Momenten die Bodenspekulation der Privaten und der Terraingesellschaften zusammen. Durch die stärkere Nachfrage der Terraingesellschaften selbst, welche sich in den ersten Jahren weiter auszudehnen suchten, trat eine schnelle Aufwärtsbewegung der Preise ein, und zwar war diese in der Nähe der Besitzungen der Gesellschaften vielfach so groß, daß sie die weitere Ausdehnung des Gesellschaftsbesitzes verhinderte. Der Expansionsdrang der Gesellschaften, besonders jener, welche weiter von der Stadt entfernt Terrain besaßen, wurde durch die Ende 1899 infolge der Übersättigung des Terrainaktienmarktes und der Verteuerung des Geldes auf diesem beginnende Störung stark beschränkt. Bis Ende 1901 schrumpfte das Agio der Terrainaktien nach Abzug des Disagio für einzelne Gesellschaften auf 8 Millionen Mk. zusammen, und auch die weitere Erholung förderte das Agio nur um 7 Millionen Mk. (1902), also kaum bis zu dem Preise, der ursprünglich von den Kapitalisten gefordert wurde.

Der starke, aus obiger Übersicht ersichtliche, Rückgang der Terrainverkäufe im Jahre 1900 — die Steigerung der Erlöse gegen das Vorjahr sind nur auf die Gründung von neuen Terrainaktiengesellschaften in Bogenhausen und Laim zurückzuführen — und die große Zunahme der Zwangsversteigerungen ist auf die stark verminderte Nachfrage nach Bauterrains von seiten der kleineren Bodenspekulanten und besonders der Bauspekulanten zurückzuführen infolge der durch die allgemeine Lage des Geldmarktes und durch das Hypothekengesetz vom Jahre 1899 sehr erschwerten Geldbeschaffungsmöglichkeit. Die Ursache des Rückgangs der Terrainverkäufe und der Mehrung der Zwangsversteigerungen ist aber nicht direkt auf den Rückgang der Bautätigkeit zurückzuführen, sondern diese ging wie die Terrainverkäufe zurück infolge der erschwerten Möglichkeit, für Bauplätze Geld zu erhalten, und zwar gingen die Terrainverkäufe vor der Bautätigkeit zurück.

Wie in andern großen Städten[1], ist auch in München das Bauunternehmertum meistens darauf basiert, Bauparzellen ohne Anzahlung und nur gegen hypothekarische Eintragung der Kaufsumme zu er-

[1] Schneider, Beschaffung von Hypotheken, S. 14.



werben und zu bebauen. Denn das Geschäft der Bauspekulation, welches seine Berechtigung hat und sogar absolut notwendig für die Unterbringung der Massen ist, lag zum großen Teil auch in München in schwachen Händen[1]. Leute, die durch Grundstücksspekulationen ein kleines Vermögen erworben hatten, kleine Maurermeister, überhaupt Bauhandwerker, die durch die Herstellung und Lieferung der in ihr Fach einschlägigen Arbeiten zum Baue die Baukosten herabzumindern bestrebt waren, dann das Gros der Maurerpoliere, denen der Bau lediglich Mittel zur Beschaffung des eigenen Unterhaltes während der Bauzeit war, bildeten die Mehrzahl der auf diesem Gebiete Tätigen. Hinter ihnen stand der Baugeldgeber, der je nach dem Baufortschritte die nötigen Mittel so lange zur Verfügung stellte, bis das Haus zur Beleihung durch die Bank fertiggestellt, war und der eventuell mit seiner Baugelderresthypothek hinter das Bankkapitat zurücktreten mußte, wenn das gewährte Darlehen nicht hinreichte, diese und wohl auch jene für die Erwerbung des Bauplatzes vollständig zurückzuzahlen. Daß unter solchen Umständen häufig Gebäude entstanden, die nicht als vollwertig zu bezeichnen waren, ist zweifellos; allein die ziemlich scharfe Aufsicht der Baupolizeibehörde und der Umstand, daß die direkt unsoliden und vertrauensunwürdigen Elemente bald bekannt waren, und daß infolgedessen hauptsächlich die Banken und deren Vertrauensmänner den Kredit diesen Leuten gegenüber wesentlich beschränkten, verhinderten ein Überwuchern dieser zweifelhaften Elemente, so daß das Geschäft im großen und ganzen ein solides blieb. Auch die auswärts vielfach aufgetretene Erscheinung, daß die Zeche schließlich von den kleinen Bauhandwerkern bezahlt werden mußte, war in München relativ selten — alles wohl eine Folge des Umstandes, daß die Verhältnisse nicht so groß waren, daß man die unsauberen Elemente nicht alsbald erkannt und sich infolgedessen vor ihnen gehütet hätte[1]. Potente Baumeister und Architekten beteiligten sich an dieser rein spekulativen Art des Baugeschäftes verhältnismäßig wenig, sondern überließen sie den Bauspekulanten. Denn die Grundstückspreise im Stadterweiterungsgebiete sind in den letzten Jahren, wie wir sahen, so gestiegen, daß vielfach nur Unternehmer, die im ungünstigsten Falle wenig oder gar nichts zu verlieren haben, hier Spekulationsobjekte (Mietkasernen) herstellen können[2]. Für diese machte sich die Geld-

[1] „Münchener Grundstücksverhältnisse einst und jetzt". Münchener Allgemeine Zeitung 1902 Nr. 176, 178, 179 und 180. Hier speziell Nr. 178.

[2] Bericht der Handels- und Gewerbekammer von Oberbayern 1898, S. 164.

knappheit im Jahre 1900 und die Einschränkungen der Beleihung durch das Hypothekengesetz von 1899 am meisten geltend, denn hierdurch wurde die Beschaffung des Geldes nicht nur für sie verteuert und erschwert, sondern auch für die Abnehmer ihrer Spekulationsbauten. Denn da besonders im Stadterweiterungsgebiete eine Überproduktion namentlich an größeren Wohnungen stattgefunden hatte, standen hier so viele Wohnungen leer[1], daß die berufsmäßigen Hausbesitzer, selbst wenn ihnen nicht die Geldbeschaffung erschwert gewesen wäre, von dem Erwerb der Häuser abgestanden wären. Da so die Bauspekulanten ihren Verpflichtungen nicht nachkommen konnten, trat im Jahre 1900, in welchem die Bautätigkeit ihren Höhepunkt erreichte, im Baugewerbe[2] eine starke, noch lange nicht überwundene krisenmäßige Störung ein, welche in dem starken Anschwellen der Zwangsversteigerungen und in dem starken Rückgang der Verkäufe und Vertauschungen bebauter Anwesen ihren Ausdruck findet.

Jahr	Zahl der Besitzveränderungen					Erlös in 1000 Mk.			
	Kauf und Tausch	Erbschaft	Zwangsversteigerung	sonstige	zusammen	Kauf	Tausch	Zwangsversteigerung	Zusammen
1896	1253	350	103	81	1787	125 952,6	15 610,8	9 890,3	151 453,7
1897	1377	320	77	89	1863	150 879,7	18 772,5	12 096,7	181 748,9
1898	1350	303	46	88	1787	153 925,2	23 949,2	4 207,4	182 081,8
1899[3]	1174	306	57	102	1639	123 075,5	30 367,3	7 030,6	160 473,4
1900[3]	875	212	120	119	1326	93 048,1	25 575,2	21 515,7	140 139,0
1901	699	432	206	133	1470	79 629,7	26 151,7	31 019,9	136 801,3
1902	683	369	314	136	1502	61 428,7	21 659,5	42 912,9	126 001,1

[1] In München standen 1900 von 118 738 Wohnungen 5886 oder 5% leer, davon in Neubauten 2044 (in Schwabing 858 Wohnungen oder 11,2%, davon in Neubauten 416) von den Vierzimmerwohnungen standen 20,0%, von den Fünfzimmerwohnungen 22,5% und von den Sechszimmerwohnungen 18,9% leer. S. „Die Wohnungszählung vom 1. Dezember 1900 in München". Mitt. des Stat. Amtes XVII Heft 3 II. Teil S. 7—9 und 28.

[2] Die durchschnittliche Arbeiterzahl im Baugewerbe betrug 1898: 59 017, 1899: 61 758, 1900: 67 251, 1901: 61 552, 1902: 59 782. J. U. 1901. S. 56.

[3] Bis einschließlich 1898 ohne Nymphenburg, bis einschließlich 1899 ohne Laim und Thalkirchen. J. U. 1901. S. 30 und Monatsbericht für Januar 1903. S. 11.

Von den Zwangsversteigerungen sind auch viele berufsmäßige Hausbesitzer betroffen, welche die Häuser von den Bauspekulanten gegen eine geringe Anzahlung erworben hatten [1] und auf welche die Geldknappheit und Beschränkung der Beleihung und die Wohnungsüberproduktion, wenn auch nicht so stark wie auf die Bauspekulanten, eingewirkt hat. In steigendem Maße aber sind die Bauspekulanten an den Zwangsversteigerungen beteiligt, da ihnen durch den Mangel an Absatzmöglichkeit es unmöglich gemacht wurde, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Doch auch an den Zwangsversteigerungen von Bauplätzen sind die Bauspekulanten nicht unerheblich beteiligt gewesen, sei es nun, daß sie die Bauplätze zur Bebauung oder zum Wiederverkauf erworben hatten. Ein Teil der Bauspekulanten sind zugleich Terrainspekulanten, wodurch natürlich die Wirkung der Geldknappheit und der Einschränkung der Beleihung sich doppelt bei ihnen fühlbar machte.

Die große Geldversteifung im Jahre 1899 veranlaßte die Hypothekenbanken zur Rückkehr zu den 4 %igen Pfandbriefen und zu einer entsprechenden Erhöhung des Zinsfußes auf 4½ %. Von diesem waren die Banken in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges bei dem sinkenden Zinsfuße auf Wunsch ihrer Darlehensnehmer [2] im Jahre 1895 auf 4 % zurückgegangen. Ferner aber sahen sich die Hypothekenbanken am Orte infolge der starken Konkurrenz auswärtiger Banken und in neuerer Zeit der Versicherungsgesellschaft veranlaßt, dem Drängen der städtischen Grundbesitzer statt der Annuitäten reine Zinsdarlehen zu gewähren, nachzugeben, wodurch die Verkäuflichkeit der Objekte stark gefördert wurde. Die Konkurrenz fast aller deutschen Hypothekenbanken führte zwar dahin, daß in den Beleihungen hier und da etwas weit gegangen wurde, auch wurde die Spekulation in Terrains, auch wenn diese in der Stadt oder unmittelbar an der Peripherie derselben lagen, durch die Bank mehr als gut gewesen sein mag, unterstützt [3], aber im großen und ganzen rafften sich die Münchener Institute immer wieder zur rechten Zeit auf und vermieden gefähr-

---

[1] Vgl.: Die Anwesen- und Gebäudezählung 1900. München 1902. A[2]. Die Anwesen nach dem Besitzverhältnis und dem Beruf der Eigentümer, auch nach Stadtteilen, S. 5 und 6 bezw. 17 und 18.

[2] 1895 wurden bei der Bayrischen Hypotheken- und Wechselbank 4800 Gesuche um Zinsherabsetzung mit einer Kapitalsumme von 48,8 Mill. Mk. eingebracht. Rechenschaftsbericht für 1895.

[3] Münchener Grundstücksverhältnisse u. s. w. Münchener Allg. Zeitung Nr. 178.

liche und unsolide Übertreibungen. Durch diese Erleichterung der Beleihung wurden die Bautätigkeit und der Grundstückshandel stark gefördert, und die hypothekarische Verschuldung des bebauten und unbebauten Bodens im allgemeinen natürlich stark vermehrt, wie folgende aus den Münchener Jahresübersichten für 1901 entnommene Tabelle zeigt.

(Tabelle siehe S. 414.)

Im Jahrfünft 1896/1900 sind danach in München 597,9 Mill. Mk. Darlehenshypotheken eingetragen und 282,3 Millionen Mk. gelöscht worden, so daß der Überschuß der Eintragungen 315,6 Millionen Mk. betrug. Auf Annuitäten entfielen von diesem Überschuß 70,7 Millionen Mk., auf Zinsdarlehen 241,3 Millionen Mk., worin sich die Neigung der städtischen Grundbesitzer nach Zinsdarlehen deutlich ausprägt. Von großer Bedeutung sind ferner die als Hypotheken eingetragenen Kauf- und Strichschillinge, von deneu 1896/1900 241,4 Millionen Mk. eingetragen und 137,2 Millionen Mk. gelöscht wurden, so daß der Überschuß der Eintragungen 104,2 Millionen Mk. betrug. An diesen Hypotheken sind vornehmlich die Terrain-Aktiengesellschaften beteiligt, und zwar sowohl beim Ankauf der Terrains, wie die starke Anschwellung der Eintragungen im Jahre 1898, dem Gründungsjahre mehrerer Gesellschaften, zeigt, als auch beim Verkauf der Grundstücke. Ferner sind Staat und Gemeinde hier bei Käufen und Verkäufen beteiligt[1]. In dem starken Rückgang des Eintragens von Kauf- und Strichschillinge zeigt sich schon die Wirkuug der krisenmäßigen Störung auf dem Grundstücksmarkt. Diese zeigt sich aber noch deutlicher in dem Anschwellen der durch Zwangsversteigerung gelöschten Hypotheken, vor allem der Zinsdarlehen und der Kauf- und Strichschillinge.

Diese Zahlen veranschaulichen jedoch auch schon die Wirkung des Hypothekengesetzes vom 13. Juli 1899. Durch dieses ist die Beleihung von Bauplätzen sehr beschränkt worden, da die Banken solche nur bis zum Betrage der Hälfte ihres Aktienkapitals vornehmen dürfen. Dieses an sich recht nützliche und innerlich richtige Verbot des Gesetzes[2] bedeutet einen schweren Schlag nicht nur für die Bauspekulanten, sondern insbesondere für die Terraingesellschaften, da sie ihre Terrains nur

[1] Bei den Grundveräußerungen der Stadt waren 1898 vom Gesamtpreis von 2575000 Mk. 1892000 Mk. als Hypothek eingetragen, 1899 von 1333000 Mk. 624000 Mk., 1900 von 346000 Mk. 109000 Mk.

[2] Münchener Grundstücksverhältnisse. Allg. Zeitung 1902 Nr. 180.



Hypothekenverkehr in München 1896 bis 1901.

(Nach Mitteilung des Königl. bayr. statistischen Bureaus.)

Zeit	1. Darlehen-Hypotheken: a. Annuitäten	Sonstige: b. von öffentl. Kassen[1]	Sonstige: c. übrige	insgesamt	2. Kauf- und Strichschillinge	3. Für Herauszahlung an Eltern usw.	4. Rentenunterhalt u. sonstige Ansprüche	5. Kautionshypotheken	6. Sonstige Vertragshypotheken	7. Hypotheken: a. zur Sicherung öffentlicher Kassen	7. Hypotheken: b. Zwangs- und Arresteinträge	Summe
					a. Eintragungen. (1000 Mark)							
1896	50 952,3	2 115,6	58 307,1	111 875,0	38 329,3	1 203,7	19,1	8 181,7	2 114,5	2 928,0	730,1	164 881,4
1897	34 123,6	1 439,0	81 237,3	116 799,9	46 165,3	1 257,2	83,1	8 456,7	1 259,2	2 234,6	940,0	177 196,0
1898	39 629,2	1 805,5	77 596,3	119 031,0	63 227,6	2 237,4	168,0	15 256,9	7 067,2	4 369,3	775,9	212 183,3
1899	29 246,4	1 575,8	90 480,9	121 303,1	51 143,2	1 905,5	3,5	22 753,2	2 259,5	5 334,8	1 390,6	206 093,4
1900	29 832,0	3 315,3	96 260,8	129 408,1	42 486,0	999,5	126,0	25 080,5	2 553,0	4 350,5	1 703,4	206 707,0
1901	41 550,3	3 787,6	81 123,1	126 461,0	21 167,4	6 625,0	—	26 099,3	4 913,9	3 335,3	1 771,3	190 373,2
					b. Löschungen. (1000 Mark)							
1896	35 275,4	1 413,5	26 593,2	63 282,1	23 953,8	1 373,2	22,7	5 440,5	743,0	1 471,9	865,1	97 152,3
1897	27 450,7	1 365,4	31 731,0	60 547,1	28 194,5	1 494,2	59,3	7 301,7	3 210,9	1 477,5	755,2	103 040,4
1898	20 722,6	1 208,6	26 701,7	48 632,9	26 761,6	2 215,4	31,1	6 305,7	733,7	4 802,6	604,9	90 087,9
1899	13 161,7	1 212,4	35 760,3	50 134,4	28 832,3	1 369,5	37,7	9 461,1	1 414,6	3 609,0	810,5	95 669,1
1900	16 463,5	1 450,3	41 808,1	59 721,9	29 437,2	1 111,1	15,0	14 564,4	2 087,0	4 617,2	949,4	112 503,2
1901	17 997,6	561,1	35 286,3	53 845,0	25 436,3	1 173,1	35,3	13 309,1	1 745,7	2 172,9	553,1	98 270,5
					Darunter Löschung infolge Zwangsversteigerung. (1000 Mark)							
1896	132,0	—	1 095,3	1 227,3	1 323,0	—	—	302,9	163,4	227,7	228,7	3 473,1
1897	30,0	—	649,7	679,7	996,9	—	—	204,6	179,3	213,3	306,9	2 580,7
1898	—	—	710,4	710,4	721,5	16,9	—	271,6	232,8	1 349,6	217,3	3 520,1
1899	—	—	754,3	754,3	727,3	10,0	—	186,5	169,2	281,6	200,1	2 329,0
1900	—	—	4 143,1	4 143,1	2 005,0	—	—	464,2	480,0	950,0	498,0	8 540,3
1901	342,0	188,0	6 392,1	6 922,1	3 637,3	34,0	—	1 753,5	1 971,6	964,0	1 010,7	16 293,2

[1] Körperschaften, Stiftungen usw.

in sehr beschränktem Maße mit unkündbaren Pfandbriefdarlehen belasten. Die Bauunternehmer müssen deshalb, soweit ihnen bare Mittel nicht zur Verfügung stehen, bei den Terraingesellschaften Kredit in Anspruch nehmen und diese ihn gewähren, womit ein großes Risiko verbunden ist. Einzelne Terraingesellschaften sind daher auch, wie wir sahen, zur Gewährung von Baugeld an die Bauunternehmer übergegangen, haben aber zum Teil bei der Krisis damit sehr unangenehme Erfahrungen gemacht [1].

Aber auch im einzelnen ist durch das Hypothekengesetz die Beleihungsgrenze enger gezogen worden. Wenn auch sämtliche Banken in ihren Reglements bisher schon die 50 %ige Beleihungsgrenze als Norm festgesetzt hatten, so besteht doch kein Zweifel, daß die Handhabung dieser Vorschrift eine laxere war. Denn einmal wurden die Schätzungen nicht in der rigorosen Weise vorgenommen, wie dies heute der Fall ist, dann wurde sehr häufig, namentlich bei gut situierten Objekten noch überdies erheblich über die 50 %ige Grenze bewußt mit der Beleihung hinausgegangen, während heute die äußerste Grenze auf Grund rigoroser Werterhebung die 60 %ige Beleihung, diese jedoch nur ausnahmsweise und mit jedesmaliger Zustimmung des Staatskommissars, bildet [2]. Das Gesetz läßt zwar eine Beleihung bis zu 3/5 des erhobenen Wertes zu, die bayrische Regierung aber hat mit Rücksicht auf das den Banken verliehene Privilegium der Mündelsicherheit der Pfandbriefe die Beleihungsgrenze als Regel auf 50 % des Wertes festgesetzt, so daß für die bayrschen Banken die Beleihungsgrenze enger gezogen ist, als für die außerbayrischen. Die Folge der Beschränkung der Beleihung ist, daß das Privatkapital sich in viel erheblicherem Maße in Grund und Boden engagieren mußte, wie dies bisher der Fall war, wenn in demselben Maße wie bisher weiter gewirtschaftet werden soll. Dazu aber ist das Privatkapital zu vorsichtig. Die Baugeldgeber ziehen es vor, die Geschäfte ganz zu unterlassen, in denen sie mit großen Summen als zweite Hypothekengläubiger den Hypothekenbanken die erste Hypothek garantieren mußten, da ohnehin, wie erwähnt, das Bauspekulationsgeschäft in schwachen Händen lag. Diese sind denn auch heute, im dritten Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes, fast vollständig von der Bildfläche verschwunden und mit ihnen zahlreiche fragwürdige Existenzen, welche auf dem Terrain-

[1] Die Immobilien- und Baugesellschaft München mußte 20 Anwesen, für deren Bau sie Geld hergegeben hatte, bei Zwangsversteigerungen zurückerwerben.

[2] Münchener Grundstücksverhältnisse a. a. O.

markte ihr Wesen trieben. Eine Folge der Belastung durch das Hypothekengesetz ist, daß einzelne Terrainaktiengesellschaften beschlossen haben, eine Statutenänderung vorzunehmen, nach welcher aus dem Reinertrag statt der Dividendenzahlung Rückzahlungen auf das Aktienkapital vorzunehmen sind und daß so die Gesellschaften die ihrem Zwecke entsprechende Form annehmen.

Gegenüber der Wirkung der Einschränkung der Beleihung der Objekte und der Verteuerung des Kredites ist der Rückgang des wirtschaftlichen Aufschwunges, welcher München den großen Bevölkerungszuwachs und dem Terrainmarkt und dem Baugewerbe damit die Möglichkeit brachte, sich in der geschilderten Weise zu entwickeln, doch nur von geringer Bedeutung dafür, daß auf dem Terrainmarkte und besonders im Baugewerbe eine so starke krisenmäßige Störung eintrat. München ist keine ausgesprochene Industriestadt[1], deshalb hat die industrielle Krisis der Jahre 1900/1901 sich hier nicht stark fühlbar gemacht und demnach auch nicht für das Baugewerbe und den Terrainmarkt durch eine verringerte Nachfrage nach kleineren Wohnungen. Denn das Bauspekulantentum befaßte sich fast nur mit der Herstellung größerer Wohnungen. Daher hat der allgemeine wirtschaftliche Rückgang hier einen größeren Einfluß ausgeübt, da er den sonst ziemlich starken Zuzug besser situierter Personen, welche Anspruch auf bessere Wohnungen machen und wohl auch dem Spekulanten ein Haus abkaufen, unterbrochen hat. Wenn aber auch die Wirkung des Abnehmers der Nachfrage nach besseren Wohnungen und damit nach Häusern mit solchen Wohnungen auf das Baugewerbe, besonders auf die Bauspekulanten und dann auf die Terrainspekulanten, nicht zu unterschätzen ist, so tritt sie dennoch stark hinter jener der Geldverteuerung durch die Lage des Geldmarktes, und vor allem der durch das Gesetz veranlaßte Beleihungsbeschränkung, zurück. Denn auch ohne ein Bedürfnis nach Schaffung neuer Wohnungen hätte noch eine Zeitlang weiter gebaut und wohl auch weiter mit Terrains spekuliert werden können, wenn die Belehnung der Terrains und der fertiggestellten Häuser noch in demselben Umfange möglich gewesen wäre, wie vor dem Inkrafttreten des Gesetzes[2]. Dann aber hätte die über kurz oder lang eintretende Krisis im Baugewerbe und auf dem Terrainmarkte noch bedeutend mehr Existenzen vernichtet, als sie es bis jetzt getan hat.

[1] Vgl. J. U. 1901. S. 56.

[2] Münchener Allg. Zeitung Nr. 180.

Tabelle I.

Die Besitzveränderungen an unbebauten Liegenschaften in München nach Steuergemeinden und Sektionen[1]. (1896—1901.)

Steuergemeinden und Sektionen	Jahr	Zahl der Besitzveränderungen					Gesamterlös in 1000 Mk.				
		insgesamt	durch Kauf	durch Tausch	durch Zwang	sonstige	Summe	aus Kauf	aus Tausch	aus Zwang	aus sonstigen Besitzveränderungen
I. Altstadt	1896	7	6	1	—	—	317,1	287,1	30,0	—	—
	1897	20	16	4	—	—	158,8	148,8	10,0	—	—
	1898	56	26	16	1	13	894,3	676,0	17,4	200	0,9
	1899	47	17	12	—	18	243,7	230,5	1,1	—	12,1
	1900	21	3	10	—	8	120,9	75,3	40,3	—	5,3
	1901	34	9	8	—	17	33,0	23,0	7,3	—	2,7
II. Lehel	1896	16	15	—	1	—	1967,2	1937,9	—	29,3	—
	1897	49	36	9	—	4	4651,7	4602,7	48,4	—	0,6
	1898	51	32	8	1	10	2895,3	2636,7	166,0	87,0	5,6
	1899	46	23	10	—	13	1173,9	1019,9	151,4	—	2,6
	1900	27	7	11	1	8	737,8	159,7	55,3	433,0	89,8
	1901	27	18	2	—	7	779,3	769,2	2,3	—	7,8
III. Nördliche Maxstadt	1896	32	28	1	—	3	4621,6	4289,7	284,9	—	47,0
	1897	85	54	18	1	12	6829,8	4610,6	2155,1	24,0	40,1
	1898	110	78	16	1	15	7628,6	6334,2	1241,9	71,0	8,5
	1899	95	52	14	8	21	7688,7	4652,0	2153,2	582,5	301,0
	1900	64	35	14	3	12	5980,8	2802,8	2944,2	229,6	4,2
	1901	48	25	7	9	7	2801,6	1585,9	378,5	835,0	2,2
IV. Südliche Maxstadt	1896	10	9	—	—	1	378,8	349,8	—	—	29,0
	1897	8	3	2	—	3	92,0	91,7	0,1	—	0,2
	1898	11	4	1	—	6	192,7	191,9	—	—	0,8
	1899	18	2	2	—	14	3621,9	3615,5	2,0	—	4,4
	1900	13	2	4	1	6	888,4	68,2	0,1	610,0	210,1
	1901	9	2	2	—	5	53,2	40,4	12,6	—	0,2
V. Theresienwiese	1896	81	68	9	3	1	6672,2	5204,2	1001,2	416,6	50,0
	1897	99	72	12	—	15	7533,0	6929,1	203,6	—	400,3
	1898	148	81	28	1	38	7985,7	5999,0	725,8	136,0	1124,9
	1899	143	101	15	1	26	9438,4	8597,7	644,3	100,0	96,4
	1900	131	73	20	3	35	6125,2	4943,3	774,6	244,0	163,3
	1901	132	62	14	5	51	4970,8	3160,1	1161,8	103,3	545,6
VI. Isarviertel	1896	32	29	1	2	—	2328,5	2156,6	154,5	17,4	—
	1897	78	49	12	2	15	3341,5	3210,1	61,1	29,0	41,3
	1898	121	60	10	—	51	6355,2	5917,3	436,4	—	1,5
	1899	91	48	7	—	35	4376,8	3467,1	902,6	—	7,1
	1900	74	36	13	1	24	2392,4	2162,8	184,4	25,0	20,2
	1901	33	16	8	—	9	1088,8	688,0	399,8	—	1,0

[1] Für die Jahre 1896, 1897 und 1898 aus „Veränderungen im Grundbesitze in München 1896, 1897 und 1898“. Mitt. des Stat. Amtes XIV S. 272 und 341 und XVI S. 304. Die Zahlen für 1899—1901 wurden aus freundlichst überlassenen handschriftlichen Tabellen des Amtes entnommen.

Steuergemeinden und Sektionen	Jahr	Zahl der Besitzveränderungen: insgesamt	durch Kauf	durch Tausch	durch Zwang	sonstige	Gesamterlös in 1000 Mk.: Summe	aus Kauf	aus Tausch	aus Zwang	aus sonstigen Besitzveränderungen
VII. Unter-Giesing	1896	33	27	3	2	1	1 664,6	1 277,1	172,5	165,0	50,0
	1897	68	49	8	1	10	2 476,7	1 759,9	24,8	79,0	613,0
	1898	80	47	15	—	18	1 640,8	1 506,5	81,5	—	52,8
	1899	118	55	11	2	50	2 248,9	1 832,0	331,6	80,5	4,8
	1900	111	42	19	1	49	3 531,4	2 967,2	479,0	69,7	15,5
	1901	75	43	10	3	19	3 002,6	1 170,9	1676,0	141,0	14,7
VIII. Ober-Giesing und Au	1896	18	14	2	—	2	736,6	629,5	98,1	—	9,0
	1897	61	38	3	—	20	2 825,0	2 220,9	562,5	—	41,6
	1898	102	64	15	1	22	2 901,2	2 437,5	132,0	2,4	329,3
	1899	101	68	9	—	24	4 124,3	2 912,2	265,6	—	946,5
	1900	46	20	4	2	20	1 161,8	1 019,3	0,7	140,0	1,8
	1901	92	27	19	7	39	2 038,2	1 233,1	241,8	555,6	7,7
IX. Haidhausen	1896	40	38	1	1	—	1 611,0	1 390,0	166,0	55,0	—
	1897	99	79	7	4	9	4 698,0	4 013,3	338,8	143,5	202,4
	1898	74	41	12	5	16	4 707,2	3 858,1	432,2	380,9	36,2
	1899	90	52	12	—	26	4 783,0	4 196,2	185,8	—	401,0
	1900	55	29	7	4	15	2 832,2	2 135,2	464,9	230,7	1,4
	1901	54	31	9	2	12	2 106,8	1 787,5	164,2	154,3	0,8
Neuhausen	1896	30	28	2	—	—	2 110,3	2 039,8	70,5	—	—
	1897	118	79	15	5	19	4 403,8	3 406,5	794,2	89,9	113,2
	1898	137	86	7	4	40	4 559,2	3 758,7	605,2	190,5	4,8
	1899	183	128	20	2	33	7 827,7	6 944,4	672,6	41,6	169,1
	1900	155	76	19	11	49	5 009,5	4 389,8	267,1	325,5	27,1
	1901	121	54	27	19	21	3 981,7	1 978,7	1207,5	771,5	24,0
Schwabing	1896	61	54	5	1	1	3 042,9	2 362,1	621,0	35,8	24,0
	1897	104	70	21	1	12	7 058,4	5 561,4	1419,9	66,4	10,7
	1898	143	86	18	3	36	7 138,0	4 280,1	2295,6	281,5	280,2
	1899	185	108	27	5	45	22 141,8	12 593,3	9284,2	252,7	11,6
	1900	205	110	23	27	45	13 278,0	7 609,5	1617,6	2281,1	1769,8
	1901	165	58	21	26	60	5 589,1	3 483,5	328,2	1700,5	76,9
Bogenhausen	1896	8	8	—	—	—	501,0	501,0	—	—	—
	1897	24	20	4	—	—	2 941,6	2 934,8	6,8	—	—
	1898	43	33	1	—	9	7 820,5	7 799,2	20,3	—	1,0
	1899	30	16	9	—	5	3 672,5	3 485,2	187,3	—	0,2
	1900	32	18	4	1	9	13 790,4	11 396,0	68,8	124,0	2201,6
	1901	28	17	7	—	4	3 335,8	1 289,0	2046,7	—	0,1
Nymphenburg	1899	47	34	5	—	8	1 848,2	1 443,4	403,5	—	1,3
	1900	72	36	10	11	15	7 644,6	4 768,6	2677,3	178,9	19,7
	1901	55	25	4	19	7	3 326,7	2 346,9	313,2	655,8	10,5
Laim	1900	46	35	1	—	10	11 805,1	11 668,6	132,9	—	3,6
	1901	26	10	—	—	16	209,1	164,5	—	—	44,6
Thalkirchen	1900	100	66	10	—	24	5 880,9	4 146,1	1208,8	—	526,0
	1901	70	33	9	7	21	2 058,1	1 300,5	466,7	241,6	49,3

Die Privatbautätigkeit und die von derselben bebaute Fläche in den Stadtbezirken Münchens. (J. II.)

Stadtbezirke und Stadtteile	1896			1897			1898			1899			1900			1901		
	Zahl der neuen Gebäude	Davon in neuen Anwesen	Überbaute Grundfläche qm	Zahl der neuen Gebäude	Davon in neuen Anwesen	Überbaute Grundfläche qm	Zahl der neuen Gebäude	Davon in neuen Anwesen	Überbaute Grundfläche qm	Zahl der neuen Gebäude	Davon in neuen Anwesen	Überbaute Grundfläche qm	Zahl der neuen Gebäude	Davon in neuen Anwesen	Überbaute Grundfläche qm	Zahl der neuen Gebäude	Davon in neuen Anwesen	Überbaute Grundfläche qm
I.	7	—	2 204,9	11	—	2 058,2	4	1	1 136,0	6	—	1 974,2	9	—	1 752,3	5	—	1 845,1
II.	11	3	2 665,6	14	2	2 891,5	10	6	2 451,9	6	—	1 190,6	5	1	1 032,8	7	—	2 546,5
III.	2	—	698,0	7	—	964,0	14	—	4 489,1	5	—	2 690,4	1	—	269,5	2	—	624,0
IV.	12	—	3 880,2	10	—	3 867,0	5	—	2 573,0	8	—	2 434,8	8	—	4 826,4	8	—	2 889,0
V.	41	18	8 413,0	33	7	7 318,9	29	6	8 680,3	23	1	6 657,0	18	1	3 841,1	13	—	4 196,8
VI.	21	3	4 976,9	31	—	4 817,6	22	—	4 714,1	8	2	2 414,1	15	2	3 949,1	6	2	1 810,6
VII.	18	11	2 722,9	16	11	2 883,7	38	29	10 998,8	36	26	10 003,0	32	19	8 115,4	21	15	5 271,8
VIII.	19	8	3 809,3	16	3	3 416,1	9	2	2 151,6	12	3	2 751,1	14	6	4 544,5	8	2	1 844,0
IX.	78	58	22 868,2	75	54	15 240,1	12	6	4 816,6	14	8	4 378,6	26	15	6 286,5	6	3	2 317,7
X.	33	8	6 263,9	23	12	5 048,3	5	2	972,3	16	1	4 188,9	33	6	7 630,6	5	3	1 534,8
XI.	24	16	4 858,5	34	24	6 374,5	24	22	5 947,5	39	35	11 055,2	60	32	13 367,2	31	26	6 891,3
XII.	12	3	3 450,9	14	8	2 841,8	9	4	2 348,7	6	—	1 511,3	6	—	1 424,4	1	—	344,2
XIII.	27	19	7 969,1	29	21	8 772,9	25	17	8 968,6	11	6	3 642,7	10	3	3 003,0	7	2	1 662,8
XIV.	27	17	7 154,4	55	36	12 433,2	50	38	13 407,3	45	34	13 130,0	64	38	16 547,7	46	36	13 299,6
XV.	63	37	13 035,3	52	34	10 151,3	39	24	9 031,3	39	24	10 385,2	23	11	5 235,8	21	18	5 679,7
XVI.	2	—	789,0	5	3	773,0	11	10	3 411,2	19	16	6 542,2	11	5	3 228,8	4	3	893,5
XVII.	14	5	2 302,5	14	7	4 047,9	1	1	218,0	10	9	3 204,6	19	14	4 914,7	11	8	2 906,8
XVIII.	44	32	9 400,6	84	62	14 896,5	30	27	7 074,0	38	23	9 128,8	30	17	7 395,4	42	27	9 858,4
XIX.	18	12	3 163,6	18	11	3 461,0	30	16	8 123,4	9	9	2 131,9	22	14	5 661,0	27	17	7 738,9
XX.	23	8	5 806,4	31	13	6 280,3	35	13	7 680,5	40	31	10 879,5	58	45	16 590,0	41	30	11 189,7
XXI.	34	22	5 513,3	62	52	11 328,5	49	40	10 463,8	66	54	16 231,2	94	71	24 039,0	67	53	16 524,5
XXII.	53	33	10 415,3	67	50	18 381,0	60	37	19 198,2	92	76	29 124,6	100	80	27 039,0	97	74	26 991,8
XXIII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	59	55	10 370,9	54	48	10 838,1
XXIV.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29	7	6 565,3	23	23	5 816,4
München	584	312	132 364,8	701	410	148 247,3	511	301	138 856,8	548	358	155 649,9	746	462	187 800,0	553	390	145 515,0

Tabelle III.

Die Terrain-Aktiengesellschaften in München 1897 bis 1902.

Name	Monat und Jahr der Gründung	Ursprüngliches Aktienkapital in 1000 Mk.	Effektiver Stand des Aktienkapitals in 1000 Mk. Ende					
			1897	1898	1899	1900	1901	1902
Münchener Terrain-Gesellschaft Westend	VI. 1891	760	760	760	2 000	i. L.	i. L.	i. L.
Heilmannsche Immobilien-Gesellschaft	III. 1897	3000	3000	3 750	6 000	6 270	6 270	6 270
Terrain-Gesellschaft München-West	VI. "	1500	375	375	750	—	—	—
Bayrische Terrain-Aktienges. München	VII. "	6000	1500	3 000	6 000	6 000	6 000	6 000
Münchener Allgem. Terrain-Gesellschaft	VIII. "	1600	400	400	400	400	400	400
Terrain-Ges. München-Friedenheim	IV. 1898	1000	—	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000
Immobilien- u. Baugesellschaft München	V. "	500	—	500	1 100	1 100	1 100	1 100
Münchener Terrain-Gesellschaft Ostend	VIII. "	600	—	600	600	600	600	600
Terrain- u. Baugesellschaft München-Ost	IX. 1899	500	—	—	500	650	1 850	1 850
Terrain-Gesellschaft Neu-Westend in München	III. 1900	5000	—	—	—	10 750	14 250	14 250
Terrain-Aktienges. München-Nordost	III. "	3000	—	—	—	3 000	3 000	3 000
Prinzregentenplatz Aktiengesellschaft in München	IV. "	3000	—	—	—	3 000	3 000	3 000
Terrain-Aktienges. München-Schwabing	IV. "	1200	—	—	—	1 200	1 200	1 200
Terrain-Aktiengesellschaft Herzogpark München, Gern	IV. "	2000	—	—	—	6 500	5 500	5 500
Petuelsche Terrain-Gesellschaft München-Riesenfeld	V. "	2900	—	—	—	2 900	2 900	2 900
Terrain-Aktienges. Bavaria in München	III. 1902	100	—	—	—	—	—	1 000
Zus.	—	—	6085	10 385	18 850	43 370	47 070	48 670

[1] Nach dem Handbuch der deutschen bezw. der süddeutschen Aktiengesellschaften (Leipzig).

Viertes Kapitel.

Wert und positives Recht.

Fünftes Kapitel.

Faktor und Elemente der Volkswirtschaft.

Sechstes Kapitel.

Entwicklungsstufen der Volkswirtschaft.

Siebentes Kapitel.

Der Kreislauf und der Preiskampf der Wirtschaft.

Achtes Kapitel.

Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Neuntes Kapitel.
Die Arbeit und das Einkommen.

Zehntes Kapitel.
Abweisung der Mehrwerttheorie.

Elftes Kapitel.
Der Sozialismus.

Zwölftes Kapitel.
Das Bevölkerungsproblem.

Dreizehntes Kapitel.
Die Gewerbe und Berufe.

Vierzehntes Kapitel.
Staatswirtschaft und Staatsaufgaben.

Schriften

des

Vereins für Socialpolitik.

CXI.

Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff.

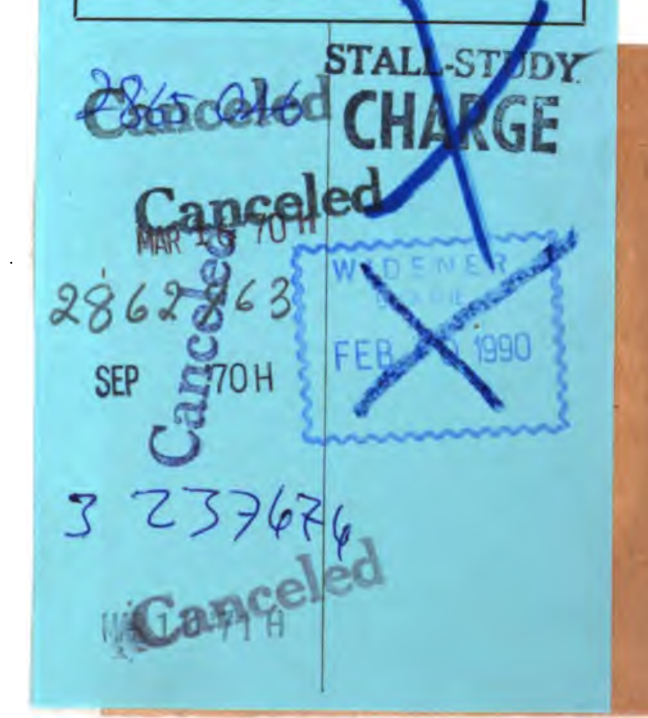
Siebenter Band.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1903.

Piererſche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. in Altenburg.




This book should be returned to the Library on or before the last date stamped below.
A fine is incurred by retaining it beyond the specified time.
Please return promptly.
STALL-STUDY
CHARGE
Canceled
Canceled
Canceled
Canceled
SEP 70 H
WIDENER
FEB 1990

